



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



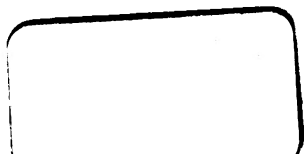
WIDENER LIBRARY

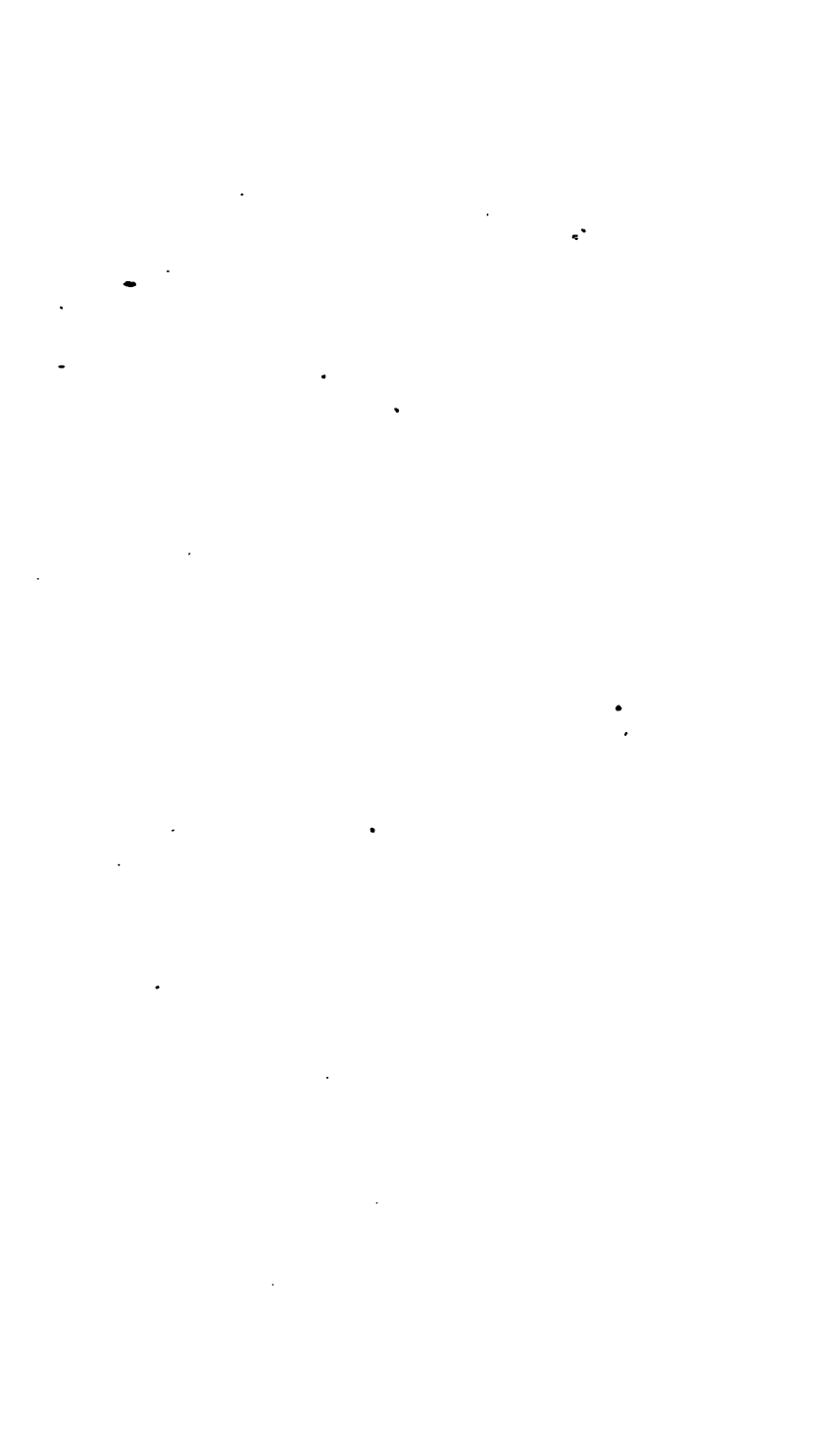


HX 17KM E



HARVARD  
COLLEGE  
LIBRARY









Das  
F<sup>r</sup>emgericht <sup>W</sup><sup>S</sup> Westphalens,

aus den

Quellen dargestellt, und mit noch ungedruckten  
Urkunden erläutert.

---

Ein Beitrag  
zur  
deutschen Staats- und Rechtsgeschichte,

von

Paul Wigand.

---

Neumann.

---

S a m m,

im Verlage bei Schulz und Wundermann.

---

1 8 2 5.

(17)

~~VI. 6294~~

Harvard College Library,

23 May, 1890.

From the Library of

PROF. EDW. GURNEY.

Apr 17/15

HARVARD  
UNIVERSITY  
LIBRARY  
AUG 13 1970



**Den hohen Archiv-Curatoren:**

**S r. D u r c h l a u c h t,**

**d e m H e r r n**

**Fürsten zu Sayn und Wittgenstein,**

**Königlich-Preussischem wirklichen Ober-Kammerherrn, geheimen  
Staats- und Cabinets-Minister, auch Minister des Königlischen  
Hauses, Ritter des schwarzen Adlerordens und anderer hohen  
Orden &c. &c.**

**S r. E x c e l l e n z,**

**d e m H e r r n**

**E. G. Grafen von Bernstorff,**

**Königlich-Preussischem wirklichen Geheimen Staats- und Cabinets-  
Minister, auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ritter  
des schwarzen Adlerordens und anderer hohen Orden &c. &c.**

**widmet dies Werk**

**im Gefühl der aufrichtigsten Dankbarkeit und größten  
Verehrung,**

**ehrerbietigst und gehorsamt**

**Der Verfasser.**



---

## Vor Erinnerung.

---

Das vorliegende Werk soll eine künftige Geschichte der so merkwürdigen Kemgerichte Westphalens vorbereiten, für die es bis jetzt vielleicht noch zu früh war, indem sich das Material dazu, durch die Liebe der Geschichtsforscher, und durch die Gunst einer erleuchteten Regierung, welche die vielen, für die vaterländische Geschichte so wichtigen, Urkunden-Vorräthe der Archive theils ordnen läßt, theils der wissenschaftlichen Benutzung wohlwollend eröffnet hat, noch täglich vermehrt.

Es war aber vor allen Dingen nöthig, einen richtigen Begriff von dieser Institution des Mittelalters zu erhalten; und da, um den Faden des Ursprungs in dunkler Zeit zu finden, Kritik und richtiges Verstehen der alten Staats- und Volkseinstellungen in ihrem Zusammenhang weit mehr als das Auffinden neuer Quellen erforderlich war: so habe ich es gewagt, aus den vorhandenen, und bis jetzt aufgefundenen urkundlichen Nachrichten meine Ansicht zu entwickeln. Indem nun wohlwollende und geneigte Leser gern erkennen werden, daß es mir um die Sache Ernst gewesen ist, und daß ich es an fleißiger Prüfung und einem Bestreben nach Zusammenhang nirgend habe fehlen lassen, werde ich von einer schärferen Kritik eben so gern Belehrung an-



nehmen, und es freudig sehen, wenn durch mehrfältige Forschung der Gegenstand endlich so viel als möglich erschöpft, und ins Klare gestellt wird.

Möchte hie und da ein Mangel, oder eine Lücke in der Literatur, und in der Belesenheit des Verfassers gerügt werden, so werden die Leser es geneigt entschuldigen, und bedenken, daß ihm in der kleinen Stadt, wo er wohnt, keine Bibliothek zur Hand war, und daß es für einen mit Geschäften überladenen Unterrichter schon ein schwieriges Unternehmen ist, den Faden einer verwickelten und weitläufigen historischen Abhandlung in zerrissenen Mußestunden festzuhalten.

Schließlich erkläre ich, daß mir die Neigung zu polemisiren ganz fremd ist, und daß ich ehrenwerthen Vorgängern und Rechtslehrern nur aus fester Ueberzeugung, und um der Wahrheit der Sache willen hie und da widersprochen habe, übrigens aber ihre Werke sehr hoch achte, und Manches aus ihnen gelernt habe. Somit hoffe ich einen Vorwurf, den der geehrte Recensent meiner Corveyschen Geschichte (Gött. Gel. Anz. 1821 No. 164.) mir machte, hier abzulehnen.

Hörter, im December 1824.

H. W i g a n d,

Assessor beim Königl. Land- und Stadtgericht.

---

# Inhalt.

---

## Erste Abtheilung.

---

	Seite
Einleitung . . . . .	1

### Erstes Buch.

#### Älteste germanische Einrichtungen der Sachsen und Verfassung Karls des Großen.

Erstes Kapitel. Einleitende Uebersicht der Meinungen über die Entstehung des Henggerichts, und Würdigung der Sage, daß Karl der Große dasselbe errichtet. . . . .	7
---	---

Zweites Kapitel. Schilderung der Sachsen und ihrer ge- sellschaftlichen Staatseinrichtung. Krieg mit Karl dem Gro- ßen. Einführung und Einfluß seiner Verfassung . . . .	14
--	----

Drittes Kapitel. Verfassung Karls des Großen, seine Ein- richtungen in Sachsen, und deren besonderer Einfluß auf das Gerichtswesen. . . . .	27
---	----

#### I. Von den Ständen des Volks.

nehmen, und es freudig sehen, wenn durch mehrfältige Forschung der Gegenstand endlich so viel als möglich erschöpft, und ins Klare gestellt wird.

Wöchte hie und da ein Mangel, oder eine Lücke in der Literatur, und in der Belesenheit des Verfassers gerügt werden, so werden die Leser es geneigt entschuldigen, und bedenken, daß ihm in der kleinen Stadt, wo er wohnt, keine Bibliothek zur Hand war, und daß es für einen mit Geschäften überladenen Unterrichter schon ein schwieriges Unternehmen ist, den Faden einer verwickelten und weitläufigen historischen Abhandlung in zerrissenen Mußestunden festzuhalten.

Schließlich erkläre ich, daß mir die Neigung zu polemisiren ganz fremd ist, und daß ich ehrenwerthen Vorgängern und Rechtslehrern nur aus fester Ueberzeugung, und um der Wahrheit der Sache willen hie und da widersprochen habe, übrigenß aber ihre Werke sehr hoch achte, und Manches aus ihnen gelernt habe. Somit hoffe ich einen Vorwurf, den der geehrte Recensent meiner Corveyschen Geschichte (Gött. Gel. Anz. 1821 No. 164.) mir machte, hier abzulehnen.

Hörter, im December 1824.

P. W i g a n d,

Affessor beim königl. Land- und Stadtgericht.

---



---

# Inhalt.

---

## Erste Abtheilung.

---

	Seite
Einleitung . . . . .	1

### Erstes Buch.

Älteste germanische Einrichtungen der Sachsen und Verfassung Karls des Großen.	
---	--

Erstes Kapitel. Einleitende Uebersicht der Meinungen über die Entstehung des Henggerichts, und Würdigung der Sage, daß Karl der Große dasselbe errichtet. . . . .	7
---	---

Zweites Kapitel. Schilderung der Sachsen und ihrer ge- sellschaftlichen Staatseinrichtung. Krieg mit Karl dem Gro- ßen. Einführung und Einfluß seiner Verfassung . . . .	14
--	----

Drittes Kapitel. Verfassung Karls des Großen, seine Ein- richtungen in Sachsen, und deren besonderer Einfluß auf das Gerichtswesen. . . . .	27
---	----

#### I. Von den Ständen des Volks.

II. Die Eintheilung des Reichs in Gaue. . . . .	Seite 30
III. Die Beamten des Gaues. . . . .	32
Viertes Kapitel. Fortsetzung der Karolingischen Verfassung	
IV. Der Gesandte, <i>missus regius</i> . . . . .	36
V. Der Herzog und das Herzogthum. . . . .	41
VI. Der Kaiser als oberster Richter. Der Pfalzgraf. . . . .	42
Fünftes Kapitel. (Fortsetzung.)	
VII. Recht und Gesetzgebung. . . . .	45
Sechstes Kapitel. (Fortsetzung.)	
Gerichts-Verfassung. . . . .	63

## Z w e i t e s   B u c h .

Entwicklung der deutschen Verfassung im Mittelalter, seit der Karolingischen Zeit und ihr Einfluß auf das Gerichtswesen überhaupt, insbesondere aber auf die Gerichte in Westphalen.

Erstes Kapitel. Einleitung. Allgemeiner Ueberblick der Geschichte und Verfassung. . . . .	78
Zweites Kapitel. Historische Entwicklung der Stände des Volks überhaupt, und namentlich der Freien und Freischnitten. . . . .	84
Drittes Kapitel. Fortsetzung. Der Stand der Freien in Westphalen, und seine auszeichnenden Merkmale. . . . .	93
Viertes Kapitel. Von der Eintheilung des Reichs, Auflösung der Gauverfassung und Bildung der Territorien. . . . .	102
Fünftes Kapitel. Von der sich entwickelnden Landeshoheit und der Grafschaft, als Hauptbestandtheil derselben. . . . .	115
Sechstes Kapitel. Von der Grafschaft als Gericht, und von dem Verhältniß der Vogtgrafschaft und Freigrafschaft. . . . .	125

	Seite
Siebentes Kapitel. Von der Kaiserlichen Gerichtsbarkeit, der oberrichterlichen Würde des Kaisers, und den ausübenden Beamten des Reichs. . . . .	155
Achtes Kapitel. Von der Kaiserlichen Gerichtsbarkeit in Westphalen, und der besondern Richtung, welche der Gang der Verfassung in dieser Provinz nahm. . . . .	182

## U r t h u m e n.

I. Instruction für den Gesandten in Sachsen; vom Jahr 788 . . . . .	219
II. Mandat Ludwig des Frommen an den Königl. Gesandten Basburad, Bischof von Paderborn ums Jahr 824. . . . .	220
III. Schenkung einer Hörigen an das St. Petersstift zu Grezburg. 1082 — 1106. . . . .	221
IV. Schenkung an das Kloster Heerse v. J. 1123. . . . .	221
V. Tausch Heinrichs des Löwen mit dem Kloster Herfordhausen (Hardehausen.) . . . . .	222
VI. Erwerb einiger Güter, von Conrad, Abt des Klosters Helmershausen. 1170. . . . .	223
VII. Vertrag der Brüder Volkwin und Adolph, Grafen von Schwalenberg und Waldeck, mit dem Kloster Hardehausen vom Jahr 1232. . . . .	225
VIII. Verleihung an das Kloster Hardehausen in gerichtlicher Form. 1259. . . . .	226
IX. Urtheilsspruch unter dem Vorsitz des Bischofs von Paderborn, in dem Rechtsstreit des Klosters Hardehausen und des Ritters Amelung von Aßle. 1305. . . . .	226
X. Formulare zu gerichtlichen Verhandlungen und Verfügungen des Gemgerichts. 1334. . . . .	229

	Seite
Sechstes Kapitel. II. Äußere Formalitäten des Gerichts und dessen feierliche Begung. . . . .	363
Siebentes Kapitel. III. Verfahren in der Sitzung des Femgerichts, nach den Prinzipien der alten Genossenschaft. . . . .	370
Achstes Kapitel. Fortsetzung. Beweis. Zeugen. Eideshelfer. . . . .	382
Neuntes Kapitel. Fortsetzung. Von den Zeugen, im Gegenjah der Eideshelfer insbesondere. . . . .	393
Zehntes Kapitel. Verfahren gegen Nicht-Genossen oder Unwissende. . . . .	408
Elftes Kapitel. Contumacial-Verfahren und Verurtheilung. . . . .	419
Zwölftes Kapitel. Urtheilssindung. Anfechtung des Urtheils. . . . .	451

## V i e r t e s B u c h.

### D e r S c h ö f f e n b u n d.

Einleitung. . . . .	474
I. Geschichtliche Grundlage der Entstehung des Bundes. . . . .	476
II. Beweise für seine Existenz und Einrichtung desselben. . . . .	494
1. Feierliche Aufnahme und Verpflichtung der Freischöffen. . . . .	496
2. Zweck des Bundes und seine einzelnen Kennzeichen. . . . .	502
3. Geist dieser Verbindung und schnelle Ausbreitung. . . . .	514
4. Verhältnisse zu Kaiser und Reich. . . . .	518
5. Symbol und geheime Losung des Bundes. . . . .	522

6. Verhältniß der Femgerichte Westphalens zum Auslande.	Seite 528
7. Vorwürfe und Haß gegen die Femgerichte.	538
8. Einige Andeutungen über ihren Verfall und Untergang.	539

### Kontsetzung des Anhangs der Urkunden.

XXV. Revers der Stadt Marsberg über die ihr vom Stifte Corvey zur Hälfte verliehene Freigravenschaft zu Dorhaus. 1358.	549
XXVI. Altes Rechtsbuch der Femgerichte.	551
XXVII. Ein anderes altes Rechtsbuch der Femgerichte.	558
XXVIII. Schreiben des Herrmann Korff, genannt Emising, an den Graf von der Lippe, wegen gütlicher Beilegung eines an den Freistuhl gebrachten Prozesses, von 1444.	568
XXIX. Kaiser Friedrichs Schreiben an Wilhelm Salter Freigrafen zu Wesenfort und Ludighusen, daß er die Appellation in der Sache des von Korff an sich genommen und den Landgraf von Hessen committirt habe. 1449.	564
XXX. Gerichtliche Verhandlung vor dem Freistuhl im Haselhofe in der Freigravenschaft Heiden. 1486.	565
XXXI. Der Freigraf zu Arnsberg citirt den Freigrafen zu Barendorp nach Arnsberg, wohin der Bograf zu Telgt appellirt hat. 1575.	567
XXXII. Ernennung und Präsentation eines Freigrafen im Jahre 1625.	568

# XIV

	Seite
XXXIII. Die letzte Ernennung eines besondern Freigrafen im unterwalbischen Distrikt des Fürstenthums Paderborn.	570
XXXIV. Bericht des Rathes Zeppensfeld als Oberfreigrafen, ohne Jahr.	571
XXXV. Ernennung und Verpflichtung eines Freigrafen vom Jahr 1737.	573

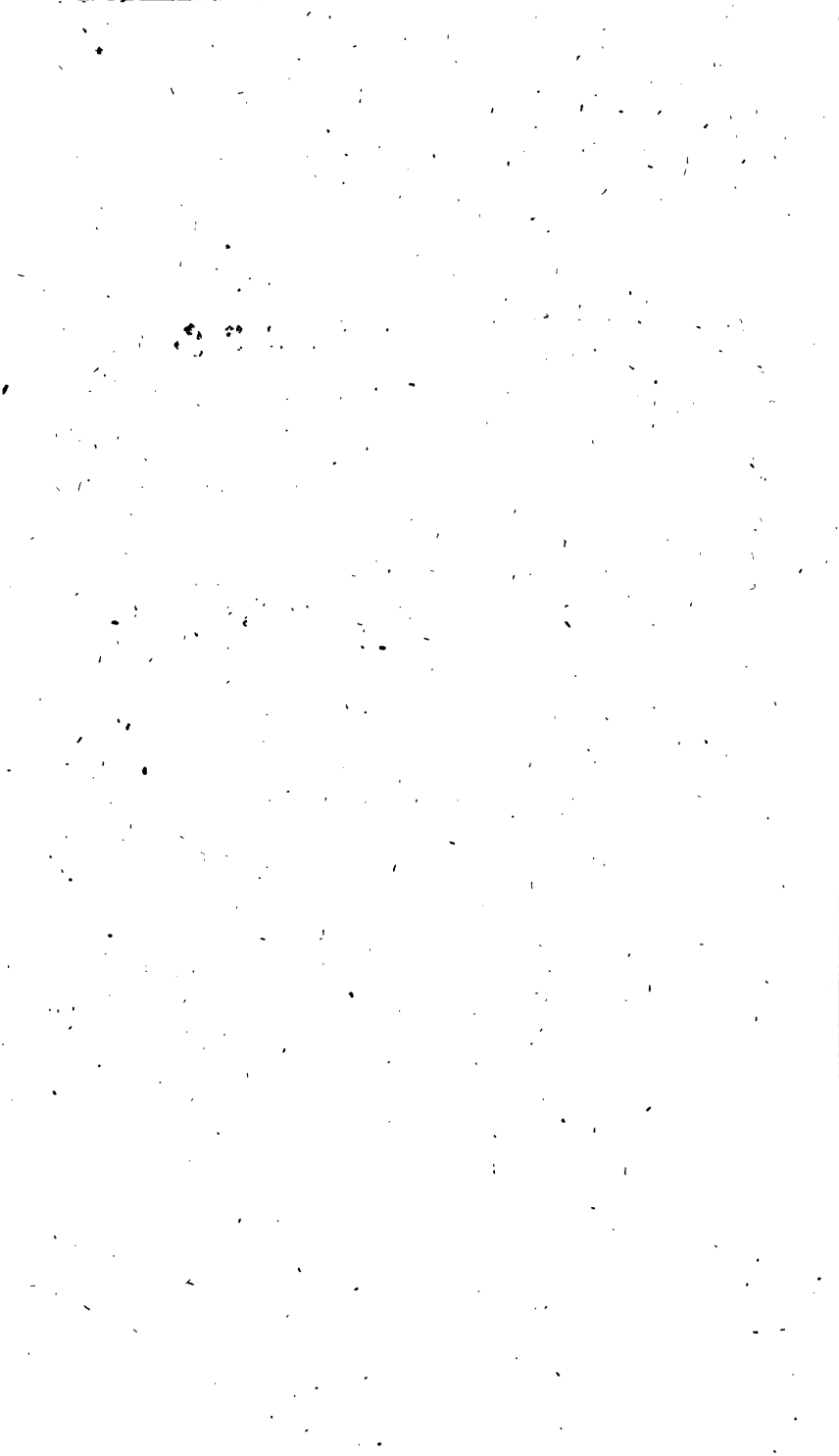
---

# Erste Abtheilung.

---

Erstes und zweites Buch.

---





---

## Einleitung.

---

Das dringende Bedürfniß recht vieler, auf gründliches Quellen-Studium gestützter Vorarbeiten der deutschen Geschichte, ist mehrfach ausgesprochen und anerkannt worden. Sie sind um so nothwendiger für die innere Geschichte des Staats, welche hauptsächlich aus Urkunden muß entwickelt werden, da unsere vielen und reichen Urkunden bei weitem noch nicht sorgfältig genug gesammelt und geprüft, ja oft nicht einmal richtig gelesen, geschweige dann verstanden worden sind. Dazu kommt, daß unsere älteren Geschichtsforscher nicht nur großen Theils auf Nebenzwecke hinarbeiteten, sondern auch die einzelnen Bestandtheile der innern Geschichte zu sehr absonderten und nicht im Durchbringen des Einzelnen und Ganzen die Wechselwirkung darzustellen, und aus spätern Erscheinungen, mit der Kritik eines Möser, die Anfänge zu erklären und zu begründen suchten.

Zu diesen Bemerkungen werden wir gedrungen, wenn wir die Geschichte des Femgerichtes betrachten, das erst neuerlich seine gebührende Stelle in der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte erhalten hat <sup>1)</sup>. Zahllose Werke sind zwar über dies Institut des Mittelalters geschrieben worden, angehäuft sind die Quellen und Hülfsmittel; aber nicht genügend hat man seine Wichtigkeit gewürdigt, und nicht mit erschöpfender Kritik seinen

---

1) Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. 3ter Bd.

geschichtlichen Zusammenhang verstanden und erklärt. — Deutsche Publisten und Historiker vom ersten Rang haben es keiner Aufmerksamkeit gewürdigt. Pütter fertigt es mit wenigen schönen Worten ab. —

Heinrich <sup>2)</sup> sagt: „Von besonderer Merkwürdigkeit war das Femgericht in Westphalen, das vor Heinrich dem Löwen ganz unbekannt war und vermuthlich erst nach seinem Fall entstand. Es war eine obrigkeitliche Anstalt, die mit der Reher-Inquisition viel Aehnliches hatte. Sie sollte der peinlichen Justiz aufhelfen, und betraf vorzüglich den Diebstahl; in der Folge wurden auch andere Verbrechen, selbst Civilsachen dahin gezogen.“ Er versichert, eine gute Beschreibung der Femgerichte finde sich in Spittler's Geschichte des Fürstenthums Hannover <sup>3)</sup>; und doch enthält diese nur einen reinen Irrthum und beschreibt ein Gericht, welches bloß entfernte Beziehung mit dem Femgericht hatte.

Man ist sodann gewohnt gewesen, das Femgericht als eine singuläre schauerhafte Merkwürdigkeit des Mittelalters zu beschreiben, und in den übelsten Ruf zu bringen. Selbst klassische Schriftsteller, welche alte deutsche Zeit sonst wohl kennen und zu würdigen wissen, haben eine solche Vorstellung gehegt. Göthe <sup>4)</sup> sagt: „Gelähmt war alle Kraft nach außen, wie die Ordnung nach innen gestört; überdies lastete noch das Femgericht auf einem großen Theil des Vaterlandes, von dessen Schrecknissen man sich einen Begriff machen kann, wenn man denkt, daß es in eine geheime Polizei ausartete, die zuletzt so gar in die Hände von Privatleuten gelangte.“

In den Händen der Dichter und Romanschreiber ist nun gar das Ganze so verunstaltet und die Phantasie des Volkes

2) Deutsche Kriegsgeschichte. III. S. 487.

3) Th. I. S. 61 — 66. Göttingen 1786.

4) Leben, Th. III. S. 190.

mit solchem Schauder und Abscheu erfüllt worden, daß es schwer hält, für eine wahre, geschichtliche Ansicht nur Eindruck zu finden <sup>5)</sup>. Huber in seinem Trauerspiel: das heimliche Gericht, sammelt mit pomphaft mystischen Ceremonien, einen furchtbaren Bund geheimer Ordensbrüder um Mitternacht in unterirdischen Gewölben. Sie wollen dem Weltrichter vorgreifen, das Gewissen ergründen und verfolgen, und, nach Unfehlbarkeit ringend, über gewöhnliche Gerechtigkeitspflege hoch erhaben, das Schicksal auf der Erde vertreten. — Noch tiefer, und dabei gleich fern von der Geschichte, stehen Andere, z. B. Veit Weber in den Sagen der Vorzeit, an die sich der Roman Runo von Ryburg und so viele andere dramatische und erzählende Darstellungen reihen, lauter Werke, die in dem Staub der Leihbibliotheken der Vergessenheit entgegen gehen.

Die Idee von dem geheimnißvollen Dunkel dieser Anstalt ist so fest gewurzelt, daß noch Einer der neuesten Bearbeiter sagt: Man habe ohne Kläger und Citation an unzugänglicher Malsstätte heimlich gerichtet; die innere Verfassung und das ganze Wesen dieser Gerichte sey überhaupt in das geheimnißvollste Dunkel gehüllt. — Dennoch, kann man dagegen behaupten, ist uns das Femgericht und seine Entstehung nicht dunkler, als die Gerichtsverfassung des Mittelalters überhaupt, und auch so sind freilich, da in der früheren Zeit wenig aufgeschrieben wurde und die übrig gebliebenen Quellen sehr sparsam sind, manche Schwierigkeiten nicht zu vermeiden.

Die meisten Irrthümer rühren von den Schriftstellern des Mittelalters selbst her; die wir hier gar nicht als reine Quellen benutzen können. Lebendig fassen sie zwar meist die Gegenwart auf, sind aber auch so darin befangen, daß ihnen der Begriff der älteren Verfassung, so wie das Verständnis der alten Ge-

---

5) Vergl. des Verf. Aufsatz im Sonntags-Blatt 1822. No. 14.

schichte überhaupt fehlt. Die fabelhaften Aufklärungen, die sie geben, sind hundert und hundertmal nachgezählt und modificirt worden, während man die glänzendste Reihe von Diplomen, die uns unmittelbar zurück in die Geschichte führen, unbeachtet ließ, oder doch zu wenig benutzte. Müssen wir freilich manchen Mangel und manche Lücke anerkennen, so ist der Reichthum doch immer noch groß genug, um die Ansichten zu reinigen und das Fehlende zu ergänzen. Auch da, wo uns die Urkunden verlassen oder ihre Erklärung schwierig erscheint, vermag die Kritik noch Vieles.

Wie in den Trümmern des alten Reichs auch seine Verfassung allmählig zu Grunde ging und das Meiste bis zum Unkenntlichen abgeschliffen wurde, da ragen doch überall noch alte Säulen, Denkmäler und Inschriften genugsam hervor, die uns die Umrisse des Ganzen, so wie seinen Geist und sein Wesen erkennen lassen.

Mit erneuertem Quellen-Studium, nun einen einzelnen Theil der alten Verfassung aufzuklären und die Nebel zu zerstreuen, die seit Jahrhunderten sich darum gelegt, ist der Zweck des Verfassers dieser Abhandlung. Er ist durchdrungen von der Ansicht, daß sich in der deutschen Verfassung Alles allmählig aus Einer Wurzel gebildet und entwickelt hat, daß alles Einzelne in innerer Verbindung und genauem geschichtlichem Zusammenhange steht, und daß es auf ein höheres Ganze hindeutet, das bei aller Freiheit der Entwicklung doch in dem innersten Wesen der Nation seinen nothwendigen Grund hat. So wie sich die Institute des Mittelalters in die Gegenwart verzweigen, so reichen sie auch bis in die früheste germanische Vorzeit, und wir brauchen nicht nach verloren gewähnten Urkunden zu suchen, um uns ihre Erscheinung zu erklären. Sennen Spuren nachzugehen, mit sorgfamer Forschung den Zusammenhang zu erspähen, ist Pflicht des Geschichtsforschers, und je-

der neue Zutritt zu den Quellen eröffnet uns neue Ansichten und neue Resultate, besonders in einer Zeit, die, dem Quellen-Studium mehr als je günstig, uns so viele angehäufte Schätze erst würdigen und verstehen lehrt. Wir werden uns daher in keinen Gegensatz mit den früheren Geschichtschreibern über das Femgericht, die größtentheils ohne kritische Würdigung der Quellen, von falschem Principien und Vorurtheilen ausgingen, setzen, und uns mit keiner umständlichen Widerlegung, und mit keinem Streit befassen, sondern ruhig unsere eigene Ansicht, wie sie sich uns aus den Urkunden der Vorzeit entwickelt hat, darlegen und die Beweisstellen beifügen \*).

Wir hoffen so für die deutsche Staats- und Rechtsgeschichte manches nicht unwichtige Resultat zu finden, und zugleich werden wir abermals die Lehre ziehen: wie mit Unrecht das Mittelalter so oft ist verkannt und geschmäht worden; wie thöricht es ist, das Gegenwärtige in keinem Egoismus für das Beste zu halten und die geschichtliche Vergangenheit zu verachten, an die sich die Gegenwart doch mit ihrem Guten, so wie mit all' ihren tausend Gebrechen reiht und daraus erwachsen ist. Wie könnten wir Mängel besser erkennen, als aus der Geschichte, wenn wir Institute, die uns einer Verbesserung fähig dünken, bis zu ihren Urquellen verfolgen, und untersuchen, welche Kette von Umständen sie geboren hat. Wie könnten wir positive Rechte überhaupt verstehen und würdigen, wenn wir nicht das Wesen und den Charakter des Volkes, das Leben und Wirken desselben untersuchen und einzusehen streben, wie sie

---

6) Diesem Plan gemäß werden wir in Betreff manches Aeußeren und mancher Nebenparthie, uns auf die achtungswerthen Arbeiten unserer nächsten Vorgänger beziehen. So vermeiden wir es auch hier, ein vollständiges Verzeichniß der Quellen und Hülfsmittel zu geben, verweisen vielmehr auf E. Ph. Kopp, über die Verfassung der heimlichen Gerichte in Westphalen. Göttingen, 1794. Eichhorn's deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, und Theodor Berc, Geschichte der Westphäl. Femgerichte. Bregmen, 1815.

sich aus der innig mit seinem ganzen Wesen verschmolzenen Sitte und Gesinnung herausgebildet haben, und auf der Bahn, die es sein Schicksal führte, nur so und nicht anders bilden konnten.

Die Geschichte hält der Gegenwart einen Spiegel vor; möge auch das Folgende oft für die ein Spiegel seyn, die in den Irrthümern unser heutigen Gerichtsverfassungen befangen, solche für unübertrefflich halten und nicht glauben, aus der Geschichte der Altvordern, die sie für gute, verwirrte, einfältige Leute ansehen, etwas Verständiges und wohl zu Erwägendes lernen zu können, die sich wild geberden bei dem Ausdruck: Heimliches Gericht, und es nicht wissen, daß im ganzen Mittelalter nie das Recht dem Volke so ein Geheimniß war, als in der späteren Zeit, wo es sich, ihm ein Räthsel, langsam, still und schaurig, durch dicke Altenstöße zog.

Betrachten wir die Geschichte mit Ruhe als die Entwicklungs-Periode des Volkes und Staates, so wird sie uns zum richtigen Verständniß der Gegenwart und zur wahren Selbsterkenntniß führen, und vor einem blinden Enthusiasmus für das Vergangene, eben so wie vor der stolzen Ruhe, die nicht nach Vervollkommenung strebt, und vor den willkürlichen Erzeugnissen gesetzgebender Gewalt schützen.

## Erstes Buch.

### Älteste germanische Einrichtungen der Sachsen und Verfassung Karls, des Großen.

#### Erstes Kapitel.

Einkleitende Uebersicht der Meinungen über die Entstehung des Femgerichts, und Würdigung der Sage, daß Karl der Große dasselbe errichtet.

Die verschiedenartigsten Meinungen über die Entstehung der Femgerichte tragen alle zum Theil etwas Wahres in sich. Man hat geforscht und gesucht nach ihren Quellen; aber meist, wie Jemand, der sich im Walde auf kreuzenden Fußwegen verirrt hat, und suchend umhertappt, auch den rechten Weg oft unbewußt berührend, und wieder verlassend. Der Grundirrtum war wohl der, daß man nach einer Stiftungsurkunde suchte <sup>1)</sup>, und daß das Femgericht, als unterscheidendes Institut, durchaus irgend einmal in einer bestimmten Zeitperiode gesetzlich eingeführt seyn sollte, da es doch nur lange Zeiten, und viele zusammentreffende Umstände ausgebildet hatten.

Der richtigen Ansicht am nächsten gekommen ist Kindinger <sup>2)</sup>, wie es bei dem Schatz von Urkunden, die er in West-

1) Der Vf. der Disp. ap. Hahn, Coll. Mon. II. p. 653 meint, es habe die Bullen und Briefe, wodurch dies Gericht eingesetzt worden, noch Niemand je gesehen. Es wäre daher zu zweifeln, daß Karl der Große oder irgend ein Fürst es errichtet, sondern sie möchten es wohl selbst zu ihrem Nutzen also aufgebracht haben.

2) Vf. übergeht noch die Ansichten des Herrn Prof. Eichhorn, weil er sie, als das neueste und gebiegenste Resultat, der Wissenschaft,

phalen sammelte, nothwendig war; aber doch hat derselbe, indem er Freigericht und Femgericht völlig gleichstellte, das Unterscheidende des spätern Instituts zu wenig hervorgehoben und in der Art, wie er es an die Karolingische Zeit reiht, dem gewöhnlichen Irrthum auch gehuldigt.

Auch der scharfblickende Möser hat eine, der Wahrheit ziemlich nahe kommende, Meinung aufgestellt, indem er das Femgericht von der Gesandtschaft, der Karolingischen Verfassung herleitet. Doch ist es verfehlt, dieser Ansicht geradezu zu huldigen, und eben so Unrecht, sie ganz zu verwerfen, wie man neuerlich gethan hat. Das Femgericht ist weder rein aus der Gesandtschaft entstanden, noch ganz frei von der Einwirkung dieses Instituts. Das Letztere wird uns die Folge zeigen, das Erstere widerlegt sich, wenn wir nur bedenken, wie frühzeitig das Amt der Gesandten eting. — Irrig ist es, die geheimen Sitzungen wegen Ketzerei und Zauberei zu einer Quelle der Herleitung zu machen, oder den geschwinden Prozeß der Femgerichte daraus zu erklären, daß die Commissarien bei ihren Reisen sich nicht lange, aufhalten konnten. Die Grafengerichte verhandelten nicht weitläufiger, als die Placita der Gesandten, und das Femgericht war in seinen Formen des Verfahrens nicht schneller, als jedes andere Gericht des Mittelalters.

Zu übersehen ist auch nicht die Meinung, welche Berchamps hauptsächlich andeutet <sup>3)</sup>, daß die Femgerichte nach dem Sturz Heinrichs des Löwen erst sichtlich mit ihrer Macht hervortreten, und da ihr Ansehn nach gesprengter herzoglicher Gewalt Wurzel gefaßt zu haben scheint. In wie fern dieses Ereigniß von solgereichem Einfluß war, werden wir künftig mit kritischer Genauigkeit untersuchen.

Auch der Einfluß der geistlichen Fürsten, oder vielmehr ihre Stellung und ihr Verhältniß zu der sich entwickelnden Verfassung, hat auf die Erhaltung und Befestigung unsers Gerichts, wie wir

---

im Fortgang der Untersuchung einzeln zu verfolgen verpflichtet ist. Er fühlt sich aber gedrungen zu bemerken, daß Idee und Plan dieses Werkes schon entworfen war, als die Abhandlung in der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte erschien.

3) a. a. O. S. 258.



sehen werden, gewiekt; doch sind alle Erklärungen und Deutungen, die man daraus gefolgert hat, irrig; besonders ist es falsch, daß der Erzbischof Engelbert von Köln (1220) der Stifter gewesen sey. Denn weder seine Wachsamkeit und Strenge als Verweiser des Reichs, in der Abwesenheit Friedrichs II., noch seine Thätigkeit für Aufrechterhaltung des Landfriedens, und seine Maßregeln gegen die Keger sind historische Beweise, die einen Zusammenhang mit dem Hemgerichte zu begründen im Stande wären <sup>4)</sup>.

Die gemeinste Meinung war im ganzen Mittelalter bis auf die neueren Zeiten, daß das Hemgericht von Karl dem Großen sey instituiert worden. Die Freigrafen und Schöffen glaubten selbst fest hieran <sup>5)</sup>. In kaiserlichen Urkunden wird es als eine notorische Wahrheit angenommen <sup>6)</sup>. Fast alle Schriftsteller gingen davon aus <sup>7)</sup>.

4) Und wenn Haltans (Gloss. v. Faeno) diese angenommene Meinung damit unterstützen will, daß der Erzbischof das *altum Judicium* zu Köln so eingerichtet habe, ut *maleficia, non expectato accusatore, ex fama publica inquirerentur*, so beweiset dies noch weniger, da solche Gerichte, welche auf bösen Ruf (Reumund) ohne Inkläger richten, unsern Hemgerichten geradezu entgegengesetzt sind.

Auch Bienenr (comment. de orig. leg. Germ.) entwickelt jene Ansicht als die richtige, und führt den Ursprung auf die Constitution Friedrichs II von 1221 zurück, worin dieser die strengsten Verordnungen gegen die Keger erließ, in deren Ausführung, besonders in Westphalen, der Erzbischof den Grund zu den Hemgerichten gelegt habe.

5) „Ka insate Kayser Karle des groten mylder gedacht“ sagt im J. 1506 noch der Freigraf von Warendorf. Vergl. Kindinger, Münstersche Beiträge III. 2. S. 217. — den heiligen und allerclarsten Keyser Karl, und besonder als man meint, das Im das gericht des göttlichen sy verkundet worden. S. Dortmunder Weisthum bei Hahn, Coll. monum. II. p. 602.

6) In Kaiser Sigismunds Reformation von 1439 heist es: Wie denn solches der große und heilige Keyser Karl hochlöblicher Gedächtnis gesetzt und verordnet hat, und von Alters hergebracht ist. Vergl. Müller, Reichstagstheater. Jena 1713. S. 121.

7) *Henricus de Hervordia* macht den Anfang. Vergl. *Malbom Res. Germ. T. III. Propter quod et legem secreti iudicii quod parvae illius lingua Vemo dicitur, studens regionem ipsam expurgare turtis, quod terra saluosa sit et latibunda perjuris etiam et prodicionibus et aliis talibus, sibi crebro compertis, ibidem perpetuis temporibus inter Rhenum et Visoram observari sancivit.* Ihm folgte: Aeneas Sylvius, Joh. de Escondia, Trithemius, P. Aemilius, Botho, Rolo-

Karl hatte, um die Sachsen zu überwinden, und den christlichen Glauben, den er mit Lehre und Gewalt der Waffen einführte, zu befestigen, manche strenge Maßregel ergreifen müssen, und allerdings auch durch die Gerichte, denen er die Würde und die Gewalt seiner Verfassung beilegte, strenge Aufsicht geübt, und auf Verbrechen, die der Umsturz der Verfassung, die Verwilderung langer Kriegesjahre, und die Veränderung des ganzen Religions-Kultus häufiger machte und veranlaßte, streng wachen lassen. Die Erinnerung an diese Zeit energischer Staatsumwälzung war nicht erloschen; aber die Schriftsteller des Mittelalters, in Ermangelung der Kenntniß alter Verfassung, erfanden nach ihrer Gewohnheit schnell ein Märchen dazu, das gutmüthig aufgenommen und geglaubt wurde. Es lautete so: Karl der Große, der den öftern Abfall der Sachsen mit aller Macht seiner Waffen nicht hindern konnte, schickte eine Gesandtschaft nach Rom an den Papst Leo, und ließ sich dessen Rath erbitten, was gegen die rebellischen und abtrünnigen Sachsen anzufangen sey. Dieser empfing die Gesandten, und nachdem er sie angehört, ging er schweigend in den Garten, zog Unkraut und Disteln aus, und hing sie an einen Galgen, den er von Reisern legte. Da kehrten die Gesandten zurück, und berichteten dem Kaiser, den sie zu Cresburg trafen, was sie gesehen. Dieser dachte darüber nach, erfand das heimliche Gericht, und instituirte es bald hernach auf dem Reichstage zu Paderborn. — Da es nun auffallend war, daß dies Gericht sich bloß auf Westphalen, und nicht auf ganz Sachsen erstreckte, so mußten es sich die Einwohner Westphalens natürlich gefallen lassen, daß sie die meisten Uebelthäter unter sich gehegt, und die größte Neigung zu Verbrechen aller Art vorzugsweise gehabt hätten \*).

Solchen Ansichten und Erfindungen, denen es an histori-

---

vinck, Türk etc. Vergl. Berck, a. a. D. S. 243. Andere haben das Gegentheil debucirt. Jedoch dem Einen, wie dem Andern fehlte die wahre geschichtliche Grundlage. C. Thomas Diss. de vera origine etc. Judiciorum Westphal.

8) Das Dortmunder Beisthum bei *Hahn* (Collectio monum. II. pag. 598) sagt sehr naiv: Den Westphälischen ist es gesetzt worden, und keinem Lande meer. Dann in dem Lande die Leut von Natur zu

schen Belegen durchaus fehlt<sup>9)</sup>, liegt zuerst der falsche Begriff zum Grunde, als ob das Femgericht ein ganz besonderes, schauerhaft grausames Institut gewesen, wofür es diejenigen ursprünglich verschrieen, die strenges Recht fürchteten; sodann zeigen dieselben von gänzlicher Unkenntniß des Geistes Karls des Großen und seiner Verfassung: man würde sonst nicht sogar in seinen Gesetzen selbst Hindeutungen und Beweise für die Existenz jenes Gerichts zu finden geglaubt haben.

Wir haben zwar nur Bruchstücke aus der Gesetzgebung für Sachsen<sup>10)</sup>. Auch die Sammlung der alten Gesetze, wenn eine solche existirt hat, fehlt uns<sup>11)</sup>, und nicht einmal die Friedensschlüsse ist auf uns gekommen. Aber wir wissen, daß Karl, nachdem der blutige Kampf ausgekämpft war, sich völlig mit den Sachsen versöhnte, ihnen gleiche Rechte mit den Fran-

---

ken und unbilligen Sachen geneygt sin, als Reheren, Raube und Diebstall. — Andere glaubten nun im Gegentheil, daß es nicht wohl möglich sey, daß Karl Leuten, welche eben zum Glauben bekehrt worden seyn, ein solches großes Vorrecht gegeben habe, als wofür sie dies Gericht ansahen. Vergl. Urk. bei Berd a. a. D. Kro. 1.

9) Ein Ungläubiger gesteht dies in der Urkunde (des 14. Jahrhunderts) bei Berd a. a. D. Kro. 1. *Et schole gy wetten dat de Brygreven in Westphalen nene bewysinge en hebben eres Richtiges vom Konynge Karle.*

10) Vergl. Eichhorn a. a. D. I. S. 297. Eine neue critische Ausgabe der *Lex Saxonum* ist noch zu wünschen, da in den bisherigen Vieles ungenügend ist, und der wiedergefundene Corvey'sche Codex zu manchen Emendationen Stoff darbietet.

11) Wir zweifeln, daß sie existirt hat. Zwar sagt Witterkind: *De legum vero varietate nostrum non est in hoc libello disserere, cum apud plures inveniantur lex Saxonica diligenter descripta.* Falke (Cod. Trad. Corb. p. 271) führt diese Stelle bei einer Erabition des 9ten Jahrhunderts, welche eine Investitur secundum morem saxonice legis beschreibt, an, und fügt hinzu: *Codicem membranaceum prestantissimum ac optimas prorsus notas, qui forma quarta legem Saxon. complectitur, ibi perlustravi, quem Witekindus noster inter ceteros videtur indicasse.* Aber erstens wird unter *lex. sax.* und *Ewa sax.* meist Gewohnheitsrecht und Weisthum verstanden, und wir haben keine weitere Spur der Aufzeichnung; zweitens ist der Codex, den Falke sah, wieder aufgefunden, und enthält, außer mehreren Urkunden, bloß die bekannte *lex Saxonum*, von welcher auch Witterkind unzweifelhaft in der ausgezogenen Stelle spricht. Dies zugleich zur Berichtigung der Corvey'schen Geschichte I. 2. S. 118. Not. 236.

ten einräumte und sie an gleicher Verfassung Theil nehmen ließ. Er ehrte die Freiheiten des Volks, so wie bestehende Geseze und Gewohnheitsrechte. Er griff wenig in die Verfassung der Gerichte ein, und wenn er Richter setzte und strenge Aufsicht über sie und durch sie übte, um Gerechtigkeit zu handhaben und des Reichs Würde zu erhalten, so blieb doch das gerichtliche Verfahren im Wesentlichen den alten Gewohnheiten treu, und das Recht war, nach wie vor, ein heiliges Gemeingut des Volkes. Geseze aber gab Karl nicht ohne des Volkes Prüfung, und Einwilligung in öffentlicher Versammlung.

Wie soll es nun noch denkbar seyn, daß er ein besonderes, von aller bisherigen Gewohnheit abweichendes Gericht zur Geißel eines Landes angeordnet habe, mit welchem, nachdem Gewalt und Strenge in blutigen Kriegen erschöpft worden, nun im Gefühl gegenseitiger Hochachtung, auf Treu und Glauben, endlich ehrenvoller Friede geschlossen war, und dem große Rechte überall gelassen, aber nicht genommen wurden <sup>12)</sup>. Wozu bedurfte der starke Held geheime Inquisitoren, und was kümmernte ihn, der sich selbst wohl zu rathen wußte, der Rath eines Papstes in seinen Staats-Einrichtungen <sup>13)</sup>.

Das Ganze ist uns also eine Sage <sup>14)</sup>. Aber wie wir in

12) Ob id qui olim socii et amici erant Francorum, jam fratres et quasi una gens ex Christiana fide, veluti modo videmus, facta est. *Witteck. Corb. ap. Meibom I. p. 634.*

13) Man hätte den Witekind lesen sollen, der ganz andern Aufschluß gibt, wenn er sagt: *Magnus vero Carolus, cum esset regum fortissimus, non minori sapientia vigilabat. Enimvero considerabat, quia suis temporibus omni mortali prudentior erat, finitimam gentem nobilemque vano errore retineri non oportere modis omnibus satagebat, quatenus ad veram viam duceretur, et nunc blanda suavione nunc bellorum impetu ad id cogebat, tandemque trigesimo imperii sui anno obtinuit.*

14) Die sich auch wohl in poetischer Form ausspricht. Die herzogliche Bibliothek zu Gotha besaß eine Handschrift, welche Hemgerichts-Ordnungen, Reformationen und Weisthümer enthielt; voran stand ein Gedicht, worin folgende Reime:

Keyser Carle der hoi gelovende Stam  
Alle Crystendom was Ime underthan  
Rome dat wan he mit Macht,  
Leo der Pawest he dar wider in bracht

jeder Sage das Echte und Wahre leicht vom unechten und vom lügenhaften Zusatz trennen, so ist uns auch die Sage, daß Karl der Große der Stifter des Femgerichts sey, wenn wir sie von unrechter That und schlechten Mithtern reinigen, heilig und ehrwürdig, und keine Lüge hat jenen erhabenen Gerichtshöfen das ernste Wort: sie seyen vom großen, heiligen Karl eingesetzt, in den Mund gelegt.

Die Heldenthaten des Kühnen, großen Ueberwinders blieben ja überall im Mittelalter eine heilige Sage: warum nicht auch in einem Lande, dessen ganzes Schicksal von ihm entschieden, und dessen Verfassung von ihm umgestaltet wurde? Und wirklich finden wir die Erinnerung an ihn, in Form und Bild der Sage, noch bis auf unsere Tage fortgepflanzt. In Herstelle, wie zu Erzburg und am Fuß der Bruno-Burg, waltet sein Name und seiner Thaten mächtiger Ruf in dunkeln Klängen und verwischten Bildern.

Auch sein Handeln, als Regent, hinterließ gleichmäßig Spuren der Erinnerung, die nirgend lebendiger, als im Gerichtswesen, sich erhalten haben, weil dies die ganze Verfassung mit umschloß. — Man zeigt noch hie und da im Felde einen grauen bemoosten Stein, und erzählt uns die Sage, daß da der alte Held geseßen und geruht; und man bezeichnet uns die Spur der schweren Hand, mit der er sich darauf gestützt: das ist das einfachste Bild auch von der Sage, daß er das Femgericht gestiftet. Das Leben und Wirken eines großen Mannes gleicht jener heldenstarken Hand. Seine Einrichtungen sind fest, kraftvoll und zeitgemäß; denn er ist der wahre Repräsentant seiner Nation; sie herrschen über ferne Zeitalter fort, über solche, die ihn verstehen und würdigen, wie über solche, die der eigenen Selbstständigkeit ermangelnd, am Gefundenen sich halten, und dasselbe fortsetzen. Reicht sich nicht die Verfassung unserer Zeit, wenn wir ihren historischen Zusammenhang auf-

---

Der hatt byt heymliche Recht  
In Westphalen dorch noit gelecht  
Dem Cristen gelawen tzo stürte  
Ich wie wirt byt nun so däre.

suchen, noch in ununterbrochener Kette, an die Karolingische, die Stamm und Wurzel ist?

Wir haben somit zwei Resultate gefunden, deren vollständiger Beweis der Hauptgegenstand der folgenden Untersuchungen ist:

Erstens. Gewiß ist es, daß die Femgerichte sich historisch an die Institutionen Karls des Großen reihen.

Zweitens. Sie sind in ihrer spätern auszeichnenden Gestalt nie errichtet, und am wenigsten bei den Sachsen eingeführt worden, sondern haben sich durch Gewohnheit und mancherlei Zeitverhältnisse ausgebildet, befestigt und geformt.

## Zweites Kapitel.

Schilderung der Sachsen und ihrer gesellschaftlichen Staats-Einrichtung. Krieg mit Karl dem Großen.

Einführung und Einfluß seiner Verfassung.

Wir lernen die Sachsen in dem Kriege mit Karl dem Großen als ein starkes, heldenmüthiges, von alter angestammter Freiheit begeistertes, germanisches Volk kennen. Seine Verfassung ahnden wir aus den Institutionen des Ueberwinders selbst, und sie mußte nothwendig analog mit der der übrigen germanischen Völkerschaften seyn.

Die Sachsen bildeten einen großen in Stamm, Sprache, Sitte und Recht verwandten Verein, und ihre Verfassung war noch nahe der ursprünglichen Einrichtung der Staatsgesellschaft, nämlich streng gemeinheitlich.

Auf dem freien Besiz eines Erbe \*) beruhte Recht und Verpflichtung der Staatsgesellschaft; alle bürgerliche Ehre und Rechtsbefugniß ging davon aus.

Alle Mannen des Vereines, die jene Fähigkeit hatten, hie-

---

\*) Si quis de statu suo, i. e., de libertate vel de hereditate compellendus est — heißt es in den Kapitularen. Freiheit und Erbe bebingten sich; wahrscheinlich ist der verächtliche Ausdruck erbärmlich gleich mit erbarm, erblos.

ßen Freie <sup>2</sup>, und die Freiheit bezeichnete schon den Verein, ein Freithum (Fridum, Fredum, Friebe) <sup>3</sup>. Dieser Friebe wurde geschützt durch eine Wehr aller Freien, die sie gemeinsam jedem Angriff entgegen setzten, und die sie alle zu Wehren machte <sup>4</sup>. Dieser gemeinsame Schuß erforderte größere und strengere Verbindungen, und ein Anführer, Herzog, mußte gewählt werden, der das Ganze über sah und leitete, der aber im Frieden sein Amt wieder niederlegte <sup>5</sup>.

Daheim waren sie eine Genossenschaft im gemeinschaftlichen Genuß des Gemeingutes, das jede Gesellschaft hat, eine Innung, nämlich eine Familie, die ein Ganzes bildet, und sehr wahrscheinlich von dem verwandtschaftlichen Verhältniß ausgegangen zu seyn scheint <sup>6</sup>. Zu einem größern Verein erwachsen, bildeten sie eine Gilde, einen Bund von Familien, die sich zusammen gesellt, und mit gleichen vertragsmäßigen Rechten ein Ganzes machten, wo Einer den Andern vertrat, ihm Rechte und Frieden sicherte, und das Wohl des Ganzen verbürgte <sup>7</sup>.)

2) Frei (vry, frig, freoh, freija) übersetzt Rithard (Hist. Franc. lib. IV.) durch ingenuus; also frei, ehrbar, eingeboren.

3) Angelsächsisch Freodom, Friodom. In dem Angelsächsischen Gesetz wird die Genossenschaft auch Freoborges, Friborgus genannt. Freiheit wird noch oft gleichbedeutend gebraucht mit Freithum; wir sagen Burgfriebe, und nennen Befriedigung einen zum Schuß eingeschlossenen Platz.

4) Wahrscheinlich hießen Weregilden, was Röser Mannien nennt. Das Wort Landwehr, das in die städtischen Verfassungen überging und einen Schußwall bezeichnete, mit dem man die ganze Grenze des städtischen Gebiets umzog, scheint aus der alten Verfassung übergegangen zu seyn.

5) In paco nullus communis magistratus. Cass. de B. G. VI.

6) Wenn Tacitus (Germ. III.) sagt: Quodque praecipuum fortitudinis incitamentum est. non casus, nec fortuita conglobatio turmam aut caenum facit; sed familias et propinquitates, so ist nichts gewisser, als daß die verwandten Streiter, die der einzelne Gau ins Feld stellte, auch daheim schon eine Familien-Innung bildeten.

7) Die Worte: Gilde, Innung und Genossenschaft, finden wir ebenfalls in der städtischen Gemeinheit erhalten, und dies ist beweissend für das Alter ihres Ursprungs, weil die Städte sich unmittelbar aus den freien Landgemeinden zurückzogen und mit ihren Mauern auch zugleich alte Freiheit und Verfassung umgürteten. Das Wort

Ueber diese Genossenschaften hatten sich durch Ansehen, Verdienst und Einsicht, höhere Geschlechter zu größerer Würde und Gewalt, und zu einem besondern Stande empor geschwungen, und wurden Edle, Adalinger genannt <sup>9)</sup>. Doch war das Verhältniß mild, und nirgend eine fürstliche Obergewalt und ein besonderes Uebergewicht im Verfassungsmäßigen sichtbar.

Die Erblosen, die kein Erbe hatten, oder es verloren, waren ebenfalls zu einem besondern Stande, als Dienende unter die freien Wehren, gesunken. Sie hießen Liten, Litonen <sup>9)</sup>, bildeten aber keinen Sklavenstand, sondern nahmen in geringerem Grade an den Rechten der Freien Theil, doch hatten sie keine Stimme in der Volksversammlung. Sie scheinen nicht

*Eid* bedeutet zwar auch schon sehr früh *protium, valor*, aber gleichzeitig auch *societas*, und die letztere Bedeutung ist älter, und der Stamm, aus dem sich gelten, gültig und Geld entwickelte. Die Karolingischen Denkmale geben das Wort *gilda, gildonia*. Bis zum 12. Jahrhundert finden wir es bei den Placitis der Grafen genannt, namentlich in dem Ausdruck *Barigildi, Bergildi, Biergeldon*. Möchten wir hierbei nun auch nicht *Bergilde* substituiren dürfen, wiewohl in einer Verordnung *Caroli Calvi* es heißt: *Et ipso sic mallum suum teneat, ut Wergildi ejus et Advocati, qui in aliis Comitatibus rationes habent, ad suum Mallum occurrere possint*, so können wir doch das Wort *ber* nicht von *Bier*, und von der deutschen Liebe zum Trunk herleiten, wie Kindlinger thut. Vielmehr kann es uns gerügen, daß *bar, baro* einen Mann bezeichnet. Vielleicht ist es aber auch gleichbedeutend mit *Wauerschaft*; denn 1096 erscheinen in einem Placitum des Grafen: *nobiles, liberi et omnes Bergildi ad praedictum placitum pertinentes*. — Mit dem 14ten Jahrhundert sehen wir das Wort *Gilda* in den städtischen Verfassungen. Eben so alt ist vielleicht der Ausdruck *Innung*, welches dadurch besonders wahrscheinlich wird, weil die Gesetze der Karolinger *unitas* und *unitas violata* übersetzen, wo offenbar *societas* gemeint ist.

8) Leiten wir das Wort *Adel* von *Kette, Vater*, so bezeichnen die Edlen die Väter des Volkes, und die Entstehung der Geschlechter wird uns klar; wir sehen diese schon in den Worten des Tacitus: *Insignis nobilitas, et magna patrum merita, Principis dignationem etiam adulescentulis adsignant*. Das Wort mußte bald das Erhabene und Würdevolle, das Gute und Edle bezeichnen. Wir sehen dies an der Eintheilung der Stände, an deren Spitze die *Adalinger* stehen. Der König der Vögel wurde *Adalar* genannt. An viele Namen knüpfte sich das Wort, z. B. *Adalrich, Adalgisus, Adalwald, Adalbert, Adalbold, Adalmund, Adalhelm*.

9) Das heißt Dienende, Gehorchende, vom skandinavischen Wort *lyda* gehorchen, wir haben es noch in den Ausdrücken *Eidlohn* und *Augeld*.



wie anderwärts und späterhin in viele Klassen zerfallen, und die Hörigkeit scheint milde gewesen zu seyn. Sie bewirkte bloß Zinspflichtigkeit und Dienstleistung von der Einen, Vertretung und Schutz von der andern Seite.

Wie die einzelnen Gesellschaften des großen Vereines sich in mehrere Innungen zergliederten, so blieb doch sichtbar die Idee der Familie, da alle Innung von der Verwandtschaft ausgegangen war, und wir finden leicht die Spuren eines engen Familienbandes. Aber dies verlor sich natürlich in der Genossenschaft der Gemeinde; in den größern Einigungen, die nothwendig entstehen mußten, sehen wir die Grundlage der Einteilung in Länder oder Gaue, als größere Volksgemeinden, zu Recht und Frieden eng verbunden.

Der Umkreis der Besitzungen jedes Vereines wurde eine Marktgenannt, und die Volksgemeinde bildete somit in Beziehung auf den Grund und Boden eine Markgenossenschaft<sup>10)</sup>, die den ruhigen Besitz und Genuß des einzelnen und gemeinsamen Eigenthums, den Marktfrieden, schützte.

Wie die Gesellschaft sich zu einem Staatsvereine bildete, hatte sie sich offenbar, wie dies der ältesten Staatseinrichtung überall gleich kommt<sup>11)</sup>, nach Zahlen zergliedert, und die einfachsten Zahlen zehn und hundert treten sichtlich, als ursprüngliche Einteilung, hervor. Hierauf gründeten sich die Centen und Decanten, in welche die Volksgemeinde des Gau's zerfiel; und wiewohl Karl der Große in Sachsen keine Centenarien und Decanen anordnete, so scheint doch diese älteste und ursprüng-

10) So wie Markt ursprünglich ein Zeichen, einen begrenzten bezeichneten Fleck bedeutet, so geht der Ausdruck in dieser Bedeutung durch viele Jahrhunderte, und wir sagen noch Feldmarkt; auch die Worte Merken, Merkmal, sind davon abzuleiten. Markbodo ist Einer der ältesten Namen. Offenbar ging der Ausdruck der alten Verfassung in die Städte über, wo die älteste und erste Ansiedelung immer Markt genannt wurde. Man errichtete die ersten Wohnungen in dem Umkreis eines Platzes, auf den man zusammen kam, und hier wurden freilich auch die Buden der Kaufleute und Krämer errichtet. So bildete sich das Markt der Städte, als ein besonderes, den Platz des Handels bezeichnendes, Wort, das wir aber deswegen nicht aus dem lat. mercatus herzuleiten brauchen.

11) Vergl. Pöhlmann Urgeschichte des Staats. Königsberg 1817.

liche Eintheilung der Gesellschaft auch hier Statt gefunden, und sich nur allmählig unter andern Staats- und Gemeinheits-Einrichtungen verwischt zu haben <sup>12)</sup>. Auch Alfred theilte das Angelsächsische Reich in Grafschaften, und jede Grafschaft in Hunderte (Hundredum.) Ein solches bestand aus hundert kleinen Genossenschaften, wovon jedesmal zehn unter Einem Haupt standen, und sich Gewährung leisteten. Diese kleinere Gemeinde hieß Tithing; und zehn derselben, also hundert freie Männer standen unter einem Decanus, wogegen dem Hundredum ein Centenarius vorgesetzt war. — Es läßt sich wohl nicht zweifeln, daß man auch hier auf den Grund älterer Verfassung baute.

Die Rechte der Gesellschaft waren gemeinheitlich; die Ausübung derselben beruhte auf Herkommen, das Gemeingut war, und hohes Alter heiligte. Alles wurde in freier Volksversammlung berathen. Wir haben Spuren genug, die es uns zeigen, wie sich Alles in der germanischen Verfassung natürlich aus den Anfängen der Gesellschaft hervorbildete, denn wo Gemeinheit, Genossenschaft, Familienleben herrscht, da ist echte Volksversammlung, wie wir sie im Placitum noch erkennen. Kommen da die Genossen zusammen, sich über das gemeine Beste der Gesellschaft zu berathen, so versteht es sich, daß auch die Streitigkeiten vorgetragen werden, welche einzelne Genossen mit einander haben. Es sammeln sich Alle um die Streitenden und sagen: du hast Recht, und du hast Unrecht, und mußt so thun, oder wir stoßen dich aus. Dies ist das natürliche Gefühl, das die Genossen leitet, und aus der Wurzel der Gesellschaft das Recht bildet. Finden wir doch noch gleichen Gang in allen Gesellschaften, die zusammentreten, bis auf die Genossenschaften der Knaben herab, die in kindischen Spielen sich vereinigen. — So gingen aus der Volks- und Familien-Versammlung die Gerichte hervor, die die Rechtsstreitigkeiten der Genossen schlichteten, bildeten sich allmählich aus, wandelten alte Sitte in strenge Form, und behielten noch spät die Spuren ihrer Entstehung in der Stimmfähigkeit aller echten Genossen bei.

12) S. unten Kap. 3. Abschn. 2.

Wenn aber ein Glied der Familie den Frieden verletzte durch Verwundung oder Todtschlag, durch unerlaubten Angriff gegen das Gut, oder die Ehre eines Andern, so rächten ihn seine Angehörigen, und diese Sitt e ging auch in die größere Gesellschaft über und wurde Verpflichtung <sup>13)</sup>. Das Vergehen des Genossen gegen den Genossen traf, wie ursprünglich die Familie, so jetzt die Genossenschaft; es verwandelte das Freium in Falda Freunde in Feinde <sup>14)</sup>.

Die Rache und Vergeltung war auf natürlichem Wege entstanden, und wurde formell, indem die Angehörigen sie als eine heilige Pflicht ansahen, und die Gesellschaft sie anerkannte <sup>15)</sup>. Sie war nothwendig, da, wo es noch keine öffentliche Verbrechen und keine Ankläger gab; und wer mochte sie freien Männern, die sich mit gleichen Rechten vereint hatten, wehren? — Es war also nichts Bewusstes, und aus dem Trieb zur Freiheit gesetzlich Constituirtes, daß man keine Todes- und Leibes-Strafen hatte, sondern es folgte aus den Urfängen der gesellschaftlichen Staatseinrichtung, — die noch keinen Criminal-Coder bedurfte, weil sie aus einer engverbundenen Gesellschaft von Männern bestand, die sich gegenseitig schützten, und so wenig verbrecherisches Gefindel unter sich duldeten, als sich gegenseitig so schwere Verbrechen zutrauten <sup>16)</sup>. Eben so wenig ist es ein Zeichen roher Freiheitslust und unbeschränkter Gewalt, die frevelhafte That selbst zu rächen, sondern dieser Trieb ist der menschlichen Natur analog, und eben so der ersten Staatseinrichtung, die sich daraus entwickelte. Eintracht, Entzweiung, Versöhnung, sind unablässig ein Gefolge des geselligen Zusammenseyns; es ist tief in

13) Das angeborene Gefühl, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und so das Unrecht zu rächen, spricht sich noch in spätern Gesetzen aus. Das Dortmunder Stadtrecht sagt z. B. *pari talione punitur, hoc est: collum pro collo, manum pro manu etc.* Vergl. Corv. Gesch. 1. 2. S. 212.

14) Freyende, Hyende. Freunde, Bryende sind auch ursprünglich Brye, also Freie, Genossen.

15) *Inimicitias suscipere necesse est.* Tac. Germ. 12.

16) Prüfe man einmal eine Reihe von criminellen Verbrechen: welches Gefindel, und aus welchen Motiven es sie verübt, und ob sie in einer Genossenschaft freier erbgeessener Männer vorkommen können.

der menschlichen Natur begründet, sein Recht mit Gewalt zu suchen, und es geschieht dieß noch da, wo der Gerichtshof fehlt, eben so im Anfang bei Einzelnen, als späterhin bei ganzen Staaten. So erklärt sich also das Fehderecht der Germanen natürlich aus der Familienverbindung, und ist kein Ausbruch roher Gewalt, sondern ein Naturzustand, den erst eine sich bildende Volksgewalt beschränkt, und endlich die Staatsgewalt unter Geseze zwingt.

Denn bald widersezte sich wohl die Vernunft einem Rechtsgange, wo die Parthei ihr Richter ist, und der Naturzustand verwandelte sich in gesetzmäßige Einrichtung. Wie die Rache jedoch schon im Namen den Trieb zum Recht bekundet, so ist auch ihre Wurzel so tief in die Gesellschaft verwachsen, daß sie nicht ganz auf einmal herausgerissen werden konnte. Wir sehen daher, wie sie zuerst nur beschränkt und geregelt, und wie auf Versöhnung hingearbeitet wird, ohne das Fehderecht auszuschließen <sup>17)</sup>. Es bleibt sodann das Recht der Stärke, da, wo die Richter das Recht nicht finden können, d. h. wo das formelle Recht nicht erweislich in die Augen leuchtet: denn alle Willkühr, alle Ansicht und Ueberzeugung, aller künstliche Beweis ist hier verbannt. — Auch im Ordale des gerichtlichen Zweikampfs, der vielleicht ursprünglich Folge der Fehde war, dauerte somit gewissermaßen dieser Krieg als Rechtsgang gesetzlich noch lange fort, wird im Faustrecht allgemein, und verzweigt sich, verbrecherisch und gesetzwidrig, bis in unsere Tage, die das Duell noch kennen.

Gehen wir auf unsere Periode zurück, so bemerken wir, wie die Gesellschaft, in ihrem Fortgange zur Volksverbindung erweitert, es gefühlt haben mochte, daß bei der unbegrenzten Gewalt des Einzelnen gegen den Genossen das gemeine Beste nicht bestehen könne; sie strebte daher, das Fehderecht zu beschränken <sup>18)</sup> und versöhnte den Friedbrecher mit der Familie und Ge-

17) „Do faidis pacandis“ sagen noch die Karolingischen Geseze, wiewohl sie keine Wahl mehr lassen, die Bühne auszuschlagen.

18) Was ist natürlicher, als daß Verwandte und Genossen die Streitigkeiten und Feindschaften der Ihrigen zu sühnen streben. Tac. 12. Sed

nossenschaft; er mußte zur Entgeltung und Sühne eine hohe Buße erlegen, die allmählig vertragsmäßig für alle Fälle festgestellt wurde, und vielleicht ursprünglich nur ein Zeichen freiwilliger Sühne gewesen war. Man nannte sie *Weregilds* (*Wergildum, compositio*) weil sie zur Wehr, zum Schutz der Ehre, des engern, ursprünglichen Familienvereins, vereinbart wurde<sup>19)</sup>. Sie hob unter dem höhern Einfluß der Genossenschaft die Fehde auf, und der Friedbrecher löste damit Leben, Freiheit, Frieden; sie mußte also hoch seyn, und Mancher verlor dadurch wohl Alles, was ihm nächst dem Leben das Höchste war, sein Erbe oder, was gleich bedeutend ist, seine Freiheit. Die Buße fiel an den, der sonst das Recht der Rache in der Fehde ausgeübt hatte, nämlich den nächsten Angehörigen oder an die ganze Familie. Selbst aus den übrig gebliebenen gesetzlichen Bestimmungen leuchtet noch die Familien-Innung als Grundlage hervor<sup>20)</sup>.

---

*et de reconciliandis invicem inimicis. et iungendis affinitatibus et adsciendis principibus, de paca denique ac bello, plerumque in conviviis consultant.*

19) In *compositionem wergildi* dentur etc., sagen selbst Gesetzesstellen. Zwar hat man bis jetzt allgemein Wergeld durch Währung oder Rare, welche in Geld festgesetzt war, erklärt und übersetzt. Wenn aber das Wort so alt ist, als die Sache selbst; und schon Tacitus sagt: *Luitur etiam homicidium certo armentorum vel pecorum numero*, so mögen wohl Währung und Geld späterer Bildung aus der Urbedeutung von Weregilde entlehnte Worte seyn. Man hatte diese Sühne, ehe man Geld hatte, und war weder so genial, noch so dumm, Menschen taxiren zu wollen, worauf auch die lateinische Uebersetzung, namentlich das Wort *compositio*, gar nicht deutet. — Furcht vor dem Tode bewog wohl diese Genossenschaft nicht, die Strafe des Todes auszuschließen, wie wir oben andere Gründe angegeben haben; und die Aussicht, mit Geld sich loszukaufen, konnte kein Antrieß zu Verbrechen seyn, da die Meisten wohl Verlust des Erbes und der Freiheit zur Folge hatten, wie wir aus der Höhe der Strafen sehen. Der Todtschlag eines Edlen kostete nach der L. Sax. 440 Sol., der eines Edlmannen 120, das Glied eines Fingers kostete 80 Sol. Nach der L. Thuring. kostete der Todtschlag eines Edlen 600 Sol. und eines Freien 200 Sol. Eine Blutwunde 30 und resp. 10 Sol., ein zerbrochenes Glied 90 und resp. 30 Sol., ein Auge 300 und resp. 100 Sol. Wenn nun ein guter Ochse gleich stand mit 3 Sol., zwei Pflugochsen mit 5 Sol. und eine Kuh sammt Kalb mit 2 1/2 Sol., so können wir leicht die Höhe dieser Bußen berechnen.

20) Schon Tacitus sagt: *Germ. 28. — recipitque satisfactionem universa Domus. Die Capitularien bedienen sich der Worte: Wergildum ejus proximis persolvat — his, ad quos ille pertinet etc.*

Weiter ging der Zwang der Genossen nicht, als daß der Friedbrecher vor ihnen erscheinen mußte. Bei ihm stand es noch, zur Sühne die Hand zu bieten, oder es auf die Fehde ankommen zu lassen. „*Compositionem persolvat vel laidam portet*“ sagt das sächsische Gesetz, und wir können uns auch das nur erklären, wenn wir uns eine freie Genossenschaft denken, die an Wort und Wahrheit glaubt, und am Sieg der gerechten Sache, zu der sich der gute Glaube neigt, nicht zögert.

Da aber die That des Verbrechers auch die größere Gemeinschaft beleidigte und störte, so mußte gleichfalls von dieser der Friede mit einer Buße gelöst, und sie dadurch versöhnt werden, die man *Fredum* nannte, und später an den Gau graf erlegt wurde <sup>21</sup>). Hierzu kam in der Folge noch der Königsbann.

Doch gab es natürlich bald im Staatsverein unlösliche Verbrechen, die keine Versöhnung zuließen, und keinen Einzelnen und keine Gesellschaft, sondern die ganze Nation trafen, z. B. Verrath am Vaterlande, und diese rächte auch die National-Versammlung <sup>22</sup>).

Bei den Zusammenkünften der Gesellschaft waren alle echte Genossen stimmfähig, wenn es auf Berathung des gemeinen Befehlens ankam. Dasselbe Recht wurde daher auch bei Schlichtung der Streithändel geübt. Es war aber ein natürlicher Gang, daß die Gesellschaft einen Vorsteher erwählte, der sie vertrat, und wohl Richter hieß, weil er die Verhandlung zu ihrem Ziel lenkte und richtete, der daher auch den Beschluß befestigte und das aussprach, was alle Genossen gefunden hatten <sup>23</sup>).

21) Bezeichnet *Fredum* ursprünglich *Freithum*, den Verein der Freien, und dann ihren Zweck, den Frieden, nun aber auch die Buße für den gestörten Frieden, so ist die Analogie der Erklärung von *Weregilde* dadurch erwiesen. Gleiches finden wir bei dem Worte *Bann*, das erst die Grenze des Landes bezeichnet, welches die königl. Würde, Hoheit und Gewalt umschließt, dann die königl. Gewalt selbst, und zuletzt gleichmäßig die Buße, welche auf ihre Verlegung gesetzt wurde. *C. pit. de Part Sax. tit. XV.* — und *cunquo census aliquid ad fiscum pervenerit sive in frido sive in qualicunque banno.*

22) Schon *Tac. in Germ. c. 12* sagt: *Licet apud concilium accusare quoque et discrimen capitis intendere.* Denselben Grundsatz spricht aus: *L. Baj. tit. 2 c. 1 §. 34.*

23) Sie bedurften ihn eben so gut, wie der Herrhaufe, der ins Feld

Er war daher nicht Richter (*iudex*) im spätern Sinne des Wortes, sondern Vorstand der versammelten Volksgemeinde des Gaues oder der kleinern Gemeinden, aus denen der Gau bestand, und wenn auch die Rechtsmonumente ihm den Titel *Juex* geben, so erhält er doch keinen größern Wirkungskreis und hat am Urtheil keinen Theil.

Es mochte auch wohl von Alters her schon üblich und herkömmlich seyn, daß die Aeltesten und Erfahrensten der Genossenschaft eine besondere Bank bildeten <sup>24)</sup>, und das erste Wort bei der Berathung, mit Wahl und Willen der Uebrigcn, führten <sup>25)</sup>. Es ist dies wieder der Natur der Sache gemäß, und es waren ihrer vielleicht observanzmäßig, nach alter einfacher Zahl: sieben; denn schon im Salischen Gesetz finden wir sieben Rathinburgen genannt, und wenn Karl der Große bestimmte, daß sieben Schöffen im gebotenen Gericht seyn sollten, so war die Anzahl gewiß schon vorgcfunden und nicht willkürlich erdacht. Sie wurden auch gewählt zu Vertretern außer den Versammlungstagen, und namentlich: wenn Rechtsfälle im gebotenen Ding zu entscheiden waren, die bis zum Maltage nicht aufgeschoben werden konnten. Diese Gemeinds-Aeltesten, die übrigens den freien Genossen nichts von ihren Rechten entzogen, sind vielleicht in ihrem Ursprung die Rathinburgen oder Rathinburgen des Salischen Gesetzes <sup>26)</sup>. Offenbar sind es aber die Rathmannen (*Consules*), welche in die städtische Verfassung übergingen, denn diese waren ursprünglich Vorsteher

---

109, eines Anführers oder Obersten (*Fürberste, Fürst, princeps*) bedurfte.

24) Wir finden häufig in den Urkunden des 12ten und 13ten Jahrhunderts die Ausdrücke: *stabilierunt ad Bancos scabinorum — factum ad Bancos scabinorum etc.*

25) Und es war herkömmlich, daß man nicht gerade alle Gegenstände zur Berathung der Volksgemeinde brachte. Tac. Germ. XI. de minoribus rebus principes consultant; de majoribus omnes.

26) Aus denen die Schöffen späterhin ausgezogen wurden, die aber doch noch vor der ganzen Menge der echten Genossen (Freie, *boni homines*) einen persönlichen Vorzug und ein Unterscheidungszeichen im Ansehen, so wie im Namen, behielten.

und Schöffen der freien Gemeinde <sup>27</sup>). Wir erblicken ihre Spur auch noch in den Kurnoten (Kürgenossen) der Hof-Versaffung.

Daß Alles, was die Gesellschaft will, beschließt und urtheilt, auch vollzogen wird und geschieht, verbürgt die enge Verbindung, wo Recht und Pflicht sich gegenseitig bedingen. Alle treten dem Einzelnen, der sich seiner Pflicht und dem Gesamtwillen entziehen will, entgegen; Alle schützen den einzelnen Genossen, und erhalten ihn bei seinem Rechte. Sie vollziehen daher die gesprochenen Urtheile selbst, und nicht durch Knechte, und wer zu erscheinen verschmäht, oder was ihm auferlegt worden, nicht erfüllt, an dessen Vermögen wird Hand gelegt.

Gesamtbürgschaft ist da, wo Alles auf Treu und Glauben, Familie und Genossenschaft gebaut ist; die später aufgezeichneten Gesetze sprechen sie ausdrücklich aus <sup>28</sup>). Die Familie gewährte sich Schutz, Sicherheit, Friede, eben so die Volksgemeinde; wenn sie daher auch für die Vollziehung der Sühne, für die Zahlung der Buße, der Weregilde haftete: so konnte eine solche Verpflichtung nur aus einer engen Familien-Innung erwachsen, und es folgte sich eben so natürlich der Grundsatz, daß der Familienvater für die Seinigen haftete.

Aus der Gesamtbürgschaft erklärt sich auch, und es steht wenigstens mit ihr in Zusammenhang, die Gewohnheit der Mitschwörenden oder Consecrationalen (Eideshelfer). Wenn nämlich Jemand des Friedensbruches angeklagt, und dadurch der Gesellschaft verdächtig war, aber mit einem Eid sich reinigte, so schwuren mit ihm eine bestimmte Anzahl Genossen <sup>29</sup>, welche sich dadurch verbürgten, und die Ueberzeugung von seiner Unschuld, und seinem Werthe aussprachen. Hierdurch wurde er

---

27) Vergl. Corp. Gesch. I. 1. S. 249 Guta-Lagh v. R. Schillbener. Greifswald 1818, S. 65. Rathmänner sollen richten in den Hunderis- (Cent-) Gerichten, und wer von ihnen nicht kommt vor Mittag, der büße 3 Dene dem Gericht.

28) L. Edwardi R. Cap. 20.

29) Ursprünglich waren es wohl die nächsten Blutsfreunde, so wie diese auch an der Fehde und an der Zahlung des Wehrgeldes zunächst Theil nahmen.



mit der Genossenschaft wieder ausgesöhnt, gleich wie nach geendigter Fehde, oder nach gezahltem Wehrgelde, und die ganze Gemeinde nahm seine Unschuld an und verbürgte sie. Die Fehde war so in gerichtlicher Form beigelegt, und der Friede eben so von der Gemeinde, wie durch die Bestimmung des Wehrgeldes, vermittelt.

Bei der Fortdauer und Erweiterung der Gesellschaft, und ihrer Ausbildung zu einem Staatsverein, wächst die Masse von Rechtsgewohnheiten, die aus dem natürlichen Gefühl entstanden, im Bewußtseyn und im Gewahrsam des Volkes liegend, durch symbolische Form reges Leben erhalten. Die sich ausbildende Volks- und Staatsgewalt befestigt viele herkömmliche Normen zu feststehenden Gesetzen, als Anfang eines hervortretenden positiven Rechts. Die Fälle werden auch, durch die sich verschlingenden Verhältnisse des fortschreitenden bürgerlichen Vereins verwickelter; manches Neue drängt sich vor, und es muß ein Ausweg gefunden werden, der das, was die Billigkeit erprobt, als gefundenes Recht verfassungsmäßig festsetzt, und nur selten unternimmt es die Staatsgewalt, ein Gesetz zu geben, das in die bürgerlichen Verhältnisse eingreift. Das rege Leben des Volkes fährt aber fort, in still wirkender Kraft sein Gewohnheitsrecht, in gleichem Schritt mit allen Zweigen seiner Kultur, nach innerm Bedürfniß fortzubilden. Wir haben daher ein Sächsisches Gewohnheitsrecht, (*mos saxonum*) und ein Sächsisches Gesetz. Die uns übrig gebliebene spätere Sammlung, so wie andere Rechtsmonumente, nennen dies *Ewa Saxonum*, und so wie das Wort den Vertrag schon andeutet<sup>30)</sup>, so spricht auch der Inhalt der übrig gebliebenen Gesetze und der späteren Kapitularien dies beinahe klar aus<sup>31)</sup>.

Karls dreißigjähriger blutiger Kampf (772 — 803) mit den Sachsen endete in der völligen Ueberwindung der Letztern, und der Sieger erreichte seinen Zweck, ganz Sachsen zum Chri-

30) Denn *Ewa*, *Ewa*, *Eho* bedeutet sowohl Gesetz, als Vertrag und Immerwährendes; es ist also hier Gesetz, das, was für ewige Zeit verfassungsmäßig bestimmt wird.

31) Z. B. in den Ausdrücken: *qui eadem lege vivant, qua ipse vivit*; — *legem suam componat*.

stentium zu befehren, aus ihm Ein Reich mit dem Fränkischen zu bilden, und seine politische Verfassung über dasselbe auszu-  
dehnen. — Wie der heldenmüthige Sieger aber ehrenvoll Gefallene  
wieder aufhebt, so ließ auch hier Karl der Große den überwunden-  
en Sachsen gleiche Rechte mit den Franken und ihre eigenen her-  
gebrachten Gewohnheiten, Gesetze und Freiheiten <sup>32)</sup>.

Aus dem langwierigen blutigen Kampfe, den beide Theile führ-  
ten, können wir schon schließen, daß die Verfassung Karls des Großen  
nicht mit Einem Guß, nach dem fränkischen Vorbild, auf  
Sachsen übertragen wurde. Aus dem Friedensschluß selbst geht  
schon hervor, daß dieselbe auch manche Modificationen, nach den  
besondern herkömmlichen Verhältnissen des Landes, mag erlitten  
haben.

Wichtig ist in dieser Hinsicht die Instruction, welche Karl  
dem Grafen Trutmann (789) ertheilte. Er ernannte ihn  
zum Grafen über einen großen Theil Sachsens, versah ihn mit  
besondern Vorschriften, gab ihm die Aufsicht über die Vikarien  
und Schöffen, ernannte ihn zum Schutzherrn aller Geistlichen  
im Sachsenland, und befahl ihm, alle Rechtsstreitigkeiten zu schlich-  
ten <sup>33)</sup>. — Wenn nun der Sitz dieses Gouverneurs von Sach-  
sen die nachherige Reichsstadt Dortmund (Trutmannia) grün-  
dete, so möchte allerdings diese Verfügung Karls auch schon die  
Grundlage gewesen seyn, aus welcher sich das Ansehn des Dort-  
munder Gerichtshofes entwickelte, und es möchte aus diesem An-  
sehn und Einfluß die folgende Geschichte leicht es erweisen kön-  
nen, warum Dortmund der Hauptsitz der kaiserlichen Gerichte  
Westphalens wurde, und die Oberaufsicht lange beibehielt.

Am Ende des Kampfes scheint eine allgemeine Einheit in  
die Verfassung gekommen, und auch die politische Eintheilung  
ziemlich vollständig nach fränkischer Weise ins Werk gerichtet zu

32) *Posta Saxo* ap. *Leibnitz* I. 153. und *Möser* *Dönabr. Gesch.* I. 3.  
S. 40

33) *Ut resideat in curia ad campos in mallo publico ad universorum  
causas audiendas vel recta judicia terminanda.* Vergl. *A. Meinders*  
*Diss. de judiciis contodariis* 1715. Die Echtheit jenes Diploms ist  
noch nicht außer allem Zweifel. *H. Meibom.* ad *Saxon. Histor. in-*  
*trod.* p. 25.

seyn. Doch bleiben bedeutende Modificationen noch immer sichtbar, deren Spuren aufmerksam und vorsichtig zu folgen, Pflicht des Geschichtschreibers ist.

### Drittes Kapitel.

Verfassung Karls des Großen, seine Einrichtungen in Sachsen, und deren besonderer Einfluß auf das Gerichtswesen.

Wenn sich überhaupt spätere Verfassung, so wie Vieles in Rechten und Gewohnheiten nicht erklären und verstehen läßt, ohne genaue Kenntniß der Anstalten Karls, so ist es auch hier für unsern speciellen Zweck unentbehrlich, die Staatseinrichtungen der Karolingischen Zeit, in so fern sie für Recht und gerichtliche Verfassung von Einfluß sind, nach ihren Grundzügen zu entwickeln<sup>1)</sup>. Wenn wir hier:

I. von den Ständen des Volkes ausgehen, so finden wir, daß die alte Eintheilung der drei Klassen: Edle, Freie, und Liten, bestehen blieb, und die Gesetze behalten diesen Standesunterschied bei. Aber sofort zeigte sich der Einfluß fränkischer Verfassung und Einrichtung, der ohne gesetzgeberischen Willen allmählich das ganze alte Verhältniß der Stände vermischte, und untergrub, ohne doch die alten Spuren ganz vertilgen zu können.

Die von einer freien Gemeinde gewählten Anführer und Richter wurden jetzt kaiserliche Beamten, und waren durch ihr Amt, durch die strenge Aufsicht, unter welche sie gesetzt wurden, und durch die Belohnungen, die sie zu erwarten hatten, ganz an den Willen und das Interesse des Kaisers gefesselt. Sie suchten deshalb persönliche Auszeichnung im Kriegsdienst, schlossen sich, gleich den Franken, als Getreue, an das Gefolge des Kaisers, und erhielten viele Güter als Benefizien. Sie waren die Ersten im Frieden und im Felde, so wie bei den

<sup>1)</sup> Schon die allgemeine Sage von der Stiftung des Zengerichts durch Karl würde uns zu einer Vergleichung nöthigen.

Diensten am Hofe, und ihr Einfluß auf alle öffentlichen Verhandlungen mußte eben so schnell wachsen, als ihr Ansehen und ihre Macht. Das gemeinsame Interesse band sie zusammen; sie strebten nach Erblichkeit ihrer Dienstlehne, und fingen bald an, einen besondern Stand zu bilden.

Gleichen Schritt mit ihnen hielt der neue von Karl eingeführte Stand der Geistlichen; ja er gewann jenen weltlichen Großen noch oft den Vorsprung ab. Mit Gütern überschüttet, durch die Immunität unabhängig gemacht, waren sie es zunächst, die der fränkischen Einrichtung überall Eingang verschafften. Gegen Verleihung von Gütern erhielten sie Hofbeamte, und richteten ihren Hof nach fränkischer Sitte ein. Sie hatten auch für die übrigen Dienste, die der Staat erforderte, einen eigenen Beamten, den Kirchenvogt; da dieser aber nur Mannen, Diener, Ministerialen des Stiftes dem Reichsheer zuführte, und mit denselben zugleich in Privatfehden die Stiftung schützen mußte, wofür sie von dieser durch Benefizien gefesselt und belohnt wurden, so mußte sich auch hierdurch ein besonderes Verhältniß, das von der alten Verfassung abwich, ausbilden.

Das gemeinsame Bestreben der geistlichen und weltlichen Großen war nun, bewußt und unbewußt, auf Unterdrückung und Aufhebung der übrigen Stände gerichtet; und wenn auch kaiserliche Gewalt eine Zeitlang schützte, so schritt doch Eigenmacht mehr und mehr vorwärts.

Neben den Litonen sehen wir schon eine tiefer stehende Klasse dienender Knechte (*servi et ancillae*), die, wie Hofhörige und Leibeigene, sich unterscheiden, und deren Anzahl durch die Bestellung der Kammergüter des Kaisers, der geistlichen Güter, und der erblichen und Benefizial-Güter der weltlichen Großen wuchs <sup>2)</sup>.

Es wurden aber auch, da es an Feldbauern gebrach, und viele Güter verödet waren, Höfe unter milden Bedingungen Unbauern (*coloni*) gegen Zinspflicht überlassen <sup>3)</sup>. — Das ab-

2) Die Gesetze unterscheiden jetzt: *ecclesiastici, fiscalini et beneficiarii servi*.

3) Wir finden daher im 9ten Jahrhundert neben den Litonen: *coloni*

hängige Verhältniß mehrte sich, indem Viele, um Güter von den Großen und Reichen zu erwerben, freiwillig sich in ihre Dienste begaben: Ministerialen und Dienstmannen. Die Noth zwang endlich viele Freie, sich an Mächtige anzuschließen, sie um Schutz zu bitten, und dafür ihnen anzugehören, und eine Abgabe zu entrichten: Schutzhörige. Auch wurden wohl bei dem Umfang geistlicher und weltlicher Güter schon freie Erbgessene, die in den Besitzungen eingeschlossen waren, mittrabirt, und in einem Abhängigkeits-Verhältniß, als Schutzhörige, trotz ihres Standes-Vorzugs, betrachtet \*).

So verengte sich der Stand der freien, unabhängigen erbgesessenen Wehren, und sie verschwanden späterhin mehr und mehr, so wie der Geist der alten Verfassung und das Gefühl ihrer alten Würde wich. Wie sie sonst Niemand zu Dienst und Abgabe verpflichtet gewesen waren, sondern nur freiwillig zu den Verpflichtungen für das gemeine Beste gesteuert, und selbst den Heerdienst geleistet hatten, so waren sie jetzt feststehenden Staatsabgaben unterworfen, und späterhin war dieser unmittelbar dem Reichsoberhaupt pflichtige Tribut das Hauptunterscheidungszeichen ihres Standesvorzuges. — Mit dem untergehenden Heerbann sank ihre Würde, und so, wie sie zur Wehr des Reichs nicht mehr aufgefördert wurden, standen sie auch wehrlos gegen die Gewalt und das Ansehn derer da, die die Waffengewalt allein ausübten und im Namen des Reichs handhabten.

Wiewohl sich nun noch Viele in ihrer alten Unabhängigkeit erhielten, so wurde doch die Freiheit, als altes Standesverhältniß, immer mehr verdunkelt, geschwächt und dem Untergang näher gebracht. Während aber die Unfreiheit nach unten hin sich vielfach gestaltete, gliederte und befestigte, sehen wir sie nach oben zum Theil einer neuen edlern Verbindung in dem Lehnverhältniß,

---

und coloni ad mansos genannt. Vergl. Falke, C. Tradition. Corb. p. 293.

\*) „Omne regale vel seculare iudicium super servos et liberos malman et mundman“ heißt es in dem Privileg Karls für die Bönabr. Kirche do a. 804 bei Böser a. a. O. I. Urk. Nr. 1.

und der Waffengenosenschaft, sich anschließen. Daß aber die alten Freien, die dahelb das Wehrgut bauten, dennoch Inmitten bestehen blieben, und die Namen, so wie die Spuren ihrer Abstammung, ihrer Standesrechte und uralten Herkunft, bis in späte Zeiten, erhielten, ist eine Merkwürdigkeit Westphalens, wo alte Verfassung am tiefsten Wurzel geschlagen hatte, und woraus wir künftig wichtige Folgerungen herleiten werden.

II. Die Eintheilung des Reichs in Gaue erstreckte sich auch auf Sachsen; aber so wie im Großen noch die Eintheilung der alten Provinzen und ihre Namen blieben <sup>5)</sup>, so scheint sich auch die politische Gaueintheilung nach der bestehenden Eintheilung Sachsens in Länder, Mark, i, Gemeinden gerichtet und modifizirt zu haben, und die neuen Grafschaften bezeichneten wohl nichts mehr, als die alten Landgerichtsbezirke. Was war auch natürlicher, als schon begrenzte Bezirke unter Beamten zu stellen, deren Bewohner bereits eine Gemeinde, ein Ganzes, einen zusammenhängenden Verein, bildeten <sup>6)</sup>. Eine Unterabtheilung der Gaue, nach fränkischer Verfassung, in Centen und Decanien, bemerken wir daher nicht; wenigstens kommen die Namen nirgend in den Urkunden vor.

Es war diese Eintheilung vielleicht nicht wohl anzuwenden, weil die Sachsen auf zerstreuten Höfen wohnten, und keine Dörfer oder zusammenhängende Niederlassungen (*villae*) kannten. Die alte Gemeinheits-Eintheilung und Verfassung war aber gerade das Wesentliche und Unzerstörliche der Volkseinrichtung, das sich ohne Antasten der Freiheit und vieler Rechte und Gewohnheiten nicht ändern ließ. — Es scheint uns daher, daß die alte Gemeinheits-Verfassung im Ganzen bestehen blieb. Jede Gemeinde, (Gilde, Innung, Mark) behielt ihren gewählten Richter, der als Stellvertreter des Grafen, und zugleich als dessen Unterbeamter, an den alten Malplätzen über Gemeinheitsfachen Versammlung

5) Denn im Cap. de a. 797 heißt es: „*congregatis Saxonibus de diversis pagis tam de Westefalia et Angaria quam de Osterfalia.*“

6) Daher sollen auch die Zeugen aus der Gemeinde genommen werden: *quia non est credibile, ut vel de statu hominum vel de possessione cujuslibet per alios rei-veritas cognosci valeat, quam per illos, qui viciniiores sunt.*

hielt, und in Rechtsstreitigkeiten Urtheile finden ließ. Es sind dies die *Viccomites*, *Vicarii* des *Comes*; und sie werden meist auch bloß *Comites* genannt; denn nicht nur finden wir oft, in den übrig gebliebenen Urkunden, Mehrere innerhalb desselben Gau'es, sondern die vielen gleich stehenden Gerichts- oder *Malplätze*, die oft der Gau oder das *Comitat* in sich begreift, beweisen dies auch unumstößlich, da man sie als ein Heiligthum des Volkes nicht nur damals schützte, sondern auch spät noch als ein ehrwürdiges Alterthum hegte und erhielt. Wir finden daher, auch wie die Grafschaft zerrissen, die freie Gemeinde versplittert war, und darum nicht jeder Stuhl mehr mit einem Richter besetzt werden konnte, daß eine *Cometia*, (Freigrtschaft, alter Gerichtsbezirk) aus mehreren *Malstätten* oder *Freistühlen* bestand, die nur aus einer ältern Gerichts-Verfassung und Bezirks-Eintheilung übrig geblieben seyn konnten.

Wiewohl nun keine eigentliche Eintheilung in Hunderten und Zehnten Statt hatte, und der Ausdruck *Cent* und *Decanie* in Sachsen nicht vorkommt, so finden wir dennoch eine Annäherung auch an diesen Theil der Verfassung, insofern er auf frühern allgemeinen Grundlagen beruht; und es mag eine Eintheilung nach Zahlen hauptsächlich in Hinsicht des Heerdienstes erforderlich, und vielleicht schon lange üblich gewesen seyn <sup>7)</sup>. —

Wenn daher Karl d. Gr. bestimmt, daß von 120 Edlen, Freien und Liten an die Kirche ein Knecht und eine Magd soll gegeben werden <sup>8)</sup>, so mag eine solche Zählung und Eintheilung weit eher schon längst eingeführt und gebräuchlich gewesen, als hier zufällig angeordnet worden seyn. Nähere Spuren gibt uns die Zahl zehn, von der die *Decanien* ihren Namen führten. Wie nämlich die *Decanen* über geringfügige Sachen und kleinere Vergehen erkannten, so müssen wir vermuthen, daß auch in Sachsen Richter für geringere Gegenstände in einer kleinern Gemeinde be-

7) Tac. de morib. Germ. Cap. VI. . . . In universum aestimanti, plus penes peditum roboris: eoque mixti proeliantur, apta et congruente ad equestrem pugnam velocitate peditum quos, ex omni juventute delectos, ante aciem locant. Definitur et numerus; Centum ex singulis pagis sunt: idque ipsum inter suos vocantur: et quod primo numerus fuit, jam nomen et honor est.

8. Cap. de part. Sax c. 14.

standen. Es waren dies ohne Zweifel die **Bauerichter** (Burrichter), die auch noch in die städtischen Verfassungen übergingen. So gab es in Soest Burrichter, welche über geringe Gegenstände erkannten <sup>9)</sup>. Ihre Versammlungen hießen **Thy** <sup>10)</sup>, welches von **Thegge**, **Zehn**, hergeleitet, eben so wie der anderwärts vorkommende Ausdruck: **Thygräfe**, auf die Entstehung und die Zahl der Versammlung hindeutet, und die ohne Zweifel in einer andern frühern Eintheilung, der diese Zahl zum Grunde lag, ihren Ursprung hatte <sup>11)</sup>.

### III. Die Beamten des Gaus.

Der Gau bildete die Heerbanns-Grasschaft, und der vom Kaiser ernannte Graf (*comes*) war der unmittelbar die Regierungsrechte handhabende Beamte. Er war Heerbanns-Oberst und Richter, hielt die auf bestimmte Zeiten für immer festgesetzten *Placita*, wo er unter Königsbann über Erbe, unbewegliches Eigenthum, Friedensbruchsachen und Freiheit, nach dem Ausspruch der Gaugenossen das Urtheil bestätigte <sup>12)</sup>, den Heerbannsdienst ordnete <sup>13)</sup>, und die fiskalischen Abgaben erhob. Zugleich war ihm der Schutz der Kirche aufgetragen, und der Kaiser empfahl es wiederholt und mit Strenge, die Klagen der Wittwen und Waisen vor allen andern zu hören.

9) In andern Städten, z. B. in Dortmund und Gelle, kam dies Untergericht an den *Præco*, Gerichtsfrohn. Vergl. *Corv. Gesch. I. 1. S. 276.* — *Halt aus*, v. *Gronbottengericht*.

10) Noch jetzt nennen die Bauern an verschiedenen Orten ihren Versammlungsplatz *Thy*.

11) Auch die *Keldherren*, die *Dechanten* der *Gilden*, die wir in den spätern städtischen Verfassungen finden, erinnern an eine Abstammung, die einer Analogie mit den *Decanen* Raum gibt.

12) Der Graf richtete unter Königsbann, nicht so der *Gemeinberichter*. Denn der Erste richtete innerhalb eines vom König gesetzten Bezirks, und Kraft der von ihm verliehenen Gewalt.

13) So wie er zum Heerbann berief, so untersuchte er auch die Befreiungsgründe. Nach einer Verordnung *Ludwigs des Frommen* durften nämlich zu Hause bleiben: *qui a Comite propter pacem conservandam et propter conjugum ac Domum ejus custodiendam et ab episc. vel abbate vel abbatissa similiter propter pacem conservandam et propter fruges colligendas et familiam constringendam et missos recipiendos dimissi fuerunt.*



Nach der fränkischen Einteilung und Verfassung richteten unter der Aufsicht der Grafen die Centenarien und Decanen, Erstere über Frevel und persönliche Klagen, die nicht vor das Grafengericht gehörten, Letztere über geringfügige Sachen und Gemeinde-Gegenstände. Wie sehen bereits oben, daß in Sachsen diese Beamten nicht eingeführt wurden, und die für diese Provinz ertheilten Verfügungen reden auch nur von Stellvertretern (*vicarii vicocomites*) die unter dem Graf standen <sup>14</sup>). Ob ihre Competenz sich eben so unterschied, wie die der fränkischen Gau- grafen und Centenarien, läßt sich nicht mit Bestimmtheit aus den übrig gebliebenen urkundlichen Quellen entscheiden; es scheint jedoch aus der Menge der Freistühle, an denen allenthalben über die zur Competenz des Grafen gehörigen Sachen unter Königsbanne gerichtet wurde, aus der alten freien fortbestehenden Gemeindeverfassung, und aus der häufigen Abwesenheit der Grafen im Felde der Schluß gemacht werden zu können, daß die *Vicocomites* ganz ihre Stelle vertraten, und in der Folge auch sogar vom Kaiser ernannt und bestätigt wurden; daß folglich die Beschränkung der fränkischen Centenarien rücksichtlich der Competenz nicht auf die sächsischen *Vicocomites* überging.

Die Gangrafen wurden wohl zuerst gewöhnliche Land- grafen (Landrichter) genannt, weil man die verschiedenen Bezirke in Sachsen ohne Zweifel Länder zu benennen gewohnt gewesen war <sup>15</sup>). Daher der lateinische Ausdruck: *comites provinciales*, welcher in den Urkunden vorkommt; auch die Benennung: *summus comes*, ist für das Gesagte wichtig, da der *Comes* des Gaues, der nur Centenarien unter sich hatte, nicht wohl *summus comes* genannt werden konnte <sup>16</sup>). Indem nun

14) In der Instruction des sächsischen Grafen Erutmann l. c. heißt es z. B.: *super quo vicarios et scabinos quos sub se habet, diligenter inquirat et animadvertat ut officia sua sodale peragant.* — Wölferers Idee von den Edelvögten (*advocati*), welche die Stelle der Centenarien versehen hätten, scheint unrichtig.

15) Die Benennung verlor sich natürlich meistens wieder, da Gaue und Länder durch die Immunität zerrissen, und durch neue landesherrliche Bezirkseinteilungen umgestaltet und geändert wurden.

16) Später nannte sich auch wohl der Landesherr im Gegensatz zu den Gerichtsgrafen: *summus Comes*.

der Gaugraf begreiflich aus den Großen ernannt wurde, und ein *Nobilis* (*comes, vir nobilis*) war, so wurden die übrigen Grafen aus den Freien gewählt, so wie sie über Freie gesetzt waren. Der Ausdruck Freigraf (*Brygreve, liber comes, comes liberorum*) bildete sich daher, der Natur der Sache gemäß, vielleicht schon früh zu etwas Feststehendem aus, zumal da in den Bestandtheilen des Gaues Veränderungen vorgingen, die der Benennung bald zu einem scharfen Gegensatz dienen mußten, und zugleich in diesem Gegensatz den Beweis des noch ganz reinen Standesverhältnisses erhielten. Es lagen nämlich in und zwischen den freien Volksgemeinden die Güter der Kirche, die mit den dazu gehörigen Knechten, Litonen und Freien der Aufsicht und dem Gericht eines eigenen Beamten, des Kirchenvogtes (*advocatus*), der eben so, wie der Graf, unter Königsbanne richtete, unterworfen wurden<sup>17)</sup>. Die Immunitätsrechte dehnten sich auch auf königliche Kammergüter und Beneficien der Edlen aus, und es erloschen mehr und mehr die Rechte der alten Freien, die mit einem solchen Gute (*curtis*) in Berührung kamen. Sodann bildeten sich auch Gemeinden von solchen Besitzern, die ein engeres Band an einen weltlichen Großen, oder an eine Kirche schloß, wiewohl sie unter der Gewalt des Grafen blieben. Sie hatten entweder um Schutz — theils freiwillig, theils gezwungen durch drohende Uebermacht — sich in dies Verhältniß gegeben, oder es waren ihnen verwaisete Höfe, als Colonen, unter Bedingungen überlassen worden. Sie waren dem Richter des Haupthofes unterworfen, und es bildete sich allmählich ein besonderes Hofrecht.

Jedes königl. Amt hieß *officium fiscale*; die Richter daher, insofern sie vom König ernannt wurden, hießen *judices fiscales*. Wenn man in der germanischen Verfassung ursprünglich nur Richter (Vorsteher, Führer) gehabt hatte, so ging jene Benennung jetzt gleichfalls auf die andern Zweige der Regierung und öffentlichen Leitung über. Daher heißt alle öffentliche Gewalt, *justitiaria potestas*, alle Beamten werden *judices*, ju-

17) Dies befestigte sich — Urk. von 1102: *regiae potestatis banno in placito advocatiae suae stabilivit*, Schaten I. c. ad h. a.

*dicarum personarum* genannt, und wie sich später die Landeshoheit aus der Jurisdiction entwickelte, wenigstens nicht ohne sie bestehen konnte, so wurde sie, wie wir in der Folge sehen werden, noch spät unter diesem Ausdruck begriffen.

So wie die Rechte der alten Volksgemeinde geehrt wurden, und das Urtheil bei Streitsachen in ihren Händen blieb, weil sie Bewahrerin und Quelle des Gewohnheitsrechts war, so wurden diese Befugnisse nach alter Weise gehandhabt, in den Zusammentkünften (*Placita*) die an den alten Markplätzen gehalten wurden, und über deren bestehender Ordnung Karl mit Strenge wachte.

An den Maken wurden nicht Gerichtssachen abgethan, sondern alle Landtagsachen, und alle Regierungs-Administrations- und Kassen-Geschäfte des Staats, gleichwie in den Versammlungen der einzelnen Gemeinden, Die Gemeinde-Angelegenheiten geordnet wurden <sup>18)</sup>. Dem Volke war daher nichts wichtiger, als das *Placitum*, und alles, was damit in Verbindung stand. — Wir sehen dies schon daraus, daß sich die hiervon entstandene Terminologie ganz in das Leben zu vielfältigen Bezeichnungen hinein gewöhnt hat, und die Worte: *Platz*, *Mahl*, *Ding*, bezeichnen vielfache Species, so wie sie dem Volke das Höchste und Wichtigste in der Verfassung bezeichneten.

Der Mißbrauch fing schon an, daß Grafen und Untergrafen mehrere Amtsbezirke verwalteten. Das aber wurde festgesetzt, daß peinliche Sachen im spätern Sinn, so wie Freiheit und Erbe vor das *Placitum* des Grafen gehörten <sup>19)</sup>. Es war von großem Einfluß, daß die Grafen im Gedränge der sich neubildenden Gerichte diesen Grundsatz aufrecht erhielten, wiewohl sich in Sachsen derselbe nach der oben entwickelten Verschiedenheit in der Verfassung der Grafen und Vicegrafen bedeutend modificirte.

---

18) Der städtische Rath gibt noch spät hiervon ein Beispiel.

19) Cap. III. a § 12 c. 4. *Ut nullus homo in placito centenarii neque ad mortem neque ad libertatem suam admittendam aut ad res reddendas vel mancipia judicetur, sed ista aut in praesentia comitis vel Missi nostrorum judicentur.*

## Viertes Kapitel.

Fortsetzung der Karolingischen Verfassung.

### IV. Der Gesandte, *missus regius*.

Ein größerer Bezirk mehrerer Gaue oder Grafschaften mit Inbegriff der bischöflichen Diöces, jedoch ohne Einfluß für die politische Eintheilung des Landes <sup>1)</sup>, wurde der Aufsicht eines kaiserlichen Gesandten (*Missus*) Sendgraf übergeben. Denn so wie es Tendenz des großen Kaisers war, strenge Aufsicht überall zu führen, und vom Zustand aller Provinzen stets unterrichtet zu seyn, so rechtfertigten die vielfachen Beschwerden über die Bedrückungen der Beamten bald die Maßregel, sie unter strenge Controlle zu setzen, durch einen höhern Beamten Hülfe und Abstellung zu gewähren, und theils sich Bericht abstaten zu lassen, theils in Fällen, wo es nothwendig war, selbst mit der höchsten Gewalt einzuschreiten. Dieses Amt war der Schlußstein in der Verfassung Karls, und so wie derselbe unter seinen nächsten Nachfolgern schon mehr locker, und endlich herausgenommen wurde, riß das Werk aus allen Fugen. — Natürlich muß der Regent groß, stark und kräftig seyn, wenn seinen Beamten die gebührende Achtung widerfahren soll. Aber da die Aufmerksamkeit, die Gewalt und der ernste Wille, diesen Beamten kräftig beizutreten, fehlte, ließ ihr Eifer nach; und da sie selbst, als Bischöfe und Grafen, gleiches Interesse, wie die übrigen Beamten, hatten, so machten sie lieber mit diesen gemeine Sache, als sich durch strenge erfolglose Handhabung ihres Amtes mit denselben in Collision zu bringen. Sobald dies Amt nun nicht mehr nach seiner ursprünglichen Idee ausgeübt wurde, so erlosch es selbst. Da es aber zum Theil in andere Hände überging, zum Theil sich sein Wesen, bei der sichtlichen Nothwendigkeit seiner Ausübung, in einzelnen Theilen herüber in eine spätere Zeit verzweigt, so bleibt es bei unserer Untersuchung der höchsten Aufmerksamkeit werth.

1) Der Kaiser schickte in gewisse Bezirke der Provinzen (*mis-*

---

1) Vielleicht erloschen auch bald ihre Spuren, da die Einrichtung nicht lange dauerte; oder die Missionsbezirke trafen auch wohl meist wie in Franken, mit den bischöflichen oder erzbischöflichen Diöcesen zusammen.

siaticum) einen Gesandten, der nachher häufig aus den getreuesten Bischöfen und Grafen der Provinz selbst ernannt wurde. Gewöhnlich wurden zum bessern Betrieb des Geschäftes zwei ein, Bischof und ein Graf ernannt <sup>2)</sup>, damit der Eine über die Geistlichen, der Andere über die weltlichen Angelegenheiten berichten konnte. Diese Gesandtschaft durchreiste jährlich die Provinz, und hielt eine Versammlung (placitum, Landtag) wo alle Zweige der Verwaltung untersucht wurden <sup>3)</sup>, weshalb alle Beamten und namentlich die Grafen da erscheinen mußten. Hier wurden auch alle Beschwerden angehört, und entweder ward sogleich denselben abgeholfen, oder an den Kaiser berichtet, welcher entschied <sup>4)</sup>. Die Gesandten hatten kaiserliche Befehle und Instruktionen bei sich <sup>5)</sup>. Eine Hauptpflicht war es, über deren Achtung und Folgeleistung zu wachen. Eine Verachtung gegen kaiserliche Befehle und Schreiben wurde aufs strengste geahndet. Der Verächter verlor Würden und Beneficien, und mußte in der Pfalz erscheinen und seine Strafe empfangen.

2) Im Placitum des Gesandten mußten Bischöfe, Äbte, Grafen, Vicarien erscheinen <sup>6)</sup>, und Jeder mußte drei oder vier der ältesten Schöffen mitbringen <sup>7)</sup>. Diese repräsentirten die Gemeinden, weil hier nicht nur Urtheile gefunden, sondern auch Weisthümer erkannt, Gesetze erwogen, und in Vorschlag gebracht <sup>8)</sup>, so wie kaiserliche Befehle publicirt wurden.

2) Auch Äbte, Ministerialen (ministeriales dominici) und Vasallen wurden dazu gewählt.

3) Zölle und Abgaben, Münzwesen, Reparatur der öffentlichen Brücken, die Forsten, den Heerbann und die Justiz.

4) et summopere studeant, ut hoc, quod per se efficere non possunt, nobis notum faciant; et omni modo provideant per singula capitula tam verbis quam scriptis, de omnibus, quas illic peragerint nobis rationem reddere valeant.

5) Bergl. Anh. Urk. No. 1 und 2.

6) *Capit. Cud. P. a. 823. §. 28.* „Itaque volumus, ut mediomense Majo conveniant iidem missi unusquisque in sua legatione cum omnibus Episcopis, Abbatibus, comitibus ac vassis nostris, ac vicedominis Abbatissarum nec non et eorum, qui propter aliquam inevitabilem necessitatem ipsi venire non possunt, ad locum unum etc.

7) „Et habeant unusquisque Comes Vicarios et Centenarios suos nec non et de primis scabinis suis tres aut quator.“ *Lud. Pii Cap. ad. a. 823.*

8) et populus interrogatur de capitulis, quas in lege noviter addita sunt. Et postquam omnes consenserint, subscriptiones et manufir-

3) In Gerichtssachen glich das Placitum des Missus dem des Grafen, und es wurde über die zur Competenz des Grafen gehörigen Sachen erkannt, wenn dieser das Recht verweigert, vernachlässigt, oder zu vollziehen sich außer Stande gesehen hatte. Die Gesandten konnten also im Falle der Beschwerde wegen verweigerter oder erschwelter Justiz die Sachen vor ihr Forum ziehen; sie hatten aber nicht geradezu concurrente Gerichtsbarkeit. 9)

4) Mit Bestimmtheit können wir über die Appellationen an den Missus nichts sagen. Wo die freie Volksgemeinde, oder die sie repräsentirenden Schöffen das Urtheil fanden, konnte ursprünglich keine Berufung statt finden. Sie konnte auch nicht gesetzlich eingeführt werden, sondern mußte sich allmählig bilden. Das Amt des Missus ging daher hauptsächlich nur auf Untersuchung der Amtsführung der richterlichen Beamten, die beim Urtheilspruch weiter nicht mitwirkten <sup>10)</sup>. Alle Vorschriften für die Gesandten deuten nur auf Beschwerden wegen verweigerter Justiz, oder für den Fall, wo man des Beklagten vor dem ordentlichen Richter nicht mächtig werden konnte <sup>11)</sup>. Aus diesen

mationes in ipsis capitulis faciant." *Capit. ad a. 823. §. 19.* Ein Beweis, wie man die alten Rechte der Volksgemeinde ehrte.

9) Möser commentirt in *f. Dna. Gesch. I. S. 264. N. K.* das *Capit. III. a. 812. §. 2.* unrichtig, wenn er behauptet, der Graf habe im Placitum über Totschlag und Wunden nur erkannt, wenn die Klage auf das Bergeld ging; und im höchsten Landgericht des Missus sey es an Leib und Leben gegangen. Eine solche Distinktion ist den gesetzlichen Bestimmungen gerade zuwider.

10) In einem *Cap. Ludwigs des Fr.* heißt es daher: „ut in illius comitis ministerio, qui bene iustitias factas habet, iudem missi diutius non morentur, neque illuc multitudinem convenire faciant, sed ibi moras faciant, ubi iustitia vel minus vel negligentior facta est“

11) Et omnis populus sciat, ad hoc eos esse constitutos, ut quicumque per negligentiam aut incuriam vel impossibilitatem Comitum iustitiam suam adquirere non potuerit, ad eos primum querelam suam possit adferre et per eorum auxilium iustitiam adquirere, et quando aliquis ad nos necessitatis causa reclamaverit, ad eos possimus relatorum querelas ad definiendum remittere. *Cap. lib. 2. cap. 26.* — Et ut ipsi missi diligenter perquirerent ubicumque aliquis homo sibi iniustitiam factam ab aliquo reclamasset etc. *Cap. I. a. 802.* — ut si quilibet Episcopus aut Comes ministerium suum propter quodlibet impedimentum implere non possit, ad eos recurrat, et cum eorum adiutorio ministerium suum adimpleat. *Capit.*

Beschwerden entwickelte sich dann die Appellation, wo man, mit dem Inhalt des Urtheils unzufrieden, sich an einen höhern Richter berief. Anfangs erschien auch diese nur, wo es nicht Rechtsverweigerung galt, in der Form einer Frage um Rechtsbelehrung, und solche war Jedem heilig, und wurde wie ein Urtheilsspruch geachtet, weil sie von zahlreicheren und erfahreneren Schöffen ertheilt wurde, und der Ausspruch des höheren Beamten sie sanctionirte.

5) Da die jährlichen Reisen und die einmalige Versammlung, welche der Missus berief, nicht hinreichend erschienen, so wurden, zu größerer Bequemlichkeit der Einwohner, an verschiedenen Orten die Placita verordnet <sup>12)</sup>. Es ist möglich, daß auch bei außerordentlichen Fällen ein Tag geboten wurde, aber erweisen läßt es sich nicht, und mit Unrecht sind gebotene Gerichtstage, an welchen in Appellationsfachen erkannt worden wäre, angenommen worden <sup>13)</sup>.

6) Zu den Gesandten sollten die angesehensten, vernünftigsten und weisesten Männer gewählt werden. Alle Bestechung, Ueberredung und Leidenschaft sollte von ihnen fern seyn; kein Band der Verwandtschaft, keine Furcht vor Mächtigen, sie vom strengen Recht abwendig machen können <sup>14)</sup>.

7) Es war überhaupt nach dem Geist damaliger Zeit Hauptpflicht der Gesandten, vorzüglich den Zustand der Religion zu untersuchen, über die Ehre und den Schutz der Kirche zu wa-

lib. II. c. 26. — Auch aus den Berufungen an den Kaiser geht der Beweis hervor; denn Ludwig verordnet: *Populo autem dicatur ut caveat de aliis causis ad nos reclamare, nisi de quibus aut Missi nostri aut Comites eis iustitias facere noluerint* Cap. a. 829. c. 14.

12) Cap. III. a 819. §. 8. *Missi autem nostri quater in anno mense, et in quatuor locis habeant placita sua cum illis comitibus, quibus congruum fuerit ut ad eum locum possint convenire.*

13) *Möser, Denabr. Gesch. I. 4. §. 15.*

14) *Chron. Moissac.* ad. a. 802. Cap. I. §. 1. . . . prudentissimi et sapientissimi viri ex optimatibus, tam Archiepiscopi quam et reliqui episcopi simulque et Abbates venerabiles, laicique religiosi . . . et per nullius hominis adulationem vel praemium, nulliusque consanguinitatis defensione, vel timore potentum recta iustitia impediretur ab aliquo. — Cap. *Lud. P.* Immo caveant, ne quid ab eis, aut gratia alicujus aut honoris aut timoris sive aliä causa, illud, quod agere debent, omittant. — *Ut comites et vicarii de constitu-*

chen, und sie mit der höchsten Gewalt zu schätzen. <sup>15)</sup> In Sachsen mußte daher gleich anfangs die Religion, von der auch die ganze Staatsverbindung meist abhing, ganz vorzüglich Hauptangemerk seyn. <sup>16)</sup> Es läßt sich daher begreifen, daß hier meist nur Bischöfe zu Gesandten gewählt wurden <sup>17)</sup>, indem von den Grafen, als Eingebornen, noch nicht so großer Eifer für die Religion erwartet werden konnte. Es läßt sich denken, daß diese hauptsächlich die Verbrechen gegen die Religion im Auge hatten, und die zehn Gebote schärfer, als die Gesetze und Gewohnheiten des Landes vorschrieben <sup>18)</sup>; es läßt sich eben so leicht vermuthen, daß sie diesen Geist den Grafen, wenigstens den Vicarien, da die *comites provinciales* wohl häufig abwesend waren, einschärften <sup>19)</sup>. Es läßt sich denken, daß bei den ununterbrochenen Kriegen die Geistlichen meist am thätigsten und aufmerksamsten blieben, und oft im Placitum die Mehrzahl ausmachten; daß dies auf Form und Geist der Geschäfte nicht ohne Einfluß blieb, und daher das Placitum auch wohl Capitulum genannt wurde.

tione legis ammonentur, qua iubetur, ut propter iustitiam pervertendam munera accipiant nunquam.

15) In eo conventu primam Christianas religionis et ecclesiastici colatio fiat, *Cap. lib. 2, c. 28.* Selbst der Excommunication trosteten Manche, die ihre Pflichten versäumten. Daher verordnete das *Cap. Caroli calvi, ap. Baluz II, p. 56.* *Missi nostri, quos per excommunicationem episcopus adducere non potuerit, ipsa regia auctoritate et potestate ad poenitentiam, vel rationem atque satisfactionem adducant.*

16) *Xnh. UrL. No. I.*

17) Ein Beispiel giebt die Gorvensche Geschichte. *Xnh. UrL. No. II.*

18) Ihren größeren, durch das Belehrungs-Geschäft ihnen eingeräumten, Vorzug zeigt schon das *Cap. de part. Sax. 33.* *Unusquisque comes in suo ministerio placita et iustitias faciat et hoc a sacerdotibus consideretur, ne aliter faciat,*

19) Ludwig der Fr. verfügte zwar: *Ut in illius comitis ministerio idem missi nostri placitum non teneant, qui in aliquod missaticum directus est, donec ipse fuerit reversus.* In einer andern Stelle heißt es aber: *ut omnis episc. abbas et comes excepta infirmitate vel nostra iussione nullam excusationem habeat, quin ad placitum missorum nostrorum veniat aut talem vicarium suum mittat, qui in omni causa pro illo rationem reddere possit.*



## V. Der Herzog und das Herzogthum.

Die Reihe der Provinzialbeamten war nun geschlossen, und das Gebäude der Verfassung Karls des Großen bedurfte keiner weiteren Säulen mehr. Von alten Zeiten her war es aber unter den Stammverwandten Germanischen Völkerschaften Sitte gewesen, wenn sie sich zu einem Heerzug vereinten, einen Anführer, Herzog <sup>21)</sup>, (Dux) zu erwählen, dem sie als Oberhaupt folgten. Diese Herzoge hatten auf so hohen Posten große Macht und großes Ansehn erlangt, und sich theils zu Statthaltern, Beamten, die mit Militär- und Civilgewalt versehen wurden, theils zu erblichen Fürsten empor geschwungen, weshalb sie in Karls Verfassung nicht paßten, und von ihm ausgeschlossen wurden. Den Heerbann ordneten die Grafen unter Aufsicht der Gesandten, und Er selbst war der unermüdete Feldherr, der an der Spitze des Heeres stand, oder seine Prinzen, oder die Getreuen, die er sandte, zur Anführung beauftragte.

Aber wie die Kriege sich unablässig mehrten, und nach verschiedenen Seiten schlagfertige Heere mußten gesandt werden, da fühlte man das Bedürfniß, wieder Herzoge als Oberanführer zu ernennen, und der sächsische Graf Egbert, mit Familienbanden und Gütern an die Treue des Kaiserlichen Hauses gefesselt, erhielt im Jahre 809 das Oberkommando gegen die Römänner <sup>22)</sup>.

Die beständigen Kriege befestigten das Amt und machten es bleibend, die damit verbundene Macht und Würde verliehen ihm Erbrechte, und so sahen wir es schon unter den Nachfolgern Karls sich gestalten. Auch die Eintheilung der Provinzen nach Herzogthümern (Ducatus) befestigte sich wieder. Doch sollte dies nur eine militärische Eintheilung, und das Amt der Herzoge nur ein Oberkommando im Felde seyn.

21) Entweder, weil er an der Spitze des Heerzugs stand und denselben vertrat, selbst Herzog, oder von Horthimphat, Heerhaupt, also genannt.

22) Ueber das Herzogthum in Sachsen unter den Carolingern, verweisen wir auf Müllers Denabr. Geschichte I. § 5. 16. u. 17., der hierüber genau und gründlich gehandelt hat.

Wie aber das Kaiserliche Ansehen sank, und die unmittelbar an das Oberhaupt gefesselten Beamten, die *Missi*, allmählig unwirksam wurden; und endlich eingingen, da war es eine natürliche Folge, daß auch die übrigen Geschäfte der Regierung, und die Obergewalt in der Provinz an den Herzog übergingen, indem doch zwischen dem Grafen und dem Kaiser eine Mittelbehörde, die einen gewissen Reichsbezirk vorstand, seyn mußte, hierzu aber Niemand leichter im Stande, und eher befugt war, als der Herzog, von dessen Muth und Klugheit schon die Existenz und Unabhängigkeit des Reichs abhieng.

Das *Placitum* des Herzogs trat somit, da die alte Verfassung noch unverändert blieb, offenbar an die Stelle desjenigen, welches der *Missus* gehalten hatte; aber mit noch größerer Gewalt, mit höherem Ansehen, und mit einer Würde, die die Subordination unter das Reichsoberhaupt oft vergessen ließ, und die Berichtserstattungen an den einst so streng controllirenden Kaiser ins Stocken brachte.

Der Uebergang geschah übrigens, wie alle nunmehrige Veränderungen der Verfassung, allmählig, aus sich selbst, und ohne gesetzliche Bestimmung von oben.

## VI. Der Kaiser als oberster Richter. Der Pfalzgraf.

Wie die Königl. Macht und Würde durch Karl den Großen zu einer wirklichen Staatsgewalt befestigt wurde, also ging auch alle gerichtliche Gewalt von ihr aus. Die Beamten des Königs sprachen nicht nur in seinem Namen das von den Schöffen gefundene Urtheil aus, und vollzogen und schützten das Recht, sondern er saß nach uralter Sitte, als oberster Richter, selbst auf dem Richterstuhl, und hörte das Volk vom Höchsten bis zum Geringsten. Dies thaten auch seine Nachfolger. Doch sollten hier vor dem höchsten Richter nur Sachen vorgetragen werden, bei welchen man vor dem *Missus* oder Graf kein Recht hatte erlangen können. Deshalb verordnet Ludwig der Fromme<sup>23)</sup>: Dies sollen unsere Gesandten den Grafen und dem

---

23) *Capit. a. 819. cap. 4.*

Volk eröffnen, daß wir in jeder Woche einen Tag zu Gericht sitzen wollen, um die streitigen Sachen zu hören und zu entscheiden. Das Volk wurde aber bedeutet, daß es sich hätte, über andere Sachen uns anzurufen, als über solche, in welchen unsere Gesandten und Grafen ihnen nicht zu ihrem Recht haben verhelfen wollen.

Weil aber die Geschäfte zu vielfältig waren, um sie alle vor das Gericht des Königs zu bringen, so waren an dessen Hof zwei Beamte, an die man zuvörderst sich wenden mußte, nämlich der Pfalzgraf (*comes Palatii*), in weltlichen, und der Erzkanzler oder *Apocrisarius* in geistlichen Sachen <sup>24</sup>). Betraf der Gegenstand der Beschwerde jedoch eine solche Sache, die als Geheimniß nur dem König entdeckt und vorgetragen werden sollte, so konnte man sich unmittelbar an ihn wenden.

Der Pfalzgraf entschied in Sachen des Volkes (*pauperum et minus potentium*). Die Großen und Mächtigen bildeten dagegen schon einen besonderen Stand, der, so wie er das alte Volksgericht der Heimath allmählig verschmähte, auch seine Sachen unmittelbar vor den Kaiser bringen wollte. Dies wurde gestattet, und somit ihnen ein eximierter Gerichtsstand gegeben, der sich mit manchen Modificationen bis in spätere Zeiten erhalten hat <sup>25</sup>).

Die Buße, die dem Kaiser erlegt wurde, hieß *bannus*. Der höchste Bann bestand in 60 Solldi <sup>26</sup>), die nur der Kaiser selbst erkennen wollte <sup>27</sup>).

24) *Ut nec ecclesiastici nec seculares prius Dominum regis, absque eorum consultu inquietare necesse habuerint. Hinc m: Epist. III. de ord. Pal. c. 19.*

25) *Cap. lib. 3. c. 77. ut Ep., Comites et potentiores quique si causam inter se habuerint, ac se pacificare noluerint ad nostram iubeantur venire praesentiam.* Man that dies hauptsächlich, damit sie nicht einen andern Gerichtshof wählen und suchen, und durch ihre Entfernung ihr Amt vernachlässigen sollten. Denn das Gesetz sagt hingu: *neque illorum contentio aliubi dijudicetur, ne propter hoc pauperum et minus potentium iustitiae remaneant.*

26) Die mit Bewilligung der Sachsen und Franken nach dem Capit. von 797, bekanntlich nach der Wichtigkeit der Fälle bis auf Tausend vermehrt werden konnten.

27) *Capit. incerti anni ap. Baluz. p. 580. cap. 57. ut bannus quem per semet ipsum Dominus Imperator bannivit 60 sol. solvatur. Co-*

In Beziehung auf Sachsen scheinen und folgende Bemerkungen wichtig:

1) Da in dieser Provinz so Vieles von alter freier Verfassung und volksmäßigen Rechten bestehen blieb, so behielten auch die Gerichte der Gemeinden in geringen Sachen, und bei Gemeinheitsgegenständen vorzugsweise die Natur aller germanischen Volksgerichte bei, sie bildeten in gewissem Sinn einen Gegensatz zu den Königl. Gerichten, und es befestigte sich der Unterschied zwischen Sachen, über welche unter Königsbann gerichtet wurde, oder nicht.

2) Auch das Placitum des Grafen behielt mehr Volksmäßiges, als anderwärts, und war dem Volke näher; indem man daher anfangs wohl keinen Begriff und Sinn für den erimirten Gerichtsstand, vor dem Kaiser hatte, und aus Liebe zum Vaterland, so wie bei dem nicht so schnellen Vergessen des feindseligen Verhältnisses gegen die Ueberwinder, denselben verschmähte, scheint uns die Befugniß des Grafen, auch über die Sachen der Mächtigen zu erkennen, sich befestigt zu haben <sup>28)</sup>; zumal da der Kaiser dieselben nicht mit Strenge vor sich zog <sup>29)</sup>.

3) Wenn auch aus der oben (Note 5.) allegirten Stelle folgen kann, daß der Kaiser den höchsten Bann selbst verhängte, so zeigen doch alle Urkunden klar, daß sich dieß bald in die bloße Befugniß verwandelte, den höchsten Bann zu fordern, der aber von dem Grafen selbst, vor den alle Sachen gehörten, ohne Zweifel verhängt wurde. In Sachsen wurde dagegen den Grafen ausdrücklich das Recht ertheilt, den höchsten Bann zu verhängen <sup>30)</sup>; und zwar wieder ehrte man hierdurch des Volks

*tori vero banni quos comites et iudices facient, secundum legem uniuscujusque componantur.*

28) Die Grafen erschienen, auch da sie Landesherrn wurden, vor ihren Freisühnen, ehe noch die Freigrafen mit Gewalt Fürsten vor ihr Forum ziehen zu können präbendirten, wie die Folge zeigen wird.

29) Denn wenn es in der obigen Stelle (Note 4) dieß: *ad nostram praesentiam venire jubeantur*, so wird zu den Sachsen gesagt: (*Capit.*; de part. Sax. c. 23.) *ut universi comites pacem et concordiam ad invicem habere studeant, et si forte inter eos aliqua discordia aut conturbium ortum fuerit, ut nostrum solatium aut perfectum pro hoc non demittant.*

30) *Capit. de Part. Sax. c. 30.* *Dedimus potestatem comitibus ban-*

Rechte und Gewohnheiten, das in seinem Placitum alle Sachen entscheiden zu sehen, gewohnt war. Auch die Entfernung, und die Vermehrung der Geschäfte mag wohl zur Rücksicht bewogen haben.

Die Bannbrüche auf den Gütern der Bischöfe und Aebte gingen allmählig durch Kaiserliche Schenkungen auf diese über, und die Bahn wurde gebrochen, sie dem Kaiser gänzlich zu entziehen.

## Fünftes Kapitel.

(Fortsetzung.)

### VII. Recht und Gesetzgebung.

Karl der Große ließ, gleich wie den übrigen Völkern, so auch den Sachsen, meist ihre alten Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten, so wie sie sich in das bürgerliche Leben verflochten hatten. Sie waren Eigenthum des Volkes, in aller Männer-Gedächtniß bewahrt, und nach uralten Herkommen mannichfach verschieden. Wir erfahren nur gelegentlich Manches über den bürgerlichen Rechtszustand, über das alte Gewohnheits-Recht, und über das Verfahren. An eine Aufzeichnung wurde nicht gedacht, weil sich die Staatsgewalt nicht darum bekümmerte. Nur wo es auf äußere Ordnung, auf Sicherheit der Gemeinschaft und des Staats, und auf die allgemeine Wohlfahrt ankam, schritt jetzt die Gewalt des Königs mit Kraft und Würde ein. Er ließ zu dem Ende das bestehende Gewohnheits-Recht aufzeichnen, revidirte und ergänzte es, und gab ihm die Kraft eines geschriebenen Gesetzes<sup>1)</sup>. Er machte auch mit Rath und Einstimmung der Getreuen Abänderungen und neue Verfügungen, und ließ sie als Gesetze promulgiren, die unter dem ge-

---

num mittere infra suo ministerio de fida vel maioribus causis in solid LX, de minoribus vero causis comitis bannum in solid. XII, conatimimus. Wichtig ist dies vielleicht für die großen Begriffe der späteren Freigrafen von ihrer höchsten Competenz.

1) Eginhardi vita Caroli M. ap. Du Chesne. p. 103.

wöhnlichen Kleid: Kapitularien bekannt, und von den Nachfolgern fortgesetzt wurden. So bildete sich auch ein sächsisches geschriebenes Gesetz, das ganz vollständig auf uns gekommen ist, wiewohl Andere dies wegen seiner Mangelhaftigkeit bezweifeln wollen. Dasselbe soll aber keine Aufzeichnung der bürgerlichen Rechte enthalten, und enthält sie auch gar nicht. Mit Unrecht giebt man daher, als Motiv der Sammlung, den gefühlten Mangel an, wornach manche Rechtsverhältnisse gar nicht berührt gewesen seyn, viele Rechtsinstitute sich erst im Lauf der Zeit gebildet hätten, oder durch die veränderte Staatsverfassung umgeschaffen worden wären. Eben so wenig wollte man das Volk an geschriebene Gesetze gewöhnen; wie hätte man sie sonst in lateinischer Sprache aufzeichnen lassen, wenn man einen andern Zweck als den gehabt hätte, Wissenschaft und Controlle zu haben? Wir finden auch keine Spur des Einflusses, den diese Gesetzbücher auf das Gewohnheitsrecht, und auf die freie Anwendung, Aufbewahrung und Urtheilsfindung hervorgebracht hätten. Aber den mächtigen Willen des Herrschers erkennt man im sächsischen Gesetz, der kraftvoll durchsetzt, was die öffentliche Ruhe und Sicherheit, und das Wohl der Staatsbürger erheischt, und der dennoch ihre Rechte und Freiheiten anerkennend ehrt, und ihren Willen seinem eigenen zu verbinden weiß. Man sieht namentlich, daß dreißig Kriegsjahre bei den Sachsen nachtheilig mochten gewirkt haben, daß das alte Band friedlichen geselligen Vereins zerrissen war, und daß gewaltsame Mittel nöthig waren, um die Sicherheit herzustellen, und dem Ansehen der Beamten Nachdruck und Würde zu verschaffen. Daher das strenge blutige Ansehen dieser Gesetze, das sie vor allen Gesetzen anderer Völker auszeichnet, und anfangs die Sachsen mit einer dumpfen Knechtslichkeit, und dem Gefühl eines überwundenen Volks erfüllt haben mochten.

Eine Reihe von Todesstrafen zählt das Gesetz auf. Die Art der Hinrichtung war der Strang. Kein Beamter konnte begnadigen. Nur der König hatte dies Recht. <sup>2)</sup>

2) Cap. I. a. 309. c. 31. früher war diese Befugniß selbst nur sehr beschränkt, so wie sie sich auch nachher wieder modifizierte; denn im

Der strenge Ernst des Richters, der nach blutigen Gesetzen erkennt, und die Furcht des Schuldigen; der schweren und unerbitlich die That mit dem Leben büßt, scheint tiefe Wurzel gefaßt, und sich in späte Zeiten fortgepflanzt zu haben, so wie das Gesetz selbst noch lange seine Kraft und Autorität behielt, <sup>3)</sup> und sich in das bei den Sachsen am dauerndsten und strengsten bewahrte Gewohnheitsrecht verzweigte!

Was nun die Gesetzgebung in Sachsen betrifft, so erfolgte wohl zuerst, nachdem man theils durch die Gesandten, vermöge der ihnen ertheilten Instructionen, <sup>4)</sup> in Güte zu befehlen, theils durch die Gewalt der Waffen sie zu überwinden gesucht hatte, die *Capitulatio de Partibus Saxoniae* (788), <sup>5)</sup> ein Gesetz, das zwar mit Einwilligung der Großen gegeben wurde, das aber die Strenge des siegreichen Eroberers des mächtigen Heiden und Heidenbefehrsers an der Stirn trägt. Alle Befehle gehen auf Christenthum und Bekehrung; und Milde, Bagnabigung und Asyl nur, um das Christenthum zu fördern. Es war mitten in Thatenreicher Zeit und während des Bekehrungsgeschäfts gegeben, mußte daher sehr bald seinen praktischen Werth verlieren, und deswegen ist es wahrscheinlich nicht in dem Carolinischen Codex mit aufgenommen, wiewohl

den Sächsischen Capitul. von 797 heißt es: *placuit omnibus ut qualicumque ad regiam potestatem confugium fecerit, ut in illius sit potestate utrum reddere aut una cum consensu eorum habeat licentiam, ipsum malefactorem et secum omnia sua foras patriam facere, et infra alia regna collocare et habeant ipsum quasi mortuum.*

3) Offenbar meint es *Wippo*, wenn er im Leben Conrad des Saliers, C. 6. sagt: *Reverens Rex de Ribuariis ad Saxoniam ibi legem crudelissimam Saxonum, secundum voluntatem eorum constanti auctoritate roboravit.* Einen Beweis der langen Gesetzeskraft giebt vielleicht auch der Corveysche Codex dadurch, daß in demselben zugleich die Privilegien und Kaiserlichen Diplome des Stiffts Corvey bis auf Otto II. (974) gleichzeitig eingetragen sind.

4) Wir theilen Eine aus unserm Codex in dem Anhang No. 1 mit.

5) Es heißt zwar darin, art. 32. *De perjuria secundum legem Saxonum sit*, es kann jedoch, nach dem Begriff von *lex*, Ewa, die Aufzeichnung unsers sächsischen Gesetzes doch später geschehen seyn. Daß übrigens die Sammlung in zwei Hälften und verschiedene Zeitperioden fällt, wird sich unten entwickeln.

... in jener Gefetzgebung Sachsen aus der Caro-

... nicht nur wohl gezeihen, von diesem Coder an  
... zu reden, und dessen Geseze zu prü-  
... die Resultate, welche schon ein flüchtiger An-  
... ist, so wichtig, daß wir dieselben hier zu er-  
... nicht anhalten können.

... ist nach den Schriftzügen in der Karolinschen  
... nach derselben zusammen getragen, und sollte  
... ein Handbuch dem Stifte dienen, welches in  
... und kirchlichen Sachen eine Uebersicht aller geschlichen  
... enthielte, und das wahrscheinlich aus Ordnungs-  
... und in Folge Könizlicher Verfügungen angelegt wurde <sup>6)</sup>.

Es beginnt; *Incipit liber legis Saxonum*, und ent-  
... hier, außer manchen Varianten nicht mehr, als die vor-  
... Ausgaben, jedoch unter fortlaufenden Artikeln. Es  
... daß das Gesetz vollständig, wie es aufgezeichnet wur-  
... auf unsere Zeiten gekommen ist, und daß die Eintheilung  
... mit Ueberschriften jünger und unecht ist. Mit dieser  
... und Zugabe späterer Schreiber haben sich noch  
... Urtheilsgelsten eingeschlichen, welche unser Coder,  
... halten, berichtigt. Mit dem 24ten Artikel fängt  
... neuer Abschnitt an, der in Uncialbuchstaben die Ueber-  
... hat: *Lex Francorum*. Ein flüchtiger Ueberblick be-  
... daß hier wirklich ein neuer Abschnitt beginnt. Die  
... Artikel enthalten offenbar aufgezeichnetes, bereits  
... Gewohnheitsrecht, welches meist die Composition  
... die Wehrgelde (Wehrgeld) bestimmt <sup>7)</sup>. Jetzt folgt eine  
... von Todesstrafen, und das erste Gesetz lautet gleich:

<sup>6)</sup> Cap. Caroli M. excerpta ex l. long. c. 49. — *Lud. P. Cap. a 823.*  
<sup>7)</sup> 84. ap. *Beaum.* J. I. p. 640. Volumus etiam ut capitula quae  
... at alio tempore consulti nostrorum Fidelium a nobis constituta  
... noestro Archiepiscopi et comites eorum de pro-  
... modo aut per se aut per suos missos accipiant, et  
... suam dioecesim ceteris Episcopis, Abbatibus, Co-  
... libus nostris ea transcribi faciant, et in suis co-  
... omnibus relegant, ut cunctis nostra ordinatio co-  
... ri possit.

... selbst und eingemischte alte Worte wie *Anoda*



Qui in regem Francorum vel in filios ejus de morte conciliatus fuerit, capite puniatur. Härte und Strenge spricht sich überall aus. Das Asyl der Kirche wird Theilweise aufgehoben. — Die Ueberschrift bekundet es, daß diese Gesetze später unter Einwirkung der fränkischen Herrschaft gegeben und zusammen getragen wurden. Nach dem 66ten Artikel, welcher den Werth der Solidi bestimmt, folgen noch 5 Kapitel mit besonderen Ueberschriften: De alodibus, De furtis, de Incendiis, De vi, De minoribus causis. Es sind dies spätere Gesetze, welche ändern, hinzufügen und vervollständigen. Sie gehören, wie unser Eoder uns hinreichend belehrt, nicht zur Lex Werinorum, zu der sie ein späterer Compiler hinzugefügt hat, sondern zum sächsischen Gesetz, als dem allgemeinen, das sie erweitern und näher bestimmen, wie das größere Detail beweist, welches sie bei Gegenständen geben, die das frühere Gesetz schon erwähnt. Auch enthalten sie Abänderungen, z. B. in der Bestimmung: libero homini liceat hereditatem suam, cui voluerit, tradere, da vorher die Tradition verboten war, außer an die Kirche und den König.

Das Gesetz der Angeln und Werlner oder Thüringer folgt nun, auch unter der einfachen Ueberschrift: *Lex Thuringorum* 8). Es endet mit dem 11ten Artikel und die *Judicia quae Wilemarus dictavit*, fehlen ganz, sind also wahrscheinlich spätere Zugabe, ohne gesetzliche Kraft, außer der, welche Weisthümer hatten. Jene 11 Artikel der Thüringer bilden ein für sich bestehendes Ganze, nämlich das vorgesehene Gewohnheitsrecht hinsichtlich der Composition oder des Vergeldes. — Sind die folgenden Abschnitte spätern Ursprungs, wie sich aus der Vergleichung leicht ergiebt, und daher nicht zu bezweifeln steht, so läßt sich schon erwarten, daß den Thüringern

---

und Mordridatum (nicht mordrumtotum, wie die gedruckten Ausgaben haben) beweisen es. Ueber ihre Erklärung an einem andern Orte.

8) Somit ein bekannter Streit sich klar entscheidet. Thüringer sind gemeint, und das Gewohnheitsrecht rührte von alten Stammverwandten (Warinere und Angeln) her. Dies wollte der spätere Compiler ausdrücken, wenn er überschrieb: *Lex Angliorum et Werinorum, hoc est Thuringorum*.

chen, und sie mit der höchsten Gewalt zu schätzen. <sup>14)</sup> In Sachsen mußte daher gleich anfangs die Religion, von der auch die ganze Staatsverbindung meist abhing, ganz vorzüglich Hauptangemerk seyn. <sup>15)</sup> Es läßt sich daher begreifen, daß hier meist nur Bischöfe zu Gesandten gewählt wurden <sup>16)</sup>, indem von den Grafen, als Eingebornen, noch nicht so großer Eifer für die Religion erwartet werden konnte. Es läßt sich denken, daß diese hauptsächlich die Verbrechen gegen die Religion im Auge hatten, und die zehn Gebote schärfer, als die Gesetze und Gewohnheiten des Landes vorschrieben <sup>17)</sup>; es läßt sich eben so leicht vermuthen, daß sie diesen Geist den Grafen, wenigstens den Vicarien, da die *comites provinciales* wohl häufig abwesend waren, einschärften <sup>18)</sup>. Es läßt sich denken, daß bei den ununterbrochenen Kriegen die Geistlichen meist am thätigsten und aufmerksamsten blieben, und oft im Placitum die Mehrzahl ausmachten; daß dies auf Form und Geist der Geschäfte nicht ohne Einfluß blieb, und daher das Placitum auch wohl Capitulum genannt wurde.

tione legis ammonentur, qua jubetur, ut propter iustitiam pervertendam munera accipiant nunquam.

15) In eo conventu primum Christianae religionis et ecclesiastici colatio fiat, *Cap. lib. 2. c. 28.* Selbst der Excommunication trogten Manche, die ihre Pflichten versäumten. Daher verordnete das *Cap. Caroli calvi, ap. Baluz II. p. 56.* *Missi nostri, quos per excommunicationem episcopus adducere non potuerit, ipsa regia auctoritate et potestate ad poenitentiam, vel rationem atque satisfactionem adducant.*

16) *Anh. UrL. No. I.*

17) Ein Beispiel giebt die Corvensche Geschichte. *Anh. UrL. No. II.*

18) Ihren größeren, durch das Belehrungs-Geschäft ihnen eingeräumten, Vorzug zeigt schon das *Cap. de part. Sax. 35.* *Unusquisque comes in suo ministerio placita et iustitias faciat et hoc a sacerdotibus consideretur, ne aliter faciat,*

19) Ludwig der Fr. verfügte zwar: *Ut in illius comitis ministerio idem missi nostri placitum non teneant, qui in aliquod missiaticum directus est, donec ipse fuerit reversus.* In einer andern Stelle heißt es aber: *ut omnis episc. abbas et comes excepta infirmitate vel nostra iussione nullam excusationem habeat, quin ad placitum missorum nostrorum veniat aut talem vicarium suum mittat, qui in omni causa pro illo rationem reddere possit.*

## V. Der Herzog und das Herzogthum.

Die Reihe der Provinzialbeamten war nun geschlossen, und das Gebäude der Verfassung Karls des Großen bedurfte keiner weiteren Säulen mehr. Von alten Zeiten her war es aber unter den Stammverwandten Germanischen Völkerschaften Sitte gewesen, wenn sie sich zu einem Heerzug vereinten, einen Anführer, Herzog <sup>21)</sup>, (Dux) zu erwählen, dem sie als Oberhaupt folgten. Diese Herzoge hatten auf so hohen Posten große Macht und großes Ansehn erlangt, und sich theils zu Statthaltern, Beamten, die mit Militär- und Civilgewalt versehen wurden, theils zu erblichen Fürsten empor geschwungen, weshalb sie in Karls Verfassung nicht paßten, und von ihm ausgeschlossen wurden. Den Heerbann ordneten die Grafen unter Aufsicht der Gesandten, und Er selbst war der unermüdete Feldherr, der an der Spitze des Heeres stand, oder seine Prinzen, oder die Getreuen, die er sandte, zur Anführung beauftragte.

Aber wie die Kriege sich unablässig mehrten, und nach verschiedenen Seiten schlagfertige Heere mußten gesandt werden, da fühlte man das Bedürfniß, wieder Herzoge als Oberanführer zu ernennen, und der sächsische Graf Egbert, mit Familienbanden und Gütern an die Treue des Kaiserlichen Hauses gefesselt, erhielt im Jahre 809 das Oberkommando gegen die Normänner <sup>22)</sup>.

Die beständigen Kriege befestigten das Amt und machten es bleibend, die damit verbundene Macht und Würde verliehen ihm Erbrechte, und so sahen wir es schon unter den Nachfolgern Karls sich gestalten. Auch die Eintheilung der Provinzen nach Herzogthümern (Ducatus) befestigte sich wieder. Doch sollte dies nur eine militärische Eintheilung, und das Amt der Herzoge nur ein Oberkommando im Felde seyn.

21) Entweder, weil er an der Spitze des Heerzugs stand und denselben vertrat, selbst Herzog, oder von Horthiuphat, Heerhaupt, also genannt.

22) Ueber das Herzogthum in Sachsen unter den Carolingern, verweisen wir auf Müllers & Osnabr. Geschichte I. § 5. 16. u. 17., der hierüber genau und gründlich gehandelt hat.

Wie aber das Kaiserliche Ansehn sank, und die unmittelbar an das Oberhaupt gefesselten Beamten, die *Missi*, allmählig unwirksam wurden; und endlich eingingen, da war es eine natürliche Folge, daß auch die übrigen Geschäfte der Regierung, und die Obergewalt in der Provinz an den Herzog übergingen, indem doch zwischen dem Grafen und dem Kaiser eine Mittelbehörde, die einen gewissen Reichsbezirk vorstand, seyn mußte, hierzu aber Niemand leichter im Stande, und eher befugt war, als der Herzog, von dessen Muth und Klugheit schon die Existenz und Unabhängigkeit des Reichs abhieng.

Das *Placitum* des Herzogs trat somit, da die alte Verfassung noch unverändert blieb, offenbar an die Stelle desjenigen, welches der *Missus* gehalten hatte; aber mit noch größerer Gewalt, mit höherem Ansehn, und mit einer Würde, die die Subordination unter das Reichsoberhaupt oft vergessen ließ, und die Berichtserstattungen an den einst so streng controllirenden Kaiser ins Stocken brachte.

Der Uebergang geschah übrigens, wie alle nunmehrige Veränderungen der Verfassung, allmählig, aus sich selbst, und ohne gesetzliche Bestimmung von oben.

## VI. Der Kaiser als oberster Richter. Der Pfalzgraf.

Wie die königliche Macht und Würde durch Karl den Großen zu einer wirklichen Staatsgewalt befestigt wurde, also ging auch alle gerichtliche Gewalt von ihr aus. Die Beamten des Königs sprachen nicht nur in seinem Namen das von den Schöffen gefundene Urtheil aus, und vollzogen und schützten das Recht, sondern er saß nach uralter Sitte, als oberster Richter, selbst auf dem Richterstuhl, und hörte das Volk vom Höchsten bis zum Geringsten. Dies thaten auch seine Nachfolger. Doch sollten hier vor dem höchsten Richter nur Sachen vorgetragen werden, bei welchen man vor dem *Missus* oder Graf kein Recht hatte erlangen können. Deshalb verordnet Ludwig der Fromme<sup>23)</sup>: Dies sollen unsere Gesandten dem Grafen und dem

---

23) *Capit. a. 819. cap. 4.*

Volk eröffnen, daß wir in jeder Woche einen Tag zu Gericht sitzen wollen, um die streitigen Sachen zu hören und zu entscheiden. Das Volk wurde aber bedeutet, daß es sich hätte, über andere Sachen uns anzurufen, als über solche, in welchen unsere Gesandten und Grafen ihnen nicht zu ihrem Recht haben verhelfen wollen.

Well aber die Geschäfte zu vielfältig waren, um sie alle vor das Gericht des Königs zu bringen, so waren an dessen Hof zwei Beamte, an die man zuvörderst sich wenden mußte, nämlich der Pfalzgraf (*comes Palatii*), in weltlichen, und der Erzkanzler oder *Apocrisarius* in geistlichen Sachen <sup>24</sup>). Betraf der Gegenstand der Beschwerde jedoch eine solche Sache, die als Geheimniß nur dem König entdeckt und vorgetragen werden sollte, so konnte man sich unmittelbar an ihn wenden.

Der Pfalzgraf entschied in Sachen des Volkes (*pauperum et minus potentium*). Die Großen und Mächtigen bildeten dagegen schon einen besonderen Stand, der, so wie er das alte Volksgericht der Heimath allmählig verschmähte, auch seine Sachen unmittelbar vor den Kaiser bringen wollte. Dies wurde gestattet, und somit ihnen ein erlimiterter Gerichtsstand gegeben, der sich mit manchen Modificationen bis in spätere Zeiten erhalten hat <sup>25</sup>).

Die Buße, die dem Kaiser erlegt wurde, hieß *bannus*. Der höchste Bann bestand in 60 Solldi <sup>26</sup>), die nur der Kaiser selbst erkennen wollte <sup>27</sup>).

24) *Ut nec ecclesiastici nec seculares prius Dominum regis, absque eorum consultu inquietare necesse haberent. Hinc m: Epist. III. de ord. Pal. c. 19.*

25) *Cap. lib. 3. c. 77. ut Ep., Comites et potentiores quique si causam inter se habuerint, ac se pacificare noluerint ad nostram iubeantur venire praesentiam.* Man that dies hauptsächlich, damit sie nicht einen andern Gerichtshof wählen und suchen, und durch ihre Entfernung ihr Amt vernachlässigen sollten. Denn das Gesetz sagt hingu: *neque illorum contentio aliubi dijudicetur, ne propter hoc pauperum et minus potentium iustitiae remaneant.*

26) Die mit Bewilligung der Sachsen und Franken nach dem Capit. von 797, bekanntlich nach der Wichtigkeit der Fälle bis auf tausend vermehrt werden konnten.

27) *Capit. incerti anni ap. Baluz. p. 580. cap. 57. ut bannus quem per semet ipsum Dominus Imperator bannivit 60 sol. solvatur. Co-*

In Beziehung auf Sachsen schreiben und folgende Bemerkungen wichtig:

1) Da in dieser Provinz so Vieles von alter freier Verfassung und volksmäßigen Rechten bestehen blieb, so behielten auch die Gerichte der Gemeinden in geringen Sachen, und bei Gemeinheitsgegenständen vorzugsweise die Natur aller germanischen Volksgerichte bei, sie bildeten in gewissem Sinn einen Gegensatz zu den Königl. Gerichten, und es befestigte sich der Unterschied zwischen Sachen, über welche unter Königsbann gerichtet wurde, oder nicht.

2) Auch das Placitum des Grafen bezieht mehr Volksmäßiges, als anderwärts, und war dem Volke näher; indem man daher anfangs wohl keinen Begriff und Sinn für den ermittelten Gerichtsstand, vor dem Kaiser hatte, und aus Liebe zum Vaterland, so wie bei dem nicht so schnellen Vergessen des feindseligen Verhältnisses gegen die Ueberwinder, denselben verschmähte, scheint uns die Befugniß des Grafen, auch über die Sachen der Mächtigen zu erkennen, sich befestigt zu haben <sup>28</sup>); zumal da der Kaiser dieselben nicht mit Strenge vor sich zog <sup>29</sup>).

3) Wenn auch aus der oben (Note 5.) allegirten Stelle folgen kann, daß der Kaiser den höchsten Bann selbst verhängte, so zeigen doch alle Urkunden klar, daß sich dieß bald in die bloße Befugniß verwandelte, den höchsten Bann zu fordern, der aber von dem Grafen selbst, vor den alle Sachen gehörten, ohne Zweifel verhängt wurde. In Sachsen wurde dagegen den Grafen ausdrücklich das Recht ertheilt, den höchsten Bann zu verhängen <sup>30</sup>); und zwar wieder ehrte man hierdurch des Volks

tori vero banni quos comites et iudices facient, secundum legem uniuscujusque componantur.

28) Die Grafen erschienen, auch da sie Landesherrn wurden, vor ihren Freistühlen, ehe noch die Freigrafen mit Gewalt Fürsten vor ihr Forum ziehen zu können prätenbirten, wie die Folge zeigen wird.

29) Denn wenn es in der obigen Stelle (Note 4) hieß: *ad nostram praesentiam venire jubeantur*, so wird zu den Sachsen gesagt: (*Capit. de part. Sax. c. 23.*) *ut universi comites pacem et concordiam ad invicem habere studeant, et si forte inter eos aliquis discordia aut conturbium ortum fuerit, ut nostrum solatium aut perfectum pro hoc non demittant.*

30) *Capit. de Part. Sax. c. 30.* *Dedimus potestatem comitibus ban-*

Rechte und Gewohnheiten, das in seinem Placitum alle Sachen entscheiden zu sehen, gewohnt war. Auch die Entfernung, und die Vermehrung der Geschäfte mag wohl zur Rücksicht bewogen haben.

Die Bannbrüche auf den Gütern der Bischöfe und Aebte gingen allmählig durch Kaiserliche Schenkungen auf diese über, und die Bahn wurde gebrochen, sie dem Kaiser gänzlich zu entziehen.

## Fünftes Kapitel.

(Fortsetzung.)

### VII. Recht und Gesetzgebung.

Karl der Große ließ, gleich wie den übrigen Völkern, so auch den Sachsen, meist ihre alten Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten, so wie sie sich in das bürgerliche Leben verflochten hatten. Sie waren Eigenthum des Volkes, in aller Männer-Gedächtniß bewahrt, und nach uralten Herkommen mannichfach verschieden. Wir erfahren nur gelegentlich Manches über den bürgerlichen Rechtszustand, über das alte Gewohnheits-Recht, und über das Verfahren. An eine Aufzeichnung wurde nicht gedacht, weil sich die Staatsgewalt nicht darum bekümmerte. Nur wo es auf äußere Ordnung, auf Sicherheit der Gemeinschaft und des Staats, und auf die allgemeine Wohlfahrt ankam, schritt jetzt die Gewalt des Königs mit Kraft und Würde ein. Er ließ zu dem Ende das bestehende Gewohnheits-Recht aufzeichnen, revidirte und ergänzte es, und gab ihm die Kraft eines geschriebenen Gesetzes <sup>1)</sup>. Er machte auch mit Rath und Einstimmung der Getreuen Abänderungen und neue Verfügungen, und ließ sie als Gesetze promulgiren, die unter dem ge-

---

num mittere infra suo ministerio de fida vel majoribus causis in solid. LX. de minoribus vero causis comitis bannum in solid. XII. constituimus. Wichtig ist dies vielleicht für die großen Begriffe der späteren Freigrafen von ihrer höchsten Competenz.

1) Eginhardi vita Caroli M. ap. Du Chesne. p. 105.

öhnlichen Titel: Capitularien bekannt, und von den Nachfolgern fortgesetzt wurden. So bildete sich auch ein sächsisches geschriebenes Gesetz, das ganz vollständig auf uns gekommen ist, wiewohl Andere dies wegen seiner Mangelhaftigkeit bezweifeln wollen. Dasselbe soll aber keine Aufzeichnung der bürgerlichen Rechte enthalten, und enthält sie auch gar nicht. Mit Unrecht giebt man daher, als Motiv der Sammlung, den gefühlten Mangel an, wornach manche Rechtsverhältnisse gar nicht berührt gewesen seyn, viele Rechtsinstitute sich erst im Lauf der Zeit gebildet hätten, oder durch die veränderte Staatsverfassung umgeschaffen worden wären. Eben so wenig wollte man das Volk an geschriebene Gesetze gewöhnen; wie hätte man sie sonst in lateinischer Sprache aufzeichnen lassen, wenn man einen andern Zweck als den gehabt hätte, Wissenschaft und Controlle zu haben? Wir finden auch keine Spur des Einflusses, den diese Gesetzbücher auf das Gewohnheitsrecht, und auf die freie Anwendung, Ausbewahrung und Urtheilsfindung hervorgebracht hätten. Aber den mächtigen Willen des Herrschers erkennt man im sächsischen Gesetz, der kraftvoll durchsetzt, was die öffentliche Ruhe und Sicherheit, und das Wohl der Staatsbürger erheischt, und der dennoch ihre Rechte und Freiheiten anerkennend ehrt, und ihren Willen seinem eigenen zu verbinden weiß. Man sieht namentlich, daß dreißig Kriegsjahre bei den Sachsen nachtheilig mochten gewirkt haben, daß das alte Band friedlichen geselligen Vereins zerrissen war, und daß gewaltsame Mittel nöthig waren, um die Sicherheit herzustellen, und dem Ansehen der Beamten Nachdruck und Würde zu verschaffen. Daher das strenge blutige Ansehen dieser Gesetze, das sie vor allen Gesetzen anderer Völker auszeichnet, und anfangs die Sachsen mit einer dumpfen Aengstlichkeit, und dem Gefühl eines überwundenen Volks erfüllt haben mochten.

Eine Reihe von Todesstrafen zählt das Gesetz auf. Die Art der Hinrichtung war der Strang. Kein Beamter konnte begnadigen. Nur der König hatte dies Recht. \*)

---

2) Cap. I. a. 809. c. 31. früher war diese Befugniß selbst nur sehr beschränkt, so wie sie sich auch nachher wieder modificirte; denn in



Der strenge Ernst des Richters, der nach blutigen Gesetzen erkennt, und die Furcht des Schuldigen, der schweren und unerbtlich die That mit dem Leben büßt, scheint tiefe Wurzel gefaßt, und sich in späte Zeiten fortgepflanzt zu haben, so wie das Gesetz selbst noch lange seine Kraft und Autorität behielt, <sup>3)</sup> und sich in das bei den Sachsen am dauerhaftesten und strengsten bewahrte Gewohnheitsrecht verzweigte!

Was nun die Gesetzgebung in Sachsen betrifft, so erfolgte wohl zuerst, nachdem man theils durch die Gesandten, vermöge der ihnen ertheilten Instructionen, <sup>4)</sup> in Güte zu befehlen, theils durch die Gewalt der Waffen sie zu überwinden gesucht hatte, die *Capitulatio de Partibus Saxoniae* (788), <sup>5)</sup> ein Gesetz, das zwar mit Einwilligung der Großen gegeben wurde, das aber die Strenge des siegreichen Eroberers des mächtigen Heiden und Heidenbefehrs an der Stirn trägt. Alle Beziehungen gehen auf Christenthum und Bekehrung; und Milde, Begnadigung und Asyl nur, um das Christenthum zu fördern. Es war mitten in Thatenreicher Zeit und während des Bekehrungsgeschäfts gegeben, mußte daher sehr bald seinen praktischen Werth verlieren, und deswegen ist es wahrscheinlich nicht in dem Carolinischen Codex mit aufgenommen, wiewohl

---

den Sächsischen Capitul. von 797 heißt es: *placuit omnibus ut quaecumque ad regiam potestatem confugium fecerit, ut in illius sit potestate utrum reddere aut una cum consensu eorum habeat licentiam, ipsum malefactorem et eorum omnia sua foras patriam facere, et infra alia regna collocare et habeant ipsum quasi mortuum.*

3) Offenbar meint es *Wippo*, wenn er im Leben Conrad des Kaisers, C. 6. sagt: *Reverens Rex de Ribuariis ad Saxoniam ibi legem crudelissimam Saxonum, secundum voluntatem eorum constanti auctoritate roboravit.* Einen Beweis der langen Gesetzeskraft giebt vielleicht auch der *Sorvenses Codex* dadurch, daß in demselben zugleich die Privilegien und Kaiserlichen Diplome des Stiffts *Sorvey* bis auf Otto II. (974) gleichzeitig eingetragen sind.

4) Wir theilen Eine aus unserm Codex in dem Anhang No. 1 mit.

5) Es heißt zwar darin, art. 32. *De perjuris secundum legem Saxonum sit*, es kann jedoch, nach dem Begriff von *lex*, Ewa, die Aufzeichnung unsers sächsischen Gesetzes doch später geschehen seyn. Daß übrigens die Sammlung in zwei Hälften und verschiedene Zeitperioden fällt, wird sich unten entwickeln.

derselbe sonst die ganze Gesetzgebung Sachsens aus der Carolinischen Zeit umfasse.

Es möchte sich nun wohl geziemen, von diesem Coder an einem Orte weitläufiger zu reden, und dessen Gesetze zu prüfen; Doch sind die Resultate, welche schon ein flüchtiger Anblick desselben giebt, so wichtig, daß wir dieselben hier zu erwähnen, uns nicht enthalten können.

Derselbe ist nach den Schriftzügen in der Carolinischen Zeit, und kurz nach derselben zusammen getragen, und sollte unbezweifelt als ein Handbuch dem Stifte dienen, welches in weltlichen und kirchlichen Sachen eine Uebersicht aller gesetzlichen Bestimmungen enthielte, und das wahrscheinlich aus Ordnungs- liebe und in Folge königlicher Verfügungen angelegt wurde 6).

Es beginnt; *Incipit liber legis Saxonum*, und enthält hier, außer manchen Varianten nicht mehr, als die vorhandenen Ausgaben, jedoch unter fortlaufenden Artikeln. Es folgt also, daß das Gesetz vollständig, wie es aufgezeichnet wurde, auf unsere Zeiten gekommen ist, und daß die Eintheilung in Titel mit Ueberschriften jünger und unecht ist. Mit dieser Veränderung und Zugabe späterer Schreiber haben sich noch bedeutendere Unrichtigkeiten eingeschlichen, welche unser Coder, wie wir dafür halten, berichtigt. Mit den 24ten Artikel fängt ein neuer Abschnitt an, der in Uncialbuchstaben die Ueberschrift hat: *Lex Francorum*. Ein flüchtiger Ueberblick belehrt uns, daß hier wirklich ein neuer Abschnitt beginnt. Die vorhergehenden Artikel enthalten offenbar aufgezeichnetes, bereits bestehendes Gewohnheitsrecht, welches meist die Composition oder die Weregilde (Wehrgeld) bestimmt 7). Jetzt folgt eine Reihe von Todesstrafen, und das erste Gesetz lautet gleich:

6) Cap. Caroli M. excerpta ex l. long. c. 49. — *Lud*, P. Cap. a 825. c. 24. ap. *Balas*. J. I. p. 640. Volumus etiam ut capitula quae nunc et alio tempore consultu nostrorum Fidalium a nobis constituta sunt, a cancellario nostro Archiepiscopi et comites eorum de propriis civitatibus modo aut per se aut per suos missos accipiant, et unusquisque per suam diocesim ceteris Episcopis, Abbatibus, Comitibus et aliis fidelibus nostris ea transcribi faciant, et in suis comitatibus coram omnibus relegant, ut cunctis nostra ordinatio et voluntas nota fieri possit.

7) Schon die Sprache selbst und eingemischte alte Worte wie *Ruoda*

Qui in regem Francorum vel in filios ejus de morte conciliatus fuerit, capite puniatur. Härte und Strenge spricht sich überall aus. Das Asyl der Kirche wird Theilweise aufgehoben. — Die Ueberschrift bekundet es, daß diese Gesetze später unter Einwirkung der fränkischen Herrschaft gegeben und zusammen getragen wurden. Nach dem 66ten Artikel, welcher den Werth der Solidi bestimmt, folgen noch 5 Kapitel mit besonderen Ueberschriften: *De alodibus, De furtis, de Incendiis, De vi, De minoribus causis*. Es sind dies spätere Gesetze, welche ändern, hinzufügen und vervollständigen. Sie gehören, wie unser Eoder uns hinreichend belehrt, nicht zur *Lex Werinorum*, zu der sie ein späterer Compiler hinzugefügt hat, sondern zum sächsischen Gesetz, als dem allgemeinen, das sie erweitern und näher bestimmen, wie das größere Detail beweist, welches sie bei Gegenständen geben, die das frühere Gesetz schon erwähnt. Auch enthalten sie Abänderungen, z. B. in der Bestimmung: *libero homini liceat hereditatem suam, cui voluerit, tradere*, da vorher die Tradition verboten war, außer an die Kirche und den König.

Das Gesetz der Angeln und Weriner oder Thüringer folgt nun, auch unter der einfachen Ueberschrift: *Lex Thuringorum* 8). Es endet mit dem 11ten Artikel und die *Judicia quae Wlemarus dictavit*, fehlen ganz, sind also wahrscheinlich spätere Zugabe, ohne gesetzliche Kraft, außer der, welche Weltshümer hatten. Jene 11 Artikel der Thüringer bilden ein für sich bestehendes Ganze, nämlich das vorgesehene Gewohnheitsrecht hinsichtlich der Composition oder des Wergeldes. — Sind die folgenden Abschnitte spätern Ursprungs, wie sich aus der Vergleichung leicht ergiebt, und daher nicht zu bezweifeln steht, so läßt sich schon erwarten, daß den Thüringern

---

und Mordridatum (nicht mordrumtotum, wie die gedruckten Ausgaben haben) beweisen es. Ueber ihre Erklärung an einem andern Orte.

8) Damit ein bekannter Streit sich klar entscheidet. Thüringer sind gemeint, und das Gewohnheitsrecht rührte von alten Stammverwandten (Warinore und Angeln) her. Dies wollte der spätere Compiler ausdrücken, wenn er überschrieb: *Lex Angliorum et Werinorum, hoc est Thuringorum*.

zur Zeit der Herrschaft Karls bei der neuen Reichseintheilung und Verfassung keine besondere Gesetze mehr gegeben wurden<sup>9)</sup>. Ueberhaupt stehen sie zu abgerissen und vereinzelt da; Es läßt sich also nicht bezweifeln, daß sie zu dem sächsischen Gesetz gehörten, und daß nur das Bergeld der Thüringer, als eines alten besonderen Stammes, der sein eigenes Gewohnheitsrecht erhalten hatte, aufgezeichnet wurde, und bestehen blieb. Daß die Aufzeichnung auch in unserer Sammlung, die nur zu einem speciellen Zweck angelegt war, geschah, rechtfertigt wohl die Vollständigkeit, mehr noch vielleicht, weil das Stift Corvey auch in Thüringen begütert war.

Alle diese Gesetze hatten, wie wir bereits oben bemerkten, gar nicht die Absicht, die Gewohnheiten des bürgerlichen Rechts näher zu bestimmen; denn in dieses mischte sich, nach dem beim Friedensschluß geleisteten Versprechen, der Gesetzgeber nicht, es war Eigenthum des Volkes. Wenn daher von der Dos, und von dem Erwerb in der Ehe die Rede ist, so wird bloß angeführt, wie es bei den Ostphalen, Engern und Westphalen damit gehalten wurde. Auch andere wirkliche gesetzliche Verfügungen, die das Privatrecht berühren, enthalten doch nur Bestimmungen der Staatsgewalt, die auf die Sicherheit und Wohlfahrt des Ganzen sich beziehen<sup>10)</sup>. So die Aufsicht über die Vormundschaften. Die ausführlichen Bestimmungen über die Erbschaften haben nicht den Zweck, das Erbrecht festzustellen, sondern das Erbe, in so fern es in Grund und Boden bestand,

9) Biewohl sie freilich noch bis in spätere Zeit ihr eigenes Gewohnheitsrecht behielten: Urk. v. 1120 bei Ludwig in Reliq. MSS. T. X. p. 135. Haec tam suo quam earum provinciarum jure, in quibus haec sita sunt, Saxoniae scilicet et Thuringiae ipsomet stabilivit in legitimo placito, se comite pro tribunali sedente. Wenn Biener Commentarii etc I. p. 92 sagt: Criminalia autem jura mitia sunt, et fere ad humanitatem composita, ut ne unus quidem poenae capitalis casus memoretur ideoque legem in hoc capite legi Saxonicae plane contrariam deprehendimus, so möchte doch diese Bemerkung gerade auf ganz andere Vermuthungen führen.

10) Deswegen heben sie wahrscheinlich bestehendes Gewohnheitsrecht auf, so wie sie auch anderen älter Gesetzen z. B. der lex Sal. in mehreren Punkten gerade entgegen sind, welche namentlich keinen Unterschied unter dem Geschlecht macht.

als Pfand der Staatsbürgerschaft, den männlichen Nachkommen zu sichern, damit der Heerbann vollzählig blieb, und der Waffendienst nicht litte <sup>11)</sup>).

Aus den Gesetzen leuchtet hervor, daß die drei Hauptstämme ihre verschiedenen Rechtsgewohnheiten beibehielten. — In der Gemeinde Verfassung und Rechtsgenossenschaft der Germanen konnte von keinem persönlichen Recht des Klägers oder Beklagten die Rede seyn. Aber die Verpflanzung Germanischer Völker auf römischen Boden hatte schon den Grundsatz zur Folge, daß Jeder nach seinem erworbenen Rechte beurtheilt wurde <sup>12)</sup>. Der Reichsverband, wornach mehrere Germanische Stämme unter ein gemeinsames Oberhaupt, als Quelle der gerichtlichen Gewalt, traten, mußte den Grundsatz eines persönlichen Rechtes, dessen man auch außer der Gemeinde, und außer der Genossenschaft sich zu erfreuen hatte, erweitern. Die Möglichkeit war da, auch außer der Genossenschaft Rechtsfähig zu seyn, denn der Richter als Kaiserlicher Beamter mußte jedem Reichsgliede beistehen, wenn nur Genossen da wären, die das Recht wiesen; und so hätte auch vor dem Kaiser selbst Jeder sein persönliches Recht, wiewohl dessen allgemeine Gesetze das ganze Reich oder die Provinz desselben umfaßten, und allen Ständen gleich wären. Die Verschmelzung der Völkerstämme verschmolz später auch die persönliche Volksrechte, und mit der Bildung der Territorien entstand auch allmählich Territorialrecht, das nur von Dienstrechten und Localstatuten der Städte oder Genossenschaften, so wie von einzelnen Gewohnheitsrechten, noch durchbrochen wurde.

Bei den Bußen blieb der alte Standesunterschied, so wie dieser überhaupt fortbauerte.

An der Form des gerichtlichen Verfahrens wurde nichts geändert und namentlich blieben die Consaframentalen oder

11) Wie klar spricht sich das aus, wenn es z. B. heißt: *Ad quemcumque hereditas testas pervenerit ad illum vestis bellica id est lorica et ultio proximi, et solutio leudis debet pertinere.* — — *Si nec filium nec filiam habuerit, Sororem vero habuerit, sorori pecuniam et mancipia, proximo vero patrum generis terram relinquat.*

12) Savigny, Gesch. des R. R. im Mittelalter B. I. S. 90. 10.

Eldeshelfer. Aber das Recht der Selbsthülfe und Rache, (Faida) wurde mehr und mehr beschränkt. Wie schwer dies jedoch hielt, zeigen mehrere Verfügungen. Des Königs Macht mußte selbst oft einschränken, wo die Beamten die Sühne nicht bewirken, den Schuldigen nicht zwingen, und folglich, weil die Maßregel dem Geist des Volkes widersprach, den Beistand der Genossenschaft (der alten Gesamtbürger) nicht finden konnten <sup>13</sup>).

Zu der Buße kam noch oft das Exil als polizeylische Sicherheitsmaßregel, und zur Bekräftigung einer strengeren Staatsgewalt <sup>14</sup>).

Ein Hauptgesetz für die Sachsen war das Capitulare vom Jahre 797, das in feierlicher Reichsversammlung zu Aachen gegeben wurde. Es folgt in unserm Coder unmittelbar nach den obigen Gesetzen, es hat auch bedeutende Varianten, und an dasselbe reiht sich eine Sammlung von Auszügen aus Capitularen die als fränkisches Reichsrecht officiell den Sachsen mit Gesetzes Kraft mitgetheilt worden waren, denn sie führt die Ueberschrift: *Incipiunt Capitula, que legibus addenda sunt, que et missi et comites habere et ceteris nota facere debent* — <sup>15</sup>). Den größten Theil des Coder füllen

13) In dem Cap. a. 819 cap. 13. heißt es: Si quis aliqua necessitate cogente homicidium commisit comes in cujus ministerio res perpetrata est, et compositionem solvere et faidam per sacramentum pacificari faciat, quod si una pars ei ad hoc consentire noluerit, id est aut ille qui homicidium commisit, aut is qui compositionem suscipere debet. faciat illum qui ei contumax fuerit ad presentiam nostram venire ut eum ad tempus nobis quod placuerit in exilium mittamus, donec ibi castigetur, ut comiti suo inobediens ulterius esse non audeat. Schon das Cap. von 779 c. 22. verfügt Gleiches.

14) Quicumque hominem aut ex levi causa aut sine causa interfecerit virgildum ejus his ad quos ille pertinet componat, ipse vero propter talem presumptionem in exilium mittatur ad quantum tempus nobis placuerit, res suas tamen non amittat.

15) Also nicht bloß addita ad legem Salicam, wie diese Capitularien, welche im Jahre 819 publicirt wurden bei Georgisch und Baluze überscriben sind. Der specielle Zweck und die officiële Mittheilung, an die Sachsen geht auch aus einigen Varianten hervor und aus der Ueberschrift der in demselben Jahr erlassenen Verfügungen für die Gesamten, welche lautet: *Hoc sunt Capitula praecipue ad Legationum pertinentia ob memoriae causam, de quibus agere Albin et Wichald,*

Kirchliche Sachen, Canonen und Decretalen in fleißiger Zusammentragung, auch, Instruktionen an die Gesandten und vermischte Abhandlungen geistlichen Inhalts. Angeschlossen sind die ältesten Kaiserlichen Privilegien und Schenkungen des Stiftes Corvey aus dem 9ten und der ersten Hälfte des 10ten Jahrhunderts, die man somit Gesetzen gleich heilig achtete. Diese Sammlung enthält folglich zugleich das älteste Copiarbuch in Deutschland, welches bis jetzt bekannt geworden ist <sup>16)</sup>.

## Sechstes Kapitel.

### Fortsetzung. Gerichtsverfassung.

In der Gerichtsverfassung änderte Karl und die Karolingische Zeit wenig; das Recht blieb Gemeingut, und seine Handhabung war nach wie vor Volksmäßig, durch die Stimmfähigkeit aller ächten Genossen. Doch mußte auch hier die Verfassung Karls mächtig einwirken, und große Veränderungen wenigstens vorbereiten; wir erkennen dies aus mehreren Gesetstellen.

So war es eine Hauptmaßregel, die Selbsthülfe des Einzelnen bei Friedensbrüchen nun gänzlich zu verbieten, die Rache in formelles Recht zu verwandeln, und die Fehde, die noch immer als ein gesetzlich effectiv vorhandener Zustand betrachtet wurde, mit Gewalt zu söhnen, so daß nun Alles dem ordentlichen Richter unterworfen wurde, und Keiner mehr als Rächer sein eigener Richter sein durfte <sup>17)</sup>.

Wie so mit das Recht des Stärkern aufhörte, so galt es doch noch im gerichtlichen Zweikampf, aber nur in bestimmten Fällen, in öffentlicher Gerichtsversammlung und unter

<sup>16)</sup> Satterer Praet. Diplomatif. S. 36.

1) Cap. II, a. 805. c. 5. Si fidosus quia sit discutiantur tunc, quis e dobus contrarius sit, ut pacati sunt, et distingantur ad pacem, etiamsi noluerint. Also nicht mehr war es hinreichend; ut fida, quod est inimicitia, post compositionem acceptam postponatur, et amplius non requiratur, nec dolus teneatur, sed causa sit finita, amicitia manente. Legg. Rothar. c. 74.

Eideshelfer. Aber das Recht der Selbsthülfe und Rache, (Faida) wurde mehr und mehr beschränkt. Wie schwer dies jedoch hielt, zeigen mehrere Verfügungen. Des Königs Macht mußte selbst oft einschreiten, wo die Beamten die Sühne nicht bewirkten, den Schuldigen nicht zwingen, und folglich, weil die Maßregel dem Geist des Volkes widersprach, den Beistand der Genossenschaft (der alten Gesamthürger) nicht finden konnten<sup>13)</sup>.

Zu der Buße kam noch oft das Exil als polizeiliche Sicherungsmaßregel, und zur Bekräftigung einer strengeren Staatsgewalt<sup>14)</sup>.

Ein Hauptgesetz für die Sachsen war das Capitulare vom Jahre 797, das in feierlicher Reichsversammlung zu Aachen gegeben wurde. Es folgt in unserm Coder unmittelbar nach den obigen Gesetzen, es hat auch bedeutende Varianten, und an dasselbe reihet sich eine Sammlung von Auszügen aus Capitularen die als fränkisches Reichsrecht officiell den Sachsen mit Gesetzes Kraft mitgetheilt worden waren, denn sie führt die Ueberschrift: *Incipiunt Capitula, que legibus addenda sunt, quo et missi et comites habere et ceteris nota facere debent* —<sup>15)</sup>. Den größten Theil des Coder füllen

13) In dem Cap. a. 819 cap. 18. heißt es: Si quis aliqua necessitate cogente homicidium commisit comes in cujus ministerio res perpetrata est, et compositionem solvere et faidam per sacramentum pacificari faciat, quod si una pars ei ad hoc consentire noluerit, id est aut ille qui homicidium commisit, aut is qui compositionem suscipere debet. faciat illum qui ei contumax fuerit ad presentiam nostram venire ut eum ad tempus nobis quod placuerit in exilium mittamus, donec ibi castigetur, ut comiti suo inobediens ulterius esse non audeat. Schon das Cap. von 779 c. 22. verfügt Gleiches.

14) Quicumque hominem aut ex levi causa aut sine causa interfecerit virgildum ejus his ad quos ille pertinet componat, ipse vero propter talem presumptionem in exilium mittatur ad quantum tempus nobis placuerit, res suas tamen non amittat.

15) Also nicht bloß addita ad legem Salicam, wie diese Capitularien, welche im Jahre 819 publicirt wurden bei Georgisch und Baluze überschrieben sind. Der specieller Zweck und die officieller Mittheilung, an die Sachsen geht auch aus einigen Varianten hervor und aus der Ueberschrift der in demselben Jahr erlassenen Verfügungen für die Gesandten, welche lautet: *Hoc sunt Capitala praeceptis ad Legationem Missorum pertinentia ob memoriae causam, de quibus agere debent Alwin et Wichald,*



Kirchliche Sachen, Canonen und Decretalen in fleißiger Zusammentragung, auch. Instruktionen an die Gesandten und vermischte Abhandlungen geistlichen Inhalts. Angeschlossen sind die ältesten Kaiserlichen Privilegien und Schenkungen des Stiftes Corvey aus dem 9ten und der ersten Hälfte des 10ten Jahrhunderts, die man somit Gesezen gleich heilig achtete. Diese Sammlung enthält folglich zugleich das älteste Copiartbuch in Deutschland, welches bis jetzt bekannt geworden ist <sup>16)</sup>.

## Sechstes Kapitel.

### Fortsetzung. Gerichtsverfassung.

In der Gerichtsverfassung änderte Karl und die Karolingische Zeit wenig; das Recht blieb Gemeingut, und seine Handhabung war nach wie vor Volksmäßig, durch die Stimmfähigkeit aller ächten Genossen. Doch mußte auch hier die Verfassung Karls mächtig einwirken, und große Veränderungen wenigstens vorbereiten; wir erkennen dies aus mehreren Gesezstellen.

So war es eine Hauptmaßregel, die Selbsthülfe des Einzelnen bei Friedensbrüchen nun gänzlich zu verbieten, die Rache in formelles Recht zu verwandeln, und die Fehde, die noch immer als ein gesetzlich effectiv vorhandener Zustand betrachtet wurde, mit Gewalt zu söhnen, so daß nun Alles dem ordentlichen Richter unterworfen wurde, und Keiner mehr als Rächer sein eigener Richter sein durfte <sup>1)</sup>.

Wie so mit das Recht des Stärkern aufhörte, so galt es doch noch im gerichtlichen Zweikampf, aber nur in bestimmten Fällen, in öffentlicher Gerichtsversammlung und unter

16) Gatterer Praet. Diplomati. S. 36.

1) Cap. II, a. 805. c. 3. Si fidosus quia sit discutiantur tunc, quis e dobus contrarius sit, ut pacati sunt, et distringantur ad pacem, etiamsi noluerint. Also nicht mehr war es hinreichend; ut fida, quod est inimicitia, post compositionem acceptam. postponatur, et amplius non requiratur, nec dolus teneatur, sed causa sit finita. amicitia manente. Legg. Rothar, c. 74.

gesetzlichen Bestimmungen, die demselben das Ansehen eines Gottesurtheils gaben. Die Ursache bestand noch, die wir oben angedeutet, in den strengen Formen, die keine richterliche Erwägung der Gründe und Gegengründe zuließen, und der alte unterschütterliche Volksglaube dauerte fort, und schlug in der neuen Christuslehre anfangs wo möglich noch tiefere Wurzel. Deshalb mehrten sich die Ordalien <sup>2)</sup>. — Wenn über irgend eine Sache gegen Jemanden Zeugen aufgeführt waren, und er sie als falsch verdächtig machte, und Andere dagegen auführte, beider Theile Zeugen aber bei ihren Aussagen beharrten, so wurde von jeder Seite Einer gewählt, die mit einander kämpften <sup>3)</sup>. Der Besiegte war nun des Meineides überführt, den er von dem Kampf begangen, und verlor die rechte Hand. Gegen die übrigen aber durfte der Beweis nicht vollendet werden, und sie erlagten bloß eine Buße <sup>4)</sup>.

Erbot sich der Beklagte zum Beweis darüber, daß er mit Recht gegen den Kläger läugne, zum Eid mit Eidesheisern, so konnte der Kläger ihn zum Zweikampf fordern, und den Eid hindern. Kläger und Beklagter konnten ihren Beweis, mit dem Gottesurtheil beginnen, auch des Meineides damit überführen.

Wenn ein Freier wegen Diebstahls angeklagt war, so konnte er sich das erstemahl mit einem Eid reinigen, wurde er aber zum andern Mahle von zweien oder dreien des Diebstahls angeklagt, so konnte er Einen von ihnen zum Zweikampf fordern <sup>5)</sup>.

Nichtfreie mußten nach altgermanischem Herkommen über

2) Aber gerade in ihrer vermehrten Anwendung mußten sie den Keim ihres Unterganges finden.

3) „cum scutis et fustibus in campo decertant.“ Es entwickelten sich die barbarischen Ausdrücke: Campio, (Kämpfe) Einer der sich für den andern schlägt, und: Campus judicatur, die sich in den Gesetzen finden. Die deutschen Worte: Kampf, Schug, bewiesen vielleicht den Einfluß der lateinischen Sprache auf die Rede.

4) Ceteri vero ejusdem partis testes, quia falsi apparuerint, manus suas redimant.

5) Cap. I. a. 819. c. 15. „liceat ei contra unum ex his in campo contendere.“

glühendes Eisen gehen, oder in stehendes Wasser die Hand stecken. (Feuerprobe, Kesselfang). Da wo Eid zulässig, und die Sache mit einer Buße abdimmtlich war, schwur den Ersteren der Herr, und zahlte die Letztere. War die Sache peinlich und nach späteren Begriffen unabdimmtlich, so mußte er den Knecht ausliefern. Zum Zweikampf wurde der Unfreie nie gelassen.

Die freie Genossenschaft war jetzt einer sichtbaren Staatsgewalt unterworfen und wie sie sich unter Controlle und Aufsicht sah, fehlte die eigene Liebe und Lust, die sonst das Gemeinwesen beseelte, und die Gesammbürgerschaft hervorbrachte; Der Gemeingeist erlahmte, das enge Band der Familien- und Volks-Innung wurde allmählig lockerer, und zerriß endlich. So wie die Staatsgewalt einschritt, stieg auch das Bedürfnis hierzu, und die Veranlassungen wurden häufiger, wie die Gesetze dies zeigen.

Das Freibum war eine Buße an den König oder seinen Beamten geworden. Der Bannus kam hinzu. Auch dies schadete dem gemeinsamen Interesse. Das Nichterscheinen vor Gericht die Widersetzlichkeit, der Ungehorsam in Prozessesachen, die Rechtswidrigkeit selbst, waren Verletzungen der Königlischen Gewalt und ihres äußeren Umfangs-Banns. Der Gerichtsfriede wurde ein Gerichtsbann. Bußen traten jetzt ein, die sonst unter dem freiem Germanen nicht nöthig gewesen waren, und mit der Gewalt wuchs wie immer, der Widerstand.

Es gab nun eigentliche Verbrecher, die nur die Staatsgewalt von Amtswegen ahndete, oder für die dieselbe einen andern Maßstab erkannte, als das Volk, welches sie nicht für strafbar und Todeswürdig, sondern mehr für eine Folge der strengen Kaiserlichen Gewalt über die so schwer Besetzten ansah, namentlich das Majestätsverbrechen, die Verbrechen gegen die Religion, und die Heerbannspflicht in fernen Kriegen. Es mochte daher mancher Verbrecher jetzt leichter sicher seyn, und das Volk sich nicht drängen, ihn der Rache des Gesetzes zu überliefern. Daher die wichtige Verordnung Karls, daß Nie-

mand Uebelthäter bei sich herbergen sollte \*). Daher die Aufhebung des Asyls, weil der Verbrecher nirgend eine Freistatt haben, nirgend Erhaltung und Gerechtigkeit finden sollte \*).

Aus der nämlichen Ursache läßt sich vermuthen, daß nicht immer Ankläger vorhanden waren, bei allen Verbrechen, die die Staatsgewalt gehandelt wissen wollte; deshalb vielleicht die Verpflichtung der von Karl angeordneten Schöffen: Verbrechen ohne alle Rücksicht nachzuforschen, und sie anzuklagen, die wir in den Gesetzen angedeutet finden, und wovon in der Folge ausführlicher wird gehandelt werden. Nothwendig war es aber, Schöffen einzuführen, und ihnen Amtspflichten aufzulegen.

Schon die freie Germanische Gemeinde hatte Hand an das Vermögen des Ungehorsamen oder Verurtheilten gelegt, um den Kläger zu befriedigen, und hatte den Friedbrecher, der die Vermittlung des Volksgerichts durch Ungehorsam verachtete, außer den Frieden der Gemeinde gesetzt. Aber wo der Gemeingeist erlischt, und die Genossenschaft der Gesamtbürger, durchlöchert wird, finden sich häufiger Widerspenstige, die das Gericht verschmähen, und das gesprochene Urtheil nicht vollziehen. Auch hier ist die Staatsgewalt sichtlich bemüht, auszuhelfen; sie bestrickt das Vermögen des Hartnäckigen mit dem Bann, und wenn er binnen Jahr und Tag nicht erscheint, und seine Schuld entrichtet, verfällt es dem Staat, der den Schaden nach erfolgter Schätzung ersetzt, und mit den Erben sich abfindet, wo dies noch nöthig thut.

Wir werden auch bei dem späteren Executions-Verfahren der Gerichte, besonders der Westphälischen, noch die Spuren dieser uralten Gesetzgebung sehen, in Zeiten sowohl, wo noch keine feste Prinzipien obwalteten, als da, wo sich schon ein

6) *Cap. de part. Sax. XXIII. De latronibus et malefactoribus, qui de uno comitatu ad alium confugium fecerint, si quis eos receperit in sua potestate et 7 noctibus secum detinuerit nisi ad presentandum nostrum bannum solvat.*

7) Möfer commentirt sehr richtig (*Dän. Gesch. I. S. 355.*) die *Cap. de part. Sax. c. 1.* Aber, wie wir eben zeigten, ist die Stelle der *leg. Sax. Capituli damnatus* *nuquam habeat pacem si in Ecclesiam confugit, reddatur, iunger, und somit gewiß beschränkend.*

neues und geregeltes Executiv-Verfahren gebildet hatte; freilich mit Modificationen, welche Zeit- und Umstände hervorgerufen hatten.

Strenger war das Verfahren gegen die, welche ihren übrigen Staatsbürgerlichen Pflichten nachzukommen versäumten<sup>8)</sup>.

Die Consecrationalen oder Eideshelfer, die wir oben aus der Gesamtbürgerschaft herleiteten, blieben in ihrer alten Bedeutung. Ihre Anzahl wuchs. Beides ist für unsern Zweck bemerkenswerth und wichtig. Sie waren nicht Zeugen für die Unschuld des Schwörenden, sondern Bürgen desselben bei mangelndem Beweis<sup>9)</sup>; als glaubwürdige Genossen mußten sie jedoch natürlich dieselben Eigenschaften, wie gültige Zeugen haben. Es war dies ein Vorrecht der Freien, so wie mit einer Anzahl Freunde und Genossen, in der Fehde sein. Recht durch die Waffen zu suchen, so auch mit diesen, von der Unschuld und dem Recht ihres Freundes überzeugten Helfern durch den Eid die ganze Genossenschaft davon in formelle Gewissheit zu setzen, und so deren Bürgschaft, und mit dem Gegner den Frieden, zu erhalten. Knechte waren dieses Vorzuges nicht fähig, sondern wurden gleich zum Ordale verurtheilt.

Wie die Volksgemeinde für das, was sie beschloß, oder

8) Wir dürfen uns durch den Ausdruck *justitias Facere* nicht verleiten lassen, immer an eine Rechtsache zu denken. So hat Wille (Handbuch der deutschen Historie S. 114) bestimmt Unrecht, wenn er das Executions-Verfahren bei richterlichen Urtheilen durch das Cap. 779. c. 21. erläutert: *Si vassus noster justitias non fecerit, tunc comes et missus ad ipsius casam sedeant, et de suo vivant quousque justitiam faciat*. Hier möchte eher von Heerbanns- oder sonstiger Dienstpflicht die Rede seyn, und die Verordnung ist noch strenger im Cap. Saxonum, Cap. 8., wo wir auch noch deutlicher sehen, daß, von keiner Execution eines Urtheils die Rede ist. Hier wird das *incendium* verbotzen *excepto qui rebellis fuerit, qui justitiam facere noluerit et aliter districtus esse non poterit et ad nos, ut in presentia nostra justitiam reddat, venire dispozerit condicio communis placito simul ipsi pagenses veniant, et si unanimiter consenserint, pro districtione illius casa incendatur etc.* Es war dies Geseg, das mit Einwilligung aller Getreuen gegeben wurde, zugleich eine Schulldigung, die sie dem Herrscher erwiesen.

9) *Si hujus facti testes non habuerint, cum 12. conjuratoribus legitimis per sacramentum affirmet — si proprius servus hac commiserit, judicio aquae ferventis examinetur. —*

derselbe sonst die ganze Gesetzgebung Sachsens aus der Carolinischen Zeit umfaßt.

Es möchte sich nun wohl geziemen, von diesem Eoder an einem Orte weitläufiger zu reden, und dessen Gesetze zu prüfen; Doch sind die Resultate, welche schon ein flüchtiger Anblick desselben giebt, so wichtig, daß wir dieselben hier zu erwähnen, und nicht enthalten können.

Derselbe ist nach den Schriftzügen in der Carolinischen Zeit, und kurz nach derselben zusammen getragen, und sollte unbezweifelt als ein Handbuch dem Stifte dienen, welches in weltlichen und kirchlichen Sachen eine Uebersicht aller gesetzlichen Bestimmungen enthielte, und das wahrscheinlich aus Ordnungs- und in Folge königlicher Verfügungen angelegt wurde <sup>6)</sup>.

Es beginnt; *Incipit liber legis Saxonum*, und enthält hier, außer manchen Varianten nicht mehr, als die vorhandenen Ausgaben, jedoch unter fortlaufenden Artikeln. Es folgt also, daß das Gesetz vollständig, wie es ausgezeichnet wurde, auf unsere Zeiten gekommen ist, und daß die Eintheilung in Titel mit Ueberschriften jünger und unecht ist. Mit dieser Veränderung und Zugabe späterer Schreiber haben sich noch bedeutendere Unrichtigkeiten eingeschlichen, welche unser Eoder, wie wir dafür halten, berichtigt. Mit den 24ten Artikel fängt ein neuer Abschnitt an, der in Uncialbuchstaben die Ueberschrift hat: *Lex Francorum*. Ein flüchtiger Ueberblick belehrt uns, daß hier wirklich ein neuer Abschnitt beginnt. Die vorhergehenden Artikel enthalten offenbar aufgezeichnetes, bereits bestehendes Gewohnheitsrecht, welches meist die Composition oder die Weregilbe (Wehrgeld) bestimmt <sup>7)</sup>. Jetzt folgt eine Reihe von Todesstrafen, und das erste Gesetz lautet gleich:

6) Cap. Caroli M. excerpta ex l. long. c. 49. — *Lud.* P. Cap. a 323. c. 24. ap. *Balas.* J. I. p. 640. Volumus etiam ut capitula quas nunc et alio tempore consultu noatrorum Fidelium a nobis constituta sunt, a cancellario nostro Archiepiscopi et comites eorum de propriis civitatibus modo aut per se aut per suos missos accipiant, et unusquisque per eam dioecesim ceteris Episcopis, Abbatibus, Comitibus et aliis fidelibus nostris ea transcribi faciant, et in suis comitatibus coram omnibus relegant, ut cunctis nostra ordinatio et voluntas nota fieri possit.

7) Schon die Sprache selbst und eingemischte alte Worte wie *Ruoda*

Qui in regem Francorum vel in filios ejus de morte conciliatus fuerit, capite puniatur. Härte und Strenge spricht sich überall aus. Das Asyl der Kirche wird Theilweise aufgehoben. — Die Ueberschrift bekundet es, daß diese Gesetze später unter Einwirkung der fränkischen Herrschaft gegeben und zusammen getragen wurden. Nach dem 66ten Artikel, welcher den Werth der Solidi bestimmt, folgen noch 5 Kapitel mit besonderen Ueberschriften: De alodibus, De furtis, de Incendiis, De vi, De minoribus causis. Es sind dies spätere Gesetze, welche ändern, hinzufügen und vervollständigen. Sie gehören, wie unser Eoder uns hinreichend belehrt, nicht zur Lex Werinorum, zu der sie ein späterer Compiler hinzugefügt hat, sondern zum sächsischen Gesetz, als dem allgemeinen, das sie erweitern und näher bestimmen, wie das größere Detail beweist, welches sie bei Gegenständen geben, die das frühere Gesetz schon erwähnt. Auch enthalten sie Abänderungen, z. B. in der Bestimmung: libero homini liceat hereditatem suam, cui voluerit, tradere, da vorher die Tradition verboten war, außer an die Kirche und den König.

Das Gesetz der Angeln und Weriner oder Thüringer folgt nun, auch unter der einfachen Ueberschrift: *Lex Thuringorum*<sup>8)</sup>. Es endet mit dem 11ten Artikel und die *Judicia quae Wilemarus dictavit*, fehlen ganz, sind also wahrscheinlich spätere Zugabe, ohne gesetzliche Kraft, außer der, welche Weisthümer hatten. Jene 11 Artikel der Thüringer bilden ein für sich bestehendes Ganze, nämlich das vorgesehene Gewohnheitsrecht hinsichtlich der Composition oder des Wergeldes. — Sind die folgenden Abschnitte spätern Ursprungs, wie sich aus der Vergleichung leicht ergiebt, und daher nicht zu bezweifeln steht, so läßt sich schon erwarten, daß den Thüringern

---

und Mordridatum (nicht mordrumtotum, wie die gedruckten Ausgaben haben) beweisen es. Ueber ihre Erklärung an einem andern Orte.

8) Damit ein bekannter Streit sich klar entscheidet. Thüringer sind gemeint, und das Gewohnheitsrecht rührte von alten Stammverwandten (Warinere und Angeln) her. Dies wollte der spätere Compiler ausdrücken; wenn er überschrieb: *Lex Angliorum et Werinorum, hoc est Thuringorum*.

zur Zeit der Herrschaft Karls bei der neuen Reichseinteilung und Verfassung keine besondere Gesetze mehr gegeben wurden<sup>9)</sup>. Ueberhaupt stehen sie zu abgerissen und vereinzelt da; Es läßt sich also nicht bezweifeln, daß sie zu dem sächsischen Gesetz gehörten, und daß nur das Bergeld der Thüringer, als eines alten besonderen Stammes, der sein eigenes Gewohnheitsrecht erhalten hatte, aufgezeichnet wurde, und bestehen blieb. Daß die Aufzeichnung auch in unserer Sammlung, die nur zu einem speciellen Zweck angelegt war, geschah, rechtfertigt wohl die Vollständigkeit, mehr noch vielleicht, weil das Stift Corvey auch in Thüringen begütert war.

Alle diese Gesetze hatten, wie wir bereits oben bemerkten, gar nicht die Absicht, die Gewohnheiten des bürgerlichen Rechts näher zu bestimmen; denn in dieses mischte sich, nach dem beim Friedensschluß geleisteten Versprechen, der Gesetzgeber nicht, es war Eigenthum des Volkes. Wenn daher von der Dos, und von dem Erwerb in der Ehe die Rede ist, so wird bloß angeführt, wie es bei den Ostphalen, Engern und Westphalen damit gehalten wurde. Auch andere wirkliche gesetzliche Verfügungen, die das Privatrecht berühren, enthalten doch nur Bestimmungen der Staatsgewalt, die auf die Sicherheit und Wohlfahrt des Ganzen sich beziehen<sup>10)</sup>. So die Aufsicht über die Vormundschaften. Die ausführlichen Bestimmungen über die Erbschaften haben nicht den Zweck, das Erbrecht festzustellen, sondern das Erbe, in so fern es in Grund und Boden bestand,

---

9) Wiewohl sie freilich noch bis in spätere Zeit ihr eigenes Gewohnheitsrecht behielten: Urk. v. 1120 bei Ludwig in Reliq. MSS. T. x. p. 135. Haec tam suo quam earum provinciarum jure, in quibus haec sita sunt, Saxonia scil. et Thuringia ipsemet stabilivit in legitimo placito, se comite pro tribunali sedente. Wenn Biener Commentarii etc I. p. 92 sagt: Criminalia autem jura mitia sunt, et fere ad humanitatem composita, ut ne unus quidem poenae capitalis casus memoretur ideoque legem in hoc capite legi Saxonicae plane contrariam deprehendimus, so möchte doch diese Bemerkung gerade auf ganz andere Vermuthungen führen.

10) Deswegen heben sie wahrscheinlich bestehendes Gewohnheitsrecht auf, so wie sie auch anderen älter Gesetzen z. B. der lex Sal. in mehreren Punkten gerade entgegen sind, welche namentlich keinen Unterschied unter dem Geschlecht macht.



als Pfand der Staatsbürgerschaft, den männlichen Nachkommen zu sichern, damit der Heerbann vollzählig blieb, und der Waffendienst nicht litte <sup>11)</sup>).

Aus den Gesetzen leuchtet hervor, daß die drei Hauptstämme ihre verschiedenen Rechtsgewohnheiten beibehielten. — In der Gemeinde Verfassung und Rechtsgenossenschaft der Germanen konnte von keinem persönlichen Recht des Klägers oder Beklagten die Rede seyn. Aber die Verpflanzung Germanischer Völker auf römischen Boden hatte schon den Grundsatz zur Folge, daß Jeder nach seinem erworbenen Rechte beurtheilt wurde <sup>12)</sup>. Der Reichsverband, wornach mehrere Germanische Stämme unter ein gemeinsames Oberhaupt, als Quelle der gerichtlichen Gewalt, traten, mußte den Grundsatz eines persönlichen Rechtes, dessen man auch außer der Gemeinde, und außer der Genossenschaft sich zu erfreuen hatte, erweitern. Die Möglichkeit war da, auch außer der Genossenschaft Rechtsfähig zu seyn, denn der Richter als Kaiserlicher Beamter mußte jedem Reichsgliede beistehen, wenn nur Genossen da wären, die das Recht wiesen; und so hätte auch vor dem Kaiser selbst Jeder sein persönliches Recht, wiewohl dessen allgemeine Gesetze das ganze Reich oder die Provinz desselben umfaßten, und allen Ständen gleich wären. Die Verschmelzung der Völkerstämme verschmolz später auch die persönliche Volksrechte, und mit der Bildung der Territorien entstand auch allmählich Territorialrecht, das nur von Dienstrechten und Localstatuten der Städte oder Genossenschaften, so wie von einzelnen Gewohnheitsrechten, noch durchbrochen wurde.

Bei den Bußen blieb der alte Standesunterschied, so wie dieser überhaupt fortwirkte.

An der Form des gerichtlichen Verfahrens wurde nichts geändert und namentlich blieben die Consaframentalen oder

11) Wie klar spricht sich das aus, wenn es z. B. heißt: *Ad quemcumque hereditas totius pervenerit ad illum vestis bellica id est lorica et ultio proximi, et solutio leudis debet pertinere, — Si nec filium nec filiam habuerit, Sororem vero habuerit, sorori pecuniam et mancipia, proximo vero paterni generis terram relinquat.*

12) Savigny, Gesch. des R. R. im Mittelalter B. I. S. 90. r.

Eidesheifer. Aber das Recht der Selbsthülfe und Rache, (Faitha) wurde mehr und mehr beschränkt. Wie schwer dies jedoch hielt, zeigen mehrere Verfügungen. Des Königs Macht mußte selbst oft einschreiten, wo die Beamten die Sühne nicht bewirken, den Schuldigen nicht zwingen, und folglich, weil die Maßregel dem Geist des Volkes widersprach, den Beistand der Genossenschaft (der alten Gesamtbürger) nicht finden konnten <sup>13</sup>).

Zu der Buße kam noch oft das Exil als polizeiliche Sicherungsmaßregel, und zur Bekräftigung einer strengeren Staatsgewalt <sup>14</sup>).

Ein Hauptgesetz für die Sachsen war das Capitulare vom Jahre 797, das in feierlicher Reichsversammlung zu Aachen gegeben wurde. Es folgt in unserm Eoder unmittelbar nach den obigen Gesetzen, es hat auch bedeutende Varianten, und an dasselbe reiht sich eine Sammlung von Auszügen aus Capitularen die als fränkisches Reichsrecht officiell den Sachsen mit Gesetzes Kraft mitgetheilt worden waren, denn sie führt die Ueberschrift: *Incipiunt Capitula, que legibus addenda sunt, quo et missi et comites habere et ceteris nota facere debent* — <sup>15</sup>). Den größten Theil des Eoder füllen

13) In dem Cap. a. 819 cap. 13. heißt es: Si quis aliqua necessitate cogente homicidium commisit comes in cujus ministerio res perpetrata est, et compositionem solvere et faldam per sacramentum pacificari faciat, quod si una pars ei ad hoc consentire noluerit, id est aut ille qui homicidium commisit, aut is qui compositionem suscipere debet. faciat illum qui ei contumax fuerit ad presentiam nostram venire, ut eum ad tempus nobis quod placuerit in exilium mittamus, donec ibi castigetur, ut comiti suo inobediens ulterius esse non audeat. Schon das Cap. von 779 c. 22. verfügt Gleiches.

14) Quicumque hominem aut ex levi causa aut sine causa interfecerit virgildum ejus his ad quos ille pertinet componat, ipse vero propter talem presumptionem in exilium mittatur ad quantum tempus nobis placuerit, res suas tamen non amittat.

15) Also nicht bloß addita ad legem Salicam, wie diese Capitularien, welche im Jahre 819 publicirt wurden bei Georgisch und Baluze überscriben sind. Der specielle Zweck und die officiële Mittheilung an die Sachsen geht auch aus einigen Varianten hervor und aus der Ueberschrift der in demselben Jahr erlassenen Verfügungen für die Gesandten, welche lautet: *Hoc sunt Capitula praecipue ad Legationem Missorum pertinentia ob memoriae causam, de quibus agere debent Alhwin et Wichald.*

Kirchliche Sachen, Canonen und Decretalen in fleißiger Zusammentragung, auch. Instruktionen an die Gesandten und vermischte Abhandlungen geistlichen Inhalts. Angeschlossen sind die ältesten Kaiserlichen Privilegien und Schenkungen des Stiftes Corvey aus dem 9ten und der ersten Hälfte des 10ten Jahrhunderts, die man somit Gesezen gleich heilig achtete. Diese Sammlung enthält folglich zugleich das älteste Copiartbuch in Deutschland, welches bis jetzt bekannt geworden ist <sup>16)</sup>.

## Sechstes Kapitel.

### Fortsetzung. Gerichtsverfassung.

In der Gerichtsverfassung änderte Karl und die Karolingische Zeit wenig; das Recht blieb Gemeingut, und seine Handhabung war nach wie vor Volksmäßig, durch die Stimmfähigkeit aller ächten Genossen. Doch mußte auch hier die Verfassung Karls mächtig einwirken, und große Veränderungen wenigstens vorbereiten; wir erkennen dies aus mehreren Gesezstellen.

So war es eine Hauptmaßregel, die Selbsthülfe des Einzelnen bei Friedensbrüchen nun gänzlich zu verbieten, die Rache in formelles Recht zu verwandeln, und die Fehde, die noch immer als ein gesetzlich effectiv vorhandener Zustand betrachtet wurde, mit Gewalt zu söhnen, so daß nun Alles dem ordentlichen Richter unterworfen wurde, und Keiner mehr als Rächer sein eigener Richter sein durfte <sup>17)</sup>.

Wie so mit das Recht des Stärkern aufhörte, so galt es doch noch im gerichtlichen Zweikampf, aber nur in bestimmten Fällen, in öffentlicher Gerichtsversammlung und unter

16) Gatterer Praet. Diplomati. S. 36.

17) Cap. II, a. 805, c. 3. Si fidosus quis sit discutiantur tunc, quis e obus contrarius sit, ut pacati sunt, et dstringantur ad pacem, etiamsi noluerint. Also nicht mehr war es hinreichend; ut fida, quod est inimicitia, post compositionem acceptam. postponatur, et amplius non requiratur, nec dolus teneatur, sed causa sit finita. amicitia manente, Legg. Rothar. c. 74.

gesetzlichen Bestimmungen, die demselben das Ansehen eines Gottesurtheils gaben. Die Ursache bestand noch, die wir oben angedeutet, in den strengen Formen, die keine richterliche Erwägung der Gründe und Gegengründe zuließen, und der alten unterschütterlichen Volksglaube dauerte fort, und schlug in der neuen Christenlehre anfangs wo möglich noch tiefere Wurzel. Deshalb mehrten sich die Ordalien <sup>2)</sup>. — Wenn über irgend eine Sache gegen Jemanden Zeugen aufgeführt waren, und er sie als falsch verdächtig machte, und Andere dagegen auführte, beider Theile Zeugen aber bei ihren Aussagen beharrten, so wurde von jeder Seite Einer gewählt, die mit einander kämpften <sup>3)</sup>. Der Besiegte war nun des Meineides überführt, den er von dem Kampf begangen, und verlor die rechte Hand. Gegen die übrigen aber durfte der Beweis nicht vollendet werden, und sie erlitten bloß eine Buße <sup>4)</sup>.

Erbot sich der Beklagte zum Beweis darüber, daß er mit Recht gegen den Kläger läugne, zum Eid mit Eideshelfern, so konnte der Kläger ihn zum Zweikampf fordern, und den Eid hindern. Kläger und Beklagter konnten ihren Beweis mit dem Gottesurtheil beginnen, auch des Meineides damit überführen.

Wenn ein Freier wegen Diebstahls angeklagt war, so konnte er sich das erstemahl mit einem Eid reinigen, wurde er aber zum andern Mahle von zweien oder dreien des Diebstahls angeklagt, so konnte er Einen von ihnen zum Zweikampf fordern <sup>5)</sup>.

Nichtfreie mußten nach altgermanischem Herkommen über

2) Aber gerade in ihrer vermehrten Anwendung mußten sie den Keim ihres Unterganges finden.

3) „cum scutis et fustibus in campo decertant.“ Es entwickelten sich die barbarischen Ausdrücke: Campio, (Kämpfe) Einer der sich für den andern schlägt, und: Campus judicatur, die sich in den Gesetzen finden. Die deutschen Worte: Kampf, Schutz, bewiesen vielleicht den Einfluß der lateinischen Sprache auf die Rede.

4) Ceteri vero ejusdem partis testes, quia falsi apparuerint, manus suas pedinant.

5) Cap. I. a. 819. c. 15. „liceat ei contra unum ex his in campo contendere.“

glühendes Eisen gehen, oder in siedendes Wasser die Hand stecken. (Feuerprobe, Kesselfang). Da wo Eid zulässig, und die Sache mit einer Buße abthunlich war, schwur den Ersten der Herr, und zahlte die Letztere. War die Sache peinlich und nach späteren Begriffen unablässig, so mußte er den Knecht ausliefern, Zum Zweikampf wurde der Unfreie nie gelassen.

Die freie Genossenschaft war jetzt einer sichtbaren Staatsgewalt unterworfen und wie sie sich unter Controлле und Aufsicht sah, fehlte die eigene Liebe und Lust, die sonst das Gemeinwesen befeelte, und die Gesammbürgerschaft hervorbrachte; Der Gemeingeist erlahmte, das enge Band der Familien- und Volks-Innung wurde allmählig lockerer, und zerriß endlich. So wie die Staatsgewalt einschritt, stieg auch das Bedürfnis hierzu, und die Veranlassungen wurden häufiger, wie die Gesetze dies zeigen.

Das Freidum war eine Buße an den König oder seinen Beamten geworden. Der Bannus kam hinzu. Auch dies schadete dem gemeinsamen Interesse. Das Nichterscheinen vor Gericht die Widerseßlichkeit, der Ungehorsam in Prozessesachen, die Rechtswidrigkeit selbst, waren Verletzungen der Königl. Gewalt und ihres äußeren Umfangs-Banns. Der Gerichtsfriede wurde ein Gerichtsbann. Bußen traten jetzt ein, die sonst unter dem freiem Germanen nicht nöthig gewesen waren, und mit der Gewalt wuchs wie immer, der Widerstand.

Es gab nun eigentliche Verbrecher, die nur die Staatsgewalt von Amtswegen ahndete, oder für die dieselbe einen andern Maßstab erkannte, als das Volk, welches sie nicht für strafbar und Todeswürdig, sondern mehr für eine Folge der strengen kaiserlichen Gewalt über die so schwer Besiegten ansah, nahmentlich das Majestätsverbrechen, die Verbrechen gegen die Religion, und die Heerbannspflicht in fernen Kriegen. Es mochte daher mancher Verbrecher jetzt leichter sicher seyn, und das Volk sich nicht drängen, ihn der Rache des Gesetzes zu überliefern. Daher die wichtige Verordnung Karls, daß Nie-

mand Uebelthäter bei sich herbergen sollte \*). Daher die Aufhebung des Asyls, weil der Verbrecher nirgend eine Freistatt haben, nirgend Erhaltung und Geleit finden sollte \*).

Aus der nemlichen Ursache läßt sich vermuthen, daß nicht immer Ankläger vorhanden waren, bei allen Verbrechen, die die Staatsgewalt gehandelt wissen wollte; deshalb vielleicht die Verpflichtung der von Karl angeordneten Schöffen: Verbrechen ohne alle Rücksicht nachzuforschen, und sie anzuklagen, die wir in den Gesetzen angebeutet finden, und wovon in der Folge ausführlicher wird gehandelt werden. Nothwendig war es aber, Schöffen einzuführen, und ihnen Amtspflichten aufzulegen.

Schon die freie Germanische Gemeinde hatte Hand an das Vermögen des Ungehorsamen oder Verurtheilten gelegt, um den Kläger zu befriedigen, und hatte den Friedbrecher, der die Vermittlung des Volksgerichts durch Ungehorsam verachtete, außer den Frieden der Gemeinde gesetzt. Aber wo der Gemeingeist erlischt, und die Genossenschaft der Gesamtbürger, durchlöcheret wird, finden sich häufiger Widerspenstige, die das Gericht verschmähen, und das gesprochene Urtheil nicht vollziehen. Auch hier ist die Staatsgewalt sichlich bemüht, auszuheilen; sie bestrickt das Vermögen des Hartnäckigen mit dem Bann, und wenn er binnen Jahr und Tag nicht erscheint, und seine Schuld entrichtet, verfällt es dem Staat, der den Schaden nach erfolgter Schätzung ersetzt, und mit den Erben sich abfindet, wo dies noch nöthig thut.

Wir werden auch bei dem späteren Executions-Verfahren der Gerichte, besonders der Westphälischen, noch die Spuren dieser uralten Gesetzgebung sehen, in Zeiten sowohl, wo noch keine feste Principien obwalteten, als da, wo sich schon ein

6) *Cap. de part. Sax. XXIII. De latronibus et malefactoribus, qui de una comitatu ad alium confugium fecerint, si quis eos recuperit in sua potestate et 7 noctibus eorum detinuerit nisi ad presentandum nostrum bannum solvat.*

7) Möser commentirt sehr richtig (*Dän. Gesch. I. S. 355.*) die *Cap. de part. Sax. c. 1.* Aber, wie wir eben zeigten, ist die Stelle der *leg. Sax. Capituli damnatus nusquam habeat pacem si in Ecclesiam confugerit, reddatur, iunger, und samit gewiß beschränkend,*

neues und geregeltes Executiv-Verfahren geblieben hatte; freilich mit Modificationen, welche Zeit und Umstände hervorgerbracht hatten.

Strenger war das Verfahren gegen die, welche ihren übrigen Staatsbürgerlichen Pflichten nachzukommen versäumten <sup>8)</sup>.

Die Consecrationalen oder Eideshelfer, die wir oben aus der Gesamtbürgerschaft herleiteten, blieben in ihrer alten Bedeutung. Ihre Anzahl wuchs. Beides ist für unsern Zweck bemerkenswerth und wichtig. Sie waren nicht Zeugen für die Unschuld des Schwörenden, sondern Bürgen desselben bei mangelndem Beweis <sup>9)</sup>; als glaubwürdige Genossen mußten sie jedoch natürlich dieselben Eigenschaften, wie gültige Zeugen haben. Es war dies ein Vorrecht der Freien, so wie mit einer Anzahl Freunde und Genossen, in der Fehde sein. Recht durch die Waffen zu suchen, so auch mit diesen, von der Unschuld und dem Recht ihres Freundes überzeugten Helfern durch den Eid die ganze Genossenschaft davon in formelle Gewißheit zu setzen; und so deren Bürgschaft, und mit dem Gegner den Frieden, zu erhalten. Knechte waren dieses Vorzuges nicht fähig, sondern wurden gleich zum Ordale verurtheilt.

Wie die Volksgemeinde für das, was sie beschloß, oder

8) Wir dürfen uns durch den Ausdruck *justitias Facere* nicht verleiten lassen, immer an eine Rechtsfache zu denken. So hat Bülke (Handbuch der deutschen Historie S. 114) bestimmt Unrecht, wenn er das Executions-Verfahren bei richterlichen Urtheilen durch das Cap. 779. c. 21. erläutert: *Si vassus noster justitias non fecerit, tunc comes et missus ad ipsius casam sedeant, et de suo vivant quousque justitiam faciat*. Hier möchte eher von Heerbanns- oder sonstiger Dienstpflicht die Rede seyn, und die Verordnung ist noch strenger im Cap. Saxonum, Cap. 3., wo wir auch noch deutlicher sehen, daß, von keiner Execution eines Urtheils die Rede ist. Hier wird das incendium verbotthen *excepto qui rebellis fuerit, qui justitiam facere noluerit et aliter districtus esse non poterit et ad nos, ut in presentia nostra justitiam reddat, venire displexerit condicio communi placito simul ipsi pagenses veniant, et si unanimiter consenserint, pro districtione illius casa incendatur etc.* Es war dies Gesetz, das mit Einwilligung aller Getreuen gegeben wurde, zugleich eine Pulldigung, die sie dem Herrscher erwiesen.

9) *Si hujus facti testes non habuerint, cum 12. conjuratoribus legitimis per sacramentum affirmet — — si proprius servus hac commiserit, judicio aquae ferventis examinetur. — —*

mit ihrer Einwilligung geschah, auch nicht mehr volle Bürgschaft ihren Genossen gab, so blieb doch die Bedeutung dieser Bürgschaft in dem Wesen und der Form ihrer Versammlung. Denn es bedurfte nicht nur der anwesenden Genossen, um das Recht zu weissen, sondern auch das ordentliche Verfahren zu bekunden, das Urtheil oder Weisthümer im Gedächtniß zu bewahren, da wo meist nichts geschrieben, sondern alles mündlich festgesetzt wurde, und die Vollstreckung zu garantiren. Im gebotenen Ding, wo nicht alle Genossen anwesend waren, so wie in einer spätern Zeit, wo die Versammlungen nicht mehr vollzählig waren, mußte daher darauf gesehen werden, daß außer den Schöffen noch Genossen dieserhalb zugezogen wurden, die die Stelle des Ganzen vertraten. So wie wir nun einzelne Bürgen späterhin häufiger finden und bei freiwilligen Verträgen dieselben gewöhnlich ausdrücklich genannt werden, so erkennen wir sie auch in den Zeugen <sup>10)</sup>, die bei jeder Verhandlung außer den Urtheilern (Schöffen) zugegen seyn müssen <sup>11)</sup>. Wie sich diese alte Einrichtung bis in die späteren Zeiten verzweigte, und zuletzt als leere Form bestehen blieb, werden wir in der Folge entwickeln.

Was das gerichtliche Verfahren selbst betrifft, so mag, wiewohl von den Sitten und Gewohnheiten jener Zeit wenig auf uns gekommen ist, manches später aufgezeichnete doch bis in die Karolingische Zeit, und da diese wieder meist das bestehende Volksmässige ehrte, noch viel weiter hinauf reichen.

Das Placitum wurde gehalten an den Versammlungsplätzen *Male n* (*mallum*), wo von Altersher die Gemeinde

10) Wenn Zeugen vielleicht schon im Wort die Zugezogenen andeutet, indem man auch sagte: *testes trahere* (ziehen, zuziehen) so verstand es sich von selbst, daß sie über den vorliegenden Gegenstand gewiß seyn oder Gewißheit geben, und die Wahrheit der Sache, so wie den Vorgang erkunden sollten, deswegen heißen sie auch im Angelsäch. *Gewita* bei den Franken und Alemanen: *urcundo*.

11) *Scabini tale testimonium in veritate perpendentes viva voce unanimiter judicaverunt . . . . . coram his iudicibus . . . . . liberis et coram testibus . . . . .* Kindlinger, Hörigkeit. Urk. No. 1, v. J. 814.



zusammen gekommen war. Sie waren dem Volk heilig; auch der fränkische Kaiser ehrte sie. Es läßt sich annehmen, daß diese Versammlungen zugleich religiöse Zwecke hatten, indem ja eben dieser Volksglaube das ganze Leben, und die bürgerlichen Institutionen durchdrang, und bei den wichtigen Angelegenheiten, so wie bei den Gerichtshandlungen des Volkes nicht aus den Augen gelassen wurden <sup>12</sup>). Deshalb finden wir die Malapläze unter Eichen oder Linden, oder bei sonst bezeichneten Naturgegenständen, die wahrscheinlich geweiht waren <sup>13</sup>), und wo man sich zu Allem, was für das Volk heilig und wichtig war, versammelte. Wenn es daher verboten wurde, die Mala weder in der Kirche, noch in den Eingängen, (Vorhallen) zu halten <sup>14</sup>), so können wir eben so mit Gewißheit annehmen, daß man aus keiner Nebenrücksicht den Platz von alter, ehrwürdiger Stätte an das neue Heiligthum der Kirche verlegte, als weil gerade die Kirche dahin gebaut worden war, wo vorher schon das Mal gehalten wurde; folglich ein Beweis, daß auch Religionshandlungen hier behangen wurden <sup>15</sup>). Denn überall blieben die Versammlungen an den alten Plätzen, und ungeachtet des kaiserlichen Befehls scheinen sie auch von den Kirchen, da wo sie bei denselben befindlich waren, nicht verlegt worden zu seyn, weil wir sie noch spät da erblicken.

Die gebotenen Gerichtstage konnte der Graf überall halten <sup>16</sup>). Um so gewisser erscheint also die Wichtigkeit und Unverlegbarkeit der für die größern Versammlungen bestimmten alten Malplätze, die noch im späteren Mittelalter so heilig gehalten wurden, daß in einigen Fällen, wo eine Neuerung statt

12) Ubi antiquitus consuetudo fuit, de libertate sacramenta adhrare vel jurare ibi malleum habeatur et ibi sacramenta jurentur. Bei den Rip. und All. wurden die Eide in der Kirche geschworen.

13) Cap. de Part. Sax. c. 20 si quis ad fontes aut arbores vel lucos votum fecerit etc.

14) malleum tamen neque in Ecclesia, neque in atrio ejus habeatur.

15) Eben so konnte es, wie jetzt geschah, leicht zum Gesetz werden, die Eide in der Kirche selbst zu schwören.

16) minora vero placita comes sive intra suam potestatem, vel ubi impetrare poterit, habeat.

mit ihrer Einwilligung geschah, auch nicht mehr volle Bürgschaft ihren Genossen gab; so blieb doch die Bedeutung dieser Bürgschaft in dem Wesen und der Form ihrer Versammlung. Denn es bedurfte nicht nur der anwesenden Genossen, um das Recht zu weissen, sondern auch das ordentliche Verfahren zu bekunden, das Urtheil oder Weisthümer im Gedächtniß zu bewahren, da wo meist nichts geschrieben, sondern alles mündlich festgesetzt wurde, und die Vollstreckung zu garantiren. Im gebotenen Ding, wo nicht alle Genossen anwesend waren, so wie in einer spätern Zeit, wo die Versammlungen nicht mehr vollzählig waren, mußte daher darauf gesehen werden, daß außer den Schöffen noch Genossen dieserhalb zugezogen wurden, die die Stelle des Ganzen vertraten. So wie wir nun einzelne Bürgen späterhin häufiger finden und bei freiwilligen Verträgen dieselben gewöhnlich ausdrücklich genannt werden, so erkennen wir sie auch in den Zeugen <sup>10)</sup>, die bei jeder Verhandlung außer den Urtheilern (Schöffen) zugegen seyn müssen <sup>11)</sup>. Wie sich diese alte Einrichtung bis in die späteren Zeiten verzweigte, und zuletzt als leere Form bestehen blieb, werden wir in der Folge entwickeln.

Was das gerichtliche Verfahren selbst betrifft, so mag, wiewohl von den Sitten und Gewohnheiten jener Zeit wenig auf uns gekommen ist, manches später aufgezeichnete doch bis in die Karolingische Zeit, und da diese wieder meist das bestehende Volksmässige ehrte, noch viel weiter hinauf reichen.

Das Placitum wurde gehalten an den Versammlungsplätzen *Malen* (*mallum*), wo von Altersher die Gemeinde

10) Wenn Zeugen vielleicht schon im Wort die Zugezogenen andeutet, indem man auch sagte: *testes trahere* (ziehen, zuziehen) so verstand es sich von selbst, daß sie über den vorliegenden Gegenstand gewiß seyn oder Gewißheit geben, und die Wahrheit der Sache, so wie den Vorgang erkunden sollten, bezweigen heißen sie auch im Angelsäch. *Gewita* bei den Franken und Alemanen: *urcundo*.

11) *Scabini tale testimonium in veritate perpendentes viva voce unanimiter judicaverunt . . . . . coram his iudicibus . . . . . liberis et coram testibus . . . . .* Kindlinger, *Hörigkeit*. *Url. No. 1*, v. 3. 814.

zusammen gekommen war. Sie waren dem Volk heilig; auch der fränkische Kaiser ehrete sie. Es läßt sich annehmen, daß diese Versammlungen zugleich religiöse Zwecke hatten, indem ja eben dieser Volksglaube das ganze Leben, und die bürgerlichen Institutionen durchdrang, und bei den wichtigen Angelegenheiten; so wie bei den Gerichtshandlungen des Volkes nicht aus den Augen gelassen wurden <sup>12</sup>). Deshalb finden wir die *Malapläze* unter Eichen oder Linden, oder bei sonst bezeichneten Naturgegenständen, die wahrscheinlich geweiht waren <sup>13</sup>), und wo man sich zu Allem, was für das Volk heilig und wichtig war, versammelte. Wenn es daher verboten wurde, die *Malapläze* weder in der Kirche, noch in den Eingängen, (Vorhallen) zu halten <sup>14</sup>), so können wir eben so mit Gewißheit annehmen, daß man aus keiner Nebensicht den Platz von alter, ehrwürdiger Stätte an das neue Heiligthum der Kirche verlegte, als weil gerade die Kirche dahin gebaut worden war, wo vorher schon das *Mal* gehalten wurde; folglich ein Beweis, daß auch Religionshandlungen hier behangen wurden <sup>15</sup>). Denn überall blieben die Versammlungen an den alten Plätzen, und ungeachtet des kaiserlichen Befehls scheinen sie auch von den Kirchen, da wo sie bei denselben befindlich waren, nicht verlegt worden zu seyn, weil wir sie noch spät da erblicken.

Die gebotenen Gerichtstage konnte der Graf überall halten <sup>16</sup>). Um so gewisser erscheint also die Wichtigkeit und Unverlegbarkeit der für die größern Versammlungen bestimmten alten *Malpläze*, die noch im späteren Mittelalter so heilig gehalten wurden, daß in einigen Fällen, wo eine Neuerung statt

12) *Ubi antiquitus consuetudo fuit, de libertate sacramenta adhrantur vel jurare ibi mallum habeatur et ibi sacramenta jurentur.* Bei den Rip. und All. wurden die Eide in der Kirche geschworen.

13) *Cap. de Part. Sax. c. 20 si quis ad fontes aut arbores vel lucos votum fecerit etc.*

14) *mallus tamen neque in Ecclesia, neque in atrio ejus habeatur.*

15) Eben so konnte es, wie jetzt geschah, leicht zum Gesetz werden, die Eide in der Kirche selbst zu schwören.

16) *minora vero placita comes sive intra suam potestatem, vel ubi impetrare poterit, habeat.*

gefunden hatte, mit großer Wichtigkeit und Form das Gericht wieder an seinen alten Marktplatz verlegt, und darüber eine Urkunde ausfertigt wird. — Es wurde schon damals befohlen, daß jeder Graf an den Versammlungsorten ein Haus sollte bauen lassen, damit Regen oder Sonnenhitze nicht die Versammlung stören oder abhalten könne<sup>17)</sup>. Dies wurde ohne Zweifel allmählig Sitte, und besonders in die Städte übertragen, wo wir die älteste Ansiedlung um die erste Kirche oder um den Marktplatz<sup>18)</sup> an den das Rathhaus (*Domus consulum*) in einer Größe, die alle Schöffenbare Einwohner fassen konnte, angelegt wurde, entstehen sahen<sup>19)</sup>.

Es wurden alljährlich drei allgemeine Versammlungen gehalten zu feststehender Zeit, wo alle freien Männer erscheinen mußten. Es konnte aber auch außerdem im Nothfall ein *Placitum* gehalten, und dazu die Gemeinde oder bei einem Rechtsfall nur Kläger und Angeklagter sammt Zeugen, berufen werden. Der Graf präsidirte immer in der Volksgemeinde; Sein Vicar, oder jeder Unterrichter, konnte nur die streitenden Theile, mit den Schöffen und Zeugen, zum *Placitum* laden. Dort ergleng keine Berufung, dieser gebot das Erscheinen in einzelnen Fällen, die das Gesetz nicht voraus wußte; daher hieß es das gebotene Ding, dem soweit jenes als Ungebott entgegenstand<sup>20)</sup>.

17) volumus itaque ut domus a comite in loco, ubi' mallum tenero debet, constituatur, ut propter calorem solis et pluviam publica utilitas non remaneat.

18) Siehe Oben Seite 51).

19) In Cassel z. B. ist sichtlich das Rathhaus mit dem Markt, und die dahin führende enge winkliche Straße, der erste Anbau, und das Gericht wurde auf offenem Markt gehegt. — In Hörter zieht sich der älteste Anbau um die im 11ten Jahrhundert gebaute Kilianskirche; hier standen vor Altars die angesehenesten, edlen Schöffen zugehörige Häuser, und auf dem Platz der Kirche wurde das Gericht gehalten. Es entstand da später erst ein Markt und ein Rathhaus.

20) deutlich drückt dies aus; *Ind. P. Cap. 3. no 219. Cap. 14. De placitis* siquidem quos liberi homines observare debent, constitutio genitoris nostri penitus observanda, atque tenenda est, ut videlicet in anno tria solummodo generalia placita observare compellat; nisi forte quilibet aut accusatus fuerit, aut alium accusaverit, aut ad testimonium perhibendum vocatus fuerit. Ad cetera vero quas cen-

Im Placitum des Grafen erging kein gerichtlicher Befehl zu erscheinen, denn es war allgemeine gesellschaftliche Verfügung, die das sanctionirte, was ehemals freier Entschluß und Gesamtwille der Volksgemeine gewesen war, und sich von selbst verstanden hatte.

Es war natürliche Ordnung in der Versammlung, daß der Richter an erhabener Stelle (Stolle, Stuhl, Freistuhl) saß, wo er alles überschauen und ordnen konnte; daß um ihn her die freien Männer sich richteten und ordneten, und die ältesten und erfahrensten Schöffen ihm zunächst einen Kreis oder eine Bank bildeten <sup>21</sup>). Die angemessensten Form war die Runde <sup>22</sup>). Da aber das ganze Volk Zutritt hatte, so mußte auch der Gerichtsplatz vor dem Andrang der Menge geschützt werden, wohin alle Ausdrücke der ältern und mittlern Zeiten deuten <sup>23</sup>). Der älteste Ausdruck scheint *Rahmen* (von *Ram, margo, terminus*) wodurch das Einschließen des Gerichts bezeichnet wurde. Man sagte daher: sich anrahmen, sich an den Schranken des Gerichts einfinden; und daher der barbarische Ausdruck in den Gesetzen: *se adhramire, adhramitio* <sup>24</sup>). Auch *admallitio*, das Erscheinen am Malplatz, ist üblich. —

*tenarii tenet non alius venire jubeatur, nisi qui litigat, aut judicat, aut testificatur.* Bgl. auch *Cap. III. a. 803. c. 20.*

21) S. oben S. 72. So erschien nach den Urkunde von 814 (*Rindlinger*, Hörigkeit. Urkunde No. 1.) Kläger und seine Zeugen, *ante illustrem viram H. comitem et scabinos residentes in mallo seu judicio publico, ad multorum altercationes audiendas et iudicio legibus definiendas.*

22) *Rund, Rand, Rad*, offenbar verwandte Worte, und der Ausdruck *Rath, Rathmannen* ist vielleicht ursprünglich in der Form der Versammlung, davon entlehnt; so wie *ru tā* auch eine Versammlung bedeutet, und auf das Wort *Risch* eher übertragen als dies vom Griechischen *δίκης* entlehnt scheint. Ist *Red Rebe, reden* das Stammwort, so ist die Ableitung umgekehrt. Das Alter des Worts in unserm Sinn bekunden die Ueberbleibsel der alten Sprachdocumente, besonders *Rahmen* s. *B. Ethelred, Chuonrad, Folcrad, Herirad* etc.

23) Man sagte beständig: ein Gericht hegen, legen, schließen, spannen, wie wir unten näher sehen werden.

24) Einen Termin am Gericht anderaumen oder anderahmen, ist noch jetzt Stal.

Wer den Häbern anfliegen wollte, benachrichtigte diesen und die Zeugen selbst, und forderte sie mit Zeugen auf, in der Versammlung der Mannen zu erscheinen; es hieß dies *mannen*, wie wir aus dem lat. Ausdrücke *mannire*, *mannitio* sehen <sup>25</sup>). Dem entgegen steht das gerichtliche Befehlen, Gebieten (Bodung) durch den dazu bestimmten Diener des Richters (Bodo), der jedoch freier Genosse war. — Da die Gerichte nur im Bann des Königs oder Kaisers (unter Königsbann) gesetzt wurden, so kam das Wort *Bann* auf, und gesetzlich wurden die Ausdrücke: *bannire*, *bannitio*.

Die Mahnung behielt gesetzliche Kraft, da wo es sich um den Personenstand oder das Eigenthum stritt; in allen übrigen Fällen, folglich in peinlichen Sachen, sollte der Graf bannen, geblethen, d. h. unter Königsbann laden <sup>26</sup>). Jeder mußte auf die Mahnung im *Placitum* erscheinen <sup>27</sup>). Das Nichterscheinen mußte natürlich geahndet werden, und der, welcher den Vertrag der Genossenschaft brach, mußte eine Buße, Brächte, erlegen, die jetzt ein Gewette an den Grafen wurde.

Unter fränkischer Herrschaft gedieh die Sache zuletzt bei dauernder Hartnäckigkeit vor den König, der den Ungehorsamen ächtete, d. h. für Rechtslos erklärte, dergestalt, daß der Kläger nun ungehindert sich selbst mit Gewalt Recht nehmen durfte. Dies hieß *forbannire*, verbannen; also ausstoßen aus dem Schutze der Staatsgewalt. Unter der Karolingischen Verfassung wurde den Ladungen mit der Dritten ein Ziel gesetzt, und wie der Graf unter Königsbann richtete, so konnte

25) das Wort ist üblich geblieben in der Rede; Mahnen, ermahnen, ermannen, übermannen. *L. Pac. leg. Sal. ant. l. §. 3. Ille autem qui alium mannit, cum testibus ad domum illius ambulare debet, et sic eum mannire debet etc.*

26) *Siquis de statu suo, id est, de libertate vel de hereditate compellendus est, juxta legis constitutionem manniatur. De ceteris vero causis, unde quis rationem est redditurus, non manniatur, sed per comitem banniatur. Cap. a 319. c. 12.*

27) *Cap. de 797. c. 4. Si quis de nobilioribus ad placitum mannitur venire contempserit, solidos 4 componat, ingenui 2 liti. 1.*

er auch verbannen, d. h. die Acht aussprechen. Traf die Acht einen Verbrecher, so wurde er Vogelfrei und Niemand durfte ihn aufnehmen <sup>28</sup>).

Der Richter eröffnete das Gericht. Die Form bestand in Fragen und Antworten; er hörte Kläger und Beklagten, ordnete das Verfahren und den Beweis, und frug die Schöffen um das Urtheil, das Einer gewöhnlich, mit den übrigen und der Gemeinde sich berathend, vortrug, und dann alle übrigen entweder beistimmten, oder eine andere Meinung sagten, bis das Recht durch Stimmenmehrheit gefunden war, welches der Richter dann aussprach, und es bekräftigte.

Die Beweise waren Zeugen, welche freie Genossen, Erbgesessene, volljährig, unverdächtig und nüchtern seyn mußten. — Die Urkunden mußten vor Zeugen verfaßt, und mit Jahr und Tag versehen seyn. Der Eid wurde mit Consecrationalen geschworen. Er war schon vor dem Christenthum gewiß bekannt, und wurde auf Heiligthümer und Waffen, so wie jetzt aufs Kreuz geschworen. Man verband auch wahrscheinlich schon beides, indem Kreuzzeichen und Schwerdt (*arma sacrata*) Eins wurden. Aus diesem Begriff von Heiligkeit ist es wohl herzuleiten, daß nicht das Schwerdt an den Todesschuldigen Verbrecher gelegt, sondern derselbe mit dem Strang hingerichtet wurde.

Wenn um der Beweise willen ein zweiter Termin nöthig war, so mußten die Partheien Bürgen stellen, daß sie wieder erscheinen wollten.

Das Würdevolle und Erhabene, welches wir späterhin in den Gerichtsversammlungen erkennen, hat schon seine Grundlage und Entstehung unter der Karolingischen Herrschaft. Zu dem Volksmäßigen kam die äußere Würde, die der Kaiserthron herüberstrahlte. Denn wo der Kaiserliche Richter Namens des hochgefürchteten und geehrten Kaisers, an alter, heiliger Stätte erhaben saß, die älteste und würdigste Männer um ihn,

---

28) ut comes, qui latronem in forbannum miserit vicinis suis et aliis comitibus notum faciat, eundem latronem a se esse forbannitum, ut illi eum non recipiant, Cap. l. III, c. 10.

das Volk stehend in der Runde, Theilnehmend, Stimmfähig, gesetzgebend, voll Interesse, die Formen feierlich gemessen: da mußte eine Würde und ein Selbstgefühl entstehen, das wir nicht übersehen dürfen, um uns manche spätere Erscheinung, auch bei dem Verfall des deutschen Gerichtswesens erklären zu können.

Weil im Gericht nur Frieden herrschen, und nicht Gewalt, sondern der Wille des Gesetzes das Recht geben sollte, wurde verordnet, daß Niemand mehr bewaffnet in der Versammlung erscheinen durfte; eine Verfügung die auch ihre gesetzliche Kraft bis in spätere Zeiten erhielt.

In der freien Volksgemeine germanischer Verfassung konnte, wie wir oben sahen, keine Beschwerde über ein Urtheil, und keine Berufung statt finden. Allenfalls wurde das Urtheil, das ein Schöffe wies, getadelt, und die Meinung anderer Schöffen aufgefodert, bis das Rechte gefunden and beifällig aufgenommen wurde <sup>29</sup>). Wie aber ein sichtbares Oberhaupt die Staatsgewalt repräsentirte, und die Richter von ihm ernannt wurden, und Namens seiner die öffentliche Ordnung handhabten, mußten natürlich Beschwerden entstehen, theils über Bedrückung, theils über verzögertes oder verweigertes Recht. Ferner konnten auch ohne Rücksicht auf jene Königl. Beamten, bei Mehrung der Gesetze, und da wie die Verhältnisse im Staatsbürgerlichen Leben verwickelter wurden, oft Fälle entstehen, die den Schöffen nicht zum Gesetz paßten, für die sie kein Gewohnheitsrecht kannten, oder über deren Entscheidung sie sich nicht einigen konnten <sup>30</sup>). Aus beiden Umständen scheint sich allmählig die wirkliche Berufung über das Unrecht eines Erkenntnisses gebildet zu haben. Bei dem Einfluß der Beamten und den Beschwerden gegen sie, mußte sie üblich werden, und da vom Herrscher die Oheraufsicht und das

---

29) Dieses natürliche Verfahren in der freien Gemeinde drückt die *1. Alem. T.* 42. c. 3. deutlich aus.

30) Deshalb man sich in der Folge auch an ein anderes höheres, oder wegen Erfahrung und Klugheit berühmteres Gericht wandte; so wie man früher wohl die Sache durch ein Gottesurtheil entschieden hatte.



Gesetz ausging, so fand auch leicht im Begriff des Volkes das Recht in ihm seine höchste Quelle. Die Berufung ging an die königliche Gewalt, daher an den König oder Kaiser selbst, oder die von ihm committirten Beamten, und der König hielt sich befugt, das Recht, welches die Schöffen gewiesen hatten, zu prüfen.

Die Capitularien geben zuerst einige Bestimmungen über die Appellationen, indem sie die Buße festsetzen, wenn die Appellation unbegründet befunden wurde <sup>21</sup>).

Nicht bloß streitige Rechtsachen wurden in der Volks- oder Gemeinde-Versammlung entschieden, sondern auch die Handlungen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit wurden da vorgenommen, besonders wenn sie ein Erbe betrafen, wobei es herkömmlich und unerläßlich nothwendig war, die Genossen zuzuziehen. Denn die ganze Gemeinde mußte

1) es wissen, wenn eine Uebertragung des Erbe Statt hatte, wegen des Gemeinguts und wegen der Gemeinheitspflichten und Rechte, die auf den Genossen übergingen, daher die Kundbarmachung im Placitum.

2) Die Contrahenten mußten, da es kein anderes Mittel der Sicherung ihres Vertrags gab, selbst in der Regel nicht einmahl schriftliche Urkunden aufgenommen wurden, auf die allgemeine Bürgschaft, und das Zeugniß der Gemeinde sich verlassen. Daher alle Genossen theils Zeugen, theils Bürgen waren, so wie nachher ausdrückliche Bürgen und Zeugen auftraten.

3) den Genossen mußte die Prüfung und Einwilligung zustehen, weil ohne sie Keiner in die Genossenschaft aufgenom-

---

31) *Cap. de s. 797.* Nam si fuerit aliquis, qui in patria juxta quod sui convicini judicaverint seque pacificare noluerit, et ad palatium pro hujus rei causa venerit, et ibi ei fuerit judicatum quod justum judicium judicassent in prima vice ut supra dictum est sol. XXIII. ad partem regis componat et si tunc inde rediens se pacificare et iustitiam facere renuerit, et iterum pro ipsa causa ad palatium fuerit convocatus et dijudicatus. bis 24 sol. componat, si vero correptus tertia vice pro eadem re ad palatium remeaverit triplum compositione exinde faciat ad partem regis.

men werden konnte: daher die Bestätigung durch die Schöffen in Urtheilsform.

Unsere Gerichtlichen Verlautbarungen und Confirmationen, so wie die Documentszeugen sind unmittelbar Ueberbleibsel jenes Verfahrens, ohne daß sie den Sinn und die Bedeutung einer Zeit noch hätten, die keine gerichtlichen Akten und Ausfertigungen oder Hypothekenbücher kannte, sondern wo Alles im Gedächtniß der Gemeinde bewahrt, und so auf die Nachkommen übertragen, und als heilig und unverleßlich gehütet werden mußte.

Zu der feierlichen Erklärung vor Gericht <sup>32)</sup>, kam noch eine symbolische Uebergabe durch äußere Zeichen, und die feierliche Einweihung in den Besitz durch den Richter vor Zeugen, wodurch nun das ganze Geschäft vollendet, befestigt und gewährt war <sup>33)</sup>.

Die symbolische Uebergabe geschah gewöhnlich durch einen Zweig oder Halm (*festuca*, *traditio per festucam*) <sup>34)</sup>, wozu nach sächsischer Gewohnheit noch eine Handvoll Erde kam <sup>35)</sup>.

Das Symbol der Investitur war unerläßlich; wenn daher Jemand außerhalb des Comitats eine Tradition vornehmen wollte, so mußte er aus den Genossen, oder doch aus solchen, die nach demselben Gesetz lebten, taugliche Zeugen zuziehen,

32) *Confessus est palam coram his testibus* heißt es in einer Tradition. ap. *Falke*, l. c. p. 271.

33) *Igitur ne hujus traditionis aliquid imperfectum remaneat jussit predic us Esic comes illarum rerum signi consignationem et manus vestituram per homines suos ita vocatos Gherlo et Otto unde isti testes etc.* *Falke* l. c. §. 133. p. 261.

34) l. *Rip.* lit. 71. *De quacunque causa Festuca intercoerit.*

35) *Ne unquam oblivione oblitteretur iterum alia vice tradidit ad reliquias S. S. et mox in praesenti Domino abbati Warino consignavit, jussit et manus vestituram, et inde fecit secundum morem Saxonicae legis cum terrae cepite et viridi ramo arboris.* *Falke*, l. c. §. 139 — *tradidit atque manus Vestituram de ea fecit bardoni comiti advocato nostro.* *Falke*, l. c. p. 477. Wir sind keinen Augenblick bedenklich, das Wort *vestitura* und *investitura* weder von *vestire* noch von *wist*, *praesentia*, sondern von *vesti*, *vest*, *fest*, *firmitas*, *stabilis*, herzuleiten, also für Handbefestigung zu übersetzen. Man gab gleichsam die Sache von Hand zu Hand, und der Handschlag, wodurch noch ein Handel geschlossen wird, ist davon übrig geblieben..

oder wenn er auch letztere nicht haben konnte, Andere, vor denen er die Tradition verrichtete, und Bürgen der Vestitur stellen, bis er diese dem Empfänger selbst leisten konnte <sup>36</sup>).

Auch Erbtheilungen wurden im Placitum vollzogen und der Graf konnte zur Absichtung nöthigen.

Indem wir im Vorstehenden eine Skizze der Karolingischen Staats- und Gerichtsverfassung entwarfen, glauben wir, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen, die Grundzüge derselben hinreichend angedeutet zu haben, um die folgende Entwicklung, der sie als Basis dienen muß, mit Sicherheit daran reihen zu können.

---

36) *donec ei qui illam trad. accipit, vestituram faciat.*

---

## Z w e i t e s   B u c h.

Entwicklung der deutschen Verfassung im Mittelalter seit der Karolingischen Zeit, und ihr Einfluß auf das Gerichtswesen überhaupt, insbesondere aber auf die Gerichte in Westphalen.

---

### Erstes Kapitel.

Einleitung. Allgemeiner Ueberblick der Geschichte und Verfassung.

Die Verfassung, die wir im vorigen Buche betrachteten, war nicht das egoistische Machwerk eines Herrschers, sondern sie ruhte auf geschichtlichem Grunde, und war der Zeit, der Bildung und den Umständen angemessen; das Volk verschmolz sie daher in sein Leben und seine Sitte, und es kann uns nicht wundern, wenn sie so tiefe Wurzeln schlug, daß die entwickelten Staatseinrichtungen bis in unsere Tage Spuren hinterlassen haben. Wenn wir daher eine Umänderung der Verfassung als Thatfache aussprechen, so würden wir doch das Mittelalter, und den freien Sinn, so wie das besonnene Wesen unserer Vorfahren gänzlich verkennen, wenn wir uns dieselbe auf eine stürmische, revolutionäre Weise eingeführt, oder vom despotischen Selbstwillen Einzelner erdacht vorstellen, und an irgend einen Punkt der Geschichte, oder an eine festbestimmte Zeit isolirt hinreihen, und aufstellen wollten. Da galt kein Umwerfen und Zusammenschmelzen, keine einförmige Regierungskunst, kein despotischer Gewaltstreich sondern die ganze Umänderung verzweigt sich, so wie die übrige Geschichte, in die Fortbildung und Sitte der Nation, in mannigfaltige Ereignisse und den

Zusammenhang vieler Glück- und Unglückschwerer Begebenheiten. Die Geschichte verweist uns hier, besonders im Verfassungswesen, auf den Gang der Natur, und wie wir den Lauf der Blutader bald sichtlich bald tief versteckt durch den ganzen Körper verfolgend, den weisen Zusammenhang des Ganzen erkennen, so werden wir, das Einzelne durch alle Jahrhunderte in seinen Fäden und Verzweigungen verfolgend, auch hier den erklärenden Zusammenhang eines organischen Ganzen finden. Und wie wir von der leisen Welle der Ader nach dem Herzen, als dem Ursprung und der Quelle blicken, so müssen wir auch in der Geschichte beim Einzelnen, nach dem Ursprünge forschend, das Ganze im Auge behalten, und langsam den Gang seiner Entwicklung verfolgen.

Wir mögen nicht leicht einen einzelnen Theil der Verfassung verstehen und würdigen, wenn uns nicht das Ganze in seinem Zusammenhange deutlich ist, und wenn wir nicht die alten Fugen erforschen, in die das einzelne Glied paßt. Es kommt nicht nur auf so viele zusammen treffende Ereignisse, sondern auf den ganzen Kulturzustand des Volkes, auf die verschiedene Einwirkung der Gewalten, und die allmähliche Umwandlung aller Zweige der Verfassung an.

Indem wir nun das Ferner gericht aus der Geschichte und Verfassung herausheben, und bis in seine ersten Keime zu entwickeln trachten, können wir, um ein deutliches Bild desselben zu entwerfen, nicht umhin, weit nach allen Seiten umzublicken, und die Beweise und Erklärungen in der Nähe und Ferne aus den verstreuten Trümmern aufzusuchen, um einen richtigen Umriss zu geben, und den geschichtlichen Zusammenhang mit dem Ganzen der Zeit und der Verfassung zu zeigen <sup>1)</sup>.

Indem wir uns hierdurch von dem Verfahren einiger unserer Vorgänger, die dies Institut als etwas für sich Bestehendes isolirten, und daher keine verständliche Erklärung zu ge-

---

1) Es ist in der Verfassungsgeschichte noch Vieles zu untersuchen; viele Urkunden der Vorzeit ruhen noch im Dunkeln, viele sind gar nicht, oder schlecht benutzt. Ein Irrthum geht oft durch ganze Jahrhunderte aus Buch in Buch. Es ist an der Zeit, Keinem zu glauben, sondern selbst zu prüfen.

gefunden hatte, mit großer Wichtigkeit und Einnahme das Gericht wieder an seinen alten Marktplatz verlegt, und darüber eine Urkunde ausgefertigt wird. — Es wurde schon damals befohlen, daß jeder Graf an den Versammlungsorten ein Haus sollte bauen lassen, damit Regen oder Sonnenhitze nicht die Versammlung stören oder abhalten könne<sup>17)</sup>. Dies wurde ohne Zweifel allmählig Sitte, und besonders in die Städte übertragen, wo wir die älteste Ansiedlung um die erste Kirche oder um den Marktplatz<sup>18)</sup> an den das Rathhaus (*Domus consulum*) in einer Größe, die alle Schöffenbare Einwohner fassen konnte, angelegt wurde, entstehen sahen<sup>19)</sup>.

Es wurden alljährlich drei allgemeine Versammlungen gehalten zu feststehender Zeit, wo alle freien Männer erscheinen mußten. Es konnte aber auch außerdem im Nothfall ein Placitum gehalten, und dazu die Gemeinde oder bei einem Rechtsfall nur Kläger und Angeklagter sammt Zeugen, berufen werden. Der Graf präsidirte immer in der Volksgemeinde; Sein Vicar, oder jeder Untertichter, konnte nur die streitenden Theile, mit den Schöffen und Zeugen, zum Placitum laden. Dort ergieng keine Berufung, dieser gebot das Erscheinen in einzelnen Fällen, die das Gesetz nicht voraus wußte; daher hieß es das gebotene Ding, dem soweit jenes als Ungebot entgegenstand<sup>20)</sup>.

17) volumus itaque ut domus a comite in loco, ubi mallum tenere debet, constitutatur, ut propter calorem solis et pluviam publica utilitas non remaneat.

18) Siehe Oben Seite 51).

19) In Cassel z. B. ist nämlich das Rathhaus mit dem Markt, und die dahin führende enge winkliche Straße, der erste Anbau, und das Gericht wurde auf offenem Markt gehegt. — In Hörter zieht sich der älteste Anbau um die im 11ten Jahrhundert gebaute Kilianskirche; hier standen vor Altars die angesehenesten, edlen Schöffen zugehörige Häuser, und auf dem Platz der Kirche wurde das Gericht gehalten. Es entstand da später erst ein Markt und ein Rathhaus.

20) deutlich brüht dies aus; *lud. P. Cap. 3. a. 319. Cap. 14.* De placitis siquidem quos liberi homines observare debent, constitutio genitoris nostri penitus observanda, atque tenenda est, ut videlicet in anno tria solummodo generalia placita observare compellat; nisi forte quilibet aut accusatus fuerit, aut alium accusaverit, aut ad testimonium perhibendum vocatus fuerit. Ad cetera vero quae con-

Im Placitum des Grafen erging kein gerichtlicher Befehl zu erscheinen, denn es war allgemeine gesellschaftliche Verfügung, die das sanctionirte, was ehemals freier Entschluß und Gesamtwille der Volksgemeine gewesen war, und sich von selbst verstanden hatte.

Es war natürliche Ordnung in der Versammlung, daß der Richter an erhabener Stelle (Stolle, Stuhl, Freistuhl) saß, wo er alles überschauen und ordnen konnte; daß um ihn her die freien Männer sich richteten und ordneten, und die ältesten und erfahrensten Schöffen ihm zunächst einen Kreis oder eine Bank bildeten <sup>21</sup>). Die angemessensten Form war die Runde <sup>22</sup>). Da aber das ganze Volk Zutritt hatte, so mußte auch der Gerichtsplatz vor dem Andrang der Menge geschützt werden, wohin alle Ausdrücke der ältern und mittlern Zeiten deuten <sup>23</sup>). Der älteste Ausdruck scheint Rahmen (von Ram, margo, terminus) wodurch das Einschließen des Gerichts bezeichnet wurde. Man sagte daher: sich anrahmen, sich an den Schranken des Gerichts einfinden; und daher der barbarische Ausdruck in den Gesetzen: *se adhramire, adhramitio* <sup>24</sup>). Auch *admallitio*, das Erscheinen am Malplatz, ist üblich. —

tenarii tenet non alius venire jubeatur, nisi qui litigat, aut judicat, aut testificatur. Bgl. auch *Cap. III. a. 803, c. 20.*

21) S. oben S. 72. So erschien nach den Urkunde von 814 (Kindlinger, Hörigkeit. Urkunde Kro. 1.) Kläger und seine Zeugen, ante illustrem virum H. comitem et scabinos residentes in mallo seu *judicio publico*, ad multorum altercationes audiendas et justis legibus definiendas.

22) Rund, Rand, Rab, offenbar verwandte Worte, und der Ausdruck Rath, Rathmannen ist vielleicht ursprünglich in der Form der Versammlung, davon entlehnt; so wie *ru tā* auch eine Versammlung bedeutet, und auf das Wort Tisch eher übertragen als dies vom Griechischen *δίκας* entlehnt scheint. Ist Rab Rede, reden das Stammwort, so ist die Ableitung umgekehrt. Das Alter des Worts in unserm Sinn bekunden die Ueberbleibsel der alten Sprachdocumente, besonders Rahmen z. B. Ethelred, Chuonrad, Folcrað, Herirad etc.

23) Man sagte beständig: ein Gericht hegen, legen, schließen, spannen, wie wir unten näher sehen werden.

24) Einen Termin am Gericht anberaumen oder anberahmen, ist noch jetzt Styl.

Wer den Anklägern anfliegen wollte, benachtheiligte diesen und die Zeugen selbst, und forderte sie mit Zeugen auf, in der Versammlung der Mannen zu erscheinen; es hieß dies *mannen*, wie wir aus dem lat. Ausdrücke *mannire*, *mannitio* sehen <sup>25</sup>). Dem entgegen steht das gerichtliche Befehlen, Gebieten (Bodung) durch den dazu bestimmten Diener des Richters (*Bodo*), der jedoch freier Genosse war. — Da die Gerichte nur im Bann des Königs oder Kaisers (unter Königsbann) gesetzt wurden, so kam das Wort *Bann* auf, und geseglich wurden die Ausdrücke: *bannire*, *bannitio*.

Die Mahnung behielt gesegliche Kraft, da wo es sich um den Personenstand oder das Eigenthum stritt; in allen übrigen Fällen, folglich in peinlichen Sachen, sollte der Graf bannen, gebiethen, d. h. unter Königsbann laden <sup>26</sup>). Jeder mußte auf die Mahnung im Placitum erscheinen <sup>27</sup>). Das Richterscheinen mußte natürlich geahndet werden, und der, welcher den Vertrag der Genossenschaft brach, mußte eine Buße, Brüche, erlegen, die jetzt ein Gewette an den Grafen wurde.

Unter fränkischer Herrschaft gebieh die Sache zuletzt bei bauernder Hartnäckigkeit vor den König, der den Ungehorsamen ächtete, d. h. für Rechtslos erklärte, dergestalt, daß der Kläger nun ungehindert sich selbst mit Gewalt Recht nehmen durfte. Dies hieß *forbannire*, verbannen; also austossen aus dem Schutze der Staatsgewalt. Unter der Karolingischen Verfassung wurde den Ladungen mit der Dritten ein Ziel gesetzt, und wie der Graf unter Königsbann richtete, so konnte

25) das Wort ist üblich geblieben in der Rede; Mahnen, ermahnen, ermannen, übermannen. *L. Pact. leg. Sal. ant. l. §. 3. Illo autem qui alium mannit, cum testibus ad domum illius ambulare debet, et sic eum mannire debet etc.*

26) *Siquis de statu suo, id est, de libertate vel de hereditate compellendus est, juxta legis constitutionem manniatur. De ceteris vero causis, unde quis rationem est redditurus, non manniatur, sed per comitem bannitatur. Cap. a 819. c. 12.*

27) *Cap. de 797. c. 4. Si quis de nobilioribus ad placitum mannitus venire contempserit, solidos 4 componat, ingenui 2 lit. 1.*



er auch verbannen, d. h. die Acht aussprechen. Truf die Acht einen Verbrecher, so wurde er Vogelfrei und Niemand durfte ihn aufnehmen <sup>28)</sup>).

Der Richter eröffnete das Gericht. Die Form bestand in Fragen und Antworten; er hörte Kläger und Beklagten, ordnete das Verfahren und den Beweis, und frug die Schöffen um das Urtheil, das Einer gewöhnlich, mit den übrigen und der Gemeinde sich berathend, vortrug, und dann alle übrigen entweder beistimmten, oder eine andere Meinung sagten, bis das Recht durch Stimmenmehrheit gefunden war, welches der Richter dann aussprach, und es bekräftigte.

Die Beweise waren Zeugen, welche freie Genossen, Erbgesessene, volljährig, unverdächtig und nüchtern seyn mußten. — Die Urkunden mußten vor Zeugen verfaßt, und mit Jahr und Tag versehen seyn. Der Eid wurde mit Consecrationalen geschworen. Er war schon vor dem Christenthum gewiß bekannt, und wurde auf Helligthümer und Waffen, so wie jetzt aufs Kreuz geschworen. Man verband auch wahrscheinlich schon beides, indem Kreuzzeichen und Schwerdt (*arma sacrata*) Eins wurden. Aus diesem Begriff von Heiligkeit ist es wohl herzuleiten, daß nicht das Schwerdt an den Todesschuldigen Verbrecher gelegt, sondern derselbe mit dem Strang hingerichtet wurde.

Wenn um der Beweise willen ein zweiter Termin nöthig war, so mußten die Partheien Bürgen stellen, daß sie wieder erscheinen wollten.

Das Würdevolle und Erhabene, welches wir späterhin in den Gerichtsversammlungen erkennen, hat schon seine Grundlage und Entstehung unter der Karolingischen Herrschaft. Zu dem Volksmäßigen kam die äußere Würde, die der Kaiserthron herüberstrahlte. Denn wo der Kaiserliche Richter Namens des hochgefürchteten und geehrten Kaisers, an alter, heiliger Stätte erhaben saß, die älteste und würdigste Männer um ihn,

---

28) ut comes, qui latronem in forbannum miserit vicinis suis et aliis comitibus notum faciat, eundem latronem a se esse forbannitum, ut illi eum non recipiant, *Cap. l. III, c. 10.*

das Volk stehend in der Runde, Theilnehmend, Stimmfähig, gesetzgebend, voll Interesse, die Formen feierlich gemessen: da mußte eine Würde und ein Selbstgefühl entstehen, das wir nicht übersehen dürfen, um uns manche spätere Erscheinung, auch bei dem Verfall des deutschen Gerichtswesens erklären zu können.

Weil im Gericht nur Frieden herrschen, und nicht Gewalt, sondern der Wille des Gesetzes das Recht geben sollte, wurde verordnet, daß Niemand mehr bewaffnet in der Versammlung erscheinen durfte; eine Verfügung die auch ihre gesetzliche Kraft bis in spätere Zeiten erhielt.

In der freien Volksgemeine germanischer Verfassung konnte, wie wir oben sahen, keine Beschwerde über ein Urtheil, und keine Berufung statt finden. Allenfalls wurde das Urtheil, das ein Schöffe wies, getadelt, und die Meinung anderer Schöffen aufgefodert, bis das Rechte gefunden und beifällig aufgenommen wurde <sup>29</sup>). Wie aber ein sichtbares Oberhaupt die Staatsgewalt repräsentirte, und die Richter von ihm ernannt wurden, und Namens seiner die öffentliche Ordnung handhabten, mußten natürlich Beschwerden entstehen, theils über Bedrückung, theils über verzögertes oder verweigertes Recht. Ferner konnten auch ohne Rücksicht auf jene Königl. Beamten, bei Mehrung der Gesetze, und da wie die Verhältnisse im Staatsbürgerlichen Leben verwickelter wurden, oft Fälle entstehen, die den Schöffen nicht zum Gesetz paßten, für die sie kein Gewohnheitsrecht kannten, oder über deren Entscheidung sie sich nicht einigen konnten <sup>30</sup>). Aus beiden Umständen scheint sich allmählig die wirkliche Berufung über das Unrecht eines Erkenntnisses gebildet zu haben. Bei dem Einfluß der Beamten und den Beschwerden gegen sie, mußte sie üblich werden, und da vom Herrscher die Oheraufsicht und das

29) Dieses natürliche Verfahren in der freien Gemeinde drückt die *1. Alem. T. 42. c. 3.* deutlich aus.

30) Deshalb man sich in der Folge auch an ein anderes höheres, oder wegen Erfahrungheit und Klugheit berühmteres Gericht wandte; so wie man früher wohl die Sache durch ein Gottesurtheil entschieden hatte.

Gesetz ausging, so fand auch leicht im Begriff des Volks das Recht in ihm seine höchste Quelle. Die Berufung ging an die königliche Gewalt, daher an den König oder Kaiser selbst, oder die von ihm committirten Beamten, und der König hielt sich befugt, das Recht, welches die Schöffen gewiesen hatten, zu prüfen.

Die Capitularien geben zuerst einige Bestimmungen über die Appellationen, indem sie die Buße festsetzen, wenn die Appellation unbegründet befunden wurde <sup>31)</sup>).

Nicht bloß streitige Rechtsachen wurden in der Volks- oder Gemeinde-Versammlung entschieden, sondern auch die Handlungen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit wurden da vorgenommen, besonders wenn sie ein Erbe betrafen, wobei es herkömmlich und unerlässlich nothwendig war, die Genossen zuzuziehen. Denn die ganze Gemeinde mußte

1) es wissen, wenn eine Uebertragung des Erbe Statt hatte, wegen des Gemeinguts und wegen der Gemeinheitspflichten und Rechte, die auf den Genossen übergingen, daher die Kundbarmachung im Placitum.

2) Die Contrahenten mußten, da es kein anderes Mittel der Sicherung ihres Vertrags gab, selbst in der Regel nicht einmahl schriftliche Urkunden aufgenommen wurden, auf die allgemeine Bürgschaft, und das Zeugniß der Gemeinde sich verlassen. Daher alle Genossen theils Zeugen, theils Bürgen waren, so wie nachher ausdrückliche Bürgen und Zeugen auftraten.

3) den Genossen mußte die Prüfung und Einwilligung zustehen, weil ohne sie Keiner in die Genossenschaft aufgenom-

---

31) *Cap. de s. 797.* Nam si fuerit aliquis, qui in patria juxta quod sui convicini judicaverint seque pacificare noluerit, et ad palatium pro hujus rei causa venerit, et ibi ei fuerit iudicatum quod justum iudicium judicassent in prima vice ut supra dictum est sol. XXIII. ad partem regis componat et si tunc inde rediens se pacificare et iustitiam facere renuerit, et iterum pro ipsa causa ad palatium fuerit convocatus et dijudicatus. bis 24 sol. componat, si vero correptus tertia vice pro eadem re ad palatium remeaverit triplum compositione exinde faciat ad partem regis.

men werden konnte: daher die Bestätigung durch die Schöffen in Urtheilsform.

Unsere Gerichtlichen Verlautbarungen und Confirmationen, so wie die Documentszeugen sind unmittelbar Ueberbleibsel jenes Verfahrens, ohne daß sie den Sinn und die Bedeutung einer Zeit noch hätten, die keine gerichtlichen Akten und Ausfertigungen oder Hypothekenbücher kannte, sondern wo Alles im Gedächtniß der Gemeinde bewahrt, und so auf die Nachkommen übertragen, und als heilig und unverleglich gehütet werden mußte.

Zu der feierlichen Erklärung vor Gericht <sup>32)</sup>, kam noch eine symbolische Uebergabe durch äußere Zeichen, und die feierliche Einweihung in den Besitz durch den Richter vor Zeugen, wodurch nun das ganze Geschäft vollendet, befestigt und gewährt war <sup>33)</sup>.

Die symbolische Uebergabe geschah gewöhnlich durch einen Zweig oder Halm (*festuca, traditio per festucam*) <sup>34)</sup>, wozu nach sächsischer Gewohnheit noch eine Handvoll Erde kam <sup>35)</sup>.

Das Symbol der Investitur war unerläßlich; wenn daher Jemand außerhalb des Comitats eine Tradition vornehmen wollte, so mußte er aus den Genossen, oder doch aus solchen, die nach demselben Gesetz lebten, taugliche Zeugen zuziehen,

32) *Confessus est palam coram his testibus* heißt es in einer Tradition. ap. *Falke*, l. c. p. 271.

33) *Ignitur ne hujus traditionis aliquid imperfectum remaneat jussit predic. us Esic comes illarum rerum signi consignationem et manus vestituram per homines suos ita vocatos Gharlo et Otto unde isti testes etc.* *Falke* l. c. §. 133. p. 261.

34) l. *Rip. lit.* 71. *De quacunque causa Festuca intercesserit.*

35) *Ne unquam oblivione oblitteretur iterum alia vice tradidit ad reliquias S. S. et mox in praesenti Dōmino abbati Warino consignavit, jussit et manus vestituram, et inde fecit secundum morem Saxonicae legis cum terrae cespiti et viridi ramo arboris.* *Falke*, l. c. §. 139 — tradidit atque manus Vestituram de ea fecit bardoni comiti advocato nostro. *Falke*, l. c. p. 477. Wir sind keinen Augenblick bebenklich, daß Wort vestitura und investitura weder von vestire noch von wist, praesentia, sondern von vesti, vest, fest, firmus, stabilis, herzuleiten, also für Handbefestigung zu übersetzen. Man gab gleichsam die Sache von Hand zu Hand, und der Handschlag, wodurch noch ein Handel geschlossen wird, ist davon übrig geblieben..

oder wenn er auch letztere nicht haben konnte, Andere, vor denen er die Tradition verrichtete, und Bürgen der Vestitur stellen, bis er diese dem Empfänger selbst leisten konnte <sup>36)</sup>.

Auch Erbtheilungen wurden im Plactum vollzogen und der Graf konnte zur Abschichtung nöthigen.

Indem wir im Vorstehenden eine Skizze der Karolingischen Staats- und Gerichtsverfassung entwarfen, glauben wir, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen, die Grundzüge derselben hinreichend angedeutet zu haben, um die folgende Entwicklung, der sie als Basis dienen muß, mit Sicherheit daran reihen zu können.

---

36) *donec ei qui illam trad. accipit, vestituram faciat.*

---

## Z w e i t e s   B u c h.

Entwicklung der deutschen Verfassung im Mittelalter seit der Karolingischen Zeit, und ihr Einfluß auf das Gerichtswesen überhaupt, insbesondere aber auf die Gerichte in Westphalen.

---

### Erstes Kapitel.

Einleitung. Allgemeiner Ueberblick der Geschichte und Verfassung.

Die Verfassung, die wir im vorigen Buche betrachteten, war nicht das egoistische Machwerk eines Herrschers, sondern sie ruhte auf geschichtlichem Grunde, und war der Zeit, der Bildung und den Umständen angemessen; das Volk verschmolz sie daher in sein Leben und seine Sitte, und es kann uns nicht wundern, wenn sie so tiefe Wurzeln schlug, daß die entwickelten Staatseinrichtungen bis in unsere Tage Spuren hinterlassen haben. Wenn wir daher eine Umänderung der Verfassung als Thatfache aussprechen, so würden wir doch das Mittelalter, und den freien Sinn, so wie das besonnene Wesen unserer Vorfahren gänzlich verkennen, wenn wir uns dieselbe auf eine stürmische, revolutionäre Weise eingeführt, oder vom despotischen Selbstwillen Einzelner erdacht vorstellen, und an irgend einen Punkt der Geschichte, oder an eine festbestimmte Zeit isolirt hinstellen, und aufstellen wollten. Da galt kein Umwerfen und Zusammenschmelzen, keine einförmige Regierungskunst, kein despotischer Gewaltstreich sondern die ganze Umänderung verzweigt sich, so wie die übrige Geschichte, in die Fortbildung und Sitte der Nation, in mannigfaltige Ereignisse und den

Zusammenhang vieler Glück- und Unglücksvoller Begebenheiten. Die Geschichte verweist uns hier, besonders im Verfassungswesen, auf den Gang der Natur, und wie wir den Lauf der Blutader bald sichtlich bald tief versteckt durch den ganzen Körper verfolgend, den weisen Zusammenhang des Ganzen erkennen, so werden wir, das Einzelne durch alle Jahrhunderte in seinen Fäden und Verzweigungen verfolgend, auch hier den erklärenden Zusammenhang eines organischen Ganzen finden. Und wie wir von der leisen Welle der Ader nach dem Herzen, als dem Ursprung und der Quelle blicken, so müssen wir auch in der Geschichte beim Einzelnen, nach dem Ursprunge forschend, das Ganze im Auge behalten, und langsam den Gang seiner Entwicklung verfolgen.

Wir mögen nicht leicht einen einzelnen Theil der Verfassung verstehen und würdigen, wenn uns nicht das Ganze in seinem Zusammenhange deutlich ist, und wenn wir nicht die alten Fugen erforschen, in die das einzelne Glied paßt. Es kommt nicht nur auf so viele zusammen treffende Ereignisse, sondern auf den ganzen Kulturzustand des Volkes, auf die verschiedenen Einwirkung der Gewalten, und die allmähliche Umwandlung aller Zweige der Verfassung an.

Indem wir nun das Ferngericht aus der Geschichte und Verfassung herausheben, und bis in seine ersten Keime zu entwickeln trachten, können wir, um ein deutliches Bild desselben zu entwerfen, nicht umhin, weit nach allen Seiten umzublicken, und die Beweise und Erklärungen in der Nähe und Ferne aus den verstreuten Trümmern aufzusuchen, um einen richtigen Umriss zu geben, und den geschichtlichen Zusammenhang mit dem Ganzen der Zeit und der Verfassung zu zeigen <sup>1)</sup>.

Indem wir uns hierdurch von dem Verfahren einiger unserer Vorgänger, die dies Institut als etwas für sich Bestehendes isolirten, und daher keine verständliche Erklärung zu ge-

---

1) Es ist in der Verfassungsgeschichte noch Vieles zu untersuchen; viele Urkunden der Vorzeit ruhen noch im Dunkeln, viele sind gar nicht, oder schlecht benutzt. Ein Irrthum geht oft durch ganze Jahrhunderte aus Buch in Buch. Es ist an der Zeit, Keinem zu glauben, sondern selbst zu prüfen.

Belung  
gischen  
ot, ins

tung

Verfass  
as e  
auf g  
und d  
in seli  
ern, we  
taatsseir.  
We.  
Ehatsache  
und den  
Vorfahr  
stürmische  
chen Gelf

... wir zugleich, um das Mittel-  
... mit dem Stolz der Überlegenen, und  
... sonderu mit frommer  
... mit einer Aner-  
... die schlichte Zeiten stets vor dem Alter-  
... gehegt haben. Nur alsdann werden  
... Gute und Schätzwürthe finden und  
... während uns Kritik und verständiges Nachdenken  
... vor überspannter Schätzung, die eben  
... ist, als die Betrachtung, schätzen wird.

Die gerichtliche Verfassung mit der politischen über-  
... und mit aller Veränderung in der Bildung, geistigen  
... mit den äußern Verhältnissen der Nation gleichen  
... wir also die Erklärung des Einzelnen aus dem  
... des Ganzen entnehmen müssen; so ist zuvör-  
... auf die Verfassung Westphalens zu  
... aber nicht gelinget worden, daß diese  
... erreicht, und viele Ueber-  
... in der langsameren Ge-  
... auf die jüngsten Zeiten be-  
... der Geschichte hauptsächlich  
... des Ueberschenden erforschen  
... die Lage der übrigen deutschen  
... dargestellt, zugleich aber  
... mit den großen Ereignissen, die  
... Einfluß waren, berück-

... die er seinem großen, uners-  
... wie dieses selbst, unter sei-  
... seine Hiefenhand, und sein  
... verstanden.  
... begründet durch  
... und Schamannen allmäh-  
... Die Noth des  
... die Helden des  
... wurden erkannt, ihre  
... ihre Aufopferung be-



ohnt, und der Stolz, die Würde und Macht, zu der sie sich empor schlangen, ertrug keine andere Gewalt, als die das gegenseitige Band des Lehnverhältnisses dem nun frey erwählten Oberherrn gab. Die Kaiser schmeichelten den Leidenschaften der Großen und mächtigen. Aus Anerkenntniß und um Belohnung der Treue, dann aus Frömmigkeit, Huld und Andacht gaben sie die Güter des Reichs und die Rechte der Staatsgewalt mit verschwenderischer Hand hin, und geistliche und weltliche Große erhoben nun kühner ihr Haupt <sup>2)</sup>. Eine Reihe großer, mächtiger und herrlicher Kaiser konnte zwar dem Reiche Glanz, den deutschen Waffen den höchsten Ruhm geben, aber die alte Staatsgewalt nicht wieder herstellen. Es erhob sich der unselige Kampf mit der Kirche; die Sucht, in auswärtigen Kriegen überspannten Leidenschaften zu huldigen, und die Beschäftigung mit Italien, welches alle Aufmerksamkeit von den näheren und wichtigern Interessen ablenkte, und den Großen freien Spielraum gab. — Alle, die die Waffen trugen, umschlang ein enges Band. Aus dem Nothkampfe, in welchem sie heldenmüthig das Reich retteten, mit siegreichem Stolz hervortretend, schlossen sie sich in jenen hohen Tugenden, und mit ihrem schwärmerischen Ehrgefühl zusammen, das seine höchste Höhe im Ritterthum entfaltete, und phantastisch in den Kriegen nach dem Morgenlande sich ausschmückte. Aber daheim gewöhnt der kühnen Tross und das stolze Selbstgefühl auf Abwege, mit denen sich des Reichs Wohlfahrt nicht vertrug. In der aufsteigenden Fehdesucht und Eigenmacht, zeigte sich jetzt, wie viel das Oberhaupt des Reichs verloren hatte; und was ein Rudolf von Habsburg, als mächtiger Steuermann, im Sturm der Zeiten leistete, vermochten nicht alle seine Nachfolger.

In neuen Fehden und Verwirrungen versplitterten sich

2) Betrachten wir nur die vielen Traditionen, die Meinwerk, Bischof von Paderborn, aufzählt, so werden wir uns überzeugen, daß das Reich noch in demselben Verfall war. Die reichen Schenkungen an die Klöster; wahrscheinlich erhielten die weltlichen Beamten ihre Befehle durch die Äbte; die Äbte führten ihre Waffendienste. Sie zählten auf, als die Klöster und Stifte, nicht den Waffen, als mit Pergament zu schreiben.

gefunden hatte, mit großer Wichtigkeit und Form das Gericht wieder an seinen alten Marktplatz verlegt, und darüber eine Urkunde ausfertigt wird. — Es wurde schon damals befohlen, daß jeder Graf an den Versammlungsorten ein Haus sollte bauen lassen, damit Regen oder Sonnenhitze nicht die Versammlung stören oder abhalten könne<sup>17)</sup>. Dies wurde ohne Zweifel allmählig Sitte, und besonders in die Städte übertragen, wo wir die älteste Ansiedlung um die erste Kirche oder um den Marktplatz<sup>18)</sup> an den das Rathhaus (*Domus consilium*) in einer Größe, die alle Schöffenbare Einwohner fassen konnte, angelegt wurde, entstehen sahen<sup>19)</sup>.

Es wurden alljährlich drei allgemeine Versammlungen gehalten zu feststehender Zeit, wo alle freien Männer erscheinen mußten. Es konnte aber auch außerdem im Nothfall ein Placitum gehalten, und dazu die Gemeinde oder bei einem Rechtsfall nur Kläger und Angeklagter sammt Zeugen, berufen werden. Der Graf präsidirte immer in der Volksgemeinde; Sein Vicar, oder jeder Untertichter, konnte nur die streitenden Theile, mit den Schöffen und Zeugen, zum Placitum laden. Dort ergieng keine Berufung, dieser gebot das Erscheinen in einzelnen Fällen, die das Gesetz nicht voraus wußte; daher hieß es das gebotene Ding, dem sowohl jenes als Ungebotte entgegenstand<sup>20)</sup>.

17) volumus itaque ut domus a comite in loco, ubi mallum tenere debet, constituatur, ut propter calorem solis et pluviam publica utilitas non romaneat.

18) Siehe Oben Seite 51).

19) In Cassel z. B. ist städtisch das Rathhaus mit dem Markt, und die dahin führende enge winkliche Straße, der erste Anbau, und das Gericht wurde auf offenem Markt gehegt. — In Hörter zieht sich der älteste Anbau um die im 11ten Jahrhundert gebaute Kilianskirche; hier standen vor Altars die angesehenesten, edlen Schöffen zugehörige Häuser, und auf dem Platz der Kirche wurde das Gericht gehalten. Es entstand da später erst ein Markt und ein Rathhaus.

20) deutlich brücht dies aus; *Ind. P. Cap. 3. a. 319. Cap. 14.* De placitis siquidem quas liberi homines observare debent, constitutio penitoris nostri penitus observanda, atque tenenda est, ut videlicet in anno tria solummodo generalia placita observare compellat; nisi forte quilibet aut accusatus fuerit, aut alium accusaverit, aut ad testimonium perhibendum vocatus fuerit. Ad cetera vero quas con-

Im Placitum des Grafen erging kein gerichtlicher Befehl zu erscheinen, denn es war allgemeine gesellschaftliche Verfügung, die das sanctionirte, was ehemals freier Entschluß und Gesamtwille der Volksgemeine gewesen war, und sich von selbst verstanden hatte.

Es war natürliche Ordnung in der Versammlung, daß der Richter an erhabener Stelle (Stolle, Stuhl, Freistuhl) saß, wo er alles überschauen und ordnen konnte; daß um ihn her die freien Männer sich richteten und ordneten, und die ältesten und erfahrensten Schöffen ihm zunächst einen Kreis oder eine Bank bildeten<sup>21)</sup>. Die angemessensten Form war die Rande<sup>22)</sup>. Da aber das ganze Volk Zutritt hatte, so mußte auch der Gerichtsplatz vor dem Andrang der Menge geschützt werden, wohin alle Ausdrücke der Ältern und mittlern Zeiten deuten<sup>23)</sup>. Der älteste Ausdruck scheint Rahmen (von Ram, margo, terminus) wodurch das Einschließen des Gerichts bezeichnet wurde. Man sagte daher: sich anrahmen, sich an den Schranken des Gerichts einfinden; und daher der barbarische Ausdruck in den Gesetzen: *se adhramire, adhramitio*<sup>24)</sup>. Auch *admallitio*, das Erscheinen am Malplatz, ist üblich. —

tenarii tenet non alius venire jubeatur, nisi qui litigat, aut judicat, aut testificatur. Bgl. auch *Cap. III. a. 803, c. 20.*

21) S. oben S. 72. So erschien nach den Urkunde von 814 (Rindlinger, Hörigkeit. Urkunde Kro. 1.) Kläger und seine Zeugen, ante illustrem virum H. comitem et scabinos residentes in mallo seu *judicio publico*, ad multorum altercationes audiendas et justis legibus definiendas.

22) Rand, Rand, Rab, offenbar verwandte Worte, und der Ausdruck Rath, Rathmannen ist vielleicht ursprünglich in der Form der Versammlung, davon entlehnt; so wie *tu tā* auch eine Versammlung bedeutet, und auf das Wort Tisch eher übertragen als dies vom Griechischen *δίκας* entlehnt scheint. Ist *Reb* *Rebe*, reden das Stammwort, so ist die Ableitung umgekehrt. Das Alter des Worts in unserm Sinn bekunden die Ueberbleibsel der alten Sprachdocumente, besonders Rahmen z. B. Ethelred, Chuanrad, Folcrað, Hozirad etc.

23) Man sagte beständig: ein Gericht hegen, legen, schließen, spannen, wie wir unten näher sehen werden.

24) Einen Termin am Gericht anderaumen oder anberahmen, ist noch jetzt Styl.

Wer den Andern anklagen wollte, benachrichtigte diesen und die Zeugen selbst, und forderte sie mit Zeugen auf, in der Versammlung der Mannen zu erscheinen; es hieß dies *mannen*, wie wir aus dem lat. Ausdrücke *mannire*, *mannitio* sehen <sup>25</sup>). Dem entgegen steht das gerichtliche Befehlen, Gebieten (Bodung) durch den dazu bestimmten Diener des Richters (Bodo), der jedoch freier Genosse war. — Da die Gerichte nur im Bann des Königs oder Kaisers (unter Königsbann) gesetzt wurden, so kam das Wort *Bann* auf, und gesellig wurden die Ausdrücke: *bannire*, *bannitio*.

Die Mahnung behielt gesellige Kraft, da wo es sich um den Personenstand oder das Eigenthum stritt; in allen übrigen Fällen, folglich in peinlichen Sachen, sollte der Graf bannen, gebiethen, d. h. unter Königsbann laden <sup>26</sup>). Jeder mußte auf die Mahnung im Placitum erscheinen <sup>27</sup>). Das Richterscheinen mußte natürlich geahndet werden, und der, welcher den Vertrag der Genossenschaft brach, mußte eine Buße, Brächte, erlegen, die jetzt ein Gewette an den Grafen wurde.

Unter fränkischer Herrschaft geblieb die Sache zuletzt bei dauernder Hartnäckigkeit vor den König, der den Ungehorsamen ächtete, d. h. für Rechtslos erklärte, dergestalt, daß der Kläger nun ungehindert sich selbst mit Gewalt Recht nehmen durfte. Dies hieß *forbannire*, verbannen; also austossen aus dem Schutze der Staatsgewalt. Unter der Karolingischen Verfassung wurde den Ladungen mit der Dritten ein Ziel gesetzt, und wie der Graf unter Königsbann richtete, so konnte

25) das Wort ist üblich geblieben in der Rede; Mahnen, ermahnen, ermannen, übermannen. *L. Pact. leg. Sal.* ant. l. §. 3. *Ille autem qui alium mannit, cum testibus ad domum illius ambulare debet, et sic eum mannire debet etc.*

26) *Siquis de statu suo, id est, de libertate vel de hereditate compellendus est, juxta legis constitutionem thanniat* De ceteris vero causis, unde quis rationem est redditurus, non manniatur, sed per comitem banniat. *Cap. a 819. c. 12.*

27) *Cap. de 797. c. 4. Si quis de nobilioribus ad placitum mannitus venire contempserit, solidos 4 componat, ingenui 2 liti. 1.*

er auch verbannen, d. h. die Acht aussprechen. Traf die Acht einen Verbrecher, so wurde er Vogelfrei und Niemand durfte ihn aufnehmen <sup>28</sup>).

Der Richter eröffnete das Gericht. Die Form bestand in Fragen und Antworten; er hörte Kläger und Beklagten, ordnete das Verfahren und den Beweis, und frug die Schöffen um das Urtheil, das Einer gewöhnlich, mit den übrigen und der Gemeinde sich berathend, vortrug, und dann alle übrigen entweder beistimmten, oder eine andere Meinung sagten, bis das Recht durch Stimmenmehrheit gefunden war, welches der Richter dann aussprach, und es bekräftigte.

Die Beweise waren Zeugen, welche freie Genossen, Erbgesessene, volljährig, unverdächtig und nüchtern seyn mußten. — Die Urkunden mußten vor Zeugen verfaßt, und mit Jahr und Tag versehen seyn. Der Eid wurde mit Consecrationalen geschworen. Er war schon vor dem Christenthum gewiß bekannt, und wurde auf Heiligthümer und Waffen, so wie jetzt aufs Kreuz geschworen. Man verband auch wahrscheinlich schon beides, indem Kreuzzeichen und Schwerdt (*arma sacrata*) Eins wurden. Aus diesem Begriff von Heiligkeit ist es wohl herzuleiten, daß nicht das Schwerdt an den Todesschuldigen Verbrecher gelegt, sondern derselbe mit dem Strang hingerichtet wurde.

Wenn um der Beweise willen ein zweiter Termin nöthig war, so mußten die Parthelen Bürgen stellen, daß sie wieder erscheinen wollten.

Das Würdevolle und Erhabene, welches wir späterhin in den Gerichtsversammlungen erkennen, hat schon seine Grundlage und Entstehung unter der Karolingischen Herrschaft. Zu dem Volksmäßigen kam die äußere Würde, die der Kaiserthron herüberstrahlte. Denn wo der Kaiserliche Richter Namens des hochgefürchteten und geehrten Kaisers, an alter, heiliger Stätte erhaben saß, die älteste und würdigste Männer um ihn,

---

28) ut comes, qui latronem in forbannum miserit vicinis suis et aliis comitibus notum faciat, eundem latronem a se esse forbannitum, ut illi eum non recipiant. *Cap. l. III. c. 50.*

das Volk stehend in der Runde, Theilnehmend, Stimmfähig, geschgebend, voll Interesse, die Formen feierlich gemessen: da mußte eine Würde und ein Selbstgefühl entstehen, das wir nicht übersehen dürfen, um uns manche spätere Erscheinung, auch bei dem Verfall des deutschen Gerichtswesens erklären zu können.

Weil im Gericht nur Frieden herrschen, und nicht Gewalt, sondern der Wille des Gesetzes das Recht geben sollte, wurde verordnet, daß Niemand mehr bewaffnet in der Versammlung erscheinen durfte; eine Verfügung die auch ihre gesetzliche Kraft bis in spätere Zeiten erhielt.

In der freien Volksgemeine germanischer Verfassung konnte, wie wir oben sahen, keine Beschwerde über ein Urtheil, und keine Berufung statt finden. Allenfalls wurde das Urtheil, das ein Schöffe wies, getadelt, und die Meinung anderer Schöffen aufgefodert, bis das Rechte gefunden und beifällig aufgenommen wurde <sup>29)</sup>. Wie aber ein sichtbares Oberhaupt die Staatsgewalt repräsentirte, und die Richter von ihm ernannt wurden, und Namens seiner die öffentliche Ordnung handhabten, mußten natürlich Beschwerden entstehen, theils über Bedrückung, theils über verzögertes oder verweigertes Recht. Ferner konnten auch ohne Rücksicht auf jene Königl. Beamten, bei Mehrung der Gesetze, und da wie die Verhältnisse im Staatsbürgerlichen Leben verwickelter wurden, oft Fälle entstehen, die den Schöffen nicht zum Gesetz paßten, für die sie kein Gewohnheitsrecht kannten, oder über deren Entscheidung sie sich nicht einigen konnten <sup>30)</sup>. Aus beiden Umständen scheint sich allmählig die wirkliche Berufung über das Unrecht eines Erkenntnisses gebildet zu haben. Bei dem Einfluß der Beamten und den Beschwerden gegen sie, mußte sie üblich werden, und da vom Herrscher die Oberaufsicht und das

---

29) Dieses natürliche Verfahren in der freien Gemeinde drückt die l. *Alem.* T. 42. c. 3. deutlich aus.

30) Deshalb man sich in der Folge auch an ein anderes höheres, oder wegen Erfahrungheit und Klugheit berühmteres Gericht wandte; so wie man früher wohl die Sache durch ein Gottesurtheil entschieden hatte.

Gesetz ausging, so fand auch leicht im Begriff des Volkes das Recht in ihm seine höchste Quelle. Die Berufung ging an die Königlich-Gewalt, daher an den König oder Kaiser selbst, oder die von ihm committirten Beamten, und der König hielt sich befugt, das Recht, welches die Schöffen gewiesen hatten, zu prüfen.

Die Capitularien geben zuerst einige Bestimmungen über die Appellationen, indem sie die Buße festsetzen, wenn die Appellation unbegründet befunden wurde <sup>31</sup>).

Nicht bloß streitige Rechtsachen wurden in der Volks- oder Gemeinde-Versammlung entschieden, sondern auch die Handlungen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit wurden da vorgenommen, besonders wenn sie ein Erbe betrafen, wobei es herkömmlich und unerlässlich nothwendig war, die Genossen zuzuziehen. Denn die ganze Gemeinde mußte

1) es wissen, wenn eine Uebertragung des Erbe Statt hatte, wegen des Gemeinguts und wegen der Gemeinheitspflichten und Rechte, die auf den Genossen übergingen, daher die Kundbarmachung im Placitum.

2) Die Contrahenten mußten, da es kein anderes Mittel der Sicherung ihres Vertrags gab, selbst in der Regel nicht einmahl schriftliche Urkunden aufgenommen wurden, auf die allgemeine Bürgschaft, und das Zeugniß der Gemeinde sich verlassen. Daher alle Genossen theils Zeugen, theils Bürgen waren, so wie nachher ausdrückliche Bürgen und Zeugen auftraten.

3) den Genossen mußte die Prüfung und Einwilligung zustehen, weil ohne sie Keiner in die Genossenschaft aufgenom-

---

31) *Cap. de s. 797.* Nam si fuerit aliquis, qui in patria juxta quod sui convicini judicaverint seque pacificare noluerit, et ad palatium pro hujus rei causa venerit, et ibi ei fuerit judicatum quod justum judicium judicassent in prima vice ut supra dictum est sol. XXIII. ad partem regis componat et si tunc inde rediens se pacificare et justitiam facere renuerit, et iterum pro ipsa causa ad palatium fuerit convocatus et dijudicatus. bis 24 sol. componat, si vero correptus tertia vice pro eadem re ad palatium remeaverit triplum compositione exinde faciat ad partem regis.

men werden konnte: daher die Bestätigung durch die Schöffen in Urtheilsform.

Unsere Gerichtlichen Verlautbarungen und Confirmationen, so wie die Documentezeugen sind unmittelbar Ueberbleibsel jenes Verfahrens, ohne daß sie den Sinn und die Bedeutung einer Zeit noch hätten, die keine gerichtlichen Akten und Ausfertigungen oder Hypothekenbücher kannte, sondern wo Alles im Gedächtniß der Gemeinde bewahrt, und so auf die Nachkommen übertragen, und als heilig und unverleglich gehütet werden mußte.

Zu der feierlichen Erklärung vor Gericht <sup>32)</sup>, kam noch eine symbolische Uebergabe durch äußere Zeichen, und die feierliche Einweihung in den Besitz durch den Richter vor Zeugen, wodurch nun das ganze Geschäft vollendet, befestigt und gewährt war <sup>33)</sup>.

Die symbolische Uebergabe geschah gewöhnlich durch einen Zweig oder Halm (*festuca, traditio per festucam*) <sup>34)</sup>, wozu nach sächsischer Gewohnheit noch eine Handvoll Erde kam <sup>35)</sup>.

Das Symbol der Investitur war unerläßlich; wenn daher Jemand außerhalb des Comitats eine Tradition vornehmen wollte, so mußte er aus den Genossen, oder doch aus solchen, die nach demselben Gesetz lebten, taugliche Zeugen zuziehen,

32) *Confessus est palam coram his testibus* heißt es in einer Tradition. *ap. Falke, l. c. p. 271.*

33) *Igitur ne hujus traditionis aliquid imperfectum remaneat jussit predic. us Esic comes illarum rerum fieri consignationem et manus vestituram per homines suos ita vocatos Gharlo et Otto unde isti testes etc. Falke l. c. §. 133. p. 261.*

34) *l. Rip. lit. 71. De quacunque causa Festuca intercesserit.*

35) *Ne unquam oblivione oblitteretur iterum alia vice tradidit ad reliquias S. S. et mox in praesenti Dōmino abbati Warino consignavit, jussit et manus vestituram, et inde fecit secundum morem Saxonicae legis cum terras cepisse et viridi ramo arboris. Falke, l. c. §. 139 — tradidit atque manus Vestituram de ea fecit bardoni comiti advocato nostro. Falke, l. c. p. 477.* Wir sind keinen Augenblick bedenklich, das Wort *vestitura* und *investitura* weder von *vestire* noch von *wist*, *praesentia*, sondern von *vesti*, *vest*, *fest*, *firmitas*, *stabilis*, herzuleiten, also für Handbefestigung zu übersetzen. Man gab gleichsam die Sache von Hand zu Hand, und der Handschlag, wodurch noch ein Handel geschlossen wird, ist davon übrig geblieben..



oder wenn er auch letztere nicht haben konnte, Andere, vor denen er die Tradition verrichtete, und Bürgen der Vestitur stellen, bis er diese dem Empfänger selbst leisten konnte <sup>36</sup>).

Auch Erbtheilungen wurden im Plactum vollzogen und der Graf konnte zur Absichtung nöthigen.

Indem wir im Vorstehenden eine Skizze der Karollingschen Staats- und Gerichtsverfassung entwarfen, glauben wir, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen, die Grundzüge derselben hinreichend angedeutet zu haben, um die folgende Entwicklung, der sie als Basis dienen muß, mit Sicherheit daran reihen zu können.

---

36) *donec ei qui illam trad. accipit, vestituram faciat.*

## Zweites Buch.

Entwicklung der deutschen Verfassung im Mittelalter seit der Karolingischen Zeit, und ihr Einfluß auf das Gerichtswesen überhaupt, insbesondere aber auf die Gerichte in Westphalen.

---

### Erstes Kapitel.

Einleitung. Allgemeiner Ueberblick der Geschichte und Verfassung.

Die Verfassung, die wir im vorigen Buche betrachteten, war nicht das egoistische Machwerk eines Herrschers, sondern sie ruhte auf geschichtlichem Grunde, und war der Zeit, der Bildung und den Umständen angemessen; das Volk verschmolz sie daher in sein Leben und seine Sitte, und es kann uns nicht wundern, wenn sie so tiefe Wurzeln schlug, daß die entwickelten Staatseinrichtungen bis in unsere Tage Spuren hinterlassen haben. Wenn wir daher eine Umänderung der Verfassung als Thatsache aussprechen, so würden wir doch das Mittelalter, und den freien Sinn, so wie das besonnene Wesen unserer Vorfahren gänzlich verkennen, wenn wir uns dieselbe auf eine stürmische, revolutionäre Weise eingeführt, oder vom despotischen Selbstwillen Einzelner erdacht vorstellen, und an irgend einen Punkt der Geschichte, oder an eine festbestimmte Zeit isolirt hinreihen, und aufstellen wollten. Da galt kein Umwerfen und Zusammenschmelzen, keine einförmige Regierungskunst, kein despotischer Gewaltstreich sondern die ganze Umänderung verzweigt sich, so wie die übrige Geschichte, in die Fortbildung und Sitte der Nation, in mannigfaltige Ereignisse und den

Zusammenhang vieler Glück- und Unglückschwerer Begebenheiten. Die Geschichte verweist uns hier, besonders im Verfassungswesen, auf den Gang der Natur, und wie wir den Lauf der Blutader bald sichtlich bald tief versteckt durch den ganzen Körper verfolgend, den weisen Zusammenhang des Ganzen erkennen, so werden wir, das Einzelne durch alle Jahrhunderte in seinen Fäden und Verzweigungen verfolgend, auch hier den erklärenden Zusammenhang eines organischen Ganzen finden. Und wie wir von der leisen Welle der Ader nach dem Herzen, als dem Ursprung und der Quelle blicken, so müssen wir auch in der Geschichte beim Einzelnen, nach dem Ursprünge forschend, das Ganze im Auge behalten, und langsam den Gang seiner Entwicklung verfolgen.

Wir mögen nicht leicht einen einzelnen Theil der Verfassung verstehen und würdigen, wenn uns nicht das Ganze in seinem Zusammenhange deutlich ist, und wenn wir nicht die alten Fugen erforschen, in die das einzelne Glied paßt. Es kommt nicht nur auf so viele zusammen treffende Ereignisse, sondern auf den ganzen Kulturzustand des Volkes, auf die verschiedene Einwirkung der Gewalten, und die allmähliche Umwandlung aller Zweige der Verfassung an.

Indem wir nun das Ferngericht aus der Geschichte und Verfassung herausheben, und bis in seine ersten Keime zu entwickeln trachten, können wir, um ein deutliches Bild desselben zu entwerfen, nicht umhin, weit nach allen Seiten umzublicken, und die Beweise und Erklärungen in der Nähe und Ferne aus den verstreuten Trümmern aufzusuchen, um einen richtigen Umriss zu geben, und den geschichtlichen Zusammenhang mit dem Ganzen der Zeit und der Verfassung zu zeigen \*).

Indem wir uns hierdurch von dem Verfahren einiger unserer Vorgänger, die dies Institut als etwas für sich Bestehendes hielten, und daher keine verständliche Erklärung zu ge-

---

1) Es ist in der Verfassungsgeschichte noch Vieles zu untersuchen; viele Urkunden der Vorzeit ruhen noch im Dunkeln, viele sind gar nicht, oder schlecht benutzt. Ein Irrthum geht oft durch ganze Jahrhunderte aus Buch in Buch. Es ist an der Zeit, Keinem zu glauben, sondern selbst zu prüfen.

ben vermöchten, lossagen, dürfen wir zugleich, um das Mittelalter zu verstehen, nicht mit dem Stolz der Überlegenen, und sich besser dünkenden Gegenwart nahen, sondern mit frommer Ehrfurcht, mit ruhiger Besonnenheit, und mit einer Anerkennung und Vorliebe, die schlichte Zelten stets vor dem Alterthum und der Vorzeit gehegt haben. Nur alsdann werden wir das Denkwürdige, Gute und Schätzenswerthe finden und erkennen, während uns Kritik und verständiges Nachdenken beim fleißigen Forschen vor überspannter Schätzung, die eben so unbesonnen ist, als die Verachtung, schützen wird.

Da die gerichtliche Verfassung mit der politischen überhaupt, und mit aller Veränderung in der Bildung, geistigen Richtung und den äußern Verhältnissen der Nation gleichen Schritt geht, wir also die Erklärung des Einzelnen aus dem Zusammenhang des Ganzen entnehmen müssen; so ist zuvörderst unser Augenmerk auf die Verfassung Westphalens zu richten. Es kann nun aber nicht geläugnet werden, daß diese fast immer in eigenthümlicher Gestalt erscheint, und viele Ueberbleibsel alter Gewohnheiten und Rechte in der langsameren Gestaltung der neuen Verfassung bis auf die jüngsten Zeiten bewahrt hat. Wenn wir daher von ihrer Geschichte hauptsächlich ausgehen, und darin den Grund des Abweichenden erforschen müssen, so muß doch zugleich die Lage der übrigen deutschen Provinzen als Gegensatz geprüft und dargestellt, zugleich aber auch das Reich, als Ganzes, mit den großen Ereignissen, die für alle Provinzen vom entscheidendsten Einfluß waren, berücksichtigt werden.

Karls politische Verfassung, die er seinem großen, unermesslichen Reich gegeben, zerfiel, so wie dieses selbst, unter seinen schwachen Nachfolgern. Nur seine Riesenhand, und sein mächtiger Geist hatte das Ganze zu tragen verstanden.

Die innere Auflösung wurde hauptsächlich begründet durch den veränderten Heerdienst, da Dienst- und Lehnmannen allmählig an die Stelle des alten Heerbannes traten. Die Noth des von Feinden ringsum bedrohten Reiches, zwang die Helden des Volkes zum steten Kampf; ihre Dienste wurden erkannt, ihre Waffenkunst und Fertigkeit hoch geehrt, ihre Aufopferung be-

loht, und der Stolz, die Würde und Macht, zu der sie sich empor schlangen, ertrug keine andere Gewalt, als die das gegenseitige Band des Lehnverhältnisses dem nun frey erwählten Oberherrn gab. Die Kaiser schmeichelten den Leidenschaften der Großen und mächtigen. Aus Anerkennung und um Belohnung der Treue, dann aus Frömmigkeit, Huld und Andacht gaben sie die Güter des Reichs und die Rechte der Staatsgewalt mit verschwenderischer Hand hin, und geistliche und weltliche Große erhoben nun Kühner ihr Haupt <sup>2)</sup>. Eine Reihe großer, mächtiger und herrlicher Kaiser konnte zwar dem Reiche Glanz, den deutschen Waffen den höchsten Ruhm geben, aber die alte Staatsgewalt nicht wieder herstellen. Es erhob sich der ansehlige Kampf mit der Kirche; die Sucht, in auswärtigen Kriegen überspannten Leidenschaften zu huldigen, und die Beschäftigung mit Italien, welches alle Aufmerksamkeit von den näheren und wichtigeren Interessen ablenkte, und den Großen freien Spielraum gab. — Alle, die die Waffen trugen, umschlang ein enges Band. Aus dem Nothkampfe, in welchem sie heldenmüthig das Reich retteten, mit siegreichem Stolz hervortretend, schlossen sie sich in jenen hohen Tugenden, und mit jenem schwärmerischen Ehrgefühl zusammen, das seine höchste Blüthe im Ritterthum entfaltete, und phantastisch in den Jüngen nach dem Morgenlande sich ausschmückte. Aber dahelngerieth der kühne Troß und das stolze Selbstgefühl auf Abwege, mit denen sich des Reichs Wohlfahrt nicht vertrug. In der aufwallenden Fehdefucht und Eigenmacht, zeigte sich jetzt, wie viel das Oberhaupt des Reichs verloren hatte; und was ein Rudolph von Habsburg, als mächtiger Steuermann, im Sturm der Zeiten leistete, vermochten nicht alle seine Nachfolger.

In neuen Fehden und Verwirrungen versplitterten sich

---

2) Betrachten wir nur die vielen Traditionen, die Meinwert, Bischof von Paderborn, aufzählt, so werden wir uns überzeugen, daß das Reich noch voll königl. Eigenthums war. Die reichen Schenkungen an die Kirche nahmen viel; wahrscheinlich erhielten die weltlichen Beamten eben so große Güter für ihre Waffendienste. Sie haben aber ihre Diplome nicht so wohl auf, als die Klöster und Stifter, weil sie das Erworbene mehr mit den Waffen, als mit Pergamenten schützten.

die Kräfte nach innen war das Schwerdt, das einst draußen so schwer auf den Feinden lag, gerichtet. Jeder mußte auf seiner Hut seyn, und suchte mit dem Bruder oder Freund zu gemeinsamem Schutze oder zur gemeinsamen Rache sich zu verbinden. Aus diesen kleinen Bündnissen erwuchsen große Verbindungen ganzer Genossenschaften und Stände; alles Alte löste sich allmählig auf, und in der gegenseitigen Befestigung bildete sich die neue Verfassung. Wir können sie sichtlich an Max I. jenen trefflichen, Ritterlichen und doch milden und vermittelnden Kaiser reihen, mit dem aus dem ermattenden Kampfe des Feudal-Systems die Staatsgewalt in kenntlicher Ausbildung wieder hervortritt, und Fürsten, Adel und Städte, das Schwerdt in die Scheide steckend, nun in friedlichen Vereinen trachten, ihre erworbenen Rechte und Freiheiten zu erhalten und zu genießen.

Aber wie das äußere Gewirr und Treiben endet, erwacht ein neuer Kampf im Lauf der mündig gewordenen Zeit: Der Kampf der Geister. Es reiht sich jedoch leider an die lichtvollen Punkte der Reformation das wieder meist durch das Einschreiten äußerer Interessen hervorgerufene Unglück feindseltiger Religionspaltung, blutiger Fehde und unseltiger Auflösung. In Kriegen ermatten die Kräfte, weicht das Blut, und erslahmt der alte Ruhm; im endlichen Frieden, der matt über Deutschlands Fluren dämmert, wie ein rother Abendhimmel vor langer Winternacht, versöhnt man sich mit Groll im Herzen, und das Bestehende in der Reichs- und Kirchenverfassung, was lange Jahre und vielfältige Ereignisse ausgebildet hatten, wird mit Gesetzeskraft anerkannt. Alle längst erworbenen Rechte der Fürsten wurden bestätigt, ihre Gewalt in des Reichs Verfassung eingefügt, und der Inbegriff der Landeshoheit nun außer Zweifel gesetzt.

Die Hauptmomente, die wir somit aus der Geschichte des Reichs im Auge behalten, und die gleichsam den Rahmen für das einzelne Gemälde bilden müssen, bestehen also in folgendem:

1) Auflösung der Staatsgewalt und der fränkischen Reichsverfassung durch den veränderten Heerdienst; steigende Macht

und Unabhängigkeit der Beamten und Sinken der Kaiserlichen Gewalt, die durch freies Wahlrecht, durch den unglücklichen Kampf mit der Kirche; durch das Verschwenden der Reichsgüter, und allzu freigebige Belohnungen, mehr und mehr abhängig wird. Dabei aber hebt und befestigt sich die glänzende und einflussreiche Idee der Größe und Oberherrlichkeit des Kaiserthums.

2) Ausbildung des Feudalsystems und das für Kultur, Leben und Verfassung bedeutungsreichen Ritterthums; überall enge Verbindungen und ein Anschließen des Niedrigen an den Höhern vom höchsten Lehnverband bis zur geringsten Stufe der Hörigkeit, dabei das Fortbestehen der Gemeinde-Verfassung, der Genossenschaften und Stände, die sich erweitern, fortbilden und gliedern; Freiheit und Unabhängigkeit der Stände des Volks, das sich selbst regiert, und selbst Gesetze giebt; doch nicht im Laumel der Willkühr, sondern mit heiliger Ehrfurcht vor dem Alterthümlichen, auf geschichtlichen Boden festfüßend, wie Sprossen und Blüthen, die auf altem Stamme keimen. — So schreiten auch die Veränderungen der Verfassung fort in stilltem Gange. Die großen politischen Ereignisse wirken ein, aber sie werfen nicht über den Haufen. Jeder vertheidigt selbst, oder in Verbindung seine Rechte und Freiheiten; diese knüpfen sich überall an die Erinnerung einer großen Vorzeit, und so ist alles, was aus ihr herrührt, heilig und ehrwürdig, wie immer bei einem Volke, das eine Geschichte hat, und der Vorfahren würdig zu seyn, für Ruhmvoll achtet. Daher geht Alles einen ruhigen und gesetzmäßigen Gang, ohne daß das Volk eigentlich regiert wird, und ohne daß die gesetzgebende Gewalt von oben einwirkt.

3) Zustand des Sinkens und Auflösens, seit das Band der Einigkeit, im Ersterben der Ehre, Treue und aller großen Tugenden erschlafft, und wie Fehdesucht und Mißbrauch der Gewalt und Freiheit, so wie Uebermuth der Einzelnen das Ganze erschüttert und bedroht. In den Kämpfen stürmischer Zeiten zieht sich der Blick vom Großen und Ganzen auf das Kleinliche und Einzelne, alle verderbliche Leidenschaften und Interressen tauchen auf im Treiben der bewegten Wellen. Ge-

nossenschaften einigen sich zu großen Verbindungen; im Bürgerkrieg wüthen die Kraft gegen sich selbst.

4) Auflösung der Lehnverfassung, und Ermannungen der Staatsgewalt in der allgemeinen Noth durch die wachsende Macht und Verbindung der Fürsten. Die Verhältnisse zur Lehn- und Gutsherrlichkeit verwandeln sich in Unterthänigkeit, das Volk zerschmilzt in große Massen, und tritt aus seiner Selbstständigkeit unter den Schutz der gesetzgebenden Gewalt, die das Reich nun übt, und der Landeshoheit, die sich ausbildet, in die Stille zurück. Alles schließt sich zu einer neuen Verfassung, wo die Staatsgewalt nach fester Ordnung regiert; aber alte Rechte bleiben geheiligt, und alte Formen stehen fest, das Neue schließt sich überall an das Bestehende, gleich wie man alte gothische Gewölbe und Säulen mit neuen Facaden überbaut.

## Zweites Kapitel.

Historische Entwicklung der Stände des Volks überhaupt, und namentlich der Freien und Freischöffen.

**B**etrachten wir den Zustand und die Entwicklung der Stände des deutschen Volkes im Mittelalter, so müssen wir zuvörderst gleich hier von der Idee ausgehen, daß seit den Veränderungen, die der Einfluß der fränkischen Verfassung begründete, und die bei Auflösung dieser Verfassung sich mehr und mehr häuften es doch keinen Zeitpunkt der Geschichte giebt, wo wir eine feststehende Classification, die allgemein gewesen wäre, und auf gesetzlichen oder herkömmlichen Prinzipien beruht hätte, nachweisen können. Es ging mit der Vereinigung und Trennung der Stände eben so langsam, wie mit der Ausbildung der Landeshoheit und der Verfassung überhaupt. Sie treibt sich durchs ganze Mittelalter hin und her, herauf und herunter; es wirken vielfache Ereignisse, Verträge und Gewalten bindend und hemmend, bis die Landeshoheit die ehemaligen freien Verhältnisse löst, alles als Unterthan in eine große Masse verschmilzt, und nur noch privilegierte Classen alte Vorrechte aus den Trümmern



retten, zugleich aber alle Lasten auf die nicht privilegierte Menge des Volks wälzen.

Wir dürfen selbst die Sammlungen des Sächsischen und Schwäbischen Landrechts nicht für allgemeine Normen und für den historischen Bestand der Damaligen gleichzeitigen Verfassung ansehen dann wenn wir die Urkunden ihnen entgegen halten, finden wir oft andere-Resultate, und überzeugen uns, daß es bald so, bald anderes war; daß manches sich hier früher, dort später und in verschiedenen Richtungen entwickelte und ausbildete.

Im allgemeinen sehen wir zuvörderst, wie das Streben der Großen nach Macht und Unabhängigkeit im steten Wachsen ist, wie die Auflösung des Heerbanns und der veränderte Heerdienst große Reformen hervorbringen, und diejenigen, welche den Dienst im Kriege übernahmen, nnd stets in der Waffenerüstung leben, sich in ein getrennte, und höheres Verhältniß gegen diejenigen setzen, welche dahel im Frieden das Bergut bauen und bestellen. Ein solcher Gang ist natürlich, und der Geschichte aller Zeiten angemessen. Gilt es nämlich nur, dahel wachsam und Kampfgerüstet den Heerz gegen mächtige, drohende Feinde zu schützen, so ist Alles Streiter, und Alles Bürger. Geht es aber hinaus zum Angriffskrieg, wo um Ruhm, Ehre und Vortheil gefochten wird, bildet sich ein Heer, das in unersättlicher Waffenlust, der Helmath und den Geschäften des Friedens sich entfremdet, so stellt es sich bald in Gegensatz mit dem friedlichen Volke, der Stolz erhebt es über dasselbe, und bringt zu Trennung, Verachtung und Druck.

So sehen wir auch nach Auflösung des Heerbanns das neue Heer der Lehn- und Dienstmannen sich vom übrigen Volke allmählig trennen, und in ein neues Verhältniß treten. Das Volk hatte die Waffen niedergelegt, und war entwaffnet für immer; es mußte den Schutz des gerüsteten Standes suchen, mußte ihn für den anfangs schweren und gefährlichen Dienst entschädigen, bald auch dem Uebermuth, der Herrschsucht und der Habsucht dienen. Der Kaiser ließ es geschehen, denn er stand selbst an der Spitze des Heers, das er in steten Kriegen nicht entbehren konnte, und um die freiwilligen Dienste der geübten

Mannschaft gab er gern die Hülfe der Waffe hin, die im Heerbann zu streiten verpflichtet, aber in der veränderten Zeit wenig mehr geschickt war.

So groß nun die Veränderung war, und so sehr durch das Uebergewicht einiger Stände und Klassen, so wie durch das Unterdrücken der Hürigen, die alte Stände-Eintheilung verrückt, und ihr gemeinsames Recht in der Volksversammlung geändert wurde, so war doch der Einfluß keinesweges so schnell wirkend, mächtig und allgemeinen, um nicht die wesentlichen Bestandtheile der alten Verfassung zu retten, und in der Ehrfurcht vor dem Bestehenden eine Schutzwehr gegen das neue sich Bildende zu geben.

Die neuen Stände bildeten sich aus den Alten, und ihre wesentlichen Grundlagen blieben kenntlich. Gemeinheitsverfassung blieb so wie Genossenschaft, Rechte der Geburt und der Ebenbürtigkeit; Erbe und Eigenthum behielten ihre Wichtigkeit in der Gesellschaft und im Staat.

1.) Die Edlen (*nobiles*) bildeten den ersten Stand. Sie waren an der Spitze der Freien, da man jetzt Freie und Unfreie im Allgemeinen sich entgegen zu setzen pflegte. Sie hatten hohe Reichsämtter bekleidet, den Heerdienst übernommen, Macht, Ansehn, Belohnung errungen, ihre Güter weit vermehrt, und Erbllichkeit ihrer Rechte erlangt. Die Auflösung des Herzogthums hatte alle diese Vorzüge befestigt. Sie erkannten nur den Kaiser als Oberherrn und Richter an, ihre Standesrechte übertrugen sie auf alle ihre Nachkömmlinge, und bildeten sie bis zur Landeshoheit aus. — Bis in das 13te Jahrhundert ist die auszeichnende Benennung ihres Standes: Edel (*nobilis*). Im gemeinen Leben hießen sie: die Herren und die Großen<sup>1)</sup>; im so fern sie zu den Angelegenheiten des Reichs in die Reichsversammlungen gezogen wurden, hießen sie

---

1) Die Urkunden bedienen sich gleichfalls der Ausdrücke: *magnates terrae, domini terrae*. — Bei einem Tausch zwischen zwei Grafen, im Jahre 1220: *aderant Dom. Colonienſis Archiepiſc. Dom. Monast. Dom. Qonabrugg. cum magnatibus terrae et copiosa tam nobilium quam Ministerialium multitudine*. Rindl. N. Beiträge III, No 56.

*Principes*, die fürdersten, Fürsten, welches dann allmählig ihr auszeichnender Titel ward.

II) Aus den Freien, den Schöpfenbaren Hofbesitzern und Gemeinheitsgenossen ging ein neuer Stand hervor, die Ritter. Diejenigen nämlich, die den Reichsdienst übernahmen, und dem kriegerischen Leben sich widmeten, Mannen, Wälfen vereinigten sich allmählig nach strengen Gesetzen der Ehre und Pflicht zu einer geschlossenen Genossenschaft und Innung, die in der Folge sorgsam die Vorzüge ihres Standes, und die Reinheit ihres Geschlechts bewahrte. Durch ihren gewählten Beruf den Edlen näher stehend, schlossen sie sich durch das Lehnverhältniß noch enger an sie an, und erhuben sich gleichfalls über die Erbbesitzer, die freien Landsassen, die friedlich ihre Aecker bauten. Das Waffenhandwerk vereinigt und hebt zu Auszeichnung, und von Auszeichnung zu Ehre und Würde; daher schlossen sich die Dienstmänner, Ministerialen, welche auch Heerdienst leisteten, allmählig an die Ritter an, so daß schon im 13ten Jahrhundert der früher streng gewährte und bezeichnete Unterschied verschwand. Die übrigen Ministerialen aber, die nicht im Felde dienten, verloren sich gleichzeitig, so wie ihr Nahme, in den übrigen Klassen der Hörigen.

Die freien Landsassen retteten ihre alten Gemeinheitsrechte und alle Vorzüge ihres freien Standes, in den Städten hinter Mauern und Wällen, aus denen sie späterhin auch mit gezogenem Schwerte zum Kampf hervortraten, und ihre Rechte nicht nur vertheidigten, sondern den Rittern höchst gefährlich und sogar überlegen wurden.

Die Freien, die nicht zur städtischen Gemeinheit traten, hatten ein weniger günstiges Schicksal; Viele verloren ihre Freiheit, und neigten sich, durch Anmaßung und Druck der Großen, zum Stande der Hörigkeit. Die übrigen mußten den künftigen Landesherrn als Vogt oder Schutzherrn anerkennen, und sie retteten hier zum Theil ihre alten Gemeinheitsrechte, da sie Schöffen in dem Landgericht blieben. In späterer Zeit, wo die Landeshoheit sich ausbildete, und viele getrennte Verhältnisse ausglich, die Hörigen dem sich ändernden Zeitgeist gemäß, und nachdem durch ihr Aufstehen in Masse den Großen ein

warnendes Zeichen gegeben war, mildern Behandlung erfuhren, trafen beide Classen im Stande der Bauern ziemlich allgemein zusammen, während im Einzelnen Observanz und Vertragsmäßig große Abstufungen blieben, und erhalten wurden.

Seit die Landeshoheit bindend und überwiegend den Ständen des Landes gegenüber trat, besonders da wieder Staats-Regierung die Lehnverhältnisse überwog, vereinten sich diejenigen Stände, die ein gemeinsames Interesse an einander band, enger zu einer Genossenschaft, um ihre Rechte zu schützen, und mit dem Landesherrn in einen heilsameren und geregelten Verein zu treten. Es bildeten sich nämlich allmählig und sehr verschiedenartig die Landstände, als selbstständige Corporationen, zu denen aus den weltlichen Ständen nur Ritter und Städte traten. Die Hörigen gelangten begreiflich nicht zum Beitritt, und die freien Landsassen waren zu sehr vereinzelt; ihre Rechte waren zu verschiedenartig; sie hatten keinen Zusammenhang, und es fehlte ihnen an urkundlichen Beweisen ihrer Freiheiten, so wie an Muth und Selbstgefühl, sie hervorzutreiben.

III.) Der alte Stand der Litonen war zwar ursprünglich in einem geringeren Verhältniß, als die Freien, hatte weniger Rechte, und es blieben die Kennzeichen der Hörigkeit deutlich hervor; aber ihr Verhältniß war überall gleich und geregelt, und sie gehörten mit zur Volksgemeinde, in der sie erschienen und ihr Recht empfingen<sup>2)</sup>. Allmählig bildet sich in der Unfreiheit nicht nur der entschiedenste Gegensatz der Freiheit die dadurch auch erst einen höheren und auszeichnenden

---

2) Alle waren bingpflichtig, aber nicht Alle zugleich Stimmsfähig. Hierzu wurden die Würdigsten und Verständigsten gewählt als Dingmänner (nachher Kornoten, Hofesgeschwornen u. s. w.) gleich bedeutend ist der Ausdruck *Malmannen* so wie *Heymannen*, welche in der Hofgemeinde die Schöffen waren. — „*Hominibus quoque eidem Ecclesiae collatis, qui vulgo Malmann dicuntur, praedictae regiae auctoritatis tuitionem nostram constituimus, et quicquid Fiscus regius de eis consequi debuit, totum nos . . . concedimus.* Urk. R. Conrad's v. 1032. ap. *Schaten* ad h. a. — „*aut homines ipsius ecclesiae Francos liberos et ecclesiasticos litones, malmann et servos cujusalibet conditionis seu colonos contra rationem distringendos etc. etc.* — Urk. R. Heinrich's v. 1039 ap. *Schaten*, ad h. a.

Begriff erhält, sondern es theilten sich nun auch diese Ansehn in viele und mannichfache Classen mit verschiedenen Rechten und Pflichten, wie es Vertrag, Observanz und Willkühr verschrieb.

Die Litonen bauten einen Mansus, der zu einem Hauptgut, oder Oberhof gehörte, dem das Obereigenthum zustand <sup>3)</sup>. Wir treffen sie unter den Rahmen Lassen, Hygen <sup>4)</sup>, Hübner, Hofleute, Ammetleute <sup>5)</sup>. Große Güter ließ man durch Meyer, (villici) nach fränkischer Sitte verwalten, und theilte sie oft gegen Abgabe und Dienst an Geringere aus, die auch Meyer genannt wurden. Unter gleichen Bedingungen mochten verödete und leere Höfe so wie dies schon früher geschah, untergegeben, und die Besitzer zur Bezeichnung des Gegensatzes, Colonen genannt werden <sup>6)</sup>.

Die Ministerialien, die die fränkische Herrschaft brachte, bildeten lange einen besondern Stand, der seine eigenen hergebrachten Rechte hatte, und dessen Verpflichtungen sich nach dem ursprünglichen Vertrage richteten. Es bezeichnete sie derselben Rahme von höchsten Reichs-Ministerial bis zum geringsten Zinsmann <sup>7)</sup>, sie verloren sich aber, wie wir oben sahen, nach und nach unter den übrigen Ständen.

3) „Jure proprietatis seu litonico adstricti“. Urk. v. 1395 bei Kindinger (Bollmestein) No. 112.

4) Litones proprie dicti Hygen ejusdem officii. Urk. v. 1346. Kindinger No. 93.

5) Nach den Rechten des Oberhofes Sidel (um 1500) sollen als Geschworene sieben Hofhörige gewählt werden: die da die verständigste und weissten und erbarsten sind. Dieselben sollen heißen Litones das ist zu Deutsch Laten. Kindinger No. 195. Welche Bewirkung durchkreuzt hier alte Erinnerung!

6) Importunitatem quam in bona ecclesiae aliquando exercere tentaverint advocati, vel villicationes ejus locando, quod nihil ad eos adinuenerit, vel hereditates litonum ecclesiae sibi usurpando, vel mansos etiam ecclesiae novis collocando colonis. Urk. R. Friedr. I. von 1188 bei Helmoltz, in Antiquit. Goelhar. lib. III. p. 185.

7) Nicht nur hießen sie Ministeriales, sondern auch servi, da wo dieser Ausdruck als Gegensatz die ganze Classe der Dienenden begreift. In einer Urkunde des Grafen von Everstein von 1226 sind aufgeführt: testium nomina . . . conversorum . . . militum . . . Servorum, welche letztere hier bestimmt Ministerialien sind. Kindinger Beitr. III. Urk. No. 62. Eben so werden in einer Urk. von 1264 die Ministerialen Servi genannt. E. Kopp. (v. d. Pfaff, Ger.) I. No. 121.

Die Schutzhörigen<sup>8)</sup> verpflichteten sich freiwillig, um gegen Gewalt und Unrecht geschützt zu werden; oder aus Frömmigkeit, Demuth, Anhänglichkeit, Treue, den geistlichen oder weltlichen Großen zu Abgaben und Diensten, und es entstanden aus ihnen die mancherlei Dienst- und Zinsleute, Wachshörige und Altarhörige.

Allen diesen Hörigen, die durch den Grund und Boden, den sie bauten, an dem Guts- oder Schutzherrn hingen, blieben die Knechte (*servi*) entgegengesetzt<sup>9)</sup>. Sie gehörten theils zur Familie, zur Hausgenossenschaft, theils setzten sie sich auch einzeln und dienten. Sie wurden Hintersassen genannt<sup>10)</sup>, und da sie mit keinem Gute eigen waren, so waren sie es mit ihrem Leibe, weshalb von ihnen wohl der Ausdruck: Leibeigene hauptsächlich herrührt, und nachher, wegen der Idee vom völligen Eigenthum, auch auf andere Hörige übertragen wurde. In so fern sie aus andern Gemeinden kamen, und Dienst und Unterkommen suchten, hießen sie auch Einläufer, Einkömmlinge, und so fern sie nicht zur Hofgemeinde gehörten, oder auch später sich davon absonderten, Sonderleute<sup>11)</sup>, (*homines singulares, solivagi*).

8) „Qui censum persolvere debent. quod *mundschad* vocatur.“ *S. Urk. bei Schaten*, Ann. Pad. ad a 1002. Mundmannen werden genannt in der oben *S. 1896* allegirten Urkunde.

9) Der alte Ausdruck: *Mancipia* bleibt auch noch lange. Eine Urkunde von 1321 sagt z. B. *juro mancipii seu servitutis*. *Kindl. Hörigkeit*. *Nro. 72*.

10) *isti homines qui dicuntur Hinderesse sive synleffigede lude in villa B. dat quilibet duos pullos annuatim et sunt tales homines sic vocati illi, qui non habent hereditatem vel agros vel possessiones in villa. S. Mainz. Reg. v. 1264 — 68. Bei Kindl. (Hörigkeit) Nro. 32. Späterhin wurde der Ausdruck Hintersasse auf alle erthenbt, die einen Schutzherrn hatten.*

11) *Kindlinger* (*Gef. der Hörigt. S. 47.*) hat in gewissem Betracht Unrecht, wenn er Sonderleute und Einläufige, als einzelne Leute, für synonym nimmt, und bloß solche dafür hält, die sich vom Hofverband trennten. Eben so wenig gehören die Löjungen, *emancipati*, damit in eine Klasse. Denn der Name Einläufige ist gleichbedeutend mit Einkömmenen (*Eingekommenen*) *Urk. v. 1383. (Kindl. Beitr. III. 2. Nro. 177).* — *De vryen unde de inkomet lude — „Urk. v. 1387. (das. Nro. 180)“* dat de vryen unde die inkomene lude in dem Kersele Goldenfede ic.

Verschieden sind im Einzelnen die Classen, Benennungen, Eigenschaften, Lasten und Rechtsverhältnisse der Hörigen, und in den verschiedenen Gegenden und Orten, hatten auch verschiedene Gewohnheiten und Observanzen Statt. Es läßt sich beinahe in dem beständigen Wechsel nichts Festes darüber sagen, denn jede neu aufgefundenen Urkunde enthält Neues und Unterscheidendes, und stellt besondere Verhältnisse und verschiedene Rechte und Verpflichtungen auf <sup>12)</sup>).

Alle umfaßt jedoch die wesentliche Bedingung der Hörigkeit, Eigenthum eines Andern <sup>13)</sup>, Verpflichtung zu Dienst und Abgabe und erbliche Fortdauer dieses Verhältnisses durch die Geburt. Wie aber das Mittelalter überhaupt stets verschrien worden ist, so hat man auch das Verhältniß der Hörigen meist mit unrichtigen Farben geschildert. Schon die überall waltende Analogie des Lehnverhältnisses kann uns auf einen richtigen Begriff leiten; das Zudrängen so vieler Freien zur Hörigkeit muß uns bei einem fast zu allen Zeiten groß gesinnten und Freiheit liebenden Volke bedenklich machen, und das richtige Verstehen und Auffassen des damaligen Zeitgeistes wird unsere Vorstellungen mildern und ändern. Schon in den Worten liegt das Milde; sagen wir nicht noch: Angehörige, von denen, die uns am theuersten sind; und heißt: Ich diene dir, ursprünglich wohl etwas anderes als, ich bin Dein; ein Ausdruck, den auch noch Freundschaft und Treue gebraucht, und

12) Auch Kindingers Werk: Gesch. der deutschen Hörigkeit. Berlin 1819, ist keinesweges erschöpfend, und oft fehlt ihm Bestimmtheit und Klarheit.

13) Es konnte daher über sie, wie über jedes Eigenthum, disponirt, sie konnten auch frei gelassen werden, (*liberti, manumissi*) wodurch sie jedoch nicht Freie wurden, sondern nur als Hörige einen andern Herrn wählen konnten. Durch die Urk. v. 1317 wird ein Eigenhöriger entlassen, dergestalt, daß er *se possit d. vertere ad aliud jus pro suo beneplacito voluntatis* Kinkl. Hör. No. 65. Tausche waren häufig. „Eodem . . . a iugo ejusdem curtis de *consensu litanum manumissimus ac . . . ad servitutem ejusdem curtis recipimus loco eorundem. — Acta . . . presentibus . . . A. villico sepedicto curtis . . . litanibus curtis prefate . . . Interfuert etiam . . . Bergl. Urk. v. 1274 bei Kindinger, (Bolmestein) No. 39. Zuweilen wurden auch die *libori* aus Mißverständnis *libertini* genannt z. B. in einer Urk. bei Kindinger (M. B.) III, No. 107. —*

der gerade, weil er keine Härte anzeigte, vom Sprachgebrauch, als gewöhnliche Höflichkeitsbezeichnung, aufgenommen worden ist? Nicht in ein Joch, in eine Sklaverei, wollte man sich begeben, sondern anschließen an den Höhern und Mächtigen in treuer Ergebenheit, in Demuth, in milder Anspruchloser Verehrung<sup>14)</sup>, und der Dienst, so wie die Abgabe, war selten drückend, oft nur ein äußeres Zeichen des gegenseitigen Verhältnisses<sup>15)</sup>. Wenn daher im Einzelnen wohl Druck, Anmaßung und Härte sich zeigte<sup>16)</sup>, so fällt das Streben, sie als eine niedere, rohe, weit abstehende, zum Druck gebohrte Klasse zu behandeln, doch erst einer späteren Zeit zur Last.

Das Streben und Hinneigen, mit Hintansetzung urkundlicher und observanzmäßiger Rechte sie zusammen aufzuschmelzen, wird anfangs in einzelnen Beispielen sichtlich, und findet noch hinlängliche Resistenz in der Ehrfurcht vor altem Herkommen und Recht<sup>17)</sup>. Unter der sich befestigenden Landeshoheit ging

14) So ergibt sich Einer noch 1403. des Schutzes halber den Junkern von Schöneck zum eigenhörigen Mann: zu rechter Engenschaft, das ich irē recht eigen Angehörich arme Man soll syn. Vergl. Rindl. Hörigkeit, Nro. 149.

15) Nach dem Beisthum des Freihofes zu Ursprungen v. 1545 müssen sich sämtliche Hübner im Gericht versammeln, ihren Zins bezahlen und Urtheil finden. So nun das Gericht ein Ende hat, so soll ihnen mein Herr Brobst Essen und Trinken geben, und ihnen gütlich thun; so dann ein solches geschehen soll einer 6 Pfennig auf den Disch legen, so hat er bezahlt. Rindl. Hörigkeit, Nro. 210. Man sieht, daß es da ganz fröhlich, gemüthlich und traulich zugieng.

16) Diese drückt sich natv in einer Mainzer Urk. von 1274 aus, bei Rindl. Hörigkeit Nro. 35. Es heißt darin: eo quod dicti . . . se advocatos quod vulgariter dicitur *Leuthe* et etiam Patronos quod vulg. dicitur *Lehenherre* in predicta villa B. esse dicebant, et ratione dictorum Advocatis et Patronatus quosdam census, hospitias, quod vulg. dicitur *Herbr-ge*, exactiones sive precarias, quod *Bethe* vulg. dicitur, triticum et denarios. melius caput post mortem principalis persone, unum virum, qui *Dingman* vocatur, pullos carni-priviales, vecturam curruum et equorum, et alia, que Advocati et patroni sive *de facio* sive *de jure* solent requirere, ab ipso monasterio requirebant. — Man sieht, wie hier Lehnherren und Bögte, weil sie den Heerdienst versahen, und Schutz, bald gaben, bald vortgaben, die Abgaben und Beihülsen steigerten, und Gewohnheitsrecht daraus machten,

17) Im „alten Herkommen und Recht des Landes Blankenberg“ v. 1457 bei Rindl. Hörigkeit, Nro. 173 heißt es: Item so waren in dem vorg. lande vonfferleze lude, en n ycklich bi sy me besun-



es leichter, und war weniger fühlbar, weil der Hóbrige im Landesherren meist Schutz gegen den Gutsheeren fand, und da, wo beide Personen Eins waren, im allgemeinen Verháltniß das Specieller sich verdunkelte, und jenes dieses in sich aufnahm.

### Drittes Kapitel.

Fortsetzung. Der Stand der Freien in Westphalen, und seine auszeichnenden Merkmale.

Nach der im vorigen Kapitel vorausgeschickten geschichtlichen Uebersicht, wenden wir uns zu einigen Untersuchungen, die hauptsächlich den Gegenstand unserer Abhandlung betreffen, um manche Sätze und Beweise für das Auszeichnende der Verfassung Westphalens aufzustellen.

1.) Lange sichtlich bleibt noch die alte Volksgemeinde, die alle drei alte Stände umfaßte, und so wie daher in den Urkunden des 12ten Jahrhunderts noch kein fester Unterschied der Stände zu erkennen ist, so vermissen wir auch fast überall die erst später erscheinende scharfe Trennung derselben. So wie in der Curie des Kaisers *Principes, nobiles, liberi und ministeriales* erscheinen <sup>1)</sup>, so ist das *Placitum* der Provinz noch allen Eingefessenen, der ganzen Volksmenge offen, und alle sind Zeugen und Theilnehmer der Verhandlung, auch Schóßsen, insofern sie nach ihren Geburtsrechten in den verschiedenen Fällen es seyn können. Doch sehen wir in und außer Westphalen im 13ten Jahrhundert das allmáhlige Abnehmen der Volksversammlung <sup>2)</sup>.

deren Rechte . . . und dat waren Dienstlúde, Burgere, Engenlúde, vryen u. Voittlúde und die seit J. v. 3. 307 Bit he Amptmann zo Blandenberg was . . . under ennan der gemengt, so we sy dan in den Kirspelen gessaffen waren.

1) In der Schenkungs-Urkunde des Kaiser Lothar von 1129 sind als Zeugen aufgeführt: *Ex Principibus laicis et reliquis nobilibus ac liberis W. Comes de Lutzenburg R. Comes. C. Comes. H. Comes de Salmena.* und außerdem viele *nobiles, liberi und ministeriales regni.* vid. J. A. Kopp de insigni differentia inter comites et nobiles immediatos Pro. 3.

2) *Acta sunt Colonias in celebri Conventu cleri et populi.* Urk. v.

2.) Ohngeachtet ihrer Auflösung bleibt aber doch die alte **Gemeinheitsverfassung** fest stehen, und die verschiedenen **Stände** nehmen ihre Rechte mit heraus, wie wir dies selbst bei den Litonen oder Hörigen sehen, die trotz ihrer Beschränkung, mit allen Gemeinheitsrechten (Hofrecht, Ammetrecht, *jus Curiae*) heraustreten, und alle Formen des alten *Placitum* beibehalten<sup>3)</sup>. So wie aber bei ihnen durch Verschiedenheit der sich bildenden Obsewanz, und der Vertragsmäßigen Rechte und Verpflichtungen, eine Vereinzelnung und Beschränkung der Gemeinden natürlich entsteht, so blieben die übrigen Stände in Genossenschaften getheilt, die sich theils wieder gliedern, theils auch zu größern Genossenschaften vereinigen, so daß wir aus ihnen die großen Verbindungen des Mittelalters hervorgehen sehen. Wenn diese geschlossen wurden, um den Schutz der unwirksam gewordenen Staatsgewalt zu ersetzen, so liefern sie gerade auch dem Beweis, daß die sich bildende Landeshoheit noch nichts bedeutete, und nirgend zu einer Staatsgewalt geblieben war. Später ließen sich die Genossenschaften zum Theil im Kampf mit der Landeshoheit auf, zum Theil veralteten sie,

---

1139. Rindl. Wolmestein. 1. b. — Der Bischof Bernhard von Hildesheim giebt 1150 das Schloß Wincenburg zu Lehn: *praecepto regis et rogatu principum et consilio amicorum, cleri scil. et populi* . . . *firma comprobationis ac testificationis nobilium et liberorum hominum*. Unter dem Zeugen sind *nobiles, liberi und ministri*. Falke, Cod. Trad. Corb. — In einer Urkunde von 1187 heißt es nach den Zeugen: „*et magna populi multitudo*.“ B. Rindl. Gesch. von Wolmestein No. 9. a In einer Bischöflichen Urkunde v. 1133 heißt es: *in nostra presentia, in communi conventu populi*. S. Rindlinger, Münst. Beitr. III. No. 15. — In einer Urkunde von 1226: *cum essemus in conventu liberorum*, Dann folgen die Zeugen: *Haec nomina liberorum*. Aderant quoque etc. hier folgen viele Namen, und wir erkennen das Abnehmen der Volksversammlung. B. Rindlinger, das. No. 48. — In einer Urk. v. 1253 wird eine Schenkung bestätigt: *ante tribunalia iudicium, coram populo terras*. Vgl. K. P. Kopp, von den Hess. Gerichten I. No. 51 Urk. v. 1096 bei Röser, Dän. Gesch. I. No. 44. „*Acta . . . in placito Folkmari Comitum Holthus habito . . . presentibus testibus ex Nobilibus . . . ex liberis . . . et omnes Bergildi ad praedictum placitum pertinentes*.“ —

3) „*Coram sculteto et litonibus curtis*.“ vor Schultheiß und Hofleuten oder Amthörigen, wird eben so verfahren, wie *coram virgavio et liberis*. — Das *Placitum* wird auch häufig *Plebiscitum* genannt.

und hörten unter der in der Landeshoheit sich bildenden Staatsgewalt von selbst auf, so wie auch die kleineren Genossenschaften, und Gemeinheits Einrichtungen, Selbstregierung und Autonomie, unter ihr allmählig verlockerten und schwanden.

3.) Das Verhältniß der Freien und Ritter in seinem Ursprung ist schon oben angegeben worden; sie bilden fortwährend eine Genossenschaft, da wo es nicht die kriegerische Ehre des militärischen Theils dieses Standes und ihre Vasallen-Verhältnisse gilt. — Während überall die Rechte der Freien sich änderten und vermischten, blieben in Westphalen, unter dem Schutz einer Genossenschaft, die von vielen äußeren Umständen gehalten und begünstigt wurde, die alten Standesrechte fast unverändert, und auf die wesentlichen Kennzeichen derselben kommt fast Alles an, wenn wir uns ihr späteres geschichtliches Verhältniß erklären wollen.

Sie waren nämlich noch immer unmittelbare Unterthanen des Kaisers, und blieben es in gewisser Hinsicht; sie standen unter dem Gericht des Kaisers, und waren Stimmfähig in demselben; sie hielten streng an altem Recht und Herkommen, und übten es in uralten, hergebrachten Formen. Dergestalt, und vermöge ihrer Unmittelbarkeit behielten sie die Idee einer höheren Würde und ein anerkanntes Vorzugsrecht; zugleich eine gewisse Unabhängigkeit von der sich bildenden Landeshoheit, so wie auch später noch ein milderer Verhältniß zu derselben bestehen blieb 4). Absichtlos findet sich dies in den Urkunden hier

---

4) Eine merkwürdige Urkunde giebt Rindlinger, (Hörigkeit, No. 141). Sie ist vom Jahre 1394, und beweist, daß die Freien sich nur aus eigenem Entschluß, und um des Schutzes Willen in ein Verhältniß begaben, aus dem sich die Landeshoheit entwickelte. Ehe diese sich befestigte, gab es nur einzelne Verhältnisse der Schutz- oder Diensthörigkeit. — Wer in einem solchen nicht stand, war frei. — Die Urkunde beginnt: Ic . . . eyn geswornen Richter uppen Hummelinghen, mynes leven gnedigen Heren, H. Otto Byscopes to Ronstere bekenne und betuge openbare, dat vor my in eynen gegebenen Gerichte to sogelen dar ich den Stoel besat, Antworbe guber Lude, de hier na bescreven staet gekomen synd . . . (viele Namen) unde vortmer de gemeynen Brien uppen Hummelinghen. — Die Gemeinde verbindet und verspricht sich, dem Bischof und dem Stift zu Freien, wie andere Freie seines Landes im Emslande, gelobt, ihm hold und treu zu seyn, nie wider ihn zu handeln; noch sich von ihm zu kehren, und dem Graf von Teckenburg keine Dienste noch

und da angedeutet, aber entschieden spricht sich schon im 14ten Jahrhundert der Unterschied der Freien von Westphalen und der freien Landsassen des übrigen Deutschlands aus. Diese verloren meist ihre alten Standesvorzüge, und äußeren Kennzeichen der Abstammung aus einer alten Verfassung, namentlich den privilegierten Gerichtsstand <sup>5)</sup>, während es in Westphalen unbezweifelt und klar ist, daß die Freien besondere Standesvorzüge aufrecht erhielten.

In allen Urkunden von der Karolingischen Zeit abwärts finden wir die Freien als einen Stand aufgeführt, und mit den Edlen zugleich, den Litonen und übrigen Hörigen entgegengesetzt. Ihr Merkmal ist in den ersten Jahrhunderten, daß sie unter den Beamten des Kaisers als alte Gemeinde blieben, während die Hörigen der Kirche und der weltlichen Großen unter Vögten, Schulden und Amtsmännern Gemeinden bilden, und weder unter den Beamten des Reichs stehen, noch unmittelbar dem Reich dienen oder Abgaben leisten <sup>6)</sup>. Wenn nun die Qualität der Beamten erlosch, und diese, als Fürsten, das Comitatus erblich verliehen erhielten, und allmählig als Landesherren die ehemaligen Beamtenrechte ausübten; so tritt in Westphalen das Besondere ein, daß die Ausbildung der Landeshoheit langsamer von Statten ging, und die Beamten Qualität hier nicht so bald, wie andernwärts, erlosch. Hauptursache

zins zu thun oder zu geben, und schwören, dies unverbrüchlich zu halten, jedoch unter der Bedingung: ed en wens Sake, dat dat Stichte van Wonslere de Cloppenborgh van sich lete, so mochte se sich keren wger se wolten, unverbrotten ever Eyde.

- 5) Karl IV. belehnt Freigrafen und besetzt Freisühle, während er z. B. den Landgrafen von Hessen belehnt: „mit dem Fürstenthumb, der Landgraveschaft und Herrschaft zu Hessen . . . mit irem ganzen Lande . . . mit Graven, Freihen, Edeln, Rittersn u. s. w.“ S. Urk. von 1373 bei R. P. Kopp, von den Hessischen Gerichten. Cassel 1769 I. S. 257.

- 6) Die Freien, die sich als Hörige einer Kirche übergaben, werden auch noch Frei genannt; sie treten aber aus der Genossenschaft heraus. Daher sagt das Diplom Kaisers Otto von 1001 — „de ejus (eccl.) hominibus tam liberis quam et servis nulla judiciaria persona constringendis, nisi coram Advocato, quem ipso Episcopus (Paderbr.) elegerit. Hinzugefügt ist aber: Insuper renovamus et confirmamus comitatus super pagos etc. Vgl. Fülle, Cod. Trad. Corb. p. 669.

he war, weil der größte Theil des Landes an die geistlichen Stiftungen fiel, welche Theils nicht so schnell um sich griffen, theils nachgiebiger gegen die Handhabung alter Rechte und Observanzen waren. Indem sie daher die Mehrzahl der Freien sowohl, als Hörigen, in ihre Immunität zogen, ehrten sie die Rechte der übrigen Freien, welche in der Zeit unabhängig von diesem Verhältniß geblieben waren <sup>7)</sup>, und daher als unmittelbar unter dem Kaiser stehend betrachtet wurden, mit den alten kaiserlichen Beamten sich versammelten, und die alten Reichs-Abgaben an diese zum kaiserlichen Fiscus zahlten <sup>8)</sup>. Entscheidend war es aber, daß, als die Stifter das Comitatus erhielten, das Beamten-Verhältniß in ein Lehnverhältniß verwandelt, die Abhängigkeit vom Kaiser mehr als anderwärts geehrt, und der Vicomites oder Landrichter, der nun auch schon *liber comes*, Freigraf, hieß, als kaiserlicher Richter angesehen, belehnt und die Bestätigung des Kaisers nachgesucht wurde.

Es verringerte sich aber die Zahl der echten Freien, indem fortbauernnd Viele in die Hörigkeit traten, Andere, als Freie, ein Verhältniß anknüpften, das der Reinheit ihres Vorzuges allmählig den Untergang bringen mußte <sup>9)</sup>. Sodann erlagen

7) In den Münsterschen Synodal-Urtheil von 1330 spricht sich das Vorrecht der Freien so aus: *Diffinitum est per sententiam, et approbatum quod quilibet ipsorum secundum suam conditionem videlicet liber manu sua, ministerialis manu utertia, cerocensualis manu Septima et servus manu duodecima suae Christianitatis Decano, secum accusati et denunciati fuerint, de jure debeant expurgare.* Vgl. Kindehl. (Beiträge) III. No. 133.

8) In einer Urkunde von 997 (ap. Schaten Ann. Pad. ad h. a.) rebet K. Otto von dem ihm zustehenden *utensilibus*: *hoc est census quem liberi homines ad praedictum locum persolverunt.* — In einer andern Kaiser. Urk. v. 978. wird das Kloster Mollenbeck hinsichtlich seiner Angehörigen privilegiert: *ut regalis vel imperialis census, qui nostro juri solebat hactenus persolvi, a nullo Comite vel judiciali persona deinceps exigatur.* Cosmann, Materialien zur Geschichte S. 311.

9) So heißt es in einer Urkunde von 1114 von Mehreren: *Comit. Siffredo libero servibant, und sie werden dann Ministerialen genannt.* S. Kindehl. Beiträge III. No. 13. — In einer Urkunde von 1147. (Schaten An. Pad. ad h. a.) sagt Kaiser Conrad: *Et ut liberi hominis licentiam habeant, praedia sua eidem monasterio conferre, nec quivis iudex aut regia potestas, solitum debitum aut publicum vocitigal ab eis deinceps extorqueat.* Hier ist zugleich ein unterscheidendes Kennzeichen der Freien ausgedrückt.

Viele der Gewalt und Anmaßung, indem nicht nur das Comitatus, sondern auch ihre Person als Eigenthum vergeben wurde <sup>10)</sup>. Ferner schwand ihre Auszeichnung, wodurch sie unmittelbar dem Reich, dem sie nicht mit den Waffen dienten, contribuirenden mußten, da theils die Grafen und geistlichen Fürsten die Abgaben an sich zogen, sie als ihr Eigenthum heben ließen, und die auszeichnende Qualität derselben in Vergessenheit brachten, theils die Kaiser diese Revenüen des Reichs verschenkten und verschleuderten <sup>11)</sup>,

10) Doch trübten die Kaiser nur die Abgaben der Freien, und diese selbst wurden selten als Eigenthum angesehen, wenn sie sich nicht selbst in die Hörigkeit begaben. Als später ganze Freigravschasten mit den Freien veräußert wurden, hatte dies auf das befestigte und bleibende Standesverhältniß keinen Einfluß mehr. Der Graf v. d. Mark verkauft 1326 die Freigravschast zu Warbors mit Gütern, Freien, Höfen, Häusern u. s. w., und mit den vrien Guden und mit den vrien, und mit den Brienstole to bone und latene, also en Man mit sinen Gude macht. So verkaufen auch die von Ringenberg dem Bischof von Münster die Freigravschast zu Dingde „cum hominibus liberis“ (S. Urk. bei Kindl. Beitr. II. No. 129 und III. No. 161.) Die Freien wurden jedoch hierdurch keine Hörige Untersassen, wenn man gleich sagte: *liberi nostri*, und beim Verkauf einer Freigravschast es hieß: *colonus et libere conditionis homines a nobis liberos dimittones*. Fester griff die Gewalt außer Westphalen um sich. In einer Urk. von 1238, wodurch, die Gravschast Wetter in mehrere Genten getheilt wird, heißt es: *liberi illi, qui pertinebant Wanegelhansen et fuerunt comitis Hermanni, modo sunt pro meditate Dni. Archiepiscopi*. — In einer andern Urk. von 1220 heißt es: *quedam pars Comitatus scil. Dominium super quosdam liberos*. Vgl. Kopp, von den Hess. Ger. I. S. 244. und Urk. No. 69.

11) In einer Schenkungs-Urkunde Otto's von 1001 (ap. Schaten I. c.) sagt der Kaiser: *Fiscum etiam, quem hucusque ad nostras manus de liberis hominibus per eundem pagum recepimus, pari Sententia episcopo . . largimur*. — In einer Urkunde von 1020 (ap. Schaten I. c.) sagt K. Heinrich. — *nostri juris curtem Triburi nominatam in pago Saxonico Westfalia sitam in comitatu Herimanni comitis cum omnibus appendiciis, servis et ancillis, liberis quoque cum tali servitio et censu, qualem nobis solvebant et agebant*. — Die geistlichen Güter verschlangen die Fiscalischen Einkünfte in Masse, und brachten den Weg zum gänzlichen Verlust; denn es war königliche Sitte geworden, die Kirche mit Gütern zu überhäufen, ihr die Immunität zu verleihen, und sie von der Gewalt der weltlichen Beamten und von allen Reichsadgaben zu befreien. In dem Privileg Heinrichs für Helmarshausen von 1107 heißt es: *Dedimus quoque preceptum stabiliter regio more, ut nulla doinceps persona, magna vel parva, cujuscunque sit ordinis vel officii, audeat dictam ecclesiam aliqua parte molestare vel inquietare, vel tributum inde, vel aliquod regale servitium exigere*.

und indem man sie nun mit den Grundabgaben der Hörigen erhob, es leicht geschah, daß sie mit diesen in gleiche Rathegorien gesetzt wurden <sup>22)</sup>).

Es ist ziemlich klar, daß schon im 13ten Jahrhundert ihr Stand meist nur noch eine übrig gebliebene alte Form war,

19) Die Beamten disponirten bald eben so darüber, wie die Kaiser selbst. In einer Urk. des Erz. v. Eöln v. 1117. (Kindl. Wolmestein Kro. 6.) heißt es: *quod cum quidam liber homo Hezelinus nomine vendidisset agros suos sitos in M. . . Henricus, cognomento Munsum, eodem tempore apud eundem locum super liberis et liberorum agros comicia positus, quicquid juris in praenomina- tis agri habebat quod ad Fiscus regium pertinebat, in manus nostras resignavit.* Der Graf von der Mark weist 1348 den von Hans- leden 8 Mark als Erbburglehn an, den hey und sine Erven alle Jar upboren sulen unt unser Brigraschaft tho volebraicht tho twen Tiden des Jars half thom Meye und half thom Herveste, also ge- danc Selbes als uns dar unse vryen lude tho Weide gest Dgl. Kindl. Beiträge III. Kro. 149. — Wenn hier der alte, Freien zuständige Ausdruck Weide gebraucht wird, so erwähnt eine Urkun- de von 1320: *denariorum, quorum contum marcas liberi homines dominis in Vechte pro pensione sive exactione solvent et dabant.* S. Kindl. Hörigkeit, Kro. 71. Wie schon überall die Abgabe der Freien die Natur von Grundzins und Gerichts Einkünften annahm, bezeichneten doch noch meist die Rahmen ihre Entstehung. In dem Güter Verz. bei Kindl. a. a. O. Kro. 73. sind die verschiedenen Abgaben aufgeführt, und unter diesen auch die der Freien, unter der Bezeichnung Konynkdenast, Heracillinge. Es fehlte jedoch nicht, daß noch andere Abgaben hinzukamen; so mußten häufig die Freien Hahnen und Eier entrichten, welche Abgabe doch fast überall, als Wortzins, entsteht. Die Urkunden sagen *Pulli et ova liberorum* und fügen hinzu: *pro Ghamerschuld.* Das Wort, welches auch Ghamerscult und, vielleicht unrichtig gelesen, Hamerscult geschrieben wird, leitet Kindlinger von Jammer, dem Schreien der geschlachte- tet Hahnen her. Das widerlegt sich von selbst; vielleicht heißt es Kammererschuld, da Kammer plattdeutsch gesprochen, Ghamer klingt. — Zuletzt vermischen sich ziemlich die Abgaben der Hörigen und Freien, und das Auszeichnende schwand allmählig, wie schon aus folgenden Urkunden = Stellen hervorgeht: „Were dat unse Here van Monster vorg. off syne Nakomelinge und Gestichte engene lude, Dienst lude ofte vryge lude wonende hebben bynnen den voir- den.“ Urk. v. 1297 bei Kindl. Beitr. III. Kro. 190. „Fortmehr sollen Ritterschaft und Bürger der vorbezeichneten Lande ihre Leute, die sie im Besitze und Behren haben, und die von ihren Velttern oder Vorfahren an sie kommen sind, es mögen freie Leute, Altherbri- ge = Leute, Vogt = Leute, Hoves = Leute oder Eigen = Leute seyn, in al- ler Maßen haben und behalten, wie sie bisher gehabt haben“ Urk. v. 1438 Kleinsorg, Kirchengesch. III. S. 310. Ein Hof wird überlassen, vry . . . van alme Deynste, Beeden und Deynsterechte den men van vryen Erven und Hoven to geven plegt: S. Urk. v. 1379 bei Kindl. Wolmestein, Kro. 103.

und daß man oft selbst nicht mehr wußte, was sie bedeuteten, und warum sie Freie hießen<sup>13)</sup>. Wir sehen sie zwar fortwährend im Placitum, aber in immer geringerer Zahl, dagegen viele andere Dingpflichtige und Gerichtsgesessene, jedoch unbescholtene, treue, ehrbare Männer, an denen es somit nicht fehlen mußte<sup>14)</sup>, und die noch den alten von den fränkischen Kaisern und ihrer Verfassung übertragenen Namen, gute Männer, *boni homines* beibehielten<sup>15)</sup>. Unfreie konnten es nicht seyn, aber das Schöffenamnt blieb wahrscheinlich in den Händen der alten Genossenschaft, und da diese mehr und mehr zusammengeschmolzen war, so ist es erklärlich, wie sie späterhin zur Sitte kommen, jetzt Genossen zu wählen und aufzunehmen, die es nicht von Geburt waren. Ihre höchste und einzige Auszeichnung war das Schöffenamnt; alle Genossen hießen demnach jetzt Freischöffen<sup>16)</sup>. — Wollten sie sich aber erhalten und regeneriren, so mußten sie sich zur Handhabung ihrer Rechte und ihrer Selbstständigkeit neu zu-

13) Daher wohl der häufige Ausdruck in den Urkunden des 13ten Jahrhunderts: *ii qui dicuntur libere conditionis*, so wie später: *qui vulgo Vryen appelluntur*.

14) In einer Urkunde von 1305, ausgestellt vom Richter zu Warendorf, heißt es bei den Zeugen: *qui Vrygen nuncupantur, ac aliis fidedignis*. *S. Kindl. Hörtigkeit, Nro. 59.* Der Bischof von Münster stellt 1315 eine Urkunde aus: *stantibus . . . qui Vrygen publice nominantur cum aliis multis fidedignis*. *S. Kindl. Beitr. III. Nro. 115* — Die Burggrafen von Stromberg geben 1318 ein Erbe an das Kloster Marienfelde vor dem Freigraf: . . . *presentibus . . . cum ceteris suis sociis qui Vrygen vulgariter appellantur ad hoc tunc etiam convocatis*. *S. Kindl. a. a. O. Nro. 122.* — In einem andern Urk. von 1318 (das. Nro. 120) heißt es: *Acta presentibus liberis nostris. Presentibus etiam viris honestis . . .* Eine Urk. v. 1141 sagt: *Hujus rei testes . . . et alii multi boni et honesti testimonii viri*. *Kindl. Wolmestein Nro. 2.* Rönne *opinio et boni testimonii viri* erläutert dies die Urk. von 1177. *Kindl. Wolmestein Nro. 6.*

15) Häufig liest man in den Urkunden des 13. 14. u. 15ten Jahrhunderts: *juri bonorum hominum: et alii boni viri* und ander guden luden genouch, de dat Gherichte mede bestonden u. s. w. Ein Urtheil des Freigerichts zu Wolmestein wird gefunden: nach Ratte syl guder edeler fryen und anderer Wyderman by dar gegenwertig waren. *S. Urk. v. 1436 bei Senkenberg, corp. jur. Germ. II. lit. H.*

16) „*Dicti vriscepenbare, lude seu vrien*“ sagen die Urkunden.



sammen schließen, und so erhielt vielleicht schon früh ihre Genossenschaft allmählig das Ansehn einer neuen, besonderen und ausgezeichneten Verbindung.

● Einen neuen Standesvorzug legten sie sich nie bei; wenn daher der Ritterstand immer in ihrer Genossenschaft erscheint, so ist dies der lebendigste Beweis für die gleiche Abstammung und für die unmittelbare Fortsetzung alter Standesrechte. Außerhalb Westphalen waren die Freien Schutzhörige des Landesherrn geworden, und hatten nicht mehr den Standesvorzug der Westphälischen Freien; es wurde daher freie Geburt und freier Stand dazu erfordert, um Westphälischer Freischöffe zu werden; jedoch hatte Keiner die Vorrechte dieser Genossenschaft, ehe sie ihm beigelegt wurden. — Wenn nun in Folge späterer Ereignisse selbst Fürsten sich unter die Freischöffen aufnehmen ließen, so mußte ihr Stolz natürlich wachsen, dergestalt, daß sie sich oft noch als unmittelbare Glieder und Unterthanen von Kaiser und Reich, auch da als dies bei fortgeschrittener Landeshoheit nicht mehr möglich und ausführbar war, betrachteten <sup>17)</sup>.

Im 16ten Jahrhundert veraltete und verschwand allmählig wieder das Auszeichnende ihres Standes, aber nicht jedes damit verbundene Recht; denn der Kurfürst Ernst beruft z. B. im Jahre 1584 alle adliche und andere westphälische Landsassen zum Landtage <sup>18)</sup>.

So wie durch viele Jahrhunderte die Merkmalhe und Vorzüge kenntlich erscheinen, so blieb zuletzt von allem inneren Leben, und aller äußeren Form, nur noch ein todter Rest, der endlich im bloßen Namen erstarrte, während längst die alte Verfassung in der neuen erloschen war <sup>19)</sup>.

17) Daher beurlundet der Freigraf von Warendorp noch im Jahre 1506: vor „allen Königen, Hertogen, Greven und Edelmanns, Ritter und Knappen, Fricngreven und Fricnscheppen, vor alle gemeine Stede.“ S. Kin d l. W. Beitr. III. No. 217. Hierin spricht sich die Idee der Genossenschaft, so wie die Anerkennung des Strebens der städtischen freien Gemeinheiten, klar aus.

18) Vergl. Sommer, von deutscher Verfass. im Herz. Westphalen. Münster, 1819.

19) Beispiele übrig gebliebener Benennungen finden sich häufig in Kin d-

## Viertes Kapitel.

Von der Eintheilung des Reichs, Auflösung der Gau-  
Verfassung und Bildung der Territorien.

Wir sehen nach dem Abgang der Karolinger noch eine Zeitlang die alten Amtsverhältnisse und die darauf gegründete Eintheilung des Landes fortbestehen. Wenn sich dann jene ändern und diese völlig auflöst so geschieht dies doch nicht wie ein plötzliches Ereigniß, sondern allmählig und unbewußt, im Zusammenhang anderer Begebenheiten und Veränderungen. Wir dürfen uns keine Umwandlung der Gau-Verfassung in Territorial-Verfassung denken, sondern müssen langsam der Auflösung und Entwicklung in dem Gange der Geschichte folgen.

Der aufgelöste Heerbann machte zuvörderst die Eintheilung in Gaue überflüssig, indem der veränderte und durch andere Motive jetzt geregelte und befestigte, Heerdienst die alte Aufsicht und auf Kantons-Eintheilung gestützte Controlle, nicht mehr erheischte. Dennoch blieben die Gaue mit ihren Grenzen und Namen noch bestehen, theils weil sich so etwas einmal eingeführtes und festgewurzeltes nicht so bald verwischen läßt, theils weil sie in anderer Hinsicht noch als Gerichts- und Reglerungs-Bezirke eine Bedeutung behielten <sup>1)</sup>. Der Inbegriff der in Beziehung auf diese im Namen des Kaisers aus-

---

lingers Werken. Wir erinnern nur an das Land Westerwald, das Land auf dem Hümeling, die Wechtischen und Emslandischen Freien u. s. w. In der Stadt Hörter existirten noch vor wenig Jahrzehnten „sogenannte Freie“, die den Namen mit der That führen, und sich den gemeinen Lasten entziehen wollten. Sie wurden vorgeschordert und vernommen. Der Verf. des Protokolls brachte aber kein Resultat heraus, weder warum sie „sogenannte Freie“ hießen noch worinn ihre Freiheit bestehe. — Sollten die Karolischen Freien, von denen Wölfer, Osnab. Gesch. S. 75 erzählt, nicht vielleicht auch im Namen die Erinnerung an den alten Stand, und an Karl den Gr. erhalten haben?

- 1) Corb. Urk. v. 1118: *confirmatum in placito Reinholdi in cujus comitatu eadem praedia sita sunt*. Hier ist noch dasselbe Verhältniß, wie in einer Urk. v. 888. wo es heißt: *in pago hliago in comitatu ipsius in villis W. et H. Falke*, Trad. Corb. p. 482, oder in einer Urk. v. 1045 welche sagt: *in pago Hessia atque in comitatu Werinheri comitis*. Kopp, v. d. Hess. Ger. I. No. 47.

geübten Rechte hieß Comitatus, und Gau war der Bezirk, auf welchen der Beamte angewiesen war. Durch die Exemtionen wurden die Gawe schon zerrissen; denn die geistlichen Güter lagen in vielen Gauen zerstreut <sup>2)</sup>. Nachdem sich diese ins Unendliche erweitert hatten, erhielten die Stifter auch sowohl innerhalb derselben, als in der Nachbarschaft, besonders in Gauen, wo sie schon reich begütert waren; und die Gerichtsbarkeit über viele Hörige hatten, das Comitatus oder die Grafschaft, als Privileg und Vorrecht, zum Eigenthum verleihen <sup>3)</sup>. In dieser Verleihung lag aber kein Territorium, sondern nur ein Amtsrecht, mit der Befugniß, Namens des Kaisers dasselbe zu üben oder ausüben zu lassen, und die damit verbundenen Einkünfte zu ziehen <sup>4)</sup>. Es zeigte sich in diesen Verleihungen deutlich der leise Uebergang von der Amtsgewalt zu einem andern in seinen Folgen noch nicht berechneten Verhältniß <sup>5)</sup>. Daß die Stifter den Umfang ihrer Besitzungen und Rechte, als ein Ganzes betrachteten, so viel möglich zusammen schlossen, und den Complexus nach dem Namen des Stiftes benannten, war die erste Folge; und die alte Eintheilung blieb nur noch in den Gerichtsbezirken der ernannten Richter (Gaugrafen) theilweise sichtbar.

Die Grafen, die auch Herrn vieler Güter geworden und für ihre Waffendienste reichlich belohnt waren, blieben, wenn sie Nachkommen hatten, zuerst erblich im Besitz ihrer gräflichen Amtsrechte. Das Lehns-Band und Dienstverhältniß umschlang

2) K. Otto verleiht durch die Urkunde von 940 den Abten von Corvey den Bann über alle Leute, welche zum Stift gehören, *hoc est in pago Auga in comitatu Rothardi, et in pago netga in com. Dendi et in pago Huetigi in com. herimanni.*

3) *Insuper renovamus et confirmamus jam habitae sedi comitatus super pagos Patorga, Aga, Treveresaga, Auga, Sorefeld dictos. Privileg Kaiser Otto's v. 1001. Schaten, ann. Pad. ad h. a.*

4) *Comitatum quem Habeld comes, dum vixit, tenuit, situm scilicet in locis (17) cum omni legalitate in proprium concedimus. Kais. Urk. v. 1011 Schaten l. c. ad h. a.* — Auf das Eigenthum und Obereigenthum hatten die Verleihung noch keinen Einfluß.

5) Kais. Urk. von 1021: *Comitatum quem Dodico comes dum vixit, tenuit, . . . in proprium concedimus. Schaten, A. P. ad h. a.*

seit dem geänderten Heerdienst das kleinste Amt, so wie das größte.

Wie nun die Comitatz, als lehnbares Eigenthum, überall in die Gewalt der Grafen übergegangen waren, war es natürliche Folge, daß die Grafen, nach dem Beispiel der Geistlichen, auch mehrere Comitatz erwarben <sup>6</sup>). So wie man ihnen Güter gegeben hatte, die als Besoldung für das Amt zu betrachten waren, so gab man nun auch die Ämter selbst als Belohnung und Eigenthum weg <sup>7</sup>). Es erfolgten Theilungen, Austerverleihungen, Erwerbungen und Zusammenschmelzungen der durch die Exstinction zerrissenen Parzellen, und es mußte dadurch die alte Gau-Eintheilung sich verschieben, auflösen und verwischen <sup>8</sup>). Die Auflösung der Gaue war also Resultat und Folge, nicht Ursache und Grund der erfolgenden Territorial-Veränderungen.

Dennoch wäre es zu verwundern, wie im 12ten Jahrhundert plötzlich alle Grenzspuren dieser alten Eintheilung und ihre Namen verschwinden, und ganz andere Benennungen für Bezirke und Territorien hervortraten, wenn wir es uns nicht vielleicht daraus erklären könnten, daß die Gau-Eintheilung und Benennung mehr in den Canzleyen, als im Munde des Volkes, üblich gewesen waren, und dieser vielmehr überall bei den alten aus ihm selbst erwachsenen Benennungen blieb <sup>9</sup>). Selbst

6) *Prædium situm in pagis Wetiga et Tilithi in comitatu Widekindi*. Kais. Urk. v. 1021. *Schaten*, A. P. ad h. a.

7) *Comitatum quem F. ejusque filius comites ex regali potestate in beneficium habuerunt in illis pagis V. A. G. et in his publicis ecclesiarum parochiis*. Kais. Urk. v. 1068. *Schaten*, A. P. ad h. a.

8) Deshalb heißt es in der Urk. von 1259: *quilibet dominorum in terris et finibus suis ordinat etc.* *Kindl. M. Beitr.* II. No. 78. — Conrad von Rubenberg verkauft a. 1295 dem Graf von Arnberg: *medietatem comescie nostre que Grascap dicitur in vulgari in parochia de Volmade sita, et alias ubicunque sita sit.* *Kindl. M. B.* II. No. 95. Die Verwirrung des Gerichtsprengels spricht sich hier deutlich genug aus.

9) Eine Anekdote aus der Zeit des Napoleonischen Königreichs Westphalen erläutert vielleicht das Gesagte, denn Gegenwart und Vergangenheit erklären sich oft wechselseitig: Ein Bote erzählte zu Hörter vor einem Wirthshause, daß er aus dem Hesselande komme, er nannte mehrere Mähle Hesse, und sprach von einem Hesse Gutesros-

in Westphalen, wo der alte Stand der Freien so viele Erinnerungen an die Karolingische Verfassung bewahrte, und die alten Malpläge wie ein Heiligthum geehrt wurden, verschwinden alle Namen der Gaue gänzlich.

Mit dem 12ten Jahrhundert erscheinen die Grafen als Besitzer vieler Güter, als Dienstherrn in großen Bezirken, und belehnt mit den Rechten des Comitats vom Kaiser, oder vielleicht auch in einzelnen Fällen vom Herzog Namens desselben, unter Benennungen, die von ihren Burgen oder Hauptbesitzungen, nach dem Beispiel der Stifter, entlehnt waren. Im Heer versammelt, bedurften nämlich die Gewaffneten ein Zeichen, an dem sie sich erkannten, eine Benennung, durch die sie sich unterschieden, da die Taufnamen unzähligemahl, besonders durch allgemeine Annahme christlicher Namen, und Verbannung der altherkömmlichen Germanischen, wiederkehrten. Aus den Vertheidigungskriegen für's Vaterland heimgekehrt, reich, geehrt, erhaben über Alles rundum, was unter ihrer emporstrebenden Macht stand, bauten sie sich sowohl zur Sicherheit, als zu stolzer Bequemlichkeit, Schlösser und Burgen, übertrugen auf sie das gewählte Sinnbildliche Zeichen, und entlehnten davon den Namen, oder gaben der Burg einen alten vorgefundenen Namen, und legten ihn sich gleichfalls bei. Wie nun Alle, die innerhalb der Besitzungen eines solchen Herrn wohnten, diesem und seinem Sitze angehörten und in vielfachen Verhältnissen mit ihm standen, ihn als den Hauptherren des Landes — *Dominus terrae* — betrachteten, so war es natürlich daß der Name des Herrn und seines Haupt-sitzes auch auf alles Land, was dazu gehörte, allmählig über-

---

schen. Ein Gensdarm der hinter ihm stand, wies ihn zu Recht, und meinte, es sey nicht nur unrichtig gesprochen, sondern klinge verdächtig, daß er von Hessen spreche, ihm demonstrirend, daß es ein Fulda-departement, aber keine Hessen mehr gebe. Der Bothe lachte ihn aus, wies nach den Hessischen Gebürgen, und sagte: Da liegt Hessenland, und dort das Braunschweigsche, dort das Hannöversche, und heißt so, und wird allzeit so heißen. Und wirklich blieben die alten Benennungen stets üblich (eben so wie in Frankreich) und Keinem im Volk fiel es ein, das Departement, oder den District zu nennen.

gieng, und dies wieder bedeutend für die Erweiterung der Gewalt wirkte <sup>20</sup>).

Wie nun die Herzöge, als ursprüngliche Grafen <sup>21</sup>), auch bedeutende Länder und Comitate gewannen, und die Kaiser aus den Fürsten des Reichs gewählt, gleichfalls solche besaßen, so waren hierdurch theils alle Regierungsrechte lehnbares Eigenthum an Gütern und Aemtern geworden, oder darauf gegründet, theils waren alle Reichsgüter nun fast gänzlich vertheilt und untergebracht. Zwar blieben aus einer früheren Exemption von der gräflichen Amtsgewalt seit dieselbe überall erblich wurde und ihre Natur änderte, die Reichsvogteien bestehen, und die freien Gemeinden der Städte retteten hier und da viele Rechte und Vorzüge, und blieben zum Theil gleichfalls unter einem Reichsvogt, während für die Landsassen alle unmittelbare Verbindung mit dem Reichsoberhaupte verloren gieng: Aber überall löste sich doch mehr und mehr die alte Verfassung, und es gieng namentlich mit dem Aufhören der Gauenintheilung auch die Genossenschaft des Gau's zu Grunde, indem Alle, die dazu gehört hatten, heraustraten, und von Kaiser und Reich durch die Hauptherrn (Nobiles) vertreten wurden. — Nur in Westphalen sehen wir ein Ueberbleibsel, wo die Freien die alte Genossenschaft fortsetzten. Da, wie nämlich auch hier alle Gawe verschenkt, und als erbliches Eigenthum besessen wurden, die Freien aber sich anfangs von allem Verhältniß der Mittelbarkeit rein erhalten hatten, fuhrten sie fort, eine besondere Genossenschaft zu bilden; die, wenn auch mehr und mehr auf einzelne wenige Individuen beschränkt,

---

10) Zuerst sagte man wohl: zu der ober jener Burg gehörig, die Grafenschaft, die bei der Burg liegt u. s. w. Urk. v. 1273 (bei Kopp, von den Hess. Ger. S. 236:) *Nos ludolfus comes de Dassel, dictus de Schonenberg . . notum . . quod montem Schonenberg comeciam et iurisd: omnium villarum nostrarum in ferius vocandarum; bona nostra libera seu feudalia . . vendidimus.* — Urk. v. 1266. (das.) *Comecia quas adjacet vestris castris predictis.* — Schon neben den Gauen brauchte man die Burg als Bezeichnung. Urk. K. Heinrichs v. 1018: *Comitatum circumjacentem illud castellum in pago Ahvala Schaten*, A. P. a. h. a.

11) *Dux aut alii comites.* Urk. v. 1083 bei Moser, *Dänabr. Gesch. II.* Rro. 31.

doch von alten Gerichts-Grenzen umschlossen wurde, und ihren eigenen vom Kaiser oder im Namen desselben ernannten Richter, den Freigraf, im Gegensatz des vom Landesherren ernannten Vografen hatte. Wie es mit der veränderten Verfassung kein anderes Band mehr gab, als das Lehnband, so wurde in der Folge auch der Freigraf vom Kaiser, als Oberlehnsherrn, bestätigt.

Wie die Gane sich auflösten, und die Territorien mit ihren irren Fäden zwischen ihnen durchzogen, und die alten Grenzabtheilungen allmählig verschlangen, erloschen, wie wir oben sahen, zuerst die Benennungen, nicht aber alle Spuren der Eintheilung selbst. Wir gingen ja davon aus, wie überall ein Festhalten am Herkömmlichen und Alterthümlichen, das, auch unter neuen Formen, noch die alte Abkunft erkennen läßt, Hauptgrundsatz der Entwicklung seyn muß. Wie wir dies in der inneren Verfassung und Einrichtung erkennen, so auch in dem äußeren Namen der Landes-Eintheilung. Wenn daher schon die germanische Eintheilung der Volksstämme und Länder in die Karolingischen Provinzen, in die Herzogthümer, und sogar in die Reichs-Kreise überging, so waren auch die kleineren Eintheilungen, wie wir oben sahen, gewiß auf ältere, die der Volksverein geschaffen hatte, gegründet, und somit nicht gänzlich wieder auszutilgen. Wie wir die alten Malsätten aus germanischer und Karolingischer Zeit noch nachweisen können, so ist zu vermuthen, daß sich die alte Eintheilung des Bezirkes, für den sie der Mittelpunkt waren, bis in die neuesten Zeiten verzweigt hat, und wir erkennen sie wirklich in den stehenbleibenden, wenn gleich oft getheilten und zerrissenen Gerichtsbezirken der Ämter, der Frei- und Vograffschaften.

Indem der zum Herrn gewordene Graf über sein Amt hinausstieg, und dasselbe selbst besetzte, war es eigentlich die Jurisdiction, welche den Begriff des Amtes, so wie des Rechtes Bestimmte, während der Dienst im Felde nur die Gewalt und die Mittel gab, diesen Begriff zu erweitern und zu befestigen. Da die Militärpflicht lediglich Sache des durch Rittergeist verebelten Lehnverbandes war, und das Regieren nicht viel hieß, auch jeder Landesherr nur als Schutz- und Guts-

herr Steuern hob, so war natürlich die Jurisdiction, das Kennzeichen des Comitats, und bei der Verwirrung der Grenzen, das unterscheidende Zeichen, auf welches man selbst später noch bei ausgebildeter Landeshoheit, hauptsächlich fußte.

Der Beamte heißt dem Namen Graf. Aber wie nun Grafschaft oder Grafenthum sich vom Grafenamt unterschied, so suchte man dies auch kenntlich zu machen, indem man Comitatus und Comitia sich entgegen setzte; und der Graf nannte sich Comes, Nobilis de — nach seiner Stammburg <sup>12)</sup>, während der Beamte bloß Graf oder Vograf, oder auch Landrichter genannt wurde <sup>13)</sup>. Die Grafen ließen häufig den Titel Graf ganz weg, weil derselbe natürlich bei solchen Veränderungen in der Verfassung, als bloßer Amtstitel, an seiner Ehre und Auszeichnung verloren hatte, bis sie ihn später, wo der Ausdruck Nobilis allgemeiner geworden, und auch auf den niedern Adel übertragen war, wieder als Auszeichnung hervorhoben.

Die Jurisdiction (comicia) wurde vielfach verliehen, statt als Amt besetzt zu werden, nie aber das eigentliche Comitatus <sup>14)</sup>. Wer dies nicht durch Erbrecht, Gewalt oder Kaiserliche Verleihung erlangt hatte, erhielt es nie durch Afterverleihung eines geistlichen oder weltlichen Herrn. Hier und da treten wohl Irrungen ein, indem man das Amt und Comitatus auch abwärts im Namen und in der Sache verwechselte, besonders da

12) Und ehe die Sitte der Familiennamen aufkam, auch wohl, wie oben schon bemerkt worden ist: comes Summus. Hunc autem traditionem Amelungus Comes summus majoris ecclesie advocatus manu sua suscepit et regie potestatis banno in comitatu suo stabilivit. Urk. v. 1031 Falke, C. T. C. p. 459.

13) Man mochte wohl anfangs ziemlich schwanken, wie man die Landesherren auszeichnend benennen wollte. In einer Urk. des 13ten Jahrhunderts (angeführt bei Kopp) heißt es: conventio facta fuit in Medebach in presentia domini Reinhardi de Iure Dni Hermannii Gogravii, Dni Wigandi de Medebach, Cunradi de Erbinhusen iudicis in Medebach. . . dann folgt: renunciaverunt coram Iudice terre Reinhardo de Iure et comite suo Hermannno de H.

14) denn man betrachtete nun die comicia als ein beneficium: Urk. v. 1263: in fido recepimus ista bona quae inferius continentur scilicet comiciam sive Lantgericht Massiae etc. Vergl. Kopp (von den Hess. Ger.) I. S. 238.



man die Gerichtbarkeit über Hörige, die als Eigenthum be-  
sessen wurden, indem man sie aus dem Eigenthum über Per-  
sonen und Sachen herleitete, mit der *Comercia*, dem alten  
Landgericht der Freien, vermengte, und sie daher ein *Domini-  
um super liberos* benannte, als ob Freiheit sich damit  
vertrage, in dem Eigenthum eines Andern zu stehen<sup>15)</sup>. Es  
ändert die Sache nicht, daß Viele nur Stücke einer alten  
Grafschaft, als Herrschaften, besaßen; denn in der Zeit der  
Entwicklung erhielten wohl viele bedeutende Herren neben dem  
Graf des Sprengels das Comitatus, oder rissen es an sich, oder  
erhaschten es in der allgemeinen Vertheilung.

Daß die Comitatus und Territorien oft nicht zusammen paßten,  
war natürlich und begreiflich, denn der Erwerb von Ländern  
und Gütern sprang dem des Comitatus vor, und war auch ohne  
das Letztere des Strebens werth, so daß Jemand sein Terri-  
torium oft erweiterte, während ein Anderer das Comitatus be-  
hielt<sup>16)</sup>. Erst allmählig schlossen sich die Territorien in dem  
späteren Sinne des Wortes, und doch blieb mancher Streitfall  
noch jüngeren Zeiten vorbehalten.

Da das Verhältnis des vom Grafen ernannten Beamten  
und der übrigen Unterbeamten nicht mehr so streng geschieden  
war, als wohl ehemals, so konnte eine Vermischung und Aus-

15) Quod quaedam pars Comicie scil. *dominium* super quosdam *libe-  
ros* quod H. Cuele, miles de K. de manu nostra tenuit, ipso de-  
functo ad nos est reuolutum. Urk. v. 1220 bei Ropp, v. d. Hoff.  
Ger. I. No. 69.

16) Sehen wir doch noch Unterthanen des Einen Landesherren in dem  
Territorium des Andern. Handschr. Urk. von 1278: Söhne und  
Vertrag zwischen Everhard Graf von der Mark und Eberhard Bis-  
chof von Köln: Item nos permittemus Dominum archiepiscopum  
predictum uti libere hominibus advocatis assiden., et aliis suis  
hominibus in villa Unna et alibi in terra nostra, sicut Domini suis  
hominibus uti consueverunt, et hoc idem Dominus noster Archiepis-  
copus nobis de nostris hominibus in terra sua extra antiqua opida  
faciet vice vera questione de illis minime facienda, qui in antiquis  
opidis manserint ab antiquo, et neuter alterius homines proprios in-  
fra suas munitiones recipiet preter suam voluntatem. Wichtig ist in  
dieser Hinsicht noch der Vertrag, den im J. 1489 der Bischof von  
Münster mit dem Grafen von Tecklenburg schließt, worin beide fest-  
stellen, wie es mit ihren in des Andern Territorium gefessenen Un-  
terthanen soll gehalten werden. Kindl. R. B. III. 2. No. 216.

gleichung leicht erfolgen, da eine solche schon durch die Exemtion der Geistlichen und ihrer Güter, durch das Zerreißen der Gerichtsprenkel, und durch das Austreten der Höbrigen unter eigenen Schulden, Hofrichtern oder Vögten, so wie durch das Ausschließen einer Classe von Freien, der Bürger in den Städten, bedingt wurde. Wir sehen daher theils die Grafschaften und Centgrafschaften sich mischen und zusammenschmelzen, theils die Centgrafen, so wie die Vicegrafen, in die Stelle der Grafen im Gericht treten. Dies geschah wieder nur allmählig. Das Bedürfniß der Unterabtheilung der Gerichte war nicht mehr so fühlbar, da diese sich hauptsächlich auf die Heerbann-Einrichtung gestützt hatte; bei dem allgemeinen Waffendienst mochte der Graf, vermöge seines Standes lieber im Felde seyn, als die regelmäßigen Placita halten, und die Schöffen konnten ja so gut das Recht vor dem Centgraf, als vor dem Graf oder seinem Stellvertreter finden. So mochte sich also die Gerichtsbarkeit der Centgrafen erweitern, und wir sehen sie nicht nur in allen Richter-Functionen der Grafen <sup>17)</sup>, sondern es wird ihnen auch oft das in der Regel noch reservirte Recht des Blatbanns beigelegt <sup>18)</sup>. Die Vereinigung mehrerer Centen war die nächste Folge, und der Name Comes ging auf den Centgraf über, so wie die Cent jetzt häufig Cometa genannt wurde <sup>19)</sup>. Es bildeten sich so neue Landgerichte, die jedoch allmählig alte Namen und Eigenschaften verloren, und

17) Nach einer Urkunde v. 1356 geschieht Uebergabe und Empfang eines Lehns; vor Zintgraffen und vor Scheffen in dem Gerichte zu Grinda. Kopp, de differ. inter com. etc. No. 48.

18) Das nächste Gericht war sich an Hals und an Hand gerichtet. Die Edlen von Reichenbach hatten auf ihrem Eigenthum die Orte Aulenburg und Eölbach gegründet, *liberas tenuerunt a principio ab omni jurisdictione circumjacentis comitis*, Hoc solo tamen excepto si fortuito causa mortis emergeret, *judex ordinarius ibidem illam tractare deberet*. Nachdem die Orte an das Kloster Aulenburg geschenkt wurden, eigneten sich die Brüder von Reichenberg die Jurisdiction zu, *pro eo quod adjacentis vicinie Centuriones essent ordinarii*. Sie verzichteten jedoch in einem gehaltenen Placitum mit der Ausnahme: *pro causa mortis judicandi si proveniret*. Urk. v. 1240, Kopp, v. b. Hess. Ger. I. No. 70.

19) Urk. v. 1245 (bei Kopp v. b. Hess. Ger. I. S. 301.) *Centuria cum cometia circumjacente*.

sich in Vogteien und Ämter verwandelten. Die Spuren älterer Gerichts-Eintheilung sehen wir hie und da noch in den Schöppensstühlen, Gräben- und Gerichtsstühlen, in welche wir verschiedene Ämter, die ein Ganzes machen, getheilt finden. Während nun die Eintheilung der Gerichtsbezirke, sich änderte, und die Centen sich in den neuen Landgerichten, verloren, blieb doch, wie die Urkunden beweisen, die Erinnerung an die alten Centen noch übrig <sup>20)</sup>; sie wurden wahrscheinlich auf die sich bildenden Dorfgemeinden übertragen, und die Dorfgreben, so wie die Dorfrichter, sind wohl Ueberbleibsel davon <sup>21)</sup>.

Wenn die neuen Gerichte 'eigentlich nicht aus dem Landgericht, dem *Placitum generale*, sondern aus den Centen entstanden, so können wir auch nicht sagen, daß das Territorium in Gerichtsbezirke getheilt wurde; vielmehr legte es sich meist nur mit seinen Grenzen um die bereits bestehenden Gerichts-Bezirke herum.

Die Criminal-Jurisdiction blieb meistentheils von diesen Gerichten ausgeschlossen, und sie war das wesentliche Zeichen der oberen Gerichtsbarkeit, die im alten *Placitum* vom Landesherren selbst, oder dessen Stellvertreter <sup>22)</sup>, geübt wurde. Die Grenze war entweder ein alter Gau, oder mehrere Gaue, die das Territorium zusammenschloß. Es war das höchste Gericht, unter dem alle übrigen standen und wurde *commune terrae placitum*, *principale tribunal*, *maius tribunal*, oberste

20) Eine Urk. v. 1231 nennt: *Rodegerius Cintgravius de Schrokesbach*. Nach einer Urkunde von 1317 wird ein Gut verkauft: *cum centis predictorum bonorum*. Vergl. Kopp, (von den Hess. Ger.) I. S. 360. — An dem Gube und Zenden egenant nicht me hindirn sal noch drangen, und synt dy van Elben gewerit in daz Gut und Zenden mit Gerichte und mit rechte. Urtheilsspruch von 1363 Kopp v. d. Hess. Ger. I. Kro. 124.

21) F. C. C. Merea u, Miscellen zc. Gotha 1792. II. S. 26.

22) *Judex provincialis*, Landrichter, *Comes*, *advocatus*, Landvogt, *judex*, *officiatus*, Statthalter. — Eine Urk. v. 1256 benennt *milites et judices terre Hassie ordinarios*. Vergl. Kopp. (Von den Hess. Ger.) Urk. Kro. 59. — *Nos Giso de Gudensberg judex provincialis Hassiae*. Urk. v. 1266. bei Kopp a. a. D. Kro. 61. Urk. v. 1290 Joh. Rietesael *Advocatus domini Landgravii, terre Hassie domini*. Vergl. Kopp; a. a. D. S. 283. u. f.

Vericht, Hochgericht genannt <sup>23)</sup>. Wie aber zu den Freien, ebenbürtigen Schöffen dieses Verichts, Rätthe des Fürsten und Doctoren der Rechte stießen, wie sich aus ihnen Raths- und Regierungs-Collegien bildeten, die die Oberaufsicht und Leitung, sowohl in Regierungs-Angelegenheiten, als in der Justiz übten, und zugleich das oberste Gericht, stehend und allzeit thätig und aufsehend, bildeten und handhabten; das wird die Folge näher entwickeln.

Die Decanen, welche Karl der Große kleinen Gemeinden vorgesetzt hatte, schwinden sehr bald ganz aus der Verfassung. Sie scheinen hauptsächlich auf den Heerbann berechnet gewesen zu seyn, und mit der eigentlichen Volksgemeinde in geringerem Zusammenhang gestanden zu haben. Man bedurfte ihrer nicht mehr als Beamten, die man überall zu mindern suchte. Die Streitsachen ihrer Competenz zog man vor das ordentliche Gericht, und indem dies aus den Centen sich neu bildete, entwickelten sich auch aus diesen die neuen Gemeinden, da bei zunehmender Bevölkerung und durch das Bedürfnis, sich der Sicherheit wegen in größere Massen zusammen zu schließen, theils viele kleine besetzte Städte, theils größere Dorfschaften entstanden, welche Anfangs die Eintheilung und Benennung von Centen auf sich übertrugen. Es blieben in diesen Gemeinden Vorsteher, welche in Gemeinheits-Angelegenheiten den Vorsitz führten, und auf die der Name Grebe, Richter, Schulz, Vogt überging. Oft behielten sie auch ihr besonderes Gericht, hauptsächlich durch Verleihungen, oder wenn es eine Gemeinde Hofhöriger war, die aus älterer Zeit ihren eigenen Richter oder Schulzen hatten.

Indem wir bisher meist das Allgemeine ausführten ist es

---

23) Urk. v. 1247. (bei Gubenus) *jurisdictio super villam Dyetmelle quo oberste Gericht vocatur. Denique licet, sicut predictum est, centis quosdam nobis in feudo concesserit, et alias nobis titulo pignoris obligaret, homines tamen in ipsarum Centiarum terminis commorantes nihilominus tenebuntur venire ad majus Tribunal comitatus Hassiae, si ex aliqua causa illuc fuerint evocati.* Diese Stelle bestätigt zugleich die oben bemerkte gewöhnliche Reservation der hohen Gerichtsbarkeit und drückt das Auszeichnende des Wortes Comitatus aus.

nothwendig, noch die Verfassung Westphalens speciell zu berühren. Im Wesentlichen sehen wir hier denselben Gang. Die geistlichen Fürsten verliehen die Gerichtsbarkeit, oder besetzten die Gerichte innerhalb ihres Territorium vermöge des erhaltenen Comitats, und die Grafen wurden *Nobiles domini terrae*, und zogen sich allmählig aus dem Placitum heraus, wo sie Andere substituirt. Es konnten sich hier aber keine neue Landgerichte aus den Centen bilden, da die Cent-Eintheilung nicht so, wie in Franken eingeführt worden war, sondern die *Viccomites*, auf welche allgemein der Name Graf, Vograf, überging, in den Gerichtsbezirken blieben, und die vollständige Jurisdiction, die ihnen nicht erst beigelegt zu werden brauchte, bereits besaßen. Aus den nämlichen Ursachen, die wir oben anführten, traten aber auch Vereinigungen der Gerichtsbezirke ein, und wir treffen in demselben Gerichtsprengel sehr häufig mehrere Stühle — Die obere Gerichtsbarkeit blieb oft in den Händen der Vografen, oft kam sie in die der Freigrafen, oft reservirte sie sich auch der Landesherr besonders, und ließ sie durch einen besonderen Beamten, der über den Vografen stand, ausüben <sup>24)</sup>). Versplitterungen und theilweise Verleihungen waren sehr häufig <sup>25)</sup>).

Eine Eintheilung in Decanien hatte nicht statt gefunden, und Westphalen behielt seine alte Gemeinde-Eintheilung nach Bauerschaften, denen Bauerrichter, als gewählte Gemeinheitsvorsteher, vorgesetzt waren <sup>26)</sup>). Ihre Versamm-

24) Daher kommt es wohl, daß z. B. im Münsterschen bis auf die neuesten Zeiten der Vograf die ganze Civil- und Criminal-Jurisdiction hatte, in Paderborn aber derselbe als ein sehr beschränkter Unterrichter, den Bischoflichen Aemtern unterworfen war.

25) So verkauft das Stift Corvey im Jahre 1361 nach einer ungedruckten Urkunde die Villa Boltesen, mit Rechten und Zubehörungen, *videlicet iudicii: rusticorum ibidem moraturorum ac Gogrovii quod Judicium sanguinis dicitur.*

26) „Collegium concivii sive *Burscapit*.“ Rindl. Hdrigkeit, No. 55. In den vielfältigen Versplitterungen, Verleihungen und sonstigen in die Verfassung kommenden Verwirrungen, wurde oft die Natur eines Gerichts zweifelhaft, wovon uns folgende Urkundenstelle einen auffallenden Beleg giebt: *Insuper ad amovendum omnem rancorem et ambiguitatis scrupulum de iurisdictione in Corbeke, super quam a longis retroactis temporibus inter ecclesiam Col. et opidum*

lungen hießen *Thy*, und wir haben bereits oben aus der Analogie mit den fränkischen Decanien, auf eine der Karolingischen Eintheilung zum Grunde liegende frühere Germanische, einen Schluß gemacht. Daß Westphalen hiebey das Ursprüngliche, Altherkömliche bewahrte, möchte wohl darin einen wichtigen Beweis finden, daß die alte Stadt Cöln Buirrichter hatte, die auf solche darin aufgenommene Gemeinden, welche Bauerschaften oder Bauergilden (Bargilden) ursprünglich geheissen hatten, schließen lassen <sup>27</sup>).

Die gemeinsame Mark blieb ihrem Wesen, so wie dem Namen nach, und alle Mitglieder der Gemeinschaft hießen fortwährend Markgenossen <sup>28</sup>); Der Vorstand war Marken-Richter. Dieser mußte, da die Markgenossenschaft zugleich die Decanie bildete, nach den Karolingischen Einrichtungen auch Beamter seyn. Mit dem eingehenden Heerbanne wurde er wieder auf die inneren Angelegenheiten der Genossenschaft allein beschränkt, und wie die Gauen nun unter die Territorial-Herrn vertheilt wurden, und diese sich theils das Obereigenthum des Landes zu eigneten, theils mit ihren Gütern in alle Gemeinden ausdehnten, ernannten sie auch für die Mark einen Beamten, der gewöhnlich, wo er nicht mit dem Bauerrichter zusammenfiel, Holzgraf (Holtgrebe) hieß; oder sie verliehen das Gericht als Eigenthum. Hier und da war es auch wohl schon früher Eigenthum des Besitzers des Haupthofes geworden <sup>29</sup>).

Susat. ex una et prefatum comitem (de Arneb.) parte ex altera non modica vertebatur dissensus, volumus et statuimus nomine Ecclesie Colon. de consilio et consensu venerabilium decani et capitali Ecclesie Colon. predictae ut prefata iurisdiclio de Corbeke perpetua sit et maneat iurisdiclio simplex curialis in vulgo appellata *burgerichte*, et pro tali servetur et extet iuxta formam compositionis subscriptae. Gandisch. Urk. v. 1369.

27) Wenn eine Urk. v. 1096. (Möser, Dän. Gesch. II. No. 44.) liberi et omnes *Hergildi* ad praedictum placitum pertinentes, benennt, so ist es wohl dasselbe, wenn eine Urk. v. 1548. (Kindl. M. B. III. No. 230) sagt: de Fryen und of de Burschoff for wroge heben ingebraht u. s. w.

28) Markengenossen. Vergl. Urkunde v. 1339 bei Kindl. M. B. III. No. 142.

29) Ritter Heinrich Schrader von Alen verkauft curiam dictam Sutthof . . . cum iudicio dicto *Burgherichte*. Kindl. M. B. III.

Da wo die Marken ihren aus der Genossenschaft gewählten Richter behielten, hießen sie freie Marken <sup>30)</sup>).

## Fünftes Kapitel.

Von der sich entwickelnden Landeshoheit, und der Grafschaft als Hauptbestandtheil derselben.

Bei dem Gewirr der Auflösung und den großen Abänderungen in der Verfassung, die wir im vorigen Kapitel sahen, dürfen wir nicht vergessen, daß dies Alles durch Zeit, Umstände und Begebenheiten bedingt, langsam und lange vorbereitet, eben im Geist und Sinn der Zeit geschah, und daß es daher so ruhig und ohne großes Aufsehen fortschritt, daß die Geschichte es beinahe verschweigt, und wir nur aus den uns absichtlich hinterlassenen Urkunden und Ueberbleibseln geschichtlicher Dokumente, mit Hülfe der Kritik, die Resultate beweisen und entwickeln müssen. Den Geschichtschreibern damaliger Zeit dünkte das Alles so natürlich und nothwendig, daß sie das Bestehende auch für ewig dauernd, und das Aufzeichnen für etwas Ueberflüssiges hielten.

Bei dem Aufhören der Amtsverhältnisse, der Auflösung der Gaue und andern bereits erwogenen wichtigen Ereignissen, war das Streben der Großen, die sich in den Besitz der Macht

Nro. 132. Im Jahre 1259 wird ein Hof verkauft cum jure civili, quod vulgariter Burgerichte dicitur, eidem curio attinente Rindl. Hör. Urk. Nro. 30. — Die von Regenberg verlaufen dem Bischof von Münster neben der Freigravschafft zu Dingde auch judicium dictum *Burgerichte* infra limites ville Bruno. Rindl. N. B. III. Nro. 161. — Auch neben anderen Benennungen, die das Eigenthum und die Hörigkeit bezeichneten, blieb der alte Name noch bestehen. Als bei dem Vertrag zwischen dem Kloster Eiborn und den Herrn von Büren die Rechte des Klosters und der Hofs hörigen Leute näher bestimmt werden und der Hof Frenckindmölle als Haupthof anerkannt wird, heißt es: unde dat ein Schulte, tor Eyd darupsse wonende, dar over eyn Burrichter syn sal ic. Rindl. Hörigl. Urk. v. 1497. Nro. 193.

30) Sie nannten sich später auch kaiserlich frei, weil frei vorzugsweise die Unmittelbarkeit unter Kaiser und Reich bezeichnete.

gesetzt hatten, überall gleich, der Erfolg jedoch nicht Jedem also günstig. Die aber das Ziel erreichten, gelangten dazu auf gleiche Weise, und in gleichem Streben nach den Rechten der Territorial-Herrschaft. Anfangs blieben manche Abstufungen und Zersplitterungen sichtbar, bis sich in der Befestigung der Territorien, und Ausbildung der Landeshoheit, das Streben derer, die zurückgeblieben waren, verlor, und die stehen gebliebenen Verhältnisse nun geregelt wurden.

Die Grafen machten eigentlich den Stamm der emporstrebenden Hauptherren aus; denn das ganze Reich bestand aus lauter Grafschaften, und die Bischöfe befestigten ihre weltliche Macht ja bloß dadurch, daß sie Grafschaften erwarben und zusammenbrachten. Wir gehen daher am schicklichsten von den Grafen aus, um die Entstehung der Landeshoheit zu entwickeln.

Mit der Grafschaft, die den Inhabern erblich belassen, und als Eigenthum vielfältig verliehen wurde, erhielten die Hauptherren, als ehemalige Beamte, eigentlich nur die Gerichtsbarkeit. Die Pflicht der Anführung des Heerbanns, welche mit darin gelegen, mußte natürlich aufhören, da der Heerbannsdienst sich in Lehnssdienst verwandelte, und die streng geregelte Ordnung, welche Karl einführte, längst aufgehört hatte.

Dem Erwerb der Grafschaft lag natürlich schon der Besitz großer Güter und Eigenthums-Rechte zum Grunde, und die steigende Macht mehrte sie, indem diese die Verhältnisse der Hörigkeit, der Dienstbarkeit, und somit das Ober-Eigenthum, vermehrte. Die Hauptherren erhuben die Reichsabgaben, weil sie den Heerdienst in den Kriegen des Reichs übernahmen; sie erhuben auch die Gerichts-Einkünfte, als Inhaber der Grafschaft, und es war leicht, daß diese die Natur von Grundabgaben annahmen. Alle Rechte und Pflichten reihren sich an den Besitz des Grundeigenthums, als sichtbares Zeichen und Pfand der persönlichen Verhältnisse und Obliegenheiten. Durch die aufstrebende Gewalt der Hauptherren erhielten diese nicht nur eine große Menge wirkliches Eigenthum, sondern zugleich ein Obereigenthum über alle, die ihnen vermöge der alten Amtsgewalt, oder durch die neu sich bildenden Verhältnisse ver-



pflichtet waren. Sie hießen daher *domini terrae*, Territorial-Herrn, und es mußten sich natürlich, wie wir oben sahen, neue Grenzen ziehen. Innerhalb derselben waren sie nun dem Einen Lehn- oder Dienstherr, dem andern Guts- und Schutz- oder Gerichtsherr, kurz sie waren Herren, aber ohne der Staatsgewalt Eintrag zu thun, und in einem Sinn, der sich erst allmählig ganz anders deutete und gestaltete.

So wie die alten Amtsgrenzen in den neuen Territorien sich verwischten, so auch die vorhinige Amtswürde in der neuen oberherrlichen Gewalt. Wie der Bischof den Complexus der zusammengebrachten Güter und Grafschaften, sein Bisthum, sein Stift nannte, so benannten die weltlichen Herrn sie nach ihrem Hauptgute, nach ihrem Schloß oder nach ihrer Burg. Die erworbene Oberherrlichkeit umfaßte mehr und Anderes, als die alte Grafschaft; die Benennung war daher auch nicht mehr hinreichend. Sie nannten sich daher anfangs, wie schon bemerkt, lieber *Nobiles domini* als Grafen, und hier mit analog, und bedeutend ist auch der Ausdruck: Herrschaft (*her-scap*), der alle erworbene Herren-Rechte umschloß.

Anders war es mit den Herzogen. Indem diese als Hauptherren und Güterbesitzer von demselben Streben ausgingen, behielten sie das Herzogthum in der alten Amtswürde, und mit dem Glanz des Namens bei. Da dies nun aber noch größere Mittel zur Vermehrung ihrer Macht gab, ebenfalls erblich wurde, und die Superiorität über die Grafen fortwährend behauptete, so mußte natürlich ein Streben entstehen, das untergeordnete Verhältniß der veränderten Zeit anzupassen, und die Grafen durch den Lehnseverus, als Vasallen, an sich zu binden. Kam hierzu die Ausbildung der Territorialgewalt, so mußte die Verfassung des Reichs sich ganz anders gestalten, und die Grafen sahen sich, eben so gut, wie der Kaiser, höchst gefährdet, weshalb sie gemeinschaftlich der Macht der Herzoge entgegen arbeiteten, und sie endlich brachen.

Ehe aber der Lehnverband mit dem Reiche sich ausbildete, entstand seit Auflösung der Amtsverhältnisse nothwendig ein Zwischenzustand, wo gerade noch die Herzoge, vermöge der beibehaltenen Idee der alten Amtswürde, das Bindemittel waren.

Wir bezweifeln jedoch, daß dies sowohl hinsichtlich der Grafen, als der Bogen Grafen durch eine Belehnung geschehen sey, denn nur in einzelnen Fällen machten die Herzoge Grafen zu ihren Vasallen, aber nie lag eine allgemeine Lehns Herrlichkeit in der Idee ihrer Befugnisse, noch gelangten sie dazu, weil eben die Territorial-Gewalt zu schnell um sich griff, sich befestigte, und alle Inhaber mit vereinter Kraft ihnen den Untergang brachten <sup>1)</sup>.

Das Wesentlichste für das Reich war der Heerdienst, und somit blieb dieser noch lange die Grundlage des bestehenden Herzogthums. Denn während die Vasallen und Dienstmannen die ganze alte Heerbanns-Verfassung überflüssig machten und sprengten, die besonderen Gefolge der Bischöfe und Grafen aber die Stelle der alten Heerbannscompagnien vertraten, erforderte es doch die Ordnung des Heeres, sie alle unter den Fahnen der Herzoge zu sammeln <sup>2)</sup>. — Wenden wir hier zurück, so

1) Wenn in der Belehnung des Kurfürsten von Köln mit dem Herzogthum Westphalen, namentlich die Grafschaften, die zu demselben gehören, ausgezeichnet werden sollen, so heißt es zwar freilich in der Urk. v. 1180: *cum omni jure et jurisdictione videl. cum comitatibus, cum Advocatiis, cum conductibus, cum mansis, cum curtiis, cum beneficiis, cum ministerialibus, cum mancipiis et cum omnibus ad eundem ducatum pertinentibus*. Aber die letzten Worte entscheiden. Alle genannten Bestandtheile wurden nicht übertragen, in so fern sie schon ein anderer Graf oder Hauptherr besaß, oder wir müßten es ableugnen, daß diese schon Alle gleiche Rechte erworben hätten. Ueberdies bezeichnete *comitatus* in der Verleihungs-Urkunde nur die Jurisdiction. (Sonst wohl zum Unterschied *comocia* genannt). Daher sagt Kaiser Otto in einer Urk. v. 1198: *bona quoque Corb. Ecclesias antiqua ac de novo acquisita vacantia, vel locata, et jurisdictiones, videl. Advocatias, Comitatus, regales banos . . . . confirmamus*. — Kaiser Karl belehnt i. J. 1371 den Erzb. Fr. v. Köln mit dem Comitatu de Arnsbergh, *cum castris, oppidiis, munitionibus . . et comitatibus, qui in vulgari Frygrafschaft nuncupantur*.

2) Es war natürlich, daß durch den veränderten Heerdienst sich auch das Verhältniß des Herzogs zu demselben änderte, und so wie die Uebergänge in der Geschichte immer leise sind, so mochte sich wohl anfangs das ordentliche Amt des Herzogs in ein außerordentliches verwandeln. Es gab noch Fälle, wo bei einem Einfall des Feindes der Heerbann erforderlich war; so konnte dann auch in jedem Nothfall, wo der Landfriede gestört wurde, zu Hülfe gerufen werden. Burgen konnten mit gemeiner Hülfe erbauet oder niedgerissen, Grafen und Bögte bei wichtigen Vorfällen berufen, und Aufsicht über Heerstraßen, Flüsse und Brücken mochten fortbauend geübt werden, auch wie der Heerbann nicht mehr ordentlich ins Feld rückte, Die Spuren

mochte ohngefähr der Gang der Entwicklung folgender seyn: Bei der Noth des Reichs und der erwachten Waffenkraft, die durch glänzenden Erfolg, Belohnungen und Ehre sich belebt sah, drängte jeder Tapfere und Muthige sich zum Heerdienst. Die Ausgezeichneten, die dem Reich vorzügliche Dienste durch ihre Person geleistet hatten, oder vermöge ihrer Güter und ihres Einflusses gekräftete Dienstmannen dem Heere zuführten, erlangten einen Vorrang, sowohl im Heer, als bei den Verhandlungen des Reichs, und hießen Fürsten, *Principes*, womit aber weder eine Amts- noch Staatswürde bezeichnet wurde<sup>3</sup>). Denn der Ritter konnte eben so gut, wie der Graf, Herzog und Bischof zu den Fürsten gezogen werden<sup>4</sup>). Die Geringeren schlossen sich aber mehr und mehr an die Höhern durch das Alles umschlingende Lehnband, und so blieb der Name, wie das Ansehen und die Würde der *Principes*, bald allein bei den Territorial- Herren<sup>5</sup>). Doch überwog sie noch immer der Vorrang, die Amtswürde und Macht der Herzoge, und erst nach dem diese besiegt waren, und ihre Gewalt sich ver- splitterte, traten die übrigen Hauptherren in ein neues festeres Verhältniß zum Reiche, das sich jedoch längst vorbereitet

---

der sich nur allmählig lösenden Verfassung sind aber schwer in der Geschichte aufzufinden, und die Formen mögen leicht den Geist der Anstalt überlebt haben.

3) Vergl. Corv. Gesch. I. 2. S. 7. 2c. — Gegen den geehrten Rezens. in den Gött. Gel. Anz. 1821 N. 164 muß Verf. bei seiner Ansicht beharren, und bemerken, daß er nicht gegen das Staatsrecht des Mittelalters das Fürstenamt verkenne, sondern nur von derjenigen Periode der Entwicklung rede, wo sich dasselbe noch nicht ausgebildet hatte.

4) Eine Schenkung Kaiser Heinrichs von 1097 an das Kloster Helmershausen geschieht: *praesentibus principibus regni*, darunter ist Volcoldo de Malesburg, ein Ritter, et alii quam multi coram assistentes . . . *Schaton*, Ann. P. ad h. a. In der Reichsversammlung zu Würzburg in der Mitte des 125 Jahrhunderts waren *praefectus urbis Moguntiae p. u. Herbipolis p. u. Bamberch et alii principes*, Ep. Wib. ap. *Martens*, Collectio II. No. 320.

5) Den Uebergang sehen wir aus den Urkunden des 12ten Jahrhunderts. Kaiser Friedrich schrieb im Jahre 1152 an den Papst: *ipsi principes et ceteri procures cum totius populi favore et alacritate nos in regni fastigium elegerunt*, *Martens*, Coll. Monum. II. Ep. Wibaldi No. 345.

hatte. Denn wie die herzogliche Gewalt sich auflöste, trat die Territorialgewalt beinahe vollendet hervor, gleich einem Gebäude, vor dem alte Wände, die als Gerüste dienten, niederfallen. Die Vorrechte, Reichsgüter, Regalien, die noch in der Gewalt der Herzoge gewesen, und von ihnen Namens des Kaisers ausgeübt worden waren, giengen, da alle Amtsverhältnisse morsch und bedeutungslos wurden, theils stillschweigend, theils durch ausdrückliche Verleihung auf die Hauptherren über, und die Reichsfahne ergriffen die Angesehensten, die durch die Anführung im Heer nun zu einer neuen Reichswürde, als Fürsten, sich erhoben. Das Reich erkannte diese an, durch Ertheilung des Fahnlehen. Indem aber der neue Zustand sich nach dem in mittelst gebildeten Territorial-Verhältnissen richtete, wurden die entstandenen Territorien, in denen kaum die alten Grenzen und Staats-Eintheilungen noch sichtbar waren, anerkannt, obgleich der Zustand dadurch, bunt und ungleichartig werden mußte.

Bei der großen Gewalt, die das Herzogthum in Sachsen erlangt hatte, mußte begreiflich nach der Auflösung ein Zwischens-Zustand eintreten, und manche Anmaßung und Eigenmacht war im Gewirr der sich setzenden Bestandtheile unvermeidlich, wie dies auch die Geschichte von Sachsen nach dem Sturz Heinrichs des Löwen ausdrücklich bekundet.

Das aufgelöste Herzogthum, dessen Begriff und Bedeutung ziemlich unkenntlich geworden war, wodurch manches Mißverständnis hervorgebracht wurde, blickt noch hier und da durch. Die herzoglichen Rechte wurden daher zuweilen ausdrücklich dem Hauptherren verliehen, zuweilen wurden die dem Fürstenthum nothwendig beizulegenden Befugnisse und Würden Herzogthum genannt<sup>6)</sup>. Manche erhielten ausdrücklich den herzoglichen Titel, manche besaßen nur das Recht.

---

6) Wie z. B. beim Bischof von Würzburg von dem *Adam. Stem.* IV. 5. sagt: *cum teneat omnes comitatus suae parochiae, Ducatum etiam provinciae gubernat.* — Möser mißdeutet diese Stelle, wenn er daraus eine Lehnbarkeit der Grafen herleitet. Es ist immer nur von Comitaten oder Jurisdiktions-Bezirken die Rede, die schon in das Territorium gezogen waren. Vergl. oben S. 118.

Indem mit der Fürstenwürde und dem Heeresbanner den Hauptherren ein neuer Vorzug zu Theil wurde, und dieses Banner einen neuen Bann um die gebildeten Territorien und Jurisdictions-Bezirke legte, so dürfen wir es nicht übersehen, daß viele Hauptherren in ein untergeordnetes Verhältniß zu denen traten, die die Fürstenwürde erlangten, und daß mehrere Territorien in Principate sich verschmolzen <sup>7)</sup>; zum klaren Beweis, daß das Territorium und die Grafschaft als Jurisdictions-Bezirk, noch nicht hinreichten, den Complexus der Gewalten bis zur Landeshoheit zu steigern.

Selbst mit der Ausbildung der Fürstenthümer und neuen Herzogthümer, wie aller Begriff von Amtsgewalt verschwand, war noch immer keine wirkliche Landeshoheit, als ein Ganzes, ausgebildet, und wiewohl die Fürsten Macht und Gelegenheit genug hatten, sich über die im Principat Geseffenen zu erheben, so ging die Landeshoheit doch nicht eigentlich aus dem Principat hervor. Die Gewalt nämlich, die sonst der Beamte ausgeübt hatte, war zwar erbliches Eigenthum geworden, und es wurde Sitte, darüber, wie über anderes Eigenthum, zu disponiren, aber sie machte noch kein Ganzes im Sinn des späteren Staatsrechts, sondern war mehr eine Zusammensetzung einzelner Befugnisse und Rechte. Die Größe des Güterbesitzes, das Dberieigenthum über das meiste Land, und das Schließen des Territoriums, machte allmählig den Hauptherren zum Schutzherrn und Vertreter aller Einsassen als Untersassen, vor Kaiser und Reich. Durch den Heerdienst wurden die Fürsten Lehnherren vieler tapfern und angesehenen Gutsbesitzer, und es wurde eine Auszeichnung ihres Standes, Ritterbürtige Vasallen zu haben, die nun zahlreicher wurden, als der Hang zu Waffenthaten und die Fehdesucht wuchsen. Am Entscheidendsten waren aber für die sich ausbildende Landeshoheit die Regalien, welche der Kaiser verlieh, besonders die Grafschaft,

---

7) *ipsos — taliter dignemini dimittere gratioso, ut cum cunctis comminibus et Baronibus totius mei Principatus obinde valeam gloriari.* Schreiben des Landgraf Heinrichs II. an Papst Benedict XII. v. 1338. Köpp, v. d. Hess. Ger. S. 256.

die daher häufig allein als Bezeichnung gebraucht wird<sup>8)</sup>. Man bediente sich auch des Ausdrucks Jurisdiction, und den Inbegriff aller Rechte nannte man oft Herrschaft.

Die ganze Geschichte bekundet das allmähliche Ausbilden, Fortschreiten und Consolidiren der Landeshoheitlichen Rechte zu einem Ganzen. Sie konnten daher anfangs auch einzeln besessen werden, und so wie die alten Amtsprengel getheilt, zerissen und wieder in Territorien gesint wurden, so concentrirten sich zuletzt alle Landesherrlichen Rechte im Fürstenthum<sup>9)</sup>. Der Ausdruck Landeshoheit wurde aber erst mit dem westphälischen Friedensschluß zu einer Staatsrechtlichen Bedeutung erhoben.

Während dieser Bestrebungen der Landesherrn saßen die untern Stände nicht ganz ruhig. Angebohrne Liebe zur Unabhängigkeit und Freiheit, die Idee, daß der Kaiser allein Herr und Beschützer sey, das vorangehende Beispiel von Anmaßung und Gewalt, die Sorgfalt, gefährdete Rechte, und altes Herkommen zu schützen, ließ den Neuerungen überall kräftig widerstreben. Hier und da blieb daher, theils durch festes Anhängen an alter Sitte, theils durch Gewalt und strenges Wi-

8) *Comitatus et terra* de Arnaberg heißt es in der Urkunde v. 1369 bei K indl. (Beitr.) III. 2. Nr. 170. In gleichem Sinne heißt es noch in einer Urk. von 1476 vor mynen Lantheren off Lantrichter. K indl. (Beitr.) III 2 Nro. 106.

9) Wo daher die Landeshoheit streitig gemacht wurde sehen wir mühsam und ängstlich alle Landesherrlichen Rechte aufzählen. Im Jahre 1534 verkauft Philip zu Waldeck Astinghausen, wo Solin die Oberherrlichkeit prätendirte, an Wolf von Gudensberg. Die Urkunde sagt mit vieler Vorsicht: das Schloß Rorderna mit allen und jeden anhangenden und zugehörigen Rugungen, Herrlichkeiten, Oberen und Gerechtigkeiten, es seye an Dörffern, Hoffen, Freiheiten, hohen und niederen Gerichten, Gerichtszwengen, Rugungen, Gefellen, Renten, Zinsen, Gülten, Dinsten, Fronbinsten, Achtungen, Legern, Wolgen, Mannschaften, Steuren, Bussen, Geleiden, Leuthen, Dienstleuthen, aigenleuthen, eiseren oder andern Berckwercken, mullen, Wasserleuthen, sehen, seßketten, Bechen, Wassern, Weiden, Weidgangen, Welben, Holz, Felben, Scheffereien, Schaffdriften, Angelben, Schindstetten, Weinkauffen, Wiltpanen, Jachten, Waldmarken, eckern, wifen, Baumgarten, Kober, neckerß, hegen, Schleggen Landsestungen, und aller andern gegenwärtige und zukünftige Rugungen, ersucht und unversucht, über oder under Erden u. s. w. Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 351.

verstreben, eine unmittelbare Verbindung mit dem Kaiser, und wir sehen noch unmittelbare Reichsunterthanen als Ueberbleibsel alter Zeit, wie beinahe Alle schon Landesunterthanen geworden waren.

Zwar war es mehr etwas Zufälliges, daß in vielen Städten der kaiserliche Vogt unmittelbar an des Kaisers Statt die Rechte ausübte, die anderwärts die Grafen und Fürsten, wo sie diesen verließen waren, handhabten. Aber auch da, wo alle Gewalt an die Landesherren übergieng, schwankt anfangs noch die Verbindung zwischen Kaiser und Landesherren, und befestigt sich nur allmählig für die letzteren, nicht ohne großen Widerstand der freien Stände. — Wenn die hörigen Hinterlassen kein Bedürfniß fühlten, unmittelbare Unterthanen zu seyn, keine beurkundete Rechte zu verfechten hatten, und der Gewalt, es thun zu können, entbehrten, so traten desto fester und gefährlicher die Ritter und Städte, als verbündete Genossenschaften, den neuen Landesherren entgegen. Beide waren mit großen Vorzügen, Rechten und Privilegien aus der alten Verfassung in die Neue getreten, und hatten Standesverhältnisse gewahrt, und in enger Einigung geschäft. Es war alte Sitte, aus freier Verfassung erhalten, zur Seite des Landesherren zu stehen, und Rath und Einwilligung zu geben, da, wo sie mit handeln, thun und helfen mußten. Die Waffenverhältnisse hatten besonders die Ritter in ein trauliches, gleichstellendes Verhältniß zu den Landesherren um so mehr gebracht, als Waffenruhm und Abstammung, so wie mancherlei enge Verbindungen, den Standesunterschied ziemlich verwischten, und die einzige Pflicht, die die Lehnstreue gebot, bei dem sonstigen Waffenstolz und Selbstgefühl, so leicht keinen Uebergang in ein Unterthanen-Verhältniß beförderte. Aus den Einigungen und Genossenschaften zur Aufrechthaltung der herkömmlichen Rechte entstanden daher, wie die Verhältnisse bei den wachsenden Bestrebungen der Landesherren feindselig wurden, Bündnisse und Eidgenossenschaften. Zwischen Rittern und Städten erwachte aber selbst Eifersucht und Fehde, und wie beide besiegt waren, das Faustrecht abgestellt, der ewige Landfriede geschlossen, und alles Volk aus dem selbstständigen Leben zurückgedrängt, vereinigten

sich die Landesherrn als einzige Repräsentanten des Staats, und traten allmählig in ein festeres Verhältniß zum Kaiser und dem Reich, dessen zusammengesetzte Staats-Verfassung sich nun in jenen wunderlichen, gemischten Formen gestaltete und befestigte. Als Ueberbleibsel der alten unmittelbaren Stände sehen wir in der Folge im Süden die Reichsritterschaft, und in Norden gewissermaßen die Freien oder Freischöffen Westphalens.

Anfangs mußte das Verhältniß zum Kaiser noch ungewiß schwanken, denn wie auch aus dem Amt ein Eigenthum wurde, blieb doch der Kaiser Herr, und seine Regierungsrechte, so wie seine Einwirkung, konnten überall nicht abgelehnt werden. Den Uebergang machten die Herzöge, bei denen das Amtsverhältniß bestehen blieb, und zuerst in ein reines Lehnverhältniß überging. Wie daher die Fürsten sich in die Gewalt derselben theilten, war es das natürlichste, und dem Zeitgeist angemessenste, auch auf sie das Lehnverhältniß zu übertragen, das durch den stets in Anspruch genommenen Waffendienst, der sich blos darauf gründete, die nächste Veranlassung hlerzu darbot. Allgemein wurde nun die Lehnverbindung, und wiewohl nur das Fürstenthum, aus dem sich die Landeshoheit entwickelte, anfangs Lehn vom Kaiser und Reich war <sup>10)</sup>, so wurden doch alle Rechte, die die Territorial-Herrschaft in sich faßte, und die schon als freies Eigenthum erworben waren, dem Geist der Zeit gemäß, mit in die Belehnung gezogen, wiewohl es nicht an Beispielen fehlt, daß auch sehr häufig Stücke unabhängig vom Lehnverband blieben.

Es gliederte sich somit von oben bis unten das Lehnssystem, und der Kaiser, der an der Spitze der Stufenreihe stand, blieb oberster Herr. Jeder behielt Pflichten gegen ihn, so wie gegen die durch ihn repräsentirte Staatsgewalt, die unmittelbar Bestandtheil des erworbenen lehnbaren Eigenthums

---

10) Die Belehnung war nicht nur nothwendig, sondern es verstand sich auch, daß der Fürst keinen andern Lehnherren haben konnte, als den Kaiser. Sächs. Landr. B. 3. art. 68. Des Reichs Fürsten sollen keinen andern Layenfürsten zum Lehnherren haben, denn den König allein.



der Güter oder der Gewalten waren, und so wie diese stets in untergeordnetem Verhältniß bleiben mußten, so wurden sie doch so wesentlich Bestandtheil des Staats, daß es an einem Inhaber nicht fehlen durfte, und der Kaiser genöthigt war, jedes erledigte Fahnlehen wieder zu verleihen.

So wie man anfangs durch das Zusammenbringen, mehrerer Güter, Rechte, Grafschaften, gestrebt hatte, Territorien zu bilden, und zu erweitern, dann aber mit diesen Bestandtheilen, so wie mit jedem Eigenthum geschaltet, es vielfach verließen, vertheilt und veräußert hatte, so wurde durch die Fürstenwürde gleichsam ein neues Amtsverhältniß zum Reich geschaffen; und man fühlte, daß sie nicht zu theilen und zu vereinzelte sey. Allmählig extendirte sich aber die Theilung des Eigenthums und Erbe auch auf Amt, Würde und Titel, die mit den Lehn- und Allodial-Gütern verbunden waren.

Das Reich blieb bei alle dem durch den innern Geist, der die Verfassung belebte, ein Ganzes, so wie es dies auch in vielen anderen Beziehungen, durch Volksitte, Gewohnheit, Glaube und Einheit des Charakters und der Gesinnung war, und nothwendig seyn mußte.

## Sechstes Kapitel.

Von der Grafschaft als Gericht, und von dem Verhältniß der Bografschaft und Freigrafschaft.

Während der ganze Inbegriff der entstehenden Landeshoheitlichen Rechte häufig noch Grafschaft genannt wurde<sup>1)</sup>, blieb dieser Name auch bei den, innerhalb des Territorium bestehenden Gerichten. Der Besitz der Jurisdictionen war mit großem Güterbesitz schon ursprünglich verbunden; der Sinn und die

1) Im Jahre 1307 stritten sich der Erz. v. Eöln und der Graf von Balbeck, über ein von Ersterem errichtetes Castell; sie erwählten Schiedsrichter darüber: *cujus iuria sit mons et ad quem pertineat, et quo iure et in cuius comitatu seu territorio consistat.* Rindl. (Beitr.) III, 1. No. 109.

Bedeutung des alten Placitum war von großer Wichtigkeit <sup>2)</sup>, die Abgaben, welche die Gerichtsgesessenen leisten mußten (die alten fiscalischen Einkünfte) beförderten die Idee eines Obergenthums, die alte Würde des Grafenamts blieb, und erhöhte sich noch durch den eigenthümlichen Erwerb; es war also kein Wunder, daß die Grafschaft als ein Hauptbestandtheil der Territorialhoheit, ja als das sicherste Zeichen derselben, hervortrat. Wir sehen dies am deutlichsten, wenn wir beobachten, wie fortwährend, und selbst bei völlig ausgebildeter Landeshoheit, noch der Inbegriff der Rechte derselben oft Jurisdiction genannt wird <sup>3)</sup>.

Ehe die Grafschaften zu Eigenthum überlassen, verschenkt und als Lehn verliehen wurden, erlitten dieselben große Veränderungen durch die Exemtionen, und durch die Hörigkeitsverhältnisse <sup>4)</sup>. Jedem Freien war es überlassen, sich der Kirche zu übergeben, und dadurch mit seinem Gut aus dem Grafengericht in das des Kirchenvogtes zu treten <sup>5)</sup>. Dies Beispiel fand sofort bei den weltlichen Großen Nachahmung, und das alte Landgericht mit seinem Bezirk wurde dadurch bald mehr

2) Die Verpflichtung, im Placitum zu erscheinen, umfaßte meist alle Staatsbürgerliche Pflichten, namentlich die, seine Abgaben da zu entrichten. *Viri de hac progenie ad placitum Advocati legitimi in anno ter convenient et postmodum libere ubivis locorum permanent.* Urk. v. 1101, Rinbl. Hdr. Nro. 6. *sal man alle Jar vier ungeboden Gedinge halben op dem Hoeff üp der rechten Malsstabt, und dan soll ein ichlich betalen sinen Lynß nae Andeil.* Urk. v. 1500 das. Nro. 195.

3) Auch der Ausdruck Hoheit möchte wohl aus hoher Gerichtsbarkeit entstanden seyn. Die Bezeichnung der Güter ist gewöhnlich: *sub jurisdictione N. comitis.*

4) In den Kaiserlichen Privilegien hieß es: *Jubemus, ut in eodem monast. vel locis ad id pertinentibus, nullus Dux, comes vel vicescomes, nullus Marchio vel quilibet Scholdatio vel alia judiciaria persona ullum habeat placitum, nec parasfredos, nec paratas faciendas, nec aliquod exigatur servile servitium. priusquam ejusdem Abbatiae servus, in cujusvis comitatu habitet alterius comitis non eat ad placitum, sed ad ejus solummodo quemcunque Abbas sibimet eligere velit advocatum.* *Schaten*, Ann. ad. a. 997.

5) Es hieß z. B. *si aliquis liber homo in quocunque degens comitatu se vel bona sua ecclesiae tradere voluerit, liberam potestatem habeat, sine cujuslibet comitis, Rectoris, Judicis provinciae contradictione.* *Schaten* Ann. ad a. 1095.

balb weniger zerrissen, versplittert und zerstört, ohne jedoch in seinem Wesen ganz aufzuhören. Indem aber die großen Güterbesitzer die Gerichtsbarkeit über ihre Hörigen als einen Theil ihrer Eigenthums-Rechte erhielten, und als Annerum des Eigenthums und Obereigenthums mehr und mehr betrachteten, dehnte sich der Begriff dieses Eigenthums, gleich bei Ueberlassung der Grafschaften, auch auf diese Jurisdictionen aus, und sie wurden, wie jedes andere rentirende Gut, betrachtet, nach Herkommen benutzt, verlehnen, verkauft, vererbt, verschenkt und auch getheilt <sup>6)</sup>. Mit dem Streben der Landeshoheit und der Ausdehnung der Territorien vertrug sich jedoch diese Versplittterung nicht. Man suchte daher theils die Comitats wieder zusammen zu bringen, theils entwickelte sich, wie wir bereits oben sahn, ein untergeordnetes Verhältniß zwischen dem Hauptherrn und den Inhabern der Gerichtsbezirke <sup>7)</sup>; man bezeichnete auch wohl den Gegensatz scharf, indem man zwischen Comitats und Comecia unterschied <sup>8)</sup>.

Der Inhaber des Comitats war ursprünglich selbst Richter gewesen, und hatte sich nur, durch den Heerdienst gehindert, von dem Wiccomes vertreten lassen <sup>9)</sup>. Nachher wurde diese

6) *Cum comitatu ac aliis bonis, que de Monasteriensi ecclesia tenemus in phoedo* Dipl. de 1257 bei Rindl. (Beitr.) III. 1. No. 77. — Der Erzb. von Mainz verleiht 1237 eine Grafschaft (comicia), und sagt in der Urkunde: *Comiciam supradictam dicti nobiles jure feudi concedent aliquibus de Ministerialibus sive fidelibus nostris juxta nostre beneplacitum voluntatis.* Gudenus, Cod. dipl. I. p. 544.

7) Man suchte sich zugleich gegen den Nachtheil, der aus solchen Beräuberungen erfolgte, zu schützen. Das Corvensche Grafengericht zu Hörter war durch Belehnung in die Hände eines Privatmanns gekommen. Der Abt und die Stadt schlossen im Jahre 1326 einen Vertrag: *si aliquis emere vellet Judicium in Huxaria quod vulg. nom. ein Graescap appellatur, contra voluntatem eorum, et in damnum ad adistendum ipsis adstricti erimus et debemus esse ac firmiter contra illum emptorem apud eos permanere.* Daß dieser hieraus irrig schließt, die Grafschaft sey de facto ausgeschlossen worden, haben wir schon in der Corveyschen Gesch. I. S. 311 gezeigt.

8) Im Jahre 1339 verließ K. Ludwig dem H. v. Turen die Freigrafschaft von Arnberg. In der Urkunde heißt es: *Quatenus sibi banum libere comecie ad comitatum Arnbergh pertinentem conferre benivolentius dignaremur.* Rindl. (Beitr.) III. 1. No. 143.

9) In einer Urk. des B. v. Münster heißt es: *nostro tunc Wrigravio*

Vertretung Sitte und Regel, und er ernannte Beamte zu Richtern; die Richterwürde behielt aber immer so viel Bedeutung, daß der Hauptherr selbst sich die Concurrrenz vorbehielt, und zu Zeiten im Landgericht präsidirte, wo dann seine Richter Gewalt der des Beamten derogirte<sup>10)</sup>. Es war dasselbe Verhältniß, wie bei dem Kaiser, der auch das Richteramt übte, und als oberster Richter überall richten konnte.

Wir sahen bereits oben, wie die Zersplitterung der Landgerichte zu ihrer Auflösung beitrug, und wie sie mit den Centgerichten verschmolzen wurden. Das neu entstehende Gericht war zwar eigentlich das Ueberbleibsel des alten Landgerichts, und wurde auch eine Zeitlang noch Gogericht genannt, und mit Schöffen aus den Landsassen unter den Landesherrlichen Beamten besetzt<sup>11)</sup>. Der Landesherr behielt sich aber zumeist die Criminaljurisdiction bevor<sup>12)</sup>, und zugleich verstand es sich wohl von selbst, daß Beschwerden und Appellationen an ihn

*vices nostra, ut moris est, ibidem presidente* Rindl. (Beitr.) III. 1. No. 115.

10) „Wenn der Graf kommt zu das Gografen Ding, so soll das Gografen Gericht niedergelegt seyn. Also ist das Grafen Gebing, wenn der König kömpt, in seiner Grafschaft niedergelegt, da sie beide gegenwärtig sind, Sächs. Landr. I. art. 58. Das war auch bei der Stuhlhererschaft und Freigrasschaft der Fall: *Judicia nostra quo Vrygedinck appellantur, quibus praesidere solemus extra muros satisfactionis opidi, non praesidebimus, ne quisquam presidebit auctoritate nostra etc. . . coram nobis sive coram nostro Virgravia.* Urk. v. 1278. Rindl. (Beitr.) III. 1. No. 85.

11) Im Grebensteiner Saalbuch von 1571 heißt es: Item sagen ferner, daß alle buesen so am Goding oder Landtgerichte durch die Landtschöpfen in beyseyn der beamten erkant werden, seyn m. g. Fürsten und Herrn zu Hessen. Kopp, v. d. Hess. Ger. No. 86.

12) Nach einer Urkunde von 1237 verleiht der Erz. v. Mainz die *comicia* in Ruchelso, Excepte ville prenotate tamen ad vocem Proconum justiciarum nostri dicto comicio quod vulgariter dicitur lantochrois aequantur justiciam secundum terre consuetudinem et Principalia tribunalis dicto comicie communiter receptam. *Gudenus, Cod. Dipl. I. p. 544.* — Jus tamen nostrum ratione comecias nobis conservare volumus illibatam. Urk. des Grafen von Cygenhagen (Ziegenhain) bei Kopp, v. d. Hess. Ger. No. 51. — In einer Urk. des 14ten Jahrhunderts von den Rechten in der Rorbach heißt es: Zum ersten das unser Jungher hat das hoesste gerichte obir hals und obir hant und das hoesste gebot. Kopp, v. d. Hess. Ger. No. 74.

giengen. Dazu kam, daß die Landsassen Schutzhörige Hinterlassen wurden, die man wenig mehr achtete, und von denen sich der Ritterstand los sagte, und in ihren Gerichten nicht erschien. Die Streitigkeiten derselben wurden daher durch ebenbürtige Schöffen vom Landesherrn oder dessen Stellvertreter im höhern Placitum entschieden. Es entwickelte sich so der Begriff von höherer Gerichtsbarkeit und von eximitem Gerichtsstand; und wenn wir sehen, wie das alte Landgericht als Volksgericht überall zum beschränkten Untergericht herabsinkt, ja wohl gar vom Hofgericht des Landesherrn verdrängt wird, so verkennen wir darin nicht den geschichtlichen Uebergang, wornach das Volk selbst herabsank, die freien Landsassen ihre Würde verloren, und der Ritterstand sich erhob; wir sehen auch, wie der Landesherr als Besitzer der Grafschaft, erst gemeine Volksrechte und herkömmliche Einrichtungen ehrend und anerkennend, das alte Placitum theils beibehält, theils selbst darin zu Zeiten erscheint, dann es seinen Beamten überläßt, und mit den emporstrebenden Ständen gemeine Sache macht gegen das Volk, wie er mit ihnen in einem über dem alten Placitum stehenden neuen Placitum, das jedoch, der stehen bleibenden herkömmlichen Verfassung gemäß, dieselbe Form, Bestimmung und Einrichtung hat, zusammentritt, und darin sowohl die hohe Gerichtsbarkeit übt, oder durch stellvertretende Beamte üben läßt, als die Angelegenheiten des Landes berathet; wie hier sowohl Ritter, als Geistliche, und auch Bürgermeister und Schöffen der emporstrebenden Städte erscheinen; wie bei den Veränderungen, die in der Verfassung und in den Gerichten vorgehen, allmählig Beamte zur Verrichtung der Geschäfte stets — und zwar meist am Hof des Landesherrn — versammelt blieben, und dafür vom Landesherrn, als seine Räte, entschädigt und geehrt werden; wie die übrigen Berechtigten der Stände nur bei besonderen Veranlassungen berufen werden, und so nun aus dem neuen Placitum, welches aus dem alten erwachsen war, zwei neue Linien in der Verfassung sich bilden, die *Landstände*, die rathen und einwilligen, und die *Beamten*, welche unablässig die richterlichen und Regierungsangelegenheiten betreiben. Jene schlossen sich, da die Landeshoheit immer mächtiger wurde, zur Wahrung ihrer Gerech-

same zusammen, und diese, da sie mit der Macht des Landesherrn ihre eigene wachsen sahen, traten als Getroue auf dessen Seite. Wir bemerkten aber bereits oben, wie es kam, daß die Stände mit den Landesherrn zerfielen, und erst nach ausgefochtenem Kampf und völlig begründeter Landeshoheit, in ein neues, nun zwar beruhigtes und Verfassungsmäßiges, aber von alter Würde, Freiheit und Bedeutung sehr abweichendes Verhältniß traten.

Wenn wir die Verfassung Westphalens mit der, welche bisher entwickelt wurde, vergleichen, so zeigt sich ein bedeutender Unterschied in dem Fortschreiten derselben, wodurch besondere Erscheinungen, die zu wichtigen Einflußreichen Resultaten führen, hervor gebracht werden. Wir erinnern zuvörderst an alles das, was im dritten Capitel über den Stand der Freien in Westphalen gesagt wurde, weil es überall als Grundlage des Folgenden dienen muß.

Während sich auch in Westphalen die Landeshoheit entwickelte, Territorien bildeten, die landesherrlichen Gerichte beinahe in dasselbe Verhältniß, wie auswärts, traten, und das alte Placitum auf mannichfache Weise durchlöchert und zersplittert wurde, blieben die Freien unter einem besonderen Richter,<sup>13)</sup> der über ihre Personen und Güter richtete, die fiskalischen Reichseinkünfte erhob, und nicht als Landesherrlicher Beamter, sondern als kaiserlicher Richter unter Königsbann das Urtheil sprach, und dessen Gerichtsbezirk eine Freigravschafft (*comercia libera*) genannt wurde. Wir finden die Benennung und den Gegensatz mit dem Ende des zwölften Jahrhunderts, gerade nachdem sich das Territorium überall ausgebildet, und die Territorialgewalt zu befestigen angefangen hatte; und es ist allerdings eine singuläre Erscheinung, daß in den Territorien der Hauptherren, die das Comitatus und alle Rechte der Territorial-Hoheit allmählig an sich brachten, unmittelbare Reichs-

---

13) Wir meinen hier den besonderen Stand der Freien in Westphalen. Kopp meint alle Gerichte über Freie hätten Freigericht geheißen, (welches im Allg. wahr ist) es bedürfe also keiner Untersuchung: warum die Westphl. Freigerichte so geheißen. Mit dieser Voraussetzung schneidet er sich alle geschichtliche Erklärung ab.

unterthanen sitzen bleiben, und ihren eigenen kaiserlichen Richter behalten konnten <sup>14</sup>). Wir haben dies schon oben zu erklären gesucht, und wiederholen, daß wohl der Hauptgrund darin liegen mochte, weil hier, in der Mitte so vieler geistlichen Besitzungen, die neue Verfassung langsamer fortschritte, und weil man fester am Alten hing, als anderwärts. Die geistlichen Stiftungen erwarben erst viele Güter und Hörige, dann traten überall Freie als Schutzhörige zu ihnen, es wurden ihnen auch Comitatus verliehen, und während sie ihren Hörigen den Vogt oder Schulzen, ihren Freien aber den alten Landrichter, Sogras, ernannten <sup>15</sup>), duldeten sie es, aus Mißverständnis, Schwäche, oder Ehrfurcht vor alten Herkommen, daß diejenigen Freien, die noch gar in kein Verhältniß mit ihnen getreten waren, das alte Placitum unter ihrem Grafen, der nun durch die Benennung, Freigraf, comes liberorum, den Gegensatz bezeichnete, fortsetzten, und in einem Zustande der Unmittelbarkeit und Unabhängigkeit von der Territorialgewalt als letzte Inhaber übrig gebliebenen unmittelbaren Reichsgutes blieben. Es läßt sich dies um so leichter in geistlichen Territorien denken, da überhaupt bei dem Streben der Großen nach der Erweiterung ihrer Macht kein klarer Begriff von dem, was das Resultat und Ziel ihres Strebens war, ohwaltete, und Alles ohnehin vom einzelnen Erwerb ausging, bis sich ein Ganzes von selbst daraus entwickelte und darstellte <sup>16</sup>). Bei den benachbarten

14) Welcher Beamter war: coram . . . qui tunc temporis bannum imperialem in loco . . . administrabat. Urk. v. 1184. Kindl. Holm, Kro. 8.

15) Viele hatten sich auch schon früher durch Anschließung an eine Lehnmannschaft, oder durch besondere Privilegien und Verträge von der Folge an das gemeine Grafengericht befreit. Anfangs ließ man durch Privilegien die Hofbesitzer und Hörigen vom Grafengericht ausheben, dann hob man sie selbst aus, ertheilte auch Städten hieüber Privilegien: cives predictos cum tota villa Coesfeld ab universis advocatis et a regia hanc liberis et solutus fecimus. Urk. des Bischofs von Münster v. 1197. Kindl. M. B. III. 1. Kro. 73. — Mit der vollendeten Erwerbung des Comitatus und der Ausbildung der Territorialherrschaft, hob man gar nicht mehr aus dem Grafengericht, und stellte die Schutzhörigen nicht ferner unter einen besonderen Vogt, indem die Territorialherren auch Schutzherren wurden, und alles vor ihre Gerichte zogen.

16) Einen schönen Beleg giebt die oben (Cap. 3. Note 4.) allegirte

Kleinere weltliche Territorien mochte das Beispiel der stehenden bleibenden alten Observanz von Wirksamkeit seyn, und so erhielt sich dieselbe in einem großen Strich Landes, der, weil er hauptsächlich die alte Provinz Westphalen in sich schloß, hiernach benannt wurde, weshalb auch späterhin diese Gerichte, nachdem sie mancherlei wichtige Schicksale und Veränderungen erlitten hatten, Westphälische Gerichte hießen, und als ein unmittelbarer Vorzug des Westphälischen Landes, auf welches sie daher auch lediglich beschränkt seyn sollten, betrachtet wurden <sup>17)</sup>).

Seit dem 13ten Jahrhundert, wo die Territorien geschlossen waren, sehen wir, daß die Freiherren vom Kaiser, oder im Namen des Kaisers vom Herzog, mit dem Gericht belehnt werden, und unter d. h. innerhalb Königsbann Gericht hegen; denn Bann bezeichnet, wie schon oben bemerkt wurde, die äußere Grenze eines Jurisdictions-Bezirks <sup>18)</sup>. Die Belehnung war dem Geist der Zeit, wo alle Verhältnisse durch das Lehnband geknüpft wurden, angemessen; es konnte aber keine Unterbrechung statt gehabt, und die Belehnung mußte sich unmittelbar an die amtliche Ernennung vom Kaiser oder Herzog gereiht haben, so wie sie auch später wieder den Charakter einer Amts-Ernennung deutlicher annahm. Das waren offenbar die Grafschaften, mit denen Heinrich der Löwe, und dann der Erzbischof von Köln belehnt hatten. Aber da die Territorialgewalt mit dem Sturz jenes Helden einen bedeutenden Fortschritt that, so mochte es allerdings den Hauptherren bedenklich seyn, die Freigrafschaften, deren Jurisdictions-Bezirk

---

Urkunde von 1394, wo es noch ganz am Begriff der Landeshoheit gebrach, nur einzelne Verhältnisse banden, und Freie sie lösen konnten, wenn sie es ihrem Schutz und Wohl angemessen fanden.

17) Da ihre Entstehung sich verbunkelt hatte, so glaubte man, sie beruhte auf besondern Privilegien, die nur Westphalen allein erhalten habe: *per indulta et privilegia divorum Imperatorum et Regum Romanorum in Ducatibus terre Westfalie duntaxat et non in locis aliis introductis*. Urk. K. Karls IV. v. 1374 Ropp, v. d. Hef. Ser. C. 61.

18) *In banno seu in terminis ville*. Urk. v. 1274. Rindl. Horigkeit No. 36.



te überall die Territorien durchschnitten, bestehen zu lassen. Die Einrichtung war aber einmal zu fest gewurzelt, und alt herkömmlich, um sie über den Haufen zu werfen, und die Belehnung des Erzbischofs von Köln mit dem Herzogthum, so wie die ganze folgende Geschichte bekundet ihr Feststehen. Indessen war allerdings die Veränderung in der Verfassung zu weit vorgeschritten, um nicht auch hier die Sache zu modificiren. Es mag daher ohne Aufsehen, und ohne ausdrückliche Anerkennung gekommen seyn, daß die Territorial-Herren die Freigravschaften in ein näheres Verhältniß mit ihren Territorien brachten, die Guts- und Gerichts-Einkünfte derselben, gleich allen übrigen Gerichtsherrn und Inhabern des Comitats, erheben, sie mit in ihr Eigenthum schlossen, darüber wie mit anderm Eigenthum verfahren<sup>19)</sup>, und sich Stuhlherren nannten<sup>20)</sup>, während sie den Richter oder Freigrafen vom Herzog oder Kaiser, dem sie ihn präsentirten, belehnen ließen, und selbst nun, der Analogie und dem Geist der veränderten Verfassung gemäß, die Freigravschaften als Stuhlherren vom Reich zu Lehn trugen<sup>21)</sup>.

19) Durch Belehnung, Verkauf, Verfaß. — Der Inhaber der Freigravschaft Wesensfort verkaufte dieselbe 1384 Stückweise an sieben Abliche. — *Libera Comitatus in tanta parte quanta Cunradus Stricmilos titulo pignoris tenet eandem, reliquam vero partem ejusdem Comitatus idem Dom. Episc. nobis pro 200 marcis Maasat, moneto titulo pignoris obligavit.* Dipl. de 1264. Rindl. (Beitr.) III. 1. Kro. 80. — Im Jahre 1311 verkauft Conrad von Kobenberg dem Graf von Arnberg *liberam comitiam apud Stocham, quam a venerab. p. Dom. Archiep. Col. tenet in feodo.* Rindl. (Beitr.) III. 1. Kro. 111. — Im Jahre 1429 genehmigt der Herzog von Berg, als Lehnsherr, daß die Gebrüder von Merveld den zur Freigravschaft dieses Namens gehörigen Freistuhl zu Blaensen an die Stadt Goesfeld versetzen, und ertheilt die Belehnung, so lange dieser Verfaß dauert. — Der Beispiele giebt es unzählige. — Eben so geschah es mit den Gravschaften außerhalb Westphalen. — „*Praeterea recognoscimus, quod comitatus nostras in Tuschens et in Bigo et bona nostra ibidem cum suis pertinentiis pro 60 marcarum redditibus loco Castrensis feudi impignorare et assignare ipsi domino nostro tenemur.*“ Urk. v. 1302. Kopp v. den heiml. Ger. S. 518.

20) Erbherren nennen sie die im Anhang Kro. X. mitgetheilten Formulare.

21) Ref. jud. secr. Westph. 2, 1457. *Senkenb., Corp. Jur. Germ.* P. 77.

Die Freigravschafft bestand aus einem Gerichtsbann, der gewiß mit seinen Grenzen bis in die Karolingische Zeit reicht, und mehrere Gerichts-Plätze (Male, Freistühle, sedes liberae) deren Entstehung wir oben erläutert haben <sup>22)</sup>, in sich faßte. Als Bestandtheile der Freigravschafft werden genannt: die Freien <sup>23)</sup>, die Freistühle <sup>24)</sup>, und die Freistuhlgüter <sup>25)</sup>. Gewissermaßen war also die Freigravschafft ein Territorium im Territorium, ein Status in Statu, ein kaiserlicher Jurisdictions- oder Hoheitsbezirk innerhalb der landesherrlichen Grenzen <sup>26)</sup>.

22) Und die nun, wo das Ganze als ein nutzbares Eigenthum betrachtet wurde, auch vereinzelt wurden: Bortmer so sal E und syne rechten Erven van der Bryengrascap brye stole hebben, und ich und myne Erven twe stole. Urk. v. 1378 bei K in d. l. (Beitr.) III. 2. Nro. 173. — Die Freistühle hatten wohl anfangs einzeln ihre Jurisdictionsbezirke, nachher bezeichnete man sie nur noch nach den dazu gehörigen Freistuhlgütern, bis späterhin auch dies aufhörte. Ein Bolmestein verkauft 1390 den Freistuhl zu Ascheberg myt dem Gerichte alz dar to hort, und neghen vrye Gude de darto horet. K in d. l. (Beitr.) III. 2. Nro. 182.

23) Viro strenuo et honesto, Domino judicarie sedis in Sendenhorst, que vulg. vryestol dicitur, nec non et Comiti et liberis ad dictam sedem pertinentibus. Urk. v. 1319 K in d. l. M. B. III. 1. Nro. 123.

24) Cum ejusdem libere Comitie sedibus, que Dinchtode vulgariter dicuntur, Urk. v. 1282 K in d. l. M. B. III. 1. Nro. 91.

25) Mit den Einkünften und Diensten, welche die Inhaber derselben nach altem Herkommen leisteten. Schon die Benennung May- und Herbstbede, Königsdienst, Herschillinge erinnert an das, was sie einst unmittelbar dem Reich contribuirtten. Eine Urk. v. 1374 nennt: Weberkop und Loze der Brygrascap unde der Brygenstole unde der Gode unde der lude, , dar inne belegen. K in d. l. (Beitr.) III. 1. Nro. 171. — Der Verkauf der Freigravschafft Wesenfort 1384 geschieht: myt Stoelen myt vryghen Hoeren myt vrygen luden myt all over Lohborunge, alse de gelegen is in Holte, in Belbe, in Watere, in Wende, und myt aller schlachternüt. Daf. 2. Nro. 178. — 1430 wird zu Lehn gegeben: die vrye Graisschoff zo Guthenn mit allen vren Dingsteden Brygen und Bohoringen. Daf. 2. Nro. 199. — Ungeachtet die Lasten und Abgaben der Freien fast dieselbe Natur annahmen, wie die der Hörigen, so hießen ihre Güter doch immer noch freie, Freistuhlgüter, Mansi liberi. Sehen wir wieder zurück in die Geschichte, so erkennen wir die Natur jener Abgaben, daß es reine fiskalische Einkünfte waren. — Es verzichtet ein Freigraf zum Besten des Erzbischofs von Cöln: quicquid juris in praenominatis agris (sc. liberorum) habebat, quod ad Fiscum regium pertinebat, in manus nostras resignavit. Dipl. de 1177. K in d. l. Bolmestein, II. Nro. 6.

26) Bannus regius, sub quo bona aita sunt, heißt es öfter. Eine Urk.

Daß sie von der Landes- und Gerichts-Eintheilung Karls des Großen herrührte, ist nicht zu bezweifeln; daß aber auch der Freigraf unmittelbar aus der Karolingischen Verfassung Amt und Würde ererbt hatte, zeigt uns besonders das Beispiel Dortmunds, das als freie Reichsstadt keinen kaiserlichen Vogt hatte, sondern dessen Graf unmittelbarer Richter des Freisitzes war, und keine Stuhl Herrschaft eines Landesherrn anerkannte. Diesem Umstande, so wie dem Alter und Ruhme des Dortmunder Gerichts überhaupt, vielleicht auch uralten schon zu Karls des Großen Zeiten erlangten Privilegien<sup>27)</sup>, mag es vielleicht zuzuschreiben seyn, daß es den obersten Freisitz hatte, der der Spiegel, oder des Römischen Reichs Kammer hieß, wo man Kapitel hielt, d. h. in der Zusammenkunft aller Freigrafen Weisthümer fand, Aufsicht übte und Urtheile bestätigte. Die ganze Einrichtung dieses Capitels, so wie die Verpflichtung der Freigrafen, da alljährlich zusammen zu kommen, hat etwas Alterthümliches, was an das Placitum des Riffus erinnert<sup>28)</sup>, wiewohl nachher ein annaloges Verhältniß zur Lan-

---

v. 1205, welche der Bischof von Münster ausstellt, sagt: eandem donationem in Comitia regia, sub qua proprietates de A. alta est, per R. de S. tunc temporis regium bannum timentem auctoritate regia legitime fecit confirmari. Rindl. (Beitr.) III. 1. Kro. 47. Ein Ritter verkauft 1280: proprietatem manaj . . . siti in libero comitatu Joh. de Reychede. Rindl. (Beitr.) III. 1. Kro. 87. Eben so bezeichnete die Vogtgrafschaft einen Gerichtsbezirk, in dem gewisse Güter lagen: Cyn Del Holbes dat dar up der landwer in deme Vogerichte gehouwen was. Rindl. (Beitr.) I. Kro. 63.

27) Vergl. oben.

28) Doch, wie uns dünkt, nicht in der Weise, wie Möser meint. Derselbe sagt in der Dsnabr. Gesch. I. S. 260. „Das höchste Landesgericht (des Gesandten) hieß vermuthlich die Obersale, und später das Fengericht.“ Und er fügt in der Note hinzu: „In der Urkunde, welche Kaiser Ludwig der Deutsche dem Dsnabr. Bischof Engelbert ertheilte, wird derselbe a iudicio quod vocatur oberzala befreit, worunter das Obergericht des Kaiserlichen Gesandten zu verstehen.“ Die von Ludwig dem Deutschen ausgestellte Urkunde, welche die Immunität bestätigt, sagt aber: Ita ut nullus iudex publicus Dux vel comes neque alia iudiciaria potestas nisi illius loci episcopus et suus advocatus aliquid in rebus sibi pertinentibus potestatem habeat agendi vel homines illius dijudicandi, quod eorum lingua oberzala dicitur. Sie redet also nicht bloß vom Gesandten, sondern von allen Beamten; sie redet nicht von einem iudicium, das Oberzala heißt, sondern übersezt bestimmt das Wort dijudicare

des herrlichen Gerichtsbarkeit eintrat, vermöge welcher auch über das ganze Territorium, vom Landesherren in eigener Person oder durch Statthalter, nachher durch Raths-Collegien, die Obergewalt und die höhere Justiz ausgeübt wurde<sup>29)</sup>. Daß späterhin auch zu Arnberg Kapitelstage Statt fanden, und dessen Freigraf sich oberster Freigraf nannte, war Folge der Statthalterschaft des Erzbischofs von Eöln, als Herzogs von Westphalen, der mit der Erwerbung der Grafschaft Arnberg seine Besitzungen in Westphalen consolidirte.

Daß die Freigerichte keine außerordentliche oder Partikular-Gerichte waren, wie man sie bisher immer bezeichnet hat, sondern ordentliche Landgerichte, welche gerade durch die Civil-Jurisdiction es bewiesen, daß sie aus alter Verfassung herstammten, ist durch das Entwickelte schon dargelegt worden. Der Irrthum erscheint aber verzeihlich, da man dieselben schon im 14ten Jahrhundert, wo man sie in ihrer alterthümlichen Gestalt und in der auszeichnenden Bedeutung, die noch hinzugekommen war, schon nicht mehr kannte, für außerordentliche Institutionen nahm. Selbst Kaiser Karl IV. wußte nicht, was es für eine Beschaffenheit damit hatte. Er verlieh unter andern dem Stifte Corvey das Recht, Feistühle zu errichten und

---

auch durch ein Verbum Obersala. Wäre von einem Judicium die Rede, so wäre die Sache anders ausgedrückt, und die Sprache anders gewählt worden. Nicht das Nichten wird den Beamten in ähnlichen Urkunden untersagt, sondern das *ad placita sua bannire*, als Bedingung einer gerichtlichen Entscheidung. In andern, die Befreiung von der Gewalt der weltlichen Beamten aussprechenden, Urkunden heißt es: *no . . . liberos vel servos constringere praesumat. — Homines ipsius monasterii distringendos etc.* Wenn hier vom Zwängen zum Heerdienst die Rede ist, und dieser im Placitum geordnet wurde, wo Alle erscheinen und in die Heercompagnie sich reihen mußten, so möchte wohl hier dasselbe gemeint seyn, und Obersala, überzählen, das Eintheilen der Mannschaft bedeuten, da Zal, sala, auch die Quote einer Theilung bedeutet, und hie und da noch Erbzal für Erbtheil gebraucht wird.

29) Daß späterhin Collisionen eintraten, war begreiflich. Der Freigraf von Freienhagen beschwert sich 1536 beim Landgraf Philipp darüber, daß er keine Sache vor dem Freistuhl richten solle, er habe zuvor bei der Kanzley angefragt, er erlange aber keine Resolution, und im Kapitel von Arnberg sey ihm doch befohlen, das Recht in den betreffenden Fällen zu handhaben. Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 438.

Freigrafen zu ernennen, als ein besonderes Privileg. Das Stift nimmt dies zwar an, bemerkt aber, daß es solch' Recht schon seit Kaiser Otto besitze. Es hatte nämlich in den Besitzungen, die es allmählig zu einem Territorium zusammen schloß, nicht nur die Advokatie, sondern auch das Comitatus erhalten, und mit dem letztern den Graf längst, ohne Mittel, selbst beliehen. Es ist also dies ein höchst wichtiger Beleg für die Behauptung der Abstammung vom Karolingischen Graf, da, ohngeachtet aller schon damals bestehenden Auszeichnungen des Freigerichts, das Stift documentirt, daß es nichts anderes sey, als ein Bestandtheil des alten Comitatus, welches ihm schon im 10ten Jahrhundert verliehen worden sey.

Wie die Freigrafenschaft ein alter Landgerichtsbezirk war, so auch ursprünglich die Vogtgrafschaft. Beide trennten sich als Zweige Einer Wurzel <sup>30)</sup>, beide zerrissen und durchlöchert von den Gerichten der Hörigen, durch Verleihungen und Veräußerungen zersplittert, zertheilt <sup>31)</sup>, und dann sich bekämpfend und aufreibend. Ursprünglich waren sie vereint das Placitum, denn Alles folgte <sup>32)</sup>. Das Verhältniß löste sich beim Uebergang zur

30) In einer alten Relation, die Werck, a. a. O. Anh. No. 1. mittheilt, heißt es von Karl dem Großen: So delete he dat ganze land dat nu Westphalen heth uppe desse Side der Wesere in vele kleyner Gravescuppe, lichte in hundert, de nu en deel vorgheten sin so dat yewelik sin endeschede hebde, und over itlik deel enen Stolheren und enen Brygreven, dat is so vele gesacht als enen Richter de myt den hemeliken Richter scholde sine gravescup unde vurder nicht vryen van der boesheit de in dem Lande wontlik was, unde of nicht vorgangen is. — Wir sehen hieraus die Erinnerung an das, was nothwendig und allgemein war, nämlich die Eintheilung des Landes in Gaue oder Grafschaften. Vogtgrafschaften und Freigrafschaften gehen so hoch hinauf, daß sie sich in Einer Abstammung verlieren.

31) Die Grafen von Waldeck und von Arnberg theilten 1315 comitiam de Rudenberg, tam in bonis quam hominibus, juribus, jurisdictionibus, serviciis, honoribus et omnibus suis pertinentiis . . . prout equalius potuimus, secundum informationem ac discretionem tredecim liberorum hominum de Comitatu. Kopp, heiml. Ger. S. 519.

32) Deswegen heißt es noch in den Urkunden des 12. Jahrhunderts: in conventu populi, in communi placito, in pleno placito. Jede Erbscheidung von freiem Erbe wird im placito comitia unter Königsbann confirmirt, und wenn es eine Kirche erwirbt, in placito ad-

**Territorial-Herrschaft.** Wie dies kam, ist zwar etwas dunkel, doch können wir es aus der folgenden Geschichte ziemlich klar deuten.

Der Ausdruck **Gograf** und **Freigraf** konnte zuvörderst wohl zu gleicher Zeit entstehen, ohne einen Gegensatz auszudrücken, denn **Grafchaft** und **Placitum** umfaßte Alles <sup>33</sup>). Erst wie die Freien unter den Trümmern der alten Verfassung, unter dem Fortschreiten der Landeshoheit ihre Ständerechte wahrten, entstand der Gegensatz von **Freigraf** und **Gograf**. Jener hielt das **Freibing**, und bezeichnete immer den kaiserlichen Richter, dieser das **gemeine Goding**, und war der landesherrliche Richter <sup>34</sup>).

Der Kampf des Erzbischofs von Eln für seine herzoglichen Rechte trug eben so sehr zur Erhaltung der Freigerichte bei, als er uns die Scheidelinie erkennen läßt <sup>35</sup>). Beide

vocati empfangen und auch bestätigt. — Der Graf beruft omnes liberos comitatus sui. Es erscheinen aber auch Ministerialen und Andere. — Im J. 1181 geschieht ein gerichtlicher Akt *judiciali sententia tam liberorum quam ministerialium*. *Rindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 24.* Von jetzt an wird das *liberum placitum* comitis andern *Placitis* entgegen gesetzt, und es reden da nur *Nobiles* und „*liberi qui appellantur scopones*.“ Die Ministerialen haben ihr eigenes *Placitum*; „*in generali Ministerialium conventu*.“ Es hat aber Jeder Zutritt im Freigericht, „*in conventu liberorum*“, und kann das Verfahren bezeugen. Viele *Urk.* in *Rindl. R. Beiträgen* belegen dies. Das *Gogericht* steht neben dem Freigericht, wenn es den Hof- Vogt- Schulden- Gerichten entgegen gesetzt wird. *Item nota, quod omnes curtes predictas, que dicuntur Ammethove, quarum sunt quinque . . . sunt libere ab omni iudicio, quod dicitur Gogerychte, wigraschap et quod sibi schulteti de omnibus etc. etc. Urk. des 13. Jahrhunderts bei Rindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 102.*

33) Der einzige Gegensatz lag im Ausdruck **Dinggraf**, **Thinggravius**, wodurch man den Beamten im Gegensatz des Inhabers bezeichnete, und dieser Name blieb noch lange üblich. Der Graf von Arnberg übergiebt im Jahre 1270 einen Hof: *coram Godofrido milite dicto de Husen, qui illo tempore sedem et locum Dingravii tenebat. Rindl. R. B. III. 1. Nro. 82.*

34) *Id. Johann Gogreve ton Santwelle, des hochgeboren Forsten und Heren . . . Byschop to Munster betuge . . . dat vor my up enen gemeinen Goding . . . gekomen is. Rindl. (Beitr.) II. Nro. 63.* Man setzte nun immer dem **Goding** das „*forum (iudicium)*“ quod vulgo dicitur *Vriething*“ entgegen, und hierin liegt schon, daß sich das Freigericht aus dem Gogericht, *placitum generale*, ablöste.

35) Der **Satthalter** oder **Marshall** von Westphalen, drückt sich unter

konnten nämlich getrennte Jurisdiction - Bezirke haben, die Grenzen konnten aber auch innerhalb desselben Bezirks durch einander laufen, und es war alsdann wohl der alte Richter über die Freien geblieben, und ein neuer als Vogt über die Freien des Landesherrn bestellt worden<sup>36</sup>). Oft aber hielt der Freigraf sowohl das kaiserliche als landesherrliche Gericht, und es

Erzbischof Engelbert II. 1272 so aus: *Judices dicti Vrigravon auctoritatem judicandi immediate a Rege recipiunt. Et idem servatur in omnibus Comitatibus. . . Et Simili modo omnes Gogravil per totam Westphaliam, cujuscunque sint, nob deberent judicare nisi auctoritate per Gladium a Duce recepta: modo quilibet comes (nämlich Territorialherr:) tales Gogravios instituit et destituit et judicat, quod facere non possunt, et infringunt jus judicis. (Handschr.)* Die Erinnerung an die gleiche Abstammung der Go- und Freigrafen bewog zu solchen Präensionen. Aber wie die Hauptherren das Comitatus erhielten, und Territorialherren wurden, ernannten oder investirten sie selbst die Go- oder Dinggrafen; die Freigrafen blieben aber kaiserliche Beamten und Richter. Kindinger meint, die Gografen seien diejenigen Beamten gewesen, die von den Landesherrn erst, seit diese das Ducat erhielten, waren ernannt worden; aber dann hätte noch Heinrich der Löwe sie selbst investiren, oder dem Kaiser präsentiren müssen, welches aber nicht der Fall war, denn wir sehen ja klar, daß nur die Freigrafen noch als unmittelbare Richter aus den Krümmern des Herzogthums hervorgehen.

36) Die Erinnerung der Freien an altes Herkommen und Vorrechte, das Verhältniß der Freigrafenschaft zum Gografen, und die Bemühungen desselben, die Unterthanen Verhältnisse auszugleichen, spricht sich in einer handschr. Urkunde v. 1536 aus, worin es unter andern heißt: Item to dem ersten so thüget und seget Bernt Roerbink, dat em sechern waerheit wittich und kumbich sy vnd gehort heb, dat selliche Goegreve Rave begert heb van selliger gedechtnisse Wenmar van Heyden in der kirchen to Heyden, dat heu wolbe vergunen rnd to laten, dat bey Brien In syner vrygraveffschop gesetten, mede holt solben voren gelich anderen up den Lunsbergh dat obgenante sellige Wenmar to geynen dele gestaben noch to wolbe laten aber lyden, vnd heb do tor tyt dem Goegreve Rave vorgl. geantwört, syne vryghgraveffschop sy bey vryeste vrygraveffschop, bey wat wesen mochte, vnd heb, mit der badonge gans und all geyn doen want syn voralderen hebbent alstyt so vrygh gehalten, dat syne vryen Rymanant gebient, noch to Dienste komen synt, so wil heu dat oic so vort en halben, as dat bysher to gehalten ys, vnd nicht anders. Dar beneven so bekennet dey egenante tynch, dat en haben dat noch wittich und kumbich sy vnd van synen alderen düct vnd manich moil gehort hebb, dat tho heyden gheyne areyse vntgegeven noch geboit sy van ymande, dan dat sy eyn ghemeyne Schattonge gebort as myne g. L. her Bisschop to monster. Ingefeit wort tor behoiff vnd to vülleste der confirmacion to Rome to erlangen vnd nyt anders, dat heu so bewairen wyl myt synen waren worden as recht is.

verdunkelt dies sehr die Scheidelinie <sup>37</sup>), die sich allmählig verliert. Ueber die Art und Entstehung der Trennung spricht keine Urkunde, aber häufig sehen wir später beide Gerichte von Alters her getrennt an demselben Orte bestehen <sup>38</sup>).

Beide hielten an alten Mahlplätzen öffentlich ihr Gericht, und ihre Competenz war in Hinsicht der Gegenstände ganz gleich <sup>39</sup>). Der Freigraf sowohl, als der Vograf, war ehemals *Viccomes*, Dinggraf genannt worden <sup>40</sup>), beide standen neben einander <sup>41</sup>), und waren in demselben Verhältniß zu den Bauerschaften und Bauergerichten <sup>42</sup>). Das Gogericht be-

37) Im Jahre 1531 hegt der Freigraf von Mersfeld, als Deputirter und verordneter Richter der von Mersfeld, das Gogericht vor dem Hause zu Mersfeld unter der Linde, mit Beisitzern und Standgenossen, und spricht ein Lobes-Urtheil über Bernd Treppen, wohnhaft in Kirchspiel und Dorf zu Latte. *Kin d. l. (Beitr.) I. Urk. 150.* — Wie dies kam, erläutert ein zweites in demselben Jahre gefälltes Lobes-Urtheil. *Anh. Kro. XXIV.*

38) In dem Sühnebrief, den der Eble von Diepholz 1383 dem B. v. Münster ausstellt, erkennt derselbe alle Rechte des Letztern am Dorf und Kirchspiel Goldensteden an, also by Namen de vryengravescap, de vryen unde de vriestoele, de dar to hehoret, belegen by den kerthove to Goldenstede mit aller der Gravescap unde der Bryen Lobehornynge und Rechte. . . vortmer bekenne wy, dat dat Gogerichte to Goldensteden is Manlen des Gestyhtes van Munster, und hebbet dat entfangan u. s. w. *Kin d. l. (Beitr.) III. 2. Kro. 177.*

39) Wir kennen die vielen feierlichen Auflassungen von Gütern, welche im Placitum des Freigrafen geschahen; aber handelt nicht der Vograf in denselben Formen? — Sed et ipso *Gogravio recepto ab vcel. jure suo pecuniario, ipsis bonis ibidem pacem indixit secundum morem et juris consuetudinem.* *Urk. v. 1285. Falke, C. T. C. p. 179.*

40) *ceram A. de H. vicomitis sive Dinggravo tunc temporis banuum regium tenente ac sedi regis presidente in comitia libera apud westen.* *Dipl. de 1274. Kin d. l. (Beitr.) III. 2. Kro. 239.*

41) Der Bischof von Münster giebt 1319 der Stadt Aken das Privileg: quod nemo eos ad iudicium debeat vel poterit evocare sive ad *Gograviale vel Vrigraviale*, vel quodlibet alterius generis iudicium, quod ad nostram dyocesis dicitur pertinere. *Kin d. l. (Beitr.) III. 1. Kro. 124.* Bei allererspaltung des Gerichtswesens ist das letzte doch ein unnöthiger Schwung in der Rede, denn mit der Exemption vom Go- und Freigericht war die Stadt nun ganz vom alten Landgericht befreit, und es blieb kein Gericht im Territorium, welches sie hätte evociren können.

42) Im Land Delbrück, das auf eine merkwürdige Weise alte Rechte und Gewohnheiten erhalten hatte, war nur ein Bauergericht und ein



zeichnete eben so gut das Hochgericht, als das Freigericht<sup>43)</sup>. Nur Personen und Güter machten den Unterschied der Competenz<sup>44)</sup>, und es fand keine Appellation vom Gogericht an das Freigericht Statt<sup>45)</sup>. Ohne Grund und Eigenthum gab es keinen Gerichtsbann. Die Freigrasschaften konnten sich daher nur durch die dazu gehörigen Güter der

Gogericht. Item en Sal Remant den anderen laden ut dem Lande mit Burgerichte oder Gogerichte vorber dan vor den Hagedorn. Kindl. Hör. Nro. 158. — Dem Freistuhl zu Wolmestien pflegen to, volgen dusse Burschoppe . . . Urk. v. 1476. Kindl. (Beitr.) III. 2. Nro. 205. Man Vergl. auch das oben S. 80. gesagte. Die Urkunden unterscheiden häufig Freigrasschaft, Gogericht und Burgericht, und das waren die ältesten Gerichte freier Reichs- und Landgrassen in Westphalen.

43) In Urk. des Bisch. v. Pab. heißt es: *Altum iudicium quod vocatur Goghorichte* quaerent sicut illud ab antiquo quaerere consueverunt — *Castrum et oppidum dictum to dem Vorde cum hmnibus suis iuribus et iurisdictionibus et specialiter cum alto iudicio*, quod *Gogerichte* vulgariter dicitur Schaien, Ann. ad. a. 1317 und 1324. So wie der Gograf den Blutbann ausübte, so geschah auch vor ihm Uebertragung von Erbe in derselben Form, wie beim Freigericht: *Quas bona idem Conradus, ut tenebatur, coram Gograwio illius domini constituto in iudicio suo et coram omnibus eidem Gograwio astantibus resignavit libere etc.* Urkunde v. 1285. Falko, C. Trad. p. 379. — Der Blutbann wäre keinem Gogericht beigesetzt worden, wenn es ihn nicht von alter Zeit gehabt hätte, da man vielmehr überall denselben den Gogerichten nahm. In der Reform. v. 1522 (Goldast, Reichsagung S. 252) heißt es: „Aber so die Uebelthaten, welche doch an das Freygericht laut der Ordnung gehören, mit gebühlichem Recht ausfündig gemacht und an und durch unsere Hoch- und Gogerichte zu gebürlicher Straf vermög der Kaiserl. und des h. Reichs peinlicher Palgerichtsordnung nicht gekraft würden, soll den freyen Gerichten ihr gebürlicher Lauf und Proceß unbenommen seyn.“ — Das alte Rühensche Stadtrecht giebt auch Belegstellen für das gleiche Verhältniß beider Gerichte. Art. 7. so welich man ena borghere to ruden ys, den en mach neman nyt laden mit eme swerbe to neine ghogherichte. In der Stadt war selbst ein Gogericht des Erzb. von Köln. Art. 9. dat neman neynen borghere nyt der muren mach laden to den vryendinghe, umme sake, de men richten mag vor gherichte unserz hern van Colne, et ensy also vele dat welich man de van erfliken vrien Gude to beghebingen hebbe, de mochte syn vrydinc halden Cosmann, Materialien zur Gesch. Nr. 1.

44) Der Graf heißt daher *liberorum comes*, die Güter, die demselben gehören, heißen Freistuhlgüter. Wie hätte man sonst auch „den vryenstoel halff, — und den dan halff“ verkaufen oder versetzen können, wie in der Urkunde v. 1404. Kindl. (Beitr.) III. 2. 195.

45) Der Gograf zu Warendorf sprach 1488 ein Urtheil, welches ge-

Freien als ordentliche Gerichte erhalten <sup>46)</sup>, aber auch ohne einen außerordentlichen Umschwung bei dem gänzlichen Verlust der Freigüter und somit der Civil- Gerichtsbarkeit, keine Criminal- Jurisdiction, als kaiserliche Beamte, beibehalten und ausdehnen. — Es ist ein eben so großer Irrthum, wenn man behauptet, ganz Westphalen sey in Freigravschaften getheilt gewesen, als daß die Vografen allmählig angefangen hätten, über die Sachen der Freigrafen zu richten <sup>47)</sup>.

Wie aber die Freigrafen ihre Existenz in der kaiserlichen Belehnung, und in der Vermittlung des Herzogs gerettet hatten, mochten die Landesherrn mehr und mehr zur Besinnung kommen, das Störende dieses Gerichtes für ihre Territorial- Rechte erkennen, und ungern sich mit der Stuhlheerrschaft be-

scholten wurde: bereip sîc an myns gnedigen Heren van Münster hogeste Vogerecht tome Santwell. Rindl. (Beitr.) II. No. 63.

46) Man war daher sehr darauf bedacht, sie nicht zu verringern. In einer Urk. v. 1267 bekundet der Graf von der Mark, daß ein Ritter domum thome Broke cum cespite et frondibus in liberum comitatum suum. quem ipse de manu nostra tenet attinentem, ab omni iurisd. et obnoxietate qua eadem domus eidem libero comitatui fuit adstricta. expediens. titulo permutationis exemit. veram et directam proprietatem ejusdem Johanni de Broke civi Monast. assignando, domumque in Hokenaveldo, quam Wlhard inhabitat, que eidem Gerewino proprietatis titulo attinebat, ejusdem comitatus sedis liberi comitis, liberorum ac scabinorum interveniente consensu in locum et jura predictae domus subrogando. Rindl. (Beitr.) III. 1. No. 81. — Symon, Edelr von Epping, empfängt vom Kl. Mariensfeld, vermöge eines Tausches, quendam manum in Tetinchusen in restaurum cujusdam parvi mansi dicti Oldenradesvelde qui comicie nostre, que vulgo Vrigrafscap appellatur, olim pertinebat, tali forma, quod idem mansus Tetinchusen persolvere teneatur sedit comicie nostre pensionem . . . sicut mansus in Oldenradesvelde ab antiquo solveret tenebatur.

47) Daß kein Unterschied statt hatte, sehen wir am klarsten aus einem handschriftl. Freiensstuhlprot. von Heiden aus dem Jahre 1533, welches die Scheidelinie bergestalt festsetzt, daß es sie gerade aufhebt: De Erntvest und vromme Johann van Raesfeld Stadtholder over dem Braemb, is int gerichte erschenen und ein orbell gefraget, wes des genne wer, baer de vrye Stoell und de Stoelher over tho richten hebben. Dyt orbel is bestabet an Johan Smedes vngrenen, de dar vor recht vp wisede, na dem dat dat romesche Ryke vryestoele verordent heft, tho richtene over lyff, eher und gelymp und guebte, nha inholt kaiserlicher Reformation, so mach de vrygreve richten myth dem Brande, water und Stricke eher reip, und de Vogreve myt dem Swerde, Galgen und Raibe, so ver dat myt

gnügen. Die erste Folge war wohl, daß man in den Gerichtsbezirken, wo der Freigraf, als Dinggraf, noch das Placitum der Freien und der Nichtfreien, im Gegensatz des oft ausgesprochenen Standesunterschiedes, gehalten hatte, einen landesherrlichen Beamten als Vograf ernannte, daß aber die Freigrafen aus Mißverständniß den allgemeinen Blutbann hie und da prätendirten, und nur die Civilsachen abgaben, dies auch häufig durchsetzten, kann nicht abgelaugnet werden, weil doch eine historische Verbindung mit ihren späteren großen Ansprüchen bleiben muß. Daß aber die Grundlage ihrer Prätenſion irrig war, beweist die Geschichte hinlänglich, weil überall, wo der Vograf gleich anfangs geblieben, und landesherrlicher Richter geworden war, derselbe die hohe Gerichtsbarkeit eben so, wie der Freigraf, ausübte. Wo aber Freigraf und Vograf neben einander standen, mußte das Standesverhältniß diesen sehr herabsetzen, und schon daraus erklärt sich jenes Uebergewicht<sup>48)</sup>.

Schon früh waren die Freigrafschaften, besonders durch die Exemtionen, zerrissen und durchlöchert worden. Dies Schicksal mußte bei ihnen gerade fortbauern, weil die Landesherren ihr Obereigenthum und ihre Gerichtsbarkeit auszudehnen suchten, und die Freien sich von beidem früher rein erhalten hatten. Wir sehen daher deutlich die Freigrafschaften zusammenschmelzen, die Jurisdictonsbezirke sich verbunkeln<sup>49)</sup>, und der Freien und Freistuhlgüter immer weniger werden<sup>50)</sup>; ja sie

dem gerichte bevangen is, dar dat gerichte geschenn Gall, und dusses eyn Richtschein geworden.

48) Als bloßer landesherrlicher Beamter war der Vograf häufig nur ein Ministerial: *Wesculus Gogravius et ministeriales alii quam plures* sind als Zeugen in einer Urkunde bei Kndl. aufgeführt (Beitr.) III. 1. No. 54. — Daß aber der Vograf eben so, wie der Freigraf, den Blutbann übte, über Erbe richtete, Aufsicht über die Heerstraßen führte: dies zeigt klar die Scheidelinie und das gemeinsame Fundament ihrer Entstehung.

49) Bei einer Theilung der Freistühle 1378 heißt es: *of worden dar mere Stole gewunden, de van oltes to der Grascap gehört hebben, de solen uns beyden allike heymeliken wesen.* Kndl. (Beitr.) III. 2. No. 173

50) In einer Urk. v. 1205 sind im Placitum des Grafen nur 2 *nobiles* und 3 *scabini*. Kndl. (Beitr.) III. 1. No. 46. — Eine Urk. v. 1278 hat: *comitiam cum tribus liberis hominibus et ius fori.*

müssen, indem zuletzt beinahe kein Gegenstand ihrer Wirksamkeit mehr übrig blieb, dem Untergange nahe gewesen

Daf. Nro. 86. Im Jahre 1340 erscheinen am Freistuhle zu Heitmar nur drei vorsehbare lude seu vrie. Es waren aber noch viele andere Zeugen vorhanden. Kindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 145. Dietrich von Schonbecke, verkauft dem Bischof von Münster 1282: *liberam comitiam, que ultra quindocim parochias extenditur*, die er zu Lehn hatte. Kindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 91. Wenn sich hier die alte Jurisdictionsgrenze noch erhalten zu haben scheint, so finden wir sie doch auch häufig verwischt, z. B. Conrad von Rudenberg verkauft die Grafschaft in der Parchie Belmebe, „et alias ubicunque sita sit.“ — Häufig sind nur die einzelnen Freistuhlgüter aufgezählt. Die Frei-gra-fschafft konnte nicht mehr aus einem geschlossenen Gerichtsbezirk, sondern nur aus einzelnen Parzellen bestehen. So finden wir sie z. B. aufgezählt von der Grafschaft Wesenfort in einer Urkunde des 15ten Jahrhunderts, wo es unter andern heißt: Item de van Herberen heben in demselven Rerpell 2 vengüder dat Schomeckersgut und Teltmansgut u. s. w. Kindl. (Beitr.) III. 2. Nro. 192.

Die Gografschaft wurde nun begreiflich wichtiger, selbst in den Händen derer, die keine Landesherrn waren. So verkauft 1281 Burhard von Hindenburg alle seine Güter in Syrezen und Senebe *cum libera comitia, hominibus, sylvis etc. ita pleno et plane, ut eorundem bonorum colonos et libere conditionis homines a nobis liberos dimittentes, tam in eisdem bonis et eorum appendiciis quam hominibus jam dictis nihil juris, Domini sui potestatis nobis in aliquo vindicemus, praeter jus Gogravie, quod et nobis et nostris hereditibus conservamus.* Kindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 89. Die Scheidlinie der Frei- und Gografschaft schimmert hier übrigens so leise hervor, daß wir die Stelle in dieser Hinsicht kaum zu deuten wagen.

Die Jurisdictionsgrenze der Gografschaften befestigten sich, während die der Frei-gra-fschaffen erloschen. Im Jahre 1325 verkauft der Graf von der Mark: *de vriengrafschap tot Warborpe*, war si belegen si, in Gude, in vrien, in Hoven, in Husen. Kindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 129. Schon hieraus sehen wir, daß der Gerichtsbezirk verbunkelt war, und einen andern durchkreuzte. Wir finden aber auch wirklich ein Gogericht an demselben Orte, und späterhin nur dies allein.

Die Freien, die sonst wohl zu den einzelnen Freistühlen gehört hatten, mußten jetzt, da ihrer weniger wurden, in der ganzen Frei-gra-fschafft Gericht hegen helfen. Bei einer Theilung der Freistühle 1378 verspricht man sich daher gegenseitig: *mere latere eme den Grenzen, und unsre Bryngen volgen und helpen to allen synen Behoven und Rutte.* Kindl. (Beitr.) III. 2. Nro. 173. Anders wurde es späterhin, wie man Freischöffen, aus allen Territorien und Landen machte. —

Im Jahr 1510 präsentiert der Bischof von Paderborn nur Einen Freigraf für alle Freistühle seines Bisthums: *unsen angeboren Unbersaten to unsen Fryensstoilen unses stifts P. vor ennen Fryngre-ven dar over to werbende, nemptlich up deme Raithuse unser Stadt P. to Balhorne to Bylze to Büren, tom Schoinler, to Herstelle unde hinder*

seyn <sup>21)</sup>), wie sie sich zu jener hohen Macht, als Femgerichte, erhoben, und eine so denkwürdige Epoche in der Geschichte des Gerichtswesens machen. Die Landeshoheit konnte dies, wie die Folge zeigen wird, nicht hindern, und so suchten die Landesherrn lieber als Stuhlherren ihren Einfluß zu behalten, und an der Macht, Würde und dem Vortheil dieser Gerichte Theil zu nehmen <sup>22)</sup>). Wie ihre glänzende Periode vorüber war, trat wieder die Landeshoheit feindselig gegenüber, und die Freigerichte erloschen theils ganz in den landesherrlichen, theils wurden sie in landesherrliche Gerichte verwandelt <sup>23)</sup>), verloren aber

---

unser Borch Wartberge upen Eyghe, und sust andere stoke unses Stiffs v. war der gelegen sint. Kindl. (Beitr.) III. 2. No. 220. — In einem Arnberger Register heißt es beim Freistuhl vor Wenden in der Grafschaft Limburg: „dieser Stuhl ist nicht mehr in Eeso.“ Bei andern steht: „cessirt heutiges Tags.“ — Bei Züschenau heißt es: „Er ist aber eingegangen und exercirt der Ordinarius loci, nemlich der Richter zu Medebach daselbst die Criminal-Jurisdiction.“

51) Wenn es in der Urkunde von 1366 heißt: dat heu besat unsen vryengraf von unser vryengraescap, wante wy to der tyt nynen vryengreven en hadden, so erklärt sich dieser Mangel wohl, wenn am Schluß nur zwei Freie genannt sind, und dann viele andere gute Leute genannt werden. Kindl. (Beitr.) III. 1. No. 165. Uebrigens war es Gesetz und Herkommen, daß ohne Bewilligung des Stuhlherren kein fremder Freigraf den Stuhl besetzen konnte.

52) Noch im 16. Jahrhundert bleibt die Stühlherrschaft immer als etwas singuläres bestehen, und erhält sich als Form auch in späteren Zeiten. In der Urk. v. 1519 präf. der Herzog von Jülich dem Erzb. v. Köln einen Freigrafen und sagt: Nae dem unse Briestuele unser vryengraesschap van Bollemestein als nementlich Bollmestein, Heirich und Haespe, in unser Grafschap van der Mark gelegen . . . erledighet, und wy der vryenstuele Stoelherr syn. Kindl. (Beitr.) III. 2. No. 223.

53) Wir finden daher späterhin oft da einen Gogerichtsbezirk, wo im 13ten Jahrhundert ein Freigrafschaftsbezirk war, z. B. im Amt Bocholt. Gewöhnlich geschah die Umschmelzung unmerklich: „Hier ist zu merken, daß die sogenannte Westphälische frey- oder heimliche Gerichte mit andern Gerichten an den den meisten Orten so vermischt sind, daß sie heutiges Tages ihr Ansehn fast gänzlich verloren haben;“ schrieb Voigt von Eisper bei Aufzählung der 30 Freigrafschaften im Herz. Westphalen. Steinen, Westph. Gesch. I. S. 1889. — Der Fürstersche Richter hieß bloß Greve. Die Stadt hatte bis auf den Grevenschen Administrator, den Bischof Bernd von Galen, sich ziemlich unabhängig von der Territorial-Hoheit erhalten. Dieser unterwarf sie sich völlig, und verwandelte den Greven in einen Gograf, folglich in einen landesherrlichen Richter.

häufig fast alle Gegenstände ihrer Competenz, namentlich den Blutbann, und wurden Rügegerichte, die über geringe Excesse erkannten <sup>84</sup>). Dies erklärt sich erst recht, wenn wir das Schicksal der Gogerichte betrachten. Diese waren zwar immer landesherrliche Gerichte, aber eben, weil sie auch aus dem ursprünglichen Grafengericht entstanden waren, dessen alte Formen und Gewohnheiten beibehalten hatten, daher in die neue Zeit, und Form der Verfassung wenig paßten, und die Landesherren theils deshalb, theils weil die höheren Stände sich aus diesem Volksgericht herauszogen, theils auch, weil mit dem Studium des Römischen Rechts gelehrte Juristen sich um die Fürsten sammelten, die die Schöffenurtheile der Landgerichte verachteten, erhoben sich auch hier erst höhere, vom Landesherrn berufene Placita, und es wurden dann Beamte und Räte ernannt, die nach und nach den Gografen alle Befugnisse entzogen, so daß sie zu geringen Unterrichtern fast überall herabsanken <sup>85</sup>). Merkwürdig ist es, daß der alte Graf in seiner Erniedrigung noch oft den Namen Großrichter beibehält <sup>86</sup>).

Wie wir überhaupt in der späteren Zeit stets auf grobe

84) Zu Soest blieb ein Kreistuhl, *nullos tamen civiles amplius aut criminales causas ad illa trahere, sed ea tantum, quae circa limites viasque publicas explicanda veniunt, cognoscere ibidem licet. Kumpfmachers. Mem. Susat. p. 55.* Auch diese beschränkte Competenz verräth noch ein Ueberbleibsel des Alterthums, wo hauptsächlich die Königsfrage unter ihrer Aufsicht stand. Auch in Hörter wurde das Greven-Gericht der Sache und dem Namen nach ein Untergericht, was geringe Frevel strafte. In einer Urk. v. 1605 heißt es dagegen noch: *Curatlicher Greve und peinlicher Richter.*

85) An manchen Orten behielten sie den Blutbann, an andern Orten zeigt das stete Streben ihn auszuüben, daß sie ihn früher hatten, z. B. im Land Delbrück, mit dem noch in den neuesten Zeiten die Sache streitig blieb.

86) Oft heißt er in ältern Urkunden: *iudex major*, z. B. im Dortmund'schen Stadtrecht. Die Soester Schrae sagt: daß zwei Bronen, die der Rath belehnt hat, zu allen Zeiten richten müssen, wenn die großen Richter nicht gegenwärtig sind im Gericht, auch mögen sie die Gogerichte halten außer der Stadt, wenn der große Richter nicht da ist. Späterhin finden wir in Soest einen Unterrichter, der der Großrichter heißt, von dem an den Rath appellirt wird, welcher letztere auch die Criminal-Jurisdiction hat. Vergl. *Kumpfmachers. Mem. Susat. Jonas. 1748.*

Irthümer und Mißverständnisse, da wo man das Neue aus dem Alten erklären, und das Bestehende erläutern und historisch begründen will, stoßen, so ist dies besonders auch bei den Freigerichten, und dem Conflict derselben mit der Landeshoheit ersichtlich<sup>57)</sup>. Man ermangelte nicht den Beweis der letzteren aus der Freigravität herzuziehen<sup>58)</sup>, hielt also Stuhlherrschaft und Landeshoheit für identisch, weil es noch an einem festen Begriff von der Letztern gebrach<sup>59)</sup>. Allmählich ver-

57) Einen Beleg giebt der Streit zwischen Waldeck und Cöln in 16ten und 17ten Jahrhundert über die Rechte im Grund Akinghausen, wo Ersteres das Freigericht, Letzteres das Gogericht hatte, und man über die Grenzlinie der Jurisdiction so wenig, wie über die gefolgerte Landeshoheit, sich einigen konnte; denn in einem Verg. von 1510 heißt es: Waldeck hat das Freigericht, und daher Straff und Buß über peinliche und bürgerliche Ueberschuldung etc. Cöln hat alhier das Gogericht, und daher Straff und Buß in Ueberschuldung so bürgerlich sein u. s. w. Waldeck sagt: Es könne erwiesen werden, daß die Waldeckschen freien Unterth. des Grundes A. 1542 ihr Antheil zur Türkensteuer Waldeck gehorsamlich erlegt u. s. w. Dennoch habe sich der Erzb. zu Cöln unterm Schein eines vereinten Gau-Gerichts, welches seine limitatam jurisdictionem habe, im Grund A. der hohen landesfürstl. Oberkeit, Bergwerk, Muehlwerck, des Gerichtszwangs, der Gehott und Verbott, des Angriffs, Halsgerichts mit der That anzumassen, die Waldeckschen freien Unterthanen zu unerhörter Schatzung zu fordern, u. s. w. Cöln setzt dem viel entgegen z. B. Item zu beweihren, daß düsse in das Gogericht hören, hat mein Herr von Cöln etliche Habern und Hünern in der genannten Grund, und ist genannt Gubinges Haber- und Hünern u. s. w. Vergl. Kopp, heiml. Ger. S. 477. 494 etc. Hier wo so spät noch um die Landeshoheit gestritten, und nach den Kennzeichen derselben gesucht wird, sehen wir recht deutlich, wie sich die Grenzen der Jurisdictionen, die in verschiedenen Händen waren, gerade deshalb verwischt hatten, weil man seit undenklichen Zeiten alles nach alten Herkommen sich hatte selbst bewegen lassen; jetzt, wo der Begriff von Landeshoheit sich entwickelt hatte, wußte man nur nicht, wem sie zukam, und der Eine leitete sie aus dem Freigericht, der Andere aus dem Gogericht; das Comitatus als Quelle lag bei beiden im Hintergrunde, aber durch die Trennung entstand nun der Conflict.

58) Im Jahre 1507 baute der Erzb. von Cöln auf dem Ziegenberge bei Medebach ein Castrum; und der Graf von Waldeck behauptete, es sey zu seinem Präjudiz, *eo quod infra comitatam suam, quo dicitur Frygrafschaft constructum dicatur, petens ob hoc ipsum deponi; nobis in contrarium asserentibus, idem castrum nos potuisse et debere construere tanquam in ducatu nostro et fundo seu proprietate nostra etc.* Rindl. (Beitr.) III. 1. No. 109.

59) Daher belehnen die Herzoge von Berge (1415 — 1548) mit vrigem

schmolzen sich die Verhältnisse, und es wurde die Stuhlherreschaft ganz das, was die Grafschaft überhaupt war, und die Belehnung des präsentirten Freigrafen blieb nur noch eine alte Form<sup>60</sup>). Wo die Gografschaft existirte, eröffnete dieselbe dem Inhaber dieselben nach Landeshoheit zielenden Befugnisse<sup>61</sup>), und wo Freigrafenschaft und Gografschaft zugleich übrig blieben, sehen wir nur dann einen Streit entstehen, wenn verschiedene Territorial- oder Gerichtsherren die Inhaber sind; entgegengesetzten Falls beide sich gewöhnlich als landesherrl. Gericht verschmolzen. Gerade daß aber ein Streit entstehen konnte, ist ein Beweis, daß beide Gerichte sich gleich gestanden hatten. Früherhin konnte kein Kompetenz-Streit statt finden, und wir erblicken Frei- und Gogericht, auch wo sie von verschiedenen Hauptherren lehrnührig waren, ruhig neben einander<sup>62</sup>).

Wie aber die Gogerichte, als ordentliche landesherrliche Gerichte, alle Sachen und Personen vor sich zogen, und die Freigerichte nur als außerordentliche Kaiserliche Gerichte angesehen wurden, mußte in der siegenden Landeshoheit der Einfluß

Stoelen, Bryengrafschaft und Herlichkeit zu Mervelbe. Kindl. Beitr. I. Urk. 26.

60) Unter den Bestandtheilen der Landeshoheit steht die Freigrafenschaft neben der Gografschaft. Im Jahre 1391 verkaufen die von Büten an Paderborn ihren Erbeil der Herschap to der Bevelsburg — mit herheit, Manschaft, Briegrasschap, Bogdenen, Gogerichten und anderen Gerichten u. s. w. Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 138. — Bülstein und Fredeburg reguliren die Grenzen ihrer Freistühle — richtliche Malstebe des fryen Bans der Herschop .. Urk. des 15. Jahrhunderts bei Kindl. (Beitr.) III. 2. Nro. 214.

61) Bei einem Verkauf von Gütern wird das jus Gogravie reservirt, und versprochen: *cujus tamen juris occasione prefatis bonis et hominibus nunquam ullo tempore quicquam exactionis, petitionis, offensionis vel gravaminis inferemus, nec per nostros permittemus aliquatenus irrogari, sed ipso jure Gogravii simpliciter utentes observabimus in eo, quod juris est et consuetudinis approbato.* Urk. v. 1281 bei Kindl. (Beitr.) III. 1. Nro. 89.

62) Die Familie Korf bekennet 1494 noch, daß sie zwei Gerichte zu Lehn zu empfangen habe: nemptliken dat Gogerichte mit sinen Thobehoringe dat tho Ehene gheit van unsen gnebigen leven Heren tho Runster . . . und dat ander Grichte ist die vriggraveschop to Warendorpe mit der Thobehoringhe be dar tho lene gheit van dem Greden thor Marke. Kindl. (Beitr.) III. 2. Nro. 212.



der letztern allmählig schwinden <sup>63</sup>). Schwieriger war es jedoch in einem Falle, wie der von Astringhausen. (Note 57.)

Diejenigen Inhaber von Freigrafschaften, welche keine bedeutende Güterbesitzer waren, keine Territorien, und keine Landeshoheit erlangten; waren durch feldherrg Belehnung oder sonstigen Erwerb, durch die Hauptherren in den Besitz gekommen; denn sobald diese die Grafschaften erhielten, sehen wir die Gerichtsbezirke vielfach als Güter verleihen und übertragen, und die Unterwürfigkeit des Grundeigenthums unter den Gerichtsbann, so wie die uralte Sitte, alle Abgaben im Placitum zu erlegen, ließ leicht diese als Folge eines nugharen Ober-Eigenthums betrachten, und manche Territorial-Rechte aus der Jurisdiction herleiten. <sup>64</sup>).

63) Im Jahre 1504 schreibt der Gogreve des Amtes und der feste Hastehausen an den ehrsamten Antonius von Stenweeghe de sich schrijvet van Keiserlicher Macht und Gewolt Frygreve des hilligen Romischen Rikes, wie er Einen geladen an den Freistuhl zu Hastehausen: Doch boven sulx en heb he dem vors. Keger ny Ger noch Rechts geweigert vor my als vor synem temptiken begelix Richter und Oherichte, dar he under gesetten is. Kintl. (Beitr.) III. 2. Nro. 216. — Nach einem handschriftlichen Freistuhlprotokoll von Gemen aus dem Jahre 1533 erscheint der Beklagte vor dem Freistuhl, antworth up de sprake und secht, dat he van der Badinge nicht en weith, dann de Gogreve heb enne ersten gebadet um de sprake, dat he by synen ebe beholden myll. Er wird verurtheilt sich einzulassen, und sagt: de Gogreve de heb sulx geheiten und stae vor alle Sprake. — Im Jahre 1626 meldet der Gemenische Rentmeister dem Gräfflich-Holsteinischen Freigraf und Richter zu Gehmen, wie zu Randsdorf im Brüchten-Gericht Einer sey geladen worden, weil er einen andern Münsterischen Mann an den Freistuhl getaget, und der Fiscus ihn deshalb angeklagt. „Ego comparui cum Protest. interventorio nomine wegen des Stuelherrn, hab begert Copen und Terminum, dagegen zu handeln. So ist mir von dem Herrn Drossen, aber nit von dem Gograsfen, die Intervention abgeschlagen. Dann hab ich de denegata Justitia et appellando geprotestirt. Fiscus hat ferner gedrunghen, den Bauern ob notorium et confessatum excessum zu condemniren. Ego daß der Bauer gethan habe, was gepüre, und nach uralten des Freienstuels Gerechtigkeit und üblich Gebrauchs hergebracht.“ u. s. w. — Kintl. (Beitr.) III. 2. Nro. 237.

64) Wir erkennen dies in einer Urkunde von 1296, wodurch der Bischof von Münster alle Güter der Herren von Asbeck befreit: prout sita sunt infra iudicium de Sandwelle quod Gogherichte vulgariter appellatur, ab omni iure, quo aliorum bona obligata sunt Gogravie, eximimus et eximimus, ac libera dimisimus et soluta; eo tamen excepto, quod homines predictorum . . justitiam dabunt et re-

Der Zustand der Freien verschlimmerte sich unter diesen Ereignissen, und es erhielten die einzelnen freien Erbgeseßenen noch länger ihre alten Rechte, als andere, die in größeren Massen und ganzen Gemeinden zusammensaßen. Die Stuhlherren zwangen sie nicht nur zu denselben Diensten und Abgaben, wie andere Hintersassen und Hörige der Guts- oder Landesherren, <sup>65</sup>), sondern maßten sich oft noch größere Gewalt und Bebrückung gegen sie an <sup>66</sup>). Daher kam es, daß Manche mit der Freiheit ihres Standes lieber nichts mehr zu thun haben wollten, und sich einen andern Schutzherrn suchten, wo-

cipient, et in agendo et defendendo juri parebunt coram judicio memorato. Kündl. (M. Beitr.) III. 1 Pro. 96.

65) Handschr. Urtheil des Freistuhls zu Söllink in der F. S. Heiden: Dat ordel bestabet an Berndt Norbyck to wifene, be dar myt den gemeynen vryen up wifede vor recht, dat alle be genne be in der vry graveschap van Heiden wonnen und gesetten syn, synt dem Stoelhern schuldich des Jaers eyn Stoelhoen eber Roekhoen na alder hertkompst vnd recht to geven.

66) Nach einer handschr. Urk. v. 1508 klagten einige Freischöffen der Freigrasschaft Wesenfort dieserhalb den Stuhlherren durch ihren Procurator beim Kapitelstage zu Arnberg an: Und heft darumb sinclage vnd sprack gerichtlichen repetert vnd vormert, Als dat gedachter van Herborn den obgemelten Heinrich Schomeker vnd Heinrich Zellichmann ungeburlicher vnd unbillicher wise ouerswaren, bedrenget vnd beschwert mit schattinge, Deinst vnd Deinstgelde bouen be anderen Frienghorich in desselben friengrasschaft zer Wessentfurt, bes sine Borvader oder oderen mit Innen oder ihren furvaderen oder oderen nuwerl furgnommen noch geeschet hebben, vnd also in torten Jaren, vorlettenen gedrenget, dat ehr Ider ein moeste giebene twintich Rinsche Gdltg: thom ersten als he se losede van dem Ernvesten Herman van Asscheborch, vnd louede se tho holdene vnd tho latene bi ehren alden guten herkomen, gewonheit vnd rechte miht surber noch nit hoger zu beschweren, dan ihre Borvader, vnd thom andern mhall noch surber vnd hoger geschattet vnbe bedrenget, Ime alle Ihar tho deinstgelde noch to geuen twe Rinsche goldgulden oft Ihre gewehrte. Zum dritten mhall Ihrer Ider ein pert affgepandt, dat eyn Ider van bene beiden Ime acht hertsgulden geben moeste, zum veyrden mhall heft gedachter van Herborne Henrich schomacher alle sine Roie affpenden latene sunder redbde vnd Recht, vnd most ein Bath Bottern gebene, wolde he sine Roie wedder hebbene. Thom viftenn mhall heft he Inne noch sunder recht ses Rinsch Ggl. afgeschattet. Thom sechsten mall heft he Inne abgeschattet Regen mark. Allet sunder redbde vnd Recht bouen allen geburlichen vnd plichtigen Deinst, den se tho allen tiden solthomlich dhoin zu den frienstoelen, gehorich in beselbe freigrasschaft thor Wessentfordt. Vnd hebbe dit hie allene enbaw gedhain wedder Gdte ehr vnd Recht.

gegen die Stuhlherren kämpften<sup>67)</sup>, und überhaupt für Erhaltung der Freistuhlgüter, als der stichtlichen Grundlage ihrer Jurisdiction, alle mögliche Sorge trugen<sup>68)</sup>.

Durch den Druck und die Gewalt, die von allen Seiten auf die noch freien Gemeinden einströmte, mehr noch dadurch, daß man die freien Güter vertheilte, versplitterte und unter Bedingungen untergab, erhielten die Güter der Freien häufig die Natur anderer Bauergüter, und die Gerichte unterschieden sich nur noch durch den Nimbus alter Formen von den landesherrlichen oder Patrimonial-Gerichten, da wo sie nicht wirklich in diese übergingen. Es gab daher Freibanks-Bauern, und die Freischöffen bildeten in der Zeit der Blüthe und Macht einen Gegensatz, der sich auch später noch als solcher erhielt<sup>69)</sup>, wie die Freischöffen selbst nur gewöhnliche Bauern waren.

67) So wurde noch im Jahre 1540 nach einer handschr. Urk. ein Urtheil in der Freigravschafft Heiden gewiesen: off dar emanq wer, de dar vri bank vrygh gebarn wer, und sic sunden ennyghe noet sake under eyn herrn, off sich anders in eyn echte geve, sal dem stoelheren myt eyner vryenstoels wedde up Gnade versallen syn.

68) Handschriftl. Urtheil von 1531 am Freistuhl zu Haselhof: wer ey nigh vrye, wu he oick gestalt were, die sodane vryeguebt, wu hoven gescrieven, verhoiure, versette, beswerbe und versplitterde, dieselbe vrye hebbe dat vrye und Stoillguedt verbrocken und sy dem Stoillheren van stund an nahe begangner Daith heymgefallen, dan up gnade des Stoillheren, und sy dar beneven dem Stoillheren in eyne broecte gefallen.

Darup so beden bemelten her Gerdt und Luge van wegen vurgeroirtten eres Bedderen durch eren gewonnen vorsprecken vurscrieven noch umb eyns rechten orbels under Konningbanne: wert sake, dat sich die Ball begeve, dat eyn Bryemann eyn Bryeguedt in matthen vurgeroirtt Verbrockt hebbe, unnd also dem stoillheren heymgefallen were, off die Stoillherr dan sodane heymgefallen unnd verdoorende Guedt nicht moge wenden unnd teren eynem anderen Bryen, umb die jair pechte verhuiren, unnd uithdoin wanneher emme lustet vnd belevet allet tho synem wailgefallen, unnd wes dat recht umb sy. Dat orbell staltte unnd satte ich vrygreve an ennen echten rechten vryescheffen, nemptlich Regnt Grütters, dar up he gesunden unnd vorrecht gewysset myt ganzem volge unnd umstandt der sementlichen vryescheffen des vryen und heymlichen gericht: Ja die stoelher moge sodane verbrocke guet wenden und teren, eynem anderen uith doin und verpechten, wu emme dat best gelegen; et en were dan sake, die vurgeroirtte stoillher obgemelten vryen manne begnaden wolde, stunde by synem Roie.

69) Rindlinger (Handschr.) meint, man habe Leute freigelassen, um nur Freistühle besetzen zu können, und erklärt sich hieraus die

Auch die Gograsschaften waren durch Verleihung häufig dem Landesherrn mit allen Nutzungen und Rechten entzogen worden, und wurden, so wie andere Jurisdictionen, gleich jedem Gut, hin und her verlehnen <sup>70</sup>). Man suchte sie aber nicht nur häufig wieder an sich zu bringen <sup>71</sup>), sondern es war diese Versplitterung auch wohl mit ein Motiv, in einem höhern Placitum, aus welchem dann Gerichtshöfe entstanden, die obere Gerichtsbarkeit auszuüben, und das Gogericht zu einem Untergericht herab zu setzen. — Die Patrimonial-Gerichtsbarkeit ist hier, so wie anderwärts, das für unsere Zeit und Verfassung so wenig passende Ueberbleibsel jener Verleihungen der Gerichtsbarkeiten im Mittelalter. Man hatte zugleich die Einkünfte, die im Placitum erlegt wurden, zu einem Bestandtheil der Gerichtsbarkeit gemacht und sie als Realabgaben mit dem Hauptgut des Inhabers der Jurisdiction in Verbindung gebracht. Die Patrimonial-Gerichtsbarkeiten würden daher ein Annerum des Gutes. Bei den landesherrlichen Gerichten können wir hieraus zugleich erklären, warum hie und da der Richter nicht nur Verwalter eines Gutes, sondern auch Einnehmer der landesherrlichen Gutseinkünfte war und zum Theil geblieben ist. Wir sehen daher, auch wo eine Trennung vor sich gieng, oft den Richter oder Amtmann mit

---

Freibantabauern oder Freistuhlsleute, aus denen man die Freischöffen gemacht habe. Dies ist irrig; die Geschichte zeigt uns, (mit Ausnahme des Freischöffen-Ordens) nur ein Abnehmen der Freien, und kein Vermehren, eben so wie das unmittelbare Reichsgut abnahm, und sich verlor, ohne daß Neues an dessen Stelle gekommen wäre.

70) Der Bischof v. Münster giebt 1316 *centum et viginti marcas ad emendum Gogravium in Wooshem et in Wallen*. K i n d l. (Beitr.) III. 1. No. 117. Die Geschichte ist voll Beispiele solcher Veräußerungen.

71) Heinrich Schröder von Allen bekennt 1276, daß er dem Bischof und der Kirche von Münster vielfältige Beleidigungen und Schaden zugefügt; zum Ersatz giebt er *jurisdictionem quo Gogerichts dicitur über 13 Parochien cum omnibus juribus et pertinentiis* zu ewigem Besiz. K i n d l. (Beitr.) III. 1. No. 83. Der B. v. Münster kauft 1367 von Berthold von Büren den Eigendom van der vriengraschap up den Drene, die ein Anderer zu Lehn gehabt hatte. K i n d l. (Beitr.) III. 1. No. 167.

dem Rentmeister im Gericht <sup>72)</sup>, oft aber ist der Rentmeister allein die richterliche Person <sup>73)</sup>.

Uebrigens war es in Westphalen allein, wo sich bis in unsere Tage Ueberbleibsel des alten Gobings und der Vogtschaft erhalten, und alte Namen und Formen bewahrt hatten. Das Gobing war zugleich Ueberbleibsel des alten Heerbannskantons, und hegte auch in dieser Hinsicht noch hie und da alterthümliche Formen ohne Bedeutung.

Wir treten mit der in diesem Kapitel entwickelten Ansicht über die Freigerichte den bisherigen Meinungen überall entgegen. Offenbar haben Möser, Kopp und Kindlinger wesentlich geirrt; wir können aber auch der neuesten Meinung <sup>74)</sup>, welche jene widerlegt, und der Sache viel näher tritt, nicht überall beipflichten, und es wird zweckmäßig seyn, noch Einiges dagegen anzuführen:

Allerdings giengen die Freigerichte von der alten Gaugrafschaft aus, und das Auszeichnende derselben war, daß sie sich in der Eigenschaft solcher Gerichtsbezirke erhielten, in denen der Königsbann vom Kaiser selbst verleihen wurde; aber es war:

1.) Der Herzog keineswegs im Besiß des Rechts, sämmtliche Gaugrafen zu investiren <sup>75)</sup>. Möser drückt sich noch bestimmter aus, wenn er sagt: die Lehn- und Dienstgrafen hätten am alten Großherzog ihren Lehnherren verloren. Gewiß ist es, daß der Herzog da, wo er belehnte, nur mit der Freigrafschaft dies that, folglich früherhin die Freigrafen wohl Namens des Kaisers ernannt hatte. Gerade daß der Herzog kraft alter

72) Im Grebensteiner Saalbuch von 1571 heißt es: daß die gemeine Stattgerichte in bessein der beambten zu Grebenstein als schultheissen und Rentschreiber so oft im Jahr vonnöthen, gehalten. Kopp, v. d. Hess. Ger. u. l. No. 86.

73) In einigen Paderbornschen Orten war bis auf die neue Zeit ein Rentmeister der Unterrichter, so wie andernwärts der Vogreve.

74) Eichhorn, d. Staats- und Rechts-Geschichte III. §. 419.

75) Wie oben erläutert worden ist.

Amtesgewalt hier die Hand im Spiel behielt, und eine Aufsicht über die Freigrafen übte, die sich bei den übrigen Gerichtsgrafen nicht nachweisen, und nicht denken läßt, ist ein Beweis, daß die Freigrafschaften aus den Ueberbleibseln unmittelbarer Reichsunterthanen und ihrer Güter gebildet wurden, und stehen blieben, in einer Zeit, wo das schon zerrissene Comitatus-Streugrafschaft, sagt Möser — an die Hauptherren verliessen wurde.

2.) Die Jurisdictionen-Bezirke der Untergrafen oder Beamten hießen nicht überhaupt Freigrafschaften; es würde sonst folgen, daß ganz Westphalen aus Freigrafschaften bestanden habe, sondern nur die Jurisdictionen-Bezirke der Freien wurden so genannt, im Gegensatz der Gografschaften, die gleichzeitig existirten, und in der Verleihung, Belehnung, Theilung und Ver splitterung von Anfang an, dasselbe Schicksal erfuhren.

3.) Allerdings verloren zwar die Freigerichte durch die Landeshoheit, aber nicht durch Entstehung derselben, wir mögen auch den Zeitpunkt setzen, wohin wir wollen, sondern durch ihre spätere Ausbildung. Nicht durch die landesherrlichen Vogtei-Gerechtsame wurde ihnen die Civil-Jurisdiction entzogen, und den Gogerichten zugewendet, der Blutbann aber gelassen, sondern beide, aus der Gaugrafschaft hervorgehend, nebeneinander und durcheinander anfangs ruhig bestehend, und lange fortlaufend, hatten dieselbe Competenz stets gehabt, und Niemand hätte ihnen die Civiljurisdiction nehmen, und die Criminal-Jurisdiction lassen können; es wäre unmöglich gewesen, auf solche Art wohlervorbene Rechte zu kränken, da Jurisdiction, wie jedes nützliche Gut, betrachtet, und von den Inhabern besessen wurde. Durch die veränderte Zeit, die Verunkeltung des alten Standes-Verhältnisses und durch die Ausbildung der Landeshoheit verwischte leise und allmählig sich die Scheidelinie, und die alte Gewalt entschlummerte. Wie die Freigrafen alle Civil-Jurisdiction unter langem Hin- und Herstreiten, Protestiren und mancher Umfassung endlich ganz verlieren hatten, hätte gleichzeitig auch alle Criminal-Jurisdiction aufhören müssen, wenn sie sich nicht auf eine außerordentliche

Weise regenerirt, und als kaiserliche Gerichte sich eine überschwengliche Macht zugetheilt hätten. Nun spricht sich aber der Beweis gerade aus, daß sie, als ordentliche Land-Gerichte, auf gehört hatten; d. h. in der alten Bedeutung, denn manche verwandelten sich auch bloß in landesherrliche Gerichte, manche traten in einen gemischten Zustand. Denn es wird Grundsatz, daß sie nur dann den Bluthann ausüben können, wenn die ordentlichen Gerichte, und namentlich das Gogericht, dazu außer Stande sind. Ihr Jurisdiction-Bezirk hatte also aufgehört, und der Landesherrliche hatte Alles verschlungen. Niemand war mehr unmittelbar ihrem Forum unterworfen, außer denen, welche sich dazu verbündet hatten, wie die Folge entwickeln wird.

## Siebentes Kapitel.

Von der Kaiserlichen Gerichtsbarkeit, der Obergerichtlichen Würde des Kaisers, und den ausübenden Beamten des Reichs.

Es läßt sich leicht erwarten, daß die Auflösung der alten Verfassung auch einen entscheidenden Einfluß auf die richterliche Gewalt des Reichsoberhaupt's hatte. Aber wieder ging hier die Umwandlung so langsam und unbemerkt vor sich, daß wir nur vorsichtig den Spuren der Entwicklung folgen, und die Motive der Veränderungen, die sich in der Geschichte darbieten, so wie den Einfluß äußerer Ereignisse nur errathen können.

Vorerst blieb die Idee fest, daß alles Recht und alle Gerichtsbarkeit vom Kaiser ausgehe; denn wiewohl die Territorial-Herrn die Gerichtsbarkeit erwarben, so verwandelte sich doch nur das Amt in Lehn, und der Kaiser blieb Lehnsherr, welcher Recht und Befugniß verlieh. Aber er blieb auch als Staatsoberhaupt der oberste Richter, der selbst Recht sprach, und die Aufsicht führte. Zu dem festbegründeten Ansehen der Karolingischen Verfassung fügte die Phantasie des Mittelalters die Idee der alten Römischen Kaiservürde und Römischen Weltherrschaft, die noch mehr mit der geistlichen Oberherrschaft des Römischen Bischofs gehoben und um so glorreicher wurde, als Heldengröße

eine Reihe von Kaisern glerte <sup>1)</sup>, die zugleich um so fester sich aussprach, als später die Erinnerung einer großen Vorzeit sie heiligte, und das wahre Verhältniß des Staats Oberhauptes zum Reich in seinem Wesen und in seinen Formen sich verbundelte. Von den Kaisern wurde aber stets die hohe Verpflichtung, welche ihnen das oberste Richteramt auflegte, lebhaft gefühlt <sup>2)</sup>.

Dies Richteramt war von dem Grundsatz ausgegangen, da Recht zu ertheilen, wo sonst und vom ordentlichen Richter kein Recht zu erhalten war, und wieobhl sich hieraus bald regelmässige Appellationen entwickelten, so blieb doch immer verweigerte Justiz Hauptgegenstand der Competenz, die in dieser Beziehung um so häufiger noch in der Folge ausgesprochen wurde, als sich mehr und mehr die äußeren Verhältnisse verwirrten und die Ordnung auflöste. Zugleich hätten sich schon in der vorigen Periode die Mächtigen von dem Volksgericht losgesagt, und unmittelbar unter dem Kaiser von Ebenbürtigen gerichtet seyn wollen. Der Kaiser saß daher selbst häufig zu Gericht, und er ließ über geringe Gegenstände, und Sachen der Mindermächtigen durch einen Beamten seines Hofes, den Pfalzgraf, richten.

1) Die Glorie, die solche Helben um den Kaisernamen gelegt hatten, war der eigentliche Grund jener Vorstellung. Dies spricht ein Brief des Abt Wibald an den Kaiser Conrad III. v. 1137 wohl aus: *Imperator invictus . . . erigite igitur, erigite vestros invictos et a Deo conservandos lacertos, et Casinensem ecclesiam, cunctorum coenobiorum matrem, de impiorum manibus liberate. Nam sicut inter omnia sidera solem constat in coelestibus gerere principatum, ita nimirum in mundanis potentatibus Romanum cunctis praepollet imperium. Marteno, T. II. Coll. Nro. 2.* Deshalb und in so großer Anerkennung schreibt z. B. der Dänische König Sueno, indem er ihm dankt, und um ferneren Schutz bittet: *Conrado Dei gratia Romano imperatori glorioso et semper augusto Sueno ejusdem nutu danorum rex, filialem dilectionem et debitam subjectionem. Mart. I. c. Nro. 316.*

2) Kaiser Friedrich I. verspricht in einem Schreiben an den Papst: *ecclesiae et omnibus eccl. personis promptam et debitam justitiam ac defensionem; viduis ac pupillis et universo populo nobis commisso legem et pacem faciamus et conservemus. Marten, I. c. Nro. 345.* Eine Kaiser. Urk. v. 1193 enthält die schönen Worte: *Aequitatis ratio persuadet, et juris ordo deposcit, ut si a fidelibus imperii majestati nostrae discordiae proponuntur, eas aure attenta percipientes, vigore justitiae vel amabili compositione decidere intendamus. Schaten, A. Pad. ad. a. 1193.*



In den Provinzen wurde aber durch die Gesandten bestimmte und regelmäßige Aufsicht geführt, und das Placitum gehalten.

Schon mit dem Beginnen dieser Periode löst sich das Amt des Gesandten (*missus*) auf. Mit der Territorial-Hoheit war es schon an sich unverträglich, noch weniger konnte es über ihr bestehen, eben weil es reines Amt war, und keinen Rückhalt eigener Macht und Güter hatte, durch die jetzt alle Staatsverhältnisse bedingt, und im Lehnband befestigt wurden. Aber so wie sich das neue widerstrebenden Verhältniß langsam entwickelte, eben so hörte auch nur langsam und allmählig das Amt des Gesandten auf. Ja indem es schon bei fortschreitender Territorialgewalt nicht mehr existirte, mußte früher etwas anderes einwirken, das ihm den Untergang bereitete, und dies war die Befestigung der Herzoglichen Würde und Gewalt.

So wie die Gesandten nicht mehr erforderlich waren, um den Heerbann zu ordnen, und die Aufsicht über den Dienst im Heer zu führen, indem die Vasallen und Dienstmannen durch ganz andere Verhältnisse gebunden, und vom Herzog unter Kontrolle gehalten und angeführt wurden, so zerfiel ein wesentlicher Theil der Dienstführung der Gesandten, und daher kam es wohl, daß sie nun nur zu Zeiten in die Provinzen geschickt wurden <sup>3)</sup>. Natürlich wandte man sich also in vielen Angelegenheiten, namentlich in Landfriedensbruchsachen, an den ständigen Provinzialbeamten, den Herzog. An diesen mußten auch die Finanz- und Kameral-Angelegenheiten übergehen, denn die Kaiser verschleuderten überall die fiscalschen Einkünfte, und die letzten Ueberbleibsel fielen den Herzogen anheim, da diese den Heerdienst leiteten, zu dem sie Vorzugsweise bestimmt waren. Nun konnte die Collision beider Ämter nicht lange mehr

3) . . . *Comites vel vicecomites vel missi dominici per tempora discurrentes*. sagt eine Urk. Heinrichs II. de 1003 ap. *Schaten. A. Pad.* ad h. a. Hierdurch widerlegt sich schon, daß wir die Aufhebung der Sendboten, weder, wie Manche thun, viel früher setzen, noch überhaupt dieselben als förmlich und ausdrücklich abgeschafft betrachten dürfen.

zweifelhaft bleiben; der Herzog mußte, um die Angelegenheiten der Provinz zu ordnen, Placita oder Landtage halten, diese waren auch für die Gerichtsgeschäfte immer bestimmt, und so war es natürlich, daß die Gerichtsbarkeit des *Missus* an den Herzog über gieng, in dessen Händen wir sie auch unverkennbar erblickten.

Der Herzog hatte somit, als höchster und einziger Provinzial-Beamte und unmittelbarer kaiserlicher Repräsentant, ganz die Stelle des Gesandten ausfüllen, die Einheit der Verfassung und Regierungsverwaltung noch kräftiger handhaben, und die Controlle unverletzt erhalten können, wie dies anfangs auch gewiß die Idee war, wenn nicht bei den veränderten Zeitverhältnissen, bei der steigenden Macht und dem Ansehn der Herzoge, bei der bleibenden Gewalt, die sie sich über die Provinzen anmaßten, und nur auf ihren eigenen Vortheil richteten, bei der dadurch nothwendig entstehenden Beschränkung des kaiserlichen Ansehens, und der geschwächten Einwirkung der Regierungsgewalt, große Modificationen eingetreten wären, die jedoch im Wesentlichen keinesweges die Idee der alten Einrichtung ganz verloren gehen ließen.

Die unmittelbare Verbindung des Kaisers mit den Reichslanden und Reichsunterthanen hörte allmählig in den neuen Dienstverhältnissen auf; man mußte sich an die mächtigen Hauptherren, die das Reichsgut bedingungsweise erworben hatten, halten, und da man ihrer Hülfe immer mehr bedurfte, so sah man sich stets genöthigt, ihre Macht zu vermehren. Indem nun einzelne getrennte Verhältnisse eintraten, verlor die Regierung ihre Einheit und ihre Kraft. Die Reichs- so wie die Landtagsversammlungen, die die Grundlage und den Hebel der ganzen alten Verfassung gemacht hatten, verloren an Zweck und Bedeutung, und somit auch an ihrer Regelmäßigkeit und Form. Die Kaiser, von auswärtigen Angelegenheiten unablässig gedrängt, verloren leicht die innere Regierung des Reichs aus dem Auge, und vermisten kaum den alten Gesandten, der den Heerbann geordnet hatte, indem das neue Verhältniß anfangs es nie an den Contingenten fehlen ließ, die zum Reichsheer gestellt werden mußten.

Es folgt aus dem Gewirr der Verhältnisse schon, daß, so wie in anderen Regierungs- Angelegenheiten die unmittelbare Einwirkung des Reichsoberhauptes schwächer wurde, dies auch mit der gerichtlichen Gewalt nicht minder der Fall war. Das Gericht, welches der Kaiser hegte, war nicht, wie das Landgericht, regelmäßig an einem alten herkömmlich geheiligten Platze, sondern er berief es, da wo er gerade seinen Hof hielt<sup>4)</sup>. Abwesenheit und andere wichtigere Geschäfte ließen ihn nun in den meisten Fällen den Herzog committiren, wiewohl auch andere Committarien und Vicarien aus den Hauptherren zuweilen ernannt wurden.

Das Hinweisen an den Herzog war bequem, und wurde immer häufiger; die Herzöge betrachteten sich ohnehin als kaiserliche Statthalter<sup>5)</sup>. Die Idee der alten Amtswürde stand auf den Pfeilern der eigenen überwiegenden Macht. Es wurde daher nicht nur üblich, das Placitum des Herzogs, als eben so competent, wie das des Kaisers zu betrachten, sondern die gefürchtete und respectirte Macht desselben, und die Schwierigkeit, sich dem Kaiser unmittelbar zu nahen, oder durch ihn, ohne den Herzog, etwas zu erlangen, machte es wohl üblich, das Placitum des Herzogs als das regelmäßige höchste Gericht zu betrachten, und daselbst Recht zu suchen und zu nehmen<sup>6)</sup>.

4) *Facta est contentio Gosberti et Hrabani Abbatis coram Imperatore Ludowico et filiis . . . nec non et principibus ejus in palatio apud Niomagum oppidum constituto de . . . Dipl. de a. 838. ap. Schannat, Trad. Fuld. p. 172.* Hier ist also Palatium gleich mit placitum, das constituirte oder berufen wurde.

5) Das Verhältniß der Herzöge zum Kaiser spricht sich aus in einem Schreiben des Kaisers an Heinrich den Löwen von 1146, in Betreff des Abt Wibald und seines Stiftes: . . . *Proinde industriam tuam attente monendo rogamus, ut personam ipsius honorifice in omnibus custodias, et ad recolligendas et ordinandas possessiones Corb. ecclesiae consilium ei et auxilium praebes: quod nobis gratissimum fore nullo modo dubitaveris. De rebus autem suis, quas apud Gruininge homo tuus Poppo de Blanchenburg et filii ejus per violentiam eidem abbati abstulerunt, experientiae tuae mandamus, et sub obtentu gratiae nostrae praecipimus, ut omnia in integrum ei restitui facias.* Martens T. II. Coll. No. 18.

6) Graf Bittelind von Schwalenberg, der sich große Gewaltthaten hatte zu Schulden kommen lassen, erkannte ohne Weiteres den Herzog Heinrich den Löwen als seinen Richter an, denn dieser schreibt selbst:

Indem der Herzog Namens des Kaisers das Gericht hegte, und alle kaiserliche Gewalt und Macht darin handhabte, war es ein wirkliches kaiserliches Gericht, das auch in der Form eben so gehegt wurde, und keinen festen Malplatz hatte, sondern umherzog, und dem Aufenthalt des Herzogs folgte 7).

Schon aus der um sich greifenden Macht der Herzoge, und der beinahe ausschließlichen Gewalt, die sie in ihrer Provinz übten, und welche den regelmäßigen Einfluß des Kaisers nicht nur überall ins Stocken brachte, sondern von allen noch bestehenden Reichsämtern nur die Form übrig ließ, folgt, daß auch das Amt des Pfalzgrafen und sein früherer Wirkungskreis beträchtlich verlieren mußte. Anfangs, und wahrscheinlich da, wie das Amt des Gesandten anfang einzugehen, hatte man für die einzelnen Provinzen, theils zur Ausübung der gerichtlichen Gewalt, theils zur Verwaltung der Königl. Kammergüter, theils um die Herzoge zu controlliren, Pfalzgrafen ernannt, und es erscheint dies als nothwendig, wenn nicht aller Zusammenhang ins Stocken gerathen sollte; da aber, bei der bald folgenden Befestigung des Herzogthums, sich die Gerichtsbarkeit des Missus leicht in die Hände des Herzogs spielte, und dieser nicht als außerordentlicher Commissar, sondern, als kaiserlicher Statthalter, die Gewalt, und den Umfang dieses Placitum vermehrte, so mußte nothwendig das Amtsverhältniß des Pfalzgrafen sich dem Herzog unterordnen, und dann in der vorhinigen Bedeutung allmählig ganz erlöschen, während wir hier und da die aus den Hauptherren ernannten Pfalzgrafen durch den Besitz von Gütern und Lehnen zur Fürstenwürde

---

In placito, quod Corbeiae in rogationibus habui, omnem Teutonicam terram, quam nobis Rhenua dividit, forjuravit, ad festum St. Jacobi transiturus, nec unquam nisi mea vocatione reversurus. Prius autem Domino Abbati Corbeienai nec non viduae et pupillis Theodorici Comitis, quem occidit, secundum consilium et praeceptum meum satisfaciens et placabit. Castrum meum Dagenberchi remota omni conditione vel morbo gratias recepi, sicque is, qui prius beneficia sua beneficalia jura a me perdidit, hoc quoque dimisit. ap. Martens, T. II. Collect. p. 538.

7) Den Gegensatz bildete das Landgericht, provinciale placitum, das regelmäßig an seinen alten Malplätzen gehegt wurde.

fortschreiten, und den alten Amtstitel beibehalten, auch wohl mit der Herzoglichen Familie sich verschmelzen sehen.

Fester begründet waren die Gerichte der Reichsvogteien, weil sie ständige Gerichte waren, die an alten üblichen Malplätzen Namens des Kaisers gehegt wurden, und sowohl während der Macht der Herzöge fortbauerten, als auch neben der sich ausbildenden Landeshoheit, besonders weil sie innerhalb der Mauern angelegener Städte und Burgen gesichert waren, sich erhielten. Wo dies daher nicht der Fall war, gingen sie an die Landesherren größtentheils über. Sie behielten übrigens den Namen Landgerichte, da wo sich die alte Grafschaft in eine Reichsvogtei verwandelt hatte. Wo sie aber nur durch Exemption aus dem Landgericht entstanden war, blieben sie Reichsämtler oder Vogteien<sup>8)</sup>.

Die Superiorität der Herzöge, die wir oben sich ausbilden sahen, mußte natürlich durch die hinzugekommene Gerichtsbarkeit bedeutend steigen, und wenn sie die Hauptherren zum Lehndienst für's Reich beriefen, und im Placitum über sie richteten, so ist der Schein dieser Gewalt leicht als eine Lehnsherrlichkeit zu mißdeuten, die aber, wie wir wiederholten, nie vorhanden war, wenn gleich ihrem Amts-Ansehen nichts geringeres darauf beigelegt wird<sup>9)</sup>.

Aber bald sah man ein, daß ihr Umsichgreifen Allen gefährlich wurde, und mit vereintem Wettstreit suchte man ihnen

8) Der Richter hieß: Vogt, des Reichs Amtmann, advocatus, scultetus. — „In Frankenvurt in iudicio domini Imperatoris . . . W. sculteto et reliquis iudicibus presentibus acta sunt. Dipl. de 1194. bei v. Scharb, Gesch. Frankfurt's, 1819.

9) Als Herzog Ernst die schwäbischen Vasallen gegen den König auf seine Seite zu ziehen suchte, erklärten sie ihm: Si Servi casamus regis et imperatoris nostri et ab eo juri vestro mancipati, non nobis liceret a vobis separari. Nunc vero cum liberi simus, et libertatis nostras summum defensorem interea Regem et Imperatorem nostrum habeamus, ubi illum deserimus, libertatem mittimus, quam nemo bonus, ut ait quidam, nisi cum vita simul amittit, Quod cum ita sit, quidquid honesti et justi a nobis exquiritis, in hoc parere volumus vobis: si autem contra hoc vultis, illuc revertemur liberaliter, unde ad vos venimus conditionaliter. (Wippo.)

entgegen zu arbeiten. Endlich gelang es auch, durch den Sturz der Mächtigsten, ihre Gewalt zu brechen, das Herzogthum aufzulösen, und neue Verhältnisse zu binden, deren Einwirkungen auf das Verfassungswesen wir aufmerksam folgen müssen.

I.) Indem die großen Herzogthümer getheilt, versplittert und aufgelöst wurden, sehen wir nun deutlich, daß die gerichtliche Gewalt ein Bestandtheil des Herzoglichen Amtes gewesen war. Aus der Art und Weise, wie man mit demselben verfuhr, wird es aber auch klar, daß sich der Begriff dieses alten Reichsamtes meist schon verloren hatte. Das Fahnlehn ersetzte zwar meist die Stelle desselben <sup>10)</sup>, man verleiht es aber auch theils noch als eine besondere höhere Fürstenwürde <sup>11)</sup>, theils gieng es wirklich mit einem Rest der alten Bedeutung an geistliche oder weltliche Fürsten über, und diese glaubten oft noch das alte Herzogthum mit seiner Amtsgewalt zu besitzen, während es nur ein Ueberbleibsel der unter die Fürsten getheilten Gewalt war <sup>12)</sup>.

10) Daß es aus dem Herzogthum entsprungen, beweist Sächf. Landr. 3. Art. 52. „Der König wählet man zum Richter über eigen und über Lehen, und über eines jeglichen Mannes Leib. Der Kaiser mag aber in allen Landen nicht seyn, noch auch alle Ungericht richten zu aller Zeit, und darum leihet er den Fürsten Fahnlehen und Graffschaften.“

11) Dipl. Friderici de a. 1235: Quapropter cum consilio, assensu et assistentia Principum civitatem Brunswic et castrum Lunenburg cum omnibus castris hominibus et pertinentiis suis univimus, et creavimus inde ducatum et imperiali auctoritate dictum consanguineum nostrum Ottonem Ducem et Principem facientes, Ducatum ipsam in feudum imperii ei concessimus ad heredes suos etc. *Schatten. A. Pad.* ad a. 1235. In der Belehnung, welche hier der einzige Enkel Heinrichs des Löwen empfängt, lag jedoch keine eigentliche Standeserhöhung, sondern mehr ein Vergleich, weil das Welfische Haus nie auf Titel und Würde verzichtet hatte. Die Idee stand aber noch fest, daß ein Herzogthum nicht auf Erbgut ruhe, sondern nur vom Reich als Lehn erteilt werden könne. Vergl. Pütter, Entwicklung der Staatsverf. des D. R. I. S. 192.

12) Der Bischof von Münster präsidirte einem Gericht, im welchem Eigenthum unter den Formen der Investitur vertheilt wurde, und erklärte, daß das eben so gültig sey, als ob es vor dem ordentlichen Richter des Grundstücks, nämlich dem Freigraf, geschehen sey: *facta solemniter coram nobis summo comite libero, utpote*

Diejenigen, welche die Herzogliche Gewalt erhielten, glaubten damit eine höhere Gerichtsbarkeit erhalten zu haben, und erhielten sie wirklich gewissermaßen, indem eine solche im Herzogthum gelegen hatte<sup>13)</sup>. Denn wenn das Herzogliche Placitum nicht nur ein Oberauffehendes und regelmäßiges Provinzial-Gericht gebildet, sondern auch zugleich die Gewalt eines kaiserlichen Gerichts gehabt, und alle sonstige Ausübung der kaiserlichen Gerichtsbarkeit durch besondere bestellte Richter fluorflüssig gemacht hatte, so mußte jetzt, wo, in der Zeit, wie die Fürsten alle Territorial-Gewalt an sich brachten, die Amtsidee erlosch, das kaiserliche Provinzial-Gericht in das Landesherrliche übergehen, und sich damit verschmelzen. Eben dadurch war es aber auch natürlich, daß die oberste kaiserliche Gerichtsbarkeit wieder an den Kaiser selbst zurück fiel, und auf andere Weise nun ausgeübt werden mußte. Der Mangel der alten Einheit und Uebereinstimmung der Verfassung mußte aber eben so bald fühlbar werden.

Die übrig gebliebenen kaiserlichen Landgerichte und Vogteien verringerten sich gleichfalls mit der um greifenden Landeshoheit, indem sie an die Landesherrn verließen wurden, oder sich allmählig in landesherrliche Gerichte verwandelten. Sie waren specielle Gerichte, die keinen allgemeinen Bestandtheil der Reichsverfassung mehr bildeten, und wiewohl sie unmittelbar Namens des Kaisers gehegt wurden, so standen sie doch wieder, als niedere Gerichte, unter den sich bildenden höheren kai-

---

*Dyocesis nostre Ducis* Urk. v. 1272 bei Kintl. Wolmest. No. 37. Alle Bischöfe strebten die Herzogliche Gewalt sich anzueignen. *Adam. Brem.* (Hist. Eccl. G. IV. c. 6.) sagt: Solus erat Wirceburgensis Episcopus qui in Episcopatu suo neminem dicitur habere consortem. Ipse enim, cum teneat omnes comitatus suae parochiae, Ducatum etiam provinciae gubernat. Cujus aemulatione noster Praesul statuit omnes comitatus, qui in dioecesi aliquam jurisdictionem habere videbantur, in potestatem Ecclesiae redigere. — Wenn daher Bernhard von Anhalt, als er das Herz. Sachsen erhielt, nobiliores terrae adesse praecipit, ut receptis ab eo beneficiis suis, hominum ei facerent, et fidelitatem ei per sacramenta facerent (*Arnoldi, Lubec. Chron. Slav. C. II. c. 1.*) so sind weder die Principes, noch die ihre Territorien besetzenden Vasallen des Reichs gemeint, sondern solche, die am entsetzten Herzog ihren unmittelbaren Lehnsherrn verloren hatten.

13) Die vorige Note enthält den Beleg.

ferlichen Gerichten, und somit auch unter dem Kaiser selbst <sup>14)</sup>. Am bekanntesten sind die zu Nürnberg, Friedberg, Magdeburg <sup>15)</sup>. Sie umfaßten oft mehrere Städte. So war zu Karls IV. Zeiten eine Landvogtei über die Reichsstädte in Franken, und das kaiserliche Gericht der Landvogtei auf der Lauben oder dem Rathhaus zu Hagenau, über die Zehn Elsaßischen Städte, bestand, so lange Elsaß zum deutschen Reich gehörte.

In Baiern waren die kaiserlichen Landgerichte Hirschberg, Höchstädt, Graisbach und Mauerstetten, welche Karl IV. im J. 1362 bestätigte. Ueberall strebten die kaiserlichen Landgerichte nicht nur, sich der Aufsicht der höheren Gerichte zu entziehen, sondern auch ihre Competenz über die Grenzen ihres Gerichtsbezirks auszudehnen. So theilte sich das Landgericht zu Graisbach in ein Kammergericht für die Herzoglichen Lande, und in das kaiserliche Landgericht für die ständischen Gebiete <sup>16)</sup>. Sie verblieben aber theils durch Verleihungen, theils durch das Streben der Landeshoheit allmählig ihre Natur, und gingen meist unbemerkt in landesherrliche Gerichte über <sup>17)</sup>. Nicht so

14) Im J. 1378 bestätigt der Hofrichter Kaiser Karls, Herzog von Teschen, in Nürnberg ein Urtheil des Landrichters zu Nürnberg: wann die oberste Gerichte dem unteren von Rechtswegen allwegen sollt beholfen seyn. Dagegen citirt 1455 Kaiser Friedrich bei einer Berufung, um ein Verfahren als untauglich und kraftlos zu erkennen, wodurch von einem Urtheil der Stadt Nürnberg an das Landgericht des Burggraffthums appellirt ist, weil Nürnbergs Gericht ohne Mittel unter dem Kaiser stehe, und die Urtheil und Proceß die an den genannten unsern und des Reichs gericht gesprochen werden und ausgehen, durch niemand anders dann römische Kayser und König sollen gerechtfertigt werden. Senkenberg, v. d. kaiserl. Gerichtsb., Urk. No. 45 und 47.

15) Wir bemerken im voraus, daß das Hofgericht zu Rothweil nicht in diese Classe gehört, wenn es gleich zuweilen Landgericht genannt wird, und daß das Schöffengericht zu Magdeburg nie ein kaiserl. Hofgericht war. Das besondere Verhältniß des Landgerichts zu Würzburg wird unten erläutert werden.

16) V. Lang, Gesch. Ludwigs des Bärt. S. 248. Wenn die kaiserlichen Landgerichte und die Reichsvogteien auf derselben Stufe der Entstehung aus älterer Verfassung sich nachweisen lassen, so können wir sie doch nicht, wie Eichhorn, mit den kaiserl. Hofgerichten und den Sprengeln der Pfalzgrafen gleich setzen; auch nicht, wie v. Lang sie für ständige Ausflüsse der obersten, wandelbaren kaiserlichen Hofgerichte selbst erklären.

17) Nur einige wenige überlebten das Mittelalter, und sogar den



die westphälischen Freigerichte, die unter ganz anderen Verhältnissen und Einwirkungen ihre Existenz und ihre Unmittelbarkeit erhielten.

II.) Indem wir zu erforschen suchen, was aus dem Placitum des Herzogs, in so fern es sich als kaiserliches Gericht über eine ganze Provinz erstreckt hatte, wurde, so müssen wir zuvörderst erwägen, daß allerdings hier ein Uebergang statt finden mußte, da es nicht genügen konnte für ein so großes Reich, an dem herumziehenden Hofe des Kaisers vor, diesem persönlich Recht zu suchen, und da ein solches Provinzial-Gericht, das seit einer langen Reihe von Jahren Verfassungsmäßig bestanden hatte, wohl dem Volk ein Bedürfnis geworden war. Der Uebergang findet sich leicht, wenn wir erwägen, daß der Herzog als Stellvertreter des Kaisers, weil er oft verhindert war, gleichfalls wieder einen Stellvertreter ernannte; da dieser nun wohl *Comes Palatinus*, und der Herzog dann im Gegensatz *Palatinus Archidux*, genannt wurde, so ist es evident, daß der Herzog sich des alten Pfalzgrafen, als Stellvertreters, bediente. Hätte er ihm aber auch nur bloß den Namen verliehen, so folgt schon daraus, daß sein Placitum, seine Curie, unmittelbar die des Kaisers vertrat, und wir sehen nun klar, wie nach dem Abgang des alten Herzoglichen Amtes ein kaiserliches Hofgericht, wie das zu Rothweil entstehen konnte<sup>18)</sup>.

Offenbar blieb das herzogliche Placitum jeder Provinz bestehen, und wurde nun mit einem kaiserlichen Hofrichter besetzt. Daß solche Hofgerichte auch außer dem von Rothweil existirt haben, folgt noch aus späteren Zeugnissen<sup>19)</sup>; daß sie sich aber

Westphälischen Frieden, jedoch mit großen und steten Widersprüchen. Pütter, Staats-Verfassung des Deutschen Reichs II, S. 117.

18) Der Richter nannte sich; Hofrichter von uns herren des Römischen Keyfers gewalt und an siner statt uff sinem hof ze Rottwil ... Ich ein frey Hofrichter ze Rotwil. In den Urtheilen heißt es: und als unser Herre der Kayser darumb tag geben hat uf dem Hof ze Rotwil ... daß dis Hofgericht des Kaisers Hofgericht und diesem land gegeben sey, um Ehr leib und Gut zu richten ... von des Königs gewalt und des Hofgerichts wegen. Urk. v. 1336. 1415. 1473, bei Senkenberg, a. a. D. No. 5. 22. 42.

19) Denn wenn im J. 1441 der Vorschlag gemacht wurde: „daß man im Reich 4 Hofgerichte haben solle, die unter dem Reichskammerger-

nicht überall lange erhielten, und wenig Einfluß hatten, kam daher, weil es keine ständige Gerichte waren, weil die erbliche herzogliche Würde zu Collisionen führte, die Fürsten immer anmaßender um sich griffen, und überhaupt in dem verwirrten Zustande der öffentlichen Angelegenheiten, besonders in den Streitigkeiten um die Krone des Reichs, das Gerichtswesen eine Zeitlang hintangesetzt, geschwächt, und in der Eigenmacht des Faustrechts verbunkelt wurde <sup>20)</sup>.

Um die Zeit des großen Interregnum's verwischte sich beinahe völlig die alte Provinzial-Eintheilung der Herzogthümer, die Hofgerichte und deren Eintheilung über das Reich blieben aber bis zu Ende des 14ten Jahrhunderts, jedoch mit manchen Modificationen und Versplitterungen. — Das kaiserliche Landgericht zu Würzburg war auch ursprünglich ein Herzogliches, und dann ein kaiserliches Hofgericht gewesen. Bei der frühen Vertheilung des Herzogthums Franken war aber Titel und Würde, so wie die Idee des Herzoglichen Amtes, bei dem Bischof von Würzburg geblieben, und das Gericht wurde von ihm, und nicht von einem kaiserlichen bestellten Hofrichter gehegt, daher

---

richt seyn, 16 Landgerichte, deren 4 unter einem Hofgericht des Reichs stehen sollten, 64 freie Gerichte, nämlich jedem Landgericht 4 zu seiner Gelegenheit," so ist es, beim Sinn unserer Ältern, zu erwarten, daß sie schon alt Verfassungsmäßiges vor Augen hatten, und auf geschichtlichen Boden traten. So heißt es aber auch in einem Urtheil des kais. Hofrichters, der eine Rothweilsche Rechts-erklärung bestätigt, im Jahre 1382: syntemal daz daz Hofgerichte zu Rotwil der vier Hofgerichte eyns were. Vergl. Senkenberg, v. d. kais. Gerichtsh. Urk. Nro. 3, und *Datt, de Pace*, Publ. C. IV. c. 1, Nro. 29.

- 20) Daß gar kein System und keine Bestimmtheit in den kaiserlichen Gerichten obwaltete, geht aus einer Urkunde von 1416 hervor, wodurch K. Sigismund der Stadt Köln ein Priv. de non evoc. verleiht. Es soll keine Ladung Statt finden ad romani Regni seu Imperii iudicium curiae vel camerae aut alterius jurisdictionis cujuscunque ordinariae seu delegatae (genannt werden Nürnberg, Rothweil, Ffiebberg, Magdeburg, Würzburg) sive ad aliud quodcunque iudicium provinciale seu Dioecesanum, seu ad liberas sedes Westphaliae etc. Senkenberg, a. a. D. Nro. 4. — Noch unbestimmter redet ein Privileg v. 1402 welches K. Ruprecht der Stadt Braunschweig giebt. Es heißt darin: an unserm und des Reichs hofgericht, an allen und jeglichen Landgerichten und andern werntlichen gerichten sie sein heimlich oder offenbar. *Datt, de P. Publ.* p. 730.

es seine Natur eines rein kaiserlichen Gerichts begreiflich ändern, und sich mehr zu einem Landesherrlichen neigen mußte<sup>21)</sup>. Sein hohes Alter, und somit die Quelle seiner Entstehung, sprechen die Urkunden aus<sup>22)</sup>. Es verlor aber begreiflich viel von der Würde eines kaiserlichen Hofgerichts, während anderwärts die Hofgerichte ganz verschollen, und nur das zu Rothweil allein übrig blieb. Dieses nannte sich daher: das oberste des heiligen Reichs-Gericht in deutschen Landen<sup>23)</sup>, und während wohl andere kaiserliche Gerichte ihm gleich gesetzt wurden, fühlte es dennoch, daß es eine Würde ererbt hatte, die den übrigen nicht zukauf. Seine erste Spur entdecken wir im Jahre 1299; aber die Urkunden sagen es deutlich, und die Natur der Sache lehrt es, daß es sich in einer älteren Verfassung ausgebildet und fortgepflanzt hatte, daß es somit nie als ein besonderes Gericht für Schwaben constituiert worden war<sup>24)</sup>. Daß

21) Im J. 1309 fragt der Bischof von Würzburg im Gericht „an einen gemeynen urteil, ob kein man geseßen in unserm Herzogtom zu Franken,“ aus demselben evociert werden dürfe. Sie theilen „gemeinlich bey unsern hulden das dhaine man in unserm vorgenannten Herzogtom geseßen us dem H. an allein für unsern Herren den Kunig“ könne geladen werden, wenn dem Kläger über seine Klage das Recht nicht versagt werde. In dem alten Landesgebrauch des kais. Landgerichts zu Franken v. 1536 heißt es: Die- weil dann dies Landgericht das höchst und größt weitlich Gericht des Herzogthums zu Franken ist. Senkenberg, v. d. kais. Ger. Kro. 49 und Anh.

22) In dem vorerwähnten Landesgebrauch heißt es: das landgericht Herzogthums zu Franken so der vier kais. landgerichte in teutschen Landen eins ist, von siebenhundert und langen Tharen ursprünglich auffgericht. Ferner: und sint von Altenhero an dem Landtgericht des Hertzogthums zu Franken geseßen sieben fromme verstandige und redliche Menner die Wappensgenosß geboren und Ritter gewesen . . . vor alten Zeiten ein Bischof zu Wirzburg . . . als ein Richter geseßen . . . als ein Hertzog zu Franken. — Auf die Zersplitterung des Herzogthums müssen wir also immer recurriren, um die sich überall ausbildende obere Gerichtsbarkeit zu erklären.

23) In Orb. Rothwil. vot. Parte VIII. heißt es: „An dem Hofgericht zu Rothweil, als an dem obersten des heiligen Reichsgericht in deutschen Landen.“ — In einer Urk. v. 1442 nennt es sich des heiligen Reichs gericht; in einer Ladung von 1457 heißt es: Wir . . . bez heiligen R. Hofrichter zu R. erbieten dem . . . daß er antwurte uff dem Hofe ze R. u. s. w. Senkenberg, a. a. D. Nr. 8 und 9. Es geht hieraus hervor, daß das oberste kais. Gericht wenig in Thätigkeit seyn mochte, weil dies Hofgericht es ignoriert.

24) Ruperti Priv. für Rothweil de 1401. Also das sie unser Hoffge-

aber in dieser Provinz sich das Herzogthum, und mit ihm alte Verfassung und Sitte, mit Ausnahme Westphalens, am längsten erhielt, und eben darum die Landeshoheit, so wie das Umsichgreifen der Gewalt mächtiger Stände mehr Widerstand und Hinderniß fand, ist wohl der Erklärungsgrund, daß die Dauer jenes Gerichts länger und seine Existenz begründeter war. Zu Anfang war es auch kein ständiges Gericht, und scheint nur erst nach dem Abgang der Herzoge einen festen Sitz erhalten zu haben. So wie es aber in seiner Provinz mit dem höhern kaiserlichen Gericht concurrirte <sup>25)</sup>, so war es ihm übrigens subordinirt, und es wurde nicht nur von seinen Urtheilen dahin appellirt, sondern diese erhielten auch durch seine Bestätigung eine höhere Kraft <sup>26)</sup>.

Während die Kaiser von der eignen Seite viele Anmaßungen nachsahen, und in den Provinzen ihrer Gerichtsbarkeit manche Rechte vergaben, wie z. B. durch die goldene Bulle von 1356 in allen Territorien der Kurfürsten die Berufung an kaiserliche Gerichte aufs höchste geschmälert, ja beinahe ausgeschlos-

richte, das unser forfahren Römische Keyser undt Könige zu ye gein Rottwil geleyet haben vor byhl Jahren und langen Jütten, das dasselbe unnser Hoffgerichte mit siner Zugehörunge by yn zu Rottwil allwegen betiben soll etc. Senkenberg, a. a. D. No. 16. Immer von Alters her, ohne historische Gewißheit, weil sich die Institutionen des Mittelalters allmählig aus alter Verfassung gestalteten und bildeten, und man späterhin glaubte, die Stiftungs- Urkunden seyen verloren, da sie doch nie existirt hatten.

- 25) In der Urk. v. 1403 für Freiburg, sagt R. Ruprecht: were es aber daß dem Kläger das Recht daselbs (von dem Herz. v. Oestr.) verzogen würde, so mochte er sie um dieselbe Ansprache für unser küniglich Hoffgerichte oder unser Landgerichte zu Rotwile fürheischen und laden. Schilter, Inst. jur. publ. l. 4. T. 9. §. 379. — In einem Urtheilsbrief von 1497 heißt es: „dann das Gericht zu Rotweil möcht niemand in einem andern geseßen on Appellacion oder on Verfassung des Rechtens in der ersten Instancien rechtfertigen, wan es sey ein Oberhoff von Römischen Kaysern und Königen den umliegenden Landschaften im Reich um furderlichs Rechtens willen gegeben, der nit mer vermög dann unser küniglich Kammergerichte. Dafür on ynß bestympte Ursachen via simplicis querelo niemand mög gezogen werden“, u. s. w. Harpprecht, Staatsarchiv II. No. 108.

- 26) Der Hofrichter Graf Günther von Schwarzburg zu Goßanz bestätigt der Frau Elise von Stuben zwei vom Hofgericht zu Rotweil erhaltene Urtheile. Urk. v. 1415 bei Senkenb. a. a. D.

fen wurde, so sehen wir auf der andern Seite vielfältige Bemühungen, den Hofgerichten wieder aufzuhelfen, und die Ausübung der kaiserlichen Gerichtsbarkeit in den Provinzen des Reichs auf eine regelmäßige und wohlgeordnete Weise zu befestigen. Es standen aber zu viele Hindernisse entgegen, zu denen sich auch noch Geldnoth gesellte, seit das Recht als eine Wissenschaft betrachtet wurde, für deren Ausübung die Rechtsgelernten Belohnung forderten, und somit die Gerichtshöfe nun einen Kosten = Aufwand erheischten, von dem früher keine Rede seyn konnte.

Bei dem Verfall und Abgang der kaiserlichen Hofgerichte in den Provinzen sehen wir jetzt Landesherrliche und Reichsständische Hofgerichte in Wirksamkeit treten, welche eben so wie die kaiserlichen besetzt wurden, und in gleicher Form und Weise die Gerichtsbarkeit handhabten. Wir können daher nicht zweifeln, daß sie unmittelbar aus der alten Gerichtsverfassung erwachsen, und theils einem fühlbaren Mangel abzuhefen, theils die Idee der auf das Fürstenthum übergegangenen herzoglichen Gewalt höher zu steigern und zu befestigen, dadurch aber zugleich den Einfluß der kaiserlichen Gewalt zu beschränken trachteten. Diese Herleitung scheint uns geschichtlicher, und dem Zusammenhang in der Entwicklung der Verfassung angemessener, als die, daß sie eine bloße Nachbildung des kais. höchsten Hofgerichts gewesen seyen.

Das älteste Reichsständische Hofgericht ist das der Erzherzoge von Oestreich, welches wir im Jahre 1325 thätig erblicken. Das Kurpfälzische Hofgericht sehen wir in Urkunden schon im Jahre 1353, und das Herzoglich Mecklenburgische im Jahre 1391 <sup>27)</sup>. Es folgte dann das Sächsishe, Braunschweigische und Württembergische Hofgericht <sup>28)</sup>.

Nro. 42. — Auch landesherrliche Gerichte suchten wohl Bestätigung beim kais. Hofrichter nach. Vergl. *Senkenb. Corp. J. G. II. b. c. Urk. v. 1381.*

- 27) Die Urkunde von diesem Jahre beginnt: Ich Hinrich Wolteke, Ridder Hovrichter mynes gnedigen Heren to Medelnborgh bekenne openbare in dessene Breve vor allen luden, de ene zeen edder horen lesen, dat ic to ende hebbe uffgericht dat recht zwischen u. s. w. David Franken, alt und neu Mecklenburg, I. VII. v. 6. p. 53.
- 28) Mehrere Notizen findet man in Harpprecht, Staatsarchiv des —

III.) So wie die Fürsten des Reichs den Staatsrath des Kaisers bildeten, so waren sie gleichmäÙig im Fortgang und in der Idee alter Verfassung die Schöffen, die im höchsten Reichsgericht das Urtheil fanden. Dies blieb auch in der Folge noch so, doch wurde die alte Ordnung wesentlich gestört. Wie die Fürsten Landesherrn wurden, und in der Befestigung ihrer eigenen Territorialgewalt häufig mit dem Kaiser in Collisionen kamen, hatten sie seltener Zeit, und waren nicht so leicht mehr bereit, am Hofe des Kaisers zu erscheinen, und mit ihm Regierungs- und Gerichtsgeschäfte zu besorgen. Er war daher genöthigt, während die Mächtigen Titel und Reichswürden als stehende bleibende Formen sich erhielten, seinen Rath und sein Gericht mit geringeren Vasallen und Getreuen zu besetzen, und sich ihrer Hülfe und ihrer Geschäftsführung zu bedienen. Wozu die Noth anfangs gezwungen hatte, das artete bald in Herkommen aus, und so wie hierbei eine Willkür Statt finden konnte, die den Fürsten bedenklich schien, so mußte es die Verhältnisse in Regierungs- Angelegenheiten trüben, und im Gericht der Würde und dem Ansehen schaden.

Wie nämlich die Herzoge vollkommene Statthalter des Kaisers gewesen waren, und auch die Provinzial-Hofgerichte wahrscheinlich die Absicht gehabt hatten, unmittelbar die kaiserliche Gerichtsbarkeit zu handhaben, so wurde es wohl anfangs, indem wir in späterer Zeit noch die Kaiser in diesen Gerichten präsidiren sehen, so betrachtet, als ob der Kaiser, nur zufällig abwesend, verhindert und deswegen durch einen Substitut vertreten werde. Aber mit dem steten Entfernen des Kaisers schwand auch der Glanz und die Idee seiner Gegenwart, somit zugleich das Ansehen der Hofgerichte. Es wurde daher üblich, noch weitere Hülfe zu suchen, und da man hier natürlich zum Kaiser selbst, als obersten Richter hinaufging, so mußte sich bald der Begriff einer höheren Instanz bilden, und die Sachen, die zur Curie des Kaisers gebracht wurden, mochten

---

Kammergerichts I. S. 293. Im Jahr 1516 errichtete Kurfürst Albrecht zu Mainz ein Hofgericht nach dem Muster des kaiserlichen Kammergerichts.

sich häufen. Deshalb bestellte Friedrich II. im Jahre 1235 einen beständigen Hofrichter <sup>29)</sup>, woraus wir zugleich abnehmen können, daß kein anderer kaiserlicher Richter mehr am Hof vorhanden; und das Amt des Pfalzgrafen schon vergessen war. Indem sich somit ein höchstes kaiserliches Hofgericht bildete, können wir uns den oben bezeichneten Gang der Verfassung noch deutlicher erklären, wenn wir sehen, wie auch in den Territorien der Landesherrn, anfangs ein Statthalter die höchste Landesgerichtsbarkeit übte; der Landesherr selbst aber fortfuhr, Placita zu berufen, denen er persönlich präsidirte, und wie dann, als Justiz-Collegien entstanden, sich bald höhere Gerichte bildeten, die in weiterer Instanz Namens des Landesherrn richteten.

Das neu constituirte Gericht hieß des Reichs Hof- oder Kammergericht <sup>30)</sup>, und es lag in dem Begriff und Wesen, daß es am Hof des Kaisers unter dessen Augen seine Gerichtsbarkeit üben mußte <sup>31)</sup>. Der Hofrichter war bloß Stell-

29) Fr. II. Reichsabsch. a. 1235, c. 24. Wir setzen daß des Reichs Hof hab einen Hofrichter der ein Freyman seyn soll, der sol an dem Amt zum mindesten ein Jahr bleiben, ob er sich recht oder wohl behaltet. Der sol alle Tage zu Gericht sitzen on den Sontag und on die großen Feiertage, und sol auch allen leuten richten die ihm klagen. u. s. w. Die älteste Ausfertigung eines kaiserlichen Hofrichters ist v. 1255. Adolphus Comes de Waldecke imperialis Camerarius Justiciarius. Eine Urk. v. 1289 beginnt: Ich Hermann von Bonstetten der Hovrichter miens Heren des kuniges Ru. v. Rome kununt. Eine andere von 1303. Ich Gotfrit von Bruneke sag ze Gerichte an mins Heren stat des Röm. kuniges Albrechtes. Eine andere von 1417: Wir Sunther Grave von Schwarzburg und Herre zu Rains des Alldurchlauchtigsten Fürsten und Herrn H. Sigmunds . . . kuniges Hofrichter . . . das wir des igiten unsers Herrn des kuniges und des heiligen Reichs Hofgericht besessen haben zu Mersburch in der Burch. In dem Urtheil von 1313, welches die Nichtserklärung gegen den Graf von Dettingen ausspricht, heißt es: Ich Rudolph Hewin Hofrichter meines Herrn, Königs Johannes zu Boheim und zu Pohlen, eines gemeinen Pfligers des Römischen Reichs, hie dießseits des gebürge und eines grafen zu Eurenburg thue kund ic. Harpprecht, a. a. D. I. N. 2. 3. 4. 22. und 51. wo, so wie bei v. Senkenberg (Ueber die kaiserliche Gerichtsbb.) mehrere Hofgerichts-Urtheile abgedruckt stehen.

30) In den ältesten Urkunden heißt es: ad R. R. seu imperii Judicium Curiae vel Camerae.

31) „Wir Johannes von Gottes Gnaden Pfalzgreve by Rin, und  
 2

vertreter, wenn der Kaiser verhindert war, unmittelbar den Vorſitz zu führen <sup>32</sup>).

Die Wirksamkeit dieſes Gerichts mag Anfangs gut, kräftig und genügend geweſen ſein, beſonders unter einem Rudolph von Habsburg, der kaiſerliches Anſehn zu handhaben wußte <sup>33</sup>). In den Verwirrungen der folgenden Zeit ſcheint aber der Einfluß dieſes Gerichtshofes ſchon bedeutend ſich wieder gemindert zu haben <sup>34</sup>). Die nächſte Urſache war wohl, daß die Kaiſer, theils durch ihre Abweſenheit und auswärtige Beſchäftigungen, theils dadurch, daß ſie Fürſten zu Hofrichtern wählten, die nicht am kaiſerlichen Hofe, ſondern an jedem andern beliebigen Orte ihres eigenen Hofes das Gericht hegten, ſich der unmittelbaren Aufſicht und ununterbrochenen Einwirkung entzogen. So kam es dann nun, daß man ſich wieder von der Curie des Hofrichters an die Kammer des Kaiſers wandte <sup>35</sup>). Dieſer übertrug die Sachen ſeinen Räten, und es war leicht erklärliche

Herzog in Bayern bekennen und thun kund offenbahr mit dieſem Brief . . . daß wir von Geheiß und Bevelhniſſe des . . . Sigmundes R. Königs, zu allen gnten Mehrers des Reichs . . . unſers gnedigen Hetren Ein und des heiligen Richs Hoffgericht beſeſſen haben zu Regenspurg in ſeinem Hove. Harpprecht, a. a. D. II. Nro. 54.

32) Daher heiſt es in einer gerichtlichen Urkunde v. 1363: wir Karol von Gottes Gnaden Römischer Kayſer zue allen Zeiten Mehrer des Reichs . . . Am Schluß: Geben zu Nürnberg verſigelt mit unſers Hoffgerichts Inſiegel. Dagegen in einer Andern von 1365. Wir Friederich Herzoge von Teckhe ſaßen zu Gerichte zu Prag anſtatt des allerdurchlauchtiſten Fürſten und Herrn, H. Carls Röm. Kayſers. Harpprecht, a. a. D. I. Nro. 9 und 11.

33) Rudolph und Adolph beſtätigten 1281 und 1293 Friedrichs Verordnung.

34) Wenn R. Friederich im J. 1441 einen Hofrichter beſtellt, ſo lautet es beinahe, als ob zuvor gar keiner da geweſen ſey, denn, damit die Gemeine Sicherheit erhalten werde, ſagt er: und nymand not werhe ſich zu beklagen, daß er des Rechens an unſerm obern Gerichte nicht bekommen möchte: han wir unſer Hofgericht geordnet, und mit Namen den Edeln Graf Gumprecht von Ruwenar, Erbvogt zu Eöln, Herrn zu Alpen unſern Rat und lieben getruwen zu unſerm Hofrichter in unſerm küniglichen Hof uſgenommen und gemacht, unſer Hofgericht zu verweſen u. Harpprecht, a. a. D. Nro. 57.

35) Auch der Hofrichter ſelbſt wandte ſich wohl dahin, wie z. B. in der Urk. bey Harpprecht, Staatsarchiv des k. Gerichts Nro. 1.)



Folge, daß einer derselben zum Kammerrichter ernannt, und so ein neues Gericht begründet wurde; denn wir finden wirklich den Hofrichter und Kammerrichter eine Zeitlang neben einander<sup>36)</sup>. Der letztere ist nun meist unmittelbar am Hofe des Kaisers, und wir sehen im Jahre 1448 zu Wien den Kaiser selbst mit 24 geistlichen Fürsten und Grafen zu Gericht sitzen. Es zeigte dies also von dem immerwährenden Streben, die höchste Gerichtsbarkeit unmittelbar unter den Augen und der Einwirkung des Kaisers als Reichsoberhauptes zu handhaben.

Das Hofgericht und Kammergericht konnte aber der Natur der Sache gemäß nicht lange neben einander bestehen. Die Wirksamkeit des Einen mußte die des Andern schwächen, und so kam es wohl, daß beide sich verschmolzen, und das höchste Gericht nun wieder sowohl Hof- als Kammergericht, zuletzt aber bloß Kammergericht genannt wurde.

Dieses übte fortwährend seine Aufsicht über alle Gerichte, und die sonstigen Befugnisse der höchsten Gerichtsbarkeit und des ersten Gerichtshofes im Reiche. Es erkannte im Appellatorium, und bekräftigte die Urtheile der übrigen kaiserlichen Gerichte. Aber dennoch sehen wir das ganze 15. Jahrhundert angefüllt mit Klagen über die Reichsjustiz, die immer bitterer, heftiger und dringender zum Throne hinanstürmten, nicht als ob die Gerichts-Versaffung an sich so schlecht gewesen sei, und eine dringende Reform erheischt hätte, sondern weil der Zeitgeist, und die ganze Verfassung, so wie der Kulturzustand sich allmählig geändert hatten, und eine Menge von Umständen und

---

das Hofgericht vom Kaiser Wenzel und seinen Räten, die Er zu der Zeit bei sich hatte, eine Unterweisung verlangt. — Ein Kammergerichts-Urtheil von 1455 steht bei Harpprecht, a. a. D. II. Kro. 34. — Ein anderes von 1458 das. Kro. 35. Dies ist gerichtet gegen den berühmten Edk von Berlichingen, und beginnt: wir Friederich ... bekennen und thun kund allermänniglich mit diesem Brieff, daß für unser kaiserlich Kammergericht, das der wohlgeborn Wilhelm Marggraffe zu Hochberg u. unser und des Reichs lieber getreuer an unser Statte besessen hat . . .

36) In einer Urk v. 1447 finden wir 1) einen Hofrichter, 2) einen besondern Kammerrichter, 3) drei *judices delegatos imas et 2das instantias*, 4) den obersten Reichsrichter, den Kaiser selbst. Harpprecht, St. Archiv des k. Gerichts, I. Kro. 25.

Ursachen zusammentrafen, die einen kräftigern Hebel erforderten, als die bisherige Gerichtsverfassung gab. — Nur deshalb erschien manche alte Einrichtung mangelhaft, weil sie nicht mehr in die veränderte Zeit paßte, und ihren Erfordernissen nicht entsprach<sup>37)</sup>. Dies zu entwickeln, wird zwar in der Folge Gegenstand einer weitläufigern Untersuchung sein müssen. Wir wollen aber hier im Allgemeinen die Gründe angeben, welche die Klagen des Reichs, und den dringenden Wunsch der Stände, die Reichsjustiz-Verfassung verbessert zu sehen, uns als nothwendig und Zeitgemäß erscheinen lassen:

1.) Schon die auswärtigen Kriege und politischen Spaltungen wirkten störend und nachtheilig auf das Gerichtswesen, indem sie die Aufmerksamkeit, Sorgfalt und Kraft nur nach außen richteten, und besonders die unmittelbare Einwirkung des Reichsoberhauptes immer schwächer machten.

2.) Noch störender war die hierdurch mit herbeigeführte Eigenmacht und Willkühr der Stände und Reichsunterthanen überhaupt, die in diesem Jahrhundert ihren höchsten Gipfel erreichten. Man fühlte das Bedürfniß einer kräftigern Justiz, als einzigen Mittels, den Landfrieden zu erhalten; denn man war der Gewalt und der Fehden selbst überdrüssig. Die alte, freie, volksmäßige Gestalt und Einrichtung der Gerichte konnte aber nicht mehr aushelfen, da so Viele noch der heiligen Ehrfurcht vor dem Recht, und der Würde des Urtheilsspruches der Genossen willkührliche Gewalt entgegen setzten, und der schuldligen Achtung, so wie der Vollziehung spotteten. Auch die Anstalt der Austräge hatte sich überlebt, und konnte wenig mehr aushelfen. Das Band, das einst die edlen Familien durch das

---

37) Der wackere Harpprecht in f. Staatsarchiv schüttelt den Kopf, wenn er bedenkt, wie das alte Gerichtswesen sey verschrien worden, und versichert: es sey doch wirklich, wenn man die Akten und Urtheile prüfe, nicht so ungestaltet gewesen, als man sich einbilde. In einer andern Stelle sagt aber Harpprecht: „das Reichs Justizwesen hat mit den Schicksalen der Zeiten und Staatsverfassung eine genaue Verbindung, folglich erfordern dessen Ordnungen von Zeit zu Zeit eine Verbesserung.“ Und dies ist der Erklärungs-Grund. Es kann etwas ungestaltet erscheinen, was in seine Zeit vollkommen paßte; aber es dauert immer lange, bis man zur richtigen Ansicht dessen gelangt, und aus stumpfem Schlenbrian sich ermannet.

Ritterthum umschloß, war lockerer geworden. Trennung, Spaltung und Entfremdung schwächte daher jeden freiwilligen Verein, und ließ das Bedürfniß einer kräftigern Einwirkung von oben fühlen, und darnach streben.

3.) Die kaiserlichen Provinzial-Gerichte waren nicht dazu geeignet, dem Mangel abzuhelpen; zum Theil waren sie eingegangen, zum Theil geschwächt, durch das Widerstreben der Landesbehörden. Eben so wenig Nachdruck hatte das Hofgericht des Kaisers. Den Fürsten gefiel es nicht, am Hofe desselben zu figuriren. Die Besetzung mußte daher willkürlich vom Kaiser geschehen, und dies war doch ebenfalls mißfällig, und dem Ansehen des Gerichts höchst nachtheilig.

4.) Verwirrung und Störung entstand auch dadurch, daß das alte Volksrecht zur gelehrten Jurisprudenz wurde, und die Doctoren der Rechte nicht nur eine Würde; und ein so großes Ansehen erlangten, daß sie dem Adel den Rang streitig machten<sup>38)</sup>, sondern auch in ihrem Uebermuth hie und da absichtlich Verwirrung anrichteten, der ungelehrten Schöffen spotteten, jeden Sag derselben verdächtig, und sie mißtrauisch gegen sich selbst machten.

5.) Mangelhaft mußte die äußere Handhabung der kaiserlichen Justiz sein, da sie nicht, wie bei den Landgerichten, einen festen Sitz hatte, sondern da nach uralter Sitte das Gericht umherzog, sich willkürlich und zufällig bei besonderen Veranlassungen bildete, und keine beständige und förmliche Einrichtung, die die Gerichtsbarkeit allein befestigen konnte, hatte<sup>39)</sup>. Das Kammergericht war überdies aus dem Rathe des Kaisers entstanden und gebildet, hatte daher noch andere Geschäfte, die ihm oft bringender am Herzen lagen, und den Kaiser wohl zu-

38) „Bei der Eröffnung des Kammergerichts zu Frankfurth saßen die Doctores zur Rechten, und die übrigen von der Ritterschaft der Rechte nicht gewürdigte zur linken Hand.“ (Harpprecht.)

39) Da hieß es dann, wie z. B. in der Ladung des K. Mar v. 1507 (bei Harpprecht a. a. O. I. No. 137) . . vor uns, wo wir dann derselben Seyt im heiligen Reiche sein werden, kommet und erscheineßt.

ausgefertigt und besiegelt; sie war die Grundlage neuer Ordnung überhaupt, und eine große Epoche in der Geschichte des Reichs.

So wie dies neue Kammergericht das alte Reichs-Hof- und Kammergericht aufhob, so war es doch eigentlich daraus erwachsen, und stand damit in enger Verbindung. Die Hauptveränderung war aber, daß es nicht mehr wandelbar, und vom Hof des Kaisers, und dessen Willkühr abhängig war, sondern als beständiges, organisirtes Gericht einen festen Sitz im Reich hatte, daß seine Beisitzer von den Ständen präsentirt wurden, und man ihm eine Zeitgemäße, verbesserte und feste Gerichts-Ordnung verlieh.

Daß neben dem alten Kammergericht auch schon ein kaiserlicher Rath mit gerichtlichen und andern Geschäften des Reichs beschäftigt war, bemerkten wir bereits oben. Derselbe blieb auch jetzt, machte aber noch kein festformirtes Collegium. Seine Ausbildung, so wie die fernere Geschichte des Reichskammergerichts übergehen wir hier, als nicht zu unsern Zwecken gehörend.

IV.) Alle Gerichtsbarkeit ging in der Idee des Mittelalters vom Kaiser aus. Man fing aber an zu unterscheiden zwischen Eigen- und Freigerichten, indem es, durch die Veränderungen in dem Zustand der Verfassung, Gerichte gab, die als Privat-Eigenthum und als Annerum eines solchen betrachtet wurden. Hierhin gehörte nicht die Gerichtsbarkeit über Freie <sup>42)</sup>, und obwohl auch diese erst einzeln <sup>43)</sup>, dann mit der Grafschaft im Ganzen verliehen, und wieder in's Einzelne versplittert und gleich anderem Eigenthum tradirt wurde, so blieb doch, auch bei völlig ausgebildeter Landeshoheit, die Idee fest, daß sie von der Staatsgewalt ausgehe, als Strahl der Sonne gleichsam, die das Ganze des Staats belebe und erhalte <sup>44)</sup>.

42) Namentlich auch nicht der Blutbann. Spec. Alemann. c. 17. §. 3. ad 1484: „Kein Gericht, das über Mordwunden geet, oder damit man tödten soll ein Mensch, ist eygen.“

43) „hannum super homines“ heißt es in den Verleihungsurkunden des 10. Jahrhunderts.

44) Daher erklärt das Sächs. Weichbild den Königsbann: daß es sey ein solcher gewalt und Zwang als der König selbst hat zu richten haß und haupt. Daher wird noch im 16. Jahrhundert das peinliche Gericht in der heffischen Stadt Wigenhausen gehegt: by des

So wie die einzelnen Gerichtsbanne des Kaisers an die Landesherren gegangen waren, folglich da, so wie alle Gerichtsbarkeit ursprünglich Namens des Kaisers geübt worden war, nun die Landesherren selbst den Königsbann durch die Grafschaft erworben hatten, so legte sich doch ein größerer Bann, nämlich die oberste Gerichtsbarkeit, um das ganze Reich. Der Kaiser blieb höchster Richter, und sein oder seiner Gerichte Bannspruch, die Acht, erstreckte sich über das ganze Reich<sup>45)</sup>.

Die sichtbare Bezeichnung der Grenze der Gerichtsbarkeit, oder des Bannes, war gleichsam die offene Heerstraße gewesen, die, alle Territorien und Provinzen durchschneidend, das ganze Reich verband und durchlief<sup>46)</sup>. Die Markplätze, wo alles Volk zusammen kam, waren begreiflich an der großen Heerstraße gewählt; vielleicht hatte sich auch diese hie und da durch jene gebildet. Kurz, wir sehen daß der Weg, der zum Markplatz führt, Königsstraße heißt, ja daß Königsstraße synonym mit Markstätte gebraucht wird<sup>47)</sup>, und daß immer die Aufsicht über die Königs- oder Heerstraße ein Ausfluß der hohen Gerichtsbarkeit bleibt.

So wie aber das Reich keine Hauptstadt, keinen Mittelpunkt hatte, und alles Reichsgebieth in Territorien getheilt wur-

Kaisers achte und by unsers gnedigen Forsten gewalt. Ropp, v. d. Hess. Ger. Urk. No. 116. Und im 17. Jahrhundert hieß noch das peinliche Gericht der Stadt Hörter, die dem Fürstbist von Corvey gehörte, ein kaiserlich frei peinlich Halsgericht. Corv. Gesch. 1. S. 313.

45) So war auch die Acht, welche die Herzoge ausgesprochen hatten, eine Reichsacht gewesen, so wie ursprünglich Jede sich über das ganze Reich erstrecken mußte; denn jedes Gericht war Kaiserlich, und einen Verbrecher, den das eine Gericht ächtete, konnte das andere nicht schützen, so lange es keine Territorien gab. Schon nach Karls Gesetz sollten die Grafen die Geächteten den übrigen anzeigen. In der geänderten Verfassung hielt es freilich schwer, einer Ächtserklärung durch das ganze Reich Nachdruck zu verschaffen.

46) Daher die Verwandtschaft der Worte Bann und Bahn.

47) Urtheil des Hofrichters v. 1351: daß vor mir stunt an oßen gericht uf den hofe ze Rotwil an der offenen vrien Kuniges stras. Senken b. v. d. kais. Ger. No. 6. „Vor dem Hofgericht an der offnen fryen kaiserlichen Straffe“ sagt eine andere Urk. v. 1492. Das. No. 12.

de, so war noch die Anwesenheit des Kaisers überall nothwendig. Daher gab es keinen höchsten Gerichtshof feststehend, sondern wandelbar, an den Aufenthalt des Kaisers und seinen Hof gebunden, und davon abhängig <sup>48)</sup>. Alle kaiserlichen Richter waren aber selbst nur Stellvertreter des Kaisers. Dieser konnte daher nicht nur selbst in allen seinen Gerichten präsidiren, sondern er hat dies auch sowohl in den Hofgerichten, als in dem höchsten Hof- und Kammergericht, wenn er anwesend war, gethan, und es versah alsdann der Hofrichter die Stelle eines bloßen Beisizers <sup>49)</sup>. Diese Einrichtung wurde auch auf das permanente Reichs-Kammergericht übertragen; denn wenn gleich Kaiser Max I. dem ersten Kammerrichter Graf Eitel Friedrich von Zollern, als Symbol den Gerichtsstab übergab, so mußte dieser ihm doch, so oft der Kaiser selbst das Gericht besaß, ja wenn er nur an den Ort des Gerichts kam, vom Kammerrichter wieder überreicht werden <sup>50)</sup>.

Die höhere Standeswürde, welche die Fürsten erlangt hatten, und der allgemeine Grundsatz des Mittelalters, nur von ebenbürtigen Genossen gerichtet zu werden, hatte es nothwendig

48) Kaiser Conrad schreibt 1150 an den Papst Eugen, daß er die Communication gegen einen gewissen Otto (*liberum hominem nostrum, qui apud. vestram discretionem infamatus est:*) aufheben möge: quoniam ab eodem super eadem re in nostra curia pulsatus, iudicio gentis suae et curiae nostrae, quod innocens esset, juramento comprobavit. *Mart. II. Coll. Xpo. 181.*

49) Viele Urkunden beweisen es, daß die Kaiser fortführen, selbst zu Gericht zu sitzen. Wir führen nur einige als Beispiele an. *Schaten, A. Pad. ad. a. 1255* hat ein Urtheil von König Wilhelm: *ad notitiam universorum volumus pervenire, quod nobis nuper apud Mon. Egmundense pro tribunali sedentibus requisitum fuit in iudicio coram nobis per sententiam diffiniri. Eine andere, das. ad a. 1290* mitgetheilt, von Kaiser Rudolph: *quod nobis sedentibus pro tribunali apud Erfordiam comparuit coram nobis in iudicio. Ein Nürnberger Urtheil von 1306* fängt an; *Wir Albrecht von Gottes Gnaden Römischer Künig . . .* *Eunden . . .* daß erteilt ist vor uns, da wir zu Gerichte saßen mit gesamerer Urteil. Ein anderes von 1317 beginnt: *Wir Eudewich von G. G. Rom. Künig . . .* thun hunt . . . daß für uns hom der . . . Apt von Halsprunnen . . . und fragt mit Fürsprechen einer Urteil. *Speiß, Archival. Nebenarbeiten S. 155 und 159.*

50) Welches zum letztenmal bei Kaiser Max II. im Jahr 1570 der Fall war.

gemacht, daß in Sachen, welche der Fürsten Leib, Ehre oder Lehn betrafen, der Kaiser unmittelbar den als Schöffen berufenen Fürsten präsidirte. Auch bei Errichtung der höchsten Reichsgerichte blieb dieß Grundsatz<sup>51)</sup>, wiewohl zuweilen die Idee durchschimmert, daß nicht ein besonderes Gericht konstituiert, sondern nur das höchste Reichsgericht mit andern, ebenbürtigen Richtern besetzt werde, wodurch wieder der Grundsatz bestätigt wird, daß der Kaiser selbst Richter seines höchsten Gerichtshofes war, und nur in gewöhnlichen und geringeren Fällen von einem Substitut vertreten wurde<sup>52)</sup>.

Schließlich wollen wir nicht unbemerkt lassen, daß bei einem Reichsvicariat alle gerichtliche Befugnisse des Kaisers und seines Hofrichters, mit gleicher Kraft auf den Reichsvicar und dessen Hofrichter übergingen<sup>53)</sup>.

51) In der kais. Bestallungs Urkunde des Hofrichters v. 1235 sind ausgenommen Fürsten und andere hohe Leute wo es geht an ihren Leib und an ihre Ehre, an ihr Recht, an ihr Erb, an ihr Lehn, das wollen wir selbst richten. Reichsabsch. v. 1235. c. 24.

52) Einen schönen Beleg giebt das Bedenken Herzog Heinrichs in Baiern, das er bei einer Ladung des alten Kammergerichts im Jahr 1448 äußert, und worauf Kaiser Friedrich antwortet: „Wiewohl in unsern Briefen geschrieben steht, auf den Gerichtstag unserö königl. Kammergerichts, so ist doch unsere Meinung nicht gewesen, und auch noch nicht, daß solch Recht in unserm Kammergericht, das wir mit niedern Personen von Fürsten, und um Sachen, die unserer und des Reichs Fürsten Leib oder Lehne nicht berühren, besetzen, zwischen Einer u. sollte ausgetragen werden, sondern allein vor unser Maj. und unsere und des Reichs Fürsten, die wir zu uns setzen werden.“ *Londorp. Act. Publ. T. I. p. 32.*

53) K. Karl IV. bestätigte im Jahr 1355 die vom Pfalzgraf Ruprecht bei Rhein seit seiner Abwesenheit unternommenen Vicariats-Handlungen: „daß, was Er oder sein Hofrichter gerichtet hätten mit Recht, mit Anleit, mit Rug, Gewere, oder mit andern Sachen, Rechten und Urtheilen, alldieweil er Unser und des H. R. R. *Vicaril* in deutschen Landen gewesen ist, daß das Alles Kraft und Macht haben solle und stät bleyben, gleichermaßen, als ob es vor uns selber in unserm Hof und vor Unserem Hofrichter geurtheilt und geschehen wäre.“

## A ch t e s   K a p i t e l .

Von der kaiserlichen Gerichtsbarkeit in Westphalen, und der besonderen Richtung, welche der Gang der Verfassung in dieser Provinz nahm.

**W**estphalen und Engern waren nur übrig gebliebene Namen von Provinzen aus uralter Verfassung, und da sie sich in das Herzogthum Sachsen verschmolzen, und dieses völliger Bestandtheil des Reichs war, so mußte in der Entwicklung der allgemeinen Verfassung auch schon das Besondere und Specielle enthalten sein, wenn nicht durch manche Verhältnisse und zusammentreffende Ereignisse hier große Verschiedenheiten. während des Fortschreitens der Entwicklung sich darböten, die uns, nach den aufgestellten Grundsätzen die späteren singulären Erscheinungen in der Verfassung, und besonders in dem Gerichtswesen Westphalens erklären müssen, und auch vollkommen zu erklären und zu enträthseln im Stande sind.

Sachsen hatte überhaupt schon, als Provinz und Herzogthum, ursprünglich durch Vertrag und Friedensschluß, unter Beibehaltung seiner Geseze, Gewohnheiten und Rechte, mit dem Reiche vereint, manches besondere in seiner Verfassung bewahrt, und in den Verwirrungen späterer Zeit führte sowohl die Volkseigenthümlichkeit, als die Erinnerung an eine heldenmüthig durchgekämpfte Vorzeit, einen Nationalstolz hervor, der sich bei den innern Unruhen und Fehden des Reichs oft genug ausspricht. Dieser Stolz wuchs durch die großen Kaiser, die aus sächsischem Stamm den Thron bestiegen, und Anfangs das Herzogthum behielten. Das Streben und der Wunsch, sich unmittelbar an den Kaiser anzuschließen, mißlang in der Verfassungsmäßigen Nothwendigkeit, das herzogliche Amt wieder einem Fürsten zu geben. Natürlich haßte man die Herzoge, dieser Haß artete in Widerspenstigkeit und Feindseligkeit gegen das Reichsoberhaupt selbst, und zuletzt in offenen Krieg aus. Aber das Herzogthum befestigte sich wieder, und wuchs zu ungeheurer Macht, so daß Alles vereint an seinem Sturz arbeitete, der in der Achte-Erklärung des mächtigen und gefürchteten Heinrichs des Löwen im Jahre 1180 vollendet wurde. Wiewohl hierdurch das Her-



zogthum, so wie durch die oben entwickelte Territorial-Eintheilung des Reichs die Provinz selbst zerrissen und vielfältig versplittert war, so hielt doch Vieles in Gewohnheiten, Sitten und Rechten noch den Stamm einigermaßen vereint, und selbst spätere Reichsverfassung erkannte dies an, indem sie ein gedoppeltes Reichsvicariat für die Lande fränkischen und sächsischen Rechts gestattete und allzeit beibehielt <sup>1)</sup>).

Abgesehen von der Gewalt und Hoheit, welche die Welfen sich als Herzoge über Sachsen angemacht hatten, sehen wir sie im verfassungsmäßigen Besitz aller der Rechte, die mit dem herzoglichen Amte verbunden waren. Sie repräsentirten vollständig den Kaiser als dessen Stellvertreter, und wir sehen sie nicht nur Placita halten, in denen sie über Fürsten erkennen <sup>2)</sup>, sondern wir finden auch, daß sie in Appellations-Sachen und bei verweigerter Justiz das oberste Richteramt ausübten <sup>3)</sup>. Ihr Placatum war aber an keinem feststehenden Malplatz, sondern da, wo der Herzog gerade Hof hielt, oder bei vorkommenden Fällen es zu berufen für gut fand. Der Blutbann wurde denen, die ihn nur Lehnswise besaßen, nämlich den Freigrafen, vom Herzog Namens des Kaisers verliehen und da, wo er nicht verliehen war, von ihm selbst geübt <sup>4)</sup>. — Concurrente Gerichtsbarkeit lag schon

1) So wie dies die goldne Bulle vom J. 1356 vorgeschrieben hatte.

2) Wir erwähnten oben ein Beispiel von Heinrich dem Löwen. Es ließen sich leicht mehrere anführen, z. B. eine Urk. von 1163 bei Gruben, vom Anbau der Stadt Hanover S. 19, wo Heinrich Bischöfe und Fürsten *ad curiam suam Hannoverae habitam* beruft.

3) „Processit vero querela sua eo usque quod in facie totius ecclesie nostre coram Duce Saxonie deposita est, et cum eam multi potentes et sapientes, qui ibi convenerant, diligentius discussissent, judicaverunt, esse inanem et frivolum — Hujus rei testes sunt predictus Dux Saxonie, junior videl. Henricus . . . et alii plures tam nobiles quam ministeriales.“ Dipl. de 1154. Kintl. Beitr. III. 1. No. 16.

4) Dies scheint in einer Urk. von 798. ausgebrüht, wodurch Kaiser Otto dem Kloster Mollenbeck ein Privileg ertheilt: *ut nullus comes vel iudex publicus, aut aliqua potens persona homines prefate Ecclesie in suo iudicio bannum eis imponendo aut justitiam ab eis ullam aliquatenus exigendo audeat inquietare, excepta solummodo lege illa, qua advocatus Episcopi q. presidet eidem Ecclesie solito more ab eis debet reposcere, et illa juris sanctione, quod necessario propter capitale crimen in presentia Ducis et iudicum solet fini-*

in dem Begriff der höheren Richterwürde. Aber ein Ausfluß des Statthalterischen, und nicht des Richterlichen Amtes war es, wenn der Herzog herkömmlich dem zum Tode Verurtheilten durch einen Gnaden-Akt das Leben noch frissen durfte <sup>5)</sup>.

Bei dem Sturz Heinrichs des Löwen war zwar eine neue Verfassung, die das herzogliche Amt überflüssig machte, bereits vorbereitet; dieselbe war jedoch nicht dergestalt befestigt und klar geworden, um der Idee Raum zu geben, daß man des Herzogthums ganz entbehren könne. Es mußte daher in der eintretenden Verwirrung <sup>6)</sup> eine Bedenklichkeit und ein Zweifel entstehen, den der Geschichtschreiber Dittmar deutlich ausdrückt, wenn

zi. — Dasselbe Privileg ertheilt die Urk. Heinrichs von 1003, jedoch mit den Worten: *et illa juris sanctione siquid necessario propter capitale crimen in presentia ducis opus habet finire judicialiter et determinari*. Rindlinger meint, das Richteramt des Herzogs wäre bei Verbrechen höherer Art eingetreten. Cosmann, *Material. und Beiträge* S. 311 (Auch in Kuchenbeckers, *Annal. Haas.*)

5) Kaiser Albert bestätigt dies Recht dem Erz. von Köln im Jahre 1299. *Comitibus Baronibus et militibus ceterisque hominibus quibuscunque in Ducatu W. et in ipsa terra W. constitutis . . . gratiam suam et omne bonum . . . Colonjensis Arch. Westphaliae ducis . . . ratione ducatus sui Westphaliae fuerunt in possessione juris vel quasi sive consuetudine a tempore, cujus memoria non existit, habuerunt . . . in ipso ducatu W. pacifice et quiete, quod, ubicunque infra terminos dicti ducatus W. aliquis homo per iudicium quodcunque morti adjudicatus . . . per coram ducis, que impressionem cere ad sigillum dicti Archiepi fieri assolet, arrestatus, ipsius dampnati seu ad mortem iudicati vita ad sex septimanarum spatium per arrestationem huiusmodi prorogatur . . . cum dictus ducatus a nobis et S. R. I. descendat etc* Rindl. Beitr. III. 1. Kro. 101. Vielleicht war dies Recht aus dem Capit. Sax. o. 10. auf den Herzog übergegangen. Die Erzbischöfe, überall bedacht, die alten herzoglichen Rechte im Kampfe einer neuen Zeit wieder herzustellen, und zu befestigen, suchten auch dies irgendwo aus den Trümmern hervor, und ließen es sich durch ein kais. Privileg bestätigen, ohne daß wir in der Geschichte Folgen davon verspüren.

6) Die begreiflich sehr groß war, und es zeigt, was der Herzog gewesen, und daß die herzogliche Amtsgewalt untergraben war, und plötzlich sich auflöste. In diebus illis non erat rex in Israel, sed unusquisque quod rectum in oculis suis videbatur, faciebat: siquidem post exilium Henrici ducis, qui solus in terra praevaluerat, et sicut ab initio diximus, pacem quidem maximam fecerat — tyrannico more unusquisque regnabat in loco suo, et alterutrum vim faciebant et patiebantur. Arnold. sub. LIII, c. 1.

er sagt: *Aut Dux saxoniae iterum eligendus, aut ducatus potestas accrescat singulis saxoniae ordinibus utriusque classis sacrae et civilis* 7). Was hier als Alternative gezeigt wird, geschah eigentlich beides, zur Bestätigung der oben behaupteten Verlegenheit, in die man sich versetzt sah. Während man das Herzogthum in Baiern dem Otto von Wittelsbach verlieh, gab man das in Sachsen ebenfalls einem minder mächtigen Fürsten, dem Graf Bernhard von Anhalt, und während die Geschichtsschreiber diese Verleihungen allein erwähnen, bemerken sie nicht, was eigentlich zum Umsturz der Verfassung geschah, gerade weil sie das, was bloße Form war, für das Wesentliche ansahen, und dasjenige, was eigentlich die Verfassung umänderte, noch unbemerkt ließen, da sie dessen Folgen nicht beurtheilen konnten.

Die Ernennung des Grafen von Anhalt zum Herzog, war von gar keinem wesentlichen Resultat, denn die Macht der vorhinigen Herzoge konnte er nicht erlangen, und das Ansehen des Amtes war erloschen, weil sein Wirkungskreis versplittert war 8). Denn nicht zu läugnen ist es, daß die meisten weltlichen und geistlichen Fürsten hier, so wie anderwärts, in ihren Territorien die herzogliche Gewalt erhielten. Nur von Einem ist die urkundliche Verleihung auf uns gekommen, nämlich vom Erzbischof von Köln. Bei den Uebrigen verhehlen es uns aber spätere Urkunden nicht, daß sie, so wie früher das Comitatus, nun auch den Ducatus in ihren Besitz erlangt hatten.

I.) Der Erzbischof von Köln erhielt das Herzogthum nicht nur in seiner eigenen Diöcese, und in seinen darin liegenden Territorien, sondern auch in der Diöcese des Bisthums Paderborn. Die Urkunde sagt: *Nos itaque habita cum Principibus de-*

7) Ditmar, L. V. p. 368.

8) Wenn daher die Chronisten es tadelnd erwähnen, daß Bernhard, der als Graf streng und kräftig gewesen, seiner herzoglichen Würde nicht mit Ansehen habe vorstehen können, so lag es wohl nicht in ihm, sondern in dem veränderten Zustande überhaupt, und es war wohl keine Schwäche, daß er nach dem nicht strebte, was keineswegs für ihn erreichbar war, und dessen übrig gebliebene Reste ihm der Mühe nicht werth schienen.

liberatione communi ipsorum Consilio Ducatum, qui dicitur Westphaliae et Angariae in duo divisimus, et consideratione meritorum quibus dilectus Princeps noster Philippus Coloniensis Archiepiscopus ob honorem Imperialis Coronae promovendum et manutenendum, nec rerum Dispendia, nec Personae formidans pericula gratiae Imperialis promeruit privilegium, unam partem, eam videlicet, quae in Episcopatum Coloniensem et per totum Paderbornensem Episcopatum protendebatur, cum omni jure et Jurisdictione, videlicet cum Comitatibus, cum Advocatiis, cum Conductibus, cum Mansis, cum Curtibus, cum Beneficiis, cum Ministerialibus, cum Mancipiis et cum omnibus ad ejusdem Ducatum pertinentibus Ecclesiae Coloniensi legitimo Donationis titulo Imperatoria libertate contulimus, et requisita a Principibus sententia, an id fieri liceret, adjudicata et communi Principum et totius Curiae assensu Dilecti Consanguinei Bernardi, cui reliquam partem Ducatus Concessimus, praememoratum Archiepiscopum Philippum portione illa Ducatus suae collata Ecclesiae vexillo imperiali solemniter investivimus<sup>9)</sup>. Fragen wir zuvörderst nach den Ursachen dieser Verleihung, so könnte die geistliche Diöcesan-Aufsicht wohl Einiges mit dazu beigetragen haben; es muß aber schon ein näheres Verhältniß des Erzbischofs zu Westphalen in Beziehung auf das Reich obgewaltet haben, denn wiewohl späterhin das Staatsrecht ihn als Erzkanzler in Italien kennt, so ist doch auffallend und merkwürdig, daß er sich in einer Urkunde von 1168 nennt: Philippus Dei gratia sancte Col. Eccl. Archiepiscopus et totius Westphalie Archicancellarius<sup>10)</sup>. Die Geschichte erläutert diesen Titel

9) Dienßschläger, Erl. der G. B. Anh. Nro. 24. — Eine Bestätigungs-Urk. von Otto IV, um 1200, bekräftigt auch das verliehene Ducat. Rindl. Bolmestein II. Nro. 15. — Ducatum Westphaliae et Angariae omnesque possessiones et jura ejus cum hominibus et Ministerialibus ipsi et Ecclesiae Coloniensi pro jure nostro diligenter conservare etc. Bestät. Urk. v. 1204.

10) Urk. bei Rindl. (Bolmestein) II. Nro. 5. A. Gleichzeitige Kais.

nicht weiter, der immer bedeutend für die vielen Besonderheiten in der Verfassung Westphalens erscheint. Auch die Provinz Westphalen, mit Inbegriff von Engern, mochte schon ihren besondern Herzog haben. Denn während die Billunger das sächsische Herzogthum besaßen, heißt Otto, Graf von Northheim und Herzog von Baiern, auch in einigen Urkunden *Dux Saxoniae* <sup>11)</sup>. Der Erzbischof von Cöln war übrigens der Ankläger und heftigste Gegner Heinrichs des Löwen, nahm sich des Krieges gegen ihn thätig an, und führte selbst Truppen nach Westphalen. Es war daher billig und natürlich, daß er entschädigt und belohnt wurde, und einen Theil der dem stolzen Besiegten abgenommenen Beute erhielt.

II.) Daß eine wirkliche Belohnung in der Verleihung lag, ergibt nicht nur das Ansehen, das die noch keineswegs erloschene Amtswürde mit sich führte, sondern auch der Vortheil, den sowohl die Jurisdiction, als das in die Hände des Herzogs fallende Reichsgut gewährte <sup>12)</sup>. Eben so gewiß ist es aber auch, daß die Rechte des Herzogthums nicht mehr das sein konnten, was sie früher gewesen waren.

1.) Die Höfe, Güter und hörigen Leute, welche die Urkunde verleiht, können nach dem Standpunkt der Zeit nur übrig ge-

urkunden sind doch unterzeichnet: *Ego . . . cancellarius vice Mogontini Archiepiscopi H. Archicancellarii recognovi.*

11) Orig. Gualf. IV. p. 480. — Zeßnig meint, die Billunger hätten nur Engern und Westphalen gehabt. Wir glauben das umgekehrte, da nach einer Urk. der Gau Xuga in Ducatu Ottonis lag.

12) Biewohl das Reichsgut noch lange sichtlich blieb, so verwischte es sich doch mehr und mehr, da wo es in die Hände der Territorialherren übergieng. Kaiser Ludwig nahm noch 1317 dem Graf Engelbert von der Mark die Güter, die er vom Reich zu Lehn hatte, und gab sie dem Graf Dietrich von Cleve. *Videlicet Advocatiam regalis ecclesiae Werdensis, advocatiam Judaeorum Tremoniensium et curtem nostram Wewelmonda, curtem in Brackel, curtem imperii prope Tremoniam, bona imperii sua prope Altmanne et curtem nostram ten Westhoven cum universis hominibus, jurisdictionibus et iuribus, et pertinentiis dictarum curtiarum, et homines dictos Stapellude de Tremonia, nec non omnia et singula bona alia, quocunque nomine consueantur.* Steinen, Westph. Gesch. I. S. 468. — Von den vier Reichshöfen Dortmund, Elmenhorst, Bratel und Westhoven die Urkundlichen Nachrichten bei Steinen, a. a. D. I. S. 1705. Vom andern Reichsgut vergl. Denselben III. S. 709 und 764.

bliebene Parzellen von Reichsgut sein, welche der Herzog als solcher und als Beamter des Reichs von diesem befeffen hatte.<sup>13)</sup> Denn weiter verlor dieser nichts, und ein Mehreres konnte daher auch nicht verliehen werden. Eben so waren die Vogteien solche, welche der Herzog entweder vom Reich besaß, oder Kraft alter Amtsbefugniß inne hatte.

2.) Auch das Geleitsrecht<sup>14)</sup> ist in der Urkunde ausgedrückt. Es lag mit in der herzoglichen Gewalt, und Folge davon war, daß Niemand ohne des Herzogs Willen Festungen zur

- 13) Höchst merkwürdig ist es, wie selbst in späterer Zeit sich noch die und da versplittertes und verstecktes Reichsgut findet, und wie der Erzbischof, als Herzog, sich am nächsten dazu berechtigt hält. Ein Beispiel giebt jene Urk. von 1355, von der wir eine nach dem Original genommene Abschrift besigen, und die wahrscheinlich in *Joannis, spicil. tabul.* sich abgedruckt findet. *Karolus Dei gratia Romanorum Rex Semper Augustus et Boemiae Rex notum facimus universis, quod venerabilis Wilhelmus Colon. Archiepiscopus sacri imperii per Italiam Archicancellarius Princeps noster dilectus in nostra constitutus praesentia nobis significari curavit, quod cum villa Hemerschelm up der Czwisten cum suis pertinentiis et appendiciis infra parochiam ejusdem ville non sit in alicujus Domini, de quo constet, superioritatis dominio constituta, sed certe persone dicte ville et parochie sibi consueverint eligere inter se annales judices de alto judicantes ibidem quare predictus Archiepiscopus nostre Majestati regio supplicavit attente, quatenus jura superioritatis et excelsi domini, que et in quantum nobis, regno vel imperio in prefata villa et suis appendiciis competunt vel competere possunt, quomodolibet in futurum, sibi suisque successoribus ac ipsi Ecclesie Coloniensi donare et conferre auctoritate nostra regia in perpetuum dignemur. Nos attendentes eximie devotionis et sincere fidei puritatem, qua idem archiepiscopus et sui predecessores nos et sacrum Romanum imperium semper constantibus animis honorarunt, justis ipsius archiepiscopi supplicationibus benignius annuentes sepedicto archiepiscopo suisque successoribus, ac ipsi Colon. Ecclesie prefata jura superioritatis et excelsi Domini, que et in quantum nobis regno vel imperio in prefata villa et suis appendiciis competunt vel competere possunt, quomodolibet in futurum de liberalitate et munificentia regia damus, conferimus et donamus perpetuis temporibus possidendam.* —

By Bürgermeistere und Rast der Stat Dortmund bekennen, dat wir finden in unsern alden Registern und Büchern beschreven, dat bey Hof tho Elmenhorst ist ein freie Richshof und die Lude darin hoerende sin frie Richslude . . . und mögen voert heben, geueithen und gebrauchen alle Frieheit, die andere Frieclude heben und gebruchen. Steinen. Westph. Gesch. I. S. 1748. — Gleiches wird bekundet vom Hof zu Witten. Steinen, a. a. D. III. S. 690.

- 14) Welches mit Einnahme verbunden war.

Gefahr der öffentlichen Sicherheit anlegen durfte, welches der Erzbischof von Cöln auch größtentheils durchsetzte<sup>25)</sup>. Die hiermit verbundene Pflicht über dem Landfrieden zu wachen, suchte Cöln ernstlich zu erfüllen, und der Erzbischof Engelbert brachte unter Friedrich II. einen Landfrieden in Westphalen zu Stande.

3.) Das mit dem Herzogthum verbundene Recht der Heerfolge und Anführung, so wie die daraus folgende Aufsicht über Heerstraßen und Flüsse, die noch als dem Reiche offene und gemeine Wege betrachtet zu werden pflegten, wurde ebenfalls überall gehandhabt, und der neue Herzog errichtete in Kraft derselben sogleich feste Schlöffer zur Befestigung seiner Gewalt<sup>26)</sup>.

15) Er erholte sich dieserhalb auch auswärts Rath, wie folgende Urkunde beweist:

*Reverendo in Christo patri, domino Henrico, sancto Colonienis ecclesie archiepiscopo, Sacri imperii per Italiam archicancellario Ericus dux Saxonie, Angarie et Westphalie quicquid obsequii poterit et honoris. Vestra a nobis inquiri fecit dominacio, quid quantum et qualiter cum ponte versatili, muris et fossatis absque ducis licentia infra ducatum aliquis edificare possit. Hiis itaque per sententiam a nostris fidelibus exquisitis vobis duximus rescribendum, quod in ducatu nostro nulli prorsus quidquam edificare lice: absque nostra licentia speciali cum ponte versatili, muris, fossatis sive vallis. In hujus rei testimonium presens scriptum nostro sigillo duximus roborandum. Datum Louenburgh anno domini M. CCC. undecimo, in die circumcisionis domini. Rindl. Samml. merkwürd. Urk. I. S. 129.*

16) So das Schloß Petersberg in dem vom Erzbischof gekauften Erbe Distorf. Placuit autem nobis et visum utile est, infra ejusdem allodii continentiam, ad defensionem et majorem tuitionem ducatus nostri in Westphalia munitionem et castrum edificare, quod Castrum ad honorem beati Petri ejus Karactere insignavimus. A Petro namque Petri mons nuncupatum est. Cumque autem hoc ipsum castrum intra comitatum et jurisdictionem Domini Wittikindi et fratris Volquini de Permunt erat, dimidietatem castri eidem Wittekindo et heredibus suis in perpetuum possidendam, jure feudali concessimus. Dipl. de 1183 ap. *Gruppen*, Orig. Pyrm. p. 19. Das Uebergewicht des Herzogs über die sich bildenden Territorialherren geht hieraus noch hervor. — In einer Urk. von 1247 sagt der Erzb. v. Cöln: aedificationem Castri in Villison in ducatu nostro factam consentimus, et ei damus licentiam hoc habendi. *Schaten*, An. Pat. a. h. a. Wie überall, so waren auch hier die Erzbischöfe stets bemüht, die herzoglichen Rechte zu erhalten und herzustellen. Sie suchten mit Fleiß an den Grenzen und im Innern Schlöffer zu erwerben, die sie ganz oder zur Hälfte besetzten. Wir erinnern an Pyrmont, Bloto, Kruteberg bei Helmarshausen, Eppstadt, Stormede, Ahaus, Bredenvort, Ledeneburg, Altena, Bentheim, Dale, Rhenbrügge bei Hamm u. s. w. Am sichtbarsten traten sie, mit den Rechten des her-

Noch bei den Jurisdiction= Streitigkeiten späterer Zeit wurden landeshoheitliche Rechte in dunkler Erinnerung auf diese herzogliche Befugniß gestützt <sup>17)</sup>).

Die Anführung im Felde überließ der Erzbischof dem Marschall von Westphalen, ein Amt, dessen Verleihung vielleicht darin seinen Grund hat, daß das Herzogthum Sachsen das Amt des Erzmarschalls beim Kaiser versehen, und der Erzbischof geglaubt hatte, auch dies sei Theilweise auf Westphalen übergegangen. Der Marschall von Westphalen war hauptsächlich beauftragt mit der Sorge für den Landfrieden, und mit der Gerichtsbarkelt über Landfriedensbruchsachen <sup>18)</sup>). Wir finden das Amt im 14ten Jahrhundert in den Händen eines Berthold von Büren. Im Jahr 1339 erhielt es der Graf Gottfried von Arnsberg, der zugleich vom Kaiser und Reich mit dem Recht des Vorstreits (*jus primae pugnae, primipilariatus, munus antebellatoris*) wenn der Kaiser oder der Herzog zwischen Rhein und Weser in Felde lag, belehnt wurde <sup>19)</sup>). Indem

zoglichen Amtes gegen den Bischof von Paderborn auf. Vergl. die Urkunden bei Schaten, A. P. ad a. 1247 und 1256. Im ersten Vertrag verpflichtet sich Paderborn unter andern: Item nullam munitionem in Ducatu Col Archiepiscopi sine sua licentia facimus, nisi non in judicio, quod Borting appellatur, cum Abbate Corb, et aliis nobilibus in ducatu constitutis aliud per sententiam obtinere possumus. — Auch in der Verbindung mit Corvey v. J. 1198, in den Streitigkeiten und der Erwerbung der halben Befestigung von Marsberg und Rogelnberg, zeigt sich das Streben, herzogliche Rechte zu erhalten. In der Urk. v. 1230 heißt es namentlich: nisi forte ad proclamationem terrae, ad justa judicia contra malefactores exercenda, iidem homines Corbejenses debent subservire. Schaten, A. P., ad. a. 1230. — Wie bei dem Fortschreiten der Territorialhoheit Cöln seine herzoglichen Rechte in die Erweiterung seines Territorium zu übertragen suchte, sehen wir auch recht aus den Bestrebungen, das Bisthum Paderborn ganz an sich zu ziehen.

17) Im Jahre 1307 errichtete Cöln auf dem Ziegenberge bei Neubeck ein Castrum. Waldeck behauptete, der Berg gehöre zu seinem Territorium, weil er innerhalb seiner Freigrafschaft liege. Cöln war dagegen der Meinung, daß es innerhalb seines Ducats zur Errichtung dieser Burg befugt sei. Vergl. Kinde. M. Beitr. III, 1. Kro. 109.

18) Quam expeditionem nobis Archiepiscopo, si presentes fuerimus, alioquin Marscalco nostro Westphalis intumabunt, heißt es in dem Landfrieden von 1298 Haebelin, Anal. p. 259.

19) Belehnungs-Urkunde, von 1338 Kinde. M. B. II. Kro. 56.



nun dies Amt nicht nur überhaupt dem Marschall, sondern auch, wenn der Kaiser zu Felde zog, namentlich dessen Marschall zustand, sehen wir, daß dasselbe in Westphalen nicht nur mit dem herzoglichen Amt genau zusammenhing, und wahrscheinlich aus einer Verleihung des Herzogs herrührte, die vom Kaiser nur bei der Belehnung mit den Regalien bestätigt wurde; sondern daß auch die Idee obwalten mochte, mit dem getheilten Herzogthum sei zugleich das Erzamt zum Theil auf das neue Herzogthum übergegangen. Arnsberg wurde im Jahr 1368 an Cöln abgetreten, jene Rechte fielen also an Cöln zurück <sup>20)</sup>, und der Bischof von Paderborn wurde im Jahre 1370 zum Marschall ernannt <sup>21)</sup>, der bald darauf in dieser Eigenschaft einen Landfrieden schloß, im Jahre 1374 <sup>22)</sup>. Die Ernennung geschieht, wie die feierliche Uebertragung eines Amtes in der Provinz, wodurch Ruhe und Ordnung soll erhalten werden; aber das Amt hatte doch schon sehr seine Natur geändert; theils war es eine landesherrliche Statthalterschaft, die ihre Hauptbeziehung auf die Verwaltung des abwesenden Territorialherrn hatte <sup>23)</sup>; theils war es auch durch die damit verbunde-

20) Das Vorsehteramnt ist namentlich in der Verkaufs-Urkunde genannt: item cum dignitate, officio seu praerogativa juris Principilariatus, seu antebellatoris inter Viseram et Renum.

21) Die Urk. sagt: quatenus eidem Ep. tanquam vero vestro marscalco in omnibus licitis et honestis, in iudiciis et extra pareatis fideliter et intendatis. *Schaten, Ann. Pad. II. ad a. 1370.*

22) Er ist gedruckt bei *Ludwig, Reliquias X. p. 246*, bezieht sich auf den, welchen Karl IV. in demselben Jahre dem Lande gab, und beginnt: Wir Florenz von Gots Gnaden Bischof zu Munster. Heinrich v. G. G. Bischof zu Paderborn und ein Marschall zu Westphalen und vortmer wer hernach ein Marschall wer zu Westphalen u. s. w.

23) onse Manne ind Burchmanne selbe ind underseissen in onsem Marschalcampte im Lande van Westphalen ind in onsem Lande van Arnsberg. *Handscr. Urk. v. 1372*, wodurch sich der Erz. bei einer ihm vom Lande bewilligten Steuer zur Bezahlung der gekauften Grafsch. Arnsberg gegen seine Unterthanen reversirt, daß aus dieser Gunst kein Recht folgen soll. Daher war auch anfangs in der Grafsch. Arnsberg ein besonderer Marschall; beide Aemter wurden jedoch verbunden. Im Jahre 1376 stellt der Erz., der Stadt Soest hierüber einen Revers aus: sic quod officium Marscalatus terra nostre Westphalie, ac comitatus et terre de Arnsberg deinceps sub nostra potestate simul remanebunt indivisi, promittimus firmiter per

nen Güter und Rechte ein einträgliches Beneficium gezogen, und so durch Verkauf zunächst in die Hände des Bischofs von Paderborn gekommen <sup>24)</sup>, wodurch es natürlich an seiner ursprünglichen Würde und Bedeutung allmählig sehr verlieren mußte.

4.) Die obere Gerichtsbarkeit lag begreiflich vor allen Dingen in der herzoglichen Gewalt <sup>25)</sup>. Wir sehen nicht nur die Verleihung der Gerichtsbarkeit überhaupt in der Urkunde ausgedrückt, sondern auch namentlich die der Freigravschafften, als kaiserlicher Gerichte. Die Ausübung mochte Anfangs von der alten Verfassung wenig abweichen <sup>26)</sup>, und es wurde das Recht,

*presentes. quod propter nullam nostram seu ecclesie nostre utilitatem prefatum Comitatum nostrum et terram de Arnaberg ab officio Marscallatus nostri predicto ullatenus impignorabimus aut dividemus. Hüeberlin, Anal p. 334.*

24) Dies beweist die handschriftlich vor uns liegende Urkunde von 1376, wodurch der Erzb. das Amt zurück nimmt. Unse flosse Sant und Eynde unses Marscalampts zu Westphalen mit yren Zubehoren bevolen ind vut eyne summe get versacht hatten u. s. w. Da der größte Theil dieser Schuld abgetragen, wir dieselben unse lant und Marscalampt wider zu uns genommen, und eyne anderen van unsen wegen ze bewaren bevolen han. Für den Rest der Schuld werden andere Güter versetzt: unser Deyl der Stat zu Iugde, den Rogelenberg und dat Slos zu Almene mit allen iren Zubehorungen. — Eine andere Urk. des Erzb. v. 1370 befehlt schon dem Graf Otto von Everstein, dem Bischof von Paderborn, Marschall in Westphalen, die Stadt und das Amt von Lügde unverzüglich abzutreten; aber wahrscheinlich nur als Erzbischöflichem Marschall. Auch der Graf von Arnaberg war schon durch Verkauf in den Besitz des Amts gekommen. *Schaten, A. P. ad a. 1370.* Nach einer handschriftlichen Urk. von 1446 überträgt Dietrich, Erzb. zu Köln; dem Herrn Heinrich, Bischof zu Münster, das Marschallamt über sein Land in Westphalen und Engern. (v. Steinen, Westphälische Geschichte IV. S. 1084. hat manche Unrichtigkeiten.)

25) Kaiser Sigismund verweist eine Sache, in der an ihn appellirt war, an den Kurf. von Köln, weil er mit Geschäften überhäuft ist, funder oc dat men in de selven landen Rundschoep bether vorbringen mach, und wy eyne besunder ghetruwen to diner leven heben, und dat du oc eyne Hertoge in Westphalen bist, dem sulle saks vor anderen togehoret. Urk. v. 1434. *Mallinckrodt, Neuestes Mag. I. 4. S. 350.*

26) Wir sehen von der Thätigkeit des Herzogs gleich Anfangs Spuren. So wohnt er als solcher einem Placitum bei, in welchem im J. 1187 der Erwerb verschriebener Güter des Abtes von Hordhausen vom Freigraf bestätigt wird: *traditionem praedicti Adalphi Archiepisc.*

an allen Orten des Herzogthums als Herzog zu richten (Votding), in einzeln Fällen ausgeübt, bis sich später in dem Conflict des Alten und Neuen manches Besondere gestaltete.

Auch das Pfalzgrafenamt mochte bald in der geänderten Verfassung untergehen. In dem Lehnbrief über das Herzogthum Cölns steht unter den Zeugen noch: *Ludovicus Palatinus Saxoniae et Landgravius Thuringiae*.

III.) Die herzoglichen Amtsbefugnisse gingen überall in der Landeshoheit der Fürsten und Territorialherren unter. Um so merkwürdiger ist es, daß in Westphalen allein das Amtsverhältniß des Erzbischofs von Cöln als Herzogs bestehen blieb. Der Einfluß desselben, als geistlichen Fürsten, auf die dem Herzogthum untergebenen, geringeren geistlichen Fürsten mochte wohl etwas dazu beitragen; doch wäre dies allein wenig zureichend gewesen, wenn nicht das Stehenbleiben des Standes der Freien, und ihrer besonderen kaiserlichen Gerichte, die herzogliche Aufsicht trotz manchen Modificationen erhalten hätte. Indem daher das Herzogthum, als solches, allmählig schwand, bildete sich im Lauf der Zeit die Aufsicht über die kaiserlichen Gerichte, und das Verhältniß zu denselben, als etwas ganz Besonderes aus, dem aber doch noch bei alterthümlicher Form und Gestalt dunkle Erinnerungen der Vorzeit zum Grunde lagen.

Gehe wir dies untersuchen, bedarf es einer Erörterung, wie es gekommen, daß sich die herzogliche Amtsgewalt des Erzbischofs über ganz Westphalen, d. h. über den ganzen Bezirk, welcher noch kaiserliche Freistühle aufrecht erhalten hatte, erstreckte. Die Verleihungs-Urkunde beweist es, daß Cöln nur über einen kleinen Theil Westphalens das Herzogthum erwarb <sup>27</sup>).

*Coloniensi praesente, in his partibus Ducatum tenente hanno regali stabilivit. Rindl. M. Beitr. III, 1. No. 27. — Die Erinnerung bleibt auch noch in späterer Zeit außerhalb Westphalen. So heißt es in einem Urtheil des Herzogs von Braunschweig vom Jahre 1304: Nos vero his visis et auditis juris ordine observato, auctoritate judicaria a Rege Romanorum nobis concessa quia predicta bona in nostra jurisdictione sunt sita, wiederum bonis memoratum abbatem suo et sui conventus nomine investimus etc. Falke, Cod. Trad. Corb. p. 904.*

<sup>27</sup>) Möchte man unter dem Cölnischen Episcopat, welches die Verleihungs-Urkunde benennt, den Erzbischöflichen Sprengel verstehen, so

Die Metropolitane-Rechte, die der Erzbischof anderwärts ausübte, konnten nicht auf weltliche Befugnisse ausgedehnt werden, und eben so wenig ist eine sonstige Extension denkbar, da in Westphalen, eben so wie anderwärts, die Fürsten auf Erhaltung ihrer Rechte, und auf ihr unmittelbares Verhältniß zum Kaiser bedacht waren. Eine förmliche urkundliche Erweiterung kennt die Geschichte ebenfalls nicht.

Die Fürsten hatten sich aber hier, so wie anderwärts, größtentheils das Herzogthum in ihren Territorien zugeeignet, und die Urkunden sprechen dies nicht nur ausdrücklich aus, sondern wir sehen auch späterhin noch das Recht, Freistühle zu haben, d. h. Gerichte, die unmittelbar Namens des Kaisers Recht sprachen, ein Freiherzogthum nennen, zum Beweis, daß die Handhabung der oberen Gerichtsbarkeit im Namen des Kaisers ein Ausfluß der herzoglichen Amtsbefugniß gewesen war. So gab Ludwig der Baler im Jahr 1332 dem Bischof von Minden ein freies Herzogthum in seinem Stifte, d. h. das Recht, Freistühle anzulegen <sup>22</sup>). Auch Karl IV. bestätigte dies Privi-

---

würde dafür allenfalls sprechen, daß das paderbornsche Bisthum, als zum Mainzischen Erzbischoflichen Sprengel gehörig, ausdrücklich und besonders noch genannt wird, und daß der Erzbischof späterhin auch außer der Diöcese herzogliche Rechte ausübt; da aber andere Fürsten nach vertheilt im Herzogthum selbst sich als Inhaber der herzoglichen Rechte betrachten, und sie ausüben, wie die Bischöfe von Münster und Osnabrück, so wird die spätere Ausübung des herzogl. Rechts, das nur noch in der Aufsicht über die Freistühle sich zeigt, eine besondere Erklärung erfordern, und nicht aus der generellen Verleihung des Herzogthums gefolgert werden können.

22) ein fry herzogdom in dem stift to Minden und fry gericht, darinne to sittende under konnigsbanne nach veme Rechte also in dem lande Westfalen recht is, an wertlichen Richte, von unser und unser nachtome wegen, Römischer Kayser ober Könige und Frystele in dem Herzogdom to havene. Wenn die Vorfahren den Bischöfen von Edine von Münster und von Palborn de gnade han tan, daß se Frygerichte und Frygestele han, in erem stifte nach veme Rechte, also in dem lande to Westfalen recht is so geen wir . . . denselven dem stift to Minden mit gelicken rechte, als de drey Bischöpe Frygerichte und stele von dem Römischen Riche haben. Dipl. ds 1332. gebr. bei *Dats ds P. Publ.* Es spricht sich in dieser Urkunde klar aus, daß man den Begriff und die Entstehung dieser Gerichte verloren hatte, und daher, wie gewöhnlich, an alle verloren gegangene Privilegien dachte.

leg im Jahre 1354<sup>29)</sup>, widerrief es aber im folgenden Jahre, so wie alle durch ihn und seine Vorfahren ertheilte Freiheiten dieser Art, weil der Erzbischof von Köln, als alleiniger Herr aller Freistühle, im Herzogthum, dadurch in seinen Rechten sich gekränkt glaubte<sup>30)</sup>. Dennoch reden die kaiserlichen Bestätigungs-Urkunden immer bloß von dem Herzogthum, und nicht von dem Inbegriff aller Freigrafenschaften<sup>31)</sup>. Selbst Kaiser Wenzel spricht noch nicht von die-

29) Quibus ceteri consimiles sedes habentes sicuti *Ducatus Ascaniae* (muß wohl heißen Angariae) et Westfaliae gaudent jure vel consuetudine ect. *Datt.*, p. 734.

30) Der Kaiser bestätigt ihm omne jus vetus per liberos Ducatus Westfaliae et Angariae, ea nominatim lege praescripta, ne cui Comitum et Scabinorum fas sit, sine auctoritate Arch. tribunalia instituire, habere, aut jus dicere in judiciis, quae comitia et secreta judicia appellantur: nisi tamen ea feudi titulo ab Arch. possideant; factaque est potestas, retractandi omnia pronuntiata judicia, absolvendique reos, quibuscum hactenus inique actum compererit. *Schaten*, A. P. ad a. 1355. — Gleichmäßig redet eine Urk. v. 1360. *Glasfey* Anecdor. p. 423. — In dem Contract dieser Urkunde mit der vorigen liegt es klar, daß man die geschichtliche Grundlage und den Staatsrechtlichen Zusammenhang verloren hatte. — Nach einer handschriftl. Urk. v. 1375, welche Rindlinger aus dem Original abschrieb, eröffnet Karl IV. dem Bernhard Stecke, Dietrich von Forst und Sander von Galen, daß die Freigrafen, welche er dazu gemacht, nicht das Freigrafenamnt ausüben möchten, weil ihm der Erzb. von Köln geklagt hätte, daß ihnen die Freigrafenschaft, welche sie sich anmaßten, nicht zukäme, und dem Erzb. das Recht, Freistühle zu haben, in seinem Lande, worin sie doch gesessen wären, allein zustehe. — Man sieht, welche Verwirrung in dieser Zeit herrschte. Karl IV. hatte auch den Graf von Pabberg zu einem Freigraf zu Pabberg auf sein Bitten gemacht, widerrief dies aber auf Beschwerde des Erzbischofs. *Ludwig*. *Reliquiae* X. p. 25. Der Erzbischof bewies dem Kaiser: daß niemand in dem Herzogtum zu Engers und Westphalen nur genannten Erzbischove zu Köln der zu Zeiten da ist, freyn Grafen machen, Geyren, undt die Belehñ sol, daryn wie auch ettllich freyen Grafen die vormals zu den genannten Herzogthum von uns gemacht, Geyret undt belehent wurden wider soliche Briefe die wir dem genannten Erzbischoffe bestetiget haben, als dar vor begriffen ist mit rechter Wiggen undt Keyserlicher Macht haben widerrufen.

31) Wenn daher auch in der Urkunde v. 1372 dem Erzb., als seiner Aufsicht und Präsentation unterworfen, zugeschrieben werden: omnes et singula jurisdictionum sedes seu comitibus libere quo vulg. Freigrafenschaft vel Stillgericht vocantur inter fluvios Wisaram et Renum in predictis ducatus situata (Westph. et Ang.) so möchte die Einschränkung doch schon daraus erhellen, daß die Unterthanen des Erzb. nicht sollen geladen werden: ad Sedes liberas alias, nisi illas duntaxat quae ad Archiepisc. et ecclesiam Colon. pertinent. — Auch in der Kais. Urk. von 1374 heißt es: quod solus ipse Archiepiscopus in

ser Ausdehnung, wiewohl unter ihm schon die allgemeine Aufsicht Eölns über die Freistühle herkömmlich bestand, und bald darauf vom Kaiser Ruprecht als begründet anerkannt wurde. Karl IV. sagt in der Urkunde v. 1372 ausdrücklich, daß alle Freigravschaften zwischen der Weser und dem Rhein, als im sächsischen Herzogthum, von Rechtswegen dem Erzbischof gehörten, und Keiner ohne dessen Wissen und Prüfung solche haben könne. Wenn aber früher der Erzbischof die Freigrafen nur dem Kaiser zur Belehnung mit dem Bann hatte präsentiren<sup>32)</sup> dürfen, so sehen wir aus einer Reihe von Urkunden, daß der Kaiser oft nach geschehener Präsentation den Erzbischof mit der Investitur beauftragte. Dennoch waren durch die Entfernung und aus Unwissenheit manche Mißgriffe geschehen, und untaugliche Subjecte angestellt worden. Kaiser Karl IV. verlieh daher dem Erzbischof von Eöln die Macht, alle untaugliche Freigrafen abzusetzen, und andere zu bestellen<sup>33)</sup>. Kaiser Wenzel gab endlich auch dem Erzbischof die Befugniß, selbst mit dem Bann zu belehnen, und verschärzte dadurch ein bedeutendes Kaiserliches Recht<sup>34)</sup>. Dies kann aber so wenig, wie eine sonstige gewalt-

suo dominio constituere debeat Frygraviatus sedes et Comites predictos habere. Vergl. Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 299.

32) In einer handschriftlichen Urkunde v. 1373 erkennt Karl IV. aus kaiserlicher Macht, und nach dem Rath der Reichsstände, daß Keiner in den Grenzen des Herz. Engern und Westphalen ohne Wissen und Willen des Erzb. v. Eöln eine Freigravschaft haben, noch ein Freigraf dazu angenommen werden könne oder solle, und daß jeder Freigraf, wenn er vom Erzb. geprüft und tauglich gefunden worden, mit des Erzb. Briefe und Zeugniß zur Belehnung und Investitur zum Kaiser geschickt werde.

33) Urk. v. 1359. Anh. Krö. XII.

34) In der Urk. v. 1382. heißt es: Concedimus — et indulgemus, quatenus dum quando et quoties opus fuerit, locus aut facultas ad hoc obtulerit, aliquem seu aliquos comites liberos dictos Frygraven, dictis sedibus liberis et judiciis proficiendi et instituendi, ipsos postquam per te, prout ex aliis privilegiis imperialibus tibi et ecclesie tue indultum est, examinati et ad hoc idonei reperti fuerint, auctoritate regia recipias et admittas, infundes, et investias omni iure, privilegiis et solempnitatibus, quibus per nostram regiam Maj. hoc fuerit faciendum, nostroque et S. R. I. et regni Romanorum nomine iuramenta et fidelitates ab eisdem recipias debitas et consuetas etc. Vergl. Kopp, a. a. O. S. 306.

same Ausdehnung der herzoglichen Amts-Befugnisse, allein Anlaß gegeben haben, die Aufsicht über alle Freistühle auszudehnen; die Geschichte würde uns sonst wenigstens Versuche des Widerstandes aufbewahrt haben <sup>35</sup>). Vielmehr denken wir uns den Gang der Entwicklung folgendermaßen:

Offenbar erlangte der Erzbischof von Köln durch die förmliche Verleihung eines Herzogthums größeres Ansehen und Gewicht, als die übrigen Fürsten, die aus dem zertrümmerten großen Herzogthum nur einzelne Rechte und Befugnisse ihrer Fürstenwürde einverleibt hatten, und schon der Titel, Herzog von Westphalen und Engern, mochte einem größeren Einfluß günstig sein, wenn gleich die Grenzen des Herzogthums genau, und zwar weit enger, abgesteckt schienen <sup>36</sup>). Die Freigravschafften, nie und zu keiner Zeit als besondere kaiserliche Gerichte instituiert, sondern als alte kaiserliche Landgerichte übrig geblieben, hatten die Territorial-Hoheit nur als Stuhlhererschaft anerkannt, und sie blieben unter der Aufsicht des herzoglichen Amtes dem Kaiser unmittelbar unterworfen <sup>37</sup>). Das Herzogthum Kölns aber, gerade weil es seine Amtsbefugnisse auch vermöge der Verleihung außer den Grenzen seines Territoriums ausüben konn-

35) Eben im Jahr 1382 ernennt noch R. Wenzel, auf Ansuchen des Herzogs von Berge und des Bischofs von Osnabrück, einen Freigraf: *potitio . . . quatenus prefatum S. in Vrygraviu libero sedis Müddendorp districtus et Domini Osnabrugensis facere dignamur graciosius constituere et creare.* Ein dl. Beitr. III. 2. Rro. 176.

36) Vielleicht lag Titel, Streben und Erfolg einer größeren Ausdehnung schon in eines früheren auf den Unterschied der Provinzen gegründeten Theilung des Herzogthums, die wir oben vermutheten. Deshalb schweigt die Geschichte vielleicht davon, weil sie früh, stillschweigend und ohne Widerspruch sich bildete. — Der Landfriede von 1298 wurde zwischen dem Erz. von Köln, dem Bischof von Münster, dem Grafen von Mark und den Städten Münster, Soest und Dortmund geschlossen. Die Grenze wird aber doch nur bestimmt: *infra terminos Ducatus Westphalie et Dyoceseos ac Domini Monastoniensis.* Haeblerlin, Anal. p. 259.

37) Der Fortschritt der Territorial-Hoheit brachte es freilich mit sich, daß das Verhältniß des Herzogs zu den Freigerichten sich änderte. So wurden die Landesherren nun selbst damit belehnt, und das herzogliche Recht verwandelte sich in eine Obergerichtsbarkeit. *Ipsum de Comitatu Marchie cum archibus, civitatibus, ditionibus, subditis, oculatis judiciis, . . . investivimus.* Kais. Beleh. Urk. v. 1431. Stein, Westph. Gesch. I. S. 513.

te, und diese Befugnisse zu erhalten und zu erweitern strebte, war wohl Grund, Quelle und Rückhalt für die Fortdauer aller Freigerichte in Westphalen. Wenn es somit allgemein herkömmlich blieb, die Freiherren vom Kaiser belehnen zu lassen, so mochte es das höhere Ansehen des Herzogs und größere Bequemlichkeit nach und nach bewirken, daß man in ihm die Mittelperson suchte, durch welche man von dem entfernten Kaiser den Bann empfing. Hierdurch wurde nun die Sache erst zweifelhaft, wie wir deutlich aus der oben allegirten Urkunde Karls IV. sahen. Bei dieser Ungewißheit war es am leichtesten und sichersten, für den Erzbischof, der nun einmal im hergebrachten Ansehen war, zu entscheiden, und wie daher dieser selbst das Recht erwartete, mit dem Bann zu belehnen, war der Uebergang gleich vollendet, man suchte nun überall bei ihm die Belehnung, und die Sache erregte weiter kein Aufsehen<sup>39)</sup>. Da aber das herzogliche Amt in allen andern Beziehungen allmählich erloschen war, und hier nur rücksichtlich der kaiserlichen Freigerichte fortbauerte, bei denen man den Herzog als Stellvertreter des Kaisers betrachtete<sup>40)</sup>, so bildete sich leicht der Uebergang vom Herzogthum zur Statthaltertschaft, und der Erzbischof erhielt nun den Titel Statthalter und Verweser der Freigerichte<sup>41)</sup>.

39) Ob die Ordensverbindung der Freischöffen, von welcher in der Folge die Rede sein wird, bloß anerkannte, oder mit veranlaßte, bleibt unentschieden.

39) „Angesehen dat uwer Kays. Gnade by heimliche freien Gerichte, by freien Stuhl und Fregreuen bevolen habet dem Herzogen zu Westfalen, unsern lieben gnebigen Herren, dem wir in uwer Kays. Gn. Stat und Namen gehorsam müssen wesen.“ Schr. v. 1454 Müller, Reichstagsregister Fried. III. S. 503. „Darumb so empfehlen wir Deiner Lieb ernstlich und vestiglich gepietende, daß du auch von unser und des Reichs wegen, und als Herzog in Westfalen mit den vorgen. Freygrafen schaffest und bestellest, daß sie sollichen vorgen. unsern Gebotten und Gescheften in den Sachen gehorsam seyn und genug thun.“ Schr. an Erzb. Dietrich v. 1454 bei Müller, a. a. O. S. 505. — Darna fragebe de Procurator durch synen vorspreken anet eyns rechten Ordele under Koninghs banne, na dem unses Heren Gnade sy eyn statholder des hiligen Richs und eme de hemelichen recht bevolen sun to rechtferigen ind to hanthaven u. s. w. Ungebr. Urk. v. 1454.

40) Urk. v. 1490 bei Kindl. Beitr. III. 2. No. 211. In der Reform. von 1522 sagt der Erzb. „daß wir als ein Herzog zu Westphalen solcher Gerichte oberster Statthalter und des löblich pri-



so wie auch in den Territorien schon die Stellvertreter der Landesherren diese Namen geführt hatten <sup>41)</sup>).

Werfen wir noch einen Blick auf das Herzogthum des Erzbischofs von Cöln, so ist nicht zu läugnen, daß dasselbe eine eigene Geschichte verdiente, indem die vielen und mancherlei Bestrebungen Cölns in unausgesetzter Thätigkeit Jahrhunderte füllten. Das Festhalten an der alten Amtswürde erhielt schon dem Erzb. eine gewisse Superiorität gegen die Fürsten, welche selbst das Ducat in ihren Territorien zu besitzen glaubten, und er wurde, im Verhältniß zu ihnen, *summus Dux* genannt <sup>42)</sup>. Bei dem Fortschreiten der Landeshoheit strebte natürlich Cöln nach Landerwerb, und suchte nach Kräften sein Territorium zu consolidiren. Es verwickelte sich dadurch in vielfältige Schulden und Verbindlichkeiten, wie der Ankauf von Arnberg beweist; mehr, aber noch in verdrüssliche Händel, Collisionen und Kriege, denen es nach Kräften durch eine Reihe von Bündnissen zuvorzukommen suchte <sup>43)</sup>. Mit den Rittersn suchte es hauptsächlich

vilegirt sein.“ — In einer Präsentations-Url. des Grafen von Rittberg v. J. 1510 heißt der Erzb. von Cöln: „Kurf. des heiligen römischen Reiches, Erbkämmerer in Italien, Stadthalter, Wormser, Pfanzaver, Beschermer und Vießheber der freyen und heymlichen Gerichte de Bryggenen Stole, Hertoge in B. und E. u. s. w. Kindl. Beitr. III. 2. Kro. 219.

41) Auch der Erzbischof von Cöln committirte wieder einen Statthalter. Url. v. 1490 Kindl. M. B. III. 2. Kro. 211.

42) Kaiser Ludwig ertheilte im J. 1338 dem Graf von Arnberg die Reichslehne: *videlicet advocatiam in susato; tres Gogravias, que vulgo Gogericht dicuntur . . omnes Comotias que Frigrafenschaft vulg. nuncupantur; monetam suam Ducatum infra terminos domini sui, silvam . . Pedagium vel Theloneum in Neyheim; nec non jus primam pugnam habendi, quando Regem vel Imperatorem Romanorum vel Summum Ducem Westphalie infra terminos Rendi et Wyssers pugnare vel ballare continget, que vulgo dicitur Forstreit*. Kindl. M. B. II. Kro. 56. In der Verkaufsurkunde über Arnberg von 1368 sagt der Graf: *ecclesia Colonienensis, infra cuius terrarum et potencie circumferentias et limites, utpote centrum in circulo idem noster comitatus situatur, und ferner: Comitatum nostrum Arnab. infra limites sive terminos ducatus Angarie sive Westphalie, qui Ducatus ad dictam ecclesiam Col. pertinet, situatum.* — Das Territorium Westphalie wird wohl unterschieden. „In aliquo Territorio nostro Westphalie.“ Url. v. 1371. Haebelin, Anal. p. 317.

43) Vorüber wir mehrere handschriftliche Url. besitzen. Fast immer

Verbindungen, und da die alte Amtsbefugniß über alle Burgen und Befestigungen innerhalb des Herzogthums sich nicht mehr ausführen ließ, so suchte es theils Lehnsherr zu werden, theils das Oeffnungsrecht zu erlangen, wie wir dies mit einer großen Reihe von Urkunden belegen könnten. Wie der Erzb. in der Aufsicht über die höchste Gerichtbarkeit seine alten Rechte zu erhalten und zu befestigen strebte, spricht sich überall aus, und er verfehlte nicht, auch da kräftigst einzuwirken, als die Freigerichte ihren Standpunkt ganz veränderten, und die Ordensverbindung sie vom Einfluß des Herzogs leicht hätte trennen können. Unablässig suchte er die Anerkennung der Abhängigkeit der Freigerichte vom Herzogthum, die die Kaiser ihm gewährten<sup>44)</sup>, und durch so manche glänzende Aufträge noch befestigten<sup>45)</sup>.

---

spricht sich eine Beziehung auf das Herzogthum darin aus. Im J. 1247 schlossen. Eöln und Osnabrück ein Bündniß, und letzteres versprach: *contra quemlibet ipsi et eccl. Col. volentem injuriari perpetuo astabimus et serviemus in nostris expensis inter Ronum et Wiseram.* Durch eine Urk. v. 1261 verheißt der Bischof von Paderborn dem Erzbischof auf lebenslang alle Freundschaft, Hülfe und Beistand wider alle Feinde. Ein anderes gegenseitiges Bündniß ist von 1266. Im Jahre 1277 schließt der Erzbischof einen Schutzvertrag mit dem Abt von Corvey gegen Hessen und Waldeck, *et contra alios injuriatores inter Wiseram atque Ronum.* In demselben Jahre gelobt der Bischof von Osnabrück dem Erzb. Hülfe und Schutz gegen die Grafen von Jülich, Mark, Arnsberg &c. Auch die Stadt Paderborn versprach durch eine besondere Urkunde von 1275 dem Erzb. Beistand. — Durch einen Vertrag von 1278 verspricht Everhard, Graf von der Mark, die dem Erzb. zugefügten Unbilden wieder gut zu machen, die Befestigungen von Soyn, Ramen und Sudenscheit wieder niederzulegen und die Gräben auszufüllen, *nisi de domini nostri Arch. gratia ulterius remanserint et voluntate.*

44) In einer kaiserlichen Urk. von 1355 heißt es: *Proposuit nobis insuper Archiepiscopus memoratus; quod licet Ducatus Angarie et Westphalie ex donatione imperiali ad Ecclesiam Colon. pertinuerint, et pertineant ab antiquo, et ratione Ducalis dignitatis omnes comitis libero ejusdem Ducatus sive jurisdictiones, que vulgariter Freigrafenschaft vel Stillgerichte appellantur, ad ipsum archiepiscopum eoque predecessores et ad Ecclesiam Colon. pertinuerint et pertinere noscantur etc.*

45) Im Jahr 1434 appellirte, nach einer handschriftl. Urk. Heinrich, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog in Baiern, von einem Freigerichtsurtheil an den Kaiser, als an den obersten Richter aller weltlicher Gerichte; derselbe committirt den Erzb. von Eöln, weil er jetzt mit andern des heiligen Concilium zu Basel, auch unser und des Reiches sachen mercklichen beladen, und überträgt ihm, die Sache an

Das Uebergewicht der gerichtlichen Gewalt der Freistühle mochte aber den Erzbischof mehr und mehr besorgt machen. Gewiß geschah es nur durch seinen eigenen Einfluß, daß durch kaiserliche Privilegien der Unabhängigkeit des Bundes entgegen gearbeitet wurde. So der Befehl an alle Freigrafen, dem Erzbischof zu gehorchen <sup>46)</sup>. So das Recht, Verurtheilte vom Bann zu befreien, und in ihre Rechte wieder einzusetzen, welches doch so wenig in Kraft gesetzt werden konnte, als irgend wirklich von Folgen war <sup>47)</sup>. Zu läugnen ist aber nicht, daß in dem anarchischen und verwilderten Zustande Westphalens das Erzstift Köln, bei manchen Anmaßungen, doch auch kräftig und heilsam für Friede und Ordnung gewirkt, und sich mannichfach um das Gute bemüht hat <sup>48)</sup>.

Die Fortdauer der Unmittelbarkeit der Freigerichte durch Vermittlung des Herzogthums war zwar für dieselben sehr wichtig, aber dennoch würden sie hierdurch allein nicht erhalten worden seyn, wenn nicht ihre Verfassung eine weit tiefere Wurzel geschlagen gehabt hätte. Indem sich aber die Begriffe verwirrten, der Ursprung erloschen war, und man die Freigerichte für besondere, auf Privilegien gegründete Institute hielt, fing man auch an, den Zusammenhang der Oberaufsicht mit dem Herzogthum zu vergessen, wiewohl nicht der Begriff des Amtsverhältnisses erlosch. Beides bestätigt sich dadurch, daß Friedrich III. dem Graf von Sayn, Gerhard II. die Statthalterschaft im J. 1467 verlieh <sup>49)</sup>, wozu wahrscheinlich der Streit des damaligen

---

einen Freistuhl des heimlichen Gerichts, den er benennen solle, und in seinem Namen bekleiden möge, zu richten.

46) Handschriftl. Urk. von 1440 aus dem Original entnommen: Daß heymlich Gerichte, daß das by synen ersten Hertkomen blyven moge, Als Ir dann von syner liebe wol vernemen werdent, heißen und Gebieten wir uch darumb ernstlich und vestiglich mit diesem Briewe von Römischer Koniglicher Michte, daß Ir alle und uwer jeglicher besunder den egenanten unserm Neven von Kölne gehoirsam und gewolgig seyn wollent, auf bißmail zu allem dem, daß er uch von der Ergenstule und des heimlichen Gerichts wegen heißen und empfehlen wirdet, darinne Ime als uns selbst gehoirsam zu seyn.

47) Urk. v. 1353. Anh. Kro. XI.

48) Einen Beleg giebt die Urk. v. 1452 Anh. Kro. XX.

49) In der Urkunde, welche wir handschriftlich besitzen, heißt es: dar

Erzbischofs mit dem Kapitel, und seines Bruders, des Pfalzgrafen Friedrich, mit dem Kaiser Veranlassung war<sup>50)</sup>. Im Jahr 1470 nennt sich jedoch der Erzbischof schon wieder Aufseher und Verweser der freien heimlichen Gerichte. Kaiser und Reich wußten selbst nicht mehr, was es für Bewandniß mit solchen Stücken aus alter Verfassung hatte. Sie hielten sich bloß an alte Formen und Urkunden, die oft in die Zeit nicht mehr paßten, und ihnen unverständlich waren<sup>51)</sup>. Daher so manche Mißgriffe. Kaiser Friedrich hatte sogar einem Edelmann, Bitter von Raesfeld, das Recht verliehen, Freigrafen der heimlichen Westphälischen Gerichte zu machen. Auf Ansuchen des Erzbischofs von Köln wurde aber diese Verleihung widerrufen<sup>52)</sup>.

Die Rechte der Statthalterschaft begriffen, wie wir oben sahen, das Befugniß, die Freigrafen zu präsentiren,

umb entphellen Wyr by van Romeßcher Keyserlicher macht, geben dir och hir myt volle gewalt myt dessen breue ernstlichen gebeydenbe, daß du an unser stat van uns und des hilligen richs wegen, und als unser und des hilligen richs statholder bist off unser feter geschefft und wideroffen dar vp sehest und schaffest, ordenest bestellest und vpsen haben best, die gemelten heymelichen westvelische gericht In Iren ordnungen und gesagen wesen gehalten, und nymand daran beswert oder overgriffen werden und off ymant des selven gerichtes beswert ader und mer ander vnbillich wech darmyt gehandelt und du deshalb angelangt wurdest, asban na dinen und herkomen desselven gericht up eynen Cappit. dach angewontlich und zemtlich stede settest, und alle und Illiche Stulhern und vrygreven und scheffen, so sich dar tho so erworderen gebueren, erworderst, und ob eynlicher parthie so sachen halp desselven heymelichen gericht betienent, und sich daran to recht verbigen geborten dar zu zuvorkunden noitturftig syn worde, den auch vorkundest und asban die selve sachen und parthie nach ordnung und sattzonge desselven Gerichtes engelich und natich noitorft varhorest. — Eine andere Urkunde von 1468 enthält einen Bericht des Grafen von Saine an alle Stuhlherren und Freigrafen, daß er zum Statthalter sei ernannt worden, er ermahnt sie zugleich, die Gerichte aufrecht zu halten, zum Capitel zu folgen &c.

50) Eine gleiche Abnahme des Amtes lag vielleicht schon darin, als i. J. 1314 K. Ludwig der Baier den Graf Dietrich von Cleve zum Stellvertreter zwischen Weser und Rhein ernannt hatte. — Landgraf Hermann von Hessen wurde als Administrator des Erzstifts mit der Statthalterschaft durch eine besondere Urkunde vom Kaiser beauftragt. Anh. Kro. XXII.

51) Dies belegen die im Anh. mitgetheilten Urkunden Kro. XVI. und XXI.

52) Handschr. Urk. v. 1488.

und dann selbst mit dem Blutbann zu belehnen<sup>53)</sup>, zugleich auch das von Karl IV. ertheilte Recht, die Freigrafen, welche ihre Schuldigkeit nicht thaten, zu entsetzen, somit also auch die Befugniß, alle Rechte des Kaisers, als obersten Richters, an dessen Stelle auszuüben. Der Erzbischof konnte an jedem Freistuhl erscheinen, und selbst den Vorsitz führen<sup>54)</sup>; er übte die Aufsicht, ernannte Freischöffen, und präsidirte in der Versammlung der Freigrafen, Stuhlherren und Schöffen, wo die Beschwerden untersucht, Reformationen und Weisthümer gegeben, und in Appellations-Sachen Erkenntnisse gesprochen wurden.

IV.) Im dreizehnten Jahrhundert waren die Freigerichte noch Landgerichte, die ihren bestimmten Gerichtsbezirk hatten, innerhalb dessen Grenzen sie die hohe Gerichtsbarkeit ausübten. Sie waren auf gewisse Personen und Güter der Freigravität angewiesen, die von den landesherrlichen Gerichten erimirt geblieben waren, und standen daher begreiflich in einem subordinirten Verhältniß gegen ein höheres kaiserliches Gericht, das wir in andern Provinzen, als Hofgericht, kennen lernten. Dieses war aus dem Placitum des Herzogs entstanden, und so wie überall der Herzog der höhere stellvertretende Richter wurde, so war es auch in Sachsen und Westphalen der Fall. Dieses höhere Richteramt ging nun auf den Erzbischof von Cöln, inner-

53) Der Erzb. Friedrich „*Dux Westphalie et Angarie*“ ernennt 1385 *comitem liberum seu vrygravium sedium nostrarum in Medebeka et Tuschemo, auctoritate serenissimi Principis et domini nostri D. Wenzelai D. G. R. R. nobis per suas patentes litteras indulta, deo super constituimus et presentibus ordinamus.* R in d. I. Beitr. III. 2. No. 179. — Nach einer andern früheren Urk. v. 1376, welche handschriftlich vor uns liegt, investirt der Erzb. den Egbert von Düren mit dem Freigravenamt des Herrmann von Werfeld, durch Ueberreichung des Schwerdts und Stricks, nachdem er den Eid geleistet, dem Kaiser und dem Reich zu gehorsamen, keine Freischöffen zu machen, als die von guter Geburt und bequem sind, auch dem Reiche, dem Kaiser und ihm die Treue geschworen hätten, und sein Amt recht und gesetzmäßig zu verrichten.

54) Im J. 1434 besaß der Kurf. von Cöln selbst den Freistuhl zu Soest, und es wurde ein, die Verfemung aussprechendes Urtheil, von welchem appellirt war, reformirt, und für ein Ungericht erkannt, weil der Beklagte sich zu Ehre und Recht erbothen, die Ladung nicht gehörig geschehen war u. s. w. S. Urk. in Mallinkrodt, Neues Magaz. I. 4. S. 345.

halb des ihm angewiesenen Herzogthums, über, welches wir deutlich entnehmen, wenn wir sehen, daß noch spät bei völliger Umformung der Freigerichte an ihn unmittelbar appellirt werden konnte. Die übrigen nicht zum Herzogthum gehörigen Provinzen Westphalens hatten, nach Zersplitterung des großen Herzogthums, wahrscheinlich ihr Obergericht zu Dortmund.

Die Rechte, Privilegien und Vorzüge dieser alten Stadt reichten sich in der Erinnerung bis an Karl den Großen, und wir haben bereits oben angedeutet, wie diese Sage auf historischem Boden ruht. Von Alters her war es ein berühmter Ort, durch Treue an den Kaiser ausgezeichnet, oft der Sitz der kaiserlichen Hofhaltung und der Versammlungsort der Fürsten Westphalens. Unter diesen Verhältnissen scheint es auch immer der Sitz eines unmittelbaren kaiserlichen Gerichts gewesen zu sein, welches sich den höchsten Ruhm und großes Gewicht verschaffte. Wir erkennen dies schon aus dem alten Dortmunder Recht, wornach man aus ganz Deutschland an diesen Gerichtshof appelliren konnte<sup>55)</sup>. In Westphalen sehen wir auch Spuren genug, daß man dahin, als zum höchsten kaiserlichen Gericht, appellirte<sup>56)</sup>, und Alles dies bestätigt sich durch die Folge, wie bei Ausbildung der Freigerichtsverfassung die Stadt die Freigrafenschaft erwarb, das Freigericht nun in der Stadt gehegt, und der Freistuhl auf das Markt am Rathhaus verlegt wurde. Es war schon etwas ganz singuläres, daß hier der alte Karolingische Graf, ohne Territorialherr zu werden, und ohne auch in ein subordinirtes Verhältniß zur Territorialherrschaft zu treten, als unmittelbarer kaiserlicher Richter bestehen blieb. Noch wichtiger ist es aber, daß der Freistuhl, als der erste und höchste Westphalens, gilt, daß er den Namen kaiserliche Kammer führt<sup>57)</sup>, und wegen seines Ruhms Spiegel genannt wird;

55) „Omnes sententie de quibus dubitatur requirende sunt apud nos de omnibus civitatibus teutonicis que sunt in Romano imperio ex ista parte alpium, in hunc modum.“ Corp. Gesch. I. 2. S. 216.

56) Die Statuten der Stadt Hörter von 1403 kennen keine andere Appellation, als nach Dortmund.

57) Ich Heinrich von Bymelhausen Freigraf der kais. Kammer und der Freistühle der Freigrafenschaft zu Dortmund u. s. w. Er besaß, als

daß hier Kaiser selbst präsidiren, und der Freigraf, welcher bei der Krönung zu Aachen erscheint, Erbgraf genannt wird. So wie die Westphälischen Gerichte überhaupt die mächtigsten waren, und durch ihren Ruhm, so wie durch die strenge Handhabung des Rechts ihre Gewalt befestigten, so war Dortmund der Hauptsitz des Rechts, und sein Freigraf gewissermaßen der Großrichter des Reichs, der dem Kaiser den Eid abnahm<sup>58)</sup>.

Wie Köln die allgemeine Statthalterschaft ausübte, sehen wir, daß die Würde und das Ansehn des Freistuhls zu Dortmund zum Theil auf den Freistuhl zu Arnberg übergeht<sup>59)</sup>, und der Erzbischof präsidirt an beiden Orten dem höchsten, durch Versammlung der Freigrafen und Freischöffen gebildeten Gerichtshof. Zwei singuläre Erscheinungen zeigen sich aber hierbei im Laufe der geänderten Verfassung:

1.) Das höchste Gericht wird in Kapitelform durch General-Versammlung der Stuhlherren, Freigrafen und Freischöffen gehegt, und es spricht sich darin ein Herkommen aus uralter Zeit, und ein Hauptgrundstein der Sage der Abstammung von Karls des Großen Verfassung aus. Nicht nur die Sitte der Freien, in größerer Versammlung zu erscheinen, redet dafür, sondern auch die Befugniß dieser Versammlung, indem hier nicht nur Erkenntnisse in Appellationsfachen gesprochen<sup>60)</sup>, sondern auch die Gerichte visitirt, Freigrafen und Freischöffen geprüft und abgesetzt, und Statuten und Reformationen gemacht

König Siegmund wissend gemacht wurde, den Stuhl, der Spiegel genant. *Sonkenb. Corp. J. G. p. 120.* — „Zu Dortmunde in unsers Herren des romischen Königs Kammer, die man heisset den Spiegel.“ *Weisthum bei Hahn, Coll. monum. vor. II.*

58) In den Dortm. Gewohnh. bei *Sonkenb.* l. c. I. S. 95 heist es: das in ains Keyser's Hergen beslossen sein söllent alle recht, umb das er ist ain gerhab des weltlichen Swertes und ain verweser und mehrer des rechten und des hailigen Reichs und ain beschirmer Wittwen und waisen, mit mereren wortten als dann ainem jeblichem Römischen Kunig durch den Erbgrafen us Westphalen zu Auche in den aid gegeben wirt.

59) Dessen Freigraf sich oberster Freigraf nennt. *Urk. bei Lindl. Beitr. III. 2. No. 235.*

60) „Die Urtheil geschulten, und berufen ober appellirt vor Sr. Churf. Gnaden Cammer . . , Beide Partheien auf heutigen Tag durch Sr.

wurden; Befugnisse, die nach der neuen Verfassung nur von der regierenden und gesetzgebenden Gewalt ausgehen konnten, und hier in den Händen der Volksversammlung, unter dem Vorsitz eines kaiserlichen Beamten, geblieben waren. — Die Freigrafen waren durch ihren Eid gebunden, im General-Kapitel, welches in der Regel alljährlich ausgeschrieben wurde, zu erscheinen, und auch hier ist die Abstammung aus alter Verfassung nicht zu verkennen. — Wir brauchen nicht anzunehmen, daß der Schöffenbund das General-Kapitel veranlaßte; er konnte aber sehr leicht durch dasselbe entstehen, und mußte dann auch auf die Formen desselben bedeutend einwirken. — Es war natürlich, daß das Ansehn und die Gewalt, die diese General-Versammlung den Erzbischöfen von Köln gab, beim Fortschreiten der landeshoheitlichen Rechte von den übrigen Fürsten und Bischöfen ungern gesehen und übel empfunden wurde, und wir sehen daher namentlich Schritte von Seiten Münsters, seine Freigrafen in einem besondern Kapitel innerhalb des Territorium zu versammeln, als letzten Versuch, so wie das alte Herzogthum, so auch das letzte Ueberbleibsel desselben, nämlich die Statthalterschaft über die Freistühle, welche daraus erwachsen war, aufzuheben, und mit der Landeshoheit zu verbinden <sup>61)</sup>.

---

Churf. Gnaben Befehl einen gerichtlichen Pflichttag vor dies gemeine Capitulsgerichte gelegt. Handschr. Urk. von 1524.

- 61) Nach einer handschriftlichen Urk. v. 1483 verbietet Kaiser Friedrich dem Bischof zu Münster, den Erzb. v. Köln in seinen Kapiteltagen zu Arnberg nicht zu verhindern, und keine Capiteltage im Stift Münster zu halten: „und se bis her also über Menschen Bedechtnuß in berübigter possesübung und Gebrauch gewesen weren, so sollet ir doch darüber aus ewer selbs Fürnehmen und keiner Gerechtigkeit in daran unbillicher Weise zu verhindern und zu zeren, und über solich etlich freystül und Freygreifen, so sich unns kaiserlich Statthalter der heimlichen gericht schreiben und nennen, zu setzen und darzu ander Freygreifen und Partheyen für an die freyen Stül in dem Stift Münster gelegen, zu Capittel zu beschreiben und zu laden verstehen.“ Eine andere vor uns liegende Urkunde vom J. 1484 enthält eine subdelegirte kaiserliche Commission des Erzb. von Trier auf Hermann Boes v. Walbeck, in Sachen des Erzb. v. Köln gegen Lambert Selter und Bernharc Polle im Münsterlande geseßen, welche letztere auf einen Kapiteltag nach Arnberg verschrieben, aber nicht nur nicht erschienen, sondern noch dazu andere Freigrafen aus dem West Riedlinghausen auf einen Kapiteltag ins Stift Münster verschrieben, und sich kaiserliche Statthalter genannt hatten.



Kaiserliche Urkunden gaben den Erzbischöfen ausdrücklich die Macht, alle Freigrafen zu ihrem Kapitel zu berufen <sup>62)</sup>.

2.) Wiewohl das Verhältniß der Freigerichte zum Kapitel dasselbe war, wie anderwärts das der kaiserlichen Land- und Hofgerichte zum höchsten Hof- und Kammergericht, so sehen wir doch die Freigerichte selbst in Hinsicht der Competenz, Gewalt und Würde, sich den kaiserlichen höchsten Gerichten gleich stellen, immer mehr erheben, und allgemeine Gerichtsbarkeit üben, dergestalt, als ob das General-Kapitel der höchste Gerichtshof des Reichs, das Plenum, und jede Freigrafenschaft und jeder Freisuhl nur eine Deputation gewesen wäre, welche an dessen Stelle mit gleicher Gewalt richtete. Dabei blieb aber die Appellations-Instanz des Plenum, und man ließ auch wohl zu größerer Befestigung des vom Freigrafen ausgesprochenen Urtheils dasselbe von der General-Versammlung bestätigen <sup>63)</sup>. Wie dies Alles entstand, kann erst die Folge erklären und rechtfertigen.

V.) Das Verhältniß des Kaisers zum höchsten Gerichtshof Westphalens, nämlich dem General-Kapitel, war eben so wie zu den übrigen höchsten Gerichtshöfen des Reichs. Es wur-

62) Urk. Kaiser Sigismunds v. 1422. (aus einer Arnsh. Handschrift des 17. Jahrhunderts) giebt dem Erzb. von Köln volle Gewalt und Macht, „daß er alle und jegliche Freigrafen in Westphalen gelegen, alle Jahr zu einem male uff einen genannten Tag und Statt, die er ihnen legen und verkünden würde, zusammen heißen soll und mag bei solchen anhen, die sie uns, dem heiligen Reiche und dem Rechte gethan haben, und befehlen auch darum allen Freigrafen, und einem jeglichen besunder die nun sind, oder hernach in künftigen Zeiten werden, by den vorgehen anhen, daß sie komen, wenn sie von dem obigen Erzbischofe geheissen werden, daß er da prüfen orden und schicken möge, wie die Gerichte gehalten seyn, und daß sie Gott zu Ebe und dem heiligen Reiche zu Ehren rechtfertig und billig gehalten werden“ u. s. w.

63) Eine solche Bestät. geschieht z. B. in einer Urk. v. 1470, welche den Stolz und die Gewalt des höchsten Gerichtshofes in den Worten ausdrückt: Pirumb gesynnen und gebieden ich Conrait von Rusoppe Fr. von kaiserlicher magt und gewalt myns amps an uch und nder tanen semp tlichen und eyne ighen besondern u. s. w. Senzenberg v. d. kais. G. Kro. 41. — Wenn daher die vom Kaiser Sigismund bestätigte Reform. de 1439 keine Appellation zuläßt, die weil die heimliche Aht das höchste Gericht ist, so ist dabei wohl auch mit das Ganze, und nicht jeder einzelne Freisuhl ins Auge gefaßt worden.

de so angesehen, als ob er selbst demselben präsidirte, und sein Statthalter nur Namens seiner die Stelle vertrat. Wenn daher an das Kapitel appellirt war, fand an den Kaiser keine Berufung weiter Statt; denn es war so anzusehen, als ob er selbst erkannt hätte <sup>64</sup>). Wie wir aber außerhalb Westphalen das Streben sahen, sich immer wieder vom höchsten Gericht an den Kaiser unmittelbar, als obersten Richter, zu wenden, und so eine neue Instanz zu bilden, so mochte dies auch hier versucht worden sein, und daher ist es zu erklären, daß die Berufungen unmittelbar sowohl an den Statthalter, als an den Kaiser selbst gingen <sup>65</sup>), doch nicht als Instanzen, sondern nur concurrirend. Der Kaiser nannte sich selbst obersten Richter des heimlichen Gerichts. Er und sein Statthalter konnten aber nur auf Westphälischer Erde mit Freischöffen zu Gericht sitzen. Der Kaiser pflegte bei der Berufung an ihn gewöhnlich Commission auf ein anderes Gericht, namentlich Dortmund, oder auf den Erzb. von Köln zu ertheilen <sup>66</sup>).

Der Kaiser war auch der einzelnen Freistühle oberster Herr und Richter <sup>67</sup>), und wenn gleich die Stuhlherrschaft eine be-

64) „den Frienskoel to Schildebe in kaiserlicher Aht sunden Ribbel in stat des Romesschen Keyfers beseten unde beclebet.“ Urk. v. 1469. Berk, Gesch. der Femgerichte S. 517. — Daher wurde auch ursprünglich keine Appell. gestattet: „dann in das Cappittel der haimlichen beslossen acht der kaiserlichen Cammer.“ — Arnsh. Ref. bei Senkenb. I. J. G. I. pag. 106.

65) Dies erkennt die Arnsh. Reform. (bei Senkenb. I. c.) an, wenn sie sagt: „man mag es auch wol tun fur den Romischen Kunig oder Keyser wenn sy wissende seint, oder fur den statthalter.“

66) So war Kaspar der Toringen beim Freistuhl zu Walbeck aufgetreten, gegen Pfalzgraf Heinrich, der ihm sein Erbe genommen, „der auch zu dem Gericht komen was, sich gen Casper Toringen sin leib und höchste Ere zu verantworten.“ Der Toringen appellirte an Kaiser Sigismund, „im wer Unrecht gescheen von dem Frygreven, under wer vast verkürzt, und rufft uns an, als einen R. Kunig und obersten Richter des heimlichen Gerichts.“ Der Kaiser beauftragte den Erzb. mit der Sache. Urk. v. 1426. Kindl. (Beitr. II. Nr. 198.) Ein kais. Urtheil von 1447, wodurch das Urtheil eines Freigrafen aufgehoben wird, steht bei Harpprecht, Staatsarchiv, I. Nr. 25.

67) Der Kaiser sei der oberste Herr und Richter, und jeder Freigraf müsse von ihm belehnt sein, antworteten die Freigrafen auf die von Kaiser Ruprecht ihnen vorgelegten Fragen. Urk. v. 1405. Senkenb. C. J. G. I. p. 69.

sondere Gewalt verlieh, so wurde doch der Gerichtsbann unmittelbar vom Kaiser gegeben <sup>68)</sup>, und zwar als Amt, das die Form einer Belehnung angenommen hatte. Der Stuhlherr präsentirte den Freigraf, und der Kaiser belieh ihn mit dem Bann, und empfing den Eid des Gehorsams. Nachher wurde dem Erzbischof von Köln, als Statthalter, das Recht verliehen, Belehnung zu ertheilen <sup>69)</sup>, welches auch wohl der alte Herzog schon ausgeübt hatte; doch mochte den Stuhlherren die Wahl bleiben, weil man fortfuhr, hie und da die Freigrafen unmittelbar vom Kaiser belehnen zu lassen <sup>70)</sup>.

Der Kaiser konnte selbst unmittelbar alle Rechte ausüben, die sonst sein Statthalter für ihn handhabte. Ihm gebührte die oberste Aufsicht, und er konnte Visitationen halten, und Reformationen anordnen. Er konnte Freischöffen auf Westphälischer Erde ernennen, und eben so Freigrafen um redlicher Schuld Willen durch Urtheil und Recht entsetzen. Er konnte selbst erkennen, und Sachen von den Freistühlen abfordern, wenn sich der Angeklagte bei ihm zu Ehren und Recht erboth <sup>71)</sup>.

68) Daher soll nach der Dsnab. F. S. Ordn. das Gericht nicht bloß in des Kaisers, sondern auch in des Stuhlherren Namen geübt werden, „synt dem male er den Bann von dem Keyser unde be gewolt von dem stollhern des Gerichtes have.“ — Späterhin, wie die Landeshoheit die Freigrafschaften zu verschlingen suchte, und der Kaiser die einzige Stütze der Freistühle war, nannten sie sich „van keiserslicher macht und gewolt Frigreve des hilligen romischen Riles“ Urk. v. 1504. Kintl. Beitr. III, 2. Nr. 216.

69) So wie er schon früher oft vom Kaiser committirt worden war, Urk. v. 1376. Kintl. Beitr. I. Nr. 12. Ein Beispiel, daß ein Traberer, nämlich der Erbmarschall, committirt wurde, einem Freigraf den Eid abzunehmen, bei Gen den b. kais. Ger. Urk. v. 1428. Nr. 20.

70) So ernennt i. J. 1387 Kaiser Wenzel einen Freigraf zu Lipborg „... quod nobis et successoribus nostris Rom. imperatoribus et regibus fidelis esse debeat, et in iudicio iuste judicare.“ Kintl. Beitr. III, 2. Nr. 181. Man ersieht dies auch aus einem Verlagsbriefe von 1394; Waret bat E. -ynes Greve begerde to dem stoele unde he unse Wulbort dar to behovebe an unsen Heren den Keyser, de Wulbort sollen wy eme geven bescreven und besegelt sunder verdoch an unsen Heren den Keyser. Kintl. a. a. D. Nr. 187.

71) Ein Freigraf, der über Jemand richtet, den der Kaiser vor sich gefordert, sey meineidig, und könne von ihm entsetzt werden, antworteten die Freigrafen dem Kaiser Ruprecht 1405. S. Senck, l. c.

Freies Geleit konnte er gleichfalls ertheilen <sup>72)</sup>, doch nur auf kurze Zeit und nicht zum Nachtheil der Vollstreckung.

Im vorigen Abschnitt sahen wir bereits, daß alle Freistühle sich, ohngeachtet ihrer Subordination unter das General-Kapitel, doch als höchste Reichsgerichte betrachteten, und in einem ganz andern Verhältniß standen, als sonst kaiserliche Landgerichte zum Hofgericht oder höchsten Reichsgericht. Indem daher jeder Freigraf Namens des Kaisers erkannte, wurde er selbst gewissermaßen als stellvertretender Richter des Höchsten betrachtet. Daher war der Grundsatz natürliche Folge, daß der Kaiser zu jedem Freistuhl den Zutritt habe, und der Freigraf ihm den Platz räumen müsse <sup>73)</sup>; daher gab es auch keine Zwischenbehörde zwischen dem Freigericht und dem Kaiser selbst, außer eine Stellvertretende, und wenn späterhin Appellationen an das neue Reichskammergericht gingen, so vertrat dies wieder bloß die Stelle des Kaisers als höchsten und obersten Richters <sup>74)</sup>.

Als eine Merkwürdigkeit muß es noch herausgehoben werden, daß die Freigerichte sich bei ihren Ausfertigungen des Zeichens des Chri<sup>st</sup>mon bedienten und zwar in einer Zeit, wo seine Bedeutung vergessen war, und man es weder bei kaiserlichen noch andern Urkunden mehr findet <sup>75)</sup>.

72) Auch so habe kein ander Herr macht solich geleit zu geben dann de Romisch Konigl. Rupr. Weisth. bei Senck. I. c. §. 74

73) Danabr. Freigerichts Ordn. — Ebt en mere dan dat unser gnedigste here de Romeche Keyser ebder Konnick sulves queme vor den frienstoll unde wolde sytten, so sall de Frigrave dan myken und enne sytten laten. Mascav, Nat. Jur. Bruns. Lun.

74) Auch das Alte hatte Namens des Kaisers über Freigerichtsurtheile erkannt. In einer Urkunde von 1467 wird geurtheilt, daß ein solches kraftlos, vernicht und untauglich sein solle. Sie sagt: für unser Keyserlich Cammergerichte so der Erwirbig Ulrich Bischope zu Passaw unser Gvatter romischer und lieber Andechtiger mit den edlen Erbsamen unnsern Ketten, der Recht geleiteten und des Reichs lieben getrewen . . . an unser statt besessen hat. Senckenb. kais. Ger. Pro. 28.

75) Die Urk. Anh. Pro. XVIII. hat es nicht nur im Eingang, sondern auch vor der Ueberschrift und vor der Warnung, in der Gestalt, wie wir es sonst im 14. Jahrhundert auch wohl finden, und wie es die Abbildung in Gatterers, Dipl. Taf. II. enthält.

Ueber die Stellung des Kaisers zu dem Zengericht in seiner späteren ausgezeichneten Gestalt, und zu dem Schöffenbunde, wird es zweckmäßiger sein, noch in der Folge Einiges zu erwähnen.

VI.) Würde man dem durch die ganze Entwicklung schon widerlegten Irrthum Raum geben, daß Freistuhlgüter nur mißbräuchlich entstanden seien, und Civilsachen nicht zur Competenz der Freistühle gehört hätten, so würde es an dem so notwendigen historischen Zusammenhang gebrechen<sup>76)</sup>. Wie sehen bis in die Mitte des 13ten Jahrhunderts die Verkäufe und Verlautbarungen vor den Freistühlen sehr häufig, dann werden sie immer seltener, und verschwinden mit dem Anfang des 15ten Jahrhunderts ganz. Eben so haben die Freistühle im 13ten Jahrhundert nur die Natur gewöhnlicher kaiserlicher Landgerichte, die ihren bestimmten Gerichtsban innerhalb der Freigrafschaft haben. Im 14ten Jahrhundert werden sie verkauft, verlegt, getheilt, vielfach versplittert und verwirrt, und wie sie endlich in der Territorialhoheit hätten ganz untergehen, und mit den landesherrlichen Gerichten zusammenschmelzen müssen, wenn die Verfassung Westphalens der des übrigen Deutschlands gefolgt wäre, sehen wir sie als kaiserliche Gerichte nicht nur fortbestehen, sondern ganz mit aller Gewalt der höchsten Reichsgerichte begabt. Die meisten verloren allmählig alle ihnen unmittelbar unterworfenen Güter und Personen. An die Stelle der Genossenschaft trat aber ein Bund, der sich ihnen in ganz Deutschland unmittelbar unterwarf, und vom alten Malplaz aus wurde über alle deutsche Lande die höchste Gerichtsbarkeit gehandhabt. Die Geschichte schweigt davon, wie dies gekommen, und es ist das ein Beweis der allmählichen Entstehung und Ausbildung. Als Institution eines Gesetzgebers wären sie gar nicht in die Verfassung hineinzuschieben gewesen, sie würden das größte Aufsehen erregt, und Niemand würde sich ihnen unterworfen haben.

---

76) Henricus cognomento Munsum eodem tempore apud eundem locum (susat.) super liberos et liberorum agros Comicia positus. Dipl. de 1177. Kndl. Wolmstein II. No. 6.

Indem wir der langsamen Entwicklung der Geschichte, und aller ihrer einzelnen Erscheinungen nicht vorgreifen, bemerken wir hier nur: wie die Freigerichte als kaiserliche Gerichte, in Würde, Gewalt und Competenz sich ganz den höchsten Reichsgerichten gleich stellen, und so auch Anerkennung finden <sup>77)</sup>).

1.) Die Freigrafen nannten sich von kaiserlicher Macht und Gewalt Richter, sie legten einen Königstag <sup>78)</sup>, luden unter Königsbann, und hegten das Gericht an der Königsstraße <sup>79)</sup>. Wer einen Freischöffen angriff, hatte des Reichs Frieden gebrochen, und man mochte ihn zur Stunde hinrichten, ungeladen <sup>80)</sup>.

2.) Ihre Competenz erstreckte sich über das ganze Reich, und sie luden unmittelbare Corporationen und Reichsfürsten vor ihr Gericht <sup>81)</sup>.

3.) So wie jeder seinem ordentlichen Richter zuvörderst unterworfen war, und sich an den Höhern wendete, wenn ihm Recht verweigert oder verzögert wurde, so handhabte man auch bei den Freigerichten den Grundsatz, daß nur der sich an sie

77) Wente de fryen Gerichte unde heymeliche Richten de hogesten und swarsten Gerichte sind unde boven alle Gerichte unde rechte gan. — *Mascov*, Nojit. Jur. Bruns. Lunob. p. 113. Wie es kam, daß sie selbst ändern kaiserlichen Gerichten den Rang streitig machten, wird die Folge zeigen.

78) So hebbe ich mit den gemeinen Umstand des Gerichtes und Dinplichtigen eynen Konnyges dach gebaden. Urk. v. 1506. *Kindl. Beitr.* III. 2. No. 217. — „Das man dem ein Königs Gericht leigen soll.“ *Hahn*, C. M. V. II. p. 637.

79) Verlegungen oder Beschädigungen der Königsstraße gehörten daher immer zur Competenz des höhern Richters und hier des Freigrafen, wie alle Urkunden bezeugen. Schon das *Dortm. St. R.* sagt: *Siquis percutit palum absque licentia in stratam regiam vadiabit superiori judici sexaginta solidos.* *Corv. Gesch.* I. 2. S. 220. Eine Urk. v. 1359, die einen Verkauf enthält, sagt: dat vor uns ys gekomen im Gerychte upper Konnyges strate in de Bryengrascap u. s. w. *Kindl. Beitr.* III. 2. No. 160.

80) *Dortm. Weisth.* bei *Senckenb.* C. J. G. I. S. 90.

81) Mit größter Consequenz suchten sie dies durchzusetzen, wiewohl es stets bestritten, doch nie auf die leichte Schulter genommen wurde. Man lese die Verhandlungen bei der Citation des Herzogs Wilhelm von Sachsen. *Müller*, Reichstagstheater Cap. 6.

wenden dürfe, dessen Herr oder Richter ihm zu den Ehren nicht mächtig wäre, oder wenn ihm Recht daselbst verzogen oder versagt würde<sup>82)</sup>. Man hatte, aber Ursache genug, mit allen Kräften dahin zu trachten, die Beobachtung dieses Grundsatzes den Freigerichten einzuschärfen, nachdem man sah, daß Jeder gern da Recht suchte, wo er es fand<sup>83)</sup>. Alle Privilegien konnten nicht schätzen im Fall der Rechtsverweigerung zum Beweis der höchsten kaiserlichen Gerichtsbarkeit.

4.) Sie sprachen die höchste Reichsacht aus, und Fürsten und Unterthanen des Reichs waren ohne Unterschied verbunden, dies Urtheil zu respectiren und zur Vollstreckung mit zu wirken<sup>84)</sup>.

5.) Alles Ansehen, alle Würde, Macht und Gewalt der Freigerichte war gesetzlich anerkannt, wie dies alle Urkunden, und namentlich die Reformationen beweisen. Nicht minder geht es aus den ertheilten Privilegien zur Genüge hervor<sup>85)</sup>.

82) Selbst in der Beschwerde der Kurfürsten von 1438 wird nur gefordert, daß Niemand solle dahin geladen werden, als um Sachen, die dahin gehören, „oder der man zu Ehren und rechten nit mechtig were.“ *Datt.* de P. P.

83) Die Verordnung R. Friedrichs III. v. 1442 befiehlt, daß die Ladung nützlich sein soll, „Wenn jemand dahin gefordert würde, das sein Herr oder Richter mächtig wäre zu den Ehren, vor Ihm oder andern landleustigen Gerichten.“ In dem Privileg für Strassburg von 1451 heißt es: es waere dann, daß demselben Klager Recht daselbst geuerlich verzogen oder versaget würde das lundlich were. — In der Conföderation gegen die Westph. Ger. v. 1461 beschließen die Fürsten nicht mehr, als daß Niemand den Andern vor Westph. Ger. belangen soll, ausgenommen, wenn er sich bei seinem Obern, Recht zu suchen, gemeldet, und er ihn nicht hat können zu Recht bringen, durch Gewalt oder eignen Willen, und ihm sein Oberer erlaubt, sein Recht zu Westphalen zu suchen. (Müller, Reichstagsheuter.)

84) „in die höchste achte des Keyfers verurteilt, verricht und senbenciret, so das ire leybe und guter an keynem Ende der werlt geleidt oder vhehikenthy haben sollen, ursachen daß sye mein Keyserliche geboth un-gehorfam verbleiben.“ So erkennt 1533 der Freigraf von Freienhagen. Kopp, heiml. Ger. C. 403.

85) So befreit z. B. R. Friedrich III. Kur-Mainz von den Westphäl. Gerichten dergestalt, daß kein Freigraf Mainzische Unterthanen laden, und wenn es geschehen, und der Erz. die Sache abfordert, der-

6.) Sie steigerten aber das Gefühl ihrer Würde dergestalt, daß es zum Uebermuth gedieh. Dies rührte hauptsächlich aus dunkler Erinnerung an alte Zeit, aus Ehrfurcht vor alter Sitte und Verfassung, die in ihren Formen fortbauerte und gehegt wurde, und an die sich die Sage von Karl dem Großen knüpfte, her; es kam dazu das Andenken an große Kaiser, die gern in diesem Lande verweilten, es hoch begünstigt, und mit Privilegien versehen hatten. Aus uralter Zeit war die Idee, daß Sachsen mit großen Freiheiten begnadigt worden sei, und an seinen Gesetzen und altem Herkommen unverbrüchlich halten müsse, besonders in dieser Provinz hängen geblieben, und ununterbrochen durch den Stand der Freien fortgepflanzt worden. Daher das Festhalten am Kaiser, und die unbedingte Treue und Unterwürfigkeit; daher aber auch die Theilnahme an der Macht, Würde und Hoheit des Kaiserthums. Die Idee von der Welt Herrschaft des Kaisers und dessen oberstem Rang in der Christenheit hatte sich ohne weitere Absicht in ihre Gerichtsbarkeit mit eingeflochten, und blieb darin als Form, längst nach erloschenem Geist. Sie nannten sich daher Richter über alle Christen, weil der Kaiser in allen Landen nicht sein könne <sup>86</sup>).

7.) Indem diese Gerichte eine so feste innere Einrichtung, unbesiegbare Strenge, Ehrfurcht vor dem Recht und den höchsten Begriff von ihrer Bestimmung hatten, dazu durch einen furchtbaren Bundesseid zur Bekämpfung des Unrechts in den strengen Formen ihrer Gerichtsverfassung verschworen waren, schwangen sie sich zu einer Macht und einem Ansehen empor, das alle übrigen kaiserliche Gerichte verdunkelte, und in einer gewissen Zeitperiode sie ganz unbemerktbar machte <sup>87</sup>). Sie nannten sich

selbe sie sogleich an ihn verweisen soll: So daß also selbst in dem Privileg eine freiwillige Prorogation gleichsam gestattet wird. Vergl. Urk. bei Lopp, v. d. heiml. Ger. S. 384.

86) Nach dem Dortm. Weisthum ist der Freigraf ein gemein Richter über alle Christen in allen Landen, und darum daß der Kaiser oder König in allen Landen nicht seyn kann, darum sind die Freischöffen und andere Richter mehr geordnet, und ihnen der Mann geliebet, daß sie richten von kais. Befehl und Macht, auf daß die Missethäter für ihre Unthat bestraft werden. *Sonckenb. C. J. G. I. p. 111.*

87) Eben das war Theilweise und wenigstens im Streben beim Hofge-



baher des heiligen Reichs Obergericht übers Blut<sup>88</sup>), und das höchste aller weltlichen Gerichte<sup>89</sup>), und sprachen die Uebersetzung aus, daß sie den sichersten und letzten Zufluchtsort den Bedrängten, die zu ihrem Rechte nicht gelangen konnten, darböthen<sup>90</sup>).

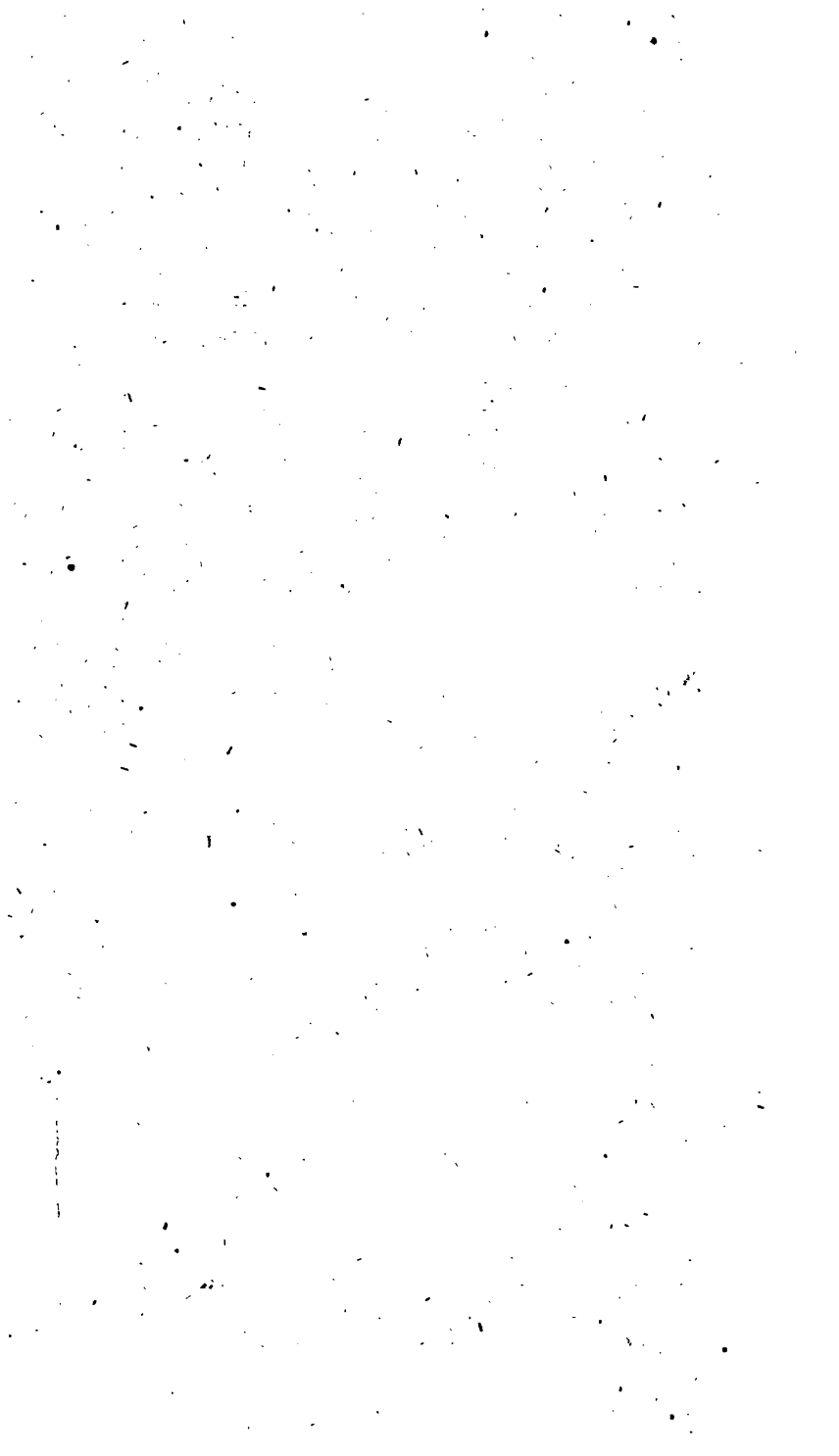
---

gerichte zu Rothweil in Zeiten seines Glanzes und seiner Thätigkeit der Fall.

88) In den Dortm. Weisthümern heißt es z. B. daß es des heiligen Reichs Obergericht übers Blut ist. *Sachsenb. C. J. G. I. p. 107.*

89) Den Statthalter nannten sie daher den „oeversten Stadthelver des heiligen Romischen Reiches“ *Kindl Beitr. III. 2. Kro. 219.*

90) Als daher noch im Jahr 1533 der Landgraf von Hessen eine Sache von seinem Freigraf zu Freienhagen abforderte, schrieb dieser: Er wolle aus Gefälligkeit wohl verfügen, daß die Sache an das orbentliche Gericht verwiesen werde, wofern ihm hier genugsam geholfen würde, „denn wenn solches nitgeschicht, habt Ir zu erachten, das wir Ine von seiner angefangen zulefflichen rechwertigung und gerichte nit dringen konten, dan er sonst rechtlos umblaufen müste, welches ye erbarmlich were.“ *Lopp, v. d. heiml. Ger. S. 403.*



# U r f u n d e n.

---

## E r s t e A b t h e i l u n g.

---



# I.

## Königl. Instruction für den Gesandten in Sachsen; vom Jahr 1788.

(Aus einem Codex des 9ten Jahrhunderts.)

**P**rimo omnium praedicandum est omnibus generaliter, ut credant patrem et filium et spiritum sanctum unum esse dominum omnipotentem, aeternum, invisibilem, qui creavit caelum et terram, mare et omnia, quae in eis sunt, et unam esse divinitatem, substantiam, etmanentem in tribus personis patris et filii et spiritus sancti.

Item praedicandum est, quomodo domini filius incarnatus esset de spiritu sancto et ex Maria semper virgine pro salute et reparatione humani generis passus, sepultus, et tertia die resurrexit, et ascendit in caelis, et quo modo iterum venturus sit in maiestate divina, judicare omnes homines secundum meritum propria, et quo modo impii propter scelera sua cum diabolo in ignem aeternum mittuntur, et iusti cum Christo et sanctis angelis suis in vitam aeternam.

Item diligenter praedicandum est resurrectionem mortuorum, ut sciant et credant in hisdem corporibus premia meritorum accepturos.

Item cum omni diligentia cunctis praedicandum est, pro quibus criminibus deputentur cum Diabolo in aeternum supplicium. Legimus enim apostolo dicente, Manifesta autem sunt opera carnis; Quae sunt fornicatio, immunditia, inimicitiae, contentiones, emulationes, animositates, irae, rixae, dissensiones, haereses sectae, invidiae, homicidia, ebrietates, comestiones et his similia, quae praedico vobis sicut predixi, quo modo qui talia agunt, regnum dei non possidebunt. Ideo haec eadem quae magnus predicator ecclesiae singillatim nominavit cum omni studio prohibere Intelligentes quam ait terribile illud quod dixit, qui talia agunt regnum dei non consequentur, sed omni instantia admonere eos de dilectione dei et proximi fide et spe in domino, de humilitate et patientia, de castitate ac continentia, de

benignitate et misericordia, de elemosinis et confessione peccatorum suorum, et ut debitoribus suis secundum orationem dominicam, sua debita dimittant, scientes certissime, quod qui talia agunt, regnum dei possidebunt. Et hoc ideo diligentius iniungimus vestrae caritati, quia scimus, temporibus novissimis pseudo doctores esse venturos, sicut ipse dominus in evangelio dixit, et apostolus Paulus ad timotheum testatur.

Ideo dilectissimi tote corde preparemus nos in scientia veritatis, ut possimus contradicentibus veritati resistere, et divina donante gratia verbum dei crescat, et currat, et multiplicetur in profectum sanctae dei ecclesiae, et salutem animarum nostrarum ad laudem et gloriam nominis domini nostri Jesu Christi pax predicantibus gratia oboedientibus Gloria domino deo nostro Jesu Christo Amen.

Anno Dominice incarnationis d. c. c. LXXXVIII, Indictione XV. (XII ?) anno XXI. regni nostri. Actum est hujus legationis aedictum in aulis palatio publice. Data est haec carta die decima Kl, aprilis.

## II.

Mandat Ludwigs des Frommen an den Königlich  
en Gesandten Baderad, Bischof von Paderborn,  
um's Jahr 824.

(Aus dem Original.)

In nomine Domini Dei et salvatoris nostri Iesu Christi, *Hiladovicus* divina ordinante providentia Imperator Augustus, Baderado Episcopo et misso nostro. Nosse te non dubitamus, qualiter nostra iussione Adalardus quondam Abba quoddam monasterium in Saxonia a novo opere construxit, quod nos et aliqui boni homines de quibusdam rebus solerni donatione dotavimus, de quibus omnibus rebus nostrae auctoritatis praeceptum circa idem monasterium fieri iussimus, ut perpetua salvatione in iure ejusdem monasterii eadem res consisterent. Sed ut relatione Werini, venerabilis ejusdem monasterii Abbatis, cognovimus, quidam comites memoratum praeceptum nostrum infringere et convellere velint, in eo videlicet, quod homines tam liberos quam et *latos*, qui super terram ejusdem monasterii consistunt, in hostem ire compellant et distringere iudiciario more modo velint, quod nolumus ut faciant, et ideo per has literas nostras tibi praecipimus, ut tu illud praeceptum, quod sicut diximus, eidem monasterio fecimus, adu-

mas, et in praesentia eorundem Comitum, in cujus ministerio res predicti monasterii esse noscuntur, relegi facias, et ex nostra auctoritate eis praecipias, ut ulterius nostrae auctoritatis praeceptum violare non praesumant, sed potius sicut in eodem praecepto continetur, illud conservare studeant, si gratiam nostram habere velint.

Das Pergamenblatt dieser Urkunde ist in Briefform zusammengelegt gewesen, mit der Ueberschrift: Ad Baderadam Episcopum . . . et Missum nostrum. Zwischen dieser Ueberschrift gerade in der Mitte ist eine breite Lücke, und war vielleicht ein Streif umgelegt, der den Brief verschloß.

### III.

**Schenkung einer Hörigen an das St. Peters-  
Stift zu Eresburg.**

1082 — 1106.

(Aus dem Original.)

Duo fratres Hesol et Kinelen de Westheim tradiderunt quandam ancillam suam, Thietburgam sorori sue Ibikin, uxori cujusdam Roderici de villa durpetho, quam matertera ipsius Ibiarburge Ebbessin uxor Hameconis pisteris de horehuson XIII. solidis a domina sua et viro ipsius redemit, et SCO P E T R O in Eresberg ad persolvendum annum censum illorum nummorum tradidit. Quod actum est sub Marquardo abbate et Hiddicone comite; cujus rei testes sunt hi: Hiddico comes, Sinicho presbiter, qui traditionem ipsam banno firmavit, Volcavit uxor Heselini, et fratres ejus Immo et Bernhardus, Elverus calvus, Rethere, Rathebodo, Thidericus, Wlfnot, Elverus albus, Heio alique quam plures.

. . . . . neat Sigillo  
Sancti Viti signata et corro . . .

### IV.

**Schenkung an das Kloster Heerse**

v. J. 1123.

(Aus dem Original.)

In nomine sancte et individuae trinitatis. Helmburch humilis ancilla dei notum esse volo tam futuris quam presentibus, quod pro remedio animae meae, collaudatione *Bernhardi de Lippe*, in cujus eram

tutela et mundiburdie, consensuque aliorum coheredum meorum, tradidi perpetualiter in proprium sanctae Marie Dei genitrici reliquique sanctis in ecclesia *Heristensis*, quatuor mansos cum omnibus suis pertinentiis, hoc est animatis et inanimatis, mobilibus et immobilibus sitos in villa *Overide* nominata, in parrochia *Lovens*, in comitatu *FridERICI comitis ad Thuneresberho*, fecimus autem hoc ea videlicet ratione, ut deinceps omni tempore remota omnium hominum contradictione pertineant in perpetuum ad prebendam sanctimonialium ibidem Deo sueque sanctissime genitrici sanctasque *Saturninae* virginis servientium. Et ut hoc in futurum jugiter firmum perseveret et inconcussum, venerabilis ejusdem loci abbatisa *Beatrix* nobis petentibus hoc inde jussit fieri scriptum sigilli sui inpressione roboratum et insignitum. Interfuerunt autem huic traditioni fideles isti: venerabilis predicta *Beatrix* abbatisa, preposita *Helmburch*, decana *Helmburch*, *Ida*, *Redin*, *Siburch*, *Beatrix*, *Gunderat*, *Gunegunt*, *Liutdrut*, cum reliquis consororibus. Ex clero *Ade*, *Thietwart*, *Helmer*, *Herrat*, *Marcwin*. Ex laicis liberis et ministerialibus, *Bernhart* de *Lippe*, *Conrat* ejusdem loci advocatus, *Odelric*, *Udo*, *Cono*, *Conrat*, *Bernhart*, *Conrat*, *Widerolt*, *Heinric*, *Odelric*, *Alberic*, *Godecalc*, *Reinhere*, *Wezel*, *Riprech*, *Udo*, *Wiren*, cum aliis multis uriusque sexus fidelibus.

Ego *Thietmarus* venerabilis abbatisse *Beatrix* Notarius scripsi.

Data III. Non. Mart. Anno dominicae incarnationis MCXXIII. Indictione I. Actum *Heriste*, in monasterio sanctissime Dei genitricis *Mariae* feliciter Amen.

Das aufgedrückt gewesene Siegel ist abgefallen.

## V.

Tausch Heinrichs des Löwen mit dem Kloster Hersindehusen (Hardehausen.)

(Aus dem Original.)

Noverit fidelium universitas, quod ego *Heinricus*, Dei gratia Saxonum *Dux*, pauperibus Christi in *Hersindehusen* divino cultui insistentibus quoddam mee hereditatis pradium in *Hodagessen*, ipse contiguum in comodum proprie possidendum, manumisi et pro ipso duos mancus in *Resbeke* XX solidos annuo persolventes in concambio recepi, domino *Volcwino de sualenberch*, qui hoc ipsum pradium in beneficio habebat, presente et consentiente, immo ut sic fieret magnopere exorante. Quod ut ratum atque inconcussum in omnes fu-



torum generationes permaneres, placuit presentem paginam consecrari et sigilli nostri impressione signari, et testium quorum nomina subter seruntur, annotatione confirmari.

Engelbertus Abbas de Volkolderothe. Rutgerus Abbas de Lapide sancti Michahelis. Daniel Abbas de Hersindehusen. Propositus de Ernbeke Ekehard. Comes Poppo de Richenbach. Godefridus frater ipsius de Cigenhagen. Anno. luthard. et ceteri quam plures. Factum est hoc concambium in *Treiso*.

Die Jahrszahl fehlt. Das auf der rechten Seite des Pergaments aufgedruckt gewesene Siegel ist verloren.

## VI.

Erwerb einiger Güter, von Conrad, Abt des Klosters Helmetshausen,

1170.

(Was dem Original mitgetheilt.)

In nomine sanctae et individuae trinitatis, ipsius favente Clementia Conradus Helmuuardensis ecclesiae humilis dispensator. Quoniam adhortante nos apostolo bonum ad omnes operari debemus, iustum ac pium esse credimus, ut his maxime, qui ad nos spe consolationis et solatii confugiunt, nostra auctoritatis munimine non solum in praesenti, sed etiam in futurum, quantum in nobis est, in omnibus prospiciamus. Igitur nota esse volumus tam praesenti, quam futurae generationi, quae subjecta sunt. Quidam ministerialis ecclesiae, Marcardus nomine, habitans in villa *Winithe* dicta juxta Leinam fluvium, quaedam praedia a nobis susceperat, unde annuos redditus persolvebat, qui desiderans res suas augmentari, quandam liberam faeminam, cui nomen erat Isendrud, sortitus est in matrimonium. Haec quinque mansos cum quatuor areis et molendinum in praescripta villa possidebat, et mansum unum in campis Göttingen cum molendino super rivum praedictum Leinam Winitthemöle dictum, quae sibi haereditario jure obvenerat. Porro antecessores ejus duos ex his pro pignere dederant ecclesiae acceptis viginti quatuor marcis examinati argenti. Inter haec ego cupiens utilitati et quieti committere mihi loci pro viribus meis in omnibus prospicere, multa industria et studio elaboravi, ut eadem faemina cum octo liberis suis, quorum tres sunt marces et quinque feminae omniue possessione sua nostrae traderet ecclesiae, itaque conveniens ad placitum, cui praesidebat Bertoldus de Wolherhusen, vicarius Domini Ducis Henrici cum permissione ac favore

ipsius, in cuius comitatu eadem possessio sita est, cum consensu Muniburdi sui Luidelfi de Suthem, et cum consensu haeredum suorum, videlicet Reberti et Heinrici, Bernardi de Wichardeshusen, Thanberti de Hollenstede, eandem traditionem confirmavit secundum iustitiam regionis illius, et secundum iudicium liberorum multorum. His ita gestis iudex praefatus Bert. paecepit Riconi praeconi, qui vulgo dicitur Vrono, ut secundum consuetudinem introductum prefata possessione me investiret. Qui praeceptis obediens introduxit me cum multis nobilibus et liberis, qui appellantur Skipeven. et posita aella quaesivit, quo ordine me secundum iustitiam investire deberet. Demum novies regali banno beato Petro eam nobisque confirmavit, et sic triduana sessio, sicut moris est, cum sanctorum reliquiis dicioni nostrae dedicavimus. Hac igitur traditione facta et confirmata, ipsa quoque cum liberis suis ecclesiae nobisque fidem coram multis testibus fecit jure ministerialium, et quae tradiderat rursus a nobis in beneficio accepit, tam sibi quam successoribus suis perpetuo conservanda, prout pater et mater inter eos distribuerent. Pro compensatione vero huius traditionis dimidium mansum de duobus mansis, quae ecclesia pro pignore tenebat, sine praecio ipsi reddidi. Praeterea praedia, quae maritus ejus prius tenebat, unde annuos redditus persolvit, eadem conditione cum beneficio, quod similiter habuerat, pro debito servitio, tam ei, quam posteris ejus concessimus. Hoc quoque placuit eis concedi, ut mansum et dimidium, qui remanent non redempti, cum potuerint redimant, datis decem et octo marcis prebati argenti, ea tamen ratione, ut proprio argento redimant, et non alieno et hos quoque in beneficio habeant. Ut autem haec omnia rata et inconvulsa permaneant, paginam hanc conscribi pro testimonio fecimus, eamque impressione Sigilli nostri roboravimus. Huius traditionis testes sunt Bertoldus de Wolberneshusen, Riepreco de Raringen, Bernhardus de Plesse, Bodo de Bobentun, et tres filii ejus, Otto, Guntherus et Bodo, Thidericus et Bodo frater ejus de Wiebike, Udo de Luidigessen, Otto de Hettikishusen, Thidericus de Winithe et frater ejus Berteramus. Ministeriales vero Hartuwigus de Rusteberch, Manegoldus de Rosthorp, Ministeriales autem ecclesiae nostrae, Rothulfus, Bruns, Luitherus, Rotmundus, Heribordus, Herimannus, Vridelo et alii multi. Hoc vero privilegium dedimus ei cum consensu omnium fratrum nostrorum in praesentia seniorum nostrorum, qui huius rei testes sunt, videlicet Rothardus Decanus. Reinf. Gucono. Ruer. Conr. Hugo. Heinr. Hildeb, Praepositus et alii quam plures. Haec vero acta sunt anno dominicae Inc. MCLXX, indictione tertia.

Sindlinger hat von dieser Urkunde einen Auszug mitgetheilt in den Münchener Beitr. III. 1. Stro. 22.

## VII.

Vertrag der Brüder Volkwin und Adolph, Grafen  
von Schwalenberg und Waldeck, mit dem Kloster  
Hardehausen vom Jahr 1232.

(Aus dem Original.)

In Nomine Domini Amen. Nos Germani V. et A. comites de Svalenberg et de Waldecke. Universis hanc paginam inspecturis in perpetuum. Ne rerum gestarum memoriam tollat oblivio, providit solers prudentia scripturarum remedia, ut puram veritatem littera renovet, quam temporis alternatio obfuscare solet. Norint qua propter fideles presentes et futuri, quod bona in *Rikesen* sita secus *Hersvitthehusen* jure proprietas nos contingebant, que de manu nostra tenuit *Burchardus de Rothen* in pheodo ac aliquamdiu possedit. Cum autem eadem bona commoda essent pro situ suo fratribus de *Hersvitthehusen*, convenimus cum eisdem sub hac forma. Ego quidem Vol. fratre meo A. adhuc existente infra annos a cenobio recepi LXV M. et Burch. XXX M. assignavi, pro quibus et decimam in *Berenshorp* ipsi impignoravi, quousque summam prefatam eidem persolverem, sicque a suo cessit jure, extorsit tamen postmodum a monasterio ut audivimus VI M. Processu temporis, ego Adol. XM, recepi a cenobio, et eidemum in pace predicta bona possedit. Accessit autem ad nostre . . . . munimen assensus patruorum nostrorum, domini Volquini prepositi ac domini H. necnon et fratris nostri prepositi de *Scildesce*. Ceterum quia tunc temporis liberos non habebamus, siqui postmodum nati sint nobis, jus sibi in bonis eisdem vendicare non debent, ne dum quasi ex paterna hereditate sibi ea deberi censuerint, injuste monasterium gravent. Preterea adicimus, quia ex parte nostra damnificatum fuit cenobium, in qualecunque restaurum mansum unum et quosdam agros prope *Bunsen* cum decima, sicut de manu nostra tenuit *Albertus de Ikenhusen* qui . . VII M. a Monasterio recepit, et confirmamus eidem loco. Assensum autem dedit mater qua *Herburga*, et uxor ejus Qda. Testes hujus rei sunt. *Conradus de Itere*, *Thetmarus Oppolu*, *Conradus Bulemast*, *Johannes de Parborne*, *Burchardus de Holthusen*, *Tidericus de Ewelinchusen*, *Heinnicus et Bertoldus fratres de Elmerinchusen*, *Heinricus, marescalcus domini Coloniensis*, qui et partem de predicta pecunie summa recepit. Datum est autem instrumentum presens tempore *Henrici Coloniensis Archiepiscopi*. Anno gratie

MCCXXXII. Sed actio ipsa dudum ante celebrata est *tempore* domini Engelberti Archiepiscopi Coloniensis circa annum gratie MCCXIX.

## VIII.

Verleihung an das Kloster Hardehausen in gerichtlicher Form.

1259.

(Aus dem Original.)

Gyso de Gudensberg Domine Ducisse iudex provincialis in Maden, universis hoc scriptum audituris salutem in domino. Notum sit omnibus, quod Henricus miles de *Hutershusen* et filii Everhardi militis, fratris sui, Henricus et Meinricus super duobus mansis in Len, quos Ernestus miles de Len in phendo tenuerat ab ipsis, et rite resignavit pro quinque marcis gravium denariorum, quas dedit illis, proprietatem contulerit monasterio in *Hersvithhusen* absolute et libere jure perpetuo possidendam. Hujus rei testes sunt milites Conradus de Hebelde, Hermannus de Helbene, Lodewicus de Linsinegen, Gerlacus de Grisetho, Cuno de Holzheim, Luthardus Heltsadel, cives Albertus monetarii, Herbordus comes, et alii plures Acta sunt hec in *Cymiterio* Frithelariensi anno domini millesimo ducentesimo Lo nono.

## IX.

Urtheilsspruch unter dem Vorsitz des Bischofs von Paderborn, in dem Rechtsstreit des Klosters Hardehausen und des Ritters Amelung von Hfle.

1305.

(Aus dem Original.)

Otto Dei gratia paderbornensis ecclesie episcopus universis Christi fidelibus, ad quos presentes littere pervenerint, salutem cum Notitia veritatis. Noveritis quod, cum in causa, quam *Amelungus* dictus de *Asle*, ministerialis noster, contra venerabiles viros, abbatem et conventum monasterii de *Hersvithhusen*, cisterciensis ordinis, nostre diocesis, super quatuor mansis apud villam *Dasberg* sitis,

quos prefatum monasterium erga Gosvium Blieke rite suis denariis comparavit, qui dicto monasterio ubique locorum potest et debet ac paratus est, debitam prestare varandiam, et quos nos bona nostra fore pensionalia et non ministerialia, et ad magnas nostras duabus vicibus libere et absolute eadem vacavisse, et aliis qui de manu nostra ea susceperunt, jure homagii porrexerunt, presentibus litteris pretestatur, — movet seu movere intendit, — diversi placitorum termini amicabilem observarentur, et demum cum electis hijs inde arbitroribus die dominico misericordia domini apud Herrevithusen in nostra presentia, scilicet ex parte monasterii Ludolfo marscalci canonico ecclesie nostre pad, Suithero de *Westhem*, Johanne de *Nedere* et Burghardo de *Brobike*, militibus; ex parte vero Amelungi Bertoldo Brakule plebano veteris oppidi in Wartberg, Johanne de *Osterhusen*, Ottoni dicto *Hant*, militibus et Henrico de *Aalen* fratre ipsius Amelungi, partes per eos, quavis de bono pacis diligentius attemptarent, amicabilem concordare non passent, ex eo quod dictus Henricus de *Aale* omnibus nobis, qui presentes aderamus, hoc audientibus assereret, mortem se potius subiturum, quam bonis predictis renunciaret, terminum peremptorium ad diffiniendum finaliter de consensu partium hinc inde scilicet feriam terciam post dominicam misericordia domini predictam renuntiationis omnibus dilationibus, ad presidendum in oppido seu castro nostro Wartberg iudicio jure ministeriali et ad faciendum partibus justitiam expeditam, prout ministerialium nostrorum, et aliorum proborum ad hoc vocatorum et regatorum diffiniendo quivis approbare et dictaret, Sententiam assignassemus, et in termino predicto nobis iudicio presidente circa horam diei tertiam, electis et adjunctis nobis assessoribus, viris discretis et honestis, videlicet Burchardo de *Aaseborg* et Hermannno dicto *Spegel* seniore, militibus, de quorum consilio partibus justitia fieret, ac neuter partium in jure suo in aliquo ledereur et *Sporo* cellatio, camerario et aliis quibusdam de Herrevithusen monachis et fratribus pro monasterio suo predicto coram nobis comparantibus, et justitiam expectantibus, ac supliciter justitiam, cum aliud nil desiderarent, sibi fieri postulantes, et parati essent, dicto Amelunge super omni causa, in quantumque monasterium predictum duceret incusandum, in justitia respondere et facere, quod probis hominibus videretur justum, et consonum rationi, dictus Amelungus, quamvis per discretos milites, Henricum de *Epen*, socerum suum et Henricum dictum *Judeum* primo, et postea per Amelungum de *Reclenhusen* Ludolfum marscalci et Udonem dictum *Sumercale*, ministeriales nostros a nobis inbeneficiatos secundo et tercio sollicite revocaretur, citaretur et requireretur, et quamvis nos omnem timorem et omnem emendam seu penam, que nos contingere possit, partibus hinc inde removissemus et deposuissemus, et firmam dicto Amelungo et

suis amicis pro nobis et pro omnibus cuiquam causa nostri dimittere seu facere volentibus dederimus securitatem, tamen prefatus Amelungus a nostro iudicio contumaciter recedens et se absentans, nec comparere aut responsalem aliquem pro se mittere curavit; parte altera apud iudicium manente et quantum de jure debuit, usque dum jam sol tenderet ad occubitum, expectante, quodcirca ad diffinitivam Sententiam, cum dictus Amelungus sufficienter expectatus et primo secundo et tertio et sic usque novies requisitus non compareret, nec responsalem mitteret prout a nostris ministerialibus et aliis probis et honestis astantibus per plures sententias, que vulgariter *ordel* dicuntur, in jure requisitas edocti fuimus, eicut de jure potuimus et tenebamus, duximus procedendum, contumacia ejusdem, que tamen divina suppletur presentia, non obstante, condemnantes primo et ante omnia finaliter in hiis scriptis, secundum quod Udo dictus *de Ostem*, a nobis in jure requisitus, omnibus, qui presentes aderant, hoc approbantibus, convincere definivit dictum Amelungum ad restitutionem omnium ablatarum et refusionem dampnorum, que dictum monasterium estimat cc. marcas et amplius argenti examinati. Item sententiando pronuntiamus et dicimus dictum Amelungum ab instituta actione super bonis sepedictis cecidisse, et in jure suo defecisse, perpetuum ei silentium imponentes contra monasterium memoratum, quemadmodum quivis omnium sententiam, qui presentes affuerunt, approbavit, investientes denuo prefatum monasterium, in quantum indiget, possessioni et proprietati sue cum omni jura plenitudine ac integritate, prout juste proprietatis titulo et bona fide loco bonorum pensionalium hactenus bona eadem sunt possessa. Actum in castro Wartberg presentibus viris honestis, testibus supra et infra scriptis, quorum sigilla, qui ea habuerunt, presentibus litteris sunt appensa in testimonium omnium premissorum, plebano in *scerwe*, Ravenone et Conrado fratribus *de Papenheim*, Hermanno *Spegel* juniore, Johanne *de Wellede*, Johanne *de Eylwerdessecon*, Herbolde *de Amelungessen*, Reynhardo *Criveth*, Gossalco et Borchardo, fratribus *de Brobke*, militibus, Helmico sculthete, Ravenone *de Papenheim* juniore Joh. Brakule, Goevino Blicke, Hermanno Calenberg, Gotfrido et Voltikano, fratribus *de Rosbke*, Johanne iudice in *scerwe*, et aliis quam pluribus fide dignis. Anno D. M. CCCV. feria tertia post dominicam misericord. Domini supradictam.

## X.

Formulare zu gerichtlichen Verhandlungen und  
Verfügungen des Femgerichts,

1334.

(Aus einer defecten Handschrift des 15. Jahrh.)

## A.

In den namen vases hern gaitz Amen. Ich A. b. syn gewert richter des alre durch'uchtichsten forsten Romachen Konings etc. Myns alre gnedichste liefften heren, frygreus der vryengraischapp van C. D. ind des vryenstoils to E. F. in der tyt, bekenne ind betuge vur allen frygreuen ind allen echten fryscheffen in der heymlichen achte, dat in eynen heymlichen gehegeden gerichte to e. f. vp dem fryenstoille in des hilgen richs heymliche achte dar 'ich dem fryenstoill van Koniglicher gewalt mit volbort ind willen der herschap des seluen fryenstoils mit orde.l ind rechte gespannerbanck to rechter dage tyt beseten hadde, to richten over lyff, ind eere na sate ind rechte d's hilgen richs heymlichen achte rechte. Dar vur my quemen A. b. c. d. ind heben aldar vor my in des hilgen richs heymlichen achte ouermits enne voreprekere ind procurator seer awerlichen geklaget as gemeyne gelouige krysten lude ind as echte rechte fryscheffen Ouer A. b. c. wante he to E. d. den A. b. c. etc. vurredlichen morden wolde, ind ene sloich ind slain ind wonden liet beis in den doir vgewarnt, vnd vverschuldert boven den *frede ind geleyde* den der gemeyne hilge kirche ind de alre durchluchtichste forste Romacher Koningh etc. van Koniglicher gewalt dar gestediget ind gegeben hadn. Ind de selue A. b. c. ind mannich forste ind prelate dat mede belonet ind besegelt hadn vp dat de hilge Kristen geloue in den vrede ind geleyde gesterket ind eyndracht der hilgen Kirche weder gemaket mochte werden, ind deselue A. b. c. Also is geworden teghen got teghen den hilgen kristen geloven ind teghen eyndracht der hilligen kerchen eyn vurmoten overtredet ind vredebreker der hilgen kirchen ind des hilgen Richs ind syns selues vrede ind geleyde. Ind asda dese vurg. klegere A. b. c. aldus ingebracht hebn mit erre klegen, so vrageden se eyns rechten ordels ouermits eren vurepreken, off de klage *vynwrogich* were; dar wart op gewist vur recht ouermits Raide ind vulbert der Ritterschap, der frygreuen ind der Fryscheffen da dar over ind an waren, dat de vurg. klage *vynwrogich* were. Vort klageden de vurg.

klegere onermits erme vurspreken, off se ind eyn Itlich fryscheffen de vurscr. klage vnd vndait ichr billich vur desen fryenstoill off vur ey-  
nen andern fryenstoill brengen souden. ind schuldich weren de sake  
to vurdern na gewonte ind rechte der heymlichen achte, bis to ey-  
me vitdregenden eynde, dat de gerichtet wurden as recht is, na dem  
dat sich eye to der heimlichen achte to vymwrogen Saken mit eren  
eyden also vmbunden hebbet. Daer wart up gewiset vur recht, van der  
ritterschap, frygreuen, fryscheffen, dat de selue klegere vnd alle fryscheffen  
de vurscr. sachen, as van A. b. c. geschien ind alle vymwroge sa-  
ken schuldich weren to bryngen vur desen fryenstoill off vur ande-  
re, fryestole, bis so lange dat de gerichtet wurden, as recht were.  
Ind as dese vurscr. ordelle also gewist waren, so nemen de vurg.  
klegere den vurg. A. b. c. vp, vnde brachte een an ind wunnen  
mit ordel vnde rechte, dat ich en solle vurbaden to dem eirsten  
male mit twen echten rechten fryscheffen. Also hebbe ich ene vurs-  
bait mit twen echten rechten fryscheffen tho dem eirsten male to  
komen varden fryenstoill to D. E., syn lyft ind ere to vurantwor-  
den to syme hogesten rechte, ind ich heb de twe fryscheffen vitge-  
sant in etc. ind een bevalen up ere eyde, de se daer der veyme  
gedain hebn, dat se de vorbadinge doin souden as recht were. Oeck  
wunnen de vurscr. klegere aldaer mit ordell, ind rechte, off ich off  
de selue fryestoill yen, off eynen Itlichen klegere aff gengen, in wil-  
cher wyse dat geschege, so dat een geyn gerichte gescheyn en konde  
asseich dat geburden, dat se dan de begunnen klage vur eynen an-  
dern frygreuen und vur eynen andern fryenstoill mogen vortvurdern  
vnd vullenvoren, dat de gerichtet werden as recht is, dat geliche  
stede wesen vnd so vullenkomen macht hebn sall, off dar vor my  
vnd vur dessen selven fryenstoel geschege. Hyr waren mit my over  
vnd an vill Ritterschapp, frygreuen, vnd vill andere fryeschepen ge-  
noich, ind stantgenoiten Ind gekorn gerichelde des vurscr. heym-  
lichen gerichtz der endeile hyr na bescreven staen etc. a. b. c. ind  
mer fryscheffen genoch, vnd want wy mit A. b. c. vurg. alle vurg.  
punte vnde artikule varden vurscr. heymlichen gerichte so vurscr. is,  
geordelt ind gehantyert sint as geburlich ind des hilgen richs heym-  
lichen achte recht is, dar ich myn orkonde vp inlfangen heb. So  
heb ich des to eyne waren tuge van des heymlichen gerichtz wegen  
myn segel an dessen breiff gehangen. Datum ut supra.

## B.

Wettet a. b. c. dat ich d. e. frygreve des aller durchluchtichsten  
vorsten Ramschen koninges etc, myns — a. b. c. heb geseten in ey-



me heymlichen gehageden gerichte to *d. e. f.* up den fryenstoell in des hilgen riches heymlichen achte, dar ich den fryenstoell van koniglicher gewalt, mit ordell ind rechte gespannerbanck to rechte, dage tyt beseten had to richten over lyff vnd ere na sate vnd rechte des hilgen Richs heymlichen achte, dar *a. b. c. d.* vur my quamen, ind hebn aldar vur my in des hilgen Richs heymlichen achte Overmits eren vorsprekere ind procurator Schwerlichen over iv geklaget mit ordelen, ind de selve klage vur my in des hilgen riches heimlichen achte mit ordele ind rechte vynnwrogich gewist ind yrkant synt, vnd in des hilgen Riches hemeliken achte geburlich sint to richtene. Ind hebn daer vmb my in der heymlichen achte angebracht vnd aff gewonnen mit ordele ind rechte, dat ich iv de eirste vurbadinge do mit twen echten rechten vryschepen; ind gebeyde iv vnder koninges banne overmids desen breiff mit twen echten rechten vryschepen, dat gy des nicht en laten noch en versumen, gy en eyndes eirst *fer. q. s. mens.* etc. na data des breves to rechter dage tyt vur den vrygenstoell etc. vurg. vp der rechten dinglichen stede in des hilgen riches heymlichen achte, ind vrantwerden aldar iv lyff vnd ere to Juwen hogesten rechte entegen de ergenanten klegere off yre gewisse procuratores, de iv van yre wegen an dadingen wurden, vnd des en wilt nicht versumen, want Iv de klage seer ho gelt an Iv lyff vnd ere; vnd wert dat gy des nicht en doden, ind de ergenanten klegere off yre wisse procuratores dan mit rechter klage ind ordelen vurder gerichtz van my off van eyne andern frygreven begerde vnd gesonne, so moeste wy van rechte vnd van eyde wegen vurder gerichte over ja doen na sate und rechte des hilgen riches hemeliken achte. Hyr wetet iv na te richten, Datum sub sigille meo Anno ut supra.

## C.

Wet *a. b. c.* also als ich *A. b.* frygreve des aller durchluchtichsten Forsten Romschen Konings etc. Myns alre *a. b. c.* van klage *a. b. c. d.* mit tweeen echten rechten fryschepen vur den vryenstoell etc. vorbait hadde to dem eirsten male vnder koninges banne, as des hilgen Riches hemelichen achte recht is, nemptlich ad *fer. ut supra*, des neist vurleden is, so quemen de vurg. klegere vp den vurg. dach vnde ergenanten fryenstoell, vnde gesonnen vnde elasscheden van my overmits eren vorsprekere gerichte over iv lyff und ere, als des hilgen riches hemelichen achte recht is, dar ich vnd de vurg. klegere mit vnrechte van gedrunge wurden, so dat ich den vurg. klegere van vnrechten drange van dem vryenstoelle etc. goyn gesichte vurder doen off weder staen mochte laten, vnde ee hebn de

vurg. Klegere vur my *a. b. c.* vrygreve vurscr. in der eirsten uphevinge ind vurbodunge mit ordel und rechte als des hilgen rikes hemeliken achte recht is, beholden vnd gewonnen, off sy van den vurg. vryenstoill gedrungen wurden, off dat em dat einige wegeringe vnde besperinge einighes rechtcs gecheye, dat ich yen dan off eyn ander vrygreve vp de eirste ere vurbodunge vnd klage vor eyme andern vryenstole, over iv lyff vnd ere gericht ind recht na gewonte vnd rechte der hemeliken achte wedder varen sella laten. Vnd de vurgl. klegere hebben my daer mit rechte to geeyacht vnd gewonnen van den vurscr. vryenstoill etc. sich mit rechte gewerket. Vnd so is *A. b. c.* mit ordel vnd rechte vor my gekomen an den vryenstoill des *a. b. c. d.* daer ich *A. b.* vrygreve vurscr. den vryenstoill vnder konings banne gespannerbank, van koningliker gewalt in enen rechten ghehegeden gherichte beseten hadde, tho richten over lyff vnd ere als des hilgen riches hemeliken achte rechte is; vnd de vurscr. *A. b.* hevet avermide synen vorsprekere in des hilgen Riches hemelichen achte rechte mit ordell vnd rechte gevordert vnd gewonnen, dat ich den vurscr. klegere vp de eirste vurscr. vurbadunge de de an iv *a. b. c.* gescheen is vnd gedaen, dat he oeck vor my to gebracht vnde gewiset hevet als recht is, de ander vurbodunge doen solle *A. b. c. d.*, vnd want ich vnd eyn ytlich vrygreve mit eyden dem hilgen Rycke daer to verbunden sin, dat wý ydermann de dat mit rechte an vns vordert vnd gesinnet, gerichtcs ind recht wedervaren sollen laten vnd moten; so do ich *A. b. c.* vrygreve vurscr. vnde verkundige iv *a. b. c.* darvan van Koningliker gewalt wegen, vnder Koninge banne de andern vurbadunge mit veir echten rechten vryschepen vnd overmide dessen breiff dat gy des nicht en laten, gy en syn dels neisten Fer. et mens. q. s. nest komende na dat deesse breiff nom. Fer. et mens. to rechter dage tyt vur den vryenstoel vurg. sed, jac. up der Inckeden dingliken steden in des hilgen Riches hemeliken achte, vnd vurantworden al dar iv lyff vnde ere tho juwen hogesten rechte entegen de eergenanten klegere off synen gewissen procuratore de iv da van synre wegen an dadingen wert, vnd des en wilt nicht laten, want iv de clage seer hoghe dupet an iv lyff vnd ere, vnde wert dat gy dels nicht en deden, vnde de ergenante klegere off syn procurator dan mit rechter klage vnd mit ordell vorder gerichtcs an my off eyme andern vrygreven begerden vnd ghesonnen, se moste wy na rachte van vnser eyde wegen verder gerichtcs over iv doen na sate vnd rechte dels billigen riches hemeliken achte rechte. Hyr wetet iv na te richten. Gegeven vnder mynen segel Fer. q. s. anno dom. q. s.

## D.

Wetet *A. b. c.*, als ich iv *A. b.* eyn gewert richter des aller durchluchtisten vorsten Romschen konigs etc. Myne aller leifden etc. vnd vrygreve *A. b. c.* etc. ju up klage vnd van wegen *A. b. c.* vor den vrygenstoel to etc. mit twen echten vryschepen vorbait had up eyne nemptliken echte plichte dach to den eirsten mail, vnd als gy der vorbadunge nicht gevolget en synt juwe lyff vnd ere tho vrantwornden tho juwen hogesten rechte, vnd de klegcr vurscr. mit ordell vnd rechte vur den vrygenstoel etc. ju aff wennen den eirsten broke als des hilligen Riches recht is, dar gy 'inne vurvallem syn, ind vort mit rechte wunnen, dat ich ju to den anderen male vurbaden solde mit veir echten rechten vryschepen, dat gy solden komen des meisten Fer. qua supra meist vorleden vor den vurg. vrygenstoel to *a. b.* etc. in eyne gehegeden gerichte in der heymliken achte Stat vnd Stoel van konniglicher gewalt mit ordell vnde mit rechte gespannerbanck beseten hadde. *A. b. c.* mit sinen gewonnen vursprecken dar vur den vrygenstoel quam, vnde des daghes warde, vnde de claghe vursate als sich in der hemeliken achte geburden, vnde ghy dar wurden geeychet als recht is, vnde ghy auser nicht en quemen juwe lyff vnd ere to vrantwornden to juwen hogesten rechten, vnd also eyn vermaher des hogesten rechten geworden sint, so is iv aff gewonnen de ander broke als des hillighen riches recht is, vnde aladan de clage vnd sake de de vurg. klegere enteghen ju vordert in der hemeliken achte seer swerliken vnd dreplich vymwrogich to manighen tyden geweest sint, also dat de saken *sick andres nergen engeboren to richten* dan vur den vrygenstoell in der hemeliken achte, dar vmb de selue vurg. klegere vp den vurscr. Fer. q. s. vur den seluen vrygenstoell mit ordell vnd rechte ouermids synen gewonnen vurspreken gewonnen vnde behalden hevet, dat ich vortrichten solde: so vorbeide ich ju to den darden male mit euen vrygreven vnde eels echten rechten vryscheffen vnde ouermids desen breiff, dat gy komen mit juwes selues lyue vur den vurscr. vrygenstoell to etc. nom. loc. up den neesten Fer. q. e. diet et mens. nom. meist komende up der rechten inleden dinglichen Stede in des hilligen Riches hemeliken achte vnd vrantwornden aldaer ju lyff vnd ere tho juwen hogesten rechte enteghen de oergemanten Klegere als *A. b. c.* off synen gewissen procuratorem, de ju van sinre wegghen an dadinge wurde, und des en wilt nicht veruemen, want ju de clage seer hoge geit an ju lyff vnd ere; weer sake dat gy also eyn vursmaher wurden des hillighen rykes hogesten rechte, vnde de klegcr off syn gewisse procurator dan mit rechter clage vnde ordele vullcs gerichtcs ouer ju van my off van eme anderen vrygreuen gesonnen, vnd vns dar to aisscheden, so moeste wy na rechte

vulgerichte over ju doen na sate vnde rechte des hillighen rikes in der hemeliken achte. Hyr moege gy ju weten na to richten. Gegeven vnder myn segel anno die mane. q. s.

## E.

Ich *a. b. c.* vrygreve to deser tyt des vrygenstoils tho etc. *a. b.* erkenne vnd betuge overmits dessen breue vur allen vorsten, heren, Rittersn und knechten vnd vor allen vryschepen in der hemeliken achte, de desen breiff mogen eyen off horen gelesen werden, dat ich den vurscr. vrygenstoel gekleidet had mit ordel vnd rechte als der hemeliken achte recht is, des anderen Fer. q. s. data des breues to rechter daghe tyt, to richten over lyff vnde ere to behoff des *A. b. c.* etc. Daer vor my quam *A. b. c.* vnde gesan gericht over den *A. b. c. d.* als des hillighen Rykes hemeliken achte recht is, vnde bat vmmen enen vorspreken, de em gegheven wart van des gerichtes weghe; vnde de verspreke wan sich mit rechte in syn wort to spreken, vnd warff eyn berait. So genck de vurscr. *a. b. c.* vit mit synen vorspreken vnde bereit sich langs tytz genoich, vnde quam weder vmb int gericht, als em mit rechte geborde. Do brachte syn vorspreke besegelde schyne vnd breue in mit hangenden segelen van vill vrygreuen, Ritterschap, bisitteren ind vmbstendere der gherichte de mit ordelen also gegangen und gewonnen, den de saken und de gerichte wittlich und kundich wafen na vitwisinge der breue; daer de selve breue van waren gans vnd gheve van pergamente vnd echryfften vnd de anhangende segel wafen gans vnd gheve van wapen vnd lytteren, vnd van werde yrkant, de dar worden geoghet vnde getoghet vur myn de andern vrygreuen, de dar den vurg. vrygenstoil mit gecledet hadden, de hyr na gescreven staen, vnd vor vill vmsfenderen van Ritterschap vnd anderen guden mannen, de geachtet worden wal up III. hundert vnd meer. De selve breue de daer vur vns getoget vnd geoghet wurden, weren inne holden, wo *a. b. c. d.* gewonnen is, asder heymliker achte recht is, tho den eirsten mit rechter vphauinge, daer he tho verbait is mit twen echten rechten vryschepen to seis weken vnde to dren daghen, vnde de vurg. *a. b. c.* den dach nicht en heuet gehalten als de breue inne holden, vnde is vort verbait dar na bynnen rechten tyden to den anderen male mit veir echten rechten schepen, oeck to seis weken vnde to dren daghen, vnde is daer oeck vellich ynne worden mit den anderen broke. Vort is de selue *a. b. c.* verbait als sieh to rechte geburde to dem derden vnde lestem male mit enen vrygengreuen vnde mit seis echten rechten vryschepen, oeck to seis weken vnd to dren daghen, daer em syn leste richteliche

plichtedach te gelscht was als up den meeten Fer. q. e. anne Domi-  
 ni quo a. — vnd de selue a. b. c. vp den seluen richtlichen plichte  
 dach nicht en quam, vnde wart daer eyn vuremaber des gherichtes,  
 vnde wart der vorwunnen mit rechten ordelen bis an de leeten sen-  
 tentie etc. Daer a. b. c. vrygreve to etc. to der tyt desen seluen  
 vrygenstoil beledet vnde beseten hadde mit ordell ind rechte als der  
 hemeliken achte recht is, so dat de leste sententie also te der tyt  
 solde over des vurg. a. b. c. lyff vnd ere hebben gegayn, dat doch  
 vur beden wart van en deils reden des a. b. c. de ene vryet beden  
 der lesten sentencie mit willen des klegere vnd gericht, doch bebel-  
 lich deme klegere syns gewonnen rechte, bis vp den Fer. q. e. na date  
 des briefs, als de breue dar van mit meer worden dat klerliken vt-  
 wisen; so quam A. b. c. vurscr, mit syme vurspreken, vnd maende  
 my a. b. c. vrygreue vurgenant, van myns Ampts wegen, vulgerichte  
 over den vurg. a. b. c. to done, want sine breue dat klerike inne  
 holden, vnde vragede dar vmb ouermit synen vurspreken syns rech-  
 ten ordels, want he my daer vunde sitten in stat vnd stoill, to rich-  
 ten ouer lyff vnd ere, weir ich en dan icht vulgerichte solde doin,  
 want he my so waraffige schyns geoghet vnd getoghet hedde, vnd  
 wat daer recht vmb ey? dat ordell sette ich yn a. b. c. de nam dat  
 an siek als der hemeliken achte rechte recht is, vnd genck vt vnd  
 bereit sich mit den vmbstenderen vnd quam yn vnd wysede vur recht:  
 na den he my van de sitten in stad vnd in Stoill, to richten over lyff  
 vnd ere, dat ich ein vulgerichte doin solde over a. b. c. vurscr. na  
 Anwysinge der clage vnde na Inholde der schine vurscr. de vur my  
 getoget vnd geoget sint, vnd synre gewonnen rechte. So vragede  
 a. b. c. vurg. syns rechten ordels ouermits synen vurspreken, wes he  
 syner klage nu voortvolgen solde, dat vulgerichte ouer den a. b. c. vurscr.  
 geschage? dar wisede a b c up vor recht na anwysinge der vmbstender  
 vurscr. dat ich a. b. vrygreve vurscr. solde vitsischen den vurscr. a b. c. d.  
 als der hemeliken achte recht is, ind de klegere a. b. c. vurscr. solde sine  
 volgere hebben vnd bewaren vnde betugen sine klage als der hemeliken  
 achte recht is. Also dat ich a. b. c. vrygreve vurscr. daer de eyechinge dede  
 als my mit ordel mit rechte gevonden vnd gewiset wart, vnd alsdan to  
 der tyt der oergenanten a. b. c. d. dar nicht en quam, noch nymants  
 van synre wegen ein lyff vnde ere to vurantworden to syme hoghe-  
 ten rechte in des hulgen Riches hemelichen achte, ind daer sich de  
 oergenanten klegere bereyde mit synen volgere, so vellen de Ritter-  
 schap vnd de vrygreven de dar yegewardich weren, vnd beden vmb  
 Got, den vurscr. a. b. c. noch vmb ene vryet des vullen gericht  
 vnd lesten sententien over a. b. c. d. vurg. veertyn nacht lanck: so  
 dat de vurg. klegere dat umb ere bede willen beleiffde vnde synen  
 willen dar to gaff, vnde vragede vmb eyn ordel ov rmits synen vor-  
 spreken, oft en de vrist to enighen vnestaden mochte komen vnde

hinderen an synen gewonnen rechten? der wysede *a. b. c.* vp vor recht, dat em de vryt to geynen vustaden noch hinder komen solde an synen gewonnen rechten. Da vragede *A. b.* vurscr. Overmits synen gewonnen vrsprekere eyn Ordell: off he des vrygreven nicht hebben en konde noch en mochte, vnd off em de steel to dem ero. benamen wurde, vnd nicht geapent en mochte werden, wo dat geschege, off dan ennig ander vrygreve, den he vonde sitten up desen stoill off up enen anderen vrygenstoel to richten over lyff vnd ere wer em de icht vulgerichte doen solde off mochte over *a. b. c. d.* vorgenant? Daer wise *A. b. c.* vp vor recht na anwysinge der vmbstender des gerichtes: So wanneer de vurscr. vryt der vurg. vertynnacht vmb gekomen were vnd vurleden, war dan de eergenante Klegor quome vnd vonde synen sittenden vrygreven gespannerbank mit rechten ordelen sittende des hilgen Ryche hemelichen achte, vnde betoghede vnd bewysede vor ein syne vurscr. besegelden schyne vnde sine gewonnen rechte vnde ordelle, dat de eergenante *A. b. c.* also vorbait vnd vorwunnen were als der hemelichen achte recht is vnd we vurscr. steit, so solle de vrygreve vulgerichte doen vnde de lesten sententien gheven over *a. b. c. d.* vurscr. sin lyff vnde ere gaen laten als der hemelichen achte recht is. Na dem dat em dat mit ordell vnd rechte to gewisset vnd erkant is, vnd sine clage over em thugede als der hemeliken achte recht is, vnd want dan alle desse vurscr. punten vur my *a. b. c.* vrygreve vurscr. beoirkont vnd darchgangen sint mit ordel vnd rechte, vitgedregen vnd gesluten vur desen vurscr. vrygenstoill als recht is; Daer auer vnd an waren wyse vrygreven, de mit my desen vrygenstoel gecledet hadden, mit namen *A. b. c. d. e.*, etc. und vort vill vromer Ritterschap mit Namen *A. b. c.* etc. vnde andere vryschepen genoch geachtet vp dre hondert vnd meer nemplich de geswaren vrene des Stoills. In deser vurscr. saken to eyne waren bekantnisse vnde getuchnisse, dat se wo vurscr. gensliken gerichtlichen mit ordell gewist vnd irkant synt so vurscr. is, so hebb ich *A. b. c.* vrygreve vurscr. van gerichtes wegen myn Ingesegel an desen breiff gehanghen; vort erkenne wy *a. b. c. d. e.* vurscr. dat wy den vurscr. vrygenstoel mit den vurg *A. b. c.* gecledet hebben, und alle punten wo de van worden hyr vor bescreven staen, also durch gaen mit ordelen so vurscr. is, gewiset vnd yrkant sint, so heb wy sementliken vmb bede willen *A. b. c.* vurscr. vnd vmb merer bekantnisse der waerheit vnse segels mit an deseen breiff gehangen. Oeck so erkenne wy *A. b. c.* etc. dat wy also rechte vmbstenders vnde stantgenoten des vurscr. gerichtes daer by aver vnd an weren, dat alle vurscr. punten waer sin vnd gescheen wye vurg. is, vnd hebben des to tughe der waerheit vmb bede willen *a. b. c.* vrygreve vurscr. vnse segels an deseen breiff gehanghen. Datum anno q. s.

## F.

Ich *A. b. c.* eyn gewert Richter dese allet durch!uchtsien vorsten Romechen Koninge etc. vnd vrygreve des hogborne *A. b. c.* Erkenne vnde betunge in deser scryft inholde dessees breves vur alla den gemen de dese scryft mogen syen off horen gelesen werden, de vryschepen sin in der hemeliken achte, dat ich sat in Stat vnd Stoel der hemeliken achte to rechter dage tyt, fer. q. s. data dessees breves vp den vrygenstoel etc. gelegen vur *a. b.*, to richten over lyff vnd ere to behoeff des hogborn *a. b. c.*; dar vor my quam *a. b. c.* vnde bat vmb got vnd vmb den Koningh vnde des rechten willen der hemeliken achten vmb enen vorspreken, des em wart gegont van des gerichtes weghe. Do *a. b. c.* vurscr. den vorspreken gewonnen vnde geworven had als der hemeliken achte recht is, do warff syn vorspreke eyn bereit as recht was, vnd genk vit vnde bereit sich, vnd quam weder vmb yn dat gericht vnde gesan overmits synen vorspreken gericht, want he my vant in stat vnd Steill der hemeliken achte, so richten over lyff vnde ere, so het he mit vmb verbundes willen eins eides dar he to verbunden sy, dem hilligen rike vor to brengen allet dat vymwrogich sy as recht is, vnd als dar oeck vur my erkant is so hevet he aldaer geclaget over *a. b. c. d.*, wo de sy gekomen entegen god vnd teghen dat hillige rycke to *a. b. c.*, vnde wolde den hog. *a. b. c. d.* vorredeliken hebben vormordet, vnd ene sloich vnd slaen leit vnd wunden beis in den doet vngewarnet vnd unverscholt baven den vrede vnd gleide, den de ghomeyne hillighe kerke vnd de hoghe koninglike gewalt aldaer gegeven vnd bestediget hadden, vnde deselve *A. b. c.* vnd mannich verste mit belavet vnde besegelt hadden, vp dat de hilge Kristen gelove in den vreden vnd inde geleide gesterket vnde eyndracht der hilligen Kerken weder gemaket wurde; vnd alsdan der selve *a. b. c.* Eyn varmeten overtrader enteghen de eyndracht der hillighen Kerken vnde eyn vredebreker des Roymachen Koninglichen geleides vnd syns selves geworden is tegen God enteghen ere, vnd weder recht, also dat ich van gerichtes wegen hebbe geeychet vnde van der heerlichkeit wegen des hilligen Riche bewisinge der klage. Daer vp hevet *a. b. c.* vurscr. overmits synen vorspreken gewonnen vnd geworven ene achte sich dar umb to beraden, vnd is vor my weder vmb ingekomen mit synen berade, vnde bat vmb Got vnd den koningh vulgerichts, vnd bat vert dat ich em anrepe *a. b. c.* den vrygreven etc. Na dem he em to der tyt vulgerichtes weigerde, dat he dan aldaer bekende; so wes he in der klage gerichtet hedde, dat he dat aldar bescheiden bewarden vnd by brechte als der hemeliken achte recht is. So hebbich *a. b. c.* vrygreve vurscr. van beuels myns Ampts

in der huldunge, de ich deme riche gedaen hebbe, vnde hebbe an-  
geropen vnde seer swerliken gemant den vurscr. *a. b. c.* vrygreven;  
dat he dar gichtede vnd apende vor desen vrygenstoel, so wo de kla-  
ghe ergangen were, vnd dar na gegain als der hemeliken achte recht  
sy, vnde oeck des nicht en late vmb der saken goyn der got ghey ge-  
schopp. So is he vor my gekomen, vnde de wart syn berait, des  
ich em gonde; de quam he vnde segede sin berait, wo he in vurti-  
den de vryen stoell to etc. gekleidet hadde to synre tyt als recht was,  
vnd *a. b. c. d.* daer quemen mit eren gewonnen vorspreken als der  
hemeliken achte recht is, vnde klageden hoich vnde swerliken ever  
den vurg. *a. b. c.*, vnde alsdan de selve klage dar gewiset wart vor  
eine rechte vymwroge, dar vmb gaff ich den vurscr. *a. b. c.* boden  
vnde breve, to vorbaden den vurscr. *a. b. c. d.*, vnd lachte em daer  
enen plichtdagh to, dat to vrantwurden, so en quam de vurscr.  
*a. b. c. d.* nicht vnd vrantworde syn lyff noch syn ere, also dat he  
mit rechte veil in den eirsten broke; dar vmb erkande de vurg. *a. b.*  
vrygreve, dat he up den selven dach vnd vp den stole to etc. nicht  
verder gericht en KONDE noch en mochte van gebroke des heren  
des Stoils, so hevet de vurscr. *A. b.* vrygreve vort vor my eerkant,  
dat he oick dar na Ingeleden tyden den vrygenstoel *a. b.* gekleidet  
had mit ordel vnd rechte to behof des hogeboeren *a. b. c.*, to rich-  
ten over lyff vnd ere, daer ok de vurg. *a. b. c.* was gekomen vnd  
wan eynen vorspreken, vnd gesan vort gericht he wolde sinre klaghe  
volghen, de he hedde begunt vur *a. b. c.* vrygreven vurscr., so gaff  
*a. b.* vrygreve vurscr. em enen vurspreke, vnde volgede der klage als  
der hemeliken achte recht was. Daer gaff *a. b. c.* vurscr. vrygreve  
em vier echte rechte vryschepen, dat se souden vurbaden den vurscr.  
*a. b. c. d.* In der badinge is he oich vnhorsam geworden, vnde is  
daer oeck vellich geworden in den anderen breke na der hemeliken  
achte rechte, vnde de selve *a. b.* hevet oek vort vor my bekant, dat  
de vurg. *a. b. c.* Sinre klage gevolget hebbe als der hemeliken achte  
recht is, vnde bat oek gericht, also dat *a. b.* vrygreve vurscr. em  
gerichte dede vnd gaff em tho baden enen vrygreven vnd seis echte  
vryschepen, vnd lachte dar *a. b. c. d.* vurscr. einen rechten plichte-  
dach vor desen selven vryenstoel, vnde want nu *a. b. c.* vurscr. dat  
vor my gericht vnde geapent hevet, vnde ich daer vort to geeschet  
vnde gemant werde als der hemeliken achte recht is, vort vulgerichte  
to doen den vurscr. *a. b. c.*: so hevet de vurg. *A. b. c.* geogot, vnd  
getoghet in desen selven gerichte mit ghichtigen vryschepen, de de  
eirste vnde de andere vorbadinge gedaen hebbn als recht is, vnde  
enen ghichtigen vrygreven vnd seis echte rechte vryschepen, de *a.*  
*b. c.* vrygreve vurscr. vit hadde gesant to dem derden vnd lesten  
maill to vurbade den vurg. *a. b. c.*, tho komen vor desen selven vryen-  
stoel to vrantwurden syn lyff vnde ere to syme hogesten rechte, des



a. b. vrygreve etc. vnde seis echte rechte vryschepen Aldaer vor my bekanden, vnde mit eren eyden bewarden, als der hemeliken achte recht is, dat es de dorden leeten verbadinghe gedaen hedden to rechten tyden vnd an der stede als der hemeliken achte recht is, So is de vurg. *A. b. c.* gekomen mit syme verspreken vnd hevet my daer te gemant, dat ich ein vulgerichte solle doen, vnd hevet dar vp gevraget onermits sinen verspreken syns rechten ordels: na dem he syns claghe hebbe geapent, vnd de em vymwroghe gewist vnde erkant is, vnd he den vurg. *A. b. c.* hebbe verbait mit twen echten rechten vryschepen to seis Wacken vnd to dren daghen vnde anderwerff mit veir echten rechten Vryschepen oeck to seis waken und to dren daghen, unde derde werff mit enen vrygrogen unde mit seis echten rechten vryschepen oeck to seis waken vnd to dren daghen, wo he dan vort vervolgen solle den vurg. *A. b. c. d.*, dat em recht gesche vnd den vurscr. *a. b. c.* goyn vnrecht gesche, vnde dat des hillighen richs hemeliken achte in rechte blin? Dat ordel wart gesat an *a. b. c.* frygreven des *a. b. c.* de nam dat an sich als recht is. Do quemen daer de ertsema raet des hobern etc. *A. b. c.* vurg. vnde beden vmb ene vryt des vollen geriche over *a. c. d.* vurg. beis vp den anderen Fer. q. e. meist to komende na data des breves, doch beholtlich den vurscr. *a. b. c.* syns gewonnen reches. Und want al dese vurscr. punten vur my *A. b. c.* vrygreve vurg. gescheen, beorkont vnd dorchgehaen sint mit ordell vnd rechte vur desen vurg. vryenstoel, vtgedrogen vnde geslaten sint als recht is: daer aver vnd an waren vill vrygreven, Ritterschap vnd vryschepen mit namen *a. b. c. d. e. f. g. h.* etc. vnd vil meer ritterschap vnd vryschepene geachtet wal vp dre hundred vnd meer, vnde hebbe des te tuge myn segel an deesen breiff gehanghen vnde hebbe vort gebeden to meerre bekantnisse de vurscr. frygreven vnde ritterschap Ere Segelle by myn segel to hangen, des wy alle nemptlich vurscr. erkennen, dat alle vurscr. punten waer sint, vnd also so vurg. is in vnser yegenwordicheyt dorgh gegaen vnde gescheen synt, vnde hebben des to tuge vnes segele by *a. b. c.* frygreuen vurscr. Segel an deesen breiff gehanghen, Dat. q. e.

## G.

Ich *a. b. c.* eyn gewert richter des aller — dorchluchtisten forsten Romschen Konings etc. Mit vrygreven des hobernen etc. *a. b. c.* Erkenne vnde betuge overmits deesen breve vur alle den ghenen de desen breiff vnd scryft moghen sien off horen gelesen werden, de vryschepen sint in des hilighen richs hemelichen achte, dat ich sat in der stede vnd stoel der hemeliken achte to rechter dage-tyt des

Fer. q. s. datum des breiffe vp den vrygenstoel etc. gelegen etc. to  
 richten over lyff vnd ere to behoff myns vurg. a. b. c. Daer vor  
 my quamen de eersame vrome Rait des vurg. a. b. c., Sonderlixa  
 de vromen vnd vasten *erffheren* der Vrygenstoell, vnde worven vmb  
 enen vorspreken als der hemeliken achte recht is, vnde de geworven  
 vorspreke warff ene achte, der ich em gunde van gherichtes wegen,  
 vnde quemen alle weder vmb in mit den vorspreken vnde vrageden  
 enes rechten ordele: Want de grote *Keyser Karll* hevet alle vrygo-  
 stole gesatet vnde gemaket in *westphalen* to den eisten maill vmb  
*veir artikule*, vnd mer artikule vit den veiren genamen sint, daer  
 doch de vryestoel vmb gevriget sint, vnde want men de veir artikule  
 to geyure vtsdracht en mach brenghen to have noch to daghe, noch  
 to helte, noch to velde, dan allene an den vrygenstole, dar de vry-  
 gestoel der hemeliken Kameran vmb gemaket sint in westphalen wer  
 dan enich keyser off koningh mit rechte eyne *vymwroge* sake van den  
 vier artikulen ein off alle vor en moge eyschen vnde ropen de taken  
 to richten, want he selven nicht en sitte in westphalen up eynen  
 vrygenstoel, off wat daer recht vmb sy? dat ordel satte ich a. b. c.  
 vrygreve vurg. an den Ersamen a. b. c. vrygreven, de nam dat ordel  
 an sick als der hemeliken achte recht is, vnde genck vit mit vill rit-  
 terschapp, geachtet wal up tweehundert, vnde mit Tien vrygreven  
 vnd vill vryscheppenbaren mannen, gheachtet wal up anderhalff  
 hondert vnd meer, vnde bereit sich dar mede lange tyts genoech, vnd  
 quam weder yn als recht is, vnde wisede vur recht na anwisinge der  
 Ritterschapp, vrygreven, vnd vryschepen, de vmb bestain hadden dat  
 gerichte, vnde he selvers nicht betera en vuste: na dem de groete  
*Keyser Karll* de macht hadde van gode van hemelrich, dat he mochte  
 maken de vrygenstoelle in westphalen vp anders geyure Stede to  
 behoff vnde vmb noit des rechten Kristen geloven, dat men dan de  
 heymlichen beslaten achten benomet, de veir artikule vp geynen  
 steden richten solle noch en moge in den rechten, dan vp den steden  
 der vrygenstoell, so dat der geyn Keyser noch Koningh vor em nicht  
 eschen, noch ropen en solle in den rechten, idt en were dat he sel-  
 ven mit synre Koninglicher personen queme in westphalen vp eny-  
 gen vrygenstoell, want se em dan alle apen staen sollen, na dem he  
 der eyn overst richter is. Vnd so mochte he aladan eyne *vymwroge*  
 sake vur sick eyschen, de to richten vur enighen anderen vrygreven.  
 Dat ordel wart besat as recht is; daer ich myn oerkunde up ont-  
 fangen hebbe. Daer mit my an vnd over weren vill vrygreven, Rit-  
 terschapp vnd vryschepen mit namen a. b. c. d. e. f. vnd vill meer  
 ritterschapp vnd vryschepen geachtet vp vierhundert, vnd hebbe des  
 te tuge des waerheit myn segel an dessen breiff gehanghen, vnde  
 hebbe fort gebeden to eyne meerren bekantnisse de vurg. vrygreven  
 ade des ritterschapp en desle, ere segele by myn segel to hanghen;

des wy wygessen vnd ritterschap, we wy voegenumt staen, erkennen, dat wy onse egele by *a. b. c.* vrygreve egele vmb eyne bede willen mit an desen breiff hebben gehangen, want wy mit dar, over vnd an waren, Dat dat vurg. ordel also gewist wart und nicht weder achtet dat. *q. s.*

## H.

Ich *a. b. c.* doin kont vnd bekenne overmide dessen breiff vur allen forsten, Hern, Greven, Ritters vnd Knechten vnd vort allen echten rechten fryschepon, de desen breiff mogen seyen off horen gelesen werden. Also als *a. b. c.* den *hogebornen forsten A. b. c.* vur mynen vrygenstoel up den *a. b.* etc. gelegen etc. beclaget vnde vorhait hevet als des *holligen rykes* hemelike achte recht is, tho dem eirsten male, to dem andern male vnde to dem derden male myt enen vrygreven vnde sees echte rechte vryschepen als der hemeliken achte recht is, van der selven lesten verbadingen ein richtfike plichte dagh was *Fer. q. s.* — Anno domini *q. s.* vnde alsdan de vurg. *a. b. c.* de richtlike dage alle vursumpt hevet vnde nicht geholden, so dat myn vrygreve *a. b. c.* selger gedacht up den vurscr. lesten richtliken dach ouer den ergenanten *a. b. c.* van rechtes wegen den lesten sententien ouer ein liiff vnd ere hebben mogen gheuen, dat ich to der tyt vmb Got vnd vmb den allere durchluchtesten Forsten romschen Konning mynen aller liefden gnedigen hern quermits myne Rede vorboden, vnd in vrist hebbe laten setten mit willen des ergesanten Klegers vnde des gerichtes bes vp *Fer. q. s.* — beheltlich doch in der seluen upstellingen den ergenanten Kleger syne gewonnen rechte. Vnd als my den vorkomen is, dat de ergenante *A. b. c.* vor den ergenanten mynen vryenstoell *a. b.* etc. ad *fer. q. s.* gekomen sy mit vill heren, forsten, Ritters vnd Knechten mit *gewapendor hant*, vnd heb sich daer getoghet vnde laten seen, doch dat em van gerichtes wegheyn gheyn richtlich plichtedach vp de tyt aldaer gelacht en was, also als dat enedeils mynre Reede, vrende vnde Ritterschap myne lants *a. b. c.* deme ergenanten *A. b. c.* doch muntlich Sachten vnd to kennen geuen, dat vmb der egenanten vptelingen willen de dem alre durchluchtesten Forsten Romschen Konings etc. tho eren vnde to leue vp gestalt vnd gescheyn was bis ad *Fer. q. s.* Daer vmb en weren to der tyt alder Richter noch Kleger in der saken, want ein richtliche plichte dagh der obstellinge were des *Fer. q. s.* vnde dan so mochte he vur den ergenanten vrygenstoel syn liiff vnd ere vrantwerden, als des hillighen riches heymlichen achte recht is, als em mit rechte geburden; vnde want my dese vurscr. saken wittlich ge-

maket synt, dat dese vurscr. punte alsoe ergangen, ghehandelt vnde gedreuen sint als vurg. is, so hebbe ich des to warer kennichap myn segel an deesen breiff doen hanghen. Datum u. s. mens u. s.

## I.

Ich *A. b. c.* eyn gewest richter des aller durchluchtichsten forsten Romschen Koninge etc. vnd Vrygreue der vrygraueschap to *a. b.* Erkennen vnde betughen quermits dessen breue vur allen de dese scryft moghen seyn off horen gelesen werden, de vryschepen sint in des hilligen rykes hemeliken achten, dat ich sat in Statt vnd stoell der hemeliken achte to rechter richte tyt dags des Fer. q. s. dat. des breues vp den vrygensteel etc. gelegen etc. to richten quer lyff vnd ere to behoiff *a. b. c.*, de eyn *erffher* is des ergenanten vryenstoille. Dar aldar vor my quam de vurscr. *a. b. c.*, vnde bat vmb got vnd vmb den kenink vnd vmb des rechten willen der heymlichen achten vmb eyne vorspreken, des em van gerichtes wegen gegont wart. Da *a. b. c.* vurg. den vurspreken gewonnen vnd geworuen hadde als der heymlichen achte recht is, do warff de vurspreke eyn berait, vnd genk yit vnd bereit sich, vnd quam weder vmb an dat gericht vnde gesan van *a. b. c.* wegen gericht, want he vunde in stat vnd stoill der heymlichen achte em to richten ouer lyff vnd ere, vnde togede dar vur my vnd bewysede in des hilgen riches heymliken achte myt waishaffighen vursgelden breuen vnd schinen, besegelt van vill vrygreuen Ritterschaff vnde echte vryschepen, welke breue vnd besegelden schine klerliken vitwisen weren mit anderen worden, so war de vurg. *a. b. c.* off syn gewisse procurator mit dem seluen besegelden breuen, schinen vnd tuge queme vur eyne vryenstoill, vnd vonde enen vrygreuen syttende to richten ouer lyff vnd ere in des hilgen Riches hemelike achte, dat de van eyde und des hilgen Riches wegen vnd van rechtens wegen vulgerichte vnde de lesten sententie geuen solde ouer den vurg. *a. b. c.*, so als de van *a. b. c.* wegen vurscr. vurbait is, vnd mit rechten ordelen vorwunnen were, so gesant *a. b. c.* vurscr. ouermits sinen vorspreken van my, vnde vurmande my by mynen eyden, vulgerichte vnde ordell ouer den vurg. *a. b. c.* to gheuen quer syn lyff vnd ere. Do vrag de ich syne rechten ordels, off ich *A. b. c.* vurscr. vulgerichte schuldich w. e to doen ouer den vurscr. *a. b. c.* na inhelde der vurg. besegelden schyne, de he dar vur my in gericht togede vnde leisen lete, off wat dar recht vmb sy. Sint dem male dat he my so hoge by mynen eyden ermane, dat ordel stalde ich an enen echten rechten vryschepen mit namen *a. b. c.*, de bat des ein berait, vnd dat ich em gheue ensdels der ritterschaff vnd vmbstants des gerichtes.

daer he sich wal mit berecht lange-gemech, vnde quam weder vnh in dat gericht, vnd wiede vnr recht na anwysinge der ritterschap vnd seluers nicht beters en wuste: sint den malen dat de vurg. *A. b. c. d.* von *a. b. c.* wegen vurscr. alen verbaet were, vnd mit rechte verwonnen na inhelde der vursgelden schyne, breue vnde tuge, besegelt van vill frygrouen vnd ritterschap, vnde *a. b. c.* my sittende vnde vp fryenstoell in enre gebegeden gerichte der hemeliken achte des hilghen riches to richten ouer lyff vnd ere, vnd gerichtes an my gesonne dorch got dorch den Konningk vnd dorch dat recht, vnd by mynen eyden armande, so moeste ich *a. b. c.* vurg. off synen procurator vermits mynen eyden vulgerichte wedervaren laten, vnd doen ouer den vurg. *a. b. c. d.*, dar valbart ouergenick als der hemelichen achte recht is, vnd dat besette ich mit der Ritterschafft vnde vmbstant des gerichtes van gerichtes wegen. Vnde de gesant *a. b. c.* vurg. ouermits sinen gewonnen vurspreken ener vulgerichte ordell vnde de leen Sententien ouer den vurg. *a. b. c. d.*, vnde bat eyne rechten ordels: sint den male dat de vurscr. *A. b. c.* verbaet were to dem ersten male, to dem anderen male vnde to dem derden male als der hemeliken achte recht is, wo he ene dan vort vorvelghen solle, dat em recht geschege vnd *a. b. c. d.* nyen Vnrrecht? Dat ordel wart gesat an *A. b. c.*, de dat an sick nam als recht was; do reip ich an de Erzame Ritterschap vnd vmbstant des gerichtes, vnd beden de vurscr. *a. b. c.* vmb got vnd vmb den Konningh vmb ene vryet der vurvoringe des vullen gerichtes ouer den vurg. *A. b. c.* heis vp *Fer. q. s.* meist komende, doch beheltlich *a. b. c.* vurscr. syna gewonnen rechten, vnde want alle dese vurg. punte vnr my *a. b. c.* vrygroue vurg. vororkundet vnd durch gegaen sint mit ordel vnd mit rechte als recht is, vnde uitgedragen sint, daer ouer vnd an waren vill guder ritterschap vnd vryschopen gesachtet vp hondert vnd meer, so hebbe ich des to tuge myn segel an desen breiff gehangen. Vnde hebbe vort gebeden to meren bekantnisse deser vurg. ritterschap andeile mit namen *a. b. c.*, dat se ere segell mit an desen breiff hebben gehanghen. Des vry *a. b. c. d.* vurscr. erkennen, want onse dese vurg. punten wydtich vnd kondich synt, vnde vry daer ouer vnd an geweest hebn. Datum *q. s. mens. q. s. etc. Fer.*

K.

**W**et *A. b. c. d.* dat ich *a. b.* vrygroue etc. Dalinch up desen dagh dat. des breue Stat vnd steell der hemeliken achte des hilghen rykes den vrygenstoill to etc. mit ordell vnd rechte bekledet vnde beseten had, tho richten ouer lyff vnd ere. Daer vor my gekomen

is *A. b. c.* ouermide sinen gewonnen verspreke, ende toghede vnd bewisede aldaer vur my in des hiligen rykes hemeliken achten mit warhaffigen vursegelden breuen ende schynen besegelt van vill vrygreuen, Ritterschap ende echten vryschepen, welke schyne vnd vorsegelde breue klerliken inne vnd vit wisen, wann mit andern worden, dat de vurg. *a. b. c.* iv vorbadet vnd mit rechten ordelen verwonnen had, so wanner vnd waer de vurg. *A. b. c.* Oft ein gewisse procurator mit den seluen vursegelden schynen vnd tuge quemen, vur euen vrygenstoill vnd binden daer enen vrygreuen sitten to richten ouer lyff vnd ere in des hiligen rikes hemeliken achte, dat daer van eyde wegen van des hilgen rikes wegen vnd van rechten wegen ouer u lyff vnd ere vulgerichte vnd ordell over ju gouxen solde, also gesan de vurg. *a. b. c.* ouermits synen verspreken van my vnde vermaende my by mynen eyden vulgerichte over ju to gheuen, des ich em van mynre eyde wegheuen nicht wegeren en mochte, na inholtnisse der vursegelden schyne vnd breue; doch so heb ich angeropen ende gebeden vill ritterschap vnd echte vryschepen, de to den tyden an dem gerichte waren, vnd heb den ergenanten Klegler vmb got vnd waldat gebeden, vnd ju *a. b. c. d.* to eren der vorworinge vnd ordell des gerichtz ouer iv ene vryst vnd tystellinge gebeden beis des Fer. q. s. — nest komende na datum dess breiffe, so late ich ju weten ouermide dessen breiff, vnd gebede ju vnder Koninx banno, dat gy des nicht en laten, gy en syn vp den vurg. Fer. q. s. to rechter dage tyt vur den vrygenstoill to *a. b. c.* up der gewontliken *maelstede* in des hiligen rikes hemeliken achte, vnd vurantworden aldar iu lyff vnd ere to juwen hogesten rechten Enteghen den ergenanten klegler off eynen synen gewissen procurator; off gy des nicht en deden vnd daer versumelich inne wurden, vnde dan de ergenante Klegler off eyn syn ghewisse procurator mit sulchen vursegelden schynen vnde breuen vur my off vur eynen andern vrygreuen quemen in des hiligen rikes hemeliken achte, so moeste ich off enich ander vrygreue over ju lyff vnd ere vulgerichte doin, vnd de lesten sententien vnd ordell ouer ju gheuen als des hiligen rikes hemelike achte recht is, des ich van eyde wegheuen nicht wegeren . . . . .

---

 XL

Kaiser Karl IV. verleiht dem Erzbischofe von Eln die Macht, diejenigen, welche bei den westphälischen Gerichten unrecht verurtheilt sind, wieder in ihre vormalige Ehre und guten Ruf zu setzen.

Rom Jahre 1353.

(Aus einer Handschrift Rindingers.)

---

Karolus dei gratia Romanorum Rex, semper Augustus et Boemie Rex, notum facimus universalis presentes litteras inspecturis, quod ven. Wilhelmus Colon. Archiepiscopus, sacri imperii per Italiam archicancellarius, Princeps noster dilectus, in nostra conspectus presentia nobis significari curavit, qualiter apud et pluries nonnullos homines in Ducatu Angarie et westphalie residentes contingit per iudicium Comitum, scabinorum comitatuum liberorum, qui vulgariter freygrafschaft vel stillgericht nuncupantur, nullis eorum demeritis exigentibus, minus debite condemnari. Quare dictus Archiepiscopus pietate motus super premissis instantiter petens per nostram Celsitudinem de oportuno remedio provideri: nos de fidei nec non circumspeditionis et legalitatis industria prefati archiepiscopi singularem fiduciam obtinentes, sibi et successoribus suis, ut condemnatos sive proscriptos necnon in posterum condemnandos vel proscribendos per iudicium Comitum et scabinorum Comitatum liberorum predictorum infra dictam ducatum consistentium, ad quoscunque cujusunque dignitatis, conditionis et status pertinentium fame et honoribus pristinis in totum et libere restituere et reintegrare possint et valeant, auctoritate nostra regia indulgemus, ipsisque plenam et omnimodam damus et concedimus facultatem, dum tamen eidem Archiepiscopo vel suis successoribus liquide constare poterit, dictos tales condemnatos fore minus debite vel proscriptos. In cujus rei testimonium presentes scribi, et sigilli nostri iussimus appensatione muniri. Datum Maguntie, anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo tertio indictione sexta, XV, Kal. Januar. regnorum nostrorum anno octavo.

---

## XII.

Kaiser Karl IV. verleiht dem Erzbischofe zu Köln die Macht, an den Freyenstuhlsgerichten taugliche Männer als Richter zu bestellen, und die untauglichen abzusetzen.

Vom Jahre 1359.

(Aus einer Handschr. Rindlinger's.)

Karolus quartus divina favente Clementia Romanorum imperator, semper Augustus, et Boemie Rex. ven: Wilhelmo Archiepiscopo Coloniensi S. R. I. per Italiam Archicancellario principi devoto, suo dilecto gratiam suam et omne bonum. Cum prout certa multorum fide dignorum nostrorum et imperii fidelium inferuari didicimus, in ducatu Avarie et Westphalie certe sint comitis libere seu jurisdictiones, *freygraschaft* seu *stillgericht* vulgariter nuncupate, ad te et tuam Colon. ecclesiam pertinentes, quibus fortasse per nos aut divos Romanorum imperatores et reges, predecessores nostros persone insufficientes et minus idonee in comites proficiuntur seu hactenus sunt profecto, eo quod de ydoneitate earundem propter patrie distantiam cognitio vera seu testimonium sufficiens commode haberi non possit, dictaeque jurisdictiones in pluribus dicti ducatus locis minus convenientibus consueverint exerceri, nos ad honorem sacri imperii Romani ac dictarum terrarum commodum et utilitatem huius modi negligentias praevenire seu reformare cupientes, habito respectu ad multam fidelitatis devotionem, qua te in nostris et imperii sacri honoribus ac commodis procurandis benevolam et promptam semper invenimus recolesce, de dicta ecclesia tua devotione specialiter presumens, tibi de speciali nostra gratia et auctoritate imperiali, nec non de certa nostra sententia concedimus in hiis scriptis, personas ydoneas dictis comitibus seu jurisdictionibus comites liberos instituere et proficere, et minus ydoneas seu insufficientes institutas deponere seu destituere, et loco depositarum alias ydoneas et sufficientes de novo instituere, neque dicta loca minus convenientia ad alia loca magis convenientia transponere; et eadem ad huiusmodi jurisdictiones in eis exercendas seu translationes per te faciendas, permittitur tantam roboris habere firmitatem, ac si talia per nos aut successores nostros imperatores et reges Romanorum fierent ac fieri contingerent quovismodo. Presentium sub nostre imperialis majestatis sigillo testimonio litterarum Datum aquisgrani, anno Domini millesimo trecentesimo quinquagesimo nono ind. duodecima III. nonas mensis Aprilis regnorum nostrorum anno tertio decimo imperii vero quarto.



## XIII.

Kaiser Carls IV. Sicherheitsbrief für die Landbewohner und Reisenden in Westphalen, nebst Vorschrift, das Schöpfungengericht mit aufrichtigen Leuten zu besetzen vom Jahre 1374.

(Aus dem Original mitgetheilt von dem Herrn Domcapitular Meyer in Paderborn.)

Wir Karl von gotes gnaden Römischer Kaiser zu allen seiten meeres des Reichs und Kunig zu Beheim, Bekennen und tun kunt öffentlich mit diesem brief allen den die yn sehen oder horen lesen, das wir von den Erwürdigen frideriche der Heiligen Kirchen zu Cohn Erzbischoff und des heiligen Reichs Erzschantzler in Italien, Hertzogen in Westphalen und zu Enger unser lieber Neve, florentze zu Manster, Heinrich zu Padelburn, Balthazar zu Oesemburge, Bischöffe, unser lieben fursten und andächtigen, und von dem Edlen Engelbrecht Grafen zu der Marke unsir getrewen berichtet und underweiset seyn, in wie groessen unfriede das land zu *Westphalen* sey, also das sich dar ubels Keynmann durch unfrides willen behalden und generen kan, Dorumb so haben wir durch Got vmb woldat und euch umb ehaffte nuts und not des vorgn. landes, den vorgn. Friderich Florents, Heinrich, Balthazar und Engelbrecht empfohlen, yn und allen iren nachkommen und des vorgn. Engelbrechts erben Grafen zu der Marke, und dernselben Hertzogtum und lande ewiclichen vor eyn recht gegeben, also das nach datum dits briefes alle Kirchen, alle Kirchhoffe, alle Hausleute und aller ir leib und gut darauffe sicher und friedlich wesen sullen; vort mer so sal die pfug mit den pferden und mit tsweyn Leuten, die den bewarent, dieweil sie den acker pauwent und ackernt, veylich und sicher seyn; euch sullen alle wilde pferde veylich seyn; vortmer so sullen alle Kaufleute, pylgeroyn und geistliche Leute ir leib und gut sicher sein off den Strassen fur unrechter gewalt. Wer aber sache, das dheyne here oder ymand andere fruntschaft oder geselschaft mit eym andern gehabt hette, und das seine Ere bewaren wolte, und sein feynt sein wolte, das sal er ym kunt tun und bewaren bis uff den dritten tag, befohren ee her yn angreiffe oder Schaden tue, on alle argelist, mit behaltenuz des Reichs und der herren herlichkeit und rechts. Wer ouch sache, das diese vorgeschrieben heren zu diesem rechte ymand duchte gut und nutze sein von herren und von stetten, die bey yn off umme sey gesessen were, die mugen sie zu yn nemen und lassen sie das recht ouch mit haben und sweren in aller der masse und weise, als dieser brief Inne-

haldet und begriffen hat. Wer aber sache, das ymand also ubel tette, der die recht subreche, die oder den sall man su stund mit der taet in des Reiche und des landes, wo das geschicht, achte *verme* tun, und euch rechtlos, und von allen rechten ubervunne sein, beyd heimliche und offenliche; und dem mag man freylich angreyffen in allen Stetten und strazen, und der oder die sullen nyndert sicher und fridelich sein, und dem oder den sal aller menichlich helffen, die da by ist, ob er dartzu geheischet wirdet by des Reiche odir Kuniges Banne. Hette der ouch lehen odir gut von heren odir von ymanden das sal vorfallen sein dengenen, den sie das su lehen odir sust Innehan. Wer ouch sache, das den odir die ymant mit vorsatze odir mit Kuntschaft hausede, hoffede odir dhsiner hande furder nusse tette, die oder der sullen ouch in allen Rechten ubervunnen sein, als der hanttedige man; ouch so gebieten wir allen Fursten, gestlichen und wernlichen heren und allen freyen Grafen die freygrafschafft haben von uns als von dem Reiche in dem vorgem. lande zu *Westpfalen*, und allen freyen Schepfen, Ritzern, Knechten und Stetten: Wer es sache, das die Recht und unsere keiserlich setzunga ymand, in welchen werden und Eren wer der werp, ubergriffe, das man den sall hangen; und gerechte odir vorteydingete den ymant, der odir die sullen in demselben rechte verwunnen sein als der hanttedige man; ouch so wollen wir und gebitten allen den freyn Grafen, die in den vorgem. Lande zu *Westpfalen* sint, das sie keine Schepfen machen sullen, sie befelen ya das uff ire eyde, das sie das recht trewlichen bewaren, und sweren suvoren, und das sie mit rechte Schepffen werden mugen, und dartzu geborn sein, fry von gebart. Were ouch sache, das ein here oder eya Statt mit herkraft tzerogen, oder su velde legen, und von yn oder von den iren dits Recht vorbrochen wurde an vorsatz, die hantadiga sol das bynnen den nehten siertsehen nachten richten und widestun unvorsogerlich an eyde also vil als der behalden wil, dem die schade geschen were mit tswayn seynen nachgeborn, und geschehe das nicht, so sall man mit dem hantadigen vortfaren, und her sal in allen rechten vorwunnen sein, als da vorgeschrieben stet, und die obengeschrieben verleyhunge und gnade sal weren bis uff unser und unsere nachkomen an dem Reiche Romischen Keisern oder kunigen widerrufen. Mit urkunt dits Briefts versigelt mit unsem keiserlicher Maiestat Insigel, der geben ist zu Budysin. Nach Cristus geburt dreitsenhundert Jar dornach in dem Eyn und siebentzigsten Jare, an eante katherisstage, unser Reiche in dem sechs und tswantzigsten und des Keiserums in dem sibentzenden Jare.

## XIV.

Zeugniß der Stadt Hörter, daß der Abt zu Corvey mit ihrem Rath und Willen den Landfrieden beschworen hat.

1382.

(Aus dem Original.)

Wi Arend van swalenberghe, Johann Roleves, Borgermeestere, Rad unde de ganze ghemeynheyt to Huxere, bekennet unde betuget in dussem apene breve vor uns unde vor unse nakemelinghe, dat uns gnedighe Here Her Bode Abbet unde dat Capittel to Corbye myt unsem raede, willen und vulborde ghesworen hebbet den vrede, den de aller irlichtigste furste Karel, romesche Kester, ghegheven hevet den heren unde lande to Westphalen, den tho haldende na utwisinge der breve de de heren unde stede des vorscreven Landes dar up ghegheven hebbet. Des tho thuge habbe wi borgermeestere unde raed vorghescreven unser stat inghesegel ghehanghen an dussem breff. Datum proximo die Dominico ante Festum Georgii, anno domini M<sup>o</sup> CCC<sup>o</sup> LXXX<sup>o</sup> secunde, —

## XV.

Beschluß der Stadt Hörter, 4 Freischöffen aus ihrer Mitte zu wählen, und Vorsichtsmaßregeln gegen andere Freischöffen, die sich in der Stadt niederlassen wollen,

v. J. 1382.

(Aus dem Original.)

Wi Borgermeestere unde Rad to Huxere, nie unde olde, bekennet openbare in dussem breve, dat wy sint syndrechtig worden mit all unsen Gilden unde ghemeynen borgeren aldar sulves, dat wi scholet unde willet Kesen veer bedderve Man unser borgere, schepen to werdende unde der schal de rad vorscreven twene Kesen ute der meynheit, unde de gilden twene ute dem rade nie ofte alde; were we de des nicht don en wolde, den de rad efitte de Gilden Koren, schepen to werdende, de scholde gheven teyn laudege Mark, unde scholde et nochten don. Vortmer wae dat der vrees unser borgere vorscre-

ven jenich afginghe an dode, dat God langhe vriste, effts os entvore, wo dat to qweme, so scholde de rad effte de gilden vorsecreven welkerem dat gheborede, eynen bedderven man unsen borger in des steds wedder Kezen. Vortmer wolde jenich borger sine borgerschap up gheven, unde wolde schepe werden unde darna to huxere to uns wedder invaren, des en wolde wy nicht liden mit os to wonende. Vortmer wolde hier we to os invaren, de eyn schepe were, de dem rade duchte der stat nutte und gut ein, dat is mit unser aller witts und vulbord der Gilden unde der Meynheit vorsecreven. Vortmer so wil wy so laten by al orem olden rechte, unde holden om al de breve de an use here van Corveye unde zin stichte unde de rad, nie unde old, en besogeld unde ghegheven hebbet unvortoghet unde unvorbroken, utghescheden alse hir vor ghescreven steyt. In cujus rei testimonium sigillum nostrae Civitatis presentibus est appensum anno Domini M<sup>o</sup>. C<sup>o</sup>C<sup>o</sup>C<sup>o</sup> LXXX<sup>o</sup> secundo, proxima feria secunda post exaltationem s<sup>c</sup>e Crucis.

## XVI.

Schreiben Kaiser Friedrichs an den Erzbischof von  
Eöln in Betreff der Freistühle,  
vom Jahr 1440.

(Aus dem Original nach einer Abschrift Rindlingers.)

Wir Friedrich von Gots Gnaden u. embieten dem Erwirbigen Dierichen Erzbischoff zu Eöln, Erzkanceler in Itallen und Herzogen zu Westfalen unserm lieben Neven und Kurfürsten, unser Gnade und alles Gut. Erwürdiger lieber Neve und Kurfürste, uns haben beyne und ander der Erwirbigen und Hochgebornen unser lieben Neven und Kurfürsten Rete ambraicht, wie daz heymeliche Gerichte zu Westfalen nicht gehandhabet, geübet und gehalten werde, als es dann von altem Hertomen angefangen, auffgesagt und geordenieret sey, dadurch mannichveltig schade, verbriess und smacheit viel lüten ungepürlich zugezogen werde, und haben uns darüber gebeten, solichs auff eyn gute Ordenunge, wie daz von alters hertomen und auffgesagt sey, zu bringen und zu setzen; und wie wohl wir von denselben heymelichen Gerichten nicht wissende seyn, so wolten wir doch sunderlich gerne, daz derselben Gerichte nicht Misbruchet wurde, sunder daz sie by altem Hertomen beleiben mochten, und wir haben auch wol von dynen Reten, die hzt bei uns gewest seyn, vernumen, wie du mit groffer Müe, Kosten und Arbeit, eyn bequemelich ordenunge, als eyn Herzog zu Westfalen, darinne verraynet und dieselb seliger gedechtenisse Keyser

ser Sigmunden in geschrieft gesendest habest, der nach dem halbe von dieser Welt abgangen und verscheyden sey, davon soliche ordenunge nicht viel nützes bracht habez; So ist unser Begierde und bieten beyne liebe mit gangem Fleisse, soliche Ordenunge auff sant Andres Tag nächstkünftig mit dir gein Rürnberg zu bringen, und auch die zwischen fleissleich erfahren, was über solich dyne Ordenunge Merer Nuzes und gutes gesin moge, solich Gerichte auf iren ersten Aussage zu bringen. Da denken wir alsdann, mit Gottes Hülffen zu kommen, mit dyner Liebe und anderen unsern Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Herren, Rittersn und Knechten, unsers Reichs daraus fügleichen und im besten zu reden, und als sich gepüret zu stellen. Wir geben hier auch ganz vollkomeleich Macht, in Tract biß Breißs alle und igliche die dich nuge bedunken und bequemeleiche darzu seyn, für dich oder die, die du darzu fugest, wie oft du das mëynest noit zu seyn, zwischent dieser zeit und sant Andreastag nächtkomenbe zu verschreiben, und zu verbotten, den wir auch allen und jeglichene mit diesem Brief vestiglich von Königlichir Macht und Gewalt gebieten, dir oder den beynen darinne zu folgen und geholtzam zu seyn, und willest auch beynen fleiß und Ernst hirinne tun, als wir dann des und alles guten besunder wol getruwen; daran etzeigest du uns sunder wolgefallen, und wollen das gein dyner Liebe genediglich erkennen. Geben zu Wiene, versiegelt mit unserm Königlichem Aufgedruckten Ingesiegel nach Cristi Geburt vierzehnen hundert Iare und darnach in dem vierzigsten Iare am Montage nach dem heiltigen Pfingstag unsers Reichs im ersten Iahre.

## XVII.

Urtheilsspruch über Heerwedde und Gerade,  
1441.

(Mitgetheilte Abschrift.)

Ich Jacob Stoffreggen, Weighreue mynt leuen genedighen Junchern Juncker Otten, Greuen von Leckeneborgh, bekenne vnd bethuge openbar yn dyssen breue, dat vor my yn antworde guder Iude hyr na beschreuen an, eyn heghet gherichte, dar ich stede vnd Stole myt ordele vnd mit rechte hadde beseten, zint gekomen die Erwerdighe Edele Brouwe, Brouw Anna van Plesse, Eddyffe des Stichtes to Breckenhorst, opp eyne zyd, vnd bye ghemeyne hunschenote vnd higghe des virgesat gestichtes opp ander Zyden, so twyngschelinge was tussche dessen beyden Parten van Gruedenlinghe, vnd oec van hermeden vnd von geraden der . . . hunschenoten. — So bekenne Ich Jacob Weighreue vurg. dat dat Erwerdighe Edele Brouwen vurg. vnd ere Ratomelinghen

myt Ordele vnd myt Rechte vor my wart to gewysset Eyn herwede off  
 eyn Oherade, welcker vervallen were vom boden hant, watten dat sen,  
 of wer uast zeten, vnd zone off dochter, dar to huss were, vnd of  
 dat sen eruedelbe halff alle blodighe haue van manne vnd van Brouwe  
 iuder onderschent, vnd vort alle gud halff, dat van ere Hupsgenoten  
 na bleue na boden hant vutgefeget Korn gezeget ober vngeseygt, dorss-  
 chen eder ondorsschen, dat vpp tobehorynghe des Crues gewasschen  
 were, wer id auer buten gezeget, so ghinge dey helste to der Griff  
 deylinghe. Und went dyt alldus vor my Jacob vryghreue burg. is  
 gescheyn, so hebbe ich des to tughe der warhent myne Ingesegell an  
 dyssen Brieff ghehanghen: Hye were an vnd over Erfame manne,  
 Stantgenote des gherichtes, Her Johan Warendorpp, anders ghehe-  
 ten Versmell Kercker to Breckenhorst, Her gherd Suthoff, Canonid,  
 Johann Cappel Droste to Rebe, Johan die vrolicke, Hupsgezyne  
 myns leuen ghnedighen Junchern vorgesat. Johan Goghreue, Dide-  
 ric van Langhen, Herman Hudepole, Borgermester bynnen Warend-  
 dorpp, Johan Regewert, die junghe, Richter to Warendorpp, Johan  
 Boumann Amptman to Breckenhorst, Johan de Raber vnd ander guder  
 Rude genouch. Gegeven in dem Jare na gebuyrte vns Heren Dusest  
 vyerhondert vnd eyn vnd viertich. opp die Achte nach na Unser Brou-  
 ven daghe. assumptionis.

### XVIII.

Schreiben an die Stadt Boicholt und Kundmachung  
 einer geschenehen Verfemung,

15tes Jahrhundert.

(Aus dem Original.)

An dey Erbaren wysen vorsichtigen Borgermester Schuppen und Rat  
 der Stad Boicholt, unse bysundere guede Vrende,

Dusses breyves en sall neymant lesen off horen lesen, edder  
 . . n do . . (en doch) heh en ey eyn echt recht vryscheppea des  
 hilligen rykes.

Erbare guede vrende, wy bidden u tho weten, wee dat eyn tyd  
 geleden ys, dar Bernt dey Ducker vrygreve der vrygraschapp von Hej-  
 den nitgesant hedde veir echte rechte vryscheppea des hilligen rykes,  
 ene badinge tho done in deynste des hilligen romeschen rykes an  
 Everde van Deypenbroick den jungen, dar sey myt ordele und myt  
 rechte to gewunen were als der hemelik achte recht ys, welke veir  
 vryschuppen van Everde van Deypenbroick varecr. Roloff hiddesbergh.

Roloff Rolam heechmoet, diderich hemelich, Johanek Gerdes Knappe  
 van deypenbroick, kons hesselich, leyfert hesselich ind dat soneke  
 worde gevangen, getonet, geslagen und myshandelt. Ind der vurscr.  
 vryschoppen hebben sey twe twegemoordet und gehangen sonder ge-  
 richts und recht, ind dey ander twe vryschoppen geschantet, dar sey  
 Gode und dem hilligen rycke und dem hemeliken gerichtte grote sma-  
 heit, hoen und laster angedaen hebbet, ind ume der groten moort,  
 mydaet, laester und smahet willen, de sey gode und dem hilligen  
 rycke, und dem hemeliken gerichtte dar angedaen hebbet, darume  
 see wart en eyn recht plicht dagh dar to gelacht ind geholden van  
 der hilligen ryckes wegen, dar sey voir ons als ume der groten moort,  
 hoen und mydaet wille vurscr. synt verwyet, vervoert ind vervemet  
 als des hilligen ryckes ind der hemeliken achte recht ys, dar voell  
 schiltbordiger mans ind ander echte rechte vryschoppen aver ind an  
 weren. Erbare gude vrende, see late wy u dyt weten und gebeyden  
 von allen echten rechten vryschoppen onder Konynge banne van  
 onser gelavede ind ede wegen, off enich vryschoppen dusse vurscr.  
 verwysede, vervorde, vervemede lude bekomen kunden off beque-  
 men, dat me sey noms ind bringe sey an den airsten boem dar men  
 an komet, ind hangen sey, ind doen en er recht, als des hilligen  
 ryckes ind der hemelik achte recht ys, dat u ind alle voirsten ind he-  
 ren ind vryschoppen, dey den hilligen rycke ind dem hemeliken ge-  
 richtte gehuldet heben, gebort to done; want dem hilligen rycke ind  
 dem hemeliken gerichtte grote smahet ind schemede darmede gedaen  
 ys, ind us gescheit, noch gehart en ys, dat selke grote undaet dem  
 hilligen rycke ind dem hemeliken gerichtte gedaen sy. Ind vort erba-  
 te gude vrende, so verkungen wy u ind voirt allen echten rechten  
 vryschoppen, woe dat myt rechtem ordele in dem hemeliken gerichtte  
 gewyst ind erkant ys, wer dat enich vryscheppe dusse vurscr, ver-  
 vemede, verwysede, vervorde lude enich huusde off huvede, off sich  
 in ore lande leyte umegaen ind behelpen, ind en er recht nicht en  
 dede gelyk vurscr. ys, der dede dem ede den hey den hilligen rycke  
 ind dem hemeliken gerichtte gedaen heben, to kort, ind weren den  
 hilligen rycke broklich ind weddich geworden, ind warren dar ume  
 alle vryschoppen, dey dem hilligen rycke gehuldet hebn, dat sey sick  
 verhoede, op dat sey in geyn swar verdrift dar mede komen, dat  
 ons doch leet wete, dat bekene onse Hete got, dey u spar lange  
 tyt gesont. — Gesch, onder segall als myt namen Hugo van Oster-  
 wyck, vrygreve in den veste van Rekelinchusen, Bernt die Ducker  
 vrygreve der vrygraaschapp van Heyden, hēydecke van vordē vrygreve  
 to wetter, Johan haeckesberge, vrygreve ten velmesteyn, Wyncke  
 paschendael, vrygreve to busckem, henrich van lyant, vrygreve to  
 bodalewynghe, wilhelm zalter, vrygreve to ludinchus, Diderich ploger,  
 vrygreve in der kudmēgraaschapp, Johan die Kruse, vrygreve to heur-

ken, Aspelacen hornspenynck, vrygreve tho Ozenbrugge, ind Johan van bernstorppe, vrygreve der vrygraschapp te bilsteyn. Gegeven op aunte Jacobes avet; der vrygreve die hir benede gescriven staen, der wy ander vrygreve vurscreven er segel mede in dussert saken gebreken. Ind hir heben veirt mede an und auf geweist veel schiltboriger maens, doe dat gerichte ind die vernemynghe geschae an dussert personen, als myt namen Goeseen stecker, erffmarcalc ind droste in der veste van Rekelinchus, Borchart Steke, wennemer van Heyden die elde, Cracht stecke, Buier van Paenelde, Johan van Paenelde, Buier soen, diderich van Wyckede, Borchart van Westerholse, Sander van Galen, Johann Asschebroick, Gherd van berntvelde, Herman van der horst, diderich van nortkerke, Albert sobbe, henrich van Westhussen, Rotger van der horst, Johan van der becke, Robert staell, Bernt ovelacker, francke van wittem, wennemer hemerberg, wessel van hame, diderich van de Doerle, diderich van den voerete, Coert van de averhues, Diderich van westerom, bernt hachebranc, diderich van Galen, Rotger van Gale, Frederich van vulffte, Gerlich van westhuss, Henrich ulenbroick, Johan ulenbroick, henrich van bradenbecke, ind voert veel ander vryschopen genoech wal geachtet op twe hondert. Datum anno domini etc. — proximo die qua supra.

hugo van Osterwick, vrygreve.

Bernt die Ducker, vrygreve.

Wynke van voerde, vrygreve.

Johan de kruse, vrygreve.

Wynke passchendael, vrygreve.

Diderich ploger, vrygreve, ind

Henrich van lynne vrygreve.

### XIX.

Hans Römers, Freigrafen der Graffschaft zu  
Hunden, Freigericht in Sachen Wilhelms Gra-  
fen zu Weede, und Johannes von Schöned  
Herrn zu Dillbrück, gehalten.

1451.

(Aus dem Original.)

Ich Hans Römmer, vrygreve de Grafschap to Hunden, erkenne in der  
ganz open Breyve und doen kant allen vryenscheffen der heymelicken  
adte, dat ich op hude dyntag datum dijs Breyfs, dat nemliche ys



dey neſte Dyonſdag na ſent Michels dage, den vryenſtoill to Glope be-  
 ſat gelegen in der Graſſchop to hundem vorſ. geleget vnd geheget als  
 ſich van rechte geborde, vnd ſind dargekomen in dat gericht, Wilhelm  
 van Cleberg vnd maſſeyd van Brambach alſe vutmechtige Runderere  
 und Procuratore das Edelen Junchern Wilhelms Greve to Weede vnd  
 Johans van Schoneke Heren to Dilbrück mit ware ſchöne eyne open  
 beſegelten-machtbreiff, vnd denſelven ſchyn vnd Breiff dar In gericht  
 getoget vnd leſen deden, vnd vort an demſelven gericht vermidz ere  
 rechten gewonnen vorſpreken by namen Herman Peperſack, Sagreve in  
 der Beſte to Attenborn, myns gnedigen leve Hern von Solne, ir eyne  
 rechten ordels deden fragen dorch got vnd den Koningh, aff ſolich ſchyn  
 vnd Runderers breyff od van macht ſy; dat ordell wart geſtalt an Hen-  
 richen van Cobbenrode, dey bereit ſich mit den vryenſcheffen, vnd wy-  
 ſede vor recht: dat dey ſchyn vnd Breiff as vorſ. van macht vnd wer-  
 de ſy; ſolich ordell wart to gelaiten, vnd vort beſat mit guden man-  
 nen vryſcheffen bey namen Hedenrich dem Wulff, corde wreden, vnd  
 Dideriche van Bonſtede, als ſich van rechte geborde. Item ſo hebt dey  
 ſelve procuratore aldaer in gericht vort getoget ſoliche Breyve, dar  
 Inne deſelven er Hovethern mit namen Juncher Wilhelm Greve to  
 werde vnd Johan van Schoneck, aff geſurber ſint, vermidz ere frün-  
 de, an Johan Gardenebeck, dey ſich ſchriwet eyn vrygreve to Lymberg  
 vnd des vryenſtoills by Menden, dey deſe ſelve Junchern Wilhelm  
 vnd Johanne verbobet vnd geladen hadde an den vryenſtoill by Men-  
 den, vnd hebt vort eyne rechten ordels dorch got vnd den Koningh  
 doen vragen vermidz ere gewonnen vorſpreken ergenant, aff ſoliche  
 breyve, dar dey affforderinge mede end Inne geſchehn ys, od van  
 macht vnd werde ſyn, eber wat dae recht umme ſy? dat ordell wart  
 geſtalt an Diederiche van Bonſtede eynen vryſcheffen, dey bereit ſich  
 mit den andern vryſcheffen vnd wyſede vor recht, dat ſoliche afforde-  
 ringe breyve van werde ſyn, dat ordell wart to gelaeten, vnd vort  
 beſat, as ſich geborde, mit Hern Raven van dem Caſenberge, Ritter,  
 Hedenrich dem Wulff vnd Frederiche van Zulen, amptmann tom  
 Swartenberge, vryſcheffen. Item vort ſo hebt deſe vorg. Procuratore  
 vermidz ere gewonnen vorſpreken ergenant geſraget eyne rechten  
 ordels, aff eynich gericht geſcheyn were oder geſchege boven ſoliche  
 rechte affforderunge, dey ſaken andrepnde, aff dat od hynden ſolle,  
 oder wat dat recht umme ſy, ſolich ordell wart geſtalt an Dideriche  
 van Helben genant Jagebüvel, eynen vryſcheffen, dey genß ys vnd he-  
 reypt ſich mit den andern vryſcheffen, vnd quam weder In vnd wyſede  
 vor recht: wert dat dey vrygreve boven ſolichs rechte affforderinghe  
 eynich gericht hebbe gedaen eber dede, andrepnde dey ſelven ſaken,  
 dat were vnbundich vnd van neyne werde; dat ordell wart od to ge-  
 laeten vnd vort beſat mit Johanne van Snellenberg, Hermanne van  
 Lenhuſen genant Grevenſtein vnd Wilhelm van Dele vryſcheffen. Item

vort so hebt sey vermidz den selven eren vorspreken eyns rechten orbels gebeden vnd gefraget, dat geborlich gelove gescheyn wese dem vrygreven vor dey vorboden lude, aff dey vrygreven den eynich gerichte dat boven doen moige, dey wyle dey dach der anderen parthyen vnd geescheden luden nicht verkündiget en were? dat orbell wart gestalt an Frederiche van Tulen, dey bereit sich vnd wysede vor recht: were dey dach . . . . nderen parthyen vnd geescheden luden nicht wetlich, vnd kundich gebaen, wes dey vrygreve dan dar boven richtede dey saken anbrepende, dat were unhündich vnd van neyne werde, dat orbell wart to gelaten vnd vort besat mit Wilhelm vogte, Goderbe van Bernynckhusen und Johanne van Bernynckhusen vryschaffen, Item vort wart gefraget vermidz den vorg. vorspreken eyns rechten orbels, aff eynich vrygreve gericht breye vt sente, vnd hobe bede, dey nicht op westfelsen erden vnd in gerichte gegeven vnd gewonnen weren, sundern in anderer lantschop buten Saffcher vnd westfelscher erden, aff solich bot och van werde sy, dat orbell wart gestalt an Eracht Rumppe, dey bereit sich mit den andern vryschaffen, vnd wysede vor recht, dat solich bot van neyne werde en sy; dat orbell wart och to gelaiten, vnd vort besat mit Frederiche van Tulen amptman vorsp. Hinriche van Cobbenrode vnd Herman van Tenhusen, genant Grevenstein, vryschaffen vorg. Item noch hebt dey vorg. procurators vermidz eren gewonnen vorspreken vorg. eyns rechten orbels gefraget, aff dey verboden vnd geladen lude in vorg. matte solichs eynigen hinder vnd schaden tregen, vnd solich geborlich gelove vor sey nicht op genomen werde, an weme vnd mit wat gericht sey solichen Schaden vorderen sollen? dat wart gestalt an Balware Rump, dey bereit sich vnd wysede vor recht: sey sollen solichen Schaden soiken an den ghenen, dey en den Schaden hebt gebaen, vnd vorderen mit dem gerichte en dey schade gescheyn were, oder mit eine andern vryengerichte; dat orbell wart och to gelaten, und besat mit Johanne van Snellenberg, Herman van Snellenberg vnd Wilhelme van plettemberg, vryschaffen der heymelichen Achte vnd alle vorg. Schiltboren Manne. Dese ordele as vorg. sint mit gerichte erfordert. In hy wesen vele guder Ritterschaff, vrygreven und vryschaffen. Und wante dan solich gerichte gescheyn vnd gehandelt ys vor my as vorgeser. So hebbe ich Hannes Romer vrygreve obgenant myn Ingesegell des to tuge vnd ortunde an desen Breiff gehangen vnd hebbe vort gebeden. Corbe van Rusop, vrygreve tom Eversberge, Henneken van Brontorp, vrygreve ton Fredeborg, Macs van Everlufen, vrygreve to halbe, Henriche Alt, vrygreve tom Eversberge, vnd vort dey gestrengen vnd vissen Heren, Raden van dem Calenberge, Ritter, Goderbe van Messchebe, Goird vogede van Elspe vnd Kolbeken van Bronynckhusen, Schiltboren Manne vnd vryschaffen, wante sey mede hier over vnd an sint gewest, dat sey er Ingesegelle hy dat myne to

unre kunden hebt gehalten, des wy vörgenante allsamtlich erkennen.  
 Gegeben in den Jaren vnser Heren gebort Dazent vñrhundert Ein vñd  
 vyfftyß des Dynstages neß na sent michaels dage des Erhengels.

## XX.

Ordnung und Vertrag des Erzbischofs Dietrich  
 von Eöln und der Stände Westphalens zur Auf-  
 rechthaltung des Friedens und des Rechts. 1452.

(Aus einer Rindl. Handsch.)

**Z**o wissen, want geyn lant in freden bestain noch gedien mach, da  
 en sy Gericht ind recht, up dat dan sulliche ind anderst na noitturft  
 wale geordeniert ind gehalten moge werden, ind dese lande so frede  
 ind walfart komen, so han wir Diederich Ertsbuschof zu Colne, her-  
 zoge in Westfalen ind so Engeren etc. mit flyßlichen Raide unser  
 roidde, Volbert ind consent unser Ritterschaft, stede ind undersassen  
 dies unsez lande dit hir nages. verainiget, overdragen ind geslossen  
 gehalten so werden, ind dat ouch in sokomenden Zyden off des  
 noit wurde so verbessern, up allet dat sonn reichten ind freden die-  
 nen mochte, dair dorch verhoit mogen werden groisse Sonden ind  
 ouch parthyligeit ind verderflicheit der lande ind der lude, die van  
 der ungerechtigkeit plegen up so Stain, dat wir gerne so gemeynem  
 Nutze ind besten des landes ind unser undersassen wale versorgen  
 ind bestellen wulden, als wir Gode in den reichten in de unes alle  
 schuldig sint. *Zom yersten* sal man versueg-n mit den gerichtē,  
 dat die geordeinert ind gestalt ind ouch also gehantafft werden,  
 dat idermann reicht geschie, ind des nieman gewesigert en werde.  
 Ind off yman beswiert wurde mit ordelen, dat he sich des an dat  
 boeuet beroifen moge, as dies landes gewoinheit ind reicht is; Ind  
 off sich yman dair weder lechte mit frewel, dat unse Amptlude mit  
 bestand ind hulpen unser Ritterschaft Stede ind gemeinen lande den  
 ungehorsamen so reicht halden, ind dat sich nyman darvan entreke.  
 Item in ichtlichen gericht eynen schriver to haven der die Sachen,  
 processe ind ordele schryve, up dat man siehe, wie die gerichte Sa-  
 chen handelt werden. Item wer mit denn anderen so doin hette,  
 he were van Ritterschaft, Burger off huyman, dat eyne den ande-  
 ren mit reicht fordere an den gerichtē ind steden dar sich dat ge-  
 burt, ind dat nymans den anderen mit gewalt suiche noch vurneyme  
 bynnen lande, sonder mit geburlichen reicht fortware, doch also  
 wee des mit eygenen luden inderen guden so verhandelen were, dat  
 man dar halt, als van altzsherkomen ind gewonlich ist, so dat

iderman by dem syne blyve. Item were ymants der unse-oder unser Ritterschaft steden off undersassen vrant wurde, ader mit gewalt uns lande ind die unsere overviele, dat sullen unse amptlude, man ind stede ind undersassen sonder underscheit weren ind beschudden helpen, ind dem doin-asse off sy yre viande weren, ind nymants en sal die vur eme heym ryden ader komen lassen, sonder man sal mit Clocken stan ind lant gerucht eyn dem anderen volgen, dat lant ind die undersassen truwelich so beschudden helpen, ind dat sal man in allen burgen, steden ind ampten unser lant so Westfalen von stont so verkundigen ind gebyden, so dat alremallich dar inne gesessen dar so volgen ind beschirmen helpe; ind off einich van den unsen in sulgen geschefiten ymants henge busen veden, da sullen wir der unseren ere dar inne versorgen, na noitterft. ind des ouch yr heuvehere syn als gewoynlich ist. Item dat nymants in unsen landen enthalden en werden andere uisewindinge, dar uis off in so scheddigen off so veden, want unsen lant ind undersassen dare van schade ind last kumpt; ind off ymants van unser undersassen mit uiswendigen luden so doin hette, der en sal dat nit soichen mit veden ader gewalt, sondern mit recht, ind as yme kein recht off bescheit gedyen en kunde, so sal man dat an uns oder unsen amptman so arnsberg schrifftlich beclagen, so sollen ind willen wir oder unse amptman vurge. wur den flyslich anverzocht schriuen, ind bidden eyne zween ind so dem dritten mail an die ende da des noit is, ind off yme dan bynen den meisten dryn maenden nit reicht off bescheidt gedyen en kund, in dem wir syner mechtich syn, so nemen ind weder so doin, so doin ind so nemen as sich gebuiren aall, so mogen sy dat na noittur t foderen, wie sy best kunnen; dar so sullen ind willen wir ouch dem clegeren foderlich ind behulpelich syn, sich reicht ind bescheits so bekomen, ind unse truwelich darinne bewysen ass eyn here synem undersassen schuldich ist. Item sullen unse amptlude so ind byenander ryden, die strassen so schirmen, ind up unse ind der unseren vyende so halden, besunder ouch an den enden dar alrege fierlchts were, dat unse vyende yn unse lant soichen ind scheddigen mochten, dat man ouch die wege ind posse ind die Lantwerunck mit verhauengen, mit graven ind slegen veste an allen den enden da dat bequeyme ind nutz ist, ind dat sulgs geschie na raide ind mit hulpe unser Amptlude, ritterschaft ind stede; Item hir in dem lande synt gude da van man die varden in dem lant doin sulde, ind vorder da van schuldich so dynen is. die verblyven daromb so verfuegen overmitz unse amptlude, dat sulge dienet gescheye van den luden die sulge gude haben als sich geburt. Item dat unse stede under sich fuegen, dat ikliche stat doigelich eynen reissigen schutzen hald, der mit unsen Amptluden so yrem gesynnen so yr up dieviende so halden so ryden, ind vp enden dair des so doin in dem lande alre noits is,

ind stillen unse ritterschaft, stede ind gemeyn lant as des noit is, euch vort volgen ind helpen na yre macht as gewonlich ist. Item off einiche meitwillige künichelude weren, ind wulden geyn nocht van uns off den unsen nemen, off doin as dick geschiet, ind die uys dem lande fügen, ind sich uys anderen landen weder uns off die unse mit gewalt off vreden lechten, weder die ind ouch weder die ghene, die den bystant off enthalt deden, sullen unse ritterschaft, stede ind gemeyn lant uns truwelich helpen den wederstant so doin. Item en sullen uns amptlude reichter noch anderen die uns nymants geleden off vurford geven, die onse off der unsen viende weren, off bescheddicht hetten, des he nit gesoint off gefredet en were, id en were dan, dat uns amptlude de dage bescheiden mit wissē ind willen der parthyen, die dan antreff, so dem dage zu komen ind weder umb heym, ind mit langer. — Item sullen uns amptlude mit etalichen uys der ritterschaft ind steden nu darso geordeinert, nemelich uys der ritterschaft sees ind uys den steden sees mit namen Heydeurich den Wolff van ludinchusen, Goddert van Meschede, Reinwert Clusener van dem broich, Nultogen van Meldeke, Henrich van Berrenghusen ind Geraid faygt van Elspe; item van Brylon, Johan van Nehem ader bruin Winterberg; Item van Geissike Johan Nacke, ader Henrich Cordinck; Item van Ruden Johan Neveling; item van Werle Evert Roist; Item van Arnsberg Herman van Olpe, off henricus van Geisseke; item van Attendorn Heilman Bitter, eyne off sweents so mynsten des Jars by eynander komen, so oversprecken ind to bestellen dat diess ordeninge as man nu overdragen is, fast gehalten were so unsen ind des Landes ind undersaisen gemeynen besten.

Ind weren eynige gebreiche in dem lande ind tusschen den unsen, dat man die ordenire an dat reicht, ind wes sy vorder dar inne so unseren uns landen ind undersaisen besten ind nuts vurnemen ind gedain kunden, dat sy dat deden, also doch dat diess ordinancie in yre macht unverkurtst blyve, ind unse. Ritterschaft, stede ind undersaisen blyven by yren Privilegien fryheiden. reichten ind guden gewünden, ind die vurgescr. frunde van Ritterschaft ind steden so dicke so ersagen in vurgescr. maissen as des noit geburt. Ind wir meynen ind getruwen, wanne diess ordinancie festentlich ind strack gehalten wirt den kleinen als den groissen unpartyelich, also dat man Got dat reicht ind Erberheit lieft ind vnr augen have, as wir getruwen, dat vort me gescheyn sulle, so kumpt dit Lant mit der Gots gnaden in freden, daby die undersaisen as dan ouch alte gemeynlich riech ind selig werden mogen. Ind up dat dit de vestelinger gehalten wort, so han wir van sunderlicher beden ind begerd onser Ritterschaft ind stede vurg. unse sigel her unden doin drucken. Zo Arnsberg up sent Augustinus dage des hilligen busschoffe in dem jaren unses heren ducent vier hundert zwey ind vanfzich.

**Auftrag des Kaiser Friederich zur Prüfung der Urkunden, auf deren Grund der Erzbischof von Eöln die Belehnung mit den Westphälischen Gerichten nachgesucht hat.**

1471.

(Aus einer Rindl. Handschr.)

**Wir** Friederich von Göts gnaden Römischer Keyser, zu allen Theilen Herrscher des Rychs, zu Hungern, Dalmatien, Croatien &c. König, Herr zu Österreich vnd zu Steyr &c. enbieten dem Erwerdigen Johansen, Erzbischofen zu Erier des heiligen Römischen Rychs In Gallien vnd durch das Königrich zu Arelat Erzbischof unserm lieben Reven vnd Kurfürsten unsere Gnad vnd alles Gut. Erwerdiger lieber Reye vnd Kurfürst. Nachdem der Erwerdige Ruprecht, Bischof zu Colne, des heiligen Römischen Rychs in Italien Erzbischof, Unser lieber Reye vnd Kurfürst, vns sin vnd syns stifts Regalia, Lehen vnd Weltlichkeit von syn vnd syns stifts zu Colne wegen zu lehene empfangen, vnd vns dar vnder anderen demütiglich gebeten hatt, das Wir Ime auch als Römischer Keyser mit sambt denselben synen vnd syns stifts Regalien vnd lehenschafften, die Westvelschen Stulgerichte vnd freyen Graveschafften, die dar von synen Bursaren auff In komen weren, vnd von vns vnd dem heiligen Rych auch zu lehene zu empfangen gebiren, zu lehene zu verlyhen gnediglich geruheten. Wan Er aber solche der Westvelschen Stulgerichte vnd freyen Graveschafften Original vnd hauptbrieff nit by Im gehabt, dan ettlich vidimus, dar In Wir Lehn Genugen vff dısmal gehabt haben, fürbracht, und sich dann dieselben Original vnd Hauptbrieff vnd vidimus darvon gemacht für dine liebe zu brengen, die zu besichtigen. Darum so empfelben Wir dyner Liebe mit diesem Brieffe, ernstlichen gebietende, das du dieselben Hauptbrieff vnd originalia, über die obgemelte Westvelschen Stulgerichte vnd freyen Graveschafften lautende, mit den obgemelten vidimus onverzichen In yr Inhalt eygentlich vnd nach Noıtdürfften besichtigen, vnd wie du die In yren Artikeln glych vertragen besindest, vns darvon eygentlich durch dyne schrift under dynen Inseigel verstoßen zusendest, vns darıne weiter wissen gehalten; daran tut vns din liebe sunder gut Gefallen, vnd Unser ernstlich Meynung. Geben zu Regensburg am siebenden Tag des Monats Augusti, Nach Geburt Bierzeihen Hundert vnd Im Cyn vnd siebenzigsten, Unser Reichs des Römischen im zwei und dreissigsten, des Kaiserthums im zwanzigsten vnd des hengerischen im drenzehenden Jahren.

## XXII.

Kaiser Friedrich überträgt Landgraff Hermann von Hessen, als angeordnetem Administrator des Erzstifts, die Freyensöhle in Westphalen.

(Copie des 17. Jahrhunderts.)

Wir Friedrich von Gottes gnaden Römischer Kayser zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, zu Hungern Dalmatien, Croacien u. zc. König, Herzog zu Osterreich, zu Stier, zu Kärnten und zu Crain, Herrn auf der vnyndschen markt und zu portomawo, Graffe zu Habsburg, zu tirol, zu pfirt und zu Riburg, Markgraffe zu Burgaw und Landgraffe im Elsaß u. zc. bekennen öffentlich mit diesem Brieff, und thun kundt allermännlich: Nachdem wir den Ehrwerdigen Herman, Landgraffe zu Hessen, unsern lieben andächtigen zu einem Gubernatoren und Verweser des stieffts Cöln gesetzt und geordnet haben, inhalt unser Kaiserlicher Brieffe deshalb ausgegangen, daß Wir als Römischer Kayser demselben Landtgraffe Herman als einen Gubernator des gemelten stieffts Cöln befohlen, vnd unser ganze macht und gewolt gegeben haben, befehlen und geben ihm dan auch den wissentlich in Krafft dies Brieffs, daß er die heimlichen und freyen gerichtter allenthalben in Westphalen landen von unser des heiligen Reichs und des stieffts Cöln wegen Versehen, die handthaben und an die freyen stelle derselben gerichtte freygraffen setzen und ordinieren, auch denselben freygraffen zu synen zithen umb ihre Verhandlung und unrecht Capittels baghe legen und setzen, und sollliche ihre Verhandlung und unrecht zu rechtfertigen, und alles das darinnen handeln und doin soll und mag, daß Wir als Römischer Keyser oder ein Erzbischoff zu Cöln, so in unser und des Reichs hulbe und gnad werer, handtellen und thun mochten, ungeforlich doch daß der genannte Landgraffe Hermann von den Freygraffen, so also durch ihn gesetzt und geordnet werden, an unser stat, und von unser und des heiligen Reichs wegen gewöhnlich gelobte und onde thun, uns, dem heiligen Reiche und dem fursgeschriebenen Gubernator als unserem Statthalter von solicher Freygraffen ampt getrewe, gehorsam und gewertig zu syn, die getrewlich verwesen, haben und halben, und in allen und idlichen sachen und handtellen, so sich für ihm zu rechtfertigen gebüren, dem Reichen als dem armen, und dem armen als dem reichen ein gleicher Richter zu seyn, und darinnen nicht anzusehen liebe, leybt, meyndt, gaeh, fruntschafft noch sientschafft, noch ganz kein ander sachen, dan allein gerecht gericht und recht, und als sie das gegen Gott dem allmächtigen am jüngsten Gerichte verantworten wullen, doch uns und dem heiligen

20mo. Theoborus Dortenleben, van Stolle tho Fredeburg.

21mo. Bernhardt Botendorpe, van Stolle tho Balve.

22do. Heinemann Besser, van Stolle tho Cannstein.

23io. Johann Iffing, van Stolle tho Akinghusen.

Uytbliven sijn 38 Stollheerens, 62 Frygrefen als hierna gescreven seet.

(Nomina Eorum in hac copia omissa.)

Als man daraff uitgemaet, dat de beeden Jüngsten Frygrefen dat Protocol dūses Capitels sōhren sōlden, unde op eren der heimliken Richte gebahnen Eydt scherplich erindert, so hebben wy Henrikes Biennendes undt Rōdtger Hardekop gescreven als hierna seet:

Thom ersten, als wy semmetliken tosamē waren, undt uitgemaet war, wat oven beschrievē seet, lethen wy de Fryenscheppen und Fryfrohen tho uns kōmen up dat se unses gnedighē leven Herens van Eōllen gevollmāchtigten medde entfangen mogten, der Fryenscheppen waren wohl epliche Hundert, und der Fryfrohen viefunsechzig. Da quame de Ehrenveste gestrenge her Phillips van Hōrde, im Rahmen unde van wegen unses leven Heren van Eōllen, als Stadthalder der heimliken Gerichte, unde sprach uns also an: dat wy thosamen beropen umme Ursale willen epliche Mispreuch, die sīd by der heimliken Behme offgethan hebben, trewlich abzuthun, unde alles wyder na Vorschrift und Einsazung Caroli Magni, und des heimliken Gerichts Reformationibus inzurichten und anzustellen. Als hierna de Fryenscheppen und Frohen wyder fort gelassen, fragebe der Phillips van Hōrde als hierna gescreven seet.

Thom ersten. Da sīd oft und dīd gewiesen, dat de Fryensstolte Saken vor de heimlike und opene Richte bringen, de dar nyt hen behōren, unde den Greven, undt andern Richteren thoquemen, wurde gefragt, welke Saken vor de heimlike undt opene Richte gehōrdē?

Vor de heimlike Richte gehōrdē erstlick: de heimlichkeit, de Carolus Magnus offenbart. Tweedens so yemandt Kegeren unshedet undt vorbringt. Derdēns: So yemandt vom Glauben abfallet, undt ein Heide wird. Vierdens: So ener enen falschen Eid schweret. Fiestens: So yemandt hēret undt gāhert, sber mit dem Wōden ein Pāntnūß uffrichtet. Seftens: So yemandt de heimlichkeit offenbaret.

Vor de oppene Richte vber oppen Ding behert erstlick: Muthwill an Kerken und Kerhöfen. Tweedens, Doerftahl. Dervdens. Rotzucht. Vierdens, wer Ringelbett raubet. Fiestens, oppene Verrāthers. Seftens. Straßenraub. Siebtens: Si genmāchtlinge. Ach tens: heimlike undt oppene Dotschlegel. Nieg tents Landtāffplāgers. Zehntens: Judas sacrilogia committentes.

Der Hys van Hōrde openbaret, dat dās nicht gewiesen.



Thom anderen hebbe ſich thogebracht, dat veel Frygreſen Scheypen makeben ſomme des Geldes willen, undt ſe in erer Stowen ſonder allige van Carolus Magnus ingeſetzte Gepreuche auffnehmen, undt de Hemlichkeit offenbarden; im ſonderlickem were duff an die ſechſſig Jahre her geſchehen, ſomme Urſake willen, da de alden Gepreuche in Abfall gerathen; wurde gefragt, wie man Fryſcheypen alden Gepreuchs na auffnehmen ſolde.

Thom erſten. Wütten de beſten, trewlichſten Lütche auffgeſuchet, undt van ſey Fryenſcheypen beborget werden. Thom anderen, moß de Frygreve ſe proven, dat ſe recht undt unrecht ſcheeden konden. Thom Derden Wütet ſe in der hemeliſchen verſchlotenen Achte unde nit in der Stowe upgenommen werden. Thom Berden. Werd ſe gefragt, alß Carolus Magnus ingeſetzt, undt mottet de Fragen verandtworden. Thom Fieſten. Werd ſe vor Edbtruch affgemahnet, unde enen de Strafe an der Wandt gewieſen Thom ſeſten. Wütet ſe den Beihmen: Gidt ſchweren, alſo als Carolus Magnus vorgeschrieben hefft; ſe wütet dabey ſitten uff den rechteren Kneer, dat bloet maket iß, mit bedecken Höfft unde ere linkers Hand, de bloet maket iß, up dat Stryck, up dat Schloet, undt up de beeden Grügwißen Swerter leggen, und dan ſchweren, de Beihme hemlich tho holden vor Bieſ und Kind, Sand und Bindt, als dat vorgeschrieben iß. Thom ſieveten Seeget ehnen de Frygreve mit bedecken Hoefft de hemliche Beihme *Sirlick Stein Gras Groin*, unde ſteret ehnen dat up als vorgeschrieben iß. Thom achteden Seeget he enen dat Rothwordt, als et Carolus Magnus der hemliſchen Achte gegeben het, tho wytten Reinir dar Foweri, unde ſteret ehnen dat up als vorgeschrieben iß. Thom niegenden ſteret he enen den hemliſchen Scheypengruß alſo: dat de ankommende Scheppe ſeine rechter Hand up ſeine linkere Schuldere legt undt ſegget.

Eck grüt ju lows Man,

Wat ſango ji hi an.

Darna legget he ſine rechter Hand up des andern Scheypen ſeine linkere Schuldere, undt de andere doet des Gliden, und ſegget:

Allot Glücke kahro in,

Wo de Fryenſcheypen Syn.

Thom thredenden Werd eme wat vor dat hemliche undt oppene ding gehbrat uppenbaet, als et hiervor tho der erſten Fragen geſchrieben iß: Thom elften Wot he dem Frygreſen gven ſeſtein Schiltunge, undt nydt mehr, undt jndem der nirtgen Scheypen achte undt nydt mehr.

Der Ryp van Hörde uppenbarde, dat duff recht gewieſen sy.

Thom Derden. Hebbe ſich upgebahn, dat men geiſtlickr lübe undt Reiche undt Kloſterſtraßen vor de hemliche Achte brechte; ob dat wol gebahn?

Daran were nit wol gebahn utbescheeden in Saken de vör dat hemlike ding höret, ober wan de Geistlickman en Scheypen is.

Der Philips van Hörde uppenbarde dat dies recht gewiesen was.

Thom Berden. Da de Römische Kaiser Wilt unsen leuen Heren van Cöllen vorgeworpen, dat mannich Fryngreze undt Scheypen itt Swoben un in der Graptschaft tho Nassaw unschuldig Lüd uffgehenkt, so ward gefragt wu dem apzuhelfen?

De Greven und Scheypen weren nit up rober Erbte gemaket, und giengen der hemlicken Achte, der Carolus Magnus vor dat land tho Sassen ingesaket, nit en ayn. Unse leve gnedige her van Cöllen solb Kaiser Wilt bidden, se alle tho versagen, unde de Saken an us tho wiesen.

Der Philips van Hörde seggede, dat dūs recht gewiesen, undt unse Iere her van Cöllen wolbe Kaiserlicher Wilt thor Lundschapp bringen. Thom Bieften hebbe sich upgebahn, dat viel Fryngrezen dat opere Ding geheget, ohne den frohnen tho fragen, wu dat Ding mot geheget werden, wat de gebroken hebben?

De hebben gebroken LX tur Schiffinge, undt so se et weder beden, 3 Tage hafften.

Der Rips van Hörde uppenbarde, dat dat recht gewiesen undt dat de Fryngrezen von Bollmiffen Almen, unde Wedebechte dat noch lecht gebahn hebben, se möteten de Brocht geven. Thom Bieften da de Scheypen sit veel up den Supp legden, undt oftets stunken weren, wat de gebroken hebben?

De hebben gebroken XV tur Schilling und thom anderen Male XXX, utbescheeden an Sank und vier Tagen.

Der Rips van Hörde sagede, dat dies recht gewiesen, und fragede barna, öß neymes ethwas tho seggen hebbe, de solde nu sprechen undt schwigen barna. Da fragede Herman Middelborp als hierna geschreven steet:

De hebbe in dūsem Jare ein Man vor dat Frybing geeischt, den de Prouest der Kerken tho Münster verbodden hebbe tho kommen, ut ursake, dat he thom Provestdinge hörede, undt Kaiser Friederich et verbodden hebbe, et ging up'flev undt Gre, wat he nun doen möghe?

Hermen Middelborp mdt ene dāt andermal heischen, undt dat herdemal, undt den Boghet des Provestes barben. Blich he weg, moet de Grot ma. Weimerrecht wiesen, undt ene an lien undt Gre Lomen.

Der Rips van Hörde uppenbarde, dat dūs recht gewiesen, den Boghet des Provestes konde men lopen laten.

Darna fragede Her Gotthardt van Kettler, als hierna geschreven stait.

Den Donnerstag na Sünste Johanna des hēgen Doopers, were er gerecht Fryscheyp up Rawnburg na Hofstatt gekommen, da he just

dat hemlike ding geheeret hebbe, de hebbe gefraget, dat in siner Naberschaft thwen lude weren, de de falsken Lehren des van den hilgen Vaders verbrandten Johannes uitbreeden, undte egliche van einfaldigen luden dato verkeert hebben, de ene heitebe Hans Goensbroek, undte de andere were ein Schoester, Bendix Dietmann, of men de vor de hemlike Achte bringen solde?

He hebbe ehne up dat Capittel upschoben undt fragebe nu, of men dat wol doen moghe.

Dem Capittel were nit wiglich, of de verbrandte Johannes Unglauben angestiftet, men wolde Heren Eps van Hørbe bidden, by unssem gnebigen Heren darümme Rundschapp tho holen.

Her Eps van Hørbe wolde anfragen, undt darnach bescheidt seggen.

Hyrop is dat Capittel geschloten, undte den Fryenscheppen und Frohnen duse Punkte verlesen.

Henrikes Mienendes mppr.

Röttger Hardekop mppr.

Hanc copiam, cum vera originali copia in Archivo civitatis Geseceae asservata, verbotenus (non vero ob scripturam lectu difficilissimam ubique litteraliter) concordare, ad requisitionem *Dni Doctoris Wilhelm Testor*, manu et signo proprio. Gesecae, die 6ta Februarii anno millesimo septingentesimo decimo octavo.

(L. S.) Ego Franciscus Carolus Heidelhoff Auctoritate caesarea Notarius publ. jur.

Vorstehende Urkunde wurde dem Verfasser von dem verstorbenen Criminalrichter Herrn Bachmann zu Paderborn mitgetheilt, der sie aus den Papieren des Notar Heidelhof, seines Anverwandten, erhielt. Das Original soll sich in dem Fürstenbergischen Archiv befinden. Sie war gleich zum Druck in diesem Werke bestimmt, und ist unterdessen auch mit einigen Schreibfehlern, ohne daß Verfasser das wußte oder wollte, in das Münstersche Urkundenbuch des Herrn Pfarrer Riefert, II. S. 102 aufgenommen worden, welches man hier, um keines Plagiats beschuldigt zu werden, hat bemerken wollen.

## XXIV.

Urtheilsspruch am Freistuhl zu Mersfeld, gegen einen des Diebstahls Angeklagten, welcher überwiesen und zum Galgen verurtheilt wird.

1531.

(Aus dem flüchtig hingeworfenen Original-Concept, so sich unter den Handschriften Rindlingers befindet.)

Ich Jürgen Gelholbt, vrygreue, eynn deputert vnnnd verordent Richter der Erantueften vnnnd Erbatenn Johann vnnnd Aleff vann Mersfelde gesedderen, do kunt, bekenne vnd betuge openbar vor allen ludenn Inn vnd ouermynns dussenn tegenwordigenn beseggeldenn rechtshyn, dat Ich vp dach datum dusses, dat Gogerichte myt Concente vnnnd wyllen Johan vnd Aleff vann Mersfelde vorscr. vor dem Huse tho Mersfelde vnder der Eyndenn myt ordell vnd rechte, als my nha recht geborde, pynlikenn besettenn vnd beklebet hebbe, gespannener Band, dar vor my Byssytters vnnnd standgenotene des Gerichtes, hyr nabescr. gekomen, vnnad zu dem seluen gerichte erschennen is (Dar se myt dem vrygerichte vnnnd Gogerichte inn der Herschop van Mersfelde vordt erer herlicheyt, Regalien vnd vrygraffschap van Mersfelde sampt erer gerechticheit lude der Belennynghe van dem durchluchtigen hoichgeboren Fursten vnd Heren, Her Johann Herzoch zo Cleue, Jülich vnnnd Berge, Grauen tho der Marke vnnnd Rauensberch &c. versengen vnd belenett) de Ersame Johann Briggenbock eyynn vulmechtich procurator vnnnd Klegger der gemelten Junkern vann Mersfelde, vnd hefft vann my begert vnd gebedden vmb eynnen vorsprekenn, nemptlic vmb Hermannus loer, denn Ich em gegunt hebbe, so recht is, dewelike sich Int gerichte gedynget, so recht is, nha pynlicher clage, vnd hefft my Richter vorscr. gefragett, off Ich oick hebbe gedaget, vnd wetten lathenn Johann Rampen wohnhafftich Inn der Burschop tho wellete vnd Kirspele vann Dülmen, dat he hyr hude tho dage an dussen gericht synn vnd erschynenn solde, tho verantwerenn clage vnd ansprake der beyden gesedderen vann Mersfelde vorscr. oft ers vulmechtigen procurators. Darup heb id andt gerichte geeffschett Meester Henrick Smytt, der verbette eyann vrone, vnnad em gefragett, off he oick denn voredach Johann Rampen vorscr. annbt gerichte bedaget, alba tho verantwoeren clage vnd sprake, de dar vor dem seluenn gerichte ouer em gescheyenn solde, dar he Ja vp geantwort, vnd Ich myne orkunde vp entsangen hebbe, so recht is. So hefft Johann Rampe vorscr. an dem selfstenn gerichte erschennen, vnnad Ich heb een geeffschet ant gerichte ene Werff, ander Werff, berde

Werff vnd verbe Werff ouer recht, tho beantwoeren sodane clage vnd  
 sprake, als dar vor den gerichte ouer synn lyff vund Eyr gescheynn  
 wolde, dar he nycht hefft vp antwoeren wollenn, vnd darwegenn  
 oick gyns vorsprekenn begertt: So heb ick Richter vorser. dem vult  
 mechtigenn procurator vnd synenn vorsprekenn allet vorser. gesacht, se  
 soldenn dar vor dem Gerichte openenn, vnd ouer luth horen lathenn  
 er clage vnd sprake ouer Johann Kampenn vorg. dem so gescheytt is,  
 nemptliken dat he Inn vnd buthenn pynen gegidert, bekant vnd be-  
 paitt vp synen vryen Boten, dat he Johann von Werfelde obg. vth  
 dem Glutersdroide gestollenn hebbe, eyne rote vette Roe, vundt mehr  
 eyne seth swyn, vund noch eyne deel Holtes; dar vp hefft de pro-  
 curator vorser. van my begertt, dat ick Kampenn vorser. fragenn solde,  
 oft he oick sodaner gicht vund dait gestendich, dar he nycht vp geant-  
 wort vund syll geswegen, vnd weret sake, dat he dar neen  
 vor seggen wolde, so wolde he em dat overgaenn vnd  
 ouerwysen so recht is; darup hefft Hermanns Toer wegen des  
 procurators eyne ordel laten fragenn, dat recht is, oft Rampe vorser.  
 dat nycht beantwoeren, oft dar neen vorseggen wolde, wo he em dan  
 so daens ouertugenn solde, das dem rechten genoech sy; dat Ordel heb  
 ick bestadet ann Hermann wenneker, de dar vp gewyset heft vor recht,  
 myt thodait des vmmestandes: Na dem male dat Rampe vorser. dat  
 nycht beantwoeren wyll myt neen edder Ja, so soll de cleger dat Ram-  
 pen ouerwysen myt seinen vryenscheffen des hilgen Riets, dat Rampe  
 vorser. sodann gicht vund dait Inn pynen vnd buthen pyns vp synen  
 vryenn votenn, bekant vnd bepaitt hebbe; dar ick myn orkunde vp  
 entsangen so recht is. Darup hefft Hermannus vorser. wegen des  
 procurators van my begertt, dat ick de Bryenn solde effchenn andt  
 gerichte vnd fragen, oft se oick sodann gicht vund bekennnisse vunn  
 Johann Kampen so vorgeser. steidt, gehordt hebenn, dar se er berait  
 vp genommen hebbet, vnd synndt wedder Int gerichte gekomen, vnd  
 heben gesacht Ja eyndrechtliken, se hebben gehordt, dat Rampe  
 vorser. sodane gicht vnd daitt vermeldynge der obg. clage bekant  
 vnd Inn vnd butenn pynen vp synen vryen voten bepaitt vnd gedaen  
 hebbe, dar ick myn orkunde up entsangen. Noch hefft Hermanns  
 vorser. wegen des procurators eyne ordell lathen fragen, dat recht is:  
 Na dem male de ergemelten vryen dat bekant vnd bepaitt, off se nycht  
 schuldich synn, dat selfste tho bewarenn so recht is, off weß dar recht  
 vmb sy. Dat ordell heb ick Richter vorser. gestaldt ann Hermann  
 Wenneke, de dar vp wisede vor recht, dat genne dat se bepaitt hebben,  
 dat synn se plichtich myt eren Ede tho bewarenn, so vor de cleger ers-  
 genompt en bis nycht verlatenn wyll; dar ick myn orkunde vp ent-  
 sangenn hebbe. Noch hefft Hermanns vorge. vth bevelle des clegers  
 vorser. eyne ordell lathen fragen, dat recht is: wer denseluen fryen  
 denn Eide soll vereuenen; dat ordell heb ick Richter gestalt an Her-

mann Wenneker, de dar vp gewiset vor recht: de vorspreke sol den vryenn den Eedt verevenen, vnd de schenn sollen n̄ha myt gebloteden Houede vnd vthgeresedenn vpyngeren myt der sarderren Handt ouer Godt vnd de helgenn sweren, dattet so ware s̄ff dat se bekandt vnd beyatt heben; dar Ic myn orkunde vp entfangenn hebbe, so recht is. Nocht hefft Hermannus vorgl. uth Beuelle des obgenanten clegers my richter vorser. umb eyn Orbell latenn fragen, dat recht is, syndt dem maill Johann Rampe vorser. synn unbewarbe Handt hefft ann so danych obgedachte ghuidt bufftiger wyse hefft geslagen, dat de cleger nycht libenn wolde, vmb syluer nocht goldt, noch vmb alle desgennenn, das sunne ebder mane beschynenn mach, off he dann derwegenn dem cleger vnnbt der Herlicht icht sy darvmb schuldig eyn wedde. Dat orbell heb Ic Richter vorgl. gestalbt an Herrmann Wenneker, der dar vor recht vp gewiset: Rhademmail he syne unbewarbe handt bufftiger wise bouen Ehr vnd recht an vylgemelte Ghut geslagen, sy he derhaluen dem cleger, dem gerichte vnd der Herlicht schuldig eyn wedde; dar Ic myn orkunde vp entfangen, so recht is. Nocht hefft Hermanns wegen des clegers eyenn orbell lathene vragenn, dat recht is; wat synn wedde darump synn solde, off wes dar recht vmb sy. Dat orbell heb Ic Richter vorgese. gestalbt an Meister Hans, scharprichter tho Munster, de vor recht darup gewiset hefft, dat men soll nemen Johann Rampen vorser. vnd hangen en an den Galgen tusschenn Hemmel vnd Erden, dat he des nycht mer en doe. Nocht hefft Hermannus vorser. tho behoeff des clegers eyenn orbell laten fragen, dat recht is: Ofst Ic Richter vorge. nycht schuldig sy, aller duffer gerichtliker verhandelynge, vor my so gescheynn, tho geuenn en schyenn vnd nemen dar van mynen behoerliken wyen, dat orbel heb Ic bestadet an Hermann Wenneker, de dar vor recht vp wyse: Ic sy em schuldig tho geuenn eyn beseggelt schyenn, vnd nemen dar van mynen wyenn. Wandt dan alle dāsse vorg. puncte vnd articule semptlich vnd eyenn Itlich bysunder, so gerechtlich vor my Richter vorg. gescheyn vnd verhandelt syndt, so heb ic des tho merer vestnyffe, vnd Jan tuech der warheyt myn seggell van gerichtes wegen, wytliken benebden ann dyt Richtschynn gehangen. Dar myt, by, ann vnd ouer syndt geweest bysitters de Ersamen Claywes Dicksenneke, Borgermeister vnd Henric Hoischer, Rentmeister to Dülmen, vnd standtgenoten des Gerichtes, de Grenvesten vnd Erbaren vrisronen, Johann Schendnink, Johann Schule, Hermann van Dattelenn, Henrich nachtegalle, Johann thon Brinde, Henric Stenholdt vnd mer guder lude genoid. Datum Anno xv. vnd xxi Satersbage n̄ha Andres Apostolij.

## Zweite Abtheilung.

---

Drittes und viertes Buch.

---

die alten Hallen der Verfassung der Freigerichte ziehen; und wirklich tritt im Anfang des 15ten Jahrhunderts ihre Gewalt, wie ein heldenstarker Geist, in alter, schwerer Rüstung, unkenntlich, aber laut und deutlich, aus den Ruinen der Geschichte entgegen. Lange ist man bei dem sagenhaften Dunkel geblieben, und ist den wunderlichen Vorstellungen gefolgt, die sich die Unwissenheit von diesen Gerichten bildete. Selbst neuere, bedeutende Geschichtsforscher folgen noch der Behauptung, daß die innere Verfassung des Gerichts in geheimnißvolles Dunkel gehüllt gewesen sei. Aber wie ist dies möglich bei den unzähligen Urkunden, die wir besitzen, und dürfen wir denn nicht die Rechtsbücher nun kühn aufschlagen, auf denen geschrieben steht: „Dies Buch von dem heimlichen Rechte soll Niemand lesen, er sei denn Freischöffe des heiligen Römischen Reiches?“

Indem wir nun die Verfassung und Ausbildung der Freigerichte aus den Urkunden der Geschichte zu entwickeln und ihre Erscheinung uns zu erklären suchen, wird uns die früher ausgesprochene Idee begleiten, daß Alles in der Geschichte sich allmählig gebildet und aus Bestehendem herausentwickelt hat; daß namentlich der alte Stamm der Verfassung stets frische Zweige und Sprossen trieb, aber nie umgehauen und ein neuer Stammeling an seine Stelle gesetzt wurde. Die alte Gerichtsverfassung wurde niemals abgeschafft oder umgeändert, sondern unmittelbar fortgesetzt, und erst allmählig durch allerlei Abstufungen und durch die Erfordernisse der Zeit zu etwas Neuem ausgeblüht. Wenn wir daher gleich den Spuren der Abstammung überall mit Sicherheit folgen können, so ist doch nicht zu läugnen, daß Manches uns dunkel und räthselhaft bleibt, was in das Gewirre anderer Ereignisse sich verflacht, ohne daß die Geschichte uns den Faden und die Motive aufbewahrt hätte. Gewiß ist es aber auch, daß wir bei den Femgerichten weit mehr verborgen geglaubt haben, als in der That verborgen ist.

Um einigen Grundirrhümern vorzubauen, schicken wir folgende Behauptungen voraus:

1) Freigericht und Femgericht, Westphälisches Gericht und heimliches Gericht, sind ganz gleichbedeutende Benennungen. Wir sahen aber, was Frei-grasschaft und Freigericht war; kein



anderes Gericht erhielt die Benennung Femgericht, und alle Freigerichte, insofern sie die hinlänglich bezeichnete Natur hatten, waren heimliche oder Femgerichte, die nach Westphälischem Rechte verfahren und urtheilten. Es ist daher irrig, zu meinen, daß das Femrecht ein besonderes Recht gewesen sei, welches nicht allen Freistühlen in Westphalen wäre verliehen worden <sup>1)</sup>; denn es ist uns kein Freigericht bekannt, welches nicht mit den übrigen gleiche Qualität gehabt hätte.

2) Daher kann nirgend ein bestimmter Zeitpunkt des Anfangs der Femgerichte, als Gegensatz der Freigerichte, gesucht werden. Wenn es ein grober Irrthum ist, in dem Ausdrucke Freigericht oder Feme den Anfang oder die erste Spur eines besondern gerichtlichen Instituts finden zu wollen, so bleibt denen, die darnach forschen, kein anderer Anfangspunkt übrig; es existirt aber ein solcher auch wirklich gar nicht, weil es kein neues Institut war, sondern aus dem bestehenden sich fortpflanzte und ausbildete.

3) Die Frei- oder Femgerichte existirten nie und nirgend anders, als in Westphalen und Engern. Mit dem Ausdrucke Westphalen bezeichnet man aber den Inbegriff aller Territorien, in denen sich Freigerichte und Freistühle, als unmittelbare Kaiserliche Gerichte, mit dem dabei hergebrachten Gewohnheitsrechte, das daher Westphälisches Recht genannt wurde, erhalten hatten <sup>2)</sup>. Daß nirgend anders solche Gerichte existirten und bestehen bleiben konnten, ist im vorigen Buche hinlänglich bewiesen; daß auch nirgend anders ein solches Verfahren, welches die Femgerichte auszeichnete, Statt hatte, wird die folgende

1) Berd z. B. meint dies. Rindlinger dagegen behauptet, daß die Karolingischen Grafengerichte allmählig seien Freigerichte genannt worden, und dann in heimliche ausgeartet wären; er entwickelt uns diesen Gang aber nicht richtig. — Gewöhnlich sah man sich, um den Femgerichten die Civil-Competenz wegzubisputiren, genöthigt, einen Unterschied zwischen Femgerichte und Freigerichte zu machen. Die Geschichte kennt diesen aber nicht. Der Freigraf von Friedenaldenhoven ladet 1543 „an den freien Stuhl und heilige offenbar Freigericht.“ Wäre ein Unterschied gewesen, so hätte man ihn wohl angedeutet. Kopp, (v. d. heiml. Ger.) S. 455.

2) Ueber die Geographie der Freigrafschaften vielleicht künftig etwas Ausführliches; vorläufig verweisen wir auf Kopp, Rindlinger

Entwicklung zur Gendge darthun<sup>3)</sup>). Alle Femgerichte hielten mit Strenge und Heiligkeit darauf, daß kein anderer Freistuhl anerkannt wurde, der nicht von Alters her existirt hatte, und in Westphalen lag. Man nannte Westphalen auch die rothe Erde, ein Ausdruck, dessen Bedeutung unbekannt ist. — Vielleicht entstand die Rede, auf rother Erde richten, in einer Zeit, wo man den Gegensatz bezeichnen wollte zwischen Gerichten, die in Häusern und Kammern gehegt wurden, und diesen, die noch an alter freier Malsitte, unter offenem, freiem Himmel, Statt hatten<sup>4)</sup>).

4) Durch keine Staatsgewalt, und nicht durch die Macht eines Gesetzgebers ist in die Verfassung dieser Gerichte etwas gebracht worden. Im ganzen Mittelalter wurde mit Strenge am Altherkömmlichen gehalten, und man hütete sich, es anzutasten. Ein Beweis, wie wenig die Staatsgewalt eingriff, ist wohl der, daß die Kaiser selbst nicht wußten, was es mit der Einrichtung und Gewalt der Femgerichte für eine Bewandniß habe. Daher legte Kaiser Ruprecht einigen deputirten Freigrafen in dieser Hinsicht im Jahr 1408 eine Reihe von Fragen vor, deren Beantwortung uns zuerst einiges nähere Licht über die Verfassung dieser Gerichte giebt<sup>5)</sup>. — Das Recht der Autonomie ist nirgend strenger gehandhabt worden, als bei den Freigerichten. Die sogenannten Femgerichts-Ordnungen und Reformationen sind von keiner gesetzgeberischen Gewalt ausgegangen; es sind keine Statuten, sondern Weisthümer, durch die man, um Mißbräuche abzustellen, das alte wahre Recht und Herkommen fand und wies. Der Erzbischof von Cöln, als Statthalter und Auf-

---

und Berck, so wie auf eine Abhandlung im Magazin für Geographie, Geschichte u. Westphalens. Dortmund 1816 Heft 1. die nicht vollendet ist.

3) Vergl. auch Berck, Gesch. der F. G., I. Cap. 7.

4) Der Meinung Möfers (Phant. IV. S. 201), daß damit auf die Farbe des Feldes im Herz. Sächs. Schilde gezielt werde; so wie Klübers (Beschreibung von Baden, I. S. 172), daß es blutige Erde bedeute, können wir nicht beitreten. In älteren Schriften liest man aber häufig rothe Erde, für Erde überhaupt, so wie man jetzt wohl im poetischen Stil lieber sagt, die grüne Erde.

5) Mehrmals gedruckt, namentlich in M. Freheri C. de secretis judicis etc. ed. Guchel. Ratisbonae 1662.

seher, ließ, um Mißbräuchen entgegen zu kommen, nur fragen, und das Recht wurde in Urtheilsform gefunden; es brauchte aber nicht erst gegeben zu werden <sup>6</sup>). Was nicht autonomisch von den Genossen ausging, hat nie bei diesen Gerichten die geringste Anerkennung gefunden <sup>7</sup>).

Das Verfahren und die Einrichtung des Femgerichts, mit den sich dabei darbietenden Eigenheiten, kann nur historisch und kritisch entwickelt, es darf aber nicht bloß, wie es als Bestehendes sich zeigt, dargestellt werden, weil sonst der gewöhnliche Irrthum, daß sein Entstehen dunkel und seine Bewaffenheit nicht völlig zu erklären sei, schwerlich kann vermieden werden.

Die Freigrafen und Freischöffen glaubten fest daran, daß ihre Gerichte von Karl dem Großen seien gegründet worden. Dies kann uns nicht irre machen; denn sie verlegen die Stiftung in eine Zeit, welche dem Volke rein sagenhaft geworden war; sie gründeten sich eben so oft auf uraltes Herkommen, welches wir ohnehin aus den geschichtlichen Urkunden erkennen würden. Wir sehen aber auch Gewohnheiten, die das Mittelalter selbst bildete, und bemerken wichtige Einrichtungen und Veränderungen, die nothwendig, auf den politischen Zustand des Reichs gestützt, besondern Ereignissen und Einigungen ihr Dasein verdanken mußten. Diese konnten allerdings in den Trümmern der alten Reichsverfassung gerade in Westphalen an dem sich festsetzenden und versteinernden Alten einen Fels und Rückhalt finden, an den sie ihr mächtiges Gebäude fest anlehnten.

Wir haben demnach dreierlei im Laufe dieses Buches zu untersuchen:

6) Man vergl. des Kapitels-Prot. v. 1490 Anh. No. 23.

7) Eichhorn (Staats- und Rechtsgeschichte III. S. 177) meint, das oberste Aufsichts-Recht habe es den Erzbischöfen möglich gemacht, in die Verfassung der Freigerichte Manches hinein zu bringen, was ihnen ursprünglich fremd gewesen sei. Wir müssen dem widersprechen; und halten es für unmöglich, daß von oben her in eine Gerichtsverfassung etwas Neues gebracht werden konnte. Wir werden uns aber auch überzeugen, daß das, was zu der fast ganz auf altem Herkommen beruhenden Verfassung im Mittelalter kam, am wenigsten vom Statthalter eingeführt werden konnte.

- 1) Die Institutionen Karls des Großen, welche hauptsächlich auf die Verfassung der Femgerichte einwirkten.
- 2) Das alte Gewohnheits-Recht und herkömmliche Verfahren, welches diese Gerichte bewahrt hatten.
- 3) Die besondern Einrichtungen, welche im Mittelalter durch Zufall, oder kraft Autonomie, oder in Folge besonderer Erlingung, hinzukamen.

Was den ersten Gegenstand der Untersuchung betrifft, so haben wir schon früher behauptet, daß alle Staatseinrichtungen Karls nachhaltend und in ihren Wirkungen unzerstörlich gewesen seien. Die ganze Geschichte der Verfassung bekundet dies, auch die Entwicklung der Gerichtsverfassung der Femgerichte wird es im Einzelnen oft bethätigen.

Karl ließ nämlich das gerichtliche Verfahren zwar mit seinen Grundlagen und Formen, im Wesentlichen, so wie er es fand, bestehen; er gab aber, wie wir oben sahen, so bedeutende Verfügungen und Anordnungen, daß sich in diesen Gerichten wohl die Erinnerung und Tradition, daß sie von Karl errichtet seien, fortpflanzen konnte, indem man das Einzelne allmählig auf das Ganze übertrug. Wir zeigten ja schon, daß die Sage von Karl sich sehr häufig in Sachsen erhalten hatte; auch die von der Stiftung der Femgerichte hatte etwas Wahres, und ging ungefichtet in die Urkunden und in die öffentliche Meinung über. Dennoch ist es auffallend, gerade in Westphalen Sage, alterthümliche Form und besondere Gewohnheit in der Verfassung dieser Gerichte allein zu finden. Freilich bildete sich das Verfassungswesen überall unabhängig, und daher oft sehr verschiedenartig aus; bei gleichförmigen Grundzügen, die auf alten Fundamenten ruhend, in der Fortbildung überall sichtbar bleiben, treten doch auch allenthalben Nuancen hervor, und jede Gegend, jeder Ort bildet sein besonderes Verfahren und seine besondern Gewohnheitsrechte aus. Man findet daher die Veränderungen nicht als geschichtliche Ereignisse bemerkt, eben weil sie in ihrem Entstehen wenig bemerkbar waren. Es gab daher wohl zur Zeit, wie der Sachsenspiegel zusammengetragen wurde, schwerlich schon einen wesentlichen Unterschied des allgemeinen

Verfahrens von dem ursprünglichen der Femgerichte. Seitdem wird aber mehr und mehr der Gegensatz so schroff, und die Behauptung des Besondern und Abweichenden so laut, daß hier nothwendig alte Fundamente vorhanden sein mußten, die anderwärts nicht existirten, oder sich nicht hatten erhalten können. Wirklich ergiebt die Forschung das, was zur Begründung des Innern der Femgerichte durchaus erforderlich ist.

Zuvörderst ist es gewiß, daß die Verordnungen Karls nach der Eroberung Sachsens auch für ganz Sachsen gegeben wurden; daß sich das Besondere der Femgerichte aber nur in Westphalen erhielt, ist in Beziehung auf die Gerichte selbst schon hinlänglich im zweiten Buche erklärt worden, wenn wir uns erinnern, daß die Femgerichte nur die alten Grafengerichte, Freigerichte, Placita, sind, und daß diese sich durch den Stand der Freien und den in allen politischen Stürmen ihnen erhaltenen Gerichtsstand unter dem Freigrafen, als kaiserlichem Richter, Fortdauer verschafften; daß diese Fortdauer der Freigrafschaften, als erimierter Gerichtsbezirke, sich aber nur durch die entwickelten besondern Umstände und geschichtlichen Ereignisse in demjenigen Theile Sachsens erhielt, welcher Westphalen und Engern in sich begriff, und zu einer größern, durch Namen und Verfassung sich absondernden Provinz des Reichs erweiterte.

Das Besondere nun, was seit Karl dem Großen die Fortdauer, Macht und Festigkeit dieser Gerichte begründete, war das hier von ihm mit besonderen Vorzügen und Verpflichtungen eingeführte Institut der

### S c h ö f f e n.

Ueberall verordnete Karl in den Gerichten Schöffen, und es war dies um so leichter, da ihre förmliche Einführung schon in der germanischen Verfassung, und so auch bei den Sachsen vorbereitet war. Aber sie mußten hier bei den Grafen-Gerichten eine besondere Bedeutung gewinnen, und wir glauben behaupten zu können, daß Karl sie selbst aus den angesehensten und treuesten Sachsen erwählte, und ursprünglich mit Form und Feierlichkeit ernannte; daß er sie gleichsam als Beamte des Reichs ansah und als solche verpflichten ließ; daß er sie, als die Ge-

treuesten und Angesehensten der Nation, besonders ehrte und hoch erhob; daß er ferner die Schöffen-Würde theils an Güter und Höfe knüpfte, theils die Schöffen mit solchen erblichen Gütern beschenkte, um sich ihrer Treue desto mehr zu versichern.

I. Für diese besondere, ausgezeichnete Ernennung sprechen große Vermuthungen und bedeutende Beweise:

1) Sachsen war ein nach blutigen Kriegen erobertes Land. Nur die Politik ließ den großen Kaiser mit den Ueberwundenen einen ehrenvollen Frieden unterhandeln, und wenn er frei, wie seine alten Unterthanen, sie behandelte und ehrte, so mochte eben so sehr Mißtrauen und Argwohn im Herzen unausbleiblich fortleben, als große Aufmerksamkeit bei einem Volke nöthig sein, das noch an seiner alten Religion, an seiner alten Freiheit und an seiner Verfassung hing. — Der Kaiser ernannte die Gau-grafen zwar aus den Sachsen, aber er wählte gewiß zumeist Männer, welche treue Anhänglichkeit erprobt hatten. — Um so mehr war zu befürchten, daß die Volksversammlung ihnen nicht trauen und oft entgegen wirken werde; von der Volks- und Gemeindeversammlung ging aber Alles aus, und ohne sie konnte das Land nicht regiert werden. Es ist daher wahrscheinlich, daß er die Angesehensten, Vernünftigsten, Treuesten und Redlichsten aus der ganzen Gemeinde zu Vortführern bestimmte, sie besonders heraustrub, und den Beamten des Gau's zur Seite setzte. — Es erscheint dies als nothwendig, wenn wir betrachten, daß die Verfassung sich in Sachsen nach der besondern Volkseinrichtung modificiren mußte; daß der Kaiser keine Centgrafen und keine Decanen ernennen, und somit auf keine Weise sicherer handeln und wirken konnte, als wenn er alle Schöffen zu Beamten machte, sie als solche huldigen ließ und an das Staatsinteresse band <sup>8)</sup>. Die feierliche Huldigung scheint sich durch alle Zeiten erhalten zu haben <sup>9)</sup>.

8) Gewiß bezieht sich die Verf. des *Cap. A.* 828 auf frühere Anordnungen, wenn es darin heißt: *Si aliquis inventus fuit de ipsis, qui fidelitatem promissam adhuc nobis non habeat, promittat. Et tunc instruendi sunt, qualiter ipsam fidem, erga nos salvare debeant.*

9) Daß in ganz Sachsen eine solche Verpflichtung Statt gefunden habe, geht noch aus einer Verfassungformel des 15ten Jahrhunderts

2) Daher, und bei diesem Rückhalt gab Karl nun den Grafen das Recht, unter Königsbann zu richten, und den höchsten Bannbruch zu verhängen, den sonst nur der Kaiser selbst erkannt hatte. Die Erinnerung hieran blieb ebenfalls fest, und vermehrte das Gefühl von Würde und Ansehen <sup>20</sup>).

3) Man pflegte immer Treue und Anhänglichkeit durch äußere Güter zu belohnen und zu befestigen, und so soll auch wohl Karl den Getreuen, die auf der Schöffenbank als Vorsteher der Gemeinde um den Grafen saßen, Höfe und Güter geschenkt, oder ihr Eigenthum erweitert, befreit und die Würde des Amtes daran geknüpft haben. Hiervon mögen die Freistuhlgüter herrühren; wenigstens hat auch dies die Tradition erhalten, wie wir nachher in Urkunden aufgezeichnet lesen <sup>21</sup>). Daß in der Folge auch die Güter der schöffenbaren Freien, die beim Zusammenschmelzen des Standes mit den Freischöffen Eins wurden, Freistuhlgüter hießen, ist leicht erklärlich; unbezweifelt aber bleibt es, daß besondere Rechte und Verpflichtungen immer ihren Ursprung begründeten <sup>22</sup>).

---

hervor, wo sich Westphalen doch längst streng als besondere Provinz schied. „Neme one ute den vrede des rechten und vryheit, dat pas wes und Keyser gesat und gestediget hebbet, und vort alle forsten und heren, rittere und knapen, Schepenen und vryen, besworen hebbet in dem lande to sassen. Grote Jahrb. für Westph. S. 324. — Die eibliche Verpflichtung wird immer herausgehoben, und scheint sich bestimmt, mit manchen Modificationen, die wir später zeigen werden, bis an die Karolingische Zeit hinaufzureihen. Eine Urkundenstelle von 1404 sagt: Dat de vrygreven und de vryvrouwen, Baden und de vryen, de in de Perscap van Heyden horet, sollen hulden na vryenschenen Rechte. Kindl. M. B. III. 2. No. 195.

10) Die Arnab. Reform. nennt den „Bann, den Gott, König Karel, allen freyschöffen gewurkt und gemacht hat.“ Hahn, Coll. monum. T. II.

11) In den Artikeln bei Hahn, I. c. heißt es, daß ein Freischöffe soll geladen werden durch Freischöffen, „die König Karolus mit gutten und hoffn, die sie erblich inn haben und genießen, den freyen Stull zu wartn; als fronbottn dazzu gewidempht hat am ersten.“

12) Irrig ist die Meinung, daß es Höfe gewesen seien, deren Bewohner von den Besitzern der Freistühle von der Leibeigenschaft befreit worden wären, um aus ihnen die Freischöffen zu nehmen. Alt heimlich erscheinen schon die Ausdrücke: bonis diais vrylinchus in O. Urk. v. 1320. Kindl. M. B. III. 1. No. 126. Anderwärts ist ein Gut, „geheiten de Brphove.“ Das. 2. No. 192.

4) Die Schöffen bildeten nun ein besonderes Collegium, dessen Mitglieder aus den Schöffenbaren, welche alle Edle und Freie waren, aufgenommen und verpflichtet wurden: eine Einrichtung, die sich mit manchen Modificationen fortpflanzte und erhielt. Sie waren die Ältesten, die ihre Meinung gewichtvoll aussprachen, die Vorsteher, die die Angelegenheiten der Versammlung berietben, und die Geschwornen, die das Recht saßen und wiesen <sup>13</sup>). Die übrigen Freien und Dingpflichtigen machten nur den Ehor, der seinen Beifall aussprach, oder Mißfallen zu erkennen gab, und die Rechte der freien Genossenschaft selbstständig wahrte <sup>14</sup>). Gerade, daß immer Schöffen und Freie (schöffenbare Genossen, Umstand,) sich entgegengesetzt werden, beweist, daß mit dem Schöffennam eine besondere Würde und Verpflichtung verbunden sein mußte <sup>15</sup>).

5) Wie sich nun die Amtswürde und Genossenschaft der Schöffen und Freien aus der Germanischen Zeit durch Karls Einrichtungen unmittelbar fortpflanzte, so auch mit denselben alte Form, Sitte, Gesetz, Gewohnheitsrecht, welches daher in den Urkunden *Lex Scabinorum* genannt wird <sup>16</sup>). — Was vom Vater zum Sohne vererbt wurde durch Jahrhunderte, war gleichsam ein heiliges Vermächtniß, und große Erinnerungen erhöhten den Werth und begründeten das unbedingte Festhalten. Was nach langen Zeiten fast Niemand mehr kannte und verstand, wurde dann als ein Geheimniß von denen, die die Pflicht dazu ererbt hatten, bewahrt. Man nannte es das heimliche

---

13) „Scabinorum consensu et sententia connivente.“ Urk. v. 1189 bei Kindl. M. B. III. 1. No. 31.

14) „In liberorum hominum presentia et sententia mediante.“ Urk. v. 1334. Kindl. M. B. III. 1. No. 138.

15) „Ex conniventia omnium scabinorum, qui aderant, et eorum, qui dicuntur libere conditionis.“ Urk. v. 1253 bei Kindl. a. a. D. No. 75.

16) „Juxta legem scabinorum.“ — „Placuit ut hoc secundum legem scabinorum banno regio firmaretur.“ Urk. d. 1197 und 1223 bei Kindl. M. B. III. 1. No. 38 und 58. Daß nur Gewohnheitsrecht gemeint sei, sagt eine Urk. v. 1220. „scabini secundum consuetudinem juris civilis miserunt... in possessionem.“ Kindl. a. a. D. No. 55.



Nicht <sup>17)</sup>); und wie die Geschichte, von Enkel zu Enkel fort erzählt, zur wunderlichen Sage wird, so auch das Schöffengericht, mit seinen alten wunderlichen Formen und Gebräuchen.

6) So wie die Schöffen von Karl aus den Edlen und Freien waren gewählt worden; und beide Stände in der Volks- und Gemeindef-Versammlung mit gleichen Rechten, wenn auch mit äußern höhern Ansprüchen, auftraten, so blieb gerade durch das Auszeichnende dieses Schöffenamtes, wie wir oben sahen, hier die Gleichheit der Ständerechte; die Freien, die nicht zum Ritterstande sich schlugen, behielten gleiche Ehrenrechte mit den Schildbürtigen: sie waren schöffensbar im höchsten Gericht, das unter Königsbann richtete <sup>18)</sup>). Die Schildbürtigen verdrängten weder die freien Landsassen, noch zogen sie sich aus dem alten Landgericht zurück; ja sogar der sich erhebende hohe Adel, die Landesherren selbst, erschienen noch lange im Freigericht, und die Idee, daß es der competente Gerichtshof auch für sie sei, erlosch so wenig, als die Forderung desselben, da zu erscheinen; ja diese fand späterhin wieder größere Anerkennung, indem Kaiser, selbst Kaiser, sich wissend machen ließen, folglich Freischöffen wurden.

7) Der Stand der Freien verschmolz sich nachher mit der Freischöffenwürde, indem, da der Stand selbst bedroht war, alle Freie, die die Competenz des Gerichts anerkannten, in dem engeren Zusammenschließen auch Freischöffen wurden <sup>19)</sup>). Das hohe Ansehn aber, das sie erlangten, die Anforderungen von größter Keuschheit und Unbescholtenheit, von echter Geburt, Ehre und Würde waren wieder eben sowohl Folge und Erinnerung

17) — „als der mit unsern Erben Erbsamen Edeln und lieben Getreuen von der heimlichen Rechten wissenden und etlichen andern Unwissenden an unserer Statt unser Küniglich Kammergericht besessen hat.“ — Urk. v. 1447. in Pat. p. r. e. c. t., Staatsarchiv II. No. 25.

18) Stets finden wir Edle und Freie im Gericht. cum multis nobilibus et libellis, qui appellantur Skoponen, sagt eine Urk. v. 1170 bei Rinbl. Nr. B. III. 1. No. 22. sunt itaque hujus rei testes viri nobiles ... scabini legitimi ... Urk. v. 1197. Das. No. 38.

19) „actum presentibus ... Gabeline procons liberosum, dicti accipere und vryon. Urk. v. 1243 bei Rinbl. Nr. B. III. 1. No. 147. So wie hier die Zusammenschmelzung angedeutet ist, so finden wir im folgenden Jahrhundert bloß Freischöffen in den Urkunden genannt.

ihrer Abstammung, ihrer auszeichnenden Bestimmung und des hohen Vertrauens, das sie genossen hatten, als es mit dem ritterlichen Geiste der Ehre zusammenhängt, den im Mittelalter die Ritter dem Stolz und der Würde der alten Genossenschaft heigefestigten,

II. Noch wichtiger in seinen Folgen ist der Umstand, daß Karl der Große die Schöffen zur Anklage verpflichtete.

1) Aus Germanischer Verfassung blieb in Karolingischer Zeit der Grundsatz fest: Kein Kläger, kein Richter; und dieser erhielt sich, als festgewurzelt in die Freiheitsliebe und Gewohnheiten des Volkes, durch das ganze Mittelalter, d. h. es fand nur Anklage und kein inquisitorischer Prozeß Statt. Der Grundsatz war natürlich, und die Anwendung desselben hinreichend. Jedes Verbrechen kränkte wohlervorbene Rechte, und fand, so wie früher den Rächer, so später den Ankläger. Kränkte es aber die Rechte der Gemeinheit und nicht eines Einzelnen, so mußte, der Natur der Sache nach, jedes Gemeinheitsglied gern die Anzeige und Klage übernehmen, und die Anmaßung konnte nicht ungerügt bleiben, da es heilige Pflicht jedes Genossen war, über dem Gemeinwesen zu wachen, und da das Interesse den Einzelnen, wie das Ganze, anging. Er mußte als Ankläger oder Zeuge auftreten.

2) Dies Prinzip und das darauf gegründete Verfahren hat sich gleichmäßig überall bis auf unsere Zeiten in den sogenannten Rügegerichten erhalten, wo Jeder anzuzeigen, d. h. anzuklagen verbunden war, was von Vergehungen gegen das Gemeinwesen ihm bekannt geworden war <sup>20)</sup>.

3) Karl d. Gr. dehnte die Verpflichtung zur Rüge oder Anklage auch auf andere Verbrechen aus, und wählte hierzu vorzugsweise die Schöffen; denn

a) bei dem in langen Kriegen verwilderten Zustande der Nation, beim Umsturz aller Ordnung, beim gewaltsamen Ein-

---

20) Hauptsächlich gegen den Frieden der gemeinsamen Märkte, daher die Marken-Gerichte, Holzdinge. Auch unter dem Namen Landgerichte existirten sie fort, und es wurden freilich späterhin auch Injurien und andere persönliche Vergehungen hineingezogen, und man machte allgemeine Polizeigerichte daraus.

führen einer Anfangs gehassten Religion, mußte Karl nicht nur von außen auf die überwundenen Sachsen, sondern auch hauptsächlich von innen durch sie selbst wirken. Er handelte hierin so durchaus klug und weise, daß schon nach kurzem Zeitraume aller Unterschied erloschen und die Verbindung mit dem Reich befestigt war, welches unmöglich gewesen sein würde, wenn nur die Gewalt des Eroberers und des Oberherrn nach beendigter Unterwerfung und geschlossenem Frieden fühlbar geblieben wäre. So wie er durch Lehre und sanften Unterricht bald Geistliche und Mönche genug fand, die treffliche Befehle wurden, und das äußerlich eingeführte Christenthum auch innerlich befestigten <sup>21)</sup>, so suchte er zugleich durch die Edelsten, Vernünftigsten und Besten auf den Gehorsam und die Ergebenheit der Uebrigen für die neue Regierung zu wirken, und durch sie die Harmonie der Volksversammlung mit den im Geiste der Regierung handelnden Beamten herzustellen <sup>22)</sup>. Dies waren offenbar die *Schöffen*, die aus dem Stande der Edlen und Freien gewählt wurden.

- b) Wir sahen schon oben, daß Karl eine Revision der Gesetzgebung vorgenommen, und zwar mit Einstimmung des Volks, aber doch hauptsächlich durch Einwirkung seiner machthaberischen Gewalt, Gesetze proklamiert hatte, die Erstens, weil sie die dem Volke ungewöhnliche Todesstrafe aussprachen, Zweitens, weil sie auf Verbrechen gesetzt waren, die die Mehrzahl des Volkes noch für keine hielt, wohl schwerlich einen Ankläger fanden. Deshalb wurden die *Schöffen* zur Anklage verpflichtet.

21) Die Menge von Traditionen an die Kirchen und Klöster beweist dies zum Theil. Wir erinnern namentlich an Corvey.

22) Es liegt dies deutlich in den Worten des Cap. 2. 829, die wohl nur frühere Verfügungen wiederholten: *ut in omni comitatu hi qui meliores et veraciores inveniri possunt, eligantur a Missis nostris ad inquisitiones faciendas et rei veritatem dicendam, et ut adiutores sint ad iustitias faciendas.* Rindl. (M. B. III. 1. S. 165) irrt, wenn er meint, hier sei von Erspähung der Verbrecher die Rede, da wohl mehr Eigenthums- und Grenzstreitigkeiten gemeint sind, worüber sie die Wahrheit bekunden sollen. Das *iustitias facere* umfaßt aber die Erfüllung aller Unterthanen = Pflichten.

c) Um den Verbrechen Einhalt zu thun, und die rauhen Ansichten, die das Volk hegte, mit christlicher Gesinnung und Milde zu vertauschen, wurde natürlich auch

1) dahin gewirkt, das Unrecht nicht blos als eine Verletzung des ihm gegenüber stehenden wohlverworbenen gesellschaftlichen Rechts mit kalter Ruhe zu betrachten, sondern darin eine Sünde, eine Uebertretung der Pflichten der Religion zu erkennen <sup>23</sup>).

2) Es wurden Verbrechen gegen das Christenthum einer besondern Aufmerksamkeit und der Strenge der Gesetze unterzogen; denn nach dem Geist der Zeit sowohl, als vermöge der Politik des fränkischen Staates, kam hierauf Alles an. Die Schöffen wurden daher besonders verpflichtet, diese Verbrechen anzuklagen. Es waren: 1) Ketzerei, 2) Abfall vom Christenthum, 3) falscher Eid, 4) Zauberei.

d) Es war natürlich, daß ihnen in dieser Hinsicht eine unbittliche, rücksichtslose Strenge eingeschärft <sup>24</sup>), und es ist beinahe unbezweifelt, daß sie durch einen feierlichen und schweren Eidschwur hierzu verpflichtet wurden.

e) Seit es unablässbare Verbrechen gab, die keine Versöhnung zuließen, sondern unerbittlich mit dem Tode bestraft wurden, war es wieder natürlich, daß der, welcher eine solche offenkundige That begangen hatte, sich der Ahndung des Gesetzes durch die Flucht zu entziehen suchte, und der Verbrecher konnte aus den entwickelten Gründen im Volke eher Schutz und Verheimlichung finden, als ehemals in der rein Germanischen Gemeinheits-Verfassung. Es wurde daher das Contumacial-Verfahren strenger und gewichtiger, und in der Form mußte Manches hinzukommen. Der Verurtheilte wurde nicht nur aus dem Frieden gesetzt, und seiner Rechte,

23) Qui talia agunt, regnum Dei non consequentur. Bergl. *Art. e Anb. No. I.*

24) Es deutet dies eine Stelle an des Capit. a. 802. c. 25.: *fures latronesque et homicidas, adulteros, maleficos, atque incantatores, vel auguratrices omnesque sacrilegos nulla adulatione vel premio nulloque sub tegmine celare audeant, sed magis prodere, ut emendantur et castigentur secundum legem.*

so wie des Schutzes der Genossenschaft verlustig, sondern er wurde für vogelfrei erklärt, verfolgt, und Jeder, der ihn aufnahm, mit gleicher Ahndung bedroht. Da aber jedes gegen Menschen begangene Verbrechen nach Germanischen Grundsätzen Versöhnung zugelassen hatte, so wurde auch bei diesen Verbrechen ein Ausweg gegeben, der der neuen Religion eben so, wie der Idee des Volkes, zusagte, nämlich dadurch, daß man Kirchenbuße gestattete, und durch die priesterliche Competenz über die Versöhnung des höhern, unsichtbaren Wesens entscheiden ließ <sup>25</sup>).

- 1) Die Tradition besteht darauf, daß Karl ein geheimes Verfahren in Betreff solcher Verbrechen gegen die Religion angeordnet, und den Schöffen ein geheimes Lösungswort gegeben, ihnen Geheimnisse anvertraut, und sie zum Geheimhalten verpflichtet habe. Das ist ein Mißverständniß. So was ließ sich in der Karolingischen Zeit, wo das Gefühl, Germanischer Freiheit noch zu lebendig war, weder einführen, noch paßt es überhaupt so wenig für die Sitten jener Zeit, als für den Geist der Karolingischen Institutionen, welche stets offen und kräftig sich aussprachen <sup>26</sup>).

4) Außerhalb Westphalen erlosch diese Einrichtung, weil die alte Genossenschaft der Freien, welche Verpflichtung, Gesetz und Form wie ein altes Heiligthum hegt und bewahrt hatten, aufhörte. Es änderte sich der Zustand und das Verhältniß der

25) Si pro his mortalibus latentior commissis aliquis sponte ad sacerdotem confugerit, et confessione data agere poenitentiam voluerit, testimonium sacerdotis de morte excuset. C. de Part. Sax. c. 14. — Die Erklärung Kindlingers, daß alle sacrilegia beim besondern Strafergericht seien untersucht worden, und daß dies in ein heimliches sich gestaltet habe, welches nach und nach auf alle unablässliche Verbrechen ausgebehnt worden sei, wobei man auch beabsichtigt, reumüthige Verbrecher geheim zu halten, und ihre Ehre nicht zu kränken, ist durchaus irrig. Vergl. Kindl. R. B. III. 1. S. 167 u.

26) Auch Eichhorn's Vermuthung (a. a. D. III. S. 194), daß die Schöffen vielleicht geheim gehalten seien, „weil nur dadurch eine genaue Beobachtung der dem Heidenthum ergebenden Personen möglich war,“ können wir gar nicht beitreten. Solche geheime Inquisitoren hätten nach befestigtem Christenthum bald in Vergessenheit gerathen müssen. Schöffen konnten nicht geheim sein, und waren es auch später nie, außer da, wo ihnen Gefahr drohte.

Freien bedeutend; sie wurden theils Hörige, theils den landesherrlichen Gerichten unterworfen, und der Ritterstand, der sich daraus entwickelte, erkannte nirgend die Genossenschaft mit den freien Landsassen an, und entzog sich, in neue Formen eingehend, und sich auch da schwer fügend, aller gerichtlichen Gewalt beinahe ganz. So löste sich allmählig die alte Gerichtsverfassung auf, und die Schöffen entzogen sich einer Verpflichtung, die den Haltpunkt nirgend mehr fand, außer bei den kaiserlichen Gerichten Westphalens<sup>27)</sup>, und die, wie wir später sehen werden, im Mittelalter so gefährlich und schwierig wurde, daß nur besondere Ereignisse sie wieder beleben, und ihr Gewicht und großen Einfluß geben konnten. Der Sachsenspiegel hat noch eine Erinnerung, wenn er anführt: daß im echten Ding der Bauernmeister alles Ungericht rügen soll, das nicht verschwiegen werden darf<sup>28)</sup>.

27) Eichhorn (Staats- und Rechtsgeschichte III. S. 193) sagt: „Indessen ist, wenn man sich die heimliche Aht, wie sie im 15ten Jahrhundert war, als eine Karolingische Einrichtung denkt, unergreiflich, warum man sie nicht auch in Ostphalen findet; wie so ganz vom 9ten bis 14ten Jahrhundert jede Spur ihres Daseins fehlen kann, und wie man im 14ten und 15ten Jahrhundert in ganz Deutschland das Verfahren der Femgerichte als etwas Unerhörtes und Auffallendes hat betrachten können.“ Daß aber Karl ein besonderes Gericht eingeführt habe, kann nie eingeräumt werden, und daß der Gang der Verfassung in Westphalen eine besondere Richtung nahm, glauben wir erklärt zu haben; wenn daher diese Gerichte stets im Zusammenhang mit der älteren Verfassung blieben, und ihre Spuren sich allerdings immer nachweisen lassen, so muß es auch geläugnet werden, daß man sie im 14ten und 15ten Jahrhundert als etwas Unerhörtes und Auffallendes betrachtet habe. Im Gegentheil erkennen Urkunden, Reichsgesetze und Schriftsteller des Mittelalters sie als etwas längst Bestehendes, Geseßliches und Herkömmliches an, und der von Eichhorn allegirte *Joannes de Franfordia*, in *f. tract. contra Feymores* hat gar keine Stimme. Diesen unwissenden, heuchlerischen Betbruder, der die Femgerichte gar nicht kannte, werden wir später noch abzufertigen Gelegenheit haben. Seine Zeitgenossen (1430) brauchten es nicht, weshalb seine Ausfälle und sein Klagegeschrei unbeantwortet blieben.

28) Wir können hierin nicht mit Eichhorn (II. S. 621) eine Beschränkung des Grundsatzes finden: Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter, vielmehr eine Bestätigung. Der Verf. sagt selbst in einer andern Stelle, (III. S. 428) die Rüge dürfe mit dem Untersuchungs-Prozeß durchaus nicht verwechselt werden, sie setze kein anderes Verfahren voraus, als das gewöhnliche, und der Bauernmeister habe nur den Ankläger gemacht. Wenn aber Verf. (III. S. 184) sagt: „Jeder Freischöffe war verpflichtet, in der heimlichen Aht alle ihm bekannten Handlungen anzuzeigen, welche zur Feindschaft

5) Daß in Westphalen sich die Schöffengerichte in der Form, in dem Geist und der Idee, wie sie Karl begründet, erhalten hatte, geht aus Manchem hervor, was späterhin das Auszeichnende der Femgerichte ausmachte. Es ist um so zuverlässiger, den Grund der Verfassung dieser Gerichte so weit hinauf zu suchen, weil es fast die einzigen waren, die sich bei allen Stürmen der Verfassung, und bei dem Wechsel der in alle Verhältnisse einbringenden Landeshoheits-Rechte, rein, frei, unabhängig und in alter Form erhielten. Daher kein Wunder, daß sie das Ueberlieferte mit Strenge, gleich einem Heiligthum, bewahrten, und ihre Existenz davon abhängig glaubten.

Was die oben bezeichneten Grundlagen betrifft, so sehen wir

- a) fortdauernd die Anklage in uralter Form, die Jedem frei stand, und wozu alle Freischöffen vorzugsweise angewiesen und verpflichtet waren <sup>29)</sup>.
- b) Es blieb stets die Idee, daß sie hauptsächlich zur Aufrechterhaltung und zum Schutz des Christenthums bestimmt seien, und sie zählten namentlich Götzendienst noch zu den Verbrechen ihrer Competenz, der doch wohl im Mittelalter nirgend mehr Statt fand <sup>30)</sup>.

gehörten, da dies aber lauter Handlungen waren, welche schon nach gemeinem Recht gerügt werden mußten, so lag in der That hierin keine wesentliche Abweichung von dem gewöhnlichen Criminalverfahren:“ so können wir auch hier nicht einstimmen. S. 195 giebt Verf. selbst die Verpflichtung der Schöffen als etwas besonderes an, und wenn wir die strenge, schwere, durch feierlichen Eid gebundene Pflicht der westphälischen Freischöffen mit dem Verfahren bei andern Gerichten vergleichen, so können wir nicht anders als von einem großen bedeutenden Gegensatz uns überzeugen, den die Folge deutlicher entwickeln wird.

29) „homines a scabinis accusati“ heißt es in einer Paderb. Urk. v. 1229, die einen Vertrag wegen Beweisform enthält. *Sehnen Ann. Pad. ad a. 1229.* — In den Weisthümern bei *Hahn*, (coll. mon. T. II. p. 650) sagt der Freigraf: So erlaube ich allen Freyschöpfen ir. clage zu offnen zu Recht, zu Unrecht verbiete ich in zu clagen. — In einem Weisthum, welches der sogenannten Ruppertschen Rf. angehängt ist, heißt es: Wenn ein Freischöpfung solche Bosheit von einem andern vernimmt, so soll er sie melden und anklagen an das freie Gerichte. *Senkenb. corp. J. Germ. ed. Königsahl, I. p. 69.*

30) „aufgesetzt zu Handhabung unsers H. christlichen Glaubens und der H. 10 Gebote.“ Ref. v. 1522. *Goldast, Reichsordnung II. S. 252.* Vergl. auch die Formulare Anh. No. 10.

c) Sie hatten eine Eidesformel, wodurch sie verpflichtet wurden, und einen Bannfluch, wodurch sie ächteten, der durch das Strenge, Erhabene und Alerthümliche aus einer verschollenen Ueberlieferung herrühren mußte.

d) Zu dem Allen kam ein unbegrenztes Selbstgefühl von hoher Würde und vorzugswelser Bestimmung, nebst der stets fest und zweifellos ausgesprochenen Ueberzeugung, daß ihre Ernennung und ihre hohe Bestimmung eine Institution Karls des Großen sei; eine Ueberlieferung, die wir ungefaltet zu erklären, uns eben so hätten müssen, als sie geradezu wegzurufen.

e) Daß eine Reihe von Jahrhunderten, manche politische Ereignisse, veränderter Culturzustand und Umwandlung der Verfassung auf diese alten Gerichte nicht ohne Wirkung und Einfluß bleiben konnte, ist schon an sich begreiflich. Sie hielten jedoch die Grundzüge fest. Wenn nun die vorzugswelse Verpflichtung, auf Verbrechen gegen die Religion zu achten und sie zu ahnden, stets in der Erinnerung dieser Gerichtsgenossen blieb, solche Verbrechen aber bald in Abgang kommen mußten, so pflegte man meist alle Criminalverbrechen dahin zu rechnen, und den Grundsatz auszusprechen, daß Alles, was gegen das Evangelium und gegen die Grundsätze der christlichen Religion streite, in gleiche Kategorie gehöre<sup>31)</sup>. — Das Mittelalter, dem Ehre nächst der Religion das Höchste war, fügte auch den Grundsatz hinzu,

---

31) Eichhorn (a. a. D. III. S. 194) glaubt auch an alte überlieferte Formen, und sagt: „Eben diese Form konnte sehr leicht den Versuch veranlassen, ihr dadurch wieder eine innere Bedeutung zu geben, daß man den Gemgenossen die Rüge aller todeswürdigen Verbrechen zur Pflicht machte, wozu, da dies ja ohnehin bei allen Gerichten geschehen sollte, und nur nicht gerade eine Verpflichtung der Schöffen war, bei solchen Schöffen die ohnehin durch einen Eid gebunden waren, den man hierauf deuten konnte, die Veranlassung sehr nahe lag.“ Indem der Verf. aber hier auf eine von außen gegebene Einrichtung und Abänderung deutet, ja sogar den Erzbiſchof von Cöln, als den bezeichnet, dem es leicht gewesen sei, dies auszuführen, können wir solcher Ansicht nicht beistimmen, da theils eine solche Einwirkung im Mittelalter unmöglich war, theils sich keine Spur davon vorfindet, im Gegentheil aus der Verschiedenheit der Bestimmungen und den immer schwankenden Aufzählungen sich mit Grund auf reines Herkommen schließen läßt.



Alles, was gegen Ehre streite, sei gleich wichtig <sup>32</sup>). — Die Urkunden des Mittelalters sprechen immer den Gegensatz aus, und bezeichnen ihn mit offenem und heimlichem Gericht. So wie sie aber schwanken in der Aufzählung der Vergehungen <sup>33</sup>), so ist auch der Gegensatz nur noch Erinnerung einer uralten Verpflichtung und Bestimmung, der ausgedrückte Unterschied aber selbst, wie die Folge zeigen wird, entweder nicht der wirkliche oder nicht der ursprüngliche <sup>34</sup>).

7) Während der alte Germanische, mit Karolingischen Institutionen gemischte Prozeß nun im Mittelalter in dem Verfahren der Fengerichte sich kraftvoll befestigte, regenerierte, und dergestalt zu einem besonderen Verfahren ausbildete, daß er mit voller Macht und Gewalt die Bestimmung eines höchsten Gerichts erfüllte, sehen wir das übrige Deutschland größtentheils in einem sehr verlassenen Zustande, indem die Ueberbleibsel des alten Prozesses nirgend mehr ausreichten, und alles Ansehen und alle Kraft verloren. Gewalt trat größtentheils an die Stelle des Rechts, der Verbrecher war nur schwer durch die Formen des Prozesses zu überwinden, er fand Helfer genug, die ihn gegen die Macht vertheidigten; er schreckte jeden Ankläger durch ungeahndete Drohungen; es war ihm in dem aufgelißten Zustande des Reichs ein Leichtes, sich der Nachforschung und Execution zu entziehen; der Ritter war in seiner Burg sicher. So war die Criminal-Justiz im elendesten Zustande. Am fühlbarsten war dies in den Städten, wo unter einer großmannigfaltigen Volksmenge häufiger Verbrechen begangen wurden, und mancherlei schändes Gesindel sich leicht unbemerkt umher treiben konnte. Man suchte nun theils andere Formen einzuführen, und hierzu Privilegien zu erhalten; namentlich suchte

32) „Gegen Gott, gegen Ehre und gegen Recht,“ sagen die Urkunden häufig.

33) Das Kapitels-Protokoll v. 1490 Anh. No. XXIII. unterscheidet noch rein die Verbrechen gegen die Religion, während Andere alle Criminalverbrechen dahin zählen.

34) Das alte Formular (Anh. No. 10) ist sehr bedeutend: want de grote Kenet Karll hevet alle vrygestole gesatet unde gemaket in Westphale so den eirsten maill umb veir artikule und mer artikule mit den veiren genamen sint u. s. w.

man ein anderes Beweisverfahren für das nur unter einer freien Genossenschaft anwendbar gewesene Institut der Eideshelfer, theils versuchte man, dem Beispiel der Feme zu folgen, welches aber nirgend gelang, wiewohl dies zur Meinung Anlaß gegeben hat, daß die Femengerichte auch außerhalb Westphalen existirt hätten<sup>35)</sup>. Am meisten Beifall und Einführung fand das rasche Verfahren: auf notorisch bösen Leumund, d. h. überzeugenden Verdacht der Schuld, sogleich zu richten. Dabei machte man mancherlei, besonders durch wissenschaftliche Bemühungen hervorgebrachte Versuche, sich einem andern Verfahren, und namentlich dem förmlichen Untersuchungs-Prozeß zu nähern, bis dieser endlich durch die Halsgerichts-Ordnung Karls V. begründet, eingeführt und gesetzlich befestigt wurde.

B) Die Feme ist in der Geschichte des Criminal-Prozesses von der höchsten Wichtigkeit; sie macht in einer Zeit, wo die alte Gerichtsverfassung sich auflöste, wo Gewalt und Eigenmacht mehr als das Recht regierten, wo damit Hohn getrieben wurde, und die richterliche Gewalt gänzlich gesunken war, den Stamm, den Haltpunkt und nothwendigen Uebergang. Wollen wir eine Uebersicht der verschiedenen Perioden geben, so können wir sie folgendergestalt bezeichnen.

1) Formelles Recht freier Männer:

- a) rein Germanischer Prozeß,
- b) vermischt mit Karolingischer Staats-Verfassung und Gesetzgebung.

2) Zustand der Auflösung und Umbildung des Gerichtswesens:

- a) Feme,
- b) Tumultuarisches Verfahren bei Leumund.

---

35) Zu Dessau übte im 15ten Jahrhundert der Senat die Criminal-Jurisdiction durch einen Femrichter und Beisitzer, welche Behmschöppen, auch Behmgrafen geheißen. Diese schwuren: nach Behmscher Weise zu richten und nach der Wigigsten Rat, was ihnen behmlich gellaget werde, auch behmliche Sachen, die ihnen angegeben werden, gegen Niemand von des Behmers Verwandten ruchbar zu vermelden. Oberlin, v. Behmenrecht.

3) Inquisitorisches Verfahren, „langsam vorbereitet, und gesetzlich begründet durch Karls V. Gesetz.

Die Geschichte wird es zeigen, wie schwer es hielt, und wie lange es dauerte, den Weg bis zum inquisitorischen Verfahren zu finden.

## Zweites Kapitel.

II. Alte Gewohnheiten und herkömmliche Einrichtungen, als fernere Grundlagen des Verfahrens der Femgerichte. Historische Entwicklung der Verfassung dieser Gerichte.

Indem wir schon früher zeigten, was auf die lächerlichste Weise von den Beschreibern des Femgerichts als Grund der Institution desselben angeführt wird, daß nämlich Karl der Große, um das Christenthum zu befestigen, durch heimliche Richter die Verdächtigen habe hängen lassen, wie aber dies eben so wie die Sage der Abstammung von Karl im Allgemeinen etwas Wahres habe, und auf historischem Boden ruhe: so werden wir im Einzelnen noch manche Erinnerung an die Zeit der Karolingischen Verfassung und Gesetzgebung auf dem Wege unserer Untersuchung finden. Wir haben aber vor allen Dingen die zweite Grundlage der Verfassung dieser Gerichte, nämlich das uralte Herkommen und rein erhaltene Gewohnheitsrecht zu entwickeln.

Gleich der Sage und dem Epos waren die Rechtsnormen, welche das Volk und die Schöffen bewahrten, nicht von ihnen erfunden und erdacht, sondern sie existirten nun einmal und wurden nur gefunden und gewiesen. Selbst das Autonomie-Recht, das freien Männern und Genossenschaften zustand, wurde anfangs nur in diesem Sinne geübt, man maßte sich nicht an, zu sagen: das soll Recht sein, sondern, das ist das vorhandene und gesunde Recht; es gab also eher Weisthümer als Willkühren, und die Letztern wurden hauptsächlich erst nöthig, als sich das Zusammenleben der freien Genossen auf neuen Grundlagen und Instituten, besonders in den Städten, formte, folglich

neue Verhältnisse eintraten, die eine rechtliche Bestimmung erheischten.

Was der Verfasser des Sachsenspiegels sagte, konnten auch die Freischöffen sagen:

„Dies Recht hab' ich nicht erdacht.  
Es habens von Alters auf uns bracht  
Unsers gute Vorfahren.“

Alle Urkunden sprechen in spätern Jahrhunderten von uralter Verfassung und von Gewohnheits-Recht <sup>1)</sup>, und das Gerichtswesen des Femgerichts mußte sich also schon lange gebildet haben, ehe wir es durch die Urkunden und Gesetzbücher näher kennen lernen. Dies finden wir auch bestätigt, wenn wir 1) den geschichtlichen Faden mit Vorsicht verfolgen; es folgt 2) schon daraus, daß im Mittelalter weder Kaiser noch Landesherr sich um Gesetzgebung und Gerichtsordnung viel bekümmerten, oder das Bestehende antasteten, sondern daß alles der eigenen Fortbildung und Entwicklung, dem alten Herkommen oder gemeinsamen Willen der Gesellschaft überlassen wurde <sup>2)</sup>. 3) Ueberdies konnte das Femgericht mit allen seinen Formen und Attributen zu keiner Zeit instituiert werden, und müssen wir daher geschichtlich zu entwickeln suchen, wie es sich ausbildete und an eine frühere Verfassung reihte. 4) Jede Meinung, daß das Femgericht besonders eingeführt worden sei, zerfällt in sich, und beruht auf dem Irrthum des Mittelalters, wonach man jedes besondere Recht, dessen Ursprung man sich nicht mehr erklären konnte, auf verlorne Urkunden stützte, so wie man in den Zeiten der Gewalt und Anmaßung es gewohnt geworden war, über jedes herkömmliche, wohlbegründete und unantastbare Recht sich schriftliche Urkunden und Privilegien ertheilen zu lassen. Ueberall werden wir nun ein strenges Festhalten am Alterthümlichen, an

1) „juxta morem patriae ... cum solemnitate debitis et consuetis“ liest man häufig in den Urk. des 13ten Jahrhunderts. „Prout consuetudo exigit,“ war Grund genug, und bedurfte es keines andern. Auch die Femgerichts-Ordnungen sprechen nur: „na olden ghesetten und herkomen.“ Z. B. die Sigismundsche bei Goldast, S. 163.

2) Der Landgraf Hermann der Jüngere zu Hessen hegte selbst im Jahr 1363 ein Gericht, als des Landes recht ist. Kopp, v. d. Hess. Ger. No. 124.

dem von den Vätern Ererbten und Ueberlieferten finden: wie dieser Geist durch die ganze Geschichte des deutschen Volkes und seiner Institutionen weht. Das Herkommen war auch in unsern Gerichten heilig; sie hielten daran in allen Zeiten, als an dem allein gültigen Gesetz, und kümmerten sich nicht darum, wie es mit der Zeit und mit der Geschichte zusammenhing <sup>3)</sup>.

I. Mit einem Schauer der Ehrfurcht betrachten wir zuvörderst die alten Stätten, wo das Femgericht seine Sitzungen hielt. Wir können sie meist noch nachweisen, und es waren dieselben Markplätze, frei unter dem offenen Himmelstzelt gelegen, wo der Karolingische Graf seine Placita hielt, und der alte Richter die Germanische Gemeinde versammelte <sup>4)</sup>. Sie wurden wie ein Heiligthum geehrt, keine Veränderung wurde geduldet <sup>5)</sup>, und es bestätigt sich genugsam, daß dies Gericht an seinen verborgenen, unzugänglichen Orten, ober in düstern Gewölben hinter diesen Mauern, seine Sitzungen hielt. Etwas war dem Geist der Zeit durchaus fremd.

II. Die alte Germanische Volksgemeinde des Gaus oder der Mark, die sich an den gesetzlichen Markplätzen von Alters her versammelt hatte, blieb noch im Wesentlichen ihren alten Sitten, Einrichtungen und Gewohnheiten treu, wiewohl durch die Karolingische Verfassung und durch die Ernennung der

3) Sehr häufig sind die Bitten der Freigrafen an die Kaiser, sie bei ihren alten Rechten und Freiheiten zu schützen, die von ihren Vorfahren herrührten, und woran sie sich hielten etc. Man vergleiche, z. B. Urk. v. 1454: Müller, Reichstags-Theater S. 502.

4) Wir sehen dies schon aus den alten Bezeichnungen der Plätze. In einer Urk. zu Ende des 13ten oder Anfang des 14ten Jahrhunderts (Kindl. Volksrecht Nr. 73) heißt es: hoc sunt loca dicta Dynastode, und nun folgt die Aufzählung in ... sub Tilia, in ... in curia, ton alore, super rivum, sub quercu, sub nutu, super stratam, apud lapidem. Urk. v. 1278 bei Kindl. (M. B. III. 1. No. 85) — in quibus (locis) hoc fieri (presidere iudicio) antiquitus est consuetum.

5) Graf Conrad von Zerkensburg verlegt einen Freistuhl in Gegenwart des Bischofs von Denaburg und vieler angesehenen Männer mit großer Wichtigkeit im gehegten Gericht, und nach Eidschwur, an seinen rechten Platz: „dat wy den vryenstol uppe be rechten, oloen stede ... dar he van oides plagh to wese ne wipper geleget hebbet als wi schuldic syn to done.“ Urk. v. 1400 bei Kindl. (M. B.) III. 2. Nr. 193.

neue Verhältnisse eintraten, die eine rechtliche Bestimmung erheischten.

Was der Verfasser des Sachsenspiegels sagte, konnten auch die Freischöffen sagen:

„Dies Recht hab' ich nicht erbacht.

Es habens von Alters auf uns bracht

Unser gute Vorfahren.“

Alle Urkunden sprechen in spätern Jahrhunderten von uralter Verfassung und von Gewohnheits-Recht <sup>1)</sup>, und das Gerichtswesen des Femgerichts mußte sich also schon lange gebildet haben, ehe wir es durch die Urkunden und Gesetzbücher näher kennen lernen. Dies finden wir auch bestätigt, wenn wir 1) den geschichtlichen Faden mit Vorsicht verfolgen; es folgt 2) schon daraus, daß im Mittelalter weder Kaiser noch Landesherr sich um Gesetzgebung und Gerichtsordnung viel bekümmerten, oder das Bestehende antasteten, sondern daß alles der eigenen Fortbildung und Entwicklung, dem alten Herkommen oder gemeinsamen Willen der Gesellschaft überlassen wurde <sup>2)</sup>. 3) Ueberdies konnte das Femgericht mit allen seinen Formen und Attributen zu keiner Zeit instituiert werden, und müssen wir daher geschichtlich zu entwickeln suchen, wie es sich ausbildete und an eine frühere Verfassung reihte. 4) Jede Meinung, daß das Femgericht besonders eingeführt worden sei, zerfällt in sich, und beruht auf dem Irrthum des Mittelalters, wonach man jedes besondere Recht, dessen Ursprung man sich nicht mehr erklären konnte, auf verlorne Urkunden stützte, so wie man in den Zeiten der Gewalt und Anmaßung es gewohnt geworden war, über jedes herkömmliche, wohlbegründete und unantastbare Recht sich schriftliche Urkunden und Privilegien ertheilen zu lassen. Ueberall werden wir nun ein strenges Festhalten am Alterthümlichen, an

1) „juxta morem patriae ... cum solemnitatibus debitis et consuetis“ liest man häufig in den Urk. des 13ten Jahrhunderts. „Prout consuetudo exigit,“ war Grund genug, und bedurfte es keines andern. Auch die Femgerichts-Ordnungen sprechen nur: „nach den gesetzten und herkommen.“ Z. B. die Eidschwurssche des 13ten J. S. 163.

2) Der Landgraf Hermann von Hessen  
1363 ein Gericht  
No. 124

dem von den Vätern Ererbten und Ueberlieferten finden: wie dieser Geist durch die ganze Geschichte des deutschen Volkes und seiner Institutionen weht. Das Herkommen war auch in unsern Gerichten heilig; sie hielten daran in allen Zeiten, als an dem allein gültigen Gesetz, und kümmerten sich nicht darum, wie es mit der Zeit und mit der Geschichte zusammenhing <sup>3)</sup>).

I. Mit einem Schauer der Ehrfurcht betrachten wir zuvörderst die alten Gerichte, wo das Femgericht seine Sitzungen hielt. Wir können sie meist noch nachweisen, und es waren dieselben Malplätze, frei unter dem offenen Himmelzelt gelegen, wo der Karolingische Graf seine Placita hielt, und der alte Richter die Germanische Gemeinde versammelte <sup>4)</sup>. Sie wurden wie ein Heiligthum geehrt, keine Veränderung wurde geduldet <sup>5)</sup>, und es bestätigt sich genugsam, daß dies Gericht an keinen verborgenen, unzugänglichen Orten, oder in düstern Gewölben hinter dicken Mauern, seine Sitzungen hielt. Etwas war dem Geist der Zeit durchaus fremd.

II. Die alte Germanische Volksgemeinde des Gaus oder der Mark, die sich an den gesetzlichen Malplätzen von Alters her versammelt hatte, blieb noch im Wesentlichen ihren alten Sitten, Einrichtungen und Gewohnheiten treu, wiewohl durch die Karolingische Verfassung und durch die Ernennung der

3) Sehr häufig sind die Bitten der Freigrafen an die Kaiser, sie bei ihren alten Rechten und Freiheiten zu schützen, die von ihren Vorfahren herrührten, und woran sie sich hielten etc. Man vergleiche z. B. Urk. v. 1454 Müller, Reichstags-Theater S. 502.

4) Wir sehen dies schon aus den alten Bezeichnungen der Plätze. In einer Urk. zu Ende des 13ten oder Anfang des 14ten Jahrhunderts (Kindl. Holmsteins No. 73) heißt es: hoc sunt loca dicta Dynastode, und nun folgt die Aufzählung in ... sub Tilia, in ... in curia, ton sloze, super rivum, sub quercu, sub nutu, super stratam, apud lapidem. Urk. v. 1278 bei Kindl. (M. B. III. 1. No. 85) — in quibus (locis) hoc fieri (presidere iudicio) antiquitus est consuetum.

5) Graf Conrad von Tellenburg verlegt einen Freisuhl in Gegenwart des Bischofs von Osnabrück und vieler angesehenen Männer mit der Bedingung, daß er die Urtheile im gehegten Gericht, und nach Eidschwur, an demselben Orte, wo die Urtheile gefällt wurden, vollziehen solle. „dat wy den vryenstol uppe de rechten oloen van oides plagh to wese ne widder gelegeet hebbet als to hane.“ Urk. v. 1400 bei Kindl. (M. B.) III.

Königlichen Beamten der Grund und das Wesen der alten freien Verfassung untergeordnet war.

1) Wiewohl zerissen und gespalten durch die Exemtionen und die mit den Ständen vorgehenden Veränderungen, hielt doch, bei verschiedenem Gerichtsstand, noch lange die Gemeinde zusammen, theils aus Gewohnheit, theils weil noch manches gemeinsame Interesse sie an einander fesselte <sup>6)</sup>. Wie sehen daher die Placita anfangs überall, und späterhin hier und da, noch allgemein besucht; jedoch wird der Unterschied der Stände angedeutet, und die alten Freien bezeichnen sich als Stamm und Mittelpunkt <sup>7)</sup>.

2) Wie sonst Alle, die da erschienen, stimmfähig gewesen waren, so nun bloß die Genossen, d. h. alle Freie, wiewohl den Schöffen der alte Vorzug blieb. Sie waren die eigentlichen Theilssprecher, die Vorsteher und Gemeinde-Aeltesten, und die Genossen waren nur Zeugen des rechtlichen Verfahrens. Die Schöffen beriethen sich mit ihnen; sie mußten schweigend oder laut ihre Einwilligung geben, und jeder Einzelne konnte Einwendungen machen.

3) Die Versammlung geschah freiwillig in gewissen Zeiten des Jahres, und es wurde später strenge Pflicht der Genossen des Gaus oder der Grafschaft, dieser Zusammenkunft beizuwohnen. Man hieß sie das Ungebott, und so wie sich dieses überall in alter Sitte erhielt, so auch bei den Freigerichten <sup>8)</sup>.

6) cum comitiis liberis, dictis Friegravschaffe et hominibus dictis frien, et eorum sedibus, locis, terminis et distinctionibus, ac cum actionibus realibus et personalibus heißt es in der Verkaufsurkunde über Arnsherg v. 1368 bei Klein f o r g, III. S. 289.

7) Acta sunt hec coram Th. de A. tunc libero comite et coram sede nostra libera, sita in Ekeshoko, assidentibus et presentibus liberis et scabinis .. preconis ... liberis ... cum pluribus testibus idoneis et fidedignis ad premissa vocatis. Urf. v. 1328. (Einbl. Helm. Nr. 77.) Man verles also noch Andere zur Versammlung, weil die Gemeinde so sehr zusammenschmolz.

8) „Auch die freie Gerichte in seinem van des Jahrs zu dreien Hyden, als over achtein Wochen ein itlich handelen soll, undt soll zu itlichen echten dingen, und freyen gerichte durch seinen Frohnboten de freygen, undt Buren, in seinem freyen Wan geseffen, viertein Tage zu voren verstanden, und wissen lassen, daß se zu dem echten Dinge kommen undt erschienen.“ Arnsh. Hand sch.



4) Die größere Volksgemeinde oder Genossenschaft, die im Landgericht oder Placitum generale sich versammelte, zerfiel aber wieder, wie oben gezeigt und zugleich der Unterschied in Sachsen angedeutet wurde, in kleinere Innungen, die die Beerengeren, diese Gemeinde und die gemeinsame Mark betreffende Angelegenheiten beriethen und schlichteten. Auch diese sehen wir fortbestehen in den vielfachen Freisühlen, die eine einzige Freigrafschaft umfaßt, und der Beweis, daß auch diese Einrichtung fortbauerte, liegt theils in den verschiedenen Competenzbestimmungen, theils in dem wichtigen Umstande, daß man den Freigrafen späterhin, als die Landeshoheit ihnen die hohe Gerichtsbarkeit aus den Händen wand, die Rügegerichte, die gerade aus jenen kleinen Gemeindegerichten entstanden waren, beließ.

5) Die Genossenschaft hatte alles Eigenthum und dessen Sicherheit und ungestörten Besiz garantirt, und für den gemeinen Frieden sich verbürgt, d. h. zur Genugthuung dem Verletzten mit eigener Verantwortlichkeit verholfsen. Beides blieb in der Idee. Wir sehen alles Erbe und Eigenthum fortwährend theils von der ganzen Gemeinde garantiren, theils allmählig durch einzelne Bürgen die Gewährleistung ersetzen<sup>9)</sup>. In der Verpflichtung aller Schöffen spricht sich aber aus, und erweitert sich noch der feste Wille, das einem Genossen widerfahrne Unrecht zu ahnden und ihm zur Genugthuung zu verhelfen. An die Stelle der genossenschaftlichen Bürgschaft trat aber, wie wir später sehen werden, ein Bund, der jedoch nur aus der Genossenschaft erwachsen konnte.

6) Der Verein der Genossenschaft war sonst die Grundlage von allem Recht, von Ordnung, Sicherheit und Frieden, gehandhabt durch freie Gemeinder, unter einem selbstgewählten Vorstand. Aus dem Frieden wurde aber ein Bann, den königliche Beamte handhabten; die Genossenschaft, die Familien- und

---

9) Der Bischof von Osnabrück verkauft 1249 dem Kl. Marienfeld einen Hof: Acta sunt hec apud Herthou in iudicio, quod dicitur Vriothine, cum plenaria warandia presens negotium sub regio banno confirmantes. Kindl. R. B. III. 1. R. 72. In der Folge heißt es fast immer in den Urk. ut plenius caveatur, dedimus fideiussores etc.

Gemeinde: Einrichtung versplitterte sich in den verschiedenen Standesverhältnissen. Der Begriff von Freiheit änderte sich; Ehet, meist an den Stand geknüpft, wurde das leitende Prinzip, und Alles wandelte sich allmählig, dem Geiste der Zeit gemäß, um.

III. Das Ungebot obet echte Ding, in dem sich regelmäßig alle Genossen und Dingspflichtigen versammelten, und wo auch alle Klagen angebracht werden mußten, hatte schon in der Germanischen Verfassung einen Gegensatz an dem gedachten Ding, zu dem, wenn eine Klage angebracht wurde, der Richter eine Anzahl Genossen berief, und den Beklagten durch den Freiboten vorlud. Dieser Gegensatz erhielt sich nicht nur, sondern wurde mit der Zeit immer schärfer.

1) Sowohl das Grafengericht oder alte Landgericht, als das Vogtgericht, hielt das Ungebot oder die Generalversammlung. Jenem folgten alle echte freie Genossen; diesem alle Hörige. Indessen wurde es, wie oben bemerkt, so genau nicht genommen, indem Jeder zu dem Ungebot Zutritt hatte, jedoch nur die Genossen und eigentlichen Dingspflichtigen stimmsfähig waren. So sehen wir auch die Freigerichte anfangs ohne Widerspruch das Ungebot fortwährend halten, und Viele sich da versammeln, theils als thätige Theilnehmer, theils als mäßige Zuschauer <sup>10)</sup>.

2) Dies konnte jedoch nur bestehen, so lange sich die Territorialhoheit nicht ausgebildet hatte. Sobald diese sich befestigte, traten unvermeidliche Collisionen ein, und die landesherrlichen Gerichte zogen natürlich das Recht, die Generalversammlungen zu halten, an sich, weil in diesen nicht bloß Recht geübt, sondern alle übrigen Rechte der Landesherrn ausgeübt,

---

10) Das gerichtl. Zeugniß über die Competenz und Gewohnheit der Bolmesteynschen Krümengrafschaft von 1476 ist ausgestellt in dem „openbaren Frengerichte.“ Es wird bestätigt von den „Röthsleuten und Schöffen.“ Der Schluß der Urkunde bemerkt aber: Dar über und ane wären stantgenoten des Gerichtes, de byt mede sagen und horeken ... und an dre gader lude genouch. Rindl. M. S. III, 2. No. 205.

und mittelst des Ungebotts zugleich alles das, was wir jetzt Regieren nennen, gehandhabt wurde <sup>11)</sup>).

3) Bei den Freistühlen fuhren zwar die Freien, ungeachtet des Uebergewichts der landesherrlichen Gerichte, fort, sich regelmäßig zu versammeln: doch erlösch bald, noch aus andern Gründen, die Idee des Ungebotts bei diesen Gerichten, indem

- a) die Genossenschaft immer mehr zusammenschmolz, der Sinn der Exemption sich änderte, und die Zusammenkunft bedeutungslos wurde.
- b) Indem das Gefühl angestammter Würde und die drohende Gefahr ein engeres Zusammenschließen erheischte, und man allmählig nur echte Genossen zur Versammlung entbot.
- c) Weil aus den oben entwickelten Gründen die Civiljustiz allmählig ganz aufhörte, und in Criminalsachen immer mehr ein förmliches Gebot zu erscheinen nöthig wurde.
- d) Um so mehr, weil man, erst in Folge der einreisenden Evocationen, dann vermöge eines Bundes und der sich befestigenden Ansicht eines höchsten kaiserlichen Gerichts, auch Auswärtige, und endlich diese zumeist, vor die Freistühle zu fordern pflegte.

4) So wurde also das Freigericht ein gebotenes Gericht, und man pflegte es; zum Beweis, daß die meisten Gerichte in der Regel noch ungeboteue waren, seit dem 13ten Jahrhundert mit dem Ausdruck: gebotenes oder verbotenes Gericht, besonders zu bezeichnen <sup>12)</sup>. Verbotung heißt Vorladung, der

11) Die Wichtigkeit des Schöffen-Collegii leuchtet noch lange hervor. Im Jahre 1467 bekunden z. B. die Schöffen zu Obern-Kula die Rechte des Landgrafen von Hessen und des Erzb. von Mainz an dem gemeinschaftlichen Gericht in Gegenwart der Abgesandten. Sie sind versammelt „bei dem Dorf A. an gewöhnlicher Gerichtsstede auf unser lieben Frauen Berg an der Mure die umb den Kirchhof gehet;“ und was sie bekunden, schlichtet die beiderseitigen Jurisdictionen: d. d. Hohelits-Rechte. Ro pp, v. d. Hess. Ger. I. No. 73.

12) Arnolbi, Beiträge zu den deutschen Glossarien v. Verboten.

Freibote hieß Verboter <sup>13</sup>); der Ausdruck kann daher gar kein Mißverständniß erregen, und wir wissen nicht, ob es Unverstand oder ein boshafter Scherz war, wenn Aeneas Sylvius <sup>14</sup>) denselben durch *vetitum* übersetzt, weshalb man das Gericht bis in unsere Zeiten noch fortwährend *judicium vetitum* zu nennen, und diesen Ausdruck zu rechtfertigen und zu erklären, sich für befugt gehalten hat <sup>15</sup>).

5) Das Ungebott, *generale placitum*, hieß auch das offene oder offenbare Gericht, und den Gegensatz bezeichnete man durch besonderes, geschlossenes Gericht, *judicium publicum et privatum*. Das Freigericht behielt diesen Gegensatz bei, legte aber später ganz andere Begriffe unter. Anfangs hieß offenes Gericht nur, wo alle Freie und Dingspflichtige erschienen, und Andern auch der Zutritt nicht gewehrt wurde: geschlossenes und besonderes Gericht aber, wo bloß die Freischöffen zugegen waren, und Recht wiesen.

6) Das geschlossene, besondere Gericht hieß auch *Secretum judicium*, heimliches Gericht. So wie nun der Ausdruck *secretum* eine reine Uebersetzung des Besondern ist, so bedeutet

13) „voirboter“ hat eine Ladung von 1440. S. Jahr. für Westphalen. Coesfeld 1817.

14) de statu Europae sub Fried. III. in Froher. script. rer. Germ. II. p. 125.

15) Auch Eichhorn (a. a. D. III. S. 180) sagt bei der Erklärung des Ausdrucks *judicia vetita* „verbotene Gerichte hießen sie, weil sie in ihrer Eigenschaft als heimliche Gerichte kein echte Ding, (*placitum legitimum*) sondern bloß gebotene Gerichte (zu denen der Beklagte vorgeladen werden mußte) waren.“ — Aber ein gebotenes Gericht war doch kein *vetitum*, wiewohl in der Folge des Femgericht häufig durch erworbene Privilegien verboten und untersagt wurde. In dieser Idee hat auch Kopp (v. d. heiml. Ger. §. 162) den Ausdruck gedeutet. — Wenn namentlich in der Urk. v. 1433 der Kaiser einigen Augsbürgischen Bürgern, die vor einem Freigericht belangt waren, Richter ernannte, *coram quibus rei debeant iusti, nec vetito illi juri comparere*; wenn es ferner in dem kais. Freiheitsbrief für die Stadt Nürnberg v. 1439 heißt: Westphälische und andere verpöten Gerichte; so ist hier nur von unbefugten Evocationen die Rede, und der mißverständene Ausdruck mit einigem Sinn übertragen worden. Kopp, a. a. D. S. 173. Daher verbiethen auch die Rechte der Stadt Deventer die Evocationen unter dem Titel von verbotenen Gerichten; die Rechte von Oberyssel unter dem Titel von auswärtigen (*uythreys*) Gerichten.

auch heimlich anfangs nichts Anderes, und ist ein ganz unschuldigtes Wort, welches sich noch näher in dem Ausdruck Stillgericht, als Gegensatz der öffentlichen, lauten Versammlung, ausspricht <sup>16</sup>). Wir begreifen eben so wenig, wie man secretum mit clandestinum hat verwechseln können <sup>17</sup>), als wie man in dem Ausdruck secretum iudicium zuerst das vermeinte, spätere, heimliche Criminalgericht hat wittern wollen, da das Gericht, welches zuerst secretum genannt wird, eine Civilsache verhandelt <sup>18</sup>), und zwar die Uebertragung eines Erbes, und man doch dem heimlichen oder Femgerichte nur eine Criminaljustiz zugesteht. Indem man das Gericht heimlich nannte, dachte man sich noch nichts Anderes dabei, als den Gegensatz des Allgemeinen oder Oeffentlichen, und es gab somit ein heimliches Gericht, ehe von Heimlichkeit oder Verborgenheit die Rede war.

7) Schon im Gegensatz: offenes Gericht, liegt die Milde-  
 rung des Ausdrucks: heimliches Gericht; denn die Benennung entsteht nicht durch etwas Singuläres und durch eine besondere Institution, sondern gerade durch den Gegensatz <sup>19</sup>). Wir schau-  
 dern noch jetzt vor dem Ausdruck: heimliches Gericht, und haben doch in unserer Zeit geheime Justizräthe und geheime Tribunale.

16) ad liberas sedes Westphaliae Freystühle sive Stillgericht vulgiter nuncupatas. Urk. v. 1416 in Senk v. d. Kais. Ger. No. 4.

17) Auch occulta und arcana hat man unsere Gerichte zu nennen beliebt. Die Stadt Deventer beschloß: nullis deinceps clandestini illius iudicii ... sociis (væm schepenen appellabant) in senatu locum fore. Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 46.

18) Die Urk. ist von 1303 bei Rindl. M. B. III. 1. No. 105; sie betrifft ein von einem Dortmunder Bürger verkauftes Erbe: Coram Joh. dicto Vach libero comite domicelli, conradi comitis Tremoniensis et coram scabinis secreti iudicii. Der häufig vorkommende Ausdruck: iudicia publica et privata kann uns schon über den Gegensatz belehren. Ueber alle Zweifel erhebt ihn aber die bei Rindl. gleich folgende Urk. (No. 108) von 1305, wo eine Schenkung vor dem Freigraf geschieht, qui banno Regis, roboravit et sententia ad hoc consueta et debita communivit. Als Zeugen sind nicht etwa bloß die Schöffen genannt, sondern omnes homines liberi comitatus.

19) Man prüfe die vorstehende Note. Rindlinger (im 1. Bd. der Münst. Beitr.) unterscheidet das offene und heimliche Freiding, und theilt unrichtig das Erstere wieder in das gemeine und besondere.

man ein anderes Beweisverfahren für das nur unter einer freien Genossenschaft anwendbar gewesene Institut der Eideshelfer, theils versuchte man, dem Beispiel der Feme zu folgen, welches aber nirgend gelang, wiewohl dies zur Meinung Anlaß gegeben hat, daß die Femengerichte auch außerhalb Westphalen existirt hätten<sup>35)</sup>. Am meisten Beifall und Einführung fand das rasche Verfahren: auf notorisch bösen Leumund, d. h. überzeugenden Verdacht der Schuld, sogleich zu richten. Dabei machte man mancherlei, besonders durch wissenschaftliche Bemühungen hervorgebrachte Versuche, sich einem andern Verfahren, und namentlich dem förmlichen Untersuchungs-Prozeß zu nähern, bis dieser endlich durch die Halsgerichts-Ordnung Karls V. begründet, eingeführt und gesetzlich befestigt wurde.

8) Die Feme ist in der Geschichte des Criminal-Prozesses von der höchsten Wichtigkeit; sie macht in einer Zeit, wo die alte Gerichtsverfassung sich auflöste, wo Gewalt und Eigenmacht mehr als das Recht regierten, wo damit Hohn getrieben wurde, und die richterliche Gewalt gänzlich gesunken war, den Stamm, den Haltpunkt und nothwendigen Uebergang. Wollen wir eine Uebersicht der verschiedenen Perioden geben, so können wir sie folgendergestalt bezeichnen.

1) Formelles Recht freier Männer:

- a) rein Germanischer Prozeß,
- b) vermischt mit Karolingischer Staats-Verfassung und Gesetzgebung.

2) Zustand der Auflösung und Umbildung des Gerichtswesens:

- a) Feme,
- b) Tumultuarisches Verfahren bei Leumund.

---

35) Zu Dessau übte im 15ten Jahrhundert der Senat die Criminal-Jurisdiction durch einen Femrichter und Weisiger, welche Behmschöppen, auch Behmgrafen geheißen. Diese schwuren: nach Behmscher Weise zu richten und nach der Weisigsten Rat, was ihnen wehmlich gellaget werde, auch wehmliche Sachen, die ihnen angegeben werden, gegen Niemand von des Behmers Verwandten rüchbar zu vermelden. Oberlin, v. Behmenrecht.

3) Inquisitorisches Verfahren, „langsam vorbereitet, und gesetzlich begründet durch Karls V. Gesetz.

Die Geschichte wird es zeigen, wie schwer es hielt, und wie lange es dauerte, den Weg bis zum inquisitorischen Verfahren zu finden.

## Zweites Kapitel.

II. Alte Gewohnheiten und herkömmliche Einrichtungen, als fernere Grundlagen des Verfahrens der Femgerichte. Historische Entwicklung der Verfassung dieser Gerichte.

Indem wir schon früher zeigten, was auf die lächerlichste Weise von den Beschreibern des Femgerichts als Grund der Institution desselben angeführt wird, daß nämlich Karl der Große, um das Christenthum zu befestigen, durch heimliche Richter die Verdächtigen habe hängen lassen, wie aber dies eben so wie die Sage der Abstammung von Karl im Allgemeinen etwas Wahres habe, und auf historischem Boden ruhe: so werden wir im Einzelnen noch manche Erinnerung an die Zeit der Karolingischen Verfassung und Gesetzgebung auf dem Wege unserer Untersuchung finden. Wir haben aber vor allen Dingen die zweite Grundlage der Verfassung dieser Gerichte, nämlich das uralte Herkommen und rein erhaltene Gewohnheitsrecht zu entwickeln.

Gleich der Sage und dem Epos waren die Rechtsnormen, welche das Volk und die Schöffen bewahrten, nicht von ihnen erfunden und erdacht, sondern sie existirten nun einmal und wurden nur gefunden und gewiesen. Selbst das Autonomie-Recht, das freien Männern und Genossenschaften zustand, wurde anfangs nur in diesem Sinne geübt, man maßte sich nicht an, zu sagen: das soll Recht sein, sondern, das ist das vorhandene und gesunde Recht; es gab also eher Weisethümer als Willkühren, und die Legtern wurden hauptsächlich erst nöthig, als sich das Zusammenleben der freien Genossen auf neuen Grundlagen und Instituten, besonders in den Städten, formte, folglich

neue Verhältnisse eintraten, die eine rechtliche Bestimmung erheischten.

Was der Verfasser des Sachsenspiegels sagte, konnten auch die Freischöffen sagen:

„Dies Recht hab' ich nicht erdacht.

Es habens von Alters auf uns bracht

Unsers gute Vorfahren.“

Alle Urkunden sprechen in spätern Jahrhunderten von uralter Verfassung und von Gewohnheits-Recht <sup>1)</sup>, und das Gerichtswesen des Femgerichts mußte sich also schon lange gebildet haben, ehe wir es durch die Urkunden und Gesetzbücher näher kennen lernen. Dies finden wir auch bestätigt, wenn wir 1) den geschichtlichen Faden mit Vorsticht verfolgen; es folgt 2) schon daraus, daß im Mittelalter weder Kaiser noch Landesherr sich um Gesetzgebung und Gerichtsordnung viel bekümmerten, oder das Bestehende antasteten, sondern daß alles der eigenen Fortbildung und Entwicklung, dem alten Herkommen oder gemeinsamen Willen der Gesellschaft überlassen wurde <sup>2)</sup>. 3) Ueberdies konnte das Femgericht mit allen seinen Formen und Attributen zu keiner Zeit instituiert werden, und müssen wir daher geschichtlich zu entwickeln suchen, wie es sich ausbildete und an eine frühere Verfassung reihte. 4) Jede Meinung, daß das Femgericht besonders eingeführt worden sei, zerfällt in sich, und beruht auf dem Irrthum des Mittelalters, wonach man jedes besondere Recht, dessen Ursprung man sich nicht mehr erklären konnte, auf verlorne Urkunden stützte, so wie man in den Zeiten der Gewalt und Anmaßung es gewohnt geworden war, über jedes herkömmliche, wohlbegründete und unantastbare Recht sich schriftliche Urkunden und Privilegien ertheilen zu lassen. Ueberall werden wir nun ein strenges Festhalten am Alterthümlichen, an

1) „juxta morem patriae ... cum solemnitatibus debitis et consuetis“ liest man häufig in den Urk. des 13ten Jahrhunderts. „Prout consuetudo exigit.“ war Grund genug, und bedurfte es keines andern. Auch die Femgerichts-Ordnungen sprechen nur: „na olden ghesetten und herkomen.“ Z. B. die Sigismundsche bei Goldast, S. 163.

2) Der Landgraf Hermann der Jüngere zu Hessen hegte selbst im Jahr 1363 ein Gericht, als bez Landes recht is. R o p p, v. d. Hess. Ger. No. 124.



dem von den Vätern Ererbten und Ueberlieferten finden: wie dieser Geist durch die ganze Geschichte des deutschen Volkes und seiner Institutionen weht. Das Herkommen war auch in unsern Gerichten heilig; sie hielten daran in allen Zeiten, als an dem allein gültigen Gesetz, und kümmerten sich nicht darum, wie es mit der Zeit und mit der Geschichte zusammenhing <sup>3)</sup>).

I. Mit einem Schauer der Ehrfurcht betrachten wir zudruckerst die alten Gerichte, wo das Femgericht seine Sitzungen hielt. Wir können sie meist noch nachweisen, und es waren dieselben Malplätze, frei unter dem offenen Himmelzelt gelegen, wo der Karolingische Graf seine Pläccke hielt, und der alte Richter die Germanische Gemeinde versammelte <sup>4)</sup>. Sie wurden wie ein Heiligthum geehrt, keine Veränderung wurde geduldet <sup>5)</sup>, und es bestätigt sich genugsam, daß dies Gericht an seinen verborgenen, unzugänglichen Orten, oder in dunkeln Gewölben hinter dicken Mauern, seine Sitzungen hielt. So etwas war dem Geist der Zeit durchaus fremd.

II. Die alte Germanische Volksgemeinde des Gaus oder der Mark, die sich an den geselligen Malplätzen von Alters her versammelt hatte, blieb noch im Wesentlichen ihren alten Sitten, Einrichtungen und Gewohnheiten treu, wiewohl durch die Karolingische Verfassung und durch die Ernennung der

3) Sehr häufig sind die Bitten der Freigrafen an die Kaiser, sie bei ihren alten Rechten und Freiheiten zu schützen, die von ihren Vorfahren herrührten, und woran sie sich hielten etc. Man vergleiche z. B. Urk. v. 1454 Müller, Reichstags-Theater S. 502.

4) Wir sehen dies schon aus den alten Bezeichnungen der Plätze. In einer Urk. zu Ende des 13ten oder Anfang des 14ten Jahrhunderts (Kindl. Wolmestein No. 73) heißt es: hoc sunt loca dicta Dynastode, und nun folgt die Aufzählung in ... sub Tilia, in ... in curia, ton alozo, super rivum, sub quercu, sub nutu, super atratam, apud lapidom. Urk. v. 1278 bei Kindl. (M. B. III. 1. No. 85) — in quibus (locis) hoc fieri (presidere iudicio) antiquitus est consuetum.

5) Graf Conrad von Tellenburg verlegt einen Freistuhl in Gegenwart des Bischofs von Osnabrück und vieler angesehenen Männer mit großer Wichtigkeit im gehegten Gericht, und nach Eidschwur, an seinen rechten Platz: „dat wy den vryenstol uppe be rechten, vloen siebe ... dar he van olbes plagh to wesene widder geleget hebbet als wi schulwich syad to done.“ Urk. v. 1400 bei Kindl. (M. B.) III. 2. Nr. 193.

Königlichen Beamten der Grund und das Wesen der alten freien Verfassung untergeben war.

1) Wiewohl zerrissen und gespalten durch die Exemtionen und die mit den Ständen vorgehenden Veränderungen, hielt doch, bei verschiedenem Gerichtsstand, noch lange die Gemethe zusammen, theils aus Gewohnheit, theils weil noch manches gemeinsame Interesse sie an einander fesselte 6). Wie sehen daher die Placita anfangs überall, und späterhin hier und da, noch allgemein besucht; jedoch wird der Unterschied der Stände angebeutet, und die alten Freien bezeichnen sich als Stamm und Haltpunkt 7).

2) Wie sonst Alle, die da erschienen, stimmfähig gewesen waren, so nun bloß die Genossen, d. h. alle Freie, wiewohl den Schöffen der alte Vorzug blieb. Sie waren die eigentlichen Urtheilssprecher, die Vorsteher und Gemeinde-Aeltesten, und die Genossen waren nur Zeugen des rechtlichen Verfahrens. Die Schöffen beriethen sich mit ihnen; sie mußten schweigend ober laut ihre Einwilligung geben, und jeder Einzelne konnte Einwendungen machen.

3) Die Versammlung geschah freiwillig in gewissen Zeiten des Jahres, und es wurde später strenge Pflicht der Genossen des Gaus oder der Grafschaft, dieser Zusammenkunft beizuwohnen. Man hieß sie das Ungebott, und so wie sich dieses überall in alter Sitte erhielt, so auch bei den Freigerichteten 8).

6) cum comitiis liberis, dictis Friegravescapio et hominibus dictis frien, et eorum sedibus, locis. terminis et Distinctionibus, ac cum actionibus realibus et personalibus heißt es in der Verkaufsurkunde über Arnsherg v. 1368 bei Klein f o r g, III. S. 289.

7) Acta sunt hoc coram Th. de A. tunc libero comite et coram sede nostra libera, sita in Ekosbeka, assidentibus et presentibus liberis et scabinis . . . preconis . . . liberis . . . cum pluribus testibus idoneis et fidedignis ad promissa vocatis. Urk. v. 1328. (Kin d l. Holm. Nr. 77.) Man verles also noch Andere zur Versammlung, weil die Gemeinde so sehr zusammenschmolz.

8) „Auch die freie Gerichte in seinem Ban des Jahrs zu dreien Hyben, als over achtein Wochen ein iltich Handeln soll, undt soll zu iltichen echten bingen, und freyen gerichte durch seinen Trohnboten de freygen, undt Wuren, in seinem freyen Ban geseffen, viertein Tage zu voren verclanden, und wissen lassen, daß se zu dem echten Dinge kommen undt erschienen.“ Arnsh. Hand sch.

4) Die größere Volksgemeinde oder Genossenschaft, die im Landgericht oder Placitum generalo sich versammelte, zerfiel aber wieder, wie oben gezeigt und zugleich der Unterschied in Sachen angedeutet wurde, in kleinere Innungen, die die Veringeren, diese Gemeinde und die gemeinsame Mark betreffende Angelegenheiten berietben und schlichteten. Auch diese sehen wir fortbestehen in den vielfachen Freisühlen, die eine einzige Freigrafenschaft umfaßt, und der Beweis, daß auch diese Einrichtung fortbauerte, liegt theils in den verschiedenen Competenzbestimmungen, theils in dem wichtigen Umstande, daß man den Freigrafen späterhin, als die Landeshoheit ihnen die hohe Gerichtsbarkeit aus den Händen wand, die Rügegerichte, die gerade aus jenen kleinen Gemeindegerechten entstanden waren, beließ.

5) Die Genossenschaft hatte alles Eigenthum und dessen Sicheiheit und ungestörten Besiß garantirt, und für den gemeinen Frieden sich verbürgt, d. i. zur Genugthuung dem Verletzten mit eigener Verantwortlichkeit verholfen. Beides blieb in der Idee. Wir sehen alles Erbe und Eigenthum fortwährend theils von der ganzen Gemeinde garantiren, theils allmählig durch einzelne Bürgen die Gewährleistung ersetzen<sup>9)</sup>. In der Verpflichtung aller Schöffen spricht sich aber aus, und erweitert sich noch der feste Wille, das einem Genossen widerfahrne Unrecht zu ahnden und ihm zur Genugthuung zu verhelfen. An die Stelle der genossenschaftlichen Bürgschaft trat aber, wie wir später sehen werden, ein Bund, der jedoch nur aus der Genossenschaft erwachsen konnte.

6) Der Verein der Genossenschaft war sonst die Grundlage von allem Recht, von Ordnung, Sicherheit und Frieden, gehandhabt durch freie Gemeinden, unter einem selbstgewählten Vorstand. Aus dem Frieden wurde aber ein Bann, den königliche Beamte handhabten; die Genossenschaft, die Familien- und

---

9) Der Bischof von Osnabrück verkauft 1249 dem Kl. Mariensfeld einen Hof: Acta sunt hec apud Harthou in iudicio, quod dicitur Vriothinc, cum plenaria warandia presens negotium sub regio banno confirmantes. Rindl. N. B. III. 1. N. 72. In der Folge heißt es fast immer in den Urk. ut plenius caveatur, dedimus adjuvatores etc.

Genstände: Einrichtung versplitterte sich in den verschiedenen Standesverhältnissen. Der Begriff von Freiheit änderte sich; Eher, meist an den Stand geknüpft, wurde das leitende Prinzip, und Alles wandelte sich allmählig, dem Geiste der Zeit gemäß, um.

III. Das Ungebott obet echte Ding, in dem sich regelmäßig alle Genossen und Dingpflichtigen versammelten; und wo auch alle Klagen angebracht werden mußten, hatte schon in der Germanischen Verfassung einen Gegensatz an dem gebotenen Ding, zu dem, wenn eine Klage angebracht wurde, der Richter eine Anzahl Genossen berief, und den Beklagten durch den Frendboten vorlud. Dieser Gegensatz erhielt sich nicht nur, sondern wurde mit der Zeit immer schärfer.

1) Sowohl das Grafengericht oder alte Landgericht, als das Vogtgericht, hielt das Ungebott oder die Generalversammlung. Jenem folgten alle echte freie Genossen; diesem alle Hörige. Indessen wurde es, wie oben bemerkt, so genau nicht genommen, indem Jeder zu dem Ungebott Zutritt hatte, jedoch nur die Genossen und eigentlichen Dingpflichtigen stimmsfähig waren. So sehen wir auch die Freigerichte anfangs ohne Widerspruch das Ungebott fortwährend halten, und Viele sich da versammeln, theils als thätige Theilnehmer, theils als mäßige Zuschauer <sup>10)</sup>.

2) Dies konnte jedoch nur bestehen, so lange sich die Territorialhoheit nicht ausgebildet hatte. Sobald diese sich befestigte, traten unvermeidliche Collisionen ein, und die landesherrlichen Gerichte zogen natürlich das Recht, die Generalversammlungen zu halten, an sich, weil in diesen nicht bloß Recht geübt, sondern alle übrigen Rechte der Landesherren ausgeübt,

10) Das gerichtl. Zeugniß über die Competenz und Gewohnheit der Bolmeseinschen Krümengrafenschaft von 1476 ist ausgestellt in dem „openbaren Freigerichte.“ Es wird bestätigt von den „Rölsreyen und Scheyen.“ Der Schuß der Urkunde bemerkt aber: Dar ober und ane waren stantgenoten des Gerichtes, de byt mebe sagen und horet... und andre guder lude genouch. Kindl. W. B. III, 2. No. 206.

und mittelst des Ungebotts zugleich alles das, was wir jetzt Regieren nennen, gehandhabt wurde <sup>11)</sup>).

3) Bei den Freistühlen fuhren zwar die Freien, ungeachtet des Uebergewichts der landesherrlichen Gerichte, fort, sich regelmäßig zu versammeln: doch erlosch bald, noch aus andern Gründen, die Idee des Ungebotts bei diesen Gerichten, indem

- a) die Genossenschaft immer mehr zusammenschmolz, der Sinn der Exemption sich änderte, und die Zusammenkunft bedeutungslos wurde.
- b) Indem das Gefühl angestammter Würde und die drohende Gefahr ein engeres Zusammenschließen erheischte, und man allmählig nur echte Genossen zur Versammlung entbot.
- c) Weil aus den oben entwickelten Gründen die Civiljustiz allmählig ganz aufhörte, und in Criminalsachen immer mehr ein förmliches Gebot zu erscheinen nöthig wurde.
- d) Um so mehr, weil man, erst in Folge der einreisenden Evocationen, dann vermöge eines Bundes und der sich beseßigenden Ansicht eines höchsten kaiserlichen Gerichtes, auch Auswärtige, und endlich diese zumeist, vor die Freistühle zu fordern pflegte.

4) So wurde also das Freigericht ein gebotenes Gericht, und man pflegte es; zum Beweis, daß die meisten Gerichte in der Regel noch ungebotene waren, seit dem 13ten Jahrhundert mit dem Ausdruck: gebotenes oder verbotenes Gericht, besonders zu bezeichnen <sup>12)</sup>. Verbotung heißt Vorladung, der

11) Die Wichtigkeit des Schöffen-Collegii leuchtet noch lange hervor. Im Jahre 1467 bekunden z. B. die Schöffen zu Obern-Aula die Rechte des Landgrafen von Hessen und des Erz. von Mainz an dem gemeinschaftlichen Gericht in Gegenwart der Abgesandten. Sie sind versammelt „bei dem Dorf A. an gewöhnlicher Gerichtsstede auf unser lieben Frauen Berg an der Mure die umb den Kirchhof gehet;“ und was sie bekunden, schlichtet die beiderseitigen Jurisdictionen d. h. Hoheits-Rechte. Kopp, v. d. Hess. Ger. I. No. 73.

12) Arnoldi, Beiträge zu den deutschen Glossarien v. Verboten.

Fronbote hieß Verboter <sup>13</sup>); der Ausdruck kann daher gar kein Mißverständnis erregen, und wir wissen nicht, ob es Unverstand oder ein böshafter Scherz war, wenn Aeneas Sylvius <sup>14</sup>) denselben durch *vetitum* übersetzt, weshalb man das Gericht bis in unsere Zeiten noch fortwährend *judicium vetitum* zu nennen, und diesen Ausdruck zu rechtfertigen und zu erklären, sich für befugt gehalten hat <sup>15</sup>).

5) Das Ungebot, *generale placitum*, hieß auch das offene oder offenbare Gericht, und den Gegensatz bezeichnete man durch besonderes, geschlossenes Gericht, *judicium publicum et privatum*. Das Freigericht behielt diesen Gegensatz bei, legte aber später ganz andere Begriffe unter. Anfangs hieß offenes Gericht nur, wo alle Freie und Dingpflichtige erschienen, und Andern auch der Zutritt nicht gewehrt wurde: geschlossenes und besonderes Gericht aber, wo bloß die Freischöffen zugegen waren, und Recht wiesen.

6) Das geschlossene, besondere Gericht hieß auch *Secretum judicium*, heimliches Gericht. So wie nun der Ausdruck *secretum* eine reine Uebersetzung des Besondern ist, so bedeutet

13) „voirboter“ hat eine Ladung von 1440. S. Jahr. für Westphalen. Coesfeld 1817.

14) de statu Europae sub Fried. III. in Froher. script. rer. Germ. II. p. 125.

15) Auch Eichhorn (a. a. D. III. S. 180) sagt bei der Erklärung des Ausdrucks *judicia vetita* „verbotene Gerichte hießen sie, weil sie in ihrer Eigenschaft als heimliche Gerichte kein echte Ding, (*placium legimum*) sondern bloß gebotene Gerichte (zu denen der Beklagte vorgeladen werden mußte) waren.“ — Aber ein gebotenes Gericht war doch kein *vetitum*, wiewohl in der Folge des Femgericht häufig durch erworbene Privilegien verboten und untersagt wurde. In dieser Idee hat auch Kopp (v. d. heiml. Ger. §. 162) den Ausdruck gedeutet. — Wenn namentlich in der Urk. v. 1433 der Kaiser einigen Augsbürgischen Bürgern, die vor einem Freigericht belangt waren, Richter ernannte, *coram quibus rei debeant iusti, nec venio illi juri comparere*; wenn es ferner in dem kais. Freiheitsbrief für die Stadt Nürnberg v. 1439 heißt: Westphälische und andere verpötheten Gerichte; so ist hier nur von unbefugten Evokationen die Rede, und der mißverständene Ausdruck mit einigem Sinn übertragen worden. Kopp, a. a. D. S. 173. Daher verbiethen auch die Rechte der Stadt Deventer die Evokationen unter dem Titel von verbotenen Gerichten; die Rechte von Oberyssel unter dem Titel von auswärtigen (*untheyms*) Gerichten.

auch heimlich anfangs nichts Anderes, und ist ein ganz unschuldiges Wort, welches sich noch näher in dem Ausdruck Stillgericht, als Gegensatz der öffentlichen, lauten Versammlung, ausspricht <sup>16</sup>). Wir begreifen eben so wenig, wie man secretum mit clandestinum hat verwechseln können <sup>17</sup>), als wie man in dem Ausdruck secretum iudicium zuerst das vermeinte, spätere, heimliche Criminalgericht hat wittern wollen, da das Gericht, welches zuerst secretum genannt wird, eine Civilsache verhandelt <sup>18</sup>), und zwar die Uebertragung eines Erbes, und man doch dem heimlichen oder Femgerichte nur eine Criminaljustiz zugesteht. Indem man das Gericht heimlich nannte, dachte man sich noch nichts Anderes dabei, als den Gegensatz des Allgemeinen oder Oeffentlichen, und es gab somit ein heimliches Gericht, ehe von Heimlichkeit oder Verborgenheit die Rede war.

7) Schon im Gegensatz: offenes Gericht, liegt die Milde- rung des Ausdrucks: heimliches Gericht; denn die Benennung entsteht nicht durch etwas Singuläres und durch eine besondere Institution, sondern gerade durch den Gegensatz <sup>19</sup>). Wir schauen noch jetzt vor dem Ausdruck: heimliches Gericht, und haben doch in unserer Zeit geheime Justizräthe und geheime Tribunale.

16) ad liberas sedes Westphaliae Freystühle sive Stillgericht vulgari- ter nuncupatas. Urk. v. 1416 in Senk. v. d. Kais. Ger. No. 4.

17) Auch occulta und arcana hat man unsere Gerichte zu nennen be- liebt. Die Stadt Deventer beschloß: nullis deinceps clandestini illius iudicii ... sociis (vsem schopenen appellabant) in senatu locum fore. Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 46.

18) Die Urk. ist von 1303 bei Kindl. M. B. III. 1. No. 105; sie betrifft ein von einem Dortmunder Bürger verkauftcs Erbe: Coram Joh. dicto Vach libero comite domicelli, conradi comitis Tremo- niensis et coram scabinis secreti iudicii. Der häufig vorkommende Ausdruck: iudicia publica et privata kann uns schon über den Gegen- satz belehren. Ueber alle Zweifel erhebt ihn aber die bei Kindl. gleich folgende Urk. (No. 108.) von 1305, wo eine Schenkung vor dem Freigraf geschieht, qui banno Regis, roboravit et sententia ad hoc consuetis et debitis communivit. Als Zeugen sind nicht etwa bloß die Schöffen genannt, sondern omnes homines libert comitatus.

19) Man prüfe die vorstehende Note. Kindlinger (im 1. Bd. der Münst. Beitr.) unterscheidet das offene und heimliche Freiding, und theilt unrichtig das Erstere wieder in das gemeine und besondere.

Man wird sich hüten, solche Benennungen aus der Zeit der Reme herzuweisen, und es ist auch wirklich nicht nöthig, denn sie reihen sich ganz unschuldig an die frühere Zeit. Seit wir deutsche Urkunden haben, sehen wir die Räte und Beamten „liebe besondere, liebe heimliche, heimliche Freunde“ nennen, und in den lateinischen, wo sie Consiliarii familiares heißen, können wir den Sinn, wenn er uns noch zweifelhaft sein sollte, gleich entdecken<sup>20)</sup>. Heim ist das Bedeckte, Geschlossene, Besondere, daher die Wohnung, die Heimath, daher auch das Traute, das Freundschaftliche in der Gemeinschaft mit treuen Dienern und Genossen, daher auch das Verborgene und Heimliche. Daher bedeutet Heimlichkeit eher eine Freundschaft, einen Bund, als eine geheime Lösung<sup>21)</sup>. Wie sich aber Sache und Begriffe in der Zeit änderten, wird die Folge entwickeln.

IV. Das Gericht wurde fortwährend und mit wenigen Modificationen in alter Form und Weise gehalten. Der Ort oder Malplaz war nichts, als eine freie, offen liegende Stätte, Stelle (Stuhl), wo man unter freiem Himmel oder dem Schatten einiger Linden sich von Alters her zu versammeln pflegte. Hier war kein Gerichtssaal, man bedurfte keiner Hallen und Schranken. Erst die Versammlung selbst und sie allein bildete

20) Spittler Gesch. des Fürst. Hannover I. S. 394 Urk. v. 1306 so sin wir von unsern heimlichen und getruwen Grunde Rade gecnygit und gecyntrechtiget. Urk. v. 1429 Herman Rietescl, unser Amptmann, lieber Heymelicher und getruwer. Vergl. Kopp (Hess. Ger. Verf.) I. S. 288. — Urk. v. 1442: Der Landgraf von Hessen hält Gericht in großer Versammlung von Grafen, Rittern, und andern „unser Rethr, heimliche Amptleute, lievin getruwin und guten frunde.“ Kopp, a. a. O. No. 101. — In gleichem Sinn schreibt auch ein Freigraf an die Stadt Raumburg: ich der dinge durch meyne heymlichen geschickten Grunde warliche erfahrung habe, uch verhalten zu entschuldigen in rechten keyne stat haben. Urk. v. 1513 bei Kopp (v. d. heiml. Ger.) S. 396. — Freilich trat, wie das freie öffentliche Leben der Genossenschaften sich verlor, auch mehr und mehr ein Gegensatz gegen das Öffentliche überall hervor.

21) Daher auch ein Verlöbniß. „Wir Verlach von Nassowe — Iosefrawe von Merenberg tun kint — daz wir miteinander geredet han umb eyne fruntshaft, heimlichkeit und eine Ehe u. s. w. Urk. v. 1328 Vergl. Arnoldi, Beitr. zu den Glossarien. Marb. 1798.



das Gericht in äußerer Form, den Gerichtskreis (*figura iudicii*)<sup>22)</sup>. Sobald die freien Genossen hier um den Richter, der den Stuhl besetzte und bekleidete, versammelt waren, war es ein Freithum, eine Friedestätte, und mit alt hergebrachten Feierlichkeiten pflegte man den Platz förmlich zu umziehen, zu weihen und Frieden zu erwirken. Wer diesen Gerichtsfrieden verletzte, verfiel in Strafe. Die Freien Westphalens nannten den Malplatz Freistuhl oder Königsstätte, und den Gerichtsfrieden (Wann) einen Königsbann oder Freibann (*liberum pacis bannum*), weil sie fortfuhren, unmittelbar unter königlicher Gewalt zu richten, und weil der Gerichtsfriede, der von der Volksgemeinde ausgegangen war, seit den Beamten der Karolingischen Verfassung ein Gerichtsbann geworden war. — Der alte, oben entwickelte Begriff von Heiligkeit der Malplätze blieb bei den Freigerichten nicht nur im Andenken, sondern erhielt einen neuen Hebel durch das Christenthum, zu dessen Schutz sie eben so, wie der Kaiser selbst und das heilige römische Reich, sich berufen glaubten. Sie nannten ihr Gericht daher das heilige Gericht.

1) Zu dem Gericht gehörten nun, nächst dem Richter und Frohn, die Urtheilsfinder oder Schöffen, mit denen Karl d. Gr. alle Gerichte besetzt hatte. Sie umgaben den Gerichtsplatz als die Ältesten, und saßen auf Bänken, die in den Kreis gespannt wurden, weshalb man sagte: Das Gericht spannen, den Stuhl bekleiden gespannter Bank. Die übrigen Genossen der Gemeinde, die im ungebundenen Ding sämmtlich erscheinen mußten, stellten sich umher, und bildeten den Umstand. Man nannte sie die Standgenossen, Umständler, Beiständler. Es war natürlich, daß eine solche Volksversammlung sich auch wohl im Kreis lagerte, daß sie diesen schlossen und umhiegten. Daher die Ausdrücke: ein Gericht hegen, legen, schließen.

Der Zweck der versammelten Genossen war nun bei einem gerichtlichen Geschäft, sowohl das Urtheil zu finden, als den recht-

22) Häufig sagen die Urkunden: in *figura iudicii*. „Ich schliesse des Königs Stätte und Stuhl mit den rechten freien des Königs,“ sagt ein *Beisthum* bei Hahn, Coll. M. II. S. 649 und dies ist eben das als in einer Urk. v. 1305 *voluntate hominum illorum qui Hygen dicuntur, in figura iudicii*. Rindl. Perigl. No. 59.

lichen Gang der Formen der Verhandlung zu bewahren, und das Geschehene, Beschlossene und Gefundene aufzufassen und zu bezeugen, weil man kein Protokoll führte, und erst sehr allmählig anfang, die Beschlüsse aufzuschreiben <sup>23</sup>). Daher sehen wir immer die Versammlung in Urtheilfinder, oder Schöffen, und Zeugen getheilt. Da nun auch bei dem einzelnen Rechtshandel, oder bei dem gebotenen Ding, die Beobachtung dieser Form nothwendig war, so mußte der Richter sowohl Schöffen, als Zeugen berufen, die die Gemeinde vertraten, und jene Pflichten erfüllten. Wir finden daher das Freigericht besetzt mit den Freischöffen und Freien oder Standgenossen <sup>24</sup>), wir finden gekorne, freischöffenbare Gerichtseleute und Zeugen <sup>25</sup>).

Auch bei den Gerichten der Hörigen lebt die Erinnerung der Genossenschaft fort, Hausgenossen, Hofgenossen <sup>26</sup>); und die Besetzung des Gerichts bewegt sich gleichfalls in alter Form <sup>27</sup>). Die Gemeindeglieder üben hier dieselben Rechte, wie dort die Freien, und sie sind verpflichtet, Urtheilfinder, die aber nicht den Ehrennamen Schöffen führten, zu stellen, so wie sie fortführen, an der Verhandlung Theil zu nehmen und sie zu bezeugen. Die Schöffen hießen hier Dingmänner, (Malmänner) Hofgeschworene,

23) „Ihr sollt zum mindesten sieben freie der Grafschaft bei euch setzen oder schöpfen, die die Urtheile finden, und Zeugen sind des Gerichts zu Recht.“ Weisthum bei *Hahn*, Coll. Mon. II. S. 648.

24) Bistters und standtgenoten des Gerichts sind auch noch in einer Urkunde von 1531 genannt. *Kindl. M. B. I.* No. 150.

25) In einer Verhandlung vor dem Freistuhl von 1404 heißt es: *hvr waren aver und an gekoren vryscpepbare Gerichtesleude, da byt gekoren Dynck geseten was.* In einer andern desselben Jahrs vor dem Freigericht *Wockum*: *Hvr waren aver und an ... Brye lude des vurf. Gerichtes ... Bystender des vurg. Gerichtes.* Jener sind 4, dieser 6 namhaft gemacht. *Kindl. M. B. III. 2.* No. 195 und 196. — *Hvr weren an und over Stantnoten des Gerichtes tor rechten Tuechlu den, gebeden ... Kindl. M. B. III. 2.* No. 200 a.

26) Genossen hießen Alle, die gleiches Standes waren, und gleiche Rechte und Pflichten hatten. Man findet in den Urkunden die Ausdrücke: Erbgenossen (Erboten) Pflichtgenossen (Pflichtenoten) *Leibniz*, S. R. A. III. p. 445. *Kopp* (v. d. heiml. Ger.) S. 560. *Sculte des Hoves und Husgenoten.* *Urf. v. 1354.* *Kindl. Hörigkeit* No. 98 b.

27) *Advocato cum Ministerialibus et litonibus ejusdem ecclesie sententialiter et legitime omnia confirmante.* *Urf. des 13ten Jahrhunderts* *Kindl. M. B. III. 1.* No. 40.

Kürzenossen (Kornoten, Kornauten).<sup>28)</sup> Heymannen, auch Hyen, vom Hegen des Gerichts<sup>29)</sup> und Legeber.<sup>30)</sup>

Stets bleibt der Gegensatz von Schöffen und Zeugen in allen gerichtlichen Verhandlungen sichtbar, selbst bis in spätere Zeiten, wo das gerichtliche Verfahren sich schon ganz umgedändert hatte, und es des öffentlichen Bekundens nicht mehr bedurfte<sup>31)</sup>.

2) Bei den Freigerichten Westphalens erhielten die Standgenossen den auszeichnenden Namen F em g e n o s s e n, B e m e n o t e n, der sich aber nachher, als alle Genossen auch Freischöffen waren, wieder verlor, jedoch in der Benennung des Gerichts sich dauernd erhielt, so daß das Gericht F e m g e r i c h t (Femding), und das zu seiner Competenz gehörige Verbrechen eine F e m w r o g e, das Verfahren und Wohnheitsrecht aber F e m r e c h t genannt wurde.

a) Man hat nicht verfehlt, in diesem Ausdruck die erste Spur des als ein besonderes Institut gedachten Femgerichts zu finden. Da dasselbe jedoch nur ein Criminalgericht war, jene Genossen der Feme oder Bemenoten aber in dem Civilgericht

28) Wir weren an und over . . . redte Kornoten unde . . . to redten Tueluden gebeden. Urk. v. 1394. Kindl. Horigk. No. 141. De Kornhenoten des Hoves . . . und andere Hoveslube genoid. Urk. v. 1357. Das. No. 105. Vergl. Arnoldi, Beiträge zu Glossarien v. Kornoten.

29) De Amptmann als he to Richte sittet in den Hoven . . . mit dem dat em den Hyen wylleben. Urk. v. 1324 bei Kindl. Horigkeit No. 75. Heymanni or litones. Urk. v. 1338. Das. No. 87 bekenne . . . dat vor my ind vor dat hyg ede Gerichte ghesomen sint Urk. v. 1396. Das. No. 145.

30) vocatis et presentibus hominibus nostris, qui Thegedere et Hyen vocatur, quorum iudicio etc. Kindl. R. B. II. C. 280. Kindlinger erklärt den Namen Legeber von Leken, Zeihen. Dies ist nicht wohl passend. Wir leiten es von Ly (Lyge), dem gewöhnlichen Namen des Gerichtsplazes, so wie das Wort überhaupt einen Versammlungsort bedeutet. In der Urk. v. 1510 (Kindl. III, 2. No. 220) wird der Freisuhl genannt: hinder unser Borch wartberge vpen Lyge. Möser leitet es von Thegge zehn, welches hier auch als passend angenommen worden ist, in so fern die Versammlung ursprünglich aus Zehnern bestanden hätte.

31) vor mich Urkund Affessoren und Gerichtseuten nabeschreven erschreuen . . . also in Bewesen der Legeberen als cornoten ergangen und geschehen u. s. w. Urk. v. 1588. Kindl. R. B. II. C. 391.

austreten, so begreift man kaum, wie ein solcher Widerspruch nicht hat gefühlt werden können <sup>32)</sup>.

b) Man hat ferner die Gemgenossen und heimlichen Freischöffen für gleichbedeutend gehalten. Die Urkunden setzen sie aber ausdrücklich den Schöffen entgegen, und verhehlen uns keinen Augenblick, daß es die freien Genossen des Umstandes sind <sup>33)</sup>.

c) Bei dem Mißverständniß, das man über das Gericht selbst hegte, witterte man natürlich auch Geheimnisse hinter dem Namen, und haschte nach jeder Erklärung eher, als nach der nächsten und richtigen. Man könnte eine bedeutende Abhandlung allein schreiben, wenn man den Unsinn widerlegen wollte, der über das Wort Geme gefaselt ist <sup>34)</sup>. Die gewöhnlichste Meinung erklärt es von Fama, Gerücht, weil man übel berüchtigte Personen ohne große Umstände zur Rechenschaft gezogen und gerichtet habe <sup>35)</sup>. Sie ist aber unrichtig und unkritisch, wie alle übrigen.

32) Im Jahr 1269 wird ein Tausch über ein Erbe vor dem Gemgericht geschlossen. Am Ende der Urk. heißt es: Actum in loco judiciali, qui dicitur Berlo, Presidente iudicio B. de H. presentibus vemenotis (Namen) scabinis (Namen) et dedit idem J. arras consuetas liberis et scabinis. Eben so sind die Zeugen vemenoti in einer Verkaufsurkunde von 1280 genannt, und in einer andern von 1291 geschieht der Verkauf presentibus vemenotis et consentientibus. Kindl. M. B. III. 1. No. 81. 87. 94. Dies ist, sagt Berd, die erste und bekannte sichere Spur von der Existenz der Gemgerichte. Gesch. der G. S. 258.

33) Auch bezeichnet man damit wohl das Ganze der Genossenschaft, Schöffen und Freie. Vergl. die vorstehende Note. Wenn es in einer Urkunde von 1187 nach den Zeugen heißt: et magna populi multitudo, so bezeichnet den Gegensatz eine andere von 1272: coram libera comite et vemenotis illius termini. Kindl. Wolmeß. No. 9a und 37 und diese ist wieder gleich mit der in den Dortmunder Weisthümern: den Freygreßen, den cleger, und die Standgnossen. Cod. legum etc in Senkenb. C. I. G. I. p. 118.

34) So sagt z. B. Revius, in Hist. Daventriae p. 13. Sed quomodo hinc est veme? nisi esset West-men, puto tamen potius esse vedemen. Vete est hostilitas, bellum, ut vede et vrede opponantur. Vedemen ergo sunt viri constituti ad eos coercendos, qui pacem violant etc — Andere leiten das Wort lächerlicher Weise von Vemi oder vae mihi, Wehe mir! ab, weil es ein so schreckliches Gericht gewesen. Man lese die verschiedenen Ansichten bei Berd, Gesch. der Gemger. S. 175. Wackter, Gloss. Germ. v. Feinggericht.

35) Vemeding videtur significare iudicium famae sive exstimationis et fuisse quaedam extraordinaria censurae species etc. Leibnitz, S. R.

d) Adelung behauptete mit allem Recht, daß man die Etymologie des Wortes in der deutschen Sprache und sächsischen Mundart suchen müsse. Indem er aber sagt, daß Feme eine allgemeine Benennung der peinlichen Gerichtsbarkeit gewesen sei, und daß verfemen in Sachsen verbannen bedeutet habe, lehrt er die Sache um, und erklärt uns nicht das Wort, das in seiner Wurzel früher existiren mußte, ehe es die behauptete Bedeutung hatte. Möser versucht in derselben Idee, zwar sinnreich, aber gleichfalls ohne Glück, eine Erklärung, wenn er sagt: „Da noch jetzt in einigen Ländern der Rahm, cremor, Fahn genannt wird, mithin fahnen eben so gut, als rahmen oder berahmen für citiren gebraucht sein kann, so wird Fehmding, ein Name, der den Stillgerichten gegeben wurde, ebenfalls nur ein geboten Ding anzeigen. Verfehlen ist dann eben so viel, als verbannen, weil auch bannen für citiren gebraucht wird <sup>36)</sup>.“

e) Ueber die Erklärung des Wortes theilen wir den Aufsatz eines unserer competentesten Sprachforscher <sup>37)</sup> mit:

„Die ungeschickten und ungültigen Herleitungen des Wortes Feme wurden nicht so lange wiederholt worden seyn, wenn es sich in den Denkmählern unserer alten Sprache und Dichtkunst irgendwo nachweisen ließe. Allein weder die althochdeutschen Quellen kennen es, noch die weit reichhaltigeren mittelhochdeutschen. Es war also wenigstens nicht hochdeutsch. Aber auch im Angelsächsischen, Griechischen und Nordischen scheint es nicht zu begegnen. Befassen wir westphälische Gedichte oder Aufsätze vom neunten bis

---

B. III. Intr. p. 14. Saltaus (in Gloss.) übersetzt Faem, Fam, fama hominis. Bei den Gerichten der Städte führte man beim Zeugnund, üblen Gerücht, ein tumultuarisches Verfahren statt der Anklage und des Uebersehens ein, und vermischte die Bedeutung des Wortes Feme mit fama. De sollen wesen got van naam ende Faam. Urk. der St. Soest von 1560. Von was Famen und Namen ein Riffethöter ist. Jülich'sche Polizei-Ordnung. over lange Jare besamt is geweest. 1533. Westphalen, M. G. I. p. 3089, 88. Mißverständnisse führten zu falschen Etymologien.

36) Patr. Phant. IV. S. 205.

37) Des Bibliothekars Jakob Grimm in Cassel.

dreizehnten Jahrhundert, so dürften wir es anzutreffen hoffen. Bisher las man es nur in Urkunden; die ältesten sind die von Kindlinger in f. Münst. Beitr., III. No. 81, 87, 94, von 1267, 1280, 1291 beigebrachten, welche den Ausdruck *Weme-note*, d. h. Fehmgelassenen, darbieten. Neulich habe ich indessen in dem Bruchstück eines völlig unbekannten, wahrscheinlich vor 1300 geschriebenen Gedichtes, das auch sonst der westphälischen Mundart anheim fällt, das Wort *Weme* endlich angetroffen. Auf einem Pergamentblatte, welches Herr Hofrath Spangenberg in Celle von einer Bücherdecke löste, wird die Geschichte der Susanna im Bad gereimt; gehört diese Erzählung in ein größeres Gedicht, oder bestand sie für sich? bleibt hier unerörtert. Susanne weigert sich den ihr drohenden Pfaffen, und antwortet:

mir is bezzet herbe vele,  
dat ich mich der schande scheme  
und lide ane schult de veme.

D. h.: Mir ist weit besser, daß ich mich schäme, die Sünde mit euch zu begehen, und mich der Strafe oder dem Gericht aussetze, das ihr durch eure Verblöndung über mich verhängen könnt. Die Fehme erleiden bedeutet also Gericht über sich ergehen lassen, und, wie man sieht, ganz in allgemeiner Redensart; im Verfolg des Bruchstücks kehrt der Ausdruck nicht wieder, wohl aber wird von richten und rechte richten gesprochen; der Dichter hätte dort ebensowohl sagen dürfen: ane schult dat recht liden, oder: dat gericht liden. Zum Glück setzt er *veme* in den Reim, denn nun wird eine genaue Geltung der Buchstaben möglich. Augenscheinlich ist das *e* in unfem Wort weder ein *ê* (langes *e*), noch ein *e* (umgelautetes *a*), sondern ein *ë*, *vëme* reimt sich auf *ich schëme* (püdet me). Hiermit fallen die falschen Ableitungen weg, z. B. die Möfersche von *fahmen*, *abrahmen*, nach dem österreichischen *Fäm* (Schäum), dem ein hochdeutsches *Feim* (woher abgefeimt) entspricht. Es wundert mich, daß der ältere Thordlacius an das altnordische *vê* (*sacra*) dachte, und antiqu.

boreal. spec. VII. Hafn. 1802, p. 74, sogar sagt: Nec ullum fere dubium, quin Germanorum vehn-gerichte illinc sit derivandum! Beide Wörter zu vergleichen, ist widersinnig. 1) Vê (nom. pl.), gen. vêa, dat. vêum, hat langes ê; das westphälische vême kurzes ë. 2) Dem altnordischen v entspricht nothwendig das deutsche w, nie das deutsche v, welches dem nordischen f gleich steht. 3) Dem Wort vême ist das m wurzelhaft, mangelt aber im altnordischen vê; vême aus vû zu leiten, wäre folglich nicht besser, als Schêm (pudor) aus dem nordischen Skê (damnum) zu erklären.“ —

„Die richtige Schreibung vême deutet auf ein älteres vime oder fime, wie nêmen früher niman lautete; die neuere Sprache dehnte zuletzt den kurzen Vokal, und schrieb vehme, fehme, d. h. vême, fême, der Analogie von nehmen, d. h. nêmen, gemäß. Die Wurzel fim (vielleicht mit den Ablauten sam, fâmen, fomen) ist nun unserer Sprache abgestorben, und lediglich die westphälische, etwa theilweise die niedersächsische, sodann aber die niederländische Mundart bewahrt uns das weibliche Substantiv die vême, sammt den davon hergeleiteten verhis vêmen, ver-vêmen; Wörter, deren eigentliche Bedeutung schwer anzugeben ist. Nach Schottel (de singularibus et antiquis Germ. juribus. Wolfenb. 1671, p. 562) wäre der Begriff: separatio ad certum aliquem actum; z. B. Schweine fehmen: in die Mast verdingen; vergl. Brem. W. B. 1, 372. Dies führt auf etwas Allgemeines; Fehme wäre wie Ding: causa, lis, judicium. Der niederländische Sprachgebrauch ist ein wenig bestimmter; vêm heißt Genossenschaft, und dann der Ort, wo Genossen, Handwerker zusammenkommen. Ähnliche Bedeutung hat auch Ding: locus judicii, conventus publicus. Die Idee von heimlichem oder peinlichem Verfahren scheint nichts im Wort zu begünstigen.“

„Die friessche Rechtsverfassung kennt ein sogenanntes fimel-thing, welches nach Wiarda (Wörterb. S.

372, 373.) und Hsegabuch (S. 61) ein von dem allgemeinen *hōd-thing* verschiedenes, gesondertes Gericht gewesen seyn soll. Ob dessen Einrichtung mit der des Fehmgerichts Berührung habe, kann ich nicht beurtheilen; dem Worte nach ließe sich *himel* wohl vergleichen, denn *el* ist nichts, als die zugefügte Bildungssylbe. Eine gewagte Muthmaßung weiter wäre es, dieses *himel* mit dem altnordischen *himbul* (nach der Analogie von *Kuml* und *Kumbl*) in Verbindung zu bringen. Die altnordische Sprache hat die einfache Wurzel auch in dem Adjectiv *fimr*, welches *dexter*, *celox* bedeutet; wir müßten die ganze Familie genauer kennen, um eine Vermittelung solcher Verzweigungen mit einiger Sicherheit nachzuweisen.“

- f) Bei der Prüfung jener Ansicht fällt uns jedoch auf, daß, wenn gleich *Feme* so viel als Gericht bedeutete, *Femgenossen* also *Dinggenossen* sind, doch das durch die bedrohte Genossenschaft enger geschlossene Gericht, das *secretum iudicium*, auszeichnungsweise die *Feme* genannt wurde; denn Heinrich von Hervord, der älteste Schriftsteller des Mittelalters, der des Fehmgerichts als eines besondern Gerichts Erwähnung thut, nennt: *legem secreti iudicii, quod patriae illius lingua Veme dicitur*. Da der Sprachgebrauch in einer Zeit, wo das Wort und sein Sinn noch geläufig war, die Ausdrücke *Feme* und *Acht* gleichbedeutend werden ließ, und verfemen die technische Benennung für verbannen, ächten, vogelfrei erklären, *proscribere*, wurde<sup>38)</sup>, so mußte allerdings dem Worte noch ein Begriff zum Grunde liegen, der auch im vorstehenden Aufsatze angedeutet ist, und der es in unsern Urkunden als etwas Ausgezeichnetes auftreten läßt. Da nun einmal die höchsten Gerichte Westphalens, auf die ganz Deutschland mit Achtung sah, Fehmgerichte hießen, so pflegte man oft Fehmgericht und Hochgericht, auch außerhalb

---

38) *Mercatoribus fuerunt bona spoliata, pro eo, quod fuerunt proscripti per imperatorem, i. e. vorsemet. Lerbicii, Chron. Epp. Mind. Leibn. S. R. B. II, p. 205.*



Westphalen, gleichbedeutend zu nehmen <sup>39)</sup>, und das besondere Verfahren in den Städten, wo man auf bösen Leumund, ohne strenge Form, schnell richtete, und zum Theil die westphälischen Gerichte nachahmte, wurde auch wohl Feme oder Femrecht genannt <sup>40)</sup>. Eine andere Beziehung auf die westphälischen Femgerichte liegt aber hierin keineswegs.

3) Man pflegte die Freischöffen auch von Alters her die Weiser, Weiser, Weisen, Wissenden zu nennen, aber durchaus nicht etwa, weil sie Geheimnisse bewahrt, und allein die Einrichtung des Verfahrens gekannt hätten <sup>41)</sup>; denn selbst in der spätern Zeit, wo sie wirklich einen Bund bildeten und Geheimnisse bewahrten, dachte man noch nicht daran, sie deshalb Wissende zu nennen, eben weil der Ausdruck eine gewöhnliche, ganz unschuldige, von Alters hergebrachte und überall übliche Bedeutung hatte.

Weisen, weisen, heißt: etwas zeigen, Anleitung geben, und somit selbst dessen gewiß sein; wer daher dies kann, heißt wissend oder weise, Weiser. Im Gericht galt es: Recht und Wahrheit weisen, und von diesem wird der Ausdruck gebraucht. Das Urtheil wird gefunden und gewiesen, die Finder hießen daher auch Weiser,

39) Die *leges Gualarienses* aus dem 13ten Jahrhundert verfügen, daß man einen misethätigen Mann gebunden mit Geschrei vor Gericht bringen soll, und doch heißt es: dat he man der hogen Besme vorschuld hebbe, also he to rechte sin liff vorwarcht hebbe. *Leibn. S. R. B. III. p. 499.*

40) Also bezeichnet Femgericht nicht, wie *Etichorn* (III. S. 178) bemerkt, überhaupt das obere oder Blutgericht, sondern der Ausdruck wurde erst von Westphalen entlehnt. — *Berck* (S. 178) irrt, wenn er die Femgerichte als genau aller Gerichte bezeichnet, welche auf den bloßen Leumund ohne strengen Beweis richteten. Solche Gerichte waren die Femgerichte keineswegs, und sind mit denselben gar nicht zu vermischen.

41) Auch *Etichorn* (III. S. 181) sagt noch, daß sie Wissende hießen, weil ihnen allein die Einrichtung dieses Gerichts und sein Verfahren bekannt gemacht wurde. Dagegen sagt aber die *Arnb. Ref.* Darumb so seint die fryschöffen auch wissen t genant, umb das sy nichts anderst verhandeln dann nach gepürlichkeit wissen tlichen mit gnegsamer urkund nach fryensfuls recht und der haimlichen beslossen Aht. *Senck. C. J. I. 2. p. iii. c. 3.* Auch sagt der zuvor all. Verf. in einer andern Stelle S. 204. R. o. „Die Freigerichte machten in ihren Weisthümern, die sie dem Kaiser mittheilten, in der That aus keinem Stücke ihrer Verfassung ein Geheimniß, als aus der heimlichen Lösung, an welcher sich die Schöffen erkannten.“

und da es der Schöffen Pflicht ausmachte, und diese die Bewahrer des Gewohnheitsrechts waren, so hießen sie auszeichnungswelse die *Wisser* oder *Wissenden*, woraus sich das Ehrenwort *weise* und *Weisheit* bildete <sup>42)</sup>. In den lateinischen Urkunden heißen sie daher: *prudentes, sapientes, juris periti* <sup>43)</sup>. Auch die das Zeugniß ablegten, waren der Sache wissend, ober weise. Die Wahrheit wurde daher eben so, wie das Recht, gewiesen, bewiesen. Dies geschah von schöffenbaren Genossen. Der Beweis war daher in germanischer Zeit zugleich in vielen Fällen das Urtheil, da, wo das Verhältniß der Wahrheit zum Recht keinen andern Ausdruck erforderte, sondern jene dieses in sich enthielt <sup>44)</sup>. — Der

42) Doch allmählich, denn man bekannte noch, daß man der Sache nicht weise sey: haben es die Richter der Hauptsach halb, aus die der nit weis waren, für die weiseren gen Detinge geschoben. *Merau, Miscellaneen*, II. S. 26. Man sagte daher: zu Recht weisen, und der Sinn dieser Redensart hat sich bei uns mehr im gemeinen Leben, als im gerichtlichen Verfahren erhalten.

43) *Juris peritorum consilio; prudentum Consilio* findet man häufig in den Urkunden z. B. in einem Schiedsrichterlichen Ausspruch von 1222. *Taliter igitur vallato arbitrio nos, habito prudentum consilio, hoc modo duximus arbitrandum.* *Kindl. Hörigt. No. 18.* — *Nos vero proborum virorum utentes consilio et prudentiam, quomodo in dicta causa secundum justitiam procederemus, sententiatum est.* *Urk. v. 1264. Kopp, Hess. Ger. No. 121.* — *Multi potentes et sapientes.* sagt die *Urk. v. 1154. Kindl. M. B. III. 1. No. 16.* Soll man kysen seven mann, und die sal man kysen, die da die verstandigste und weisen und die erbarste sind. *Urk. v. 1500. Kindl. Hörigt. No. 195.*

44) Wir sehen dies bei den Uebertragungen, die übrigens in der Form jedes Rechtsstreits behandelt wurden. Bei einem Kauf von 1357 heißt es: *dat de vryschepenen over waren, und dat bewyseden alse en Sebe is.* *Kindl. M. B. III. 2. No. 156.* Hier ist offenbar Zeugniß und Schöffenamt gleichbedeutend genommen. *Rogge* (über das Gerichtswesen der Germanen, Halle 1820 S. 123) entwickelt sehr treffend und bündig, daß es etwas Auszeichnendes der germanischen Gerichts-Versaffung war, daß die Aussagen der Zeugen dieselbe Kraft hatten, und für die Partheien eben so verbindlich waren, als der Ausspruch der Schöffen. Er nennt es ein richterliches Erkenntniß über das Faktische eines Rechtsstreites, welches diesen verbindigte, wenn aus dem Fakt auch das Recht folgte. — Wir können uns diesen Erfahrungssatz sehr leicht aus den Verhältnissen des aus freien Genossen der Gemeinde zusammengesetzten Gerichts erklären; er folgt gleichsam von selbst aus den ersten Ansätzen des Gerichtswesens, und wir hören ja noch täglich, daß Partheien, die sich willig dem Recht fügen, wenn sie die Zeugen-Aussagen vernehmen, auf das Urtheil verzichten, folglich in der bezeugten, formell feststehenden Wahrheit auch das Urtheil als gesprochen erkennen.

Name Weise oder Wissende wurde eine Ehrenbenennung für alle Räte, Schöffen und Beamte <sup>45)</sup>). In der Titulatur: Hochweise, Hochgelehrte Herren, hat sich diese Benennung bis in unsere Tage verzweigt. Die Doctoren der Rechte maßen sich zunächst den Titel an, und nannten sich im Lateinischen namentlich *Juris periti*, *Juris consulti*, welches auch die Freischöffen, erfüllt vom alten Ruf ihrer Rechtskenntnisse, gethan zu haben scheinen <sup>46)</sup>). Daß sie sich aber auch späterhin als Freischöffen auszeichnungsweise die Wissenden, und alle Uebrigen Nichtwissende oder Unwissende nannten, schließt sich an spätere Ereignisse, die wir demnächst entwickeln werden.

45) In einer Urk. von 1447 heißt es: Darauf hand sich unser vorgenannte Fürste und Richter, auch die Graven Ebele Gelehrten und andern wissenden und unwissenden besprochen. *Harpprecht*, St. N. II, No. 25. — Kaiser Sigismund sagt in der Urk. v. 1426: also daß wir wissender Leute, die Schuppen sind, Rat darüber gehabt haben, von den wir unterwiset sind. *Kindl. N. B.* III. 2. No. 198 — rechte Freygreven Schuppen und wissen des vryengerichts hat eine Urkunde derselben Zeit, bei *Kindl.* No. 197. Der Sigism. Ref. sagt: Es sol auch kein freygreve kein Freyschöpfen in westvaln Landden machen, er thu dan das mit willen, urlaub und Ratt seines Stulhern oder seiner wiewessentlichen Amptlute. — Der Land: Commthur zu Ellingen war an einen Freisuhl geladen, und bittet den Markgraf von Brandenburg, er wolle so gnädig sein, und ine fur ewer Fürstlich Gnade oder ewer Gnabenn wissennt Ratt, Hoff: oder Landgericht zu recht abfordern. *Senden b. Kais. Ger.* No. 36. — So heißt es auch in dem Kaiserl. Priv. für die Stadt Straßburg v. 1460: fur die wissenden irs Rats, die dann derselben Statt eine darzu ordent. Ferner: so soll es gewiset werden zu recht für Meister und Rat zu Straßburg oder fur die wissenden Irz Rats die sie darzu ordent. Nach einer Urk. des 15ten Jahrhunderts erbiethet sich ein Bürger zu Ellingen dem Markgraf vor den wissenden in unser Statt... und sinen wissenden Reten. *Datt, de Pace* p. 743. 757. Mit großem Unrecht glaubt Datt, hier seien Westphälische Schöffen gemeint. Die Zusammenstellung aller eben allegirten Urkunden beweist, daß Wissende, Weise, so viel heißt, als Gelehrte, daß man Schöffen und überhaupt die, die des Gewohnheitsrechts kundig waren, so nannte, daß Fürsten sie in ihrem Rath und in ihrer Umgebung hatten, und daß ihnen unmittelbar die Doctoren des Römischen Rechts mit überwiegendem Ansehn und Gewicht folgten, und sie überall verdrängten.

46) Ein Original- Urtheil, das Berf. in Händen hatte, war von 6 Freigrafen unterzeichnet, hinter jedem Namen stand ein Zeichen mit einer Abbreviatur, das er für *ictus las*.

### Drittes Kapitel.

Kontsetzung. Gerichtliche Formalitäten bei der Uebertragung von Grundeigenthum, und Feierlichkeiten der Investitur.

Wir haben uns bisher überzeugt, daß Freigericht und Femgericht, verbotenes, heimliches Gericht, *judicium secretum*, ursprünglich Eins und Dasselbe bedeuteten; daß das Femgericht nicht bloß ein zum Schrecken der Verbrecher errichtetes Criminalgericht war, sondern, gleich jedem Landgerichte, auch eine Civilcompetenz übte. Wir müssen daher auch die Spuren seines Daseins, seiner Wirksamkeit und seines Verfahrens durch alle Jahrhunderte verfolgen, um zu ergründen, wie das spätere, merkwürdige Institut auf historischen Grundlagen, so wie jeder Zweig der Verfassung, ruht, und um mit Vorsicht die Brücke zu finden, die uns aus dunkeln Alterthum herüber in lichtere Zeiten der Geschichte führt.

Bei den veränderten Grundlagen der Verfassung, und bei so Manchem, was in der Zeit und in den politischen Stürmen sich anders gestaltete, blieben im Gerichtswesen die alten Formen bestehen, oder änderten sich nur allmählig und unbewußt. Zwei Hauptmomente sind hierbei zu berücksichtigen:

1) Das Recht und die Form des Verfahrens beruhte auf der Selbstständigkeit und Thätigkeit der Genossenschaft, und ihren gegenseitigen Befugnissen und Pflichten, erwachsen aus der Gesamtbürgschaft.

2) Nicht der todte Buchstabe galt und geschriebenes Gesetz, sondern alles Recht und alle Form war Gewohnheit, in das Leben des Volks verwachsen und aus dem Leben gebildet und entstanden; daher selbst lebendig, gemüthlich, sinnreich, bilderreich. Ueberall stoßen wir auf Bestimmungen, die dies und somit das höchste Alterthum bekunden; überall treffen wir Spuren poetischer Formen, eine Fülle der Sprache, Tautologien, Ueberbleibsel von Reimen und sinnreiche Bilder. Von jenem unendlichen Reichthum von Rechtsgebräuchen, Gewohnheiten und Bestimmungen, die unser Vaterland aus guter Zeit bewahrt, ist nur der kleinste Theil bis jetzt bekannt geworden. Wie alles das entstand und zuerst

angewendet wurde, schrieb man es noch nicht auf. Wir müssen uns daher das ganze todtte Papiergebäude unsers heutigen Geschäftslebens wegdenken, um das Leben und Handeln jener Zeit zu verstehen und zu würdigen.

Wie man anfang, gerichtliche Verhandlungen aufzuschreiben, waren es seltener Entscheidungen von Rechtsstreitigkeiten, als Uebertragungen von Eigenthum, die für die Dauer natürlich wichtiger waren. Wir haben daher von solchen Verträgen einen weit größern Reichthum, als von Rechtsausprüchen. Man sieht es aber den meisten ältern Urkunden an, daß sie nicht aufgeschrieben wurden, um dadurch die Sache bündiger zu machen, sondern nur, um ein Bild des ganzen mit Feierlichkeit vollzogenen Hergangs und des auch ohne die Schrift gültigen und vollendeten Aktes zu besitzen. Doch waren sie schon in germanischer Zeit nicht ohne Rechtswirkung, indem sie das Wort der Zeugen um so kräftiger machten, ja dasselbe ganz vertraten, da die Worte der Urkunde das redende Zeugniß enthielten, auch wenn die Zeugen nicht mehr vorhanden waren <sup>1)</sup>. So wie aber das Schreiben häufiger wurde, ließ man von den übrigen lebendigen Formen eine um die andere fallen, bis zuletzt die geschriebene Erklärung der Betheiligten sie fast alle ersetzte. Doch nirgend stand die alte Verfassung und Einrichtung so fest, als in Westphalen, und sie ist auch in diesem Zweige für die Geschichte des Gerichtswesens überhaupt, so wie für unsern besondern Zweck sehr lehrreich, indem sich daran das Festdauernde und Fortbestehende des alten ererbten Gewohnheitsrechtes deutlich entwickeln läßt.

I. Wir müssen uns vor allen Dingen die Natur einer solchen Zusammenkunft, die man Gericht nannte, lebhaft vergegenwärtigen, und wir werden dann auch noch spät im Mittelalter die Keime ihres Entstehens und ihre gesellschaftlichen Grundlagen nicht verkennen. Die Genossen besprachen hier gemeinsame Ge-

---

1) Auch um dem Gedächtniß zu Hülfe zu kommen. Daher sagt eine Urk. v. 1226 im Eingange: „Quoniam decursus hominum mortalium raro presentium vel preteritorum utilium recordantes more fluentis aque sine signi alicujus vestigio dilabuntur, presenti pagine annotari decrevimus.“ Rin dl. III. 1. No. 62.

genstände; man berieth sich über die zu fassenden Beschlüsse. Das Gericht heißt daher eine Sprache (*colloquium*) <sup>2)</sup>, Rath (*consilium*) <sup>3)</sup>. Natürlich, auch Rechtsstreitigkeiten wurden vorher besprochen und berathen. Die Genossen bemühten sich, die Streitenden zu vergleichen und zu versöhnen, ehe es zu den Formen des Processes kam <sup>4)</sup>. Dieser Proceß war kein erfundenes System, sondern er hatte sich dem Bedürfniß, den vorkommenden Fällen und der Sitte und Denkart durch langjährige Gewohnheit angepaßt. Man wendete ihn daher nur an, wo es der Fall bedurfte, und zergliederte nicht streng jede Sache in die Formen des Processes. Man unterschied aber eben so wenig streng in den Gerichtssachen selbst, und die Uebertragung eines Erbe geschah mit denselben Formalitäten, wie die Entscheidung einer Rechtsache. Da in der Versammlung des Gerichts zugleich verwaltende und polizeiliche Gegenstände verhandelt wurden, so entstand auch dadurch manche Vermischung der Formen. Die Art, zu beschließen und zu berathen, wirkte auf die Behandlung der eigentlichen Rechtsachen, und mancher nicht zur gerichtlichen Entscheidung gehörige Fall wurde in Proceßform entschieden. Diese Einheit dauerte fort in Zeiten, wo sie keine Bedeutung mehr hatte, wie so manche alte Form ihre Zeit überlebt. Das Neue, was zunächst hinzukam, war die Beamten Gewalt, aus der sich die Landeshoheit entwickelte. Die Beamten traten an die Stelle der selbst gewählten Vorsteher freier Gemeinden. Der Friede wurde ein Bann, und der Beamte bestätigte den Beschluß der Gemeinde unter Kö-

2) „*Debitores estis, ter in anno, ut servetis Colloquium*“ etc. Urk. v. 1165. Rindl. M. B. III. 1. No. 19. Vergl. auch unten Note No. 7.

3) „*Postquam advocatum est consilium, et ex Sententia habere cepit initium*“ etc. Urk. v. 1144. Rindl. a. a. D. No. 11. — Man bediente sich auch, wie schon oben bemerkt wurde, des Ausdrucks: „*Plebiscitum, Testes hujus rei sunt, qui tunc in plebiscito intererant in Wizinsae, ubi predicta bona resignata fuerunt.*“ Wolf, Eichsfeld. Urkundenbuch S. 21.

4) Wenn nach den Rechten der Stadt Mebebach ein Bürger Klage gegen den Andern hat, „*coram concivibus suis familiariter et amice terminet, si potest: si alter eorum secundum consilium civium suorum terminare noluerit, querimonia differatur, et in oppido vestro terminetur civili justitia.*“ a 1165. Rindl. M. B. III. 1. No. 19.

nigsbann <sup>5)</sup>), den später zumest der Bann des Landesherrn verdrängte <sup>6)</sup>). Die landeshoheitlichen Rechte waren aber lange nichts weiter, als die Befugniß, den Versammlungen der Gemeinde vorzustehen, oder durch Beamte ihnen vorstehen zu lassen <sup>7)</sup>.

II. Es war natürlich, daß Familienglieder, Genossen und Freunde in solchen Versammlungen auch ihre Verträge abschlossen. Die Motive, die hiezu bewogen, machten es in der größern Staatsverbindung nothwendig, besonders da, wo es Freiheit oder Uebertragung von Erbe und Eigenthum (unbewegliche Güter) galt <sup>8)</sup>. Die oben aufgestellte Behauptung, daß noch wenig aufgeschrieben wurde, rechtfertigt es allein schon, und wenn man bei dem ohne Beweis geschlossenen Vertrag wohl hie und da den Beklagten zum Eide aufforderte <sup>9)</sup>, so sah das alte strenge Recht, wie es bei uns sich lange erhielt, doch den nicht in gerichtlicher Form geschlossenen Vertrag als gar nicht geschlossen, als nichtig an, und ließ kein Klagerrecht zu. Die rechtliche Form war Bedingung der Gültigkeit <sup>10)</sup>. Es war nicht bloß Herkommen, sondern bei der Wich-

5) Vor den Freistühlen wurde stets unter Königsbann confirmirt; „*banno regio sententiasque secutis stabilivimus*“ heißt es z. B. in der Urk. v. 1352 bei Kindl. M. B. III. 2. No. 152.

6) Wir sehen den Uebergang in einer Urkunde von 1188, worin der Bischof von Paderborn sagt: ... „*etiam nostri banni auctoritate eidem ecclesiae constabiliri, quod et factum est.*“ Kindl. M. B. III. 1. No. 28.

7) S. oben S. 49. In der wichtigen Urkunde von 1248, worin die Stadt Dortmund an den Erzb. v. Köln schreibt, daß sie den König Wilhelm anerkennen will, sagt sie unter andern: „*cum igitur hoc certum et notorium existat, quod nos nullum Principem vel dominum Terrae praeter vos nostris colloquiis et Consiliis praesse aut interesse velimus*“ etc. (Kindl. M. B. III. 1. No. 71) „*ad diem legitimam liberi consilii adunaverat*“ ... „*Comes concilii.*“ Urk. v. 1144. Kindl. M. B. III. 1. No. 11.

8) In wie weit es bei andern Verträgen nothwendig oder herkömmlich war, läßt sich beim Mangel an Urkunden nicht mit Gewißheit bestimmen.

9) Indem man anging, jeden geschlossenen Vertrag auch ohne Rücksicht auf die Form, an und für sich als rechtsbeständig zu betrachten. Sachsenspiegel B. 1. art. 7.

10) Bei einer Tradition des Graf von Arnsberg sagt die Urkunde: „*Et quoniam id jam dudum factum fuerat, nec tamen ita firmatum, quin annihilaretur, . . . civili jure consensu condomesticorum suorum et judiciali Sententia . . . confirmatum*“ est. Urk. v. 1181.

tigkeit, die für die Genossen von Freiheit und Eigenthum abhing, unerläßlich nothwendig, daß die größere Volksgemeinde solche Streitigkeiten entschied; daraus folgte aber auch leicht, daß hier die Verträge darüber geschlossen wurden, und noch mehr mußte sich dies befestigen, als der königliche Beamte den Vorsitz führte. Wir sehen daher alle solche Gegenstände vor dem Grafengericht verhandeln.

III. Die üblichen Formalitäten zeigen in den vielen vorhandenen Urkunden eben so den positiven Zusammenhang, als sie sich auch von selbst aus der Natur der Sache entwickeln. Vor allen Dingen mußte der Käufer oder Erwerber Gewißheit haben, daß derjenige, der ihm ein Eigenthum überließ, auch dessen wirklicher Eigenthümer war, und solches überlassen konnte. Die Einwilligung der Erben, die zwar gleichfalls nothwendig war, reichte hierzu nicht hin, und der Erwerber forderte den Beweis, so wie wir noch heut zu Tage die Erwerbungsurkunde oder den Hypothekenschein fordern. Was früher in einer freien Genossenschaft nicht leicht hatte bezweifelt werden können, mochte mehr und mehr bedenklich, und der Beweis regelmäßige Form werden. Jeder Uebertragung ging daher ein Urtheil voraus, das in gewöhnlichen und nicht zweifelhaften Fällen nur durch die Worte *sententiis consuetis et debitis* in den Urkunden ausgedrückt wird. Das Gericht wird in Zeugen und Standgenossen <sup>11)</sup>, *scabini et liberi*, getheilt. Der Ausspruch war Zeugniß und Urtheil zugleich, und es liegt darin ein neuer Beweis für die beibehaltene alte Gewohnheit, das Zeugniß im Gericht für eben so verbindlich zu halten, als den Ausspruch der Schöffen, und den letztern da nicht noch besonders nöthig zu finden, wo der Ausspruch über das Fakt Alles entschied. Sagten die Zeugen: „Der ist Eigenthümer,“ so beruhigte man sich, und es war um so leichter, den Zeugenausspruch als Richterausspruch zu ehren, da die Zeugen selbst schöffenbare Genossen waren; solche

---

Kindl. M. B. III. 1. No. 24. In einer Urkunde von 1344 werden die Verkäufer verpflichtet: „*quod infra annum a data presentium facient resignationem debitam et renunciationem de dictis bonis coram libera sede . . . prout de bonis propriis fieri competit et requisierit ordo juris*“ Kindl. M. B. III. 1, 148.

11) „Echlüde und Stantgenoten.“



waren auch die Urtheiler, und man hätte es für ungereimt halten können, noch andere Urtheiler über sie zu stellen <sup>12)</sup>).

Die Zeugen mußten natürlich schwören, und ihre Zahl scheint an vielen Orten auf zwölf bestimmt gewesen zu sein <sup>13)</sup>. Sie wurden nicht vom Richter geladen, sondern von den Betheiligten selbst berufen und erwählt. Die Form scheint gewesen zu sein, daß sie nach Art der Eideshelfer mit ihrer Parthei zugleich schwuren <sup>14)</sup>.

Da die Handlung in öffentlicher Versammlung vor sich ging und befestigt wurde, so konnte nicht nur Jeder, der Einwendungen zu machen hatte, sich hier melden, sondern er war auch dazu verpflichtet, und sein Recht wurde sofort untersucht <sup>15)</sup>.

IV. Aber in den Störungen der Zeit, bei so vielen gewalthätigen Anmaßungen, und dem Streben des Herren- und Ritterstandes, beim Zerreißen der Gemeinheiten und Genossenschaften, und bei der veränderten Sitte des bürgerlichen Lebens, mochte sich sehr bald das oben geschilderte Verhältniß ändern. Der Erwerber fand theils nicht mehr Sicherheit gegen die rechtlichen Ansprüche Dritter, theils gegen die eigenen Anmaßungen dessen, der ihm das Gut übergab, und seiner Verwandten. Auch mochte es nicht leicht mehr sein, in der Versammlung der Genossen Zeugen zu finden; denn bei dem lockerer werdenden Bande konnten sie unmöglich mit Gewißheit alle fremde Ansprüche verbürgen, und wenn sie es thaten, so lag darin zugleich eine Gewährleistung für den Erwerber,

12) Belege für das Gesagte geben die beiden Urkundenstellen in den nächstfolgenden Notizen.

13) „Et illum (sc. mansum) per donationem filii aui ecclesie nostre coram sculteto in H. et lironibus curtis, et duodecim juratis suscepisset secundum jus et consuetudinem“ Urk. v. 1283. Rindl. Spdr. No. 43.

14) „Acta . . . presentibus liberis nostris . . . qui simul viva et una voce eodem loco et ipso tempore dicta bona nostra propria esse et fuisse, plenarie secundum fidem suam fatebantur.“ Urk. v. 1318. Rindl. M. B. III. 1. No. 120.

15) Folgende Stelle scheint dies zu belegen: „verum quia falsitas sepe opposita est veritati, quidam inimici veritatis contra jus eandem eccl. impetebant, qui convicti et confusi in auctore pacis quieverunt, coram comite et suis fratribus in sede judiciaria, si quod habere videbantur jura, ore et digito renunciantes.“ Urk. v. 1226. Rindl. M. B. III. 1. No. 62.

der nur aus dem lebendigen Hypotheken- und Urkundenbuche der Genossen sich eine Gewißheit zu verschaffen im Stande war. Es wurde daher Sitte, wirkliche Bürgen, Gewährleister, im Gericht zu stellen, und da der Uebergang so leise und unbemerkt geschah, so können wir mit Grund auch daraus schließen, daß schon früher etwas Aehnliches bestanden hatte, sowohl im Wesen, als in der Form.

Die Grenze eines Grundstücks, innerhalb deren das Eigenthum lag, hieß *Were*; davon wurde nun auch das Eigenthum und späterhin vielleicht auch der bloße Besitz *Wehre* oder *Gewehre* genannt <sup>16</sup>). In Westphalen war der Ausdruck *Warande* (*warandia*; *Warschaft*) üblich <sup>17</sup>), und derselbe wurde auch auf die Verschaffung der *Were* <sup>18</sup>), so wie auf die Personen, welche sie durch ihr Zeugniß und Urtheil herbeiführten, übertragen <sup>19</sup>). Gewiß geschah schon die *Warande* im *Placitum*, ehe man an wirkliche Bürgen dachte <sup>20</sup>); denn wie der Verkäufer nun seit dem 12ten und 13ten Jahrhundert wirkliche Bürgen (*Waranden*,

16) „eynen Man begripen in siner were,“ hat das Rütthensche Stadtrecht in Cosmanns, Materialien, S. 52.

17) Wir sagen noch: Gewährsam, verwahren.

18) „und han sy darin lassen wren und sigen, mit rechten gerichte.“ Urk. v. 1403 bei Ropp, de insigni Diff. inter Com. et nob. immed. p. 50. — „wedder in dre were van Gerichts wegen gesabt.“ Urk. v. 1495 Wolf, Eichsfeld. Urk.-Buch S. 145. „Hebben darsülfes ungelaten unde geantwort in eine ewige hebbende were.“ Urk. v. 1373, Das. 90.

19) ... „solen recht waren t wesen, war se eb bedorfen, ofte wann se des behovet.“ Urk. v. 1325. Kindl, R. B. III. 1. No. 129.

20) Wir glauben nicht, daß nach altem Recht noch eine Gewährleistung nach der gerichtlichen Uebergabe zur Sprache kommen konnte. Es wurde daher nicht eine neue Sitte, sich die *Gewehre* gerichtlich versprechen zu lassen, sondern ein altes Herkommen reißt die späteren Bürgen an die früheren der Genossenschaft: nur in der Zeit ändert sich allmählig das Verfahren. Wir können daher nicht durch das Zeugniß des Richters und der Schöffen die Gelobung der *Gewehre* für überflüssig halten, weil wir doppelte Zeugen, die des gerichtlichen Geschäftes, und die des Eigenthums, nothwendig unterscheiden müssen. — Es geschah aber, in Westphalen wenigstens, als Regel die Bürgschafts-Vestellung oder Gewährleistung, wie wir oben sahen, auch neben der gerichtlichen Auflassung. Gegentheilige Ansichten, bei Eichhorn, a. a. D. II §. 360.

fidejussores, obsides) stellt <sup>21)</sup>, wird dies ein althergebrachtes Recht und Herkommen genannt, welches sich bei freiem Eigenthum von selbst verstand <sup>22)</sup>. Auch sehen wir in dem Verfahren selbst eine vollkommene Verwandtschaft mit dem alten; denn die Waranden stehen jetzt als ein Theil der Versammlung den Zeugen des Geschäftes gegenüber <sup>23)</sup>; sie werden Freunde genannt, und sind folglich Genossen des Uebergebenden; sie schwören mit ihm zusammen nach Form und Weise der alten Eideshelfer <sup>24)</sup>. Es kommt aber im Laufe stürmischer Zeiten hinzu, daß sie sich nicht nur für Ansprüche im Wege Rechtens <sup>25)</sup>, sondern auch für die eigene Gewalt und Wortbrüchigkeit des Contrahenten mit verbürgen, während dieser Frieden schwört, und für die Verletzung Ge-

21) Bei einer Schenkung v. 1150 schwört der Schenkende einen Eid, „*duodecim quoque liberos homines... mihi et ecclesie tali conditione comes dedit opsidem*“ etc. *Falke*, Trad. Corb.

22) „*Promittentes ipsis contra quoscunque jure parere volentes Warandiam perpetuam. sicut de bonis propriis fieri consuevit.*“ Urk. v. 1331 bei *Kinbl*. *M. B.* III. 1. No. 134.

23) „*Fidejussores, receptores fidejussionis .... Testes*“ ... Urk. v. 1195. *Kinbl*. *Böhm.* No. 127. „*Fidejussores exstiterunt ... testes erant*“ ... Urk. v. 1305 bei *Falke*, I. c. p. 894. Gleiches findet sich in vielen Urkunden.

24) „*Promittentes bona fide veram et debitam warandiam videl: ... Fidejussores dictis abbati et conventui recognoscimus promissam unita manu et bona fide Warandiam hanc premissam.*“ Urk. v. 1318. *Kinbl*. *M. B.* III. 1. No. 120. ... „*fide data coniunctis manibus et in solidum, quos ad hoc ad maiorem firmitatem et certitudinem pleniorum statuimus ejusdem ... pro prestanda vera ac debita warandia curtis ... prout super iusta et vera proprietate in iure fuerit facienda. Et si prefati ... in premissis seu quolibet premissorum, aut in huiusmodi warandia facienda, ut est dictum, aliquem defectum habuerint, ex tunc nos ... ac nostri amici jam dicti, quos ... statuimus pro prestanda iusta ac debita warandia requisiti et moniti super hac, civitatem Monasteriensem statim simul introibimus ibidem jacendo continue per duos menses moram super huiusmodi defectu infra quos duos menses nos et amici n. predicti huiusmodi defectum tenebimus integraliter adimplere, omni dolo et fraude semotis penitus et exclusis.*“ Urk. v. 1328. *Daf.* No. 132.

25) So sagt eine Urk. v. 1316: „*Et ecclesie debitam faciemus Warandiam contra quemcunque, qui ea impetierit via juris.*“ *Kinbl*. *M. B.* III. 1. No. 117. „*rechte Warscap to done vor al de ghene, de des to Rechte komen willet.*“ Urk. v. 1384. *Kinbl*. *M. B.* III. 2. No. 178 a.

nugthuung verspricht <sup>26)</sup>. Die Zeit der Anmaßung, die der gerichtlichen Gewalt und der richterlichen Vollziehung spottete, gab noch einen neuen Vertrag, wodurch sich die Sachfälligen freiwillig zur Erfüllung ihrer Pflicht und der versprochenen Gewährleistung zwangen. Sie wollten sich selbst, um nach alter Weise den höchsten Grad der Vollziehung dem Gläubiger zu gewähren, freiwillig in seine Gewalt geben und in eine bestimmte Stadt einreiten, und da gleichsam als Gefangene und Geißel bleiben, bis Alles erfüllt wäre (obstagium) <sup>27)</sup>.

V. Die Genossenschaft ist bei der Uebertragung eines freien Eigenthums mannichfach interessirt. Der Erwerber erlangt mancherlei Rechte, die mit dem Gute verknüpft sind; er nimmt an dem gemeinen Eigenthum Theil; er muß folglich fähig sein, Genosse zu werden, und die ihm obliegenden Pflichten zu erfüllen. Die ganze Gemeinde muß daher nicht nur von dem Vertrag unterrichtet werden, sondern sie muß auch zu dem Eintritt in die Genossenschaft ihre Einwilligung geben. Nach alter Weise wird daher fortwährend ein solcher Vertrag laut und öffentlich in der Versammlung bekannt <sup>28)</sup>, und die Genossen ertheilen ihre Zustimmung. Wir folgern daraus, daß ursprünglich die Uebertragung ohne Einwilligung der Genossen nicht gültig war. Es gehört aber nicht nur zu den üblichen Formen, sondern zu den Sicherheitsmaßregeln des Erwerbers, diese Zustimmung der Genossen zu

26) Man nannte es Urfehde, Orfotha. Urk. v. 1276; „renunciamus . . . Orvetham more solito . . . cum juramentis promittentes . . . dedimus fidejussores; ita videlicet quod si nos contra promissam ordinationem in parte vel in toto venerimus, iidem fidejussores et quilibet eorum in solidum Monasteriensem civitatem more bonorum fidejussorum intrabunt, inde non exituri, nisi de compositione et orvetha violata plenarie satisfiat.“ Rindl. M. B. III. 1. No. 83.

27) Gleiche Verpflichtung übernahmen die Bürgen. Vergl. vorstehende Note No. 22. Eine Urk. v. 1365 sagt: „Des hebbe wy en to Bergen gesat unse Brent . . . gelovet hebbet mit samen der Sant und in guden Truwen gesekert . . . so sole wy samentlike to Berne in tyden in eyne gemeyne Berberge, und lesten dar sunder Underlat, alse guder lude Recht is, so lange bytte wy“ u. s. w. Rindl. III. 2. No. 164.

28) „Consensum suum de contractibus tam nobis, quam toti consilio manifestaverunt, et hoc ordine ad legitimum finem accesserunt.“ Urk. v. 1144. Rindl. M. B. III. 1. No. 11.

(suchen <sup>29</sup>). Das Verlautbaren vor offenem Gericht hat sich lange erhalten, sogar hier und da bis in unsere Tage, wo es doch eine überflüssige, nichtsagende Form wurde. Die Einwilligung der Genossen verlör sich bald, doch am längsten dauerte sie als alte Sitte in Westphalen fort <sup>30</sup>). Sie ward übrigens zur Urtheilsform, welches leicht geschehen konnte, da auch zum Urtheil die allgemeine Einwilligung gehörte <sup>31</sup>).

VI. Mit der öffentlichen Erklärung des Uebertragenden vor dem Gericht war es nun noch nicht genug. Der neue Besitzer wollte gleichsam den Gegenstand aus der Hand des Gebers empfangen. Frühe Sitte erfand daher auf natürlichem Wege Zeichen und Symbole, die bald bei allen solchen Geschäften stehende, herkömmliche Formen wurden, und, nicht leere Erfindung, sondern historisch begründet, sich an heilige Ueberlieferung und bedeutungsvolle Volksitte knüpften. Wir sahen oben, daß die Uebergabe eines Halmes, eines grünen Zweiges, oder eines Stückes Erde, das gewöhnliche Symbol war, und eine Erinnerung hieran in späten Urkunden des Mittelalters läßt uns vermuthen, daß lange

29) In der Urf. v. 1231, worin ein Ritter dem Kloster Mariensfeld ein Erbe schenkt, heißt es: „Insuper ne quid *cautela* decesset, supradictus B. prudenter actionem suam regio banno stabiliri providit in loco qui vocatur Angelbeke sub jurisdictione comitis Helenberti de Manen, multorum asipulante consensu, qui sunt“ etc. Kndl. M. B. III. 1. No. 65. „Consensu condomesticorum,“ hat eine oben Note 10. allegirte Urkunde.

30) „Scabinis et liberis consentientibus, scabinorum consensu, ex conventia omnium,“ sind die gewöhnlichen Ausdrücke in den Urkunden. „Vrigravius pred. resignationem banno regio, stabilivit ut moris est, astantibus et approbantibus scabinis,“ Urf. v. 1307. Kndl. M. B. III. 1. No. 108. Vergl. auch Urf. v. 1291, das. No. 94. Noch deutlicher redet die Urkunde von 1281, wodurch der Burggraf von Renschede als Stuhlherr der Freigrafschaft Wesenfort einen Weg verkauft: „quod nos accedente *consensu* scabinorum et liberorum nostrorum Wulthardo libero Judice nostro presidente dedimus et damus in hiis scriptis antiquam viam juxta horstorppe sub permutationis titulo pro alia“ etc. Wahrscheinlich ist hier die Königsstraße gemeint, weil die Gegner zahlen müssen „decem sol, legalium denariorum pro emenda culpe, quam habuerant in hoc, quod sibi veterem viam deputaverant ad usus suos, in prejudicium nostri liberi comitatus.“ Kndl. a. a. D. No. 88.

31) So wurde sie *sententia adjudicatoria*. Schon eine Urf. v. 1185 sagt am Schluß der Uebertragung: „Judicalem *sententiam* dictabant“ etc. Möser, Dän. Gesch. II. No. 79.

in unserm Vaterlande diese symbolische Uebergabe üblich blieb <sup>32</sup>). Doch erlosch sie in den kälter und nüchterner werdenden Formen des gerichtlichen Verfahrens; aber wieder nur allmählig und nicht ohne leisen Uebergang <sup>33</sup>). Die Hand, die sonst den grünen Zweig als Zeichen überreichte, ist nun selbst das Zeichen, und der Handschlag ward nun das Symbol des vollzogenen Vertrages <sup>34</sup>). Die Sache blieb also dieselbe, nur das Poetische aus einer jugendlichen Zeit entblätterte sich.

VII. Jetzt war der Vertrag der Uebergabe durch das Urtheil der Schöffen, die Erklärung der Contrahenten und die Einwilligung der Genossen vollzogen, und der Richter bestätigte ihn feierlich auf Ersuchen der Partheien <sup>35</sup>), indem er den neuen Erwerber in den Frieden der Volksgemeinde aufnahm <sup>36</sup>); aus diesem

32) So geschieht durch die Urk. v. 1318 eine Guts-Übertragung: „cum omnibus appartenentiis suis prout sunt sita, omnia ista in *fronde* sive *coepite*, aquis, pratis, pascuis, agris cultis et incultis“ etc. Rindl. M. B. 1. No. 122.

33) Ein Ueberbleibsel wie Folgendes, mag wohl nur zu den Singulartäten gehören. „Nachmittags gegen 2 Uhr begaben wir uns sodann sammt und sonders auf den Koglenberg, und wurde davon der Besitz mittelst Uebergabe eines Stücks Mauer, Rasen und eines Zweiges, vom Großherz. Herrn Bevollmächtigten übertragen, und von der andern Seite durch Ansichnehmung dieser Zeichen ergriffen.“ — Uebergabe-Protokoll wegen Volkmarfen und Koglenberg, 1806 (vom Großh. von Hessen, an den Prinz von Oranien.)

34) „Fide *manuali* data eandem confirmantes.“ Urk. v. 1226. Rindl. M. B. III. 1. No. 62. „In figura iudicii ore et manu resignavimus.“ Urk. von 1352. das. III. 2. No. 152. — „uplatinge gedan myt Handen und mit Munden in der besten forme und Wyse, als wontlich und recht is.“ Urk. v. 1486. Das. III. 2.

35) .. „de dicta proprietate investiatas, stabilientes eis secundum vestros actus legitimos et consuetos.“ sagt der Verzichtleistende in der Urk. v. 1319. Rindl. M. B. III. 1. No. 123. „Potentes huiusmodi emt. et vend. contractum stabiliri.“ Urk. v. 1299. das. No. 100. „Hic autem contractus in presentia nostra celebrator .. stabilitus et in iudicio roboratus est.“ Urk. v. 1185. Moser, Oes. Gesch. II. No. 79.

36) „procurans ipsis (sc. emtoribus) pacem de dictis bonis, prout iura et consuetudo requirit.“ Urk. v. 1304. Rindl. M. B. III. 1. No. 107. — „Ego coram liberis hominibus et preconibus sedis liberae in ... et coram testibus infra scriptis cum solemnitate ad hoc consueta et debita, ... *liberum pacis bannum* indyci, et ipso banno proprietatem eandem stabilivi.“ Urk. v. 1320. Rindl. III. 1. No. 126. — „In de Were gesat, und hebbe one ennen Frede darufter gewertet, also recht und wontlich ist.“ Urk. v. 1373. Wolf, Eichsf. Urk. B. S. 90.

wurde aber, wie wir oben sahen, ein Bann des Königs oder des Landesherrn, und bei unsern Gerichten geschah daher nun alle Bestätigungen unter Königsbann <sup>37)</sup>. Aber es war wieder nicht mit dem Wort genug, denn der Erwerber erhielt zur Zeit, wie sich die Formen bildeten, nicht Brief und Siegel, sondern nur mündliche Rede, Zeugniß und feierliche Symbole. Er will nun gleichsam reell das Eigenthum erwerben, den Grund und Boden in seine Wehre empfangen, und ihn mit seinem Körper berühren. So wie nun hier von Alters her manche Zeichen und Handlungen geschahen, so blieb am gewöhnlichsten das, was das Wort Besitz bezeichnet, ein eigentliches *Sitzen*, sich hinsetzen auf den Grund und Boden. Dies war die letzte Befestigung der geschehenen Auflassung und Ergreifung des Besitzes des übertragenen Eigenthums, die Investitur.

Merkwürdig ist es, daß das geringere symbolische Zeichen vom Uebertrager, das wichtigere und stärkere aber von dem Gericht oder der Gemeinde ausgeht, und jenem folgt, so wie oben die Einwilligung der Genossen der Willenserklärung des Uebergebenden. Es ist dies eine Bestärkung der großen Rechte der Gemeinschaft, und liegt ihr offenbar noch die ursprüngliche Idee der Familien-Innung und des gemeinsamen Verbandes zum Grunde, die in der nothwendigen und ausdrücklichen Einwilligung der Verwandten und Erben nur noch als offenes Rechtsprinzip Wirklichkeit behält.

Wenn die Investitur durch den Richter oder Graf geschah, so verrichtete er sie nur Namens der Gemeinde, oder der sie vertretenden Schöffen; mit der Amtsgewalt, die die Karolingische Verfassung ihm gegeben hatte, hing dies nicht wesentlich zusammen; er leitete nur die Handlung. Daher sehen wir nun, daß er gewöhnlich den Fronboten, oder die Scabinen mit der Investitur beauftragt <sup>38)</sup>. Sie ging, wie die Worte der Urkunden aus-

37) „*Que venditio et emptio celebrata est Herthe in judicio Vriethinc et a E. Comite de S. sub regio hanno confirmata.*“ Urk. v. 1254. *Rindl. M. B. III. 1. No. 76.* „*Quas (resignationem et renunc.) hanno regio sententiaque secutis stabilivimus.*“ Urk. v. 1352. *Rindl. M. B. III. 2. No. 152.*

38) „*Quod dictus iudex B. praecaperit Riconi preconii, qui vulgo vrono dicitur, ut praefata possessione Abbatem investiret.*“ Urk. v. 1170. *Rindl. M. B. III. 1. No. 22.* „*Postremo nostrum cum*

drücken, mit Ceremonie vor sich, und es wurde in Urtheilsform erst gefragt und gefunden, welches nach Recht und Herkommen die Feierlichkeiten der Investitur seien <sup>39)</sup>).

Mehrere Urkunden nennen einen dreitägigen Besitz des Grundstücks, welcher somit Sitte und bestimmt gewesen zu sein scheint, Jeden in Stand zu setzen, sein besseres Recht in Anspruch zu nehmen <sup>40)</sup>. Durch Ablauf dieser Frist war das Eigenthum auch gegen jeden Dritten und Unbekannten vindicirt <sup>41)</sup>. Das alte Recht bedurfte solcher Vorsicht nicht; erst die Auflösung der Genossenschaften machte sie nothwendig, und das Gewohnheitsrecht extendirte die Frist auf Jahr und Tag; doch nicht bei den westphälischen Freigerichten, welche dem alten Herkommen scheinen treu geblieben zu sein. Es lag jedoch diesen Fristen durchaus keine Idee von Verjährung zum Grunde, welche überhaupt das deutsche Recht nicht kennt; und eben so wenig ist der unvordenkliche ruhige Besitz, der wohl den förmlichen Rechtsgrund vertrat, wo Keiner ein besseres Recht aufzuweisen vermochte, damit zu verwechseln <sup>42)</sup>, sondern es war bloß eine gerichtliche Form, die den Erwerb vollendete, und allen etwaigen Einreden ein Ziel setzte. Wo die Uebergabe nicht mit gerichtlicher Formalität und Bestätigung geschehen

fratribus nuncium ordinavimus, qui eos in bonorum adduceret possessionem“ Urk. v. 1197. Rindl. a. a. D. No. 38. „Scabini miserunt solempniter in possessionem.“ Urk. v. 1221. Rindl. a. a. D. No. 57. Ein Beweis, daß man die alten Formen schon übergang, liegt in der Urk. v. 1249, wo die Uebertrager selbst sagen: „misimus in possessionem“ unter Auführung der Zeugen. Rindl. a. a. D. No. 69. In einer Urk. v. 1280 investirt der Graf selbst: „liber comes I. de R. assumptis secum W. de A. et liberis subscriptis . . . investivit . . . prout est debitum et consuetum.“ Rindl. III. 1. No. 87.

39) „posita sella quaesierit, quo ordine investire deberet.“ Rindl. a. a. D. No. 22.

40) Demum novies regali Banno B. Petro et ipsi confirmavit, et sic triduana aessione, sicut moria, cum sanctorum reliquiis ditioni ipsorum dedicarint.“ Rindl. das. — „quod . . . banno regali stabiliverit et Ewerwinus Pidellus trium dierum possessionem vendicaverit proprietatis.“ Urk. v. 1187. Rindl. Das. No. 27.

41) Gleichsam Obdiktallabung und Präclusion.

42) Eine Urk. von 1353 drückt diese so aus: „Dese Here van Eoon sat in der Perscap van Eoon brulelich, werich und welbich unde reftelich, heet und ungestard al sin levend,“ u. s. w. Rindl. X. B. III. 2. No. 154.



war, gab daher der Besitz von Jahr und Tag eine Gewehre, d. h. Recht auf Schutz im Besitz, aber, wie der Sachsenspiegel sagt: nimmer eine rechte Gewehre, so lange man die rechte Klage erweisen mag. Dies wurde auch nach jenem Rechtsbuch keineswegs auf Fälle übertragen, wo die Uebergabe förmlich geschehen war <sup>43)</sup>, und eben so wenig bei uns in Westphalen, wo man, den alten Rechtsnormen treu, nach vollendeter gerichtlicher Uebergabe kein besseres Recht mehr zuließ, und nur mit dem Beweis der förmlich geschehenen gerichtlichen Uebergabe auch das volle, wahre Eigenthum bewies <sup>44)</sup>. Dieser Beweis konnte nun, wie die unten angeführte Stelle des Soester Stadtrechts beweist, durch den Eidschwur des freien Mannes selbst, der der Erwerber war, geschehen <sup>45)</sup>, oder durch die Zeugen und Schöffen, welches natürlich und ursprüngliche Bestimmung war. Es bedurfte keiner Untersuchung der Rechtsansprüche; es war genug, die Befestigung und Bestätigung

43) Eichhorn. St. und R. Gesch. II. §. 356. Im Sächs. Weichb. art. 20. ist das alte Princip ausgesprochen, wenn der Richter den Erwerber mit den Schöffen in das Haus führt, und sagt: „In die Gab die dir gegeben ist vor dem Gerichte weise ich dich, als dir das Urtheil erteilt hat, und setze des dir Schöffen zu Zeugen, und die andern Dingspflichtigen, daß ich dich hier eingeweiht habe als Recht ist.“ Das Gesetz fugt hinzu: „So ist er dann vollkommen an seinem Rechte.“

44) Mehr besagt auch nicht die Stelle im Soester Stadtrecht art. 34. — „Quicumque de manu scultoti vel ab eo qui auctoritatem habet, domum vel aream vel mansum vel mansi partem receperit, et per annum et diem legitimum quiete possederit, si quis in eum agere voluerit, possessor tactis reliquiis, sola manu obtinebit, et sic de cetero sui warandus erit, nec amplius supra predictis gravari poterit.“ Eichhorn, II. §. 357 n. g. glaubt zwar, hierin die älteste particulare Ausdehnung der Extinctiv-Verjährung zu finden, indem man den, der eine rechte Gewehre hatte, nun unbedingt gegen jeden Dritten schützte. Aber wir möchten dagegen bemerken, daß hier nicht von rechter Gewehre, sondern von dem gerichtlich erworbenen Eigenthum, welches die Worte: „de manu Scultoti“ bekunden, die Rede ist, folglich nicht an eine Verjährung, sondern nur an die nach alten Rechtsnormen vollendete Uebergabe des vollen Eigenthums erinnert, und mit dessen Beweis jeder Einspruch abgeschnitten wird.

45) Vorsichtig wird dies als Schöffennurtheil zum Voraus festgesetzt, bei einer Uebergabe von 1354. „Et per nostram sententiam a circumstantibus ibidem quesitam definitum fuit et approbatum, quod si premissa imposterum quod absit, negarentur ab eisdem, potius premissa probari possent per predictum . . . quam ab aliis in contrarium iuramentis abnegari.“ Rindl. R. B. III. 2. No. 155.

im Placitum entgegen zu setzen, und diese konnte die ganze Versammlung bekunden, und der einstimmige Beifall, den sie dem Erwerber gab, mochte das ganze Beweisverfahren bilden. Als ein denkwürdiges Ueberbleibsel alter Proceßur zeigt sich aber auch in unsern Urkunden, daß der Eid eine bloße Gerichtsform war, und daß derselbe das Urtheil, welches den Rechtsstreit entschied, nicht nur in sich faßte, sondern dessen Stelle vertrat, so wie wir oben sahen, daß auch mit den Zeugenaussagen der Proceß zu Ende war. Beruhte das Recht bloß auf der Wahrheit der Thatfache, so war es gefunden mit dieser selbst, und die Schöffen brauchten es nicht mehr zu weisen. Dies war so gut bei dem Eide der Zeugen, als bei dem des freien Mannes der Fall <sup>46</sup>).

Jede Gegend, jedes Gericht hatte eigene Gewohnheiten und Sitten, und die Formen mögen hie und da verschieden gewesen sein, wiewohl im Wesentlichen die Uebereinstimmung gewiß war, und so auch anerkannt wurde <sup>47</sup>). Wir vermiffen in den

46) Dies Alles belegt eine Urkunde vom 1154, bei Rin dt. N. B. III. 1. No. 16. „quam commutationem predictus Bertoldus, licet cognoverit, legitimis testibus et regali banno advocati Widekindi in pleno placito communitam et stabilitam infirmare tamen tempore D. Conradi venerandi Abbatis successoris Hamukonis sepe et multum laboravit.“ Im Placitum heißt es: „judicaverunt (querelam) esse inanem et frivolum. Hiis iusta actis Volcquinus Sualenbergensis se predicti Widekindi filius volens omnem, undecunque suboriri posset, in predictos mansos querelam in perpetuum esse sopitam juravit et juramento laudabili confirmavit eodem mansos proprie proprias esse monasterii, de quo ante diximus, cujus et ipse fuit Advocatus.“ Die Urkunde erwähnt noch einer andern Schenkung, welche dem Hamuko durch die Hand des Kirchenvogt Widekind von einem Graf Bernhard und dessen Sohn und Erben Amulungus geschehen sei. „Deinde elapsis aliquot annis Amulungus opus tam pie devotionis mox post obitum patris sui adhiilare multis modis temptavit, nec ab hujus impiissime temeritatis ausu se prius continuit, donec querelam suam, quam in predictam ecclesiam habuit, in placito comitis Thiethardi de Gieseke advocatus Volcquinus judicio collecto ibi multitudinis omni modis cassavit jurans et jurando confirmans, eandem ecclesiam cum dote iuste et legitime in proprietatem transisse et propriam esse ejusdem Monasterii“ etc. Dann folgen gleich die Zeugen, und weiter kein Urtheil. Der Kirchenadvokat schwur für seinen Vorgänger, also wohl nur gestützt auf das Mitwissen und Zeugniß der Versammlung.

47) Es heißt daher in den Urkunden bald: „secundum publici juris consuetudinem, sec. consuet. juris civilis,“ bald: „juxta morem patriae juxta m. provinciae, secundum morem regionis,“ als des Gerichts

Urkunden eine genaue und umständliche Beschreibung der Solemnitäten ungern; natürlich fühlte man aber damals kein Bedürfnis, das ganze Leben der Handlung auch durch die todtten Buchstaben zu beschreiben <sup>48</sup>).

VIII. Das Geschäft war nun vollendet, und es bedurfte blos eines Mittels, den Hergang für alle künftige Zeiten, zum Beweis des mit Recht Geschehenen, im Andenken zu bewahren. Man wählte hierzu Zeugen. Diese mußten sich die Formen des vollzogenen Geschäftes wohl merken, um künftigher vor dem Richter die Wahrheit zu sagen, d. h. zugleich durch ihre Aussage den etwaigen Streit zu schlichten <sup>49</sup>). Um sie in den Stand zu setzen, den Hergang nicht aus dem Gedächtniß zu verlieren, waren daher umständliche Cautionen nöthig, die zugleich die Phantasie ansprachen. Wiewohl nun eigentlich die ganze Versammlung der Genossen Zeuge war, und dies auch so angenommen wurde <sup>50</sup>), so war es doch theils sicherer, bestimmte Zeugen aufzurufen, theils wußte man, da nicht immer Alle sich versammelten, künftigher bestimmt, wer zugegen gewesen, und im Stande war, Zeugniß abzulegen <sup>51</sup>). Außerdem erforderte es die Natur der Sache, daß

gewonheit ist." Eine Urk. v. 1366 hat: „alze boven und beneden in dem Lande wuonde und Recht ist." Kindl. M. B. III. 2. No. 166. „Jure et lege Westfalensi“ hat eine Urkunde von 1150. Kindl. M. B.

48) Gewöhnlich heißt es daher nur: „Solempnitatibus debitis et consuetis.“ In einer Urkunde v. 1272 geschieht die Uebertragung: „solempnitate quo circa talia ibi consuevit fieri observata.“ Kindl. Holmest. No. 37.

49) Eine Urk. von 1486 nennt daher den ganzen Akt: „rechte vortichtnisse und uplatinge.“ Kindl. M. B. III. 2. No. 208.

50) „In orkunde und Zeghenwardicheit guder lude, die dar over und an waren.“ Urk. von 1339. Kindl. M. B. III. 1. No. 144. In einer daf. abgedruckten Urk. von 1394 (2. No. 187) werden außer den namhaft gemachten Zeugen noch genannt: „andere gude lude genouch de dar Gerichte mede bestonden in dusse zulven Tyden.“

51) Daher in den Urkunden: „testibus fide dignis ad premissa vocatis specialiter et rogatis.“ B. B. von 1354. Kindl. M. B. III. 2. No. 155. Daher unterscheiden die meisten Urkunden den Umstand in „Züchlude und Stantgenoten.“

bei der Einweisung in den Besitz besondere Zeugen deputirt wurden<sup>52)</sup>.

Der Richter bedurfte eines Zeugnisses, daß der Akt richtig verhandelt und geschlossen sei<sup>53)</sup>; dies war, so wie nachher Schrift, Siegel und Name, die Antwort<sup>54)</sup>, nämlich die Einstimmung und Bejahung aller umstehenden Zeugen; man nannte das die Urkunde<sup>55)</sup>. Das Recht war durch Vermittelung des Richters gefunden und gewiesen; wenn Alle es als solches erkannten und dies bezeugten, war es Urkund und Erkenntniß. Der allgemeine Beifall war nothwendige Schlussfolge, da Jeder das Recht hatte, zu widersprechen, und seine Meinung zu sagen.

Um den Zeugen für ferne Zeiten den Tag der Handlung und das Geschäft selbst erinnerlich zu machen, hatte man schon bei den Germanen auf mancherlei Mittel gesonnen, und wir erinnern aus späterer Zeit nur an das Ohrzupfen und ähnliche Formalitäten. Das gemüthliche, gesellige Leben mochte auch leicht auf einen gemeinschaftlichen Schmaus führen, der herkömmlich wurde, und den man bei geringeren Gegenständen in eine kleine Gabe<sup>56)</sup> oder

52) „Dinegravius... duxit et misit in possessionem... solemnitatibus adhibitis, que circa hujusmodi fieri consueverunt, videntibus et audientibus testibus“ .. Urk. v. 1274. Kindl. R. B. III. 2. No. 239. — „Praesentibus his testibus... item testes vestitionis.“ Schannat, T. F. p. 172. Urk. von 838.

53) „Dat dūt alle vor my upgenanten richter also geschen is sint hyr by rinne und over gewesen vor tugen und Din cheren gebeden und tho getogen,“ u. s. w. Urk. von 1495. Wolf, Eichsf. Urk. B. B. 195.

54) So wie das ganze gerichtliche Verfahren in Fragen und Antworten zerfiel. — „Und Juncvrouwe Iysabet in dusse lyffstucht is ghesat myt ordelen und myt Rechte, bar ic myn orkunde up entfendc Antworte veler guber lude und stantnoten des Gherichys.“ Urk. v. 1426. Kindl. Bolmest. No. 119.

55) Urkunne, von erkunden, erkennen; daher Urkunde und Erkenntniß, gleichbedeutend mit Zeugniß. „Qui testimoniale suum vulgo dictum *orkunne* receperunt, in testimonium super eo.“ Urk. von 1329. Kindl. Hörigl. No. 79. In einer Urk. von 1556 heist es noch: „die oer Dirkunde neffen mi entfangen heben.“ Kindl. Hörigl. No. 213. Als Recognition wurde allmählig auch an den Richter und die Urtheilfinder etwas gespendet, und der Name darauf übertragen, wie eine Urkunde von 1299 dies deutet: „Pro cuius sententie recognitione iudex et consules jus suum, quod vulgariter *orkande* dicitur, communiter receperunt.“ Kindl. Bolmest. No. 53.

56) „Qui omnes et singuli in memoriale testimonii evidencie receperunt a monast. Cap. arras debitas et consuetas.“ Urk. v. 1280. Kindl. R. B. III. 1. No. 87.

in einen Feind verwandelte, der den Zeugen geleistet wurde; auch der noch übliche Weinkauf ist hiervon ein Ueberbleibsel.

IX. So wie die Ueberstragung von Eigenthum vor der größern Volksgemeinde, nachher vor dem Grafengericht, geschah, so gehörte sie unbezweifelt auch, so wie es das sächs. Landrecht vorschreibt<sup>57)</sup>, stets und überall vor das echte Ding, wo zu regelmäßigen Zeiten im Jahre sich alle Gerichtsgesessene versammelten. Doch änderte sich dies bei den westphälischen Freigerichten, wie dieselben *judicia secreta* wurden. Dieselben führen nun zwar fort, die Investituren nach üblicher Form zu verrichten; sie mußten es aber vor dem heimlichen oder gebotenen Ding thun, und es wurden sowohl Schöffen, als Genossen, welche Zeugen waren, zum Gericht deputirt und berufen<sup>58)</sup>.

Sitte war es, daß auch bei diesen Handlungen freier Willführ der Ueberstragende einen Vorgesprecher im Gericht hatte<sup>59)</sup>.

X. Wie sich die Gerichtsverfassung allmählig überall umgestaltete, so änderten sich auch die beschriebenen Formen bei Ueberstragungen des Eigenthums; indem man anfangs auf die üblichen Solemnitäten wohl verzichtete<sup>60)</sup>, vergaß man sie nach

57) Sachsenp. I. Art. 52. Ohne der Erben Urlaub und ohne echte Ding muß Niemand sein Eigen und seine Leute geben.

58) Daher geschieht die Ueberstragung in der Urk. von 1303 *coram scabinis secrete iudici*, und die Zeugen sind *ad hoc in testimonium vocati et rogati*. Rindl. M. B. III. 1. No. 105. Gleichbedeutend sagt die Urkunde von 1340: „*coram libera adde, scabinorumque ibidem deputatorum. Presentes fuerunt*“ ... Das. No. 146. — „Stech und Stot. Gescheher Brien besad,“ hat eine Urkunde von 1426. Rindl. Volmest. No. 119.

59) So wie ein förmliches Urtheil erging. In einer Urk. von 1144 geschieht der Gütertausch *accepit utrimque prolocutoribus*. Rindl. M. B. III. 1. No. 11. *Cum prolocutoribus et sententiis et aliis, consuetis sol.* Urk. von 1333, Rindl. M. B. III. 1. No. 135. mit vorgespreken und mit ordeken, und gheschiet mit des Königes Banne. Urk. von 1357. Das. No. 156.

60) Urk. von 1268. „*Insuper sub testimonio actipti presentis sumus arbitrii expresso, dictam collationem nostram non minus validam debere existere, quam si solempniter facta esset in huiusmodi iudicio, quod vtriusque vulgariter appellatur.*“ Rindl. Volmest. No. 35. Außerhalb Westphalen finden wir schon im 13. Jahrhundert häufig Ueberstragungen bloß durch besiegelte Urkunden, ohne Beobachtung der üblichen Formalitäten, und ohne Verzichtleistung darauf. Andere aus späterer Zeit beweisen aber wieder, daß die Gerichte ihre alten Gewohnheiten

und nach ganz in Anwendung zu bringen, und man schloß die Verträge nur einfach vor Richter und Zeugen; die schriftliche Urkunde mit Unterschrift oder Siegeln vertrat alle übrigen Vorsichtsmaßregeln und Formen des alten Gewohnheitsrechts<sup>61)</sup>. Wie aber dieses nirgend fester, als in Westphalen, Wurzel gefaßt hatte, so sehen wir auch bei unsern Freigerichten am längsten die beschriebenen Feierlichkeiten fortbauern, die wie ein altes Heiligthum treu gehegt und aufbewahrt wurden.

### Viertes Kapitel.

Die Besetzung des Femgerichts. Freigraf, Freischöffen; Frone. Verschiedene Competenzbestimmungen desselben.

Indem wir zu dem Verfahren der Femgerichte in streitigen Rechtsfachen schreiten, drängt sich unserer Beobachtung noch mehr als zuvor die Gewißheit auf, daß unter der Hegide der alten Reichsverfassung sich überall viel Alterthümliches bis auf unsere Tage fortgepflanzt<sup>2)</sup>, aber nirgend auch Gewohnheitsrecht, Erinnerung und Form sich so im Großen lebendig und stark erhalten hat, als in Westphalen. Das Verfahren der Femgerichte erhält seine Hauptauszeichnung durch das Festhalten am alten Gewohnheitsrecht. Dies Kelnerhalten und Fortbestehen in einer Zeit, wo sich überall das gerichtliche Verfahren geändert hatte, macht erst später die Erscheinung auffallend; das Verfah-

---

beibehielten. Urk. von 1372. „auch han wir off dasselbe vorgeant gut verziegen und offgegeben vor dem Gerichte zu Ehardishusen, als dasselbe gerichte wycte dat recht wete, und nach Lande gewonheit.“ Kopp. de Diff. inter com. et nob. No. 49.

61) Namentlich die gerichtliche Auffassung. Es mußte aber als Regel fortwährend die Verlautbarung vor offenem Gericht, und die Bestätigung geschehen, und die lebendige Aufbewahrung im Gedächtniß der Genossen vertrat ein geschriebenes Buch, in welches man die Contracte aufzeichnete. Vergl. Eichhorn a. a. O. III. §. 430, nebst den das. alleg. Stellen aus Tenzler's Laienspiegel.

1) So wurde z. B. das von Löwensteinsche Vogtgericht zu Babern in Hessen noch 1765 ganz in alter Form gehegt. Der Richter fragt: Ihr Herren Schöppen, Ich frage Euch, ob Zeit, Tag und Stunde sei, u. s. w. Kopp, von d. Hess. Ger. I. No. 93.

ten selbst blieb aber immer auf alten Grundlagen bestehen. Man entblätterte wohl allmählig den alten Baum, und hieb Zweig um Zweig herunter, aber den Stamm schonte die vernichtende Hand, bis ihn die Zeit faul und morsch gemacht, und wir jetzt nur noch verwitterte Wurzeln unter dem moosbedeckten Boden finden.

Wie uns durch Urkunden, Weisthümer und Reformationen mit dem 14ten und 15ten Jahrhundert über das Verfahren der Zengerichte nähere Kunde kömmt, ist es der Zeitpunkt, wo sie sich als Reichsgerichte gertten, wo wenig Civilgerichtsbarkelt mehr übrig geblieben war, und sie selbst schwankten, ob sie ihnen zustehet; wo man sie nur noch als besondere Criminalgerichte anerkennen wollte, und an der Idee festhing, daß kaiserliche Gewalt sie besonders zur Aufrechthaltung des Christenthums und zum Schutz des Landfriedens instituiert habe. Seit der Zeit aber, wo sie als gewöhnliche, jedoch kaiserliche, Landgerichte in der Verfassung des Reichs, ohne sichtlich Auszeichnung, mitten inne standen, bis hiehin, wo die heilige Feme über ganz Deutschland ihren Bannstrahl schleuderte, waren in der politischen Verfassung so große Veränderungen vorgegangen, und das kräftige und underrückte Vorschreiten der Landeshoheit mußte so mannichfach auf die alte Basis dieser Gerichte einwirken, daß sie nun wohl in veränderter Gestalt erscheinen konnten. Den wesentlichsten Einfluß hatte dies auf die Competenzbestimmung, die nirgend gleichförmig ist. Wir finden überall widersprechende Grundsätze, bald Beschränkung, bald Ausdehnung, und bei gleichförmiger Idee und durchlaufenden Grundzügen doch große Abweichungen im Verfahren. Vieles hielt als Ganzes sie zusammen, das alte Herkommen, der Eid, das Ständeverhältniß, die Abhängigkeit vom Kapitel, und später der Schöffenbund. Aber wir wissen, daß jedes Gericht unabhängig seine Gewohnheiten, Rechte und Förmlichkeiten ausbildete, da kein Gesetzgeber sie von oben gleichförmig organisirte. Bei diesen Gerichten mußte jedoch in der Stellung zu dem Landesherrn und in den verschiedenen Territorialverhältnissen mancher Grund abweichender Verschiedenheit liegen. Wir müssen uns daher hüten, aus den Urkunden und Quellen zu schnell

Grundsätze zu abstrahiren, und damit falsche Systeme zu erfinden. Wir müssen Alles prüfen und vergleichen, und das Unaufgeschriebene und Unsichtbare, den verborgen waltenden Geist, und das Lebendige, was nicht in der Form sich aussprach, und dessen man sich, wie der gesunde Mensch seines Lebens und seiner Gesundheit, selbst nicht einmal bewußt war, herauf citiren und verstehen lernen.

1) Sichtlich hatte sich, wie wir oben zeigten, die Erläuterung an eine Verpflichtung erhalten, über besondere Verbrechen, nämlich die gegen die Religion, vorzugsweise Ankläger zu sein, und sie vor dem Freigericht zu richten. Diese Art von Verbrechen vermischte sich aber mit den übrigen Criminalverbrechen<sup>2)</sup>, und so wie sich nur noch eine dunkle Erinnerung an ausschließliche Bestimmung erhalten hatte, so mußten sich die Grenzlinien theils in der Vermischung der verschiedenen Arten von Verbrechen, theils in der Collision mit andern Gerichten, die ebenfalls Criminal-Jurisdiction ausübten, theils in der Ausdehnung der Gerichtsbarkeit über die Grenzen Westphalens, womit man auch jene Grundsätze übertrug, mehr und mehr verwischen und unverständlich werden<sup>3)</sup>. Sie setzten, wie es die Urkunden oft aussprechen, den Grundsatz durch, daß gewisse

---

2) Und war durch eine kurze Schlußfolge sehr leicht allgemein auszudehnen. So sagt der Goessfelder Codex: „Item in dessen gerichtē sal men richten allet dat teghen de thien gebode godes is und teghen dat hylge ewangelium, dair de gesatten rechte sin ut gevloten.“ Grote, Jahrbuch 1817. S. 330.

3) Nach der Sigismundischen Reform. von 1439 soll der Freigraf schwören, über keine Sache zu richten, als die nach der Einsetzung Karls des Großen an die Freistühle gehören. Goldast, Reichsordnung, S. 163. Dies ist übereinstimmend mit dem Begehren der Reichsstände zu Nürnberg im J. 1438: „Item daß unser gnedigster Herr der Römische Kaiser befelle, daß die heimlichen Gerichte gesetzt und bestalt werden, der zu gebrauchen auf ir erste und beginlich hertomen, und daruff und darumb sie zu erste erdacht und bestetigt worden sein, und das hynant daran geheissen oder geladen werde, bann umb Sachen, die dazir gehören.“ Ditz, de P. P. p. 80. Man hielt es immer für genug, auf das Beginnlliche und Herkömmlliche zu verweisen, wenn man es auch selbst nicht kannte; in der Ueberzeugung, daß die treuen Vorfahren Alles gut und wohl eingerichtet.



Verbrechen bloß vor ~~dem~~ Forum gehörten <sup>4)</sup>. Sie stützten sich auf die alte Sage ihrer Institution durch Karl den Großen <sup>5)</sup>, und wenn die Freischöffen bekundeten: Das sind unsere Rechte, und die haben wir seit unvordenklicher Zeit besessen und geübt; so war es im Mittelalter selbst dem Kaiser genug, dies als Belehrung anzunehmen und sie anzuerkennen <sup>6)</sup>. Es wirkte aber hierbei nicht bloß der Grundsatz, das Herkömmliche überall zu erhalten und bestehen zu lassen, und das Zeugniß glaubwürdiger Wiederwärtner wie geschriebenes Gesetz und Privileg zu ehren, sondern es gab auch wirklich jetzt, jedoch in einem andern Sinn, oft Verbrechen, welche in ganz Deutschland nirgend einen Richter fanden, der sie zu rächen Macht genug gehabt hätte, weshalb man wohl das, was die Femrichter durch die That bewirkten, als Grundsatz anzuerkennen sich bewogen finden konnte.

2) Daß Criminalvergehen vor das Forum der Freigerichte gehörten, war natürliche Folge der ererbten Competenz der alten Land- und Grafengerichte. Es fehlte aber am juristischen Begriff des Criminalverbrechens; man rechnete daher Alles dahin, was wider Gott, Ehre und Recht geschehen, und richtete

4) Biewohl Andere dies nur überhaupt auf Sachen beziehen, über die sie richten konnten, wenn sie sonst unter geselligen Bedingungen an die Freigerichte erwuchsen. Weisthümer von 1408 bei Müller, Reichstagstheater: „also daß Sache und Stucke sin, die sich an den freyen stülen von rechtes wegen zu richten geboren.“

5) Wenn das Formular, Anhang No. 10, ziemlich unbestimmt sagt: „want de grote Keyser Karll hevet alle vrygestole gesatet unde gemaket in westphale, to den eirften maill umb veir artikule, und mer artikule uir den veiren genamen sint, daer doch de vrygestol umb gevryget sint, unde want man de veir artikule to gepre uitbracht en mach brengen to have noch to baghe noch to holte noch to velde, dan allene an de vrygenstole dar de vrygestol der hemeliken Kameren umb gemaket sint in westphalen,“ so spricht sich die Idee und Sage auch noch in der Sigmundischen Ref. von 1437 aus, wornach kein Gericht über Punkte zu richten sich soll anmaßen: „do dez heiligen richen gerichte vone getrenket werde, und dem freygenstule geborde ege richten.“ Senck. C. J. G. I. p. 77.

6) Daher ließ K. Ruprecht im Jahr 1408 einige Freigrafen an seinen Hof kommen, und legte ihnen verschiedene Fragen vor, um sich über Verfassung und Zweck dieser Gerichte zu unterrichten. Die Antworten sind als Weisthümer geöhrt, und wie eine Freigerichtsordnung ange-  
sehen worden.

somit über Ehre, Leib und Gut 7). Natürlich verwickelte sich nun bald die Scheidelliste, und so wie es den Femgerichten leicht wurde, fast in jeder Anklage die Competenz zu finden, so war ein immerwährender Streit unvermeidlich, was Femwoge oder Verbrechen sei, das den Thäter ächtete und seiner Ehre beraubte, weshalb die Freischöffen vor der Ladung jederzeit erst Urtheil fanden, ob die Sache Femwoge sei.

3) Es war natürlich, daß die Freigrafen ursprünglich auf einen bestimmten Gerichtsbezirk angewiesen waren. So wie schon der Karolingische Graf nur in seinem Gau richten durfte 8), so blieb es auch bei den Femgerichten Grundsatz: daß kein Freigraf in des Andern Freibann oder Freigrafenschaft Gericht legen konnte 9). Wie viel weniger stand es diesen kaiserlichen Landgerichten zu, in fernen Gegenden außerhalb Westphalen Leute vor ihr Gericht zu ziehen. Aber bei den im Mittelalter eintreffenden Evocationen, einem Product gewalthätiger Zeit, und des gänzlichen Verfalls der gerichtlichen Gewalt und des Gerichtswesens überhaupt, waren keine Gerichte mehr mit einem Schein Rechts im Stande, ihre Territorialgrenzen zu überschreiten, als die kaiserlichen, und keinen glückte es mit mehr Nachdruck und Erfolg, als den westphälischen, die endlich den Grundsatz durchsetzten, daß sie als kaiserliche Gerichte des heiligen Reichs über ganz Deutschland ihre Competenz erstrecken könnten 10), aber natürlich nur als obere Gerichte des Reichs, welche überall dem competenten Richter nicht in seine Rechte fallen durften. Jeder mußte daher erst vor seinem Herrn belangt werden, und wenn ihm da kein Recht geschah, konnte der Kläger sich an den höhern Richter wenden, sich beschweren oder dahin appelliren.

7) Die gewöhnliche Formel ist: „Den Stuhl besessen, zu richten über Leib und Ehre zum höchsten Rechte.“

8) Cap. de Part. Sax. c. 34. unusquisque comes in suo Ministerio placita et iustitias faciat.

9) „Ind id en sal noch en mach neynich Greve in des andern freyn Bann und Herlichkeit Gerichte leggen oder hegen, dan mit willen der Stolheren.“ Urk. des 16ten Jahrhunderts, K. in bl. M. B. III. 2. No. 214.

10) Deshalb ihre Abstammung vom Karoling. Graf ableugnen zu wollen, wie Cosmann, Materialien S. 150, ist ungeschichtlich.

In jenen anarchischen Zeiten war aber nirgend an Ordnung der Instanzen zu denken, und der Fall, wo der Angeklagte sich vor dem Richter gar nicht stellte, und dieser sich außer Stande sah, dem Kläger Recht und Genugthuung zu verschaffen, war weit häufiger, als der, bei einem höhern Richter Reformation des Erkenntnisses zu suchen. Es wurde daher beinahe allgemeiner, bei den Freigerichten aber vorzugsweise aufgestellter Grundsatz, daß man sich an sie wenden dürfe, wenn der ordentliche Richter des Beklagten zu Recht nicht mächtig sei <sup>11)</sup>. Dieser Grundsatz wurde gefeglih; aber so wie er wieder eine nur schwankende Bestimmung enthielt, und zu vielfältigen Collisionen, Widersprüchen und Streitigkeiten Anlaß gab, so eröffnete er doch den Freigerichten ein weites Feld für ihre Competenz. Mit der Befestigung der Landeshoheit, und mit der wieder geregelten und besetzten Ordnung der Gerichte <sup>12)</sup>, konnten die Freigraven in diesem Grundsatz allein den Grund ihres Untergangs finden, indem der sonst so reichhaltige Fall nun nicht mehr eintrat,

11) Auch des Königs Mannen und Diener selbst sollte man zuvörderst bei ihm verklagen, und eben so jeden Andern vor seinem Herrn, unter dem er gefessen ist. Geschähe dann nicht, was von Ehre und Rechtswegen der Beklagte dem Kläger pflichte, so möge er ihn an die freien Stühle fordern. Rupr. Weisthümer von 1408 bei Müller, Reichstagsg. — Innerhalb der Freigravenschaft mochte den Grafen als königl. Beamten schon ursprünglich dies Recht des höhern Richters zugestanden haben. R. Arnulph sagt in dem Privileg für das Kloster Wethe von 898: „Item praecipimus, ut nullus iudex publicus in eorum hominibus habeat ditionem, sed advocatus eorum super iis iustitiam agat, nec ad mallum quispiam succlamationem faciat, priusquam advocatus eorum appellaverit pro iustitia facienda.“ *Schäfer, Ann. Pad. de a. 898.*

12) Freilich ging dies langsam, denn noch 1522 verordnet der Erzb. Hermann von Köln, in der publicirten Reform. der heimlichen Gerichte, daß, wenn die Verbrecher vor seinen hohen Gerichten nicht zu gebühlicher Strafe gezogen würden, dann den freien Gerichten ihr gebühlicher Lauf und Prozeß solle unbenommen sein. Goldast, Reichsag. S. 252. Und im J. 1503 befreit Kaiser Max I. den Herzog von Cleve, Grafen von der Mark, und die Stadt Soest von den auswärtigen „freien Stuelen, Weßvelischen hohen und andern fremden Gerichten,“ und verweist Jeden an die ordentlichen Gerichte: „Es were dann, daß dem Eieger, auf ir Ansuchen das Recht an den Gnaden künntlich versagt, oder geuerlich verzogen würde, der oder dieselben mögen alsdann das Recht gegen inen suchen, an den Gnaden und Gerichten, darinne das füglich ist, und sich gepüret.“ *Häherlin, Annal.* p. 466.

Wir können aber weder, an die alten kaiserlichen Gesandten denkend, sagen, die Freiherren hätten als außerordentliche Commissare, ohne sich an Territorialgrenzen zu kehren, gehandelt<sup>13)</sup>; noch können wir es als eine Eigenthümlichkeit oder einen ausschließenden Grundsatz aufstellen, daß vor dem Freigericht nur zu klagen erlaubt gewesen wäre, wenn vor dem ordentlichen Gericht des Klägers kein Recht zu erlangen stand<sup>14)</sup>.

4) Die Femgerichte hatten sich als Criminalgerichte so ruchtbar gemacht, und die Verbrechen waren so der ausgezeichnete Gegenstand ihrer Thätigkeit, daß man anfang, ihnen jede andere Competenz abzustreiten, und dagegen zu eifern, daß andere Sachen vor ihr Forum mit Recht gehörten, außer Femwogen und todeswürdige Verbrechen. Da es aber im ganzen Mittelalter keine Gerichte gab, welche ausschließlich für die Criminal-Jurisdiction bestimmt gewesen wären, so wußten wir wirklich keinen Grund, warum den westphälischen Gerichten, als kaiserlichen Gerichten, nicht in Civilsachen dasselbe Recht competirt hätte, wie in Criminalsachen. Dies fühlten auch die Freiherren und Freischöffen recht wohl; sie wurden aber um so mehr selbst irre, da sie, jedoch aus andern Gründen, innerhalb ihres Gerichtsbezirks mehr und mehr alle Civil-Jurisdiction sich entzogen sahen, da sie die Idee einer vorzugsweisen Bestimmung, die Verbrechen ahnden zu müssen, hegten, und diese nun noch durch eine weit höhere und stärkere Verpflichtung des sich bildenden Bundes befestigt wurde.

Als daher Kaiser Ruprecht den deputirten Freiherren die Frage vorlegte, ob Jemand um Gut und Geldschuld geladen werde, gaben sie eine ausweichende Erklärung<sup>15)</sup>. In der Praxis gestaltete sich nun das Verhältniß so, daß nur Sachen, welche Fembruch enthielten, vor die Freigerichte gezogen werden

13) Wie Möser, Patr. Phant. IV.

14) Wie Eichhorn zu thun scheint. D. St. u. R. Gesch. III. §. 421.

15) „wer also gehaischen wirt, der versprech sich, so komt er mit recht von der Verhaischunge, nur allein es sey ainer gehaischen um die Stund ains oder mer, solches gleichfals, die sich vor dem freien Stul zu richten geburen, darumben geburt ainem jeglichen still zu stehen vor dem freien Gericht.“ Freher, de secr. Jud. p. 170.

kannten, und so wie die Freiherren Anerkennung fanden, daß gewisse Verbrechen auszeichnungswelse vor sie gehörten, so gaben sie nach, daß sie um persönliche Civilansprüche nicht laden könnten<sup>16)</sup>. Indem sie aber wieder mit Glück die Behauptung aufstellten, daß man Leben, der sich zu Ehren und Recht nicht verantworten wolle, und der vor seinen competenten Richter nicht könne gebracht werden, vor das Freigericht fordern dürfe<sup>17)</sup>, so war das Prinzip wieder hergestellt, wornach jedes kaiserliche Gericht als Obergericht nur in höherer Instanz, oder nach der Sprache des Mittelalters dann, wenn man des Beklagten anders nicht zu Recht mächtig werden konnte, competent war. Die Femgerichte nannten auch diesen Fall Fembruch oder peinliche Sache<sup>18)</sup>, und nicht mit Unrecht, weil gegen den, der sich hartnäckig zu Recht weigerte, zuletzt die Acht oder Versenkung eintreten mußte. Wir können es daher nicht einen Vorwand nennen, daß die Femgerichte auch bürgerliche Sachen an sich gezogen hätten, indem das Verfahren des heimlichen Gerichts vermöge der Wirkungen der Versenkung nur bei Criminalsachen rechtlich möglich gewesen wäre<sup>19)</sup>. Das Femgericht hatte ja auch andere Stufen der executiven Gewalt außer der eigentlichen Versenkung, und das Verbot, um Geldschuld keine Ladung auszusenden, vertrug sich recht gut mit dem aufgestellten Prinzip der Competenz. Denn der Kläger klagte nicht, daß ihm Dieser oder Jener etwas schuldig sei, sondern daß sich derselbe vor dem Richter nicht zu Ehren und Recht stellen wolle; deshalb sehen wir häufig die Einrede und das Erbieten, sich vor dem persönlichen Richter zu Recht zu stellen, und Ablehnung der vom

16) Coester Art. bei *Hahn*, I. c. p. 606.

17) Arnob. Weisthum bei *Senck*, I. c. p. 98.

18) In diesem Sinn sagt das Dortm. Gewohnheits R. bei *Senck*. C. J. G. p. 109. „Wenn Einer um Kosten und Schäden belangt wird, so ist die Sentenz so hoch als in andern weltl. Gerichten die Acht, weil alle Fembrüche peinliche Sachen sind, die man am Freistuhl richtet, und man doch deshalb keinem am Leben was thun soll.“

19) *Etichorn*, d. St. u. R. Gesch. III. C. 185.

Freigraf erlassenen Ladung 20). Gegen die Hartnäckigen und Widerspenstigen sehen wir aber die Freigerichte nach Form und Weise anderer kaiserlichen Gerichte erkennen. Es ist schon an sich begreiflich, daß Niemand seinem ordentlichen Richter vorbeigehen, und vor fernem auswärtigen Gerichten Recht suchen mochte, der es daheim zu finden im Stande war. Gewiß ist es aber auch, daß Kläger und Freigraf, besonders wenn es einen mächtigen Beklagten galt, oft in einer reinen Eivilsache einen Fembbruch sahen, und den Satz aufstellten, die Rechtsweigerung des Beklagten sei eine Handlung wider Gott, Ehre und Recht 21).

5) Als kaiserliche Gerichte hatten die Femgerichte nur in den Stürmen der Zeit, und in Ermangelung anderer kräftiger Justizanstalten, ihre Macht über Deutschland verbreiten können. Vor dem Ansehen des Reichs-Kammergerichts mußten sie allmählig untergehen, zumal da bei wiederkehrender Ordnung und geregelter Verfassung der Gerichte die Evocationen überall aufhörten. In Westphalen erhielt sich aber durch ihr Fortbestehen als kaiserlicher Gerichte theils die Idee, daß alle Criminal-

20) J. B. Urk. v. 1476. Rindl. M. B. III. 2. No. 206. Es folgt zugleich die Abberufung Seitens des ordentlichen Richters oder Landesheerrn. So schreibt 1415 der Erzb. v. Mainz, an den Graf Adolf, die Felschung vor dem Freistuhl abzuthun, weil er ihm gegen seine Mannen und Diener zu Recht mächtig sein wolle. Sendenk. von den kais. Ger. No. 32.

21) So lehnt der Herzog Wilhelm von Sachsen im J. 1454 die Ladung des Freigrafen zu Limburg ab, und schreibt ihm: Er habe allerdings über Leib und Ehre zu richten, dahin sei aber keine Geldschuld zu rechnen, und, was auch Leib und Ehre anlange, sei nichts in der Welt so groß: daß du das für dich zu heischen oder darüber zu richten habst, wo der Fürste oder geordnete Richter oder dem das geschæe darüber mechtig ist zu richten und sich recht darin helt. Der Freigraf procedirte aber fort, und rechtfertigte sich gegen den Kaiser selbst, indem er erklärte, der Herzog und seine Råthe seien wider Gott, Ehre und Recht mit dem Kläger umgegangen. Måller, Reichstagstheater S. 502. — Ein anderer Freigraf ladet im J. 1533, wegen Vorenthaltung eines Erbe wider Gott Recht und Billigkeit. Kopp v. d. heiml. Ger. S. 443. — Ein Freischöffe von Utrecht, der wegen Erbe und Gut vor einen Freistuhl geladen ist, wendet gleichfalls ein, daß die Sache keine Femproge sei. Urk. v. 1459. Rindl. M. B. III. 2. No. 203.

gerichtsbarkeit unmittelbar vom Kaiser ausgehe<sup>22)</sup>; theils die Gewohnheit, das Blutgericht mit Freischöffen zu besetzen.<sup>23)</sup>

6) Kehren wir zu den alten Grenzen des Sprengels der Freigerichte, zur Freigrasschaft, zurück, so finden wir hier zwar ein engeres Verhältniß, und die Spuren der einst bestandenen Verbindung zwischen dem Gericht und seinen Gerichtsgesessenen sind noch sichtlich, aber doch auch wieder ein Zustand der Auflösung, der Ungewißheit und des Schwankens. Man bedingt immer Sachen, die vor den Freistuhl gehören<sup>24)</sup>; man läßt den Freigraf eidlich versprechen, über keine Sachen zu richten, die sich nicht vor ihm zu richten gebühren<sup>25)</sup>; Gewohnheit und Herkommen schwebt immer im Sinn, aber man wußte es nicht mehr genau anzugeben, und die Freigerichte schwanken selbst in ihren Bestimmungen, weil Herkommen und vermeintes Recht sich überall im Laufe der Zeiten anders gestaltete und zeigte. Untersuchen wir nun, ob ihnen eine Civilgerichtsbarkeit zustand, so kann uns dies schon, nach dem Früheren, wo wir die Identität mit dem alten Landgericht zeigten, die Entstehung der Freistuhlgüter nachwiesen, und das allmähltige Aufhören der Civilgerichtsbarkeit entwickelten, keinem Zweifel mehr unterworfen

22) Corv. Urk. von 1358 abgedr. bei Lünig III. S. 107 „quia tamen virtute concessionis ut investiture seu confirmationis predictorum non potest in causis criminalibus, que capitis et membrorum plexionem exigunt, exercere judicia, nisi iurisdicatio huiusmodi a Romana imperatoria potestate suscipiatur etc.“ Die Urkunde enthält die Investitur eines vom Abt zu Corvey präsentirten Freigrafen.

23) In der Corvey'schen Deduction gegen Braunschweig, Münster 1671 S. 75 liest man: — „Daß quoad merum Imperium et criminalem Jurisdictionem Ihre fürst. Gn. als Landesfürst intentionem fundatam haben, auch darumb ex speciali Privilegio, welches sonst Chur Köln als Herzog in Westphalen privative gehabt, den zeitlichen Abten zu Corvey das Recht, Freygraffen und freye Schöffen des heimlichen oder vulgo Behmen = Gerichts zu creiren, und in allen ihren untergehörigen Orthern anzuordnen, (als durch welche die Blutgerichte in Westphalen, auch zu Hólar jederzeit gepflegt worden, wie aus der Concession Caroli IV. zu ersehen) von kaiserl. Maj. zugeeignet worden.“

24) Das Arnsh. Weisthum bei Senckenb. C. I. G. I. p. 98 sagt: „daß diese Stücke nach auffassung der freyen stül und freyengerichte in der heimlichen beslossen Acht gericht werden sollent.“

25) Sigismundsche Ref. v. 1437 Senck. C. I. G. p. 77.

sein, und es würde genügen, die zerrissenen Spuren der alten Competenz, die sich hier mehr, dort minder zeigen, nachzuweisen. Aber doch bleibt uns die große Verschiedenheit in den Bestimmungen über die Competenz, bei den verschiedenen Freigerichten, ja beim Generalcapitel selbst, immer auffallend, und wir können sie uns nur erklären, wenn wir den stufenweisen Untergang dieser Gerichte mit den Schicksalen ihrer Gerichtsprengel und ihrer Dingpflichtigen, mit den Erscheinungen ihrer Regeneration und mit den verschiedenen Verhältnissen zur Landeshoheit und zu den landesherrlichen Gerichten zusammenstellen.

In jedem Territorium bildeten sich die Verhältnisse unabhängig; jedes Gericht setzte seine eigene Observanz und seine herkömmlichen Rechte durch, das Eine mit mehr, das Andere mit minderem Glück. Man hatte entweder keine geschriebenen Normen, oder kümmerte sich nicht darum, und die Praxis verwischte auch immer wieder, was gesetzliche Norm gewesen war. Wie daher schon Kaiser Ruprecht im Jahre 1408 sich bei den Freigrafen genau erkundigte, was nach dem Herkommen sich vor den Freistühlen zu richten gebühre, so sehen wir, nachdem unzählig oft dies festzustellen versucht, und die Liste der zur Competenz gehörigen Sachen gegeben worden war, auch noch zu Ende des 17ten Jahrhunderts untersuchen, was wohl dem Herkommen nach den Freigerichten gebühre; und wiewohl die Ansprüche sehr heruntergespannt waren, so ist die Ungewißheit doch noch eben so groß, wie in vergangenen Tagen.

Analog den verwirrten, verfließenden Gerichtsbezirken der alten Freigravschaften, deren Versplitterung in den Territorien wir oben sahen, verwirrten sich auch die Gegenstände der Competenz in dem Kampf mit den Territorialgerichten. Die Urkunden stellen daher die verschiedensten Bestimmungen auf, und wir irren sehr, wenn wir eine übereinstimmende und gleichmäßige Norm zu finden streben.

Man sagt gewöhnlich, sie seien Blutgerichte, und leitet entweder ihre Competenz als solche aus einer besondern Institution, nennt sie Particulargerichte, und spricht ihnen jede Competenz,



aufser in rein peinlichen Sachen, ganz ab <sup>26)</sup>), oder man beducirt ihre ausschließliche Criminalgerichtsbarkeit aus dem nicht richtig aufgestellten Verhältniß der Freigräfschaft und Vogräschaft, und aus der historischen Entwicklung der aus beiden Grundlagen entspringenden Gerichte <sup>27)</sup>). Beide Ansichten stellen dem Satz auf: Die Femgerichte waren nur in eigentlichen Criminalsachen, wegen todeswürdiger Verbrechen, kompetent, und alles Uebrige war Anmaßung.

Aus unserer Herleitung der Freigräfschaft, und Gegenüberstellung mit der Vogräschaft, können wir nun zwar schon ziemlich bestimmt folgern, wie das, was hier mehr, dort minder, außer den eigentlichen Criminalsachen zur Competenz der Femgerichte gezählt wird, aus ursprünglicher Verfassung konnt abrig geblieben sein; es bedarf dies jedoch noch einer nähern Entwicklung. Die Verschiedenheit, welche die Urkunden in dieser Hinsicht aussprechen, war abrigens dem Zeitalter selbst nicht mehr erklärlieh; daher das Schwanken und Suchen, der Kampf gegen Anmaßung und für das Herkommen und Recht, worin stets beide Streiter zu weit gingen. So wie daher die Freigrafen siegreich eine Competenz erstritten hatten, die ihnen recht- und verfassungsmäßig nicht zustand, so verloren sie beim Sinken ihrer Macht Alles, was ihnen von Gott und Rechtswegen compeltete.

Die Hauptbestimmung der Femgerichte war allerdings Criminaljustiz. Der Grundsatz wird, verbunden mit der alten Tradition und Sage, ausgedrückt durch die Bestimmung: Alles, was gegen die zehn Gebote Gottes und das heilige Evangelium, gegen den christlichen Glauben, gegen Gott, Ehre und Recht ist <sup>28)</sup>).

a) Der mitgetheilte Capitelsbeschlus von 1490 <sup>29)</sup> rechnet dahin, außer den eigentlichen Verbrechen gegen die Reli-

26) Wierß, Gesch. der Femgr. S. 271 u. 278.

27) Eichhorn im 4. B. der D. St. u. Rechtsgesch.

28) Das war Femwöge. Formel bei Hahn, l. c. S. 650.

29) Anhang No. 23.

gion: 1) Muthwillen an Kirchen und Kirchhöfen, 2) Diebstahl, 3) Rothzucht, 4) Kindelbetrüb, 5) Verrath, 6) Straßenraub, 7) Eigenmacht, 8) heimlichen und offenen Todtschlag, 9) Landabspflügen, 10) Sacrilegium der Juden.

b) In demselben Jahre wird ein Capitelsbeschuß im Weisheit desselben Bevollmächtigten, des Statthalters Philipp von Hörde, und der meisten gleichnamig aufgeführten Stuhlherren und Freigrafen erlassen, worin zu Recht gewiesen wird: dat men over die jennen stille richtet, die de Koninckstratt, Kerkwege, Mollenwege, Noitwege und Dodenwege und Richtelpede entengen mit Luenen este Graven oder anders, und die Waldemeinen entenget, und die dem andern zu nae Ert affbuwet, grevet off terwet, off Peile sloge in den agrunt des Stoilheren in syner Fryengraveschop. — In der heimlichen, beschlossenen Acht unter Königsbann gebühre sich zu richten: alle dat jene dat tegen den Ersten Gloven, tegen dat hillige Evangelium, und tegen de hilen tein Gebote Godes is, dat sy van Ketterye, Wycheleye, Verredereye, Dedereye, Molkentoverschen und alle floven und verslogen und gestolen Guit, und alle dat jene, dat tegen God, Ere und Recht is <sup>30</sup>).

c) Ein anderes Arnberger Weisethum zählt ungefähr dieselben Verbrechen auf. Es fügt bei dem Diebstahl hinzu: die Dieb sint, und stellend, oder verstollen gut helfent vertruuden. Ferner: valsch das brift an alle velscher die velscherei treiben durch mancher hand stücke. Der todt leutt beraubt, die mit recht oder von Gottes gewalt todt seint. Der die franken beraubt, die mit dem Sacrament bewart seint, oder des Kaisers oder Königes und des reichs botten und der freyen Gericht botten. Und alle die die sich zu Eren und recht nit verantworten wollen, und der man nit fürbringen kan, die mag man auch an das Freygericht vordren <sup>31</sup>).

d) Die Articuli defensionales in Sachen der Strafen zu Waldeck gegen Etzb. zu Ebin, wegen des Freistuhls zu

30) Kindl. M. B. III. 2. No. 211.

31) Senck. C. J. G. I. p. 98.

Dedlinghausen, aus dem 16ten Jahrhundert, enthalten: Item wahr, das vorm Freyen Stuels gericht, die heimbliche acht genant, gerueget, gehandelt und gerichtet wirdet, uber scheldwortt, Zauberey, diebstall und alles was widder ehre, glauben und die zehn gebott gottes ist. — Am offenen Dinge aber des Freyenstuls wird gerueget, geklaget und gerichtet, uber freye guter, wege undt Strage, auch schuldt und schaden und dergleichen burgerliche sachen, ist wahr <sup>32)</sup>).

e) In den proëessualtschen Verhandlungen wegen des Freigerichts im Grund Astringhausen heist es: und gehören an sollichem Waldeckischen Freigericht nachfolgende Sachen zu verrichten von Rechts und althergebrachter gerechtigkeit wegen, nemlich freigultere, burgerliche und alle andere peinliche sachen, leib und leben, gelimpf und ehr betreffend zc. als dieberei, Raub, Mord, Keroff und Mordbrennen, item Ehebruch und Vermischung mit besibten Personen, item ehrwürdige schmehsachen, Scheldewort, sit werden gleich bürgerlich oder peinlich vorgenommen, item so jeman vom Christenglauben in ungelauben abgetreten, item so jeman Kirchen, geweihte Kirchhove in des heiligen Reichs Konnings strafen uffsehllich brennen, schenden und berauben, item verratherei, und die Falschelt treiben, ader krank Rindelbett ader Rindelbetts frauen schenden und berauben, wie sollich von Althers herkomen, und am frelengericht wann der Fall kommen, geruget und inpracht worden ist, auch mit Kaiser. Carl des groiffen, item Erzbischoffs Dieterichs von Coln eigen Reformation und den eltesten Zeugen im Grundt Astringhausen zu beweisen ist <sup>33)</sup>).

f) Eine ungedruckte Urkunde zählt auch die Verbrechen, nach Dieterichs Reformation (1437) auf, und setzt hinzu: Hieraus ist abzunehmen, daß omnes causae criminales an dieses Gericht gehört haben, aber alle causae civiles ausgeschlossen gewesen, es sei dann, daß man des Beklagten an seinem ordentlichen Gericht nicht mächtig sein könne.

32) Ropp, (v. d. heiml. Ger.) S. 466.

33) Ropp, a. a. D. 494.

g) In einem ungedruckten Schreiben des Hörtbeschen Freigrevon Berg von 1698 heißt es: Nach alter Observanz gehörten in das Freistuhlsgericht und werden getragen und geklagt: 1) über heimliche Dieberei, 2) falsche Gewicht und Maaß, 3) Gotteslästerung und Meineid, 4) Schelt- und Schmähworte, 5) Schlägerei, vorbehaltlich die Blutrünst; 6) abzdünen, abbauen oder pflügen, abgraben, abdröwen. 7) Weegung der Hellewege, Kirchwege, Mühlenwege, Ritterspade, und anderer Nothwege Versperrung. 8) Entziehung der Wasserfluß, und was mit Erbsängen und Mergelgraben für Schaden geschehen. 9) Was des Freistuhlsgerichts halber für Streitigkeiten vorkommen, dahin gehörig und zu erörtern seyn.

h) Eine gleiche Aufzählung findet sich in den comitissarischen Verhandlungen Cölns mit dem obersten Freigraf zu Arnberg, und es werden auch noch Streitigkeiten, wegen Freistuhlsgehören, hinzugefügt; jedoch wird zugleich bemerkt, daß man nunmehr ein Zeiher an Ausübung dieser Competenz verhindert sei <sup>34)</sup>.

Aus dieser Zusammenstellung ergiebt sich klar das Schwankende und Unbestimmte, wiewohl doch ein gleichmäßiges Faden durchläuft, der uns die Spuren der alten Abstammung deutlich erkennen läßt. Es ist zuvörderst nicht zu verkennen, daß sie eine Civilcompetenz über Freie und deren Güter neben der hohen Gerichtsbarkeit geübt hatten, und die festgehaltene Aufsicht über die Königsstraße oder Heerstraße <sup>35)</sup> zeigt uns deutlich das alte Grafenamt, mit dem die Aufsicht über den Heerbann verbunden war. Die gerichtlichen Auffassungen vor dem Frei- oder Femgericht haben wir im vorigen Capitel zur Genüge gesehen <sup>36)</sup>.

34) Kindl. Nr. B. III. 2. No. 235.

35) Urk. v. 1532. Kindl. III. 2. No. 225 erkennt noch ein Vergehen gegen die Königsstraße für Femwoge: „wo dat gy hebben de Konynckstraten up der lucht . . . tho geslagen, und den gemeinen Helwegh mercklichen myth Thünen und anders benomet und gekrenket . . . und hi vor Femwoge sake erkant, und geboert syt an de Keyserlichen Bryggenstoellen tho rychten.“

36) „Erbe und Bryenstoilsgut“ nennen so viele Urkunden. Alle adliche Güter sehen wir anfangs zur Competenz der Freistühle gehörig.

Es ist unbezweifelt, daß ihnen eine bestimmte Competenz innerhalb eines festen Gerichtsbezirkes zustand. Diese versplitterte sich, wurde unsicher und beschränkt nach den verschiedenen Schicksalen, die die einzelnen Freigerichte in der Stellung zu den Territorialherren erlitten:

- a) Die Meisten behielten Anfangs einen Gerichtsbezirk über die erimirten Freien, der da, wo ein landesherrliches Gericht gegenüber stand, immer mehr beschränkt wurde, so daß ihnen nur die Criminal-Jurisdiction übrig blieb, mit der sie auszeichnungswelse als Femgerichte auftraten <sup>37)</sup>.
- b) Manche behielten eine allgemeine Competenz über die meist freien Eingefessenen; sie begriffen Sonn das Landgericht in sich, und indem sie nun sich in landesherrliche Gerichte verwandeln mußten, theilten sie als Criminalgerichte die Auszeichnung der kaiserlichen Gerichtsbarkeit der Femgerichte. Eben dadurch begründeten sie aber eine Collision mit den Landesherren, und verloren allmählig erst die Civil-, dann die Criminalgerichtsbarkeit, während man; um ihre Existenz nicht anzutasten, geringere Gegenstände ihnen überließ <sup>38)</sup>.

Im Einzelnen wirkte wieder die Observanz und die größere oder geringere Nachgiebigkeit der Landesherren, wodurch es den Freigerichten möglich wurde, hie und da einen größeren Wirkungskreis herkömmlich zu erhalten.

37) Sie besitzen seitdem den Freistuhl, „tho richten aber Glymp, Eyff, Gre und Guidt.“ Urk. v. 1549. Kindl. III. 2. No. 231.

38) „Gleich wie Wir nuhn nicht gemeint, unser ordinaire Juriadiction schwächen zu lassen, also wollen Wir auch jemanden an seiner alten wohlhergebrachten recht und gerechtigkeit einige Hinderung nicht zufügen lassen, und sintemahlen dan die freyen stuhlsgerichtere besigen Unseren fürstenthumbs Westphalen die geringe wörtliche Schmähungen, schlägerey, so ohne Blutrünst, lähmung oder sonst gefährliche weisse geschehen, wie auch das Abpflügen, abzäumen und Diebereyen und feldscheben zu bestrafen pflegen, so können Wir auch gnädigst zugeben, Waß ein jeder dlessalls von alters hergebracht, und in üblicher Observanz noch hat, daß er dabey ruhig gelassen werde, jedoch die appellationen ahn unsern Obergrefgrafen alhier zu Arnberg vorbehehtlich.“ — Arnsb. Handschr. Rescript v. 1655, anf eine Beschwerde der Witwe von Anteflucht zu Ebbinghausen als Inhaberin eines Freistuhls.

7) Mit der Erörterung der über die Verschiedenheit der Competenzbestimmung aufgeworfenen Frage hängt eine andere zusammen, nämlich über das Verhältniß des offenen und heimlichen Gerichts, in so fern jenes das ungebotene, dieses das gebotene bedeutet. Wir haben oben entwickelt, daß durch das Zusammenschmelzen der Genossenschaft aus dem Freigericht oder alten Landgericht ein Femgericht, ein gebotenes, ein heimliches Gericht wurde, und doch bemerken wir in den spätern Urkunden an demselben Gericht nicht nur einen Gegensatz zwischen heimlichem und offenem Gericht, so wie zwischen Sachen, die in dem Einen oder Andern zu verhandeln waren, sondern hie und da ein förmliches Ungebot, so daß alle Gerichtsgesessene sich regelmäßig, wie in andern Landgerichten, versammeln mußten. Den eigentlichen Gegensatz des heimlichen und offenbaren Gerichts bildeten spätere Zeiten und Ereignisse, und wir würden dem Gange der Untersuchung vorgreifen, wenn wir jetzt schon dessen besonderen Grund entwickeln wollten. Erst die Folge wird es uns zeigen, wie aus dem Frei- und Femgericht durch die heimliche, geschlossene Aht ein heimliches Gericht wurde <sup>39)</sup>. Das ist gewiß, daß das ganze Femgericht zuerst ein heimliches Gericht hieß und wurde, ehe es sich wieder in das offenbare und heimliche schied; denn wir haben dies als auszeichnendes Merkmal zu genau erkannt <sup>40)</sup>. Betrachten wir daher mit

39) Das heimliche Gericht schied sich nämlich in das offenbare Ding, und in die geschlossene Aht. Sehr stringent belegen dies die Urkunden, wenn sie sagen: „vor das uffenbar Dingh des heiligen heymlichen gerichts“ — z. B. in einer Ladung bei Freher, de sac. jud. p. 145. — „lege ich dir eynen gerechten Gerichtstag zu lichtenfels unter der linden vor das uffenbare Dingh des heiligen heymlichen Gerichts, das du dar komest mit din selbs lybe.“ Urk. im Gothaischen Kal. v. J. 1784. — Bruns (Beiträge zu den deutschen Rechten des Mittelalters Abschn. 7) meint, die heimliche Aht sei von dem offenbaren Ding, wie zweite Instanz von der ersten, unterschieden gewesen! Vergl. auch Urk. v. 1490. Rinbl. III. 2. No. 211.

40) So wird in dem oben angezogenen Capitelsbeschuß von 1490 ein Unterschied gemacht zwischen Sachen, über die man stille richtet vor dem ouchen Dinge, und in dem freien offenbaren Gerichte, und zwischen solchen, über die man in der heimlichen, beschlossenen Aht unter Königsbann richtet. Die Gorb. Urk. v. 1338 sagt: „befreyen Grafschap to Forhus dar man plegt to richtende heymliche vryeding,“ und unterscheidet gar nicht, bemerkt aber ausdrücklich, daß es das alte Comitatus sei.

dieser Voraussetzung den sich wieder in den Urkunden aus-  
sprechenden Gegensatz, so konnte

a) ein eigentliches Ungebot allerdings nur in dem oben er-  
wähnten Falle Statt finden, wo das Freigericht neben  
seiner Qualität als ermittlendes Gericht und als Criminals-  
gericht, zugleich die Eigenschaft eines landesherrlichen be-  
hielt, und das Vogtgericht ganz oder theilweise vertrat <sup>41)</sup>.  
Es war freilich ein seltener Fall, daß man ihnen die Civils-  
gerichtsbarkeit ließ; desto eher aber und selbst dann, als sie  
die Criminalgerichtsbarkeit verloren, die Rüge geringerer  
Vergehungen, die sie ohnehin gehabt hatten, weil die Freis-  
stühle, beim Zusammenschmelzen der Gerichtsbezirke, auch  
die Markengerichte mit sich betheiligten hatten.

b) So blieb es nun auch bei Andern hie und da Sitte, die  
alten Placita zu den bestimmten Zeiten im Jahre fortzu-  
setzen, und daselbst über Gegenstände der Gemeinde oder  
der Mark zu verhandeln, und über geringe Vergehungen  
zu rügen; es folgten noch Alle, die einst Dingpflichtige  
gewesen waren, und die nicht bei einer früheren Exemption

---

41) Denn in der Capitel-Versammlung 1490 wird zu Recht gewie-  
sen: „alle die jenne, die ein eigen Roud hebben, in einer Friedenra-  
veschofft, und darinne wonnen, sie sin dan wetten off unwetten,  
sey off eigen tobehorig, deren off Junkeren lude, off sie sin dan  
wie se willen und sin, die sin in den Rechten iglicher Jairs, jo tom  
minneften brie schuldig so folgen vor dat eliche Ding und fryge-  
richte“ u. s. w. Kindl. M. B. III 2. No. 211. — „Wie auch alle  
Bauerschaften an allen Freyenstulen, dazu sie gehörich, in dieser  
Westphälischen landschaft sich müssen beaichen lassen, umb alles was  
an heimlichen Excessen ... einzupringen,“ erzählt die urk. bei Kindl.  
M. B. III 2. No. 235. — Die strenge Verpflichtung zur Rüge ist  
liberal ausgesprochen: „De van Markopé wrogen und brengen in,  
wu Puckind synen vader geslagen heb, se en wetten nicht anders  
dat wroghar sy. — Johan smedes hefft van wegen der Stoell-  
heren eyn ordell gefraget, wu de gemeynen buren sich des sellen  
entledigen off entslaen, dat se nicht mer en wetten, dat wroghar  
sy, dan sey gewrocht hebn, dat ordell an clauwes Brunnhoff be-  
stabet, de dar mit den gemeynen vryen up wilsche vor recht, eyn  
ider vor syn hovet mit syns selvest munde und vorderhandt.“

„De Gidit is den semplichen Buren gefristet, dan off se wes  
verswegen hebben, und nhd der tytt utqueme, sollen se sempliche  
borgeben und affdegen.“ Auszug aus einem Heidenauer Freistuhls-  
protokoll v. 1532.

einen ganz andern Gerichtsstand erhalten hätten <sup>42)</sup>. Da, wo später erst ein landesherrliches Gericht entstand, war es natürlich, daß, wie man allmählig und stufenweise den Freigerichten Alles entzog, man ihnen das Geringere und Unbedeutendere ließ, weil es Keinem einfiel, ihre Existenz ganz aufzuheben. Wo aber Freigericht und landesherrliches Gericht von Anfang an bestanden, war es eben so natürlich, daß das Freigericht noch lange viele Dingpflichtige herkömmlich an sich zog, die, vermöge des geänderten Verhältnisses zur Landeshoheit, den erimierten Gerichtsstand und ihren Standesvorzug, der besonders an die Freistuhlgüter geknüpft war, nicht mehr nachzuweisen vermochten.

- c) Eben das aber, daß die Dingpflichtigen nicht überall mehr frei waren, und wenn sie auch noch Freie hießen, doch nur noch im Gegensatz der Hofhörigen so genannt wurden, und übrigens der Landeshoheit völlig unterworfen waren <sup>43)</sup>, wirkte auf ein engeres Zusammenschließen der eigentlichen

42) Nach einer bei Kopp citirten Urkunde mußten erscheinen: „de fryen und buren de in synen Bann besetten synt... dat sîc in to bringen und tho-wrogen vor dem echten Dinge und frygen gericht geborth.“ In einer Handschrift zu Arnberg sagt der Freigraf beim Gehen des Gerichts: „So heische ich hier inz gericht alle Freyen und Geburen in diesem freyen banne gessen, daß sie vorkommen, und bringen in alles das in der burschaft geschehen und gethan ist, daß sich hierhin zu bringen geburet. Und wan se nuh solches ingebracht und gehört haben alle Klagten, se syn offenbar oder bedumpen, de sollen se den waren mit einem eyde, ein gerucht vor gerucht, eine Wahrheit vor eine Wahrheit, und des sie nicht mehr wissen, oder se mögen bürgen bis zum negsten Ding, und so soll ein itlicher dem frygrafen einen burgpfennig geben.“

43) Die sogenannten Freien traten mehr und mehr in ein abhängiges Verhältniß und suchten sich daher auch wohl andere Schutzherrn. „De hoge herlicheit klaget up willem Stollen, wu dat he up eynen erve wonne, eber under heb, thobehorich in de vrygravescop van heyden, dat he wylle seggen wu he up eber in dat Guedt gekomen sy und myt wat tyttel he dat besitte, und dat he bekenne, oft dat oick eyn vryguedt sy wennemars van heyden, eber nicht by dem hogesten brode .. Wylllem Stollen kenth, dat dat eyn vryguedt sy, averst he heb sich under sant Pauwel gegeben, sachte oick dar benesfen, dat syn voervader sich under sunthe Pauwel gegeben hebbe. Item dusse sake is dorch den droften then Ahues gevristet bes den negesten Richtag.“ Ausg. aus einem Heidener Freistuhls-Prot. v. 1532.



Genossen, der geschwornen Freischöffen. Daß aber auch bei diesem Freigericht, das an alter Malsätte gehalten wurde, Andere, die nicht dazu gehörten, erschienen, und der Umstand gemischt war, mochte leicht dahin wirken; daß man bei Streitigkeiten der Genossen, namentlich bei Criminalsachen, allen Uebrigen den Zutritt untersagte, so die Gemeinbilde, und den schroffen Gegensatz zwischen offenem und heimlichem Gericht, den wir künftig noch bedeutender sehen werden, auf eine natürliche Weise vorbereitete.

8) Wir konnten das Vorhergehende nicht entwickeln, ohne die spätern Schicksale der Femgerichte anzudeuten; es wird sich daher über ihren fortschreitenden Untergang, da er nur in der beschränkt werdenden Competenz seinen Grund hatte, hier schließlich noch Einiges hinzufügen lassen <sup>44</sup>).

Das Erste, was sie zumißt und in der Regel verloren, war die Civil-Jurisdiction, die mit den Freistuhls Gütern aufhörte, da es bei damaliger Verfassung, und bei der gemischten Qualität der gerichtlichen Verfassung, gerade ein wesentliches Kennzeichen der Landeshoheit war, sie durch unmittelbare Beamte auszuüben. Indem man daher die Existenz der Freistuhls Güter als einen Mißbrauch ansah, war es doch nur der, Güter zu Freistuhls Gütern machen zu wollen; daß es aber solche gegeben hatte, die ihre Qualität verloren hatten, war ohne das Vergessen des Geschichtlichen nicht zu läugnen <sup>45</sup>).

Die Criminal-Jurisdiction hielten sie noch länger als ein Recht fest, und sie sprachen die feste Ueberzeugung offen aus,

44) Sehr instructiv und lezenswerth ist hierbei die UrL., welche Kinkl. M. B. III. 2. No. 235 mittheilt; wir fügen im Anhang No. 34 einen eben so interessanten Bericht aus späterer Zeit bei.

45) Unrecht hat daher Erzb. Hermann, wenn er in seiner Reformation von 1522 vorwirft: „es würden die heimlichen Gerichte über liegende Habe und Güter, die da Freistuhls Güter genannt wurden, und unter solche heimliche Gerichte wider derselben ursprüngliche Art und Herkommen gebraucht und gezogen.“ Dagegen hat er Recht, wenn er es rügt, „daß erbliche und liegende Habe und Güter, so unmittelbar an die Kurfürstl. Obergerichte gehörten, zu Freistuhls Gütern gemacht, auch unter solchem Schein durch etliche Stuhlherren die Kurfürstl. Hoch- und Obrigkeit sammt den Leuten entzogen würde.“ Hortleder, I. 1, Cap. 12.

daß sie ihnen *competire* <sup>46)</sup>. Aber die Landesherren entzogen ihnen auch diese allmählig, und zwar so langsam und unmerklich, daß der Nichtbesitz später nur als Herkommen, als verjährte Observanz erscheint. Was zunächst wirkte, war

- a) Die Anmaßung der Freigerichte selbst, denen im wechselseitigen Kampfe wieder Anmaßung Seitens der Landesherren entgegengesetzt wurde, so daß man während desselben die Richtschnur des Rechts verlor, und nur der Sieg der Gewalt entschied, den bald das Herkommen sanctionirte.
- b) Hatte man daher früher durch die Stuhlhererschaft diesen Zweig der Regalien genugsam zu besitzen und auszuüben geglaubt, so fühlte man jetzt, bei dem gewaltigen und unabhängigen Auftreten der Femgerichte, das Regale selbst gefährdet und sich entzogen <sup>47)</sup>, weshalb man es als begründeteres Recht dem der Femgerichte, als damit unverträglich, entgegensetzte <sup>48)</sup>.
- c) Während die Gerichte mehr und mehr verloren, sank auch natürlich ihr Ansehen. Man suchte sie nicht mehr freiwillig, und es verjährte auch allmählig das Recht, sich an sie wenden zu dürfen <sup>49)</sup>.
- d) Am bedeutendsten war es, daß der Grundsatz, sie seien nur dann competent, wenn der ordentliche Richter des Beklagten zu Recht nicht mächtig sei, fälschlich auch in ihrem ursprüng-

46) „Alle dusse Stücke und Puncte ... dar en gebort geinem Richter anders over to richten, dan dem Freigreven, dar dat geschütt in der Friengraveschoffen na Inhalt der keiserl. Reformation und Gesetze na Friensstoils Rechte.“ Kapitelsbeschluss v. 1490 bei K. in d. L. a. a. D.

47) „Besonders in dem Streit der Landesherren und der Stuhlherren, welche letztere gern in die Landeshoheit einzugreifen versuchten, wie die Urk. bei K. in d. L. III. 2. No. 235 zeigt.

48) Die Sölnischen Commissarien setzten bei der Konferenz mit dem obersten Freigraf in Westphalen, zu Ende des 16ten Jahrhunderts, diesem die Beschränkungen der Competenz entgegen, namentlich, daß Niemand, dessen man zu Recht mächtig sei, an das Freigericht gefordert werden könne, und dieser zeigt dagegen, wie dann alle Freistühle zerfallen und vernichtet werden müßten, „da sonst andere Herren auf solcher Freistühlen Gerichtsbarkeit ihr fürnehmstes Fundament ihrer Jurisdiction setzen theten, und bis daherö damit stabilirt hetten.“

49) Man vergleiche den im Anh. No. 34 mitgetheilten Bericht.

lichen Gerichtsbezirk ihnen als allgemein durchgreifend entgegengestellt wurde <sup>50</sup>). Hierdurch mußte bei geregelterm Zustande der Territorien und des Reichs ihre Wirksamkeit meist untergraben werden <sup>51</sup>), und es war nur herkömmliche Nachsicht, die aber gesetzliche Anerkennung fand, daß man ihnen als Rügegerichten eine Competenz über geringe Gegenstände beließ <sup>52</sup>).

50) So schreibt der Gograf zu Hastehusen dem Freigraf: „dat men Rumende besweren sal myt dem frigen hemelicken off offenbaren Gerichte und Frigenstole, he en sy dan eirsten Eer und Rechtz utedan vor synen temptliken degelir Richter und Gerichte.“ Kindl. M. B. III. 2. No. 216. Man betrachtete sie nun als außerordentliche kaiserliche Gerichte.

51) In der Reformation des Erz. Hermann, die sich auf die des Erz. Dieterich bezog, wird geboten, daß keine Sachen an das Freigericht gezogen werden sollen, welche dahin nicht gehören, daß auch die Schweltworte an den Gerichten, wohin sie gehören, abgemacht werden sollen, so fern man den Beklagten an solchen mit gebühlichem Recht bekommen kann, daß aber, so die Uebelthaten, welche an das Freigericht laut der Ordnung gehören, mit gebühlichem Recht ausfindig gemacht und an den kurfürstlichen Gogerichten zu gebühlicher Strafe vermöge der kaiserl. Palsgerichts-Ordnung nicht gestraft würden, den freien Gerichten ihr gebühlicher Lauf und Prozeß unbenommen sei (Portfelder u. Goldast). Das ungedruckte Scriptum eines Freigrafen fügt dieser Verordnung hinzu: „Also ist nicht zu verwundern, daß dies Gericht in den Verfall zu Breiten Hermann de Weida gekommen, daß dasselbe nichts mehr behalten, als die 2 Casus, 1) wo man des klagten an den ordentlichen Gerichten nicht mächtig sein konnte, und 2) in criminalibus, wo die Gogerichte die Deliquentes nicht bestrafen. Ja auch diese 2 Casus sind nicht mehr in usu, sondern nunmehr werden nur geringe Verbrechen daselbst juxta observantiam eingeklagt.“ — Das Vorrücken der Zeit deutet noch mehr ein Schreiben des Sehmenschen Rentmeisters v. 1626 an, welcher sagt: „Es ist fast scharfer Discurs zwischen den Beamten und mir gefallen, da hat der Droste gesagt, in der Reformation des heimlichen Gerichts stände, daß man die so man zu Ehren mächtig, dorthin nit solle laden. Ergo Nominem.“ Kindl. M. B. III. 2. No. 237.

52) So wie man, ohne den geschichtlichen oder Rechtsgründen nachzuforschen, wieder nur aus dem Herkommen es ableitete, daß ihnen die prätendirte Competenz nicht mehr zustehe. In dem Bericht des Münsterschen Domkapitels über den Fall, der sich 1582 zutrug, wo das Freigericht einen gewaltsamen Akt seiner Criminaljurisdiction ausübte, heißt es: „Man wisse seit 50 Jahren kein Beispiel, daß selbst am Hauptfreigericht zu Arnberg solche Leibstrafe in Gebrauch gewesen. Den Freigerichten sei aber verboten worden, sich einiger Leibstrafe hinführo zu unterziehen, sondern die Uebelthäter der ordentlichen Obrigkeit zu überantworten und dieselbe in Kraft der Regalien geworden zu lassen.“ Kindl. M. B. III. 2. 233.

Was sonst noch feindselig gegen die Ferngerichte einwirkte, werden wir in der Folge zu beobachten Gelegenheit haben.

9) Erwähnen müssen wir, daß alle Freischöffen, welche einen Bund bildeten, der sich über ganz Deutschland verbreitete, die Freigerichte Westphalens als ihren persönlichen Gerichtsstand unter einander ansahen; es war dies aber nur ein Product der Bundesverbindung, weshalb erst in der Folge hiervon näher zu handeln ist <sup>53)</sup>.

10) Wenn das Freigericht gehegt wurde, so bestand es aus dem Freigraf, oder Richter, aus den Freischöffen, oder Urtheilsprechern <sup>54)</sup>, und aus den freien Dingpflichtigen der Grafschaft, oder Standgenossen <sup>55)</sup>. Zum gebotenen oder heimlichen Gericht kamen bloß die Schöffen, und da im gemeinen Umstande Viele sich einfinden mochten, die keine Genossen waren, da auch Manche noch Freie hießen und dingpflichtig waren, die doch durch die landesherrlichen Eingriffe ihre Gerechtsame verloren hatten, so mochte theils der Standesvorzug, theils der Grundsatz, daß nur Ebenbürtige über Genossen ein Urtheil finden konnten, der Umstand aber immer mit thätig bei der gerichtlichen Verhandlung war, dahin wirken, daß man bei den wichtigeren Processen der Genossen, die vor dem gebotenen Ding verhandelt wurden, den verdächtigen Umstand zurückwies, und dies war die Brücke zu dem spätern Bundesgesetz, wornach kein

53) Ein Freischöffe, der vor dem Gericht zu Dülmen Recht suchte, wurde für unwürdig und eibbrüchig erkannt:

„Wante he unde alle freieschepfen mochen hoichlichen unde swerlichen louen unde sweren, dat hilge ryche vnde de frien hemelichen gerichte by oeren vyff Synnen in eren unde stant go halden, unde de alle hnt go vermeren unde go verbreiten, unde nycht go vermyneren als he gedan hat, unde dat selve gerichte go Dülmen gehalten, gesetten unde gedaen over den vurfscr. Roitger Kettelers goyn Boichobell, dat sy enen Borgerichte unde sy dem valle van Unwerde, maichtelons, krafftelons, doitt vnde unbundich.“ Handschr. 1521.

54) „Frigreven, frieschoppen, richtern und urtheilsprechern der heimlichen gericht und frigenstulen von Westfalen.“ Urk. v. 1471. Kopp, Heiml. Ger. S. 390.

55) Das Urtheil wurde besetzt mit den Dingpflichtigen und gemeinen Umstand. 3. B. Urk. v. 1506. Kindl. W. B. III. 2. No. 217. — Auch am Kapitelstage waren Standgenossen und Dingpflichtige, „und vell mer Umbstender und Dingpflichtigen genoch.“ Kindl. Das. No. 211.

Ungenosse bei Todesstrafe das heimliche Gericht betreten durfte. Es ist hierbei sehr bemerkenswerth, daß in der Folge, wie ein Unterschied zwischen dem heimlichen und offenbaren Gericht Statt hatte, bei der Berathung, was vor das heimliche Gericht gehöre, und bei dem Urtheilsfinden darüber, ob eine Sache an das heimliche Gericht zu ziehen sei, es nicht wesentlich war, daß kein Unwissender zugegen sein durfte. Es war also mit diesem heimlichen Gericht in der Regel mehr Form, als Realität, da nun doch Jeder wußte, daß der ausgebliebene Angeklagte verurtheilt, d. h. in die Acht erklärt wurde.

Außer den obengenannten Personen waren auch die Fronboten oder Freifronhnen wesentlich beim Gericht, und hatten hier dieselben Functionen, wie bei andern Gerichten.

Der Freigraf war als kaiserlicher Beamter in Eid und Pflicht genommen; er mußte also vermöge der Würde seines Amtes alle Eigenschaften der Freien haben, die auch nach gemeinem Recht die mit der Freiheit verbundenen Vorzüge gewährten; er mußte in Westphalen <sup>56)</sup>, von freien Eltern, ehrlich geboren sein, keines entehrenden Verbrechens schuldig und dessen berüchtigt, in keinem Bann befindlich, und seinem Amte vorzustehen fähig sein <sup>57)</sup>.

Die Freischöffen und Freifronhnen, ebenfalls als Beamte in Eid und Pflicht stehend, mußten freie Erbgeseßene sein, und vermöge ihres Amtes dieselben Eigenschaften haben, wie der Freigraf, denn sonst hätten sie nicht über Freie Urtheil finden,

56) „Ein ußländig mann, der nicht auff Westphälischer erben gebohren ist, und von guthen Hertommen undt berüchtigteit ist, soll nitt Freygraessen werden, wande de ußländige den Landtsaezen nicht bequemlich sind, undt de de rechte anders solben verleyren, undt udt gaen lassen nach ihrer Landtsgewohnhe und nicht nach Sassenischer Art, alles an Rotturfft der freyen gerichte undt Rechte.“ Handschr.

57) Glasm. Ref. n. 1439. c. 1. bei Müller, Reichstagsh. S. 121. — In einem Präsentationschreiben von 1486 heißt es: „de echt recht un vry van Vader unde Moeder geboren ys up Westfelscher Erben und nyne hemelyke noch openbaire Wyddait van emme en weten, so dat he dat Freyegerichte wall besitten moege.“ Sindr. N. B. III. 2. no. 207.

Zeugen und Vorsprecher sein, und alle Standesrechte der Freien genießen können<sup>58)</sup>,

Zur Hegung des Gerichts gehörten nach alter gesetzlicher Weise wenigstens sieben Freischöffen der Grafschaft.

## Fünftes Kapitel.

### Proceß des Femgerichts. I. Klage und Vorladung.

Betrachten wir den Proceßgang des Femgerichts, so müssen wir so viel wie möglich das Ursprüngliche und Regelmäßige vom spätern Zusatz, welchen Herkommen und Willkühr schufen, trennen, um uns nicht selbst die Mittel der Erklärung abzuschneiden. Vor allen Dingen ist nicht die entfernteste Spur eines Unterschiedes zwischen accusatorischem und inquisitorischem Verfahren vorhanden<sup>1)</sup>, vielmehr fand reiner Anklageproceß überall Statt. Daß aber das ganze Verfahren an feste, unerläßlich strenge Formen gebunden war, bedarf keiner Versicherung, indem die Darstellung desselben dies selbst bekunden wird<sup>2)</sup>.

Auch ein doppeltes Verfahren gegen Wissende und Nichtwissende müssen wir ablängnen, da die Urkunden es uns nirgend andeuten<sup>3)</sup>. Gewiß konnte doch wohl ursprünglich kein solcher Unterschied Statt finden, denn nach der Volksitte, nach den Rechten der Genossen und der althergebrachten Gerichtsverfassung

58) „Nulloq scabinoq liberoq nisi in fama, natione et alias ad id idonei fuerint.“ Urk. v. 1376. Kindl. M. B. I. No. 12. Der Freigraf mußte sich reverfiren, keinen Freischöff zu machen, er schwöre denn, „dat he eicht und vry sy ind geyne Missedait en wisse, darumb he des unwirlich syn moechte.“ Urk. v. 1422. Daf. III. 2. No. 197.

1) Wie Kopp und Berd lehren. Eichhorn hat dies schon widerlegt. D. St. u. R. Gesch. III. S. 184.

2) Grundsatz war es ja: „daß man nymand nach der Feme rechte vorterbín solle, er en sie benne zuvor beclaget, erfolget, vorsemet und vorfüret als recht ist.“ Rupr. Weisth. v. 1408. Müller, a. a. D. S. 481.

3) Sehr wichtig sind die im Anhang No. 10 abgedruckten Formulare. Sie belegen umständlich das Verfahren, und deuten keinen Gegensatz an.

versammelte jeder Richter nur die Genossenschaft, der er vorgesetzt war, und ließ Urtheil von Genossen gegen Genossen finden, indem das Recht nur den Genossen gewiesen wurde. Da nun Wissende die Freischöffen und freischöffenbaren Genossen, Unwissende aber alle Uebrige sind, die nicht zu dieser Genossenschaft gehörten, folglich einem andern persönlichen Richter unterworfen waren, so fiel die Möglichkeit weg, sie vor den Freistuhl zu ziehen, und ein besonderes Verfahren gegen sie Statt finden zu lassen. Erst wie die Femgerichte ihre Macht als kaiserliche höchste Gerichte begründet, und diese durch einen Bund befestigt hatten, verbreiteten sie theils ihre Genossenschaft als Bund über ganz Deutschland, theils zogen sie seit ihrer Anerkennung nun auch mit Zug und Recht Jeden vor ihr Gericht, weil der Kaiser, dessen Richtergewalt sie repräsentirten, der höchste Richter über Alle war, und in den Gesetzen des Reichs und der Ehre die Territorialrechte und persönlichen Rechte im Sinn der alten Verfassung zusammenfloßen. Nun trat freilich ein Unterschied ein; aber dieser bestand in keinem verschiedenen Verfahren, sondern in dem Vorzug der Freischöffen, der wieder nur meist der allgemeine Standesvorzug Freier und Schildebürtiger war, erhöht noch durch die Rechte, die der Ehrenbund gab.

Das Femgericht, als kaiserliches Criminalgericht, war nach den oben entwickelten Kennzeichen heimliches Gericht. Ein Unterschied in Hinsicht der Sachen wurde wohl bei dem Verfahren gemacht, aber nicht in Hinsicht der Personen <sup>4)</sup>. — Somit geschah

1) die Anklage in diesem heimlichen Gericht selbst, sie mochte durch einen Freischöffen, der durch seinen Eid dazu verpflichtet war, jedes ihm bewusste Verbrechen anzuklagen, oder durch einen Betheiligten geschehen, in so fern er nur Genosse war. — Auch bei diesen Gerichten war es üblich, durch einen Vorsprecher seinen Antrag zu machen. Der Richter hörte die Anklage, und ließ durch die Schöffen und Genossen Urtheil

---

4) Wir können daher nicht mit Eichhorn (III. S. 182) ein besonderes Verfahren gegen Wissende annehmen, welches allmählig auf die Nichtwissenden sey ausgedehnt worden.

finden, ob die Sache Kernwroge, d. h. zur Competenz des heimlichen Gerichts erwachsen, und die Ladung zu erlassen sei <sup>5)</sup>. Es wurde dann ein schriftlicher Ladungsbrief ausfertigt und besiegelt.

2) Dieser war mit höchster kaiserlicher Würde abgefaßt, und gebot bei Königsbann, an gewiesener Maistätte zu rechter Richtezeit zu erscheinen, und Leib und Ehre zum höchsten Recht zu verantworten an dem von Reicheswegen ihm gelegten Pflichttage <sup>6)</sup>. Dieserhalb wurde ihm die Anklage eröffnet, und der Kläger der Regel nach genannt <sup>7)</sup>; so wie auch sein eigener Name und Zuname deutlich in der Ladung enthalten sein mußte. Angebroht wurde ihm im Richterscheinungsfalle die letzte schwere Sentenz, nämlich die Verfemung, und das Präjudiz, daß, er möge erscheinen oder nicht, das Recht doch seinen Lauf behalte <sup>8)</sup>.

5) Goester Art. bei *Hahn* I, c. p. 605. — Erst später nahm der Freigraf auch schriftliche Klagen an, und erließ die Ladung auf solche, die nicht im gehegten Gericht angebracht worden waren. Der ursprüngliche Begriff der Klage war immer mit dem Erscheinen vor dem Gerichtshofe verbunden, wie aus den älteren Urkunden sichtlich erhellt. Die schriftliche Klage kam erst in der Mitte des 15ten Jahrhunderts auf.

6) Man vergl. die Formulare im Anhang No. 10 mit *Kindl. R. B.* I, No. 148 u. III. 2. No. 230. Die Ladungen anderer kaiserl. Gerichte sind weit einfacher.

7) Dies litt Ausnahmen nach besondern Gewohnheitsrechten, jedoch, wie uns dünkt, nur bei den Dingspflichtigen der Freigrafschaft. „Erscheinet Anwalbt des Stolheren und fraget eines rechten Orfels, ob nit van alters hero ja van undencllichen jairen der Gebrauch und Gewonheit gewesen, wie auch noch, da present, daß der Stolher der angebrachter und beflagter Parthei, sunder ein jeder beflagter sich van gethaener Klage nach freien Kolrechte sich zu purgiren schuldig und gehalten und hierauf bescheidt. Welches Urtheill der freigrave bestadet, an bernhardt Bünins, welcher dann nechst mit vorgehabter dieser Bandfreien Verabte pro decreto inbracht, daß derjenige, so ahn diesen Band als wrogbar anbracht, schuldig sey, da er sich purgiren wollte, ahn darstellung einiges Klegers mit seinem leiblichen Eide sich zu entschuldigen.“ — Ausz. aus einem *Peibener* Freispruchsprotokoll des 15ten Jahrhunderts.

8) „Du komest oder nicht, dennoch geith dat Recht synen Band.“ Urk. v. 1548, *Kindl. R. B.* III. 2. No. 230. Eine Ladung v. 1454 setzt als Präjudiz: „die letzten Sentencien uber ewr leib und Ere, das euch nicht eben keme und swer fallen möchte. Darnach wißt Euch zu richten, und das swere letzte Gerichte zu verputen.“ *Müller, Reichstagsgth.* S. 499.



Zu seiner Belehrung wurde ihm auch wohl gesagt, daß er mit rechter Zahl von Leuten — Zeugen oder Eideshelfern — erscheinen solle<sup>9)</sup>. Urkunden setzen auch hinzu: mit gebühlichem Gewand, entweder um die gebührende Achtung vor dem Gericht, oder die Vorschrift, wornach Niemand in Waffen vor diesem Gericht erscheinen durfte, auszudrücken<sup>10)</sup>. Später verfügte man auch wohl, daß der Geladene entweder persönlich, oder durch einen Bevollmächtigten erscheinen solle, und da, wo das Etwillinteresse eines Betheiligten Ursache der Anklage war, stellte man ihm die Alternative: zu erscheinen, oder sich in der Zwischengzeit mit dem Kläger gebührend zu vertragen. Nach der Gewohnheit einiger Gerichtshöfe pflegte man ein Stück Königs-münze in die Ladung zu legen, womit man andeutete, daß die Ladung von einem freien kaiserlichen Gericht herkomme<sup>11)</sup>.

3) In der Ladung war der Tag bestimmt, wo der Angeklagte erscheinen sollte, und da es sehr darauf ankam, ihm so viel Zeit zu lassen, daß er gehörig vorbereitet sich stellen konnte, so wurde von allen Gerichten mit großer Strenge und Gewissenhaftigkeit auf die gebührende gesetzliche Frist gehalten. Das Herkommen hatte diese meist auf 14 Tage gesetzt, denen man auch bald noch Einen zulegte. Es wurde aber eben so bald herkömmlich und gemeinrechtlich, in Criminalsachen nicht gleich nach der ersten Ladung das Urtheil zu sprechen, sondern dreimal vorzuladen, jedesmal in einer Frist von 14 oder 15 Tagen, welches zusammen sechs Wochen drei Tage ausmacht. Die dreimalige Ladung läßt sich leicht, aus der Besorgniß, Jemand Unrecht zu thun, und aus der billigen Rücksicht freier Genossen erklären; sie war seit germanischer Zeit herkömmlich, und wurde noch nothwendiger bei dem Leben im Mittelalter, wo der freie Mann selten zu Haus, in Krieg und Fehden abwesend, oder sonst mannichfach gehindert

9) „myth rechten Tall van luyden.“ Urk. v. 1532. Kındl. R. B. III. 2. No. 225.

10) „yn geboerlychen Gewande van klebern — myth temelichem Gewaith.“ Kındl. das. 225. 228.

11) Wie die Kresb. Ref. erklärt. Senck, C. J. G. I, p. 101.

war <sup>23)</sup>. Bei den Femgerichten war nun eben deshalb auch die dreimalige Ladung strenge Bedingung der rechtlichen Sentenz <sup>23)</sup>; da aber jede unter dem Bann des Gerichts, welcher Königsbann war, erging, so mußte der Ausbleibende die schon nach altem Recht übliche Wette zahlen, wenn Ungehorsam die Ursache seines Nichterscheinens war <sup>24)</sup>. So wie es nun Anfangs keinen Unterschied unter den Personen gab, die diesem Gericht unterworfen waren, so gab es auch ursprünglich keinen Unterschied zwischen Wissenden und Nichtwissenden oder Unfreien, in Betreff der dreimaligen Ladung oder der Ladungsfrist. Es wurde aber Herkommen und Gesetz, den Freien und Freischöffen die ganze Frist von sechs Wochen drei Tagen in jeder Ladung zu bewilligen <sup>25)</sup>, welches wohl wegen der oft weiten Entfernung der Angeklagten, in der Zeit, wo die Freigrafen auch als kaiserliche Richter außer ihrem Gerichtsban evocirten, ja ganze Städte und Gemeinheiten vorluden, nothwendig wurde. Da man nun auch Unwissende oder Ungenossen lud, ließ man diesen nur die sonst gemeinüblichen Fristen von jedesmal zwei Wochen einem Tag, setzte auch wohl gleich sechs Wochen drei Tage als einzige peremptorische Frist <sup>26)</sup>, und traf verschiedene

12) Wir sehen dies aus den Entschuldigungsgründen, die die Arnsh. Ref. anführt, als: „Ritterfahrt, Kaufmannschaft, Wallfahrt.“

13) Es war ein allgemeines Recht freier Männer. Keine Le. Hof. L. I. c. 14. „Al were min ohem Reynke noch so quadt, So schall men doch Frygrecht tragen men schall brüdde werff vordagen, Alse men einen fryen Manne plecht kummt he denne nicht, so gha dat Recht.“

14) „Doch wan he der gerichtsthage einen verschmähet oder ausbliebe darnegst würde he dem gericht, und nicht dem Kläger brüchtfällig.“ Arnsh. Handschr.

15) „und ock nene verbodinge vortex setten, dan ses weke und dri daghe.“ (Sigism. Ref.)

16) Wenn die Reformationen einem Unwissenden eine Ladungsfrist von 6 Wochen 3 Tagen bestimmen, so liegt hierin gewöhnlich die dreifache Frist von 15 Tagen, denn die Sigismundsche sagt: „over dree vertennachten, und die bei Berck (No. 9) abgedruckte Vorladung v. 1469 setzt: „so esche manc unde lade wy juw vorben: alle tom Ersten tom anderen tom dridden, vifteyne vor den herden und lesten Termyn peremptorie.“ Wenn nun hier freilich die dreimalige gemeinübliche Ladung, in drei Termine, durch eine einzige Ladung bestimmt zusammen schmolz, so können wir doch nicht mit Eichhorn (a. a. O. S. 182) die einzige Frist von 6 Wochen 3 Tagen,

Bestimmungen, nach dem verschiedenen Herkommen der Gerichtshöfe<sup>17)</sup>).

Man bestimmte entweder den Tag mit Berechnung der Zeit, oder ließ die Frist vom Tage der Verhandlung an laufen, wo dann der Ladung hinzugefügt wurde, daß, wenn der Tag kein Gerichtstag wäre, er am nächsten Gerichtstage darnach erscheinen solle<sup>18)</sup>).

4) So wie bei Abfassung der Ladung und Legung der Gerichtstage die größte Strenge in Beobachtung der vorgeschriebenen Formen Statt hatte, so beobachtete man auch die größte Vorsicht bei der Verhandlung der Ladung, und documentirte dadurch die Absicht, ehrlich und gewissenhaft mit dem Angeklagten zu Werke zu gehen. Von Alters her war die Ladung durch den Kläger selbst, der freie Genossen als Zeugen zuzog, geschehen. Da nachher der Beamte unterm Banne gebot, so ging das Amt des Ladens meist in die Hände der Diener des Richters oder Grafen, nämlich der Fronboten, über. Doch blieb es hie und da ein Vorrecht der Freien, durch schöffensbare Genossen geladen zu werden, wenn es auch überflüssig und nicht mehr anwendbar schien, daß der Kläger sich selbst mit ihnen als eigentlichen Zeugen zum Beklagten verfügte<sup>19)</sup>. So geschah nun auch die Ladung an das Freigericht durch zwei freie, echte Schöffen, die der Freigraf kannte, und die

---

als reinen Gegensatz der den Wissenden zustehenden Frist einer dreimaligen Ladung betrachten, indem wir sehen, daß die dreifache gemeinrechtliche noch darin steckt; denn auch eine Ladung des kaiserlichen Kammergerichts von 1507 sagt: „der wir dir 15 fur den ersten, 15 fur den andern und 15 fur den dritten und letzten Rechttag setzen, und benennen peremptorie, oder ob derselb tag nit ein Gerichtstag sein wurde, auf den nächsten Gerichtstag darnach.“ Harpprecht, Staatsarchiv II. S. 441, wo man auch sehen kann, daß bei den kaiserl. Gerichten die Normen, wornach man verfuhr, nicht ständig waren; man findet z. B. 3mal 10 Tage als Fristbestimmung. Natürlich war es aber, daß man Wissende und Unwissende nicht in derselben Ladung citirte. „Dat man wissen und Unwissen lude alse in eynem Briewe nyt verboeden moege, ind dat sulche Verbodunge nyt von werde en sy.“ Handschr. Weisthum v. 1441.

17) So hatte das Freigericht zu Reustadt zwei Ladungen nach seinem Gewohnheits-Rechte. *Hahn, C. M. II. S. 662.*

18) Dies belegt die eben allegirte Urkunde bei *Berd.*

19) Vergl. *Kopp v. d. Hess. Ger. Verf. I.*

bei ihrem Elde gelobten, rechte Verboethung zu thun <sup>20</sup>). Daß die Ladung der Ungenossen wohl oft durch den Fronboten geschah, ist nicht zu läugnen; es stößt aber die ursprüngliche Regel nicht um. Auch mochte man sich innerhalb der Grenzen der Freigrafenschaft meist des Fronboten bedienen. Wenn aber bei den Freistühlen die zweite Ladung durch vier Freischöffen, die dritte gar durch sechs Freischöffen und einen Freigraf geschah, wenn auch ein Freigraf zuletzt mit sechs Freigrafen und einundzwanzig Freischöffen geladen werden sollte <sup>21</sup>), so sind dies Ehrenrechte der Freischöffen und Freigrafen, die allmählig aus dem Begriff ihrer höhern Würde in das Gewohnheitsrecht der Freigerichte gebracht wurden, und an denen freilich die Unwissenden keinen Theil nahmen.

5) Wenn dem Geladenen ein bestimmter Gerichtstag gesetzt war, welches gewöhnlich ein Dienstag war, und er erschien, und es wurde kein Gericht gehegt, so war die Ladung kraftlos. Wenn er aber ausblieb, so konnte er sich von der Wette und von jeder Folge des Ungehorsams befreien, wenn er ehehafte Noth bewies, und binnen sechs Wochen und drei Tagen die Anzeige machte. Das, was gegen ihn erkannt war, wurde dann wieder aufgehoben. Jeder gerechte Entschuldigungsgrund wendete die Folgen des Ungehorsams ab. Die Fälle, die die Gesetze anführen, sind gemeinrechtlich und mit dem Sachsenspiegel gleichlautend <sup>22</sup>).

Wenn die Frist der Ladung zu kurz angesetzt war, so wurde ebenfalls nach vorgängigem Verfahren der Angeklagte wieder in den vorigen Stand gesetzt <sup>23</sup>).

20) Die Sigism. Ref. erwähnt nur der Ladung durch zwei Freischöffen.

21) Vergl. Bercl a. a. D. II. Cap. 5.

22) Auch noch mit billiger Voraussicht aller möglichen Verhinderungsfälle extendirt. Arnsh. Ref. bei *Sanck*. I. p. 104. Mehrere Ladungen um derselben Sache willen waren natürlicher Weise auch ungültig. — „Were sache dat eynde Wyvescheffen up eyne tyt an drey Wyvestoele van dreyen Frygrevē geladen were umb eine sache willen, dat dat nycht bynden en sulde und were nyt recht.“ *Handschr. Weltthum* v. 1426.

23) „Soe dat des vorg. H. wysen Bruond meynit, und zich des oec vorleeret hebben myt den genen, de yn den hemelicken Rechte wys und vorvaren zynt, de tyt sy H. to kort gegheven.“ *Urfl. bei Kindl. M. B. III. 2. No. 158.*

Den Rabenden und Geladenen war des Richts Geleite gewährt, und sie hatten sicheres Geleite.<sup>24)</sup>

## Sechstes Kapitel.

### II. Neuere Formalitäten des Gerichts, und dessen feierliche Pegung.

Die alten deutschen Gerichte wurden überhaupt mit einer Würde und Feierlichkeit gehalten, die in unserer Zeit meist in dem Geschäftsdrange der Gerichtsstuben, und in der Art und Weise, wie man das maschinenmäßige Behandeln der gerichtlichen Geschäfte controllirt, untergegangen ist. Jene Tage, wo das Gericht gehalten wurde, waren selten, und dem Volke festlich; die ehrwürdigsten und blühendsten Männer aus seiner Mitte saßen um den Richter; es war selbst Zeuge der Klage, der Vertbeiligung und des Rechtsanspruches; es nahm Theil an der Verhandlung, und die Richter berücksichtigten seine Gegenwart. Dies Verhältniß und die Größe der Versammlung erforderte nun allerdings Formen und Feierlichkeiten, die die äußere Ordnung und die Würde des Gerichts aufrecht erhielten; aber doch waren sie nicht, wie unsere Disciplinargesetze und Reglements, erdacht, um den äußern Zweck zu erreichen, sondern sie lebten vollkommnig seit undordenlicher Zeit, verflochten in Sitte und Gewohnheit, und reiheten sich unbezweifelt an frühere Formen einer Zeit, in welcher diese gerichtlichen Versammlungen auch noch eine andere Bedeutung für das Volk gehabt hatten. Merkwürdig ist es, daß noch oft poetische Kennzeichen durchblicken, und daß, so wie das Gewohnheitsrecht, gleich Sittensprüche, häufig in poetischer Form erhalten wurde, so auch bei den Golemnitäten der gerichtlichen Verhandlung Bilder, poetische Wendungen und Reime häufig wahrzunehmen sind. Nirgend wurde an den alten Formen strenger gehalten, als bei den Freigerichten Westphalens; doch weichen die Gewohnheiten natürlich in manchen Nebenpunkten bei den verschiedenen Gerichten bedeutend

24) Sigm. Ref. v. 1439 bei Goldast a. a. O. S. 163.

von einander ab, und wir haben daher überall das Wesentliche aus:

1) Der Freigraf bestieg den Stuhl auf dem alten Marktplatz<sup>1)</sup>, und führte in der Versammlung den Vorsitz; vor ihm lag das Schwerdt, — Symbol der höchsten Gerichtsbarkeit, und zugleich Kreuzeszeichen durch seine Form, — sodann die Wp oder der Strick<sup>2)</sup>. Das Dortmunder Gewohnheitsrecht<sup>3)</sup> sagt: „Das Schwerdt bedeutet das Kreuz, da Jesus Christus an gelitten hat, und die Strenge des Gerichts; die Wp bedeutet die

1) Der alte Corvenische Freistuhl zu Gorhus bei Stadtberge bestand aus einem viereckigten freien Plaz, 16 Schuh lang und 16 Schuh breit. Rechner in f. Gesch. Karls des Großen. beschreibt die da üblichen Formalitäten, und nennt das Gericht nach den Worten seiner Urkunde, ein freies Feldgericht, wodurch Berd (a. a. D. S. 151) sich bewogen gefunden hat, es für ein ganz besonderes Gericht zu halten, da es doch nichts anders, als ein Freigericht war. Der Fronbote eröffnete es mit den Worten: „Herr Greve met orloeve, und mit behage, Gd. joch frage, segget my vor Recht, eff ed yuwe knecht, büffen Stoel setten moge, By de koniskoel met orloeve.“ Der Richter antwortete: „Al bewile der Sunne met Rechte, beschynnet Herren und Knechte, unde all ase Werke, so spræc ed dat Recht so sterke, den stoel tho setten even, unde rechte mathe tho geven, den kleger recht tho horen, dem beklageben tho antworten.“ Der Fronbote setzte den Stuhl mitten auf den Plaz und sprach: „Herr Greve leve here, ed vermane yoc yuwer ehre, ed sy juwe knecht, darumb segget my vor Recht, eff büffe mathe sy gelicke, Dem Armen also dem ricken. Tho meten landt und sandt, by yuwer seelen pandt.“ Wir müssen es für alte symbolische Form halten, wenn der Fron nun ein wirkliches Maas vor den Königsstuhl legte und Freigraf und Schöffen darauf traten, auch der Königsstuhl wirklich gemessen wurde, während der Fronbote frug: „Herr Greve, ed frage met orloeve, eff ed moge meten met yuwen medewetten openbar und unverholn, büffen fryen kony stoel;“ und der Freigraf antwortete: „Gd. erloeve Recht unde vorbeide Unrecht, by peen der olden erkanden Recht.“

2) „und furbaß mit einem swert und boby ain strick oder wyb sol vor im ligen uff dem Risch, und hege dan gericht.“ *Sonckenb.* C. J. G. I. p. 84. Das Schwerdt war auch bei andern Criminalgerichten Symbol, und die Ladung mit dem Schwerdt bedeutete soviel als Ladung zum peinlichen Gericht: „So welich man eyn borghere to ruden ys, den en mach neman upt laden mit eme suerbe to neme Gogerichte.“ Rütthensches Stadtrecht bei Goffmann a. a. D. S. 12. Noch in neueren Zeiten mußte bei der Hegung des freien Stuhlgerichts zu Dortmund der Gerichtsbote ein Schwerdt ausziehen und rufen: „Wapen, Wapen, Wapen; alle, die unter dem Schwerde von Dortmund ligen, sollen meinem Herren gehorsam sein.“

3) *Sonckenb.* C. J. G. I. p. 107.

Estrafe der Bösen, um ihre Missethat, dadurch Gottes Zorn gesänftigt wird, da es des heiligen Reichs Ober-Gericht über's Blut ist. Gott soll Ehre damit geschehen, darum soll auf die hohe Gabe und Würde des Gerichts gehalten werden."

2) Wenn der Freigraf sich gesetzt hatte <sup>4)</sup>, hegte und schloß er das Gericht, d. h. er betief die Schöffen um sich, und ließ den Platz von den Enossen und Dingpflichtigen, dem Umständ, umgeben. Er verständigte sich dann mit den Anwesenden darüber, daß hier die rechte Dingstätte, und daß es die rechte Zeit und Stunde sei, ein Freigericht zu hegen <sup>5)</sup>. Der Fronrepräsentirt hier die Versammlung, und die Formalitäten wurden durch feierliche Frage und Antwort constatirt <sup>6)</sup>.

4) „beseffen stol und stebbe zu richten nach sasse und rechte der heiligen heymelichen Rechte," ist der gewöhnliche Eingang der Urkunden.

5) „to rechter richtebid, in rechter dingstat," war gemeintredt. Erforderniß, und findet sich in allen Urkunden. Die rechte Zeit war gewöhnlich nicht vor 7 Uhr und nicht nach 1 Uhr. Wenn es zu gefährlicher Zeit gehegt war, konnte es bis an den Abend dauern.

6) Nach einem im Archiv zu Goßfeld befindlichen Codex „een bouc van den heymelichen rechte" abgedr. in Grote's Jahrbuch, 1817 S. 320 frug der Freigraf den Frohnen also: „N. Ic verfoke dat an di, want ik den vrien ban van romeschen koninge ontfangen hebbe, und hebbe de macht und gewolt van den heren deses Stoils, oft dair desse dach so echt vrig und recht gicht sy, want siel de sunne verhoget und de dach verclairet best, oft des dair vich dach und tyt sy, dat ik hir moge heghen eni apen vrig gerichte, und en echte bindt und richten hir na rechte of na ghenaden."

„Dat sal he di binden."

„So frage ic di, wes ik hie verbieden moge vor dis konning gerichte."

„Dat vint men di."

„So do ik als my hir gewiset is und hege hir en apen vrig gerichte, enewerff, anderwerff, verdenwerff. Und Verbiende hir dort unluft, theff und scheltwort, neman to spreken, he en doif mit sinen vorspraken. neman to scheiden van den gerichte, he en do dat mit orlove des gerichtes, und des cleghers, de hir Sakachtig is." —

Nach den oben bereits angezogenen Gewohnheiten des Gotterbischen Freistuhls zu Porhus sagt der Graf noch zu den Schöffen: „Al des wike an bussem dage, Mit ywer allem bepage, under den hellen Himel klar, ein fry feldtgericht openbar, geheget bym lichten sunnenschin, met hochterm Mund komen herin, de Stoel ock is gefettet Recht, dat ma th besunden upgerecht, so spreket Recht ane with und Wonne, up klage unde antwort, wiel schient de sunne. In einer Arnsh. Handschrift sagt der Fron auf ergangene Frage: „Nachdemahlen daß Ihr den ban vom Keyser ober König empfangen, habt den gewalt von dem Rohlherra, so ist der tag so echt und recht,

3) Stille und Ruhe war der Feierlichkeit angemessen, und für die Würde der Verhandlung nothwendig. Mit dem Ausspruch des Richters, daß das Gericht gehegt werde, wurde daher Friede gewirkt und geboten zum ersten, zum zweiten, zum dritten Mal. Jetzt herrschte Stille; Keiner wagte Gespräch oder gar Streit, denn er verging sich am Gerichtsfrieden. Niemand sprach, als nur durch seinen Vorsprecher, und mit Erlaubniß des Richters 7). Niemand schied sich vom Gericht, als nur mit Urlaub desselben 8).

5) Beim geschlossenen, gebotenen Ding, da, wo ein Gegensatz zum offenbaren oder echten Ding Statt hatte, wurden dieselben Solemnitäten beobachtet, und das Verfahren liegt in den Urkunden offenkundig vor uns 9). Es wurde der Friede der

daß Iher das wol thuen möget, und hegen und frygen alhie ein hillig echte dinc und de frygericht unter Königssan nach demahlen das landt das noht en hett, und des nicht entbehren lan." Nachher spricht der Freigraf nach Weisung des Fronen: „So thue ich, als mir hier zu rechte gewiesen, und gedeilt ist, und wurde mich selbst stolt und staitt zu voren, und forth allen den freyen, de hir hude zu tage bindpflichtig werden einen aulben königl. Frieden, daß da niemand bebedinge mit hathe oder mit nyde, he komme darzu als recht ist, und daß niemand int gerichte komme sonder vorsprecher ane einen orloff, und verbeide alhier Scheltworte, Dingschläge, unluft, heimfabrt, das niemand das gericht ruime sonder willen des gerichtis und klägers, we hir winnet, daß der geweite, undt wer verlüst, daß der buite und gelde." Nachher sagt noch der Freigraf: „Ich frage dich Frenfrohne: ob du oick die freyen und geburen in diesen freyen ban gehörig hier gekündiget und diesen benennt, hude hier to syen und to erschienen. — Der Frenfrohne soll sich bedenken und sagen: Ja, er habe es gethan." Vergl. auch *Hahn* l. c. p. 648 und *Senckenb. C. J. G. I.* p. 83.

7) Wir möchten es bedeutend finden, daß unsere Bauern noch die Gewohnheit haben, vor Gericht häufig ihre Rede damit anzufangen: „Herr Richter, is erlobet, to spreken?"

8) Man vergleiche die vorletzte Note.

9) *Goesfelder Codex* bei *Grote*, a. a. D. S. 321. „Item wultu enen vrienban werden, so vrage ik di vo vrone, und verfoke dat an di want ic dat gerichte beg hunt hebbe, wo in hir sullen werken enen vrienban, also my van de romeschen konninge bevolen is."

„Dat vint men."

„So do ik alz my hir gewiset is, und werde hir onder konninc banne enen echten rechten vrede der heymeliken stilken beslotenen achte stad und stolt, my selven to voren, und allen vrienbrevon alle vrienfchepenen, allen vrienvrounen und alle den ghenen de mi rechte vor dessen stolt comen moghen. Dat der nemand an en vier



heimlichen, stillen, beschlossenen Recht gewirkt unter Königsbann, und das Verfahren geordnet nach Freistuhlsrecht. Der Richter durfte es aber nicht hegen, wenn nicht die gehörige Zahl von Freischöffen, als Urtheilsfinder und Zeugen des Rechtsganges, zugegen waren. Hierzu waren, wie oben schon bemerkt, sieben erforderlich <sup>10)</sup>. Bei dem spätern Bund der Freischöffen, und wie ihre Zahl sich außerordentlich mehrte, wurde dies Gesetz überflüssig; denn wir sehen die Versammlung immer zahlreich besetzt; oft sind mehrere Hundert Freischöffen zugegen. Das Dortmunder Gewohnheitsrecht forderte dreißig Freischöffen im Umstand.

5) Diese sollten mit entblößtem Haupte und unbedecktem Gesicht stehen <sup>11)</sup>, zum Wahrzeichen, daß sie kein Recht mit Unrecht bedeckt hätten, noch bedecken wollten. Sie sollten nur Mäntlein auf ihren Schultern <sup>12)</sup>, und übrigens weder Waffen noch Harnisch haben, auf daß sich Niemand vor ihnen fürchten dürfe, und weil sie in des Kaisers und Reichs Frieden begriffen wären. Des Zorns und jeder Leidenschaft sollten sie sich enthalten, saßend und nüchtern ihres hohen Berufs pflegen <sup>13)</sup>.

---

bige, mit onrechter ghewolt, ho en hebbe se ersten verclaget, verbaet und vervolget van tiden to tide to dren tiden, als der hemeliken achte recht is, und de vrien echten rechten schepen wyssen dat recht sy, und ghebede dat onder konninx banue enewerff anderwerff unde derbwerff onder konninx banne und by konninx banne." — Gleichlautend ist die Pegungsformel bei *Hahn*, l. c. p. 635. mit wenigen Aenderungen, z. B. „allen geheimen die mit Rechte“ u. s. w. Wir bemerken, daß auch diese Formel von den größten Fehlern des unwissenden Abschreibers entstellt ist. — Vergl. auch das Arnberger Rechtsbuch, Anh. No. 26.

10) Pegungsformel bei *Hahn*, l. c. p. 628.

11) Nach dem Dortm. Weisth. bei *Sonckensb.* C. J. G. I. p. 108. Nach den Weisth. bei *Hahn*, l. c. p. 652. sollen sie nicht stehend, sondern sitzend Urtheil finden über jeden Mann, er sey deutsch, wyndisch, eizen oder frei.

12) Es ist eine bloße Verzierung des Concipienten, wenn es in dem oben all. Gesetz heißt: „Wie der Mantel bedeckt alle andere Kleider und den Leib, also soll bedecken ihren Leib die Gerechtigkeit“ u. s. w. Die Weisthümer bei *Hahn* l. c. verbiethen „Togeln, Gubt, Guben, Handschuh, Mantel und Wappen.“

13) „Denn Trunkenheit macht viel Bosheit.“ Schon die Karol. Ges. schreiben Nüchternheit vor.

6) Es war strenges Herkommen, bei den Freigerichten stets durch einen Vorgesprecher, den man sich vom Richter erbat, zu handeln und sich vernehmen zu lassen. Das spätere Recht läßt auch einen Bevollmächtigten (Procurator) zu, der aber Freischöffe, und sonst dem, den er vertrat, ebenbürtig sein mußte, nach Ordnung des Heerschilbes. „Eines Fürsten Procurator,“ sagt das Dortmunder Weisthum <sup>14)</sup>, „soll billig ein Graf sein, oder ein schildbürtiger Lehmann, der Freischöff ist. Wenn er in das Gericht tritt, soll er ein grünes Kreuz in der rechten Hand haben, am Arm einen Handschuh tragen, einen goldenen Pfennig, der im Reich gemünzt, in der andern Hand halten <sup>15)</sup>.“ — Der Procurator (Machtmann) mußte einen Eid leisten, und eine schriftliche Vollmacht (Machtbrief) im Gericht übergeben, deren Glaubwürdigkeit zuvor geprüft wurde; sie mußte auf gutem Pergamen, ohne sichtbaren Fehler und ohne Rasure, auch wenigstens von zwei Freischöffen besiegelt sein. — Wer der einen Parthei Bevollmächtigter gewesen war, durfte in derselben Sache nicht für die andere auftreten <sup>16)</sup>.

7) Aus der Idee, daß alle Freistühle und Freigravschafften nur verschiedene Ausflüsse einer und derselben höchsten kaiserlichen Gerichtsbarkheit seien, müssen wir uns den Grundsatz erklären, daß man nach jeder Ladung sich, wenn die Sache für Gemwroge erkannt war, beim Ablauf der Frist an jeden andern Freistuhl wenden, die Anklage wiederholen, und die folgende Ladung, oder auch die letzte Sentenz, da erwirken konnte. In den Ladungen selbst ist dies meist schon ausgedrückt, und in den mitgetheilten Formularen des Anhangs wird das Verfahren deutlich beschrieben, indem der Ankläger hier bei einem andern Freistuhle die dritte Ladung erwirkt, und um die frühere zu documentiren, einen besiegelten Schein und Brief mit hangenden Siegeln von

14) Bei *Senckenb.* I. c. p. 116.

15) „Das Kreuz bedeutet, daß der Herr nach Gnaden Besserung thun will auf den Glauben, den Christus gepredigt, und ob er schuldig geachtet würde, wolle dem heiligen Christenglauben beständig und treu sein, und dem heiligen Reich und Rechte gehorsam.“

16) *Dortm. Weisth.* bei *Senckenb.* I. c. p. 126.

vielen Freigrafen, Ritterschaft, Bischöfen und Umständen des Gerichts beibringt, wohl auf dreihundert und mehr geachtet<sup>17)</sup>).

Betrachten wir diese hohe Versammlung, und das bisher entwickelte Verfahren, so schwindet schon ziemlich das Geheimnißvolle und Schaurige, das man ihr angedichtet. Was hätte aber wohl diesen Verein freien, edler, Muthärtiger und rechtlicher Männer bewegen sollen, in heimlichen Schlupfwinkeln, zur Nachtzeit, mit schnöder Mummerei, ihre Urtheilssprüche zu geben? Wo ist die Verworfenheit, die man ihnen angedichtet, da ihre Statuten selbst sagen: „Sie sollen vor Gott mehr Zucht in ihrer hohen Ordnung haben, als Andere, weil alle Zucht in ihnen eine Bewei- sung göttlicher Liebe hat<sup>18)</sup>.“ Auch an mystische Ordensver- bindung, an eine Keuschheit, die die Stellvertretung der göttlichen Gerechtigkeit, die rächende Hand des Schicksals sich anzumassen getraute, ist bei diesen Freigrafen und Freischöffen nicht zu denken<sup>19)</sup>. Nur die höchste Idee von weltlicher Richterwürde, und von ihrer hohen Bestimmung für Recht und Friede im Reich, befeelte sie. Deutlich zeigt sich dies, wenn sie selbst sagen: „Daraus ist dieses Gericht höher und überragend alle weltliche Gerichte in

17) „vor my oder enen andern Bruggreuen“ heißt es daher oft in den Saburgen. — Die Arnab. Ref. v. 1439 beschränkt den Grundsatz: „of sollen de saken dat se anghewen sint, bliven und gherichtet werden, id en velle dat hinder in, alse vors. stiet, dat de Greve fors- ve,“ tracht ofte fins stoels untwelldiget wurde, oft ander ghebrocke hebbg, dat omme he nicht richten en machte.“ Arnab. Handschr. Nachdem dat diese man dem beklageben verboten man mit dem frey- gerichte vor diesem freychstuhl und freygraefen so ferne verklägt, ver- folgt und gewonnen hatt, als mehr vorhedingt stiet, wan em dan dieser freye stuhl und freygraffe abgedrungen worden oder er finer doch nicht haben mögte, ob er dan sein gewonnen recht thune oder ihwen mögte tho staden kommen und zu bate nehmen, damit vor ei- nem andern stoll kommen, oder emme bequem wäre und alda sine klag und sach forth thuen, vor deme nicht ausdrichten mag finer not- tarft, was dha recht wäre noch sate der freyen gerichte? das findet man dir also. — Wir sehen daß die spätere Beschaffenheit dieser Ge- richte und die Schwierigkeiten, welche sie zu bekämpfen hatten, die- sen Grundsatz auch feststehend machten.

18) Senckenb. C. J. G. I. p. 107.

19) Die Dichter Heinrich von Kleist (Räthchen von Heilbronn) und Gubler (das heimliche Gericht), sind in diesen Irthümern ver- sunken.

seiner Ordnung, weil alle Freischöffen mit dem höchsten kaiserlichen Bann, über Blut, Leib und Ehre zu richten, vom heiligen Reich befehlet sind 20).

## Siebentes Kapitel.

### III. Verfahren in der Sitzung des Zengerichts, nach den Prinzipien der alten Genossenschaft.

1) Das Verfahren hatte strenge abgemessene Formen, in denen sich Alles nach altem Herkommen bewegte. Sie wichen fast gar nicht vom gemeinen Proceß der alten Zeit ab, wie die Urkunden dies deutlich zu erkennen geben. So bestand die Instruction des Proceßes nur in den Anträgen der Partheien, welche durch Vorgesprache, die sie mitbrachten, oder der Richter ihnen auf ihre Bitte gab, im Fragen der Urtheile, die sie zur Leitung des Proceßes oder zur Entscheidung der Sache bedurften, diese schon formten, und die dann die Schöffen fanden, und als Recht wiesen.

Besondere Formen des Verfahrens hatte man zu keiner Zeit erdacht und eingeführt, welches sich mit deutscher Sitte überhaupt gar nicht vertrug. Man irrte somit, wenn man meint, die Einrichtung des Gerichts sei nur den Wissenden bekannt gewesen, und sie hätten die Geheimhaltung geloben müssen 2).

Aber wir müssen davon ausgehen, daß das Gericht ursprünglich nur ein Gericht der Genossen unter sich war, weil es aus einem alten Landgericht hervorging, und weil es in der Natur der gerichtlichen Versammlungen lag, daß da nur Genossen, deren Grundeigenthum zum Bezirk des Gerichtsprengels gehörte, und welche gleiche Rechte hatten, sich versammelten. Wenn wir von vorn herein ein Verfahren gegen Nichtwissende und Wissende unterscheiden, so entziehen wir uns selbst die Grundlage aller geschichtlichen Erklärung.

20) Senckenb. I. c. p. 107.

1) Eichhorn, III. G. 181. Die Urkunden beschreiben ja das Verfahren umständlich, und die Heimlichkeit, welche später eidlisch ange-  
lobt wurde, ist vom Verfahren ganz verschieden.

2) Das Verfahren war kein anderes, als das uralte des germanischen Processes, der trotz der manchen Abänderungen durch Karolingische Institutionen und durch veränderte Zeit und Sitte, seine Wurzeln sichtlich herüber in das Mittelalter schlug, und sich an die Standessitte und ritterliche Ehre dieser Zeit knüpfte. — Deshalb sehen wir das Verfahren des Femgerichts nicht eher als ein besonderes und ausgezeichnetes erscheinen, bis es mit seinen veralteten Formen einsam in einer ganz veränderten Zeit da steht, und nur der Bundeseid nach der Träger des verwitterten Gebäudes ist. — Das Hauptkennzeichen ist, daß das Verfahren nur aus der Freiheit der Genossen entspringt, deren Rechte aber durch die herkömmlichen strengen Formen bedingt sind. Der Richter hat durchaus keine Einwirkung auf die Partheien; er soll jeden Schritt gegen den Verklagten dem Ankläger überlassen, nichts zur Ermittlung der Wahrheit selbst thun, keine Thätigkeit anwenden, um die Beweise zu erbringen, und dem Kläger zu seinem Recht zu verhelfen; kurz, es fehlt an einem Beweisverfahren, das ihm die mögliche Ueberzeugung von der Wahrheit und dem Zusammenhange der Thatfachen giebt. Spricht sich hier unbedingt eine Regel des alten germanischen Processes aus, so konnte sie auch nur von dem einfachen Grundsatz, wie dort, ausgehen: „Der freie Genosse, der Freischöffe ist durchaus wahr und frei 2).“ Ein solches Prinzip mußte in einer Familien-Innung entstehen; unter freien Genossen mußte es sich zu fester Form ausbilden; aber nur in einem ritterlichen Bund für Ehre und Recht konnte es in späterer Zeit fortdauern 3). — Bei dem ausgesprochenen Sage war

---

2) Daher war nothwendig bei dem Freischöffen der Meineid das höchste, was ihn schändete und unwürdig machte. „Wera ymans dar Wynnebig wert, ind man dat bewysen Kunde as recht were, ind dairna Scheyen wūrde, der hebbe dat Gericht bedrogen, ind were dem Koninge damit in dat hoeske Webbe gevallen, nemelich seerssich Schillinge yandische Penninge Ind sall des Gerichts ind des fry-scheyen Recht nyt me gebruychen, Ind queme he an eynen fryen kott, so sall man eynen Strand maken van eyne eychen Boeme, Ind sall yme den an den Hals legen, ind treden yn nuyt Boesse achterrugge van dannen.“ — Handschr. v. 1441.

3) Die Weisthümer bei Hahn, l. c. sagen sehr bedeutend: „Wenn der Freischöffe die Artikel wohl betrachtet, so findet er in sich selbst viel mehr Freiheit als die Schöffen insgemein besitzen, und

die Wahrheit für die Richter stets in der Form vorhanden. Wir sehen daher die Schöffen nur das Recht finden, das aus der Wahrheit folgt, nämlich Wette und Buße, oder in alten Zeiten das Wergeld; über das Vorhandensein des Verbrechens bedurfte es weder einer Untersuchung, noch eines Urtheils. Wir sehen dies am deutlichsten daraus, daß, wenn der Angeklagte den gesetzlichen Reinigungseid geschworen, die Sache ihr Ende hatte; die That war jetzt nicht mehr vorhanden. Auch wenn der Angeklagte nicht erschien, und der Kläger ihn durch seinen Eid überwand, so sprach der Richter die Verfehmung aus, ohne daß es einer Urtheilsfindung bedurft hätte. — Um uns jedoch dies Alles noch deutlicher vorzustellen, ist ein Rückblick nothwendig: Der Friedensbruch, oder die Gewaltthat, die Leib und Gut des Genossen verletzte, hatte ursprünglich die Rache des Verletzten und seiner Freunde und Verwandten geboren. Gewalt wurde der Gewalt im Fehderecht entgegen gesetzt, bis in der geregelten Volksverbindung die Genossen versöhnend dazwischen traten, und das Wergeld den Streit schlichtete, und die Beleidigten versöhnte. Mit der Karolingischen Zeit hatte sich ein bestimmterer Begriff von Verbrechen entwickelt; Todesstrafen wurden eingeführt, und die Staatsgewalt sollte von Amtswegen einwirken. Dies ließ sich bei der Stellung des Richters im reinen Anklageproceß nicht anders bewirken, als dadurch, daß man die Freischöffen, wie wir sahen, zur Anklage verpflichtete. Uebrigens blieb das Wesentliche der alten Verhältnisse und Grundsätze bestehen, und dauerte auch bei den Femgerichten fort; denn

- a) aus dem Fehderecht und dem Recht, Wergeld zu fordern, das die Genossenschaft verbürgte, entstand nun die Rache der Genossenschaft unter Königsbann. Jeder Freischöffe war verpflichtet, dem Kläger beizustehen, als deutliches Zeichen eines Ueberbleibfels der alten Gesamtbürgschaft.
- b) So wie das alte Criminalrecht keinen Begriff von eigentlicher Strafe und Vergeltung als Ausfluß der öffentlichen Gewalt gehabt hatte, so wurde dieser auch beim Femgericht

---

was Urtheile man darauf weist, stehen auf einem festen Fundament, daran jeglich Freischöffen zu verlassen mag." Ueber die Rechte der Freischöffen vergl. Anh. No. 26.

nie einheimisch. Die Strafe behielt daher immer die Natur einer Rache, einer Privatbuße, einer Genugthuung für den Kläger, wodurch in späterer Zeit ein auffallender Contrast mit dem Verfahren anderer Gerichte entstehen mußte.

c) So wie in alter Zeit die Einwirkung der Genossenschaft auf Versöhnung hingearbeitet hatte, so zeigen sich auch beim Femi-gericht noch Spuren der Sühne, und somit des abwesenden Begriffes eines eigentlichen Criminalrechts. Es ist nicht nur wahrscheinlich, daß zwischen den Partheien, die immer mit großem Gefolge von Freunden erschienen, die Sühne im Gericht versucht wurde, sondern die Gesetze sagen auch bestimmt, daß, wenn der angeklagte Freie sich dem Kläger binnen bestimmter Frist zur Genugthuung erbietet, das Verfahren bis dahin ausgesetzt sein soll.

d) Die Todesstrafe wird daher als Wette und Buße, die man mit einander vermengt, ausgesprochen, gleich dem alten Wehrgeld und Fredum, und die Ausführung steht rein auf Gnade des Richters und Anklägers<sup>4)</sup>. Doch ist der Erstere durch den Antrag des Anklägers, und der Letztere in der Regel durch seinen Schöffeneid gebunden.

War die Gewalt und das Gewicht des Wortes eines freien Mannes schon bei den Germanen auffallend und kaum erklärbar, so wurde doch die Folge gemäßiget durch den Aberglauben des Volks. Der Glaube an die Wahrheitsliebe Anderer war zwar groß; indem man aber den, der den Reinigungseid ablegen wollte, noch zum gerichtlichen Zweikampf als Gottesurtheil fordern konnte, glaubte man ein hinreichendes Mittel zu haben, sich gegen die Pflichtvergessenheit seines Gegners zu schützen. Allerdings mußte aber ein Volk, das an Ordalien, zu denen man jeden Augenblick seine Zuflucht nehmen konnte, fest glaubte, sich in der Regel eben so vor falscher Anklage, als vor falschem Lügnern hüten.

Den Femi-Genossen stand nun ein solches Mittel nicht entgegen; denn die Ordalien fielen weg. Die eigentlichen Gottesurtheile

---

4) Dieser Grundsatz blieb anfangs noch ziemlich allgemein; man konnte Haut und Haar mit Geld lösen. Doch sind darüber der Sachsen- und Schwaben-Spiegel schon dunkel. Vergl. Eichorn, II. S. 615.

hatten bei Freien nie Statt gefunden, und der gerichtliche Zweikampf kam sehr bald aus der Sitte; der Fehdekampf im Mittelalter, der dessen Stelle vertrat, hatte aber eine ganz andere Bedeutung, und hing mit den gerichtlichen Verhandlungen nicht zusammen. Somit blieb also nur der Eid, als Mittel und Form, die Wahrheit zu erbringen, übrig, und das Auffallende dieser großen Bevorrechtung, welche die Freischöffen sich erhalten hatten, wurde von ihnen sehr gut gefühlt; sie milderten daher die gefährlichen Folgen durch eine genaue Prüfung ihrer Genossen, durch den fürchterlichen Bundeseid, die höchste Strenge gegen die Uebertretung ihrer Pflichten, und durch die Idee ihrer hohen Würde und heiligen Bestimmung. Dies erhielt auch die Gerichte makellos, bis zu den Zeiten ihres äußeren Verfalles, wo freilich die enormsten Mißbräuche in einzelnen Fällen unausbleibliche Folge waren.

3) Nach altem Recht sehen wir im heimlichen Gericht der Feme genossen den Kläger seine Klage aufstellen, ohne daß er Beweise anzuführen braucht. Er hat vorläufig vollen Glauben, und die Schöffen erkennen sogar darüber, daß die Sache Femwoge sei; es liegt hierin etwas Bedeutendes, indem das Klagefakt, nachdem jenes Urtheil erfolgt war, nun nur unumwunden anerkannt, oder abgetaugnet werden konnte. So wie schon bei den Germanen die Anklage allein einen Verdacht begründete, von dem sich der Angeklagte reinigen mußte, so gewann auch beim Femgericht der Ankläger schon durch die bloße Klage große Rechte <sup>5)</sup>. Am gesetzten Gerichtstage erschien er mit seinen Freunden, oder Followern, Gefolge, wie die Urkunden auch sagen <sup>6)</sup>. — Er durfte dreißig mitbringen <sup>7)</sup>, mußte aber sechs bei sich haben, um sein Recht erforderlichen Falls zu vollführen <sup>8)</sup>. Es mußten echte Freischöffen

5) Sehr treffend führt Rogge S. 214, um das Auffallende zu mildernd, an, daß es ja noch heutzutage Sitte der Ehre ist, sich vom kleinsten Verdacht, durch bloße Anschuldigung begründet, reinigen zu müssen, ehe man Genugthuung fordern kann.

6) Daher der Ausdruck: „sein Recht verfolgen,“ bis diesen Tag.

7) So auch nach dem Sachsenspiegel, wo sie Waffen führen durften.

8) „De cleger sal sesse mit em bregghen, sin recht meche to vulborne, alset si geboirt.“ Ref. v. 1439 bei Goldast, a. a. O. S. 163.



sein; sie durften nicht in Waffen erscheinen<sup>9)</sup>. Der Graf wirkte ihnen Sicherheit und Friede. Gleiches Recht stand dem Beklagten zu. — Das Gericht fing zwar in der Regel früh Morgens an; es war aber billig, auf die zurückbleibende Parthei noch zu warten, und dies geschah, „wenn die Sonne auf dem Höchsten gewesen, bis in die dritte Uhr,“ und die Parthei wirkte sich dann mit Urtheil und Recht an das Gericht<sup>10)</sup>.

Wenn der Kläger nach der dritten Ladung im Gericht auftrat, und seine Klage wiederholte, so wurden die frühern Ladungen genau geprüft, auch versicherten die Schöffen, welche das Botenamt verrichtet, die richtige Behandlung bei ihren Eiden<sup>11)</sup>, und es wurde, wenn die Verhandlung an einem andern Freistuhl geschehen, wohl der Freigraf, der die Ladungen erlassen, selbst über die Richtigkeit seines Verfahrens, und die Gründe, aus welchen er dasselbe fortzusetzen gehindert gewesen, vernommen<sup>12)</sup>. Dann forderte der Kläger Vollgericht oder die letzte Sentenz, d. h. die Verschmugung des Angeklagten. Die Schöffen wiesen für Recht, daß der Freigraf ihm Vollgericht thun solle nach seinem gewonnenen Rechte, und auf die fernere Frage des Klägers wiesen sie, daß der Freigraf den Angeklagten noch einmal heischen, und dann der Kläger mit seinen Folgern die Klage bewahren und bezeugen solle, als der heimlichen Acht Recht sei. Nachdem nun der Angeklagte vergebens aufgerufen, wendet der Kläger sich zu seinem Gefolge von Freunden, und berathet sich mit ihnen.

9) „ut nullus ad malum, vel ad placitum infra patriam arma, id est, scutum et lanceam portet.“ Cap. Car. M. Anseg. p. 47. b.

10) Arnberger Handschrift. Anh. No. 27.

11) Urk. v. 4506 bei Rinbl. M. B. III. 2. No. 217.

12) Das Verfahren war richtig, wenn bei der Ladung ein Versehen begangen war. — „Ien Conrab vorg. hybringen alze recht ist, dat he in Wyden der vorbodingen to Monster, to Thekenborgh oder darum langs ghewonet, und sin ut und Inslucht ghebat hebbe, und nicht to-lymborch, so sal dat gerichte ave syn, und is eyn ungerichte.“ Also wird vom Freigericht, das der Kurf. von Göln selbst hegt, in appellatorio gegen ein Verschmugsurtheil erkannt, der Conrab fragt: Wie er das beibringen solle? „Darup hebben wy gewiset, dat he sin hybringen doen solle self zewebe vrggeschepphen bynnen de nechsten ses weken und dren dagen“ etc. Urk. v. 1434 in Walinckrodt, neuitem Mag. I. 4. S. 345.

Auf diesem Scheidspunkte scheint alle Anwesende ein Schauder ergriffen zu haben vor dem schweren Geschick des Angeklagten: Ritter, Freigrafen und Freischöffen fallen den Kläger flehentlich an, und bitten um Gott, dem Angeklagten noch eine Frist des Vollgerichts auf dreimal vierzehn Nächte zu gestatten. Er bewilligt die Bitte mit Vorbehalt seiner gewonnenen Rechte. In des Richters Macht lag es nicht, dem an die strengsten Formen gebundenen Rechte des Klägers zu nahe zu treten, und irgend eine Frist zu gestatten. Denn wir sehen, daß, als der Kläger fragt: „wie er den Angeklagten ferner verfolgen solle, daß ihm Recht geschehe und jenem kein Unrecht?“ er das Urtheil an einen Freischöffen stellt, der es an sich nimmt. Aber er wendet sich zugleich an die ehrfame Ritterschaft und den Umstand des Gerichts, sie anrufend und bittend um Gott und um den König, eine Frist der Vollführung (Vurvorunge) des Vollgerichts dem Angeklagten zu erweisen.

Man nannte diesen letzten Termin einen Königstag, und wie er, erst durch Mitleid bewilligt, dann zur Gewohnheit wurde<sup>13)</sup>, so folgte zuletzt, daß man ihn zu den Formen des Verfahrens rechnete<sup>14)</sup>.

4) Wir haben wenig gesetzliche Vorschriften über das Verfahren des Feindgerichts, in dem Fall, wo beide Theile erschienen, eben weil dasselbe so einfach, kurz und bündig war; wir haben auch wenig Urkunden, die uns dasselbe in einzelnen Fällen beschreiben, weil überhaupt nur ausnahmsweise das Urtheil niedergeschrieben und ausgefertigt wurde, nämlich dann, wenn es der Kläger zum Beweis seines gewonnenen Rechts bedurfte, welches gewöhnlich nur der Fall war, wenn der Angeklagte ausblieb; denn erschien er im Gericht, so wurde das ausgesprochene Urtheil auch auf der Stelle vollzogen. Vorerst müssen wir bemerken, wie Jeder, der gegen das Gericht bruchfällig wurde, sechzig Schillinge bezahlen mußte,

13) Die im Anhang mitgetheilten Formulare zeigen uns schon das Entstehen. Sie erwähnen mit Absicht mehrere Fälle, namentlich auch den, wo die Räte des hochgeborenen Herrn, ohne Zweifel des Stuhlherren, um Frist des Vollgerichts bitten.

14) Daher auch das viermalige Aufrufen im Gericht: „geeschet ander gerichte eyne Werff, ander werff, derdewerff und verdewerff over Recht.“ Urk. von 1531. Kindl. M. B. I. 150.

und eben so der, der einer frühern Ladung nicht Folge geleistet hatte. Diese Zahl sechzig erinnert uns an das alte Herkommen eines Gerichts, das unter Königsbann richtete, und es war dies Regel des alten Rechts, wenn gleich später verschiedenartige Bestimmungen der Wette hie und da herkömmlich wurden<sup>15)</sup>. Diese unerbittlich strengen Richter waren aber mild gegen den Armen, der nicht zahlen konnte. Sie kannten keine Exécution und kein Gefängniß, sondern der, welcher ungehorsam ausgeblieben war, und Wette und Buße nicht zahlen konnte, legte die zwei Finger seiner Rechten auf das bloße Schwerdt, und schwur, daß er so arm sei, daß er die Wette nicht zahlen könne; dann sollte man ihn ledig lassen. Dies Verfahren war wohl aus alter Zeit, und freier Genossen würdig.

Der Proceß konnte nur höchst einfach und kurz sein. Jeder Theil mußte seine Zeugen gleich mit zur Stelle bringen; daher war Alles auf Eine Gerichtssitzung berechnet; es gab keine Gewähre der Partheien, keine Beweisfristen. Nur ja oder nein war erforderlich; im letzten Falle entschied der Eid, und die Schöffen fanden Buße und Wette. Dem Urtheil folgte augenblickliche Vollstreckung. — Wenn also der Angeklagte auftrat, so hielt ihm der Richter die Anklage vor; antwortete er: „Ja,“ so stellte der Kläger die Urtheilsfrage: „Ob und was er für eine Wette schuldig sei?“ Die Schöffen fanden das; es war die Todesstrafe bei Femwogen, und sie wurde sofort vollstreckt<sup>16)</sup>.

5) Wenn der Angeklagte die That, deren man ihn anschuldigte, abläugnete, so gab es in diesem Gerichtshofe kein anderes Mittel, die Wahrheit zu finden, als den Eid. Der An-

15) Man vergleiche hierüber Berd, a. a. D. S. 316. Der Goesfel-der Codex a. a. D. S. 330. sagt noch: „So we dincslachtich woirt in dit gerichte sin broede is tseftint schillinge der monte ghenghe.“ Man vergleiche auch die im Anh. abgedruckten Rechtsbücher No. 26 und No. 27.

16) So wird ein Angeklagter wegen Diebstahl von 14 Goldgulden vor das Freigericht zu Werfeld gefordert, und er antwortet auf Vorhalt: „Ja, das habe er gethan.“ Der Kläger fragt: ob er eine Wette schuldig sei? und ein Urtheil bestätigt das. Denn wird gefragt: Was seine Wette darum sei? und die Schöffen weisen für Recht, „daß man ihn soll nehmen und hängen ihn an den Galgen zwischen Himmel und Erde.“ Urk. v. 1531. Rindl. M. B. I. No. 150.

geklagte hätte, wenn er erschien, das Recht, zu schwören, daß er unschuldig sei, so wie dies auch im Mittelalter eine Zeitlang gemeinrechtlich ein Vorzug der Freien war <sup>17)</sup>. Klar und unumwunden sprechen dies die Urkunden aus. Ein altes Weisthum <sup>18)</sup> sagt: „Dies ist ein altes Königsrecht. — Einen Freischöffen soll man laden zu drei sechs Wochen, dann kommt er mit seinen Freunden, und geht vor den Freisuhl. Der Freigraf nennt ihm Kläger und Sache; er setzt sich hierauf, hat ein Schwerdt, und stellt das vor sich, legt seine zwei Finger auf die Spitze oder das Kreuz des Schwerdtes, und spricht also: Herr Graf, der Hauptstücke und der Hauptthat, der Ihr mich zeihet, und der mich der Kläger zeihet, bin ich unschuldig, des mir Gott helfe und die Heiligen. Dann soll er einen Kreuzpfennig nehmen, ihn vor den Graf werfen, sich umkehren, und gehen seine Straße. Wer ihn dann antastet, das wissen alle Freien wohl, der hat des Königs Fiebe gebrochen. Ein Schöffe mag seine Unschuld mit seiner eigenen Hand darthun, und bedarf keiner Hülfe dazu <sup>19)</sup>.“ — In einer Zeit, wo die Freischöffen allein noch einen so großen Vorzug exercirten, konnte leicht der Gedanke entstehen, daß er ihnen nur auszeichnungsweise, als ein Privileg, competitive, und so wie er das Gefühl ihrer Würde erhöhte, so mußte er auch in der Zeit ihrer Blüthe die Strenge der Bundespflicht und das Streben nach Reinheit und Unbescholtenheit in ihnen mehrten und befestigen <sup>20)</sup>. Daher wurde dem Freischöffen bei seiner Prüfung

17) Kaiser Conrad verwandte sich im Jahr 1149 beim Papst, um Befreiung von Kirchenbann für einen freien Mann (*liberum hominem nostrum*), der einer Gewaltthat gegen einen Geistlichen angeklagt war, und beglaubigt seine Unschuld, weil er sie beschworen, „*iudicio gentis suae et curiae nostrae, quod innocens esset, iuramento comprobavit*.“ Ep. Wibaldi, ap. Martens, Coll. Monum. Ro. 181.

18) Hahn l. c. p. 642. Cod. Trem. ap. Senkenb. C. J. G. I. p. 96. — Eine Arnsh. Handschr. hat: „he is nager vor sin lieff to saken, dan jemand en to overgaen.“ Vergl. auch das Rechtsbuch Rath. Ro. 26.

19) Keiner Eideshelfer. Rogge bemerkt, daß ihm dieser Ausdruck, Eideshelfer, in den Quellen nirgend vorgekommen; hier ist es wenigstens angedeutet.

20) In späterer Zeit mochte man selbst der Sache nicht mehr ganz gewiß sein; denn nach einem Heidner Freisuhlsprotokoll aus dem

und Ernennung eingeschränkt, daß er seiner Ehre selber Rechner sei, die ihm Niemand abnehmen, noch entführen möge <sup>21</sup>).

Hiermit scheint nun im Widerspruch zu stehen; wenn wir in den Weisthümern lesen, daß der Ankläger den Reinigungseid des Beschuldigten selbst brüthen widerlegen, daß dieser dagegen mit sechs Eideshelfern auftreten, der Ankläger diesen vierzehn entgegen setzen, und der Angeklagte endlich mit einundzwanzig sich frei schwören konnte, welches das höchste Zeugniß war <sup>22</sup>). — Wir können doch diese Befugniß des Anklägers dem oben so unbedingt ausgesprochenen formellen Recht des Angeklagten nicht geradezu an die Seite stellen <sup>23</sup>), indem ja Eins das Andere nothwendig aufhebt; wir müssen folglich den Erklärungsgrund suchen, der beide Lehrsätze vereint.

- a) Der Angeklagte konnte, wenn er ausblieb, vom Kläger mit sieben Eideshelfern überführt, und die Verurtheilung desselben erlangt werden. Der Verurtheilte konnte aber gut machen seine That, oder sich noch verantworten, und dann in seinen Frieden wieder eingesetzt werden; wahrscheinlich mußte er dann mit einer doppelten Zahl von Eideshelfern vor dem Gericht erscheinen. Es konnte, da die Freischoffen oft auf bloßes Gerücht von Amtswegen anklagten, um so mehr der Fall

---

Ende des 16ten Jahrhunderts wird gefragt: wie sich ein Beklagter von des Stuhlherren Anklage nach Freistuhlsrechte reinigen solle? Nach Beredung mit dem Umstand wird zu Recht gewiesen: daß der Beklagte mit seinem leiblichen Eide sich des Stuhlherren Anklage zu entschlagen schuldig.

- 21) Cod. Brem. ap. *Senckenb.* C. J. G. I. p. 90. — Daher möchte nun hie und da die Anklage, als falsch befunden, den Kläger selbst zur Verantwortung bringen, wovon wir früher keine Spur finden. — „Berndt Ponink hefft tho Gode und sinen hiligen Rechten gestades des Eides geschworen, he schuldinge — — si he unschuldig, und hefft vort mit orbel und recht gewonnen degen sinen widderpart, dat se solle in der stede staen, da he solde heben nige staen, so he schullich wer gevonden worden.“ Freistuhlsprot. aus dem 16ten Jahrhundert.

- 22) Weisthum bei *Hahn*, l. c. p. 639. Vergl. die Citate bei *Berch*, a. a. D. S. 327. u. v. Lang, Gesch. Ludwigs des Bärtigen S. 247. f.

- 23) Auch *Eichhorn*, a. a. D. III. S. 133 thut dies.

sein, daß der Angeklagte noch zur Reinigung mit Eideshelfern zugelassen, und vom Kläger nicht auf das gewonnene Recht provocirt wurde. So mochten sich in der Praxis schon Fälle bilden, wo Eideshelfer gegen Eideshelfer austraten <sup>24)</sup>; aber

b) näher liegt uns ein anderer Fall, der uns vielleicht einen bestimmtern Ausweg giebt. Das Verfahren bei handhafter That und leiblicher Beweifung wich nämlich vom gemeinen Recht ab. Nach diesem verlor der, welcher ergriffen und so vor Gericht geführt wurde, das Recht, sich freizuschwören, und er wurde mit sieben Eideshelfern überführt. Entkam er aber, so mußte er geladen werden; er stand indessen bei dem Verfahren in großem Nachtheil, und konnte sich nicht durch den Eid reinigen. Beim Femgericht war das Verfahren, wornach man den ergriffenen Verbrecher vor das Gericht führte, verschollen, indem, wie wir in der Folge sehen werden, ein anderes Verfahren, wornach Freischöffen, deren Zahl zum mindesten drei oder vier war, den Verbrecher, den sie auf handhafter That betrafen, sofort richteten. Entkam ihnen der Thäter, so fand zwar Ladung und Proceß am Freistuhl Statt, aber nicht das gewöhnliche Verfahren <sup>25)</sup>. Die Weisthümer, die dem angeklagten Freischöffen den Reinigungs Eid zusprechen, sagen ausbrücklich, daß er ihn schwöre, wenn es nicht handhafte That sei. Die Stellung dessen, der auf handhafter That betroffen wurde, mußte somit schlimmer sein. Die Zahl drei, mit der der Kläger dem Reinigungs Eid des Angeklagten entgegen treten kann, erinnert uns daran, daß drei oder vier oder mehr Freischöffen den, welchen sie auf frischer That betrafen, zur Stunde richten

24) — „und in verwinnen mit sieben echten rechten freischöffen unversprochen alles Ires rechten, mag sich danne der verklagt verantworten, mit besserem und meren rechten das genuß et.“ Arnsb. Ref. Senckenb. I. c. T. I. P. 2. p. 112. Daß uns Nachdenken hier auf die richtige Spur geleitet hat, haben wir aus den nachher erhaltenen Urkunden eingesehen. Das Arnsb. Rechtsbuch No. 26. Art. 12 und 26 erwähnt den Fall nicht; wohl aber das jüngere Rechtsbuch No. 27. art. 10, und zwar nach der angedeuteten Idee.

25) Wie Eichhorn a. a. O. S. 184, vielleicht ohne es zu wollen, gelehrt hat.

könnten. Waren drei Schöffen die geringste Zahl derer, welchen ein solches Recht eingeräumt war, so kann man sie auch als die gewöhnliche annehmen, folglich als Norm für die Zahl derer, welche den Reinigungseid des Angeklagten im Gericht überwogen, da sich ein anderer Grund nicht angeben läßt, indem, wo sonst der Angeklagte durch den Eid des Klägers überwunden wurde, sieben Eideshelfer in der Regel erforderlich wären. Bei dem Vorzug und guten Glauben, den die Freischöffen hatten, war es natürliche Folge, daß man sie noch zur Widerlegung mit einer stärkeren Anzahl von Eideshelfern zuließ, und sie fanden auch wohl leichter als sonst Freunde, die an ihr Wort glaubten; aber gewöhnlich erhielt doch wohl der Kläger den Sieg; denn eine Gesetzesstelle sagt ausdrücklich<sup>26)</sup>: daß, wenn der Kläger die Eideshelfer des Angeklagten mit einundzwanzig Händen niederlegt, kein Gegenzugniß mehr darüber geht, und was dann gerichtet wird, unumstößlich bleibt.

c) Hieraus möchte sich nun in späterer Zeit leicht hie und da in das gewöhnliche Verfahren das Prinzip übertragen: der größern Menge von Eideshelfern gebühre der Sieg über die geringere, und es war natürlich, daß man dem Angeklagten, der mit einundzwanzig Händen seine Unschuld bezeugte, den Schluß des Verfahrens zugestand, so wie sich überhaupt nicht leicht Mehrere bereit finden mochten, der Bürgschaft einer so großen Anzahl echter Freischöffen entgegen zu treten.

d) Wie nun erst juristische und processualische Begriffe späteres Zeit in das alterthümliche Verfahren der Ferngerichte einwirkten, Zeugen und Eideshelfer sich vermengten, und die Idee von wirklicher Beweisführung, die die Zulässigkeit des Gegenbeweises zur Folge hatte, aufkam, mußte natürlich der Maassstab, den das alte Institut gehabt hatte, mehr und mehr verrückt werden. Daher sagen Dortmunder Weisthümer: daß man sich gegen sieben Zeugen mit vierzehn oder einundzwanzig schätzen könne, und daß das meiste Gezeugniß das

26) Zuf. zu den Rupt. Weisth. bei Senckeb. C. J. G. I. p. 69.

mindere niederlege; daß die Gegenparthei mit ihren Einreden gegen die Zeugen und mit ihrem Gegendeweis immer solle gehört werden <sup>27)</sup>).

## A c t e s   K a p i t e l .

Fortsetzung. Beweis. Zeugen. Eideshelfer.

**W**ir sahen bereits oben, daß der alte Proceß kein Beweisverfahren kannte, und daß der im Gericht gefundene Beweis, als strenge, unabänderliche Form, den Richtern die Gewißheit und Wahrheit der Sache zu geben, eben so wie ein Urtheil als Rechtspruch den Proceß entschied. Die Beweismittel aber waren: Eid, Zeugen, Urkunden und Gottesurtheil.

Werfen wir nun zuvörderst noch einen Blick auf die Freigerichte als Civilgerichte, so müssen wir etwägen, daß sie ihre Confiskenz, als peinliche Gerichte, in einer Zeit gesichert hatten, wo die Civilgerichtsbarkeit meist verloren gegangen war; daß sie daher, wie sie als kaiserliche Gerichte auch Civilsachen vor ihr Forum zogen, und zum Theil in den alten Gerichtsgrenzen noch einige Ueberbleibsel der Competenz der Landgerichte erhalten hatten, gewissermaßen einen Gegensatz mit peinlichen oder eigentlichen Familiensachen Statt finden ließen, indem sie die Bürgerlichen vor das offene Ding zogen. Hier hielten sie zwar nicht so streng auf die alten Formen des Verfahrens; doch ist auch da die Spur des Alterthums fast immer sichtbar.

Um dies zu erkennen, müssen wir wieder einen Blick auf den alten Proceß werfen: Das Verfahren der Germanen hing mit ihrer ganzen Staatsanordnung, Sitte und Lebensart genau zusammen. Die einfachen Verhältnisse, in denen diese freien Genossen zu einander standen, brachten keine verwickelte Rechtsstreitigkeiten hervor. Jeder lebte mit seiner Familie und seinem Eigenthum offen unter den Augen seiner Genossen; Alles hielt am alten Herkommen und an alter Sitte. Verträge und Handel

---

27) *Senckenb. C. J. G. I. p. 123.*



wurden öffentlich in der Versammlung abgemacht, und der daraus hervorgehende Streit kam auch zur Entscheidung dieser Versammlung. Mochte derselbe nun Freiheit oder Eigenthum, Grenze oder Berechtigung, Vertrag oder irgend eine Verpflichtung betreffen, wobei es auf die Frage ankam: „Welche Parthei redet die Wahrheit?“ so konnte es in der Regel nicht an Genossen fehlen, welche die Wahrheit zu bekunden vermochten. Sie sagten dieselbe aus vor dem Richter, und der Streit war beendet. Wenn aber mit der Wahrheit nicht zugleich das Recht oder Gesetz gefunden war, so wiesen dies die Schöffen. — Urkunden waren nichts anders, als Zeugenansagen; denn sie documentirten nur den vor Zeugen geschehenen Hergang einer Sache.

So wie nun nur ein Genosse über einen andern Urtheil finden konnte, so konnte er auch nur Zeuge sein; denn das Zeugniß hatte dieselbe Wichtigkeit. Was sich auf natürlichem Wege gebildet, und anfangs von selbst verstanden hatte, wurde allmählig Bedingung und Form.

War der freie Mann fähig, Genosse zu sein, so konnte er auch Zeugniß geben. Daher ist von keinen weitem Bedingungen und moralischen Erfordernissen die Rede, und erst spätere Gesetzgeber fingen an, hierüber Vorschriften zu ertheilen, die früher unnöthig gewesen waren.

So wie die Leitung und Führung des Processes nur Sache der Partheien in Form der Frage war, so stellte der Beweisführende das zu bekundende Fact eben so fragweise zur Beantwortung an die Zeugen, wie er das zu findende Recht an die Schöffen stellte. Und so wie diese sich beriethen, und das Urtheil fanden, so auch durften die Zeugen sich berathen, und über das einfach hingestellte Fact ihre Wissenschaft als gefundenes Resultat aussagen.

Wie nun, bei dem Aufhören der genossenschaftlichen Einrichtung, alle Verhältnisse des bürgerlichen Lebens allmählig verwickelter wurden, und mit ihnen die streitigen Facte der Prozesse sich verwirrten; wie die Beweisführung und die Mittel dazu sich änderten, und ein förmliches, vom übrigen Proceß abgesondertes

Beweisverfahren allmählig nothwendig wurde 1): bemerken wir vorerst zwei Ueberbleibsel des alten Processus:

- a) Es blieb Grundsatz, daß man jedes gerichtlichen Geschäfts durch Richter und Schöffen vollkommen überführt werden konnte.
- b) die Parthelen bestimmten selbst die Beweisfrage, und leiteten das Beweisverfahren ohne das Zuthun und die Bestimmung des Richters.

Aber während der Geist des alten Processus in den in's Unendliche ausgesponnenen Formalitäten des 15ten und 16ten Jahrhunderts verdampfte und erstarrte, die Verhandlungen in einen Schwall von langweiligen Reden und Widerreden ausarteten, der sich wie ein dumper Nebel vor den Blicken der Schöffen ausbreitete; wie die alten einfachen Fragen und Antworten sich zu einem Korallengewächs von Sätzen ausbildeten; wie die Beweisführung durch die Dazwischenkunft der gelehrten Juristen eine Art Krieg bildete, wo man durch Anhäufen von Beweisen und Gegenbeweisen seinen Gegner zu entkräften, die Wahrheit zu verdunkeln, oder gegen ihn zu retten strebte; wie die Zeugen nicht mehr einmüthig ja oder nein sagen konnten, sondern mit Artikeln und Fragen gequält und verlockt wurden, und wie der Richter am Ende wägend und messend und prüfend die Wahrheit mit großer Mühe oft nur künstlich, als Resultat des Kampfes, herausfinden mußte: da bieten uns neben den vor Langerweile kaum zu lesenden Urkunden, welche jener ungestaltete und langwierige Proceß hervorbrachte, die gerichtlichen Verhandlungen der Freistühle, indem sie dem alten einfachen und treuherzigen Verfahren meist treu blieben, ein lichteres und erfreulicheres Bild. Insbesondere erhielt sich hier die Gewohnheit:

- a) das zu erweisende Fact kurz und bündig als Frage an die Zeugen zur Beantwortung zu stellen;

---

1) ... „Se probaturum, quod talis venditio cum consensu suo fuisset consummata, unde legitimis induitiis sibi a nobis ad hoc probandum indutiis, et per testes idoneos intentione sua probata plenarie definitivam sententiam“ etc. Dipl. de 1244 bei Ropp, v. d. Hess. Ger. I.

- b) So mit einander berathen und die Wahrheit einmüthig und gleichförmig finden zu lassen;
- c) diese wie einen Urtheilspruch und wie ein Weisthum anzusehen und zu bestätigen<sup>2)</sup>).

Wir wenden uns nun zu einer Untersuchung über den Beweis in peinlichen Sachen, die ein weit größeres Interesse darbietet, und uns näher liegt. Hier war natürlich der Uebergang in ein anderes Verfahren viel schwieriger, weil der rein accusatorische Proceß verdrängt werden mußte. Dies schien aber lange unmöglich, und man verfiel theils auf mancherlei Abwege, theils lag die Criminalgerichtsbarkeit ganz darnieder, theils auch blieb man dem alten Verfahren in seinen Grundzügen getreu; und dies ist wieder der auszeichnende Charakter des Verfahrens der Femgerichte.

- 1) Bei peinlichen oder Friedensbruch - Sachen fand noch weniger ein Beweisverfahren Statt, als bei den bürgerlichen. Zwar fehlte es nicht an Beweismitteln, um die Wahrheit kenntlich zu machen. Dem alten Princip getreu, waren sie aber sehr einfach, und ihre Erforschung machte weder einen Bestandtheil des Pro-

2) Im J. 1476 wurden am Bolmesteynschen Freistuhl Zeugen abgehört über das Herkommen in Betreff des Freistuhls zu Rollenheim bei Berne — „umme de Warheit to seggen, wes en dar mytlich und kundich van were. Dar op de Fryen vorg. vor my in Gerichte cynen vorspreken gebeden, und mit Recht gewonnen, ind hebt sich beraden ind syt weder in gerichte gekommen, und overmitz eren vorspreken gesacht, gelich als de Greve dat gesacht hebbe in dem gerichte, se en weren dae anders nicht van kundich, men plege dat also to holden by dusses Greven Tyden und by eren Tyden und by anderen Greven Tyden, wol twen oft dren Greven vor dem Greve vors., dat se vort bejaet und gefacht hebt, dat sa to syne by deme Ede, den sey dem hylgen Rike gedan hebt, und eren Stoilheren vors. und wolben dat wol vorder waren, wo se myt Rechte solden, off des nicht genouch en were.“ Hierauf setzt der Freigraf unmittelbar hinzu: „wente dusse Besate, Schuldinge und Rannnisse vor my Greven vorgerort in Gerichte gescheyn is, dar ich myn Orkunde op entfangen heb; so heb ich dusses to Zuge der Warheit myn Ingessegel an dusse Bress gehangen.“ Kindl. M. B. III. 2. No. 205. — In der Urkunde eines Grafen von Dettingen, der zu Gericht sitzt, im J. 1294, läßt sich zwar auch noch auf das alte einfache Verfahren schließen: „Darumb besamten wir by nächsten und die pesten, by durre Krieg nicht anging, der schwurent unns zwanzigt zu den hailigen, die wahrheit zu sagen, umb die vorgeschrieben sach.“ Mereau, Miscellaneen II. Aber im folgenden Jahrhundert treffen wir schon weitläufige, einzelne, die Sache und die Richter allmählig verwirrende Auslagen.

cesses aus, noch war das Gericht thätig, sie zu sammeln und die Wahrheit zu erforschen; vielmehr waren sie, als streng feststehende, zu den Rechten der Partheien gehörende Formen, integrierender Theil entweder der Affirmative der Klage, oder der Negative der Antwort. Wir können also mit Recht sagen: der Proceß bestand aus Klage, Antwort und Urtheil <sup>3)</sup>).

2) Es ist die Natur der Verbrechen, daß sie einsam, heimlich und verborgen begangen werden, und hat die That einmal die Harmonie des Menschen mit sich selbst gestört, so ist der Schritt zur Lüge leicht. Der Rächer im alten Fehderecht und der Ankläger im spätern Proceß, der vielleicht nur die eigene Wissenschaft und Ueberzeugung für sich hatte, mochte daher nicht leicht laut und offen handeln, wenn er nicht auf die Stimmung, den guten Glauben und den Beistand der Mehrzahl seiner Genossen rechnen durfte. Wer der That fähig war, mochte leicht sich ihrer schon verdächtig betragen haben. Das Gewissen drückt den Verbrecher; den Verletzten hebt die freie Stirn und das Gewicht der Wahrheit, mit der er ihm entgegen tritt. Selten mochte das Lügner helfen. Schon in der Fehde sprechen die Gesetze das *faciam portare* als Strafe aus. Man nahm es als Gewißheit, daß der Schuldige unterliegen, und der Rächer auch der Richter der That sein mußte <sup>4)</sup>).

---

3) Und in so fern treten wir auch hier den auf gründliches Nachdenken gestützten Untersuchungen Rogges bei. Er geht aber unsers Dafürhaltens zu weit, wenn er sagt: „dem Kläger konnten Zeugen gar nichts nützen, dem Beklagten nur so viel, daß sie sich unter seine Eideshelfer stellten.“ a. a. O. S. 217. Mit Recht behauptet er dagegen: „der ganze germanische Proceß bestand aus drei Stücken: Klage eines Freien, Antwort eines Freien, Spruch des Schöffen.“ Fast im ganzen Mittelalter bleibt eine solche Idee des Proceßes, worin nach ein Beweisverfahren keinen Bestandtheil desselben macht. „Schuld und Antwort zur Entscheidung geben,“ sagt z. B. eine Urkunde v. 1442. Kopp, (v. d. Hess. Gericht.) I. No. 101.

Man beobachte den natürlichen Gang, den noch heute die Gesellschaft nimmt, und man wird sich die Anfänge des Staatsvereins erklären können. Vers. sah wohl in einer Gesellschaft einen lebhaften Streit. Einer behauptete, vom andern schwer beleidigt zu seyn; Alles zeigte Theilnahme; dieser läugnete, jener versicherte feierlich, und Alles fiel ihm bei. Alle sagten Ja, waren überzeugt, und der Andere mußte eilig die Gesellschaft meiden.

3) Wenn so bei dem glaubhaft ausgesprochenen Worte des unbescholtenen Biedermanns gewöhnlich gleich die Meinung den Schuldigen richtet, und in Gerücht bringt, so mochte vielleicht ursprünglich und bei den ersten rohen Anfängen des Gerichtswesens über die Wahrheit gar nicht gestritten worden sein. Beide kamen mit ihren Freunden, zur Fehde gerüstet, und berechtigt; wie ließ es sich noch denken, daß der Angeklagte lügen und sagen konnte: „wessen du mich anschuldigst, das ist nicht wahr!“ Hier galt's nur Sühne oder Kampf. Wie aber die Volksversammlung sich ausbildete, ihre Autorität wuchs, und die richterliche Würde in Formen sich befestigte: da war es natürlich, daß die Genossen, die das gewichtige Wort des Anküßlers hörten, sich auch zum Angeklagten wendeten, und die Be-theuerung seiner Unschuld prüften. Beharrte er dabel, so wurde er zum Eid gelassen, aber natürlich mußte er so viele Genossen um sich haben, die ihn genau kannten und sein Wort vertheidigten, daß die Menge von seiner Unschuld sich auch überzeugen konnte; diese mußten mit schwören, weshalb die Gesetze sie *Consacramentales*, oder auch Zeugen nennen; denn so wie Zeugen alle die heißen, die zur Bewahrheitung einer Sache gezogen werden, so vertraten diese Eideshelfer deren Stelle, und waren leicht damit zu verwechseln. Indem dies, was anfangs Sitte und Gewohnheit war, sich zur gesetzlichen Form ausbildete, sehen wir:

a) im germanischen Verfahren das Recht des Angeklagten, Sühne und Eid zu verweigern, und es auf die Fehde ankommen zu lassen, nicht erloschen.

b) Dann aber, wenn der Angeklagte sich mit Eideshelfern reinigen wollte, mußte er eine bestimmte Zahl stellen, und die nächsten Verwandten waren verpflichtet, die Bürgschaft zu übernehmen, und sich als Eideshelfer wählen zu lassen<sup>5)</sup>. Die feierliche Leistung des Eides entschied nun

---

5) So wie sie auch das Wergeld für ihren Blutsfreund mitzutragen verbunden waren. Rogge hat hieraus und aus dem Verhältniß der Zahl der Eideshelfer mit großem Scharfsinn den innern Zusammenhang, der Fehde, der Composition und des Instituts der Eideshelfer entwickelt, und gezeigt, wie das Compositionen-System und das Con-

als gerichtliche Form den Streit, und endigte das Verfahren.

- c) Zur Formalität desselben gehörte aber ohne Zweifel auch, daß der Kläger mit Eideshelfern, Genossen und Freunden, die bereit waren, für die Wahrheit desselben Bürgschaft zu leisten, in der Versammlung auftrat; denn wenn er sie gleich in der Regel nicht brauchte, so war es doch natürlich, daß er sie bei sich hatte, und wir sehen sie auch nach geänderter Sitte und Verfassung, wo dem Beklagten nicht mehr unbedingt die Alternative, sich mit seinen Eideshelfern zu reinigen oder das Fehde-Recht auszuüben, anstand, hervortreten, woraus sich ergibt, daß sie schon vorhanden sein mußten <sup>6)</sup>. —

Weim Femgericht erhielt sich das Institut der Eideshelfer dauernd und immer. Sie werden Zeugen, aber auch Freunde und Folger genannt. Wie in dem germanischen Prozeß die Verwandten wegen ihres Erbrechts, wegen ihrer Verpflichtung zum Wergelde, theils in der Fehde, theils als Eideshelfer hatten beistehen müssen, so trug sich dies als Sitte in das Femrecht über, und schloß sich von selbst an die Ritterliche Ehrenpflicht des Mittelalters, die Niemand seinen Verwandten und Freunden versagte. — Kläger sowohl als Beklagter mußten die gebührende Zahl mitbringen <sup>7)</sup>, und wiewohl der alte Massab

---

juratoren-System aus der durch die Volksverbindung beschränkten Freiheit hervorgingen, und zur Vermittelung des Friedens dienten.

- 6) Rogge a. a. O. S. 186 bemerkt es als eine Eigenthümlichkeit der Salier, nach deren Recht der Adel, auch wenn er klagte, mit Eideshelfern auftreten mußte. Er erkennt hierin ganz richtig noch eine weitere Ausführung des Bildes der Fehde, wo auch der angezeigende Theil nicht ohne Beistand auftreten durfte. Aber eben dies Natürliche und von der andern Seite auch Nothwendige der Sache scheint uns zu beweisen, daß diese Sitte und Prozeßform allgemein war. Wenn daher Rogge vermuthet, daß im nördlichen Frankreich und in Belgien, als dem eigentlichen Gebiete des Salischen Rechts, sich diese Form lange erhalten habe, und als Beleg eine Stelle aus dem Gedicht: *Renneke de Bos*, anführt, so ist uns das Verfahren der Femgerichte doch ein weit stärkerer Beweis für die Meinung, daß jene Sitte allgemein gewesen sei.

- 7) Die Weisthümer bei *Hahn*, I. c. sagen: „Es soll auch kein freigrave keinen man verseimen, der kläger bring dann sechs mit im, und ver-  
folg denn als recht ist.“

sich geändert hatte, so war doch immer genau bestimmt, wie viele Eideshelfer zur Wirksamkeit dieses Eides gehörten. Aber der Angeklagte, der sich nach germanischem Recht, stets mit Eideshelfern hatte reinigen müssen, brauchte dies nicht mehr; sein Eid allein reinigte ihn. Vielleicht deshalb, weil das Institut doch in der Zeit seinen Sinn bedeutend geändert hatte, die Eideshelfer nicht mehr zugleich Fehdegenossen waren, und keine Wahl Statt hatte, indem das Fehderecht in seiner alten Bedeutung erlosch; vielleicht weil seit Einführung des Christenthums der Eid eine immer höhere Bedeutung gewann; vielleicht um den größeren Vorzug des freien Mannes im Gegensatz zu so vielen Unfreien, die meist, um die Drakalien zu verdrängen, auch zum Reinigungs-Eid mit Eideshelfern gelassen wurden, zu heben und anzuerkennen 8).

4) So wie der Angeklagte sich befreien konnte, wenn er die gefehliche Composition oder das Wergeld erlegte, so sehen wir den genossenschaftlichen Geist dieser Einrichtung, bei aller mit dem Königsbann und der Amtswürde herangewachsenen Strenge der richterlichen Gewalt auch beim Fehgericht fortbauern. Der Geist der Sühne zwischen Kläger und Beklagten ist der vorwaltende, Rache oder Genugthuung das Ziel. Keine gerichtliche Gewalt war von Amtswegen gegen den Friedbrüchigen thätig. Nur um des Klägers willen wurde er vorgefordert, Sühnte er diesen, so fand kein weiteres Verfahren Statt. Man nannte diese Genugthuung in der Sprache des Mittelalters, dem Kläger sich zu Ehre und Recht erbiethen 9).

5) Wer mit Eideshelfern den Reinigungs-Eid geschworen hatte, dessen Unschuld war ohne Widerrede, und ohne die Möglichkeit eines Verdachtes anerkannt. Die ganze Genossenschaft

---

8) Bedingung eines Vertrages, den der Bischof von Paderborn im J. 1229 abschließt: „quod homines inter nos servilis conditionis a scabinis accusati non in ferro candenti, sicut alias consuetum est, sed manu duodecima expurgationem praestabunt.“ *Dipl. ap. Schaten, Ann. Pad. II.* — Münstersches Synodal-Urtheil von 1330 wornach den Reinigungs-Eid schwört: „liber manu sua, minist. m. tertia, corconsualis m. septima et servus manu duodecima.“ Also eine vollkommene Rangordnung.

9) Es wird hierüber im ersten Kapitel ausführlicher gehandelt werden.

haftete für ihn. — Spuren dieses Ueberbleibfels der Gesamtbürgerschaft giebt uns auch das Femgericht. Der Schwörende bedurfte keines rechtskräftigen Erkenntnisses, das seine Unschuld aussprach. Mit dem geleisteten Eide war seine Unschuld anerkannt, die Genossen waren überzeugt, und wirkten ihm Frieden und Sicherheit.

5) Was die Form des Eidschwurs betrifft, so wurde derselbe am alten Wahlplatze, der selbst schon eine religiöse Bedeutung hatte, geleistet. Mit Ausbreitung des Christenthums wurde es Sitte, und durch die Kapitularien gesetzlich, daß man den Eid in die Kirche verlegte. Bei den Sachsen möchte wohl die alte Einrichtung bleiben, denn wir sehen noch beim Femgericht den Eid am alten Malplatz, folglich im gehegten Gericht leisten. Noch bedeutender zeigt sich die stehen gebliebene alte Gewohnheit, nicht auf das Evangelium und auf Reliquien <sup>10)</sup>, sondern im Sinn des alten kriegerischen Geistes der Germanen auf das Schwerdt, folglich wie Jene auf die Waffen zu schwören. Doch wurde in der Form des Schwurdes sehr Sinnerreich zugleich das Symbol des Kreuzes ausgedrückt. — In der Art der Betheuerung der Eideshelfer, und des Aussprechens des Eides, herrschte keine gleichmäßige Norm. Im Mittelalter überhaupt und namentlich beim Femgericht befestigte sich die Sitte, daß der Kläger oder Angeklagte erst schwur, und dann die Eideshelfer zu zweien oder dreien niederknieten, ihre Finger auf das Schwerdt legten, und schwuren, daß der Eid rein und wahr sei und nicht falsch <sup>11)</sup> wodurch die Ueberzeugung,

10) Die Finger wurden auf die Reliquien gelegt: „Da hieß der Richter die Heiligen vor sich und die Burgmanne brengen, da besagete ich und swore einen gestabeten Eyd off die Heiligen als Recht is das“ u. s. w. Gelnhauser Urk. v. 1431. Kopp, de insigni Diff. inter Comitatus et nob. immed. No. 43.

11) „reine und ommeyne“ sagen die alten Formeln; auch der Sachsenspiegel. Wie sich die alte Einfachheit verlor, pflegte man die Eidesformel weitläufiger einzurichten, und dem Schwörenden vorzusagen, welches ein gelehrter oder gestabeter Eid hieß. Merkwürdig ist es, daß vor dem Freistuhl zu Brakel 1470 ein Kläger seine Forderung und Schaden „myt synen gelerten eide bestettigen,“ und dann noch schwören muß, „daz syn Eid sy reine unnd nyt meyne.“ So haftete die alte Form noch an der neuen. Senckenb. v. d. Raif. Ger. Urk. v. 1470. No. 40. Bei den Landgerichten in Baiern legte



die Bürgschaft und der gute Glaube deutlich ausgedrückt wurden <sup>22)</sup>).

7) Wenn so nun dieser Eid kein eigentliches processualisches Beweismittel, sondern nur eine Bestärkung und Bekräftigung der aufgestellten Klage oder der verneinenden Antwort des Beklagten war, und der feste Glaube an die Wahrheit ausgesprochen, den übrigen Genossen mitgetheilt und verbürgt wurde, so war es doch leicht, die Eideshelfer mit wirklichen Zeugen zu vermischen; denn die sinnliche Wahrnehmung, die diese beschworen, war doch den Genossen nicht mitzutheilen, und es war wieder Sache des Glaubens und bieder männlichen Vertrauens, daß die Aussagen der Zeugen für wahr annahm, bis sich eine beschworene Zeugenaussage zur festen Beweisform bildete <sup>23)</sup>. Wenn man daher sagte, Ueberzeugen, so verstand man darunter, daß den Genossen des Gerichts der Glaube an die Gewissheit der streitigen That beigebracht sei <sup>24)</sup>, und in diesem Sinn hat noch der Sprachgebrauch das Wort Ueberzeugung beibehalten, welches wir dem Beweis durch Zeugen sogar geradezu entgegen setzen <sup>25)</sup>.

der Kläger, der den Angeklagten überleben durfte, seine 2 Finger auf den Kopf desselben, während ihm der Richter folgenden Eid vorsprach: „Der Mann da ist kein Dieb, deines gnädigen Herrn Dieb und des Landes Dieb; und das ist wahr, und das bitt dir Gott zu helfen und alle Heiligen!“ Während dem hielten auch die sechs Eideshelfer ihre Finger in die Höhe, und sprachen nachher: „Der Eid, den der Ankläger geschworen hat, der ist rein und nicht main, und das ist wahr, das bitten wir uns Gott zu helfen und alle Heiligen.“ v. Lang, Gesch. Ludwigs des Bärtigen S. 239.

12) Es spricht sich hier zugleich die rein menschliche Natur, die sich in Liebe dem gleichgesinnten Freunde hingiebt, aus. Hören wir doch noch oft im Leben das feste Vertrauen sich in den Worten äußern: „für diesen Mann will ich wohl schwören!“

13) Wahrheit war Zweck und Bedingung des gerichtlichen Prozesses; sie lag im Glauben, im Innern; die Zeugen und Mitschwörenden waren daher Bürgen der Wahrheit, weil sie daran fest glaubten, oder sie mußten, sie gewährten (bewahrheiteten) die Sache und leisteten wirkliche Gewähr. Sehr bedeutend ist es daher, daß die alten Urkunden den Zeugenbeweis auch „bestallte wehre“ nennen.

14) Sowohl durch Zeugen, als Eideshelfer.

15) Wenn Rogge sagt: „die Eideshelfer hatten mit den Zeugen nichts gemein, ihre Funktionen waren durchaus verschieden, daher

Das Entstehen solcher Einrichtungen, solcher Rechte und Pflichten, läßt sich nur in einer Genossenschaft finden, wo das Band der Familien- und Innung noch im Andenken ist, und wo mit Sorgfalt über der Ehre der Familie gewacht wird; wo Jeder den Andern genau kennt, und dadurch die Bürgschaft für Schuld oder Unschuld durch innere Ueberzeugung hervorgebracht wird<sup>16)</sup>. Beim Femgericht konnten so alterthümliche Formen nur erhalten werden, durch Fortbauer des alten Standes der Freien, dessen genossenschaftliche Bande sich nie ganz auflöste; es mußten aber doch noch bei den eingreifenden Versplitterungen, und manchen sich widersetzenden Veränderungen, neue Bande durch Gesetze der Ehre, strenge Pflichten der Unbescholtenheit und Verbrüderung eines Bundes hinzukommen, um ihnen Festigkeit zu geben. Wenn daher schon in germanischer Zeit nicht gerade Blutsfreundschaft zur Eideshülfe erforderlich war, so konnte hierauf noch weniger im Mittelalter gesehen werden; desto mehr aber auf Stand und Genossenschaft, worin zugleich alle übrigen Erfordernisse eines Wiedermannes lagen. Es war zugleich natürliche Folge, die sich auch beim Femgericht erhielt, daß Jeder seine Zeugen und Freunde selbst mitbrachte, und der Richter sie nicht berief und unter Königsbann citirte.

---

auch ihre Erfordernisse. Die Conjuratoren wären so weit davon entfernt, eine richterliche Rolle zu spielen, wie die Zeugen, daß sie eigentlich nur eine Verstärkung der Person des Beklagten bildeten; so möchte doch dieser Satz eigentlich zu weit sein. Die Verwechslung von Zeugen und Eideshelfern beweist schon die Gleichförmigkeit des Resultats ihrer Funktion. Die Wahrheit war eben so in der Form vollkommen ermittelt, und es bedurfte nach geleistetem Eidschwur eben so wenig einer Urtheilsfindung, als nach dem Ausspruch der Zeugen.

- 16) Man vergleiche noch jetzt eine Genossenschaft, die sich genau kennt und über dem Prinzip der Reinheit und Ehre wacht, mit dem abgeschlossenen zersplitterten Leben der übrigen bürgerlichen Stände, ob man nicht dort leicht jeden kennt, für dessen Wort man schwören möchte, während hier in dem Aufhören der Ehrenwerthen Genossenschaft, auch der Maßstab der gegenseitigen Beurtheilung verloren ist, und man Alles mit Kälte und ohne Theilnahme der strengen Form der Beweise überläßt.
-

## Neuntes Kapitel:

Fortsetzung. Von den Zeugen, im Gegensatz der Eideshelfer insbesondere.

Den Gegensatz zu den heimlichen Verbrechen machen die offenkundigen, welche offenkundig vor den Augen der Genossen oder eines Theils derselben geschehen. Dieser Unterschied bleibt im ganzen Mittelalter, so lange Anklage-Prozeß existirte, der allein durchgreifende für die Eintheilung der Vergehen. Wir sahen im vorigen Capitel nur den Fall, wo die Wahrheit in dem Gewissen des Klägers und des Angeklagten lag, und wo der Letztere, wenn er läugnete, und Freunde genug fand, die an die Wahrheit seines Wortes mit fester Ueberzeugung glaubten, sich durch den Eid reinigen konnte. Aber schwieriger mußte doch sein Stand in der Genossenschaft sein, wenn mehrere durch die Sinne die Ueberzeugung der That erlangt hatten.

1) Bei der vollen Anwendung des Fehderechts konnte begreiflicher Weise es hierauf gar nicht ankommen, denn die Gewalt der Fehde, der Krieg als Gottesurtheil, entschied.

2) Bei dem geregelten Einwirken der Gesellschaft, im Wege gerichtlicher Verhandlung, mußte es aber allerdings einen schlagenden Unterschied machen, ob das Vergehen offenkundig, oder, nach der Sprache des Mittelalters, handhafte That war.

3) Bei Freveln gegen den Markfrieden, z. B. Beschädigung der Bäume, Verderben der Früchte, Abhüten durchs Vieh, überführte schon bei den Germanen das Zeugniß der Genossen, und wahrscheinlich reichte die Aussage von zwei Zeugen hin. Es war die Pflicht der Markgenossen, solche Frevel, die sie wahrgenommen hatten, zur Anklage zu bringen und zu bezeugen. Wir finden diese Einrichtung und Verpflichtung im ganzen Mittelalter, und bis auf die neueren Zeiten bei den Mark- und Holzgerichten<sup>1)</sup>; auch bei den So- und Freigerich-

1) Markenrechte und Willföhren der Osthevernischen Mark v. 1339. Kindl. M. B. III. 1. No. 142 „were dat, dat die scharmat einen (Markenoten) vunden mit unrecchten houwe . . . wat se dan seggen

ten, seit diese zu bloßen Rügegerichten herabsanken, fortbauern, und es ist merkwürdig, daß die Verpflichtung bei den Freigerichten, da, wo sie Criminalgerichte blieben, sich bei den geringen Freveln ganz gleich, wie bei den peinlichen Vergehen, zeigt, welches auf die früher ausgedehnte Verpflichtung der Freischöffen hindeutet \*).

4) Bei eigentlichen Friedensbruchsachen war jenes Verfahren ursprünglich schon schwieriger, wegen des den freien Germanen zustehenden Rechts der Selbsthülfe und Vertheidigung. Aber es war doch wohl ganz natürlich, daß die Versammlung, welche Klage und Antwort gehört hatte, fragte: „wer hat ihn betroffen, wer hat es gesehen, gehört?“ Es mußte sich somit auch hier ein Unterschied zwischen heimlichen, und offenbaren Vergehungen oder handhafter That bilden.

5) Wenn die ganze Gemeinde oder der größte Theil der Genossen Zeuge der That war, so ließ sich schon ein Lügner nicht denken, vielweniger noch die Zulassung zum Reinigungs-Eid. Die Gesetze brauchten dies nicht auszusprechen, es verstand sich schon von selbst, und wir erkennen diesen Grundsatz auch aus späteren Urkunden. Die Analogie des Verfahrens in Civil-Sachen stimmte hienit, wie wir oben sahen, überein.

6) Schwieriger war aber der Fall, wenn nur einige Genossen Zeugen der That gewesen waren. Bemächtigten sie sich des Thäters auf der Stelle, und führten ihn gebunden, mit den frischen Kennzeichen seiner That, in die Versammlung, so war er überwiesen, und handhafte That vorhanden. Ja sogar, wenn Ein Mann, den Friedbrecher ertappt, sich seiner bemächtigt und ihn gebunden hatte, verlor er das Recht des freien Mannes, sich durch den Eid zu reinigen. Es liegt hierin was Natürliches. Der Unschuldige, gegenüber dem Verbrecher, ist muthiger und stärker, sein Arm überwindet ihn in der Regel, und vor seinem gewichtigen Worte, vor seiner kühnen Überwin-

---

bi ehren Ehde, dat en geschadet hebbe, dar en mach nen ander Recht vor doen."

2) Vergl. Rogge, a. a. D. S. 101.

denben Stirn, entsetzt dem Thäter der Muth, zu widersprechen<sup>3)</sup>. Um die Rechte des Genossen zu ehren, und weil doch auch in dieser That des Bemächtigens eine Gewalt und ein Friedensbruch liegen konnte, mußte der Kläger mit sechs Eidshelfern schwören. Hatte dieser aber die Hülfe seiner Diener gebraucht, um des Angeklagten sich auf der That zu bemächtigen, so neigte sich, wie billig, der Glaube der Gemeinde wieder auf die Seite der Unschuld, und der Ueberwältigte durfte sich mit Eidshelfern reinigen. Hier war von keinen Zeugen die Rede, weil Unfreie gegen Freie nicht zeugen konnten<sup>4)</sup>.

7) War der von Mehreren auf freischer That Betroffene glücklich entkommen, und im Genuß seiner Freiheit geblieben, der Kläger trat aber nun im Gericht gegen ihn auf, so entsteht die Frage: Konnte er sich der übrigen Genossen, die anwesend gewesen waren, als Zeugen bedienen? Es war wohl ein natürlicher Gang, daß diese mit in der Versammlung erschienen, auftraten und sagten: „Er ist der Thäter, wir haben es gesehen, gehört.“ Schon das mußte den Angeklagten; den Genossen eines freien, unverdorbenen Volkes entmuthigen. Gewichtsvol waren doch solche Stimmen. Wer wollte wohl noch für ihn schwören! So mochte dann das Gewicht der Zeugen gewöhnlich über die Wahrheit entscheiden, ohne daß man daran dachte, einen förmlichen Zeugenbeweis über das alt herkömmliche Recht

3) Wir brauchen daher nicht mit Rogge S. 188 bei diesem Falle den Glauben an ein Gottesurtheil zu erwähnen. Wir dürfen uns aber auch keine in unsern oft mattherzigen Criminalverhören zugefügte, moderne Gaunet denken.

4) Rogge S. 188 sagt: „Wer daher durch mehrere Männer bezwungen und gebunden eingebracht wurde, den ließ man, wie jeden andern Angeklagten zum Reinigungsseide. Das Ges. aber (L. Rip. T. 41 c. 1.) welches zuvor sagt: „Si quis ingenuus ingenuum figaverit,“ drückt sich im gegenwärtigen Falle so aus: „sed si unus homo cum satellitibus suis hominem ligaverit“ etc. Diese satellites sind offenbar keine ingenui, es würde sonst kein Sinn darin liegen, denn mehrere ingenui mußten nothwendig größeren Glauben haben, als ein Einziger. Rogge schließt daher ferner mit Unrecht, daß offenbare oder handhafte That nur dann da gewesen sei, wenn die ganze Gemeinde ihn ertappte, oder die, welche ihn ertappten, wenigstens die ganze Gemeinde vorstellten; es würde also der, der von mehreren Genossen vor Gericht geführt wurde, sich noch haben reinigen dürfen, welches aber unmöglich der Fall sein konnte.

des Angeklagten, sich mit Eideshelfern zu reinigen, zu stellen, um so mehr da das Fehderecht noch immer im Hintergrunde stand. Indem man also den Reinigungs-Eid neben dem Recht, mit Zeugen aufzutreten, bestehen ließ, kann man nicht sagen, daß keine Zeugen selten zugelassen, und in der Versammlung gehört worden, sondern man beharrte bloß beim alten Herkommen, das nur unter solchen Genossen sich erklären läßt. Wo der Eid mit Eideshelfern einmahl in die Sitte und Denkart eines Volks verknüpft ist, da vermengen sich leicht die Begriffe von Zeugen und Eideshelfern, und es ist denkbar, daß ich in irgend einem Falle sechs Eideshelfern mehr glaube, als drei Zeugen. Denn konnte ich mich losschwören gegen Einen, der da sagte: Du bist der Thäter, ich habe es gesehen; warum sollte es nicht auch gegen zwei oder drei geschehen können, wenn die Bürgen meiner Unschuld sich zahlreich neben mich stellten, und dem Einen so wenig glaubten, als den Dreien! Der Fall ist wenigstens leicht möglich, daß, wenn auch einige auftraten, und die That bezeugten, der Angeklagte doch Genossen genug fand, die von der Unschuld ihres Freundes so fest überzeugt waren, daß sie an die Wahrheit der gegentheiligen Behauptung nicht glaubten.

8) Aber der Fall, wo Eideshelfer gegen Zeugen auftraten, mußte natürlich selten sein, und man mochte lange kein Bedürfniß einer Abänderung, und keine Mangelhaftigkeit verspüren; auch konnte unter echten Germanen das Nebeneinanderbestehen so collidirender Rechte kein Aufsehen erregen. Aber mit der Zeit, wo der Sinn echter reiner Wahrheitsliebe und ungetrübter Freiheit mehr und mehr erlosch, konnte es nicht fehlen, daß Inconsequenzen eintraten, und die Zeugen zum Mißfallen der Versammlung oft auf eine leichtsinnige Art durch den Schwur der Eideshelfer compromittirt wurden.

Das erste Mittel, was man dem Geist des Verfahrens gemäß, und germanischen Grundsätzen treu, diesem Mißbrauch entgegen setzen mochte, war wohl, daß man den Reinigungs-Eid des Angeklagten nicht unbedingt zuließ, sondern dem Kläger gestattete, die Eideshelfer desselben durch eine größere Zahl zu überbieten, wodurch nun begreiflicher Weise der Glaube an

Schuld oder Unschuld auch in der Form des Verfahrens bern. higt wurde.

Das zweite Mittel, welches wohl hauptsächlich durch Einwirkung der christlichen Kirche entstand, die den Eid höher und wichtiger nahm, und bei dem leichtsinnigen Schwören der Eideshelfer bedenklich war, bestand in der gesetzlichen Bestimmung, daß bei dem Zeugniß von drei oder vier echten Genossen der Reinigungs Eid mit Eideshelfern ganz unzulässig sein sollte<sup>5)</sup>. So wie aber die Spur dieser gesetzlichen Bestimmung selten ist, so findet sie sich noch seltener in der Anwendung, und bei dem, was wir oben von den Femgerichten entwickelten, hat es sich bewiesen, daß in Sachen namentlich eine solche Bestimmung keinen Eingang fand, daß vielmehr höchst muthmaßlich nur dem Kläger frei stand, den Angeklagten mit Eideshelfern zu überblethen.

9) Handhafte That oder offenkundiges Verbrechen ist also, im Gegensatz des heimlichen, dessen Wahrheit nur auf dem Eingeständniß, und dessen Nichtvorhandensein auf dem Reinigungs Eid mit Eideshelfern beruht, ganz klar dasjenige, welches durch Zeugen kann erwiesen werden; entweder durch die ganze Gemeinde, dann fand gar kein Widerspruch statt, oder durch einige Genossen, dann nur unter den oben entwickelten Modificationen<sup>6)</sup>. In der Form des Verfahrens änderte dies aber

5) L. Al. T. 42. c. 1. „Si quis interpellatus fuerit ante iudicem de qualibet causa, quod jam manifestum est tribus vel quatuor testibus, aut de homicidio aut de furto, aut de aliquo neglectu, quod illi testantur, qui boni testimonii sunt in plebe, non perjuratores, nec fallaces, nec pecuniarum acceptores, sed veritatem volunt dicere, cognoscat hoc iudex, quod tunc licentiam, ille homo qui mallatur ante eum, de causa illa potestatem jurandi non habeat, sed sicut lex habet: in hoc iudicio persolvat, ut propter suam obsequiam alii, qui volunt dei esse, non se perjurent, nec propter culpam alienam semet ipsos perdant.“

6) Rechte der Stadt Medebach v. 1165 bei Rindl. M. B. III. 1. „Qui autem pugno vel baculo aliquem leserit, vel percusserit, quod sanguis erumpit, si veraces homines presentes sunt, qui dicunt, eum esse reum, virgis verberabitur . . quia pacem Dei violavit: si in nocte contigerit, quod presentes non sunt, quibus credatur, si percussor de hoc incusatur et negaverit, manu duodecima se expuret.“ Die Statuten der Städte sind überhaupt sehr wichtig, indem sie manches alte Gewohnheitsrecht zuerst aufzeichnen.

nichts. Die Zeugen schwuren eben so mit dem Kläger, wie die Eideshelfer mit dem Angeklagten. Der Richter leitete kein Beweisverfahren ein, und inquirirte nicht auf die Wahrheit der Aussagen, auch brauchte er nicht das Gewicht einzelner Zeugen-Aussagen mit der Klage und Antwort abzuwägen; die Form gab ihm Alles 7).

10) Bis auf Karl den Großen hatte sich zwar in diesem Theil des Processes, so wie im Verfassungswesen überhaupt, begreiflicher Weise Manches geändert, und Geist und Sitte hatten in den verrückten Formen freier Staatseinrichtung bedeutend in ihrem Wesen verloren. Vor allen Dingen mußte der Einfluß des Christenthums von großer Wirkung sein, und eben so konnte die Karolingische Verfassung im Ganzen nicht ohne große Einwirkung bleiben. Aber so wie Karl die germanische Volkseinrichtung nach ihren festgewurzelten Prinzipien noch meist rein vorfand, so hütete sich auch dieser kluge Regent wohl, mit seinen Gesetzen in das innerste Leben des Volks einzugreifen; allerdings war er aber thätig, da, wo der Geist der Zeit schon vorbereitet hatte, nachzuhelfen, und durch das Volk selbst zu wirken. Es ist historisch gewiß, daß er den Germanen, und namentlich den Sachsen ihre Gesetze, und ihr an Sitte und Gewohnheit festgeknüpftes Verfahren ließ; es war daher unmöglich, im Einzelnen directe Abänderungen zu machen, und so können wir namentlich keine Spur entdecken, daß er in der Form der Beweise bei Friedensbruchsachen etwas geändert hätte, wiewohl er durch seine Beamten höchst thätig in der Aufsicht über das Verfahren war 8). Diese äußerte sich namentlich dadurch, daß

---

7) Es fehlte also dem germanischen Prozeß in Friedensbruchsachen nicht gänzlich an Zeugen, und es konnte allerdings von bedeutender Wichtigkeit sein, wenn der Kläger Zeugen hatte. Nur mit diesen Modifikationen treten wir den so neuen als scharfsinnigen Sagen, welche Rogge aufgestellt hat, bei.

8) Sehen wir doch noch lange nach Karl das alte Verfahren fortbauern, den Reinigungsseid mit Eideshelfern, und die Ordsallen in ihrer finsternen Gestalt. — Welch ein Grauen überfällt uns, wenn wir in einer Urkunde aus dem Ende des 10ten Jahrhunderts lesen, daß ein Civilstreit über Zehnten dadurch entschieden wird: „ut ex utriusque parte candenti ferro per duos homines veritas discernatur



er es den Richtern zur Pflicht machte, auf die Unbescholtenheit und Wahrhaftigkeit der Zeugen zu achten, sie zu prüfen, Fragen an sie zu stellen, und sie selbst zu berufen, ja die treuesten und besten im Gau zu erwählen und anzustellen, um Zeugniß abzulegen, nämlich über Alles, was zur Wissenschaft der Genossen durch die Volksversammlung und durch das gemeinsame Leben kommen konnte und mußte, z. B. Eigenthum, Grenzen, Freiheit <sup>9)</sup>. Auf das Institut der Eideshelfer konnten natürlich solche Anordnungen nicht gehen <sup>10)</sup>. — Wenn aber Karl die Schöffen anstellte, verpflichten ließ, und zur Anklage verband, so mußte nicht nur die Anklage selbst ein höheres Gewicht haben, sondern es mußte auch eine Beweiskraft vorhanden sein, die dieser Maßregel Nachdruck gab. Diese lag nun wahrscheinlich in dem Zeugniß einiger Freischöffen bei handhafter That, und wenn dies wenig Aufsehen machte, so sieht man daraus, daß der herrschende Geist schon geneigt war, der sinnlichen Wahrnehmung einiger unbescholtenen Männer und ihrem Ausspruch das wankende und täuschende Recht des Angeklagten, mit Eideshelfern zu schwören, aufzuopfern.

---

... quod dum coram amborum advocatis factum fuisset, uterque caritatem adeptus est.“ Kindl. M. B. III. 1.

- 9) „Si causa vel intentio sive controversia talis inter partes propter terminos aut confinia regnorum orta fuerit, quae hominum testimonio declarari vel definiti non possit“ etc. Cap. a. 806. *Bal.* I. p. 444.
- 10) Cap. de 805. Cap. a. 808 c. 3 und Cap. a. 812. c. 3. Wir können Roggen (a. a. D. S. 240) nicht beipflichten, wenn er glaubt, diese Gesetzesstellen redeten von Eideshelfern, Karl habe das Institut der Eideshelfer in Schiedsleute verwandelt, die Eideshelfer seien nur noch im Nothfalle vorgekommen, wenn die erwählten Schiedsleute aus Mangel wirklicher Zeugen oder anderer Beweismittel keinen Ausspruch wagten, und er habe hiedurch den Grund zu einem ordentlichen Beweisverfahren gelegt. Karl würde hiemit, was er nie gethan, den ganzen Prozeß umgestoßen haben. Eine aufmerksame Prüfung der erwähnten Stellen ergibt aber, daß gar von Eideshelfern nicht die Rede ist, sondern von Zeugen und solchen Civilgegenständen, worüber immer die Mitglieder der Genossenschaft auszusagen vermochten, wie z. B. Besizstand, Eigenthum und unvorordentlicher Besiz. Da konnte der Richter allerdings die Zeugen selbst berufen und wählen, prüfen und anstellen. Auf die Zeugen und Eideshelfer in Friedensbruchsachen war jeder Einfluß unmöglich, und nirgend ist er auch ausgesprochen. Gerade das Cap. v. Ludwig d. Fr. v. 829. c. 6. beweist, daß man jetzt schon strenger testes und

11) Die Prinzipien des alten Prozesses verzweigten sich tief in das Mittelalter; je mehr sie aber in der veränderten Zeit und Verfassung des Volkes unhaltbar und unzureichend wurden, desto größer wurde die Verwirrung im Criminalverfahren. Der Sachsenspiegel, so wie andere Urkunden der Geschichte, zeigen uns eine Hinneilung zum ordentlichen Zeugenbeweis, daneben aber das Recht des Freien, sich mit dem Eid zu reinigen <sup>11)</sup>. Daher ist das Hauptbestreben dahin gerichtet, das Ergreifen auf handhafter That zu constatiren. Der ergriffene Verbrecher muß daher sofort vor Gericht geführt und mit Zeugen überführt werden. Hat man einen Verbrecher gepackt, so ist es natürlich, daß man Hülfe ruft, und eben so, wenn man den Ergappten verfolgt. Jedes Gemeindeglied ist verpflichtet, auf diesen Ruf Hülfe zu leisten. Dieser Ruf (Geräusch) wird der Anfang des Processes, und bildet sich zur feststehenden Form aus <sup>12)</sup>.

---

conjuratores unterschied. Ein Mittelbing konnte und wollte aber Karl nicht schaffen.

11) „Si de hoc duorum proborum virorum testimonio convinci poterit, pena punietur supradicta. Si vero, deficiente probatione se voluerit expurgare, se assumptis sibi sex viris ydoneis expurgabit.“ Bündniß Westph. Städte v. 1252. *Hüberlin, Anal. p. 231.* „Item wert Sake dat eyn Borgher mynsbede in eynigher düfte off yn anderen Saken, dey en schenden mochten, der mach sych entschuldigen myt syner Pant, allenne ten were so vele, dat dat düfte gut off ander ovel gewonnen gut yn syner Gewalt gevonden worde off yn syner besyttynge.“ Freiheitsbrief der Stadt Eünen v. 1341. *Ereinen, Westph. Gesch. IV. S. 237.*

12) Nach den Statuten des peinlichen Gerichts zu Wigenhausen aus dem 16ten Jahrhundert soll der Kläger eines Todtschlages zum Richter kommen, und schreien: „Heil obir (heil all, Heiler, hey al ubir) R. der unsern lieben bruder R. erworgt, und vom leben zum tode bracht hat.“ In ganz Hessen war dieser Ruf gebräuchlich; an andern Orten fing er wohl an mit „Tobute, Wapen, Brack, Wach, Weh, Haro, Zetter. Kopp, (v. d. Hess. Ger.) Urk. No. 116. — *J. W. Hoffmann, observat. Jur. Germ. I. c. 12.* — Daß der Prozeß beim Ergreifen auf der That beinahe der Einzige war, zeigen viele Statuten. *Log. Gosl. bei Leibnitz S. R. B. III. p. 499.* „We enen misbedigen man well uthwynnen, de schall öne gebunden mit Gescrey vor Gerichte bringen, unde öne umme de schuld beklagen.“ In einer Ladung des Vografen zu Soest v. 1482, steht der singuläre Ausdruck: mit dem Schwerte beschreien. „Wettet Hinrich von Stenvorde, dat uch Johan van Iunen gnant Ulenpeggel, mit dem Swerde beschryen, ind mit deme lantrechte volgen volde“ u. s. w. *Hüberlin, Anal. p. 447.*

Aber in der fortschreitenden Anarchie und Verwirrung des Mittelalters machen:

- a) die, welche Gewalt, Wehr und Schutz haben, kein Geheimniß mehr aus einem Friedbruch; sie trugen dem Kläger und dem Gerichte, und sühnen sich höchstens wieder aus, und, verrichteten eine fromme Handlung, um ihr Gewissen zu beruhigen. So ist der Zustand meist auf dem Lande, das die Ritter von ihren Burgen beherrschen; hier ruht die Criminal-Justiz, und nur das Femgericht Westphalens ist allein im Stande, Verbrecher zu schrecken, und ihrer mächtig zu werden.
- b) Die, welche ohne Gewalt, Hülfe und Schutz sind, treiben ihre Thaten desto geheimnißvoller und verborgener. Werden sie nicht auf der That ertappt, und mit Geschrei vor Gericht geführt; so haben sie gute Ruhe; denn wie leicht ist es ihnen, sich zu verbergen in jenen großen Gewerbreichen Städten des Mittelalters, wo viel Volk sich bunt umhertreibt, wo keine Polizei die Herbergen controlirt, Indicien sammelt, und Verbrechern aufslauert, um sie zur Untersuchung zu bringen. Wer will da klagen und zeugen, und Eideshelfer suchen, wie in der alten Gemeinde der Genossen? So wie daher Diebe, Gauner und anderes Gefindel einen sehr freien Spielraum hatten, so sahen doch die Raths- und Schöffen-Collegien der Städte sich in großer Verlegenheit, wie sie der Criminal-Justiz aufhelfen, und die öffentliche Sicherheit befestigen wollten. Während die Theoretiker in Römischen und Canonischen Rechts-Prinzipien studirten, um ein Verfahren zu ergründen, griffen Jene zu einem Akt reiner Willkühr. Sie richteten den, der nach der Meinung der Meisten unter ihnen, der That verdächtig war, und ohnehin im üblen Geruch (Leumund) stand, ohne Klage, ohne Untersuchung und ohne Beweisform<sup>13)</sup>, und viele Städte ließen sich sowohl über dies Ver-

---

13) Noch 1496 beschwert sich das Reichskammergericht beim Reichstage, wie täglich Klagen eingingen „daß sy leut unverschuldt on recht und redlich Ursach zum Tode verurtheylen und richten lassen haben sollen.“ R. Samml. der R. A. I. 2. S. 46.

fahren kaiserliche Privilegien geben, als sie auch durch solche die Befreiung von der Form erlangten, den Ankläger durch sechs Eideshelfer (Ueberstebenen) überzeugen zu müssen<sup>24</sup>). Nicht überall und namentlich nicht gegen angefangene Bürger griff man jedoch zu solchen barbarischen Mitteln; aber das Absterben und Verfluchen der alten Formen ist hier noch weniger tröstlich. Schon aus dem Gegensatz der handhaften That und des Gerüchtes, sehen wir die Verlegenheit, mit der man den des letzteren Bezüchtigten behandelte. Wir sehen beim Mangel eines Anklägers das schwankende Auftreten des Richters, der noch keine förmliche Untersuchung zu eröffnen wagt, neben der Entstellung des alten Reinigungseides, die Schwäche der Criminalgerichtsbarkeit überhaupt; alle Beweismittel des inquisitorischen Verfahrens vermochten nichts, wenn der Angeschuldigte nur Freunde hatte, die sich für seine Unschuld verbürgten; dennoch Willkühr des Richters auf der einen und große Schwäche auf der andern Seite<sup>25</sup>).

14) Durch ein kaiserl. Privileg von 1498 wurde im Rimbürgischen das Ueberstebenen abgeschafft „und weil dardurch das ubel ungestraft bliebe: so haben kaiserliche Majestät diese Gewonheit abrogiret, uff das das ubel gestraft, der gemeine Rug besordert, und den rechten sein lauff gelassen werde, und auf wahren schweb, gichtigen Mund oder Beumuth, und ihr selbst Bekentnuß richten und strafen und die Uebelthäter ferner zu überstebenen nicht schuldig seyn sollen.“ *Blaschhoff, Diss. de usu VII. sacramentalium etc. Arg. 1716.*

15) Alles dies belegt uns eine dem Rath zu Dürerstadt gegen die Ritsche des 15ten Jahrhunderts ertheilte Rechtsbelehrung bei Wolf, *Sächselsb. urk. - Buch. S. 125.* „Ist ein Gerochte von eyner Overtredunge von eyne, dy he schullen began hebben, ist deme dat operbar, dat soll gerochte unde böse lummet von ome ist, bo he wonet, so he seet des entslaen so dat he swere, ist he unschuldig, dat he des nicht gedan hebbe, so mot he ok dat to bringen dre syner Rebern, ebdre vire eber sebene in großer Overtredinge, dy da sweren, dat se gloven dat he recht gesworen hebbe, dat nennet man Purgationem infamio. Sol geit he umgebet von den Richtern in rechte. Were et ok, dat de angelangebe nicht beruchtiget were, unde dy Richter alleynne dat Spreitgen velleichte dat he gerne eyne Bote hebbe, so moeste he seet vorantworden so, und hiben dy Artikel seynre Overtredunge, dy he solbe gedan hebben, besweren, it solbe seet nicht finden in Warheyt, dat he so verleumet wer in solchen Saken, so moeste dy Richter tobringen met redeliken Lügen der in Rechte gnuch were, dat dy so vorlammet und berochtiget were. Brochte dy Richter des so nicht to, so were

Wie sich nun das Verfahren mehr und mehr dem inquisitorischen näherte, traten die schreienden Mißbräuche der Tortur ein, und die Verwirrung war wirklich aufs Höchste gestiegen, als die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. dem Umwesen ein Ziel setzte. Das oben geschilderte Verfahren der Willkür wurde häufig die *Feme* genannt, weil man von den Femgerichten Westphalens nur die Kraft und den Nachdruck kannte, mit dem sie bei allgemeiner Erschlaffung das Richteramt gehandhabt hatten, ohne sich um die Mittel und Formen zu bekümmern, wodurch sie ihre Würde und Macht erhielten.

12) Während so die Criminalgerichte Deutschlands durch die veränderte Zeit, und das Aufgeben alter Formen, an deren Stelle sie nichts Neues zu setzen wußten, sich theils in höchste Verlegenheit gesetzt, theils durch diese wieder zu groben Irrthümern verleitet, und auf Abwege geführt sahen, fuhren die Femgerichte weit besser, indem sie mit größter Consequenz überall dem alten Verfahren mit großer Strenge treu blieben, und das Herkommen, wie ein Heiligthum, hegten. Das wichtigste Zeichen ist schon das, daß die Urkunden in dem Beweis und in dem Verfahren keinen Unterschied zwischen Zeugen und Eideshelfern ausdrücken, und die Eideshelfer fast immer Zeugen nennen<sup>26</sup>). Die Zeugen müssen

---

he forder dem Richter nicht plichtich in den Saken to antworben eber to boten. Brochte aver dy Richter to med genuchstifter Bewisunge dat dy, so med solken Overtrebinge also he ome schult giff berochtiget were, so moeste dy berochtiget were, Spreken wedder dy getügen, se werren syne vigenbe, eber scholben in rechte nicht getügen sin dorch overtredung, dy si viellichte gedan hebben, eber weren in deme Banne, so moeste dy Getügen oek seggen von wems dat geröchte were upkomen, benne dy syne vigenbe eber Overtreder, so hebbe soll geröchte von dm komen nyne machte, dat mon on darumme boten scholde. Were aber soll Geröchte to gebracht med solken Tügen, dy man nicht vorlegen kunde, und dat oek soll Geröchte von rebedeliken luden upkomen were, dy man oek nicht vorlegen möchte met rechte, so moeste dy berochtiget were, sweren also vor he were der schult unschuldig, he hebbe der nicht begangen und syne Getügen dre eber sijnffe eber se vone moesten sweren, dat se gloveden, dat he beß nicht gedan hebbe. Wan he dat so darbe und kunde gedan, so ging he von deme Richter in rechte ane Bote, kunde he aver der Getügen nicht so gehebben eber were kundlich war, dat he schuldich were an der Overtrebinge, so moeste boten na Gnaden unde Rebedelichent. In Bote schal man Warmherdichent bewisen."

16) Daher das Mißverständniß Rapps und Bercks, als ob es zwei-

dieselben Eigenschaften haben wie die Eideshelfer <sup>22)</sup>, und die Form des Eidschwurs ist dieselbe, die wir oben beschrieben haben, und die einen Gegensatz zu dem schon überall eingeführten gemeinrechtlichen Verfahren bildet.

Der Prozeß des Semgerichtes unterschied nicht bloß, wie das gemeine Recht, die handhafte That und leibliche Beweisung vom gewöhnlichen Anklageprozeß, sondern er erhielt theils die Spuren des ursprünglichen Verfahrens genauer und strenger, theils bildete sich in ihm der Gang, in Folge der veränderten Zeit und Verfassung in einer ganz anderen Richtung aus:

- a) Schon in der Sprache drückt sich ein höheres Alterthum aus: die Weisthümer der Freischöffen erklären nicht, wie der Sachspiegel, was handhafte That und leibliche Beweisung sei, sondern die uralten, ererbten, bildlichen Worte: Hebende Hand, blinkender Schein und gichtiger Mund, sagen ihnen Alles, und erschöpfen auch jede Erklärung. „Mit hebender H. b.“ bezeichnet recht den Augenblick, wo Einer auf der That betroffen wird, die Hand noch gehoben, die das Verbrechen thut. „Blickender Schein,“ genügt für alle Zeichen der That des auf der Flucht Ergriffenen, das blinkende, blutige Schwerdt, die Waffe, das blinkende Gold, das entwendet. „Gichtiger Mund,“ das eigene

---

selbst sei, ob die Zeugen hätten da veritas schwören müssen. Wenn die Dortmunder Weisthümer sagen: „Sie sollen die Unthat selbst mit ihren Augen gesehen, oder mit ihren Ohren gehört haben.“ (Senck. C. J. G. I. p. 114), so kann uns dies nicht irre machen, denn es ist, wenn wir das Ganze nicht als einen Satz späterer Jurisprudenz nehmen, begreiflich nur von wirklichen Zeugen bei handhafter That die Rede.

- 17) Die Dualität eines Freischöffen begreift schon Alles; das ausgebildete Gewohnheitsrecht des berühmten Dortmunder Freistuhls schreibt aber vor: „Die Zeugen, die da schwören, sollen Alle echt und recht und unversprochen alles Rechtes sein, nicht eigen oder meineidig, nicht unehelich geboren, nicht in Acht oder Bann, und das sollen sie selbst sieben beweisen, wenn sie darum angelangt werden. Sie sollen auch schwören, daß sie nicht um Geld gemietet sein, oder Thun, durch Gunst oder Ungunst, Reid oder Born, oder auf schlechte Worte und Vorbringen anderer Leute oder durch Zwang. Sie sollen auch nicht Spilleute, noch Scholderer, noch offenbare Spilleter sein, sondern echt und Recht.“ Senck. C. J. G. I. p. 114.

Bekenntniß, oder prahlende Geständniß des Thäters, das hinreicht, jeden Widerruf unmöglich zu machen.

b) Drei oder vier Zeugen gehörten zum mindesten dazu, die That für erwiesen zu achten <sup>18)</sup>. Wir haben oben bereits entwickelt, daß gegen diese ursprünglich der Angeklagte mit Eideshelfern auftreten konnte, in so fern es zum ordentlichen Prozeß kam,

c) Nach gemeinem Recht wurde nun der auf handhafter That Ergriffene mit Gewalt und lautem Ruf vor Gericht geführt. Dies mußte beim Femgericht wegfallen, als natürliche Folge des Zusammenschmelzens der Genossenschaft und ihres Gerichtsbezirks, da sich das Placitum, das offene Ding, in ein gebotenes, heimliches Gericht verwandelte, und ein Bund hinzukam, der nothwendig nach andern und kräftigern Mitteln streben mußte. So bildete sich das einer durchaus veränderten Zeit und Kultur furchtbar erscheinende Verfahren aus, wornach die Freischöffen, die den Verbrecher auf handhafter That ergriffen, wenn ihrer zum wenigsten drei oder vier waren, also Ankläger und Zeugen, ihn sofort richteten <sup>19)</sup>, d. h. ergriffen, vernahmen, das Schuldig aussprachen, und ihn an den nächsten Baum hängten. Ein solches Verfahren konnte als gerichtliche Prozedur nie institutirt werden; wenn wir aber noch das innige Band der Genossenschaft der Freischöffen erwägen, so leuchtet uns die Vertognschaft mit dem Verfahren der Germanen, bei der Selbsthülfe, Rache und Fehde, ein. Was aber ursprünglich ein Recht der freien Genossen ge-

18) Die in die Geseze aufgenommene alte Gewohnheit documentirt sich hierin. So wie das oben Note 5., allegirte germanische Gesez sagt: „quod manifestum est tribus vel quatuor testibus“ etc. so erklärt das vor Kaiser Ruprecht ausgesprochene Weisthum v. 1405: „den mögen 3 oder 4 oder mehr F. G. mit der frischen thatt und an der stadt zu stundt wol verkunden,“ u. s. w.

19) Wir können also nicht mit Möser sagen: „Der Femrichter(?) hatte auch die Vollmacht eines Generalgewaltigers bei der Armee, der die Thäter auf der That hängen läßt. Diese seine Befugniß, welche vielleicht ebenfalls im Kriege ihren Ursprung genommen,“ u. s. w. Den. Gesch. I. S. 263.

wesen war, konnte sich in so später veränderter Zeit nur als Bundespflicht regeneriren,

- d) Hieran schloß sich nun das Verfahren ohne Ladung und Gehör, gegen den auf der That Erkappten, wenn er entrennen war, und angeklagt wurde. Es war natürliche Folge, daß ein Späher in der Regel nicht erschien, denn was blieb ihm für Hoffnung? So erachtete man die Ladung endlich für überflüssig, und sie unterblieb <sup>20)</sup>. Der damalige Geist der Zeit fand darin nichts Auffallendes. Auf Einreden, Milderungsgründe, Motive, Gegenbeweise kam es ja gar nicht an, das Ja der Zeugen erschöpfte That und Schuld. Auf Zurechnung und Abwägung der gesetzlichen Strafe kam es noch weniger an, es gab nur Eine, das Aufhängen. Wenn daher auch die Juristen gegen ein solches Verfahren angingen, mit Geschrei sich aufzulehnen, so antworteten die Freischöffen doch, auf die Wahrhaftigkeit ihrer Genossen bauend, mit Ruhe:

„Man spricht, man soll Niemand ohne Urtheil tödten; das ist wahr, es sind aber Sachen, die von Natur ihr Urtheil eingeschlossen in sich tragen, als hebende Hand, gichtiger Mund und blickender Schein.“ <sup>21)</sup>.

Daß dies Verfahren sich auf Genossen erstreckte, verhehlen uns die Urkunden nicht; denn die Dortmunder Weistümer, welche sagen, daß man sich gegen sieben Zeugen, mit vierzehn schützen könne, und daß das meiste Zeugniß das mindere niederlege, fügen hinzu: „ausgenommen eines Freischöffen Leib, denn handhafte That ist die höchste Bezeugniß über jedes Mannes Leib <sup>22)</sup>.“ Hier ist also auch die Identität des Ausdrucks Zeugen für Eideshelfer, und der Vorzug des Beweises durch Zeugen vor dem Schwur mit Eideshelfern klar ausgesprochen.

20) „referentes iudicio accusant, probantque, ut eis mos est; ... Reus ignarus suae damnationis ubicunque repertus fuerit. supplicio afficitur.“ *Aen. Sylv. de et. Eur. sub Frid. III. ap. Freh. S. R. G. II, p. m. 126.*

21) *Hahn. Coll. mon. II. p. 602.* Der Herausgeber hat sich nicht gescheut, für hebende Hand, „hebender Hund“ drucken zu lassen.

22) *Sonckenb. C. I, G. I, p. 125.*



e) Das Verfahren und Richten bei Leumund oder bösem Gerücht ist mit dem Verfahren der Femgerichte bei handhafter That gar nicht zu verwechseln, wiewohl viele dies gethan haben<sup>23)</sup>. Verdacht begründete keine Klage, sondern feste Anschulldigung, denn der Kläger mußte zum Eid mit seinen Eideshelfern bereit sein<sup>24)</sup>. Auf Gerücht und Ruf kam es daher so wenig an, daß selbst der beste Ruf nicht schützte; denn als Kaiser Ruprecht jenen Freiherren die Frage vorlegte, ob es einen Verfeimten nicht schütze, daß er als ein frommer Mann bekannt sei, und in gutem Rufe stehe, antworteten sie: „Wer Verfeimt ist, nach Freistuhls-Recht, dem hilft nicht frommi sein!“

Die bisherige Darstellung hat wohl jede Idee von inquisitorischem Verfahren, die man bisher immer hegte, genügend widerlegt. Die Stellung des Richters ist klar; er durfte nirgend eigenmächtig, ohne Begehren und Antrag des Klägers handeln<sup>25)</sup>. Fest und ruhig stand er auf seinem Platz, und repräsentirte die richterliche Gewalt und die Würde des Rechts,

23) Unbegreiflich ist es, wie Kopp (v. d. heiml. Ger.) S. 169 sagen kann: „Die Femgerichte verfuhrn von Amtswegen gegen einen Berührigten, und nicht nach dem alten Sprüchwort: Ohne Kläger ist kein Richter. Es gab also auch Femgerichte außer den heimlichen Gerichten in Westphalen.“ — Die Arnsh. Ref. sagt: „würde aber mit freymbruch jemand berichtigt oder berebt, und der also berebt, oder besagt wurde, des freymbruchs nit bekant wer, und auch in handhafter datt mit blickenden schein nit begriffen, noch gehandhabt worden wer, so sol man in nit dötten um des ongerichts von schlechter berebung wegen, sonbern man mag in umb solich an gerichte mit recht anlangen nach ordnung freynstulsgerichte und der heimlichen beschloffen acht.“ Senck. C. J. G. I. 2. p. 112.

24) Wie auch die Freigerichte in der Folge der Zeit oft confus wurden, erhellt aus Folgendem: — Im J. 1541 wurde Urtheil gewiesen beim Freistuhl zu Soeling in der Freigravschafft Heiden, „daß der, welcher besamt oder berührtigt wäre einer Sache, die Strafen- oder Mühlen kundig, sich der Sache mit zweien seiner Nachbaren, die unberührtigt wären, entschlagen müsse.“ (Handschrift.)

25) Dortm. Weisth. bei Senck. C. J. G. I. p. 110. Weisth. bei Hahn l. c. „Der Freigraf soll nicht darauf dringen, Jemand weiter zu seinem Recht zu helfen, als durch Urtheil und Recht, darzu soll er unbezungen und ungebrungen gewonnen werden, als recht ist und wohlgebrähet.“ Senck. Epist. de Jud. Westph. ap. Freher. de sac. Jud. p. 145. sagt: „Ipsa processus forma brevissima: Nec multum a Processu inquisitorio in haereticos diversa.“ Man hat daher den Ursprung sogar dem

Daß aber ein solches Verfahren, im 15ten und 16ten Jahrhundert, seit allen Veränderungen der Zeit, und den großen Bewirkungen, die in das Criminalverfahren gekommen waren, befremden, und in seinen alten Formen, die durch Bundesgesetze zu einem Heiligthum erhoben wurden; geistermäßig die Zeitgenossen ansprechen mußte <sup>26)</sup>, kann nicht befremden, und wird noch weniger auffallen, wenn wir die Erscheinungen des folgenden Kapitels betrachten:

## Behtes Kapitel.

Verfahren gegen Nicht-Genossen oder Unwissende.

Daß dies Gericht ursprünglich nur für freie Genossen sich versammelte, und über sie Urtheil sprach, ist nothwendig, und geht aus der früher entwickelten Geschichte desselben so klar hervor, daß es keiner weiteren Ausführung bedarf. Als ein Beweisgrund läßt sich auch anführen, daß es weder gerichtlichen Zweikampf, noch etgentliche Ordballen kannte. Freilich waren beide germanische Institute in der Zeit, wo die Urkunden uns das Verfahren des Femgerichts darstellen, schon ziemlich aus der Sitte und Rechtsgewohnheit verschwunden, und der Zweikampf oder die ritterliche Fehde des Mittelalters war in die Stelle des alten ganz das von verschiedenen gerichtlichen Kampfes getreten <sup>1)</sup>. Aber die

---

Regerverfolger Conrad von Marburg zugeschrieben: Kopp und Wert haben noch Kapitel vom inquisitorischen Verfahren des Femgerichts, in denen doch nichts Inquisitorisches vorkommt. Der Freigraf sollte auf die Beweise nicht einmal wirken. Wenn er Jemand verurtheilen will, soll er nach der Kröb. Ref. Niemand dazu bringen, noch gebieten, Folgung zu thun (Eideshülfe), sondern der Kläger soll seine mitbringen, sein Recht zu vollführen.

26) „Es sollte sich aber ainer ob diesem haimblischen Westphälischen Gericht, und seiner Ordnung nicht wenig entsetzen, und verwundern, daß sie so mancherley feltzame Wort und Gebreuch gehabt haben, und daß sie sich selbst viel besser und gerechter dann andere Personen, so Rat und Gericht befehen, geacht und gehalten haben.“ Gerichtsordnung von 1546. M. Freher, Comment. p. 169.

1) Diese Fehde erscheint als Auflehnung gegen die gerichtliche Gewalt. Im Jahre 1473 war EINHARD von Stein wegen Injurien belangt. Er erbot sich dem Kläger zum Kampfe, und will es als ein frommer

Debatten existirten doch noch gleichzeitig, und das Femgericht ignorirte sie, zum Beweis, daß hier nur freie Männer auftraten, bei denen schon unter den Germanen die Debatten nicht zur Anwendung kamen. Folge des Bundes, und Beweis größerer Aufklärung war es aber, daß die Freischöffen es nicht einmahl achteten, ob der Angeklagte schon vor einem andern Gericht sich durch ein Gottesurtheil gereinigt hatte, vielmehr es zugaben, ihn noch zu überzeugen und zu richten. Sie standen somit über ihrem Zeitalter, und mußten die Debatten für trügliche Mittel erkennen \*).

Wie nun die Femgerichte vermöge des Bundes ihre Competenz auf alle, auch außerhalb Westphalen wohnende, Freischöffen, die sich ihnen unterworfen hatten, erstreckten, fand dies eher Anerkennung, als die Ausbreitung ihrer richterlichen Gewalt über Nichtgenossen, die sie sowohl vermöge des Bundes handhabten \*) als in der Eigenschaft von kaiserlichen höchsten Gerichten vertheiligten. Kaiser Ruprecht legt noch die Frage vor: ob ein Schöffe, der Einen, welcher nicht Schöffe sei, vor einen Freistuhl lasse hellschen, darum schuldig sei, daß er solche Ladung gethan habe? die Freigrafen antworteten: darauf sei nichts zu sagen, zu fragen, noch zu schreiben, und liege daran kein Noth, die Stühle und Gerichte seien frei. In der Frage liegt die Nichtanerkennung; und die Antwort ist, wenn gleich determinirt genug, doch ausweichend, und den Grundsatz nicht so fest aussprechend, wie selbst spätere Reformationen es thun. In der folgenden herunter gestimmten Frage des Kaisers liegt gewissermaßen die Einräumung der Com-

Edelmann mit seinem Leibe beweisen, daß jener ein wissentlicher Bösewicht sei. Wäre der Kläger Ritter gewesen, sie hätten ihre Sache ohne Gericht ausgefochten; es war aber der Stadtschreiber zu Wiberach, der ihm erwidert: „er schlage den Kampf zwar nicht aus, es seien aber hohe und niedere Gerichte im Lande, damit Niemand sein eigener Richter sein solle, und das Recht solle man vor der Obrigkeit suchen.“ Senckenb. v. d. kais. Ger. Urk. No. 22.

2) In der Disputation eines Gelehrten, abgebr. bei *Hahn*, I. c. p. 660, wird es als Vorwurf aufgeführt: „ob auch einer verleumet werde hofsachen, doruber er das heysß Eysen tregt, zu Stund verfeimen sie in.“

3) Nur ein Bund vermochte den Grundsatz des Mittelalters: „daß Jeder von seines Gleichen müsse gerichtet werden,“ umzustößen.

petenz in peinlichen Sachen; denn sie lautet: Ob Einer, der Schöffe sei, Einen der nicht Schöffe wäre, vor das Gericht lade von Gut oder Geldschuld wegen: was der, so das thue, darum schuldig sei?

Durch die Ausübung der Competenz über Nichtgenossen mußte nun bei dem Festhalten der großen Standes-Vötrrechte der Freien, die die Schöffen gegen jeden Nichtschöffen handhabten, ohne sie diesem zuzugestehn, und des alten Prozeß-Verfahrens eine gefährliche Collision entstehen, die der Bund nur vermehrte, der Geist der Zeit aber zum Theil milderte.

1) Die Anwendung der Gesetze konnte sie nicht verlegen machen, denn das Gewohnheitsrecht, was die Freischöffen wiesen, betraf in Civilsachen eigentlich nur Gegenstände innerhalb des Bezirks der Freigravassat. Auswärtige wurden nur um Femtrogen vor das Gericht gezogen, und diese waren immer Todeswürdig. Die Eigenschaft kaiserlicher Gerichte, das aus dem Reichsverband erweiterte Territorial-Recht, besonders in Beziehung auf Friedensbruchsachen, die allgemeinen Prinzipien der Ehre, und die Möglichkeit, von allen Gegenden des Reichs Freischöffen zu haben, glück Alles aus.

2) Die Formen des Prozesses wurden desto schwieriger. Die Verpflichtung der Freischöffen zur Anklage, ihre Würde, ihr Ehrgefühl, ihr Eid, der Bund, den sie einem anarchischen Zeitalter entgegen stellten, erhöhte noch die alte Beweiskraft des Wortes eines freien Mannes. Ein Freischöffe war Ankläger; nur Freischöffenbare konnten Zeugniß ablegen und Eideshelfer sein. Der Nichtgenosse erschien, dem Kläger und seinen Eideshelfern gegenüber; was blieb ihm für ein Vertheidigungsmittel? Keins, er war verloren.

3) Natürliche Folge war, daß der Angeklagte, der sich schuldig wußte, lieber im Richterscheinen Rettung suchte, denn vor der Ausrufung konnte er wohl noch hoffen, sich zu schützen; von der Vollstreckung des Todesurtheils rettete ihn aber nicht. So kam bald kein Unwissender mehr, und die Urkunden sprechen von dem Verfahren gegen sie nur so, als ob Verfehmung, also Contumacial-Verfahren, stets die einzige und unausbleibliche Folge gewesen sei, wie sie es in der Praxis auch gewöhnlich war.

4) Das Freigericht war schon Feme, gebotenes Ding und geschlossenes Gericht geworden, ehe man Nichtgenossen vor dasselbe zog. Mit dem sich erhebenden Bund wurde es strenges Gesetz, nur Genossen den Zutritt zum heimlichen Gericht zu gestatten; jedem Andern war derselbe bei Todesstrafe untersagt, welches allein Folge einer strengen Ordens-Verbindung sein konnte. Es folgte ferner, daß nur ein Freischöffe möglicher Weise in diesem Gericht als Kläger auftreten konnte. Aber auch da, wo ein Gegensatz des offenbaren und heimlichen Gerichts sich bildete, mußte die Klage stets im heimlichen Gericht erhoben werden, denn die Freischöffen urtheilten auf die Klage schon, ob die That Femwoge sei \*).

5) Der Widerspruch nun, daß der Freischöffe gegen den Unwissenden klagte, dieser aber nicht im heimlichen Gericht erscheinen, und doch darin verurtheilt werden konnte, erregte gar kein Aufsehn. Jene würdigen, gewiß für's Recht entflammten, Männer machten sich kein Gewissen aus einem solchen Verfahren, vor dem wir in unserer Zeit erschrecken. Diese auffallende Erscheinung können wir uns nur erklären, wenn wir voraussetzen, daß es sich allmählich geschichtlich bildete, und wenn wir bedenken:

- a) Daß bei der Zerrüttung des Gerichtswesens, dem anarchischen, zersplitterten Zustande Deutschlands, und dem Troß auf Eigenmacht und Gewalt, zu der man immer Gehülfen fand, die todeswürdigen Verbrecher fast nie vor Gericht erschienen, und hier, wo die Macht in den Händen der Richter war, noch weniger erscheinen mochten.
- b) Daß der unbedingte Glaube an das Wort und den Eid der Freischöffen die überzeugende Gewißheit gab, daß dem Verurtheilten kein Unrecht geschehen könne.
- c) Daß hienit die Unmöglichkeit in Verbindung stand, daß der Angeklagte gegen den Freischöffen gewinnen konnte, und

---

4) Eichhorn schwankt, wenn er S. 182 sagt: „wenn sie auf gehörige Anklage, die in einem heimlichen Gericht geschehen zu sein scheint, oder wenigstens auch hier geschehen konnte, vor ein offenes Freigericht geladen wurden.“

man sich daran gewöhnte, seine Ladung als überflüssig zu unterlassen <sup>5)</sup>).

So wurde also über den angeklagten Nichtgenossen ohne Ladung, ohne Verhör und ohne Vertheidigung erkannt, und es gehört unter die Vorzüge und Rechte des Freischöffen, daß sie geladen werden müssen <sup>6)</sup>. Der Vorzug lag aber nicht in der Ladung, sondern in dem Recht gegen eines Freischöffen Anklage sich durch den Eid zu reinigen, welches den Unwissenden nicht zustand <sup>7)</sup>.

5) Daß Mißbräuche die Sache noch weiter trieben, und man hie und da auch den Unwissenden ohne Form Rechts versetzte, zeigt der Revers eines Freigrafen bei Kindl. M. B. III. 2. No. 197: „Ind des gelychen ouch oever geynen unwissenden Man richten anders, dan des Fryhengerichtes Recht is, also dat die Clage zo vorenz volkumetlich ge-  
guet und myr zu rychten gewyft werde na Rechte.“

6) Keineswegs sollte an der Wahrheit der Klage ein Zweifel sein. Wir erkennen den Sinn und Geist des Verfahrens recht aus dem Revers eines Freigrafen bei Kindl. M. B. III. 2. No. 197. Dieser bekennt, daß er sich des Gerichtsamtes entwürdigt habe, wenn sich in der Wahrheit befinde, daß die vorgeschriebenen Punkte überfahren wären, „ind moecht ouch alsdan eyne ander vrygreve zo dem hoesten des vurf. Gerychtz oever mych rychten und verdoeren sunder ver-  
bodunge.“

7) Sahn, l. c. p. 621. „Darnach fragt er, was er damit erworben hab, daß er wissend sei worden? so weist man, wer in versaimt wolt han, der mocht in versaimt han, wann in geladen hette... were er dann nit kommen und hette sich verantwort, so mocht man in von stund an versaimt habn; der sol nun ladn als Schöpffn recht ist.“ In den Zusätzen zu den Ruprechtischen Weisthümern von 1408 bei Müller (Reichstagsh. S. 481) heißt es: „were her abir kein Fryescheppe, so mochte man obir yn richten an allis verboten.“ Dies ist nicht ein Widerspruch mit dem, was die spätern Reformationen enthalten, wie Eichhorn meint; denn diese sind jünger, und die Ref. änderten ja Manches ab; wir müssen daher chronologisch das Verfahren entwickeln. — Uebrigens erläutern jene Zusätze nur die Ruprechtischen Weisthümer selbst; denn wenn es da heißt: „Man soll Niemand nach der Geme Recht verderben, er sey zuvor beklagt, erfolgt, versetzt an den Freistühlen nach Recht;“ so ist da von keiner Ladung die Rede, sondern nur von dem Ueberweisen durch Eideshelfer im Gegensatz des Verfahrens bei handhafter That. Es verstand sich bei allen Freigerichten von selbst, daß nur Freischöffen geladen wurden. Wir heben noch die Stelle einer Urkunde aus, bei Kindl. M. B. III. 2. No. 200b: — „Wert dat dat en Brigenschepen denbe also vurg. is, den B. salbe man darumb verboden alse eynes B. Recht were: wert oec sake dat et weyre en un wetener Mann, und dat selvet denbe, de solde men oec vervemen und vervoren also des Rykes Recht is.“

6) So wie der, welcher sein Recht bei dem Femgericht suchen wollte, zuvor Freischöffe werden mußte, um da auftreten zu können, so suchte auch der, welcher Anklage fürchtete, oder angeklagt war, Freischöffe zu werden, um mit gleichem Rechte seinem Ankläger entgegen treten zu können. Hierdurch mochte sich mancher Schlechte der verdienten Ahndung entziehen; man untersagte daher die Aufnahme eines Solchen, zum Beweise, welches Gewicht schon in der Anklage lag. Die Aufnahme war nichtig, man nannte ihn einen Nothschöffen, weil er es aus Noth geworden, und er hatte keinen Vortheil zu erwarten. Die spätere Bundesstrenge ahndete es auch unerbittlich mit der Todesstrafe. Wir dürfen aber den Ursprung nicht übersehen, der keinesweges sich auf das Verrathen der Bundesgeheimnisse gründete <sup>8)</sup>).

7) Erst in der Zeit, wie Mißbräuche bei den Femgerichten anfangen einzureißen, Berathungen, Beschlüsse und Reformationen Seitens des Reichs nöthig wurden, sah man ein, daß durch jenes Verfahren gegen Unwissende manches Unrecht geschah, und es war besonders den gelehrten Juristen ein Greuel, daß über Jemand ohne Ladung und Vertheidigung gerichtet wurde <sup>9)</sup>. Von allen Seiten drang man auf Abstellung, und so wurde es Geboth, auch die Unwissenden zu laden, dem man aber lange Zeit gar wenig Folge leistete <sup>10)</sup>).

8) Freilich waren die Freigrafen und Freischöffen nun auch mit der Zeit so weit fortgeschritten, daß sie dem nicht widersprachen, und sich zur Ladung bequemen. Aber schwierig war

8) Dortm. Weisth. bei C e n d. l. c. p. 126. verordnet, daß das Wissenmachen eines bereits Angeklagten unbündig sei, und daß man über einen solchen Nothschöffen richten solle."

9) „Prolapsi autem sunt iudices westphalici in condemnationem absentium ac inauditorum consilio ac mente emendandorum naevorum processus veteris, deficiente tamen prudentia legislatoria.“ Thomas. Diss. de origine etc. Jud. Westph.

10) Auf dem Reichstag zu Trier, 1512, wurde von den Ständen „für „gut angesehen eine Ordnung zu geben und besonders daß ohne Erkenntniß der Rechten niemand von wegen derselben Gerichten „seiner Ehr, leib, Lebens oder Gutes angefaßt oder enteuffert werden „solle.“

es, dies zu effectuiren, denn es blieb Regel des Bundes und der Gerichts-Verfassung, daß kein Unwissender im heimlichen Gericht erscheinen durfte, und die Reformationen erkennen dies selbst an, indem sie die Ladung vor's offene Gericht verfügen. Dieser Gegensatz hatte sich, nachdem was oben entwickelt wurde, hier und da erhalten, und bekam nun noch mehr Consistenz, indem alle Unwissende vor das offene Gericht geladen wurden, und ein solches also bei jedem Freistuhl existiren mußte.

Hiermit war also ein neuer Begriff für das offene Gericht gebildet, das sonst nur in Betreff des Gegenstandes der Klage sich vom heimlichen unterschied. Ueberhaupt giebt uns keine Urkunde einen genauen und übereinstimmenden Begriff vom Unterschied zwischen offenem und heimlichem Gericht, eben weil das Erste nur als Abart aus dem letztern erwuchs und sich davon ablöste<sup>11)</sup>. — Ein Motiv für die Freigrafen, vor das offene Ding zu laden, mußte auch darin liegen, weil man jetzt ohne Fehlgriff sich überzeugen konnte, ob der Angeklagte ein Freischöffe war oder nicht; denn nun konnte man ihn bei dem Wahrzeichen fragen. Außerdem mußte es schwierig bleiben, besonders seitdem die Anzahl der Freischöffen täglich wuchs, und sich über ganz Deutschland verbreitete. Dem bloßen Worte des Anklägers zu glauben, war gewagt, und daß die Freigrafen sich etwa die Listen der aufgenommenen Freischöffen mitgetheilt hätten, ist nicht glaublich.

9) Bedenklich ist nun die Frage, wie sich das Verfahren nach jener Einrichtung eines gedoppelten Gerichts modificirte? Die Idee des heimlichen Gerichts blieb, und man wollte nicht eigentlich zwei Gerichte, wenn gleich der Nichtwissende der gesetzlichen Bestimmung zufolge erst vor's offene Gericht sollte gezogen werden. Daher läugnen wir ganz die Existenz, ja die

---

11) Daß die Distinction im 14ten Jahrhundert noch nicht existirte, sehen wir aus den Urk. v. 1349 und 1358. Anh. No. 25, und Lünig III. p. 107. — Ein gänzlich Vergeßen des Historischen zeigt aber eine andere Urkunde Kaiser Karls IV. von 1360: „auch also daß die offenbar Bencke, die in der egenannten Stat den freyen ban haben, uff den vorgenannten Freyenberg in den vier bencken vor Borken, heimeliche bent sein sollen, unschädlich andern Reuten an yren rechten.“ Nunning, in monum. Monast. Dec. I. p. 179.



Möglichkeit eines gedoppelten Verfahrens, denn im offenen, so wie im heimlichen Gericht, wurde nach Freistuhlsrecht verfahren, und wir können uns nicht einmahl ein anderes Verfahren denken, ohne dem klagenden Freischöffen alle seine Vorrechte zu nehmen. Unrichtig ist daher die Behauptung, daß am offenen Freigericht auf die gewöhnliche Weise sei verfahren, und über die Sache im heimlichen Gericht auf den Eid des Klägers mit Eideshelfern, ohne die Vertheidigung des Beklagten zu hören, gerichtet worden, nachdem dieser zuvor vor dem offenen Gericht, ohne der Klage sich entledigen zu können, wäre gehört worden oder ungehorsam ausgeblieben sei<sup>22)</sup>. Was heißt: auf gewöhnliche Weise verfahren; etwa ein förmliches Beweisverfahren mit Zeugen, oder Reinigungseid mit Eideshelfern? Beide Annahmen sind unmöglich, und würden uns in große Collisionen verwickeln.

10) Das Mißverständniß ist entstanden durch unrichtige Deutung der Gesetzstelle, welche zuerst die Ladung des Unwissenden verfügt<sup>23)</sup>.

„Item hette ein unwissende man eynige misfethat begangen — dy da feimerorig were, und beclaget werde, den unwissenden man, solde eyn frygrebe med syme vorsegelden briffe vorbodunge thun, unnd dem eynen tag legin ober bren virczen nachtin vor daz offenbar frye gerichte. Mag sich dan der der misfethat enslaen und enledigen also recht ist, daz mag er genissen, unnd mag he sich dez nicht entledigen nnd enslaen also recht ist, so mag man dy misfethad ober en czugen und richtin in der heymlichen achte also recht ist<sup>24)</sup>.“

12) Eichhorn erklärt sich so die Sache a. a. O. S. 182: aber, wie wir glauben, mit Unrecht; besonders enthält die Note f eine ganz willkürliche Deutung. Rindl. (M. B. I.) erläutert auch durchaus falsch die Art und Weise, wie der Angeklagte aus dem offenen Gericht in das heimliche sei gezogen worden.

13) Arnsh. Ref. v. 1437 bei Senck. l. c. p. 80.

14) Ein Arnsh. Weisthum sagt auch: „und sol zuvor an gespanner Bank Feimbruch im offenbaren gericht erkannt sein, und sol in das offenbar Freigericht gefordert werden und nit in das haymlich still gericht der haymlichen beslossen Acht.“ Senck. l. c. p. 99. — Wieder ein offener Zusatz, denn ursprünglich konnte nur im heimlichen

Der ganze Unterschied war eine unbedeutende Form; man wollte dem unwissenden Mann es möglich machen, vor seinen Richtern zu erscheinen. Am Verfahren änderte es um so weniger was, als es schon an sich lächerlich gewesen wäre, über dieselbe Sache am offenen Gericht nach gewöhnlichem Prozeß, und im heimlichen nach alten besonderen Formen zu richten. Bedenken wir nur vor Allem, daß die Formen des Verfahrens gar kein Geheimniß waren, und nie ein Geheimniß sein sollten; nur die Verfemung oder die Acht hatte sich durch den Bund mit der Pflicht der Geheimhaltung beladen, und zwar durch den Drang der Zeitumstände, weil sonst dem Verfemten Mittel der Gewalt zu Geborthe standen, der Vollstreckung zu entgehen, und Rache an denen zu üben, welche dieselbe übernahmen, wie die Folge noch mehr in's Licht setzen wird.

Wir sahen oben, daß der Nichtschöffe gegen den Schöffen in der Regel nie gewinnen konnte. Auch jetzt, wenn

- a) Die Anklage ein Todeswürdiges Verbrechen betraf, und der Ankläger mit sechs Freischöffen, als Eideshelfern, wie ein Gottesgericht dem erschienenen Angeklagten gegenüber stand, war dieser immer verloren. Er konnte weder Zeugen, noch Eideshelfer haben, denn sie mußten Freischöffen sein. Wer daher nicht im Gerichtsbezirk wohnhaft und auszuweichen im Stande war, hütete sich wohl zu erscheinen, und es wurde dann in der Regel die Verfemung im heimlichen Gericht erkannt. Erschien er aber, so war der Fall unmöglich, daß die Sache noch an das heimliche Gericht erwachsen konnte. Da wo Kläger und Angeklagter gehört wurden, mußte auch das Urtheil gefällt werden. Einen schönen Beleg für das Gesagte giebt uns noch die Urkunde von 1531<sup>16)</sup>: Ein Eingeseffener des Kirchspiels Pette, genannt Bernd Trappe, ist vor den Freisuhl zu Werfeld geladen, wegen Diebstahls von 14 Goldgulden sich zu verantworten. Der Freigraf forderte ihn auf, sich einen

---

<sup>16)</sup> Gericht eine Sache für Gemvroge erkannt werden; dies documentirt selbst noch spätere Urkunden.

<sup>17)</sup> Kindl. N. B. I. urk. No, 150.

Vorsprecher zu erbitten. Er begehrt den Allmächtigen, und und Niemand anders zu seinem Vorsprecher. — So spricht nur der zerknirschte Verbrecher, der keine Hoffnung, und keine Möglichkeit einer Vertheidigung vor Augen sieht. Der Kläger trägt das Verbrechen vor, und behauptet, daß der Beklagte selbst die That auf freien Füßen gestanden und bejaht habe; sollte er es jetzt verneinen, so wollte er ihn überzeugen mit sieben Freischöffen des heiligen Reichs. Der Beklagte sagt: Ja, er habe es gethan, und das Todesurtheil wird gesprochen und vollzogen. Hätte er Nein gesagt, so war er auch verloren. Wir sehen daher das Gewicht des Wortes des Anklägers mit Eideshelfern, und die Wahrheit des Sages, daß über die, vor das offene Gericht gezogene Sache auch da nach denselben Prozeßformen erkannt wurde.

- b) Die Geseßstelle sagt aber: wenn er sich der Missethat ent schlagen und entledigen möge als recht sei, das möge er genießen, und thue er das nicht, so möge man die Missethat über ihm zeugen und richten' in der heimlichen A c h t, als Recht sei? Wir müssen erwägen, daß es dauernde Verbrechen gab, welche sich abstellen, sühnen und wieder gut machen ließen. Es gab auch Vergehen, die nicht Fehmroge waren, es aber, so wie jede Eivilsache, werden konnten, wenn der Angeklagte sich nicht vor Gericht stellte, dem Urtheil nicht genügte, und dem Verletzten kein Recht thun wollte. Das ganze Verfahren war ja kein Inquisitorisches, sondern beruhte auf dem Antrag des Klägers. Erschien dieser, weil ihm der Angeklagte genügt, nach ergangener Ladung nicht, und wiederholte die Klage, so fand überhaupt kein Verfahren Statt: der Angeklagte konnte sich also durch Sühne der That ent schlagen und entledigen, ohne vor Gericht zu erscheinen. That er es aber nicht, so ging des Contumacial-Verfahren in das heimliche Gericht über, das also im Grunde genommen, mit dem offenen identisch war. Der Angeklagte konnte aber auch im offenen Gericht erscheinen, und sich da entledigen der Schuld. Konnte es nicht bloß eines Urtheils bedürfen, ob die That Ver-

brechen überhaupt oder Femwoge sei? Konnte er nicht sagen: Ich habe den M. erschlagen, aber in gerechter Wehr, als er mich angriff? Konnte er nicht durch Gründe der Vertheidigung den Kläger und die Eideshelfer selbst stugig machen, und seine Lossprechung erwirken? Konnte er nicht selbst durch Urkunden erweisen, daß er sich vor seinem Richter gestellt, und dem Kläger zu Recht erbothen, oder ihm wirklich genug gethan, oder durch Privilegien vor der Competenz der Freistühle geschützt sei, welches diese respectirten <sup>16)</sup>? Es gab also Fälle und Mittel auch vor dem offenen Gerichte, Freischöffen gegenüber sich der Anklage zu entledigen <sup>17)</sup>. Es konnte nun zwar nach der Verhandlung vor dem offenen Gericht eine Sache Femwoge werden; dieselbe Sache konnte aber aus dem offenen in das heimliche Gericht nur beim Contumacial-Verfahren gelangen, denn die Verfehmung war immer heimliche Acht, und diesen Ausdruck wählte deshalb auch die Gesetzesstelle. So erklärt kann uns dieselbe also nicht in die oben gerügten Irrthümer verwickeln <sup>18)</sup>.

16) „Dat ordel wart bestadet an Johan Bock, he syet ummeckerbe, und bereyt sich, und quam weder in, und wysebe vor Recht; na dem male dat dem Frygreven nicht kundich en sy van der Privilegie, und gyne wahrhaftige Copien by den Breve gekommen sy an den Frygreven, und de Breff nicht en vermeldet, dat Her Willem van der Horst Wyncken mechtig will wesen, dat he den Cleger do up geborliken Steden und Tyden, des he em van Eren und van Rechte schullich; so sy de Frygreve Schullich, dem Cleger Rechtes to gunnen.“ Urk. v. 1506. Kindl. M. B. III. 2. No. 217.

17) Das Contumacial-Verfahren ist hierbei zu berücksichtigen, und wird die Sache noch deutlicher entwickeln.

18) Manches von dem Gesagten erläutert eine Urkundenstelle von 1470. Vor dem Freistuhl zu Brakel wird geklagt um Schuld gegen die Stadt Frankfurt, weil sie Recht verweigert. Es wird in contum. erkannt, und die Execution verfügt. Am Schluß heißt es aber, wenn der Kläger demnach nicht binnen gebührlicher Zeit befriedigt werde, und fürder Gerichts begehre, so solle die Klage gehen, „ußer dem offenbaren friengedinge, und wichen in dey heimlichen achte, und richten aldat inne vort über der obgenanten verclagten lyff und ere nach der heimlichen achte und frienstols rechte.“ Senckenb. v. d. Kais. Ger. No. 40.

## Elftes Kapitel.

### Contumacial-Verfahren und Verfemung.

So wie der Friedbrecher aus Troß, oder Verachtung der Gerichte selten mehr einer Ladung folgte, so auch bei den Femgerichten; anfangs aus demselben Grund; dann aus Furcht vor den strengen Formen, die ihn, wenn er schuldig war, ohne Gnade überwandten, wobei es den Unwissenden zugleich, wie wir oben sahen, eine Zeitlang unmöglich fiel, vor Gericht zu erscheinen, weil sie gar nicht geladen wurden. Somit war das Verfahren in peinlichen Sachen fast immer Contumacial-Verfahren, und die Urkunden sprechen von der Verfemung, die beim ordentlichen Verfahren nur Folge des Ungehorsams sein konnte, als ob sie das einzige Ziel des Processes bei diesen Gerichten gewesen wäre <sup>1)</sup>.

1) Wenn der Geladene überhaupt nicht, und der Freischöffe, bei allen großen Vorrechten, die er genoß, im letzten Termin, oder am Königstage nicht erschien: so trat der Kläger mit seinem Vorsprecher und sechs echten rechten Freischöffen auf, wiederholte von Neuem seine Klage, und bat noch einmahl um ein Urtheil ob die Sache Femvroge sei. War sie dafür gewiesen, so bezog er sich auf alle richtig ergangene Ladungen, und bat den Freigraf, daß er den Angeklagten aufrufe <sup>2)</sup>, weil an diesem Tage und an dieser Stelle sein letzter rechter königlicher Pflichttag sei, seinen Leib und seine Ehre zu verantworten unter Königsbann, zu dem höchsten Recht. Die erfolgende Stille entschied, daß er ungehorsam war, der Kläger forderte Vollgericht, und es wurde nun ein Urtheil gewiesen, was er zu thun habe, den Angeklagten zu gewinnen, also daß er in der Form

1) Eben so war es bei den übrigen Reichsgerichten. In einer bereits oben allegirten Stelle aus der R. Samml. d. R. A. P., I. p. 150. tragen im J. 1437 die Stände auf Bestellung des Hofgerichts an, „damit des Reichs Acht und Oberacht strenglich vollzogen werden könne.“

2) Beim R. Kammergericht war auch das Rufen im Contumacial-Verfahren wesentlich.

brechen überhaupt oder Femwoge sei? Konnte er nicht sagen: Ich habe den M. erschlagen, aber in gerechter Wehr, als er mich angriff? Konnte er nicht durch Gründe der Vertheidigung den Kläger und die Eideshelfer selbst stugig machen, und seine Losspredung erwirken? Konnte er nicht selbst durch Urkunden erweisen, daß er sich vor seinem Richter gestellt, und dem Kläger zu Recht erbothen, oder ihm wirklich genug gethan, oder durch Privilegien vor der Competenz der Freistühle geschützt sei, welches diese respectirten <sup>16)</sup>? Es gab also Fälle und Mittel auch vor dem offenen Gerichte, Freischöffen gegenüber sich der Anklage zu entledigen <sup>17)</sup>. Es konnte nun zwar nach der Verhandlung vor dem offenen Gerichte eine Sache Femwoge werden; dieselbe Sache konnte aber aus dem offenen in das heimliche Gerichte nur beim Contumacial-Verfahren gelangen, denn die Verfehmung war immer heimliche Acht, und diesen Ausdruck wählte deshalb auch die Gesetzesstelle. So erklärt kann uns dieselbe also nicht in die oben gerügten Jerthümer verwickeln <sup>18)</sup>.

16) „Dat ordel wart bestabet an Johan Buck, he syt ummeterbe, und bereyt sich, und quam weder in, und wysede vor Recht; na dem male dat dem Frygreven nicht kundich en sy van der Privilegie, und ghyne wahrhaftige Copien by den Breve gekomen sy an den Frygreven, und de Breff nicht en vermeldet, dat Her Willem van der Horst Wyncken mechtig will wesen, dat he den Cleger do up geborliken Steden und Eyden, des he em van Eren und van Rechte schuldich; so sy de Frygreve schuldich, dem Cleger Rechtes to gunnen.“ Urz. v. 1506. Kindl. M. B. III. 2. No. 217.

17) Das Contumacial-Verfahren ist hierbei zu berücksichtigen, und wird die Sache noch deutlicher entwickeln.

18) Manches von dem Gesagten erläutert eine Urkundenstelle von 1470. Vor dem Freistuhl zu Brakel wird geklagt um Schuld gegen die Stadt Frankfurt, weil sie Recht verweigert. Es wird in contum. erkannt, und die Execution verfügt. Am Schluß heißt es aber, wenn der Kläger demnach nicht binnen gebührlicher Zeit befriedigt werde, und fürder Gerichts begehre, so solle die Klage gehen „ußer dem offenbaren friengedinge, und wirchen in dey heimlichen achte, und richten aldar inne vort über der obgenanten verclagten lyff und ere nach der heimlichen achte und friensstols rechte.“ Senckenb. v. d. Kais. Ger. No. 40.

## Elftes Kapitel.

### Contumacial-Verfahren und Verfemung.

So wie der Friedbrecher aus Trotz, oder Verachtung der Gerichte selten mehr einer Ladung folgte, so auch bei den Femgerichten; anfangs aus demselben Grunde, dann aus Furcht vor den strengen Formen, die ihn, wenn er schuldig war, ohne Gnade überwandten, wobei es den Unwissenden zugleich, wie wir oben sahen, eine Zeitlang unmöglich fiel, vor Gericht zu erscheinen, weil sie gar nicht geladen wurden. Somit war das Verfahren in peinlichen Sachen fast immer Contumacial-Verfahren, und die Urkunden sprechen von der Verfemung, die beim ordentlichen Verfahren nur Folge des Ungehorsams sein konnte, als ob sie das einzige Ziel des Prozesses bei diesen Gerichten gewesen wäre <sup>1)</sup>.

1) Wenn der Geladene überhaupt nicht, und der Freischöffe, bei allen großen Vorrechten, die er genoß, im letzten Termin, oder am Königstage nicht erschien: so trat der Kläger mit seinem Vorsprecher und sechs echten rechten Freischöffen auf, wiederholte von Neuem seine Klage, und bat noch einmahl um ein Urtheil ob die Sache Femwoge sei. War sie dafür gewiesen, so bezog er sich auf alle richtig ergangene Ladungen, und bat den Freigraf, daß er den Angeklagten aufrufe <sup>2)</sup>, weil an diesem Tage und an dieser Stelle sein letzter rechter königlicher Pflichttag sei, seinen Leib und seine Ehre zu verantworten unter Königsbann, zu dem höchsten Recht. Die erfolgende Stille entschied, daß er ungehorsam war, der Kläger forderte Vollgericht, und es wurde nun ein Urtheil gewiesen, was er zu thun habe, den Angeklagten zu gewinnen, also daß er in der Form

---

1) Eben so war es bei den übrigen Reichsgerichten. In einer bereits oben allegirten Stelle aus der R. Samml. d. R. A. P., I. p. 150. tragen im J. 1437 die Stände auf Bestellung des Hofgerichts an, „damit des Reichs Aht und Oberacht strenglich vollzogen werden könne.“

2) Beim R. Kammergericht war auch das Rufen im Contumacial-Verfahren wesentlich.

des Verfahrens Recht thue, und ihm kein Unrecht geschehe, und das heilige Reich in seinem Recht bleibe. War nichts mehr zu erörtern, so ließ der Freigraf den Kläger auf seine Knie sich niederlegen, und ließ ihn zwei Finger auf das Schwert legen, und schwören. Dieser Eid lautetet z. B. folgendermaßen <sup>3)</sup>:

3) Nach dem Goessfelder Coder bei Grote S. 326. — „Item dit sint de ordele, de voir der veruoringe gaen sollen. De vorspreke sal spreken. Der vrigreue, Ik vraghe iv van R. weghene oft iv of wittil vnd kundich sy, dat Johanne zc. hir in voirtiden vor dessen vrienstoil sy geeiffchet. vnd verbadet. thom ersten male mit enen Breue. vnd met twen vryen echten rechten schepenen-onder konning banne. Vnd tem anderen male zc. Vnd tom berden male vnd tem lesten male. Vnd hebn iohanne vorg. sinen lesten pflicht dach gescreuen vnd gedadet to holdene voir dessen vrienstole-oppe dessen Dach to rechter dagetyt vermits iv seluen vnd enen breue vnd mit ses vrien echten rechten schepenen onder konning banne zc. leue her greue. so begheert hir R. zc. vnd ik van sinre wegene vnd mane iv by juwen eden, de gy dem konninge ghehuldiget vnd ghebaen hebbet. Johanne vorg. in desse stede verbandt vnd gherichte to eiffchene, wante to besser tyt oppe dessen Dach vnd stede, sin leste rechte konninglike pflicht dach is zin lyff vnd ere hir to verantworne onder konning banne to dem hogesten rechte“ zc.

„Der greue na den gy iohanne hir geeiffchet hebt so recht is, vnd konning ban bot vnd vtwiset, Vnd he hir nicht en is sin lyff vnd ere to verantworne, vnd dat hogeste gericht des hilgen rikes versmaet heft: vnd den onhorsinn ghe worden is. so stiet R. hir vnd ik van sinre weghene vnd begheren voirt bulles gericht's ouer em, Vnd vrage dair ens ordels omme, wo he sich dair to bereiden solle den vorg. iohanne hir tho wynnene vnder konning banne. Dat he recht doe. vnd eme nyen vnrecht en schee vnd dat hilge rike in sinen rechte bliue.“

„Dat vynt men.“

„Der greue, so vrage ik ens ordels van R. wegen, wan konning fairlen dach geleden vnd verghaen is. Wer dan R. ofte sine eruende off maghe, ofte ander ienighe vrischepene, dan desse volghinge vnd ghewyn, so em hir to ghewiset wert, nicht doen mogen in besser vrienbandt, ofte in anderen ieghen vrienbenden, dair se enen sutenen vrigreuen vunden mit enen besegelden schine, ofte schepene ghicht, sonder andere verkundighinge veruolghinge verbadinghe, ofte verwisinge.“

„Dat sal me by vinden.“

„Der greue, so bid ik noch omb en ander ordel onder konning banne, desse sake vnd claghe Darmede to slutene Also alse he alrede in begynnne siner clage ghebaen heuet Off vermant were, de em ienige ordele sinre ghanffen saken vnd clage wederspreken ofte beschelden wolden to ienigen tiden op ienigen steden: Oft R. vors. oft anders we de besser sake vnd clage vyn volg her ware, dat of anders wair liben brofte in jenighen anderen vrienbenden vnd steden, ane oppe besser stede, dair se gheuraget ghewiset vnd besat sint, Na den dat desse vrie stoil van konning fairlen to rechte gesteldiget is in ene heymelike kamere des hilghen romeschen rikes“ zc. „Dat vint men by.“



„Der *N.* hat mir genommen mein Gut außer Fehde, wider Gott, Ehre und Recht. Darum hab ich ihn verklagt, und er ist geheischt und geladen, nach dem Recht des heiligen Reichs. Und er hat das höchste Gericht des heiligen Reichs verschmäht, und ist ungehorsam gewesen, hat mir weder Ehre noch Recht pflegen wollen, und in seiner Bosheit verhärtet, und seine angeborne Tugend also vergessen, weshalb er um seiner Missethat willen Reif und Galgen verdient, und seinen Hals verwirkt allen Freiherren und Freischöffen. Daß dies wahr ist, daß helfe mir Gott und die Heiligen.

Hierauf ließ der Freiherre von den sechs Freischöffen drei in ihre Knie sitzen, die Finger auf das Schwerdt legen und schwören: daß der Eid, den *N.* da geschworen habe, sei reine und unmeine, daß ihnen Gott so helfe und die Heiligen. Desgleichen that er dann mit den anderen dreien.

Nun bedurfte es nach altem Prozeß keines Urtheils weiter, sondern der Freiherre sprach die Verfehmung gegen den Ungehorsamen aus 4).

2) Um uns von dieser Verfehmung, die eine Nichtserklärung war, einen richtigen Begriff zu machen, müssen wir wieder zurückblicken in die Geschichte, und den Zusammenhang historisch entwickeln, damit wir das Auffallende der Erscheinung uns erklären können. Nach den Grundsätzen des germanischen Prozesses mußte der Friedebrecher den Verletzten, oder dessen Familie, und die Gemeinde, deren Frieden er verletzt, sühnen. Er war zu dem Ende verbunden, vor dem Gericht der Volksgemeinde zu erscheinen, und weigerte er das, so ging er, wie billig und natürlich, selbst des Friedens und Rechts, so wie der Theilnahme an der Genossenschaft, verlustig.

3) Erwählte er hiemit also den schlimmsten Theil, so ist es schon kaum denkbar, daß ein freier Germane nicht im Volksgericht erschienen wäre. Die Gesetze erwähnen daher auch den Fall erst,

---

4) Daher sagt das Beisthum bei *Hahn*, l. c. „were er dan nit kommen und hette sich verantworbt, so mocht man in von stund an verpaidt haben.“

als der Königsbann zum Volksfrieden hinzu kam, als es unabhängige Verbrechen gab, die die Staatsgewalt bestraft wissen wollte, und der Beamte des Königs zum Frieden der Gemeinde den Schutz der gerichtlichen Gewalt hinzufügte. Jetzt ließ wohl der Friedebrecher sein Vermögen und seine Rechte im Stich, um das Leben mit der Flucht zu retten, und der Beamte verbannte ihn; das heißt, er stieß ihn aus dem Schutz und dem Recht, das der Königsbann um die Gemeinde der Genossen schloß. Natürlich wurde dieser Bann auch Reichsbann, und der Friedebrecher sollte in keinem andern Gerichtsbanne Schutz und Sicherheit finden<sup>5)</sup>.

4) Mit der Ausbildung der Territorial-Hoheit, und wie sich das Beamten-Verhältniß in Lehnband zum Reich verwandelte, und die Beamten des Reichs nun wieder Beamten oder Vasallen der Landesherren wurden, mußte sich natürlich das Verhältniß ändern; der Richter war Beamter in seinem Gerichtsprengel und nicht Beamter des Reichs, seine Gewalt erstreckte sich daher um so weniger auf dasselbe, als nun höhere kaiserliche Gerichte unmittelbar im Namen von Kaiser und Reich handelten. Der Ungehorsame wurde daher zwar verfestet, wodurch er auch außer Schutz gesetzt, und dem Kläger das Recht gegeben wurde, ihn gefangen vor Gericht zu führen; da aber der Angeklagte, wenn er den Gerichtsprengel verließ, sich leicht der Verfolgung entziehen konnte, so wurde es Recht und Gewohnheit, die Sache dann an die kaiserlichen Gerichte zu bringen, und durch sie zu erwirken, daß der Ungehorsame im ganzen Reich verbannt wurde.

5) Die Verbannung, die das Reich gegen den Friedebrecher aussprach, hieß die Acht, Reichsacht. Noch hatte er aber das Recht, sich zu stellen, und den Frieden wieder zu erwirken; wenn er jedoch Jahr und Tag in der Reichsacht geessen, so wurde sie Oberacht.

a) Der Gedächte war nun Rechtlos; Lehn und Eigenthum ging verloren.

---

5) Cap. L. III. c. 50. „Ut Comes qui latronem in *forbannum* miserit vicinis suis et aliis comitibus notum faciat, eundem l. a se esse forbannitum, ut illi eum non recipiant“

b) Eine offene Kundmachung erging an alle Stände und Unterthanen des Reichs, und das Geboth, gegen des Aechters Leib und Gut zu helfen <sup>6)</sup>.

c) Niemand durfte einen Gedächeten bei sich dulden, Niemand ihn beherbergen oder Gemeinschaft mit ihm haben, wenn er nicht in dieselbe Acht verfallen wollte <sup>7)</sup>.

6) Also war nun auch die Verfemung, wenn wir sie mit der Reichsacht gleich stellen, die höchste kaiserliche Acht, die Schutz- und Rechtlos machte, der Achtsbrief war eben so an alle Stände und Unterthanen des Reichs gerichtet, und geböth die Hülfe gegen den Verfemten. Wer sich seiner annahm, wurde ebenfalls vor das Gericht des Freigrafen gezogen <sup>8)</sup>.

7) Der Sinn der Acht war wohl: den Ungehorsamen zu bezeichnen als den widerpenstigen Thäter, seiner Freiheit ihn zu

6) Urk. v. 1366, bei Harpprecht, Staatsarchiv, I. 13. „Entnbieten allen Fürsten, Geistlichen und Weltlichen, Graven, Freyen, Rittern und Knechten, Stätten und Gemeindten undt gerichtten, und mit Namen allen den den diß Briev gezeit undt geweißt wierdt, unser Huld undt alles guet, wir thun Euch thundt daß ... in des heylligen Röm. Reichs acht thummen sein ... daß Ir denselben ... auf der vorgeschrieben Aechter leib, undt guth behölffen sein solt, wo sy dieselben Aechter begreifen mügen, und wen sy Hilf ahn Euch vordern und begern.“

7) „Auch solt Ir kein gemeinschaft mit in han, undt sy neiben und meiden heysen alle die Eueren in eure Stätten, vesten und gerichtten, bieweill sy von der Acht nit kummen sein.“ S. oben all. Urk. — „Als sich gegen unser und des heiligen Reichs achter und aberachter geburet. . . Wan wer dawider tette, zu dem oder demselben wurde man darumb auch richten als des heiligen Reichs Recht ist. Darnach wisse sich ein yeder zu richten.“ Achtsbrief v. 1467. Senckenb. v. d. kais. Ger. No. 29. „wir gepieten auch, das man kein Aechter behalt wissentlich; wer das daruber tut, wirt er des bezeuget zu recht, man sol uber in richten, als über ainen Aechter. Item helt ein Stat gemeinlich und wissentlich ein echter, ist sy umbmauert, der Landrichter in des Gericht sy stett, der sol sy nydersprechen.“ R. Absch. v. 1235. R. Samml. I. S. 25. — 1492 wurde der Stadt Frankfurth der Prozeß gemacht, daß sie die von Weßlar, so offen verschriebene Aechter wären, beherbergt. Urk. bei Senckenb. a. a. O. No. 12. Man vergl. auch Sachsenspiegel B. II. art. 72.

8) „Die hofte achte des Keyßers die verfehmunge uber den verclagten begert, also das man in handmessig solt verurtheilen.“ Urk. v. 1531. bei Ropp, v. d. heiml. Ger. — „Und ob jemand ainigen versaimbten furdung bett, den mag man darumb belangen nach freyn fuß recht.“ Dorn. Weisth. bei Sonck. C. I. G. I. 2. 128.

berauben, und Jedem die Gewalt zu geben, sich seiner zu bemächtigen, auf ihn zu achten, und zum Gehorsam gegen das Gericht zu zwingen, ihn selbst aber dadurch zu warnen, und zu bewegen, dem Recht Genüge zu thun. War dies vergebens, so verurtheilte ihn die Oberacht, wie einen schuldigen Verbrecher, der flüchtig ist. Er wurde nun hilflos gestellt, aller Rechte verlustig, und dem Tode, den er verdient, Preis gegeben. Aber die Geschichte belehrt uns, wie die kaiserlichen Achtserklärungen in den Zeiten der Anarchie und Gewalt von wenigem Erfolg und Nutzen waren. Die Zersplitterung Deutschlands in seine vielen Territorien ließ die Achtserklärung gegen Geringere selten durchbringen, und diesen öffneten sich Zufluchtsörter genug. Der Mächtige, der Ritter, der Fürst, fand Waffengefährten, die sich an ihn schlossen, seine Bürgen sicherten ihn. Selten hatte er was zu fürchten, denn wer mochte ihn angreifen, und seine Haut zu Markte tragen? Gesah es aber, so artete die Hülfe in Fehde aus, und nicht die Acht entschied, sondern das Waffenglück des Krieges und die Macht des Stärkeren. So sehen wir, daß selbst die Reichsacht den Gedächten wenig kümmerte, wenn er nicht sonst Feinde genug hatte, die ihn in der Fehde besiegten. Der Mangel lag in der Schwäche der die Glieder zu locker bindenden Verfassung, in dem tief gewurzeltten Faustrecht und in der wenig Wirksamkeit, die die Staatsgewalt im Einzelnen und im Ganzen anzuwenden vermochte <sup>9)</sup>.

9) Dieser Zustand zeigt sich uns noch aus den Reichstagsacten von 1507. — „Dieweil erhaltene Urtheil wenig frucht geben, wo sie nit vollzogen werden, darumb so ermessen die stend, dazu gebürlicher Bollziehung und execution durch Kammerrichter und assessoren mit Acht und Oberacht und andern gebürlichen Peenen, des rechtens, strenglich und furderlich wie sich geburt, procedirt werden soll, und ob dieselb ungehorsam, also über Jar und Tag In der acht verharren und plieben würden, das alsdann des Reichs vor uffgericht ordnung, demselbigen zu Hülff gebrucht wurden, namlich also, das die, so in die acht erkennt, und Jar und Tag dar In verharren wurden, durch die Erzbischoffe, oder Bischoffe, Ir Bitarien, oder Officialen, des Bistums, dar Inn die Achter geseßen oder wonen sindt, In den geistlichen Bann declarirt, aggravirt und reaggravirt wurden, wie sich nach syner Ordenunge geburt durch compaß, und uff anruffen, durch compaß zu produciren, beswert, oder scheuen hätten, so bedünket die stende, nit unfuglich sie, das maß alhie mit den Erzbischoffen und Bischoffen handle, das sie den Kammerrichter oder der

8) So mochte es nun auch den Achtserklärungen der Femgerichte gehen, und deshalb hören wir im 12ten und 13ten Jahrhundert nicht viel von der Wirksamkeit dieser Gerichte, die sich im folgenden Jahrhundert so auszeichnend und mächtig darstellt. Wir können nicht zweifeln, daß die Achtserklärung derselben im Sinn des alten Rechts immer als Reichsacht ausgesprochen wurde, anfangs freilich nicht so, als ob die Femgerichte über das ganze Reich ihre Gerichtsbarkeit üben konnten, wohl aber dergestalt, daß sie die Bedeutung hatte, es müsse jedes andere kaiserliche Gericht und jeder Reichsunterthan sie respectiren <sup>10</sup>). Verbannen (forbannire) und Verfemen ist gleichbedeutend. Schon dies erinnert an Karolingische Zeit. Aber auch der Unterschied in dem Wesentlichen der Acht und der Verfemung ist für die Abstammung aus alter Zeit wichtig. Die Verfemung kannte keine Frist von Jahr und Tag; sie war gleich Oberacht, der Verfemte im Zustande des zum Tode verurtheilten Verbrechers, auf den nur die Vollstreckung lauerte <sup>11</sup>). Er war nicht bloß ungehorsamer Verdächtigter

---

geistlich standes, ob er aber weltlich standes sin wurd, ain Byfziger geistlich standes vollkommen gewalt geben, der uff die Acht wie oben gemelt, den Bann und ander geistlich Censuren gegen den Ehtern erkennen, und us gan ließ, sy darvon auch zu absolviren macht hatte, doch was von Processen und andern in sollichen Fällen, das solliche auch zu unterhaltung des Cammergerichts gewendet wurd. Wurde aber solliche Execution ainen mechtigen Fürsten, Commun oder ander belangen, die soll Acht und Bann verachten und nit ansehen wolten, deshalben soll der Kammerrichter ko. Mt. als des Herren und Haupt anrufen, der Inn wither execution zu verhelfen.

Placet, doch sollen die Erzbischoff, Bischoff, oder Ir Official uff bevelch des Cammergerichts den Bann usgan lassen, und sust nit, und on Ire Byssen und Willen, den Bann nit uffheben, sondern wann die acht ab und uffgehept ist, so soll der Bann auch ab und von Erzbischoff, Bischoff, oder Official geabsolvirt werden, und wann Bann und Acht nit hilft, durch die vier Marschalck zu erequiren." *Parprecht Staatsarchiv des R. G. II.*

10) Kopp meint ganz unrichtig, eine solche Befugniß der Westphäl. Gerichte sey bloß durch Annäherung entstanden, und die Kaiser hätten Nachsicht gehabt, um sie alsdan gegen die zunehmende Territorial-Hoheit zu gebrauchen.

11) Die Dortm. Weisth. bei Senck, I. S. 110. enthalten zwar in der Verfemungsformel, daß, wenn Einer Jahr und Tag darin gelegen, alle seine Güter Egen und Lehen an die Kaiserl. Majestät verfallen. Aber offenbar ist dies ein Zusatz, der sich aus dem gemeinten Recht eingeschlichen. Zu bemerken ist hierbei, daß auch die übrigen kaiserl. Gerichte zuweilen die Acht gleich als Final-Strafurtheil ansahen...

des Gerichts, sondern er war überwiesen und gerichtet, so als ob er erschienen wäre.<sup>12)</sup> — Eine besondere auszeichnende Qualität erhielt aber diese Acht noch da, als sie plötzlich mit ihrer Kraft und ihrem gewaltsamen Nachdruck alle Macht anderer kaiserlichen Gerichte übersprang, und sie eine Zeitlang bergestalt verdunkelte, daß man überzeugt war, sich an sie getrost wenden zu können, da wo kein anderes Gericht den Thäter zwingen konnte, welches zumeist, selbst bei den höchsten kaiserlichen Gerichten, der Fall war. Sie waren die einzigen, die eine executive Gewalt sicher handhabten, sowohl gegen den Mächtigen, der den Gerichten Hohn sprach, als gegen den Schwachen, der sich, in heimlichen Schlupfwinkeln verborgen wählend, dem Recht entzog. Diese Gewalt konnte ihnen aber nach den Verhältnissen der Zeit nur ein Bund geben, und indem wir daher bei der Aichtsvollstreckung das Verfahren der Ferngerichte am meisten aus aller Ordnung weichen sehen, bemerken wir auch hier gerade die deutlichsten Bundeszeichen. Der Gedächte oder Verfemte hatte nicht nur kein sicheres Geleit, so daß man keine Unthat an ihm begehen, und Jeder sich an ihm, als einem Recht- und Frieblösen Mann, vergreifen konnte; sondern es war eine Pflicht der Genossen, den ausgesprochenen Fluch der Verdammung zu vollstrecken; eine Pflicht, die zwar auch in der Genossenschaft ihre Wurzel hat<sup>13)</sup>, aber durch den Bund erhöht und verstärkt wurde. Der Ankläger, mochte er sein Recht

---

„Vor unserm Kammergericht rechtlichen erscheineſt, zu sehen und zu hören dich umb obgemelt dein Verhandlung in unser und des heiligen Reichs acht und aberachte, auch andere obgemelte Penen, gesellen seyn urtheil und Recht zu erkennen, erklen und verkunden, oder aber reblich ursachen warum solches nicht gescheen solle, in Rechten furzuwenden“ u. s. w. Urk. v. 1497. Harpprecht Staatsarchiv II. No. 109.

12) „Wan so er also versaimbt ist, so ist es auch vollkommen bewisen, als recht ist, daß er böß ist, und darumb sol man auch einen sollichen als einen bösen und versaimbten halten.“ Rupr. Weisth. bei Datt. l. c. p. 778.

13) Wir erkennen sie noch später in den Markenrechten. „Welle Marktenoten, den de Scharmann thosprecht, de solve mott mit en riden und ghan, unde helpen en die Marke waren.“ Urkunde v. 1329. Kinde. M. B. III, 1. No. 142.

suchen, oder seine Amtspflicht ihn binden, verfolgte den Versemten, und brachte die Versemung zur Kenntniß der Freischöffen. Kraßen nun drei oder vier derselben den Versemten, so daß sie mit ihm ritten, so waren sie verbunden, ihn gleich zu richten d. h. sie ergriffen ihn, hängten ihn an den ersten Baum, und zogen ihre Strafe. Zum Beweis, daß er von der heiligen Geme gerichtet, und nicht etwa von Räubern gemordet sei, ließen sie ihm Alles, was er um und bei sich trug, und steckten ein Messer in den Baum <sup>14</sup>). Um aber nicht Gefahr zu laufen, in der Vollstreckung zu unterliegen, und das Executions-Amt verspottet zu sehen, sollten sie nur zu dreien den Schuldigen fassen <sup>15</sup>); auch geschah dies wohl um des Beweises Willen, daß Alles in Rechten zugegangen, so wie auch nur drei oder vier den Schuldigen, der auf handhafter That betroffen war, richten konnten. Der Freischöffe war aber nur zur Hülfe verpflichtet, wenn er eines Frei grafen Brief und Siegel sah, oder wenn drei oder vier andere Freischöffen bei ihrem Eide sagten, daß der Mann versemte sei, und so seine Hülfe begehrten <sup>16</sup>). Dieser Bund, wodurch die Freischöffen auf Tod und Leben verschworen waren, den Verurtheilten zu richten, und sich brüderlichen Beistand zu leisten, wo J eden, der es unterließ, das unvermeidliche Schicksal bedrohte, als Eidbrü-

14) Nach den *Dortm. Weisth.* bei *Senck.* l. c. p. 111. hat der Versemte kein sicher Geleit, und der Ursacher und seine Helfer mögen weder an dem Leib noch an den Gütern des Versemten Unthat begehen: sie können sie ihm nehmen, bis er ihn an seinem Leibe straft mit der schweren Sentenz. Er soll ihm aber, wenn er ihn tödtet, nichts nehmen, was er bei ihm findet, damit man erkenne, daß er durch Recht gerichtet sey.

15) „um sein gewiß zu seyn,“ sagt das *Mupr. Weisth.* a. a. D. „Man soll sich dann dabei vor Schaden hüten; und zum mindesten. selbst Dritt seyn.“ *Weisth.* bei *Hahn.* l. c.

16) *Muprecht'sche Weisth.* a. a. D. Das *Dortm. Weisth.* bei *Senck.* a. a. D. wendet den vielbedeutenden Ausdruck wissende deshalb auf sie an, „weil sie schlechten Worten nicht glauben, sondern glaubhaftig Wissen der Sachen haben. Sie stehen nur bei auf eines Frei grafen gerichtl. Urkund, Brief und Siegel, bei gültigem Mund, wenn einer selbst bekennt, daß er Fembbruch auf sich habe, und blühendem Schein in handhafter That.“ Dies hebt keineswegs die Pflicht bei eidlicher Versicherung und Anrufung mehrerer Freischöffen auf, wie *Werd S.* 302. meint.

chiger selbst verurtheilt und versemzt zu werden, war das Mittel, der gerichtlichen Gewalt den Nachdruck zu geben, den der Staat damals nicht geben konnte, ihr Ansehn über alle andere Gerichte zu erheben, und sie zum furchtbaren Meteor des Zeitalters zu machen, das solcher Schreckung bedurfte.

Nicht unbemerkt darf es bleiben, daß, wenn von einem Angeklagten Wette geheischt wurde, gleichfalls die Freischöffen zu gegenseitiger Hülfsleistung streng verpflichtet waren <sup>17)</sup>).

9) Der Bund und die Verpflichtung der Freischöffen machte andere Formen nothwendig. Die wichtigste Abänderung bestand darin, daß die Acht oder Versemung geheim gehalten wurde. Die Beweggründe sind leicht aufzufinden. Der ungehorsame Friedbrecher sah ja sein Schicksal und die kommende Acht, als das Unvermeidliche, voraus; es mußte also, ehe sie noch ausgesprochen war, der Entschluß bei ihm feststehen sich durch Gewalt oder List dagegen zu schützen. Waren nun aber bei dem gesunkenen Zustande des Gerichtswesens der Kaiser und die Stände des Reichs nicht im Stande, der Achterklärung Nachdruck zu geben, Gehorsam und Gesezmäßigkeit zu erzwingen: wie hätte so Großes einem Häuflein Verbündeter glücken wollen, wenn sie mit offener Erklärung und Gewalt zu Werke gegangen wären! Ein nothwendiges Produkt der Zeit war es daher, diese Versemung, als eine heimliche Acht, der offenen entgegen zu setzen. Hierdurch constatirte sich zugleich ein neuer Begriff für das ganze Gericht, indem man dasselbe die heimliche Acht nannte, und in so fern es diese aussprach, mehr und mehr hierin den Gegensatz des offenen Gerichts legte <sup>18)</sup>).

17) Nach den Ruprechtischen Weisthümern v. 1408. a. a. O.

18) „und werden an ernalten freyen stul zu Dedinghausen, wie auch an andern freyen stulen zwey Gerichte gehalten, das eine die heimliche acht, das andere das offene Gedinge genandt.“ Art. Det. v. 15. . Kopp, von den heiml. Ger. S. 466. Wenn das offene Freigericht zu Ende war, wurde die heimliche Acht gehegt, und Jeder, der nicht Freischöffe war, mußte sich entfernen. Urk. v. 1476. Rindl. M. B. III. 2. No. 205. „und wan dat frygerichte opgegeven was, so hulpen sey wrogen, was sich in der heymliche Gerichte borde to wrogen bynnen erer stat und buten: und nemen dan enen Fronen, de bynnen erer stat wonhaslich was, de to den vorg. stoile Bryfrone was dat de vorg. Frone sey dan eschebe, dat-se sich van dem Gerichte



- a) Man schloß das Gericht, in welchem die Acht ausgesprochen wurde, oder ausgesprochen werden konnte, nun bet Todesstrafe gegen Alle, die nicht Freischöffen, d. h. nicht in den Bund aufgenommen, und zum Gehelmbalten durch ihren Eid verpflichtete Genossen waren. Dieser konnten aber so viel da sein als wollten, und wir sehen ihre Anzahl oft bis auf tausend steigen.
- b) Die Aufforderung zur Hülfe im Styl der Reichsachtserklärungen erging jetzt bloß an Alle im Reiche, in so fern sie Freischöffen waren <sup>19</sup>).
- c) Man fertigte das Urtheil zwar aus, gab es aber als Geheimniß dem Kläger zu seiner Legitimation, der es keinem Andern zeigen durfte, außer achten Freischöffen, die, wie wir unten sehen werden, nun auch an einem Bundeszeichen, an einer geheimen Lösung sich erkannten <sup>20</sup>).

schedden." Der Freigraf zu Blaamsen hält ein gehebetes heimliches Gericht, „to rechten over lyff und ere ton hogesten rechte na der hylgen hey meliken achte rechte." Die Kläger fragen, „ob die Bells nicht voirtide voir dessen vrienstole sind verclaget, gheepschet und verbadet vor dat a pene vrye gerichte, oir lyff und ere to oren hogesten rechte to verantworne." Die Ladung und der Ungehorsam wird constatirt, die Klage in aller Form wiederholt und die Acht ausgesprochen. Urk. v. 1440. in Grote's Jahrbuch S. 330. „So walt sich dan mit rechten Ordelen erfindet, dat sich geboeren sall tho richten in den heimlichen Gerichte, so sall der friegreve den frienfronen ein stille unde rumige des Gerichtes laten beiden alle den de nicht frienscheppen findt unde unwetten findt, dat se asgaen bei der webbe unde rept, unde geffen ban dat freigerichte unde freiding up, unde staen up van dem freyenstoel, und gaen dan wibberumme upe denseligen freien stoel sitten, und hefen dan wibber umb ayn, als hier-nae beschreven steht." Alte Handschr.

- 19) „und ersche mane und gebiede iz Johan van wullen vrigreve vors. van Konninglicher gewalt onder Konningr banne allen forsten und herren, ribberen und knechten, allen vriegreven und allen echten rechten vrientscheppen der heimeliken achte, by der huldingen und Eiden de se dem hylgen ryke ghebaen hebbet, so wair dat se desse vorgenomeden onhoirsamen, verclageden, geladenen, gheepscheden, vertugheeden, verwunnenen, verwyseden, rechtlosen, echilosen, vredelosen, eerslosen, vervoirden und vervemeden Johann brunsterde und sine medes hulpere an comen, dat se de antaften und hanghen" u. s. w. Urk. v. 1440. Grote Jahrb. v. 1817. S. 333.

- 20) Dortm. Weisth. bei Senck. C. J. G. I. S. 110. „Der Freigraf soll auch Niemand etwas davon zu wissen thun, sondern dem Ursacher und Ankläger eine gerichtlich glaubhaft Urkund geben, mit 7 Freischöffen

d) Doch war es gar nichts Wesentliches als Freischöffe, geheim zu bleiben, sondern nur die Verfemung geheim zu halten, um der Vollstreckung gewiß, und vor Gewalt, List und Rache geschützt zu sein. Es war überhaupt im Mittelalter nicht der Geist jener vielen Einigungen und Bündnisse mit Geheimnissen zu kramen. Niemand machte daher auch ein Geheimniß daraus, daß er ein Freischöffe sei; von Geheimnissen der Procebur ist gar nicht einmal die Rede. Nur die Vollstrecker der Acht mußten geheim bleiben, folglich der Ausspruch derselben selbst, und die damit in Verbindung stehenden Verhandlungen. Es hing davon die Möglichkeit der Vollziehung selbst ab. In vorkommenden Fällen mußte somit der Freischöffe wissen, ob er unter Freischöffen sei, und Hülfe begehren könne, oder Verrath zu fürchten habe; und da man nicht alle Bundesgenossen kennen konnte, so mußte man sich eines geheimen und sichern Zeichens bedienen.

e) Daß diese heimliche Acht ein Produkt der späteren Zeit des Mittelalters war, läßt sich nicht bezweifeln. Unter Karl dem Großen konnte sie nicht entstehen. Sein Regierungs-System war zu wohl geordnet; sie paßte nicht in seine Verfassung des Reichs. Die Unmöglichkeit folgt schon von selbst, da Grafen und Schöffen einzig auf einen geschlossenen Gerichtsbezirk beschränkt waren, und innerhalb desselben sich die Entstehung einer heimlichen Acht nicht denken läßt.

f) Indem man sie aber mit dem altherkömmlichen Verfa'ren der Freigerichte und der alten Verpflichtung der Freischöffen zusammenstellte, übertrug man das Recht des Bethelligten, mit Hülfe aller Freischöffen Vollstreckung gegen Leib und Gut des Verurtheilten zu suchen, auch als Pflicht auf die-

---

anhangenden Siegeln. Den Brief soll der Ursacher bei sich tragen und Niemand weisen, weder sehen noch hören lassen, außer die Freischöffen." In den Formularen Anhang No. 10. sagt der Freigraf: „Erkenne unde betuge in deser scrifft inholde desse breves vur allen genen de dese scrifft mogen syen off horen gelesen werden, bevrifschepen sin in der hemeliken achte."

jenigen, die von Amtswegen, und um ihres Eides willen, klagen mußten. Somit übertrug man die Idee der heimlichen Acht auf das Gericht, constatirte mehr und mehr den Begriff todeswürdiger Verbrechen, d. h. solcher, welche femtrogig waren, oder die heimliche Achteerklärung nach sich zogen, und fand hierzu um so leichter die Veranlassung, als solche Verbrechen gewöhnlich heimlich begangen wurden, und man ohnehin schon allgemein im gerichtlichen Verfahren offene und heimliche Verbrechen unterschied <sup>21)</sup>.

g) Nach der Idee des Mittelalters, und nach dem Herkommen aus germanischer Zeit konnte man aber jede Unthat mit Willen und Gnade des beschädigten und beleidigten Klägers büßen und sühnen. Der Begriff der unablässlichen oder heimlich zu richtenden Verbrechen wurde daher, wie wir bereits oben bei den Distinctionen in der Competenz-Bestimmung sahen,

α) hauptsächlich auf die Verbrechen gegen die Religion beschränkt. Bei dem mehrfach geschilderten Zustande des Reichs war es aber selten, daß in solchen Sachen, wo kein Privat-Interesse gefährdet war, Jemand, außer dem Freischöffenbund, klagte, und so befestigte sich die Idee, daß dieselben bloß vor das Femgericht gehörten, welches auch, wie wir früher sahen, Anerkennung im Reiche fand <sup>22)</sup>.

β) In gleiche Kategorie setzte man jeden Friedbruchs-Fall, wenn das Verfahren so weit gedieh, daß der Wille

21) „nyne hemelyke noch openbare Mysdait van emme en weten.“ Kindl. W. B. III. 2. No. 207.

22) „Also dat de saken sijn anders nergen engeboren to richten dan vor den vrygenstoell in der hemeliken achte.“ Vgl. Formulare, Anh. No. 10. Manche Urkunden rechnen zur Competenz der Femgerichte „alles was wider die heilige Kirche und den Christlichen Glauben gehe, wo man das vor den andern Gerichten nicht richten könne.“ Lang, Gesch. Ludwig des Bärtigen S. 247. — Die Gegner bestritten das freilich. In einer Relation, welche Berck a. a. O. Urkunde No. 1. mittheilt, heißt es: „se laten oē valscheleken luden, een Romeysch konynck unde Parwez en hebben dat nene macht over, dat Ketterye is und tiegen den gloven“ u. s. w.

d) Doch war es gar nichts Wesentliches als Freischöffe, geheim zu bleiben, sondern nur die Verheimlichung geheim zu halten, um der Vollstreckung gewiß, und vor Gewalt, List und Rache geschützt zu sein. Es war überhaupt im Mittelalter nicht der Geist jener vielen Einigungen und Bündnisse mit Geheimnissen zu kramen. Niemand machte daher auch ein Geheimniß daraus, daß er ein Freischöffe sei; von Geheimnissen der Proceßur ist gar nicht einmal die Rede. Nur die Vollstrecker der Acht mußten geheim bleiben, folglich der Ausspruch derselben selbst, und die damit in Verbindung stehenden Verhandlungen. Es hing davon die Möglichkeit der Vollziehung selbst ab. In vorkommenden Fällen mußte somit der Freischöffe wissen, ob er unter Freischöffen sei, und Hülfe begehren könne, oder Verrath zu fürchten habe; und da man nicht alle Bundesgenossen kennen konnte, so mußte man sich eines geheimen und sichern Zeichens bedienen.

e) Daß diese heimliche Acht ein Produkt der späteren Zeit des Mittelalters war, läßt sich nicht bezweifeln. Unter Karl dem Großen konnte sie nicht entstehen. Sein Regierungs-System war zu wohl geordnet; sie paßte nicht in seine Verfassung des Reichs. Die Unmöglichkeit folgt schon von selbst, da Grafen und Schöffen einzig auf einen geschlossenen Gerichtsbezirk beschränkt waren, und innerhalb desselben sich die Entstehung einer heimlichen Acht nicht denken läßt.

f) Indem man sie aber mit dem altherkömmlichen Verfahren der Freigerichte und der alten Verpflichtung der Freischöffen zusammenstellte, übertrug man das Recht des Bethelligten, mit Hülfe aller Freischöffen Vollstreckung gegen Leib und Gut des Verurtheilten zu suchen, auch als Pflicht auf die

anhangenden Siegeln. Den Brief soll der Empfänger bei sich haben und Niemand wissen, wem er ihn noch haben soll, außer den Freischöffen." In den "Urkunden Johanns des 10. Königs von England" (Erleane und London 1790) findet man den genauen Text des Briefes.

jenigen, die von Amtswegen, und um ihres Eides willen, klagen mußten. Somit übertrug man die Idee der heimlichen Acht auf das Gericht, constatirte mehr und mehr den Begriff todeswürdiger Verbrechen, d. h. solcher, welche femwrogig waren, oder die heimliche Achterklärung nach sich zogen, und fand hierzu um so leichter die Veranlassung, als solche Verbrechen gewöhnlich heimlich begangen wurden, und man ohnehin schon allgemein im gerichtlichen Verfahren offene und heimliche Verbrechen unterschied <sup>21)</sup>).

g) Nach der Idee des Mittelalters, und nach dem Herkommen aus germanischer Zeit konnte man aber jede Unthat mit Willen und Gnade des beschädigten und beleidigten Klägers büßen und sühnen. Der Begriff der unablässlichen oder heimlich zu richtenden Verbrechen wurde daher, wie wir bereits oben bei den Distinctionen in der Competenz-Bestimmung sahen,

a) hauptsächlich auf die Verbrechen gegen die Religion beschränkt. Bei dem mehrfach geschilderten Zustande des Reichs war es aber selten, daß in solchen Sachen, wo kein Privat-Interesse gefährdet war, Jemand, außer dem Freischöffenbund, klagte, und so befestigte sich die Idee, daß dieselben blos vor das Femgericht gehörten, welches auch, wie wir früher sahen, Anerkennung im Reiche fand <sup>22)</sup>).

ß) In gleiche Kategorie setzte man jeden Friedbruchs-Fall, wenn das Verfahren so weit gedieh, daß der Wille

21) „nynne hemelste noch openbare misdait van emme en weten.“  
Seindl. N. B. III. 2. No. 207.

22) „Also dat de saken niet anders nergen engeboren to richten dan vuren achte.“ Vgl. Formulare, Anh. No. 10.  
Competenz der Femgerichte „alles was in Christlichen Glauben gehe, wo man nicht richten könne.“ Lang, Gesch.  
— Die Gegner bestritten das freilich.  
v. a. a. D. Urkunde No. 1. mittheilt,  
in luden, een Romeesch konink ende  
cht over, dat Ketterye is

des Angeklagten, nicht sühnen, nicht gut machen, und sich nicht verantworten zu wollen, klar war; ja jede hartnäckige Verschmähung des Gerichts, jede standhafte Weigerung des Rechts, folglich jede Contumacial-Sache, wurde femwrogig, d. h. die Femgerichte, als kaiserliche Gerichte, zogen sie zu ihrer Competenz, und sprachen die heimliche Acht aus, nach Freistuhls-Recht<sup>23)</sup>.

b) Manche Collisionen und Widersprüche waren unvermeidlich, sobald man strenges, uraltes Herkommen und verwischte Sagen der Vorzeit, mit späteren Productionen eines veränderten Zeitalters vermischte. Indem man aber die heimliche Acht mit einem heimlichen Gericht verwechselte, und beide gleich setzte, war aller Irrthum in der Meinung von Geheimnissen des Verfahrens geboren. Erwiesen ist nun aber, daß es kein heimliches Gericht gab, sondern nur ein Geheimhalten des Ausspruchs der Acht, um der Vollstreckung durch den Schöffenbund gewiß zu sein, und geheime Symbole, an denen sich der Bund im Nothfall erkannte.

i) Die Scheidelinie der Wahrheit und des Irrthums ist so leicht zu finden, daß man wirklich staunen muß, wie der letztere hat Jahrhunderte durch bestehen, und wie eine falsche Münze cursiren können. Wir können ihn noch deutlicher erkennen, wenn wir den Ausdruck Stillgericht, den man auch für heimliches Gericht in den alten Documenten findet, geschichtlich erläutern. Man konnte sich nicht bewogen finden,\* das heimliche Gericht, wenn es, im

---

23) Also diejenigen, die vor dem offenen Gericht nicht erschienen, wurden in das heimliche Gericht gezogen, d. h. die heimliche Acht wurde in contumaciam gegen sie ausgesprochen. Wenn der Angeklagte aber erschien, so war ein doppeltes Verfahren unmöglich. „orbel . . na deme male dat wyneken vorg. were int eyrste loveloesf und erloesf menich geworden und gedaget na Fryensstoels Rechte, und nu dat Gerichte so brevelike versmabet, und worde unhorsam gefunden; so solde man en trefen ute deme apenen Gerichte in dat fryg hemeliken Gerichte, and laten dem Rechte synen rechten Ganc.“ Kindl. M. B. Urk. v. 1506. III. 2. R. 217.

Sinn der Irrenden, als Geheimniß gehegt worden wäre, Stillgericht zu nennen, denn es war in diesem Gericht der Genossen, wo oft tausend Freischöffen versammelt waren, nicht stiller, als in jedem anderen. Nachdem aber bei allen Criminal-Gerichten der Proceß in Friedensbruchsachen mit Gerüfde, mit dem Zetergeschrei, das aus dem Hülseruf entstanden war, begann, war es bei den Femgerichten keine Sitte, den auf der That betroffenen mit Beschrei vor Gericht zu führen, sondern die Anklage wurde, wenn er nicht auf der Stelle gerichtet war, ruhig und mit dem Gewicht der altherkömmlichen Formen und Rechte eröffnet. Man konnte nun also durch den Ausdruck Stillgericht einen Gegensatz bezeichnen <sup>24</sup>).

- k) Die Gegensätze verarbeiteten sich in der Zeit immer stärker. Der Unterschied zwischen offenen und heimlichen Verbrechen, die Eidespflicht der Schöffen, letztere zur Anklage zu bringen, und der Umstand, daß der Ankläger nicht immer vor Gewalt und Rache sicher war, machte oft Vorsicht nöthig, und die Idee von offen und heimlich wurde so wieder auf die Anklage und dann auf das übrige Verfahren leicht übertragen.

10) Wie eine verfallene Ruine aus grauem Alterthum, deren Zusammensetzung wir uns nicht mehr ganz enträthseln können, gähnt die Verfehmungsformel der Freigerichte uns an. Der Graf sprach also:

„Da nun vor mir verklagt, verfolgt und verwunnen ist, N. der sich schreibt und nennet u. s. w. den ich um seiner Missethat und Bosheit willen habe heischen und laden lassen, als Recht ist der heimlichen Acht, von Klage wegen des N. daß er ihm sein Gut mit Gewalt wider Gott, Ehre und

24) *Thomasius Diss. de origine etc. — Jud. Westph. Abstinerunt clamore ante usitato si reus in flagranti deprehendebatur ob hostilitates et caedes plerumque inde enatas, nec non certaminibus singularibus aliisque purgationibus vulgaribus.* Der Verf. verfällt aber in die gewöhnlichen Irrthümer, z. B. alia quaedam forma secreta illis judiciis daretur ex processu accusatorio et inquisitorio mixta etc.

Recht vorenthält, und in der Bosheit so verhärtet ist, daß er nicht Ehre noch Rechts pflegen will, und das höchste Gericht des heiligen Reichs verschmäht, und ungehorsam gewesen ist, so verfeme und verföhre ich ihn hier von Königlichcr Macht und Gewalt wegen, als Recht ist, und Königsbann gebiethet und ausweist, und nehme ihn aus dem Frieden des Rechts und Freiheit, das Papst und Kaiser gesetzt und bestätigt hat <sup>25)</sup>; und ferner alle Fürsten und Herren, Ritter und Knappen, Schöffen und Freie beschworen haben, in dem Lande zu Sachsen, und setze ihn von aller Freiheit und Rechte, so er je hatte, seit er aus der Taufe gezogen wurde, in Königsbann und Wette, in den höchsten Unfrieden: Und ich weise ihn forthin von den vier Elementen, die Gott den Menschen zu Trost gegeben und gemacht hat. Und ich weise ihn forthin echtlos, rechtlos, Friedelos, Ehrlos, sicherlos, mißthätig, fempflchtig, leiblos, also daß man mit ihm thun und verfahren mag, als man mit einem andern verfernten, verführten und verweiseten Manne thut. Und er soll nun forthin unwürdig gehalten werden, und er soll nun forthin keines Gerichtes noch Rechtes genießen, noch gebrauchen, noch besitzen. Und er soll keine Freiheit, noch Geleit ferner haben noch gebrauchen, in keinen Schlössern, noch Städten, außer an geweihten Stätten. Und ich vermaledeye hier sein Fleisch und sein Blut, auf daß es nimmer zur Erde bestattet werde, der Wind ihn verwehe, die Krähen, Raben und Thiere in der Luft ihn verführen und verzehren. Und ich weise und theile zu den Krähen und Raben und den Vögeln und andern Thieren in der Luft sein Fleisch, sein Blut und Gebeln, die Seele aber unserm lieben Herr Gott, wenn sie derselbe zu sich nehmen will <sup>26)</sup>."

Nach einigen Gewohnheiten mußte er diese Worte dreimal aussprechen, und jedesmal mit sämmtlichen Schöffen ausspeien,

---

25) „Die Kaiser Carolus gesetzt, Papst Leo confirmirt hat;" sagen andere Formulare.

26) Godesfelder Eoder a. a. D. S. 324.



so wie dies Sitte war, wenn Einer wirklich gerichtet wurde<sup>27)</sup>. Dann nahm der Freigraf wieder das Wort und sagte:

„Ich gebiethe allen Königen, Fürsten, Herrn, Rittersn und Knappen, allen Freigrafen und allen freien echten Schöffen und allen denjenigen, die dem heiligen Reich zugehören, bei der Treue und den Eiden, die sie dem heiligen Reiche und der heimlichen Acht gehuldet und gethan haben, daß sie dazu helfen und dazu beiständig sind mit voller Macht, daß über diesen verfemeden, verführten, verweisenen Mann, der sich schreibt und nennet u. s. w. über seinen Leib gerichtet werde, als des heiligen Reichs heimlicher Acht Recht ist. Und sie sollen das nicht lassen um Lieb noch um Leid, um Freund noch um Verwandte, noch aus Sorge um ihren Leib oder ihr Gut, noch um keines Dinges Willen in all dieser Welt.

Offenbar ist jene Formel älter als der Bund, denn dieser war der Vollstreckung fast immer gewiß, und es bedurfte so vieler Worte nicht. Aber die Würde und die Gewalt eines höchsten kaiserlichen Gerichts, das die Reichsacht ausspricht, geht deutlich hervor<sup>28)</sup>. Dabei zeigt sich Einwirkung eines geistlichen Bannspruches, und Andeutung eines kirchlichen und weltlichen Vereins zur Aufrechthaltung des Friedens<sup>29)</sup>. Der Friedensbrecher bricht zugleich Eid und Bund mit Kirche und Staat. Der Fluch vernichtet ihn so gewiß, wie die Hand, die ihn vor

27) Nach dem Dortm. Gobar bei *Senck*. C. J. G. I. p. 90. nahm der Freigraf auch die Wibe oder den Strick und warf ihn rückwärts aus dem Gericht. Eine andere Urkunde hat: „wiese sinen Hals dem repe, sinen liegnam den vogelen und den Thieren in der Luft tho vertheren, und befehle sine seele Gott in dem Himmel in sine Macht und Gewalt und halte sin Lehn und Gut dem Herrn ledig . . . sin Weib wedere, sine Kinder weisen.“ Goth. Kal. 1784. Vergl. auch Arnsh. R. B. Anh. No. 26.

28) Eine Formel im Dortm. Gobar bei *Senck*. l. c. I. p. 110. hat noch: „Wäre es eine Stadt, Fürst oder Commun, so werden sie dazu verfallen und verlustig aller ihrer Freiheit, Privilegien und Begnadigung.“

29) Die Dortm. Formel sagt: „Er soll ihn abschneiden von der Gemeinheit aller Christen, er soll verflucht werden, daß er an seinem Leibe verdorre, und nicht mehr grüne noch zunehme, in aller Weise, wie man in dem höchsten Bann die 7 Psalmen über einen liß zu seiner Malebeigung, sein Weib soll ihm vertheilt werden zu einer Witwe seine Kinder zu Waisen.“

der Versammlung richtet, aber mit Stämmigkeit wird seine Seele dem Herrn empfohlen. Die Formel scheint zugleich auf eine uralte gepflanzt, die vielleicht sich bis zur Karolingischen Zeit hinreicht<sup>30)</sup>. Zu den Spuren des Alterthums rechnen wir besonders eine Stelle in einer andern Formel, die der Dortmunder Coder giebt<sup>31)</sup>, und die an die strengen Formen des germanischen Rechtes hinsichtlich des Vergeldes erinnert, ohne daß diese bei dem veränderten Geiste dieser Gerichte noch Bedeutung gehabt hätten<sup>32)</sup>. Es heißt da: „Sein Leib soll frei, und erlaubt sein allen Leuten und Thieren, den Vögeln in den Lüften, den Fischen im Wasser, so daß Niemand gegen ihn einen Frevel begehen kann, dessen er büßen dürfe. So ist er auch allenthalben Ehelos und Rechtlos, und man mag ihn tödten.“ Der letzte Satz ist offenbar jünger, und wenn er eigentlich nur den Ersten wiederholt, so sieht man doch, daß er in einem späteren Geiste sich ausdrückt, und jener blos als alte Form stehen geblieben und nicht mehr ganz verständlich war.

11) Es war in alter Zeit nicht Sitte, das gefundene Urtheil aufzuschreiben, oder dem Kläger gar eine Ausfertigung zu erteilen; die Genossenschaft war Zeuge, und bewahrte das, was ergangen war, treuer als Pergamen und Papier, wo daher dieser um eine solche Bescheinigung seines erlangten Rechts den Richter bat, war es den Formen angemessen, daß derselbe Urtheil finden ließ, ob der Antrag des Klägers zu bewilligen sei<sup>33)</sup>. Bei der heimlichen Acht und dem Bunde kam

30) Wie auch Eichhorn a. a. D. S. 193. andeutet.

31) Senck C. J. G. I. p. 110.

32) Eichhorn a. a. D. I. S. 206. und Rogge a. a. D. S. 31.

33) Urk. v. 1313. Der Hofrichter bekennet: „daß Graf Conrad von Dettingen ist verzehlt, und seind ihm Ehr und Recht genommen, sein lehn dem Herrn ledig gesetzt, und seind ihm gemeiniglich genommen alle die Recht die ein semper hat, und ein-unversprochen Mann zu Recht haben soll. . . da wurde erteilt mit gesammter Urtheil, daß man ihm der vorgeschriebenen Rede billig einen Brieff geben soll, das gieb ich zu Zeiche diesen Brief. Harpprecht, Staatsarchiv II. No. 51. Noch im J. 1506 wird in Westphalen darüber erkannt, ob das Gericht schuldig sey, dem Kläger einen Schein (Ausfertigung des Erkenntnisses) zu geben. Kindl. M. B. III. 2. 217.

nun noch die Nothwendigkeit der Vorsicht hinzu, und der Fall mußte daher um so strenger erwogen werden. Den Unwissenden wurde nie entdeckt, daß Jemand verfemt sei, folglich auch an sie kein Urtheilsbrief ausfertigt<sup>34)</sup>; noch weniger wurde ein offener Brief erlassen, sondern nur dem Kläger das Erkenntniß mit den Siegeln des Freigrafen und sieben Freischöffen behangen, erteilt<sup>35)</sup>. Dieser mußte es heimlich bei sich behalten, und durfte es Niemand offenbaren; als echten Freischöffen<sup>36)</sup>. — Der Freigraf sollte auch ein Register halten, in welches der Name des Verfemten eingetragen würde. Man nannte es wohl Blutbuch. Später wurden die Ladungen und Verfemungen ausführlich eingetragen; theils war dies sich ausblibender Geschäftsgang<sup>37)</sup>, theils war es auch nöthig, um der eigenen Wissenschaft der Gerichte Willen, und um dem Bunde dadurch Rechenschaft geben zu können.

34) Wie die Weisthümer bei *Hahn* l. c. ausdrücklich vorschreiben.

35) Ein Beispiel einer Ausfertigung über ein Urtheil gegen Unwissende, welche ungehört verfemt werden, scheint eine Urkunde des Freigrafen von Limburg am Freistuhl zu Brunynschulien im Jahr 1418 erteilt, zu geben, wo es auf die Anklage bloß heißt: „dat dese drey vorgenomte vele undat gedaen hebben, dat an eren hals ghevet, und ut erem rechte gedan sind, dar Orbel und Recht over geghain ys also des vrygenstoels recht ys. Hir weren over und ane“ u. s. w. *Neuestes Magazin für Westfalen*. Dortmund 1816. I. 3. S. 291. Der Uebergang zu einem andern Verfahren in Betreff der Ladung spricht sich in einer andern Urk. v. 1409. das. S. 293. aus, wo der Freigraf eine Vorladung erläßt, mit dem Hinzufügen „ind schrive u dit omb wolbait willen, des ich doch van Rechte nicht endorfte, na dem as y barmede vortghevaren hebben.“

36) Ref. v. 1439. bei *Goldsack* a. a. D. S. 163. Die Weisthümer schreiben auch vor, daß der Urtheilsbrief auf gut zeitig Pergamen soll geschrieben seyn, ohne alle Löcher und underschrt ohne Rasur und ohne Mackel. *Senck.* l. c. I. p. 119.

37) So wurde das Aufschreiben auch bei andern Gerichten eingeführt. *Casselsche Statuten* v. 1384. bei *Kopp* v. d. Hess. Ger. I. S. 483. „Duch die orteile die da Endunge gebin in den sachen, sie werden gesprochen von uns und unsme Rade abir von dem Rade daz sind die Schepfin der stede, die sal man zu stunt schriben in czwey Büchere, daz eyne sal bliben by dem Rade, daz ander by dem Richter.“ Eine gar lange Zeit gehörte dazu, bis jeder Proceß ein Buch wurde, und jedes Landgericht beinahe eine Papiermühle zu seinem Schreibes darf nöthig hatte.

chiger selbst verurtheilt und versemzt zu werden, war das Mittel, der gerichtlichen Gewalt den Nachdruck zu geben, den der Staat damals nicht geben konnte, ihr Ansehn über alle andere Gerichte zu erheben, und sie zum furchtbaren Meteor des Zeitalters zu machen, das solcher Schreckung bedurfte.

Nicht unbemerkt darf es bleiben, daß, wenn von einem Angeklagten Wette geheischt wurde, gleichfalls die Freischöffen zu gegenseitiger Hülfsleistung streng verpflichtet waren <sup>17)</sup>.

9) Der Bund und die Verpflichtung der Freischöffen machte andere Formen nothwendig. Die wichtigste Abänderung bestand darin, daß die Acht oder Versemung geheim gehalten wurde. Die Beweggründe sind leicht aufzufinden. Der ungehorsame Friedbrecher sah ja sein Schicksal und die kommende Acht, als das Unvermeidliche, voraus; es mußte also, ehe sie noch ausgesprochen war, der Entschluß bei ihm feststehen sich durch Gewalt oder List dagegen zu schützen. Waren nun aber bei dem gesunkenen Zustande des Gerichtswesens der Kaiser und die Stände des Reichs nicht im Stande, der Achterklärung Nachdruck zu geben, Gehorsam und Gesezmäßigkeit zu erzwingen: wie hätte so Großes einem Häuflein Verbündeter glücken wollen, wenn sie mit offener Erklärung und Gewalt zu Werke gegangen wären! Ein nothwendiges Produkt der Zeit war es daher, diese Versemung, als eine heimliche Acht, der offenen entgegen zu setzen. Hierdurch constatirte sich zugleich ein neuer Begriff für das ganze Gericht, indem man dasselbe die heimliche Acht nannte, und in so fern es diese aussprach, mehr und mehr hierin den Gegensatz des offenen Gerichts legte <sup>18)</sup>.

17) Nach den Ruprechtschen Weisthümern v. 1408. a. a. O.

18) „und werden an ernennten freyen stul zu Oedinghausen, wie auch an andern freyen stulen zwey Gerichte gehalten, das eine die heimliche acht, das andere das offene Gedinge genandt.“ Art. Det. v. 15. . Kopp, von den heimpl. Ger. S. 466. Wenn das offene Freigericht zu Ende war, wurde die heimliche Acht gehegt, und Jeder, der nicht Freischöffe war, mußte sich entfernen. Urk. v. 1476. Kündl. M. B. III. 2. No. 205. „und wan dat frygerichte opgegeven was, so hulpen sey wrogen, was sich in der heymliche Gerichte borde to wrogen bynnen erer stat und buten: und nemen dan enen Fronen, de bynnen erer stat wonhaftlich was, de to den vorg. stoile Bryfrone was dat de vorg. Frone sey dan eschebe, dat se sich van dem Gerichte

a) Man schloß das Gericht, in welchem die Acht ausgesprochen wurde, oder ausgesprochen werden konnte, nun bei Todesstrafe gegen Alle, die nicht Freischöffen, d. h. nicht in den Bund aufgenommen, und zum Geheimhalten durch ihren Eid verpflichtete Genossen waren. Dieser konnten aber so viel da sein als wollten, und wir sehen ihre Anzahl oft bis auf tausend steigen.

b) Die Aufforderung zur Hülfe im Styl der Reichsachtserklärungen erging jetzt bloß an Alle im Reiche, in so fern sie Freischöffen waren <sup>19</sup>).

c) Man fertigte das Urtheil zwar aus, gab es aber als Geheimniß dem Kläger zu seiner Legitimation, der es keinem Andern zeigen durfte, außer achten Freischöffen, die, wie wir unten sehen werden, nun auch an einem Bundeszeichen, an einer geheimen Lösung sich erkannten <sup>20</sup>).

scheden." Der Freigraf zu Blaemsen hält ein gehegetes heimliches Gericht, „to rechten over lyff und ere ton hogesten rechte na der hylgen heymeliken achte rechte." Die Kläger fragen, „ob die Bess. nicht voirtide voir dessen vrienstole sind verclaget, gheeyshet und verbabet vor dat a pene vrye gerichte, oir lyff und ere to oren hogesten rechte to verantworne." Die Ladung und der Ungehorsam wird constatirt, die Klage in aller Form wiederholt und die Acht ausgesprochen. Urk. v. 1440. in Grote's Jahrbuch S. 330. „So wair sich dan mit rechten Ordelen ersindet, dat sich geboeren sall tho richten in den heimlichen Gerichte, so sall der friegreve den friensronen ein stille unde rumige des Gerichtes laten beiden alle den de nicht frienscheppen findt unde unwetten findt, dat se asgaen bei der wedde unde rept, unde geffen dan dat freigerichte unde freiding up, unde staen up van dem freynstool, und gaen dan wibberumme upe denselfigen freien stoel sitten, und hesen dan wibder umb ayn, als hier nae beschreven steht." *Alte Handschr.*

19) „und eysche mane und gebiede iſ. Johan van wullen vrigreve vors. van Konninglicher gewalt onder konning banne allen forsten und heren, ribberen und knechten, allen vriegreven und allen echten rechten vriensthepen der heimeliken achte, by der huldinge und Eiden de se dem hylgen ryke ghebaen hebbet, so wair dat se desse vorgenoemen onhoirsamen, verclageden, geladenen, gheeysheden, vertugheden, verwunnenen, verwyseden, rechtlosen, echtilosen, vredelosen, erslosen, vervoirden und vervemeden Johann brunsterde und sine medes hulpere an comen, dat se de antaſten und hanghen" u. s. w. Urk. v. 1440. Grote Jahrb. v. 1817. S. 333.

20) Dortm. Weisth. bei Senck. C. J. G. I. S. 110. „Der Freigraf soll auch Niemand etwas davon zu wissen thun, sondern dem Ursacher und Ankläger eine gerichtlich glaubhaft Urkund geben, mit 7 Freischöpfen

- d) Doch war es gar nichts Wesentliches als Freischöffe, geheim zu bleiben, sondern nur die Verheimlichung geheim zu halten, um der Vollstreckung gewiß, und vor Gewalt, List und Rache geschützt zu sein. Es war überhaupt im Mittelalter nicht der Geist jener vielen Einigungen und Bündnisse mit Geheimnissen zu kramen. Niemand machte daher auch ein Geheimniß daraus, daß er ein Freischöffe sei; von Geheimnissen der Proceßur ist gar nicht einmahl die Rede. Nur die Vollstrecker der Acht mußten geheim bleiben, folglich der Ausspruch derselben selbst, und die damit in Verbindung stehenden Verhandlungen. Es hing davon die Möglichkeit der Vollziehung selbst ab. In vorkommenden Fällen mußte somit der Freischöffe wissen, ob er unter Freischöffen sei, und Hülfe begehren könne, oder Verrath zu fürchten habe; und da man nicht alle Bundesgenossen kennen konnte, so mußte man sich eines geheimen und sichern Zeichens bedienen.
- e) Daß diese heimliche Acht ein Produkt der späteren Zeit des Mittelalters war, läßt sich nicht bezweifeln. Unter Karl dem Großen konnte sie nicht entstehen. Sein Regierungs-System war zu wohl geordnet; sie paßte nicht in seine Verfassung des Reichs. Die Unmöglichkeit folgt schon von selbst, da Grafen und Schöffen einzig auf einen geschlossenen Gerichtsbezirk beschränkt waren, und innerhalb desselben sich die Entstehung einer heimlichen Acht nicht denken läßt.
- f) Indem man sie aber mit dem altherkömmlichen Verfahren der Freigerichte und der alten Verpflichtung der Freischöffen zusammenstellte, übertrug man das Recht des Betheiligten, mit Hülfe aller Freischöffen Vollstreckung gegen Leib und Gut des Verurtheilten zu suchen, auch als Pflicht auf die-

---

anhangenden Siegeln. Den Brief soll der Ursacher bei sich tragen und Niemand weisen, weder sehen noch hören lassen, außer die Freischöffen." In den Formularen Anhang No. 10. sagt der Freigraf: „Erkenne unde betuge in deser scrifft inholde desses breves vur allen genen de dese scrifft mogen sven off horen gelesen werden, de vryschepen sin in der hemeliken achte."

jenigen, die von Amtswegen, und um ihres Eides willen, klagen mußten. Somit übertrug man die Idee der heimlichen Acht auf das Gericht, constatirte mehr und mehr den Begriff todeswürdiger Verbrechen, d. h. solcher, welche femtwrogig waren, oder die heimliche Achteerklärung nach sich zogen, und fand hierzu um so leichter die Veranlassung, als solche Verbrechen gewöhnlich heimlich begangen wurden, und man ohnehin schon allgemein im gerichtlichen Verfahren offene und heimliche Verbrechen unterschied<sup>21)</sup>.

g) Nach der Idee des Mittelalters, und nach dem Herkommen aus germanischer Zeit konnte man aber jede Unthat mit Willen und Gnade des beschädigten und beleidigten Klägers büßen und sühnen. Der Begriff der unablässlichen oder heimlich zu richtenden Verbrechen wurde daher, wie wir bereits oben bei den Distinctionen in der Competenz-Bestimmung sahen,

α) hauptsächlich auf die Verbrechen gegen die Religion beschränkt. Bei dem mehrfach geschilderten Zustande des Reichs war es aber selten, daß in solchen Sachen, wo kein Privat-Interesse gefährdet war, Jemand, außer dem Freischöffenbund, klagte, und so befestigte sich die Idee, daß dieselben bloß vor das Femgericht gehörten, welches auch, wie wir früher sahen, Anerkennung im Reiche fand<sup>22)</sup>.

β) In gleiche Kategorie setzte man jeden Friedbruchs-Fall, wenn das Verfahren so weit gedieh, daß der Wille

21) „nyne hemelyke noch openbare Mysdait van emme en weten.“ Kindl. W. B. III. 2. No. 207.

22) „Also dat de saken sijn anders nergen engeboren to richten dan vur den vrygenstoell in der hemeliken achte.“ Vgl. Formulare, Anh. No. 10. Manche Urkunden rechnen zur Competenz der Femgerichte „alles was wider die heilige Kirche und den Christlichen Glauben gehe, wo man das vor den andern Gerichten nicht richten könne.“ Lang, Gesch. Ludwig des Bärtigen. S. 247. — Die Gegner bestritten das freilich. In einer Relation, welche Berck a. a. D. Urkunde No. 1. mittheilt, heißt es: „se laten oek valscheleken luden, een Romeesch konynck unde Pawes en hebben dar nene macht over, dat Ketterye is und tiegen den gloven“ u. s. w.

des Angeklagten, nicht sühnen, nicht gut machen, und sich nicht verantworten zu wollen, klar war; ja jede hartnäckige Verschmähung des Gerichts, jede standhafte Weigerung des Rechts, folglich jede Contumacial-Sache, wurde femwrogig, d. h. die Femgerichte, als kaiserliche Gerichte, zogen sie zu ihrer Competenz, und sprachen die heimliche Acht aus, nach Freistuhls-Recht<sup>23)</sup>.

h) Manche Collisionen und Widersprüche waren unvermeidlich, sobald man strenges, uraltes Herkommen und verwischte Sagen der Vorzeit, mit späteren Productionen eines veränderten Zeitalters vermischte. Indem man aber die heimliche Acht mit einem heimlichen Gericht verwechselte, und beide gleich setzte, war aller Irrthum in der Meinung von Geheimnissen des Verfahrens geboren. Erwiesenes ist nun aber, daß es kein heimliches Gericht gab, sondern nur ein Geheimhalten des Ausspruchs der Acht, um der Vollstreckung durch den Schöffenbund gewiß zu sein, und geheime Symbole, an denen sich der Bund im Nothfall erkannte.

i) Die Scheidelinie der Wahrheit und des Irrthums ist so leicht zu finden, daß man wirklich staunen muß, wie der letztere hat Jahrhunderte durch bestehen, und wie eine falsche Münze cursiren können. Wir können ihn noch deutlicher erkennen, wenn wir den Ausdruck Stillgericht, den man auch für heimliches Gericht in den alten Documenten findet, geschichtlich erläutern. Man konnte sich nicht bewogen finden,\* das heimliche Gericht, wenn es, im

---

23) Also diejenigen, die vor dem offenen Gericht nicht erschienen, wurden in das heimliche Gericht gezogen, d. h. die heimliche Acht wurde in contumaciam gegen sie ausgesprochen. Wenn der Angeklagte aber erschien, so war ein doppeltes Verfahren unmöglich. „orbel . . na deme male dat wynecken vorg. were int eyrste loveloes und erloef menich geworden und gedaget na Tryenstoels Rechte, und nu dat Gerichte so vrevelike versmadel, und worde unhorsam gefunden; so solde man en trefen ute deme apenen Gerichte in dat fryg hemeliken Gerichte, and laten dem Rechte synen rechten sanc.“ Kindl. R. B. Urk. v. 1506. III. 2. R. 217.



Sinn der Irrenden, als Geheimniß gehegt worden wäre, Stillgericht zu nennen, denn es war in diesem Gericht der Genossen, wo oft tausend Freischöffen versammelt waren, nicht stiller, als in jedem anderen. Nachdem aber bei allen Criminal-Gerichten der Proceß in Friedensbruchsachen mit Gerüfde, mit dem Setergeschrei, das aus dem Hülseruf entstanden war, begann, war es bei den Femgerichten keine Sitte, den auf der That betroffenen mit Geschrei vor Gericht zu führen, sondern die Anklage wurde, wenn er nicht auf der Stelle gerichtet war, ruhig und mit dem Gewicht der altherkömmlichen Formen und Rechte eröffnet. Man konnte nun also durch den Ausdruck Stillgericht einen Gegensatz bezeichnen <sup>24)</sup>.

- k) Die Gegensätze verarbeiteten sich in der Zeit immer stärker. Der Unterschied zwischen offenen und heimlichen Verbrechen, die Eidespflicht der Schöffen, letztere zur Anklage zu bringen, und der Umstand, daß der Ankläger nicht immer vor Gewalt und Rache sicher war, machte oft Vorsicht nöthig, und die Idee von offen und heimlich wurde so wieder auf die Anklage und dann auf das übrige Verfahren leicht übertragen.

10) Wie eine verfallene Ruine aus grauem Alterthum, deren Zusammensetzung wir uns nicht mehr ganz enträthseln können, gähnt die Verfeinerungsformel der Freigerichte uns an. Der Graf sprach also:

„Da nun vor mir verklagt, verfolgt und verwunnen ist, N. der sich schreibt und nennet u. s. w. den ich um seiner Missethat und Bosheit willen habe heischen und laden lassen, als Recht ist der heimlichen Acht, von Klage wegen des N. daß er ihm sein Gut mit Gewalt wider Gott, Ehre und

---

24) *Thomasius Diss. de origine etc. —* Jud. Westph. *Abstinerunt clamore ante usitato si reus in flagranti deprehendebatur ob hostilitates et caedes plerumque inde enatas, nec non certaminibus singularibus aliisque purgationibus vulgaribus.* Der Verf. verfällt aber in die gewöhnlichen Irrthümer, z. B. *alia quaedam forma secreta illis judiciis daretur ex processu accusatorio et inquisitorio mixta etc.*

Recht vorenthält, und in der Bosheit so verhärtet ist, daß er nicht Ehre noch Rechts pflegen will, und das höchste Gericht des heiligen Reichs verschmäht, und ungehorsam gewesen ist, so verfeme und verführe ich ihn hier von Königlichcr Macht und Gewalt wegen, als Recht ist, und Königsbann gebietet und ausweist, und nehme ihn aus dem Frieden des Rechts und Freiheit, das Papst und Kaiser gesetzt und bestätigt hat <sup>25)</sup>; und ferner alle Fürsten und Herren, Ritter und Knappen, Schöffen und Freie beschworen haben, in dem Lande zu Sachsen, und setze ihn von aller Freiheit und Rechte, so er je hatte, seit er aus der Taufe gezogen wurde, in Königsbann und Wette, in den höchsten Unfrieden: Und ich weise ihn forthin von den vier Elementen, die Gott den Menschen zu Trost gegeben und gemacht hat. Und ich weise ihn forthin echelos, rechtlos, Friedelos, Ehrlos, sicherlos, mißthätig, fempflichtig, leiblos, also daß man mit ihm thun und verfahren mag, als man mit einem andern verfemten, verführten und verweiseten Manne thut. Und er soll nun forthin unwürdig gehalten werden, und er soll nun forthin keines Gerichtes noch Rechtes genießen, noch gebrauchen, noch besitzen. Und er soll keine Freiheit, noch Geleit ferner haben noch gebrauchen, in keinen Schlössern, noch Städten, außer an geweihten Stätten. Und ich vermaledeye hier sein Fleisch und sein Blut, auf daß es nimmer zur Erde bestattet werde, der Wind ihn verwehe, die Krähen, Raben und Thiere in der Luft ihn verführen und verzehren. Und ich weise und theile zu den Krähen und Raben und den Vögeln und andern Thieren in der Luft sein Fleisch, sein Blut und Gebeln, die Seele aber unserm lieben Herr Gott, wenn sie derselbe zu sich nehmen will <sup>26)</sup>.

Nach einigen Gewohnheiten mußte er diese Worte dreimal aussprechen, und jedesmal mit sämmtlichen Schöffen aussprechen,

25) „Die Kaiser Carolus gesetzt, Papst Leo confirmirt hat;“ sagen andere Formulare.

26) Godesfelder Eoder a. a. D. S. 324.

so wie dies Sitte war, wenn Einer wirklich gerichtet wurde<sup>27)</sup>. Dann nahm der Freigraf wieder das Wort und sagte:

„Ich gebiethe allen Königen, Fürsten, Herrn, Rittersn und Knappen, allen Freigrafen und allen freien echten Schöffen und allen denjenigen, die dem heiligen Reich zugehören, bei der Treue und den Eiden, die sie dem heiligen Reiche und der heimlichen Aht gehuldet und gethan haben, daß sie dazu helfen und dazu beiständig sind mit voller Macht, daß über diesen verfemeden, verführten, verweisenen Mann, der sich schreibt und nennet u. s. w. über seinen Leib gerichtet werde, als des heiligen Reichs heimlicher Aht Recht ist. Und sie sollen das nicht lassen um Lieb noch um Leib, um Freund noch um Verwandte, noch aus Sorge um ihren Leib oder ihr Gut, noch um keines Dinges Willen in all dieser Welt.

Offenbar ist jene Formel älter als der Bund, denn dieser war der Vollstreckung fast immer gewiß, und es bedurfte so vieler Worte nicht. Aber die Würde und die Gewalt eines höchsten kaiserlichen Gerichts, das die Reichsacht ausspricht, geht deutlich hervor<sup>28)</sup>. Dabei zeigt sich Einwirkung eines geistlichen Bannspruches, und Andeutung eines kirchlichen und weltlichen Vereins zur Aufrechthaltung des Friedens<sup>29)</sup>. Der Friedensbrecher bricht zugleich Eid und Bund mit Kirche und Staat. Der Fluch vernichtet ihn so gewiß, wie die Hand, die ihn vor

27) Nach dem Dortm. Coder bei *Senck*. C. J. G. I. p. 90. nahm der Freigraf auch die Wibe oder den Strick und warf ihn rückwärts aus dem Gericht. Eine andere Urkunde hat: „wiese sinen Hals dem repe, sinen liegnam den vogelen und den Thieren in der Luft tho vertheren, und befehle sine seele Gott in dem Himmel in sine Macht und Gewalt und halte sin Lehn- und Gut dem Herrn ledig . . . sin Weib wedere, sine Kinder weisen.“ Goth. Kal. 1784. Vergl. auch Arnsh. R. B. Anh. No. 26.

28) Eine Formel im Dortm. Coder bei *Senck*. l. c. I. p. 110. hat noch: „Wäre es eine Stadt, Fürst oder Commun, so werden sie dazu verfallen und verlustig aller ihrer Freiheit, Privilegien und Begnadigung.“

29) Die Dortm. Formel sagt: „Er soll ihn abschneiden von der Gemeinheit aller Christen, er soll verflucht werden, daß er an seinem Leibe verdorre, und nicht mehr grüne noch zunehme, in aller Weise, wie man in dem höchsten Bann die 7 Psalmen über einen liß zu seiner Malebeigung, sein Weib soll ihm vertheilt werden zu einer Witwe seine Kinder zu Waisen.“

der Versammlung richtet, aber mit Stämmigkeit wird seine Seele dem Herrn' empfohlen. Die Formel scheint zugleich auf eine uralte gepflanzt, die vielleicht sich bis zur Karolingischen Zeit hinreicht <sup>30)</sup>. Zu den Spuren des Alterthums rechnen wir besonders eine Stelle in einer andern Formel, die der Dortmunder Eoder giebt <sup>31)</sup>, und die an die strengen Formen des germanischen Rechtes hinsichtlich des Vergeldes erinnert, ohne daß diese bei dem veränderten Geiste dieser Gerichte noch Bedeutung gehabt hätten <sup>32)</sup>. Es heißt da: „Sein Leib soll frei, und erlaubt sein allen Leuten und Thieren, den Vögeln in den Lüften, den Fischen im Wasser, so daß Niemand gegen ihn einen Frevel begehen kann, dessen er büßen dürfe. So ist er auch allenthalben Ehrlos und Rechtlos, und man mag ihn tödten.“ Der letzte Satz ist offenbar jünger, und wenn er eigentlich nur den Ersten wiederholt, so sieht man doch, daß er in einem späteren Geiste sich ausdrückt, und jener bloß als alte Form stehen geblieben und nicht mehr ganz verständlich war.

11) Es war in alter Zeit nicht Sitte, das gefundene Urtheil aufzuschreiben, oder dem Kläger gar eine Ausfertigung zu ertheilen; die Genossenschaft war Zeuge, und bewahrte das, was ergangen war, treuer als Pergamen und Papier, wo daher dieser um eine solche Bescheinigung seines erlangten Rechts den Richter bat, war es den Formen angemessen, daß derselbe Urtheil finden ließ, ob der Antrag des Klägers zu bewilligen sei <sup>33)</sup>. Bei der heimlichen Acht und dem Bunde kam

30) Wie auch Eichhorn a. a. D. S. 193. andeutet.

31) Senck C. J. G. I. p. 110.

32) Eichhorn a. a. D. I. S. 206. und Rogge a. a. D. S. 31.

33) Urk. v. 1313. Der Hofrichter bekennet: „daß Graf Conrad von Dettingen ist verzehlt, und seind ihm Ehr und Recht genommen, sein lehn dem Herrn ledig gesetzt, und seind ihm gemeinlich genommen alle die Recht die ein semper hat, und ein unversprochen Mann zu Recht haben soll . . . da wurde ertheilt mit gesammter Urtheil, daß man ihm der vorgeschriebenen Rede billig einen Brieff geben soll, das gieb ich zu Zeiche diesen Brief. Harpprecht, Staatsarchiv II. No. 51. Noch im J. 1506 wird in Westphalen darüber erkannt, ob das Gericht schuldig sey, dem Kläger einen Schein (Ausfertigung des Erkenntnisses) zu geben. Kintl. M. B. III. 2. 217.

nun noch die Nothwendigkeit der Vorsicht hinzu, und der Fall mußte daher um so strenger erwogen werden. Den Unwissenden wurde nie entdeckt, daß Jemand verfemt sei, folglich auch an sie kein Urtheilsbrief ausfertigt<sup>34)</sup>; noch weniger wurde ein offener Brief erlassen, sondern nur dem Kläger das Erkenntniß mit den Siegeln des Freiherren und sieben Freischöffen behangen, erteilt<sup>35)</sup>. Dieser mußte es heimlich bei sich behalten, und durfte es Niemand offenbaren; als echten Freischöffen<sup>36)</sup>. — Der Freigraf sollte auch ein Register halten, in welches der Name des Verfertigten eingetragen würde. Man nannte es wohl Blutbuch. Später wurden die Ladungen und Verfertigungen ausführlich eingetragen; theils war dies sich ausbildender Geschäftsgang<sup>37)</sup>, theils war es auch nöthig, um der eigenen Wissenschaft der Gerichte Willen, und um dem Bunde dadurch Rechenschaft geben zu können.

34) Wie die Weisthümer bei *Hahn* l. c. ausdrücklich vorschreiben.

35) Ein Beispiel einer Ausfertigung über ein Urtheil gegen Unwissende, welche ungehört verfemt werden, scheint eine Urkunde des Freiherren von Limburg am Freistuhl zu Brunnshausen im Jahr 1418 erteilt, zu geben, wo es auf die Anklage bloß heißt: „dat dese drey vorge-  
nomte vele undat gedaen hebben, dat an eren hals gheuet, und ut  
erem rechte gedaen sind, dat Ordel und Recht over gegheyn is also  
des vrygenstoels recht is. Hier weren over und ane“ u. s. w. *Neues-  
tes Magazin für Westfalen*. Dortmund 1816. I. 3. S. 291. Der  
Uebergang zu einem andern Verfahren in Betreff der Ladung spricht  
sich in einer andern Urk. v. 1409. das. S. 293. aus, wo der Freigraf  
eine Vorladung erläßt, mit dem Hinzufügen „ind schrive u dit omb  
wolbait willen, des ich doch van Rechte nicht endorfte, na dem as y  
darmede vortghevaren hebben.“

36) Ref. v. 1439. bei *Goldast* a. a. D. S. 163. Die Weisthümer  
schreiben auch vor, daß der Urtheilsbrief auf gut zeitig Pergamen soll  
geschrieben seyn, ohne alle Löcher und unversehrt ohne Ratur und ohne  
Mackel. *Senck. l. c. I. p. 119.*

37) So wurde das Aufschreiben auch bei andern Gerichten eingeführt.  
*Casselsche Statuten* v. 1384. bei *Kopp* v. d. Hess.-Ger. I. S. 483.  
„Duch die orteile die da Endunge gebin in den sachen, sie werden ge-  
sprochen von uns und unsme Rade adir von dem Rade das sind  
die Schepfin der stede, die sal man zu stunt schriben in czwey Bü-  
chere, das eyne sal bliben by dem Rade, das ander by dem Richter.“  
Eine gar lange Zeit gehörte dazu, bis jeder Proceß ein Buch wurde,  
und jedes Landgericht beinahe eine Papiermühle zu seinem Schreiber  
darf nöthig hatte.

12) In den Civil-Sachen konnte ursprünglich von keiner Richtererklärung die Rede sein, so wenig unter den freien germanischen Genossen, als zur Zeit der geregelten Karolingischen Verfassung. Es war wohl natürlich, Hand an das Vermögen des Ungehorsamen Seitens des Richters zu legen, und dem Kläger zu seinem Recht zu verhelfen, oder diesen selbst zu ermächtigen, sich aus dem Vermögen des ungehorsamen Beklagten mit Hülfe der Genossen, die zugleich Zeugen waren, zu befriedigen; aber hierin lag so wenig eine Richtererklärung, als eine solche angemessen gewesen wäre, denn an Mitteln der Vollstreckung konnte es nicht fehlen, es war nicht denkbar, daß der Beklagte sich dem Recht durch Flucht entzog, ein Friedbruch also unmöglich, folglich auch eine Richtererklärung <sup>38)</sup>. Es mußte aber die folgende Zeit große Veränderungen mit sich führen.

- a) Der Zustand des Gerichtswesens und der Verfassung des Reichs überhaupt machte die Vollstreckung der Urtheile immer schwieriger, besonders für die kaiserlichen Gerichte, die, nachdem das feste Band der alten Verfassung gelöst, und das Verhältniß zu den alten Beamten des Reichs locker geworden war, die unmittelbare Einwirkung der executiven Gewalt fast gänzlich verloren hatten.
- b) Es war aber nicht blos Ungehorsam und Gleichgültigkeit gegen die gesunkene Gewalt des Richteramtes, sondern gewaltsamer Trotz, feindliches Entgegentreten; und diesen Zustand bildeten hauptsächlich die Ritter, die auf ihren Burgen sicher hausten, in jenen Zeiten der Anarchie, zur Regel aus.
- c) Indem also die Weigerung der Rechtserfüllung und der Vollstreckung eines Urtheilspruchs nicht ohne Gewalt geschehen konnte, so mußte dieser auch Gewalt entgegengesetzt werden. Es konnte aber nicht das Gericht selbst zu dieser Gewalt schreiten, dasselbe überließ es daher dem Kläger,

---

38) Wir stimmen daher der Meinung Rogge's a. a. D. S. 22. gegen Eichhorn a. a. D. I. S. 214. bei. Wenn der Kläger sich sein Recht ungestraft mit Gewalt nehmen konnte, so war ja deshalb der Beklagte noch nicht geächtet und Rechtlos.

forderte aber alle Reichsunterthanen auf, demselben Hülfe zu leisten, und ihm zu seinem Recht zu verhelfen <sup>39)</sup>. Mehr enthielt auch ein Contumacial-Urtheil nicht, so wenig bei den Westphälischen als übrigen kaiserlichen Gerichten <sup>40)</sup>.

- d) Damit war nun aber auch noch in den wenigsten Fällen geholfen. Gelangte der Kläger zu seiner Befriedigung, so war die Sache abgethan; die rechtliche Gewalt hatte den widerrechtlichen Troß niedergeworfen und bezwungen. Aber der Angeklagte wußte meist in Verbindungen Hülfe, und Mittel zu finden, Gewalt mit eben so großer Gewalt zurückzutreiben, und die Lust der Stände und Unterthanen des Reichs, sich für einen Rechtsauspruch in Fehden und verdrüssliche Händel zu verwickeln, war eben nicht groß. Viele Sachen blieben also in ihrer Lage, und jetzt mußte natürlich die Widersehung, die gewaltsame Zurückweisung des Rechts, die Verschmähung der richterlichen Würde, als Verbrechen, als Friedbruch erscheinen. Daher war es natürliche Folge, daß der Richter, den der Kläger wieder ansprach, die Achtserklärung gegen den Ungehorsamen erkannte.
- e) Indem man so gegen diesen ein äußerstes Zwangsmittel zu haben glaubte, war es natürlich, daß man die Hülfe der kaiserlichen Gerichte, die die Acht allein aussprechen konnten, auch dann suchte, wenn der Beklagte seinem ordentlichen landesherrlichen Richter ungehorsam war, und dieser die Macht nicht hatte, ihn zu zwingen, oder nach der

---

39) Biewohl der Auftrag auch wohl an Einzelne gerichtet wurde. Die Parthei wählte zuweilen die Vollstrecker und Schützer, an welche die sogenannten Hülfs- und Schirm-Briefe von Gerichtswegen ertheilt wurden.

40) Ein Contumacial-Urtheil des Freistuhls zu Volmestein v. 1458. weist zu Recht, daß der Kläger dem Beklagten „darumb an sin lib und gut, so war sie daz ankomen mögen, fürdern und manen, mit gerichte geistlich oder werntlich, hatmlich oder offenbar, war und waver sie sich des bekomen können oder mögen, und Ine daz bequemeft ist, darzu in dan Jede gerichte, die darumb angeroiffen und darzu gehaischet werden, bystand und behülpp inne don sollen by den Penen darzu gesagt.“ *Datt, de P. P. p. 759.*

Sprache des Mittelalters, seiner zu Recht nicht mächtig werden konnte. Es war dies beinahe der einzige Fall der Berufung.

- f) Aus dem, was oben über die Acht gesagt wurde, haben wir uns aber schon überzeugt, daß auch hierdurch der Sache nicht viel mehr geholfen wurde, denn der Ungehorsame, der einmahl Gewalt gegen Gewalt aufgebothen hatte, trogte auch der Acht, die seinen Zustand nicht viel verschlimmerte, indem sie ihn nur zur Fehde gegen seine Feinde zwang, und seine Freunde ihm anschloß, welches in jenen Fehdesüchtigen, anarchischen Zeiten kein Motiv zur Nachgiebigkeit war. Fest und starr waren die Meisten, wie jener Ritter, der seinen Richtern versicherte: *mortem se potius subitum, quam bonis predictis renuntiaret* <sup>41)</sup>. — Im Jahr 1434 wurde gegen Herzog Ludwig von Baiern vom Kaiser wegen hartnäckiger Verschmähung des Rechts die Acht ausgesprochen, und in den Gründen wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er überhaupt nie einem Urtheil gehorsam gewesen, unter dem hämischen Erwiedern, als ob es nirgend aufs Urtheilen, sondern aufs Vollstrecken ankomme <sup>42)</sup>. —
- g) Wenn nun Sachen, wo wegen hartnäckigen Ungehorsams kein Recht zu erlangen, und der ordentliche Richter ohne executive Gewalt war <sup>43)</sup>, vor die kaiserlichen Gerichte gebracht wurden: so war es natürliche Folge, daß auch die Femgerichte, die die Autorität der höchsten kaiserlichen Gerichte erlangt hatten, die Competenz in Anspruch nahmen <sup>44)</sup>.

41) Urk. Anh. No. 9.

42) v. Lang, Gesch. Ludwigs des Bärtigen. Nürnberg. 1821. S. 165.

43) Dies war hauptsächlich bei gewissen oben bezeichneten Verbrechen der Fall, wodurch sich wieder die Idee befestigte, daß solche ausschließlich vor die Femgerichte gehörten.

44) Cod. Nordl. bei Senck. v. d. kais. Ger. No. 21. „Noch ein Artikel, und alle die die sich zu Eren und recht nit verantworten wöllen, und der man nit furbringen kan, die mag man auch an das frengericht vordern.“ Das Herkommen ließ sie überall anerkennen. „So vere alz de anderen openbaren Richtere des nicht mechtig to richtende en weren ebber wolden.“ Vgl. Berck a. a. D. alte Relation über das Femgericht Anh. No. 1.



Ja bei ihrem entschlossenen Ruf und bei dem Nachdruck, den sie ihrer Gewalt zu verschaffen wußten, wendete man sich selbst von andern kaiserlichen Gerichten an sie, wenn dort der Kläger sein Recht nicht erlangen konnte <sup>45</sup>).

- h) Sie sprachen die Contumacial-Erkenntnisse in der Form der kaiserlichen Gerichte aus, und wendeten dieselben Zwangsmittel der Vollstreckung an, die aber hier meist eben so fruchtlos blieben wie dort <sup>46</sup>). Wenn nun der Beklagte

45) Im J. 1470 wurde die Stadt Frankfurth wegen Schuld beim Freistuhl zu Brakel belangt. Der Kläger bewies, daß sie ihm Gericht und Recht verweigert, „und auch nach lute zweyer ortelk er uff de van franschfurt zo Rotwile an dem Hoffgericht erlangt hatte, der ortele dey van Franschfurt eme nicht genoid getan sollen haben.“ Sen. d. v. d. kais. Ger. No. 40.

46) Das Urk. des Freistuhls zu Brakel v. 1470 gegen die Stadt Frankfurth verfügt die Exekution gegen alles Gut und Eigenthum der Stadt, wo es sich auch befinden mag: „in Richs stetten, Herenstetten, Fryhenstetten, zu wasser zu lande, flossen, merckten wibbolten vryhongen, derffern, zellen“ u. s. w. Alle Fürsten, Herrn, Grafen, Edle, Ritter, Knechte, Schultheiße, Bürgermeister und Rithe sollen dem Kläger helfen und beistehen. Sen. d. v. d. kais. Ger. No. 40. Jeder Unterthan des Reichs soll nach einer andern Urkunde v. 1470 (das. No. 41.) dem Kläger byredich, bystendig und zu synen rechten behulfflich syn, bei schwerer Pön. — Nach einer Urk. v. 1548, fordert der Freigraf Vollstreckung eines Urtheils von der Stadt St. Goar, und heischt sie eventuell selbst vor sein Gericht. Nach der Ordnung des Freigerichts zu Neuenstadt, kann der Kläger gegen den Ungehorsamen nach erfolgter Sentenz sein Leib, Hab und Gut, wo zu Wasser und Lande, in Städten, Märkten oder Dörfern er dem ankömle, anhalten und nehmen sein gemonnen Recht. Niemand soll Widerspruch thun, sondern Beihülfe leisten, widrigenfalls er auch verhaftet ist. Keine Freiheit und Privileg schüzt dagegen. Die Gemeinde, worin der Beklagte gefessen, muß ihn anhalten, nach 6 Wochen und 3 Tagen dem Kläger genug zu thun, oder ihn aus ihrem Geleit treiben, sonst wird sie auch geladen. Hahn, l. c. II, p. 662. — So sagt nun auch ein zu Heidelberg im J. 1405. ausgestellter Urtheilsbrief des kaiserlichen Hofrichters: „In Krafft dits Briefs, vndt gebieten von desselben Gewalts unnd Hofgerichts wegen allen und Jeglichen Fürsten, Geistlichen und Werntlichen, Grauen, freyen Herrn, Dienstleuten, Rittern, Knechten, Amtleuten, Haubleuten, Landtrichtern, Richtern, Urtaillsprechern, Bürgermeistern, Rethen vnnnd Gemainden, vndt allen andern, den dieser Brif fürkumbt, bey des hailigen Reichs Rechten, vnnnd Gehorsamkait leynstlich und vestiglich, mit diesem Brief, daß sie gemainlich und sunderlich den vorgenannten Herrn Fride- rich, an solchen vorgeschriben Briuen, Urtailen vnnnd Rechten fürbas mehr nicht hindern oder irren lassen, In kein Weis, sun- der In, vnnnd die Seinen dabey getrewlichen handhaben, schügen,

durch hartnäckige Rechtsweigerung und Trotzblethen gegen die richterliche Gewalt sich der Aht schuldig machte, so war es wieder natürliche Folge, daß auch die Freigerichte die Verschmähung folgen ließen, und somit die Sache in die heimliche Aht oder in das heimliche Gericht zogen.<sup>47)</sup> Die Sache blieb Civil-Sache; aber die hartnäckige, gewaltsame Verschmähung des Rechts war Friedensbruch, folglich Femwroge; somit wurde sie criminell und das Femgericht erkannte, indem es sie andern peinlichen Sachen gleich setzte. Die furchtbare Gewalt des Bundes ließ dies Gericht nun auch hier alle übrige gerichtliche Gewalt verdunkeln, und man betrachtete sie theils als die einzigen Gerichte, bei denen Recht zu erlangen stehe, da, wo alle übrigen sich zu schwach fühlten; theils wurde es Grundsatz, daß ihre Competenz alsdann eintrete, wenn die Maßregeln des ordentlichen Richters ohne Erfolg für den Kläger geblieben waren. Hiemit ist also das Prinzip aufgefunden, und wir können nicht sagen, daß die Freigraven durch Anmaßung und Verdröhung Civil-Sachen zu peinlichen

---

schirmen, vnnnd getrewlich beleiben lassen, vnnnd In auch ernstlich und vestigentlich dazu beholfen seyn sollen als recht ist." P a r p p r e c h t St. Arch. des R. R. Ser. II. No. 20.

47) „Dha ein Man in einem freyen Gerichte sein Hövetguth mitt Kosten und schaeden auff einen andern man, der von seiner Klage verbotten ware, verfolgen undt verwinnen wolbe, so stelle ihm eines rechten Ordelßfrage, also: „woh der Man seiner behalt undt verfolgeru dazu rechte solte rhuen, undt mögen, nach freyen stuhls rechte. So soll man zu rechte finden; der man als Kläger solbe int gerichte komen, unde haben mitt sich twee Ehrbare männer, de dan Freyschessen syndt, an jechlicher Hand einen, undt falle mitt den zweyen uff de Aney mitt Orloff des freygraffens, undt öffene dha sine Klage, über den Verklagten, verbötenen, ungehorsamen man, undt rechnen undt werdigen dha syn Hövet-Guth, Kost undt schaeden, von der Klage herkömmende, undt machen die da vor wahr mitt synen trewen undt eyden, undt die zwey seine folgern sollen forth weren mitt thren eyden undt trewen, daß sein eydt sey rein undt nicht gemein. Wan dan der verklagte verfolgte man von solchen Verfolgnyßen, undt freyen Gerichte, beschwehrungen nicht achten walbe, undt meinte, der mit frevel zu widerstehen, ob man dan den, oder die beklagende verfolgende, ergewinnen manne, ichtes mitt rechten orbelen uis dem freyen gerichte trecken, undt werken würde in die heimliche achte, dha man fortahn über sie richten als über verschmäher, undt verschörrer der rechten noch sate der heimlichen achte? das findet man dir zu rechte also.“ A r n s b. P a n d s c h r.

gekömpelt hätten <sup>48)</sup>. Eben so wenig können wir behaupten, daß die Femgerichte mit Ungrund bürgerliche Rechtsstreitigkeiten vor das heimliche Gericht gezogen hätten, da dessen Verfahren vermöge der Wirkungen der Verfemung nur bei Criminal-Sachen rechtlich möglich gewesen sei <sup>49)</sup>. Wir haben gesehen, wo die Scheidellinie anfang, die die Civil-Sache zur peinlichen machte. Denn lag im Faustrecht und in der Gewalt ein Friedbruch, so mußte jede Civil-Sache in der Executions-Instanz peinlich werden können. Daher sagen die oben allegirten Urkundenstellen, daß man den Angeklagten, da er das Gericht freventlich verschmäht und ungehorsam gefunden sei, aus dem offenen in das freie heimliche Gericht ziehen solle.

13) Betrachten wir die Femgerichte als Criminalgerichte, und die hartnäckige Rechtswigerung auch als Criminalfall, oder als Femwroge, so müssen wir uns wieder das Prinzip des Strafrechts dieses Gerichtshofes vergegenwärtigen, um uns manche Erscheinung im Verfahren zu erklären. Nach rein germanischen Grundsätzen ging die richtende Volksgewalt nur auf Versöhnung und Bestimmung eines Aequivalents für die zugefügte Verletzung und Abwendung der Privat-Rache. Die Karolingische Verfassung griff mit gesetzgebender Strafgewalt in dies Verfahren, verordnete Buße und Züchtigung, und setzte Todesstrafen <sup>50)</sup>. In den folgenden Zeiten aber, wo es an der gesetzgebenden Gewalt, und an festen leitenden Grundsätzen durchaus gebrach, alte und neue Ansichten, Gewohnheitsrecht und theoretische Prinzipien sich vermischten, und Willkühr überall das Criminalrecht und dessen Anwendung entstellte, schwankend und unzuverlässig machte, sehen wir bei den Femgerichten wenigstens eine feste Consequenz und leitende Grundsätze, deren Quellen sich klar erkennen lassen.

48) Berd, a. a. D. S. 279.

49) Eichhorn, a. a. D. III. S. 185.

50) Statt der Composition hieß es nun: „ut emendantur et castigentur secundum legem. Capit. a. 802. c. 25.

- a) Wir sehen stets den Unterschied ablöslicher und unablöslicher Verbrechen durchschimmern, und dieser hatte nur in der Carolingischen Gesetzgebung, und in den Principien des Christenthums seinen Grund. Die unablöslichen sind die, welche unmittelbar gegen die Religion begangen werden. Hier war keine Versöhnung durch Vermittelung der bürgerlichen Gesellschaft denkbar, und man rechnete sie Vorzugsweise zur Competenz des heimlichen Gerichts, als dies einen Gegensatz des offenen ausdrückte, zum Beweis, daß kein Mittel da war, die Strenge der Strafe abzumenden, welches vor dem offenen wohl geschehen konnte.
- b) Jedes bürgerliche Verbrechen war in der Regel ablöslich. Die Staatsgewalt war zurückgetreten, die Genossenschaft hatte ihre alten Rechte in vollem Maße vindicirt. Keine Gesetzgebung schritt ein, kein Richter forderte von Amtswegen zur Rechenschaft, der Staat leitete nicht durch einen Beamten, wie später anderwärts durch den Fiskal die Klage oder Untersuchung ein, sondern die Genossenschaft rügte, der Verletzte klagte, und nach alten Grundsätzen cessirte die Strafgewalt, wenn der Beleidigte versöhnt, der Verletzte entschädigt war. Dies Prinzip zu handhaben, wurde beim Zerreißen der Genossenschaft immer schwerer: daher vertrat der Bund der Freischöffen die Stelle der letztern, und in der Idee dieses Bundes muß es schon liegen, daß er als Gerichtshof nicht die Staatsgewalt repräsentirte, sondern dieselbe ersetzte, und ein unmittelbares Erzeugniß der ältesten Principien der genossenschaftlichen Einrichtung der Germanen war<sup>51)</sup>. Aber die

---

51) Am Freistuhl auf der Homelinhove in der Freigrasschaft Unna wurde Urtheil gefragt: „Wynte Diderich Wof vulmechtich procurator vnd elegier Wynandes vorgenompt quitt ledig und lois gelaten heb henrich van Lynge procurator vurf. und bey van Suerde vurf. vor my in dem hemelichen Gerichte und hey noch neymant in den hemelichen Gerichte sey bede schuldigen, und sey den stoilhern und den gerichte van vorsumenisse und broke des Gerichtes genoichte gedan heben, oft man se icht in ern prede, vryheit und recht weder seten mochte, off wat dar recht umb sy. Dar up is vor recht gewyset under Koniges banne in dem hemelichen gerichte vor my Cord hafe vrygreve vurf. vor den vryenstole vorgenompt, want sey den stoilhern und den gerichte genoichte gedan hebt van vorsumenisse und broke des gerichtes

spätere politische Gestaltung, die anarchische Verwirrung, die Versplitterung der alten festgegründeten Volksverhältnisse hatten größere Strenge und Vermehrung der Todesstrafen nöthig gemacht, der Bund und die Rückwirkung der Folgen der Versämung leitete leicht zum Prinzip, daß jedes Verbrechen Todswürdig sei, und die strenge Ansicht des Christenthums, welches in jedem Verbrechen verletzt wurde, die hohe Idee des Mittelalters von Ehre, und die kräftigen Maßregeln, die man gegen die Störhrer des Landfriedens nehmen mußte, befestigten diese Ansicht, und für jede Femwoge gab es daher nur Eine Strafe, den Tod. Der Uebergang hiezu war leicht, denn nach germanischen Grundsätzen trat da, wo der Verbrecher die Sühne verweigerte, die Fehde ein, die ihn der Rache und dem Tode eben so leicht überlieferte. Durch das versöhnende Prinzip des Verfahrens, welches unverändert blieb, mildert sich aber die anscheinende Härte; denn

α) Es konnte Jeder, der wegen Friedensbruch vor den Freisstuhl geladen war, sich seinem Gegner zu Ehre und Recht erbieihen, entweder durch Ersatz, Genugthuung und Versöhnung<sup>52)</sup>, oder dadurch, daß er versprach, sich vor dem ordentlichen Richter seines Wohnorts zu stellen, und dem Rechtsauspruch sich zu fügen<sup>53)</sup>. Der Bund modifizierte

---

und beiderich Vos vulmechich procurator und elegen Wynandes van der Rebe vurf. sey nicht schuldigen en wolde, und en nietes entege, und en der vorbodinge und claige quyt ledich up los gelaten hefft. So mach me sen weder in ern vrede, vryheit und recht setten onder konigs banne na des hilgen Richs rechte." Handschr.

52) Mehr verlangte auch der Kläger nicht. In einer Klage gegen die Stadt Bremen heißt es: daß sie dem Kläger sein Schloß Bebertesavorenthalte, gegen Gott, Ehre und Recht, und daß er zu keiner gebührliehen Austrag mit ihr habe kommen können. Verck, a. a. D. Anh. Bd. 9. — Weisthum zu Dortmund gefunden im J. 1429., bestimmt: Wenn sich ein Freischütze, der geladen ist, dem Kläger erbieihet, zu Ehren und Recht in 3 Städten einzureiten zu benannter Zeit, und daraus nicht zu kommen, er habe ihm dann genug gethan, und der Freigraf dennoch richten würde, so wäre solch Gericht und Proceß von Unwerth, kraftlos und unbündig. Senck. C. J. G. I. p. 123.

53) Urk. v. 1459. Rindl. M. B. III. 2. No. 203. „dat wy dem elegen, dem Gerichte ende oren Procurator doen wilt, des hem van unser

dies aber bei den Freischöffen, die überall vor den Westphälischen Femgerichten ihren ordentlichen persönlichen Gerichtsstand zu haben behaupteten.

3) Der Freigraf mußte mit seinem Verfahren inne halten, wenn der Angeklagte sich zur Genugthuung erbot, und zwei Freischöffen für ihn Bürgschaft leisteten <sup>54</sup>). Er mußte die Sache an den ordentlichen Richter verweisen; wenn dieselbe deshalb vor sein Forum gezogen war, weil Jener des Beklagten nicht hatte mächtig werden können oder wollen, und nun die Sache abforderte, mit der Versicherung, daß er dem Kläger Recht verschaffen, und des Beklagten mächtig sein wolle. Es war dies natürliche Folge, wenn eine Sache wegen Rechtsweigerung an das höchste kaiserliche Gericht gebracht wurde, daß aber auch der Kaiser eine Sache abzufordern befugt war, kann mit jener Befugniß des ordentlichen Richters nicht gleich gestellt werden <sup>55</sup>). Dies Recht floß daraus, daß er der höchste Richter war, und wenn also eine Sache an die kais. Gerichte erwuchs, stand ihm die Gewalt zu, entweder selbst zu richten, da alle kaiserliche

---

Eren ende van Rechtes wegen schuldich sin toe doen, nae utwysinghe uwer labebreve vor dem Hoedgheboirnen unsen gnebigen Heren van Utrecht up gheboirliken Dagen ende Tyden, als dat van Rechtes wegen geboirt, die ons van ju gherekent worden . . . Ende wy willen oec Gerde voirg. to allen Tyden Rechtes wesen unde plegen voir unsen Heren van Utrecht, ende voir die rechte leenheren der Gued daer desse clage van herkumpt."

54) Arnob. Weisthum bei Senck. l. c. p. 102. „das ain neglicher verclagter, wann er zu gericht geladen wirt, wol abgenommen werden mag, uß mhnste durch zween echte rechte Freischöppen, die für den verclagten globent, und schreiben by irn Freischöppen aiden, das der verclagte dem gericht und cleger uf gelegen ennden und stetten tun wol by gepürlicher Zeit, als das er van Eren und rechtswegen dem Freyengericht und cleger schuldich zu tun werd.“ Eichhorn a. a. D. S. 182. No. 9. citirt diese Stelle unrichtig bei dem Fall, wo die Sache durch den ordentlichen Richter abberufen wird. — Ueber das Verfahren, wenn der Angeklagte Bürgen stellte, und dem Kläger Genugthuung versprach, vergl. das Arnob. Rechtsbuch Anh. No. 27.

55) Eichhorn a. a. D. S. 184, thut dies, und nennt zugleich den Kaiser den obersten Stuhlherren, welche Benennung uns nicht passend erscheint, da die Rechte, die aus der Kaiserwürde flossen, denen der Stuhlherrschaft entgegen zu setzen sind.

Gerichte nur seine Stelle vertraten, oder den Richter zu bestimmen, dem er den Auftrag ertheilen wollte <sup>56</sup>).

Y) Auch der Verurtheilte, der Versemte konnte noch sühnen, gutmachen, und durch Privatbuße, so wie einst der Fehde, so jetzt der Rache der Verbündeten oder der Vollstreckung des Strafurtheils sich entziehen, und in seinen Frieden wieder eingesetzt, der Versemung entledigt, und mit allen verlorenen Rechten und Freiheiten wieder versehen werden <sup>57</sup>). Dasselbe war der Fall, wenn er bewies, daß er mit Unrecht versemte worden sei <sup>58</sup>).

J) Hieraus folgt, daß weder das richterliche Amt <sup>59</sup>), noch die Staatsgewalt begnadigen, und an dem gefundenen Recht, an dem gewiesenen Urtheil etwas ändern konnte. Unter strengen Formen stand das Recht der Partheien. Nur der Wille des Verletzten gab Gnade, denn von ihm hing die Klage ab. Seine Sühne und Genugthuung war Zweck des Criminal-Verfahrens <sup>60</sup>). Die Staatsgewalt hatte

56) Der Kaiser kann die Sache vom Freistuhl vor sich ziehen, weil ihm Gehorsam und Unterthänigkeit geschworen. Rupr. Weisth. v. 1405. Senck. C. J. G. I. p. 69.

57) Die Rupr. Weistümer sagen: „Der Man sy wiessende oder unwiessende, ist er verbott und verurtheilt, als des freien stuls Recht ist, wie from oder erbar das er ist, es hilft alles nicht, er zuehe sich dann daruß als recht ist, so wirt er frei und ledig. Hahn, l. c. p. 647. Eichhorn lehrt aus dieser Stelle S. 183. a. a. D. „Aus der Versemung konnte sich jedoch der Verurtheilte noch eben so herausziehen, wie aus der gewöhnlichen Acht, mithin wenn er ungesungen vor dem offenen Gericht erschien oder gehörig abgefordert wurde.“ — Dies ist nach unserer Ansicht irrig; ein neues Verfahren war nicht denkbar, und das alte Urtheil, welches die Sache definitiv entschied, konnte nicht aufgehoben werden. Nur wenn der Kläger gesühnt war, konnte der Verurtheilte wieder in seinen Frieden eingesetzt werden, denn von ihm hing die Vollstreckung ab.

58) Arnob. R. B. Anh. No. 26.

59) Schon die Capitularien verordneten: „Quia postquam scabini eum (latronem) dijudicaverunt, non est licentia comitis vel vicarii, ei vitam concedere. Cap. II. de 813. c. 13. Baluz. I, p. 509.

60) Die Junker von Meerfeld hatten einen Gerichtsgesessenen anklagen lassen, der wegen Diebstahls von den Freischöffen zum Hängen verurtheilt wurde. Offenbar trauten sie sich nur als Anklägern das Begnadigungsrecht zu, das aber nach damaligen strengen Grundsätzen

selt Karolingischer Zeit nur eine Ahndung des Rechts der Begnadigung, das die fränkischen Könige wohl geübt; sie wagte es nur leise, sie anzudeuten oder auszusprechen. So groß war die Ehrfurcht vor dem Recht und vor den Befugnissen der Privaten <sup>61</sup>).

14) Dies waren die Formen, wenn Jemand in seinen Frieden wieder eingesetzt wurde: der freie Bann wurde gewöhnlichermassen gewirkt, und Einer der Begleiter dessen, der in seinen Frieden wieder eingesetzt werden wollte, fragte den Freigraf <sup>62</sup>), und sprach also: „Herr Grefe, da steht N. und begehrt von Euch um Gott und um den König, daß Ihr ihn wollt stellen und setzen wieder in seinen Frieden, nachdem er dem Kläger genug gethan, und sich von ihm gerichtet“ u. s. w. Herr Grefe; so frage ich da ein Urtheil, wie sich N. dazu bereiten soll, daß er mit Recht hier vor Euch kommen möge. — Darauf wies man für Recht, daß ihn zwei einführen sollten, und er solle haben einen Strang oder Seil um seinen Hals, und fallen in seine Knie vor dem Grafen und sagen also: „Herr

---

keineswegs das Recht des gesprochenen Urtheils aufhub. „So hebben Treppen vors. Rynder myt Tobait vel guber Grunde gefallen an de beyden Junkern van M. und en gebedden, dat se Treppen vors. doch wolden begnaden, und geven em dat swerdt, des se Grunde Bedde halven ingegaen, und Treppen so dat swerdt gegeven, und tom leffen dorch gedachter guber Grunde Bedde, hebben de beyden Gefebdren van Merfeld Treppen vors. noch den Kerthoff gegeben.“ Urk. v. 1531. Rindt. M. B. I. No. 150.

61) Die Freigrafen, welche vor Kaiser Ruprecht erschienen, gestanden dem Kaiser zwar das Recht zu, den Verfeimten auf kurze Zeit zu schüzen; sie fügten aber hinzu: „Doch so gebürth seinen Gnaden wohl mehr, daß er das heilige freie Gericht stärke, und dasselbe nicht kränke, wann einem Andern.“ In wie wenigem bestand das Begnadigungsrecht, welches Kaiser Albert dem Erzb. von Köln als herzogliches Recht mit großer Feierlichkeit bestätigte. — S. oben (B. II. 184.) Mit dem Bund vertrug es sich nicht, und wir sehen später keine Spur davon. Der Erzb. suchte vielmehr auf andere Weise sein Ueberaufsichts-Recht zu handhaben.

62) Es mußte aber derselbe seyn, der die Verfeimung ausgesprochen hatte, oder von diesem bevollmächtigt war. Dies lehrt die Urk. v. 1439. Rindt. M. B. III. 2. 202., wo verschiedene Mainzer Bürger, die vor dem Freistuhl an dem Holenor verfeimt waren, nachdem eine Einigung Statt gefunden hatte, zu Arnberg in dem Baumgarten in ihren Frieden und Recht durch Urtheil wiedergefest werden.



Grefe; ich bitte Euch um Gott und um den König um Gnade." — Dieser frug ihn dann wieder: ob es also sei, daß er des Königs Friede begehre, bei dem Eide, den er Gott und dem Könige in der heimlichen Acht gethan habe u. s. w. Wenn er dies beantwortete, sprach der Freigraf also: „Sintdemmahl, daß ich den freien Bann von dem römischen König empfangen habe, und du Ehre und Recht gepflegt hast, so empfangе ich dich hier, als der heimlichen Acht Recht ist, und banne dir hier unter Königsbanne einen alten steten festen Frieden und Sicherheit, bei Reiches Recht unter Königsbanne, und nehme dich aus dem bösen schändlichen Gerücht, das du hattest, und setze dich wieder in ein gut Gerücht, in einen Frieden und Sicherheit, als du wardest und hattest des Tages, da bevor ehe ich dir die erste Ladung thate <sup>63)</sup>, und gebiethe fort unter Königsbann, daß sich Niemand an dir vergreife mit unrechter Gewalt, und mit dem heimlichen Rechte, er habe dich erst verklagt, geladen, verfolgt von Zeiten zu Zeiten zu dreien Zeiten, als der heimlichen Acht Recht ist. Item zum andern Mahle empfangе ich dich hier; Item zum dritten Mahle empfangе ich dich hier, als der heimlichen Acht Recht ist." u. s. w. — Der Freigraf gab dann dem Anwesenden einen ausgefertigten Brief über diesen Akt, worin er vor allen Freigrafen und Freischöffen bekannte, daß der Verurtheilte in seinen Frieden wieder eingesetzt sei <sup>64)</sup>.

63) Wieder ein Beweis, wie sehr schon die bloße Klage gravirte, und in Nachtheil setzte.

64) Coesfelder Coder a. a. D. S. 328. — „Ick Johan 2c. vrigreue bekenne vermits kraft deses briefs vor allen vrienken, vrigreuen end vrienfchepenen in der heymeliken Achte, da deses briefs mogen zien off horep lesen, Dat ick op dach data Deses breues den vrienstoel 2c. gespannerbank ens ghehegeben gerichts van konninclicker gewalt mit ordeln vnd mit rechte geclebet vnd beseten hadde, Dair vor my quam N. 2c. alz em ordel vnd recht to wisede vnd also he mit rechte solde: den ick van elaghe wegene N. 2c. geeischet vnd verbadet hadde. so recht es. ten ersten male 2c. Den ik dair stelledede vnd satte. in sinen vrede vnd in sin recht, so konninc ban bot vnd vtwiset, vnd ik von em dar einen olden steden vasten vrede, by rikes rechte vnd by konnincs banne. Want my N. de cleger bekante vnd also segebe. dat se wal van N. vorg. vernoget vnd gescheiden were, vnd he eme gedaen hadde, was he eme van ere. vnd rechtens wegene schuldig was.“

15) Die Strafe wurde vollstreckt durch die Schöffen selbst. Der Verurtheilte, so wie der Erschienenene, der sein Urtheil anhörte, wurde mit einem Strick oder nach alter Sitte mit der Weide aufgehängt <sup>65)</sup>, und zwar an einen Baum <sup>66)</sup>, nicht etwa um damit etwas besonderes anzudeuten <sup>67)</sup>, sondern es mochte alt herkömmliche Sitte sein, sich eines so natürlichen einfachen Mittels zu bedienen <sup>68)</sup>, und den Gerichtsplatz nicht mit Galgen und andern Werkzeugen der Hinrichtung auszukürieren <sup>69)</sup>, welches überhaupt erst später aufkam, theils um die Verbrecher durch das Deffentliche abzuschrecken, theils um sichtbare Zeichen der Handhabung der Criminal-Jurisdiction zu besigen. — Wenn ein Wissender sieben Fuß höher gehängt werden sollte, als ein anderer Verbrecher, so ist das nur eine bildliche Redensart, um seine größere Strafbarkeit auszudrücken. Uebel würden wir thun, dies wörtlich als eine Rangordnung zu nehmen <sup>70)</sup>.

Nach dem Weisthum bei *Hahn*, l. c. p. 636. muß er auch eine Königsmünze in seinen Händen halten; übrigens ist das Formular, mit Ausnahme Sinnentstellungen der Schreibfehler, ganz gleichlautend.

65) Auch der *Sachsensp.* sagt: „den sol man mit der Weide richten.“ B. 2. Art. 28.

66) Man hat sich aber gewiß nie des unpassenden und entwürdigenden Ausdrucks Baumwürgige Sachen bedient, wie Viele meinen. Es ist dies bloß eine unrichtige Lesart für fernwürgige Sachen, wie schon *Freher*, l. c. p. 122. zur *Sigismund'schen Reform*. v. 1439. richtig bemerkt hat.

67) *Möser*, *Patr. Phant.* IV. S. 200. und mit ihm *Kopp* meinen, man habe das freie kaiserl. Richteramt durch die Art der Execution anzeigen wollen, da sie einen Baum, nie aber eine herrliche Baumstätte zum Aufknüpfen wählten.

78) *Tac. Germ.* XII. *Proditores et transfugas arboribus suspendant.*

69) Gewöhnlich war auch der Verbrecher nicht gegenwärtig, wenn das Todesurtheil ergieng, daher die Weisung an die Schöffen, ihn an den ersten Baum zu hängen: „dat se de antasten und hanghen die an den neesten boem den se dan bekomen können.“ *Grote*, *Jahrbuch* v. 1817. S. 333.

70) *Werd a. a. D.* S. 335.

## Zwölftes Kapitel.

### Urtheilsfindung. Anfechtung des Urtheils.

I. In der freien germanischen Verfassung hatte sich, wie gezeigt, das gerichtliche Verfahren aus der ursprünglichen Volks-Verbindung entwickelt, und in sehr einfache Formen gebunden, welches besonders dadurch leicht, ja nothwendig war, daß das Beweisverfahren des Prozeßes theils nicht existirte, theils unter freien wahrheitsliebenden Genossen keinen großen Apparat erforderte. Es bedurfte keines künstlichen Abwägens von Beweisen, und Gegenbeweisen, keiner inquisitorischen Anstalten, um die Wahrheit zu ermitteln. Der Beweis schloß sich dem Ja oder Nein der Klage und Antwort als strenge unabänderliche Form an, und so sahen wir Klage, Antwort und Urtheil, als die drei Hauptmomente des gerichtlichen Verfahrens sich uns darstellen, und während sich später im Civil-Prozeß ein Beweis-Verfahren und Interlocut bildete, und in unendliche Formen sich verwirrte, blieb im Criminal-Prozeß theils die Idee des alten Verfahrens feststehen, wie das Femgericht uns hiervon ein so ausgezeichnetes Beispiel gab, theils vertrat ein gewaltsames, tumultuarisches Verfahren die Stelle der alten nicht mehr ausreichenden, strengen genossenschaftlichen Formen, wie wir aus dem Verfahren der Städte in dem Richten auf bloßen Reumund sahen, bis im geordneten Inquisitions-Prozeß der Richter selbst die Beweise künstlich sammelte, und dann zur Entscheidung über Wahr oder Nichtwahr, Schuldig oder Nichtschuldig aufstellte.

Um die Entwicklung des Verfahrens zu schließen, bleibt uns nur noch die Urtheilsfindung übrig, und wir müssen wieder in die frühesten Keime der Entstehung zurückblicken, wenn wir die späteren Erscheinungen uns zureichend erklären, und den ganzen Zusammenhang der Entwicklung und ihrer Motive leicht übersehen wollen.

Die Gemeinde versammelte sich um ihr freies selbst gewähltes Oberhaupt, den Richter. Vor diesem erschienen die streitenden Partheien, um ihr Urtheil zu empfangen. Er sorgte,

daß der Streitfall in den herkömmlichen Formen verhandelt wurde, und ließ das Urtheil von den Genossen finden, welches er, wenn es gefunden war, als Recht aussprach, bestätigte, sanctionirte und über der Vollziehung wachte. Ein solcher Vermittler und Repräsentant der Versammlung war in der Natur der gesellschaftlichen Vereinigung gegründet, und das späterhin eintretende Beamten-Verhältniß vermehrte zwar seine Würde und sein Ansehn, und stellte ihn unter die Aufsicht des Staats, indem es ihm zugleich neue Pflichten auflegte; es änderte aber den Standpunkt gegen die Gemeinde wenig <sup>1)</sup>. Diese, als freie Genossenschaft, als Quelle und Bewahrerin der Gewohnheits-Rechte, behielt ihr altes Recht, den Fall zu berathen, und das Urtheil zu finden. Freilich gehörten zu dieser stimmfähigen Versammlung nur echte Genossen. (Rachinburgen, boni homines.) Aber man denke sich die Berathung einer Versammlung, die erst aus vielen Einzelnen, dann wieder aus mehreren kleineren Gemeinden zusammengesezt ist, und man wird es, so wie schon oben gezeigt wurde, natürlich finden, daß die Ältesten und Erfahrensten, als Vorsteher der Gemeinde, die erste Stimme haben, und sich zunächst um den Richter reihen mußten, sei es nun, daß Verfassungsmäßig nach ihrem Alter und nach ihrem Rang in der Familie ihnen dieser Vorzug competirte, oder daß der Richter das Recht hatte, die Ältesten und Erfahrensten, die sich des Zutrauens erfreuten, zunächst hervorzurufen, und zur Berathung um sich zu versammeln. Erscheint dies natürlich und nothwendig, um Gemeinde-Angelegenheiten zu berathen, so ist es eben so natürliche Folge, daß sie auch bei gerichtlichen Entscheidungen das Wort führten, da diese auch nach der Ansicht der Germanen Gemeindeangelegenheiten waren, an denen die ganze Genossenschaft den lebhaftesten Antheil nahm.

Diese Vorsteher und Ältesten der Gemeinde waren somit in der Versammlung die Wortführer, die Repräsentanten, die

---

1) Daher heißt es in Urkunden der Karolingischen Zeit: *praecipiente Comite et scabinis judicantibus*. Urk. v. 838. *Schannat*, Trad. Fuld. p. 172.

handelnden Sprecher, und bei der gerichtlichen Verhandlung diejenigen, welche durch Berathung mit der Gemeinde das Urtheil suchten und fanden. So die Entstehung von Rathmannen und Schöffen. Die Gemeinde blieb die Quelle des Rechts, wo sie Rath suchten, und mit der sie das in Anwendung zu bringende Gewohnheits-Recht berathen mußten.

1) Natürlich war dieser Zustand; denn nicht nur in der Kindheit eines Volkes ist das Recht nothwendig Gemeingut Aller, sondern so lange, als kein schriftliches Verfahren und kein geschriebenes Gesetzbuch existirt, und nur Herkommen und Gewohnheits-Recht gilt. Dies müssen alle Genossen berathen, Alle müssen es bewahren und bewachen, bezeugen und bekunden.

2) Auch nothwendig mußte das Verhältniß so sein, schon wegen der Gesamtbürgschaft der Genossen. Wo gleiche Verantwortlichkeit war, konnten auch nur die Rechte gleich sein. Wir erkennen es aber auch deutlich darin, daß

a) Jeder Genosse schöffenbar, d. h. fähig war, Urtheil zu finden.

b) Daß jeder eine Stimme hatte, und die Einwilligung der Genossen erforderlich war. Mußte also mit ihnen der Fall berathen werden, so hatten sie im Wesentlichen eben so viel Befugniß, als die Schöffen selbst.

c) Noch wichtiger ist es, daß Jeder das Recht hat, das Urtheil zu schelten, d. h. dem durch Stimmenmehrheit gefundenen Urtheil zu widersprechen, es nicht für das wahre Recht zu erkennen, sondern anders zu weisen, und somit den Fall zu neuer Berathung zu bringen, bis er entweder mit seiner Meinung siegt, oder überwunden und zurückgewiesen wird <sup>2)</sup>.

---

2) Unter solchen Modificationen statuiren wir in der Germanischen Verfassung einen Schöffenstand; wir erkennen dafür die Nachbarn des Salischen Gesetzes, die zu sieben auf dem Wahlberge saßen, (L. Sal. T. 60.) und die Iudices, welche nach dem Baierschen und Alemannischen Recht neben dem Comes saßen, (L. Baju. T. 2. c. 15. §. 1. L. Alem. T. 41. c. 1.) deren Eigenschaften und Pflichten sich jedoch schon dadurch bedeutend änderten, daß sie auf ein Gesetzbuch, das aufgeschriebene Gewohnheits-Recht, ausdrücklich verwiesen waren, und

II. Karl der Große verwandelte jenen Ausschuss der Volksältesten in ein ständiges Schöffengericht und verband mit der Beamten-Qualität besondere Rechte und Vorzüge, wodurch er die Würde der Schöffen erhöhte, ja diese gewissermaßen schuf, welches als Erinnerung, besonders in den Ueberlieferungen der Freischöffen Westphalens, sich erhielt. Mochte es Absicht sein, die Ausübung des Rechts aus den Händen des Volks in die der Schöffen als Repräsentanten, und treuer, sicher zu wählender und von der Staatsgewalt leicht zu leitender und zu kontrollirender Beamten zu legen: dennoch sehen wir die Rechte der Volksgemeinde sich ungekränkt erhalten, und das Verfahren war so tief gewurzelt, daß eine entgegenstehende Umänderung unmöglich war. Die Ernennung der Schöffen zu Beamten war ein leichtes, weil sie schon vorgefunden wurden; ja sie beweist es gerade, daß schon ein ähnliches Institut vorhanden war; und aus den großen Rechten, die die Gemeinde auch neben den

---

solches bei sich haben sollten. Rogge (a. a. O. S. 66.) widerlegt mit Grund Eichhorn's (St. u. R. Gesch. I. S. 211.) Meinung, daß über das Factische die Gemeinde als Rachimburgen erkannt, die anzuwendende Rechtsregel aber eigene Rechtskundige, die Sachibaronen (des Salischen Gesetzes) festgestellt hätten. Er widerspricht auch ganz richtig v. Savigny's (Gesch. des R. R. I. S. 196.), Ansicht, daß alle Freie, d. h. Rachimburgen oder boni homines des Gerichtsprangels Schöffen gewesen seyen, und gemeinschaftlich das Urtheil gefunden hätten. Aber der Zweifel, daß in diesem Falle jedes Urtheil als Beschluß und Ausspruch des Volkes oder der Gemeinde zugleich Gesetz für den entschiedenen Fall gewesen wäre, ist nicht hinreichend, jene Ansicht Savigny's zu widerlegen; denn allerdings war und mußte jedes Urtheil, in so fern es nicht die Anwendung des Gesetzes aussprach, als gefundenes Recht für alle folgenden Fälle Gesetz werden, weil die Einwilligung der Gemeinde es als solches sanctionirte. Ein Urtheil, das im Placitum gefunden war, konnte allerdings in der rein-germanischen Verfassung nie als falsch angefochten werden, keine Verantwortlichkeit statt finden, die erst mit der allmählichen Ausbildung des Schöffen-Amtes begann. Wenn es daher Schöffen gab, so gab es doch kein geschlossenes Schöffengericht für einen einzelnen Fall oder eine einzelne Gerichtssitzung, wo der Richter Schöffen ernannt, und aus der Versammlung hervorgerufen hätte. Wenn Rogge Berathung und Beistimmung aller Genossen zugeibt, so ist ja dies eben so gut, als ob das Urtheil gemeinschaftlich gefunden war. Aus allen diesen Gründen haben wir, Schöffen zugebend, doch ihren Standpunkt anders entwickeln und ihr Verhältniß zu der Gemeinde berichtigen zu müssen geglaubt. Nur der Wunsch, Wahrheit zu ermitteln, hat uns bewogen, jenen drei Ansichten gewichtvoller Männer eine Vierte anzuschließen.

Karolingischen Schöffen erhielt, folgt, nach der obigen Entwicklung, daß dieselben nur Ueberbleibsel aus der Germanischen Zeit sein konnten, wo sie solche in noch höherem Grade ausgeübt hatte. Das Verhältniß der neuen Schöffen zu den alten, war das nämliche, wie das des neuen königlichen Beamten zu dem alten Richter der freien Gemeinde. Die Schöffen waren jetzt hauptsächlich mit der Urtheilsfindung und Rechtweisung beauftragt; aber dennoch sehen wir die ganze Gemeinde thätig und Antheil nehmend, so wohl in der Volksversammlung als im gebotenen Gericht; denn auch hier wurde die Volksversammlung im Kleinen repräsentirt, und während die Schöffen nothwendig zur Urtheilsfindung zusammen kommen mußten, war es eben so nothwendig, daß auch ein Umstand aus Genossen sich bildete, um in das Urtheil zu willigen, und das ganze Verfahren mit anzuhören und zu bezeugen.

III. Durch das ganze Mittelalter begleiten uns die sichersten Spuren der beibehaltenen und nur allmählig sich umgestaltenden alten Gerichtsverfassung. Das Fengericht weicht nicht von dem Verfahren der übrigen Gerichte ab, es bewahrt nur länger und standhafter die alte Form.

1) Das Recht war und blieb Gemeingut der Genossenschaft, des Volks; der Richter ordnete nur die Formen, in denen es gefunden und angewendet wurde; er war Repräsentant der Staatsgewalt, indem er den Parthelen zu ihrem Recht verhalf, und die Vollziehung handhabte; er war Organ der Gemeinde, indem das durch sie gefundene Recht, wenn es als Ausspruch durch seinen Mund ging, die Urtheilskraft erhielt<sup>3)</sup>. Die Schöffen bildeten ein Collegium, einen Ausschuß, der Vorzugeweise, das Recht zu weissen, den Richter in seinem Amt zu unterstützen, die Vermittelung mit der Gemeinde zu bewirken, im gebotenen Gericht vor allen Andern Aushülfe zu leisten, und die Urtheile zu vollstrecken verpflichtet war. Aber die ganze Gemeinde behielt ihre alten Rechte an der Urtheilsfindung, alle echte Genos-

---

3) Nach dem Sachsenspiegel III. art. 30. soll der Richter Urtheil finden mit Rath, und selbst weder Urtheil finden, noch scheiten.

sen waren Schöffenbar, und somit Stimmsfähig 4). Wir erkennen dies recht deutlich am Femgericht, wo anfangs Freischöffen- und dingpflichtige Umständler unterschieden werden, wie sich aber der Bund bildete, alle echte Genossen zugleich Freischöffen wurden, deren oft viele Hunderte den Umstand bildeten, während Jeder von ihnen durch den Graf konnte aufgefordert werden, das Urtheil zu finden 5).

2) Die Rechtsuchenden Partheien wendeten sich an den Richter fragsweise, und es wurde ihnen, nach dem Ausdruck vieler Urkunden, Antwort ertheilt. Dies ist wohl eine uralte Form aus frühester Verfassung freier Germanen. Solche Genossen konnten nur zweifelhaft sein, was Recht sei, aber das Recht zu erfüllen nicht weigern. Es war daher wohl die erste natürliche Form, daß die Partheien sagten: Wir sind streitig über dies oder Jenes, was ist Rechtens in der Sache? Und wenn es ihnen gewiesen war, wurde dem gelebt 6). — Der Richter nahm die Frage auf, und stellte sie an einen Schöffen, d. h. er trug ihm auf, die Antwort, das Recht, zu finden. Dieser kehrte sich um zu dem den Kreis schließenden Umstand oder ging hinaus, um das Recht zu erforschen, zu hören, ob seine Meinung Beifall hatte, oder die Sache mit Andern zu berathen, bis er glaubte, den richtigen Rath und die echte Meinung gefunden zu haben 7). Bei vielen Gerichten bildeten sich

4) In einer Urk. v. 1490. wird das Urtheil gestellt an einen Freischöffen, der sich „mit dem ganzen Umstande und Dingspflichtigen des Trigerichts umgekart heft und sich daruff bereden, und is wederumme int gericht kommen und mit gemeiner Folge vor Recht gewist.“ *Rindl. M. B. III. 2. No. 211.*

5) Auch in den Städten finden wir in älterer Zeit alle Bürger stimmsbar. Vergl. *Corvensche Geschichte*; daher heißt es auch in einer Urk. v. 1219. „*Sculietus, advocatus ceterique iudices et cives in Frankinvort.*“ *Schard, Entst. der R. St. Frankfurt. S. 73.*

6) So trat jener *Ministerial-Judicio quesito, cum jam lege ministerialium partem suam videret infirmari*, freiwillig von seinen Prätionen ab. Urk. v. 1120. *Falke, C. T. C. p. 214.*

7) In *sententia quaevisimus si . . .* Urk. v. 1190. *Falke, C. T. C. p. 700.* — Et de nostrorum procerum *consilio* sententialiter est diffinitum, quod etc. Urtheilspruch Kaiser Rudolfs, v. 1290. *Schatten. Ann. Pad. ad h. a.* „darumb forschet ich was recht war, und ward erthailt von Rittern und Richtern, die da zugegen waren mit rechter



jedoch die Schöffen zu den alleinigen Urtheilern, welche unter sich nach Rath und Stimmenmehrheit das Urtheil fanden <sup>8)</sup>).

3) Natürlich berieth sich der Urtheilfinder nicht mit allen Versammelten, sondern nur mit einigen ihm zunächst stehenden Freunden, die sein Zutrauen hatten <sup>9)</sup>; wenn er daher seine Meinung vortrug, so kam es noch darauf an, was die Gemeinde sagte. Jener war der Redner, diese bildeten den theilnehmenden Chor, mit zu handeln berechtigt, und ihre Ansicht so wie ihr Gefühl auszudrücken, vielfach angeregt. Was konnte dem, der die Entscheidung eines Rechtsfalls aussprach, der seine Beurtheilungskraft, seine Erfahrung und seinen gerechten Sinn öffentlich zu bekunden streben mußte willkommener, sein, als der Beifall seiner Genossen? Wie konnten beim Mangel geschriebener Gesetze die Partheien sich bei der Meinung eines Einzelnen beruhigen, wenn nicht die Volksstimme dem Ausspruch Gesetzeskraft unterlegte? Und so sehen wir als natürlichen Gang der Verhandlung und als Prozeßform, entweder: a) dies gesundene Urtheil laut von allen Genossen billigen, oder b) durch allgemeines Schweigen den Beifall und die Einwilligung ausdrücken <sup>10)</sup>).

und mit gesamter Urtheil, als uf dem Hof ze Rotwil Recht was." Urk. v. 1391. Senck. v. d. Kais. Ger. No. 8. — „daz orteil stalt ich an einen erbern Man genannt . . . der daz orteil an sich nam und nach Rate syl guber edeler fryen . . . sprach fur Recht." Urk. v. 1436. Senckenb. C. J. G. I. „Daz orbell saz ich an enen echten rechten fryen schepen des hilgen Rics, der gyncd uf und bereit sich mit dem umfande und fryenscheffen des H. R. und quam weder in und wisebe myt gemeyner Volge fur recht." Urk. v. 1470. Senck. Kais. Ger. No. 40. — „bereyt sic myt deme umfande, und quam weder und wisebe vor Recht." Urk. v. 1488. Kindl. M. B. II. S. 346. — „solich sachen und recht an unser Kuniglich Majestät dieselbs auszusprechen geweist und geschoben, also nach Rat derselben wissenden, edeln, geleerten und andern, so haben wir uns hierüber erkannt und gesprochen" u. s. w. Urk. v. 1447. Harpprecht, Staatsarchiv, I. Anh. No. 25.

8) So wie wir es auch bei den Freigerichten finden: „und de hebben helpen, handelen, lütteren und vinden mit velen andern vrygenschep-pen. Urk. v. 1434. Mallinkrodt, Neuestes Magaz. I. 4. S. 359.

9) „Ra Rade etliker scrystwyfen unnde rechtseervaren." Urk. v. 1474. Berck, Gesch. der F. J. Urk. No. 2. „warb ein berait" steht in manchen Urkunden. Also immer Berathung.

10) Urk. v. 1190. cui sententie omnes quorum nomina infra ad testimonium scripta sunt, et alii quam plures, qui ibidem tunc affuerunt

4) Die so zum Einklang gebrachte öffentliche Meinung war das gesunde Urtheil, und indem der Richter es auffasste, laut aussprach und bestätigte, war es nun als förmliches Erkenntniß, als Recht vorhanden <sup>22</sup>).

5) Es war aber wieder einem sich volksmäßig ausbildenden und mündlich verhandelnden, gerichtlichen Verfahren angemessen, daß der Richter ein Zeugniß darüber hatte, daß er das Urtheil in der Form Rechts ausgesprochen und bestätigt hatte; dies ertheilten ihm die Schöffen und die Rechtsmonumente nennen es die *Urkunde*, die er darüber empfing <sup>23</sup>). Wie nachher schriftliche Bescheinigungen über das gesunde Urtheil oder Ausfertigungen desselben ertheilt wurden, hingen sie ihre Siegel mit daran, und der Gerichtsschein wurde dann selbst die Urkunde. Es mußte aber nicht nur die Richtigkeit des Herganges und der Formen bekundet, sondern es mußte auch das Resultat, das gesunde Recht und die Entscheidung im Gedächtniß bewahrt, und in künftiger Zeit, wenn es Noth that, bezeugt werden <sup>24</sup>). Auch

unanimiter assenserunt. *Falke*, C. T. C. p. 700. Urk. v. 1237.: causa . . . ad iudicium nostrum delata et diligenter investigata, per sententiam latam et ab omnibus approbatam. *Sanckenb.* C. J. G. I. 2. lit. G. — Urk. v. 1306. Urtheilsspruch Kaiser Albrechts: „diese urteil geviel und wart der brief gegeben zu Nürenberch.“ *Spieß*, Arch. Nachr. I. S. 155. Urk. v. 1531. „alle urtel und recht pundt artikel sampt und besunder dieses urtelbrieves sein vor mir in gericht richtiglich an den frystuel vorg. eins nach den andern mit geweyßten rechten erwunnen und erstanden, gefragt und geweyßet und mit einrechtiger schweygender volburdt der umbstender des gerichtß zugelassen und beschloßen sunder alle Inrede oder widerlegung des rechten.“ *Kopp*, v. d. heiml. Ger. — Urk. v. 1506. „Do se (die Urtheile) all myt swygener fuellbart to gelaeten worden unweberachtet, so stabebe ic se alle vor Recht.“ *Kindl. M. B.* III. 2. No. 217.

11) „Dat orbell wardt to gelaten und nicht weberachtet, dat ich dan besat heb mit dussen schiltborigen Frischeffen . . . dar ich min orkunt up entfan en heb — Alle dusse Orbell und Proceß sin thogelaten, besatt beorkundet und nicht weberachtet, dar ich min orkunde up itliches besunder und alle entfangen heb.“ Urk. v. 1490. *Kindl. M. B.* III. 2. No. 211.

12) Vergl. die vorhergehende Note.

13) Vergl. die im Anh. No. 10. mitgetheilten alten Formulare, nach denen viele Zeugen auch ihre Siegel mit anhängen. — In einer kaiserlichen Urk. v. 1317. heißt es: „Die Urtail sprachen die edeln erbarn Ritter und sind darüber Zeugen.“ . . . *Spieß* Arch. Nachr. I. S. 159. „Byrhey uber und an sind mid mir gewest die ersamen vor-

hier erscheint daher die doppelte Function des Umstandes, der das lebendige Archiv vorstellen, und Zeuge der Wahrheit sein mußte, eine Form, die selbst späterhin noch sichtlich ist, als man anfing, alle Urtheile in ein Buch zu schreiben, und so die erste Brücke zu einem schreibseligen Zeitalter geschlagen wurde <sup>24</sup>).

6) Das gebotene Ding machte in den Formen keinen Unterschied. Es waren nicht nur Schöffen, sondern auch Zeugen, und ein Umstand erforderlich, der die ganze Gemeinde repräsentirte, und der Richter mußte eben so wohl Dingpflichtige, als Schöffen berufen <sup>25</sup>), wenn auch, wohl allmählig die letzteren hie und da sich in die Functionen theilten <sup>26</sup>).

7) Der Fall, daß die Schöffen das Urtheil nicht finden konnten, wird in den Rechtsmonumenten häufig erwähnt, und vermehrt sich mit der Zeit zu etwas ganz Gewöhnlichem. Ursprünglich war derselbe in der germanischen Zeit wohl nicht denkbar. Erst wie in der Auflösung der Verfassung der alten Gemeinden, in der Trennung der Stände, veränderter Sitte und Lebensweise, sich die Verhältnisse und Ansichten verwirrten, und Fälle eintreten mußten, wo das alt hergebrachte Gewohnheitsrecht nicht ausreichte, konnten die Schöffen bedenklich werden, und dies mußte sich steigern, wie das geschriebene Recht sich in

sichtigen Richter, Burgemeyster und Rath, und sunst vil dingpflichtiger, by diß alles gesehen, gehört und geurtheylet haben.“ Urk. v. 1531. Kopp, v.-d. heiml. Ger. — „Des heft G. D. dat myt alleme Rechte worven, und heft dat volkenomelichen thüget vor mynes Heren Forrichte to Kropelin myt richte myt dingluden, un myt deme sworene Wade to Tiffin.“ Urk. v. 1391. Harpprecht, Staatsarchiv I.

14) Das Corvey'sche Archiv verwahrt eine Sextuplik von 60 Bogen aus dem 17ten Jahrhundert, und der Fall war keineswegs verwickelt.

15) Die Verpflichtung, im Gericht zu erscheinen, war ein Annerum des Gutes, das man besaß. Aus der Befreiung, welche eine Urk. v. 1274. ausspricht, erkennen wir dieß deutlich: nec Responsalem pro se, qui *Dingmann* dicitur, ad judicia forensia laycorum mittere, ad respiciendas et audiendas sententias eorundem, etiam si scultetus et scabini ejusdem ville per suos bannos et sententias hoc juberent. Kindl. Hörigl. Urk. No. 36. Die Schöffen werden auch zuweilen „Dynger“ genannt. Urk. v. 1409. Kindl. (Hörigl.) S. 590.

16) Die Urkunden sagen gewöhnlich, das Urtheil sey mit Folge des Umstandes gefunden. Wir brauchen aber nicht mit Verda. a. a. D. S. 330. die Frage als zweifelhaft aufzuwerfen: Wie, wenn es keinen Umstand gab?

das Gewohnheitsrecht drängte und den Schöffen mehr und mehr, den gelehrten römischen Juristen gegenüber, der Muth entfalt, und sie das alte feste Zutrauen zu sich selbst verloren. Jetzt gab man ihnen erst größeren Spielraum zur Berathung, man machte es ihnen zur Pflicht, nach bestem Wissen das Urtheil zu finden, man ertheilte ihnen Fristen von Gerichtstag zu Gerichtstag. Dann pflegte man auch Rathserholung bei andern Gerichten zu gestatten, bei Oberhöfen und städtischen Schöffen-Collegien, die im Ruf der Rechtsgelehrsamkeit waren, endlich bei den Juristen-Facultäten der Universitäten. Die Landesherrn fingen aber an dieser Willkühr zu steuern, und verordneten, daß man sich bei ihren eigenen Gerichten Rath's erholen sollte <sup>17)</sup>. Ehemals war Recht und Gerichts-Verfassung freies Eigenthum des Volkes gewesen, und kein Landesherr hatte es durch gesetzgebende Gewalt beschränkt. Daher die freie Wahl der Gerichte und Oberhöfe, um Rath zu bitten und Urtheil zu hohlen. Die sich ausbildende Landeshoheit fand hierin einen Uebelstand, und arbeitete entgegen. Erst ließ man sich kaiserliche Privilegien geben, wodurch verboten wurde, auswärtige Städte als Oberhöfe anzunehmen, dann verbot man es kraft eigener Gewalt, und wenn der Kaiser auch nachsichtiger war, so setzten doch die mächtigern Reichsstände ihre Autorität durch <sup>18)</sup>, wiewohl in den kleineren Territorien die alte Gewohnheit lange fortbauerte, und in der Aktenversendung an

17) So wird in einer Hessischen Verordnung von 1455 befohlen, daß, wenn die Richter das Urtheil nicht finden konnten, die Sache zu schwer wäre, sie bei den Richtern, Schöffen, Råthen, Beisigern des Landgrafen sich belehren und befragen sollten. „ouch in allen Dingin, die da geschen in dem Rade, da der raid, baz sint die Schepfin, nicht eintrechtig ynne ist, baz sal der schultheisse usnemen van beyden syten, und vor uns brengin, so wollen wir sie daruz scheiden mit rechte.“ Hess. L. Ordn. I. p. 5. — „Item do sie zweyspråchtig in den urtheilen würden, oder dieselbige nicht verstanden, haben sie ihren Oberhof Urtheil zu erlernen, zu Cassel.“ Witzgenhäuser Salbuch v. 1555. Kopp, v. d. Hess. Ger. I. No. 83.

18) Die peinliche Gerichtsordnung Karls V., und die Hessische von 1535 gestattet: „bey iren Oberhöfen, da sie auß altem veiertem brauch bisher unterrichtet begert, iren Rath zu suchen.“ Landgraf Wilhelm IV. verbot die Aktenversendung 1574 den Schöffen zu Cassel: „dann wir haben euch und nicht die Universiteten oder schepffen-stuell zue Richtern geordnet.“ Kopp, v. d. Hess. Ger. I. Dennoch erhielt sich die Sitte bis in spätere Zeiten.

Juristen-Facultäten bis auf unsere Tage sich erhielt. Bei den Freistühlen Westphalens pflegte nun auch wohl wegen des zu findenden Rechts ein Bedenken einzutreten <sup>19)</sup>, wiewohl die Fälle hier seltener vorkommen mußten, eben weil man so fest an alter Form und altem Herkommen hing, und sich durch das Neuere nicht irre machen ließ. Zur Zeit als Kaiser Sigismund zu Dortmund wissend gemacht wurde, fand man sich bewogen, über diesen Fall ein Weisthum zu suchen <sup>20)</sup>: Wenn ein Urtheil gestellt wird an einen Freischöffen, und er es nicht zu weisen vermag, und mit dem Eid sich davon entbrechen kann, so soll man es an einen andern stellen; der mag sich bedenken und Gespräch nehmen, und mit Willen und Einigkeit des Umstandes ein Urtheil sprechen <sup>21)</sup>. So bis zum dritten und vierten. Können sie aber dann das Urtheil nicht finden, so mögen sie es bei sich behalten und sich erfahren, bis auf den nächsten Richttag. — Späterhin, wie alle Gediegenheit und Festigkeit von den Freischöffen Westphalens wich, pflegten sie sich auch wohl nach außen Rathes zu erholen; aber natürlich nur bei andern Freistühlen oder beim General-Kapitel.

8) Wenn die ganze Gemeinde beim Urtheilspruch einstimmig einwilligte, oder durch Ueberstimmung dasselbe Resultat hervorgebracht wurde, so mußte das durch das gefundene Urtheil gegebene Recht eigentlich auch Gesetzeskraft haben, d. h. es diente in ähnlichen Fällen als Norm <sup>22)</sup>. Denn

a) Wir sehen, daß Urtheile in derselben Form gewiesen werden, als eigentliche Weisthümer oder Gesetze.

b) Daher konnte man die Entscheidung einer Rechtsfrage im Gericht fordern, ohne Angabe des Gegenstandes, und ohne

19) „...allerley Einrede eingewandt, also innen hierin zu decretiren bedenklich, diewegen sich mit Gelarten darüber beratsfragen und demhegst den Bescheid einbringen wollen.“ Freistuhlsverh. v. 1562.

20) *Senckenb. C. J. G. I. p. 120.*

21) Eben so verordnet ein Weisthum des Tronhofes zu Ursprungen von 1545, daß die Schöffen Urtheil suchen, und wenn sie es nicht finden können, mit den Huebnern sprechen sollen, welche, wenn sie nicht Einswerben, es bis zum nächsten Gericht schieben mögen. *Kindl. Hörigk. No. 210.*

22) Rogge, a. a. O. bestreitet dies, wie oben bemerkt.

Verhandlung des faktischen Falles im Wege des Prozesses<sup>23)</sup>. Die Erheblichkeit dieses Umstandes geht gerade daraus hervor, daß bei den meisten Gerichten dies alte Herkommen abgestellt wird<sup>24)</sup>. Bei dem Femgerichten erhielt es sich aber in ununterbrochener Dauer<sup>25)</sup>.

9) Wenn das Urtheil als die feststehende Rechtsansicht der ganzen Gemeinde und als das Produkt derselben die Kraft eines Gesetzes in der Regel haben mußte, so konnte jeder Einzelne, der etwa anderer Meinung war, doch in den Fall kommen, daß gegen ihn eben so entschieden wurde. Es war daher natürliche Folge, daß er auch mit seinen Einreden mußte gehört werden, daß er das gesundene Urtheil anfechten und tadeln konnte, welches man nannte: das Urtheil schelten. Es wurde hierauf die Meinung noch einmahl geprüft.

a) Es bildete sich aber zur Form aus, daß man fragte: Ob Jemand das Urtheil schelten wollte, und daß man es ausdrücklich bemerkte, es habe Niemand demselben widersprochen<sup>26)</sup>.

23) Beispiel eines Kaiserlichen Urtheils = Spruches von 1290: „... qui proponebat, an aliquis etc.“ *Schaten A. P. ad h. a.* Vor dem Gogreve der Feste von Attendorf wird ein rechtes gemeines Landurtheil, in Form einer allgemeinen Rechtsfrage gesucht; es findet es Einer der Schöffen, und der Gogreve fragt: „offte dat auch jemand's Unrecht dunket sein, to dem ersten mahl, to dem anderen mahl, to dem derden mahl, to dem vierden mahl boven recht; undt wardt dieß Urtheil van niemandt weberachtet“ u. s. w. Urk. v. 1521. handschriftlich mitgetheilt von Herrn Dr. Sommer.

24) Im Frankengericht heißt es nach Emmerich: „stellet ymand orteil an den richter ehe syne clage getud, das heiffin frön orteil, der synt die scheffin nicht plichtig zu wissen, sy en haben dan schuldige und antwerth gehort.“ Vergl. Kopp, v. d. Hess. Ger. Abschn. Proceß.

25) Beispiel die Urk. v. 1435. wo gefragt wird: „eyn gemeine orbell ton Beschoff des hilgen Rykes also bescheideliken“ u. s. w. Kindl. M. B. III. 2. No. 200. b. Es ließen sich eine Menge Beispiele noch anführen; Weisthümer und Urtheile werden bei den Freigerichten immer in derselben Form gefunden. Auch sonst erhielt sich wohl der Gebrauch in Westphalen, wie der Gogreve von Attendorf beweist. S. Note 23.

26) Der Freigraf fragt, nachdem die Sentenz gesprochen: „ob die urbell ymant troiffen wulde, die ouch nymant stroifte.“ Urk. v. 1437. *Senkenb. C. J. G. I. 2. 1.* Am Schluß der Ausfertigung steht dann gewöhnlich: „zugelassen, bestedigt, versolgt, besat, und nicht wyder sprachen, dar ich myn Urkunde uff empfangen habe nach frien Stuls Rechte.“ Urk. v. 1454. Müller, Reichstags = Theater S. 495.

b) Widerspruch Einer, und wurde mit seiner Meinung zurückgewiesen, so stand ihm auch das Recht der Berufung zu, welches oft ausgeübt wurde.

c) Wie aber das Gewohnheitsrecht schwankender, das feste Band der Genossenschaft lockerer, und ein solcher Rechtsauspruch für die Folge wenig mehr gefürchtet wurde, verlor sich die Sitte, daß nicht Streitende Genossen so nahen Antheil am Urtheilspruch genommen hätten. Das Schelten blieb aber unter den Partheien selbst gewöhnlich, und bildete sich später zum Rechtsmittel der Läuterung aus.

d) Untersagt war es aber, dem Urtheil an anderer Stelle, als in der Versammlung, die das Recht hatte, das Urtheil zu finden, zu widersprechen, welches lediglich auf das Schelten, nicht aber auf die eigentliche Appellation Bezug hat; denn jeder war verpflichtet, seine Meinung sogleich in der Versammlung auszusprechen <sup>27)</sup>.

10) Stimmenmehrheit entschied wohl in der Gerichtssitzung. Es konnte aber der Fall sein, daß auch diese ungewiß war, und die Meinung sich in zwei ziemlich gleiche Hälften schied. Dieser critische Fall mußte in der germanischen Volksgemeinde bei einfachen Sitten und Gewohnheiten selten sein, und es mochte wohl dort

a) durch fortgesetzte Berathung bei der der Gemeinde inwohnenden gesetzgebenden Gewalt der Fall endlich zu schlichten sein;

b) daß zuweilen das Gottesurtheil angewendet wurde, zeigen uns noch spätere Spuren, und namentlich der Sachsenspiegel.

c) In der Folge nahm man zur Rechtserhöhung bei anderen höheren Gerichten, bei Oberhöfen und berühmten Schöffenstühlen der Städte seine Zuflucht, und der Fall fällt hier meist mit Jenem zusammen, wo die Schöffen das Urtheil nicht finden konnten.

---

27) „Dar vort ordell und recht übergegaen ist, dat der neymand uff keyner andern stette nyt weberspreken en solle by swaren penen des hilgen Rihs und by Koniglichen banne.“ Urk. v. 1470. Genl. v. d. kais. Ger. No. 40.

d) Mit der sich ausbildenden Berufung an einen Richter höherer Instanz pflegten die Partheien nun auch in diesem Falle das Gericht zu verlassen, und sich an ein Höheres im Wege der Appellation zu wenden <sup>28)</sup>. Die Landeshoheit griff bald ein, und beschränkte die Willkühr bei der Berufung <sup>29)</sup>.

Es ist wohl gewiß, daß in der germanischen Verfassung die Unzufriedenheit einer Parthei mit dem gefundenen Urtheil zu keiner Berufung an einen anderen höheren Richter berechtigen, und keine Instanzen-Einrichtung Statt finden konnte, weil, was die ganze Genossenschaft als Recht gewiesen hatte, nothwendig Recht sein, und allen Einzelnen als solches gelten mußte; auch weil wir nicht einmahl eine Spur haben, daß eine Stufenfolge in den Gerichten freier Gemeinden hätte Statt haben können. Doch mußten sich die Keime der künftigen Berufung auf ein höheres Urtheil mit Devolutiv-Wirkung bald entwickeln.

1) Wir rechnen zuerst hiehin, als natürliche Folge einer genossenschaftlichen Berathung den Widerspruch und die erklärte entgegenstehende Meinung der Parthei, oder eines Genossen, wodurch die Sache noch einmahl in Berathung kam, und welche späterhin, als Schelten des Urtheils, zur gerichtlichen Form wurde <sup>30)</sup>.

2) Im gebotenen Ding waren nur berufene Genossen, selbst im ungebotenen konnten manche angesehen, erfahrene Glieder

28) *Ceterum si colopi in litibus causarum decidendis inter se dissentiunt, ad proximam curti marchiam eos pro sententiis ferendis statuimus habere recursum, si vero casus perplexus fuerit et difficilis, ad caput claustrum videlicet ad Abbatie praesentiam recurrant; sicque Abbas, maioribus et melioribus aue familie convocatis, ipsorum consilio, quod justum est, ordinet ac disponat.* Rechte des R. C. Michael in Boneberg v. 1015. Rindl. (Hörigk.) No. 3, a.

29) „Duch ist ez baz ein Orteil gefunden ader gesprochen wirdet, baz man schulden wil ader schuldet mit Berufunge, die sal man tun zu uns und zu unsme Rade, und nyrgen andirs“ u. s. w. Casselsche Statuten v. 1384. Vergl. Kopp, v. d. Hess. Ger. Cap. v. d. Oberhöfen.

30) Wir finden häufig in den Urkunden, wie schon oben bemerkt wurde, daß der Richter fragt: „abe ymant were, den das Recht straffen und ein besseres wyssen wolte.“



der Gemeinde abwesend sein. Es war also wieder natürlich, daß der Unzufriedene auf sie provocirte, und daß sie berufen, und um ihre Meinung befragt wurden. In jedem Streit der Meinungen entwickelt sich leicht Hestigkeit, Unwillen, der zu Beleidigungen führt: Du hast Unrecht geurtheilt, das ist ein schlechtes Urtheil! Solche Worte waren beleidigend, wenn gleich gestattet. Aber der besiegte Streiter mußte, wie billig, eine Buße zahlen, damit dem Angegriffenen Genugthuung wurde<sup>31)</sup>.

3) Daß ein entschiedener Streit noch zur höheren Entscheidung Gottes konnte gebracht werden, und in dieser Beziehung Berufung auf ein höheres Urtheil mit Devolutiv-Wirkung anzunehmen sei<sup>32)</sup>, bestritten wir gänzlich. Die Gründe, die diese Meinung anführt, sind wie uns dünkt, nirgend haltbar.

a) An und für sich ist der Fall nicht zu denken. Denn in peinlichen Sachen stand ja der Kampf als Gottesurtheil frei; durch das Erscheinen vor Gericht unterwarf man sich aber dem Ausspruch der Genossen. Auch in anderen Fällen konnte nur denkbarer Weise wegen der Wahrheit oder Nichtwahrheit der factischen Behauptungen, auf Gott, als den Zeugen der

---

31) Dies entwickelt eine Stelle in der L. al. T. 41. c. 3. Si autem illo qui iudicium audire debet, illius, qui ad iudicandum constitutus est iudicium contemnit, dum ille iuste iudicaverit et dedignatur eum audire et spernit eum, et arguit eum aliis, et dicit, non recte iudicas, dum ille recte iudicat, et si hoc ab aliis iudicibus inquisitum fuerit, quod ille iuste iudicavit, illo contemtor . . solvat 12. sol. et postea haec non contemnat audire iustum iudicium, quia sic convenit Duci et omni populo in publico concilio. — Wir können hier weder mit Eichhorn I. S. 225. eine Impugnatio des Urtheils im Allgemeinen, die zu einer Revision vor anderen Schöffen unter demselben Richter geführt hätte, insofern hiedurch eine Stufenfolge des Prozeßganges begründet werden soll, noch mit Rogge S. 92. eine wahre Appellation vom Urtheil des speciellen Allemannischen Zunders erkennen, sondern immer nur, nach Analogie des allgemeinen Verfahrens, eine Debatte unter Schöffenbaren und Stimmfähigen, die durch Gründe und Stimmenmehrheit den Widersprechenden besiegten und zur Folge zwangen. Rogge irrt noch überdem, wenn er aus dem Schluß der Stelle folgert, daß dies eine neue Einrichtung sey, in die sich der Herzog mit dem Volke vereinigt hätte. Sie sagt nur, daß der Ueberwundene das gefundene Recht nicht ferner angreifen solle, weil selbst die Volksversammlung unter dem Herzog ein solches gesundes Urtheil als rechtliche Norm anerkennen müsse.

32) Wie Rogge, a. a. O. S. 89. entwickelt.

Wahrheit, provocirt werden, aber nicht wegen Anwendung des Rechts, das ja vorhanden war, in dem Willen und Ausspruch der Genossen. Wie hätte man sich denken können, ein Gottesurtheil zuzulassen gegen den Ausspruch der ganzen Gemeinde?

b) Wenn aber, wie oben erwähnt, sich die Meinung der Genossen in zwei gleiche Hälften schied, oder das Urtheil gar nicht gefunden werden konnte, welche beide Fälle ziemlich zusammenfielen, denn an Meinungen und Ansichten konnte es doch eigentlich nie fehlen, dann war eine Entscheidung durch die Waffen, oder das Gottesgericht, denkbar, und nur hievon redet die von der oben erwähnten Meinung angeführte Stelle des Sachsenspiegels (Bd. 2. Art. 12.); denn wenn der mit dem Urtheil unzufriedene Theil selbst sieben seiner Genossen ein anderes Urtheil finden, und mit diesen gegen andern Sieben kämpfen mußte, so sieht man ja leicht, daß die Stimmen getheilt waren. Derselbe Fall war der, wo Kaiser Otto der Große einen Erbschaftsfall durch ein Kampfgericht entscheiden ließ.

c) Die übrigen Gesetzesstellen, welche jene Ansicht für sich anführt, passen gar nicht, um den vermeinten Beweis zu liefern. Denn wenn l. Sal. ref. T. 60. c. 4. sagt: Si autem Rachinburgii legem judicant, et cui judicatum fuerit, hoc sustinere noluerit, et dicit, contra legem sibi judicasse, et hoc *comprobare* non potuerit, contra unumquemque de septem Rachinburgiis sol. 15 culp. judicetur: Was berechtigt uns anzunehmen, daß der Beweis der Unrichtigkeit auf keine andere Weise, als durch ein Gottesurtheil zu erbringen war? Konnte der, dem die Rachinburgen das Urtheil nach Gewohnheits-Recht gefunden hatten, nicht sagen: Ich will mit der ganzen Gemeinde beweisen, daß immer das und das Rechtens gewesen? Läßt denn ein Gewohnheits-Recht nicht förmliche Beweisführung zu? Konnte nicht die kleinere Gemeinde sich an die größere Genossenschaft, wozu sie mit gehörte, wenden? — Das Gesetz Pipins, Capit. a. 755. c. 29. Et si reclamaverint, quod legem eis non judicassent, tunc

licentiam habeant, ad palatium venire pro ipsa causa etc. redet offenbar bloß von den Beschwerden über verweigertes Recht.

4) Die zuletzt angeführte Stelle biehet den Uebergang zu den Beschwerden gegen das Verfahren des Richters, und wegen verweigerten Rechtes, als Hauptgrund und Veranlassung zu den eigentlichen Appellationen<sup>33)</sup>. Nur das Beamten-Verhältniß, nur die fränkische, und besonders die Karolingische Staats-Verfassung konnte ein Verhältniß eines höheren Richters, und die Berufung auf ihn begründen, welche sich mehr und mehr zur Form ausbildete.

5) So wurde es im Mittelalter Regel, daß man sich in allen Sachen, wegen deren Entscheidung man unzufrieden war, an den nächsten höhern Richter wenden konnte, und es fanden, ohngeachtet der Bestimmungen des Canonischen Rechts mancherlei Vergliederungen, Abstufungen und Willkürlichkeiten Statt, bis sich in festgeordneter Verfassung alles zu stehenden geregelten Formen ausbildete<sup>34)</sup>.

Betrachten wir das Verfahren des Femgerichtes bei Zulässigkeit des Rechtsmittels gegen ein ergangenes Urtheil so hatte

I. In peinlichen oder femworigen Sachen gar keine Appellation ursprünglich und der Regel nach Statt, und zwar so wenig gegen ein bei der Anwesenheit des Schuldigen ausgesprochenes Todesurtheil, als gegen ein wider den Ungehorsamen die Verfehmung aussprechendes Contumacial-Urtheil. Dies war

1) zum Theil Folge der Prinzipien des alten Verfahrens, welches mit herkömmlicher Strenge aufrecht erhalten wurde, und offenbar aus einer Zeit stammte, der die Rechtsmittel noch ganz fremd

33) Nach den Capitularien konnte sich auch an den Missus Feber wenden, „qui per negligentiam aut incuriam vel impossibilitatem Comitatus iustitiam suam adquirere non potuerit. Capit. lib. II. c. 26. — Placuit ut accusato si iudices suspecto habuerit, liceat appellare quia non oportet negare audientiam roganti“ Cap. Anseg. p. 244.

34) Wie dies allmählig geschah, documentirt uns manche Urkundenstelle. In den Rechten der Stadt Meßbach von 1165 sagt z. B. der Erzb. von Köln: „Quod coram Advocato terminatur sub Regis banno et civium testimonio ratum habemus ita, ut nec Arch. ep. nec imperator nec aliquis iudex deinceps super hoc sagitur.“ Rindl. M. B. III. 1.

waren <sup>35</sup>). Wie war es auch möglich! Das Schuldig oder Nichtschuldig stand nach den entwickelten einfachen aber strengen Formen immer fest. Die Anwendung des Gesetzes konnte also gar kein Grund der Berufung sein, denn dies war immer und unabänderlich nur Eins. Es konnte nicht, wie in Civilsachen, ein anderes Recht gefunden werden. Wer sich daher Schuldig wußte, erschien lieber nicht, eben weil er weder in den Formen des Processes, noch in der Berufung an einen andern Richter ein Mittel der Rettung hoffen konnte <sup>36</sup>).

- 2) Zum Theil war es auch nothwendige Folge des Bundes, der diesen alten Grundsatz verstärkte. Strenge Vollstreckung war nöthig, und sie war immer gewiß. Wie leicht hätte man sonst das Verfahren hinhalten, und allen Folgen dieser großen gediegenen Verbindung vorbeugen, und sie umgehen können. Daher schreibt jener Freigraf auf Beschwerde des in die größte Enge getriebenen Herzogs Wilhelm von Sachsen, an Kaiser Friedrich: Was geurtheilt sei, dessen wären sie nicht mächtig, denn sie hätten keine Macht die Todten aufzuwecken. . . <sup>37</sup>). Energischer kann die Sicherheit und Kraft, mit der sie zu Werke gingen, nicht ausgedrückt werden.

35) Die Uebergänge erkennen wir in der Karolingischen Zeit. — „in civilibus causis vel levioribus criminibus legibus dilatio praestanda est; homicidae, adulteri, malefici convicti si appellare voluerint, non audiantur.“ Cap. Anseg. p. 219. b.

36) „Und welcher also versaimt und versurt wurt, als Gerichts Recht ist an wiederfache oder widerstatf und falsch, der mag weder von Kernen, Konig, noch von allen Westfalingen nymermer widerbracht werdn. Dann welcher rechtlichen und schuldiglichen umb sin Ere kommet, der mag sin Ere nymer wiederbringen. Nu ist in diesem Gerichte lybe und Ere in Im selber, also durch wolln das eins an das annder nit sein mag.“ Coder bei Hahn. Coll. mon. II. — Es ist daher auch von keinem eigentlichen Rechtsmittel die Rede, wenn es in den Ruprechtischen Weltsthütern heißt: der Versetzte, welcher glaube, daß ihm Unrecht geschehen sey, möge es da austragen, wo es sich in Rechten gebühre. — Hiehin gehört auch die Berufung an den Kaiser, wenn sich Einer zu Ehre und Recht erbiethet, und der Freigraf dennoch procediren will. Arnssb. R. B. Anh. No. 26.

37) Müller, Reichstagsstheater S. 502.

II. Die Freigerichte waren auch, wie bewiesen ist, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten competent, und hier mußten die sich ausbildenden allgemeinen Grundsätze von Appellationen leicht übertragen werden, denn in Civilsachen kann die Rechtsmeinung zweifelhaft und streitig sein. Das sich bildende Verfahren konnte aber natürlich hie und da nicht ohne Einwirkung auf die peinlichen Sachen bleiben.

- 1) In so fern sich die Freigerichte als höchste unmittelbare Reichsgerichte, betrachteten, war es natürlich, daß sie keine Berufung an ein höheres Gericht anerkannten <sup>28)</sup>. Doch blieb dies Vorrecht, wie sich offenes Gericht und heimliche Acht schied, meist nur der letzteren vorbehalten <sup>29)</sup>.
- 2) Als Spur des höchsten Alterthums des Verfahrens der Femgerichte sehen wir, daß nach den ältesten Rechtsmonumenten

88) Mit den auswärtigen Hofgerichten stellten sie sich gleich, und erkannten deren Competenz an; sie selbst fanden dieselbe Anerkennung. — „Es die Sache erst to Rotwyle also angehauen und gerichtet als recht ist, so sal man darüber nyt me richten.“ Handschriftl. Weisthum v. 1441. — Albrecht Pfalzgraf bei Rhein und Herzog in Baiern wurde wegen gebrochenen Geleits zu Westphalen bei einem Freistuhl belangt und absolvirt, weshalb nachher das Hofgericht des Herzogs die Sache im Jahr 1456 von sich wies: „Des hab ich gefragt Her Jorgen Marschalk, der hat sich mit den andern Räten unberrebt und ertailt: als er de balder Tail Glag, Antwort, Red und Widerred gehort hab, und sunder den Brieff von dem freygraven usgangen, darin begriffen ist, das mein gnabiger Herr Herzog Albrecht und alle die darin verdacht und gewant, umb die Handlung so an Ulten Pawrn des Glais halben, beschehen solt sein, alsolvirt und quit gelassen sind, so sprech er zu Recht auf seinen And, daß er bei demselben Brieff pillichen beleihe.“ Monum. Boica IX. No. 161.

39) „Auch sol man um keinerlei Puncten und Artikel, so mit rechten Urtheiln vor wroge erkand und gewissen sein, und sich gebüren, in der heimlichen Acht zu richten, davon aus des heiligen Reichs heimlicher Achten Gerichte appelliren, oder sich davon in eine andere statt oder gericht beruffen, aus ursachen, dieweil die heimliche Acht das höchste gericht ist.“ Sigism. Ref. in d. N. S. der Reichsabschiede I. p. 180. — Vielsältig waren aber in der Folge die Mishelligkeiten und Collisionen, die hierdurch entstanden. Wir sehen dies aus dem langen Kampf des Herzogs Wilhelm von Sachsen mit Wyncke Paszkendall, Freigrafen zu Wintheim. Dieser schreibt dem Kaiser: Es gebühre Sr. Kais. Gnaden solche Appellirung gegen das heilige Reich und heimliche Gerichte nicht zuzulassen, sondern zu vernichten. Er lehnt die Ladung des Kaisers ab, weil Sachen, die gehörig und gebühlich zu richten wären, in des heiligen Reichs freien heimlichen Gerichten, nur auf Westphälischer Erde gerechtfertigt werden könnten. Müller, Reichstagstheater S. 505.

die einfachste und ursprüngliche Veranlassung auch hier für Berufungen die einzige Norm giebt, nämlich der Fall, wo die Stimmen bei der Rechtsfindung getheilt waren <sup>40)</sup>.

3) Es wird jedoch die Statthastigkeit der Appellation sehr bald auf jede Beschwerde gegen das ergangene Urtheil extendirt; denn wenn eine Arnberger Reformation den Fall so stellt <sup>41)</sup>: Wenn ein Urtheil ungebührlich wider Einen erging; so lag allerdings hierin jeder Fall der Anfechtung und der Unzufriedenheit mit dem gewiesenen Urtheil. Die Gerichte ließen sich aber nicht leicht zur Anwendung dieses Grundsatzes bewegen.

4) Die Behörde, an welche von den einzelnen Freistühlen appellirt wurde, war ursprünglich unbezweifelt das Placitum des Herzogs, daher später dem Gang der Verfassung in Westphalen gemäß das General-Kapitel <sup>42)</sup>. Auch in der Folge blieb noch der Oberfreigraf zu Arnberg herkömmlich der Oberrichter, an welchen die Appellationen von den zusammengeschmolzenen Freistühlen ergingen <sup>43)</sup>. Der Fall

40) „Würden aber zwei Urtheil in dem Gerichte zweifelhaft gewisen oder gescholten, der Urtheil mag man sich alsdan wol beruffen und bekommen an den stetten und Enden, da sich das zu Recht gebühren sol, und wann also ein Urtheil von dem Gericht gescholten und geschuldigt wird, so soll der Freygraf glauben nemen von den Partheyen, so viel sich von Rechtswegen gebührt, deme also nachkommen.“ Eigism. Ref. a. a. D. — Die Ruprechtischen Weisth. setzen den Fall in gleiche Klasse, wo auf zweifelhaftere und widersprechende Zeugenansagen das Urtheil gegründet wurde. „Item dieß sind die zwey Stück, davon man von einem zu dem andern gericht appelliren mag. Nemlich ob das arscheye, daß in dem gericht ain zweifelhaffige und widerwertige Zeugnus gezeugt, geweist und gesagt fürkame. Oder ob die Urthail der freischöffen und Richter der haimlichen Aecht gespalten, nicht einhellig, oder zugleich in der umfrag der Urthail stünende und kein teil dem andern weichen wolt. Danc, l. c. p. 776. No. 31.“

41) Senck. C. J. G. I, 2. p. 106.

42) „Item ob ain Urthail zwitrechtig würde am Freynstul oder ungebührlich wider ainen gieng, da sol man sich an kein ander und von beruffen gerichte noch appelliren umb kainer hand sache dann in das Capittel der haimlichen beslossen acht der Keyserlichen Cammer, das sol sein uf westphelischer erben.“ Arnsh. Ref. bei Senck. C. J. G. I. 2. p. 106.

43) Nach einem handschr. Document. v. 1541. befiehlt der Freigraf zu Arnberg in einer Ehrensache dem Freigraf zu Warendorf bei 1000 Goldgulden Strafe, nicht weiter zu procediren, und die Akten ver-

der Ausübung wurde aber so selten, daß man selbst zweifelhaft wurde, ob wirklich dahin die Appellationen zu richten seien.

- 5) Nach dem allgemeinen Gange der Entwicklung, wornach man sich, als die Gerichte von Stellvertretern gehegt wurden, von dem herzoglichen Gericht wieder an den Herzog selbst, vom fürstlichen an den Fürst, und vom höchsten kaiserlichen an den Kaiser selbst wendete, sehen wir auch bei den Freistühlen allmählig Berufungen an den Statthalter, an das höchste kaiserliche Hofgericht <sup>44)</sup>, und an den Kaiser selbst <sup>45)</sup> Sitte werden. Doch stemmte sich der Anwendung eben so wohl das feste Beharren bei der alten Verfassung, als der geschlossene Bund entgegen <sup>46)</sup>, indem keiner, der nicht Freischöffe war, über Femgerichtssachen urtheilen konnte, und selbst der Kaiser hiervon nicht ausgeschlossen wurde <sup>47)</sup>. Anders war natürlich der Fall, wo die Competenz des Freige-

schlossen überzuschießen, da Ersterer von dem wider ihn ergangenen Urtheile an den Hauptstuhl zu Arnberg in den Baumhof appellirt habe.

- 44) Beispiel der Aufhebung eines Freigerichtsurtheils v. 1447. bei Papprecht, Staatsarchiv I. Anh. No. 25.

- 45) „als oberster Richter aller weltlichen Gerichte und Born aller Rechtfertigkeit.“

- 46) „Darup ist geloyst vnder Königs banne vor recht, Alle Sache, bey vor eyn gemeyn Capittel van statthalder des Ryches verscreven werden, vnd mit Orbell und rechte erklet, verhanpelt vnd gebunden werden, dar entegen noch darent boven en sall geyn forder Gerichte gain, dat bendig sy, Ind wat Sacken dar gerichtet werden, solle man darby laten.“ — Handschr. Weisthum v. 1454.

- 47) „Man mag es auch wol tun für den Römischen Künig oder Keyser, wan sy wissende seint, ober für den statthalter, das sol doch zu usfrag komen vor den wissenden freyschöpfen und besunderbar uf westpfälische erden.“ Arnsh. Ref. bei Senckenb. I. c. — Nach einer handschriftlichen Urk. v. 1465. erteilt Kaiser Friedrich in einer Rechtsache des Hans Gygers von Dillingen gegen Bürgermeister und Rath zu Ueberlingen, welche an das kaiserliche Kammergericht gebiehn, dem Graf Ulrich zu Württemberg das Commissorium, „da nit gepürlich sy solichs an dem bemelten unserm Kammergericht zu verhandlen sunder solichs solle nach gestalt der sachen billichen vor deme die dan derselben Westfälischen rechten gewandt und wissent sin fürgenommen,

rechts angefochten, und die Sache nicht als Femsache erkannt wurde <sup>48)</sup>).

6) Daß man späterhin auch an das Reichskammer-Gericht appellirte, und noch andere Rechtsmittel, die sich auf Grundsätze des Römischen und Canonischen Recht stützten, zuließ, war zufällige Einwirkung des sich bildenden Proceßganges von außen, und liegt eben so wenig in dem Bereich unserer Untersuchungen, als wir uns bei so manchen in Schwung kommenden Mißbräuchen, die zur äußeren Geschichte des Femgerichts gehören, hier aufhalten können. Man pflegte sich nämlich wohl an Papst und Concilien zu wenden, oder den Kaiser um ein Privileg zu bitten, daß das Urtheil binnen hundert Jahren, sechs Wochen und drei Tagen nicht dürfte vollzogen werden, u. s. w. Diese von den Femrichtern stets unbeachtet gelassene Mittel sind nur Zeugen ihrer großen, wirkfamen Macht und der ausschweifenden Versuche, die man machte, sich gegen sie zu schützen.

7) In der Form der Einwendung des Rechtsmittels blieben auch die Freigerichte dem alten Verfahren getreu. Es wurde keine Zehntägige Frist gestattet, sondern das Rechtsmittel mußte sogleich eingewendet werden. Beide Theile mußten Bürgen stellen; doch befreite man hiervon nach den edeln Grundsätzen, die man hegte, Fremde und Arme, damit der

---

dieselbst verhört und gerechtfertigt werden, und wen du, als wir vernemen derselben heimlichen gerichten ein echt recht fryschöpf bist... so empfehlen wir dir solich egemelt sachen an unser statt, geben dir auch hiemit ganzen vollen gewalt" u. s. w. Der Graf ladet die Partheien vor sich, und etliche seiner wissen den Rätthe; da jedoch der Kläger auf der Rechtsbeständigkeit dessen, was an den Freistühlen zu Westphalen gehandelt, besteht, die Beklagten aber diese anfechten, so wird folgendes erkannt: Die will nu die beid parthien der Ding widerwertig sint, und sunder der Gyger meint, er hab es alles rechtlich gehandelt, und aber die von überlingen meinen nein, sprechen wir und die obgemelten unsrer Benfiger einhelliglich zu recht, und wissen die sach mit unserm rechtlichen spruch fur ein Capittel der heimlichen Aucht in Westphalen.

48) Urk. v. 1474, wo der Kaiser der Stadt Hamburg in einer Erbschafts-sache das Commissorium ertheilt, und diese das Urk. des Freistuhls aufhebt. Verck, Gesch. der Femgerichte. Urk. No. 2.



Gast oder Dürstige im heiligen Römischen Reiche sowohl seine Rechte verfolgen könne, wie der Einheimische und Reiche <sup>49)</sup>).

- 8) Noch einen Grundsatz spricht die Osnabrückische Femegerichtsordnung aus <sup>50)</sup>, den wir bemerken müssen, daß nämlich von der Parthei das Urtheil nur konnte gescholten werden, wenn sie mit den Schöffen ebenbürtig, folglich Freischöffen waren <sup>51)</sup>. Man hatte die Nichtfreien und nachher die Nichtwissenden, welche keine Freischöffen waren, auch vor die Freistühle gezogen, und sie sogar ohne Ladung verurtheilt. Als eine Folge des hiebei zum Grunde liegenden und oben entwickelten Prinzipes muß es angesehen werden, daß man ihnen, auch wie sie geladen wurden, kein Rechtsmittel gestattete, welches ursprünglich in den Formen des Verfahrens gegründet ist, wornach dem Unwissenden kein Beweismittel gegen das Wort und den Eid der Freischöffen zustand, man ihnen somit auch die Berufung inhibiren zu können, auf natürlichem Wege und ohne einen Akt der Ungerechtigkeit zu begehen, sich überzeugte.

49) Diesen Grundsatz spricht die Arnsh. Ref. aus. *Sonck. C. I. G. I. 2. p. 106.* und stimmt mit jener Milde überein, die wir an den Freistühlen schon oben gegen die Armen anwenden sahen.

50) *Mascov. Notit. jur. et jud. Bruns. Anh. p. 85. u. 115.*

51) Auch aus dem Umstand konnte nur ein Genosse das Urtheil schelten. *S. Arnsh. R. B. Art. 17. und Anh. No. 26.*

---

## Viertes Buch.

### Der Freischiöffen-Bund.

Wir haben nun im Bisherigen gesehen, was die Femgerichte Westphalens für Anstalten waren, was aus germanischer Zeit, und aus Karolingischer Verfassung herrührte, und wie sich ferner diese Gerichte im Mittelalter gestalteten, und zu dem übrigen Verfassungswesen des Reichs verhielten. Wir haben uns ihr Verfahren, ihre besondern Eigenheiten, ihre Macht und ihr Ansehn erklärt; zum Theil haben wir auch gesehen, was für Singuläres in der Zeit hinzukam, und wie sich Vieles unter geänderten Verhältnissen auch hier änderte, so daß Jener wohl Recht haben mochte, welcher sagte: Es sei gar Vieles hinzugekommen, woran Kaiser Karl nicht gedacht <sup>1)</sup>. Wir haben auch, während wir die innere Verfassung und das Verfahren dieser Gerichte bis in ihre Wurzeln entwickelten, nicht umhin gekonnt, hie und da ein Bündniß anzudeuten, dessen Existenz wir nun als Freischiöffenbund auszusprechen und zu beweisen versuchen werden. Um uns aber davon vollständig zu überzeugen, müssen wir auch hier wieder hauptsächlich den Fehler so Vieler vermeiden, etwas Einzelnes historisch urkundlich beweisen zu wollen, was sich nur mit großer Umsicht aus dem Ganzen entwickeln läßt.

Freilich sollte hier eigentlich eine besondere Abhandlung beginnen, zu der zwar in der bisherigen Untersuchung der Grund gelegt, für die es aber vielleicht noch zu früh ist, um mit

---

1) An, Disp. ap. Hahn, I, c. p. 653.

Gründlichkeit ein Ganzes zu liefern, weil sich noch nicht alle archaischen Schätze haben vollständig und genau prüfen und benutzen lassen, auch anderweite große Vorarbeiten dazu gehören, um den Gegenstand vollständig zu erschöpfen. Es muß nämlich:

1) der ganze politische Zustand des Mittelalters vergegenwärtigt, und in seinen Hauptmomenten entwickelt werden; dieser Zustand der Anarchie, Anmaßung, Gewalt, bei jedem Freiheitsfinn, Fehdesucht und Faustrecht.

2) Auf der andern Seite ist aber auch zu erwägen, reine Sitte bei großer Verboheit, Geist der Ehre, ein Festhalten an alter Gewohnheit, und das allmähliche Fortschreiten der Kultur des Volkes.

3) Auf diesen Grund nur läßt sich das Gemälde des Zustandes des Gerichtswesens zeichnen, das Sinken der gerichtlichen Gewalt, und die mancherlei Verwirrungen, die sich uns überall zeigen.

4) Eine Hauptausführung bedarf hiebei die Geschichte der Evokationen, ihre Quelle, Ursache, Bedeutung und Folgen.

5) Als Gegensatz muß aber überall das besondere, was in seinen politischen Verhältnissen, in seinen Sitten und Gewohnheiten und in seiner besondern Stellung zur Verfassung des Reichs, Westphalen ausgezeichnete, entwickelt und herausgehoben werden.

6) Dann werden wir aus dem allgemeinen Innungsgeiste des Mittelalters, aus so vielen gefundenen Motiven, uns die Entstehung des Schöffebundes erklären können.

7) Für die Existenz desselben giebt uns die Geschichte hinreichende Beweise, und zeigt uns deutlich das Verhältniß desselben zur Staatsgewalt.

8) Wir können uns aus ihm erst recht die vielfachen Erscheinungen des Bundes und des Femgerichtes erklären. jene außerordentliche Wirksamkeit, die überschwengliche Macht, Verfolgungen, Gegenbündnisse, Lob und Tadel, und sofortiger Verfall mit dem geänderten Zeitgeist.

9) Hieran wird sich erst mit Erfolg eine eigentliche Geschichte der Freigerichte und des Bundes mit allen Nebenpartien, so wohl in der Zeit ihres höchsten Glor, als beim Abnehmen und Sinken, reihen, und die Spuren werden sich vollständig durch alle Zeiten bis zu den letzten Ueberbleibseln in unsern Tagen verfolgen und entwickeln lassen.

10) Vollständige Auffindung und Zusammenstellung der unzähligen Weisthümer und Urtheilssprüche, welche meist noch in den Archiven verborgen ruhen, werden nicht nur für die innere Rechtsgeschichte des Schöffen-Rechts und des germanischen Rechts überhaupt, sondern auch für Sitte, Gewohnheit und Volksthümlichkeit des Mittelalters und die bedeutendsten Aufschlüsse geben.

11) Eben so werden wir erst nach vollständiger Aufstellung unserer Urkunden zu einem Westphälischen Diplomatarium im Stande sein, für die Geographie und Topographie der Freigravasschaften und Freistühle Westphalens mit dem Gegensatz der Vograsschaften etwas Erschöpfendes zu leisten, und es werden sich daraus vielleicht bedeutende Resultate für die Geschichte ziehen lassen.

Bei diesem reichhaltigen Stoff, der sich noch der besondern näheren Untersuchung und Bearbeitung darbietet, haben wir es doch für Pflicht gehalten, dem gegenwärtigen Werk einige Andeutungen als Resultat unserer bisherigen Prüfung der Quellen anzureihen, namentlich die Existenz des Bundes zu zeigen, sein Wesen und seine Tendenz zu entwickeln, die Geheimnisse der Freischöffen und den Erfolg ihrer Wirksamkeit anzudeuten, wobei wir uns nur dagegen verwahren, den Gegenstand zur Zeit schon völlig erschöpfen zu wollen.

I. Wenn wir zuvörderst einen Blick auf die geschichtlichen Grundlagen der Entstehung dieses Bundes werfen, so finden wir:

1) Den politischen Zustand Deutschlands ganz dazu geeignet, ein solches Bündniß zu begründen, zu veranlassen und zu immer größerem Erfolge zu erheben. Vergewegenwärtigen wir uns das Bild des 13ten Jahrhunderts, besonders vor Kaiser

Rudolph, so werden wir leicht hier den Keim und die Ursachen entdecken. Der beständige Kriegszustand aller Vasallen des Reichs brachte diesen endlich auch in das innere Leben der Nation. Jeder der die Waffen gegen die Feinde des Reichs oder seines Lehnsherrn führte, war auch bereit, seinem nächsten Nachbar und Freund mit gewaffneter Hand die Spitze zu bieten, wenn etwas unter ihnen zwistig wurde, und man gewöhnte sich daran, dies als die Regel anzusehen. Diese Gewalt und diese Selbsthilfe konnte aber nur gebelhen, weil es dem Reichsoberhaupte an Zeit, Mitteln, Gewalt und Willen fehlte, ein festes Regiment zu führen, und den Staat nach wohlgeordneten Formen zu regieren <sup>2)</sup>. Dennoch erfolgte bei dieser Kraftlosigkeit, bei dieser gänzlich aufhörenden innern Reichsregierung so wenig eine allgemeine Auflösung der bürgerlichen Verhältnisse, als diese Zeit des Faustrechts Deutschland, wie man wohl meint, wirklich zu einer solchen Mördergrube gemacht hätte, wo Niemand seines Lebens und seines Eigenthums sicher gewesen wäre.

Wir sehen zwar Gewalt und Anmaßung überall, theils in wilden rohen Verbrechen, theils in den hergebrachten Formen regelmässiger Fehde, in das friedliche Leben des Volkes hereinbrechen, und wie die Kirche mit Bann und Hölle drohte <sup>3)</sup>, so hielt der wehrhafte Mann zu steter Vertheidigung das Schwert in seiner Hand. Nur das wehrlose Volk war hilflos dem Druck des Herrenstandes hingegeben, wenn er seine Gewalt gegen dasselbe mißbrauchte <sup>4)</sup>. Aber dennoch schimmert in dem Gewirk

2) Abt Wibald (Ep. Wib. — ap. *Mariens Coll Monum* No 92.) schreibt im Jahr 1148 an den Kaiser alle Klagen über Gewalt, wilde Verbrechen, Schwäche der Regierung und Selbsthilfe. Er setzt hinzu: „Novit enim discretio vestra, quod etiam jure gentium licet vi vim repellere.“

3) Oft lesen wir am Schluß der Urkunden: „Si quis igitur licet tenuiter infringaverit, nisi plena satisfactionis resipuerit, sciat se cum diabolo eterna maledictionis dampnatum“ etc. Urk. v. 1154. *Kindl. M. B. III.* 1. No. 16. oder: „si qua igitur ecclesiastica saecularisque persona contra haec manum praesumpserit extendere, fiat ei, sicut Dathan et Abiron, et cum Juda proditors. nisi resipuerit, perpetuo anathemate satietur.“ Urk. v. 1158. *bas. No. 18.*

4) Im J. 1154 beschwerten sich die Mönche zu St. Michaelis ad Mosam über den Grafen von Barr, befragt einer Urk. bei *Honthelm Hist. Tre*

wilder zügelloser Thaten, die die Geschichte oft mit zu grellen Farben aufbewahrt hat<sup>5)</sup>, und die dem Blick das auch daneben herrschende friedliche, gemüthvolle und ruhige Leben gänzlich verbunkeln und entziehen, viel alte Bieberkeit und Rebllichkeit durch. Der Vertrag wurde im ganzen genommen heilig gehalten, und wenn er auch klar ausgesprochen dahin ging, das Verbrechen der Gewalt nicht begehen zu wollen<sup>6)</sup>. Mit roher und wilder, aber gerechter Strenge wurde es gerächt, wenn Jemand gelobten Frieden und Treue brach. Unabhängig lebte man nach eignen Gesetzen<sup>7)</sup>.

vir. I. p. 375. „Nostri quoque temperis Comes Rainaldus, qui quinto illis gradu successit, quod majores sui nunquam fecerant, pecuniarum rapinas, quas vulgus Talliatis vocat, per terram nostram primus agere coepit, homines incarceratione, vi et suppliciis sua eis extorquere, ad firmanda castella sua cum suis sumptibus eos cogere, nimis frequenter per terram nostram dictare, nec suis, sed pauperum sumptibus vivere.“

5) Jedes Zeitalter hält die dahin gegangene Zeit für besser, so wie sich selbst dem Einzelnen das zurückgelegte Leben in poetischer Ferne spielt. Wir dürfen den Zeitgenossen nicht immer trauen, wenn sie über böse Zeit klagen. — „Quoniam praesens etas ad dolum et calumpniam pronā esse dignoscitur sana providentia est inductum, ut res gesta litterarum adminiculo falcietur.“ Urk. v. 1308, Wolf, Eichsf. Urk. Buch S. 43.

6) „Quod promittimus dilectis et fidelibus nostris Burgensibus de Cassel, quod in nulla parte eos contra justitiam gravabimus vel ledemus.“ Casselsche Statuten bei Kopp v. d. Hess. Ger. I. S. 22. — Noch naiver ist der Vertrag jener Ritter, der einen tiefen Blick in die Zeit thun läßt: „Arbitrati sumus etiam et promissimus de consensu unanimi sub optentu rerum et corporum nostrorum, quod de ipso castro nulla spolia sive depredationes in strata publica vel alibi contra privatas personas faciemus, nisi de prefati domini nostri Episcopi jussu vel consilio speciali, inimicis nostris capitalibus, cum quibus ad praesens imbrigati sumus duntaxat exceptis.“ Rindl. M. B. III. 2. No. 241. — Rotger von Galen zu Sickenbete gelobt eidlich, daß er dem Erzstift Eöln keinen Schaden fürder thun will, nach einer handschr. Urk. v. 1392.: „also dat ich weder sy off yre eyndchen nummermee geboin en sal noch en mach, noch ouch eyndchen schaden van deme huse zu der syckenbete noch darup noch ouch eyndche begriffe of vestenynge, die nu dar an synt, of herna daran begriffen of gemacht mogen werden, doin off lassen gescheyn heymlich off offenbair, mit worden noch mit werken bynnen off byußen flossen oever: mit mich selve of yeman andere in eynder wys.“

7) Im Burgfrieden von Edwenstein verabreden die Ganerben, daß, wenn einer ihrer Diener thn bricht, der Ritter, der dabei ist, sogleich es scheiden soll; wenn ein Knecht ein Messer zückt, soll man ihn mit

Kann es uns wundern, wenn bei einem solchen Zustande der Verfassung, bei der Zersplitterung und Auflösung eines festgeordneten, das Ganze umschlingenden Bandes viele Gewaltthätige und Schlechte die Verwirrung und den Mangel einer kräftigen Staatsgewalt benutzten, und sich das erlaubten, was sie durchzusetzen Hoffnung hatten? Sie waren es, die die so häufigen Klagen des Zeitalters veranlaßten <sup>8)</sup>). Es gab schlechte Gesellen, die den Vertrag morgen unter einem Scheinvorwand brachen, den sie heute geschlossen hatten. Es gab hie und da einen Fürsten, den Leidenschaft und Uebermuth zu jeder Gewaltthat verleiteten <sup>9)</sup>; einen Schildebärtigen, der vom Raube lebte, und einen Graf, der, wie Jener, einer Gemeinde ihre Heerde wegtreiben ließ, und den Bürgern, die sich darüber beklagten, im Hohn antwortete: Er habe sich dieses Jahr noch keinen Fastnachtspas gemacht, so möchten sie ihm das für einen solchen gelten lassen <sup>10)</sup>). — Aber weit gefehlt, daß dies der allgemein herrschende Geist gewesen wäre; jedes Unrecht fand noch seinen Widerstand und seinen Rächer; der Staat riß nicht aus seinen Fugen; es mußte noch etwas geben, das die Staatsgewalt und die Garantie ersetzte, und das Gleichgewicht herstellte. Dies war nun:

---

der thätigen Hand an das Thor zu Löwenstein nageln: macht er Einen blutrünstig, soll man ihm die Hand ablösen, u. s. w. Kopp, v. d. Hess. Ger. I. S. 108. — Der Vertrag vertrat die Stelle des Gesetzes, denn es gab keinen andern Coder, als das eigene Bewußtseyn und der Selbstwille. „*Fedus contraximus, ita videlicet, ut in omnibus nostris iustitiis contra omnem hominem ad invicem nobis fideliter assistamus*“ Urk. v. 1183. Kinde. M. B. III. 1. No. 25.

8) „*Prona sunt in malum negotia presentis etatis, adeo ut in verbis fides et in pactis vix possit stabilitas inveniri.*“ Urk. v. 1266. Kopp, v. d. Hess. Ger. I. No. 61.

9) Die Aichtserklärung gegen Herzog Ludwig von Baiern v. J. 1434. verkündete den Ständen: „daß er den Bann Jahr und Tag getragen, daß er Keger aus Böhmen in Gold genommen, Räuber, Mörder, und Mächter gehaust, einem Kaiserlichen Boten die Ohren abschneiden, einen andern durch seine Leute zwingen lassen, die Ladbrieße zu fressen, daß er durch Hartwich von Raningen den Abt zum heil. Kreuz in Donauwörth an den Sattel binden, schleifen und würgen, durch den Muckenthaler die Kirchen aufbrechen lassen“ u. s. w. B. Lang, Gesch. Ludwigs des Bärt. Nürnberg. 1821. S. 165.

10) v. Lang, a. a. D. S. 195.

1) Beim Volk seine alte Sitte und sein Gewohnheitsrecht, eng verzweigt in den genossenschaftlichen Geist, der es befeelte.

2) Beim Wehrstand die Ehre, als mächtig waltendes Prinzip, im allgemeinen Bund Ritter und Edle umschließend <sup>12)</sup>).

Aus beiden gingen Vereine hervor, die der Gewalt im Einzelnen und gleichfalls im Verein die Spitze boten, unter deren Flügeln das Reich ausblühte, und die, wenn gleich oft bei gewaltsamen Mitteln, die Grundlagen des Siegs einer neuen und geregelten Verfassung wurden, wiewohl nach langem Kampfe, in dem sie selbst beim Morgenrothe einer neuen Zeit untergingen.

2) Der Zustand der Verfassung und Regierung des Reichs mußte natürlich von den nachtheiligsten Folgen für das Gerichtswesen sein <sup>13)</sup>, und leicht können wir uns das Bild desselben aus den vielen Zügen, die uns die Urkunden erhalten haben, entwerfen. Freilich stand die Fehde oder Gewalt und Selbsthülfe nur neben der gerichtlichen Klage <sup>14)</sup>, aber bei denen, die gewohnt waren, die Waffen zu führen, verdunkelte sie die letztere bald, und mancher war genöthigt, sie zu ergreifen <sup>15)</sup>.

11) Fehde, die mit Ehre und Verwahrung geschehen, war überall erlaubt; „was aber bußen sieden rebedliche virwarunge und sunder Tre geschehen“, darüber sollte man rechtliches Erkenntnis thun. Kopp, v. d. Hess. Ger. im Abschnitte von den Friedens-Gerichten.

12) „Fridrich, v. G. G. Römischer König zu allen Zeiten Merer des Reichs, Herzog zu Oesterreich, zu Siegre u. s. w. lieben getreuen, Wir haben verstanden, das sich in den Obern Landen des heiligen Reichs mancherlei wider Leuffe und Kriege erhoben, dadurch dann die gemein Straffen darnyder gelegt werden. Also das der Kauffmann und ander gemeyn Seute daruff nicht wol sicher gewandeln noch gesein mögen, das Uns dann nicht lieb ist, und seyn darumb in ganzer Meynung, Uns in kurz, ob Gott will, in die egenannte Obere Land des heiligen Reichs zu fügen, und nach Räte unserer Kurfürsten und Fürsten soliche Wege für hand zu nehmen, damit deutsche Lande in eine gute Ordnung gesetzt, und soliche wilde Leuffe abgestalt werden.“ So schrieb 1441 der Kaiser an den Hofmeister Sumprecht von Ruwenart. Harpprecht, Staatsarchiv I No. 57.

13) Daher verpflichten sich in einer Urkunde von 1349 die Herrn von Hund, das sie nicht „sed in wolin noch keine schult gebin wolin umme das gescheffnisse“ u. s. w. Kopp. v. d. Hess. Ger. No. 96.

14) Gewaltthat, gegen die uns Verfassung und Gericht nicht schützen, entfesselt im Menschen die wildesten Leidenschaften, wie wir aus so



1) Wer mochte durch Klage Hülfe und Recht suchen, da die Gewalt ihm entweder leichter verschaffte, was er forderte, oder da die Klage ihm nicht zu dem verhelfen konnte, was Gewalt ihm vorenthielt <sup>15)</sup>.

2) Denn wenn es auch wirklich zur Klage kam, wer gab dem Richter Gewalt, den Mächtigen vor ihm zu stellen, der entweder höhrend das Gericht verschmähte, oder gar mit einer Anzahl Bewaffneter sich einfand <sup>16)</sup>, und die Boten des Gerichts morben oder gefangen setzen ließ <sup>17)</sup>.

manchen Zügen der Geschichte — man denke an Michel Kohlhaas — erkennen. Auch die Fehdebriefe sprechen oft die verhaltene Wuth in schäumenden Worten aus. So schreibt Henslin von Speier an die Stadt St. Goar, drohend, heftig und wild, um Recht gegen den Juden Gottschalk bittend, der ihn um das Seinige gebracht, und den Zollschreier, der seine Frau habe verführen wollen: „Ich warn euch in trewen, es were mir leydt das eynem bürger in Gewer leydts soll geschehen umb des Juden willen, dann ich und mein anhangt werden den Juden suchen Ihn und all sein Geschlecht, wo wir sie finden, in dorffer und in steden, uff wasser oder landt, soll keyner sicher sein, und das findt in mutter leib, was Gottschalk dem Juden zu S. Gewer zugehört. Henslin von Speir Gots freundt und aller burger in S. Gewer freundt und Gottschalk des Juden und seins sohns offenbar feindt; ich und mein anhangt, wie uns Got versamlet hat zy hauff, wöllen wir den Juden suchen mit Gott, wie wir gedenken können.“ (Hier ist ein Galgen gemahlt.) Die Sache kam endlich an den Freisuhl von Friedenaldenhoven. Ropp, a. a. D. S. 450 u. f.

15) „*Prememorati vero fratres, cum nullum iudicem, qui eos ab injusto gravamine liberaret, propter malum statum torro possent invenire, necessitate compulsi equos suos a complicibus . . . redemerunt.*“ Urk. v. 1281. Wolf, Eichsfeld. Urkundenbuch S. 24. — Noch 1536 schreibt Mathias Selhenrüd einen Fehdebrief an verschiedene sächsische Unterthanen. Er hat Gewalt gebraucht und bekennt es öffentlich vor allen Herrn und Fürsten, weil das Gericht ihm nicht zu seinem Recht helfen wolle. Ropp, a. a. D. S. 431.

16) So erschien ein citirter Graf von Telenburg im J. 1378 mit einer Schaar Bewaffneter vor Gericht, und verschuchte dadurch seinen Ankläger. *Meibom* S. R. G. II. p. 278. Vergl. auch Formulare des Anhangs No. X.

17) Selbst sechs Freischöffen wurden als Boten des Gerichts gefangen. Urk. bei *Kindl*. N. B. III. 2. No. 209. Vgl. auch Anh. No. XVII. Eigemund von Gensheim war im Jahre 1465 beim Kammergericht angeklagt, die Ladung ihm durch einen Notar und zwei Zeugen zuge stellt. Er hatte sie aber „gefangen in solich Gefängniß, schwerlich gemartert, und darzu auch eine harte Verschreibung über sich geben müssen, alles mit sein selbst eigenen Gewalt, Frevel und Gedurstigkeit, deshalb er den Zugang unser kaiserlichen Gerichte hab versperren wol-

- 3) Und was half ein gesprochenes Urtheil, da die Mittel fehlten, es zu vollstrecken. Den Meisten wurde es leicht, sich durch Gewalt oder List gegen das Gericht zu schützen, und gerade hiedurch wurde es am meisten dem Spott und der Verachtung ausgesetzt.
- 4) Der Friedbrecher kam meist glücklich durch <sup>18)</sup>. Der gemeine Verbrecher entfloß, und fand leicht Sicherheit in dem zerrissenen und zersplitterten Reiche. Der Mächtige schützte sich selbst, und dem Ankläger drohte Rache und Verfolgung. Selbst die Verwandten des Erschlagenen fürchteten sich zu klagen.
- 5) Dazu kam, daß die alten Formen des Processus nirgend mehr ausreichten, da Zeit und Verfassung sich so sehr geändert hatten <sup>19)</sup>. Wir sehen dies klar aus den vielen Privilegien, durch welche man sich davon befreien ließ. Man

len, zu nicht kleiner Schmach und Verachtung derselben unser kaiserlicher Obrigkeit, Gewaltsam und Gerechtigkeit." Harpprecht, Staatsarchiv I. Urk. No. 37.

- 18, Wenn man auch nicht überall die Sache so leicht nahm, als das Reichthum und Instrument über die freie Markt Bannscheuer 1523: „zum andern soll die markt so friehe seyn, schlege einer einen todt darauf . . . sol er den obgenanten zweien herrn von Hessen und Nassau mit dreien hellern gebessert haben, er sehe fuhrter, wie er von den freunden komme." Reinhardt, de jure forst. Germ. in adjunctione No. V. p. 180.

- 19) Quia infra territorium mensae Episcopalis Trajectensis hujusmodi corruptela surrexit, quae pro consuetudine obtinetur ibidem, videlicet, quod quicumque homicidium ibi perpetravit, Episcopus eum punire non possit, nisi ad requisitionem et instantiam parentum et consanguineorum occisi, qui parentes et consanguinei aliquando propter potentiam homicidae, aliquando propter negligentiam aut favorem seu collusionem, sive ex aliis, causis frivolis exquisitis occipi injuriam prosequi praetermittunt, pro consuetudine etiam abutentes, ut nullus occisi etiam injuriam prosequatur, nisi coram Episcopo Trajectensi corpus occisi praesentetur, quod corpus quandoque rapitur vel occultatur, et sic plerumque maleficia tam enormia manent impunita, et per consequens frequentér occasio enascitur, similia perpetrandi. Quapropter consuetudinem hujusmodi minus justam, imo corruptelam potius juri contrariam et iniquam, penitus abolentes, ipsi Episcopo et suis successoribus sub districtu imperialis offensionis praecipimus et mandamus, quatenus non obstante consuetudine praedicta de homicidiis quibuscumque justitiam faciant expeditam etiam parentes aut consanguinei etc. Bergl. Thomas., de orig. etc. jud. Westphal. p. 39.

sand den alten Anklage-Prozeß unzulänglich, weil es an Anklägern und Eideshelfern fehlte, und versiel, wie schon oben angedeutet wurde, auf mancherlei Abwege, indem man den Weg zu einem geordneten inquisitorischen Proceß suchte. Die Fehmgerichte fühlten nur deswegen nicht das allgemeine Bedürfniß, weil sie einen andern Ausweg gefunden hatten <sup>20)</sup>.

6) Eine Folge von dem Allen war Verachtung und Geringschätzung der Gerichte, die sich so oft ausspricht, und wieder zur Folge hatte, daß, wo man sich einem gerichtlichen Ausspruch unterwerfen wollte, man höhere Richter suchte oder selbst wählte, wodurch die alten Landgerichte allmählig

---

20) Eine große Reihe von Privilegien hat uns die Geschichte aufbewahrt, wodurch besonders Städte von der Pflicht des Uebersiehens und der Verbrecher befreit werden, und man ihnen gestattet, diese bloß auf Leum und, *fama publica*, zu richten. Das unterscheidet aber gerade von der Feme; denn hier kam es nicht auf Gerücht, sondern auf das Wissen der That an. — Früher war das Recht, den Angeklagten ohne weiteren Beweis und Indicien zu Uebersieben, als Privileg verliehen worden. So heißt es z. B. in dem Privileg Ludwigs des Baiern für Lindau 1331: — „Mairant wir dieselben Gewonhait abzunemen und wöllen, daß sie halten die Recht, die unser Vorfahr selig Künig Albrecht setzt zu Nürnberg do nach dem landfriede, der auch ne von unsern wegen geschworen ist, also daß sey mugent Mann oder Weib, die in ihr Gericht gefangen werdent, oder darein geantwurtet werden; umb schult die bey ihm funden würt oder nit, die Menschen soll ein jedlich Mann Gewalt han mit einem gelehrten Rid zu überkommend, den er ungeserd zu den Heiligen über ihn schwören soll, und das soll thun der Kläger darnach sond sechs glaubhaft Mann, die zugegen vor Gericht seynd, schweren, daß der Rid rain sey und nicht main“ u. s. w. Act. lindav. p. 653. Das Uebersieben kam aber bald in bösen Credit, wie schon das Sprüchwort beweist: „Wer von Sieben sagt, der lügt gern.“ Hert. vol. 2. commentat. T. 3. Daher sagt nun die Bambergische Criminalordnung Art. 273. „das Beseiend der übelthäter und ander Mißbrauch, auch alle ordnung unser Halsgericht, so kaiserlichen Rechten, und dieser unser ordnung widerwertig seyn, wöllen wir hiemit auffgehaben und abgethan haben. Vergl. Bischof, Diss. de usu VII. sacramentalium etc. Argent. 1716. Viele den Städten ertheilte kais. Privilegien finden sich angeführt bei Haltius, Gloss. v. Faem. z. B. das der Stadt Nürnberg v. 1340: „wir thun den Bürgern von Nürnberg die Gnad und das Recht, das sie einen jeden scheidlichen menschen, der in ihr und des Reichs Fennus zu Nürnberg kombt, mit bösem leumuth überkommen, den Leib abgewinnen mögen; also das der Mact und Schöpfen oder der mehrere theil under ihnen dunckt auf ihr and, das der lümuth so stark auf ihne gangen, das man billigen richte über seinen leib, den man es lasse, das er den leib damit verlohren hab.“

verdunkelt, herabgesetzt, und von andern Gerichten verdrängt oder diesen untergeordnet wurden <sup>21)</sup>).

7) Die Gerichte blieben dadurch oft unbesezt, weil das Richteramt nichts Lockendes und Würdevolles mehr hatte. Ja es war auch im Gewirr der Zeitereignisse der Richter gar oft gehindert, Gericht zu halten, und das Gericht war wenig besucht <sup>22)</sup>).

8) Der Richter entzog sich aus Klugheit und Vorsicht manchen Rechtshändeln, oder gestand, daß er zu schwach sei, dem Kläger zu seinem Recht zu verhelfen. Die Rechtsweirung gehört zur Tagesordnung, und die Klage darüber traf die höchsten, wie die niedrigsten Gerichte.

9) Natürliche Folge war es, daß auch die Schöffen an ihrer Würde verloren, daß sie wenig Gelegenheit fanden, ihre Klugheit und Urtheilskraft zu üben, das Gewohnheitsrecht zu bewahren, und das Schöffengericht in altem Ansehen zu erhalten. Die geschriebenen Rechte, und die Doctoren kamen hinzu <sup>23)</sup>,

21) „Erstlich giebt die Erfahrung, das wahr ist, daß alle Gericht aus nichts anders in Abgang und unwesen kommen, dann daß man dieselben, wie sich gepuert, nicht helt, nicht nach Rotturft besetzt, nicht Execution thut, nicht handhabt; daraus folgt, daß man die Gericht veracht, Jedermann dieselben fleucht und davon abzuecht u: s. w.“  
 Alter Landgebrauch des kais. Landgerichts zu Franken, 1536; bei Senck. v. d. kais. Gerichten; Anh.

22) *Bannum regium nullus administrabat, suothero ejusdem banni administratore tanto tempore in excommunicatione detento.* Urk. v. 1197, Kindl. M. B., III. 1. No. 38. Im J. 1343 geschah ein Verkauf am Freistuhl zu Lünen, weil man den Freigraf von Dortmund nicht haben konnte, *cum copia Vrygravii Tremoniensis pro tunc propter guerras Dominarum haberi non posset.* Das. No. 148. — Noch im Jahr 1533 entschuldigt sich ein Gerichtsherr: „er halt wenig gericht im jar als kaum uber zwey gericht umb weniger Costung willen, so aber etwas surfelt in miller Zeit, sezt man im ein gaffgericht, doch uff desselbenn darlegen und Costen. Kopp, v. der P. Ger. S. 403.

23) Erst schob man Einen Doctor in die gerichtliche Versammlung der Räte oder Ritter. Der war aber hinreichend, den übrigen halb das Geschäft zu verleiden, und sie zogen sich heraus, so wie es früher schon die Fürsten selbst gethan hatten. So entstanden allmählig besoldete Collegien. Urk. v. 1501. Kopp, v. d. Hess. Ger. — Wie die fremden Rechte störend einwirkten, und gleichsam als Schutzwehr und schriftliche Fehde dienten, davon geben die bei Kopp, No. 110. u. f. angeführten Urkunden einen schönen Beleg. — Einen andern merk-

und verbunkelten die alten Schöffen mit ihrem Wohnheitsrecht, die jetzt oft in grellem Gegensatz zu den gelehrten Juristen traten, und unwissend erscheinen mußten, weil sie das Vertrauen zu sich selbst verloren hatten <sup>24</sup>). — Die Prozesse wurden nun verwickelt, die Sachen häuften sich <sup>25</sup>).

10) Am empfindlichsten war es, daß selbst die kaiserliche Richterwürde so sehr an ihrem Ansehen verlor, und daß seit Auflösung der Herzogthümer die kaiserlichen Gerichte nur ein Schattenbild dessen waren, was sie sein sollten. Fürsten und Herrn hatten sich fast aller gerichtlichen Gewalt entzogen, und trotzten selbst der Aechterklärung <sup>26</sup>).

11) Durch Alles dieses war nun auch der große Evolutions-Unfug, der im Reiche getrieben wurde, basirt. So wie man einst nur an andere Gerichte sich gewendet hatte wegen ihres

würdigen Beleg von ungeheurer Vorsicht bei Abschließung der Contracte in Folge der Kenntniß des Römischen Rechts und aller Cautelen giebt die Arnberger Verkaufsurkunde bei Reinsorgen, III. S. 289.

24) Kopp, v. d. Hess. Ger. I. R. 87. theilt uns eine Bitte des Rathes zu Cassel an den Landgraf mit, in peinlichen Fällen zwei gelehrte Fürstl. Räte auf's Rathhaus zu schicken, „aus Ursachen das der mehrertheil der Schepffen Einfeltige schlechte Leute in solchen hohen Sachen Blut, Leib und Leben betreffende, unerfahren, darzu wol geschickte, gelehrte und geübte Leute von nöten, Sonderlich, weil die Procuratores geflyssen sein, die Sachen verworren und irrig zu machen. Und ist uns damit auch nicht viel geholfen, das wir Zugang zu E. K. G. Rethen auf der Kanzlei haben sollten, bei denselben Rats zu gebrauchen, dann yemeinlich wirt uns bescheit, Wir werden wol thun, was Recht sey; zudem kumpt oft, wann solche Gerichte gefesfen werden, daß die Malkeit zu Hofe gehalten, und das Schloß zugethan und verschlossen wirt.“ Noch mehrere Gründe werden hinzugefügt, und der Bürgermeister beschwert sich, und weigert sich an solchen Gerichten zu sitzen. Der Landgraf verordnet hierauf zwei Doctoren zu ihrer Vertröstung und Hülfe im Jahr 1544.

25) Nach dem Landgebrauch des kaiserlichen Landgerichts zu Franken v. 1536. soll wegen Wichtigkeit der anhängigen Sachen den Urtheilern ein Doctor zugeordnet werden, weil jene der geschriebenen Rechte unfundig; wegen Menge der Sachen sollen einige Räte angeordnet, Entschädigungen den Urtheilern bewilligt, mehr Gerichtstage gesetzt werden u. s. w. Da sieht man Recht, wie das alte Gerichtswesen verfiel, und eine neue Zeit sich in die gerichtlichen Geschäfte hereinbrängte. Vergl. Senck. von d. Kais. Ger. im Anh.

26) Auch nach Mössers Ansicht bildeten die Femgerichte die Brücke zu einer neuen Reichsgerichts-Versaffung, und nöthigten die Fürsten, sich einem allgemeinen Reichsgericht zu unterwerfen. Patr. Phant. IV.

Rufs in geschickter Urtheilsfindung, um Belehrung und Ueberzeugung von dem bestehenden Gewohnheitsrecht zu erhalten, welches man ehrte, und dem man sich gern und willig unterwarf<sup>27)</sup>, so suchte man jetzt nur den Richter, der mit äußerer Macht und durch die Autorkität seiner höheren Würde im Stande war, den Angeklagten unter die Formen des gerichtlichen Verfahrens zu zwingen; und es bildete sich theils vertragmäßig theils als angenommenes Prinzip die Regel aus, daß man den, der sich vor seinen ordentlichen Richter nicht stellte, und dessen dieser zu Recht nicht mächtig werden konnte, vor jedem andern höhern und mächtigeren Richter, eigentlich aber vor einem kaiserlichen Gericht, anklagen und belangen durfte<sup>28)</sup>. Wir sehen aber, wie wenig auch dies ausreichend

27) Die Evokationen hatten ihren natürlichen geschichtlichen Grund, so lange die Landeshoheit sich nicht ausgebildet hatte, die Landesherrn keine Gesetzgeber waren, und das Recht Gemeingut der Nation war.

28) Die Noth zwang zuerst dazu. *Appellavimus super hoc ad Metropolitanum Dominum Moguntinensem, non tanquam ad nostrum judicem sed necessitate temporis constricti* Chron. Marienrod. ap. Leibnitz S. R. B. II. p. 457. Alle Privilegien gegen die Evokationen schließen daher später mit der Klausel: Es sey dann, daß ihm das Recht bei seinem ordentlichen Richter kundbar versagt würde, z. B. in der Urk. v. 1391. bei Gen. d. v. d. f. Ger. No. 8. Das Privileg Kaisers Friedrich für die Stadt Osnabrück von 1171 deutet auch schon den verwirrten Zustand an, reclamirt das Recht des Kaisers, als obersten Richters, und zeigt besonders die Inconvenienz, wenn auswärtige Richter nach andern Rechten, als dem Gewohnheitsrecht der Partheien erkannten: „*videntes igitur afflictiones et pressuras civium Osnabrugensium, quas ab extrinsecis iudicibus sustinuerunt, qui eos extra civitatem ad aliena et insolita jura solebant evocare, ex consueta benignitatis nostrae clementia statuimus, ne quis iudex extrinsecus manens quemquam ex civibus pro aliqua causa praesumat evocare, nisi prius quaerimoniam suam in civitate coram civitatis Rectoribus vel coram nobis exsequatur, et secundum civitatis jus consuetudinarium debitam consequatur justitiam*“ Möser, Osnab. Gesch. II. No. 67. — Noch mehr zeigt den schwankenden Zustand des Gerichtswesens das Privileg, welches Kaiser Karl 1353 dem Landgraf von Hessen gegen die Evokation der Reichsstädte gab. Es sagt: „*in actionibus civilibus duntaxat eximimus et absolvimus*“ und fügt hinzu: „*nisi forsitan per landgravium, qui pro tempore fuerit, aut officiales sive iudices suos conquirentibus justitiam contingeret denegari*. Et tunc liceat unicuique conquirenti suam ad competentem sibi iudicem juxta pridem observatam consuetudinem provocare.“ Kopp, v. d. Hess. Ger. S. 417. — Allmählig untersagte man die Evokationen. So evocirte auch das Hofgericht zu Rothweil durch das ganze Reich. Kaiser Max wies es 1496 in seinen ältern Sprengel zurück.

war, und die Zeit erheischte noch ein anderes Mittel, das sie auch fand.

An jenem verwirrten Zustande des Gerichtswesens nahm jedoch das Volk, das in Gemeinden und Genossenschaften nach alter Sitte und Weise lebte, wenig Theil. Es hielt noch fest an seinen ererbten Formen und Gewohnheiten, und trug sie durch alle Stürme der Zeiten als ein Heiligthum in seinem Herzen fort, wiewohl es oft der Gewalt als Opfer unterlag.

3) In Westphalen war der Zustand der Dinge überall noch verwirrter, wie in den übrigen Provinzen des Reichs <sup>29)</sup>. Seine besondere Stellung zu demselben in Hinsicht der Verfassung ist oben entwickelt und begründet worden. Alterthum und Gewohnheit hatte sich unter besondern Verhältnissen und Ereignissen hier dauernder, wie anderwärts, erhalten, und es fehlte nach dem gestürzten Herzogthum Heinrichs des Löwen den Territorial-Herrn an hinreichender Macht, diese Ruinen alter Verfassung so schnell wie anderwärts wegzuräumen; das Besondere aber, daß ein geistlicher Fürst das Herzogthum erhielt, trug hauptsächlich dazu bei, viel Alterthümliches feststehend zu erhalten, was den Zeitgenossen als ein besonderes Vorrecht und Privilegium erschien, da sich doch nirgend nachweisen läßt, daß diese Provinz mit Absicht vor andern begünstigt worden wäre <sup>30)</sup>. Der Schimmer der alten Herzoglichen Gewalt und Würde trug hauptsächlich dazu bei, und wiewohl sie selbst zu schwach war, um mit Nachdruck einzugreifen, auch die stete Entfernung der Kaiser, deren Gegenwart in

29) Mit finstern Zügen mahlt uns den Zustand im Reiche Wibald in seinen für die Geschichte noch viel zu wenig benutzten Briefen (Marten's, vet. scr. et monum. Coll.). Im Jahr 1149 schrieb er an Kaiser Conrad: „Et würde ihm gern entgegen gekommen seyn, nisi rapinae et incendia quotidianis pressuris Lotharingiam et praecipue miseram Arduennam afflicterent“ etc. Gegen die Brüder zu Stäbilon entschuldigt er sich im Jahr 1151: „propter totius terrae per caedes, per incendia, per rapinam assiduum vastationem; et tacitam esse oportuit nostram egressionem propter afflicti populi reclamaciones et retentiones importunae et propter magnorum et multorum latronum omnia tere itinera obsidentium insidias.“

30) In der Capitulation des Capitelstages von Erzb. Philip wird gesagt: Westphalen habe Gerechtigkeit und hohe Freiheiten, dergleichen kein Land habe. — Goldast, Reichslegung S. 235.

den verschiedenen Provinzen immer noch mit einer Glorie umgeben war, und, gleich wärmendem Sonnenstrahl, oft die Gemüther beruhigte, hier nachtheilig wirkte <sup>31)</sup>, so blieb doch gerade durch das Herzogthum und die kaiserlichen Gerichte eine engere Verbindung mit dem Kaiser, und eine größere Einwirkung seiner Gewalt. — Die Schöffen der westphälischen Gerichte aber behielten durch ihr strenges und unverrücktes Festhalten am alten Gewohnheitsrecht, das sie wie ein Heiligthum bewahrten, durch die gesunde Urtheilskraft, die sie in fleißiger Hegung der Gerichte übten, so wie durch das Ansehn, in dem ihre Gerichtsbarkeit stand, den Ruhm vorzüglicher Erfahrung, Lichtigkeit und Weisheit, den die Kaiser selbst Angesichts des ganzen Reichs bethätigten <sup>32)</sup>, und der, auch abgesehen von dem besonderen Nachdruck ihrer ausübenden Gewalt, in Deutschland anerkannt und geehrt wurde. Sie unterschieden sich dadurch besonders von andern, daß sie den natürlichen Verstand, den ihnen Gott gegeben, nicht verläugneten, und den festen Willen hatten, ihr ererbtes Gewohnheitsrecht aufrecht zu erhalten.

Der versplitterte Zustand Westphalens, und die Menge der den geistlichen Fürsten zugehörigen Besitzungen und Territorien hatte schon früh den Anmaßungen und Gewaltthätigkeiten krieglustiger und beutesüchtiger Herren ein weites Feld eröffnet, und Heinrich der Löwe hatte Mühe genug gehabt, sie im Zaum zu halten, aber dennoch oft mit Kraft und Strenge sie in die Schranken des Rechts zurückgewiesen. Es läßt sich denken, daß nach seinem Sturz die Verwirrung größer wurde, und daß viele Eigenmacht und Gewalt lecker hervortrat, die zuvor den mächtigen Her-

---

31) *Schaten*, Ann. Pad. ad. a. 1377. erzählt von der Ankunft Kaiser Karls IV. an der Weser: „cujus adventus eo laetior fuit omnibus, quod nec ipso jam in trigessimum secundum annum regni sui, nec alius a multis annis Caesar in his regionibus visus, quo tamen priscis Regibus et Imperatoribus salubris ad gentis nostrae animos sibi conciliandos etc.“

32) In dem Commissorium wegen des Rechtsstreits zwischen Caspar Lorringer und dem Pfalzgraf Heinrich von 1426 sagt K. Sigismund zum Erzb. von Köln: „daß du uns darus werdest helfen nachdem und dein liebe viel. Schepfen in deinem Lande hat, die derselben diner liebe in solchen grossen Sachen wol wissen zu raten.“ *Kin d. N. B.* III. 2. 198.



zog gefürchtet hatte. Wiewohl es nun ganz falsch ist, diesem Ereigniß die Entstehung und Stiftung der Femgerichte zuzuschreiben, oder nur das Sichtbarwerden derselben daran reihen zu wollen, so war es doch bestimmt nicht ohne große Folgen und Einwirkung, und dem vermehrten Zustande der Anarchie und Gewalt in Westphalen ist auch die Sage zuzuschreiben, daß Karl der Große deshalb in dieser Gegend die Femgerichte instituiert habe, weil hier besonders viele Verbrechen und Tügellosigkeiten im Schwange gewesen seien <sup>33)</sup>.

Im Jahre 1187 gab Kaiser Friedrich I. dem bedrängten Reiche zwar einen Landfrieden, der als Grundgesetz feierlich proclamirt wurde, für dessen Aufrechterhaltung aber wenig geschehen konnte, und der daher keine nachdrücklichen Folgen zeigte <sup>34)</sup>. Daß nun in Westphalen die Maßregeln zur Handhabung der Ruhe und Sicherheit am meisten Noth thaten, zeigen uns die vielen Bemühungen, und die für Erhaltung des Landfriedens geschlossenen Bündnisse <sup>35)</sup>. Schon die Vereinigung von 1259, welche verschiedene Fürsten, Grafen und Städte, hauptsächlich in der Gegend des Unterrheins mit dem Erzbischof von Köln schlossen, ist hier zu erwähnen <sup>36)</sup>. Im Jahr 1325 verbandeten sich die

33) *Hahn*, l. c. p. 599. „Den Westphälischen ist es gesetzt worden, und keinem Lande mer. Dan in dem Lande die Leut von Natur zu ubel und zu unbillichen Sachen geneigt sin, als zu Kegeret, Raube und Diebstall.“ — Das. p. 655 heißt es: „umb die Bosheit und widerwertigkeit der lüte desselben landes Westvalen, dieselb Bosheit man durch den lauff der gemein Gericht nit mag ußgerutten, noch verpiettn. u. s. w.“

34) Schon im Jahr 1156 war ein Versuch gemacht worden. Mehrere kaiserliche Verordnungen wiederholten die Bestimmungen des Landfriedens. Im J. 1281 brachte K. Rudolph einen Landfrieden zu Mainz zu Stande, dem 1287 ein anderer zu Würzburg folgte. Ein Landfriede von 1373, den Kaiser Wenzel in Böhmen, Franken und Bayern geordnet und bestätigt, steht gedr. in Eudwig, *Reliquiae Man. Dipl. et Mon.* X. p. 243.

35) Sie zeigen vorzugsweise von der Thätigkeit des Herzogs, wiewohl der verwirrte Zustand, der sie nöthig machte, durch die besondere Lage der Westphälischen Territorien bedingt war.

36) *Kinbl. M. B.* III. 1 No. 78. Auch im Jahr 1083 war in Westphalen ein Landfriede zu Stande gebracht, und 1121 hatten, wie die Geschichtschreiber erzählen, die sächsischen Fürsten zu Würzburg mit Kaiser Heinrich V. einen solchen geschlossen. Im J. 1265 vereinten sich verschiedene Rheinische Fürsten und Städte zu einem Lande-

westphälischen Stände zu einem Landfrieden, und es wurden besondere Landfriedens- oder Confoederations-Gerichte angeordnet<sup>37)</sup>. Daß es aber in dieser Provinz sehr wirre aussehen mochte, zeigt uns der Landfriede, den Kaiser Karl IV. im Jahr 1371 derselben gab, und den die geistlichen und weltlichen Fürsten beschworen<sup>38)</sup>. Aber schon im Jahr 1385 schlossen viele Bischöfe, Fürsten, Grafen, Herren und Städte einen neuen Bund zur Erhaltung des Landfriedens<sup>39)</sup>. Am merkwürdigsten ist es jedoch, daß der Landfriede, den Kaiser Karl dem Lande

---

frieden mit dem Erzb. v. Mainz. Die besagte wichtige Urkunde ist im Stadtarchiv zu Wezlar aufgefunden, und vom Herrn von Ulmenstein im Jahrb. für Westphal. und den Niederrhein 1817 mitgetheilt worden.

37) *Häberlin*, *Annal.* p. 288. — Dasselbst p. 231 befindet sich auch ein Bündniß der Städte Münster, Dortmund, Soest und Lippstadt, von 1253: „quod nos propter multimodas necessitates, nobis frequenter in captivitatibus, rapinis multisque aliis injuriosis gravaminibus, imminentes, de communi consilio ac consensu, factis et acceptis invicem fide et juramentis perpetua sumus confederatione uniti etc.“ — Pag. 259. ist ein Landfriede von 1298 abgedruckt, den Köln, Münster, Graf von der Mark und einige Städte schlossen. „Attendentes statum terrae partium Westphaliae per guerrarum discrimina, rapinas et spolia ab iniquitatis filiis, non quae sua sunt querentibus, perpetrata, pluribus retroactis temporibus, adeo et in tantum distrubatum, quod vix nostris temporibus, nisi salubri et oportuno contractus remedio poterit reformari.“ Mehrere andere Bundesacten sind ebenfalls daselbst abgedruckt. Im Jahre 1310 trat der Bischof von Osnabrück mit seinen Ministerialen und den Städten Osnabrück, Wiedenbrück und Quadenbrück dem Westph. Landfrieden bei. Urk. in der Gesch. der Stadt Osnabrück I No. 57. — Wie wenig alles fruchtete, beweist der neue Landfriede von 1338.

38) Wir theilen ihn aus einem Original, das das Archiv zu Paderborn verwahrt, im Anh. No. XIII. mit, als Variante und Berichtigung des bei *Ludwig*, *Reliquiae Manuscrip. Dipl. ac Mon.* X. p. 239 abgedruckten Exemplars. Daß Paderborn das Original des Landfriedens von 1374 bewahrt, ist Folge des Marschalantes. — Bei *Ludwig* S. 246 ist auch ein Vertrag mehrerer Westphälischer Stände von 1374 in Beziehung auf diesen Landfrieden abgedruckt. Darin heißt es unter andern: „Ez en were denn also, daß derjene, der angesprochen werde von dem Gieger, sechs zu ym hette unverlegeter Renner, die den Friede geschworn hetten, dy daß mit ym ubir den hilgen sweren wolben, daß er der tad und der name unschuldig were, daß solde der Gieger von ym nemen. wer abir, daß der angesprochen werde, der sechser nich en hette, als vorgeschrieben ist, so mag der Gieger zwene zu sich nemen die den friede geschworn habin, und swerin ubir den heiligen, daß der schade und tad von ym geschen sey u. s. w.“

39) *Emminghaus*, *Memorabilia Salsatensis* p. 709.

gegeben hatte, selbst als Stöhrer des Landfriedens mißbraucht und vom Kaiser Wenzel förmlich aufgehoben wurde <sup>40)</sup>).

1) Es ist gewiß, daß die Femgerichte weder den verschiedenen Landfrieden ihre Entstehung verdanken, noch mit ihnen zu verwechseln, und als Landfriedens-Gerichte, nach dem Beispiel, wie solche auch wohl in andern Provinzen errichtet wurden, zu betrachten sind <sup>41)</sup>).

2) Aber sie übernahmen das Amt der Landfriedensgerichte, oder machten vielmehr, da sie ohnehin als kaiserliche Gerichte das competente Forum bildeten, jene überflüssig <sup>42)</sup>), daher

a) die letztern Landfrieden keine besondere Gerichte weiter erwähnen,

b) vielmehr auf die Freigrafen als Beschützer des Landfriedens sich beziehen.

c) Es wird auch förmliche Verpflichtung darauf in den Urkunden ausgesprochen <sup>43)</sup>);

40) „Ban mit demselben landfriebe begund grosses Geverbe geschicht, getriben und gefurt wirdet landen und manigen luden zu Verderbnisse und nicht also gehalten wirdet, als er begriffen ist und billich gehalten wurde, als wir des kuntlichen underweist sein, und grosse Clage an uns kommen ist... furbas derselbe landfriebe, alle seine Richter, Gerichte und was dorus get, ober daran henger genzlich und gar abe sein solē, und furbas nyemanden zu fromen ober zu Schaden komen in dheine weis.“ Urk. v. 1387. Häberlin, Anal. p. 374.

41) Selbst der ritterliche Bund der Freischöffen ist unabhängig von den Bündnissen der Fürsten zur Erhaltung des Landfriedens. — Kindlinger (in einer seiner Handschriften) meint durch die Aufträge zur Erhaltung des Landfriedens seyen alte vergessene Ideen in ihnen wieder geweckt worden: Gottesfrieden, Verbrechen gegen die Religion. So die fast vergessenen Freigerichte wieder belebt. Sie hätten hauptsächlich den Rittern zugesetzt, und diese sich daher zu Freischöffen, als Ehrenmitglieder, aufnehmen lassen. Die Territorialherren hätten sie begünstigt, bis sie sich gegen diese selbst aufgelehnt. zc. Lauter unrichtige Ansichten.

42) Die Formulare Anh. No. X. bezeichnen die zu richtende That als solche, die gegen Friebe und Geleite sey, den Bess. und mancher Fürst und Prälat mit belobt und besteuert.

43) Et de observando pacem regiam in Westfalia in omnibus suis punctis, ipsum et officium suum concernentibus sagt die Belehnungs-Urkunde mit dem Freigrafenamte von 1385 bei Kindl. M. B. III. 2. No. 179.

d) Und ihr Ansehn und Gewicht machte bald die Art und Weise der strengen Handhabung des Landfriedens mustermäßig, so daß wir nicht nur den westphälischen Landfrieden andern errichteten Bündnissen als Vorbild dienen sehen <sup>44)</sup>, sondern auch die Feme selbst mit dem Landfrieden verwechselt wurde <sup>45)</sup>.

Wie bei den Alten nun die Femgerichte als Stöhrer und Hindernisse des Landfriedens haben verschrien werden können <sup>46)</sup>, ist uns kaum begreiflich, und die Folge wird solche Nebel noch mehr zerstreuen.

4) Da die Staatsgewalt ohne Kraft und Nachdruck, und kein mächtiger Beschützer des Landfriedens, mehr vorhanden war, so suchte man nun in Bündnissen und Einigungen die Garantie des gemeinsamen Wohls; und die Geschichte lehrt uns, wie nicht nur Fürsten, Herren und Ritter, sondern auch Gemeinden, Geschlechter und einzelne Klassen der Privaten zu Schutz und Ordnung, zu gemeinsamer Vertheidigung, Betriebsamkeit und andern öffentlichen Zwecken in Bündnisse traten. Diese Einigungen fanden im Allgemeinen ihren Grund in der Verfassung selbst, da sie aus der alten genossenschaftlichen Einrichtung und Gemeinheits-Verfassung aufwuchsen. Im Laufe der Zeit und durch die Noth bildeten sie sich in neuen Formen aus, und die öffentliche Gewalt, die das Zeitgemäße erkannte und

44) So erlaubte Kaiser Wenzel dem Landgraf von Thüringen, einen Landrichter anzunehmen, der „von unsern und des Reichs wegen noch Begriffunge und gewonunge des landfriedens zu westfalen“ alle Sachen richten sollte. Vergl. Kopp v. d. heiml. Ger. Bf. bemerkt zwar richtig, daß hierin keine Ernennung eines Westph. Freigrafen lag, doch ist es zu wenig, wenn er meint, es habe bloß das Recht solchen ausgedrückt werden, die Reichsacht zu erkennen.

45) Im Jahr 1386 schrieb die Stadt Ulm, Namens der Städte des Schwäb. Bundes, an Speier: daß eine Gesellschaft und Bündnis außerstanden, die man die Faimgrafen nennet; etliche Fürsten und Herrn hätten einen Landfrieden, genannt die Faim, aufgebracht, Faimgrafen heimlich darüber gesetzt u. s. w. *Wenker in apparat, et inst.*: Archiv. p. 247. — Kopp deducirt ganz richtig, daß hier fälschlich der westph. Landfriede die Faim genannt worden, aber die Verwechslung ist immer merkwürdig.

46) *Datt, de paco Publica* und mit ihm die meisten neuern Publicisten.

sich ihm fügte, bestätigte die Befugniß zu solchen Verbindungen, und erkannte sie als ein Recht freier Männer an. Der Bund, von dem wir hier reden, konnte aber am wenigsten ohne einen tief begründeten Rückhalt in der Verfassung, deren Fundamente man zwar nicht mehr kannte, die wir aber oben zu entwickeln versucht haben, bestehen.

Wenn somit die Möglichkeit sich ausspricht, daß auch ein Schöffenbündniß im Westphalen entstehen konnte, so dürfen wir dabei vor allen Dingen nicht übersehen:

- 1) daß Alles, was eine Innung beschloß und that, in gemeinsamer Versammlung, nach altherkömmlicher Weise berathen und überlegt wurde, alle diese Zusammenkünfte hatten ihren Grund und Ursprung in der alten Volksversammlung, im Placitum, wo über gerichtliche Sachen, wie über alle übrige gemeinsame Gegenstände, berathen, beschlossen und gerichtet wurde.
- 2) Daher konnte die Form der Versammlung eines Bundes leicht in der einer gerichtlichen Versammlung erscheinen.
- 3) Daher wird auf der einen Seite die Thätigkeit eines Bundes durch ein wirkliches Gericht geübt und gehandhabt, wie die Friedensgerichte zur Erhaltung des Landfriedens uns das Beispiel geben.<sup>47)</sup>
- 4) Und auf der andern Seite nähert sich ein Bund der Form einer Gerichtsversammlung, wie dies namentlich beim schwäbischen Bund der Fall war.<sup>48)</sup>
- 5) Betrachten wir nun in Westphalen die uralte Form der Versammlung im General-Kapitel, so war hier die Veranlassung zur Errichtung eines Bündnisses noch näher; ja es

47) Das alte Thüringsche Friedensgericht war nichts anders, als ein Bündniß, und die 12 Schöffen „die über den Friede des landes gekoren“ werden *Conservatores pacis* genannt. Eine urk. v. 1296 hebt so an: „Wir Günther von Salza, hauptmann des Fribis in dem lande zu Dbringen an des edilin mannes Stadt, herrn Gerlacus von Brüberg, unde wie auch die Ezwelffe desselbin Fribes pflegt ic. Mercau, Miscellaneen II. S. 54. — „*Executores pacis in terra Hassye*“ benennt eine urk. v. 1266. R o p p, v. d. Hess. Ger. I. S. 368.

48) Der die Gestalt eines kaiserlichen Hofgerichts hatte. Gen. d. v. d. R. Gerichtsb. §. 111.

lag gewissermaßen schon selbst in dieser alten Art und Weise, sich zu versammeln, und die geänderten Zeitverhältnisse mußten es bei so manchen andern Veranlassungen dazu ausbilden und umformen.

- 6) Solche Vereinigungen bedurften keiner schriftlichen Urkunden, die auch vor dem 14ten Jahrhundert höchst selten sind. Viele Bündnisse sind daher spurlos wieder untergegangen. Von denen aber, die mit größter Macht und überraschendem Erfolg in's Leben traten, können wir eben so wenig die Stiftungs-Urkunden auflegen, z. B. von der deutschen Hanse und den Schweizer Eidgenossenschaften. In diese Klasse der ältesten deutschen Bündnisse gehört auch der westphälische Schöffenbund, und es ist eben so thöricht, nach der Stiftungs-Urkunde zu suchen, als die Existenz des Bundes läugnen; und sich der Mühe überheben zu wollen, die Spuren seiner Entstehung aus den Tafeln der Geschichte zu entziffern.

II. Der Freischöffenbund war also durch den politischen Zustand Deutschlands, und durch die Lage der Rechts-Versaffung hinlänglich motivirt. Der Zeitpunkt seiner Entstehung läßt sich nicht in der Geschichte, wie ein anderes Ereigniß, nachweisen, obgleich die unglückliche Epoche nach der Aichtserklärung Heinrichs des Löwen hauptsächlich dahin gewirkt haben mag, so wie auch wohl der Hansebund in dieser Zeit seine ersten Keime findet. Daß die Gerichte selbst weder ihre Entstehung, noch ihre besondere Einrichtung jenem politischen Ereigniß verdanken, ist zur Genüge entwickelt worden. Bedürfte es noch eines schlagenden Beweises, so wäre das Privilegium der Stadt Bremen vom Jahr 1111 anzuführen, wodurch dieselbe von der Ladung der Freigerichte befreiet wurde <sup>49)</sup>.

49) Die Urkunde von Heinrich V. bei König, Reichsarchiv, Parl. spec. Contin. IV. p. 218. Man vgl. auch über den Streit wegen Echtheit der Urkunde *Westphalen*, Mon. ined. Tom. III. p. 1971 — 2154.

Daß der Schöffenbund allmählig sich entwickelte und gestaltete, ist leicht erklärlich, wenn wir bedenken, daß er von dem alten Stand der Freien ausging, die schon im Drang der Zeit als Gerichtsgenossen in eine nähere Verbindung getreten waren, und die, da sie ihren Stand mehr und mehr bedroht und dem Untergange nahe sahen, wohl durch feierliche Aufnahme anderer Freien, denselben wieder zu vermehren, zu stärken und zu erhalten sich bewegen fühlen konnten.

Hiezu kam erst der Ruf ihrer Rechtskenntnisse, das strenge Feststehen auf alterthümlichen Formen, das treue, unzerstörliche Zusammenhalten in alter Pflicht, und das Aufsehen, das dadurch ihr Verfahren im Reiche machte, also daß man sich von allen Seiten an sie wandte; dann die hiedurch begründete und durch die engere Verbindung mit Kaiser und Reich in ein höheres Licht gestellte Würde und Macht dieser kaiserlichen Gerichte. An solchen Rückhalt mochte sich leicht die Ordensverbindung lehnen, und wenn sie überhaupt einen ritterlichen Geist der Ehre und strenger Pflicht ausspricht, so ist es glaublich, daß die Ritter, die aus dem Morgenlande und aus Preußen zurückkamen<sup>50)</sup>, theils aus Mißverständniß, theils aus besonnenem Willen, die alte Genossenschaft schon halb als Bund betrachtend, den Orden völlig begründeten, und leicht den Uebergang zu Allem, was in der Erscheinung der Wirksamkeit dieser Gerichte die verfassungsmäßige Ordnung der Gerichte überhaupt überschritt, durchzusetzen im Stande waren. Die Verwandtschaft des Neuen mit dem Alten, die den Uebergang erleichter-

---

50) Daß auch deutsche Ritter Mitglieder des Bundes waren, erzählt Kogebue, Preuß. Gesch. II S. 242. Selbst der Hochmeister stand im Verdacht, ein Mitglied zu seyn. „Eines Morgens wurden zwei sonst unbescholtene Ritter mit dem Zeichen der Geme an einer Eiche vor Marienburg hängend gefunden. Man bat den Hochmeister, die Mörder zu verfolgen; der schwieg: man erneuerte die Bitte ungestüm; da erklärte er mit fürchterlichem Ernst: man solle des Urtheils über solche Dinge sich enthalten.“ Zu Elbing wurde im Jahr 1448 eine Bulle des Papstes Nicolaus eröffnet, worin er die Preußen und Liefländer vor der Geme schützte, nachdem schon zuvor der Hochmeister Conrad von Erlichshausen die Einwirkung derselben auf das Gesuch des Landes beschränkt hatte. Handb. der Gesch. des Preuß. Staats v. F. Förster, I. S. 59.

te, ließ bald die Scheidelinie vergessen, und alte Sage der Vergangenheit, so wie dringendes Bedürfnis der Gegenwart, heiligte das Ganze. —

1) **Feierliche Aufnahme und Verpflichtung der Freischöffen.** — Seit uralter Zeit hatten schon die Freien und Schöffen der westphälischen Freigravschaften, als Stand und Genossenschaft, auf Reinheit Ehre und Standes-Vorzüge gehalten, und in besondern Verpflichtungen gestanden. Wir sahen bei der oben entwickelten Geschichte, wie dieser Stand zusammen schmolz, und völliger Untergang ihm drohte. Es mochte daher ein ganz natürliches Hülfsmittel sein, durch feierliche Aufnahme anderer freien und biederer Männer die Genossenschaft wieder zu stärken und zu erhalten. Der Zeitpunkt, wo dies zuerst geschah, läßt sich nicht bestimmen <sup>51)</sup>, und gerade hieraus folgt, daß es nur allmählig geschah; noch mehr leuchtet es aber ein, wenn wir sehen, wie die alten Rechtsdocumente selbst um das Prinzip verlegen sind. Denn so sagt eine Urkunde: „Und es sollten die Westphälischen Niemand denn Westphälische zulassen, denn es ihnen allein gesetzt ist. Sie lassen aber Männlich zu von Gütigkeit wegen, das nicht sein soll <sup>52)</sup>.“ Erst da, wie jeder Freistuhl die Rechte des Herzoglichen Gerichts oder Kapitels tags

51) Eichhorn a. a. O. III. S. 109. setzt ihn bestimmt zu spät an das Ende des 14ten Jahrhunderts. Wir glauben wohl in das 13te Jahrhundert hinaus gehen zu können.

52) Hahn, Coll. Mon II. 6. Eine Handschrift von Statuten, welche Lang in der Gesch. Lubw. d. Bärk. anführt, sagt: Andere Länder außer Westphalen, nähmen nur in so fern Theil, als sie es auch genießen wollten. Hiermit stimmt auch überein und läßt den Bund erkennen; — Berathschlagung des Reichstags 1438 in der N. Sammlung der R. N. Thl. 1. S. 163. §. 20. ist betrachtet worden, „daß solche Stule, — anders nit — uffgebracht sigen, denn in dem Lande zu Westfolen zu richtende, wann andere Lande und Fürstenthum ir offensbar Gerichte haben, über Ere, lib und Gut, widerwohl etliche Fürsten und Herrn, und ander Lute, sich mit ihren Personen darin gegeben haben, daß sie Schöffen worden sien, darumb siegen doch die heimlichen Gerichte, nit ferner uffgebreitet worden, an ihren Kreissen, sunder allein die Personen, sint dadurch verpflichtet worden, als viel des ist. Darumb so ist nit billichen, daß uffwendig Westfolen, jemens gon Westfolen geladen werde, der sich an solche Gerichte nit ergeben hat, es rure an Eip oder Gut, denne er je mit andern Gerichten wol zu rechtfertigen stet, je von dem untern Sitze an den obern.



in Hinsicht der Competenz ausübte, in der Eigenschaft eines Kaiserlichen Gerichts über ganz Deutschland evocirte, und nicht blos die freien Erbgeseffenen der Freigrasschaft in seinem Gericht versammelte, sondern Jeden zuließ, der das Ehrenamt eines Freischöffen hatte, ist der Bund als wirklich vorhanden zu betrachten, und alle Formen der Annahme und Verpflichtung bestätigen dies.

1) Es war natürlich, daß man bei der Aufnahme Auswärtiger mit strenger Prüfung und großer Vorsicht zu Werke ging. Der Aufzunehmende mußte daher Bürgen für sich stellen, daß er vollkommen zur Aufnahme qualificirt sei <sup>53</sup>). Er mußte im vollkommenen Besiz seiner Standesrechte und Ehre, echt und recht geboren sein <sup>54</sup>), kein Bastard oder eigener Mann. Er durfte nicht in des Reiches Acht, keines Verbrechens schuldig oder verdächtig sein; unbescholtener Ruf und vollkommene Tauglichkeit, waren Bedingung der Aufnahme in die zum Bund gewordene Genossenschaft <sup>55</sup>).

2) Aus dem Wesen des Bundes folgte, daß nur freie Männer Schöffen werden konnten, folglich keine Eigene und Hörige, und eben deshalb auch keine Juden <sup>56</sup>). Die Idee

53) Nach einer Urkunde v. 1461. müssen sie geloben: „dat hey sy echt und Recht geboren sunder Ban, sunder wouder, sunder bose Gerochte, sunder Verbodinge gestlich, wertlich, hemlich oder offenbar, ind also gelowet, dat hey wul eyn echt recht Gyscepen werden mochte.“ *Rindl. M. B. III 2. No. 204.* Gewöhnlich wurden zwei Bürgen erfordert, aber oft auch Mehrere. *S. Urk. Anh. No. XXVII.* Die Soester Artikel bei *Hahn I, c* sagen; „der Freigraf soll keinen Schöffen machen, den er nicht kennt, er bringe dann einen versiegelten Brief von seinem Landesfürsten, oder von einer ehrbaren Stadt, darunter oder darin er geseffen, worin sie auf ihren Eid schreiben, daß der Mann wohl wissend werden möge, und nichts an sich habe, was ihn am freien Stuhl hindern möge. Dann soll der Freigraf auch ihn nicht wissend machen, als mit Rath, Wissen und Willen des Stuhlherrn.“

54) „Echt ist als vil gesprochen als frey aller Haft, lauter und rein allermaßen der Unere.“ *Beisthum bei Hahn, C. M. II 6.* Auch *Bastarde* (oder, wie ältere Urk. sie nennen, *Wanhürtige*) sind nach der *Sigismundschen Ref.* ausgeschlossen.

55) *Sigism. Ref. bei Senck. C J. G. I. p. 77.* Die Qualitäten, die man forderte, enthalten übrigens nichts besondres; ihr Verlust machte schon nach gemeinem Recht ehrlos oder rechtlos.

56) „sunder man mag sy umb undat sunst richten oder dem König antwortten.“ *Dortm. Beisth. bei Senckenb. C. J, G. I, p. 127*

einer christlichen Gesellschaft ließ auch Heiden ausschließen, und die Natur des Bundes versagte Geistlichen und Weltern die Aufnahme. Wie nun der Bund sich seiner Idee nach Anfangs auf sich selbst beschränkte, und nur durch Vermehrung seiner Genossen sich zu erweitern, und damit seinen Zweck zu erreichen, strebte, so war es natürlich, daß Nichtgenossen, folglich auch jene ausgeschlossenen Personen nicht vor den Freistuhl geladen werden konnten; und dies ist die einzige Ursache, weshalb die Rechtsmonumente sie eximirten. Doch war ihnen selbst das Prinzip nicht mehr bewußt, und sie führen daher unpassende Gründe an <sup>57)</sup>. Bei den Geistlichen kam noch hinzu, daß man ihren, von aller weltlichen Jurisdiction eximirten Gerichtsstand ehrte <sup>58)</sup>. Doch sprechen andere Urkunden

57) „Darumb sy des Gerichtes nit würdig seint,“ sagt die Arnsb. Ref. bei *Senck. C. J. G. I. p. 97.* — Wenn Juden und Heiden nicht sollten vor das Kemgericht gezogen werden, so ist dies eigentlich ein Widerspruch, da die Kemgerichte nach der so häufig ausgesprochenen Idee hauptsächlich zur Aufrechthaltung und zum Schutz des Christenthums sollten instituiert seyn. Es bestätigt aber zugleich das Schwankende jener Sage, und die Natur des Bundes. In der Praxis sehen wir auch wohl Juden vor die Freistühle laden. *Kopp, a. a. O. S. 445.* — Ein Arnberger Weisthum sagt, daß man auch Juden an den freien Stuhl heißen möge. *Hahn, l. c. p. 642.* Daß dies eine spätere Abänderung war, beweist uns folgende Urkunde: „By Godbert greve van Arnberg und voert alle unse rechte erven bekennet und betughet alle den ghenen dey dessen breif seyn unde horen lesen, dat uns unse here dey Keyserre van Rome hevet enboden, dat men over neynschen juden richten en sal vor den vrigen Stuhle, und dat dey veme is ghebeten, wante dat nu van aldes recht heret ghewesen, hir umme want uns unse here dey Keiser van Rome alsus hevet enboden, so sy wy des so rade worden myt willen und myt volburt al unser Nachfomelinge unde unser rechten erven, myt rade unser pront: Dat wy lavet und seckert in guden trumen in diesem openen breive stede und vast to halbene, dat men over neynschen juden richten en sal vor unsen vrigen grascapen unde vor unsen vrigen stulen, dat gheheiten is dey Beme, unde bidden vortmer alle dey andern dey vrige grascap hebben in unsem Banbe, dat sey dat selve Sovet myt uns halben wellen, also ar uns unse her de Keiser van Rome hevet enboden.“ *Urk. v. 1348. Malinckrodt, neuestes Magaz. I. 3. S. 302.*

58) Auf die versängliche Frage, die R. Ruprecht den Freischöffen vorlegen ließ: wie hoch Einer müsse geweiht seyn, daß man ihn nicht heißen oder verkennen solle; antworteten sie: Wer geweiht ist geistlich, wie klein das sey, der gebühret an seinen Obersten, den Bischof, wenn er unrecht gethan. *Senck. C. J. G. I. p. 69.* — Die Geistlichkeit verteidigte auch stets mit großem Nachdruck ihren eximirten Gerichtsstand. Vergl. *Urk. bei Kindl. N. B. III. 2. No. 24.*

ausdrücklich den weltlichen Bund als Ursache aus, und lassen sie zu, in so fern sie daran Theil nehmen wollten<sup>59)</sup>. — Nachdem man auch Nichtgenossen vor die Freisühle zog, fehlte es nicht an Beispielen, daß Juden da angeklagt wurden, und die Rechtsmonumente gerathen dieserhalb in einen Widerspruch, der jedoch nur scheinbar ist. Auch Frauen wurden nun vorgeladen; man beschränkt sie aber auf das offenbare Gericht.

Wahrscheinlich betrachtete man sie überhaupt als Nichtwissende, und konnte sich nur den Fall der Versetzung bei ihnen nicht möglich denken, so wie derselbe auch wohl in der Wirklichkeit nie eingetreten ist.

3) Die Aufnahme des Schöffens sollte an gewöhnlichen Gerichtstagen erfolgen, und nicht an besonders angeordneten<sup>60)</sup>. Das Gericht mußte zuvor förmlich und feierlich gehegt werden<sup>61)</sup>. Wahrscheinlich war dies theils Folge der alten beibehaltenen Gerichts-Einrichtung, theils hatte man den Zweck, die Wahl desto feierlicher und die Prüfung der Aufzunehmenden um so sicherer zu machen.

59) So hat selbst die Sigtsm. Ref. „men sal mit den heymeliken gerichte ghiene ghiestlike lude, be sit to dessen vryenbanne nicht verbunden en hebbet, mit des hilgen rikes heymeliken gerichte nicht belestigen noch besweren.“ — Erzö. Philipp in f. Capitulation macht es den Freigrafen zum Vorwurf, daß sie Geistliche und Andere wider Ordnung der Freigerichte zu Schöffnen machen. — In *disquisitione de Iud. ver. ap Hahn* l. c. p. 662. wird bemerkt, daß man zwar geistliche Fürsten zulasse, daß aber nichts Uebels beschehe. „Nur von der höchsten Urtheil, als darin sie nit werden zugelassen, und sint auch alsdan nit daby, so es an den Tode geit.“ Die Urk. Anh. No. XXVI. läßt die Competenz zu bei Femwrogen = Sachen, und wenn die Geistlichen Schöffnen sind.

60) „Und das sol auch geschehen an offen tagen und nit an verbotten tagen oder in verbunden tagen. *Senck C. J. G.* l. p. 97. — Daß es aber auch in der hemeliken Achte geschah, beweist die Urk. von 1461. *Kindl. M. B. III.* 2. No. 204. Gewiß mußte wohl das Gericht heimlich seyn, in so fern die heimliche Posung mitgetheilt wurde, wenn es sonst auch wohl der Tag eines offenen Gerichts oder eines Ungehobths für die Genossen der Freigrafenschaft war.

61) „Item wan du wult enen schepene maken, so hege dat gerichte, als sit dat gebort und hir vorse. siet, und lait one dan vor dy comen, als sit gheboirt und vrage em dan, wo he come in des Keiser vryen ban, den Gott und Konning Karle allen vryen echten schepenen ghevrhet und gemaket hevet, unde make one dan albus schepene.“ *Coessfelder Codex* bei *Grote*, *Jahrbuch* S. 322.

4) Der Geprüfte mußte mit entblößtem Haupte vor dem Freigraf niederknien, die vordersten Finger der rechten Hand mit dem Daumen auf das Schwert und den Strick legen<sup>62)</sup>, und folgenden Eid schwören:

„Dat ik by der hilgen ee, achter dessen dage mer, de veme wil helen vnd holden by — by — by — by — vor sunne voir Mane, vor alle wester mane vor alle Godes geschichte, vor alle quecke wichte, vor water vor vuere, vor alle creature, voir vader vor moder, vor suster vor Broder, voir man vor wyff, vor lint vor vrent, vor maich, voir allet dat goit ye geschoip, sunder vor den man allene, de dit recht heuet besworen vnd een vrischepene is. Voirtmer achter dessen daghe meer, allet dat ik seluen weet ofte dat ik hoir seggen van warachtighen mannen. Dat in de veme ghiet, dat sy to steghen eder to straten, to hane eder to dage, tho holte ta velde; dat sy in thauernnen, in wyen eder in bierhusen. In kerken eder in clusen: dat sy wair dattet sy, in alle dess werlde: dat ik dat wil brengen voir dessen vrienstoll, off vor enen anderen stoll, de gheurtet is alz desse stoll, dat dat gherichtet weerde na rechte, of na genade gheuerstet. Vnd en wil des nicht laten omme lieff omme leet, omb vrent omme maich, omb siluer eder om golt, noch omme nenes Dinges willen in alle besser werlde, dat got geschapen eder ghemaket heuet; dan omme des wittliken rechts willen. Voirtmer so en sal ik noch en wil. achter dessen dage mer raden oder doen, mit worden eder mit werken, dat teghen den konning eder tegen des hilgen rikes heymeliken achte recht sy. Alle desse woird de my hir voir gesproken sint, de laue ik wair, stede vnd vast to holdene, Alse een vryg echte schepen van rechte holden sal. Dat my got also helpe vnd hillighen<sup>63)</sup>.“

62) Die königliche Urkunde in der Hand haltend, legt die Urkunde hinzu bei Gené. v. d. kais. Ger. No. 19.

63) Wir theilen diese Eidesformel mit aus dem Goesfelder Coder. Die bei *Hahn* Coll. Monum. II. p. 651. scheint noch älter; die ungeschickte Hand aber, die diesen Coder abgeschrieben, hat das Ganze so verhungt, daß sich selten etwas Zusammenhängendes daraus mittheilen läßt. Als

Die feierliche Ernennung der Schöffen und ihre Verpflichtung reiht sich allerdings bis an das Zeitalter Karls des Großen; die Formen gehören aber einer jüngern Zeit<sup>64)</sup>, die übrigs wieder älter ist, als die Periode, welche uns die Formulare aufbewahrt hat. Wir sehen aus dem obigen noch ein älteres, das in poetischer Form und in Reimen sich bewegte,

Varianten bemerken wir, daß hier das Geheimniß der Formel näher angedeutet ist, indem es heißt: „daß er wolle die veme bewaren, helen und halten . . . vor G., vor G., vor G., vor alle gwecke gewichte, vor alle Gottes Geschick, vor allem das zwischen Hymel und Erden Gott hebe lassen werden, dan vor den Man, der die veme waren, helen und zu recht halben sol.“ Ferner: „daß es werde gericht nach Recht des Kaysers und der sachsen . . . das er wolle furbern und stercken den vemen dieß gericht“ u. s. w. — Das Dortmunder Formular bei *Senckenb. C. J. G. I. 2. p. 90.* ist etwas abgekürzt; als Variante bemerken wir: „wann an den man der das Reich hütet, und die Heim bewaren hilft, huten und zu recht handhaben.“ Ein anderes Formular, welches neuer ist, und wenig Abweichungen enthält, außer in den bildlichen Ausdrücken, hat *Senck. in der Abh. v. d. kais. Ger. N. 19.* abdrucken lassen. — Nach wieder einem andern Formular mußte der Schöffe auch schwören: „daß er das heylge Reich meren wol, als er best moge, darnach daß er desselbn kühern lande noch lüt nit beschedigen wolle, er habe dan recht Sachen und spruch zu in, und sin Ere bewart.“ *Kopp, v. d. k. Ger. I. 306.* — Eine *Arneb. Hand. schrift* des 17. Jahrhunderts enthält folgende Formel: „Ich N. schwehre einen leiblichen aydt zu Gott, daß ich soll und will in peinlichen sachen recht urthel geben, und richten den armen als den reichen und das nicht lassen weder durch lieb, leidt, meydt, gab, noch keiner anderen sache wegen. Und sonderlich so will ich Kaiser Karls des Fünften und des heiligen Reichs peinlicher Gerichts-Ordnung getrewlich und nach meinem besten verstandnis halten und handhaben. Auch will ich den heiligen Rūn verwahren, hūden und helen, vor Weib und Kind, vor Vatter und Mutter, vor Schwester und Bruder, vor sewer und wind, vor allem demjenigen, was die Sonne bescheint, und der Regen bedeckt, vor allem was zwischen Himmel und Erden ist, außer dem manne, der dies recht kann. Undt will diesem stuhl, darunter ich gesessen bin, alles anzeigen was in die heimliche Achte des Kayfers gehört, ich für wahr weiß, oder von wahrhaftigen Leuthen gehört habe, damit es gerichtet oder mit willen des Klāgers in gnaden gefristet werde, und will das nicht lassen, noch umb lieb, noch umb leydt, noch umb geschent. Ich will dieses gericht nach allen meinem Vermögen sterken, ich will auch diesen freyen stuhl und freye Gericht immer mehr befördern und mehr ehren, dann andere Freyestühle, alles getrewlich undt ungesehrlich, so wahr ic.“ — Hiemit vergl. man das Formular des Rechtsbuchs im Anhang XXVI. Art. 30. u. f.

64) Eichhorn III. S. 194. scheint hier zu viel einzuräumen.

durchschimmern, und welches ein anderer Coder noch näher andeutet <sup>65</sup>).

2) Zweck des Bundes und seine einzelne Kennzeichen. — So wie sich das Verhältniß des Bundes dadurch entschied, daß man auch Auswärtige als Schöffen aufnahm, so war dies zugleich die Quelle seiner großen Wirksamkeit und Macht. Der Bund entstand nur aus einer alten Genossenschaft, und aus alten Gerichtsformen. Als kaiserliche Gerichte mußten die Freigerichte schon ihre Macht und Wirksamkeit befestigt haben. Sollten in ganz Deutschland Freischöffen aufgenommen werden, so mußten die Evokationen dieser Gerichte schon über ganz Deutschland durchgesetzt worden sein, und sie mußten in allen deutschen Landen Ruf, Gewicht und Ansehen haben. Die Geschichte deutet dieses auch an; denn das Privileg, welches die Stadt Bremen im 12ten Jahrhundert von den Evokationen befreiet, redet nur so, als ob die Westphäl. Freistühle die einzigen Gerichte in Deutschland gewesen wären, welche diese Befugniß ausgeübt hätten <sup>66</sup>). Um aber in den anarchischen Zeiten des 13ten und 14ten Jahrhunderts die richterliche Würde in

65) Derselbe ist in einem Balerischen Archiv, und wird angeführt in v. Lang, Gesch. Herz. Ludwigs v. Bär. — Der Schöffe mußte schwören, das heilige Geheimniß zu hüten und zu hehlen:

Vor Mann vor Weib,  
Vor Dorf vor Traid,  
Vor Stock vor Stein  
Vor groß vor Klein,  
Auch vor Quif  
Und vor allerhand Gottesgeschick,  
Ohne vor dem Mann  
Der die heilige Behme hüten und hehlen kann,  
Und daß er nicht lasse davon,  
Um Lieb noch um Leid,  
Um Pfand oder Kleid  
Noch um Silber, noch um Gold,  
Noch um keinerley Schuld.

66) *Insuper damus et concedimus eisdem Proconsulibus, Consulibus et civibus dictae civitatis Bremensis hanc gratiam et libertatem, ut si aliquem judicem secularem ipsos, aut eorum aliquem monere, aut citare contingat, ad comparandum coram eo, extra diöcesin Bremensem ad locum, qui sedes libera nuncupatur, quod ibi comparere non teneantur, si coram eorum Antistite volint stare juri in illa causa, pro qua citati fuerunt.* Eünig, Reichsarchiv P. S. C. 4. Part. I. Abschn. 6. §. 1. p. 219.

so hohem Grade aufrecht zu erhalten, war dieser Bund, der sich in Deutschland bildete, das einzige Mittel, und wir erkennen dies nicht deutlicher, als wenn wir sehen, wie alle andere Mittel, die man Jahrhunderte durch versuchte und einschlug, insgesammt fruchtlos und ohne Erfolg waren. — Die Basis des Ganzen blieb immer die Macht, Würde und Gewalt der höchsten kaiserlichen Gerichte, und die Freigrafen sprachen diese Idee nicht nur selbst mit hoher Zuversicht aus<sup>67)</sup>, sondern sie fanden auch volle Anerkennung, und steigerten nun den Begriff ihrer höchsten kaiserlichen Gerichtsbarkeit, indem sie keinem andern Gerichte die Competenz über die höchsten Sachen, nämlich Femwogen, einräumten, und den Kaiser selbst nur auf Westphälischer Erde, und wenn er zu den Freistühlen der alten Markpläze kam, als höchsten Richter anerkannten<sup>68)</sup>. Das Recht der Autonomie, das allen freien Corporationen und Genossenschaften im Mittelalter zustand, übten sie in vollem Maße, und hielten so streng darauf, daß sie auch Reichsgesetzen die Anerkennung verweigerten, wenn sie sie nicht berathen und mit beschlossen hatten<sup>69)</sup>. — In Kraft dieser Befugniß und im Laufe der Zeit trat nun mit diesen Gerichten manche Veränderung und Umformung ein, und es wurde hiedurch, da sie den Zeitgenossen in einem neuen Lichte erschienen, die Idee einer wirklichen Institution begründet, die bis in unsere Tage fortgewurzelt hat.

67) Dem Freigraf, welcher Unterthanen des deutschen Ordens in Preussen vor seinen Freistuhl lud, schrieb der Hochmeister: „Hüte dich! es sind im Orden auch viel Bischöfe, Priester und Wissende, dennoch ausgeschlossen von deiner Ladung; die wollen bittere Klage über dich führen.“ Der Freigraf entgegnete ruhig: „Ihr habt Eure Rechte vom Reiche, und ich habe Macht zu richten über alle, die vom Reiche belehnt sind.“ *Verf. a. a. D. S. 392. nach C. Schütz, Hist. rer. Pruss. C. IV. p. 172.*

68) So urtheilten 200 Ritter, 3 Freigrafen und über 150 freischöffenbare Männer, die das Gericht umstanden. *S. Formular Anh. No. X.*

69) So protestirten die Freigrafen gegen die Femgerichts-Reformation K. Friedrichs III. von 142. Wyncke Paßendall, Freigraf zu Bintheim, wandte namentlich ein, daß der Kaiser noch nicht wissend gewesen sey. *Müller, Reichstagsgh. I. p. 484.*

1) Hauptzweck des Bundes war eine enge Verbrüderung freier Biedermänner, die sich dadurch in einen Gegensatz mit denen setzten, welche Gewalt und Anmaßung jeder gesellschaftlichen Ordnung entgegen stellten; Friede, Recht und Ehre wollten sie unter sich handhaben und schützen, und sich überall erkennen, zu welchem hochbeschwornen Orden sie gehörten <sup>70</sup>). Daher lag es in der Idee des Bundes, daß er die Edelsten und Besten des ganzen Reichs umschlinge, und daß der Titel Freischöffe überall einen treuen, biederu Unterthanen des Reichs bezeichne <sup>71</sup>). Bei dem großen Verfall des Gerichtswesens, das fast keiner, der die Macht und Gewalt hatte, mehr in Ehren hielt, noch dem Richter gehorsamte, unterwarfen sie sich mit strenger Pflicht dem Recht und der gerichtlichen Gewalt, sie suchten aber, da allenthalben die Gerichte in ählichen Ruf kamen, in den Formen sich verwirrten, und das alte Gewohnheitsrecht verließen, da theils kein gediegenes Recht zu erwarten, theils das Gericht mit unwissenden und wenig geachteten Menschen besetzt war, die alten Rechte der Freien, wie sie Westphalen aufbewahrt hatte, aufrecht zu erhalten, und erkannten nur Westphälische Gerichte, als die würdigsten und berühmtesten, für ihr selbst gewähltes Forum an <sup>72</sup>). Dieser fest angenommene Grundsatz wurde so consequent durchgeführt, daß sie selbst dem

---

70) „Darum muß geloben, wer wissend wird, daß er echt und recht sey, denn das Gericht ist dem Guten zur Stärkung und dem Bösen zur Strafe, auch daß ein Biedermann einen Bösewicht, und ein Biedermann den Andern erkennen möge, gesetzt worden, auf, das die Bösen nicht das Recht haben, das die Guten haben, und ein Unterschied sey, zwischen Ehre und Unehre.“ So erläutert eine merkwürdige Stelle in den Monumenten bei *Hahn* I. c. p. 601.

71) Es drückt dies auch die Urk. v. 1461 aus, welche sagt: „Ich Johann Zelter, frugreffe so wesensfort do kunt, und betuge vor allen Frugreven und echten rechten Fryenscepenen des hilligen Rychs.“ *Rindl. M. B. III. N. 204.*

72) „Der Freischöffe ist frei vor allen Schöffen und Gerichten, man gewinne ihn dann als Recht ist, auf Westph. Erbreich.“ *Hahn*, I. c. II. — Im Jahr 1473 verklagte der Stadtschreiber zu Wiberach den EINHARD von Stein wegen Injurien beim Hofgericht zu Rothweil, darum, daß dieser ihn schwer beschuldigt und einen wissentlichen Bösewicht genannt. Der Beklagte ercipirt: sie seyen beide Freischöffen und hätten ihren ordentlichen Richter in Westphalen an den Freistühlen, mit Bitte dahin die Sache zu weisen. *Sendenb. v. d. kais. Ger. No. 22.*



Kaiser, der als oberster Richter und Herr der Freistühle anerkannt, und in dessen Namen das Gericht gehegt wurde, zu keinem andern, als zum Freigericht auf Westphälischer Erde, folgen wollten <sup>73)</sup>.

2) Erst wie der Bund in sich und für seinen innern Zweck geschlossen war, richtete er sich nach außen, gegen die Schlechten und Widerspenstigen, die dieser Vereinigung für Recht und Ehre sich nicht anschließen wollten, oder des Bundes unwürth waren. Die Idee einer allgemeinen Verbindung aller freien Bierdmänner muß durchaus zum Grunde gelegen haben, theils weil wirklich die Verbindung über ganz Deutschland so groß war, und fast alle Fürsten und ritterliche Männer Freischöffen wurden <sup>74)</sup>, theils weil sie alle Nichtschöffen als Unwissende und Nichtverbündete von den Vorrechten der Freischöffen ausschlossen, und weil nicht nur mit der höchsten Strenge darauf gehalten wurde, daß kein Unwissender ohne feierliche Aufnahme in den Bund sich drängte, sondern auch der, welcher das Gericht belog, indem er ohne qualificirt zu sein, die Aufnahme ersücht, oder gar schon mit einem Verbrechen belastet, um den Rächern zu entgehen, dadurch daß er Freischöffenrechte zu erlangen suchte, sich schützen wollte, mit unerbittlicher Strenge verfolgt und vernichtet wurde <sup>75)</sup>. — Der Beruf zur Anklage

73) Ein Fall, wo erklärt wird, daß die Sache nicht an den Kaiser gehöre, weil die Partheien Freischöffen seyen, enthält die Urk. v. 1439 bei *Freher*, de sec. jud. p. 195.

74) „Mit der edelen Ritterschaft, Freiherren und Freischöffen“ heißt es gewöhnlich in den Urkunden.

75) Im J. 1458. wurde ein Urtheil gefunden über Einen, der Freischöffe geworden und „mit dem Iwe lisseigen und zohorich“ war. Das Urtheil wurde dahin gewiesen, daß er nicht würdig sey zum Freischöffen, daß er das Freigericht betrogen, und Gott und dem heiligen Reiche treulos und meineidig geworden sey, auch daß ihm an keinen Gerichten noch Rechten frommen sollte, daß er Freischöffe geworden, und alles was er als solcher handeln oder erlangen sollte, unbündig und machtlos wäre. — Nachdem der Angeklagte so für einen Nichtschöffen und keinen Freischöffen erkannt war, trug der Kläger seine Klage vor, daß er ihn beschimpft und seine Ehre verunglimpft. Er wurde wegen des ihm Angeschuldigten zum Reinigungseide gelassen, und erhielt das Recht, den Beklagten vor einen Freistuhl zu laden, um Genugthuung von ihm zu fordern, als von einem unwissenden Manne, an seinem Leib und Gut. *Dass*, de P. P.

wurde noch strenger wie zuvor, und erstreckte sich über das ganze Reich <sup>76</sup>); die neue Verpflichtung, die zur alten hinzukam, war wahrscheinlich durch die Landfrieden veranlaßt worden <sup>77</sup>), und da das Gericht sein Ziel darauf setzte, die Schlechten und Ruhestörer zu vernichten <sup>78</sup>), so wurde es sogar ein Schimpf, vor das Femgericht geladen zu werden, weil natürlich schon in der Anklage die Schuld einer Femwoge für halb erwiesen anzunehmen war <sup>79</sup>). Wir haben nämlich gesehen, welchen Glauben, und welche Kraft das Wort der Freischöffen hatte. — Am furchtbarsten machte den Bund das Verfahren bei handhafter That, das wir oben im System des gerichtlichen Verfahrens erläutert haben, das aber in der Anwendung mit den sichtlichsten Kennzeichen eines hinzugeetretenen strengen Bundes erscheint. Jeder Freischöffe war verpflichtet, den, welchen er auf frischer That oder mit den Kennzeichen der That, oder im Geständniß derselben ertappte, auf der Stelle zu richten. Ja er hatte auch die Befugniß, wenn er selbst der Vertheilte oder Beschädigte war, auf solche Weise sich Recht zu nehmen, und es lag ihm nur die Bundespflicht ob, dem Gerichteten, den Gesetzen der Ehre

p. 742. — Ein Dortm. Weisth. verfügt; „Risthäter oder Bescholtene, die zu Schöffen werden, und betrügen das heilige Reich und die heimliche Acht, wenn man einen solchen Rostschöffen im Umstand findet, so soll man ihn mit Strenge zur Rebe setzen und ihn palmonden, d. h. ihm eine eichene Wyd um seinen Hals legen, die Augen verbinden, und rückwärts vom Stuhl führen, ihn 9 Tage in ein finsternes Gefängniß setzen, dann ihn an das Gericht bringen und erwinnen mit 7 Händen als Recht ist.“ *Senck. C. J. G. I. p. 117.*

76) „Rae dem dat sich sye to der heymlichen achte to ymwtrogen saken mit eren eyden also umbunden hebbet . . . So heb he noit umb vurbundes wille fines eides, dar he to vurbunden sy dem hillighen Riche, vor to brengen allet dat ymwtrogich sy as recht is.“ — *Bgl. Anh. No. X.*

77) Die allegirten Formulare deuten immer auf Friedensbruch.

78) *ad extermindas malorum pravitates* sagt Kaiser Karl IV. in der Urkunde v. 1349, und deutet dadurch den Zweck der Gerichte, über die er sonst in so manchen Irthümern schwebte, richtig an.

79) Einige vom Adel, welche Graf Adolph von Nassau-Diez vor den Freistuhl zu Rütten geladen hatte, entschuldigten sich unter andern: „Auch so hoffen wir das allen unsern lantheren wol kuntlichen sy, das wir soliche lude nit en sin, die man an soliche Rebe plegt zu heissen.“ *Urk. 1415. Senck. v. d. Kass. Ger. No. 30.*

getretu, nichts von dem abzunehmen, was er bei demselben fand, und ein Zeichen zurückzulassen, daß er im Namen der heiligen Geme sei gerichtet worden <sup>80</sup>). Jeder mußte, wenn er angerufen wurde, Hülfe leisten, selbst der Bevollmächtigte oder Procurator des Schuldigen, der denselben vielleicht bei einer andern Anklage als Freund vertreten und vertheidigt hatte, war als Freischöffe dazu verpflichtet <sup>81</sup>). Hiedurch war alle Form des Verfahrens, die dem Thäter vielleicht Gelegenheit gab, glücklich zu entkommen, sich zu verbergen, oder mit Gewalt zu trotzen, abgeschnitten. Nicht die mindeste Verantwortlichkeit traf die Freischöffen, die diese Pflicht erfüllten, und es ist dies ein Beweis nicht bloß ihres Ansehns, sondern des großen Vertrauens, das ihnen das Reich schenkte <sup>82</sup>). So hatte denn die Zeit, die jenen anarchischen Zustand Deutschlands geboren, auch ein gewaltsames Mittel gefunden, seine Folgen zu mildern. In einer Zeit, wo überall Freischöffen lebten, und streng über ihrem Eide hielten, mußte es von großen Wirkungen sein, daß der Verbrecher, den nicht sein Gewissen, und nicht die Furcht vor Gericht und Regierung schreckte, doch vor dem Gedanken erbeben durfte, vielleicht von den Rächern der Geme heimlich umgeben zu sein, oder über kurz oder lang in ihre Gewalt zu fallen. Das Feierliche, Strenge, und Verschlussene, was der Bund zu beobachten gezwungen war, erhöhte noch die Vorstellungen, und die Furcht der Zeitgenossen.

3) Neben diesen allgemeinen Tendenzen, hatte der Bund auch den Zweck, allen einzelnen Mängeln des gerichtlichen Verfahrens mit eingreifender und durchgreifender Gewalt, in allen Fällen, wo man sich an die Freigerichte wendete, oder wo die Amtspflicht es erforderte, abzuhefen.

---

80) Vergl. Anh. No. XXVI.

81) *Senck. C. J. G. I. p. 116.* Eben so hörte auch bei handhafter That alle Rücksicht auf Ebenbürtigkeit auf, die sich sonst in den Gerichtsgebrauch eingeschlichen hatte.

82) „der Freischöffe der Einen getödet und gerichtet hat, ist Niemand verantwortlich.“ *Dortm. Weisth. bei Senck. C. J. G. I. p. 112.* Die Geschichte giebt der Weispiele genug.

- a) Sie waren verschworen, Jedem als Richter zu seinem Rechte zu verhelfen, wenn kein anderer Richter dazu im Stande war <sup>83</sup>). Denn es war anerkannt, daß jedes Gericht im Reiche, selbst jedes andere kaiserliche Gericht in die Lage kommen konnte, des Angeklagten zu Recht nicht mächtig zu werden, folglich das Recht weigern zu müssen <sup>84</sup>). Eben so anerkannt war es, daß die Zengerichte allein hierzu immer im Stande waren, und Niemand sprach ihnen daher die Competenz in diesem Falle ab <sup>85</sup>); selbst die Reichsge-

83) „und want ich und eyn yttlich vrygreve mit eynden den hilgen Ryke darr to verbunden sin, dat wy yberman de dat mit rechte an uns vordert und gesinnet gerichte und recht weberbaren sollen laten und moten.“ S. Anhang No. X. „Wisset ersamen Burgermeister unde Rat der Stad zu Isleibin, das vor mir is geweest Hans Rust unde clagebe swerlichen over uch unde over die von Sangerhusen, wu das ir ome synnen Brudere in uwer fengkenisse also gepyniget hebben, dat her dar doet von bleyssen wedder Got, ere unde recht unde bat my umme Gerichte over ju, das ich ome nicht weigern en darf noch en mag.“ Urk. des Freigraf von Sperte v. 1438. Sammlung der Gesellschaft d. f. R. III. 19.

84) Im Jahr 1437 fälltte der Freistuhl zu Herbede ein Urtheil gegen die Stadt Mes. Die Sache war mit Bewilligung von Mes vor der Stadt Basel Gericht gebracht, die Ladung erlassen, aber nicht befolgt worden, weshalb Basel die Sache an den Kaiser vermiesen hatte. Dieser hatte die Stadt Basel abermals förmlich beauftragt, und was dieselbe mit Rechten thäte, gefiele ihm wohl. Die Stadt Basel hatte einen Tag ausgeschrieben, der Beklagte war aber wieder ungehorsam gewesen. Da erwuchs die Sache an den Freistuhl. Serck. C. J. G. I. 2. L. J. — Noch im Jahr 1533 beschwerte sich der Graf Albrecht zu Henneberg beim Landgraf Philipp von Hessen über dessen Freigraf zu Freienhagen, der Einen seiner Unterthanen geladen hatte, und der Landgraf erwiederte ihm: „und dieß dan ein sachen ist, die am freien gerichte wol moge gesucht und gerechtwärtigt werden, auch des Reichs ordnungen darwidder nit steen, zudem gemelter Gung burckhard sich bey den euren sonst rechts unangesehen das er darumb gesucht und supplicirt, nit bekommen hat mügen.“ Kopp, v. d. heiml. Ger. S. 403. — Herzog Wilhelm von Sachsen hatte 1446 alle Exokationen untersagt, und jeder, der ein ausländisches Gericht suchte, sollte als ein Richter des Landes gehalten werden. Im J. 1454 verordnete er: „Es sal auch nymants eynen andern, des man zu Ehren oder rechte mächtig oder darzu geseßen ist, vor keynnen fryhen stul laden, er hette dan vor dem ubersten geordente Richter under dem der, den er fordern wolte, geseßen were vorsigelte Runttschaft, daß der desselben zu Ern und rechte nicht mächtig gesein möchte. S. Müller, Reichstags-theater.

85) Im Jahr 1536 schrieb noch der Freigraf von Freienhagen an den Landgraf Philipp von Hessen: „wanner ein sach in ober vor irem ordentlichen Richter ersucht und zu keinem ende gedigen, alsdan der cler-

sege erkannten sie an, und Fürsten mußten sich ihr fügen <sup>86</sup>). Sie hegten aber den Grundsatz: „das Recht ist gleich angesetzt von gemeinem Nutzen wegen, dem Armen wie dem Reichen, und dem Reichen wie dem Armen im heiligen Römischen Reiche <sup>87</sup>).“

- b) Es war schwierig in damaliger Zeit, dem Angeklagten die Ladung vor ein Gericht zu insinuiren. Der flüchtige Verbrecher hielt sich verborgen: wer mochte ihn finden, im Gewirr deutscher Lande; wo war an eine Auslieferung zu denken? Die geschwornen Boten des Femgerichts mußten ihn daher auffuchen, und war er ein Bagabond, dessen Wohnort man nicht finden konnte, so durften sie vier Ladungen auf 4 Kreuzstraßen gen Osten, Norden, Westen und Süden aufstecken, und ein Stück Königsmünze zu jedem Brief legen <sup>88</sup>). — Gefahr drohte überall den Boten, die die Ladungen trugen, wenn sie Mächtigen galten, die sich in den Mauern ihrer Burgen verschlossen, oder mit ihren Knappen und Freunden auf offener Heerstraße die Boten bedrohten, um es ihnen unmöglich zu machen, die Kunde der geschehenen Ladung dem Gerichte zu überbringen <sup>89</sup>). Die Boten des Femgerichts, die der Wohnung oder dem

---

ger dem rechten zu stower mit freystuels gerichten zu handhaben.“  
Kopp, a. a. D. S. 438.

- 86) Ein eclatantes Beispiel giebt die Ladung des Freigrafen von Bentheim an den Herzog Wilhelm von Sachsen. Der Kaiser selbst inhierte auf die Beschwerde des Herzogs, und sagt unter andern: „das obgenant unser Fürst für sich und die seinen allzeit Ehren und Rechtens vor uns als Römischen Keyser zu gesteen ervoten gehabt habe, und sich noch gein dir erbeirt, dir Ehren und Rechtens umb dein Anspruch vor uns zu sin.“ Müller, Reichstagsgh. S. 497.

- 87) Dortmund. Codex bei Senck, C. J. G. I. p. 106.

- 88) So ein Dortmund. Weisth. bei Senck, C. J. G. I. p. 101. Die Sigism. Ref. sagt: „und meret dattet eyn Streckling were, dat man sine wonynghen nicht en wiste, of sine invaitd und utvaird, den sal men an de vier oirde des Landes, oisten, süden, noirden, westen an de weges scheben verbaden und voirt an alset gheboirt. Freher (do S. I. p. 122) will statt Streckling Steckling lesen, wovon noch der Ausdruck Sieckbrief übrig.

- 89) Vergl. die Urk. Anh. No. XVIII. welche von ungeheurer Gewaltthat aber auch von der Kraft des Bundes zeigt, welcher sie zu rächen fest bedacht war.

Schloß nicht ohne Sorge sich nähern konnten, durften die Ladung in der Nacht verrichten: sie steckten den Brief mit einem Königspennig in den Riegel, nahmen drei Kerbe (Späne) aus dem Kennbaum oder Riegel zur Urkunde mit sich, und riefen dem Wächter dann zu, daß sie seinem Herrn einen Brief gebracht und in den Grendel gesteckt hätten, mit einer Königs Urkunde, den er ihm geben solle<sup>90)</sup>. Schrecken verbreitete sicher jedesmahl diese Kunde in der Burg, die die Boten verließen.

- c) Eben so große Gefahr drohte der Gerichtssitzung selbst. Der wilde tolle Faustrechtsritter wagte es, mit bewaffneten Gesellen dem Kläger oder den Zeugen aufzulauern, und die Anklage unmöglich zu machen, somit das ganze Verfahren gegen ihn zu sistiren. Auch der Angeklagte wurde wohl abgehalten, vor dem Gericht zu erscheinen, und sich zu verantworten mit seinen Freunden. Die Femgerichtsordnungen verpönten solche Attentate, und trafen Sicherheitsmaßregeln, verboten auch den Freigrafen, alsdann zu richten<sup>91)</sup>. — Sogar unterfang man sich, mit einer ganzen Schaar Bewaffneter die Gerichts-Versammlung selbst zu bedrohen, wie hievon die im Anhang mitgetheilten Formulare ein auffallendes Beispiel andeuten, und wir können es uns hieraus erklären, daß der Bund sich enger schließen, dies aber von großem Einfluß auf die Gerichtssitzung selbst sein mußte, so daß das Gericht nun wirklich ein geheimes für alle Nichtgenossen wurde<sup>92)</sup>. Durch das Ausweisen der Nichtver-

90) Die Ruprechtschen Weisthümer und die Sigismundsche Reform. schreiben es so vor.

91) Vergl. Sigism. Ref. bei Goldast a. a. O. S. 163. Deshalb heißt es auch in dem Revers eines Freigrafen, wenn ihm mit Fug bedünkt, „dat die Gieger sich an und mit dem Gerichte also stellten, dat der antwerder nyt sicher und vry zo int ave komen moechte, so en sal ich oever den in ghenet wyse vorder richten, also lange bis dat he wal veršķert were, dat he sicher und vry zo und ave komen moege.“ Kirchl. R. B. III. 2. No. 197.

92) Wir haben oben geschildert, wie selten die Klage aus Furcht vor den Verbrechern wurde. Die Femgerichte zeigten durch den Erfolg recht, wie nachdruckvoll sie das Zeitgemäße durchsetzten. So spricht ein Zeitgenosse: „Biele Sachen gingen ungestraft hin, der man oft wissend

bündeten aus der Versammlung wurde das Gericht ein Heimliches, und wir erkennen darin den Bund, der den Zweck hatte, die verbündete Genossenschaft rein zu erhalten, um die heimliche Acht effectuiren zu können. Wo nun die Freigerichte auch noch eine Competenz über andere Sachen beibehalten hatten, und die landesherrlichen Gerichte ersetzt, mußten sie hauptsächlich auch, um ihre alten Gerechtsame gegen diese zu wahren, natürlich einen Unterschied zwischen offenbarem und heimlichem Gericht oder eigentlicher Feme machen.

Die alten Malplätze blieben aber; das heimliche Gericht wurde kein verborgenes, finsternes; es bewegte sich in alten Formen zu rechter Tageszeit. Die Gefahr konnte daher gegen eine Schaar Bewaffneter nur durch Vorsicht abgewendet werden. Den Einzelnen aber, der sich in das Gericht des Bundes wagte, ohne Bundesgenosse zu sein, traf mit unerbittlicher Strenge die Strafe ihres Gesetzes <sup>93)</sup>. Wie der Ruf und die Macht des Gerichtes begründet war, hören wir nichts mehr von solchen Thaten gewaltsamen Angriffs auf die Femgerichte. Jetzt waren bei wichtigen Fällen mehrere Hundert, ja oft Tausend Freischützen versammelt, angesehen und tapfere, schildbürtige Männer, die ihre Würde zu behaupten und ihre Versammlung im Nothfall zu schützen mußten <sup>94)</sup>.

d) Wie die alte Genossenschaft bei den Appellationen noch Grundsätze im Geiste der früheren Verfassung hegte,

sey, daß sie geschehen, und doch keine Ankläger seyen, die Klagen wollten, oder Weisung und Zeugniß geben, um sie im offenen Gericht zu überwinden, die doch alle durch das heimliche Gericht gestraft würden, denn kein Gutes unbelohnt und kein Böses angerochen bleiben solle." Disput. Anon. ap. Hahn, l. c. p. 653.

93) Die urf. v. 1486, Anh. Ro. XXX. giebt ein Beispiel, wie man einen Unwissenden, der im Gericht erschien, sofort aufknüpfte, während man einen andern zwang, seinem Schicksal zu entsinnen.

94) „Das haben gewynst Her Dietherich Erzbischoff zu Coln, Grave Erichen zu Einingen, der Grave von der Rarl und vil ander Graven, Herrn, Ritter und Knecht, auch von Stettin, nemlich Coln, Coft Dortgemund ond ander Hauptstette in Westvaln darzu bei tausend freyschossen." Hahn, l. c. II. 6.

haben wir oben gesehen. — Aber auch der Bund beugte den Verschleppungen der Sache, den Angriffen auf die Autorität der Rechtsprechenden Gerichte und der Vereitelung des Rechtsauspruches durch fortgesetzte und die Sache verzögernde, alle Vollziehung hemmende Appellationen dadurch vor, daß sie es den Freischöffen zur Bundespflicht machte, kein Urtheil anzufechten. Sonst war dies ein Recht jedes freien Genossen; wir haben es oben aus der alten Gerichts-Versaffung entwickelt, daß in Friedensbruchsachen keine Appellation statt haben konnte, und daß diesen Grundsatz auch die alten Rechtsmonumente ausprechen; jetzt wurde es Bundespflicht<sup>95)</sup>. Den Unwissenden aber war es unmöglich gemacht, sich durch Rechtsmittel gegen die Strenge der Vollstreckung zu schützen. Das Eingreifen des sich überall ändernden Systems des gerichtlichen Verfahrens, und die späteren Reformationen machten aber, wie auch oben entwickelt wurde, diesen Grundsatz des Bundes mehr und mehr locker.

- e) Das Schwierigste beim ganzen Gerichtswesen war die Vollstreckung der Urtheile, und hier traf der Bund die entscheidendsten Maßregeln, um seinen Aussprüchen Nachdruck und Erfolg zu geben<sup>96)</sup>. Jede feindselige Sache zog Achterklärung nach sich, und jede Civil-Sache konnte durch fortgesetzten Ungehorsam Feindseligkeitsache werden. Die Sentenz, welche die Verfehlung aussprach, blieb geheim;

---

95) Brith. bei Kindl. M. B. III. 2. No. 200. b., „den hebbe vorbroken dem hilgen Ryke den Eydt, den hey to der veme gesworen hebbe; wert dat dat ein vrigscheppen deyde, den solte man darumb verboden alse eynez vrigenscheppen Recht were: wert of sake, dat et wehre en unwetenen Mann, und dat selvet deyde, de solde men oec verbieten, vervoeren, also des Rykes Recht is.“

96) Dies erkennen wir recht aus der Beschwerde des im Jahr 1454 von den Freigrafen verfolgten Herzogs Wilhelm von Sachsen. Er erklärt, daß dieselben alle Inhibition verachtet und verschmäht hätten, und bittet um Ladung an den Freigraf, Rechtstag und einen kaiserl. gem. inen offenen Brief, an alle des Reichs Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Herrn, Freie, Ritterschaft, Ritter und Unterthanen, sich an die Erkenntnisse der Freigrafen nicht zu kehren, sondern sie für machtlos zu erklären.



nur der Kläger oder Ankläger, oder der, welcher mit der Vollstreckung beauftragt wurde, erhielt eine geheime Ausfertigung, und der strengste Eid band ihn, den Verfeimten zu verfolgen und zu vernichten. Jeder aber, der beim Bundeszeichen zu Hülfe gerufen wurde, und wenn es Vater, Bruder, Sohn war, mußte Beistand leisten. Auch der Procurator des Angeklagten mußte, wenn dieser überführt wurde, über ihn richten, und das Urtheil vollstrecken helfen <sup>97)</sup>. Wer sich des Verfeimten annahm, theilte sein Schicksal <sup>98)</sup>; ja selbst, wer ihn mit Worten oder Zeichen warnte, war verloren <sup>99)</sup>. Gesetz der Ehre war es, dem heimlich Gerichteten Alles, was man bei ihm fand, zu lassen, und ein Bundeszeichen mußte zurückbleiben, daß er von der Feme gerichtet sei. Sie stießen nämlich ihr Messer in den Baum, an den sie ihn gehenkt <sup>100)</sup>. Keine andere Todesstrafe kannte man als den Strang <sup>101)</sup>, die alte Strafe der Landfriedensbrecher, zum Zeichen, daß es wohl hauptsächlich Zweck des Bundes war, den Landfrieden zu beschützen und den Friedbruch zu rächen <sup>102)</sup>.

- f) Als Bundeszeichen dürfen wir auch nicht unbemerkt lassen, daß jeder Freigraf verpflichtet war, über alle aufgenommene Freischöffen und ihre Bürgen, so wie über alle Verfeimte,

97) Arnsb. Reform. *Senck.* C. J. G. I. 2. p. 116.

98) Ruprechtische Weisth. bei *Senck.* l. c. p. 75.

99) Die Rupr. Weisth. (*Senck.* l. c. p. 69.) verbiethen namentlich, daß man keinerlei Warnung thun soll, sondern gegen den Verfeimten helfen, er sey Bruder oder Freund, oder wer er wolle. Sie drückten namentlich die Art und Weise, wie man einen Geächteten zu warnen pflegte, aus: „als dan vil leuthe sprechen unnd meynent, es were anderswo als aut brot essen als hie (oder pfennig zeren); sezt die Ausgabe bei *Datt* hinzu.“

100) Ober: „wo sichs begaebe dat he enne (den Dieb) wundete oder to doide schloge, so mag he nehmen twe Staeken, daran sein messer bin den und ligen laten in enem tecken, dat he en mit heimlichen gerichte erfolgt hatt.“ Arnsb. Handschr.

101) Die Wyb, ein Strich aus Weiden geflochten.

102) Welcher Meinung auch Möser ist: Patr. Phant. IV. In der Abh. über die Westphäl. Freigerichte.

ein vollständiges Register zu führen, und dies auf Begehren mit zum Kapiteltage zu bringen <sup>103</sup>).

3) Geist dieser Verbindung und schnelle Ausbreitung. — Wenn wir bisher mit Anerkennung von den Gemüthern gesprochen haben, so haben wir zwar die ganze Masse fast aller früheren Schriftsteller gegen uns, die Geschichte hat uns aber belehrt, daß wir die Zeit der Blüthe und des Ruhms nicht mit der der Ausartung und des Verfalls verwechseln dürfen. Jedes Institut blüht auf in seiner rechten zeitgemäßen Wirksamkeit, und stirbt ab und welkt, wenn es seine Zeit überlebt. Der Geist schwindet aus hohen Burgen und ritterlichen Pallästen der Vorzeit, wenn die Zeit die hochragenden Säulen zernagt hat; Räubervolk nistet in den Ruinen, und Gespenster wandeln durch die öden Hallen.

Es wäre thöricht, wenn wir die Zeit, wo die Fürsten und Ritter des Reichs Freischöffen waren <sup>104</sup>), und jeder Weidmann sich zu diesem Orden drängte, wo jede bedeutende Stadt des Reichs Freischöffen in ihrem Rath zählte <sup>105</sup>), mit der

103) Item so sal en titel vrigreve en register maken, und dar in scrijven alle de vrlenschepe de he maket, und oir borgenn dair by, mit oren namen und tonamen, und ut lande dat se sint. Und oec der ghienne namen und tonamen, und we se sint, de vervoint werden, und den cleggher dar by. Und dat register mit sic brenghen, alse keiser, koninc elc staitholber der begherende sint to dem capittels, de em verclunbiget wert. Sigismundsche Ref. bei Goldast, a. a. O. S. 163.

104) Wahrscheinlich waren noch zu Sigismunds Zeit fast alle Fürsten und Edle des Reichs Freischöffen. Der Freigraf von Ribbendorf verfehmte Conrad von Langen in der heimlichen Acht, und seine Bekanntmachung, so wie die Aufforderung zur Vollstreckung, ist an den Kaiser selbst, so wie an alle Fürsten des heiligen Reichs, Herzogen, Grafen, Ritter, Knappen, Freigrafen und rechte Freischöffen des heiligen Reichs gerichtet. Urk. v. 1433, Gesch. der St. Donabrud II. No. 142. An den Kaiser Sigismund war von einem Urtheil appellirt, und er committirt den Kurf. v. Köln. Vorher sagt er: „schick den wy day tho de hochgeborne unse leven oemen Korforsken und Forsten mit namen Frederic Markgrave to Brandenburg Wilhelm Johansen und steffen Pallasgreven by Ryne und hertoge in Baiern mit unser unfes und des Riles graven, vryge, Rittersn und Knechte und andern Brygescheppen, also vile wy der dan ghehebben mochten, der hoch eyne grote meynige was“ u. s. w. Urk. v. 1434. Nals Lindbergt, neuestes Magaz. I. 4. S. 347.

105) Alle Urkundenbücher geben hiervon Beyspiele in Menge. Im Jahr 1425 schick die Stadt Speier mit ihrem Botshafter einen Weidmann

verwechseln, und den Gegensatz ganz übersehen wollten, wo Haß und Verfolgung die Freischöffen und ihre Gerichte traf, wo jeder sie floh und sich durch Gesetze und Privilegien vor ihnen zu schützen suchte. Wir sahen ja in den Formen der Aufnahme, in den Bedingungen derselben, in dem Eid der Genossen, aus guter Zeit noch herrührend, die höchsten Prinzipien von Ehre und Recht walten. Ihr Wahlspruch war: Gott, König und Recht <sup>106</sup>! Ihre war die Grundlage des Bundes, der sich an die blühenden Zeiten des Ritterthums schloß, und den Grundsatz hegte: Ehre verloren, Alles verloren <sup>107</sup>), weshalb der Ehrlose wie giftiges Unkraut im Blüthen-Garten deutscher ritterlicher Tugenden vernichtet und ausgerottet wurde <sup>108</sup>). Ritter lenkten

ger nach Westphalen, damit er auf ihre Kosten Freischöffe und wissend gemacht werde. Er reuert sich der Stadt, nichts gegen sie zu thun, noch auch Anderen gegen sie zu helfen, Urk. v. 1439 beginnt: „Ich benne Brendel von Hohenberg zu dieß zyt Schultheiß, Ich G. von Bonndorf nuzumale heubtmann zu Frankesfurt, ich Walter von Schwarzenberg, ich Jöst im Steinhuse und ich heintrich vom rine, scheffene doselbst zu Frankesfurt und alle fryscheffene der heiligen heimlichen achte.“ Genß. v. d. kais. Ger. No. 35. u. 39.

106) Vergl. Formular, Anh. No. X.

107) So antworteten die Freigrafen auf die vorgelegten Fragen Kaiser Ruprechts: „So Einer seine Ehre verloren habe, und darum entsetzt sey, so habe er genug verloren.“ — Ein Urtheil des Freigrafen zu Freienhagen giebt 1431 den achtbaren Freischöffen die Befolgung auf, bei dem Eide, den sie dem heiligen Reiche und dem heiligen heimlichen Gericht gethan, den Nichtschöffen (den ungewissen) bei Pön 30 Pf. Golbes. Kopp, a. a. O. S. 430. Wie nahe den Freischöffen ihre Ehre am Herzen lag, sehen wir aus einer Urkunde v. 1438, die Kopp v. d. Hess. Ger. I. No. 110. mittheilt. Der Ritter Wernher von Elben hatte dem Ritter Johann Weisebug in Curt Rypeln, Bürgers zu Cassel, Haus in einem Gelag, einer Gesellschaft und Zehrung frommer, ehrbarer Ritterschaft nachgesagt, daß seine Mutter nicht fromm gewesen und Er ein Bastard sey. Er erklärt, und wäre sein Vermögen 100,000 Mark Golbes, so wolle er sie lieber entbehren, als diese Schande seiner Mutter, und sich als einem gewürdigten Freien Schöffen nachsagen lassen, ja alle Güter der Welt wolle er lieber verlieren, als seine Ehre.

108) Auch die Erfüllung einer gelobten Verpflichtung oder Schuld wurde nicht als ein zu entscheidender Rechtsfall, sondern im ritterlichen Sinn des Mittelalters als ein Treubruch angesehen, wie wir erkennen aus den Berathungen des Reichstags von 1438 in der R. Sammlung der R. X. Thl. 1. §. 14. — „Item daß man auch um das heim Sache für den frien Stul laden oder fürheischen soll, dann die dafür gehören, und dadurch die Gerichte erste erfunden und uffge-

hauptsächlich die frühere Tendenz des Bundes, ihr Hauptziel war, die Reinheit des Standes aufrecht zu erhalten, und den alten strengen Tugenden und Sitten wieder aufzuhelfen<sup>109</sup>). Auch aus dem Mund ihrer Gegner hören wir das Edle und Ehrenwerthe, „daß es die Edelsten des Landes seien, die keine Gabe nehmen, noch irgend des Verfemten Gut nach seinem Tode; da er gerichtet wurde, angreifen, die bei ihrem Eide Elagen, und auf ihrer Seele Heil oder Unheil, auch ohne Geding und Hoffnung zeitlichen Guts zu Recht oder zu Unrecht handeln<sup>110</sup>).“ — Aeneas Sylvius, Paul Aemil, Aventin und andere Schriftsteller

---

bracht siegen, und obe wol ein Geltschulde oder andere Sache oder verbinge, das dann von eigener Natur, an die freien Stule nit gehört, by guten truwen verschrieben were, darumb sol doch soliche Sache nit vor die frien Stule gezogen werden, denn man billiger den Grunt und Ursprung der Sache darinnen prüfen soll, denn den Zusatz der Befestigung der Schulde.“

109) Als Kaiser Rupert 1412 nach Hersfeld kam, so hielt er den jungen Simon von Walderstein vorzüglich hoch. Simon kam mit 18 grauen Hengsten, und war mit allen seinen Dienern ganz weiß gekleidet. Wie sie nun mit dem König und vielen Fürsten und Herrn zu Tische saßen, da sprach einer im Muthwillen, der war dem Simon feind:

„wie pranget der von Walderstein so hoch, ich habe ihme wohl 4 Pferde genommen, und flogte nicht ein Vogel darnach.“

Das wurde dem Simon angesagt und antwortete:

„hette er geschwiegen, so were er mir unbekant gewesen, haben nicht Vögel darnach geflogen, so sollen nun große Raben fliegen!“ und nahm denselben so bald vom Tische, führte ihn hinaus, und ließ ihn an einen Baum henken, das war sein verbienter Lohn seines schwaghaften Mauls wegen. — Man sagt von diesem Simon, daß er in seinem 18. Jahr vier und zwanzig um ihrer Untugend willen henken lassen, selbstflüchtige, treulose und hängmässige Böswichter, die wider Ehr und Ehrbarkeit thaten, sonderlich Frauen und Jungfrauen schändeten, was ihm derer zukam, ließ er alle an weiße Schleier henken, zum Zeichen der Untugend, keine Schande oder Untugend mochte er leiden. Da war auch Zucht und Ehr unter dem Adel und manch reißiger Knecht ward da gezogen und reblicher Thaten geübt, dann jegund mancher Edelmann. Denn jedermann forchte die schnelle Straf. Oft ward gehört unter der Ritterschaft, wann sie einen Schandlappen vermerkten: wir müssen die grinben Schafe austrotten! so ging auch gewiß Henken darnach. Solcher Ehr pflegte der Adel, da stund es wohl und war auch noch gut Strafe, als man spricht: „wo Strafe ist, da ist Zucht, und wo Friede ist, da ist Gott.“ Anonymi Chronik von Thur. und Hesse cap. 82. 83. (Senckenb. sel. III. 402 — 404.) Senckenberg bemerkt ad cap. 82. mit Recht. „videtur Waldensteinus iudex Westphalicus fuisset.“

110) Ann. disp. ap. Hahn l. c. p. 613.

des Mittelalters nennen sie graves et recti amantes — dilectissimos integerrimosque viros — nobiles, legales et virtuosos — gravissimos, dilectos ac vitae et morum probitate insignes, ex omni Germania. —

Bei diesen Eigenschaften und der Allgemeinheit der Tendenz des Bundes, bei dem Zeitgemäßen und Nothwendigen, bei dem sichtlichsten Erfolg seiner Wirksamkeit, war es kein Wunder, daß er sich mit reißender Schnelligkeit über ganz Deutschland verbreitete, und sich zu überschwenglicher Macht, Würde und Autorität erhob. Keine andere Einigung und Verbindung kam dieser gleich. Was gerüstete Heere nicht vermochten, wirkte hier der Ausspruch des Rechts. Der Fürst oder Graf, der an der Spitze seiner gerüsteten Mannen und hinter den festen Mauern seiner Burgen selbst dem Kaiser trogte, war entwaffnet, wenn der Bund, dem er nicht enttrinnen konnte, ihn zum Opfer erkohren hatte <sup>111</sup>). Selbst ein trotziger Ritter verschmähte sorglos das Geboth eines kaiserlichen Hofgerichts, das in den ersten Städten des Reichs, in kaiserlichen Pallästen, seine Sitzungen hielt; aber Städte und Fürsten erbehten, wenn ein Freigraf sie an die alten Malplätze, unter die Linde, oder an eines Flüsschens Ufer, auf Westphälischen Boden heischte <sup>112</sup>). Der gerichtlichen Gewalt

111) „In dem Jar ward der Graffe von Wernigerode gehengt, Herr Heinrich genant, an einem Tagt da er geleitet, aber Sicherheit ihm verheissen war, dann er sonst bei ihme hatte den Bischoff Albrecht, den von Reihstein und er ward durch Westphalische Schöppen zum Tode verdammet, darumb er viel Untreu geubet hett.“ Chron. Magd. msc. Freher, de secr. jud. p. 140. — Herzog Wilhelm von Braunschweig sagte zum Herzog von Schleswig Adolph, der vor das Femgericht geladen, und nicht erschienen war: „si pervenit in Devenie, tunc quia liber scabinus eum, ob idem oportet, quod in primam arborem aut repagulum inventum vos suspendam aut alii liberi scabini me suspendent. Dux Adolphus hoc audiens rogavit consilium lubiconsem, ut eum sic tenerent, ne in tale mortis iudicium perveniret.“ Leibn. S. R. B. III. p. 942. Mit Unrecht bezweifelt Hocrath Koch in den Anmerkungen zc. diese Erzählung, weil sich der Herzog so weit nicht habe herauslassen dürfen. Ob jemand Freischöffe war, daraus machte er nie ein Geheimniß, und was offenkundig in seinem Amt als solchem lag, konnte er um so kühner aussprechen, wenn er es nicht wegen eigener Gefahr zu verbergen suchen mußte.

112) Der Herzog von Baiern lud 1421 die Städte Ingolstadt, Ratn, Nibach, Friedberg, Schrobénhausen, darum, daß sie sich, der Treue

sich zu entziehen, und dem Urtheilspruch zu entgehen, war ein leichtes in jener Zeit. Aber wer vom Freigericht gerichtet war, konnte nirgend entfliehen. Ganz Deutschland war der Schöffen Land <sup>113)</sup>, und wo er sich befand, war er mitten unter seinen Richtern. Wie man von einer eisernen Jungfrau erzählt <sup>114)</sup>, zu der der heimlich Verurtheilte im verborgenen Gemach geführt wurde, und die auf einen Druck, wenn er sich ihr nahte, ihn in ihre Arme schloß, und mit scharfen Messern zerschchnitt und vernichtete, so war auch das Urtheil, das der Ankläger heimlich mit sich trug, dem Zauberdruck zu gleichen, der, wenn er den Verurtheilten berührte, ihn rettungslos in die zermalmenden Arme der Fingergenossen stürzte.

4) Verhältniß zu Kaiser und Reich. Die Freigerichte hielten, auch wie der Bund geschlossen war, fest an dem Ansehen, der Würde und den Formen kaiserlicher Gerichte, und diese Qualität band die Vereinigung um so fester an den Kaiser und das Reich, als ohnehin schon diesen klugen, gediegenen deutschen Männern es zugutrauen war, daß sie nach Würde, Macht und Einheit des Reichs strebten, welches sie in dem anarchischen Zustande mehr und mehr geschwächt sahen, und dessen Theile nur im festen Verein mit dem Oberhaupt sich zu einem mächtigen Ganzen gestalten konnten. Wir sehen daher auf der einen Seite ein unverbrüchliches treues Festhalten am Kaiser und dem dem heiligen Reich gethanen Eide, dessen Ehre ihr Ziel

---

vergessen, seinem Sohn eroben hatten, vor die Westphälischen Gerichte. v. Lang Gesch. Ludwigs d. Bärt. S. 199. — Im Jahr 1422 wurde Herzog Heinrich von Baiern von Caspar Torringer vor die Westph. Gerichte geladen. Derselbe erschien mit seinem Schwiegersohn Friedrich von Brandenburg, erhielt ein Contumacialurtheil gegen seinen Ankläger, und beide ließen sich zu Freischöffen machen. *Thomasius de vera orig. etc. jud. Westph. p. 41.*

113) „Doch so ist schwer zu verwerfen ein solich große Gemein als Westvaln und aller Freyschopfn Land ist.“ Ann. Diap. ap. *Hahn* l. c. p. 653. „Von Befehl meines Amts, in der Hulbigung, die ich dem Reich gethan“ sagen die Formulare im Anhang No. X.

114) Von Cassel und Baden ist uns die Sage bekannt. Bad. Wochen-schrift 1807. No. 23, Col. 360.

war <sup>225</sup>), und auf der andern Seite ist nicht zu verkennen, wie die Kaiser die Femgerichte begünstigt, geschützt und von ihnen große Hülfe für den inneren Frieden des Reichs gehofft und auch erhalten haben <sup>226</sup>).

Der Bund mußte natürlich das Verhältniß etwas ändern. Zwar schloß er sich eng an das alte Herkommen und die gerichtliche Verfassung der Freistühle, aber theils wurde das Altherkömmliche mit Bundesstrenge festgehalten, theils durch den Bund erweitert <sup>227</sup>). Es war etwas Zufälliges, wie die Geschichte entwickelt hat, daß nur in Westphalen sich diese Freistühle aus alten Ruinen einer zusammenstürzenden Verfassung geisterartig erhuben; aber es wurde Bundesgesetz, daß nur in Westphalen durften Versammlungen des Gerichts gehalten und gehegt, und Freischöffen ernannt werden. Selbst der Kaiser durfte nur auf rother Erde Freischöffen machen an den Freistühlen <sup>228</sup>), und ließ erklärten jene Freiherren auf die ihnen vorgelagte Frage Kaiser Ruprechts: wie man sich gegen die verhalten solle, welche König Wen-

115) Jener Freischöffe, der sich entschuldigt, daß er kein Siegel hat, gelobt den Inhalt seines Briefes, bei seiner Ehre und Treue, und bei dem Eide, den er dem heiligen Reiche gethan hat. 1459. Rindl. M. B. III. 2. No. 203.

116) Johann Garbenwech zu Lüneburg schrieb an Kaiser Friedrich III. „uwer Gnaden vorsarn die heimliche Freye Gerichte des heiligen Reiches fere lip und in großer Wirbkeit gehat haben.“ Müller, Reichstags-Theater I. S. 503.

117) Deshalb ging die Verbindung von Westphalen oder Sachsen aus, verbreitete sich aber über ganz Deutschland wie folgende Stellen beweisen: „So heb ik . . . genomen ute den vrede des rechts und vryheit, dat Paves und Keyser gesat und gestediget hebbet, und voirt alle forsten und heren, ridder und knechte, schepen und vryen besworen hebbet in dem Lande to sassen u. s. w. — Ik mane und gebiede . . . onder konning banne allen forsten und heren, ridbern und knechten, allen vrien greven und allen echten rechten vrien schepenen der heymeliken achte by der huldinge und Eden de se dem hilgen ryke gebaen hebbet.“ Verfemungs-Urk. v. 1440 in Grote's Jahrbuch S. 333. „So wie es Euch und allen Fürsten und Herrn und Freischöffen, die dem heiligen Reiche und dem heimlichen Gerichte gehuldet haben, gebührt zu thun.“ So die Urk. im Anh. No. XVIII.

118) „Er käme dan selbst mit seiner Königl. Person in Westphalen auf einen Freistuhl, wo sie ihm dann alle offen stünden,“ sagen die Formulare Anh. No. X. — Wir möchten vermuthen, daß zur Zeit, wo diese Formulare verfaßt wurden, noch keine geheime Lösung existirte.

zel in Böhmen zu freien Schöffn gemacht habe? Wären sie zu Westphalen in dem Lande, so hänge man sie sofort <sup>119)</sup>).

Der Kaiser war als oberster Herr und Richter dieser Freistühle verfassungsmäßig anerkannt, und auch der Bund wahrte mit Ehrfurcht und Heiligkeit alle seine Rechte, wie die Urtheilssprüche und Weisthümer zur Genüge darthun; aber die Natur des Bundes brachte es mit sich, daß der Kaiser gleichfalls Verbündeter sein mußte, denn der Bund hatte Ehren, Rechte, Pflichten, Geheimnisse, die es dem Kaiser unmöglich machten, einzuwirken, ohne eingeweiht zu sein. Wir können, wenn wir die Geschichte aufmerksam prüfen, nicht zweifeln, daß die Kaiser in der Blüthezeit des Bundes sich wirklich förmlich in denselben aufnehmen ließen. In der Zeit, wo Wissendmachen die Aufnahme in den Bund und die Mittheilung der Bundeszeichen bedeutete, sehen wir, daß die Freigrafen dem Kaiser trogten, wenn er nicht wissend war, und daß Kaiser Sigismund sogar im Jahre 1429 am Freistuhl zu Dortmund feierlich unter die Wissenden aufgenommen wurde <sup>120)</sup>. — Nun ist es uns erklärlich, daß ein Kaiser sogar vor den Freistuhl geladen werden konnte, wie die Geschichte uns das Beispiel aufbewahrt hat. Im Jahre 1470 wurde Kaiser Friedrich III. und sein Canzler, Bischof Ulrich zu Passau, vor den Freistuhl zwischen der Pforte von Wünnenberg im Bisthum Paderborn geladen, um da seinen Leib und höchste Ehre zu verantworten bei Strafe, für einen ungehorsamen Kaiser gehalten zu werden. In einer zweiten Ladung wurde er bedeutet, daß seine Ehre und sein Leben daran hingen, wenn er nicht erscheine, und seine Sache ausführe, indem das Recht bei Nichtbefolgung des Befehls, seinen Fortgang nehmen würde <sup>121)</sup>. — Man hat diesen Akt als das non plus ultra von Anmaßungen und Tollheit verscrien; aber der Freigraf, der ihn

119) Senck. C. J. G. I. p. 69.

120) „bis an die Herrschaft von Wildenburg allehin bis zu Romersbagen, da auch eine rechte Richtstätte ist, und wo ein König von Ungern, und ein Kaiser von Rom ein Freyscheffe geworden,“ sagt ein altes Arnsh. Reg. bei Kleinsorg, Kirchen-Gesch. III. S. 328.

121) Berd a. a. O. S. 403. Kopp, v. d. h. Ger. S. 13. 106. 152.



vollführte, war gewiß klüger, als seine Tabler; und wenn es gleich ein anerkannter Fall war, so war Jener gewiß doch weit entfernt, seine Befugnisse so weit zu überschreiten, daß er sich lächerlich vor der Welt gemacht hätte <sup>122</sup>).

In den Zeiten, wo die Beschwerden über die Freigerichte sich häuften, und ihre Verfolgung begann, treten zwar auch Colli- sionen mit dem Kaiser ein, aber eben in der alten Erinnerung an ihre Gunst, die sich so fest ausspricht, in den sanften, ehrer- biethigen Mahnungen an altes Recht und Herkommen, und in dem Schutze, den die Kaiser, selbst bei den mehrfältigen Refor- mationen derselben ihnen gewährten, sehen wir deutlich das in- nige und feste Band, das in alten Zeiten den Freischöffen-Bund an Kaiser und Reich geschlossen hatte <sup>123</sup>). Es kam hinzu die Sage, daß Karl d. Gr. die Femgerichte errichtet, und der feste Glaube an alte große Privilegien, vor denen das Zeitalter eine heilige Scheu hatte.

Mit der sich ausbildenden Landeshoheit und der Gewalt, die ein neues und Zeitgemäßes Reichsgericht an sich zog, mußte die Kraft ihrer Wirksamkeit und der Schimmer ihrer Würde schwin- den, aber nur wie das Licht des die Nacht durchstrahlenden Mondes erlischt, wenn die Sonne sich über die Berge hebt, und die kaum erkennbare Scheibe des Mondes dunkel am blauen Aether hängt. Die Frage, ob je ein Kaiser die heimlichen Gerichte aufgehoben, bedarf auch hier keiner Untersuchung, da

122) Einige Weisthümer verbieten es, über den Kaiser zu richten. An- hang No. XXVI. art. 18.

123) Die Freigrafen, welche dem Kaiser Ruprecht Weisthümer sandten, räumten ein, daß der Kaiser allein Geleit geben könne einem Ver- fesselten, sie fügen aber hinzu: „doch so geburth seynen gnaden wol mehr, das er das heilig freie gerichte sterke unnd das nit krenke, dann einen andern.“ *Senck. C. J. G. I. p. 69.* Die Dortmunder Weis- thümer das. p. 113. sagen: „Kein Privileg gegen die Freistühle sey so alt und kräftig, daß es ihre Rechte könne schwächen und mindern. Es gebühre dem Kaiser vermöge seiner Verpflichtung ein Mehrer des Reichs zu seyn, Niemand zu befreien und zu begnaden, zur Ver- schwächung des Reichs Rechte der Freistühle.“ — Auch p. 116. steht eine strenge ernste Mahnung an den Kaiser, die Freistühle nicht zu schwächen, keine femwrogige Sachen vor andere Gerichte zu ziehen, und zu entlassen das Schwerdt, das ihm so hoch befohlen sey.

noch im Jahr 1793 der Kaiser damit den Fürstabt von Corvey befehlen hat, welches wir zugleich als einen Beweis, wie man in den Kanzleien die Zeit verschlafen hatte, hier haben anführen wollen <sup>124)</sup>.

5) Symbol und geheime Lösung des Bundes. — Von den Geheimnissen der Femgerichte ist gar Vieles gefabelt worden. Die Unwissenheit früherer Zeit <sup>125)</sup>, und die Angst der Zeitgenossen hat sich Alles viel ärger gedacht, als es war, und die Neueren haben es den Aelteren auf guten Glauben nachergählt. Wir haben früher schon die Ueberzeugung ausgesprochen, und glauben es erwiesen zu haben, daß das Verfahren selbst durchaus kein Geheimniß war, und nicht sein sollte; denn es wurde kein neues Verfahren erfunden, sondern nur am alten Gewohnheitsrecht festgehalten. Alles, was sich von geheimnißvollen Bundeszeichen in das Institut eindrängte, war nur Folge des Bedürfnisses, und nothwendiges Erforderniß, um den zeitgemäßen Zweck der Verbindung zu erreichen.

1) Das erste war ein Zeichen, woran sich die Verbündeten erkennen konnten. Die Schöffen der Freigrasschaft hatten ein

124) Im J. 1512 wurde auf dem Reichstag zu Erker vorgeschlagen, die heimlichen Gerichte niederzulegen, welches durch den Kaiser den Westph. Landen zu Ehren verhindert worden. S. Kapitulation bei Solbass, Reichs-Sagung S. 235. — Auf die Beschwerde Herzogs Wilhelm zu Sachsen lud K. Friedrich im J. 1452. die Freigrafen vor den Frankf. Reichstag, und zeigte es den Ständen als Deliberationspunkt an; doch kam nichts weiter zur Sprache. Im Gegentheil schrieb der Freigraf von Wintheim im folgenden Jahr an den Herzog, und widerlegt sehr derb seine Behauptung, daß die Sache nicht vor das Freigericht gehöre. In Betreff der Reformation sagt er: „sie sey sonder Consens, Wissen und Wort oder Zulassen der Fürsten, Herren, Grafen, Freien, Edlen, Ritter, Knechte, die Stuhlherren in Westphalen seyen, die ihr Lehn vom heiligen Reiche empfangen, gesetzt. Kaiser Karl der Gr. und Papst Leo hätten die Westph. freien Gerichte gesetzt, und kein König, noch Kaiser könne Privilegien, Freiheiten und neue Rechte fundiren und setzen, um die Westph. Gerichte zu mindern, zu schwächen oder zu unterdrücken. Er. Gnaden Mißfave, von seinen Råthen besiegelt, sey daher unter Königsbann für unbündig erkannt worden. Müller, Reichstagstheater Cap. 6.

125) An diese Unwissenheit werden wir doch glauben, wenn ein Historiker, Paullini (zeitkränzende Lust S. 342.) erzählt: Sonst hieß dies Gericht, weil es an keine gewisse Gesetze und Ordnung gebunden, Freigebing, ein Freigericht.

solches nicht nöthig. Jedermann kannte sie ja ohnehin; aber wie sich der Bund über ganz Deutschland verbreitete, folgte das Bedürfnis von selbst. Keineswegs war es jedoch eine geheime Verbrüderung, denn jeder bekannte öffentlich die Ehre, Freischöffe zu sein: waren es doch Fürsten und Grafen und der Kaiser selbst <sup>126</sup>). Aber um überall gewiß zu sein, daß man einen Freischöffen vor sich habe, um die Hülfe, die in seinem Eide lag, anrufen zu können, und um wegen der Standbesrechte zu wissen, ob der zu Vernehmende ein Freischöffe sei, mußte man ein geheimes Zeichen haben <sup>127</sup>). Man frug den, von welchem man Gewißheit haben wollte, ob er Freischöffe sei, und verhehlte es ihm folglich nicht, daß man selbst ein solches Amt bekleide. Die Antwort konnte trügen, man mußte daher bei einem Wahrzeichen fragen, und wissen, ob der Andere die geheime Lösung verstand. Der Gefragte mußte aber auch Gewißheit haben, daß der Fragende im Besitz der Geheimnisse war, und so verständigten sie sich also durch Zeichen und Gegenzeichen, Frage und Antwort, und es hatte da wahrscheinlich ein Stufengang Statt, der es hinderte, das Geheimniß zu entlocken. — Die geheime Lösung oder die Heimlichkeit, wie die Urkunden sich ausdrücken, bestand in Zeichen und Worten, also Formen, die aber eine Bedeutung, einen Sinn haben, und symbolisch sein mußten. Die Form hat uns die Geschichte bewahrt: Sie sollen das Messer mit der Spitze zu sich und die Schale nach der Schüssel von sich gekehrt haben <sup>128</sup>). Dies war nur bei Tisch anwendbar. Die Urkunde, die der Anhang mittheilt <sup>129</sup>), lehrt einen Schöffen.

126) War dies nicht Grund genug zu einem hohen Stolz, den die Freischöffen hatten? Der Freigraf von Limburg schrieb an den Kaiser Friedrich im Jahr 1454. wiewohl er berichtet sey, daß der Kaiser nicht wissend wäre, so hege er doch das Zutrauen u. so w. Müller, Reichstags theater. S. 503.

127) Die Kapr. Weisth. enthalten die Frage: „Wie man erfahre, ob der zu Vernehmende Freischöffe sey? Man solle ihn fragen, und wenn er Ja antworte, ferner fragen: an welchem Ende, an welchen Stellen; alles bei dem Wahrzeichen, das sich gebührt. *Sonckenberg C. J. G.* p. 69.

128) Paullini, Zeitkürzende Lust S. 342.

129) Anhang No. XXIII.

gruß mit gewissen Zeichen, und giebt auch ein unverständliches sogenanntes Nothwort, dessen Bedeutung ihnen gelehrt wurde<sup>130</sup>). Das Hauptzeichen bestand aber in vier Buchstaben S. S. S. S. — Jüngere Rechtsmonumente bräuen unter diesen Buchstaben vier Worte aus: Stock, Stein, Gras, Wein<sup>131</sup>). Diese Worte können an sich keinen Sinn haben; es ist vielmehr zu vermuthen, daß in den Buchstaben eine andere Bedeutung lag. Keins einzige Urkunde aber, kein Statuten-Buch, kein Capitelsprotokoll und Weisthum hat bis jetzt den Sinn dieser geheimen Lesung aufgedeckt. Sie wurde den Freischöffen bei der feierlichen Aufnahme eröffnet, wenn sie den Eid der Geheimhaltung geschworen hatten<sup>132</sup>). Mit unerbitlicher Strenge wurde der Verrath derselben gerächt<sup>133</sup>), und höchst merkwürdig ist es, daß fast nie und nimmer sich ein Eidbrüchiger gefunden hat, der die Heimlichkeit verrathen hätte<sup>134</sup>). Mehr der Eid selbst, und die Heiligkeit des Bundes, als die Furcht vor der Strafe mußte dies bewirken. Fast noch merkwür-

130) Cosmann (vom Ursprung der Westphäl. Wehmgerichte, in den Materialien S. 156) will auch bemerkt haben, daß sich die Freischöffen hinter ihren Namen eines Federzuges bedienten, der einem Wierschilde am Rheinströme ähnlich sey, und ohne daß man aufmerksam darauf gemacht werde, für ein mppia angesehen werden könne. Vers. dieses hat auch wohl ein Zeichen hinter oder Unterschrift bemerkt, daß er aber für Icus liest, und es sehr wahrscheinlich findet, daß die Freigrafen und Freischöffen stolz auf ihren alten Ruhm der Rechtskenntniß sich gleich den gelehrten Juristen, die jetzt auftraten, Iuris consulti nannten.

131) Die im Anhang No. XXIII. mitgetheilte Urkunde hat Strick statt Stock. Diese Lesart findet sich in einem Herforder Protokoll und in einem der Stadt Gesetze. Vergl. *Pfeffinger* p. 490 und *Cosmann*, Materialien S. 156.

132) Eine Arnsb. Handschr. sagt: „So soll dan der Frengraeffe die Weise und Zeichen der heimlichen Achte kund thuen, und die Befehlen nach herkommen und gesetzen des groten und hilligen Kayfers Catoli S. S. S. S.“

133) Anhang No. XXVI. art. 33. (Arnsb. F. S. Ordnung). An einem andern Orte lautet die Verordnung so: „Wäre es Sache, daß dieser Mann oder einiger von denen Freischöpfen oder beeidigte wären, so die Lose oder Heimlichkeit der heimlichen Achte etwa ins Gemein brächte oder solche einigen unwissenden Leuten oder Thieren Klein oder groß offenbahrte, wenn solches aussindig oder kundig gemacht würde“ u. so w. Gen. d. v. d. Kais. Ger. No. 19. Vergl. auch *Hahn* I. c.

diger ist es, daß das Geheimniß sich selbst bis auf unsere Tage erhalten hat. Im ehemaligen Freigerichtsbezirk von Gehmen leben noch mehrere Freibantbauern, welche den Freischöffen-Eid geschworen haben, und auch jetzt nach gänzlich gedänderter Verfassung und Zeit das Geheimniß nicht verrathen wollen <sup>337</sup>).

Dies waren die ganzen arcana und secreta des Femgerichts <sup>336</sup>). Man pflegte nun auch Unwissende diejenigen zu nennen, die des Symbols der Femgenossenschaft nicht wissend waren, und Nothschöffen, die es hinterlistig erlangt hatten <sup>337</sup>).

134) Paullini erzählt im J. 1692 (Zeittürzenbe Lust): „Und ist keiner noch gefunden worden, der sie entweder um Belohnung oder aus Furcht erdöfnet hätte.“ Er wiederholt nur, was früher Aeneas Sylvius sagte. S. unten Note 136.

135) Wir wissen nicht, ob dies auch noch in andern Gegenden Westphalens, wo ein Schatten der alten Freigerichte sich erhalten hatte, der Fall ist. Zu Gehmen im Münsterschen unweit Borken wurde das in alter Form und Weise immer fortgehegte Freigericht durch die französische Gesetzgebung am 1. März 1811 bereits aufgehoben. Die Freischöffen kommen aber noch jährlich am Freistuhl zusammen, und hegen mit großer Strenge die geheime Lösung, so viel Mühe sich auch angesehene Beamten gegeben haben, sie zur Mittheilung zu bewegen. Daß die Formel: Stoc, Stein, Gras, Grain, die Heimlichkeit enthalte, haben sie zugegeben, aber die Bedeutung dieser Worte nicht entdecken wollen. Sie haben auch noch die mündliche Tradition, daß Karl der Große der erste Gründer ihres Gerichts sey, und das breite Schwert, worauf sie bei der Ablegung des Eides: „dem Stuhlherrn treu, hold und gewärtig zu seyn, alles was Femwrogig, Strafen- und Mühlen-Mähre sey, anzubringen, und die Feme Niemand zu offenbaren,“ ihre Finger legten, wird von ihnen Kaiser Karls Degen genannt. Bei Trintgelagen werden sie noch wohl jetzt von ihren Genossen scherzweise gefragt, ob sie das Strop (den Strick) auch im Rodermel bei sich haben. Diese Mittheilungen verdanke ich der Gewogenheit der Königl. Regierung zu Münster und der Gefälligkeit des Herrn Pastor Niefert zu Belen.

136) Man hat sie stets falsch gedeutet. Auch Aeneas Sylvius sagt: „*Secretos habent ritus et arcana quaedam, quibus malefactores iudicant, ea, nondum quispiam repertus est, qui vel pretio vel metu revelaverit.*“ Die Unrichtigkeit des Ersteren erklärt sich aus dem Letzteren.

137) *Notsschoff*, qui privilegia et archana scabinorum archanorum falso ac dolose suscepit et perjurio commisso eos decipit. — *Unwissend omnes vocant, qui non sunt scabini privilegii atque ejus symboli nescii.* Cod. leg. etc. Trem. ap. Senek. C. J. G. I. p. 83.

2) Mit großer Strenge wurde auf die Reinheit des Bundes gesehen. Kein Unerkennbarer durfte den Versammlungsort betreten<sup>138)</sup>. Der Zweck war aber nicht, die Mitglieder und ihr Verfahren geheim zu halten; dem widersprechen alle Urkunden, sondern a) um in dem strengen Verfahren der Verbündeten und Beeidigten nicht gestört zu werden, b) das Urtheil der Achtserklärung nicht ausgeplaudert und durch Kundmachung und Warnung die Vollstreckung vereitelt<sup>139)</sup>, c) um das Bundes-Geheimniß nicht verrathen zu sehen. Daher traf rücksichtslos und ohne Unterschied den Unwissenden, der sich in der heimlichen Acht sehen ließ, unerbittlich die Todesstrafe<sup>140)</sup>.

3) Das gewöhnliche Verfahren war Contumacial-Verfahren; also das Urtheil: Feme oder Acht, weshalb das ganze Gericht die heimliche Acht hieß. Wurde die Achtserklärung bekannt, so konnte die Vollstreckung gehindert, und die Rache auf den, welcher damit beauftragt war, geleitet werden. Daher war, wie bereits oben entwickelt, das Geheimhalten des ergangenen Urtheils bis zur Vollstreckung strenges Bundesgesetz, welches in früherer Zeit so weit gieng, daß man selbst die Ausfertigung des Urtheils untersagte. Nur dem Kaiser war man Rede und Antwort zu geben verbunden<sup>141)</sup>.

138) „Es ist in allen Fürsten Rechten gesetzt, daß ein jeder offenbar ehrloser Mann aus allem Ehren und Freiheiten gesetzt ist, wenn sich daher ein solcher in die Heimlichkeit des Gerichts flieht, so ist er eher zu hängen als ein Unwissender, denn das Gericht wäre sonst mehr gesetzt wider ein gemein Gut, Ruß und Ehre aller deutschen Lande, als die Ehre zu behalten.“ *Hahn*, I. c.

139) In einer Zeit, wo Gewalt und Faustrecht herrschte, war wohl keiner sicher, den man als Vollstrecker eines Urtheils kannte. Eine große Menge Hülfleistender Schöffen und das Geheimhalten war daher nothwendige Folge.

140) „Wenn sich ein Unwissender Mann an der heimlichen Acht des Königs zeigt, dem soll man die Hände voran zusammen binden mit einem Strick bei die Füße, und ihn dann hängen an den nächsten Baum.“ *Senckenb.* I. c.

141) Welches sich wieder, wie oben gezeigt, an das alte Verfahren reihte, das noch keine Urtheilsausfertigungen kannte. Die Ruprechtschen Weisthümer erklären, daß ein Verfehrter dem König bei Schöffen eid müsse genannt werden. Auch sei man verbunden, ihm zu sagen, aus was Ursach, an welchem Stuhl; man solle aber über die Feme

4) Schon vor der Eröffnung des gerichtlichen Verfahrens drohte dem Ankläger Rache und Verfolgung. Man pflegte daher auch ihn geheim zu halten, und selbst den Gegenstand der Klage nicht in der Ladung auszudrücken. Doch wurde dies zumelst als mißbräuchlich erkannt und abgestellt<sup>242)</sup>.

5) Dagegen schrieb man nach befestigtem Ansehen, das mit unsichtbarer Gewalt alle in Ehrfurcht und Schrecken gefangen hielt, auf die Ladungen, Urtheile und Schriften der Ferngerichte: Dies soll Niemand lesen oder hören lesen, der nicht ein Freischöffe ist des heiligen heimlichen Gerichts<sup>243)</sup>. Dies ist ein wichtiger Beweis, daß man anfangs nur Freischöffen vorlud, und daß Unwissende gar nicht geladen wurden. In späterer Zeit, wie auch Unwissende geladen wurden, blieb diese Formel doch noch herkömmlich, und es bethätigt dies das ungeheure Gewicht und Ansehn des Ordens, denn man wäre wohl leicht vom Gebrauch dieser Formel abgekommen, wenn man des Erfolgs nicht gewiß gewesen wäre. Natürlich zählte

keinen Brief geben, sondern mit dem Freigraf und Freifronen es beweisen. Dawider wird eingewandt, die seien fern, und könne man nicht allezeit haben. Antwort: Man solle sie überkommen und erwerben. Hierauf wird eingewandt, daß man in diesem Lande viel Briefe gesehen, so Freigrafen über die Versenten gegeben. Antwort: „Freigrafen die solich brieff gegeben hetten, die weren recht toren gewesen.“ (Dortmunder Weisthümer sagen: „Gäch und Karrent.“) *Senckenb. C. J. G. I. p. 69.* Die Sigismundsche Ref. v. 1439 modificirt die Sache: „Item en sal ghien vrigrove breve gheven to bekennene, dat jenich man vervemet sy, dan he mach den cleghe bekantnisse geven, mit sinen segele, seven vryenschepenen, dat he den man van sinen rechte gesat hebe, myt rechter verbadinge und orbelen, alse recht is; den selven brief sal de cleghe heymeliken by sich beholten und des nemanbe openbaren, dan rechten echten vryenschepenen, be dessen vrien ban van em ontfangen hebt.“

142) „Jeder muß wissen, warum er geladen wird. Nun sind etliche dawider wegen der Heimlichkeit, und die verschlossene Ladung möchte ungeachtet der darauf geschriebenen Warnung eröffnet werden.“ *Hahn, I. c.* — Die geheime Anklage und die Pflicht hierzu blieb mit großer Strenge auch im 17ten Jahrhundert noch Sitte. Man ersetzte dadurch den Mangel der Polices und eines öffentlichen Anklägers. Man vergl. die Urkunde bei *Kindl. M. B. III. 2. No. 235.*

143) „dussen Breff en sal Nymand lesen, upbreken noch horen lesen, he en sy en recht vryschepman des hemelichen Gerichts.“ *Urk. v. 1460 Kindl. M. B. I. No. 148.* Die Arnöb. Reform. bei *Senckenb. C. J. G. I. p. 99.* schreibt es ausdrücklich vor.

dies Geboth jede Neugier, da man die Freischöffen für allwissend hielt, und nicht gewiß sein konnte, ob der Rächer nicht in der Nähe lausche.

6) Will man noch ein recht auffallendes geheimes Bundeszeichen, so ist es das, daß am Bund auch die geistige Gewalt der Kirche scheiterte, und daß kein Freischöffe einen Gegenstand der Geme dem Beichtvater zu entdecken verpflichtet war, im Gegentheil auch in der Beichte das strengste Geheimniß seiner Bundespflichten beobachten mußte <sup>144)</sup>.

Daß übrigens die Kaiser selbst die Geheimnisse des Bundes sanctionirten und billigten, folgt schon aus dem Ganzen, und daraus, daß sie selbst Theilnehmer und Beschützer der Verbindung waren. Ausdrücklich sagt es aber auch Karl IV. in der den Abten von Corvey im Jahre 1349 ausgestellten Verleihungs-Urkunde <sup>145)</sup>.

6) Verhältniß der Gemgerichte Westphalens zum Auslande.

1) Wie die Evocationen allgemein in Deutschland ansetzen einzureißen, und dies mit manchem Druck und mancher Beschwerß verbunden war, suchte man sich durch Privilegien dagegen zu schützen, die man sich vom Kaiser geben ließ. Unsere Freigerichte hatten von alter Zeit einen vorzüglichen Ruf der Rechtspflege, wurden häufig gesucht, und man ließ sich auch von ihren Ladungen in gleicher Weise Befreiungen ertheilen, wie das Beispiel der Stadt Bremen im 12ten Jahrhundert beweist <sup>146)</sup>.

144) In der Disp. An. ap. *Hahn*, l. c. p. 661 wird dies deutlich angeführt und zum Vorwurf gemacht. Wir mögen die Stelle nicht ausziehen, weil sie, wie der ganze Cober, durchaus fehlerhaft abgedruckt ist.

145) *Lünig*. III. p. 107.

146) Auch sind hieher zu rechnen die vom Kaiser Friedrich II. bestätigte *leges Brunsvic.* (aus der Mitte des 13ten Jahrhunderts) bei *Leibn.*, S. R. B. III. p. 437. art. 54. „Ic ne schal neyman den anderen wroghen in dat vemeedingh biwane id en si wittik deme Rade.“ — Solche Privilegien gehen häufig in die Stadtrechte über. Die ältesten Stadtrechte, die die Competenz der Freigerichte ausschlossen, sind wohl das Dortmunder und Rätthensche, die bis in das 12te Jahrhundert hinreichen. Späterhin erhielten sowohl Dortmund als



2) Solche Privilegien kamen in der Zeit, wo sich der Bund gebildet hatte, am meisten zur Sprache, und sie wurden auch da von den Freigerichten in der Regel respectirt <sup>147)</sup>.

3) Ein anderer Grundsatz aber, den die anarchische Zeit hervorgebracht hatte, nämlich, daß sie stets da competent seien, wo beim ordentlichen Richter und sonst kein Recht zu erlangen sei, brachte nicht nur die Privilegien sehr ins Gebränge, sondern gab auch den Femgerichten beinahe unbeschränkten Spielraum, indem der Beweis, daß der ordentliche Richter des Beklagten mächtig, und dieser, sich zu stellen erbötig sei, schwierig war, der arme Kläger aber, der weit herkam, sein Recht zu suchen, schon die Vermuthung für sich hatte, daß ihm das Recht an anderen Orten geweigert sei <sup>148)</sup>. Auch mochten die Femgerichte, da ihre Macht und ihr Ansehen so sehr begründet war, daß sie sogar über gewisse Sachen als Femwrogen sich ausschließlich Competenz vorbehielten, es so genau nicht nehmen, und der Zustand Deutschlands war eine geraume Zeit so gestellt, daß die Femgerichte wohl selten jene Einrede hörten. Das fühlbare Gewicht dieser Gerichte aber, die Furcht, die man vor ihnen hegte, und das Umsichgreifen ihrer Macht steigerte die Beschwerden; und es wurde durch Reichsgesetze und Reformationen ihnen der Grundsatz aufs schärfste zur Pflicht gemacht, nur dann einzuschreiten, wenn der Kläger umsonst vor seinem ordentlichen Richter Recht gesucht habe <sup>149)</sup>.

Rüthen selbst Freistühle. Vergl. Corvey'sche Gesch. I. 2. S. 205 und Cosmann, Materialien und Beiträge S. 1. Wir dürfen hierbei nicht übersehen, daß bei den ältesten Stadtrechten Westphalens die nächste Veranlassung wohl die war, weil das Freigericht das Landgericht war, aus dem sich die Städte herauszogen.

147) Auch Päpste verliehen solche Privilegien. Man vergl. Berck. a. a. D. S. 443. u. f. Privilegien sollen geprüft und geachtet werden. Der Geladene muß aber erscheinen und sie beweisen. Dortmund. Weisthum, bei Senckenb. C. J. C. I. p. 113.

148) Die Stadt Frankfurt wandte im Jahre 1470 vor dem Freistuhl zu Brakel ihr Privileg vor. Es fand sich aber darin die Clausel: „Es were dan dat de Gieger kuntliken nit recht wederbaren mochte, und ume dat recht versaget wurde.“ Die Einrede wurde hierauf sogleich verworfen. v. Senckenb. v. d. kais. Ger. No. 40.

149) Daß auch innerhalb der Grenzen Westphalens in Beziehung auf die landesherrlichen Gerichte dieser Grundsatz festgehalten wurde, ist

3) So wenig die Freiherren diesem Grundsatz etwas entgegen setzten, vielmehr ihn anerkannten und respectirten, so war doch theils die Verfassung und die Verpflichtung des Schöffenbundes so, daß der Grundsatz nicht überall in Anwendung gebracht werden konnte, theils mochte hier und da derselbe gebrochen, und dennoch gewaltsam durchgegriffen werden. Wir sehen daher vielfältig Bündnisse gegen die Femgerichte schließen, und erkennen darin nicht nur den Beweis ihrer großen Macht, sondern ein neues, sehr wichtiges Bundeszeichen; denn es konnte nur Bund gegen Bund auftreten, und gegen ein Gericht brauchte man keine Verbindung, wenn ihm nicht ein bewaffneter Schöffenbund zur Seite gestanden hätte<sup>150)</sup>. Die Femgerichte ignorirten diese Bündnisse, und mögen sie als ein verfassungswidriges, nicht zu beachtendes Attentat betrachtet haben, da sie nicht einmahl Reichsgesetzen ohne ihre Mitwirkung einen Eingriff in ihre Autonomie gestatten wollten. Sie konnten auch um so mehr schweigen, da selbst in den Bundesstatuten fast immer der Fall ausgenommen war, wo der ordentliche Richter dem Kläger nicht zu seinem Recht verhelfen könne<sup>151)</sup>. Wer aber vermöge seiner bürgerlicher Stellung

---

schon früher erwähnt worden. — „Item dat friese gericht in Westphalen so zu bestellen, dat die undersassen gegner den andern dair laden noch heyschen sall, die sich eren und rechts fur syne Herren und gericht en erbode, darunder sey geseffen were, it en were dan sache, dat yme der sulchs zu thun hette, dat recht oder den ussdracht vonn dem Herren oder gericht darunder hey geseffen wer, verzogenn oder verschlagen wurde.“ Eölnische Erblandeseignung v. 1463. Steinen, Westphäl. Gesch. IV. S. 1266. Noch im Jahr 1504 protestirt nach einer handschriftl. Urkunde der Vogt gegen das Verfahren des Freisühls zu Hastehausen, weil er des Beklagten zu Ehren mächtig sei.

150) Ber d a. a. D. S. 447. u. f.

151) Als Beispiel stehe hier der Fürsten- und Städtebund von 1461, wodurch verabredet ward, daß Jeder allen Unterthanen verbieten solle, Niemand mit Westphälischen Gerichten vorzunehmen, ausgenommen, wenn er seine Obern unterrichtet, daß die Sache dahin gehöre, Er seinen Gegner nicht habe zu Recht bringen können, und sein Oberer ihm erlaube, sein Recht zu Westphalen zu suchen. *Datt.* de P. P. p. 758. Die Vereinigung der Städte Goslar, Braunschweig, Hilbesheim, Einbeck und Helmstädt von 1398 war auf 5 Jahr geschlossen und steht gedruckt in Braun's Beiträgen zu den

statutenmäßig und eidlich sich verpflichtet hatte, von dem verlangten sie, als Männer von Ehre, daß er seinem Eide treu bleibe. Denn oft stand es im Bürgereide der Städte, „daß sie allein in der Stadt und sonst nirgend Recht geben und nehmen, nehmen und geben, und sich des ungeweiigert wohl begnügen lassen wollten.“ Als daher bei einer Klage vor dem Freigraf der Krummengrafschaft, wo ein Bürger von Eßlingen seinen Mitbürger verklagte, erwiesen wurde, daß jener Bürgereid von jedem Bürger geschworen werde, erkannte das Gericht, das über hundert echte rechte Freischöffen und Freigrafen umstanden, mit gemeiner Folge für Recht, daß der Kläger „darumt sin borgerrecht, hoe gelübde und aide überfahren und verbrochen, und sy darumb lobloß, truweloß und meinydig“<sup>152)</sup>).

4) Wenn die Macht und das Ansehen, worin sich die Femgerichte befestigt hatten, sehr leicht zu gefährlichen Mißbräuchen Anlaß geben konnten, so war doch das noch ein Hauptgegenmittel, daß alle Freischöffen fest an die Freistühle Westphalens und an das General-Capitel, an deren Aufsicht und strenges Herkommen gebunden waren. Die Geschichte hat es genugsam erwiesen, daß nur innerhalb Westphalen Freistühle existirten, und daß sich die Genossenschaft eine Erweiterung dieser Institution über andere Gegenden Deutschlands gar nicht möglich dachte, so daß sie nicht einmahl die Errichtung neuer Freistühle in Westphalen zugab, wiewohl einige Kaiser dies versuchten<sup>153)</sup>, wozu sie bei dem steigenden Ansehen der Fem-

deutschen Rechten des Mittelalters Abschn. 7. Es heißt darin: „oz so heft dat recht iroft, dat jowelc man sel der walt erwerben mid ghewalt, were of jemerid, de dar beschuldiget worde, des we nicht mechtich en weren to den eren, deme en hulpe disse eninghe nicht.“ Die Uebereinkunft des Hansbundes gegen die Freigerichte v. J. 1447. bei Berck, a. a. O. Urk. No. 8. Hiernach war es jedoch Westphl. Städten erlaubt, Freischöffen aufzunehmen.

152) *Datt l. c.* Cap. 3. Wir können es uns so auch erklären, daß zu Augsburg im J. 1468. zwei geköpft wurden, weil sie ihre Mitbürger an das Westphälische Gericht gezogen hatten. *Knipchild, de Jur. Civit. Imp. III. 3. 53.*

153) Namentlich Karl IV., der sogar außerhalb Westphalen Freistühle errichten wollte, aber daran gehindert wurde.

gerichte, und bei so mancher Zugabe, die ihnen eine veränderte Gestalt gegeben hatte, der Schein verleierte, als wenn diese uralten Freigerichte besondere Institutionen seien.

a) Gerichte, die man außerhalb Westphalen Ferngerichte genannt, und mit den Westphälischen verwechselt hat, waren nur schwache verunglückte Nachahmungen, wie das monströse Gericht zu Celle und Braunschweig.<sup>154)</sup>

b) Andere Versuche, ein Ferngericht außerhalb Westphalen mit echten Freischöffen zu besetzen, sind nur selten, immer mißbräuchlich, und ohne allen Erfolg gewesen.<sup>155)</sup> Ein Hauptbeispiel giebt die Urkunde, wodurch der Graf Ulrich von Württemberg in Auftrag des Kaisers eine Gerichtssitzung mit Freischöffen zu Stuttgart hegt, die Sach. aber an das Capitel der heimlichen Acht nach Westphalen verweist.<sup>156)</sup>

154) Auf dessen Statuten und Gewohnheiten unbegreiflicher Weise Spittler (Gesch. Hannovers I. S. 60.) seine Kenntniß und Ansicht vom Ferngericht gebauet hat. Leute, die ihre deutsche Geschichte aus Schlenker's und Gramer's Romanen geschöpft haben, haben noch an gar viel schauerlichen Orten Ferngerichte gewittert. Zur Widerlegung verweisen wir auf Kopp, Absch. 3. und Berd S. 192 und 231 f.

155) Viele glaubten aus Irrthum, es gebe auch außerhalb Westphalen Freigerichte, so wie überhaupt die Kenntniß der Verfassung gering war. In dem Straßburger Privileg von 1451 heißt es: „vor kein heimlichen oder Westphälischen Gerichte, Stuhlherren, Freygraven, noch freyen Stuhl in Westphalen, noch in anderen landen, stätten, Dörfern und Gebieten, wie die genant oder wo die gelegen sint, um kein sache mit Plage fürnehmen“ u. s. w. Müller, Reichstagstheater.

156) Nach einer ungedruckten Urkunde v. 1465. — Ein anderes Beispiel bei Berd a. a. D. 450. — Der Kaiser Siegmund verwies auch eine Sache an die Stadt Dortmund, und sagt in der im Jahr 1433 zu Rom ausgestellten Urkunde: „Nue mogten wir solcher heimlich gerichte in den walschen landen nicht wol besetzen als von verhungre wegen der Freyschopfen, und auch von wegen grosser unnuße die wir under handen haben umbe der heilligen kristenheit willen.“ Mallinckrot, neuestes Mag. für Westf. I. 3. S. 298. — Zu den Mißbräuchen und Irrthümern rechnen wir auch die Freistühle im Odenwalde, von denen Kirchenrath Dahl in den Curios. III. 2. S. 217. erzählt. Wir können aber nicht näher darüber urtheilen, weil wir die Urkunden nicht kennen. — Zuweilen mochte man sich wohl freiwillig vor einer Anzahl Freischöffen stellen, aber auch nur mißbräuchlich. Der Graf Johann von Dertingen erboth sich 1440 einer Stadt in Bayern, er wolle ihr zu Recht stehen vor sieben oder neun Wissenben, darunter sich

## 7) Vorwürfe und Haß gegen die Femgerichte.

Kein Institut ist mehr angefeindet worden, als das der Femgerichte. Wir müssen aber hier die Zeit der Blüthe und der höchsten Macht von der des Verfalls und Untergangs wohl unterscheiden. Alles was wir überhaupt in dieser Abhandlung entwickelt haben, gilt nur von der guten Zeit, nicht von der spätern, die bedeutungslos ist<sup>157)</sup>. Wir haben den Baum von seiner Wurzel bis zur vollen Blüthe und belaubten Pracht verfolgt, und die Früchte gezeigt, aber nicht von den kahlen, entblätterten Zweigen des eingetretenen Winters geredet. Die Vorwürfe fallen wie Kindlinger bemerkt hat, erst in die zweite Hälfte des 14ten Jahrhunderts. Es mußten natürlich üble Wahlen von Schöffen hie und da vorkommen, als sich der Bund über ganz Deutschland verbreitete, und so zahlreiche Mitglieder aufgenommen wurden, für die man nicht immer einstehen konnte<sup>158)</sup>. Mit Unrecht beschuldigt man aber das Ganze dessen, was nur Einzelne trifft<sup>159)</sup>. Gewiß gab es

Rathes von Hurnheim befinden solle, worauf die Abgeordneten erwiederten: es wären in ihrem Rath nicht über fünf oder sechs Wissende, siehe ihnen also nicht zu, von solchen Dingen zu handeln. v. Lang, Gesch. Ludwigs des Bärt. S. 195.

157) Die Vorwürfe würden eigentlich nicht in diese Abhandlung gehören, da sie die Zeiten des Verfalls treffen. Vergessen wir daher nicht, daß sie in ihrer Blüthe als kaiserliche Gerichte mehr als ihre Pflicht erfüllte, daß sie kaiserliche Gewalt, Pflicht und Würde ganz in sich repräsentirt haben.

158) Auch der bei Hahn abgedruckte Codex tadelt dies verschiedentlich.

159) Ungeheure Mißverständnisse und Mißgriffe waren besonders bei entfernten Freischöffen, die den Geist des Instituts nicht vollkommen kannten, unvermeidlich. Ein schreckliches Beispiel findet sich bei *Freher*, l. c. p. 194, wo Augsburger Freischöffen einen ihrer Mitbürger hängten. Aber der Bruder des Gemordeten läßt sich selbst zum Freischöffen machen (um Klagen zu können). Der Freigraf von Bolmeslein beauftragt den Bürgermeister zu Augsburg, der auch Freischöffe ist, mit der Untersuchung, und dieser schickt die Protocolle ein, und erbittet sich Verhaltungsbefehle. Er bemerkt, daß wegen dieser Sache große Reue und Ruf unter den unwissenden Leuten sei, und daß es gerathen sei, hier die strengste Gerechtigkeit auszuüben. Ein Beweis also, daß die Unthat nicht die Femgerichte traf, daß man bei ihnen selbst Schutz und Hülfte suchte, und Ungerechtigkeiten nicht nur verfolgte, sondern auch die öffentliche Meinung achtete. Ein anderes abschreckendes Bei-

unter den Freischöffen Manchen, der sein Schöffennamt und seine Rechte mißbrauchte, um Privatleibenschaften zu fördern; gab es doch in allen Ständen Ehr- und Eidvergeßene Bösewichter; wir sehen aber nirgend das Institut selbst von seinen alten Prinzipien strenger Pflicht und Ehre abweichen. Nicht zu vergessen ist auch, daß Manches auf Rechnung der Freischöffen geschah, woran sie keinen Theil hatten. — Sollten wir

spiel von Mißbrauch ist nachzulesen, bei *Dass*, de P. P. p. 737. — Herzog Ulrich von Württemberg, der von Leidenschaft entbrannt den Hans von Putten erschlagen hatte, wußte im Gebräng der zum höchsten Haß entflammten Familie Puttens sich nicht anders zu vertheidigen als dadurch, daß er erklärte, er habe als Freischöffe gehandelt: „das wir auch also gethan, in gestalt, wann wir solliche noch vermög des hailigen rychs haimlichen gericht, und noch freien stultordnung und rechtsetzung zu thun fug und macht gehabt.“ Dennoch bekennet er, wie man den unglücklichen Putten vielfach gewarnt habe, der Leidenschaft aus dem Wege zu gehen, und nicht mit hinaus zu reiten. Der Herzog rebet ihn an: „wil als ain Fryschöff selbs gegen dir um dyn an mir begangene Bösewicht stuch, als ainen treulosen verreterischen Bösewicht gegen dynem leib und leben handeln, und dir thun, das dir zugehört, wie ich als ain Fryschöff, wie du waist zu thun gut macht hab. Ine daruff angeschryen, das er sich sein leibs und lebens wörn sölt, uns daruff zu ihm genähert und in Krafft kaiserlicher Recht Fryhait, so den fryen stülen haimlicher gericht gegeben, ine an synem leib und leben umb syne begangene Bösewichtstuch zu straffen, fürgenumen, und understanden, und haben im selbigen dannoch miltter und weniger gehandelt, dann wir als ain wissender Fryschöff gegen ainen sollichen Bösewicht macht gehabt, ine auch mit roß, harnasch und gewor nit vermaß überrycht noch (wie die von Putten lügenhaft anzeigen) ongewarnt angriffen und überenyt.“ Die von Putten sagen in ihrem Ausschreiben vom Jahr 1516. „Nachdem von kainem Fürsten im heiligen Reich gehört, das Er ainen übelthäter, wie groß der gewest, wir geschweigen aines unschuldigen frummen meynschen, nach vermög oder in schein des Westuelischen Gerichts mit angner hanndt gehangen hab, wan auch nach ordnung des Westuelischen Gerichts nyemandt, dann allain sölich öffentlich übelthäter die unwiderspöchlich und unzweyffentlichen den todt vermurkht und ver schuldt, oder aber ordennlicher und gebürlicher weise am westuelischen Gericht zum todt verurtheilt und gerecht sein, vor ainen wissenden dermaßen gehanngen werden mög, der in diesem vall wider Hannsen von Putten seligen sayns nye auffindig gemacht worden ist, oder auffindig gemacht werden mag, und wo söliche des mörders entschuldigung, die Er auf das westuelisch Gericht lügenhafter und gedichtter weise fürnempt, stätt haben und zugelassen werden sölle, so möcht ain yeder Morbt, wie bößhaftigklich der geschehen, darauf verantwort, das dann wider alle göttliche und menschliche gesetz ain fürderung der merderischen bößwicht und ain verriltung der frummen were.“ — Münch, u. v. Puttens Werke, II. — Der Herausg. sagt zwar: „Nun setzen wir aber bei jedem in die Geschichte nur einigermaßen Eingr-

an der Prudenz und gesunden Urtheilskraft der Freischöffen zweifeln, weil wir hier und da ein ungerechtes oder dummes Urtheil finden? Welche Zeit hat nicht mitunter Dummköpfe auf dem Richterstuhl gesehen, und ist es mehr, wenn jene Schöffen einmahl nicht Urtheil finden konnten, und sich Rath's erhoblen mußten, als wenn in unsern Tagen mancher Richter seine Urtheile aus Gesetzesstellen und Handbüchern mühsam zusammenstoppelt, während er keines gesunden Begriffes fähig ist! — Gewaltsam und vom Drang der Zeit gebothen waren die Mittel, die der Bund anwendete; es konnte daher auch hier und da ein Mißgriff und eine Gewaltthat nicht vermieden werden<sup>160</sup>). Aber immer sind es nur einzelne Fälle, deren man bei jedem gerichtlichen Institut aufzeigen kann. Wer wollte den ehemaligen deutschen Kreopag verdammen, weil mitunter bestechliche Schurken in seiner Mitte saßen, und nun bedenke man jene Tausende von richterfähigen Schöffen.

Mitten im großen Chor von Schriftstellern, die den Fluch über die Femgerichte aussprechen, müssen wir daher bei unserer Ansicht beharren, daß sie eine große und ehrwürdige Erscheinung in der deutschen Geschichte sind. Was war aber natürlicher, als daß eine große Masse von Menschen, die in ihnen die gefürchteten Rächer jeder ungerechten That sahen, sie haßten und schmähten; was war natürlicher, als daß Fürsten und Stände,

---

weiheten als bekannt voraus, daß die bereits abgekommene Behme vor dieser Begebenheit noch einmahl feierlich durch Kaiser Maxen abgeschafft worden." Dennoch aber irrt derselbe, wie er aus den Worten derer von Hutten selbst entnehmen kann, die von der Abschaffung des Femgerichts nichts wissen. Höchst merkwürdig ist es jedoch, wie so spät noch die Freischöffenrechte so schrecklich konnten mißverstanden, mißbraucht und mit Hintansetzung aller alten Formen zum Deckmantel einer Gewaltthat schnöder Leidenschaften herabgewürdigt werden.

160) So wie auf der andern Seite eine Pflichtvergeffenheit, die der Strenge des Bundes entgegenarbeitete. In dem bei Hahn abgedruckten Codex wird es getabelt, daß der Freigraf mit der Macht, die er habe, eine Ausfertigung des Urtheils zu geben, wenn er wolle, großen Frevel und Untrug verübe. Er nehme wohl Geld und gebe das Urtheil Einem, der desselben Brodt esse, womit alle Rechte verloren seyen. Denn dieser nehme auch Geld, und spreche, was seines Herren Brodt wolle, was doch Kaiser Carolo nie lieb gewesen.

nachdem sie ihrer Hilfe nicht mehr bedurften, an ihrem Untergange arbeiteten, so wie sie im Streben nach Territorialhoheit jede kaiserliche Einwirkung zu schmälern und zu untergraben suchten? Die Tadeln fanden leicht ihre Organe, und der Glaube der Menge war um so leichter zu befangen, als das Geheimnißvolle und Dunkle der Verbindung die schauerlichen Vorstellungen davon vermehrte. Möser hat wohl Recht, wenn er sagt, daß der Haß ihnen manches, was übertrieben sei, aufgebürdet habe.

- 1) Unter der großen Menge waren es hauptsächlich die Theologen und die gelehrten Juristen, welche ihre Galle auf die Femgerichte ausgoßen. Der Coryphäe von Allen ist der Johannes von Frankfurt<sup>161)</sup>, der es mit den Juristen unerhört findet, einen Menschen ohne weitläufigen Prozeß, und ohne daß er convictus und confessus sei, zu hängen, Ankläger und Richter in einer Person zu vereinigen. Noch mehr ergrimmt er aber als Pfaffe, daß ein Christ ohne Absolution und Beichte solle gerichtet werden. Er wundert sich, daß Niemand es wage, gegen diese Mißbräuche öffentlich zu reden, und ruft: Heu, heu et iterum heu, et proh dolor! quanta caecitas, quanta abusio, quantaque immiseratio atque caritatis refrigeratio, vel potius totalis extinctio illorum hominum, qui non (ut puto) recte sibi potestate tradita utuntur, si tamen aliqua sit talis, et non potius frivola adinventio. Quomodo tales pro hujusmodi mortibus Deo re-

---

161) Er war Pfälzischer Capellan und Secretär, lebte um 1430. — *Tractatus contra Feymores in Marq. Freheri, Comment. de secr. Jud.* Hat Freher doch keine bessere Belege angeführt, um es zu rechtfertigen, wenn er von ihnen sagt: *Quibus potestas judiciana pro licentia fuit, supplicia pro ludo, homines pro pecudibus, leve denique habitum obvio alicui nodum informis lethi injicere, et sub jure fori non noxia colla ligare?* — Dies überall unrichtige ungerechte Urtheil ist zu allen Zeiten, und auch von Ausländern nachgebetet worden. So sagt *Rigoley de Juvigny* (de la Decadence de lettre et de mœurs p. 238.) indem er die Einsetzung von Karl d. Gr. gegen Boltaire abläugnet: *Il ose attribuer a Charle magne l'institution de la Cour Vehmique ou autrement du Tribunal secret de westphalie, Jurisdiction de sang, qui fait horreur et laquelle presidoient des bourreaux, plutot que de Juges.*



spondebunt; mortibus dico, temporali et aeterna! Cur non cogitant tales, quod etiam morituri sunt, et iudicium fiet eis sine misericordia, quoniam immiserordes fuerunt? Aber solch Angstgeschrei schreckte jene Männer nicht. Johannes fährt fort, mit der Bibel gegen die Feindgerichte los zu ziehen, und zürnend zu schimpfen. Nachdem er am Schluß von seinem guten Gewissen geredet, und Liebe und Verzeihung gepredigt hat, endet er folgendermaßen: De III. quaestione de Sanctis etc. ego Magister Johannes de Francfordia, sacrae Theologiae professor miser et inutilis ac haereticae pravitatis inquisitor a. 1429 in oppido luter Herbipolensis dioecesis, praedicavi contra unum haeticum dictum Joh. Fuyger, qui eadem die fuit combustus: qui tenuit inter alios valde multos articulos erroneos, quod neq. beata virgo, nec sancti quicunque essent invocandi, quem articulum ibidem efficacissimis rationibus confutavi. Möchten wir da nicht mit dem Verf. wie oben, den Ausruf wiederholen: Heu, heu et iterum heu, et proh dolor! quanta caecitas etc.

Ein anderer Tadler <sup>162)</sup> wirft es ihnen vor, daß der Angeklagte nicht öffentlich geladen werde, daß man still und geheim verfare, daß man nicht strafe, sondern zerstöre und verdamme, indem es keinen Grad und Staffel gebe, sondern Jeder ohne Mittel gehenkt werde; daß bei den Prozeßformen oft verrätherisch die Unschuldigen könnten vernichtet werden; daß man Einen henke um Schuld, die vor 50 Jahren geschehen, darum er Gott und den Leuten genug gethan habe. Wenn der offene Richter Ehem Huld gegeben von des Galgen wegen, und ihm die Dhren habe abschneiden, oder ihn durch die Backen brennen lassen, so werde er dort gehenkt zur Stunde, wo man ihn bekommen möge. — Diese Gründe sind vernünftiger und gemäßiger, auch meist wahr, aber die Geschichte selbst hat uns Grund, Ursache und Vertheidigung zur Genüge gegeben.

---

162) An. disp. ap. Hahn L. c. p. 653.

2) Die Beschwerden der Stände des Reichs beginnen mit dem Anfang des 15ten Jahrhunderts, und steigern sich gegen die Mitte desselben. Ihre wachsende Macht ließ sie allmählig das Bedürfnis jener Verbindung nicht mehr fühlen, und die Einwirkung der kaiserlichen Gerichte fing an ihnen lästig zu werden, wozu nicht nur die Klagen der Unterthanen, sondern auch die anmaßende Gewalt, mit der die Freigerichte gegen Fürsten des Reichs selbst verfahren, Veranlassung wurden <sup>163</sup>). Anfangs zog man bloß Erkundigungen ein, was es mit dem Femgericht eigentlich für eine Verwandnis habe, und auf welchen Privilegien und herkömmlichen Rechten ihre Befugnisse beruhten, wie die Ruprechtischen Weisthümer von 1408 beweisen. Dann wurden einige Versuche gemacht, von Reichswegen einzuschreiten, aber sie waren theils ohne allen Erfolg, theils blieben die Anträge der Reichsstände ganz unbeachtet. — Das Reich war noch zu sehr zerpalten, und wichtigere Angelegenheiten drängten von außen, als daß man mit Ernst an die innere Ordnung denken konnte <sup>164</sup>). Daß aber manche Mißbräuche abzustellen, und viele wilde Ranken von dem übrigens noch gesunden Baum abzuhaufen waren, beweisen die Freigrafen und Freischöffen selbst, welche klug genug waren, einzusehen, daß Verbesserungen nöthig waren, und mit Ernst und Strenge unter Einwirkung und Beihülfe des Erzbischofs von Köln, als Herzogs, im General-Capitel die Mißbräuche abzustellen

---

163) Die Verfolgung des Herzogs von Sachsen in der Mitte des 15ten Jahrhunderts, dem Kaiser Friedrich umsonst zu helfen sich bewährte, giebt ein wichtiges Beispiel. Er zieht die Sache vor allgemeine Fürstenversammlung, und fordert den Kurfürst von Köln auf, bis dahin, als Herzog von Westphalen, mit den Freigrafen zu schaffen und zu bestellen, daß sie seinen Geboten gehorsamten und nicht ferner proceßbirten. Müller, Reichstagsth. S. 505. Insolentia horum judicam plane erat intolerabilis. Senck. Epist. in Froheri comment.

164) Vieles über diesen Gegenstand liest man in Harpprechts Staatsarchiv des Kammergerichts. Die Stände scheinen auch an einen Gegenbund gedacht zu haben, wenn z. B. in der Beschwerde No. 61 gesagt wird, daß es eine große Arbeit sey, wider die westph. Gerichte zu stehen, daß man heimliche Conservatores über dieselben erlangen solle u. s. w.

suchten <sup>165)</sup>. Ihre Thätigkeit bekunden die Reformationen, und vielfältigen Capitalsbeschlüsse und Weisthümer, welche aus dieser Zeit herrühren. Die Versuche, welche man von Reichswegen machte, blieben ganz ohne Frucht, wie die Reformation Friedrichs III. beweist, die durchaus nicht anerkannt wurde <sup>166)</sup>.

B) Einige Andeutungen über ihren Verfall und Untergang.

Die Freistühle Westphalens haben zum Theil bis in unsere Tage fortgewährt, und Eichhorn sagt sehr treffend: „Von einer Aufhebung der Femgerichte konnte in keinem Gesetz die Rede sein, da zu keiner Zeit beabsichtigt wurde, den Inhabern der Freistühle ihre rechtmäßig hergebrachte Jurisdiction zu nehmen <sup>167)</sup>.“ Aber das, was sie im Mittelalter auszeichnete, und was eigentlich Gegenstand dieser Abhandlung gewesen ist, schwand früh. Allmählig schweigt die Geschichte von den Femgerichten, von ihrem mächtigen Einfluß auf ganz

165) Wir erkennen dies hauptsächlich aus der Capitulation des Kapiteltages, den Erzb. Philipp ausgeschrieben, bei Goldast, Reichsregung S. 235, wo alle Vorwürfe, die man den Freigerichten machte, aufgezählt werden. Deshalb soll der Reformation und den Rechten gelebt, und alle Unsicherheit und ungebührliche Handel gemieden werden, wie dies der Kaiser will. Ein Gleiches bekundet die vom Erzbischof Herrmann ausgegangene Reformation von 1522, die hauptsächlich gegen den Mißbrauch eifert, daß solche vor die heimlichen Gerichte gezogen werden, deren ihre Herren, Obrigkeiten und Gerichte zu den Ehren vor ihnen oder andern landläufigen Gerichten mächtige seyen. Goldast a. a. D. S. 252.

166) Ueber alle diese gesetzlichen Denkmäler verweisen wir auf Kopp's Werk von den heimlichen Gerichten. — Die Macht und Widerpenftigkeit der Freigrafen beweist ein kaiserliches Ausschreiben von 1454 an die Stände, worin bekannt gemacht wird, daß die Freigrafen wider die Reformation der Ordnung Folge zu leisten weigerten, weshalb sie denselben keine Hülfe leisten und ihre Proceßur nicht respectiren sollten, auch solches in ihren Herrschaften, Landen und Gebieten nicht gestatten. Müller, Reichstagsgh. S. 506.

167) Staats- und Rechtsges. III. S. 200. — daß kein Reichsgesetz sie aufgehoben, beweist Kopp, a. a. D. S. 43. Dennoch behaupten Mehrere die förmliche Aufhebung der Femgerichte. z. B. Westensrieder im Glossar v. Westph. Gericht, welcher den Zeitpunkt in das Jahr 1512 setzt. Aber die Kammer-Ver. Ordnung von 1655 (II, 20. S. 8.) gedenkt noch der heimlichen Gerichte in Westphalen.

Deutschland, von ihren Evokationen, von der Aufnahme auswärtiger und ritterbürtiger Schöffen. Hier endet ihre Zeitperiode für das Reich, aber sie reiht sich an keinen gesetzlichen oder verfassungsmäßigen Akt, sondern die Veränderung ist Folge einer neuen Zeit, die schon lange vorbereitet, in Cultur, Wissenschaft, Sitte, Bildung vorgeschritten war, und auf die ganze Verfassung des Reichs ihren entscheidenden Einfluß mehr und mehr entwickelte. Die Beschwerden im 15ten Jahrhundert über die Femgerichte waren schon Andeutungen. Mit dem Ende des Jahrhunderts, ist die Geburt einer neuen Zeit vollendet. Das Femgericht neben dem Reichskammergericht, neben dem ewigen Landfrieden, in der geregelten Verfassung und Eintheilung des Reichs, bei der befestigten Gewalt der Landesherren<sup>168)</sup>, der gelehrten Jurisprudenz, einer neuen peinlichen Gerichtsordnung, waren nun außer der Zeit, sie bestanden fort, aber von ihrer Vernichtung und Aufhebung, die man sonst so sehr gewünscht hatte, war keine Rede mehr, und das Ende ihrer Gewalt läßt sich nun eben so wenig, wie ihr Anfang, an einen festen Zeitpunkt in der Geschichte reihen. Die Verbrechen gegen den Landfrieden fielen weg<sup>169)</sup>, alle Bünd-

168) welche nun unter den Beschwerden anführen: „daß dadurch die hohen Gerichte, der Bann, über das Blut zu richten, der doch bei den höchsten Regalien sey, verachtet werde.“ Antrag der Stände zu Trier 1512. bei Goldast Reichsagung S. 235.

169) Biewohl eben so allmählig, wie die Mittel dagegen sich gebildet hatten. Im Jahre 1495 war der Landfrieden publicirt. Wie wenig dies manchen Ritter kummerte, zeigen so viele Proceuren des Kammergerichts. Als Beispiel führen wir den Ritter von Egloffstein an: „Embieten unserm gnad und des Reichs lieben getreuen, Mertein von Egloffstein unser gnad und alles gut, Es hat unser königlicher Cammer-Procurator, Biscal, general, Rat, und des Reichs lieber getreuer, Peter Felsch, unserm königlichen Cammer-Gericht mit Clag fürbringen lassen, wie du über und wider den gemeinen Landfrieden auch königlich Reformation und gulden Bullen, unerfolgt einichs rechtens des nechst verschynnen Wynnnters umb lichteß der erbern unser lieben andechtigen Berenen Georgen von Egloffstein elicher Hausfrauen eine muthwilligz Wehde zugeschrieben und darauff einem Vorhove bei dem Schloß hennffenselt, bey Nürnberg gelegen Ir in Widschewß weyß zugehörig mit allem das darinnen gewest, bey nechtlicher Weyle verprant haben, dadurch du dann In die Pene in den gemelten Landfrieden, Reformation und Bullen begriffen, auch andere unsere und des Reichs buß und straff gefallen seyn sollst.“ Aus einer

nisse erloschen in der landesherrlichen Gewalt, Sicherheit und Friede kehrte ins Reich zurück, der Fall der Rechtsverweigerung hörte auf, ein höchstes Reichsgericht war von allen Ständen anerkannt, und ein neues Gesetzbuch ordnete andere Formen des peinlichen Prozesses an, hauptsächlich um die Nothhülfe der Ferngerichte abzustellen<sup>270</sup>). Auch in der Kirche, in Glaubenssachen, in den geistlichen Gerichten trugen sich sehr große Veränderungen zu, die die Tendenz dieser Gerichte überflüssig machten: wo konnte noch von ihrem Einfluß die Rede sein? Dennoch ist das 16te Jahrhundert ein steter Kampf um ihre veralteten Prærogative und Befugnisse. Hartnäckig hängen sie an alter Form und Weise, und hüten die morschen Säulen des Bau's, sie richten trotz der Carolina nach Freistuhlsrecht<sup>271</sup>), sie evociren noch durchs Reich, wir sehen noch Beschwerden auf den Reichstagen, ohnmächtige Versuche, die alte

---

Kammergerichtlichen Ladung unter Kaiser Max von 1497. *Parps precht Staatsarchiv I. No. 109.*

170) Es war natürlich, daß, wie sich die Landeshoheit befestigte, die Ordnung in der Staats- und Justiz-Verfassung regenerirte, die Landesherrn und ordentlichen Richter es sich nicht mehr nachsagen lassen wollten, daß bei ihren Gerichten das Recht verweigert werde. Aus einem Streit des Freigrafen zu Freienhagen mit dem Graf Günther von Schwarzburg im J. 1531 sehen wir aber, wie viel Zeit dazu gehörte, die Begriffe zu ändern. Der Landgraf von Hessen, als Landes- und Stülherr, war nachsichtiger, und der Freigraf bittet ihn sehr angelegentlich, mit Ernst darauf zu halten, daß das hochgefreite Gericht in Ehren bleiben möge. Er sucht auch die Günst durch den Vortheil der Gerichtsgefälle zu fördern, indem er schreibt: „dan igunder schwere sachen vorhänden, dardurch etlich E. J. G. verfallen sind mit pene und brüchten, dy ich gedenk zu voderen Amptes halben, so E. J. G. als stulher mir behelflich sein wolde.“ Die Rücksicht des Landgrafen und zugleich der außerordentliche Respect, den man noch vor den Freigerichten hegte, erhellt aus einer wiederholten Beschwerde des Grafen Günter, worin er sagt: „wir mochten wol leiden das der Freygreffe zweien Freyscheppen dieß orts schriebe und bevelch tete, die gebrechenn neben uns zu verhorenn, so wurde er one zweifell befinden, wes fug und grunde hans peines seiner clage hette.“ Köpp, v. d. heiml. Ger. S. 421.

171) Keineswegs verwichte die neue Criminalgesetzgebung sogleich alle Spuren ihres eigenthümlichen Verfahrens, wie Eichhorn, III. S. 200 meint. Daher befestigt sich in ihnen die Idee eines heimlichen Rechts, im Gegensatz neuer Gesetzgebung und gelehrter Jurisprudenz. „Unde deselbe Otto ys eyn echte recht vrygeshepene des hilligen Rades der hemelicken beschlotenen Rechte unde up westphelischen Erdene geboren.“ Urk. v. 1510. *Kindl. M. B. III. 2. No. 219.*

Zeit zurückzuführen, und kramphafte Gewaltthaten verzweifeln-  
 dem Trostes <sup>172</sup>). Aber sie erlagen in den Collisionen mit dem  
 Reichskammergericht <sup>173</sup>), an den Grenzen der Territorien schei-  
 terte ihr Einfluß, ihre prätendirte Gewalt war ein Popanz, den  
 Niemand mehr scheute. Verlassen vom Reich, vom Kaiser, vom  
 Herzog, der im Landesherren unterging <sup>174</sup>), waren sie eine  
 Zeitlang gehaßt von Allen, wie Jeder, der sich mit Allen in Wi-  
 derspruch setzt; sie verdummten, wie Jeder, der mit Wuth am  
 Alten hängt, und mit der Zeit fortzugehen verweigert; sie wur-  
 den zum Theil schlecht, wie Jeder, der immer und von Allen sich  
 angefeindet und verfolgt sieht <sup>175</sup>).

Im 17ten Jahrhundert schweigt alles Streben und aller  
 Einfluß nach außen, der Kampf wird nur im Innern Westpha-  
 lens, oder der alten Freigravschaften mit Leidenschaft fortge-  
 lebt <sup>176</sup>). Auch hier unterlagen aber die Femgerichte allmählig

172) Man lese hierüber das schauerhafte Beispiel, welches Rindl. (M.  
 B. III. 2. S. 698.) aus dem Jahre 1582 mitgetheilt hat.

173) Vergl. Harpprechts Staatsarchiv des Reichs-Kammergerichts.

174) Wie dem Kurfürst von Köln seine landesherrlichen Gerichte mehr  
 am Herzen lagen, als seine Freigerichte, zeigen mehrere Urkunden.

175) Nam olim ut ex vetustis literis. probe didici Nobiles milites scri-  
 bebantur vrigravil, nunc proh dolor illud judicium per pauperes, in-  
 doctos et infames pervertitur et variae vilesque causae ad illud praet-  
 or morem antiquum deferuntur. Hamelmann ex Ertwini Chron.  
 opera p. 603. Ertwin und Hamelmann schrieben im 16. Jahrh.

176) Ein handschriftlicher libellus excessuum Fisci c. die Freigrafen des  
 Stiftes Münster v. J. 1608 zählt auf eine merkwürdige Weise alle  
 nur erdenkliche Beschwerden gegen die Freigerichte auf. Es heißt  
 darin unter andern: daß beklagte sich öffentlich rühmen und ausge-  
 ben dürfen, daß sie als Freigrafen an den Orten, wo sie das Frei-  
 gericht brauchen, auch mit und neben der Orte Herrschaften und Obrig-  
 keiten in den hohen Obrigkeiten und was daran hange, ausdrücklich  
 concurriren wollen. — Daß sie von den Leuten aus jedem Hause im  
 signum subjectionis, sichere jährliche Gelbauflage abfordern, aufhe-  
 ben und bisweilen auch ersteigern. — Daß beklagte also ihr Frei-  
 gericht und deren Diener zu unterhalten den armen Leuten, als ihren  
 vermeinten Unterthanen auflegen, da ihnen doch verbotnen, die Leute  
 und Güter sich unterthänig, noch die Güter zu Freienstuhls-  
 gütern zu machen, Wiewohl ungezweifelte Rechts, daß den Freigerichten  
 in sichern Fällen limitirte Jurisdiction, da wo man den Uebertreter  
 in ihren ordentlichen landläufigen Gerichten zu den Ehren und Rech-  
 ten nicht mächtig werden kann, zusteht u. s. w. Daß beklagte dem-  
 nach sowohl fürstlicher als andern ordentlichen Richter avocationes

dem Uebergewicht der landesherrlichen Gerichte<sup>177</sup>). Der Grundsatz, daß kein Unterthan einen andern vor ein Freigericht laden solle, wenn er selbst sich vor dem ordentlichen Gericht zu Recht erbiehe<sup>178</sup>), hatte auch hier die Gewalt der Feme Gerichte untergraben, da die ordentlichen Gerichte sich unter dem Landesherrlichen Schutze nun formten und regelten, und überall gewichtvoll auftraten. Die Freigerichte fanden noch einen Rückhalt an den Ueberbleibseln uralter Verfassung in den Territorien Westphalens<sup>179</sup>), namentlich an dem alten Stand der Freien, die nie aus ihrem Placitum gewichen waren; aber

durchaus verachten, und nicht remittiren wollen. — Daß, wann die armen betrübten Unterthanen im Stift Münster zu ihrer Selbstretung bei den fürstl. Münsterschen hohen Hofgerichten kraft der Landesgerichts-Ordnung und auch Reichsabschiede *mandata cassatoria* aufbringen, diese citirte Freigrafen solche *mandata* auch gänzlich verachten, und den armen Leuten desto stärker und eifriger zusetzen. — Daß beklagte Freigrafen die Unterthanen im Stift Münster in solche Furcht, Schreck und Zagen bringen, daß sie ihnen eingeblöhet, als wenn die Freigerichte mehr berechtigt, auch mehr hoch- und Obrigkeit oder Gerechtigkeiten, als die fürstl. und andern *ordinarii superiores vel iudices* und landläufige Gerichte hätten. — Daß auch dadurch dieselben Unterthanen den beklagten Freigrafen mehr Folge, mehr Gehorsam und mehr Respect als ihren von Gott vorgesezten Landfürsten und ordentlichen Herrschaften leisten und erzeigen müßten.“ — Verf. wird künftig noch weitem Gebrauch von diesem für die Geschichte der Freigrafschaften wichtigen Aktenstück machen.

177) Man lese die Klagen des Oberfreigrafen in Westphalen bei Kindinger *N. B. III. 2. No. 235.*

178) Eölnische Erblandsvereinigung von 1463. Kopp, von d. heiml. Gerichten S. 26.

179) Einige Urkundenstellen werden dies belegen. So heißt es in einem Gewinnbrief von 1723:

„Nachdemahlen der negst alten Gesetze binnen Heringhausen soistischen Böttmässigkeit gelegener zum Oberfreigraffen = Ampt in Westphalen gehörige also genannter Linnenhoff und dessen zeitlicher Colonus schuldig und gehalten ist, alle zwölf Jahren besagten Hoff von Ihro Churfürstl. Durchl. zu Cöllen als obrist privilegirtten Statthaltern undt Lehn = Trägern aller Westphalischen undt heimlichen Gerichten *de facto* angeordnetem, als sowohl auch in futurum anordnendem oberfreigregessen umb gewisse summe zu gewinnen.“

In einer Notiz des Oberfreigrafen heißt es:

„1785 den 13. Januar habe ich den Peter Braß den an das Churfürstliche Oberfreigraffen = Amt gehörigen Morgen Lands zur Halbschied auf mein lebelang hinwieder verpachtet, das zu 1 Thlr. 15 Stüber für seinen Theil accordirte Gewinngelt ist sofort entrichtet worden.“

manche schwanden allmählig, da wo diese alte Eintheilung in der Territorial-Gewalt bereits erloschen war; andere wurden aufgehoben, oder in landesherrliche Gerichte verwandelt, wenn der Landesherr zugleich Stuhlherr war<sup>280</sup>). Nur da mußte man die Gerichte bestehen lassen, wo man die wohlerworbenen Rechte eines Dritten als Stuhlherren nicht geradezu nehmen und aufheben konnte. Diese blieben, da Civil-Jurisdiction ihnen abgesprochen wurde, und die landesherrlichen Gerichte die Criminal-Gerichtsbarkeit nicht aus den Händen ließen, meist gewöhnliche Polizei- oder Rügegerichte. Unter immerwährenden Collisionen und Streitigkeiten mit den landesherrlichen Gerichten waren sie von Stufe zu Stufe herabgestiegen, und ihr Wirkungskreis war allmählig so verkleinert, und geschwächt worden, daß man sich oft seit Menschengedenken nicht erinnern konnte, worin eigentlich ihre Befugnisse bestanden, und durch sorgfältige Erkundigung

In einer andern Notiz:

„zu alten Gesetze wird das Kaiserl. Gericht *praevia publicatione ex ambone* auf den Glockenschlag auf dem also genannten Tische gehalten, und muß Mann für Mann all den erscheinen undt selbste, was er zu klagen, vorbringen.“

Krnsb. Handschrift.

180) Am nachsichtigsten war Köln in seinen Territorien, weil sein Einfluß vermöge der Obergewalt weniger beschränkt, und daher das Verhältniß der Landeshoheit weniger nachtheilig war. Folgendes Formular einer Citation aus neuerer Zeit mag als Beleg dienen:

„Demnach Rahmens Er. Churfürstl. Durchl. zu Köln Clemens Augusti unsera gnädigsten Churfürsten und Herren als obersten Lehntragers deren Kaiserl. freien stuhlgerichten in Westphalen des Kaiserl. freyen Stuhlgericht zu Rütten auf der alten Burg an gewöhnlichem ohrt, Bank und Dingplatz dienstags den 22. — bekleidet und gehalten werden soll, als werden die an den kaiserl. freyen stuhl zu Rütten gehörige Dingpflichtige Dörffer selbigen Gerichts, wie auch die Eingeseßene deren Dörffern alten Melrich und Uebe hiermit citirt und abgelaßen, gestalten auf benannten Tag, ohrt und Platz Vormittages umb 10 Uhren ohnausbleiblich und bei Vermeidung arbiträre bruchtenstraff zu erscheinen, und die etwah vergangene zu diesem Gericht ihrer ahrt und natur nach gehörige Excesse vor- und einzubringen, auch an Platz deren abgegangener freyen andere zur Beendigung wieder vorzustellen, zu welchem Ende dan die Kaiserliche freye scheffen ihrer schuldigkeit und unausbleiblichen Erscheinen erinnert werden.“ — Im Fürstenthum Paderborn wurden die freyen Stuhlgerichte im Jahr 1763 völlig aufgehoben. Paderb. Landesverordn. IV, S. 383.



wieder einigermaßen etwas Observanzmäßiges festzustellen, und sie dabei zu schützen suchte <sup>181</sup>).

Aus einzelnen Urkundenstellen die Fortdauer der Freigerichte zu zeigen, ist von wenigem Werth und Nutzen; aber eine vollständige Geschichte des ganzen Kampfs und des allmählichen Verfalls, zu der ein reiches Material in unsern Archiven liegt, würde um so wichtiger sein, als diese archivalischen Denkmale zugleich so Vieles, was für die Rechtsgeschichte, für alte Sitten, Gebräuche und Gewohnheiten wichtig ist, aufbewahrt haben <sup>182</sup>). Anerkannt ist es aber, daß Westphalen hierin die reichste Provinz Deutschlands ist, deren Schätze zu Tage zu fördern, und die Geschichte des Vaterlands daraus zu bearbeiten, jetzt das Ziel einer erleuchteten Regierung, und der Gegenstand der Mühwaltung vieler fleißiger Alterthumsforscher ist.

181) Dies, und wie sich die Observanzen bei den verschiedenen Gerichten verschiedenartig ausgebildeten, documentirt der Bericht des Rath Zeppenfeldt Anh. No. XXXIV. — Man lese auch einen bei Kintl (M. B. III. 2. S. 703.) abgedruckten Bericht.

182) An jedem Freistuhl wurden z. B. bis in unsere Tage noch gewisse Abgaben an Geld, Hafer und Hühner für den Oberfreigraf gegeben. Eben so an den Freigraf; Alles verräth uralte Sitte. So heißt es in einem neuern Arnberger Register: „Von diesem Stuhl fällt an den Freigrafen jährlich sonst nichts, außer daß derjenige, der ihn halten und tractiren muß, ihm jedesmahl ein Pferd zuschicken, und selbigen abzulangen hat, wobei der Freigrafen Frauen ein Hinterviertel vom Kalb mit 7 Rippen in die Küche geschickt werden muß. Der Freigraf bleibt einen Tag daselbst still, und den dritten zieht er ab.“ — Diese Abgaben verringerten sich mit den Freistuhlgütern. Vergl. Urk. bei Kintl, M. B. III. 2. No. 192.



U r f u n d e n.

---

Z w e i t e A b t h e i l u n g.

---



## XXV.

Revers der Stadt Marsberg über die ihr vom  
Stift Corbey zur Hälfte verliehene Freigraf-  
schaft zu Horhus. 1358.

(Aus dem Original.)

**W**y Herman von Belinghusen richter, Bertolt monte bergermeyster, Johan Scredere, Godeverd seder, Conrad tros, Wilfin wale, Johan Uden, Herman von Zulzen, Dyderich to holte, siuerd staldreger, Johan hildebrandes, Conrad Diakelbecker und Typel temerling, Rad- lude tso merseberghe bekennet openbar vnd betuget in dussen breue vor uns, vor vnse nakomelinge vnd vor vnse ghemeynheyt derseluen stad tso merseberghe vnd dat witlich allin den ienen dy dussen sel- ven bres seyt oder horet lesen, dat dy Erwerdighen heren, vnse live here her dyderich abbet vnd dat ghemeyne Capitel des stichtes tso Corbey vmme unsen truwen dinst, den wy vnd vnse borgere von dem Merseberghe on dicke ghedan hebbet, vnd noch ef got wel on duen willet vnd moget, vs hebbet ghegeven dy vryen Grascap half tso horhus dar men pleget tso richtende heymeliche vryeding, dy ey vnd ore stichte hebbet gehad von alder tsit von keyser Otten, von konige Rudolve vnd von anderen keyseren vnd konighen des Rumeschen riches, vnd sunderlichen von dem vaverwunnen heren, Keyser Karle, dy nu eyn gewaldich Keyser iz, dy on vnd oren stichte dy voracreven vryen Grascap ghevryet, ghegeven vnd gesto- diget heft. Ouch so hebbet sy vns ghegeven alle dy broke vnd up- kome half dy von der sulven vryengrascap tso horhus vallen mogen, also dat dy selve vnse here Abbet Dyderich vnd syne nakomelinge an den Broken vnd vpkomen nicht dun schullet dy vt tso vorde- rende vnd vp tso nemende, ofte quit to latende, se en deden dat semetlichen med vns oder med dem Rade der voracreven stad tso dem Merseberghe, dy to der tit weren, vnd wy mit on, vnde dar schal vnser eyn dem anderen truwelichen tso helpen ane argelist. Vort mer wenne men eynen vryengreven setten scal in dy voracreven vryengrascap, dat scal dun vnse vorgeante here edir sine nakome- linghe med willen vnser oder des Rades tso deme Merseberghe, dy to der tit were, eyndrechtlichen. Vortmer wenne doe not were, dat

men eynen vryengreven setten scholde in dy vorscreven vryengrascap, wat dat kostede to bestedigende von dem Riche, dat schelde dy vorscreven vnse here edir sine nakomelinge vnd wy eder dy Rat to dem merseberghe dy to der tit weren semetlichen vnd mit eyn ander dun. Vort me wat vnse vorscreven here vnd sin stichte breue heden vp die vorscrevene vryen Grascap, dy en Keyser vnd Konige des Romeschen Riches habbet ghegeven, vnd by namen dy Keyser Karl, dy nu eyn Keyser is, heft ghegeven, dy schullen he vnd eyne nakomelinge vnd dat stichte to Corbey alle wege laten by dem Rade dy to dem Merseberghe, to truer hant. Vortmer were dat en der breue not were, so scholde wy ofte de Rad to dem Merseberghe dy to der tit were, en dy selven breue schicken vnd senden by vnser vrunden, dar en der breue sunderlichen ofte on vnd vns semetlichen not were, vnd wenne dat berichtet were, dar men derselven breue to der tit to behuvede, so scholden vnser stad vrunt dy breue wyder med sick varen to dem Merseberghe to truer hand to holdende also vor. Vortmer were dat vnser vorscreven heren Abbet Dyderik sine nakomelinge eder dat stichte von Corvey vnd vns vnd vnse Borgere to Merseberghe dar vmme ienich man bededingede eder hinderde mit krighe, ofte mit orloyge, dat scal vnser eyn dem anderen helpen weren mit guden truwen, und mit vuller macht, ane argelist. Vort me se habbet vnse vorgenante here vnd sin stichte vns ghelovet, dat sy dy vorscreven vryen Grascap nicht vorkopen nicht voretten, noch vorgeven schullen, noch nergen hene wenden, se en deden dat med willen vnd mit gudir vulbort synes Rades to dem Merseberghe, die to der tit were, vnd wy, eder wy eyn Rad to Merseberghe were, de en scal des selven gelik nicht dun, he en dede dat med oren willen, vnd dat love wy on in dussem breue. Vortmer wy eyn Abbet worde des stichtes to Corvey na vnser vorgenanten heren, wan men dem huldigen scholde to dem Merseberghe, so scolde he dem Rade to dem Merseberghe des sinen apen braf geven, dat he alle dusse breue, dy vns ghegeven sin vppe dusse vorscrevene vryen Grascap, en Gantz und stedde holden wille, vnd scolde in aller wise also hir vorscreven steyt In eyne openbare vnd ewige betüginge vnd orkunde alle dusser ding, dy dusse braf heldt vnd hir in screven stad, so hebbe wy vor vns vnd vnse gemeynheyt der stad to dem Merseberghe vnser stad Grote iñgesigel ghehanghen an dusen braf, dy ghegeven iz in dem iare der jartal vnser heren Iehu christi, wen men screvet von siner burt dusent dryhundert vnd achte vnd viftich Jare des nesten dunerstages na twelften.

## XXVI.

## Altes Rechtsbuch der Femgerichte.

(Aus einer Urnberger Handschr. des 15. Jahrhunderts.) \*)

Eyn weldiger vadet in dyner maiestait — gait sein ungedeylt in  
 diner trinitait — heilge geist vanden twen ungestalt — Anbegyn in  
 dem wesen geliche alt — Richter des hogen unsichtigen gotents —  
 Troist der wyden werlde firmaments — wairheit in hemel und yn  
 orden — Ichts nicht sunder dich en mach werden — Tucht und  
 ere die make uns bereit — Torn dyner maledixien sy uns veracit —  
 Ewelich in hemele und in erden umber mer — Nu helpe my goit  
 des soeyten lere — Dat ich moge schryven und maken — van den  
 gerichtten der heymlichen saken — Dat men dair an moge verestain  
 — Die gerechticheit vur laten gain — So dat nyemants durch un-  
 recht werde versmait — Is in dem ewangelio geschreiven stait —  
 Dat die ewangelisten haven uitgesant — Durch alle die Werlt in  
 kristen lant — Want idt sint twe swert up erden — Dat eyne geist-  
 lich dat ander de ungelerden — Doch sall dat eyne dat ander nicht  
 verbain \*\*) — sonder doin to rechter hulpe bystain — Doch dat geist-  
 liche swert en richtet nichts over bloit — As dat werntliche swert  
 vake doit — Dan moit ich dat nu by laten — Und schriuen vort yn  
 etzlicher maten — Dat beste ich umber kan — Des my doch en  
 verkere geyn man — Off ich wes van mynen dummen synnen —  
 Ichts wes uit dem wege hir ans gyngen — Und schreve to kort oder  
 te verre — Daromb en ga eyne ander nicht erre — Und volge doch  
 dem rechten so hie best kan — So blivet hie eyne erber man — Key-  
 ser karll die hogelovede man — Alle kristendom was ym hoream —  
 Rome wan hie mit macht — Leo den Paist hie weder dair in bracht  
 — Der hait dit heymlicher recht — In westfalen lant durch noit ge-  
 lecht — Dem kristene geloiven to stüre — Och wo wirt dat ne soe  
 dure — Dat nyemants des rechten en stadet — Und so vaken darch  
 noit beladet — Dat nymant mit rechte vort en kan komen — Wante  
 dat gelt schafft nu den fromen — Dat keyser karll der heilge man  
 — Also nicht an en begann — Der richtede seelven na rechter wall-  
 dait — As dat hir na beschreven stait.

Art. I. Der frygreue sall vp den frien stoill sitten gain vnd be-  
 gynnen des alsus: Ich fragen dich frifrone, off des wall dach vnd  
 tyt sy, dat ich in Stat vnd Stoull vns gnedigsten hern des Rom-

\*) Wahrscheinlich gleichlautend mit der oben S. 12. angeführten Hand-  
 schrift. Verf. hat diese später erhalten.

\*\*) Hier sind einige Zeilen der Handschrift fast ganz erloschen und haben  
 nur errathen und emendirt werden müssen.

schen Keyser ein heyllich Dingh vnd gericht hege vnd spanne to rechte vnder konix banne, sint dat ich den bann van dem konige vnd die gewalt van dem Stoilhern hebbe na saten der heymlichen achten.

Der frifrone sall wyssen vur recht: synt dem mail dat iv den bann, friegraveschafft vnd stoill van dem Romachen Keyser oder Konige vnd syner hant selen liflichen entsangen hebn vnd die gewalt van dem stoilhern, So moget iv dat to rechte doin vnd hegen vnd spannen syne gerichte vnder des konniges banne.

Art. II. Ich frage dich frone vort, wat ich vnd wo mit vill frien Schaffen vnd frien ich den, stoill myns gnedigeten hern des Romachen konigs besitten vnd bekleiden solle to rechte an deser stat.

Der frifrone sall wisen: iv solt to dem mynstene Seuen frien der friengraneschap by uch setten off seuen friescheffen unverselet eres rechten, die dar oirdelle wisen vnd such ein des gericht to rechte vnd vort mit eyne swerde vnd strycke oder seyle dair by, vnd leggen dat swert vnd seyll vp die bang vnd hegen vnd spannen da eyn heyllich dingh vnd gericht vnder des konix banne eyn werff ander werff derde werff vnd veirde mail ouer gericht recht vnder konix ban.

Art. III. So doin ich as my hir to techte fonden vnd gewist ys, vnd hege vnd spanne eyn gericht vnd heyllich ding vnder konix banne eyn werff, Ander werff vnder konix banne, derde Werff vnder konix banne to deme veirde mail bouen recht vnder konix banne, vnd slute dese konigs banck, stat vnd stoill mit desen achte fryen des konnige mit namen, a, b, c, d, e, f, g, vnd vort mit allen desen anderen frienscheffen, as sich dat mit rechte geburt vnder konix banne, vnd verbiede eyne iglichen vnwetenden manne des konnige loese stat vnd stoill des konnige by deme banne vnd hogesten wedde, as by der weedt vnd reype.

Art. IV. Ich fragen dich frifrone, off sich eyn vnwetende man toge in dese heymlichen achten des konniges wat dair sin bruche oder wedde vmb syn solle?

Der frifrone sall wisen vur recht syn hogesten wedde.

Art. V. Ich fragen dich frifrone, wo ich mich oder wo men sich dair mede halden vnd eme mit rechte volgen sole?

Der fryfrone sall wyssen vur recht; Ir solt die bang des konnige kleiden vnd stain vp vnd noymen den man mit syme kristlichen namen vnd bynden eme syne hande vur to samen vnd doin eme eyn seyll oder Weet vmb synen halfe vnd hangen ene an den nestens boym, dey dem stoill nest gelegen is, den yr dan dair gehaven mogen.

Art. VI. Ich fragen dich frone, wat ich vort verbieden solle vnd moge to rechte in desen friegerichte gudar des konniges banne?



Der frifrone sall wifen vur recht: Dingalege, dat y alle vnluft vnd dat nyemants vur dit gerichte en komē mit clagen vnd dat nyemants dat selue gerichte enrume, hie en do dat mit oirlaus des friengereuen vnd gerichts.

So doin ich hir as mir fenden und gewist is, vnd verbiede dingalege vnd alle vnluft vnd nymande vur dit gerichte to komen mit clage sonder vursprechen vnd bueten mynen oirloff to foren vnd nyemande dit gerichte to belustern sonder apenbarn oirloff vnd weteheit det seluen friengerichts.

Art. VII. Ich fragen dich frone, off hir yemants were der hie enbauen dede, vnd dingalechtig worde; wat syne bruche dar omb weirn vnd gebrochen hedde?

Der frifrone sall wifen to rechte seetich schillinge menten na des gerichtes rechte vnd alden herkomen.

Art. VIII. Ich frage dich frifrone, wo ich die seetich schillinge bruche vort uitmanen vnd fordern solle?

Der frifrone sall wifen vur recht: mit deem seluen rechte vnd friengerichte.

Art. IX. So oirlausen ich allen echten rechten frienecheffen Ire clage to apenen to rechte, vnd to vnrechte verboyde ich yemande to clagene.

Art. X. Ich fragen dich frifrone vort, wat clagen vnd saken ich hir in deem heymlichen gerichte vnd achten to rechte na eaten der heymlichen achten richten solle vnd moge?

Der frifrone sall wysen vur recht, alle saken vnd clagen die rechte veym wroge clagen vnd sake sint.

Art. XI. Ich fragen dich frifrone, wat clagen vnd saken die toe rechte vymwrogen ain vnd geboren to richtene?

Der frifrone sall wifen to rechte: allet dat entgen die Tien geboit gaitz is vnd entgen die heiligen ewangelio dair die gesatten rechte vitgesloten sint.

Art. XII. So heische ich den cleger vnd alle die hie rechtes begern int gerichte to rechte na vitwysonge der oirdelle treffende vp die tien gebot gaitz vnd vp die heiligen ewangelio vnd gesatten rechte. Dan so saltu clagen vnd antworten, ordell vnd rechte gain laten na den gesatten rechten vnd wey dan verwennen wirt der Clagen mit rechte as mit seven handen ouer den hilgen, den saltu dan vort verichten, veroirdellen, verforen vnd verfemen vnd die lesten strengen oirdelle vnd sentencien ouer Jen geuen vnd doin alaus.

Art. XIII. Den beclageden man mit namen N. den neme ich hir vp vnd vit dem vreden, vit dem rechten vnd frieheidē as die paiste vnd keyser bestediget vnd gesatt hebn, vnd vort alle foirsten, hern Ritter und Knechte scheffen vnd Iryen beswaren hebben in dem lande so westfalen, vnd werpe one neder und sette one vit allen vreden.

vnd frischen vnd vlt allen rechten yn konnighen vnd wedde, vnd in den hogesten vnfreden vnd vnghede, vnd make en vnwerdich achtelois, rechtelois, segeleis, vredeleis vnd vnbequeme als rechten vnd verferne vnd verfore ene na eaten der heymlichen achten vnd wyse synen hals dem reype, sinen lychem den vogelen vnd dieren in der lucht to verteren, vnd beuile sine seyle gade van hemele in syne gewalt vnd sette syne lens vnd gut ledich den heren, dair die van reuende sint, syn Wijs Wedwe, sine Kynder weysen. So nym dan syn deyll strenge off wyden geboget, vnd wirp ouer den warff vir dem gerichte vnd spyent dan alle semplichen die vmb dat gerichte staint vir dem monde, gelich off man den seluen vort te seluen stont henge.

Art. XIV. Vort an so mane vnd gebut syne iglichen frigreuen vnd allen frienscheffen by yeren eyden vnd truwen der heymlichen achten gedain: so wair sie den man ankommen, dat sie den hangen sollen an den nesten boym den sie krigen, vnd dan gehebben mogene.

Art. XV. Geyn frygreue en sall nicht richten vp geynichen friestolen In vigilien, an heiligen dagen, noch ouch an gebondenem dagen vnd da te vp donrestach, vp den frydach, vp den saterdach vnd vp den sonnendach.

Art. XVI. So wanner syn frygreue richten will vnd sall ouer menschen bleet, so sall hie nuchtern sin desgelichen so sollen oich sine frienscheffen syn, fromen-bade vnd clegere. Der frygreue syne frien scheffen vnd sin fromen-bade en sollen coegalen noch huot, noch hantschen noch mantell vp noch ene hebben, vnd sonder Wapen sollen sie syn. Oirdelle sollen die frien oder scheffen ouer eynen iglichen man wisen vastende, hie sy auer duitach wendesich eygen oder fry dar en sall oich anders nyemants oirdelle vynden dan eyne noch wysen. Oich sollen sie die oirdelle alle sittende vynden vnd dair to wysen.

Art. XVII. Nyemants en sall lere oirdell schelden, hie en ey dan ere genoit van geburt. Off eynich schildet lere oirdell der schelken genoit, die sall der hang bidden to wysen; dan so sall die gene vort vp stain die dat oirdell wisede, vnd die scheldere sall sich setten yn sine stede, vnd wysen dan dat ene recht duncket sin, vnd tien des dan dair hie des durch recht tien sall, as vm den Romschen Keyser oder Romschen Konnigh.

Art. XVIII. Neynich frygreue en sall nicht richten ouer yemande, die in des Riches Dienste oder in des Romschen Keisers oder Konix Dienste ya, oich en sal hie nicht richten ouer den Romschen Keiser oder Konnigh vnd ouer geistliche lude die wyse sie lere me ouerstem gehorsam sint vnd vnuerwonnen um larem geistlichen rechtene. Ouer die keiserforsten die markgreuen vnd landgreuen en sall geynich frygreue vnuerfolget richten.

Art. XIX. Wey auer by koningbanne dinget, vnd den ban van den koninge selven nicht lifflichen entfangen en hevet, der weddet syne tungen. Ouer dren sees weken sall der frygreue den frienscheffen eyn ding uit leggen vnder koninxbanne, dat solen sie soichen by leren bruchen, dair men blykenden schyn, hanthaffuge dait oder gichtygen mont nicht en hevet, vnd leget eyn frygreue auer eyn Ding vit vmb vngerichte van den achten weken ouer veirtynnacht, dat solen sie soken, vp dat vngerichte gerichtet werde, dats auer vp den/blikenden schyn.

Art. XX. So wair men eynen frienscheffen an dedingene wyll vur eyme fryenstoill vnd friengreuen, den sall men verclagen to dreem sees weken vnd negen dagen, as to den eirsten sees weken mit twee echten rechten frischeffen vnd frigreuen brieue. To den andern sees weken vnd dren dagen mit vier echten rechten frienscheffen vnd frigreuen brieff. To den derden sees weken vnd dren dagen mit sees echten rechten frischeffen vnd mit eyme frigreuen vnd mit des frigreuen brieue, vnd die sall men leme bringen vnd doin an syne tgenwordicheit, oder yn sin huela, oder dair hie sich to behelpen pleget an syne vißucht vnd ynßucht, vnd die tyt sall tot allen tyden verlenget werden vnd nicht verkortet. So mach die frischeffen dan nochtant vur komen bynnen den dren sees weken to wilcher tyt vnd dage hie will oder kan, vnd wanne hie dan vur koy. met vp den dach die eme gelacht is, so mach hie komen mit sinen frenden vnd gain vur den frienstoll vnd vur den frygreuen, vnd spreken alsus: her frigreue hebbet ir mich her verbait vur uch an dit friegerichte?

Art. XXI. Der frygreue sall spreken: ya ich hebbe dich her geheischet, vnd doin verbaden as recht is vmb sulcher clagen willen vur my gerichtlichen over dich gedain vnd geschien ye.

Art. XXII. So spreche der beclagede man vort: her frigreue, ich wolde gerne hoeren van uch die houet stücke vnd houetsachen daromb ir mich hebben doin verbaden vur uch, vnd dat ir mir de genen noympden diß up mich geclaget hebben, vnd die mich hie mit rechten an wyllent dedingene,

Art. XXIII. So sall die frygreue den Cleger int gericht heischen, dat hie syne clagen vp do vnd apenen ouer denseluen beclageden man.

Art. XXIV. As dan der frigreue sulche mit oirdell gedain houet, so sall sich die beclagede frischeffen dan to stellen, vnd hebben eyn swert by sich vnd setten dat vur sich vnd leggen dair twene ayner rechten vinger vp vnd spreken alsus, Here frygreue der houetstücke vnd der houetsaken vnd dait die ir mir gesacht hebben vnd der mich der cleger betyget der byn ich vnschuldig. dat mir gait soe helpe vnd alle sine heilgen, vnd sall vort nemen eynen Cruetspenning, vnd werpen dem frygreuen tot oirkunden, vnd keren sich

umb vnd gain sine strate sunder cynichen bruke des gerichtz. Off dan wie were, die vp den fryenscheffen oirdellen oder an tasten oder halden wolde, die alsus syne vnschult gedain hedde, so weten alle friegreuen wall, dat die dan des konige vreden gebraken hedde, vnd die dat deden die mochte men tor seluen stunt hen setten vp dem voyte unverbait, want sie des nicht vnschuldich en mochten werden, so dat vm dem gerichte gedain vnd geschien were. Alsus so mach eyn frischeffen sine yrischolt doin mit syner eynen hant vnd en bedarft dair geyner hulpen toy; want wanne men jen frischeffen maket, dan so wert erne vur recht gewist dat hie siner eren seluer nager sy to behalden, dan sie erne yemants to entfourende vnd aff to seggen in den rechten.

Dat XXV. Art. Wolde men sulchen frienscheffen, die also syne vnschult gedain hedde, anders yrgen schuldigen vmb die selue sache vnd sprachen, so moeste men den vp dat nye an clagen vnd verbaden.

Dat XXVI. Art. So wileher tyt dat eyn frischeffen verbait wirt, komet hir vur, hie entgeit mit siner eyner hant as dat hir vugesacht is, vnd bedarft dair nyemants to. Komet hie nicht, men wynnot ene selft seuende vullenkome frischeffen, as dat eich vugesacht vnd beschreven is.

Dat XXVII. Art. Nu wete, wo du frischeffen maken salt. Du salt twen frien oder ander frischeffen in dyner friengraueschafft vnd gerichte vit laten gain, die solen dan den vnwetenden man vur dat gerichte bringen, doch mit dyme orlaue; die twene off ander twene sollen verborgen vnd gelauen vp jere friescheffeneide, dat die selue, die friescheffen werden sall, sy fry vnd elich geboren, vnd mit geyner belumpnden dair betegen sy, vnd vuerleget alle sines rechten, und dat hie sy sonder beswernisse dor frienstoill gerichten, sonder bann sonder woyker, sonder straten schynnen, sonder meynheit, vnd dat hie tgen sinen lanthern nicht gedain en hebbe, vnd sy eyn byrveman gelich anderen rechten friensassen.

Dat XXVIII. Art. Dan salt du die twene oder der eynen sinen vursprechere fragen: wo sie den vnwetenden man dair bringen an die heymlichen achten vnd camer des heiligen Riches hogeste gerichte, die doch allen vnwetenden mannen vnd dieren verbaden ys.

Dat XXIX. Art. So sall die vursprecher seggen, Her frigreue, dese vnwetende man komet hir vp gnade, vnd were gerne eyn wetende man der heymlichen achten, vnd wolde die gerne helpen meren vnd stercken na all syner macht vnd bilder uch dor gait vnd den konning, dat ir ene dair to werdigen, yn laten vnd maken wolden as recht is der heymlichen achten.

Dat XXX. Art. Dan so sall die frigreue den gelouen vnd burgen van eme nemen, woy hir vurgelut hevet, vnd oirlauen dan den vnwetenden man, in dat gerichte toe gayn. Wanner asdan die vnwetende man in dat gerichte komet, so sall ene sin vursprechere dyngen, dat hie sinen huudt vnd kogell aff doin moyte, vnd vp sine kneey fallen moge vnd leggen twe siner vynger vit siner rechtern hant vp dat swert vnd stranck, vnd spreken dem frigraue dan na as hie Jeme vursprechende wirt. So sall die frigraue em dan vurspreken, vnd die man sall eme volgen alsus: By der heiligen Ee, dat ich nune will die f. waren h. h. vnd halden vur m. vur w, vur t. vur t. vur s. vur s. vur g. vur g. vur all que, vur allen g. vur s. vur an. vur w. vur v. vur alle tre., vur aller dat tusschen h. vnd E. g. h. laten werden bys an den m. die dit R. h. g. vnd die f. w. h. h. kan, vnd to rechte h. sall vnd dat hie wylle bringen an vnd vur desen frienstoill oder vur eynen anderen frienstoill in die h. a. des k. wat hie vur wair weit oder van wairhaftigen luden hoirt seggen, dat fe. sa. sint, dat. dat werde g. oder mit g. gerichtet, mit willen des clegers, vnd en willen des nicht laten noch vmb L. noch vmb l. noch vmb s. noch vmb g. noch vmb e. g. vmb vader vmb. m. vmb s. vmb b. vmb m. vmb s. noch vmb gey l. dingh, dat g. h. laten w. vnd ster. vort d. f. vnd d. g. n. alle myner an vnd m. dat my gait so helpe vnd alle syne heilgen; dan swige alle man.

Dat XXXI. Art. Ich frage dich frifrone, off ich desen manne den eydt der h. a. to rechte vurgestauet hebbe, ved off hie my oich to rechte na geswaren hebbe na sate des friegerichtz?

Der frifrone sall spreken vnd wisen darop vur recht: ya ir hauet Jem den eydt to rechte vurgestauet, vnd hie heuet uch to rechte na gefolget vnd geswaren. Dan so sall die frygreue dem manne gonpen vp to stain vnd syn houet to decken.

Dat XXXII. Art. Ich frage dich frifrone wat dese man huede to daghe an deem gerichte der heymlicheit der heymlichen achten erworuen heb vnd gewonnen?

Der frifrone sall wysen vur recht, dat hie so echt vnd recht fryscheffen sy vnd syne frischeffen Amptz gebruken solle vnd moge, as off hie over dertich Jairen frischeffen worden were, vnd werde eme wat genamen oder gestolen dat hie ane qwerne in der friengrauesschap, dat mach hie weder nenten vnd nicht me, vnd hangen den dieff, oder laten ene lopen, oder bringen ene an dat gerichte. Oich off Jen yezantz an den frien gerichten der heymlichen achten anlangen oder besweren wolde, die solde ene anlangen to dren sees weken, as dat hir vurgeroirt ys in dem eyn vnd twintegesten artikule, vnd laten ene sulcher dage vnd tyt gebruken. Doch off hie der dage eylich achter verbleue, so worde hie dem gerichte bruckich, vnd nicht deme cleger in syne klage noch spraken.

Dan sall die frigreus den genen, den hie frischeffen gemaket heuet, die loyse der heimlicheit kondt dein vnd beuelen eme die na alden herkomen vnd gesette der heimlichen achten vnd rechte:

Dat XXXIII. Art. Ich fragen dich frone, off dese man dese heymlicheit vnd lose der heymlichen achten int gemeyne brechte wat dar syne broke vmb die missdait were?

Der frifrone sall wysen vur rechte: were dat dese man dat brechte int gemeyne vnd sechte eynich stuke dair van der heymlichen achte, so solde men en ane gripen, vnd bynden eme syne hande vur to sarnen, vnd eynen doick vur syne oygen, vnd werpen eme vp sinen Buck, vnd wynnzen eme syne tungen to syme naken vnd eynen drystrengeden reyp vmb sinen halse, vnd hangen eme seven vote hoger dan eynen verfoirden, versemnden, misdadigen dieff.

Dat XXXIV. Art. Ich fragen dich frone: wat dese man nu dem gerichte, dem frygreuen, frifronen vnd frischeffen vmbstandt des gerichtz hir plichtich vnd schuldich worden sy.

Der fryfrone sall wysen dem Stoillhern in konnigs stat eyn mark golts, off hie fry is, eyn dienstman eyn mark siluers, deme friengreuen dertich gulden koninx pennynge oder dertich schillinge tornoisch, deme frienfronen vier schillinge tornoisch, Itliche me frien oder frienscheffen, die dar geladen oder verbait is, dry schillinge tornoisch, doch allet vp gnade, dan so bidde Jeme sin vursprecher vmb gnade vnd vitganck, des sall men eme gonnen.

## XXVII.

Ein anderes altes Rechtsbuch der Femgerichte.

(Aus einer Urnsberger Handschrift des 15. Jahrhunderts.)

I. Des Konnigs straten sal wesen also wyt, dat eyn wagen geladen by deme anderen herunter faren moge, oder der konnyneck ader sin ambesait dair tho gesat op eyne perde oder oesen sall sitten, ind nemen syne gleyen van XVIII. voeten to weras vor op den sadel, dat dey anderen straten an beiden enden nicht enrore, noch gelettet en werde. Ind off dey selue strate Irgen wyder were, dey dat dede, dey strate tho sloge myt graven, myt staken myt peylen eder susf anders dey worde burstich an icklichen stücke, dair hey dey strate myt entegede, In LX schillinge.

Ain neitwech sall syn so wyt, dat eyn getauwe ader Kare myt eyne deden oder lyck moge varen, ind op jeder syde der karen eyn

fruwe myt synes witten felen moge gaen, so dat sey dey rader nicht en besprengen noch entreynen. So wey den ontengeden myt graven, myt tünen ader wair mede hey dat dede, dey worde dem lantheren brochich In den hogesten brocke, ind moste den bureu boite geven na Irem werde.

Se wey den Kerchoff off den past tho der kercken tho sloige myt tuynen, myt graven ader anders, ind des nicht aff en dede, wan Im dat kont worde gedaen, dey breke an itlichen pale eder staken eder suse schuppen steke sestich schillinge dem lantheren vnd der hilligen kerken XV, dar vmmе want sey gots donst Ind dey sesswerck der barmherticheit dair myt Irreden, ind krenkeden an deme kirckgange, ind dat mach men vorderen myt deme friengerichten.

II. So wair man synen frischeffen vor dem hemelichen gerichte anlangen ind andedingen wyl, den moit men vor eynen frien stoil ind frigreuen to deme ersten vorclagen; Ind dan vort verboden tho dren sess wecken ind negen dagen, Ind dan dair myt vortfaren as gebort: dat is to den ersten sess wecken vnd dren dagen myt twen echten rechten frischeffen, Ind myt des frigreuen breiffe. So mach hey dan in dat hemeliche gerichtē komen eder mach vth blyven, Ind staen den brocke des gerichet, Ind deme cleger dan noch nicht vellich. So moit en dan dey cleger tho dem andern maili vor den frien stoill ind frigreuen vorclagen. So sall eme dey frigreue tho deme andern maille verboden myt veir echten rechten frischeffen, ind myt des frigreuen breiffe to sess wecken ind dren dagen. So mach hey dan noch vorkomen ind sich verantworden, ader vth blyven as vorgeroirt is. So moit en dey cleger dan tho deme derden maille verboden myt sess echten rechten frienscheffen, ind myt eyne frigreuen, ader seluest ind myt eyne seluest breue aver to sess wecken ind tho dren dagen. Ind dey verbodinge, ind dey breue sal men eme doin tho ichlicher tyt an syne tegenwardicheit, ader an syn huys ader woninghe, ader an syne vthflucht ader Influcht, dair hey sich tho behelpen pleget. Inde dey tyt sall tho itlicher tyt vorlenget werden vnd nicht vorkortet. So mach hey nech vorkomen ind verantworden sich entgegen den cleger: wat hey is neger vor syn liif ind ere to staen, dan emant anders to ouergaende.

III. Dey fryscheffen dey dan also vorbeit wert, dey mach dan noch gelouen doin deme cleger ind gerichte vormits twe syner mage ader fronde, dey guth vor dey clage syn, dey gelouen doin ind borgen verdent vormits ere breue myt oren angehangemen Segelen, ind by oren eyden, dey sey der hemelichen achte gedain hebben, dat sey dar vor guth syn ind borgen wesen wollen, dat dey selue beclagede man dem cleger ind deme friengerichte doin selle, so wes hey van syner eeren ind rechtz wegene plichtig ind schuldich were to doin, op geborlichen tyt, dagen, steden vnd tyden; In des dat eme dey geborliche dach

stede ind tyt bynnen geborlicher tyt geteychent ind vorschreuen worde ind allet na frien stoilsrechte. Den gelouen breyff, ind gelouen sall dey frigreue dan myt ordelen annemen.

IV. Ich frage dich frifrone oder frischeffen: So wu dey man sulle geloet wesen, dey my sulchen gelouen breyff ind gelouen in dey hemelichen achte ind vor gerichte brenget, ind wo hey my den tho rechte Inbrengeu sulle, dat ieh dey mit rechte annemen ind entfangen sulle ind moge. Ipd wu ich mich dar vort mede halden sulle na sate der hemelichen achte ind gerichte?

Dey frifrone oder dey frischeffen sal wysen vor recht: Dey man dey sulchen gelouen Inbrenget, dey sal syn ein echt recht frischeffen ind vvorleget syns rechten; ind sall den gelouenbreyff ind gelouen in dyt gerichte brengen myt gefalden handen, myt eyne gronen cruce, myt twen witten hanachen ind myt eyne koniges gulden; ind sal dat myt orleue des frigreuen doin, ind leggen dat grone cruce dey hanachen, den konynges gulden ind den gelouen breyff vor den frigreuen, ind dey hemeliken achte op dey gedeckede banck int gerichte.

V. So sall dey frigreue dan den gelouen breyff myt ordelem vp ind an nemen; ind sal deme cleger ind beclageden dan eynen dach dair tho teichenen ind vorschreuen bynnen geborlicher tyt, dat is to sess wecken ind tho dren dagen; ind vp eyne geborlichen stede, dat is to haluen wege tusschen dem frienstoill, dair dey ghene vorclaget was, ind des beclageden wonynge, ader syne vthflucht ader Influcht; deh sollen dey cleger ind beclagete dair also volgen.

VI. Nu off dey beclagete man ind dey den gelouen gedaen hebben, ind borgen werden worden, dem also nicht na en qweme, noch vullantogen na vtwysinge eres gelovesbreyffes, den sey van sich an dat gerichte gesant hedden, ind deme afftreden, ind also eren ind rechtswegeringe deden ind vthgengen. So en mogen dey borgen noch ouch dey beclagete man dan vorder ghenen gelouen doin, noch borgen setten vor dey clage. Ind dey cleger dey mach dan den beclageden ind dey borgen myt rechte vort vmb dey clage vordern, So vyl as dan recht is.

VII. Tho welcher tyt dat eyn frischeffen vorboet wyrt, So mach hey voir komen, ind entgaen myt syner eygen hant, ind bedarff dair neman'z tho, sunder en komet hey nicht voer, men wynnet enno seluest aevende frischeffen vullenkomene an ereme rechten. Ind richtet ouer enno, as du vyndest In libro sec. Cap. 22.

Doch is dey beclagete man ind frischeffen in deme rechten mechtich, dey seuen neder to tugen myt eyn ind twyntich mannen dey frischeffen synt vvorleget yres rechten. Ind dey moit men ander hant by sich hebben, ind dar eyn ghait dan vorder genich vormeth noch tuech bouen.

VIII. Nu off dey vorclagete man nicht vor en kompt, ind deme



gerichte vnhorsam wart, so vëllet hey in pene ind bruche, deme gerichte tho deme ersten maill ind gerichte dage In seestich schillinge tornech, ind tho dem andern maile ind gerichte dage ouch in seestich schillinge tornech, ind tho deme derden maile ind gerichte dage, so weddet hey dat hogeste wedde dat is dey hals. ind gheym pennynck broke. Dan so sall dey frigreue clage, antworde ordele ind recht gaen laten yder manne na den gesatten rechten Keyser Karls, ind wey dair dan vorwunnen wyrt mit rechter clage ind myt seuen handen ouer den sal tu dan vort richten, verordelen, verfoeyren heensetten ind vorformen, ind dey lesten strengen ordele ind sententien ouer syn Lyff ind ere geuen, ind doin na sate der hemelichen achten.

IX. Synt deme maell dat eyn man vormits syne mage ind froude gelouen gedain ind gesant had an den frienstoill ind frigreuen dair seluest, Jnne halden dat hey deme cleger ind gerichte doin woude ind solde vmb dey clage op gelegen geborlichen vorfoeyligen dagen steden ind tyden, So wes hey van syner eren wegen plichtich were, na frienstoills rechte, ind deme seluen gelouesbreyff den dey frigreue an sich genomen ind behalden hedde bouen dey geborliche tyt, Ind eme dair en bouen dey andere verbodinge sende ind vorder beswere, ind meynde myt eme also tho moitwillen bouen recht: Off hey sich dan sulchen des vnrechten ind syns vngerichten van eme icht beropen ind Rechte van eme appelleren moge an den aller dorchluchtigsten forsten, vnseren gnedigesten heren den Romesschen Keyser: eynen ouersten richter aller werlichen gerichte, as vor eynen born ind fonteyn der gerechticheit, dat vnrecht Ind vngerichte tho rechtverdigen op den steden ind enden dae dat sich geboren sall? Dat vyndet men.

X. Vff sich eyn beclaget verbett man tho syme rechtlichen plichtdage vorantworden woude vormitz syns selues personen, offte suse anders, wu lange dat hey des frigreuen ind des clegers waerden ind beyden solde des dages so waneir dey sunne op deme hogesten gweest were? So vyndet men dy tho rechte, dey vorclagede verbodene manne, dey sich to rechte vorantworden willen to eren gerichtlichen dagen vur eyne frigge stoill ind friggen gerichte vormitz eres selues personen ader suse anders, ja dey sullen in dem rechten des gerichtz des frigreuen ind des clegers warden vnd beyden wan neir dey sunne op deme hogesten gewest were, des dages, went in dey derden ure, ind werken sich dan myt ordeil ind rechte in dat gerichte, ind dair weder van myt geborlicher orkunde, as recht were.

XI. Off eynich frischeffen myt vnrechte vth synen vreden frigkeit ind rechten gesat, verordelt, vorfoirt ind vorfempt were worden, ind kundlich ind wairlichen by brengen mochte, dat hey tho vnrechte vorbeet, ind emme vnrecht gedaen were worden, den man sall man in dey hemelichen achten ind gerichte, dair dey vnrechte verbodinge

gerichte ind ordal ouer enne gedaen ind gescheyn synt, myt rechten ordelen ind by genaden in brengen, ind hebben eyne strick an syme halse, myt gefalden handen, myt tyen witten hantschen, myt eyne groenen Cruce ind myt eyne Konigsgulden, ind hebben twe syne gedelinge, dey frischeffen synt, as yeder syden eynen, dey enne in gerichte brengen, ind vallen dair vor dat hemeliche gerichte ind frigrev in dey koniglichen gewalt op eyne kneyn. ind heyschen ind bidden dair genade dorch got, dorch den konnyneck ind dorch recht, wat emme dat tho varechte over gedaen ind gegangen were, dey swaren strengen ordel sentencien ind gerichte der hemelichen achten, as dat dair bekundet were, ind myt rechte ingebracht.

XII. Dan so sal der frigreue den seluen man by syme namen ind tho namen noymen, ind nemen ene by der hant ind heyten enne in genaden der hemelichen achten vp staen, ind doin eme dat strick ind seill van deme halse, ind worken enne dan dair weder ind setten enne weder in synen alden vasten konnynglichen vreden friheit ind recht der hemelichen achte: Den beclageden, vorunrechten, voirichteden, vorordelden ind vorfemden man myt syme namen, den nemme ich hyr vp vth den hogesten swarlichen vngenad vnrechte vnvreden, ind vth konnixbanne ind wedde in genade, ind sette enne wedder in den hogesten vreden, friheit ind recht der hemelichen achte ind gerichte so dey Keyser Karl gesat ind pauwest leo bestediget hebben, ind make enne weder werdich, frigh ind bequeme alles rechten, dey syn hemelich ader oppenbair, as hey was vor deme dage er eme dey vnrechte besweringe gerichte ordell ind sentencien der hemelichen achte ouergegangen ind gedain weren. Ind wercke ind sette eme eyne gansen vasten steden alden konnings vreden vnder konnings banne eyne werve, ander werve vnder konnings banne, derde werve vnder konnings banne, ind tho deme veirden maile ouerrecht. Ind gebeide dair vmme vort allen foiraten, hertogen, greuen, frien heren, Ritters, knachten, frigen greuen, ind vort allen Erbaren mannen, dey frischeffen synt der hemelichen achten, dat sey dusson vorgenanten man dair by laten, ind behalden, ind an emme as an syme lyue eren ind gude nicht freuelen ind ghenen anspruck, noch wedertant, an dees syner gnade eyne doin, noch laten doin, ader suss schaffen gedain werdent, vmme der vorg. vngenaden ind vnrechten willen, by konnings banne, ind by der penen der hemelichen achte,

Dey frigreue mach eme des waill eynen gerichtlichen schyn ind kuntschaff geuen van gerichte wegen besegelt, den sall dey man ouch dan hemelich by sich behalden, ind nemaus seyn ader horen laten, vorder den wen eme des van noeden geboert.

### Eyn Gelouetbreyff.

Wyr Johan van N. ind aleff van N. laten dy herman N. to vel, gestin wetten, so als du diderich van Couelenitz van clage wegen mertin N. vur dy vor den frien stoll ind gericht to velgesiff gehoy- schet, geladen ind verboden heuet laten tho deme ersten maill, so dat dan dey vorbotz breyff van dy vthgeant ind gegangen inne halden is! So gelowen wy Johan ind aleff vorg. dy herman frigreue, dat wy dair guth ind borgen syn willen tho behoyff des elegers ind des gerichtz, dat dey vorg. Diderich dem eleger, deme gericht ind denen dey der clagen myt rechte to doin heuet, doin sall op geliche- nen gelegen geborlichen dagen steden ind tyden, so wes dey vorg. diderich van syner ere wegen plichtich ind schuldich van sulcher clagen wegen, dyn vorboitz breyff an enne gesant inne heft na frien- steills gerichtz rechte, in des dat vns eder deme vurs. dideriche dey geberliche sach, stede ind tyt outh bynnen geborlicher tyt vorschre- ven ind geteychent wert, allet na frien stools rechte, doch een arge- list. Ind wy Johan ind aleff vorschrev. gelouen dy herman frigreue vorgen. dyt in guden truwen, ind by vnser hulden ind eyden, der he- melichen achten gedaen, wahr, vast, stede ind vauerbrochen tho hal- den ind hebben des tho secheren wairheit vnser Segele an dusen breyff gehangen. Datum anno domini Millesimo Quadringentesimo.

### XXVIII.

Schreiben des Hermann Korfs, genannt Smising, an den Graf von der Lippe, wegen gültlicher Bei- legung eines an den Freistuhl gebrachten Pro- cesses; von 1444.

(Aus dem Original-Concept.)

Mynen wilgen denet to vorn, gnedige leue Junkher, so gy eynen breff gesant hebbet an Wilhelm Selter frigreue etc., de selue breff inholdende is, dat gy dar willen gud vorwesen als der hemeliken achte recht is, dat de Edele juwe leue vader Otte greue to holsten vnd schomborch, Graue van landesberge vnd Olrich van landesberge sin some my, dem gericht, dem eleger vnd we dar mochte to donde hebben, op eyne gelegenen dage dar sick de in den rechten gebo- ren mach, dan schollen, was se van eren em wegen schuldich vnd plichlich sin, vnd dat scheen scholle binnen redeliken tiden, gelick de breff dat mit mer worden vtwiseude is etc., so beger ik ju dar vp weten, dat ick vaken vnd vele hebbe gestaen, gclaget vnd gheye-

schet vnd gerne genomen hadde van den greuen van schomberch, Grauen van landesberge vnd Olrike sin sone so vele se my van Er vnd rechte hedden schuldig geloesen, vppe geberliken Dage vnd dar vm my genedige Her van Munster twye an se geschreven heffit, dat my alle nicht baten vnd gedyen en mochte, so meynde ick wal, dat ick in sodaner mate ub nyner dage mit en plichtich were to holden, doch bouen al iuwen genaden to willen, vnd dat gy eenen, dat ick nicht en soke, dan den rechten grund, se wil ick noch nemen van den greuen van schomborch, Grauen van landesberge vnd Olrike van landesberge sin sone, so vele se my van er vnd rechten wegen plichtich sin, vnd wil des warden vp den neyten frigidach vor sunte margarete dage erst komenen vp de none, to heruorde oder to Biluelde, it enbreke my echte not, vnd dit dunket my en eyn gelegen stede wesen, went ick vorder riden mot van den Harkoten wente dar, dan se vte der herschop van schomberch, vnd wolde ock mit den frigrouen vnd cleger spreken, dat bynnen dusser tyd dat gericht nicht vorder vorvert en worde, dan it in geuordert is, so ver gy my bynnen achte oder theyn dagen as na giffte dusses broues weder screuen na Harkoten, dat de greue van schomborch Olrave vnd Olrick de landesberge vorens dussem dage se doen vnd volgen wolden, vnd war ick das to heruorde ader Biluelde warden schelde, vnd off dusses nicht gescheen en konde, off ick se dan vorder war to manen konde, dat iuwe genade dat wille vor nyme unwillen nemen, vnd wat iuwe menynghe en sy, hir van ju beger ik iuwer bescreven antworde by dussem boden dar sick de verder ynne to Richten sy. Gescreven den saters dag vor sunte vit dage vnder mynem Ingesegel anno XLIV.

Herman Korff.  
geheten amysinck,

## XXIX.

Kaiser Friedrichs Schreiben an Wilhelm Selter, Freigrafen zu Wesenfort und Lubinghusen, daß er die Appellation in der Sache des von Korff an sich genommen und den Landgraf von Hessen committirt habe. 1449.

(Aus einer vidimirten Copie.)

Wy frederich van gotes Gnaden Romischer Konig zu allen Ziten axter des Riche, herzog zu Osterich, zu Steier, zu Kernden vnd zu Krain, Graue zu Tiroll, Embeiten vnserm vnd des Riche lieben

getruwen, Wilhelm Selter freigrene zu Wessingehort vnd ludenhusen, vnser gnad, Lieber getruwer, wir haben die Appellation mid all ouch anhangende an uns genommen, da mit sich der Edell Ott Graff von Schomborch vnd to Holsten, Graue van landsperg vnd Ulrich sin eun, an vns berufft hand van der ladunge, da mit du sie van dag Herman Corfee genant emising furgenomen hast, vff den frigenstoll zu Ripensten, vnd wir haben de sach dem Hogeberen ludewigen lantgreuen zu Hessen vnserm lieben Oheim vnd fursten an vnser statt beuolhen. daramb so gebeiten wir dir van Romischer kuniglicher macht ernstlich vnd vestlich, das du an der selben sach, alle vnd de weil dat von vns vnd vnsere Commissarien vnentscheiden vnd vnusgetragen hangt, nicht sit me understandest, furnemest noch procedierest in dhein wise; denn was nach solicher appellation durch dich oder andern in dieser sach procedert, vnderstanden vnd furgenomen war oder hinfur wurd, das alles jets alsdan, vnd dan als jets, heben wir auf vnd tun das gents ab, und tu hier inn nit anders als lieb dir sey vnser vngenad vnd poen in vnser Reformation zu frankfurt beslossen begreifen zu vermeiden. Geben zu der Neuenstadt nach Criste geburt vierzehenhundert vnd im funf vnd vintzigsten Jar, an Montag nach dem Suntag Oculi in der vasten; vnserer Richs im funfften Jahr,

Ad Mandatum Dom. Regis,

copia auscultata per me Hinricum  
Lindemann Not. publ. ac secreti iudicii scabinum.

### XXX.

Gerichtliche Verhandlung vor dem Freisuhl im  
Haselhofe in der Freigrafenschaft Heiden. 1486

(Abschrift von Rindlinger nach dem Original.)

Ich Iambert Rouer van keyserlicher gewalt frygreve des hilgen Rycks und der vrygraveschopp van heyden, doe Kund, bekenne und bethuge yn desen apenen briewe, dat vor eynen frygreven und vryscheppen hyr nabeschreven yn eynen openbaren vryen gehegeden Gerichte dar ich stede ind steill, den vryenstoill yn den Haselhave, myt ordell und rechte besetten hat, gekomen yes de erber und frome Wenne-mar von Heyden, und hevet herman Kockentyd, Berndt Knaken, Hinrich Tessynck, herman knaken, Herman bouwmeister, hinrich Kywyck, Johan Rolfynck, diderich Smehtynck, Berndt ten Loebuyas, herman heyleff, herman Veynck, hinrick Toekinck, Berad smede-

kynek, Johan atroynek, Berard Grauwert, Johan die Woeste und herman die Dale; aldar overmits synen gewonnen vurspreken gerichtlichen angespraken, dat sey apenbaern und seggen solden. wes en wittich und kundich wer van sodane swyne, als herman Kockentyd yn vortyden gestolen wer uth synem schotte; dar dey vorse, up bekanden, und Seckerden, isaten myt oern waren worden, ind vort se myt oern opgericheden vinghern gestauedes Eedes lyfflychen to Gade und syne hilgen geuwaren, dat en wittich und kundich sy, dat herman Kockentyd in verledenen tyden eyn swyn uth synen schotte gestolen worde van synen anderen swynen by nachte, und dat achte dage verloren had, yragede und sochte, so lange dat eme heymlichen gesacht wart, dat hey beseyn solden. Heynen schotts ter Hellan, dem hie also dede, dar hey eyn swyn fant selfi ander, den dey stert und oren do afgesneden, und op den ruggha geschoren was, so neme de vurse, herman syn swyn und dreeffe to huysse, want hie eyn vryschoppen wer, dar dey vurs. Hellemann angespraken worde myt dem heymlichen vryengerichte, wa hie an dat swyn komen wer, des hie niet verantwoord en hed, und worde dem gerichte unhoersam, dar hie umb verfolgt und verwyset worde, as des vryengerichtes recht utwyset; ind dat to myn gnedige her van Monster und syne Amptlude eynen breff deden schryven an zelligen Wennemer van heyden des vurs, Wennemers vader, wo die Mann syner Gnaden gelaget hed, dat hie myt dem gerichte versnellet wer, dat men eme eynen anderen dach lechte; hey welde syne vrunde dar by schyken, hed die man recht, dat men eme des gebroken leyte, und hed ock oir rechte, hie solden des entgelden, so dat des vurs. Wennemers vader mynen gnedigen hern vurs, dat to willen dede, und leyte eme eynen anderen rechedach leggen an den vryenstoill yn den hasehavo, dar syn zellige vader arnde van Heyden synen sone des vurs, Wennemers broder an dat Gerichte schyckede, und hinrich Ratert synen Deynte; dar syn broder vurs. myt geweldigheit hant van dem gerichte gedrunken worde, dat hey dar niet ynkommen mochte; und namen Hinrich Ratert yn den gerichte, und drunghen die vrygen und Kornoten, de to dem gerichte horden dar aff, ind en wolden hinrich Ratert geys rechten noch vurspreken gunnen noch staden, und so hedde burgen und geloven gebaden vor lyff und Guet, und wolde, dat so waerbafflich bybrengen und bewysen, als recht yes, dat hie mit rechte nyet verfolgt en wer, des eme allet nyet gedien en mochte, und hebn oene so gehangen vur des vurs Wennemers porte to Engelregynok, so die vursc. dyt alsus gegyt und bewaeret habn myt oeren Eeden gelych vursc. steit, dar ich frygrove vursc. myn orkunde up eastfangen heb as recht is; und men des vorderbedarf so willen sey dat wall so vort bewaren op al den steden, dar sey dat doen sollen, na dem dyt beholt vur my frygroven vursc. bekant und geseheyt yes, vad vor herman van oisterwyck frygroven und vor fryschoppen myt namen Geelvan Sperlyack rechter to Lam.

bake, hincrich Ratert und Bernd Hogysack, und mer lude genoech, heb ich to rüege der Waerhbyt myn begell van Gerichts und myns Ampts wegen an dessen breff gehangen. Und to eynen vordern Getuge und Bekenntnyssae so hebbe ich gebeden die ersamen Gessen aperlink, Rychter, und Herman van Oisterwyck, wygreven vureo, dat seer eere begele by dat mynt an dessen selven breff gehangen hebben, des wy varec, bekennen und gérnt gedaen um bede willen des frygreven vureo, Gegeven in den jaeten unsers hern darent veyertundett seese und tachtentich op ten neuten gudenatag na sente Johannes baptisten dage to mynten sommer.

### XXXI.

Der Freigraf zu Arnberg citirt den Freigrafen zu Varendorp nach Arnberg, wohin der Gograf zu Telgt appellirt hat. 1575.

(Aus einer Handschrift von Rindlinget.)

Ich Mathias Hake, confirmirter freygraffe zu Arnlsbergh, als zu Hoeffde, vor Ruhden, Euersebergh vndt Billstein, thun euch dem Erbaren Johan Rhoden freygrauen zu Varendorff hirmitt kundt vnnit zu wissen, das mir in nahmen vnds von wegen dess Ehrenachtparen Henrichen Smitthorn, Gograuen zu Telgoth, vff dato hier under geschriebenn, ein Instrumentum Appellacionis durch den erfahren Johan Nyhuise gemeine Notarie vndt des Munsterischen Weltlichen Hoffgerichtz vereideter schreiber, vnderscrieben, euch auch insinuiert worden, wie els aufs demselben erschein, im original furbracht, darinne ich vernommen, des Ir etzliche seyner beuohlenen Gogerichtz vndergesessen, die fur Ihme zur ehren zu antworten urpotich, allein vff bloesse fama, ohne furgehende freywroge uff neget vergangenen Montag vndt dinxtagh nach Quasimodo geniti, an eur freygerichte cinren, vnd Jegenn dieselben eur ausgangen citation reproduciren lassen. Vnd obwoill gedachter Gograue seins gerichtz vndergesessen als herman Daneckber im Kerspel Telgt vnd Bernndt Holerinck genannt Stoppell zu Handorppe vonn eurem freigengerichte zu Varendorff in der persone abgefordertt, vnd sich erckertt, das er derselben zu ehren mechtig etc. So sollet Ir, dem vnangesehen, eurels Willens furtgefahren haben, dardurch sich georirter Gograue vndt desselben vndergesessen beschwertt gefunden, vndt besorgen ferner dardurch, an dem vndt andern freygerichten vnd seinem Gogericht gelegenn, in gleichen sachen, widder höchstlöblichen gedechtnus Erzbischoff Diederich vndt Hermans Reformation beschwertt zu werden, von welchen Beschwerden dan ge,

tion undt gesuchtes Confirmation bewand, die beste Nachricht vorhanden seyn wird, so ist unser gnädigster will, und befehl- hiermitt, daß ihr diesfalls verordnet und die Confirmation in unserm nahmen erfolgen lasset, wie ihr befinden, daß solches zu beschene von alters herkommen undt gewöhnlich ist, dessen wir uns den also zu euch in Gnaden versehen, da- mitt wir euch wol gewogen.

Geben in unser Statt Bonn, am 2. May Anno 1625,

Ferdinand.

Jo. Schönheim.

mppr.

mppr.

Den velt Gesamb und hochgelährten, unsern Westphälischen igo zu Arensburg anwesenden Landdrost und rächten sambt undt sonders.

### XXXIII.

Die letzte Ernennung eines besonderen Freigrafen im Unterwalbischen District des Fürstenthums Waderborn.

(Die Aufschrift und der Name fehlt.)

[Aus einer mitgetheilten Copie.]

Ferdinand ic.

Lieber getrewer, Dir ist bekannt, was Maßen in diesem unserm Hochstift und fürstenthumb unter andern Gerichten auch sowohl ober- als unter- waldes das freyenstuhls Gericht üblich seye und an gewissen Zeithen und Dertern gehalten werde; ob nun zwar bereit vor einigen Jahren ein ober ander orths dafür gehalten werden wollen, daß die zu solchem Freyen- stuhls Recognition und Bestrafung gehörigen excessen, fueglicher bei den Amt- und Gogerichtern zugleich mit vorgenommen und bestraft werden könnten; so hat man doch dagegen befunden, daß sich die beäudigten Schöffen in Kraft unsers freyen Stuhl und auf selbiges Gerichts geleit- steten Anbes beschwehrt, die excessen anderswoh, als wohin sie ihr Anbt weist, zu denunciren, und sein wir daher veranlaßt worden, davon den 20. July des 1665ten Jahrs zu verordnen.

Nachdem Wir aber verfürhten, und aus den Rechnungen wahrneh- men, daß das freyen Stuhls Gerichts an etlichen Dertern deswegen nicht gehalten werde, sondern in Abgang gerathe, daß theils Schöffen der Freygraff zu Warburg zu weith wohnt, theils auch von den freyen Schöffen verstorben, und an deren Stelle keine andere angesetzt worden, so seyn Wir bewogen worden noch einen Freygrafen in Kraft des compe- tirenden Rechts anzuordnen, und unseren



1) Frey- und Vogtshen zu Warburg die freyen Stuhl- Gerichte oberw aldes als das zu Schonlau, worunter Bräuel, Borchentrich, Nieheimb, Steinheimb, Dringenberg, Borgholz, Pedelsheimb, Otteburg, Eichtenau, Kleinenberg, Willebadessen, Sibbesen, Gehoben, Wörden und umliegenden Dörfern. Das zu Warburg, worunter Warburg, Galenberg, Belda, Bormeln, Gormete, Rimbede, Bohnenkürg, Scherffede, Rörs, Offendorf, Meane, Hohenwepell, Düffel, Lütken-Eber, Grofsen Eber, Eifen, Löwen, Dahlheimb, Engar, Dettmarsen, und das zu Herffelle, worunter Beverungen, Wirriessen, Haarbrüche und Dahlhausen gehörig, zu lassen.

2) Dir aber das zu Bathorn, worunter Newenbreecken, alten Weeten, Kirchborch, Nordborch, Alfen, Bemer, Distorf und Meerhoff, und das zum Saltzboten, Uprung und Verna und Emthausen, und das zu Bewelsburg, Oberntudorf, Aken, Haaren und Helmern gehörig, wie auch Wünnenberg mit seinen Dörfern, und Byren anvertrawen; befehlen Dir dahero hiermit gnädigst, daß Du in Kraft Uns geleisteter Pflichten das freye Gerichte an solchen Dörfern dem Herkommen gemäß nicht allein halten, und die Verbodung thuen, und über keine andere Sachen ahn dem Gericht, dan über die, so an den Freyen Stuhl gehören, richten, sondern auch die annoch lebende freyen Schessen ab dieser unser gnädigsten Verordnung verweisen, ihrer unserem freyen Stuhl, und auf selbiges Gericht vor diesem geleisteten Ayden wohl Ernstlich erinnern, und zu Beobachtung ihrer Schuldigkeit anweisen, auch an Plog der verstorbenen andere dem Herkommen gemäß anzuordnen, mit Dir befehlten Aydt belegen, und ermahnen sollest, damit auf die für den Freyen Stuhl gehörige excessen weniger nicht fleißig acht haben und zu gewöhnlicher Zeit dieselbe bei Dir als Freygraffen anbringen.

Des Versehens bleibn Dir mit Gnaden wohlgeuogen. Newhaus den 5. May 1676.

#### XXXIV.

Bericht des Raths Juppenfeld als Oberfreigrafen,  
ohne Jahr.

(Aus einem Krsbergger Copial-Buch.)

Er. Churf. Durchtl. ist gnädigst gefällig gewesen, von mir den unterth. Bericht zu erfordern, wie es mit hiesigen Freygrafen, oder Kaisert. freyen stuhlen vor eine Beschaffenheit habe, wie dieselbe dormalen bekleidet und wohin von selbigen bis dahin appelliret worden sey.

Zu unterthänigster Einsolge sothanen gnädigsten Befehl berichte gehorsamst, daß diese freystuhls gerichtere dem Vermuthen nach von

Caroli magni Reichen her ihren Ursprung haben, deren Macht und Jurisdiction vormahls sehr weitläuffig gewesen, nachgehends aber propter abnähm durch Kaiserl. sowohl als landesherrliche Verordnungen, auch Reichsabschiede sehr beschnitten worden seynd, also daß nunmehr denen, solchen gemeintlich die Criminal-Jurisdiction gänzlich benommen, in Civil-Sachen aber nur über wörtliche Schmähungen, Schlägeren, so ohne Mißtraß, Läpmung oder sonst gefährlicher Weise geschehen, wie auch über abspügen, abzäunen, Diebereyen und Geldschaden zu erkennen haben, gleichwohl hat in diesem Stuck das eine Gericht bisweilen mehr als das andere hergebracht, und ist dieserhalb sonderlich auf das Herbringen zu reflectiren. Insonsten haben die Herrn Grafen, nunmehr Fürsten von Waldeck, im Brilonischen Gerichtsbezirk ein dergleichen Gericht, wobei sie noch ohalängst in allen andern Fällen eine *privativam jurisdictionem* behaupten wollen, welche ihnen aber nicht zugegeben ist.

Ungleiches haben die Herrn von Almen im Brilonischen dergleichen Gericht, das Haus Ebbinghausen im Erwitischen, die Herrn von Hörde zu Störmede, im Geseker Gericht.

Die Städte Rüden, Warstein, Callenhardt, Beleke, sodann die freyheiten Hüsten, Sundern, Hagen und deren Bürgermeister und Rathsglieder müssen vor mir, als Oberfreygraffen den freyen aydt aufschwören und wird denenselben dabey die heilige Geme (gleich wie heutiges Tages bei der Willige die parolle aufgetheilet wirdt) offenbahret, wie solches von undenklicher Zeit also hergebracht ist.

Ein gleiches geschieht, wenn die obbenannte Cavallier einen neuen freygraffen bei Abgang des vorigen benennen, welchen sie dann dem Oberfreygraffen präsentiren, und von diesem in Ayt genommen zu werden pflegt. Nicht weniger muß noch heutiges Tages der Graff von der Lippe zu Dettmold jedesmahls einen neuen Freygraffen bei Abgang des vorigen dahier zur Beraydung präsentiren.

So viel die *appellationes* betrifft, habe ich mich zwarhen verschiedentlich informiren lassen, daß solche von obbenannten freyen stühlen ahn den Oberfreygraffen bevollmachten, wie auch die Anlage mit mehreren zeigt, es hat sich aber zeitw. meines Bedienung niemandt bei mir dießfalls gemeldet, also ich nicht wissen kann, ob deren keine vorgefallen, weil es bei denen Stuhlgerichtern schlecht herzugehen pfleget, und Ew. Churf. Durchlt. ordentliche Gerichte gemeintlich in denen benannten fällen die Jurisdiction concurrenter exerciren, oder ob sie zu Beroll introducirt worden seyndt. In tiefestem respect verharrend u. s. w.

## XXXV.

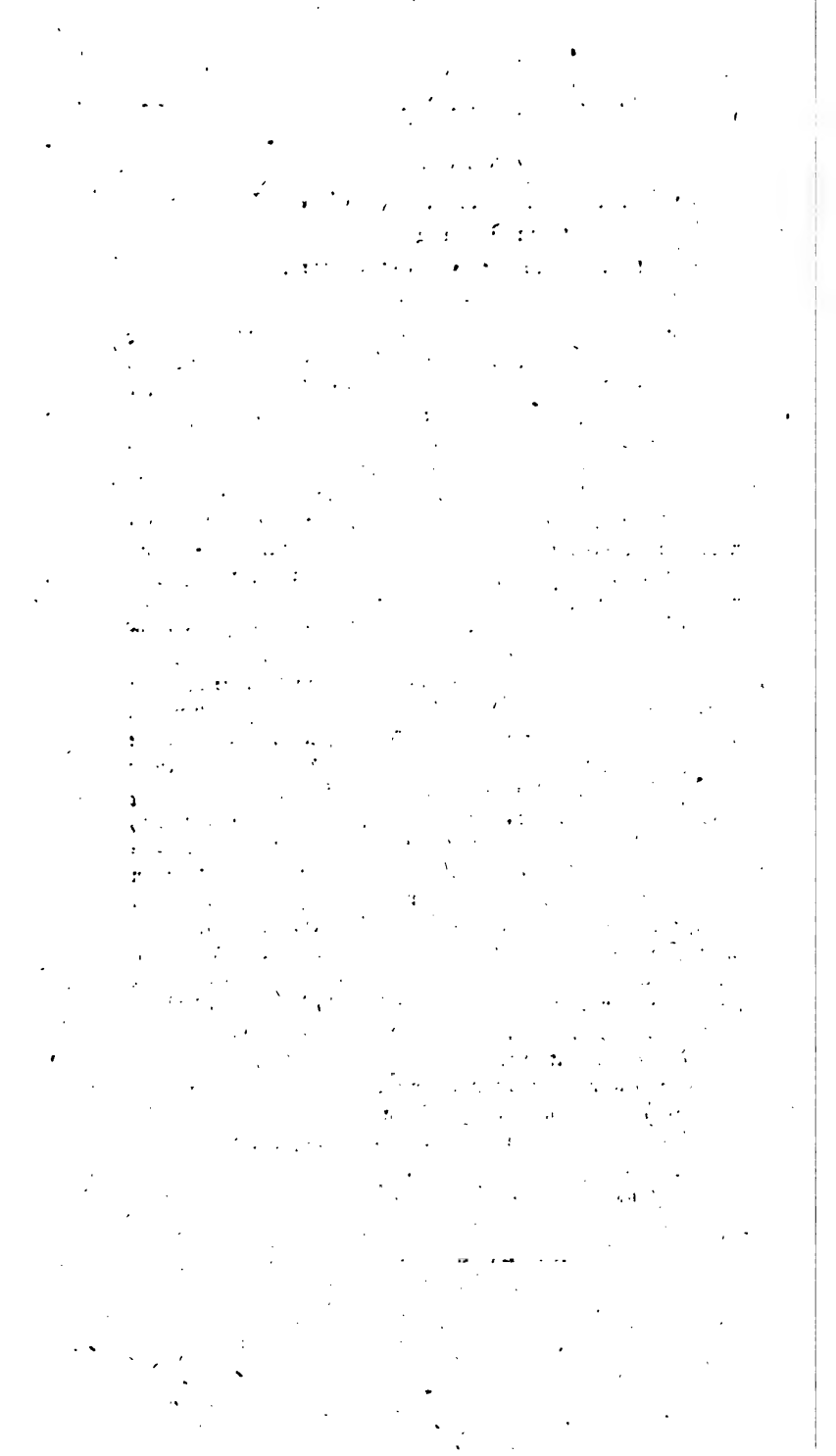
Ernennung und Verpflichtung eines Freigrafen  
vom Jahr 1737.

[Aus einer Arnberger Copie.]

Kundt und zu wissen seyn hiemit, demnach der Hochwohlgeborner Freyherr Franz Christophorus von Hoerde, als senior familiae, zum Eringerfeldt, Stormede, Borna, Bohnbeck, und Schwarzenraben als freyen stuhls herr in dero Herrschaft Hoerde nach Absterben Caspari Wilhelmi Berg gewesen freygraffen daselbst den Edell und wohlgelehrten Herrn Franz Anton Berg, Churf. Edl'nischen Richter dero Stadt, und Sogerichts Rüben, zum freyen Graffen hinwieder auf und angenommen, inmaßen auch mich darumb nicht allein gebührend belanget, sondern von Churf. Edl'nischen Hr. Landrost und Rätthen in Westphalen mir unterm heutigen dato committirt worden, denselbigen in gewöhnlichen abdt zu nehmen, und Herkommen gemäß zu investiren.

Als habe ich tragenden Ampts halber auff befundene und sonsten kundtbahre qualification gedachten Herrn Richter den Bergs, denselben heut dato *adhibitio ad hoc debitis et necessariis solennitatibus* beandbet; sodann ferner nach Einseß- und Verordnung des Kayßers Caroli magni gloriwürdigsten gedechtnuß, die heimliche Ächte, die löse und Behme offenbahret, und sonsten alle nöthige Information gegeben, gestallten er dann das ihm aufgetragenes freyengraffen Amt in besagter Herrschaft Hoerde seines bestens Vermögens zu vertreten, und in denen ihrer Art, Natur oder Eigenschaft auch sonsten des Orths und freygerichts herkommen nach an obgedachten freyen stuhl gehörigen und fürfallenden Sachen die Justiz zu administrieren, und was dicsfalls Styl, und allba bräuchlich, zu beobachten wissen wird; dahingegen dann auch die freyen Scheyffen und Eingeseffenen obbemelter Freygraffschaft, und sonsten an selbiges Freygericht dingpflichtige, und gehörige Uuterthanen ihm freygraffen geziemenden respect, auch auf Gebott und Verbott, wie vor Alters an dem ort hergebracht, gehorsambe Folge zu leisten erinnert worden. Geschehen in Anwesenheit beider Bürgermeistern der freyheit Hüften, Ferdinand Schwingenhauer und Nikolaßen Graes, als geschworene freyscheffen und zu diesem Actu dem Herkommen gemäß abhibirten Zeugen. Urkundt meiner untergesetzter eigenhändiger Subscription und vorge-  
druckten Pittschaft.

Geschehen Arnberg, den 10. Julii 1737.



Der geneigte Leser wird manche in die ersten Bogen dieses Werks eingeschlichene Druckfehler gütigst entschuldigen. Folgende wesentlichen bittet man vor dem Lesen zu verbessern.

---

Seite	13	Zeile	4	von oben	lies	unechter	st.	unrechter.
—	17	—	8	—	—	engeren	st.	engen.
—	19	—	1	von unt.	—	im Gefolge	st.	ein.
—	—	—	6	der Note	—	Freynde	st.	Freyende.
—	24	—	4	—	—	Dere	st.	Deue.
—	33	—	8	von oben	setze	nach Vicarii	ein	Comma.
—	—	—	21	—	lies	gewöhnlicher	st.	gewöhnliche.
—	35	—	12	—	—	nicht nur	st.	nicht.
—	42	—	6	—	—	den Grafen	st.	dem.
—	—	—	7	—	—	einem	st.	einen.
—	43	—	3	—	—	werde	st.	wurde.
—	—	—	11	—	—	Apocrisarius	st.	Apocrisarius.
—	44	—	6	—	—	alter	st.	alt.
—	—	—	8	von unt.	—	Note 27	st.	8.
—	—	—	1	der Notizen	—	faciunt	st.	faciant.
—	46	—	4	von unt.	—	mochte	st.	mochten.
—	47	—	1	—	—	Corvey'schen	st.	Carolinischen.
—	48	—	4	von oben	—	einem anderen Orte	st.	einem Orte.
—	—	—	2	der Notizen	—	T.	st.	J.
—	49	—	6	—	—	Marinern	st.	Marinere.

Die Seitenzahlen 51 bis 60 incl. sind übersprungen.

—	64	Zeile	13	von oben	—	vor	st.	von.
—	65	—	22	—	—	Umfange, Wanns	st.	Umfangs-Wanns.
—	66	—	6	—	—	geahndet	st.	gehandet.
—	68	—	6	—	—	Weisthum	st.	Weisthümer.
—	—	—	11	—	—	außer	st.	außer.
—	—	—	3	der Notizen	—	vorsprechenden	st.	vorsagenden.
—	69	—	8	von oben	—	Malpläge	st.	Mal-Pläge.
—	—	—	10	von unt.	—	begangen	st.	behangen.
—	70	—	4	der Notizen	—	Seite 17.	st.	(51)
—	71	—	9	von oben	—	reichten	st.	richteten.
—	—	—	1	von unt.	—	admallatio	st.	admallitio.

Seite 71 Zeile 3 der Notizen lies S. 23. f. 72.

- 72 — 9 von oben — gehegt f. gefügt.
- 73 — 8 — — dem f. dann.
- 81 — 9 — — nur f. nun.
- 84 — 8 — — dem f. den.
- 89 — 8 — — vorschrieb f. verschrieb.
- 90 — 8 der Notizen — 29 f. 1896.
- — — 2 — — von unt. infommet f. infomet.
- 93 — 7 — — von oben Luzzanenburg f. Luzzanburg.
- 95 — 10 von oben lies vermischten f. vermischten.
- 99 — 22 der Notizen von oben lies Beziehung f. Beziehung.
- — — 7 — — von unt. — Altersbrüder f. Altersbrüder.
- 104 — 2 von unt. lies dieses f. dieser.
- 106 — 8 — — vor f. von.
- — — 4 — — der Notizen lies Astvala f. Ahevala.
- 119 — 8 — — — 12. f. 125.
- 132 — 4 — — — briml. f. Jeff.
- 135 — 10 von oben — — nach oben S. 26.
- 150 — 22 — — — nicht f. nicht.
- 161 — 3 von unt. lies dadurch f. darauf.
- 163 — 7 — — — um sich f. um.
- 178 — 2 v. ob. der Notizen lies Plutrunffen f. Pluterwunffen.
- 181 — 18 — — — Quer f. Einer.
- 183 — 13 — — — 97 f. 798.
- 188 — 11 — — — Homersheim f. Homarsheim.

---

## Sehr beachtenswerthe historische Werke.

---

**Archiv für Geschichte und Alterthumskunde Westphalens.** Herausgegeben von P. Wiganb. Erstes Heft. Mit 2 Stein- tafeln. 8. (Angekündigt und bereits unter der Presse.)

**Ausonius, D. M., Mosella;** mit verbess. Texte, metrischer Uebersetzung, erklär. Anmerk., einem krit. Commentar u. histor.-geograph. Abhandlungen. Zweite mit dem Moselgedichte des Venantius Fortunatus und andern Zusätzen vermehrte Ausgabe. Herausg. v. L. Tross. gr. 8. 1824. 1 Rthl. 8 gGr. Auf feines Pap. 1 Rthl. 20 gGr.

**Beiträge, diplomatisch-praktische, zu dem deutschen Lehnrechte und zu der westphäl. Femgerichtsverfassung.** 2 Theile. Nebst einer Charte 4. 1798. 3 Rthlr. 20 gGr.

**Benzenberg, Dr. J. F., über Provinzial-Verfassung,** mit besonderer Rücksicht auf die vier Länder Jülich, Cleve, Berg, und Mark. Mit vielen Urkunden. 2 Bände. gr. 8. 1819. Herabgesetzter Preis 2 Rthlr. 16 gGr.

— — über Verfassung überhaupt. 8. 1810. Herabgesetzter Preis 1 Rthlr. 8 gGr.

**Berken, v. d., Beitrag zur Geschichte des Westphäl. Adels.** 8. 1804. 14 gGr.

**Geschichte der Deutschen.** Historisches Lesebuch für Leser aus den gebildeten Ständen. Herausgegeben und bevorredet von A. Haindorf (Professor in Münster). 8. 1825.

**Kindlinger, Nik., Fragmente über den Bauernhof, die Hof- fessverfassung und das Bauernrecht.** 8. 1812. 6 gGr.

**Kuithan, J. W., die Germanen und Griechen.** Eine Sprache, Ein Volk, Eine auferweckte Geschichte. Erstes Heft, gr. 8. 1822. 18 gGr.

(Das 2. u. 3. Heft erscheint im Sommer 1825.)

**Magazin für Westphalen.** Herausg. v. A. Mallinckrodt  
und M. Webbigen. Jahrg. 1796. 1797. 1798. 1799. u.  
Jahrg. 1816. 8. Herabgesetzter Preis 7 Rthlr. 8 gGr.  
Früher 10 Rthlr. 16 gGr.

(Ist bis auf wenige Gr. vergriffen.)

**Müller, J. F.,** über das Entstehen der Westphäl. Leibeigen-  
schaft. 8. 1799. 9 gGr.

— — **Hohensyberg** u. u. 8. 1804. 6 gGr.

**Schüren, Gert von der,** Chronik der Grafen von  
Cleve und Mark. Zum ersten Mal herausg. u. mit  
Einleit., histor. Nachweisungen u. den nöthigen  
Spracherklärungen versehen von Dr. L. Trosch.  
gr. 8. 1824. 2 Rthlr. 12 gGr.

(Ist nur in wenigen über die Subscribenten-Zahl gedruck-  
ten Exemplaren aufgelegt worden.)

**Sommer, Dr. J. Fr.,** Darstellung der Rechtsverhältnisse der  
Bauerngüter im Herzogthum Westphalen nach älteren und  
neueren Gesetzen und Rechten. Mit Beilagen. gr. 8. 1823.  
1 Rthlr. 16 gGr. (Der 2. Band folgt 1825.)

**Wilkens, Versuch einer Geschichte der Stadt Münster** u. u.  
8. 1823. 12 gGr.











